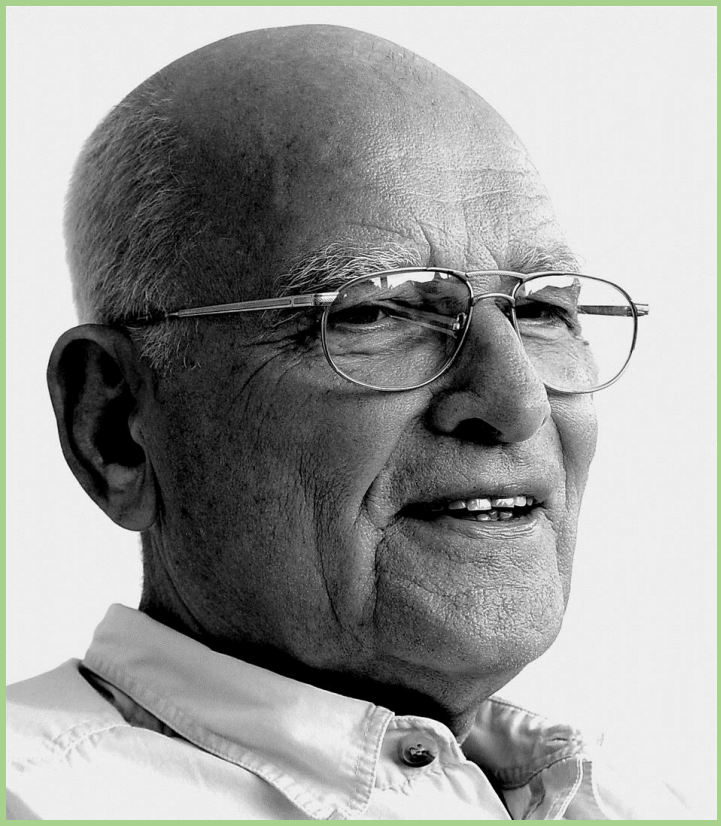
Kurt Pätzold

Vorwärts und nicht vergessen



Reden, Vorträge, Aufsätze,
Rezensionen, Glossen
aus dem Nachlass
Band 4: 2010-2016

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
Marburg 2024

Kurt Pätzold
(1930-2016)

Vorwärts und nicht vergessen

Reden, Vorträge, Aufsätze, Rezensionen, Glossen aus dem Nachlass

Band 4: 2010-2016

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer

in Zusammenarbeit
mit dem Max-Stirner-Archiv Leipzig

Marburg 2024

Für Dr. Barbara Pätzold mit herzlichem Dank für Ihre Genehmigung von Veröffentlichungen aus dem Nachlass.

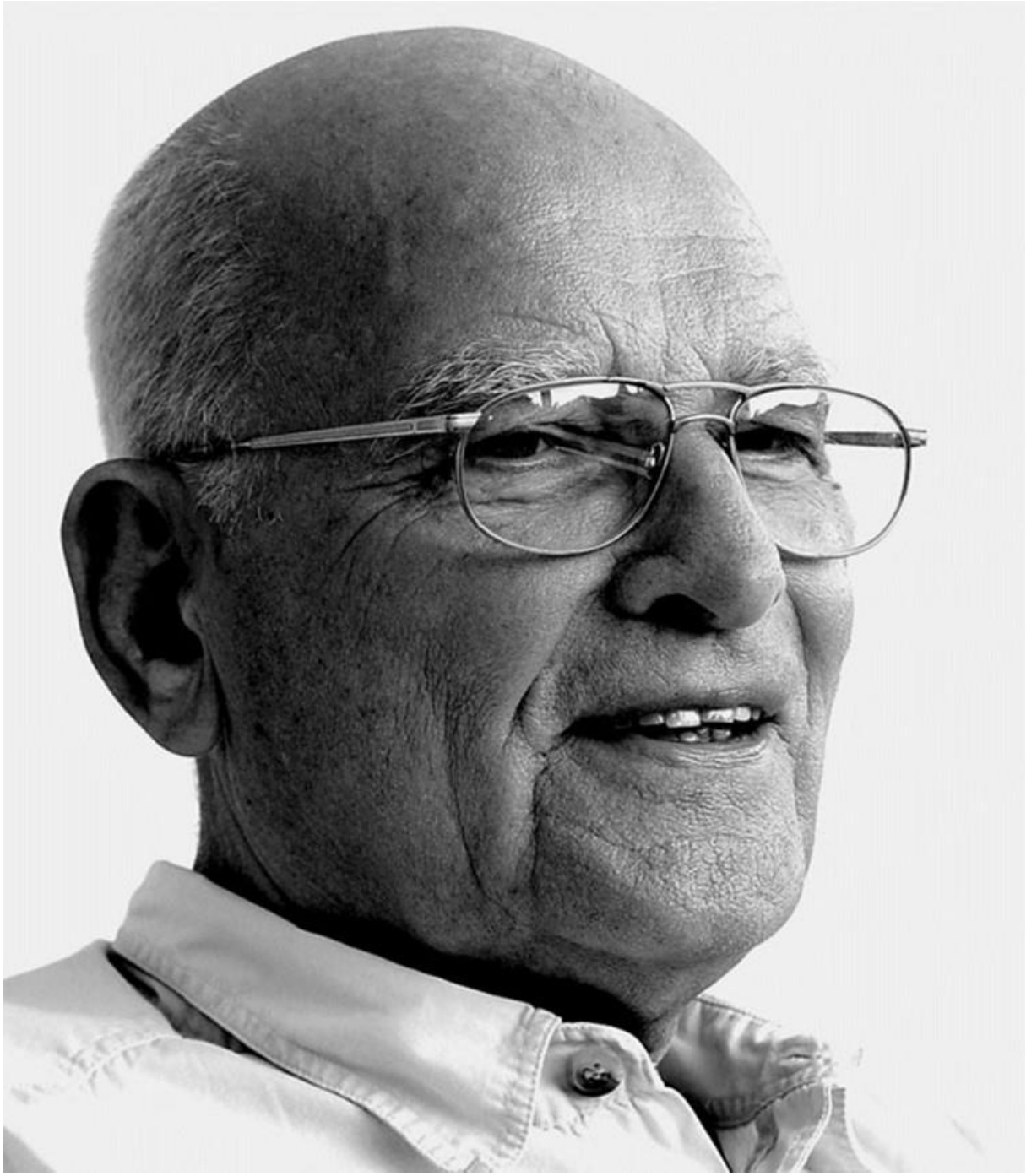


Foto: Friedrich-Martin Balzer

Inhalt Band 4

Neue Kriege, alte Lügen 10
Berlin-Pankow, Neumannstraße 11
„Nix wie hemm“ 12
Herausforderung „Auschwitz“ 15
Gastkommentar: Hoffen und drohen 19
Weites Feld 20
Selbst. Über das Verhalten von Sarah Wagenknecht 21
1. September 1939 22
Wider die Geschichtsbildmaler 24
„Volk ans Gewehr“ 26
„Ich ahnte nicht, wie viele es werden“ 28
Ohne Tabuzonen 31
Ziel erreicht 33
Aufklärung 34
Aus einem Internat im Osten 36
Schleichende Revisionen 38
Ausgeschlagene Alternative 40
Keine Alternative? 42
Erinnern oder vergessen 47
Zum 8. Mai: 65 Jahre Befreiung 49
Die Gegenrevolution 52
Heucheln und Lügen 58
Anleitung zur Vernichtung 60
Schwäbischer Opferbrei 62
Jedem seine Geschichte 63
Verlogen heißt jetzt bizarr 64
Versailles gekippt 66
Mehr als Brot und Spiele in Braun 69
„Wenn drunten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen ...“ 71
Aus deutschem Familienleben 75
Liegt alle Zukunft immer im Dunkeln? 76
Ein weltgeschichtliches Verdienst 78
Von der Bewertung, der Herabsetzung und der Beschönigung eines Verdienstes 80
Eine verschwiegene Tatsache 85
Aus der Schwabenmetropole 86
Die Lüge vom „deutschen“ Blut 87
Klug, kritisch, warmherzig 89
Das endlose Gelaber 91
Schreibende Soldaten 96
Stuttgarter Lektion 97
Vor deutschen Stadttoren 99
Ein diplomatisches Schurkenstück 100
Pädagogischer Zwischenfall 102
Begegnungen 103

Unverhältnismäßig 104
Seltsame wörtliche Windungen: „verstrickt“, „verwickelt“ 105
Untergegangene Meldung 107
Die Damaligen 108
Vorausschau aus Unkenntnis 109
Kopf und Bauch 110
Anwalt des Weltfriedens 111
Entschieden links 116
Der Historiker als Chirurg 121
Allerlei Gedenken an Tucholsky 123
Unsichere Sieger 125
Der Job der treuen Hand 127
Fragen – Zweifel – Hoffnungen 128
Eine Rechenaufgabe und mehr 131
Mit Blick nach Dresden 132
Zirka siebzig Prozent 135
Einmal nach Guttenberg – nur hin 137
Eiserner Vorhang 139
Unglücklich das Land, das Helden braucht 141
Masse und Minderheit 143
Krise und Terror 145
“Death by hanging” 147
Unübliche Neugier 149
Ein halbes Jahrhundert später 150
„Brauner Wellensittich“ 155
Das Einzelne, das Besondere und das Allgemeine 157
Ausstellung mit doppelten Rücksichten 159
Der kippelnde Eichmann 160
Die Befreiung der Opfer aus dem Schweigen 161
Zum Tode von Fritz Klein 163
Verwischte Spuren bloßgelegt 164
Führer befiehl, wir folgen 166
„Einsatzgruppe Tilsit“ 169
Drei Tabuwörter 171
Gerhard Schoenberner 172
Schamlos 173
Nach einem Jahrestag 174
Wie Kriegsgefangene redeten 179
Gnädiger Ton 180
Seinen festen Platz haben 182
Kein „Kinderspiel“ 183
Gladiatoren – Gefangene – Spaßmacher 185
Geschichte und Gegenwart des Antifaschismus 190
Fehler? „Das kriegen wir noch.“ 196
Zwei, die entkamen 197
Neue Allianzen 198

Auf verwehter Spur 200
Die nicht vorgesehene Partei 202
„Er leuchtet voran auf dem Weg in die Finsternis“ 207
Sichere Nachrichten 212
Gedankliche Nacht 213
Kein Einpersonenstück 215
Viel Geschrei und wenig Wolle 217
„Achse Berlin – Rom“ 219
Blutige Spur 221
Geschichte schreiben 223
Alemania Libre 225
„Unser erster großer Sieg“ 227
Blinde Gefolgschaft bis ans Ende 232
Einsamkeit im Widerstand 234
Der Herrgott half den Deutschen nicht 235
Germany First 237
Nicht nur Raummangel 240
Grüezi mitenand 241
„Gott, vernichte ihn“ 242
Wie „der Doktor“ auf den Alten Fritz verfiel 244
Worüber die Täter nicht reden wollen 246
Dokument des Terrors 248
Ein Buch, quer zum „Preußenjahr“ 253
Wahre Deutsche 254
Ein deutscher König 255
Schleppender Prozess, milde Urteile 260
Der Feind steht links 262
Der Flötenkönig 267
“To use your forces without restriction ...” 268
Hindenburg oder Hitler? 270
Wider beliebte Familienlegenden 272
Des Verdachts verdächtig 273
Sie haben millionenfaches Morden beendet 275
Von Breslau nach Naharija 277
Maske runter 278
Operation Anthropoid 279
Der Platz von Judenverfolgung und des Judenmord
in der Historiographie der DDR über die Periode der Naziherrschaft 284
Wie links war eigentlich der Führer? 287
Die Namen des Krieges 289
Beimlers Bericht 290
Die Achtzigsten oder: Vom unverkürzten Erinnern 291
Der Pakt der Diktatoren 295
Abwicklung, zweiter Akt 298
Gedenken und Vergessen 300
Ein frommer Kommunist 301

Gefährliche Weltlage 302
Napoleons Niederlage 305
Dämmert's 308
Gottes Gebote und die Revolution 309
Rummel um Rommel 310
Lückenhaft 315
Solange kein Name gefallen ist 316
Eine antifaschistische Tat 318
Auf dem Weg zu einer Geschichte Berlins unter dem Hakenkreuz 320
Statt Freiheit kam die Restauration 321
Über der Schwelle 323
Mein Kandidat 324
Zwischen Be- und Verwunderung 325
Es geht doch! 326
Die Schlacht aller Schlachten 328
Ein Lügner und Schwindler 330
Zum Tode von Rita Schober 335
Begriffliche Nebelschwaden 336
Wieder mal bewältigt 341
Verquollenes Verhältnis 342
Tradierter Kriegsklunker 343
Das hat Methode 347
Totenschein für die Republik 349
Diesmal ein Zweihunderter 354
Kreuz mit Haken 356
Der widerspenstige Rektor 360
Plumpe Täuschung 362
Der Attentäter blieb unerwünscht 365
Unverkürzte Erinnerung 366
... des Führers Bart 369
Die Friedensharfe 373
Mittäterschaft 378
Straßenkämpfe (1) 379
Die Kühlungssorgen der Okkupanten 381
Der letzte Dienst 383
Heiße Luft 388
Preußens Gedächtnisstütze 393
Wanderer kommst Du nach 397
Der Anfang vom Ende 398
Über den Sinn von Jahrestagen 401
Straßenkämpfe (2) 403
Betonierte Wege in den Krieg 404
Illustrer Verein 409
Die Völkerschlacht 411
Schlafwandlerisch in den Krieg? 416
Doch was nicht wahr ist, baut keine Brücken 418

Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank....420
Straßenkämpfe? (3)....422
Jackett statt Braunhemd....424
Einzigartige Reise....429
Von Gedenkjahr zu Gedenkjahr 1813-1914....430
La Grande Guerre....438
Für Führer und Volk....440
Wider den Nebel der Sprachbilder....441
„Kam Hitler aus dem Weltraum?“....443
Ich begehr, nicht schuld zu sein....448
Vorboten eines Jahrestages....451
Deutsch geht anders....453
Bis zum letzten Marschierer....454
Wege eines Aufklärers....456
Nur der Gegner ist niederträchtig....460
Schöneres Selbstbild....461
„Die Verlierer“....464
Via Prag in den Weltkrieg....466
Die Volksantwort....471
Verlogene Antwort....472
Kein Beifall für Fragen nach dem Warum....477
Deutschlands provozierende und aggressive Rolle....481
Im Sumpf....483
Wie der Teufel das Weihwasser....492
Bilder und Zerrbilder....494
Ein Verdienst und seine Grenzen....499
Vom Umgang mit Jahrestagen....500
Nicht nur Schall und Rausch....505
Ein deutscher Mythos....508
Gesucht – gefunden....513
Warnung und Lockung....514
Die letzte Alternative....515
„Alles ist abwartend“....520
Menschenopfer?....525
Kein Wunder an der Marne....526
Fragwürdige Übereinkunft....528
Danziger Camouflage....533
Unterstellungen oder Argumente?....535
Kalter Krieg in Klassenzimmern....539
Frühe Begegnung....544
Die verweigerte Tafel....545
Träumerin – Rebellin – Friedenskämpferin....547
Kreml hoffte auf kollektive Sicherheit....552
Geehrter Erzmilitarist....554
„Und nichts erfordert mehr Charakter ...“....556
Unbeachtete „deutsche Helden“?....561

Der Massenmörder aus der zweiten Reihe 563
Am Tage danach 565
Bildende Tat 567
Das Unheil begann 1939 569
Manfred Weißbecker wird 80 574
Entsetzliches Schauspiel, monströse Barbarei 575
Ehre, wem Ehre gebührt 577
Zwei denkwürdige Verdienste aus einer Masse 579
Komplizen: die Konzerne und die SS 580
Auf wehrlosem Papier 582
Von mörderischer Wirkung 583
In Memoriam Stefan Heymann 589
Kriegs-Erklärung 591
Zweierlei Kriegsende? 596
Ein merkwürdiges Volk 599
Nur noch ein grausiges Nachspiel 601
Warnung Waterloo 602
Waffenstillstand im Waggon 607
Was hingegen ist die Hölle? 611
Kapitulation auf der „Missouri“ 612
Abgelegt in Washington 614
Von Fortschritten und Rückschlägen 615
Formelhafte Verdichtung 617
„Nicht nach Ostlocarno“ 621
Faschismus – ein hierzulande entsorgter Begriff 623
In Memoriam Reinhard Kühnl 1936-2014 626
Es geht voran 629
Ein Zeitzeugnis aus Schweden 630
Es ist wieder da 631
Warum blieb der Protest aus? 636
Aus dem Nachlass 637
Unternehmen Größenwahn 638
Krieg ohne Beispiel 642
Holocaust und „Russenmord“ 644
Da zieren wir uns noch immer 646
Zweierlei Blindheit 648
Mitläufer und Täter 652
Eine unabweisbare Frage 657
Irrationale Beweggründe? 663
Das Volk folgt 669
Erwin Eckert 675
Endstation Feldherrenhalle 681
Wertvolle Hinterlassenschaft: Kurt Pätzold zur Erinnerung 686
Personenregister 692

Neue Kriege, alte Lügen

Die Mehrheit der Deutschen ist seit langem gegen den Krieg der NATO in Afghanistan und vor allem gegen die Teilnahme deutscher Truppen an einem Unternehmen, das Verteidigung Deutschlands am Hindukusch heißt und als alternativlos dargestellt wird. Sie hat ein Gespür dafür, dass der Erdball mit Bomben und Granaten nicht zu humanisieren ist. Nur trägt diese Majorität ihre Ablehnung nicht auf die Straße. Mit den Zahlen der Befragungsinstitute konnten die Regierung und die Bundeswehrführung bisher gut leben. Bisher: bis Kundus, dem von einem deutschen Oberst befohlenen Massenmord an Zivilisten.

Im staatstreuen Journalistendeutsch heißt das Ereignis „der folgenschwerste von Deutschen zu verantwortende Militärschlag der Nachkriegsgeschichte“. Das meint nicht die Geschichte nach dem Krieg gegen Jugoslawien, sondern die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg.

Apropos Folgen: So viel haben die Deutschen aus ihrem Unterricht über die Geschichte zweier Weltkriege doch behalten: Historische Rechnungen sind zu begleichen – meist weniger von den Verursachern als von den Mitwirkenden. Damit diese Befürchtung nicht durchschlägt und damit sich die Ablehnung des Krieges nicht zur massenhaften Friedensaktion steigert, wird der Bundesbürger bearbeitet, beruhigt, hingehalten.

Die das erledigen, führen zwei Argumente ins Feld, die zugleich das Entscheiden und Handeln der Regierenden rechtfertigen sollen. Das eine knüpft sich an die angeblich neue Strategie des Friedensnobelpreisträgers von 2009, der die Entsendung weiterer Krieger seines Landes befohlen und die folgsamen Verbündeten zum Mitmachen aufgefordert hat. Die Truppenverstärkung werde, behauptet Obama, den Tag des Rückzugs, also des Friedens, gleichsam vorverlegen. Wer in deutscher Kriegsgeschichte ein wenig bewandert ist (aber wer ist das noch?), der könnte sich an die Parole erinnern, die an den Rängen des Berliner Sportpalastes prangte, als Propagandaminister Joseph Goebbels dort 1943 nach der verlorenen Stalingrad Schlacht die Gefolgsleute des Regimes aufrichtete und zu verstärktem Kriegseinsatz zu mobilisieren suchte. Sie lautete: „Totaler Krieg – kürzester Krieg“.

Auch das zweite Argument macht die rasch verblassende Autorität des Preisträgers geltend: Er habe befohlen, die Zivilisten in Afghanistan zu schonen. Da drängt sich freilich die Frage auf, ob es bisher an einem solchen Befehl mangelte. Und wiederum: Wer sich ein wenig in deutscher Kriegsgeschichte auskennt – diesmal aber ist ein wenig mehr verlangt –, mag sich an eine Rede des „Führers“ erinnern, die er am 19. September 1939, Polen war militärisch bereits geschlagen, vor Menschenmassen in Danzig hielt. Dort erklärte Adolf Hitler: „Ich habe der deutschen Luftwaffe den Auftrag gegeben, dass sie diesen Krieg human, das heißt nur gegen kämpfende Truppen führt.“ Uns Deutschen liege es nicht, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen. „Wenn natürlich eine Kolonne über einen Marktplatz marschiert, und sie wird von Fliegern angegriffen, dann kann es passieren, dass dem leider auch ein anderer zum Opfer fällt. Grundsätzlich haben wir das Prinzip der Schonung durchgehalten.“ Da waren längst schon am frühen Morgen des ersten Kriegstages in der polnischen Kleinstadt Wielun unter dem Bombenhagel deutscher Sturzkampfflugzeuge 1200 der 16.000 Einwohner gestorben, und die Stadt lag unter Trümmern.

Schonung der Zivilisten? Darauf werden erneut nur faule Ausreden folgen: „Die Situation“ habe Unterscheidung und unterschiedliche Behandlung leider nicht gestattet, weshalb ein gewisser Kollateralschaden entstand und hinzunehmen sei, woran die hinterhältige Kampfführung des Gegners die Schuld trage. Was zur Beruhigung der den Krieg ablehnenden Bevölkerung vorgetragen wird, sind Lügen, und zwar solche von einer Größenordnung, welche die der Untat von Kundus erheblich übertrifft. Die Überlebenschancen der Zivilpersonen sind in den Kriegen der Neuzeit stets erst wieder gestiegen, als die Waffen schwiegen, und auch da nicht sogleich nach dem letzten Schuss.

Ossietzky, 1/2010, 9. Januar 2010, S. 7-8.

Berlin-Pankow, Neumannstraße

Im eben begonnenen Jahr ist am 75. Todestag eines Mannes zu gedenken, der einen Platz in der Geschichte der deutschen Literatur und des Journalismus ebenso besitzt wie in der Geschichte der geistigen, sozialen und politischen Kämpfe in den Jahren der Weimarer Republik. Welche Seite seines Wirkens jeweils in den Vordergrund geraten wird, das dürfte die Redner und Autoren von Gedenkartikeln mehr charakterisieren als den Menschen, der sich 1935 unwiderruflich entschloss, nicht mehr mitzumachen.

Die Liste der Apostrophierungen, die Kurt Tucholsky seit Jahren zuteilwerden, ist lang. Hier ist eine unvollständige Reihe: Dichter, Schriftsteller, Lyriker, Romancier, Erzähler, Autor, (scharfzüngiger) Journalist, (linksintellektueller) Publizist, facettenreicher Literat, Meister der kleinen Form, Meister der literarischen Attacke, Meister der Anekdote und des Aphorismus, sensibler Künstler, (pessimistischer, auch verspäteter) Aufklärer, Kritiker, Mahner, Kassandra, Pamphletist, scharfzüngiger Spötter, Humorist, Polemiker, Satiriker, Kabarettautor, Chansondichter, Liedtexter, Justizanalytiker, Politmoralist, Plauderer, auch überempfindlicher Künstler. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heißt er politischer Mensch und heiter Kämpfender, Friedenskämpfer, wirklicher Kämpfer für die ewigen Menschenrechte, gegen jegliche Reaktion, gegen jeden Blödsinn der Politiker, gegen jede spießige Gefühlsduselei. Er wird als Antimilitarist charakterisiert, als Verfechter von Toleranz und Verständigung, als Gesellschaftskritiker, Sozialkritiker, Einzelkämpfer und Visionär. Immer wieder wird er, der sich gelegentlich als „militanten Pazifisten“ bezeichnete, in die bunte Schar der Pazifisten gestellt, einmal pazifistischer Publizist genannt, dann als pazifistischer Sozialist identifiziert, von dritten als „überzeugter Pazifist“ oder „Radikalpazifist“ eingestuft, ihn so von jenen seiner entfernten Verwandten unterscheidend, die weder Ross und Reiter benennen und Kriegen und Kriegern nicht anders als betroffen, klagend und betend entgegentreten. Er liebe, hat Tucholsky bekannt „jeden tapferen Friedenssoldaten“. Im politischen Spektrum, das von Faschisten über Konservative, Liberale, Demokraten, Sozialisten bis zu den Kommunisten reicht, ist Tucholsky wiederholt den „linken Demokraten“ zugerechnet worden – mitunter als „standhafter linker Demokrat“, ein Zusatz, der andeutet, wie viel Wankelmut in dieser Gruppe angetroffen werden konnte.

Vieles steht also zur Wahl. Gewiss ist: Ohne Parteinahme wird die Erinnerung an den Mann nicht abgehen. Das sollte sich auch bis an die Schule in Berlin-Pankow, die seinen Namen trägt, herumsprechen. Die nämlich bietet in ihrem Internet-Auftritt unter dem Verweis auf Tucholsky neben den Geburts- und Sterbedaten sowie der Aufzählung seiner Pseudonyme als einzigen Eintrag diese beiden knappen Sätze: „Er war Schriftsteller und Publizist. Von 1923-1933 veröffentlichte er in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften.“ Das ist alles – geistig ärmlich und lieblos obendrein. Sie Schulleitung sollte sich mit Blick auf den Jahrestag entschließen, den Schülern einen Wettbewerb um den treffendsten Kurztext für jene Seiten anzubieten, auf denen sich die pädagogische Anstalt vorstellt. Und bevor sich dann entscheidet, welchen sie prämiert und verwendet, sollte sie sich jenes Bibelwortes entsinnen, das da sagt: „Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“ (Offb. 3, 16)

Ossietzky, 1/2010, 9. Januar 2010, S. 39-40.

„Nix wie hemm“

Vor 75 Jahren stimmte die Mehrheit der Saarländer für die „Heimkehr“ – nach Nazideutschland

Am 30. Januar 1933 hatte die Mehrheit der Deutschen eine Regierung bekommen, die von ihr nicht gewählt worden war. Zu keinem Zeitpunkt besaß nämlich die von Hitler geführte Koalition von „Nationalsozialisten“ und Deutschnationalen eine absolute Mehrheit der Stimmen, die bei den Wahlen im Jahr vorher abgegeben worden waren. Die Majorität der Deutschen konnte 1945 mithin sagen, sie habe diesen Führer nicht zum Reichskanzler gewählt – hätte dem aber hinzufügen müssen, sie sei, als der an die Staatsspitze gelangt war, rasch zu ihm übergelaufen, wodurch dem Regime die Massenbasis für seine Innen- und Außenpolitik erst geschaffen worden war.

Für eine Minderheit von Deutschen jedoch galt, dass sie sich diesen Hitler wirklich mit einer überwältigenden Mehrheit gewählt hatten. Das geschah 1935 und unter besonderen geschichtlichen Voraussetzungen und Bedingungen. Aber es geschah und zur Enttäuschung vieler, von denen manche sich wohl des Sprichworts erinnert haben mochten: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber.“ Die Rede ist von der Abstimmung im Saargebiet, die am 13. Januar 1935 stattfand und bei der neun von zehn Abstimmenden sich für die „Heimkehr ins Reich“ aussprachen, in das unter dem Hakenkreuz.

Die Denkwürdigkeit des Ereignisses ist vielschichtig. Das „Dritte Reich“ feierte an diesem Tage seinen ersten außenpolitischen Erfolg, der ihm zudem wie eine reife Frucht zufiel. Seine Gegner erlitten eine Niederlage, wiewohl sie sich, anders als in den Kämpfen des Jahres 1932 im Reich, zu gemeinsamem antifaschistischen Handeln entschlossen hatten. Aufs Ganze gesehen aber steht es für einen Vorgang – freilich einen von vielen, der bezeugt, dass und wie Menschen in eine Situation geraten, ihre eigenen Grundinteressen zu verkennen und dahin gebracht werden, gegen sie zu handeln. Und dies in folgenschwerer und unwiderruflicher Weise.

Drei Optionen

Das Ereignis an der Saar hatten die Siegermächte des Weltkriegs im Nachkriegsprogramm europäischer Politik, im Versailler Vertrag, vorbestimmt. Fünfzehn Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages sollten die Bewohner dieses Landesteils zwischen drei Möglichkeiten seiner Zukunft wählen können. Die bestimmte der Text so: „Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag geschaffenen Rechtsordnung oder Vereinigung mit Frankreich oder Vereinigung mit Deutschland“. Schwer denkbar, dass, als dies 1919 formuliert wurde, einer der Autoren sich vorzustellen vermochte, wie dieses Deutschland eineinhalb Jahrzehnte später am Abstimmungstag aussehen würde. Und ebenso schwer denkbar, dass einer von ihnen am Ausgang des Votums ernstlich gezweifelt haben könnte. Anders als die ihnen benachbarten Lothringer und Elsässer waren die Deutschen an der Saar nie Bürger eines französischen Staates gewesen. Und sie, die Bewohner des hier als „Saarbecken“ bezeichneten Territoriums, wurden das auch durch ihre Lostrennung vom Reich nicht. Sie behielten dessen Staatsbürgerschaft, wenngleich sie nun in einem eigenen, besonderen Territorium lebten.

Das hatte es so bis dahin nicht gegeben. Die einen waren 1871 Bürger des bayerischen, die anderen des preußischen Teilstaates im Deutschen Reich geworden. Nun gelangten sie ohne ihre Befragung in das Saarbeckengebiet, das alsbald verkürzt Saargebiet hieß. Seine Konstruktion begründete der Vertrag so: „Als ‚Ersatz‘ für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die von Deutschland geschuldete völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden tritt Deutschland das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlegruben im Saarbecken [...] mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich ab.“ Es verstand sich, dass das entschädigungslos geschah. Sofern sich die Einrichtungen des Bergbaus nicht in Staats-, sondern in Privathand befunden hatten, war das Deutsche Reich für eventuelle Entschädigung der Eigentümer zuständig.

Damit legte der Sieger seine Hand auf den Reichtum des Territoriums, jedoch ohne es seinem Staatsgebiet einzuverleiben. Dessen Regierung übernahm ein vom Völkerbund, der unter der Bezeichnung

„Treuhänder“ agierte, bestimmter Ausschuss. In den Vertragstext waren Bestimmungen eingebaut, die sicherten, dass die Einheimischen, insbesondere die Bergarbeiterschaft, nicht sofort in Opposition gebracht oder zu passivem Widerstand herausgefordert wurde. Den Bewohnern wurden bürgerlich-parlamentarische Freiheiten gewährt. Sie behielten oder gründeten ihre Parteien, Organisationen und Vereine. Frankreichs Politiker, die faktischen Herren der Szene, konzentrierten sich auf die wirtschaftliche Verwertung ihrer Siegesbeute und nahmen sich gar nicht erst vor, die Französisierung der Einheimischen zu versuchen.

Ungleicher Kampf

Als im Reich die Faschisten an die Staatsmacht kamen, erhielt das Saargebiet eine neue Funktion. Es wurde Zufluchtsort für politische Emigranten und unter rassistischen Vorwänden verfolgte Juden sowie Basis, von der aus versucht wurde, antifaschistisch über die Grenze nach Deutschland zu wirken. Vor allem aber wurde es nun ein – und dies umso mehr, je näher der Termin der Abstimmung rückte – Objekt der Begierde der neuen politischen Herren des Reiches im Verbund mit den einstigen großkapitalistischen Eigentümern der Kohlegruben. 1934 entwickelte sich ein ungleicher Kampf zwischen Verfechtern und Gegnern des als „Heimkehr“ bezeichneten Anschlusses an Deutschland. Auf der einen Seite operierten die Nazis gemeinsam mit allen deutschnationalen Kräften und einer bunten Schar von Unterstützern, unter denen die Kirchenführer besonderen Einfluss besaßen, materiell und propagandistisch unterstützt aus dem Reich. Ihnen widersetzten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche, darunter auch kirchlich geprägte Kleingruppen, die mit Hilfe von Kräften der Emigration dem Werben um ein Ja zum Eintritt ins Nazireich entgegentraten. Mit der Gemeinsamkeit der Hitlergegner, die jene bitter erworbene und schwer bezahlte Erfahrung der separaten Kämpfe in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise beherzigte, waren weit gespannte Hoffnungen verbunden, die, als die Stimmen am 13. Januar 1935 ausgezählt waren, sich für viele erschütternd zerschlugen. Es gibt, so erwies sich, Niederlagen, die nicht abgewendet werden können, selbst wenn die Unterlegenen tapfer gekämpft und keine wesentlichen Fehler gemacht haben.

Tapferkeit war bei diesem Aufbäumen gegen den Nazitriumph nötig gewesen, denn die Faschisten hatten in den Monaten des Abstimmungskampfes schon unverhohlen mit der Abrechnung nach ihrem Sieg gedroht. Die 1919 getroffene Bestimmung, dass eine „freie und unbeeinflusste Stimmabgabe“ gesichert werden würde, las sich für diejenigen, die inmitten der Abwehrkämpfe standen, wie ein Märchen. Und Fehler konnten die Antifaschisten nicht machen, die sich dessen sicher und darüber einig waren, wohin der Weg dieses Reiches führen würde und beredt davor warnten. Doch sie operierten mit einer Parole, die sie nicht frei gewählt hatten, als sie dafür eintraten, dass die Saarländer sich entschieden wie im Fall eins vorgesehen: für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, der zudem in die lateinische Formel des Status quo verkürzt wurde. Ihre Situation hätte sich, das ist schwer entscheidbar, womöglich verbessert, wenn die Völkerbundmächte in einem Entschluss demonstrativen Antifaschismus erklärt hätten, dass die Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal stattfinden und eine momentane Entscheidung für den Status quo nicht als dauernde gewertet werden würde. Doch an eine solche Herausforderung der Machthaber in Deutschland war nicht zu denken, da namentlich Großbritannien dabei war, sich mit diesem Reich außenpolitisch zu arrangieren. Die Politik des Appeasements warf ihre dunklen Schatten voraus.

Nationalistischer Taumel

Unter diesen Bedingungen war gegen die Hochflut nationalistischer Stimmung mit der Losung „Deutsch ist die Saar“, die vertont als Pausenzeichen von Rundfunksendern erklang, nicht mit Erfolg anzukämpfen. Und für viele verband sich die Entscheidung zugunsten der „Vereinigung mit Deutschland“ mit wohltuenden Illusionen von Arbeit und Wohlstand und volksgemeinschaftlicher Eintracht. Vom Reich her war alles aufgeboten worden, sie zu nähren. So waren – dies eine Reklameaktion von vielen – Kinder aus armen Familien ins Reich geladen worden, die nach Wochen der Erholung neu eingekleidet zu ihren Eltern zurückkehrten. Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht, ein Schritt, der manche Stimmabgabe beeinflusst haben könnte, erfolgte zwei Monate nach dem Tag, an dem die weithin bejubelte und gefeierte Entscheidung fiel. Dann vergingen keine fünf Jahre, und die einen

Saarländer, Frauen und Kinder vor allem, wurden von der Kriegsgrenze zu Frankreich ins Reichsinnere verfrachtet und andere zogen aus, Frankreich siegreich zu schlagen. Viele von denen hatten am 13. Januar 1935 schon mitstimmen dürfen.

junge Welt, Sonnabend, 09.01.2010, S. 15.

Herausforderung „Auschwitz“

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager durch die Rote Armee befreit. Es gibt keine schärfere Anklage der von Kapitalinteressen dominierten deutschen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts als dieses KZ

Wann ich den Ortsnamen „Auschwitz“ das erste Mal gehört habe, vermag ich nicht zu sagen. Und auch nicht, wann ich von jener Mordstätte, die sich auf immer mit dem Ort verbindet, eine Vorstellung zu gewinnen begann. Die wird für mich wie für alle, die dorthin nicht verschleppt wurden oder zu den Nachgeborenen gehören, eine Annäherung bleiben, wie viele Details Prozesse, Zeugenberichte und Dokumente auch davon bekanntgemacht haben. Hingegen erinnere ich mich gut, wann ich die ersten Überlebenden traf. Das war in Weimar, wohin es mich nach Kriegsende verschlagen hatte, und als der Sommer des Jahres 1945 zu Ende ging.

Die in Auschwitz noch am Leben waren, als die sowjetischen Armeen sich Ostoberschlesien näherten, waren unter todbringenden Verhältnissen in das KZ Buchenwald transportiert worden. Einige hatten auch das und die Monate im Lager auf dem Ettersberg überstanden. Dann kamen die US-amerikanischen Truppen General George S. Pattons und die Erhebung der Häftlinge. Die Befreiten gelangten zuerst meist in das am Fuß des Hügelzuges gelegene Weimar. Manche blieben dort. So auch Stefan Heymann, Sohn einer bürgerlichen Familie aus Mannheim, Kommunist, der nach der Gründung der DDR deren Botschafter in der Volksrepublik Polen wurde, zu der Auschwitz/Oświęcim nun gehörte. So auch Kurt Goldstein, der in seinem langen Leben an verschiedensten Plätzen für ein anderes, neues Deutschland arbeitete. Und dann auch begegnete ich Daniel Klowski, dem Juden aus Grodno (heute belarussisch: Hrodna).

Klowski und ich hatten uns in der kleinen Gruppe der antifaschistischen Jugend kennengelernt, die sich in Weimar in einer Gaststätte traf, die den Namen „Erholung“ trug. Wenig später teilten wir für einige Monate das Zimmer in der Internatsschule Wickersdorf bei Saalfeld. Er hatte an der Seite seines Vaters, bevor er nach Auschwitz-Monowitz kam, schon mehrere Stationen als Gefangener der Eroberer durchlitten, Ghettos und Lager. Seine Mutter, das wurde ihm nach Kriegsende zur unabweisbaren Gewissheit, und alle seine jüngeren Geschwister waren von den Judenmördern umgebracht worden. Doch sein Hass galt einzig den Faschisten in diesem 60- bis 70-Millionenvolk der Deutschen. Mit polnischen Helfern hatte ihm einer von ihnen in Auschwitz das Leben gerettet – Stefan Heymann. Er nannte ihn seinen zweiten Vater.

Diese Begegnungen in der frühen Nachkriegszeit, aus denen lebenslange Beziehungen und auch Freundschaften wurden, haben mir zunächst keine Informationen über Auschwitz, Auschwitz-Birkenau und Auschwitz-Monowitz gebracht. Die erhielt ich aus Zeitungsberichten über den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, der am 20. November 1945 in Nürnberg begann. Dort waren auch Hans Frank, der Herrscher im „Generalgouvernement“, angeklagt und Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, zu dem auch Adolf Eichmann gehörte. Über das sensationelle Strafverfahren haben wir in den langen Winterabenden auf unserer Bude im Wickersdorfer Schulhaus gesprochen. Nie hat Klowski ein Wort über Auschwitz dazugegeben. Und wir drei anderen – keiner von uns stammte aus einer Nazifamilie oder auch nur aus einer, die unter die Kategorie der Mitläufer fiel, die doch zumeist in dieser oder jener Form auch Mittäter waren – haben ihn nach seinem Erleben nicht gefragt. Zum einen aus einer uneingestandenen Scham, denn wir gehörten nun einmal zu dem Volk, dessen Armee in das Land eingefallen war, in dem seine Familie bis dahin friedlich gelebt hatte. Zum anderen, weil wir an unverheilten und wohl nie verheilenden Wunden nicht rühren wollten. Körperlich heruntergekommen, wie er nach den Jahren des Martyriums noch immer war, erhielt er auf dem Postweg eine zusätzliche Verpflegung. Wir richteten es so ein, dass er diese Sonderkost ruhig – in Gesellschaft von nun auch, bei weitem nicht in vergleichbarem Maße, Hungernden – essen konnte. Bald verließ er uns. Eine Knochentuberkulose führte ihn zunächst in eine Heilstätte für Opfer des Faschismus.

Soviel darüber, wie ich „mit Auschwitz“ bekannt wurde. Was war dagegen der Verlust der Heimatstadt samt der darin zerstörten Habe? Was vorübergehende Trennung von Familienangehörigen, Freunden, Mitschülern, die sich später meist wieder finden ließen? Die Botschaft dieser meiner neuen

Bekannten war nicht schwer zu entschlüsseln: Wenn du nicht willst, dass es in deinem Leben noch einmal zum Zusammentreffen mit Menschen kommt, die durchlebt haben, was hinter Stefan, Kurt und Daniel lag, musst du mit ihnen dagegen etwas tun.

Trauern und Nachdenken

Heute gibt es eine reiche Buch- und Filmliteratur über Auschwitz. In Dokumentenbänden ist die Geschichte der Mordstätte von der ersten Idee zu ihrer Gründung bis zum Tag der Befreiung dokumentiert. Das gilt auch für den Auschwitz-Prozess, der in Frankfurt/Main von 1963 bis 1965 verhandelt wurde, und für weitere Verfahren, in denen die Täter angeklagt und verurteilt wurden. Der erste hatte 1947 in Krakau stattgefunden. Der Name des Konzentrations- und Vernichtungslagers fehlt inzwischen in keinem einschlägigen deutschen Lexikon oder Schulbuch. Wer wissen will, muss nach Informationen nicht lange suchen.

Es gibt jedoch einen auf die unstrittigen Tatsachen seiner Geschichte gegründeten Umgang mit Auschwitz, der in nichts anderem mündet als in einer Klage, die sich etwa in den Worten ausdrückt: „Wessen der Mensch doch fähig ist!“. Darauf beschränkt, führt der Gedanke an die Millionen Ermordeten in die Kirche und zur Bitte „und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben“ usw. Das eigentlich ist die umfassendste „Relativierung“ von Auschwitz, eine Denkblockade, die zudem auf den ersten Blick nicht auszumachen ist. Denn, was dort verbrochen wurde, wird zum einen zu Recht in seine unbezweifelbar existierende Beziehung zur Menschheitsgeschichte gesetzt, die zu allen Zeiten voller Grausamkeiten und Mördereien rund um den Erdball war und geblieben ist. Die Wandlungen bestehen – bleibt der Blick an der Oberfläche des Fröstelns und Gruselns machenden Geschehens haften – bei diesem Blick aber „nur“ in den Methoden des Tötens: Kreuzigen, auf Scheiterhaufen verbrennen, Steinigen, bei lebendigem Leibe begraben, in Verliesen verhungern lassen, Rädern, Vierteilen, auf der Folter töten usw. Die deutschen Faschisten haben dieser Geschichte jedoch etwas hinzugefügt, indem sie das Töten perfektionierten, wobei die Bezeichnung ihres Verfahrens als „industriellen Massenmord“ eine übertreibende Verallgemeinerung darstellt. Es war bei den zwischen 1941 und 1945 begangenen Untaten viel Manufaktur dabei, viel Handarbeit zu leisten, angefangen mit dem 24. Juni 1941 im litauischen Garsden, wo manche Täter, Polizeiangehörige, ihre jüdischen Opfer kannten. Sie hatten vordem gemeinsam am gleichen Ort gewohnt, nun streckten sie diese mit Handfeuerwaffen nieder. Die waren zwar in industriellen Werken hergestellt, betätigt aber wurden sie durch Menschenhände.

Wer Klage und Trauer allein nicht für den angemessenen Umgang mit der Erfahrung Auschwitz hält, fragt, unter welchen Umständen – Voraussetzungen und Bedingungen, objektiven wie subjektiven – das barbarische Geschehen zur Möglichkeit und dann zur Wirklichkeit wurde. Das führt in verwickelte Zusammenhänge, in die gesellschaftlichen Zustände Deutschlands, seine soziale, politische und (un-)geistige Verfasstheit und damit auf das ureigene Terrain der Geschichtswissenschaft. Unter ihren Experten lassen sich Gruppierungen ausmachen. Das rührt daher – um ein Bild aus der Geologie zu gebrauchen –, dass ihre Arbeit an verschiedenen Stellen ansetzt und unterschiedlich tief reicht. Während aber diejenigen, die nach bestimmten festen oder flüssigen Stoffen bohren, ihren Erfolg oder Misserfolg vorweisen können, sie haben gefunden, was sie suchten, oder etwas anderes, was sie nicht gesucht hatten und womöglich nicht gebrauchen können, liegt die Sache in der Historiographie etwas komplizierter.

Keinen Zweifel gibt es unter Fachleuten darüber, dass eine extrem antiaufklärerische Ideologie, die des antijüdischen Rassismus, unabdingbare Voraussetzung für jene Aktionen war, die in Auschwitz mündeten. Julius Streicher, der sich als Antisemit Nr. 1 bezeichnete, hat die Idee von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, in öffentlicher Rede vor Tausenden Faschisten im Berliner Sportpalast 1935 als jüdisch zu diffamieren gesucht und behauptet, in den Adern der Juden fließe Raubtierblut. Damit wurde allen, die eine Rechtfertigung für ihr Morden brauchten, lange bevor das noch geplant und organisiert wurde, eine Legitimation geliefert. Aus dieser Erfahrung leitet sich die Erkenntnis ab, dass der kompromisslose Kampf gegen alle Irrlehren von Menschen und „Untermenschen“, von „Höher-“, „Weniger-“ und „Nichtswertigen“, von „Lebenstüchtigen“ und „Ballastexis-

tenzen“ Pflicht aller bleibt, die wollen, „dass es nicht wieder geschieht“. Das ließe sich die erste Lehre aus Auschwitz nennen.

„Befehl ist Befehl“

Unstrittig ist nach jahrzehntelangen Forschungen auch, dass eine weitere Voraussetzung für das Massenmorden, denen mit den Juden Slawen, Rotarmisten, Sinti und Roma zum Opfer fielen, in der formierten Existenz von Übeltätern bestand, die sich aus zwei Gruppen zusammensetzten. Zum einen aus den im beschriebenen Sinne Ideologisierten, die glaubten, ein Werk der „Säuberung“ zu verrichten, und zum anderen aus gedankenlosen, gleichgültigen, verrohten Typen, denen Befehl Befehl war und die, wenn sie überhaupt ausnahmsweise an Verantwortlichkeit und gar Schuld dachten, sich selbst davon nicht betroffen sahen. Sie führten in einem militärisch organisierten Verband aus, was befohlen wurde. Sie waren erzogen, heute diesen, morgen jenen Gegner, Schädling, Feind, Mann, Frau oder Kind, allesamt unbewaffnet, niederzustrecken. Daraus ergibt sich, was als die zweite Lehre von Auschwitz bezeichnet werden kann: Es ist der Formierung solcher Mörderschwadronen, die nicht von einem Tag auf den anderen geschieht, von ihren Anfängen an zu begegnen.

In seiner zweiten Kriegsrede, gehalten auf dem Alten Markt in Danzig am 19. Dezember 1939, hatte Hitler noch beruhigend, davon gesprochen, dass er der Wehrmacht den Befehl gegeben habe, die polnische Zivilbevölkerung zu schonen, und erklärt, es widerstrebe den Deutschen, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen. Da hatte der Krieg aus der Luft und auch zu Lande schon mit äußerster Brutalität begonnen. Und von Tag zu Tag und Woche zu Woche gewöhnten sich immer mehr deutsche Soldaten an diese Kriegführung und billigten sie. Nicht anders auch Zivilisten. Mit dem Verweis auf eigene Leiden riefen sie im weiteren Kriegsverlauf nach „Vergeltung“, die sie in jeder Form und mit jeglichen Folgen guthießen. Die in Auschwitz Kinder lebendigen Leibes in Feuer warfen, wurden als Mörder nicht geboren. Doch sie wurden auf Schulen, an Universitäten, in militärischen Formationen und politischen Organisationen befähigt, als Verbrecher durch eroberte Lande zu ziehen. In deren Gesellschaft sind Menschen auch zufällig geraten. Manche haben sich dem Mittun verweigert, was ohne Folgen für ihr Leib und Leben blieb. Andere beugten sich dem Gruppendruck, sie wollten sich nicht „Feigling“ schimpfen lassen. Wenn von „Auschwitz“ die Rede ist, sollte an deutschen Schulen über Opfer und Täter nicht nur in Verallgemeinerungen gesprochen werden, sondern auch von diesen Situationen und den in ihnen getroffenen Entscheidungen.

Vernichtung durch Arbeit

Weit auseinander gehen hingegen die Meinungen der Forscher, wenn die Felder von Ideologie und Psychologie verlassen werden, die Blicke sich nicht nur auf einzelne oder Gruppen, Führer oder Geführte, Befehlende oder Befehligte, sondern aufs Ganze richten und gefragt wird, in welcher Gesellschaft das Verbrechen Auschwitz geschah. Kontroversen ergeben sich, wenn gefragt und geforscht wird, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Charakter dieser Gesellschaft, ihrem Eroberungskrieg und den Massenmorden in Auschwitz, Chełmno, Sobibor, Treblinka, Majdanek und den vielen anderen Orten gibt, die in der Geschichte des „Holocaust“ vermerkt sind. Sie sind auszutragen, wenn danach gefahndet und darüber geurteilt wird, ob der irrational erscheinenden Untat nicht eine reale Rechnung vorausging, ob nicht zur Ideologie ein kalt abgewogenes Kalkül kam, die Erwägung von Vor- und Nachteilen, von Gewinnen und Verlusten, die aus dem Vorhandensein oder der Beseitigung von Millionen Menschen erwachsen könnten. Kurzum, wenn geprüft wird, ob bei dem Morden nicht Brauchbarkeits- und Nützlichkeitserwägungen im Spiel waren.

Das sind nicht erst Fragen, die später die Ereignisse rekonstruierten und interpretieren! Die Dokumente der Täter sprechen selbst davon. Ihre Abwägungen begleiteten die Judenverfolgungen in Deutschland seit 1933, und sie hörten nicht auf, als der Schritt von den Vertreibungen zum Massenmorden getan wurde. Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamts, hatte gegen Einwendungen auf der sogenannten Wannseekonferenz versprochen, den Bedürfnissen der Industrie beim Deportationsprogramm Rechnung zu tragen. Und das geschah, nicht immer und überall, aber doch dort weithin, wo große Kriegswirtschaftsinteressen existierten. Die Vernichtung wurde zur Vernichtung durch Arbeit. Von dem Moment an aber, da die Juden zur Tötung bestimmt waren, schien jede

Frage nach dem Nutzen erledigt und absurd zu sein. Doch das nur, wenn von jenen Kalkülen abgesehen wird, die in der faschistischen Führung für den Transformationsprozess von der Kriegs- in ihre Nachkriegsgesellschaft schon existierten.

Diese Pläne besagten, dass im von Deutschland beherrschten eroberten Großraum ein gefährlicher Überfluss an unbrauchbaren, arbeitslosen, in ärmlichen und elenden Verhältnissen lebenden Menschen existieren werde, die, da sie sich mit diesem ihren Leben nicht abfinden würden, zur permanenten Gefahr für die eigene Herrschaft werden mussten. Die Schlussfolgerung der faschistischen Barbaren lautete, dass diese Masse vorbeugend dezimiert werden müsse. Zu ihr gehörten die Juden, zumal sie obendrein als die gefährlichsten unter allen Gegnern angesehen wurden, unter anderem als die vorgeblichen Erfinder des Marxismus und Bolschewismus. Ihre Vernichtung war, wie der grassierende Tod unter den sowjetischen Kriegsgefangenen und den Zivilisten in Polen und im besetzten Westen des sowjetischen Riesenreichs, ein Vorgriff auf die künftige Gestaltung Europas unterm Hakenkreuz und nicht nur eine Wahnsinnstat. Rassenhass und Weltherrschaftskalkül gingen in der Politik des Judenmords eine Allianz ein.

Bis dahin gehen strikte Verfechter historisch-idealistischer Geschichtsdeutung verständlicherweise schon nicht mit. Dass in alle Politik materielle Interessen hineinspielen, wird jedoch in der Mehrheit der Zunft heute schon anerkannt. Nur wenn die Rede auf Auschwitz kommt, erfolgt die Verkürzung der Gedankengänge auf Hitler, den Wahn, die Büttel. Das ist eine ideologische Abweichung vom sonst Üblichen. Denn kommt ein sozialistischer Staat in dieses Forschungsvisier, wird jedes Unrecht und Verbrechen selbstredend den dort herrschenden gesellschaftlichen Zuständen, dem großen Ganzen zugerechnet und aus seiner Existenz erklärt. Bei dieser Beschränkung wird es bleiben, solange die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundstrukturen weiterexistiert. Es gibt keine schärfere Anklage der von Kapitalinteressen dominierten deutschen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts als eben Auschwitz. Gewiss, der Weg dahin war nicht Ausdruck einer unabwendbaren Gesetzmäßigkeit, sondern Menschenwerk, woraus die Frage folgt, ob das Beschreiten eben dieses Weges nicht abgewendet werden konnte.

Niederlage der Hitler-Gegner

Setzt das Forschen danach erst mit der Überlegung ein, warum Auschwitz nicht bombardiert wurde, dann sind die an die deutsche Geschichte zu stellenden Fragen – ja, nicht nur an sie allein – exportiert, ins Ausland entsorgt, an Militärführer der USA im Zweiten Weltkrieg verwiesen. Damit, absichtsvoll oder nicht, wird eine Kette von Fragen gemieden, an deren Beginn die Aufklärung darüberstehen müsste, wer die Errichtung des Regimes, in dessen Geschichte das Verbrechen Auschwitz steht, wollte und erfolgreich betrieb. Warum, als der Nazistaat einmal etabliert war, konnte er sich bis zu der Fähigkeit entwickeln, 1939 diesen Krieg zu beginnen, ohne den sich inmitten Europas dieser Judenmord doch nicht hätte verwirklichen lassen.

Die an die Deutschen zu richtende Frage führt, nimmt sie die Hitler-Förderer ins Visier, wieder auf das ungeliebte Terrain des Zusammenhangs von wirtschaftlichen und Herrschaftsinteressen und den Triumph der Faschisten am 30. Januar 1933. Nicht auf das gleiche, aber auf ähnlich beschaffenes Terrain gelangt, wer die Hitler-Gegner auf die Gründe ihrer Schwäche, ihres Scheiterns hin untersucht. Er muss nolens volens zu deren Zwietracht Partei ergreifen, was aktuelle Bezüge besitzt. Und weiter: Als die Gegner des Faschismus in Deutschland geschlagen waren, war die Chance der Bändigung des zum Krieg strebenden Systems nicht schon vertan. Sie existierte noch jenseits der Reichsgrenzen. Doch wer fragt, warum auch sie vertan wurde, gelangt wieder zur Erörterung nationaler und internationaler Kapitalinteressen, die einen politischen, ökonomischen und moralischen Boykott dieses Nazideutschland verhinderten. Solange wir dieser Gesellschaft nicht entronnen sind, werden Forschungen, die diese Zusammenhänge enthüllen, unwillkommen sein und auf Hindernisse stoßen. Zu schweigen davon, dass sich mit ihnen eine Wissenschaftlerkarriere nicht eröffnen lässt.

Kurzum: Auschwitz gedenken und nicht nur trauern, bleibt eine Herausforderung, sich Fragen zu stellen und zwar einer langen Reihe, deren Formulierung allein schon Anstrengungen erfordert. Sie lohnen sich.

junge Welt, Mittwoch, 27.01.2010, S. 10.

Gastkommentar: Hoffen und drohen

Rede von Schimon Peres im Bundestag

Dass der Mann lebt, der dort am Rednerpult steht und aus Anlass des 27. Januar, der seit 1996 als Gedenktag an die Opfer des „Nationalsozialismus“ begangen wird, zu Abgeordneten spricht, verdankt er dem Entschluss seiner Eltern. Mit ihnen wanderte er 1934 von seinem Geburtsort in Polen nach Palästina aus. Jahre später kamen im Gefolge der Wehrmacht dorthin die Fänger und Mörder der jüdischen Einwohner. Sie brachten auch seine Großeltern und weitere Verwandte um.

Schimon Peres ist so etwas wie ein Urgestein israelischer Politik. Seit 60 Jahren steht er in deren Geschäften, Minister in verschiedensten Ressorts, mehrfach Ministerpräsident, Führer mehrerer Parteien, Abgeordneter der Knesset. Kaum eine zweite Persönlichkeit hat an dem, was Israel wurde, länger und mehr persönlichen Anteil und damit auch Verantwortung. An der Kompetenz dieses Mannes, über Vergangenheit und Gegenwart zu sprechen, kann Zweifel nicht aufkommen. Und Peres hat zur Geschichte goldene Worte gesagt. Dazu gehörte, dass die Vernichtung der Juden kein separates Projekt von Antisemiten war, sondern Bestandteil eines Eroberungsweges zur „Macht über Europa“. Das könnte der Publizistik hierzulande aufhelfen, die das eine vom anderen noch immer mit Vorliebe trennt. Was folgte, ließe sich als eine Anregung für die Geschichtsschreiber hören, bei der Beschäftigung mit dem Massenmord an den Juden nicht bei Beschreibungen stehenzubleiben, sondern die Frage nach dem Warum nicht zu meiden, im Ja und Nein zu dem, was das Staatsoberhaupt Israels dazu sagte.

Dass, wer zudem als Träger mehrerer Friedenspreise spricht, mit seinem Namen an den Beginn des Osloer Friedensprozesses erinnert, das jetzt seines Landes nicht umgehen würde, hat niemanden überrascht. Dass dies mit Friedensbekenntnissen geschah, ebenso wenig. So weit, so gut. Wäre da nicht eine Glaubwürdigkeitslücke, verursacht durch die Folgenlosigkeit der voraufgegangenen, so dass es schwerfällt, den Gedanken abzuweisen, dass sie alle ihr Verfallsdatum längst erreicht haben. Benjamin Netanjahu hat die Lücke vor wenigen Tagen mit der Erklärung vergrößert, Israel werde im Westjordanland bleiben. Was sind da Berliner Versicherungen über die Zweistaaten-Lösung wert? Was Hilfsankündigungen für Dürstende und Hungernde beim Gedanken an die Blockade des Gazastreifens? Der hohe Staatsgast hat den nachdenkenden Teil der Abgeordneten mit einer Reihe von Fragen zurückgelassen. Schwerlich die Bundeskanzlerin, die sich vorher schon entschieden hatte, an wen sie fromme Hoffnung knüpft und wen sie mit Drohung bedenkt und das mit einer Wortwahl („die Zeit läuft ab“, „die Geduld schwindet“), dass man an Vorläufer dieser Art Außenpolitik nur gruselnd zu denken wagt. Schimon Peres’ Einladung zum Träumen mutete ein wenig wie eine Aufforderung an, aus der Wirklichkeit zu fliehen. Das ist Menschen selten gut bekommen.

junge Welt, Donnerstag, 28.01.2010, S. 8.

Weites Feld

Weißbecker zum 75.

Die Historiker, die in früher DDR-Zeit ihre Ausbildung erhielten, dann das Bild der Historiografie im ostdeutschen Staat prägten, ihre Auffassungen im Inland und auf ausländischen Konferenzen ihren Kollegen darstellten und vertraten, sind in die Jahre gekommen. Doch die Hoffnung jener, die ihrer Abwicklung nach dem Ende des ostdeutschen Staates 1990 betrieben, hat sich nicht vollzogen. Viele haben sich nicht in Haus- oder Schrebergärten verbuddelt, sondern auf weitem Feld weiter gegraben – vorwiegend dem der deutschen Geschichte. Dabei sind sie, wo nötig, mit früheren Sichtweisen ins Gericht gegangen.

Einer von ihnen ist der Jenaer Manfred Weißbecker. Seine Forschungen waren Jahrzehnte auf die Geschichte des deutschen Parteiwesens gerichtet, insbesondere auf Entstehung und Frühphase der faschistischen NSDAP. Bei dem Leisten blieb er, was kräftige Abstecher in die Geschichte des antifaschistischen Widerstands, namentlich den in Thüringen geleisteten, nicht ausschloss. Mit seinem Namen verbindet sich der in den Handapparaten wissenschaftlicher Bibliotheken greifbare Vierbänder über die deutsche Parteiengeschichte. Der allein schon beantwortet die Frage: Was bleibt?

Und dann sind da seine Verdienste um die alljährlichen Colloquien zur Faschismusforschung, die Jena zu einem Mekka der DDR-Spezialisten machten. Die fanden ein zusätzliches Publikationsorgan in den von ihm herausgegebenen Beträgen zur Parteiengeschichte, die heute als Dokument und Ausweis für die Entwicklung einer Spezialdisziplin gelesen werden können und als Kommentar wider die verlogene These vom „verordneten Antifaschismus“.

Zu alledem traten biografische Forschungen und Publikationen zu Hitler, Rudolf Heß, Fritz Sauckel und anderen Großfiguren des deutschen Faschismus. Der Jenenser ist zudem einer der Gründerväter des Thüringer Zweigs der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Heute wird Manfred Weißbecker 75. Grüße ins Mühltal.

Neues Deutschland, Montag, 8. Februar 2010, S. 16.

Selbst. Über das Verhalten von Sarah Wagenknecht

im Bundestag bei der Rede von Simon Peres

Nach der Bundestagsrede des israelischen Staatspräsidenten erhoben sich einige Abgeordnete der Linksfraktion nicht wie die Mehrheit im weiten Rund des Sitzungssaales zu einer Ovation. Wer die Rede gehört hatte, brauchte für dieses Verhalten keine besondere Erklärung. Nach guten und treffenden Worten aus Anlass des Gedenkens an die Opfer des deutschen Faschismus hatte Schimon Peres die Außenpolitik Israels eingenebelt und beschönigt und Vorkriegsstimmung gegen den Iran geweckt. Das zu beklatschen, ist niemandes Pflicht. Es zu unterlassen, war möglich, denn die Ehrung der Millionen Getöteten hatte vorher gemeinsam stattgefunden. Der Sachverhalt lag für jeden, der politisch bis drei zählen kann, auf der Hand. Manche, die das durchaus können, wollten es aber in diesem Falle nicht. Meinungs- und Verhaltensfreiheit, deren sich die Republik sonst rühmt, sollte hier nicht gelten. Das abweichende Verhalten war ihnen, was der Volksmund ein gefundenes Fressen nennt. Sie gaben ihm ihre verleumderische Interpretation.

Nicht dieses Vorgangs, sondern der Antwort Sahra Wagenknechts, der Bekanntesten unter den Sitzengebliebenen, nahm sich die sozialistisches Tageszeitung Neues Deutschland in einem Kommentar an. Darin wird die Attackierte mit den Worten zitiert: „Dass ich nach der Rede von Schimon Peres nicht an den stehenden Ovationen teilgenommen habe, liegt darin begründet, dass ich einem Staatsmann, der selbst für Krieg mitverantwortlich ist, einen solchen Respekt nicht zollen kann.“ Der philologisch interessierte Redakteur bohrt sich an dem Wörtchen *selbst* fest. Das befindet er zunächst für überflüssig. Darüber ließe sich reden. Man könnte auch einfach zur Kenntnis nehmen, dass selbst in diesem Kontext die Aussage im Hinblick auf die in Rede stehende Person verstärkt. Er ist für Krieg in persona mitverantwortlich, nicht nur indirekt aufgrund seines Amtes.

Dann aber wird gefragt, ob sich in dem Wörtchen *selbst* nicht eine Deutungsmöglichkeit verberge, die den Krieg der Nazis mit dem der Israelis gegen die Palästinenser aufwiege. Auf die Idee muss man kommen. Um dann, nachdem man sie den Lesern der Zeitung offeriert hat, selbst (das heißt hier: sogar und enthält keinen Bezug zu Hitler) noch anzufügen, man möchte Sahra Wagenknecht derlei Interpretation nicht wünschen. Darauf lässt sich schlechterdings nichts entgegen. Tucholsky hatte für solchen Fall eine Devise: „So tief kann man nicht schießen.“

Ossietzky, 4/2010, 20. Februar 2010, S. 146.

Nachdruck: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE; 3/2010, Nr. 241, 21. Jg., S. 15 f.

1. September 1939

Der Text dieses kleinen Bandes, der es in sich hat, geht auf einen Vortrag zurück, den der Autor aus Anlass jenes 70. Jahrestages hielt, der in der Jubiläenreihe des Jahres 2009 hierzulande weit in den Hintergrund trat. Es passte den Veranstaltern der Haupt- und Staatsaktionen ins Konzept, dass das Gedenken an den 1. September 1939 sich gleichsam exportieren und dies obendrein rechtfertigen und als ein weiterer Schritt deutsch-polnischer Versöhnung darstellen ließ. Danzig und die Westerplatte waren Orte, an denen die militärischen Handlungen des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Überfall begannen. Die deutsche Regierungschefin reiste dorthin, einer Einladung ins Nachbarland folgend. Die hiesigen Zeitungen berichteten davon. Sie hatte dort nichtssagend erklärt, dass hier „alles begann“ und sich auch auf gröbere Details nicht eingelassen. Kriegsursachen, Kriegs ziele – das sind Themen, die inzwischen zugunsten von Klagen über Gewalt, Verbrechen, Opfer und Erörterungen darüber, „wessen der Mensch fähig ist“, stillschweigend aus dem Gesichtsfeld der Nachgeborenen gerückt werden. Kaum jemand, der anmerkt, dass das Verdrängen der Frage, warum Millionen Opfer von Krieg, Eroberung, Ausrottungspolitik wurden, eine Beleidigung des Andenkens auch all derer ist, die Opfer wurden. Wir werden in eine geistige Welt versetzt, in der irrwitzige Thesen in Büchern, gedruckt in renommierten Verlagen, unter die Leute gebracht werden, wie beispielsweise jene, wonach die Weltgeschichte ganz anders verlaufen wäre, würde jemand dem Hitler erklärt haben, dass nicht die Juden an der deutschen Kriegsniederlage 1918 schuld trugen und so sein Rachebedürfnis nicht hätte entstehen können.[1] Nicht im Einzelfall, aber im Ganzen sind derlei Emanationen Früchte des Jahres 1990.

Gegen Legenden und Lügen anzugehen ist das Verdienst eben jener Schrift Werner Röhrs. Ihr Erscheinen erinnert an einen Satz Tucholskys, veröffentlicht 1929: „Im Rundfunk dürfen wir nicht, in der Presse sollen wir nicht, im Kino können wir nicht – bleibt das Buch.“ Und das in einer bescheidenen Auflage und – anders noch als in der Weimarer Republik – ohne Aussicht in die Schaufenster oder auf die Buchtische einschlägiger Geschäfte zu gelangen. In äußerst gedrängter Form und Sprache, in seinen Aussagen präzise, zeichnet der Autor den Weg von Krieg zu Krieg und schon diese Perspektive unterscheidet ihn von jenen Erörterungen, die nicht darauf zu sprechen kommen, dass 1939 eine offene Rechnung beglichen werden sollte, die von deutschen Imperialisten bereits zur Zeit des Versailler Vertrages aufgemacht worden war. So wird klar, wie hohl jene Formel von „Hitlers Krieg“ ist, denn dass die deutsch-polnische Grenze nicht dortbleiben sollte, wo sie schließlich 1922 nach blutigen Kämpfen vor allem in Oberschlesien fixiert worden war, galt in zivilen wie militärischen Kreisen als ausgemacht, und das bevor außerhalb Münchens jemand den Namen Hitler kannte.

Dann verfolgt Röhr Eröffnung und Verlauf des Wirtschaftskrieges gegen den Nachbarn, sein Scheitern und die von der Naziregierung initiierte „Politik des 26. Januar“. Das Datum meint den Tag, da Deutschland und Polen 1934 eine Nichtangriffserklärung unterzeichneten, die Polen nichts, aber den deutschen Faschisten die Möglichkeit eintrug, sich verlogen als Macht der Völkerverständigung zu präsentieren, die einen Schritt getan habe, zu dem die Republik es nicht brachte. Und – wichtiger noch – dieser diplomatische Akt lockerte die Bindungen Polens zu Frankreich, jener ausländischen Macht, die bei Wiedergründung des polnischen Staates nach der Zerschlagung der monarchistischen Regime in Berlin, Petersburg und Wien die Hauptrolle gespielt hatte. Auch gegen eine denkbare Änderung der polnischen Politik gegenüber dem Nachbarn im Osten, der Sowjetunion, bedeutete die Annäherung an Nazideutschland, das das „bolschewistische Judentum“ zu seinem Todfeind erklärt hatte, eine Barriere von Dauer. Polen beschritt den Weg seiner Selbstisolierung. Göring und Goebbels kamen in das Land als bewillkommnete Staatsgäste. Als der Propagandaminister anreiste, schrieb ein polnisches Blatt, die Vegetarier hätten ein Bankett für den Menschenfresser gegeben. Die Warnungen drangen umso weniger durch, als in Warschau Politiker entschieden, die in einem Anflug von Größenwahn die Möglichkeiten weit überschätzten, welche der Staat besaß, auf die europäische Entwicklung und Geschichte Einfluss zu nehmen.

---

1 Joachim Riecker, Hitlers 9. November. Ganzen sind derlei Emanationen Früchte des Jahres 1990.

Von der sozialen, ethnischen, politischen Situation Polens nach seiner Neugründung, auch das unterscheidet Röhrs Perspektive von der üblichen, wird in dem Band ein knapper und historische Kritik nicht scheuender Überblick gegeben. Damit könnte der Autor, geriete sein Text dahin, auch in eine Debatte in Polen eingreifen, in der er auf die Seite derer tritt, die sich für eine notwendige nationale Selbstkritik einsetzen und nicht bereit sind, die unstrittige Rolle Polens als Opfer deutscher Eroberungs- und Vernichtungsgelüste zu benutzen, um Fragen an die eigene Geschichte ganz zu verdrängen oder zu marginalisieren. Röhr zeigt, worin die Alternativen zur tatsächlich betriebenen polnischen Außenpolitik in den 1930er Jahren bestanden. Warschau konnte das Angebot der Naziclique akzeptieren, sich zu deren Juniorpartner im Kampf gegen die Sowjetunion zu machen. Dass die Annahme dieser Offerte mit tödlichem Ausgang enden würde, war den Machthabern immerhin klar. Dass sie dann aber, wollten sie dem feindlichen Zugriff der deutschen Imperialisten entgehen, sich zu aktiven Förderern aller Bestrebungen kollektiver Sicherheit machen mussten, dazu fehlte es ihnen nicht nur an Verstand. Das Beschreiten dieses Weges hätte, das lag auch geografisch am nächsten, die Herstellung kooperativer Beziehungen zur Tschechoslowakei verlangt, die ihn mit Frankreich und der UdSSR zu beschreiten suchte. Doch mutet die bis zur antitschechischen Kooperation mit dem Reich reichende polnische Politik wie ein Trauerspiel an, sie erscheint als Untat, auf die eine Strafe nicht ausbleiben konnte.

Der Band schließt mit einer wiederum knappen Skizze der verbrecherischen deutschen Kriegsführung auf polnischem Boden, der Charakterisierung der Kriegsziele der Eroberer und der Bedeutung der Erfahrungen, welche die Eindringlinge und Besatzer im „Generalgouvernement“ sammelten und die sie auf ihren weiteren Raubzügen verwerteten. Wer sich darüber, nun angeregt, genauer informieren will, mag die Einleitung und die Dokumente in dem von Werner Röhr noch zu Zeiten der ostdeutschen Wissenschaftswüste herausgegebenen Band „Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945)“ lesen, der in der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)“ (Berlin 198), damals aus Anlass des 50. Jahrestages des Angriffs auf Polen, erschienen ist.

Werner Röhr, Von Annaberg nach Gleiwitz. Zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf Polen am I. September 1939, Edition Organon, Berlin 2009, 103 S., 8,50 Euro.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 81, März 2010, S. 208-211.

Wider die Geschichtsbildmaler

In Deutschland lässt sich zur verleumderischen Bekämpfung eines politischen Gegners kein größerer Knüppel finden als der mit der Aufschrift „Antisemit“. Der wird seit nun nahezu zwanzig Jahren gegen den Staat DDR geschwungen. Nichts scheint besser geeignet, ihm enge geistige und praktisch-politische Verwandtschaft mit der faschistischen Diktatur anzudichten, zumal der Antisemitismus zum Kern der Nazi-Ideologie und mörderische Judenfeindschaft zur Drehachse der Politik des Nazi-Reiches erklärt worden ist. Wer glaubte, auf diesem Felde sei schon eingesetzt, was sich irgend denken ließe, hatte sich zu korrigieren, als 2001 die Kunde verbreitet wurde, der DDR-Staat habe sich an dem Zahngold bereichert, das sich in Knochenresten in einem Massengrab fand, in dem ermordete Juden verscharrt worden waren. Wer ein wenig von der Verwertung der jüdischen Leichname in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern wusste und von der Herkunft der Goldsendungen, die die SS an die Reichsbank schickte, dem musste nicht erklärt werden, dass damit der Schlussstein für eine Konstruktion geliefert wurde, die nun nicht mehr nur eine Verwandtschaft der beiden Regime behauptete, sondern deren Identität bis hin zur abscheulichsten Form der Bereicherung glaubhaft machen wollte.

Das Geschilderte sagt, womit sich ein Autor auch und unvermeidlich zu befassen hat, der 2010 ein Buch über „Die DDR und die Juden“ publiziert. Wohl kaum ein Verlag wäre wohl bereit, für die Arbeit, derlei Geschichtsbildmalern zu entgegnen, eine angemessene Erschwerniszulage zu gewähren. Der Anspruch darauf ist verdient, nicht jedoch durch den zu bewältigenden Schwierigkeitsgrad der Aufgabe, sondern durch deren Unappetitlichkeit; zudem muss der Autor gegen die Langeweile ankämpfen, erzeugt durch die Beschäftigung mit hartnäckig wiederholten Behauptungen, für die allenfalls Scheinbeweise angeboten werden. Was die Geschichte von der auf jüdisches Zahngold erpichten Staatssicherheit der DDR angeht, so stünde diese Zulage Hans Canjé zu, der ihre Hohl- und Gemeinheit in einem Artikel in der Zeitung *junge Welt* nachgewiesen hat. Es war ein guter Einfall von Detlef Joseph, diesen Text ungekürzt an das Ende seines Buches zu setzen und ihn so weiter bekannt zu machen.

Der Untertitel „Eine kritische Untersuchung“ bezieht sich nicht nur darauf, dass hier unter die Lupe genommen wird, was über das Verhältnis des ostdeutschen Staates zu den Juden zusammengelogen worden ist, sondern nicht minder auf dieses Verhältnis selbst. Da wird nichts tabuisiert. Nicht die antijüdische, mit abstrusen und grotesken Begründungen gerechtfertigte Kampagne der frühen 1950er Jahre, die Juden und Nichtjuden einer sozialismusfeindlichen Verschwörung und des Agententums bezichtigte, Fluchten aus der DDR zur Folge hatte und in haltlosen, rechtsverletzenden Gerichtsurteilen gipfelte. Benannt werden in späteren Jahren: Fehler und Geistlosigkeit im Umgang mit Stätten, an denen Juden ein Gedenken zu bewahren war, Friedhofsschändungen, grobe, antijüdische Stimmungen begünstigende Missgriffe bei der Kritik an der Politik Israels in Wort und Karikatur und anderes. Daraus aber einen „strukturellen“ (das suggeriert so etwas, wie einen angeborenen, unverlierbaren) Antisemitismus der DDR zusammen zu rühren, das weist Joseph als übelwollende Legendenbildung zurück.

So viel Gewicht der Band in die Polemik legt, seine gedankliche Achse sind die Beziehungen zwischen den staatlichen Organen der DDR und den jüdischen Gemeinden und ihren führenden Personen. Sie werden in ihrer Kooperation ebenso dargestellt wie mit ihren unvermeidlichen Konflikten. Das ergibt keine Geschichte der Juden, die steht aus. Sie müsste vom Leben der Mitglieder der Gemeinde erzählen, ihrer Rückkehr aus den Lagern oder ihrem Hervortreten aus Ausgrenzung und Todesbedrohtheit, ihren Wohnverhältnissen im Nachkrieg, ihrer beruflichen und ehrenamtlichen Arbeit, kurzum von ihrem Alltag, den sie mit den Nichtjuden, der übergroßen Mehrheit, teilten, von ihrem religiösen Leben samt dessen Festen, den Bildungswegen der Kinder. Auf dieses Feld wird sich die vom Interesse der antisemitischen Bezichtigung geleitete Publizistik und Geschichtsschreibung nicht oder nur begeben, wenn sie aus der Aufbauschung und Verallgemeinerung von Konflikten glaubt, Kapital schlagen zu können. Schade, dass dem Buch ein Lektor gefehlt hat, dem vor allem die Tilgung der vielen Wiederholungen zugefallen wäre.

Teil II des Bandes bietet die Bibliografie „Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945-1990“, die Renate Kirchner hergestellt hat. Wer wusste, womit sich die vieljährige Leiterin der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde in Berlin/DDR befasste, hoffte, bald das Resultat einer Kärrnerarbeit in die Hand zu bekommen. Das liegt jetzt vor. Der Anstoß, der zu dem Unternehmen führte, wäre unschwer zu erraten. Doch die Verfasserin bekennt ihn selbst: Absichtsvolle oder aus Unkenntnis geborene Ignoranz gegenüber dem, was auf dem ostdeutschen Buchmarkt zum Thema Juden, Judenverfolgungen, „Holocaust“ und über Religion, Geschichte, Riten der Juden angeboten, gekauft und also gelesen werden konnte, hat der Bibliothekarin, die mit diesen Erzeugnissen täglich umging, als Herausforderung gegolten. Diese Nichtachtung hat selbst wieder eine Geschichte. 1992 ließ sich in der *Zeit*, mit polemischem Unterton gegen vereinfachende Bilder, noch lesen: „Vielleicht leistete die SED-Doktrin des Antifaschismus in dieser Hinsicht (wider den Antisemitismus; K. P.) mehr Aufklärung, als wir wahrhaben möchten.“ Das war deutlich: Sie, die sich „Wir“ nannten, mochten schon vor 18 Jahren nicht und mögen nun erst recht nicht, da sich das DDR-Bild, das sie verbreitet sehen wollen, nicht in erwünschtem Grad hat unter die Leute bringen lassen.

Nun legt Kirchners Bibliografie, die 1086 Titel nennt, die Namen der Autoren und der in Titeln und Überschriften vorkommenden Personen in einem Register erfasst und dazu eine Chronologie enthält, die erschließt, welche Bücher in welchem Jahr erschienen sind, noch einen anderen Gedanken nahe. „Vielleicht“ könnte es nicht eine Doktrin gewesen sein, die dem Kampf gegen den Antisemitismus und – das gewiss weniger – dem Verständnis von Juden und Judentum aufgeholfen hat, sondern schlicht eine staatliche Kulturpolitik, die in einem nicht eben reichen Lande die Buchproduktion vom Manuskript bis zum lesbaren Erzeugnis erheblich gefördert und subventioniert hat. Nicht nur die eigene, wie die Übersetzungen beweisen. Kirchners Bibliografie zählt solche aus den folgenden Sprachen auf: russisch, englisch/amerikanisch, jiddisch, hebräisch, serbisch, slowakisch, tschechisch, bulgarisch, jugoslawisch, ungarisch, litauisch, französisch, holländisch, spanisch.

Wer sich in der DDR über Jüdisches – die Autorin erläutert einleitend, wofür sie diesen Begriff benutzt und wie sie ihn und ihre Auswahl eingrenzt – lesend informieren wollte, der konnte (so auch die Gliederung der Bibliographie) auf die folgenden Gegenstände und Themen zugreifen: Nationalsozialismus und Judenverfolgung, Antisemitismus – Rassismus, Religion – Philosophie – Kultus – Brauchtum, Geschichte, Welt der Ostjuden, Palästina – Israel – Naher Osten, Jüdisches Leben in anderen Ländern, Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter oder bekannter Juden. Das ist meine Bibliografie, schreibt Kirchner und begegnet damit dem Einwand, dieses oder jenes vergessen oder vernachlässigt zu haben. Denen, die der DDR den Antisemitismus andichten, wird diese Titelliste ohnehin reichen. Sie werden sich ihr gegenüber jedoch nicht anders verhalten als jene, die Galileo Galilei einlud, durch sein Fernglas zu sehen.

Veteranen der sozialistischen Bewegung in Ostdeutschland mögen diese oder jene Schrift vermissen, mit der ihr Aufbruch zu neuen geistigen Ufern begann. Leer gehen sie nicht aus. Georg Lukács’ Aufsatz gegen den Rassismus, publiziert 1945 im ersten Heft der Zeitschrift *Neuer Weg*, ist ebenso erfasst wie die nur 19 Seiten umfassende Broschüre aufgeführt ist, die im gleichen Jahr vom Verlag der Sowjetischen Militäradministration veröffentlicht wurde. Sie enthielt den Aufsatz „Ich sah das Vernichtungslager“ von Konstantin Simonow, der auf seinem Weg mit der Roten Armee nach Westen als Kriegskorrespondent das erste befreite Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek bei Lublin gesehen und darüber in der Armeezeitung geschrieben hatte. Und Detlef Joseph verweist in seinem Text auf eines der *Sozialistischen Bildungshefte* mit dem Titel *Die Rassenlüge der Nazis*, das 1947 der Schulung der SED-Mitglieder diente. In winters kalten Zimmern gelesen, in ebenso kalten Hinterzimmern von Gaststätten diskutiert, so begannen die Doktrinäre sich zunächst selbst zu doktrinieren. Was sich in wahres Deutsch so übersetzen lässt: Sie begannen zu lernen – vor und dann zunehmend mit den Anderen.

Detlef Joseph: „Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung“ – mit einer Bibliographie von Renate Kirchner, Das Neue Berlin, Berlin 2010, 399 Seiten, 19,95 Euro.

Ossietzky, 5/2010, 6. März 2010, S. 171-174.

„Volk ans Gewehr“

Vor 75 Jahren wurde in Nazideutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt

Die faschistische Diktatur war wenig mehr als zwei Jahre alt, da beschloß das Reichskabinett, gebildet aus NSDAP-Führern und deutschnationalen Politikern, am 16. März 1935 das „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht“. Sein Artikel 1 besagte lapidar: „Der Dienst in der Wehrmacht erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht.“ Er verletzte die „Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt“, die das Deutsche Reich 1919 als Folge der Kriegsniederlage im Versailler Vertrag hatte hinnehmen müssen. Sie lauteten so: Ab dem 31. März 1920 „darf die gesamte Iststärke des Heeres der sämtlichen deutschen Einzelstaaten nicht mehr als 100.000 Mann, einschließlich der Offiziere und der Depots, betragen.“ Dem war hinzugefügt: „Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.“ Der Doppelsinn dieser Bestimmung war leicht zu entschlüsseln. Das Deutsche Reich sollte gegen alle seine Nachbarn auf Dauer militärisch angriffsunfähig gemacht werden. Und: Es sollte über so viel militärisches Gewaltpotential gebieten, dass es in der Lage war, die bürgerliche „Ordnung“ innerhalb seiner Grenzen aufrechtzuerhalten. Der Text spiegelte die Erfahrung mit der Politik der herrschenden Kreise Deutschlands im Krieg ebenso wider wie die mit der Massenerhebung des deutschen Novembers. Zu dieser grundlegenden Bestimmung traten weitere, welche die Form und Umfang der Bewaffnung der Streitkräfte begrenzten.

Kriegsgegner terrorisiert

Die geschlagenen deutschen Militärführer, Leutnants bis zu den Generälen des Kaiserheeres, wurden im revolutionären Nachkriegsdeutschland unvermeidlich demobilisiert und mussten sich, wenn sie nicht in den Genuss von Pensionen kamen, einen Erwerb in Zivilberufen suchen. Keine Frage, dass sie keinen Moment bereit waren, diese ihnen aufgezwungene Bestimmung auf Dauer hinzunehmen. Denn das auf der Basis der allgemeinen Militärdienstpflicht rekrutierte Heer galt den einen als unentbehrliches Attribut deutscher Souveränität, und andere verbanden früh schon mit ihm die Hoffnung und den Plan, das Gesamtergebnis dieses Krieges in einem künftigen zu revidieren. Das nun Reichswehr genannte Heer der Republik, befehligt und kommandiert von einem Teil des alten Führungskaders, wurde als ein Zustand angesehen, den die Politik möglichst rasch zu korrigieren hatte. Vorerst existierte dafür freilich keine Chance.

Den entscheidenden inneren Schritt sah die Reichswehrgeneralität jedoch zurückgelegt, als 1933 mit der Aufrichtung der Diktatur vor allem die Kräfte der revolutionären und der reformistischen Arbeiterbewegung ausgeschaltet wurden. Diese waren mit Parolen und Gesängen wie „Nie, nie wollen wir Waffen tragen. Nie, nie wollen wir wieder Krieg“ in diesem einen Punkte Verteidiger des Versailler Vertrages und wurden nun dafür illegalisiert und terrorisiert. Von diesen Kräften war zugleich die Einlösung des Versprechens der Siegermächte eingefordert worden, das im Vertrag auch gegeben worden war: mit Deutschlands weitgehender Demilitarisierung den Weg zu einer „allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ zu beschreiten. Davon war in den seit 1919 verflossenen Jahren indessen nichts eingelöst, wie viele Konferenzen im Rahmen der Organisation des Völkerbundes zu dem Thema auch stattgefunden hatten. Alle Staaten hatten, die Erfahrungen des Weltkrieges auswertend, ihre Armeen vielmehr modernisiert. Vor allem mit dem Aufbau von Luftwaffen zeichnete sich ein neues Ausmaß künftiger Kriegführung ab.

Das uneingelöste Versprechen lieferte der deutschen Politik schon in den Jahren der Republik Argumente. Es ließ sich auf die Ungleichbehandlung Deutschlands verweisen und – übrigens ungefährdet – die Rolle des Verfechters der internationalen Abrüstung spielen. Während die regierenden Kreise im Reich gegen die Deutschlands Rüstungen begrenzenden Bestimmungen auf diplomatischem Parkett gleichsam mit dem Degen fochten, benutzten die offen reaktionären und unter ihnen vor allem die „Nationalsozialisten“ in der Innenpolitik Säbel und Knüppel. Ihr politisches Gezeter über die „Schande“, die „Ketten“, die „Schmach“ von Versailles mobilisierte und formierte den zahlenstarken Teil der Nation, der sich wieder eine „schimmernde Wehr“ wünschte, den eigenen Wehr- und Kriegsdienst als eine Hochzeit ihrer Autobiographie ansah und meinte, dass Kasernen die geeigneten Orte

wären, Heranwachsende zu „ganzen Männern“ zu erziehen. Dieser Teil war in militärischen Bünden organisiert, die in der Republik jegliche Freiheit der Betätigung genossen, auf Straßen paradierten, Erinnerungstage an wirkliche oder eingebildete militärische Siege zelebrierten und keine Gelegenheit, Beerdigungen in Sonderheit, ausließen, um sich öffentlich uniformiert und martialisch dreinblickend zu zeigen. Seit 1925 besaßen sie an der Staatsspitze im kaiserlichen Feldmarschall Paul von Hindenburg ihren obersten Förderer und Schutzherren.

Umstrukturierung

Wer sich als Vorkämpfer deutscher „Wehrfreiheit“ ausgab und hervortat, konnte in Deutschland sicher damit rechnen, dass ihm Sympathien entgegenschlugen und Verbündete erwuchsen, namentlich aus jenen Kreisen, auf deren politischer Wunschliste die Aufstellung eines Massenheeres obenan stand. Das waren in erster Linie die aktiven Generale und Offiziere der 100.000-Mann-Reichswehr. Mit ihren Spitzen traf sich Hitler bereits am fünften Tag seiner Kanzlerschaft. Den willkommenen Anlass dafür bot die Geburtstagsfeier eines Generals. Die Ansprache, die Hitler in diesem Kreis hielt, ist in ihren wesentlichen Passagen auf verschiedenen Wegen überliefert. Zu ihnen gehören die Aufzeichnungen eines Generals, der festhielt: „Allgemeine Wehrpflicht muss wiederkommen. Zuvor aber muss die Staatsführung dafür sorgen, dass die Wehrpflichtigen nicht schon vor Eintritt durch Pazifismus, Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gift verfallen.“

Im März 1935 nun kam die allgemeine Wehrpflicht wieder. Überraschen konnte an diesem Entschluss der deutschen Staatsführung allenfalls ihr Zeitpunkt. Der Akt hatte sich mehrfach angekündigt. Zum einen durch den Ende 1933 vorgenommenen provokativen Austritt aus dem Völkerbund, der mit dem Verweis begründet worden war, dass die den Bund beherrschenden Mächte Deutschland die Gleichberechtigung verweigerten. Zum anderen durch die Vorbereitungen, die in der Reichswehr getroffen worden waren, um den Schritt von der Kaderarmee zum Massenheer in kurzer Frist und mit dem gewünschten Effekt gehen zu können. Es war ihre Umgliederung in sogenannte Divisionsrahmen erfolgt, also das militärgeschulte Personal so strukturiert worden, dass sich binnen kurzem ein Heer von 36 Divisionen aufstellen ließ.

Wirtschaftsboom durch Aufrüstung

In Deutschland war, wie versprochen, dafür gesorgt, dass der Schritt komplikationslos gegangen werden konnte, mehr noch, dass ihn ein erheblicher Teil der Bevölkerung begrüßte. Diese Stimmung war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass sich mit ihm für verschiedenste Kreise materielle Vorteile verbanden. Industrielle Unternehmen, und nicht nur die Waffenfabriken, erlebten einen Auftragsboom von Seiten der Beschaffungsstellen des Heeres. Die Soldatenmasse musste von Kopf bis Fuß bekleidet und ausgerüstet werden, was der Textil- und Lederindustrie Bestellungen eintrug. Nicht anders die Bauindustrie, die für die Behausungen zu sorgen, stillgelegte Kasernenbauten wieder flott zu machen und neue zu errichten hatte. Der Arbeitsmarkt wurde belebt, und die Zahl der dort Nachfragenden durch die Eingezogenen entlastet.

Wie die Einführung der Wehrpflicht im Volk aufgenommen wurde, zeugen Berichte von Sozialdemokraten über ihre Gespräche in Betrieben und Arbeiterkneipen, die sie an den SPD-Exilvorstand weiterleiteten. In der Skala der denkbaren Reaktionen fehlte nichts. Sie reichten von Begeisterung bis zur Kriegsfurcht, von der Frage, wer das bezahlen solle, bis zur Begrüßung oder Errechnung eigenen Vorteils, von der Bewunderung Hitlers, der „ein Kerl“ sei und „Schneid“ besitze, bis zur Ahnung kommenden Unheils. Und wie immer fehlte es nicht an Gedankenlosen und Gleichgültigen. Unter den direkt betroffenen jungen Männern fanden sich solche, die Abwechslung und Abenteuer erwarteten, und andere, die sich nach den ihnen bisher schon auferlegten Verpflichtungen zu Landjahr und anderer Zwangsarbeit nach Selbstbestimmung sehnten.

junge Welt, Sonnabend, 13.03.2010, S. 15.

„Ich ahnte nicht, wie viele es werden“

Eine Kärrnerarbeit mit Nutzwert für Historiker und gegen Legenden über die DDR: eine Bibliographie aller ostdeutschen Titel zu jüdischer Thematik. Ein Gespräch mit Renate Kirchner

Interview: Kurt Pätzold und Erika Schwarz

Vor kurzem erschien im Verlag Neues Berlin das Buch von Detlef Joseph: „Die DDR und die Juden“. Es enthält eine Bibliographie aller zwischen 1945 und 1990 in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR erschienenen Publikationen zum Thema des Buches, insgesamt 1086 Titel. Zusammengestellt wurde sie von Renate Kirchner, die bis Ende 2001 Leiterin der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde in Berlin/DDR war.

Vor der Geschichte der Bücher liegt die der Manuskripte. Wie war der Weg ihrer Bibliographie vom Gedanken zum Plan, vom Manuskript zum Buch?

Zunächst sollte es ja nur eine Liste werden, wenn auch eine umfangreiche. In dem Maße aber, wie sich dann die Anzahl der Titel vergrößerte, haben insbesondere befreundete Autoren geraten: Du musst dir einen Verlag suchen! Dies geschah dann ab Mai 2008. Die Urteile waren in etwa: Interessant, kommt aber, aus Kostengründen, für uns nicht infrage; wir raten von einer Printvariante ab, stellen Sie die Arbeit ins Internet; sie sollte in einen größeren Kontext, d. h. ihr müsste ein erklärender, sie wertender Textteil beigegeben werden; der zu erwartende Verkaufserlös würde die entstehenden Kosten nicht decken etc.

Zu diesem Zeitpunkt, es war bereits Juni 2009, erzählte Detlef Joseph, dass er einen Termin im Verlag habe wegen seines Manuskripts. Da gab ich ihm meine, in einem Copy-Shop gebundene, Bibliografie mit und erhielt umgehend einen Anruf, dass der Verlag sehr interessiert sei und den Titel als Gemeinschaftsarbeit von uns beiden herausbringen will. Dieses Versprechen wurde nun realisiert.

Dass Bibliothekare Listen von Büchertiteln vorlegen, die Lesern einen einfachen und raschen Überblick über die Publikationen zu einem bestimmten Gegenstand oder Thema anbieten, gehört zu deren alltäglicher Arbeit. Mit Ihrer hat es jedoch eine besondere Bewandtnis. Ihre Liste erfasst Arbeiten, die abgeschlossen sind, nicht weil der Gegenstand oder das Thema sich erschöpft hätten, sondern weil der Staat, indem sie gedruckt wurden, Geschichte ist. So besitzt, was Sie vorlegen, auch den Charakter einer Bilanz. Was hat Sie dazu angeregt und bei Ihrem Vorhaben bleiben lassen?

Es waren im Wesentlichen zwei Aspekte. Zum einen bat mich eine befreundete Autorin schon vor Jahren und später immer wieder, ihr doch eine Bücherliste mit Titeln zum Thema anzufertigen. Und zum anderen stieß ich selbst immer öfter auf Aussagen in den Medien, dass die Juden in der DDR überhaupt kein Thema waren, nur einige wenige Bücher verlegt wurden und antisemitische Strukturen in vielfältiger Weise im Alltagsleben ablesbar waren. Das machte mich geradezu wütend, weil ich es besser wusste. Anfang 2007 begann ich ernsthaft mit der Arbeit, die im März 2009 dann abgeschlossen war.

Sie standen als Leiterin der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde in Berlin/DDR mit der Literatur, die sie nun aufgelistet haben, auf vertrautem Fuß. Dennoch die Frage, als Sie mehr als 1000 Titel erfasst hatten, sagten Sie sich da: Das habe ich so erwartet. Oder: Waren Umfang und Breite auch für Sie eine Überraschung?

Dass es so viele werden würden, habe ich tatsächlich nicht geahnt. Bei meiner Recherche stieß ich auch auf Titel, von deren Existenz ich bis dahin nichts wusste. Zum Beispiel entdeckte ich in der Bibliographie von Rudi Goguel „Antifaschistischer Widerstandskampf 1933-1945“ Bücher zum Thema aus der Nachkriegs- und ganz frühen DDR-Zeit.

Was die Themenbreite angeht, da hatte ich mir schon vor Beginn der Arbeit in etwa einen Rahmen, Systematik, gegeben, der natürlich weit über die Juden als Opfer während der NS-Zeit hinausging. Und ich wusste, dass ich sowohl Sachliteratur wie auch die erzählende Literatur – mit allen Genres, also auch Kinderbücher – berücksichtigen wollte. Aber dennoch war ich dann überrascht, dass es zum

Beispiel bei der Gruppe „Religion-Philosophie-Kultus-Brauchtum“ fast 100 Titel waren, die ich aufnehmen konnte.

Trauen Sie sich bei aller Vorsicht so etwas wie eine Bestsellerliste der Publikationen zu, die Sie nennen?

Das ist schwierig, ich denke, dazu gehören vor allem die wunderbaren Bücher, die den Lesern die Welt der Ostjuden erschlossen – ausgestattet mit hervorragenden bildkünstlerischen Beigaben. Da wäre vor allem der belorussisch-jüdische Künstler Anatoli L. Kaplan zu nennen, dessen Lithographien, Pastelle, Zeichnungen insbesondere die Klassiker der Jiddischen Literatur schmückten. Er ist mit 18 Einträgen in meiner Bibliographie vertreten und zwar sowohl bei Romanen und Erzählungen von Scholem Alejchem wie „Der behexte Schneider“ und „Tewje der Milchmann“, wie auch bei einer Sammlung von Geschichten zu Fest- und Feiertagen, z. B. „Das Wunder von Chanukka“, oder Johannes Bobrowskis „Levins Mühle“, um einige konkrete Beispiele zu nennen.

Verweisen könnte ich auch auf die Dokumentation von Helmut Eschwege „Die Synagoge in der deutschen Geschichte“, das wichtige Buch von Heinz Knobloch „Herr Moses in Berlin“ oder das über „Jüdische Friedhöfe in Berlin“, wo Knobloch auch einer der Autoren war.

Auch den, der sich in der Materie auskennt, wird überraschen, aus wie vielen Sprachen – wir haben gefunden: russisch, englisch/amerikanisch, jiddisch, hebräisch, serbisch, slowakisch, tschechisch, bulgarisch, jugoslawisch, ungarisch, litauisch, französisch, holländisch, spanisch – literarische Werke der verschiedensten Genres übersetzt und gedruckt worden sind. Dafür Genehmigungen zu erhalten, hat Geld und vielfach namentlich auf gerade jenem Gebiet verlangt, wo in der DDR der Schuh immer mächtig drückte: Devisen. Lässt sich aus ihrer Liste ersehen, wo da Grenzen waren, diktiert durch eben solchen Mangel? Und: Welche Verlage haben sich besonders um die Publikation der Bücher verdient gemacht, die Sie erfasst haben?

Auch dies ist gar nicht einfach zu beantworten, weil es viele waren, die – oft schon in den Vor- oder Anfangsjahren der DDR – immer wieder Bücher zum Thema ediert haben, man also durchaus davon sprechen kann, dass sie sich der jüdischen Thematik offensichtlich besonders verpflichtet fühlten. Fangen wir in Berlin an, da wären zu nennen: Aufbau Verlag, Volk und Welt, Rütten & Loening, Der Morgen, Union Verlag, die Evangelische Verlagsanstalt, Henschelverlag, aber auch der Reclam Verlag in Leipzig muss unbedingt genannt werden, der eine der bibliophilen Kostbarkeiten – „Meine jüdischen Augen“ – herausgebracht hat oder der Insel Verlag und der St. Benno-Verlag. Viele andere ließen sich anführen, man kann sie alle bei den entsprechenden Titeln finden.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht der Hinweis angebracht, dass es im Buch ein alphabetisches Register sämtlicher Autoren und anderer „beteiligter“ und auch „behandelter“ Personen gibt und ein chronologisches, das den Nachweis dafür erbringt, welche Titel in welchem Jahr mit ihrer ersten Auflage erschienen sind. Ein Register, das die Verlage in ähnlicher Form auflistet, gibt es nicht. Das könnte man sehr gut bei einer Nachauflage berücksichtigen.

Ein anderer „Engpass“ in DDR-Zeiten trug den Namen: Papier. Das betraf weniger Erstdrucke, sondern Nachauflagen. Die zu drucken, bedeutete mitunter, einen anderen Autor warten lassen. Was haben Sie bei Ihrer Arbeit für einen Eindruck von der Auflagenpolitik der Verlage gewonnen?

Darauf könnte ich nur mit Vermutungen antworten. Was ich aber durchaus festgestellt habe ist dies: Bestimmte, sehr wichtige Titel haben leider nur eine oder zwei Auflagen erlebt, mitunter in sehr großen Zeitabständen. Ich will das wiederum an Beispielen zeigen. „Faschismus – Ghetto – Massenmord“ ist nur 1960 und 1961 erschienen, „Kennzeichen J“ 1966 und 1981, „Juden unterm Hakenkreuz“ nur 1973 und „Faschismus Rassenwahn Judenverfolgung“ nur 1975.

Auch ein so wichtiges Buch wie „Die Kunst der Synagoge“ – eine Einführung in die Probleme von Kunst und Kult des Judentums – wurde nur 1966 und 1968 aufgelegt. Gerade weil es Sachliteratur zum Thema war, wären wiederholte Auflagen, möglichst in Kontinuität, wünschenswert gewesen.

Ob dahinter doch ideologische Entscheidungen standen, vermag ich nicht zu sagen. Da müsste die seriöse Forschung ran.

Andererseits sind zum Beispiel die Tagebücher aus dem Ghetto „Im Feuer vergangen“ von 1958 bis 1962 sieben Mal aufgelegt worden. Und Bruno Apitz’ „Nackt unter Wölfen“ – in der DDR Schullektüre – erschien bis 1990 in 56 Auflagen im Mitteldeutschen Verlag, in 21 Auflagen bei Reclam und außerdem noch in zwei anderen Verlagen. Auch Peter Edels „Die Bilder des Zeugen Schattmann“, das als vierteiliger Fernsehfilm bereits 1972, also vor der US-Serie „Holocaust“, ausgestrahlt wurde, erschien von 1969 bis 1989 in 12 Auflagen.

Wo sind, nachdem die beiden Jüdischen Gemeinden in Berlin vereint sind, die Bücher der „Bibliothek Ost“ heute zu lesen und zu entleihen?

Die beiden Jüdischen Gemeinden der Stadt vereinigten sich Ende 1990 zu einer, und die Bibliothek in der Oranienburger Straße wurde in die schon in Westberlin bestehende als Zweigstelle integriert. Beide existierten noch bis zu meinem Ausscheiden Ende 2001.

Ab Februar 2002 schien dann das Aus für die Zweigstelle gekommen zu sein. Ein Sturm des Protestes, insbesondere langjähriger Bibliotheksbenutzer, auch von Schriftstellern, setzte ein, und nach kurzer Pause wurde die Bibliothek wieder zugänglich, betreut von der Hauptbibliothek.

Zwei Jahre später wurde erneut die Schließung angekündigt, jedoch nicht gleich realisiert, es durften aber keine Entleihungen mehr getätigt, der vorhandene Kopierer konnte nicht mehr benutzt werden. Neue Bücher wurden ohnehin schon lange nicht mehr angeschafft. Im Herbst 2005 wurde die Zweigstelle dann endgültig geschlossen, die Bücher kamen ins Magazin, die Räumlichkeiten wurden anderweitig genutzt.

Zufällig erfuhr ich am 1. März 2009 aus einer winzigen Notiz in Neues Deutschland, dass die Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt die Bibliothek übernommen hat und sie zukünftig als Präsenzbestand genutzt werden kann. Dies ist nun seit dem 1. März 2010 möglich.

Detlef Joseph: Die DDR und die Juden – Eine kritische Untersuchung – mit einer Bibliographie von Renate Kirchner. Das Neue Berlin, Berlin 2010, 399 S., 19,95 Euro.

junge Welt, 18.03.2010, S. 3.

Ohne Tabuzonen

Zur Geschichte der KPÖ: ein Band mit Vorträgen gibt Aufschluss

Ob die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für die Drucklegung der auf einem Symposium zum 90. Jahrestag ihrer Gründung gehaltenen Reden finanzielle Unterstützung vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Berlin erhalten hätte, erscheint fraglich. Die österreichischen Kommunisten wurden dagegen von dem entsprechenden Ministerium in Wien damit bedacht. Das hat die Alfred-Klahr-Gesellschaft in den Stand gesetzt, einen Band mit Studien zur Geschichte der KPÖ herauszubringen. Bei unseren Nachbarn im Süden ticken die Uhren doch noch anders, obwohl die Kommunisten dort in den Kreisen der Herrschenden ebenso wenig gut gelitten sind und ihre Partei seit dem Tag ihrer Gründung, dem 3. November 1918, angefeindet wird und sie selbst mit Vorurteilen und Verdächtigungen überhäuft werden.

Das bezeugte mir vor zwei Jahren eine Episode. Schwimmend im Atlantik und ein wenig draußen, wo man gewöhnlich mit Meer und Wellen allein ist, traf ich auf einen „Mitschwimmer“. Bei solcher Gelegenheit kommt man über „Guten Tag“ oder „Grüß Gott“ oder neudeutsch „Hallo“ ins Gespräch. Ich war auf einen Österreicher aus Graz gestoßen. „Da kennen Sie doch den Kaltenegger?“ Antwort: „Das ist der einzige anständige Kommunist in Österreich.“ So sehr mich das Lob für den Mann freute, dessen Vorträge ich gelegentlich an der Karl-Franzens-Universität gehört hatte, es sprach mir doch davon, dass es die Genossen im Alpenlande nicht eben leicht haben. Urteile und Vorurteile, Erkenntnisse und Irrtümer, Erfolge und Fehlschläge, Verdienst und Versagen kennzeichnen ihren Weg. Davon wurde während des Symposiums in Wien und Graz gesprochen, eingedenk der Warnung „An solchen Geburtstagen neigt man zur Verklärung, man will an kritische Punkte der Vergangenheit eher nicht rühren“. Die hatte der Vorsitzende der Landesorganisation in der Steiermark, der erfolgreichsten in der kleinen Partei, in Erinnerung gebracht. Nein, des Schönfärbens hat sich kein Referent schuldig gemacht. Damit haben auch die österreichischen Kommunisten ihre eigenen bitteren Erfahrungen. Und auch wo der Leser auf Ausgelassenes stößt, rührt dies nicht von abgesteckten Tabuzonen her, sondern zeigt an, dass Fragen an die Geschichte weiterer Aufklärung bedürfen.

Die Hauptvorträge bestritten Historiker: Hans Hautmann (1918/19), Winfried R. Garscha (1920-1945) und Manfred Mugrauer (1945–1955/56) und wiederum Hautmann, der auch über die 60er bis 90er Jahre referierte, einen Zeitraum, für den eingestandenermaßen lange und vergeblich ein Experte gesucht worden war. Was entwickelt wurde, trägt deutlich den Stempel der Selbstverständigung und Selbstvergewisserung. Das bringt es mit sich, dass vor allem die eigene Klientel angesprochen wird. Erzählende und auch nur Aussagen illustrierende Passagen fehlen weitgehend. Die Kenntnis vieler Details und von Personen, mit deren Nennung zu zurückhaltend umgegangen wird, setzen die Autoren voraus. Doch keine Frage: Diese Spezialisten-Gruppe besäße das Zeug, eine weniger lehrbuchhafte Parteigeschichte zu schreiben.

Dem Blick aufs Ganze folgen Einzelstudien, die sich mit Initiativen, Ereignissen und Episoden aus der Geschichte der Kommunisten in Graz, mit dem Widerstand in der Steiermark, den österreichischen Kommunisten im USA-Exil, der Agrarpolitik im Burgenland und dem proletarischen Theater in der Ersten Republik befassen. In dieser Gruppe nimmt die eingehende Studie Hautmanns über die „Vorfälle des 15. Juni 1919 in Wien“ einen besonderen Platz ein. An diesem Tage versuchte die junge Kommunistische Partei nach ungarischem Vorbild einen Vorstoß zur Errichtung der Rätemacht, der scheiterte. Erstmals veröffentlicht wird auch das Protokoll der Sitzung der Untersuchungskommission, die im Parteisekretariat die Ereignisse des Tages erörterte.

Im knappen Schlussteil werden Politikfelder der Gegenwart abgehandelt einschließlich der auf ihnen Agierenden. Namentlich was Ernest Kaltenegger und Franz Stephan Parteder über die Politik der Partei in der Steiermark und in der Landeshauptstadt, wo die KPÖ bei der Gemeinderatswahl 2003 sensationell mehr als 20 Prozent der Stimmen gewann, an Erfahrungen mitteilen und zu bedenken geben, könnte Linkspolitikern in der Bundesrepublik zusätzlich Anstoß sein, ihre eigene Rolle im politischen Alltag zu prüfen. Hervorsticht die Warnung, nicht im parlamentarischen Betrieb zu versumpfen, sondern beständigen Kontakt mit den Wählern zu wahren, sich um die außerparlamentari-

sche politische Mobilisierung zu kümmern, ohne die letztlich weder Menschen zu gewinnen noch Ergebnisse zu erzielen sind.

Schade, dass dem Band ein Anhang fehlt. In ihm hätten sich eine knappe Chronik der Ereignisse, Zahlenangaben über Mitglieder und Wähler und ein Personenregister gut und hilfreich ausgemacht.

Manfred Mugrauer (Hrsg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Eigenverlag der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2009, 348 S., 15,00 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 18.03.2010.

Ziel erreicht

Wer sich in diesem eben zögernd weichenden Winter auf den Buckelpisten Berlins, unter denen sich Gehwege vermuten ließen, Arm, Bein, Becken, Ellenbogen oder Kniescheibe brach, der hatte, ungewollt zwar, Zeit gewonnen. Die konnte er in Rettungsstationen und Krankenhäusern, sodann in Wartezimmern von Ärzten und in seinen häuslichen vier Wänden verbringen. Die einen taten das gelegentlich leise oder laut vor sich hin fluchend. Stillere Naturen verfielen eher ins Grübeln. Gehörten sie zu den Älteren, die einst Bürger der DDR waren, mochten sie sich fragen, ob ihnen derlei Missgeschick auch im untergegangenen Staat passiert wäre. Die Antwort wäre vielfach ein doppeltes Nein gewesen. Erstens, weil sie damals doch zwanzig Jahre jünger, beweglicher und reaktionsschneller waren, und zweitens, weil sich die sogenannten Bürgersteige damals bei ähnlicher Herausforderung in einem anderen Zustand befanden. Da hätten sich die Frauen und Männer aus den VEBs in Oberschöneweide auf der Wilhelminenhofstraße betätigt, und der Dreher, der schon lange Mal mit seinem Betriebsleiter sprechen wollte, hätte die Gelegenheit genutzt, die sich ihm dazu bei gemeinsamem Schneeschippen bot – ähnlich wie Unter den Linden der Student, der seinen Professor sonst nur im Hörsaal hinter dem Pult sah und dozieren hörte. Kurzum, wer seine Zeit so nachdenkend nutzte, dem konnte Erkenntnisgewinn entstehen. Und er wäre, hätte ihn ein die Veränderungen im deutschen Osten erforschender Wessi oder ein damit Beauftragter aus der jüngeren Schar der seit Geburt Gesamtdeutschen nach seinen zurückliegenden Eindrücken befragt, ein verlässlicher Zeitzeuge gewesen. An Krankenstühlen und -betten war bequem und billig Gewissheit darüber zu gewinnen, dass es die ostdeutsche Gesellschaft von einst nicht mehr gibt, wirklich nicht.

Aber wer hätte diesen Winter 2009/10 auch vorhersagen können? Und mit ihm die Chancen, die sich durch ihn eröffneten. So wurde der Frage, ob sich jenseits der Elbe noch unvernichtete Reste des Denkens und Verhaltens aus DDR-Zeit auffinden ließen, auf anderen Wegen nachgegangen. Objekt der Feldforschung wurden die brandenburgische Stadt Wittenberge und deren Bewohner. Dorthin begaben sich 28 Forscher, manche von ihnen bezogen dort für fast ein Jahr Quartier, taten sich unter Rentnern, Arbeitslosen, Unternehmern, Pendlern und anderem Volke um und informierten sich darüber, was die so trieben, dachten, einst erwarteten und nun ernüchtert nicht mehr erwarten, was die einen gewonnen und die anderen verloren haben. Dirigiert wurde das Unternehmen von Heinz Bude, Professor an der Universität Kassel und dort Inhaber des Lehrstuhls für Makrosoziologie.

Jüngst konnte er das Ergebnis des Unterfangens vorstellen. Das Fazit geriet ihm in den Satz: „Vom einstigen sozialistischen ‚Wir‘ ist in Wittenberge nichts mehr zu spüren.“ Das wird die Altostdeutschen nicht überraschen und die Bundesregierung zufrieden stellen, die für diesen geistigen Zugewinn 1,7 Millionen Euro lockergemacht hatte. Das Forscherresultat kann samt entstandener Rechnungen – Ordnung muss sein, darauf hat der Steuerzahler ein Recht – in die Mappe „Ziel erreicht“ abgelegt werden.

Ossietzky, 6/2010, 20. März 2010, S. 228.

Aufklärung

Juden in der DDR

Der Krieg war erst wenige Monate zu Ende, da begann in Berlin die kulturpolitische Monatszeitschrift „Aufbau“ zu erscheinen, die im ersten Heft einen Artikel von Georg Lukács „Der Rassenwahn als Feind des menschlichen Fortschritts“ druckte. Im Januar 1946 gab das Zentralkomitee der KPD eine Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung heraus, die „Neuer Weg“ hieß und deren Eröffnungsheft einen Artikel „Das Wesen des Rassismus“ enthielt.

In diesen Zeiten, da sich von einem Buchmarkt noch nicht sprechen ließ, publizierte der Verlag der Sowjetischen Militäradministration Konstantin Simonows nur 19 Druckseiten umfassenden Bericht „Ich sah das Vernichtungslager“, geschrieben, nachdem der Kriegskorrespondent mit der Roten Armee auf dem Weg nach Westen das KZ und Vernichtungslager Lublin erreicht hatte. Darauf folgte 1946 Wassili Grossmans, Kriegsberichterstatter wie Simonow, „Die Hölle von Treblinka“, ediert vom Moskauer Verlag für internationale Literatur.

Im gleichen Jahr gab ein Dresdener Verlag Erinnerungen der jüdischen Sozialdemokratin Jeanette Wolff „Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern des Ostens“ heraus. Sie hatte mit einer ihrer Töchter überlebt, während alle ihre anderen Familienangehörigen dem Massenmorden zum Opfer gefallen waren. Der schmale Band erschien in einer weiteren Auflage ein Jahr darauf in Greiz. Er lässt sich heute selbst in Spezialbibliotheken vergeblich suchen.

Mit dieser Literatur begann der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Judenfeindschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Einem Schulungsabend der SED im Jahre 1947 zu dem Thema „Die Rassenlüge der Nazis“ diente eines jener legendären roten Sozialistischen Bildungshefte zur Grundlage.

Legen diese Quellen nicht nahe, gegenüber der Behauptung von der antisemitischen DDR, die seit Jahren Konjunktur hat, sich auf den Standpunkt jenes Sprichworts zu stellen: „Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter“? Dagegen sprechen zwei Überlegungen. Die eine richtet sich auf die Tatsache, dass die Zahl der den Legenden und Lügen aus eigenem Wissen Widersprechenden unausgesetzt abnimmt. Das verschafft denen Erfolgschancen, die schlicht auf Unwissen spekulieren. Daher soll wenigstens versucht werden, der Wahrheit ein Gässchen zu schlagen.

Die andere: Zur Ignoranz tritt der Versuch, den untergegangenen ostdeutschen Staat des „strukturellen“ Antisemitismus unter Verweis auf unstrittige Tatsachen zu bezichtigen, die mit dieser (totgeschwiegenen) kontinuierlichen geistigen Auseinandersetzung entweder in scharfem Kontrast stehen oder von deren Grenzen bezeugen. Das trifft für eine von der SED betriebene antizionistische Kampagne der 50er Jahre zu, die in haltlosen, d. h. hier erfundenen politischen und rechtsverletzenden juristischen Anklagen und Verurteilungen von Juden und Nichtjuden gipfelte. So sicher diese Aktion ein Import aus dem Moskau Stalins war, so wenig erledigen sich damit Fragen, die an die Herkunft eines dogmatisierten und halluzinierenden Freund-Feind-Denkens zu stellen sind. Und dann sind da Verletzungen des Prinzips der Achtung vor den Opfern des Faschismus, die aus Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Kleingeisterei erwuchsen und sich im nichtachtenden Umgang mit Stätten der Erinnerung, jüdischen Friedhöfen zumal, niederschlugen. Die aber kann samt und sonders dem Antisemitismus nur zuordnen, wer bösen Willens ist.

Kurzum: Der Fehdehandschuh, so dreckig er ist, muss aufgenommen werden. Detlef Joseph, Jurist, Hochschullehrer, Professor, hat das in einer Abhandlung getan, deren Achse die Beziehungen der staatlichen Organe der DDR zu den jüdischen Gemeinden und deren führenden Repräsentanten bildet. Das ergibt seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre ein Bild der Kooperation, dem gemeinsame Anliegen die Basis lieferten, ohne von Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen frei zu sein.

Die rührten weniger aus inneren Vorgängen her, sondern vor allem aus einem sich unterscheidenden Blick auf Israel, die es umgebende arabische Welt und deren Beziehungen zueinander. Dass die Bonner Hallstein-Doktrin und die Politik der internationalen politischen und wirtschaftlichen Isolierung

der DDR von ihr gerade im arabischen Raum durchbrochen werden konnte, machte die Situation nicht einfacher.

Josephs Abhandlung braucht eine Ergänzung, eine Darstellung die von den „Höhen“ dieser offiziellen Beziehungen gleichsam hinabsteigt in den Lebensalltag der Juden im ostdeutschen Staat.

Was der Verlag auf der Rückseite des Covers unrichtig als Beigabe einstuft, ist in Wahrheit eine bibliografische Meisterleistung – zu danken der ausdauernden Forscherarbeit der vieljährigen Leiterin der Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin/DDR.

Renate Kirchner hat 1086 meist separate Veröffentlichungen zusammengestellt und aufgelistet, unter der Überschrift „Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945-1990“. Hier wird die Sach- wie die erzählende Literatur erfasst. Der ordnende Gliederungsbogen reicht von „Nationalsozialismus und Judenverfolgung“ über „Palästina – Israel – Naher Osten“ bis zu „Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter und bekannter Juden“. Ein Personenregister führt zu den Autoren und in Titeln erwähnten Personen, ein chronologisches zu den in einem Jahr erschienenen Veröffentlichungen, woraus sich deren Zahlenkurve ersehen lässt.

1992, als die Propaganda gegen die DDR sich vergleichsweise noch in einem kindlichen Stadium befand, wurde in einer westdeutschen Zeitschrift erwogen, ob im Osten wider den Antisemitismus womöglich mehr Aufklärung erfolgt sei, als „wir wahrhaben möchten“. Auf diese Vermutung war der Autor durch Befragungen gebracht worden, die den Zustand der Alt- und der Neubürger verglichen hatten. Kirchners Bibliografie legt nun bloß, was zum Zwecke solcher Aufklärung unter die Leute gebracht worden ist. Und das ist schon sehr beachtlich! Und noch beachtlicher: Es wurde gelesen. Auch in der DDR konnte den Menschen der Buchkauf so wenig wie das Bücherlesen verordnet werden. Doch die Preise der Bücher kamen ihnen sehr entgegen. Diese Bücherliste lässt also vor allem fragen, wie mit einem Erbe umgegangen wird.

Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung. Mit einer Bibliografie von Renate Kirchner. Das Neue Berlin. 399 S., br., 19,95 Euro.

Neues Deutschland, 18. bis 21. März 2010, S. 16.

Aus einem Internat im Osten

Eine Frau, mittlerweile im fünften Lebensjahrzehnt stehend, hat Erinnerungen an ihre Schulzeit von sich gegeben. Lange muss sie daran gewürgt haben. Was in Fällen eines verdorbenen Magens der Griff mit dem gestreckten Finger in den Rachen bewirken kann, hat im Fall ihrer geschädigten Seele das Lesen und Hören jener Nachrichten hervorgerufen, die seit Wochen von den unappetitlichen Ereignissen in westdeutschen Lehranstalten berichteten, hauptsächlich in solchen unter sogenannter christlicher Regie. Darob kam es so plötzlich über sie, dass sie es bis zur häuslichen Toilette nicht mehr geschafft hat. Es half der Griff zum Papier. Es war das der sozialistischen Tageszeitung *Neues Deutschland*.

Und das kam zu Tage: Im Frühsommer 1980 fand sich Klein-Anke in einer südthüringischen Kreisstadt in einer Oberschule mit Internat ein. Dort sollte und konnte sie ihre schulische Ausbildung auf einer höheren, zu einem Spezialabitur führenden Stufe fortsetzen. Vier Jahre waren ihr und ihren Mitschülern dafür bestimmt. Ob im Eltern-, Vater- oder Mutterhaus der Weg der Tochter aus freiem Entschluss so vorgedacht worden war oder ob darauf Partei, Staatssicherheit oder Lehrer gedrängt hatten, wird nicht mitgeteilt. Hingegen, dass das Mädchen wie die Gleichaltrigen, die sich dort trafen, ahnungslos war. Offenkundig hatte sich nicht herumgesprochen, dass die Schüler dort in die Gewalt einer Bande von Lehrern fallen würden, deren Ziel es war, den Mädchen und Knaben jedes in den Jahren zuvor erworbene Selbstwertgefühl zu rauben und ihnen vor allem eines einzujagen: Angst. Die da eintraten, konnten alle Hoffnungen und ihre Kindheit fahren lassen. Sie sollten in ein „Korpsdenken“, das näher nicht beschrieben wird, eingeschworen werden. Das begann mit „einer Art Gehirnwäsche, als seien wir wilde Tiere“ – eine Mitteilung, die freilich wie das Denken im Korps das Vorstellungsvermögen strapaziert. Denn von Gehirnwäschen, vorgenommen an wilden wie an zahmen Tieren, war bisher nichts zu hören.

Des ärgsten Druckgefühls erinnert sich die Gequälte so: Es wurden ihr und ihren Mitschülern dort Leistungen abgefordert, die, konnten sie nicht vorgewiesen werden, von einem Lehrer mit Händereiben und Schmatzen quittiert wurden, „mit Seitenhieben garniert“, die – wieder ein kleineres Mysterium – „auf sehr Persönliches zielten“. Das könnte, denke ich an eigene Schulzeit, ein persönlicher Mangel an Fleiß oder ein ebenso persönliches Zuviel an Faulheit gewesen sein. Doch wir erfahren es nicht.

Es gab, wird weitererzählt**,** in dieser Anstalt Fächer, „die obligatorisch mit einer mündlichen Leistungskontrolle begannen“, und die waren „gefährlich“. Vergeblich auch jedes Unterfangen, die Ratschlüsse machthungriger Lehrer zu ergründen. Von einem Schüleropfer wurde erst abgelassen, wenn „sich ein nächstes potenzielles Opfer präsentierte“. Also ein Märtyrer. Nach reichlich bemessener Unterrichtszeit vormittags ging die Folter weiter. An den Nachmittagen wurden die Zöglinge „eingesperrt“ und hatten zwei weitere Stunden zu büffeln. Mehr noch: Die Lehrer tratschten über die Schüler, der Internatsleiter betrat Zimmer in der Absicht, auf leicht bekleidete Mädchen zu treffen, eine Lehrerin durchsuchte heimlich die Habe der Schüler, ein dritter beobachtete deren Treiben durch ein Fernrohr. Dazu „Übergriffe und Grenzverletzungen. Auch sexueller Art.“ Der Phantasie der Leser sind Tore weit geöffnet.

Angesichts dieser „Erinnerung an eine Internatszeit in der DDR“, so lautet eine teils gefettete Überschrift des Artikels, fragt sich der in den pädagogischen Zuständen des ostdeutschen Staates einigermaßen Bewanderte zunächst: Gab es da nicht eine einzige Lehrerin oder wenigstens einen Lehrer, dem sich die Geplagten hätten anvertrauen können? Hatte in der Schülerschaft niemand den Mut zum Aufbegehren? Haben wirklich alle, wie erwähnt, als äußerstes Zeichen von Ablehnung und Abscheu hinter dem Rücken der Lehrer nur „gekichert“? Und dann: Existierte in der DDR wirklich ein Lehrerkollegium, das nicht zu einem Teil eine Parteigruppe der SED bildete? Gab es eine Schule ohne gewählten Elternbeirat und Elternversammlung? Und worüber redeten denn die Schüler an den Wochenenden mit ihren Eltern und in Versammlungen der Freien Deutschen Jugend? Nur über die Probleme Chinas?

Es hat in der DDR gewiss Pädagogen gegeben, die besser nie an eine Schule gelangt wären. Die waren bei weitem in der Minderheit. Dieser Bericht riecht sehr nach dem Hause der Frau Birthler, die nun endlich auch mit der Landesregierung Berlin, dem Senat, übereingekommen ist, die Schulen der Stadt mit hinreichendem Material über die wahre Geschichte der wahren DDR zu versorgen. Die Erinnerungen an die Schulzeit Klein-Ankes könnten im Anhang Aufnahme finden.

Ossietzky, 7/2010, 3. April 2010, S. 253-254.

Schleichende Revisionen

Wenn deutsche Antifaschisten von Geschichtsrevision sprechen und ihr entgegengetreten, nehmen sie zumeist auf jene lärmende Form Bezug, die Nazis auf Straßen deutscher Städte bekunden. Dahinter rangieren Fernsehleute, Drehbuchautoren und Dramaturgen, die den Zweiten Weltkrieg bebildern und alle Fragen nach dem Woher, Warum und Wozu auslassen. Aber der Prozess der Revisionen, die an einem der Wahrheit verpflichteten Geschichtsbild vorgenommen werden, ist inzwischen weiter vorangekommen als vielfach angenommen. Deshalb hier ein Wort zu seinen leiseren Formen. Zu ihnen gehört das Auswechseln von Begriffen, von denen die einen, bisher gebräuchlichen, stillschweigend aus dem gesellschaftlichen Diskurs verschwinden, während andere, bisher nur in Randgruppen benutzte, in die Mitte der Gesellschaft rücken und auch von Autoren gebraucht werden, die sich selbst im linken politischen Spektrum verorten.

Während es Grund gab, das Scheitern der Nazis in Dresden am 65. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch die Luftangriffe anglo-amerikanischer Verbände zu feiern, erschien in der sozialistischen Tageszeitung *Neues Deutschland* ein Artikel unter der Überschrift „Armageddon über Florenz“, die das Ereignis mit einem Bild aus der christlichen Mythologie vernebelte. Sein Autor Robert Allertz erklärte den Angriff zu einem politisch kalkulierten Massenmord. Die Formulierung lässt, das mag nicht gewollt sein, keinen Abstand mehr zu den Nazi-Demonstranten, die mit ihren Plakaten in Dresden die Besatzungen der anglo-amerikanischen Bomberverbände zu Massenmördern stempeln wollten. Der Hinweis, dass dem verheerenden Angriff deutsche Verbrechen vorausgegangen waren, hebt diese Nähe nicht auf, zumal im gleichen Schreibzug die konkreten geschichtlichen Zusammenhänge verfälscht werden. Der Angriff habe sich gegen die „Kulturmetropole“ gerichtet, die „lediglich als temporärer Verkehrsknotenpunkt für die zusammenbrechende Ostfront“ zu werten gewesen sei. Was nur so gelesen werden kann: Sollten die sowjetischen Truppen doch sehen, wie sie mit den Hauptkräften der deutschen Wehrmacht an der Oder fertig würden. Ja, es sei nicht im Geringsten darum gegangen, deren Lage und Aufgabe zu erleichtern und den Krieg zu einem Ende zu bringen. Es sollten, sagt der Autor, einfach „möglichst viele Menschen“ umgebracht, dabei die eigenen Gewaltmittel präsentiert und die Deutschen bestraft werden. Die hätten solches zwar verdient, doch müsse die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestellt werden. Wie viele Dresdner der Autor als angemessenes Strafmaß gelten lässt, verrät er nicht.

Die Quelle, auf die sich der Publizist stützt, ist ein 2009 auch in einer deutschsprachigen Ausgabe erschienenes Buch des britischen Historikers Norman Davies*, den er als verlässlichen Autor zitiert, während er über die Kommentare zu dessen Werk schweigt. Einen schrieb der durch militärhistorische Studien hervorgetretene Johannes Hürter, ein im bundesrepublikanischen Geschichtsestablishment fest beheimateter Fachmann. Die Kernthese des Buches beschreibt der Rezensent so: „Der Krieg wurde ganz überwiegend im Osten geführt, wo sich nicht ‚Gut‘ und ‚Böse‘, sondern zwei kriminelle Ideologien gegenüberstanden, eine ‚tödliche Fehde zwischen Verbrechern‘“ ausgetragen wurde (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.1.10). In einer anderen Besprechung war vordem zu lesen gewesen, das „Kernproblem“ bei der Beurteilung des Krieges sehe Davies „in den ungewöhnlich weit verbreitet gewesenen

---

* Korrektur: Es passiert mir selten, dass mich Kurt Pätzolds Argumente nicht überzeugen. Da er im Fall einer vermuteten „schleichenden Revision“ des Geschichtsbildes vom Bombenangriff auf Dresden 1945 in einem Artikel der Tageszeitung Neues Deutschland offenkundig nicht genau genug las, wer da womit zitiert wurde, kommt er zu leider nicht nachvollziehbaren Schlussfolgerungen. Denn der dort tatsächlich aus einem recht aufschlussreichen Artikel von 1999 zitierte amerikanische Kulturhistoriker und Professor der Urbanistik Mike Davis ist nun weiß Gott nicht identisch mit dem englischen Historiker und Osteuropaspezialisten Norman Davies, der in dem von Kurt Pätzold ins Visier genommenen Buch von 2009 „Die große Katastrophe“ einen Geschichtsrevisionismus betreibt, den man mit Fug und Recht als bodenlos bezeichnen kann. Im Übrigen lese ich die sonst so brillanten Pätzold‘schen Analysen genauso gern in *Ossietzky* wie im hier von ihm gescholtenen Neuen Deutschland. *Harald Kretzschmar*

Der Autor [Kurt Pätzold] dankt Harald Kretzschmar für den Hinweis, dass der im Beitrag „Schleichende Revisionen“ (*Ossietzky* 8/10) hergestellte Bezug zu dem englischen Historiker und Osteuropa-Spezialisten Norman Davies falsch ist. Die diesem zugeschriebenen zitierten Textstellen stammen aus einem 1999 veröffentlichten Aufsatz des amerikanischen Kulturhistorikers und Urbanistik-Professors Mike Davis. *Ossietzky*, Heft 9/2010, 01.05.2010.

Verbrechen“, von denen weiter gesagt wird, „dass die Deutschen bereiter gewesen seien als die Russen, die eigenen einzugestehen und zu sühnen“ (*Die Berliner Literaturkritik*, 30.11.09).

So schleicht 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, befördert von keineswegs verdächtigen Verlagen – Davies’ Buch erschien bei Droemer und Knaur – bis in ebenso unverdächtige Redaktionen hierzulande, dessen neue Betrachtung voran. Sie ist seit Jahren angebahnt durch die Fokussierung der Blicke auf die Deutschen als Opfer. Im ersten Schritt noch als die Opfer eines Krieges, an dessen Zustandekommen sie einen mehr oder weniger – meist weniger – großen Anteil besaßen. Im zweiten erscheinen sie nun als Opfer von Verbrechen „der Anderen“. Dahinter verschwinden die Fragen nach den Urhebern des Krieges, nach den Interessen, die sie leiteten, nach den Zielen, die sie verfolgten, und nach den Menschen, die ihnen die Wege dahin verlegten. Nach alledem soll nicht mehr gefragt werden, da Deutschland doch wieder für sich in Anspruch nimmt, gerechte Angriffskriege führen zu dürfen.

Ossietzky, 8/2010, 17. April 2010, S. 296-297.

Ausgeschlagene Alternative

Vor 75 Jahren wurde ein französisch-sowjetischer Beistandspakt geschlossen

Gab es keine Alternative zum Weg, den die Geschichte mit dem 30. Januar 1933 nahm? Was ist mit dem 2. Mai 1935? In einer zu DDR-Zeit im Jahre 1966 erschienenen Geschichtschronik heißt es vom Tage: „In Paris wird der Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung zwischen Frankreich und der UdSSR zur Sicherung vor einer faschistischen Aggression unterzeichnet.“ Und wertend wird fortgefahren. „Dieser Beistandspakt ist ein Erfolg der Bemühungen der UdSSR um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit.“ Die Erinnerung an den am 27. Februar 1936 von der französischen Abgeordnetenkammer ratifizierten und am 27. März in Kraft getretenen Vertrag hat längst die an einen anderen, den vom 23. August 1939, den Rang abgelaufen. Es ist vergebens, in hierzulande gebräuchlichen Schulbüchern seine Erwähnung zu suchen. Eine sowjetische Deutschland- und Europa-Politik scheint es vor 1939 nicht gegeben zu haben.

Der Vertragsabschluss, der aus dem Rückblick nicht mehr als ein Vorkommnis darstellt, weil er zum Ereignis nicht wurde, ließ Umrisse neuer Konstellationen und Kräfteverhältnisse in Europa erkennen. Der Weg dahin war lang. Frankreich hatte zu den Interventionsmächten gehört, die Sowjetrussland in der Wiege ersticken wollten. Von ihm war das wieder erstandene Polen im Krieg gegen die Sowjetmacht militärisch unterstützt worden. 1925 jedoch fand sich Paris mit der Existenz der Macht der Sowjets ab, es erfolgte ihre diplomatische Anerkennung. 1932 unterzeichneten beide Staaten einen Nichtangriffsvertrag. Indessen blieben sowjetfeindliche Kräfte in Frankreich stark. Zu ihnen gehörten nicht nur Faschisten, sondern auch die zahlenstarke Gruppe russischer Emigranten. Es bedurfte des Sieges der Nazis in Deutschland, dass sich im Nachbarlande das Sicherheitsbedürfnis steigerte und im fernen Moskau ein Verbündeter gesehen und akzeptiert wurde.

Der Vertrag bestimmte, dass beide Staaten schon im Fall, sie würden sich einer Drohung oder der Gefahr eines Angriffs ausgesetzt sehen, sich über ihre Aktionen zu konsultieren hätten, und dass, sollte ein unprovozierter Angriff einer europäischen Macht auf einen der Vertragspartner erfolgen, der andere ihm Hilfe und Beistand gewähren werde. Es bedurfte keines Scharfsinns, um zu verstehen, dass hier nur ein „Fall“ vorgedacht war, eine Aggression des Deutschen Reiches, in dem anderthalb Monate vorher wider die Bestimmungen des Versailler Vertrages die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden war. Als dieser Vertrag durch einen weiteren, den die Sowjetunion mit der Tschechoslowakei abschloss, die ihrerseits mit Frankreich im Bündnis stand, noch an Gewicht gewann, hob in der deutschen Presse ein Geschrei an, das Reich werde – wie angeblich schon vor 1914 – eingekreist.

Doch der abschreckende Schritt blieb auf dem Niveau diplomatischer und weiterer Gesten. Anhaltende Wirkung hätte er nur gewinnen können, wenn auf das politische Abkommen ein Militärpakt und die Zusammenarbeit der Generalstäbe der damals noch stärksten Landarmeen Europas gefolgt wäre. Doch die Gegner dieses Weges machten mobil. Französische Politiker und Militärs pflegten die Illusion, dass der errichtete Befestigungswall vor der Grenze zu Deutschland, die Maginot-Linie, eine andere Situation schüfe, als sie im August 1914 existiert hatte. Das Scheitern des Projekts bewirkte, dass der durchaus richtig erkannte Aggressor triumphierte und einer nach dem anderen gleichsam an die Reihe kam: am 15. März 1939 die Tschechoslowakei mit dem Einmarsch in Prag, am 22. Juni 1940 kapitulierte Frankreich in Compiègne und auf den Tag genau ein weiteres Jahr später erfolgte der Überfall auf die UdSSR.

Warum aber sind dem ersten Schritt der zweite und weitere nicht gefolgt? In Frankreich selbst waren die Kräfte der Volksfront nicht stark genug, sich in der Innen- und der Außenpolitik durchzusetzen. Auf welch schwankendem personellen Grund die sowjetisch-französische Annäherung stand, bezeugt die Tatsache, dass sie unter dem Außenminister Pierre Laval Gestalt annahm, der zehn Jahr später in Frankreich wegen seiner Rolle in dem mit Deutschland kollaborierenden Vichy-Regime als Hochverräter zum Tode verurteilt und erschossen werden wird. Und die Pariser Gegner eines politisch-militärischen Zusammengehens mit Moskau besaßen vor allem in den antisowjetischen Kreisen Großbritanniens Bundesgenossen. Nur Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Moskau und Paris eröffnete London demonstrativ und zunächst im Alleingang die Politik des Appea-

sements mit einem Flottenvertrag, der Deutschlands maritimer Rüstung einen Freiraum und den deutschen Werften auf Jahre hinaus Rüstungsprofite sicherte. Damit waren im Mai/Juni 1935 zwei unvereinbare Linien der Deutschlandpolitik der beiden Westmächte erkennbar Die britische, die obsiegte, kam zustande, weil auch im Inselstaat die Kräfte nicht hinreichten, die vom Antisowjetismus in der Außenpolitik Abschied nehmen wollten.

Und Moskau? Besaß es Chancen, dieses Scheitern zu verhindern? Oder: Was hat es dazu selbst beigetragen? Zum einen wurde gesorgt, dass zwischen der sowjetischen Außenpolitik und der Tatsache des Wirkens der Komintern kein Widerspruch entstand, der von Gegnern eines gegen das faschistische Deutschland gerichteten Verbundes ausgenutzt werden konnte. Der Komintern-Kongress 1935 und insbesondere das Referat Palmiro Togliattis verpflichteten die Kommunisten zur Förderung der Politik der kollektiven Sicherheit. Doch es gab Faktoren, die den Antisowjetisten im Westen neue Argumente lieferten, Misstrauen, Ablehnung und Feindschaft zu verbreiten. Zum einen galt das für die Politik der UdSSR bei der Verteidigung der spanischen Republik gegen die Franco-Putschisten. Zum anderen ließ Stalins mörderisches Wüten unter der Generalität und dem Offizierskorps der Roten Armee begründete Zweifel an der Verlässlichkeit des Partners und am Wert eines militärischen Bündnisses mit der UdSSR aufkommen.

Das Aussparen dieses Abschnitts der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in dem das Konzept kollektive Sicherheit scheiterte, geschieht nicht absichtslos. Es macht den Gedankenweg frei und glatt, der Sowjetunion, deren Friedensanstrengungen verschwiegen werden, sodann die Mitverantwortung für den Krieg zuzuschreiben. In keinem Schulbuch fehlt der ausgiebige Bezug auf den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt vom 1939. Was zu diesem Vertrag immer kritisch zu sagen ist und das ist nicht wenig – er war die Reaktion auf das Scheitern jener sowjetischen Außenpolitik, die bis zu seinem Sturz im Mai 1939 mit dem Namen von Maxim Litwinow verbunden ist. Das rettende Bündnis, das Großbritannien mit der UdSSR 1941 einging, als die Entscheidungen der deutschen Führung und nicht eigene Entschlüsse beide zur militärischen Partnerschaft zwang, hätten die Politiker in London mit denen in Paris schon 1935/1936 haben können. Nicht, dass sich mit Bestimmtheit sagen ließe, dass die eroberungs- und herrschaftslüsternen deutschen Politiker nicht auch dann zu den Waffen gegriffen hätten. Aber sie würden sich von Anbeginn einer ihnen überlegenen Streitmacht gegenübergesehen haben.

Neues Deutschland, Freitag, 30. April 2010, S. 21.

Keine Alternative?

Geschichte. Musste die europäische Geschichte in diesen 1. September 1939 münden?

Schon ein flüchtiger Blick in die Geschichtsliteratur, deren Gegenstand die dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bilden, ergibt: Historiker und Publizisten befassen sich mehr mit den Ereignissen, die in den Zweiten Weltkrieg führten als mit jenen, an die sich die Hoffnung knüpfen konnte, dass der Weg der Völker nicht in ihn münden werde. Immer zieht die tatsächliche Geschichte mehr Aufmerksamkeit auf sich als Ereignisse und Entwicklungen, die gleichsam folgenlos oder „stecken" blieben und sich folglich nur weiterdenken lassen. Davon ausgenommen sind einzig spektakuläre Vorkommnisse wie ein missglückter Tyrannenmord. Was nicht zum beabsichtigten Ende gelangte, lockt unvermeidlich in den Bereich von Mutmaßungen. Da wird der Boden rasch glitschig. Nun steht dem aber entgegen, dass, was nicht über Anfänge und Ansätze hinauskam und zum Unvollendeten, Abgebrochenen, Gescheiterten gehört, mitunter nicht weniger geistige Anregung bietet als die Geschehnisse, welche die Geschichtsbücher füllen.

Mit der britisch-französischen Vorkriegspolitik, die geschichtswirksam wurde und, freilich anders als von ihren Initiatoren gedacht, in den Krieg mündete, hat sich die internationale Historikergilde mehrfach befasst. Im Mittelpunkt forschenden Interesses blieb lange Jahre „München 1938". Das Treffen von Hitler, Mussolini, Neville Chamberlain und Édouard Daladier stellte den unrühmlichen Gipfelpunkt der Politik der Zugeständnisse dar, welche die beiden westeuropäischen Großmächte an die faschistische Achse Berlin – Rom machten. Kein zweites diplomatisches Ereignis jener Zeit hat schon zum Zeitpunkt seines Stattfindens so viel Spektakel gemacht wie dieses, wurde dabei doch unter Ausschluss ihrer Politiker die folgenreiche Amputation der Tschechoslowakei, des 1919 geschaffenen Staates der Tschechen, Slowaken und Deutschen, beschlossen. In der Hauptstadt der Nazibewegung begingen die Westmächte, jedes andere Wort wäre zu schwach, den Verrat an ihrem Verbündeten, einem verlässlichen und militärisch starken zudem.

Doch es gab auch eine „Anti-München-Konzeption", für die sich die Bezeichnung Politik der kollektiven Sicherheit erhalten hat. Diese Linie wird von den grellen Scheinwerfern der Historiker meist nicht getroffen, sondern allenfalls mit Funzeln ausgeleuchtet. Von dieser Linie handeln, heißt auf die Außenpolitik der Sowjetunion kommen und mithin auf eine der besten Seiten der Geschichte des revolutionsgeborenen Staates. Das passt nicht in dessen zeitgenössisches Gesamtbild und gibt Fragen auf, die aus vielerlei Interesse besser nicht gestellt werden sollen. Daher wird von den Konkreta des alternativen Konzepts, mit dem Sicherheit vor den Aggressionsmächten geschaffen werden sollte, wenig, selten oder gar nichts geschrieben.

Ein großer weißer Fleck

Wer sich davon überzeugen will, schaue in hierzulande gebräuchliche Schulbücher. Sie vermitteln ihren Lesern den Eindruck, als habe es eine sowjetische Außenpolitik vor dem Sommer 1939 nicht gegeben. Während der einleitende Überblick im Lehrbuch für die Geschichte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben vom Westermann-Verlag, über die Geschichte der USA einen Abschnitt über deren „Außenpolitik zwischen den Weltkriegen" kennt, fehlt über die der Sowjet union jedes Wort. Was deren Geschichte angeht, so sind zu merken: Stalinismus, Säuberungen, Gulag, Kollektivierung und andere sprachliche Schreckenssignale. Wie die Politik Moskaus in Europa beschwiegen wird, so folglich auch die ihrer Partner in Paris und Prag.

Das Ausblenden der Vorschläge und Initiativen, die darauf zielten, durch Mittel der gemeinsamen politischen und militärischen Abschreckung der Aggressoren, vor allem also Nazideutschlands, den Krieg zu verhindern, ermöglicht eine Darstellung der Münchener Politik, die eine tiefreichende Kritik an den Verfechtern der Beschwichtigungspolitik meidet. Das stattdessen gegebene milde Bild lautet: Hitler wollte 1938 den Krieg, und die Regierungschefs aus London und Paris, sekundiert von Mussolini, haben „in letzter Minute noch einmal den Frieden" gerettet. Das jedenfalls lesen Benutzer des vom Diesterweg-Verlag herausgegebenen Buches „Grundzüge einer Universalgeschichte", das für die Oberstufe bestimmt ist. Freilich: Frieden für unsere Zeit – das sei ein Irrtum Chamberlains gewe-

sen, der demnach ein leichtgläubiger Mann gewesen sein muss und Hitlers Beteuerung, die Randgebiete der ČSR seien seine letzte territoriale Forderung, nicht hinreichend misstraut habe.

Und so von einem Geschichtslehrbuch zum anderen. Das von Cornelsen für das 20. Jahrhundert herausgegebene kennt in seinen „Grundinformationen“ die Politik des Isolationismus und des Appeasements, während der Begriff kollektive Sicherheit einzig bei der Erläuterung der „Gleichgewichtspolitik“ und im Zusammenhang mit dem Völkerbund auftaucht. Im dokumentarischen Teil des Bandes werden dann Abschnitte aus Reden und Memoranden Hitlers, Chamberlains, weiterer britischer Minister, Clement Attlees (1938 Opponent der Regierung an der Spitze der Labour Party), Winston Churchills zitiert. Den sowjetischen Außenminister Maxim Litwinow hat es ebenso wenig gegeben wie eine außenpolitische Redepassage Stalins. Nicht anders das von C. C. Buchner für die Gymnasien, Sekundarstufe I, herausgegebene Lehrbuch „Das 20. Jahrhundert“. Auch dessen Autor hat von sowjetischen diplomatischen Initiativen zur Bändigung des Hauptaggressors Nazideutschland nichts gehört. Mit Bezug auf die Sowjetunion sollen sich, aufgeführt in der Rubrik „Was war wichtig“, die Schüler die Begriffe Bolschewiki, Diktatur, Personenkult, Totalitarismus einprägen. Konstatiert wird auch dort, in München sei „ein Kriegsausbruch noch einmal“ abgewendet worden. Sodann, halbinformiert, erhalten die Gymnasiasten zur Aufgabe: „Überlegt, ob es Alternativen zur britischen Beschwichtigungspolitik gab“. Ihr Unwissen kann ihnen nur die Antwort lassen: „nein“, vorausgesetzt, sie lehnen einen Krieg ab. Dies alles wird herausgegeben von Verlagen und ist verfasst von Autoren, die sich über „weiße Flecke“ in der Geschichtsschreibung der DDR, deren Existenz kein Schulbuchautor oder Lehrer aus DDR-Zeit bestreitet, nicht genug erbosen können.

München 1938 enthistorisiert

Das Ungleichgewicht an Aufmerksamkeit, die von Forschung und Publizistik den beiden konträren Linien der Vorkriegspolitik gewidmet wird – der auf kollektive Sicherheit und der auf die partielle Zufriedenstellung des Reiches zielenden – ist nicht ohne Folgen für die „Auswertung“ der Geschichte und den Abstraktionsprozess, mit dem daraus Lehren gewonnen werden sollen. An die unstrittige Erfahrung, dass 1938 in der bayerischen Metropole mit untauglichen Mitteln ein Aggressor zufriedengestellt werden sollte, wird gemeinhin die „Lehre“ geknüpft, für die Goethe und sein „Lerne zeitig klüger sein“ bemüht werden. Das klingt nach Einsicht, soll es auch und ist in dieser Anwendung doch banal. Damit wird den britischen und französischen Unterhändlern attestiert, ichnen habe zur rechten Zeit ein hinreichendes Maß an Klugheit gefehlt.

Über den Intelligenzquotienten von Politikern, der meist nur in Sonderfällen wie im Gerichtsgefängnis zu Nürnberg während des Prozesses 1945/1946 ermittelt wird, mag spekuliert und gestritten werden. Doch was berechtigt, Fragen auszulassen wie die nach den Motiven ihrer Entscheidungen, nach den Kalkülen, die ihrer Politik zugrunde liegen, nach den Interessen, die sie durchsetzen wollen, nicht nur ihre engeren persönlichen, sondern denen der Gruppe, Klientel, Schicht, Klasse, die sie vertreten, und schließlich nach den Zielen, die ihnen auf dem von ihnen eingeschlagenen Weg vor Augen standen? Und die Fragenreihe besitzt ihre Fortsetzung, und die führt an den Punkt, an dem danach geforscht werden muss, warum Chamberlain und Daladier in den eigenen Ländern zwar Widerspruch, aber kein hemmender oder gar hindernder Widerstand entgegenschlug. Die Gegner des Appeasements an Themse und Seine, ausgenommen (und in einem Text) Winston Churchill, kommen nicht vor.

Kurzum: Der geschichtliche Kontext des Münchener Abkommens wird so verkürzt, das Geschehen so weitgehend enthistorisiert, dass sich die gewünschten Folgerungen und „Lehren“ herleiten lassen und begründet erscheinen. Schon seit Jahrzehnten werden verschiedenste politische Schritte unter Berufung auf das Vierertreffen von 1938 gerechtfertigt. Es genügt, eine drohende große Gefahr zu behaupten, und die Erinnerung an „München“ muss herhalten, um Maßnahmen zu ihrer Abwendung und Bekämpfung als unausweichlich hinzustellen. So wurden Hochrüstungen als Schutz, Drohungen als angemessen, Interventionen als alternativlos dargestellt. Es entbehrte nicht des Grotesken, dass „München“ in den Jahrzehnten des Kalten Krieges von den NATO-Mächten angerufen wurde, um ihre Militärpolitik zur Abwendung der angeblich drohenden „roten“ oder „bolschewistischen“ Gefahr

zu legitimieren. Damit war die historische Konferenz zum zweiten Mal, im Original 1938 politisch, in der Anrufung nach 1945 propagandistisch, gegen Moskau in Stellung gebracht, denn das Münchener Abkommen hatte doch auch eine gegen die UdSSR gerichtete Spitze besessen. Es machte dem deutschen Imperialismus den – freilich als kontrolliert gedachten – Weg nach Osten frei. Es war der definitive Totenschein für die Politik der kollektiven Sicherheit, mit der der Kreml gescheitert war. Moskau sah sich im Herbst 1938 von der Entscheidung europäischer Angelegenheiten vollkommen ausgeschlossen. Die UdSSR fand sich in jene isolierte Lage gebracht, in der sie die Antikommunisten aller Länder am liebsten hatten.

Die UdSSR und die Wende 1933

Genau das hatte die sowjetische Diplomatie vermeiden wollen, die von dem Interesse geleitet wurde, aus Kriegen herauszubleiben. Das ergab sich ebenso sehr aus einem Grundverhältnis zur Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen wie aus ihrer eigenen militärischen und ökonomischen Zurückgebliebenheit und Schwäche. Die Chancen, diesen Kurs zu wahren, hatten sich mit den deutschen Ereignissen des Januar 1933 tendenziell erheblich verschlechtert. Mit der Weimarer Republik waren, basierend auf dem Rapallo-Vertrag von 1922 und dem Berliner Abkommen von 1926, politisch-diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen und eine begrenzte militärisch-technische Zusammenarbeit hergestellt worden, was beiden Seiten nutzte. Dieses Kapitel war beendet, als sich in Deutschland ein aggressiv antikommunistisches Regime etablierte, dessen oberster Führer in seinem „Kampfbuch“ dem deutschen Expansionsdrang die Hauptrichtung Osten gewiesen hatte.

Der Kreml stand vor der Notwendigkeit, seine auf Europa gerichtete Außenpolitik neu zu bestimmen. Dafür zeichneten sich Möglichkeiten ab, weil sich die mit der Aufrichtung der Nazidiktatur verschärften Widersprüche nicht auf den deutsch-sowjetischen Gegensatz reduzierten. Moskau konnte damit rechnen, dass sich in Deutschlands Nachbarstaaten ein ebensolches Bedürfnis nach Sicherheit vor einer Aggression ausprägen werde, namentlich in Frankreich und der Tschechoslowakei, zwei bürgerlich-demokratischen Staaten, in denen sich – anders als in Polen und Österreich – mit den Interessen der Herrschenden auch Massenstimmungen geltend machen konnten.

Das äußere Zeichen dafür, dass die Sowjetunion in eine neue Etappe ihrer Außenpolitik eintrat, war ihre Mitgliedschaft im Völkerbund, jenes 1920 vollzogenen diplomatischen Zusammenschlusses von Staaten. Dessen Gründungsväter, eben noch Verbündete des Zarenreiches, hatten gehofft, dass Sowjetrussland kein langer Bestand beschieden sein werde. Als die Sowjetunion 1934 dem Bund beitrat, hatten ihn Japan – verurteilt wegen seiner aggressiven, gegen China gerichteten Handlungen auf dem asiatischen Festland – und Deutschland – unter dem Vorwand, es werde ihm Gleichberechtigung verweigert – verlassen. Freilich war von dieser Organisation, wie nach dem Oktober 1935 ihre hilflosen Reaktionen auf Italiens Krieg gegen Abessinien zeigten, eine kraftvolle Politik gegen imperialistische Abenteurer nicht zu erwarten. Dazu brauchte es direkte Verabredungen zwischen den vor allem bedrohten Mächten, und die durften sich nicht auf bloße Absichtserklärungen und Protestresolutionen beschränken. Diese mussten ihre Entschlossenheit zur – wenn notwendig – militärischen Abweisung eines Friedensstörers unbezweifelbar bekunden, also dem Fuchs die Trauben so hoch wie möglich hängen und ihn zwingen – um im Bild der Fabel zu bleiben, die dem Äsop zugeschrieben wird, und es zu variieren –, die Szene nicht erhobenen Hauptes, sondern mit eingezogenem Schwanz zu verlassen.

Architektur kollektiver Sicherheit

Auf diesem Wege hatte die sowjetische Diplomatie unter Litwinow, wenige Wochen nachdem das Deutsche Reich mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Vorführung seiner Luftwaffe klargestellt hatte, welches politischen Mittels es sich künftig zu bedienen gedachte, zwei Erfolge zu verzeichnen, welche die Pläne der Machthaber in Berlin bedrohten. Am 2. Mai 1935 wurde zwischen der Sowjetunion und Frankreich in Paris ein Beistandsabkommen unterzeichnet, das die Unterschriften des sowjetischen Botschafters in der französischen Hauptstadt Wladimir Potemkin und des Außenministers der Republik Frankreich Pierre Laval trug. Doch es war nicht Laval, der übrigens nach dem Ende des Krieges in Frankreich als Kollaborateur zum Tode verurteilt und hin-

gerichtet wurde, der französischerseits als Architekt des Paktes gelten konnte. Dieses Verdienst kam seinem im Oktober 1934 in Marseille dem Mordanschlag eines Terroristen zum Opfer gefallenen Vorgänger Jean Louis Barthou zu. Der hatte seit 1932/1933 zur Gewährleistung des europäischen Friedens weiterreichende Pläne eines Ostpaktes verfolgt. Er sollte vor allem, aber nicht nur, diesen Teil des Kontinents befrieden, stand doch – auch nach den Erfahrungen des Weltkriegs – zu befürchten, dass eine kriegerische Aggression dort sich westwärts ausweiten könne. Doch war der Plan gescheitert. Die u. a. aus Differenzen über die Staatsgrenzen herrührenden Gegensätze zwischen Moskau, Warschau und Bukarest hatten sich nicht überwinden lassen. Nichtsdestoweniger besaß der nun begangene, begrenztere Schritt, der in den französisch-sowjetischen Beziehungen einen Wandel von Dauer anzubahnen schien, Gewicht. Das wurde durch den nur 14 Tage darauf in Prag geschlossenen Vertrag über gegenseitigen Beistand zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Republik beträchtlich erhöht. Ihn unterzeichneten wiederum der am Orte akkreditierte sowjetische Botschafter sowie ČSR-Außenminister Edvard Beneš. Durch diese Abkommen war ein Verbund zwischen drei Staaten entstanden und vor allem eine Vorkehrung gegen den naheliegenden Fall einer deutschen Aggression gegen die Tschechoslowakei getroffen. Sollte der eintreten, würden Frankreich und die Sowjetunion dem Verbündeten zu Hilfe kommen, die UdSSR unter der Voraussetzung, dass auch Frankreich seinen Verpflichtungen nachkäme.

Die Vertragstexte mit ihren Klauseln ließen erkennen, wieviel – der Begriff war damals noch nicht so geläufig wie heute – Vertrauen bildende Maßnahmen in diesem „Dreieck“ noch nötig waren. Vorerst enthielten sie Versprechen, für deren praktische Einlösung, sollte der gedachte Ernstfall eintreten, weitere Abmachungen notwendig waren. Es musste ein kurzer Weg von den Konsultationen der Regierungen zu den dann erforderlichen koordinierten Handlungen der Militärs verbindlich festgelegt werden. Indessen, und das war kein gutes Omen, zog sich in Frankreich schon die Ratifizierung des Vertrages in die Länge – sie erfolgte erst am 27. Februar 1936, worauf er einen Monat später in Kraft trat. Zwischen den beiden Daten lag die Liquidierung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes. Die deutsche Wehrmacht rückte mit ihren Garnisonen bis vor die Grenzen Frankreichs und Belgiens. In dem noch lockeren Verbund, welche die drei Mächte geschlossen hatten, fehlte vor allem ein Staat: Großbritannien. Dessen Regierungspolitiker hatten sich schon den Werbungen Barthous widersetzt. Dass der britische Außenminister John Simon noch im März, wenige Tage nach der vertragsbrüchigen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, zu einem Staatsbesuch nach Berlin gereist war, signalisierte die gänzlich andere Richtung der Außenpolitik des Inselreiches. Seine konservative Regierung lehnte nicht nur eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ab. Sie verständigte sich einen Monat nach dem Abschluss der sogenannten Maiverträge mit Deutschland über ein Flottenabkommen, das die Seerüstung des Reiches legalisierte. Dieser Vertrag besaß den Charakter eines Torpedos gegen die dreiseitige Initiative, mit der dem Frieden ein Fundament geschaffen werden sollte.

Hätte es eines Beweises für deren Wirksamkeit bedurft, so war er durch die Reaktion der Machthaber in Berlin gegeben. Sich des verlogenen Bildes von Deutschlands „Einkreisung“ durch Feindmächte, mit dem die kaiserliche Propaganda im Weltkrieg operiert hatte, bedienend, wurde in der Nazipresse von deren erneuter Aufnahme geschrieben. Geographische Skizzen sollten veranschaulichen, welch feindlicher Ring sich da um das „neue“ Deutschland schließe. Hitler hielt im Mai 1935 vor dem Reichstag seine – nach 1933 zweite – Friedensrede. Ihre Adressaten waren nicht nur die Deutschen, von denen viele beim Blick auf diese sich formierende gegnerische Konstellation jeder Kriegsidee entsagten. Sie war insbesondere an die Gegner der Politik der kollektiven Sicherheit in Großbritannien und Frankreich gerichtet und versorgte diese mit Beteuerungen des deutschen Willens zum Frieden.

Das ruinierte Fundament

Auf den Fundamenten des Mai 1935 ist nicht weiter gebaut worden, wiewohl es zu Kontakten der französischen und tschechischen Militärs mit denen der UdSSR kam, die daran interessiert war, ihre Fähigkeit zu demonstrieren, der Tschechoslowakei, sollte sie Opfer eines deutschen Angriffs werden, wirksam zu helfen. Ein solcher Fall erforderte, da Polens und Rumäniens Staatsgebiet zwischen dem

der Verbündeten lag, den Einsatz von Luftstreitkräften und Luftlandetruppen. Dass die Rote Armee über sie gebot, wurde bei Manövern demonstriert, zu denen Militärs der französischen und tschechischen Streitkräfte eingeladen wurden. Doch erwuchs daraus kein Militärblock, der die deutschen Generale das Fürchten gelehrt hätte. Aus dem Fundament wurde eine Ruine, als die Westmächte den Weg nach München einschlugen. Es war Litwinow, der in dem Moment, als der Einmarsch der Wehrmacht in Prag im März 1939 die Appeaser blamierte und sie scharfer Kritik aussetzte, dafür eintrat zu versuchen, die Politik der kollektiven Sicherheit zu reanimieren. Stalin hat dessen Vorschlägen keine Erfolgsaussichten gegeben und sie verworfen. Litwinow verlor im Mai seinen Posten. In deutschen Schulbüchern fehlt nicht nur sein Name; sondern auch der Barthous. Das war nicht immer so. Im 1988 in der DDR herausgegebenen Lehrbuch, das einheitlich von Schülern der neunten Klasse benutzt wurde, war von der auf Friedenssicherung gerichteten Rolle beider Politiker die Rede und Litwinow auf einem Foto zu sehen, das ihn am Rednerpult des Völkerbundes zeigt. Geschichtsschreibung und -publizistik müssen ihre Scheinwerfer nicht nur auf die Erfolgreichen richten. Sie sollten auch von den gescheiterten Friedensstiftern berichten und von den Gründen ihres Misserfolgs.

junge Welt, Montag, 03.05.2010, S. 10.

Erinnern oder vergessen

Der Streit an der Rampe und die Emsigkeit in den Kulissen: Nahezu unbemerkt wird die Geschichte des 20. Jahrhunderts umgeschrieben.

Solange sich soziale, politische und geistige Kräfte gegenüberstehen und ihre Interessen gegeneinander ausfechten, werden diese Kämpfe immer auch von Auseinandersetzungen um die Deutung der Vergangenheit begleitet sein. Die besitzen manchmal den Charakter von Schlachten, dann den von Gefechten und, sind die Kontrahenten ermüdet, von Scharmützeln. Der Lärm ist folglich von unterschiedlicher Stärke. Laut ging es her, als am Beginn der sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts der in Hamburg lehrende Fritz Fischer sein Buch „Griff nach der Weltmacht Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918“ (Düsseldorf 1961) vorlegte. Lauter, als ein Jahrzehnt später die sogenannte Hitler-Welle hereinbrach, eine Bezeichnung, die älteren Datums schon war und nun auf die Dichte der erscheinenden Bücher über den „Führer“ gemünzt wurde. Und deren Geräuschpegel wurde noch übertroffen, als Hannes Heer und seine Mitstreiter in den neunziger Jahren die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ präsentierten und deren Reise durch Deutschland begann. Ging es in den ersten beiden Fällen um die Ursachen der Kriege und die für sie verantwortlich zu machenden Kräfte und Personen, so im zweiten um die Kriegsverbrechen und die an ihnen Beteiligten, also immer um Kernfragen, die an die Ereignisse zu richten waren.

Öffentliche Räume

Gegenwärtig wird der Streit um Erinnern oder Vergessen vorwiegend im Hinblick auf die Gestaltung öffentlicher Räume ausgetragen. Welche Denkmäler sollen errichtet, welche geschleift werden, wo gehört eine Gedenktafel hin, wo soll sie entfernt werden, was verdient eine Dauerausstellung oder eine solche auf Zeit. Entschieden wird, wer, was, wie und wo im Gedächtnis der Nachgeborenen haftenbleiben soll. Stellte man sich diese Geschehen bildlich auf einer Bühne vor, ließe sich sagen: Das ist die Betriebsamkeit an der Rampe und im Scheinwerferlicht, woran Neugierde die Frage schließen könnte: Und was geschieht im Hintergrund und in den Kulissen? Dort wird, von den Blicken der meisten Zeitgenossen nahezu unbemerkt, die Geschichte des 20. Jahrhunderts umgeschrieben. Und das nicht unter dem Eindruck oder Druck neuer Erkenntnisse, sondern unter den politischen Vorgaben. Während sich viele Ostdeutsche der älteren Generationen noch immer ereifern, wenn Kindergärten aus DDR-Zeit schlechtgemacht oder ihre Schulen vorwiegend als Verdummungs- und militarisierte Zuchtanstalten dargestellt werden, andere auch, wenn sie „Zugeständnisse“ lesen, erfreut oder mit Häme reagieren, wird ihren Enkeln an den Schulen ein Bild des verflossenen Jahrhunderts vorbereitet, das andere Dimensionen besitzt und zu anderen geistigen Konsequenzen führen soll. In ihnen sind die Kindergärten Peanuts. Hier geht es ums Ganze und letztlich um die Anschauung dieser unserer Welt und das Verhalten in ihr.

Der lange als ein weltgeschichtlicher Epocheneinschnitt angesehene, auch als Eröffnung von Kapitel Zwei der Weltgeschichte gefeierte Oktobertag des Jahres 1917 ist auf einen minderen Platz gesetzt. Die Geschichte hat diese Bewertung erledigt. Freilich nicht die mehr als siebzigjährige Erfahrung eines Ausbruchs aus der bürgerlichen Gesellschaft. Es sind zwei Ereignisse dieses 20. Jahrhunderts, die in der neuen Betrachtung auf die Plätze 1 und 2 gesetzt werden. Von dem einen, dem 8. Mai 1945, trennen uns eben 65 Jahre, von dem anderen, das auf einen Tag nicht fixiert werden kann, zwei Jahrzehnte. Dass dieser Maitag, an dem die faschistische Wehrmacht kapitulierte, für Millionen Menschen vor allem, aber nicht nur in Europa ein Tag der Befreiung war, empfanden die meisten schon im Moment des Geschehens. Für viele von ihnen lag der Tag ihrer Befreiung mehr oder weniger lange davor und in dem Moment, da sie durch das Eintreffen der Armeen der Alliierten sicher sein konnten, dass sie das Elend und Inferno von Krieg und Besatzung, von Ausplünderung und Hunger, von Zwangsarbeit und Terror überlebt hatten.

Die Deutschen brauchten, bis sie sich zum Bewusstsein auch ihrer Befreiung durchgedacht hatten, in ihrer Mehrheit Zeit, und manche bedurften des Nachhilfeunterrichts. Spät, 1985, ist der den Westdeutschen auch von ihrem Staatsoberhaupt zuteilgeworden. Unbestritten war mit dieser Kennzeich-

nung, dass alle, die diesen Tag herbeigeführt hatten, sich ein weltgeschichtliches Verdienst erwarben, dessen gedacht werden müsse. Wer der Wahrheit die Ehre gab, gestand sich ein, dass der Anteil daran nicht gleichmäßig verteilt war, wie immer in solchen Fällen. Doch niemandes Beitrag war geringzuschätzen. Dieses Geschichtsbild, bleiben wir im wörtlichen Sinne beim Bild, wird derzeit abgehängt. Der einstige Bundespräsident ist daran übrigens beteiligt. Und es ist nicht für die Aufbewahrung in einem Magazin bestimmt.

Nächste Diktatur

An seine Stelle tritt die Deutung des 8. Mai als eines Tages, an dem nur ein Teil Europas befreit wurde, sein östlicher aber von einer – der braunen – Diktatur in die nächste – die rote – geriet. Im Osten wäre ein Krieg zweier Schurken, Banditen, Verbrecher gegeneinander geführt worden. Der eine wie der andere hätte sein Volk missbraucht und geopfert. Diese Version europäischer Geschichte, zu deren Fundamentmix unentbehrlich der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 gehört, ist nicht neu. Sie wird seit Jahrzehnten schon von Verfechtern der Totalitarismusdoktrin verbreitet. Die haben, nachdem sie zeitweilig kleinlaut gemacht worden waren, seit etwa 1990, teils schon in den Jahren vorher, Verstärkung erhalten. In der UdSSR haben diese Dogmatiker schon im Zeichen von Glasnost Anhänger gefunden. Nach der gleichen politischen Melodie wurde in Italien zu Beginn der neunziger Jahre von diesem Diktaturentausch – da von der brauen und schwarzen (wegen der Schwarzhemden) in die rote – geschrieben und geredet. Jetzt geht es darum, diese Interpretation durchzusetzen. In ihrer moderaten Form gehört dazu eine Differenzierung. Gelobt werden die Leistungen der Völker der Sowjetunion in den militärischen Kämpfen, gedacht ihrer Leiden und Opfer. Nur sei das alles nicht mit einem weltgeschichtlichen Verdienst verbunden gewesen.

Denn die Ostdeutschen hätten auf ihre Befreiung mit den Völkern Osteuropas vom Balkan bis zum Baltikum noch viereinhalb Jahrzehnte warten müssen. Erst 1990 habe ihnen die Freiheitsglocke geklungen. Das ergibt für das 20. Jahrhundert dies: Es ist in Europa gekennzeichnet durch einen schweren Weg zu Liberalismus, Demokratie, Freiheit und Humanismus, der über zwei Diktaturen hinweggeführt habe, über die Triumphe von 1945, damals den partiellen, und 1990, sodann den totalen. Mit diesem Bild lässt sich allerlei anfangen, und dazu ist es ja auch bestimmt. Es soll den Zeitgenossen das stolze Bewusstsein und den Europäern das Überlegenheitsgefühl vermitteln, auf dem Höhepunkt weltgeschichtlicher Entwicklung angelangt zu sein. Gewiss, das Ende der Geschichte im Sinne von Stillstand und bloßem Konservieren des Vorhandenen ist nicht erreicht. Aber gemessen am Bisherigen handelt es sich um Reparaturarbeiten. Es geht den Totalitarismus-Doktrinären um die vollständige mentale und geistige Aussöhnung der Massen mit der Grundstruktur der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände. Ein Autor einer bürgerlichen deutschen Zeitung, zudem hierzulande Dozent an mehreren deutschen Journalistenschulen, hat zu Jahresanfang 2010 formuliert, welches Bewusstsein in teutonische Köpfe gehört: „Erstens: Noch nie in unserer Geschichte wurden wir so gut regiert wie heute. Zweitens: Kaum ein anderes Land der Welt wird so gut regiert wie die Bundesrepublik Deutschland.“ (Markus Reiter, Die wohlregierte Republik. In: Stuttgarter Zeitung, 9. Januar 2010, Beilage: Brücke zur Welt, V1) Und dann zusammenfassend: „Die Bilanz der deutschen Geschichte bis heute führt zur Erkenntnis: Wir leben im freiesten, wohlhabendsten und sichersten Deutschland, das es je gab.“ Und „Wir sind ein verhältnismäßig glückliches Land.“ Wer diese Ansicht nicht teile, dem fehle der richtige Maßstab. Wer ihn aber besitze, der erkenne: „Uns geht es so gut, dass wir nicht einmal mehr wissen, wie gut es uns geht.“ Natürlich: „Selbst die beste Politik kann nicht erreichen, dass am Ende alle Beteiligten voll und ganz zufrieden sind.“ Und dann noch einmal: „Gemessen an anderen Staaten und früheren Epochen aber steht die Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2010 glänzend da.“

Wir werden uns um die in DDR-Zeit vollbrachten Leistungen der Kindergärtnerinnen und der Lehrer, von denen viele den steinigen Weg der Neulehrer gingen, noch eine Weile streiten, zumal da eine Erbschaft anzutreten ist. Doch das eigentliche Streitobjekt wird durch Kernfragen der Geschichte und der Weltanschauung gebildet. Da liegt die Herausforderung, und hier sollte nicht mehr als darauf aufmerksam gemacht werden.

junge Welt, Sonnabend, 08.05.2010, S. 3.

Zum 8. Mai: 65 Jahre Befreiung

Warum es in Deutschland weiter der Nachhilfe bedarf

Vierzig Jahre waren seit dem Maitag vergangen, der unverlierbar in den Büchern der Weltgeschichte verzeichnet ist, als der erste Mann im deutschen Weststaat neben die bis dahin in seinem Lande für das Ereignis gebräuchlichen Begriffe Kapitulation, Kriegsende, Katastrophe einen weiteren setzte: Befreiung. So geschehen in einer Rede, die Richard von Weizsäcker während einer Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn hielt. Wörtlich sagte er: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."

Die Feststellung verursachte Aufsehen, Zu- und Widerspruch. Mit ihr wurde eine Annäherung an eine international verbreitete Kennzeichnung vollzogen. Tag der Befreiung, so wurde der 8. Mai des Jahres 1945 vordem und seit langem schon in Kalendern und Geschichtsbüchern des deutschen Oststaates genannt. Keine andere Passage der Rede eines Bundespräsidenten ist vergleichsweise in so fester Erinnerung geblieben. Die Minderheit der Bürger der Bundesrepublik, die sich bis zu einem kritischen Verhältnis zur jüngsten, vielfach ihrer eigenen, Geschichte durchgearbeitet hatte, fand sich in dieser Charakteristik bestätigt. Indessen: die Benutzung des gleichen Begriffs bedeutet nicht immer, dass auch Gleiches gemeint wird.

Um die Ausdeutung des Wortes Befreiung entspann sich eine anhaltende Diskussion. In welchem Sinne konnte davon die Rede sein, dass nicht nur die Menschen in den eroberten und teils jahrelang von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten, nicht nur Insassen der Konzentrations- und Vernichtungslager, von Gefängnissen und Zuchthäusern, Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte, nicht nur viele von Verfolgungen Bedrohte sich befreit fühlen konnten, sondern auch die Mehrheit der Deutschen? Stand dagegen nicht der Weg von Millionen in die Kriegsgefangenschaft, von anderen Millionen aus ihren Wohnstätten in eine ihnen fremde Lebenswelt, das Elend des Nachkriegs, die Lasten und Bedrohungen einer Besetzung des Landes durch die Siegermächte usw. Sprach dagegen nicht die Tatsache, dass sich diese Mehrheit der Deutschen keineswegs befreit gefühlt hatte?

Es bedurfte einiger Nachhilfe, um die Mehrheit der nicht eben an eine kritische Sicht in ihre Geschichte gewöhnten Bundesbürger ein Verhältnis zu dieser gewendeten Kennzeichnung zu vermitteln, das nicht aus Ablehnung bestand. Denn Weizsäckers Rede enthielt das Äußerste, was ein konservativer christlicher Politiker seinen Landsleuten zumuten wollte und, wie das Echo erwies, davon sogar etwas mehr.

Unleugbar waren die Deutschen, die sich bis gestern oder vorgestern noch als „Volksgenossen" frei- oder widerwillig dem Naziregime dienstbar gemacht und dazu beigetragen hatten, dass dieser Krieg bis in das Frühjahr 1945 dauerte, in mancherlei Beziehung befreit worden. Die einen von der Gefahr, als Soldaten weiter in sinnlose Kämpfe gehetzt zu werden und in ihnen Leben oder Gesundheit zu verlieren. Andere in den Städten Lebende wie schon Hunderttausende vor ihnen durch Luftangriffe Haus und Habe einzubüßen und in einem Keller oder in Flammen elend zugrunde zu gehen. Dritte, junge Burschen und betagte Männer, von der Aussicht, dass ein Einberufungsbefehl sie zur Wehrmacht oder in den Volkssturm kommandierte und damit in das letzte Aufgebot an Kanonenfutter, nach dem es die Generale verlangte.

Selbst wer in einem entlegenen Dorf lebte, wohin vom Kriege bis dahin kaum anderes gelangt war als Nachrichten, war wie die anderen auch von Ängsten befreit und von Hoffnungen neubelebt, die sich auf ein wieder lebenswertes Dasein richten mochten. Nicht, dass die Deutschen jetzt ohne Ängste lebten, aber es waren andere, meist nicht mehr Lebensängste, und es bestand die Aussicht, dass die weniger werden würden.

Mit dem Gedanken, dass die Deutschen vom Dasein im Kriege befreit und der Drohungen ledig waren, durch die das Regime ihnen in der Phase seiner Agonie fremd und schließlich Feind geworden war, konnten 1985 die Bundesbürger umso leichter leben, als ihnen gleichzeitig Politik und Geschichtspublizistik bescheinigten, dass sie Opfer „nationalsozialistischer Herrschaft" geworden wa-

ren. Es wurde ihnen ausdrücklich das Recht zugestanden, das sie freilich vorher schon reichlich in Anspruch genommen hatten, sich zu bemitleiden.

Auch Weizsäcker hatte in seiner Ansprache gesagt, dass nicht vergessen werden dürfe, „welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“ Doch hatte er zugleich verlangt, der „sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“, zu gedenken und der ungenannten Zahl von Menschen „aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.“ Der Anspruch an das Umdenken der Bundesbürger war hoch. Gefordert wurde, den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 zu trennen und zur Vergangenheit ein ehrliches und nachdenkliches, von Wahrheit geprägtes Verhältnis zu gewinnen.

Ein Vierteljahrhundert nach dieser Rede lässt sich fragen, was aus den Vor- und Ratschlägen wurde. Auf dem Markt der Bücher und Filme erschienen seit den neunziger Jahren in Serie Veröffentlichungen verschiedenster Genres, in denen die Leiden der Deutschen im Bombenkrieg und während der Flucht vor der herannahenden Front zeigten. Dazu brauchte nichts erfunden oder ausgemalt zu werden.

Millionen Deutsche waren in das Inferno des Krieges gerissen worden, als die führenden Militärs der Wehrmacht, anders als die Generale des Kaisers 1918, sich nicht dazu entschließen konnten, den Krieg verloren zu geben – spätestens, als die alliierten Armeen 1944 die Reichsgrenzen erreicht hatten. Nur setzten die meisten dieser Darstellung zeitlich „ein wenig“ zu spät ein. Sie bildeten die Deutschen als Opfer ab, nicht schon, was sie doch vorher in ihrer Masse gewesen waren, als Instrumente des Regimes, die ihm erst die Kraft verliehen, den Kontinent so zuzurichten, wie sie es vermocht hatten. Da lag auch die Fehlstelle in Weizsäckers Rede. Darin war von einer verbrecherischen Führung gesprochen, den Deutschen aber nicht mehr als eine Verirrung und Verstrickung zugeschrieben worden. Das wusste der ehemalige Hitlerjugendführer und Wehrmachtsoffizier besser.

Kurzum: War von den Leiden der Deutschen die Rede, musste den Tatsachen nichts hinzugefügt werden. Doch es wurde und wird nur „etwas“ weggelassen. Und das eben betrifft auch die Deutung des Begriffs Befreiung. Denn geschichtliche Wahrheit gewinnt das Wort mit dem Blick auf den 8. Maitag des Jahres 1945 erst, wenn es sich mit dem Eingeständnis verbindet, dass der Triumph der Alliierten die Deutschen von jener schändlichen Rolle befreite, die keine Generation ihrer Vorfahren je gespielt hatte. Aus eigener Kraft hatten sie die nicht abzuwerfen vermocht. Es musste ihnen noch in Berlin die letzten Waffen aus der Hand geschlagen werden.

Folgten die Deutschen – aber wie wenige taten das anfänglich – dem Vorbild des Bertolt Brecht, dann hatten sie jetzt, wie der Dichter 1933 forderte, als die Macht erst im eigenen Land in Mörderhände gebracht war, von ihrer Schande zu sprechen. Und nun war es nicht nur Deutschland, das seine Söhne zugerichtet hatte. Der Krieg war bis in das britische Inselreich und an die Wolga, vom Nordkap bis in den Norden Afrikas und dazu auf die Weltmeere getragen und überall eine Spur der Verwüstungen gezogen worden. Sie hatten Frauen nicht nur in Europa, sondern auch im Norden Amerikas, in Indien und Australien zu Müttern ohne Söhne gemacht.

Befreiung von der Fortsetzung einer Kette von Untaten. Keine davon belastet die Nachgeborenen, die aber wissen sollten, wovon ihre Groß- und Urgroßväter befreit wurden – ein Wissen, das ihnen auch ein auf Nachdenken und Mitfühlen gegründetes Verhältnis zum Krieg der Deutschen am Hindukusch verschaffen könnte.

Ein Vierteljahrhundert nach der denkwürdigen Rede erfährt der Begriff Befreiung jedoch eine neue Einschränkung. Diesmal zielt die nicht auf die Abweisung von gemeinsamer Verantwortung und individueller Schuld, sondern dient einem politischen Zweck. Die in ihrem Ursprung ältere, nun aber mit Energie unter die Leute gebrachte Deutung besagt: Befreiung sei 1945 nur den Deutschen geworden, die in den westlichen Besatzungszonen lebten. Die Ostdeutschen hingegen wären von der braunen in die rote Diktatur gefallen. Das Datum ihrer Befreiung liege im Jahr 1989/1990.

So sieht jetzt auch der frühere Bundesspräsident die Geschichte der Deutschen. Diese Betrachtungsweise stammt nicht erst aus den Tagen nach dem Ende der realsozialistischen Staaten Europas. Als in der Sowjetunion zu Gorbatschows Zeiten dienstbare Ideologen sich einer veränderten Politik anpassten, wurde in dem Lande, das die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland trug, das im Westen von extremen Antikommunisten schon seit längerem verbreitete Bild eines Krieges übernommen, den „zwei Banditen“ gegeneinander geführt hätten, die vordem noch kurzzeitig verbündet gewesen wären. Was aber, so lautet die intendierte Anschlussfrage, hätte ein triumphierender „Bandit“ Gutes stiften können?

Von diesem Bild führt kein gerader, aber ein Weg zu jener Schandtat, es ist nicht die Einzige, die sich im 65. Jahr nach Kriegsende auf europäischem Boden ereignete, der Sprengung eines Denkmals, das in der georgischen Stadt Kutaissi an die Toten des Zweiten Weltkriegs erinnerte. Unter den Älteren mochten sich manche beim Lesen der Nachricht an den von Grusia Film 1965 fertig gestellten Spielfilm „Der Vater des Soldaten“ erinnern, an jene Filmballade, in der die Geschichte des georgischen Weinbauern Georgi Macharaschwili erzählt wird, der sich aufmacht, seinen verwundeten Sohn zu besuchen und selbst ein Krieger gegen die Eindringlinge wird.

Die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa kommt mit dem Abstand von 65 Jahren gleichsam in die Rente. Da soll nicht nur den Deutschen ein neuer Blick in das verflossene Jahrhundert vermittelt werden, der es als Jahrhundert der Befreiung von „zwei Diktaturen“ erscheinen lässt. Eine italienische Version spricht mit Bezug auf die Schwarzhemden von der rot-schwarz-braunen Diktaturfolge. In Nachfolgestaaten der Sowjetunion und in Staaten der einstigen Verbündeten und Kollaborateure des Nazireiches ist eine Totalrevision der Nationalgeschichte im Zeichen ihrer Wiederentdeckung en vogue.

Eine weitere Erinnerungsschlacht hat begonnen. Die Kräfte, die sie austragen, sind an Zahl und in ihren Mitteln höchst ungleich verteilt. Über den Ausgang samt seinen politischen Folgen sind sichere Prognosen nicht zu treffen. Gewiss ist aufgrund geschichtlicher Erfahrung nur, dass es den Deutschen nie gut bekam, wenn sie mit Geschichtslügen oder auch nur mit grob vereinfachten Bildern ihrer Vergangenheit bedient wurden und ihnen glaubten.

Neues Deutschland, 08.05.2010.

Die Gegenrevolution

Thesen zur Analyse des historischen Faschismus

Mit dem Blick auf den 65. Jahrestag des militärischen Sieges über den deutschen Faschismus hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Ende April 2010 in Berlin eine geschichtspolitische Konferenz veranstaltet. In deren Verlauf kam es zu einer kontroversen Debatte über die Analyse des historischen Faschismus. Sie gab Anstoß für die Formulierung der folgenden Thesen.

1.

Wird in Deutschland über den Faschismus gesprochen, muss bedacht werden, dass hierzulande der Begriff in dreierlei Sinn gebraucht wird: Er bezeichnet – erstens – eine politische Bewegung, die in Form von Parteien und weiteren Organisationen existierte. Er steht – zweitens – für eine spezifische reaktionäre, antiaufklärerische Ideologie. Und mit ihm wird – drittens – verkürzt der faschistische Staat bezeichnet. Wiewohl die Beziehung von Bewegung, Ideologie und Staat logisch und historisch zutage liegt, ist zwischen ihnen doch zu unterscheiden, denn sie sind nicht identisch. Die Kennzeichnung oder Definition des einen begreift die anderen nicht ein. Wird das nicht in Rechnung gestellt, lässt sich trefflich aneinander vorbeireden.

2.

Die politischen Bewegungen, die mit der Kennzeichnung faschistisch erfasst und von anderen gesondert werden, entstanden in mehreren Ländern Europas am Ende des Ersten Weltkriegs. Die Bewegung, die am frühesten in der Lage war, in die Staatsmacht einzudringen und sich dann in ihr festzusetzen, war die italienische. Das hat ihr Aufmerksamkeit verschafft, und ihre Verwandten in anderen Ländern haben sich am italienischen Beispiel und Vorbild orientiert – bis hin zu Formen des äußerlichen Hervortretens und den Ritualen. Die italienischen Faschisten gaben schließlich der Bewegung in anderen Ländern und deren Gesamtheit auch den Namen. Dabei besaß jede dieser Gruppen ihre eigenen „nationalen“ Charakteristika. Die deutsche präsentierte sich unter dem Namen Nationalsozialisten. Auch im Sprachgebrauch von Publizistik, Politik und Gesellschaftswissenschaft wurde Faschismus zum weithin benutzten Sammelbegriff für die neuartige internationale Erscheinung. Damit wurde in Deutschland auch die demagogische Selbstkennzeichnung vermieden, derer sich die Nazifaschisten bedienten.

3.

So alt wie die faschistischen Bewegungen, so alt sind die Anstrengungen, diese neue politische Erscheinung zu begreifen, ihre Herkunft und ihren Platz in den geschichtlichen Kämpfen der Staaten zu bestimmen, um sich auf diese Weise auf deren Existenz und Wirken einstellen zu können. Wie auf allen Erkenntniswegen gab es auch auf diesem Weg Fortschritte, Irrwege und Rückschläge. An den Bemühungen, Wesen, Perspektiven und Ziele dieser faschistischen Zusammenschlüsse zu erfassen, waren ihre politischen Nachbarn, Konkurrenten und Rivalen ebenso beteiligt wie ihre strikten Gegner und Feinde. Mit der Frage: „Was sind die Faschisten und was wollen sie?“ befassten sich Politiker und Theoretiker. Unter den letzteren waren Marxisten, Nicht- und Antimarxisten. In dieser oder jener Weise haben viele Verfechter unterschiedlicher Strömungen beigetragen, das nicht so große „Geheimnis“ zu enthüllen, mit dem sich die Faschisten in Wort und Schrift zur Tarnung ihrer eigenen Absichten umgaben.

4.

Energische und erfolgreiche Anstrengungen zur Analyse des Faschismus wurden naturgemäß vor allem in den Reihen ihrer entschiedenen Gegner, von den Arbeiterparteien und deren Theoretikern unternommen. Zu begreifen, welcher Feind ihnen und der proletarischen Bewegung erwachsen war, galt zu Recht als Voraussetzung für dessen erfolgreiche Bekämpfung. In Deutschland haben Führer und Ideologen der Kommunistischen wie der Sozialdemokratischen Partei früh beigetragen, die Partei Hitlers als eine Organisationsform der Gegenrevolution bloßzustellen. Als die wichtigsten Kennzei-

chen der faschistischen Ideologie und Politik wurden die Feindschaft gegen alle liberalen, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen hervorgehoben sowie der extreme Nationalismus und Revanchismus, der sich vor allem in einer hemmungslosen demagogischen Anti-Versailles-Hetze äußerte, die Kriegsstimmung und Kriegsbereitschaft erzeugen sollte. Zur Entlarvung der Rolle, welche die Faschisten in der Weimarer Republik spielten, haben auch Künstler und Schriftsteller beigetragen, so dass bis heute Bilder, Zeichnungen, Karikaturen, Erzählungen und Gedichte zusammen mit wissenschaftlicher Literatur einen Zugang zum Verständnis dieser damals neuartigen Erscheinung geben.

5.

Eine sich früh zeigende Schwierigkeit der Faschismusanalyse bestand darin, diese neuartige politische Bewegung von anderen, den älteren reaktionären Parteien und Organisationen, ihren nahen oder ferneren Vorläufern und Zeitgenossen, abzugrenzen und deren jeweilige Spezifik richtig zu erfassen. Das ist in der Arbeiterbewegung nicht durchweg gelungen, mitunter auch in den Reihen der Kommunisten weit verfehlt worden. Der Begriff Faschismus geriet in eine Art inflationären Gebrauch. Gesprochen und geschrieben wurde vom Brüning-Faschismus, vom Papen-Faschismus und vordem schon vom Sozialfaschismus, eine diffamierende Kennzeichnung der Sozialdemokratie, so falsch, irreführend und die Fronten verkehrend wie – umgekehrt – die sozialdemokratische Bezeichnung von den „rotlackierten Nazis“, die den Kommunisten galt. In diesen Kombinationen wurde das Wort Faschist in den politischen Tageskämpfen zu einem Schimpfwort, zum Knüppel, geschwungen gegen Gegner und Rivalen. Dieser Gebrauch zeigte, dass sich das adäquate Bild von den Faschisten, die Hitler führte, in den Reihen der Gegner noch nicht klar abzeichnete und verfestigt hatte.

6.

Nachdem in Deutschland die Faschisten an die Staatsmacht gelangt waren, standen die Antifaschisten vor der Notwendigkeit, unter Einbeziehung der italienischen wie der deutschen Erfahrungen zu beschreiben, was das Spezifische dieser neuen Staatsform ausmachte und was deren Entstehung insbesondere, aber nicht allein für die Arbeiterbewegung bedeutete. Auch daran und an den sich daran knüpfenden Prognosen waren viele beteiligt. Unter diesen Analysen der Situation hat eine theoretisch wie praktisch eine besondere Rolle gespielt. Auf sie wird bis heute zustimmend, kritisch abwägend und ablehnend Bezug genommen. Das ist die in eine Definition geronnene Kennzeichnung des Faschismus, welche die Kommunistische Internationale in einem Beschluss vornahm, den ihr Exekutivkomitee, eines ihrer Führungsgremien, im Dezember 1933 fasste: „Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

7.

Die historische Bewertung dieser Definition wird häufig dadurch erschwert oder verdorben, dass die Tatsache übergangen wird, dass die Autoren dieser Definition ausdrücklich sagen, sie kennzeichnen den „Faschismus an der Macht“, d. h. in seiner Rolle als Staatsmacht. Die Aussage würde anders lauten, ginge es um die knappe Kennzeichnung des Faschismus als politische Bewegung vor der Macht oder als Ideologie. Manche Einwände ergeben sich daraus, dass – zweitens – von dieser Definition verlangt wird, was Aufgabe und Sinn von Definitionen nicht ist. Die zielen stets auf die Hervorhebung des Wesentlichen einer Erscheinung, die aus der Vielfalt der Erscheinungsformen gleichsam destilliert wird. Mithin bietet jede Definition, ist sie treffend, den Vorzug, das Wesentliche hervorzuheben, und ist doch zugleich ärmer als die Theorie, deren konzentrierten Ausdruck sie bildet, wie diese wieder ärmer ist als die Wirklichkeit. Vorwürfe, es fehle dieses oder jenes Detail in einer Definition, sind folglich abwegig.

8.

Staaten waren zu allen Zeiten Formen des Überbaus einer Gesellschaft, deren Bestand und Entwicklung sie mit ihren Mitteln zu sichern hatten. Übergänge von einer in eine andere Gesellschaft, revolutionär oder nicht, gehen notwendig mit Veränderungen von Staaten einher, die entweder diesem

Übergang folgen oder ihm auch vorausgehen können. Die Kennzeichnung eines Staates verlangt also zunächst und vor allem, dass dessen Beziehung zu der Gesellschaft hergestellt wird, deren Überbau er darstellt. Die Faschisten, namentlich die deutschen, traten mit dem Anspruch an, Revolutionäre zu sein. Sie gaben vor, wären sie am Staatsruder, eine Gesellschaft des nationalen und sozialen Friedens (die „Volksgemeinschaft“) auf dem Wege einer „nationalsozialistischen Revolution“ herzustellen. Demgegenüber, und das ist der erste Vorzug der Definition von 1933, wurde klargestellt, dass der faschistische Staat nicht Überwinder, sondern Bestandteil und Stütze der bürgerlichen Gesellschaft ist und diese Rolle in einem geschichtlichen Moment übernommen hat, da der Kapitalismus, der das imperialistische Stadium erreicht hatte, sich in einer Krise befand. Es ist die Bloßstellung dieses Zusammenhangs, die der Definition bis heute ihre Befeindung durch alle einträgt, die diese Einordnung des Faschismus an der Macht als mögliche und verwirklichte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft nicht wahrhaben wollen.

9.

Manche Theoretiker haben diese richtige Einstufung dadurch verballhornt, dass sie den faschistischen Staat gleichsam als die höchste und ideale Staatsform bürgerlicher Herrschaft ansahen, der bürgerliche Gesellschaften gesetzmäßig zustreben würden. Diese Auffassung hat dazu geführt, hinter allen möglichen Veränderungen bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse faschistische Tendenzen zu wittern oder zu diagnostizieren. In Wahrheit aber kann bürgerliche Herrschaft unter voneinander sehr verschiedenen staatspolitischen Verhältnissen stabil sein und bleiben, wie die Geschichte beweist – unter denen der konstitutionellen Monarchie wie denen der parlamentarischen oder präsidialen Republik, denen der Militärdiktatur und auch anderen autokratischen Systemen. Der faschistische Staat bildet mithin keinen Idealtypus. Er ist eine Herrschaftsalternative, die bürgerlichen zivilen und militärischen Eliten als brauchbar und geeignet erscheint, wenn sie – erstens – ihre Macht dadurch besser gesichert sehen als mit den bisher praktizierten herkömmlichen Mitteln und Methoden oder – zweitens – ihre Pläne für die Zukunft auf diese Weise zu verwirklichen hoffen. Beides war der „Fall“ des 30. Januar 1933.

10.

Die Installierung des Faschismus in die Staatsmacht ist für die herrschenden Kreise einer bürgerlichen Gesellschaft, Bankiers, Industrielle, große Landbesitzer, Militärs u. a., nicht ohne Risiko. Das ist ein doppeltes. Das momentane besteht darin, dass der Widerstand starker demokratischer und sozialistischer Kräfte gegen diesen Wandel statt der gewollten Machtstabilisierung deren Erschütterung bewirken kann. Und das chronische ergibt sich aus der Tatsache, dass die neue faschistische Staatselite, wenn sie verbraucht ist und versagt, weniger leicht verabschiedet werden kann, als das mit einer Politikergruppe in parlamentarischen Zuständen möglich ist. Die konzentrierte diktatorische Gewalt derer, die am Staatsruder stehen, kann dann gegen die Installateure und Profiteure dieser Macht schlagen. Die kommen in die Situation des Zauberlehrlings, der die Geister nicht mehr bannen kann, die er rief. Ein Teil der deutschen Herrschaftselite erfuhr das am 20. Juli 1944. Auch diese Erfahrung hat beigetragen, andere Herrschaftssicherungen zu bevorzugen als die faschistische, zumal sich dafür geeignete Instrumente haben finden lassen.

11.

Die Faschismusdefinition des Jahres 1933 hat Autoren, die namentlich nicht bekannt sind. Georgi Dimitroff, der sich Ende 1933 in Leipzig in der Gewalt der Faschisten befand, gehört nicht dazu. Er hat indessen durch seine Rede auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale zwei Jahre später, als die Definition in seinem Bericht zitiert wurde, zu deren Autorität und Verbreitung beigetragen. So ist die Bezeichnung Dimitroff-Definition (abwertend: Dimitroff-Formel) zustande gekommen. Wer sich in dieser Rede und anderen, die 1935 auf dem denkwürdigen Kongress gehalten wurden, namentlich in der von Palmiro Togliatti, informiert, erkennt leicht, dass die Reduzierung der marxistischen Beurteilung des Faschismus auf diese Definition im Mindestfall unzulässig ist oder eine absichtliche Verfälschung darstellt.

12.

Die Definition von 1933 ist, wie alle vergleichbaren, ein Kind ihrer Zeit. Ihr sind die deutschen Erfahrungen des zu Ende gehenden Jahres 1933 abzulesen. Die Charakterisierung des Faschismus an der Macht als offene terroristische Diktatur bezog sich sowohl auf das errichtete System der Konzentrationslager als auch auf die Rolle der Gerichte, die sich mit Todesurteilen und – das Reichsgericht mit dem Prozess gegen Dimitroff und Genossen – als Instrumente des Terrors erwiesen hatten. Opfer dieser Methode der öffentlichen Gewaltanwendung waren früh auch deutsche Juden geworden. Dass sich das Regime später zeitweilig gesittetere Formen der Anwendung der Staatsgewalt aufzuschminken suchte, hat nichts daran geändert, dass es nie auf die groben, durch kein Gesetz begrenzten Methoden der Niederhaltung von Gegnern verzichtet hat. Im Krieg hat dieser Terror Formen und ein Ausmaß angenommen, die alle geschichtlichen Vorbilder weit übertrafen.

13.

Die Definition des Jahres 1933 war zugleich dazu bestimmt, sich von anderen Faschismusdeutungen und -analysen abzugrenzen, namentlich von jener, die in dieser Staatsgewalt ein Instrument kleinbürgerlicher Kreise zu erkennen glaubte. Im Widerspruch dagegen wurde konstatiert, dass diese Macht im Interesse der am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kräfte des Finanzkapitals, also von Großbanken und industriellen Konzernen, wirke. Diese Feststellung drückte sich in der Zufriedenheit aus, welche diese wirtschaftsmächtigen Kreise mit der neuen Diktatur kundtaten, was sich in ihrem eigenen Beitrag zu deren Befestigung zeigte und auch personell in der direkten Beteiligung einschlägig geprägter Personen der Wirtschaftselite an der Staatslenkung. Diese Kreise haben von der Vernichtung der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung profitiert und dann von der Hochrüstung. Die Charakteristik des Faschismus an der Macht war mithin auch eine Warnung, die Expansion und die Gefahr eines Krieges signalisierte.

14.

Die materialistisch fundierte und sich an der marxistischen Theorie orientierende Analyse des Faschismus wird mitunter abwertend als „Agententheorie“ bezeichnet. Es wird behauptet, mit ihr würden die Faschistenführer als „bloße Agenten“ des Kapitals oder in der Rolle von Hampelmännern der Geschichte dargestellt, ein Bild, das jedem Kind geläufig ist und besagen soll, es werde das Verhältnis von ökonomisch Herrschenden und politisch Agierenden primitiv mechanisch dargestellt. Wie in der marxistischen Gesellschaftstheorie insgesamt dem Überbau eine aktive, relativ selbständige, auf die Basis zurückwirkende Rolle zuerkannt wird, so auch der faschistischen Staatsmacht. Die faschistischen Führer an der Staatsspitze tanzen nicht nach der Pfeife irgendwelcher Kapitalistenvereinigungen. Sie treffen am Staatsruder in Fragen der Innen- wie der Außenpolitik eigene Entscheidungen, doch bewegten sich diese unbezweifelbar im Wesentlichen, solange sie Erfolg hatten, im Bereich von Kapitalinteressen. Als sie militärisch geschlagen abtreten mussten, war in der deutschen Gesellschaft nach wie vor oben, was 1933 oben gewesen war. Die an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide hatten ihr Eigentum im Ganzen erhalten, und manche hatten es gemehrt, die kleinen Leute waren zu Millionen um dieses Eigentum gebracht.

15.

Jene Kritik an der Definition des Jahres 1933, die auf das „Fehlen“ der Rolle der Rassenideologie und auf die der Massengefolgschaft – das sind zwei Haupteinwände – verweist, ist unhistorisch und im Hinblick auf das Verdienst der Autoren ungerecht. Denn Ende 1933 war nicht abzusehen, dass die Massengefolgschaft, die das Regime im ersten Jahr der Diktatur gewonnen hatte, stabil bleiben werde. Es wurde geglaubt, dass innere, namentlich wirtschaftliche Krisen eine neue Situation schaffen und diese Herrschaft erschüttern würden. Und Ende 1933, als die antisemitische Aktivität der Machthaber zu einem zeitweiligen und irritierenden Stillstand gebracht wurde, um deren negative ökonomische Folgen zu begrenzen, war nicht entfernt zu erkennen, dass dieser Weg über Pogrome nach Auschwitz führen werde. Die Kritik, dass diese Kennzeichen in die Definition nicht eingingen, kann nur Spätere treffen, also namentlich die marxistischen Historiker, die nach Faschismus und

Krieg forschten. Doch trifft sie in der Sache nicht zu. Die marxistischen Analysen waren über den Wissensstand des Jahres 1935 hinausgelangt. Doch hatten die Fortsetzer keinen Grund gesehen, aufzugeben, was an Erkenntnissen sich als richtig erwiesen hatte. Dass die Definition unangetastet blieb, war weniger ihrer Dogmatisierung geschuldet als Bedenken, dass sie durch Zusätze überladen und darüber der Kern der Aussage unscharf werden würde. Darüber lässt sich streiten.

16.

Die faschistischen Regime, die in den zwanziger bis vierziger Jahren in Europa entstanden, gleichen nicht wie ein Ei dem anderen. Sie haben viele Gesichter und unterscheidbare Prägungen, weshalb zwischen ihnen auch sprachlich differenziert wird. Begriffe wie Hitler-, Nazi-, Mussolini-, Monarcho-, Klerikalfaschismus werden in der Literatur benutzt. Jeder dieser Faschismen, ob als politische Bewegung, Ideologie und Staatsmacht, besitzt seine Besonderheiten von Land zu Land. Die wurden zum einen durch die Wege voraufgegangener, Traditionen stiftender nationaler Geschichte geprägt, zum anderen durch die konkreten Bedingungen, unter denen die Faschisten an die Staatsmacht gelangten, davon vor allem, ob ihr Sieg über Feinde und Rivalen vollständig war oder ob sie ihren Erfolg nur gemeinsam mit nahen Verwandten errangen und die gewonnene Macht mit diesen bis zu einem gewissen Grad teilen mussten. Diese Wege an die Macht differierten sehr, so der, den die Nazis in Deutschland gingen, von dem der Franco-Faschisten in Spanien, die nur mit deutsch-italienischer militärischer Hilfe an das Staatsruder gelangen konnten, und dieser wieder von dem der Klerikal-Faschisten im Ustascha-Staat Kroatien, der nach der Zerschlagung Jugoslawiens von deutschen Gnaden geschaffen wurde. Das Kräfteverhältnis der herrschenden Kräfte in diesen Staaten – Bourgeoisie, Grundbesitzer, Militärs, Kirchenobrigkeit – war unterschiedlich und trug ebenso bei, dass die faschistischen Staatsgebilde ihr besonderes Gesicht erhielten. Das konnte zusätzlich durch Vorlieben und selbst durch Marotten der jeweiligen Führer mitbestimmt werden. Daher ist es abwegig, die „Dimitroff-Formel“ mit dem Verweis abtun zu wollen, sie „passe“ auf diese oder jene Ausformung des Faschismus nicht. Militant, chauvinistisch, expansiv, kriegerisch waren alle diese Regime. Wie im deutschen Nazistaat die Devise von Großdeutschland ausgegeben wurde, so die – und das schon vorher – vom Mittelmeer als dem mare italiano (mare nostrum) durch die Faschisten in Rom, die von Großungarn in Budapest, von Großrumänien in Bukarest. Nur waren die Voraussetzungen von der Bevölkerungszahl bis zum technisch-industriellen Niveau sehr verschieden, diese Ziele zu verfolgen und zu erreichen.

17.

Der deutsche Faschismus an der Macht war der Initiator einer Judenverfolgung, die über die Vertreibung von Hunderttausenden deutschen Juden aus ihrem Vaterland bis zur Vernichtung aller ergreifbaren Juden im deutsch beherrschten Europa reichte. Dieses gemeinhin „Holocaust“ genannte Verbrechen wird zum Kern der Politik der deutschen Faschisten erklärt, und da Faschisten anderer Länder an ihm beteiligt, aber nicht dessen Planer und Organisatoren waren, wird sodann der „Nationalsozialismus“ als eine ganz eigene politische Herrschaft bezeichnet und seine Charakterisierung als Faschismus geradezu als eine Verharmlosung gesehen. So furchtbar, unvorstellbar, einzigartig in aller bisherigen Weltgeschichte der Massenmord an den Juden war, den die deutschen Faschisten inszenierten und nahe an ihr Ziel führten – die Achse des Regimes und sein Endziel bildete nicht er, sondern die durch Kriege und Eroberung erstrebte weltbeherrschende Stellung des deutschen Imperialismus. Es blieb von 1933 bis Auschwitz dafür gesorgt, dass Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden sich diesem Hauptinteresse zuordnete und dessen Rahmen nie sprengte.

18.

Wie verschieden diese faschistischen Staaten sich auf den ersten Blick auch aus nahmen, ihre Gemeinsamkeiten überwogen: ihr diktatorischer Charakter und die Anwendung terroristischer Methoden gegen alle ihre wirklichen oder vermeintlichen Feinde, ihre Versuche, sich durch Terror, Demagogie und Erfolgsbestechung in der Bevölkerung eine stabile Basis zu schaffen, ihre antiaufklärerische Propaganda zum Zwecke der Verdummung und Beherrschung der Massen, ihre Verbreitung von Bildern von Feinden im Innern und jenseits der Grenzen zum Zweck der Militarisierung von Massen

und zur Weckung eines kriegerischen Expansionsdrangs. Zu den Gemeinsamkeiten der faschistischen Regime gehörte – last but not least – auch ihr absolut wahrheitswidriges Verhältnis zur Geschichte der eigenen Nation, die Verweigerung jeder – nach innen gerichteten kritischen – Geschichtsbetrachtung und die Heroisierung der Vergangenheit, als deren Ziel- und Höhe- und Schlusspunkt sich die Faschisten ansahen.

junge Welt, Montag, 17.05.2010, S. 10.

Heucheln und Lügen

Am 21. Mai 1935 hielt Adolf Hitler in der Berliner Kroll-Oper seine „Friedensrede“

Wenn von den Bindungskräften geschrieben wird, die Millionen Deutsche, die Mehrheit der Bewohner des Landes, für Hitler und das von ihm repräsentierte System einnahmen und ihm eine hohe Stabilität verliehen, dann wird – und dies zu Recht – auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die geweckten Hoffnungen auf ein auskömmliches Leben in einer „Volksgemeinschaft“ und andere Erwartungen verwiesen. Diese Hoffnungen, zeitweilig genährt, stellten sich spätestens im Kriege als illusionär heraus. Einem Faktor, wenn er in dieser Aufzählung nicht ganz fehlt, wird dagegen zumeist weniger Aufmerksamkeit geschenkt: der bis in den Sommer 1939 permanenten Versicherung aus Hitlers Mund, dass er und seine Regierung nichts weniger im Sinn hätten, als einen neuen Krieg. Aus dem Rückblick erscheinen die Friedensbeteuerungen des „Führers“ nicht nur vollständig verlogen, sondern auch gänzlich unglaubhaft. Kann ihnen wirklich eine die Massen mit dem Regime aussöhnende, ja für es einnehmende Kraft zugeschrieben werden? Die Schritte zur Aufrüstung aller Streitkräfte bildeten doch kein Geheimnis. Daran wirkten Millionen von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren mit. Rüstungsproduktion war ihr Alltag. Vielen hatte erst sie wieder einen Arbeitsplatz gegeben. Waren die allesamt blind, vertrauensselig, gutgläubig, jedenfalls unfähig, sich aus eigenen Wahrnehmungen einen Vers zu machen?

Die Fragen rühren an sehr grundsätzliche Probleme, zumal die Beobachtung, dass Millionen sich von den Herrschenden belügen lassen, nicht nur in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und nicht nur in Deutschland gemacht werden konnte. Viele und alte Sprachbilder bezeugen das, so die von den allergrößten Kälbern, die ihren Metzger selber wählen, oder von den Schafen, die sich zur Schlachtbank führen lassen. 1943 aus der Emigration in das Deutsche Reich blickend, dichtete Bert Brecht: „Der Metzger ruft ...“. Von Albert Einstein stammt die Feststellung: „Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde zu sein, muss man vor allem ein Schaf sein.“ Geben Millionen Deutsche auf dem Weg in den und dann im Zweiten Weltkrieg nicht eben dieses Bild einer Lämmerherde? Wie sind sie in diesen Daseinszustand gelangt, der sie unfähig machte, sich in ihrer Zeit und Gesellschaft zu eigenem Nutz und Frommen zu orientieren?

Nicht erst durch die faschistischen Demagogen, deren Opfer freilich und in unterschiedlichem Grad Millionen Frauen und Männer schon vor dem Januar 1933 geworden waren. Und nicht allein durch deren Tricks. Die Deutschen fanden sich in der bürgerlichen Gesellschaft der Weimarer Republik und vordem schon im Kaiserreich tagein und tagaus einer Fülle desorientierender Einflüsse ausgesetzt: in der Schule, durch die Kirchen, mittels der Presse, dann des Rundfunks und auch durch weitere Instrumente der politischen Reklame. Wie hoch war denn der Anteil derer, die trotz dieser Beeinflussung begriffen, woher Kriege kamen und wie sie „gemacht“ wurden? Millionen lebten in der Vorstellung von der völligen Kriegsunschuld Deutschlands und seiner ganz ungerechtfertigten Bestrafung durch die Siegermächte in Versailles. Dass des Kaisers Generalfeldmarschall, der Durchhaltestratege Paul von Hindenburg, sieben Jahre nach Kriegsende bei einer demokratisch organisierten Wahl mit 14,6 Millionen Stimmen siegte, bezeugt nicht nur seine politische Bevorzugung gegenüber anderen Kandidaten, sondern auch einen Geisteszustand. Deutschland hatte durch seine hellsten Geister zur Aufklärung herausragend beigetragen, aber es war 1933 kein Land der Aufgeklärten.

Davon hat niemand mehr denn die faschistische Reaktion profitiert und auf keinem Feld mehr als bei der Verwirrung der Ursprünge von Kriegen. Und dies von den ersten Monaten nach der Übernahme der Macht an. Das ist ein Satz aus Hitlers erster außenpolitischer Rede als Kanzler, die er am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag hielt: Die Regierung „weiß, dass jeder militärische Akt in Europa auch im Falle seines vollständigen Gelingens, gemessen an seinen Opfern, in keinem Verhältnis steht zum möglichen endgültigen Gewinn“. Also, nicht nur: Wir wollen keinen Krieg, sondern mehr noch: Es lohnt unter keinen Umständen, einen zu führen.

So ging es fort. Vorzugsweise in Momenten, da solche Kundgebung besonders dringend schienen. Einer davon kam im Frühjahr 1935. Soeben hatte die Reichsregierung die Allgemeine Wehrpflicht beschlossen und das nur unvollkommen zu hütende Geheimnis um die im Aufbau befindliche Luft-

waffe gelüftet. Im Innern war eine weit gefächerte Diskussion entstanden, was das bedeutete und für Folgen haben werde. In Regierungen Deutschland benachbarter Staaten wurde nach Reaktionen gefragt.

Am 21. Mai trat der ganz von „Nationalsozialisten“ und ihren deutschnationalen Verbündeten gebildete Reichstag zusammen, den spottende Regimegegner, weil die Rolle der Abgeordneten auf das Absingen der Nationalhymne sich beschränkte, Deutschlands größten Männergesangsverein nannten. Bevor Hitler zu reden begann, war eine verlogene Inszenierung schon abgelaufen: Die Versammlung gedachte des Tages zuvor verstorbenen polnischen Marschalls Józef Piłsudski, zu dessen Beisetzung in einer Krypta auf dem Wawel Hermann Göring nach Krakau gereist war. Jetzt lobte er den Verstorbenen als einen um Frieden und Verständigung verdienten Großen und sprach der „befreundeten polnischen Nation“ Anteilnahme aus.

Dann folgte der Auftritt des „Führers“. Er begründete den unabänderlichen Friedenswillen der „Nationalsozialisten“ zunächst fern aller politischen, wirtschaftlichen und anderen Konstellationen und Kalküle prinzipiell aus deren Weltanschauung. Die besagte angeblich, dass jeder Krieg zur Unterjochung eines fremden Volkes früher oder später „den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit in der Folge zum Besiegten macht“. Das ließ sich in „Mein Kampf“ freilich anders lesen. Sodann wolle er, der Führer, den Frieden, weil das deutsche Volk den Frieden wünscht und braucht. Das übertreffe in seiner Friedensliebe die anderer Völker „vielleicht“ noch, weil es „am meisten unter diesem unseligen (Welt)Krieg gelitten“ habe – eine These, die der üblichen nazistischen Glorifizierung des Krieges ebenso widersprach wie den Tatsachen. Und dann wieder ganz pragmatisch: „Deutschland hat bei keinem europäischen Krieg etwas zu gewinnen.“ Hatte jemand mehr Gründe, für den Frieden zu sein? Und dazu noch, nachdem zum Frieden rufende Bücher auf Scheiterhaufen verbrannt worden waren, die Behauptung, die „neue Verfassung“ – in Wahrheit besaß dieser Staat keine – gebe die Möglichkeit, „in Deutschland Kriegshetzern das Handwerk zu legen“. So verwegen konnte nur heucheln und lügen, wer wusste, dass sich in den Grenzen des eigenen Staates hinter jedem ihm laut Widerredenden das Tor eines Zuchthauses oder Konzentrationslagers schließen würde.

Lohnt es sich an Ereignisse wie dieses in der Kroll-Oper im Berliner Tiergarten, von dem uns jetzt 75 Jahre trennen, zu erinnern? Die Frage ließe sich uneingeschränkt verneinen, gehörte die Praxis der Friedensdemagogie hierzulande der Geschichte an oder, wo sie noch eingesetzt würde, stieße sie auf das kollektive Hohnlachen derer, an die sie adressiert ist. Soweit sind wir nicht. Daher sollte in allen Schulen im Kanon der Fächer Sozial- oder Gesellschaftskunde Platz für die Unterrichtung der Heranwachsenden über die Geschichte der Friedensheuchelei geschaffen werden. Indessen: Wenn das gelungen sein wird, dürfte sich auch die Friedensdemagogie selbst schon erledigt haben.

Quellentext. Adolf Hitler 1938: „… gezwungen, fast nur von Frieden zu reden“

Aus der Rede Hitlers vom 21. Mai 1935 vor dem faschistischen Reichstag: „[...] So groß auch die Besorgnisse sein mögen, ich halte es mit meinem Verantwortungsgefühl als Führer der Nation und als Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muss den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren. Ich glaube, dass die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird [...]. Deutschland hat nicht die Absicht, seine Rüstungen ins Uferlose zu steigern. Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen.“

Aus der geheimen Rede Hitlers vor Verlegern und führenden Redakteuren der deutschen Presse am 10. November 1938: „[...] Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung nötig war. Es ist selbstverständlich, dass eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahinführen, dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren.“

junge Welt, Sonnabend, 22.05.2010, S. 15.

Anleitung zur Vernichtung

Wolfgang Benz hat die Naziausstellung „Der ewige Jude“ von 1937 untersucht

Von Opern- bis zu Krankenhäusern, von Museen bis zu Bildungsstätten reicht die Kette der Auftraggeber, die in der Bundesrepublik seit Jahren ihre Geschichte untersuchen lassen und in mehr oder weniger aufwendig hergestellten Bänden veröffentlichen. Dazu gehört dann immer auch die „Bewältigung“ jenes Teiles ihrer Vergangenheit, die dem „dunkelsten Kapitel“ deutscher Geschichte anhängig ist. Die macht im Abstand von 65 und mehr Jahren weder inner- noch außerbetriebliche Schwierigkeiten. Die Beteiligten deckt der grüne Rasen, und die Generationen der Nachgeborenen sind an Überraschungen schon gewöhnt, auch die der übleren Sorten. Das Unternehmen ist insgesamt lobenswert, und zudem versorgt es manchen Historiker mit einem Thema für seine Dissertation oder mit einer befristeten bezahlten Beschäftigung.

Nun hat sich vor Jahren auch das hoch renommierte Deutsche Museum in München vorgenommen, seine Geschichte durcharbeiten zu lassen, und bei diesem Vorsatz kam der Blick auch auf eine dazu gehörende Seite, die nicht übergangen werden konnte. Die Ausstellung „Der ewige Jude“, die im Jahre 1937 in ihrem damals bis zum Rohbau gediehenen Bibliotheksgebäude stattfand. Eröffnet wurde sie am 8. November, nahezu genau ein Jahr nachdem in der „Hauptstadt der Bewegung“ die Propagandaschau „Der Bolschewismus“ gezeigt worden war, und wieder nahezu auf den Tag genau ein Jahr bevor in Deutschland und eben auch in der bayerischen Metropole die Synagogen in Flammen aufgingen. Wie es sich für ein Haus dieses Namens gehört, hat sie das Deutsche Museum Forschungsauftrag nicht an einen Anfänger übertragen, sondern ihn dem Mann offeriert, der in der Bundesrepublik als bester Kenner der Materie gilt. Wolfgang Benz hat sich dem Ansinnen nicht versperrt und, wie es nicht ihm allein schon vordem ergangen war, erst über der Arbeit ermessen können, worauf er sich da eingelassen hatte. Das gestand er kürzlich bei der Vorstellung des Buches, das die Ergebnisse seiner Forschungen darstellt und in der Dokumentreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung erschienen ist.

Ließ sich das Tamtam, mit dem die Urheber der Ausstellung deren Eröffnung inszenierten, noch anhand der Nazipresse und mittels der Tagebuchaufzeichnungen des Joseph Goebbels nachzeichnen, so begannen die Schwierigkeiten doch schon bei dem Versuch, das Gebotene, wofür 3500 Quadratmeter in Anspruch genommen wurden, zu rekonstruieren. Denn es gab keinen Katalog, und die Beschreibungen samt Bebilderungen in den Zeitungen waren lückenhaft. Es half der Bericht des US-amerikanischen Konsuls in München, der nach Washington einen peniblen Bericht dessen schickte, was er da hatte sehen müssen.

Verlogenheit und Hass

Als die Schau eröffnet wurde, warf die führende Nazizeitung die Frage auf, ob sie in einem Lande, in dem doch die „Judenfrage“ gelöst sei, überhaupt noch notwendig wäre und antwortete darauf, eigentlich nicht, doch solle dafür gesorgt werden, dass das Wissen der Volksgenossen gefestigt und Rückschläge ausgeschlossen würden. In Wahrheit jedoch diente diese an Verlogenheit und Hass nicht zu überbietende Ansammlung von Bildern, Texten, Statistiken u.a. dem von der Politik vorerst uneinbekannten Zweck, aber fest zur Naziprogrammatik gehörenden Ziel, dieses Reich unter dem Hakenkreuz „judenfrei“ zu machen, also auf der Stufe der Verfolgungen, die 1935 mit den Nürnberger Gesetzen erreicht war, nicht stehen zu bleiben.

Was in den Ausstellungsräumen von den Juden behauptet wurde, konnte der Rechtfertigung buchstäblich jedes Schrittes ihrer Verfolgung bis hin zu ihrer Vernichtung dienen. Was da gezeigt wurde, war in seiner Summe eine Form der moralischen Hinrichtung des Judentums, Jahre bevor begann, was gemeinhin als „Holocaust“ bezeichnet wird. Demnach waren die Juden Ausbeuter, Spekulanten, Diebe, Mädchen- und Rauschgifthändler, die vorzugsweise in Banden agierten, Produzenten von Falschgeld. Sie waren betrügerisch, hinterhältig, zynisch, ohne alle Skrupel, teuflisch in ihrer Gesinnung und teuflisch handelnd. Sie waren eine Krankheit, eine Pest. Sie hatten den Bolschewismus

entfesselt, und der wiederum war ihre Waffe. Mehr Tier als Mensch. Vergleichbares an Gemeinheit der Darstellung von Menschen war bis dahin nicht auffindbar.

Man musste die Ausstellung nicht gesehen haben, denn im Grunde genügte schon ein flüchtiger Blick auf das Plakat, das für sie warb, das jeden Deutschen von einigem Anstand und ebensolchem Verstand hätte hindern müssen, einen der 20 Säle zu betreten. Ein Jude, abstoßend von Haltung und Gestalt und in der von vielen Ostjuden bevorzugten Kleidung, hält in einer seiner übergroßen Hände Geldmünzen, auf die sein Blick mit Befriedigung und Wohlgefallen gerichtete ist, in der anderen eine Peitsche und unter seinem Arm eine Landkarte, auf der Hammer und Sichel rot hervorstechen, Zeichen für die angebliche Absicht des „Weltjudentums“, sich Land für Land und deren Menschen zu unterwerfen. Der Zweck dieser Darstellung wie der gesamten Ausstellung war klar: Sie sollte Ekel, Abscheu, Furcht und Grauen erregen und den antisemitischen Rassisten an der Macht, wenn nicht Billigung, so doch zumindest die schweigende Hinnahme ihrer künftigen Schritte der Verfolgung und Vertreibung sichern.

Goebbels’ Hetzfilm

Benz’ Abhandlung führt über den ursprünglichen Auftrag weit hinaus. Sie behandelt das Begleitprogramm, bestritten vom Bayerischen Staatstheater und der Universität Münchens, verfolgt ihren Weg von München nach Berlin, Dresden, Magdeburg und Bremen und – darin dürfte eines der wesentlichen Forschungsresultate bestehen – sie führt den Nachweis, welche Vorleistung diese vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda initiierte und gestaltete Ausstellung für jenen Film darstellte, der 1940 unter dem gleichen Titel und der gleichen Regie hergestellt wurde. Das geschah nun schon nach den Eroberungen im Osten und Westen, mit denen der Export der Ideologie und der Praxis des Antisemitismus der Hitler, Rosenberg, Goebbels, Streicher u. a. einherging. 1941 wurde in Paris nach dem Vorbild der Münchener Ausstellung von 1937 und unter Mitwirkung von Kollaborateuren eine ebensolche Ausstellung gezeigt und der Film von 1940 erhielt Fassungen, die in den unterworfenen Ländern in Kinos gelangten. Der von Goebbels persönlich konzipierte und von Fritz Hippler realisierte Hetzfilm „Der ewige Jude“ wird am 8. Juli in der Berliner Topographie des Terrors gezeigt, wo ab heute verschiedene Machwerke der Nazis in der Reihe „NS-Propaganda in Dokumentar- und Spielfilmen“ laufen.

Wie in ähnlichen Fällen auch wird der Boden geschichtswissenschaftlicher Analyse und Kommentierung unsicherer, wenn es um die Wirkung der Propaganda geht. Einen Anhaltspunkt für die Münchner Ausstellung von 1937 bietet die Zahl der Besucher, die freilich nur die Nazis selbst ermittelt haben. Unbestreitbar ist ein Zustrom vor allem in München und Wien, der, auch wenn er wie im Falle von Schülergruppen, dirigiert war, nichtsdestoweniger zu den bedrückenden Tatsachen des Massenverhaltens im Nazireich gehört. Nirgendwo hat es einen Anschlag auf diese Horrorschau gegeben oder eine illegale Flugblattkampagne. Stimmen des Widerspruchs und der Empörung erhoben sich im Ausland. Doch, so Benz bei der Buchvorstellung am 18. Mai im eben neu eröffneten Gebäude der Topographie des Terrors, die haben anders als 1933 die Machthaber in Deutschland schon nicht mehr interessiert.

Wolfgang Benz: „Der ewige Jude“ – Metaphern und Methoden nationalsozialistischer Propaganda. Metropol Verlag, Berlin 2010, 176 S., 19,00 Euro. Erscheint in der Reihe „Dokumente – Texte – Materialien“. Veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 75.

junge Welt, Donnerstag, 27.05.2010, S. 15.

Schwäbischer Opferbrei

In Backnang, einer württembergischen Stadt von etwa 35.000 Einwohnern nahe Stuttgart, wird derzeit ein Trauerspiel aufgeführt. Sein Titel zitiert eine ebenso häufig wie gedankenlos aufgesagte Redewendung, die lautet „Im Tode sind alle gleich“. Auf und hinter der Bühne agieren keine Berufsschauspieler, doch Personen, denen mit der Bezeichnung Laiendarsteller auch nicht recht getan wäre. Die Hauptpersonen des Stückes, die seit dem ersten Akt die Bühne beherrschen, geben der Vorsitzende des Fördervereins Friedhofskapelle, der gleichzeitig ein Aktivist des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge ist, und der Stadtarchivar. In späteren Akten werden der Oberbürgermeister und die Gemeinderäte zu sehen und zu hören sein. Zurückhaltend berät der Direktor des Stuttgarter Hauses der Geschichte die Regie.

Die Handlung ist rasch erzählt: Auf einem Friedhof der Stadt gibt es eine 125 Jahre alte Kapelle, die seit langem zweckentfremdet als Geräteschuppen genutzt wird. Die soll eine neue und ihr angemessene Bestimmung erhalten und in ihrem Inneren eine Gedenkstätte aufnehmen, die an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft während des Naziregimes erinnert. An ihre Eröffnung ist im Jahre 2011 gedacht, die geplanten Kosten werden eine halbe Million Euro betragen, von denen die Stadt den größten Teil aufbringen soll. Das allein gäbe selbst in Zeiten knapper Kassen kein Drama, wäre da nicht ein Streit aufgekommen, wer den Opfern rechtens zuzuzählen sei. Das Thema ist in der Bundesrepublik nicht neu; wer sich seiner Geschichte erinnert, denkt an die Gestaltung der Neuen Wache in Berlin. Dort schon war der Tod als Allesgleichmacher bemüht worden.

In Backnang sind beim Sammeln der Namen von Personen, die mit Sterbedatum und -ort auf Tafeln an den Wänden der Kapelle vermerkt werden sollen, im Stadtarchiv mehr als 700 zusammengekommen, vor allem Bürger, die an den Kriegsfronten umkamen, andere, deren Leben im Luftkrieg endete, Zwangsarbeiter, KZ-Insassen. Nun ist in diese lange Liste auch ein Mann geraten, der 1941 in den ersten Wochen des Überfalls auf die Sowjetunion „gefallen“ ist. Der war zuvor Kreisleiter der NSDAP, ein alter Kämpfer der Nazipartei, der zu ihren Backnanger Gründungsvätern gehörte und selbstverständlich auch Mitglied der SS war. Der soll da nicht vergessen werden, meinen die beiden Aktivisten, die erklärten, sie würden sich nicht „zu Richtern über persönliche Schuld aufschwingen“. Das ist, sagen wir, ein bisschen geheuchelt, denn die Herren urteilen doch und eigenartig. Ja doch, der Mann sei Nationalsozialist, und zwar ein überzeugter gewesen, ein Zusatz, der offenbar als mildernder Umstand gelesen werden soll. Zu den Scharfmachern habe er keinesfalls gezählt. Wo eine Tatsache der Stadtgeschichte dem womöglich widerspricht, ist das Unheil jeweils „von oben“, also von den Führern in Stuttgart gekommen. Vor allem: Kein Anhaltspunkt spreche dafür, dass der Mann Kriegsverbrechen begangen habe. Das wäre gleichsam die Marke gewesen, die zu seiner Streichung von der Opferliste hätte führen müssen. Überzeugt dies den Oberbürgermeister, der sich zur Parteinahme bisher nicht hat entschließen können, und den Gemeinderat, der ebenfalls bislang nur zusieht, dann wird des Bonzen Gedenktäfelchen nicht weit entfernt von einem anderen angebracht werden, das an Dora Caspari erinnert, die zu den ersten nach Riga deportierten Juden gehörte und dort, wie die *Stuttgarter Zeitung* fein bemerkt, „den Tod fand“.

Hier ließe sich unser Bericht aus dem Schwabenlande schließen, hätte die Zeitung nicht den Direktor des Stuttgarter Hauses der Geschichte besucht und befragt, ob man am „selben Ort einer ermordeten Jüdin und eines überzeugten Nazis gedenken“ könne, und zur Antwort erhielt: „Man kann schon.“ Doch bedürfe das einer sensiblen Darstellungsweise. Die wurde im Weiteren so erklärt: „Man könnte zeigen, dass die Geschichte gleichzeitig und gemeinsam erlebt wurde – von Juden und Christen, Nazis und Kommunisten, Kranken und Gesunden.“ Auch der Experte ist der Meinung, dass der Kreisleiter, wäre er „darüber hinaus auch noch ein Kriegsverbrecher gewesen“, dann, ja dann neben Ermordeten nichts zu suchen haben würde. Wie er sich das Kunststück der Differenzierung in solchem Raum denke, wurde er schließlich ausgeforscht und bekannte: „Dazu fällt mir spontan nichts ein ...“

Ossietzky, 11/2010, 29. Mai 2010, S. 400-401.

Jedem seine Geschichte

Kann man sich hierzulande am 9. Mai ein Historiker-Podium vorstellen, das die Frage diskutiert, warum das Nazi-Regime zeitweilig eine hohe Popularität gewinnen konnte, ohne dass im Verlauf der Veranstaltung irgendein Bezug zum Jahrestag der Befreiung hergestellt wird, ja dieses historische Ereignis nicht einmal Erwähnung findet? Nicht in der Begrüßung des Publikums, nicht durch den Moderator, einem Redakteur der Welt, nicht durch einen der Debattenteilnehmer? Schwer. Die Zuhörer im großen Saal des eben neu eröffneten Gebäudes der „Topographie des Terrors“ im Zentrum Berlins haben das erlebt, als sie dem Für und Wider von vier in der Materie bestens ausgewiesenen Experten – amtierenden oder emeritierten Professoren der Geschichte – zuhörten.

Kann man sich hierzulande Zeitungsredaktionen vorstellen, die an eben diesem 9. Mai 2010 das denkwürdige Ereignis, wenn sie überhaupt darauf kamen, mehr oder weniger weit auf die inneren Seiten der Ausgabe verwiesen und anderen Themen den Vorzug gaben? Das schon eher. Die Süddeutsche machte am 8./9 Mai mit der Erinnerung daran auf, dass vor exakt 50 Jahren die Anti-Baby-Pille auf den Markt kam, und vermerkte, uns sei dadurch eine „neue Freiheit“ gebracht worden. *Der Tagesspiegel* entschied sich für „Die Magie der Bälle ... alle Fußballmeisterschaften 1939-2010“ als Aufmacher und erörterte im Leitartikel das „Jubiläum einer Pille“. Für beide gilt immerhin, dass ein bisschen Geschichte schon sein muss. Die *Berliner Zeitung* dagegen lenkte mit Wort und Bild den Blick auf das Thema „Der Sieger“. Zu sehen ist David Cameron, der derzeitige britische Tory-Chef, dessen Partei eben die Parlamentswahl gewonnen hat. Wie vielfältig ist doch die Presse.

Ossietzky, 11/2010, 29. Mai 2010, S. 420.

Verlogen heißt jetzt bizarr

Von Clausewitz oder Die Zukunft der NATO ist ungewiss: Ein sachsen-anhaltinischer Gedächtnisabend in Berlin

Keine Generation in Deutschland, in der sein Name und sein Hauptwerk, zumindest dessen Titel „Vom Kriege“, nicht zum Bildungsgut der „besseren Stände“ gehört hätte. Nur in wenigen Jahren nach 1945, in denen die Deutschen vom Kriege vollends genug hatten, traten Mann und Werk aus der Öffentlichkeit zurück. Aber schon in den 50ern war Carl von Clausewitz wieder unter uns. In Deutschland-West und -Ost erschienen Neuausgaben (freilich anders kommentiert als jene, die kurz zuvor etwa der Nazi-Studentenbund herausgegeben hatte). In beiden deutschen Staaten waren Tagungen auf die neuerliche Verwertbarkeit des Militärtheoretikers aus. Die Armeen dieser Staaten standen einander im Kalten Krieg gegenüber. In beiden gab es Verstand genug, dass daraus kein heißer wurde.

Nun führt Deutschland-einig-Vaterland wieder Krieg, auch unter Berufung auf den preußischen Generalstäbler, Heeresreformer, der sogar schon Militärphilosoph genannt wurde. Von Clausewitz war Offizier in den Armeen des preußischen Königs und denen des russischen Zaren – ein Umstand, der nach 1990 nicht mehr so arg verstört. Vor allem aber war er ein zum Selberdenken fähiger Kopf. Sein Wissen über Strategie und Taktik in Feldzügen, Schlachten und Gefechten schöpfte er weniger aus der Literatur, mehr aus eigenen Erfahrungen, die er in vier Kriegen machte: dem Koalitionskrieg der Feudalmächte gegen das revolutionäre Frankreich 1793, an dem er als dreizehnjähriger Kindersoldat teilnahm, dem Preußens 1806/07 gegen Napoleon, an dessen Ende er sich für etwa ein Jahr in Gefangenschaft befand, und den antinapoleonischen Kriegen von 1812/13 und 1815. Nach Waterloo war von Clausewitz Soldat in Friedenszeiten. 1831 übernahm er die Befehlsgewalt über Preußens Truppen in Polen. Im Herbst raffte ihn die Cholera dahin.

Am Dienstag widmete die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin ihm eine Veranstaltung, die sie mit der Deutsch-Atlantischen und der Clausewitz-Gesellschaft organisiert hatte. Es gab einen Anlass: Clausewitz wurde am 1. Juni vor 230 Jahren in der Kleinstadt Burg, seit 1713 Garnisonsstadt, geboren, und fand hier 1971 seine zweite Ruhestätte – was nach seinem Tode der Breslauer Erde übergeben worden war, wurde aus dem nun polnischen -Wroclaw in das nicht mehr preußische Burg überführt.

Der bunte Abend in der sachsen-anhaltinischen Vertretung begann mit drei Begrüßungen. Erst spät sei Clausewitz’ über das Militärische herausreichende Bedeutung für die Politikwissenschaft entdeckt worden, hieß es da – unwidersprochen. Das Publikum hatte so wenig Marx, Engels oder Lenin gelesen wie der Redner. Niemand ahnte, dass sich die drei für den Militärtheoretiker auch unter dem Gesichtspunkt interessiert hatten, was sich für den Krieg der Klassen aus dessen Erkenntnissen über Strategie und Taktik, Angriff und Verteidigung gewinnen ließ.

Als nächstes informierte ein einstiger Burger Bürgermeister darüber, dass das einschlägige Kirchenbuch letzte Zweifel über das Geburtsdatum des Generals beseitige. Dieser befände sich nebst Uniform und Säbel auch wirklich in dem 1971 herbeigeschafften Sarg – die Legende vom leer gelieferten Behältnis entbehre jeder Grundlage, beruhigte er die Anwesenden. Zu beunruhigen vermochte der folgende Vortrag eines Bundeswehrmajors. Der Mann war von der Klarheit, in der Clausewitz sich auszudrücken verstand, gänzlich unangesteckt. Was er sagte, verdiente Bezeichnungen wie „geleertes Geschwätz“ oder „höheres Blech“. Von diesem „Impulsreferat“ ging Anregung nicht aus.

Im Hauptteil wurde von Clausewitz dann nicht mehr bemüht. Auf die Frage eines Generals a. D. hin diskutierten zwei Nichtmilitärs die gegenwärtige Debatte über die NATO-Strategie. Was vorherrschte, waren Sorgen über die unwägbaren Folgen der Etatkürzungen bei den Armeen der überschuldeten Mitgliedsstaaten: Würden sich deren Territorien, Bewohner und vitalen Interessen gegen die (nicht konkretisierten) Bedrohungen noch sichern lassen? Zweifel waberten vom Podium in den Saal. Die Zukunft, hieß es, sei ungewiss.

Etwas Bewegung kam in die Debatte, als undreist gefragt wurde, ob die Diskussion über die Zukunft der NATO – sagen wir einschränkend: ihr öffentlicher Teil – denn auch „ehrlich geführt“ werde. Das

ließe sich, meinte ein Experte der Adenauer-Stiftung, vollends nicht behaupten. Jedenfalls solange nicht, wie der Krieg in Afghanistan als Sonder- oder Einzelfall dargestellt würde. So, wie die Welt beschaffen sei, werde es auch künftig Interventionskriege dieses Typs geben. Da war dieser Christ sicher. Der Ehrlichkeit wegen müsse das auch gesagt werden. Mancher mag sich hinzugedacht haben: nicht gerade aus dem Munde eines Staatsoberhauptes und nicht überall und vielleicht auch nicht zu Zeiten von Wahlkämpfen.

Da die Rede einmal auf das offene Visier gekommen war, ließ sich der „Fall“ des Horst Köhler nicht vollends ausblenden. Angeblich unstaatsmännisch hatte dieser Präsident über den Zusammenhang von Politik und Krieg geplaudert, mehr noch über die „Wirtschaft“ im Hintergrund der Politik. Die Kritik daran wurde auf dem Podium „bizarr“ genannt – unter Vermeidung des Wortes verlogen. Noch „bizarrer“, mithin verlogener, sei gewesen, dass man den Attackierten da so allein habe herumstehen lassen.

Der Abend hätte lebendig werden können, wäre etwa der folgende Satz von Clausewitz zitiert worden: „Also noch einmal: der Krieg ist ein Instrument der Politik; er muss notwendig ihren Charakter tragen, er muss mit ihrem Maße messen; die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Gesetzen zu denken.“ Es hätten gar die Bewegungsgesetze dieser Republik zur Sprache kommen können.

Doch gemach: Der Mann wird den Deutschen bleiben. Nicht nur sein Name, der in Berlin und Kiel, Bremen und Hannover, Erfurt und Chemnitz auf Straßenschildern steht, in Burg eine Schule und dazu natürlich Kasernen in Hamburg und Nienburg bezeichnet. Generationen werden sich weiterhin zu entscheiden haben, wie sie mit den Ansichten des Generals umgehen, aus welchen Antrieben und mit welchem Interesse. Aus dem der Hindukusch-Krieger oder aus dem entgegengesetzten jener, die lesen, was Clausewitz über Krieg und Frieden schrieb und deren Gedanken sich dabei auf Ursprung und Gefährdung des Friedens richten. Und dann sind da auch noch jene, deren Interesse auf Clausewitz’ Gedanken über den Guerillakrieg gerichtet ist, für deren Formulierung ihm der Kampf der Spanier gegen Napoleon in den Jahren 1808 bis 1814 Anschauungsstoff geliefert hatte.

junge Welt, Donnerstag, 10.06.2010, S. 12.

Versailles gekippt

Wider die kollektive Sicherheit.
Vor 75 Jahren schlossen Deutschland und Großbritannien ein Flottenabkommen

In den Erinnerungsschlachten, die in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen werden, gibt es Daten, die unabhängig von ihrem historischen Gewicht unterschiedliche Aufmerksamkeit finden. Die Vorliebe hat Gründe, wie sogleich deutlich wird, wenn der Umgang mit zwei Geschehnissen verglichen wird, die zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehören: dem Vertrag, den die Sowjetunion am 23. August 1939 mit Nazideutschland schloss, und jenem, den Großbritannien vier Jahre zuvor mit dem gleichen Staat einging. Der erste erscheint als politisch-diplomatische Kriegstat, der letzte als nicht mehr denn eine Art Fehltritt. In Wirklichkeit war das deutsch-britische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 die erste Vereinbarung, mit der eine europäische Großmacht den Weg der Verständigung mit dem Deutschen Reich Hitlers beschritt. Sie tat das ohne Not und Zeitdruck, bestrebt, durch Zugeständnisse einen Widerspruch imperialistischer Interessen zu beherrschen, der sich zu einem Knoten zu schürzen drohte.

Im Weltkrieg hatte es die Seegroßmacht England mit der Marine des deutschen Kaiserreiches zu tun bekommen, die mehr war als nur ein Lieblingskind Seiner Majestät Wilhelms II. Sie wurde geschaffen, keine Aufwendungen scheuend, als Instrument von Weltpolitik, bestimmt zum Kampf gegen jenen Konkurrenten, der sich selbst besang: „Britannia rule the waves“. Die Kriegsflotten beider Staaten lieferten sich Menschen und Material vernichtende Schlachten und Gefechte, in deren Verlauf Tausende Seeleute auf den Weltmeeren elende Tode starben. Die verlustreichste war die im Skagerrak ausgetragene, um die deutsche Kriegshistoriker und Memoirenschreiber eine Gloriole wanden, Geschichten von Helden und Heldentod. Wer eine Vorstellung gewinnen wollte, was wirklich geschehen war, konnte Theodor Pliviers „Des Kaisers Kulis“ lesen. Der 1930 erschienene Roman war in Deutschland verbrannt und verboten, sein Autor außer Landes getrieben, als sich Unterhändler Großbritanniens und des Reiches einen Vertrag fixierten, der – das war sein Kern – die künftigen relativen Flottenstärken festlegte.

Wieder kriegsfähig

1935 befand sich die deutsche Flotte im Wesentlichen, ungeachtet von Modernisierungen, auf dem Stand jener „Bestimmungen über die Seemacht“, die anderthalb Jahrzehnte zuvor im Versailler Vertrag vereinbart worden waren. Die deutsche Kriegsflotte wurde auf sechs Schlachtschiffe, sechs kleine Kreuzer, zwölf Zerstörer, zwölf Torpedoboote begrenzt. Was sie darüber hinaus bei Kriegsende noch besaß, hatte sie den Alliierten auszuliefern oder abzuwracken. Zudem wurde ein Limit für Munition und anderes Kriegsgerät gesetzt. Ganz verboten waren „Unterwasserfahrzeuge“. Der Personalbestand dieser Flotte durfte 15.000 Mann betragen. Unter weiteren einschränkenden Auflagen war Deutschland gestattet, Ersatzbauten für völlig veraltete Schiffe auszuführen. Die Bestimmungen veränderten nicht nur die Lebenswege der zu demobilisierenden Offiziere und langdienenden Angehörigen des Mannschaftsbestandes. Sie griffen auch entscheidend in die Produktion der Großwerften sowie in die Geschäfte der Zulieferer ein. Letztere fanden alsbald Wege, die ihnen diktierten Einschränkungen zu umgehen. War auch die eigene Flotte als Auftraggeber marginal geworden, ließ sich doch der Zugang zum fortdauernden internationalen Waffengeschäft eröffnen und damit ein Antrieb gewinnen, die Erfahrungen des Krieges profitbringend auszuwerten. Der Jenaer Zeiss-Konzern beispielsweise, Ausstatter der kaiserlichen Flotte mit optischem Kriegsgerät, bediente sich dazu wie auch andere deutsche Firmen eines Tarnunternehmens in den Niederlanden. Er errichtete nahe der deutsch-niederländischen Grenze in Venlo ein Werk, das sich mit der Endfertigung optischen Geräts und dessen Verkauf auf internationalen Märkten befasste. Forschung und Entwicklung befanden sich mithin auf einem hohen Niveau, als 1933 mit der Aufrichtung der Nazidiktatur jene Politik einsetzte, mit der die „Ketten von Versailles“ zerbrochen und Deutschland wieder kriegs- und angriffsfähig gemacht werden sollte – zu Lande, in der Luft und eben zur See.

Niemand musste sich durch diese Politik mehr bedroht sehen als das Inselreich Großbritannien, auf dessen Bedürfnisse nach Sicherheit und Vorherrschaft die 1919 getroffenen Bestimmungen doch vor

allem zurückgingen. Das war die Alternative, vor der die britische Politik und die des mit ihr verbündeten Frankreich stand: Entweder, sie beantworteten die Hochrüstung des Reichs mit einem wirtschaftlichen Boykott, der mindestens zu ihrer Verlangsamung geführt hätte, oder sie ließen Deutschland gewähren und richteten sich auf den Zeitpunkt ein, da sie es mit dessen neuer Streitmacht zu tun bekämen. Die britische Politik wählte, auch im Wissen eigenen Rüstungsvorsprungs, einen dritten Weg, den von Zugeständnissen, wobei sie den offenen Bruch des Vertrages von 1919 kaum kaschieren konnte. Das Friedensdiktat, das den juristischen Schlussstrich unter den Weltkrieg gezogen hatte, war das Werk vieler Staaten und die eigenmächtige Aufhebung seiner Bestimmungen durch eine unterzeichnende Macht unter keinen Bedingungen vorgesehen.

War das für sich genommen schon ein bedenklicher Akt in einem Moment, da Friedensvorkehrungen gegen einen neuen Griff Deutschlands nach der Weltmacht nötig waren, so umso mehr wenige Monate, nachdem die deutsche Regierung mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht die Kernbestimmung des Vertrages von Versailles in den Papierkorb der Weltgeschichte befördert hatte. In diesem Augenblick Deutschlands Handlungsraum auf dem Feld der Seerüstungen zu erweitern, musste dessen Machthabern wie eine Belohnung ihres abenteuerlichen Vorgehens erscheinen und ihnen eine zusätzliche Ermutigung für dessen Fortsetzung liefern. Und so nahm namentlich Hitler auch derlei Gaben auf. Sie überzeugten ihn davon, dass sein Gegenüber sich als kleines Politikergeschlecht abtun ließ. Verglichen mit ihm kam er sich wie eine Großgestalt der Geschichte vor. Viele seiner Anhänger bewunderten ihn, den die Propaganda in eine willkürliche Traditionslinie stellte, die zu Bismarck und von da zu Friedrich II. zurückführte.

Mehr als ein Zugeständnis

Zustande gekommen war der Flottenvertrag auf eine Weise, die wenig öffentliches Aufsehen erregte. Es gab keine ins öffentliche Rampenlicht gerückte Unterzeichnung in einem Regierungsgebäude, stattdessen am Ende von Besprechungen einen Notenaustausch, mit dem sich auch eine Parlamentsabstimmung umgehen ließ. Das Ergebnis enthielt ein Schreiben des britischen Außenministers Samuel Hoare an den deutscherseits die Verhandlungen führenden Joachim von Ribbentrop, der etwas mehr als ein Jahrzehnt später in Nürnberg auch von einem britischen Richter zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet wurde. Wie der Versailler Vertrag begann auch dieses Abkommen mit einer unverbindlichen Floskel. Es würde abgeschlossen, „um den Boden für eine allgemeine Konferenz zur Begrenzung der Seerüstungen vorzubereiten“. Nahezu jeder weitere Absatz des Textes, wiederholte diese „Absicht“. Worin bestand dessen Substanz? Es wurde die Gesamtflottenstärke beider Mächte auf 100 zu 35 zugunsten Großbritanniens festgesetzt, was nur auf den ersten Blick als Beschränkung der deutschen Seite gelesen werden konnte. Der zweite, gerichtet auf die deutsche Werftkapazität, besagte, dass auf Jahre hinaus ein weiter, nicht auszuschreitender Rahmen für den Kriegsschiffbau geschaffen war. Und: Es wurde dem Reich das Recht zugestanden, eine Unterseebootflotte zu besitzen, die derjenigen des britischen Commonwealth gleichkam. Was die deutschen Machthaber über das Abkommen dachten, das, wenn nötig, auf dem Wege „freundschaftlicher Erörterungen“ korrigiert werden sollte, machten sie am 28. April 1939 deutlich. Sie annullierten es als Antwort auf die partielle Korrektur der Politik des Appeasements.

Der deutsch-britische Flottenvertrag war mehr als ein Zugeständnis an Deutschlands Aufrüstung zur See. Er war die entgegen Warnungen im eigenen Lande ausgesprochene, unmissverständliche Absage der Führer Großbritanniens an eine Politik kollektiver Sicherheit in Europa. Weitere folgten ihr bis zu jenem Höhepunkt in München 1938. Es war das jene Politik, welche die Sowjetunion vor die Frage stellte, wie sie auf eine Situation reagieren müsste, die sie, dabei scheiternd, abzuwenden gesucht hatte. Ihre Antwort war der Vertrag vom 23. August 1939, von dem laut wieder die Rede sein wird, unabhängig von allen Jahrestagen …

PS: Übrigens blieb die Politik der Zugeständnisse an Nazideutschland für jene konservativen Politiker, die mit dem Flottenabkommen dafür den Eröffnungszug gemacht hatten, ganz folgenlos. John Simon (1873-1954), der die britische Außenpolitik bis zum 7. Juni 1935 geleitet hatte und unter dessen Verantwortung das Abkommen vorbereitet worden war, ebenso wie Samuel Hoare (1880-1959)

wurden in den Rang von Peers erhoben, also geadelt, schmückten sich mit dem Titel eines „Viscount“ und verblieben in Kabinetten und in der Diplomatie.

junge Welt, Sonnabend, 19.06.2010, S. 15.

Mehr als Brot und Spiele in Braun

Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg

Zu den Bildern aus den Zeiten faschistischer Herrschaft in Deutschland, die wieder und wieder publiziert werden, gehören die von den Reichsparteitagen der NSDAP, die in Nürnberg stattfanden. Sie finden sich in Zeitungen und Zeitschriften, Bildbänden und Schulbüchern und werden beständig in Fernsehdokumentationen gezeigt. Befremdet und kopfschüttelnd blicken die Nachgeborenen auf die marschierenden oder zu Appellen angetretenen Zehntausenden. Das alles scheint so fern wie die Kohorten römischer Legionen, die beständig in Spielfilmen über Leinwände oder Bildschirme dahintrotten. Nicht ganz freilich.

Aus der Reihe der NSDAP-Parteitage, die die an die Macht gelangten Faschisten in den Jahren von 1933 bis 1938 veranstalteten, der 1939 fand wegen des eröffneten Krieges nicht statt und der für 1940 schon vorbereitete fiel wegen des unerreichten Endsieges aus, ragt der des Jahres 1935 heraus. Mit ihm verbindet sich vor allem der vom faschistischen Reichstag gefasste Beschluss über die antijüdischen (Nürnberger) Gesetze. Doch ist das der Blick, der gleichsam von Auschwitz rückwärtsgerichtet ist. Wir wissen, was folgte. Die Zeitgenossen sahen das anders und viele Nazis waren enttäuscht, dass sich ihre an diese Beschlüsse geknüpfte Erwartung, nun werde der Generalangriff auf die wirtschaftlichen Positionen erfolgen, welche Juden trotz aller Benachteiligungen noch behaupten konnten, sogleich nicht erfüllte (sie hatten noch etwa drei Jahre zu warten). Dieser Parteitag war die bis dahin stärkste Machtdemonstration des Regimes.

1933 war die Frage, ob und vor allem in welchem Grad und Tempo sich diese Herrschaft würde stabilisieren können, noch nicht entschieden. 1934 versammelten sich die Faschisten nach den Morden an den SA-Führern um Ernst Röhm zu einem Teil doch noch irritiert. 1935 aber hatte die Diktatur an Stabilität gewonnen und wies Erfolge vor. Die Arbeitslosigkeit war erheblich gesenkt und die Perspektive auf ihre völlige Beseitigung glaubhaft gemacht. Das 1920 abgetrennte Saargebiet hatte sich „Heim-ins-Reich“ gestimmt. Aus der Reichswehr war die Wehrmacht geworden und für sie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Am deutschen Himmel kreisten Militärflugzeuge einer modernen Luftwaffe. Nur Tage nach dem Parteitag wurde die erste deutsche Unterseebootflottille in Dienst gestellt. Dies illustrierte, was gemeint war, wenn das Spektakel von Nürnberg die Bezeichnung „Parteitag der Freiheit“ erhielt. Gemeint war die Freiheit, Deutschland wieder bis an die Zähne zu bewaffnen, eine Freiheit, die sich seine Machthaber teils gegen Einsprüche genommen hatten, die ihnen teils aber auch, wie durch Großbritannien im eben abgeschlossenen Flottenabkommen, zugestanden wurde.

Auf diesem Wege war der Hitler-Regierung weiterer Beifall zuteilgeworden. Am wenigsten laut allerdings von denen, die von ihm am meisten materiell und durch erweiterte eigene Machtstellung profitierten: die deutschen Rüstungsindustriellen. Hochgestimmt waren auch die Ingenieure und Techniker in den Konstruktionsbüros, die ihre Fähigkeiten lange nur insgeheim und in kleinem Maßstab hatten ausleben können und nun zu neuem Ansehen gelangten. Nicht anders die Großgruppe der „Alten Kameraden“ und „Frontkämpfer“, denen die Jahre 1914 bis 1918 als Hochzeit ihres Lebens galten und die diesen Wandel, das Ende der „Schmach von Versailles“, herbeigesehnt und geschrien hatten. Unter deren Einfluss begannen Heranwachsende und Kinder von künftigen Heldentaten zu träumen, erregt und angefeuert durch Bücher und Filme von Schlachten und Siegen. Gewiss wirkte unter der Mehrheit der Deutschen die Erinnerung an die Kriegsleiden nach. Aber der „Führer“ versicherte ja, dass kein Quadratmeter des Deutschland „geraubten“ Bodens das Leben eines einzigen Soldaten wert sei ...

Dieser Parteitag war nach innen und außen eine Demonstration der gefestigten Macht. Seine Bilder der Begeisterung, der Disziplin, der Gefolgschaftstreue erzeugten einen Eindruck, dem sich auch als Beobachter teilnehmende Diplomaten und ausländische Korrespondenten nicht entziehen konnten. Er bestand aus einer Mischung von Staunen, Abgestoßensein und der Wahrnehmung einer Gefahr. Und die da auf- und vorbeimarschiert waren, die Braun- und Schwarzuniformierten, herangeschafft vom Bodensee bis zu den ostpreußischen Haffs? Sie hatten etwas erlebt, was ihnen vordem nicht

geboten worden war und was sie diesem „Führer“ verdankten, der sie gerufen hatte. Die Kameraderie in den Zeltlagern, in denen sie nächtigten, das Gedränge an den Gulaschkanonen, das Gaudi der Kampfspiele, das war etwas für echte „Männer“ und da hatte man, heimgekehrt, etwas zu erzählen.

Die Inszenierungen der Parteitage waren immer auch Höhepunkte für die Mehrung des Führerkultes. Das galt in erster Linie für Hitler, auf dessen Auftritte hoch über den Massen die Kulisse aus dem sogenannten Parteitagsgelände zugeschnitten war. Doch nicht für ihn allein. Heinrich Himmler an der Spitze der mit martialischen Gesichtern defilierenden SS, Baldur von Schirach als Führer der Hitlerjugend und die anderen Größen, die Spezialformationen wie das Kraftfahrer- und das Fliegerkorps, die Arbeitsfront und den eben geschaffenen Arbeitsdienst befehligten – sie alle verkörperten im Glanz ihrer unausgesetzt prächtigeren Uniformen, die ihnen bei Nazigegnern den Spottnamen „Goldfasane“ eintrugen, einen Hierarchiestrang des Systems, der von Hitler bis zu den niedrigsten Führerlein reichte, denen zu gehorchen war. Diese Effekte ließ sich, um ihre Bedeutung wissend, das Regime etwas kosten.

So geschichtsfern die NSDAP-Parteitage dem heutigen Betrachter anmuten mögen, sie bildeten eine verwirklichte Form des Prinzips Brot und Spiele. Das oft zitierte, auf eine freie Übersetzung von panem et circensis zurückgehende Wortpaar Juvenals meint indessen nicht nur, dass das Volk sich unterhalten lässt. Es tut das im Zustand des Verzichts auf eigene Machtausübung. Die Kritik des Römers trifft nicht nur jene, die diese Methode der Massenbeherrschung praktizieren, sondern mindestens ebenso jene, die sie akzeptieren und sich ihr unterwerfen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Juni 2010, S. 22.

„Wenn drunten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen ...“

Über die Dimension des so genannten Nahostkonflikts

Wahrscheinlich wird kein anderer internationaler Konflikt derart kontrovers und emotional in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sowie auch und gerade in der politischen Linken diskutiert wie der israelisch-palästinensische oder weiter gefasst, der Nahost-Konflikt. Aus diesem Grund nimmt dieses Thema einen besonderen Platz in der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Inland wie im Ausland ein. Wenngleich dabei auch in der Stiftung und ihrem Umfeld die Meinungen auseinandergehen, sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, eine abgeschlossene, einheitliche Position zu vermitteln, sondern ein Forum für eine Debatte zu bieten, das den Ansprüchen emanzipatorischer politischer Bildung gerecht wird. Um auch dem Ansinnen analytischer Sachlichkeit Genüge zu tun, befindet sich die RLS in einem Prozess, der die Beschäftigung mit dem Nahost-Konflikt systematisiert. Ein Mitgliederworkshop im Juli 2010 bildete dafür den Auftakt. Aus ihm sind sechs Beiträge hervorgegangen, die in lockerer Folge als RLS-Standpunkte erscheinen. Nähere Informationen zur thematischen Auseinandersetzung der RLS mit dem Nahost-Konflikt finden sich darüber hinaus unter: http://www.rosalux.de/themen/internationale-politik/thema/naher-osten

Es ist ein Zufall, dass die Erörterung des Themas „Die Linke und der Nahostkonflikt“ nahezu exakt fünfundsiebzig Jahre nach einer denkwürdigen Rede zur Frage von Krieg und Frieden stattfindet. Die könnte im Bewusstsein aller, die sich im 20. Jahrhundert zu orientieren vermögen, in einer Reihe mit wenigen anderen stehen, etwa mit der Rundfunkansprache des britischen Premierministers Winston Churchill vom 22. Juni 1941, am Abend des Tages, da die deutschen Faschisten die Sowjetunion überfielen, oder mit jener Anklagerede, mit der Robert H. Jackson am 21. November 1945 die Verhandlungen des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945 eröffnete oder mit der von Martin Luther King jun., gehalten am 28. August 1963 in Washington D. C. vor einer viertel Million Menschen, aus der die Worte „I have a dream“ in der Erinnerung blieben. Das sie da nicht eingeordnet und weitgehend in Vergessenheit gebracht worden ist, beruht auf einem „Mangel“ des Mannes, der sie hielt. Es war ein Kommunist, Palmiro Togliatti mit Namen, der sein Land, in dem das Mussolini-Regime sich etabliert hatte, verlassen musste und sich damals als Emigrant in der Sowjetunion befand. Seine Zuhörer waren die Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Der Rückblick richtet sich also auf den Juli/ August des Jahres 1935.

Togliattis Rede ist in Kreisen von Marxisten oft auch als ein Beweis dafür herangezogen worden, dass die geschichtliche Zukunft nicht vollends im Dunkeln liegt und es auf der Basis historisch-materialistischer Gesellschaftsanalyse möglich ist, weltgeschichtliche Abläufe vorauszusagen. Denn sie enthielt eine exakte Beschreibung der Konstellation, die in den Zweiten Weltkrieg führte und antizipierte seine politischen Konturen. Oft ist sie auch zu jener von Friedrich Engels stammenden Vorhersage des Krieges in Beziehung gesetzt worden, der 1914 dann tatsächlich begann. Erinnerungen an derlei Spitzenleistungen, die Weltzustände und deren Tendenz richtig erfassten, sind derzeit unmodern. Hergesagt wird hingegen: Die Geschichte, das meint die Zukunft, ist offen und dem wird hinzugedacht oder -gesagt: Nichts Genaues weiß man nicht. Das ist eine verstehbare Reaktion auf die geplatzte Gewissheit, dass der „Sozialismus siegt“. Doch ist das auch die angemessene und richtige?

Togliattis Rede vom Sommer 1935 war mehr als eine Warnung, sie war ein Alarmschrei und ein Kampfruf, mit dem die Kommunisten in aller Welt zum Einsatz für den Frieden gerufen wurden. Sie sollten sich von jedem Gedanken verabschieden, dass sie durch einen Krieg der Staaten und Völker etwas gewinnen könnten, auch wenn an seinem Ende eine Erschütterung des kapitalistischen Weltsystems stehen werde, die zudem jene am Ende des Ersten Weltkrieges noch übertreffen würde. Was die Rede des Führers der italienischen Kommunistischen Partei denkwürdig macht, sind folgende Aussagen: 1. In der Weltpolitik agieren drei aggressive imperialistische Staaten: Japan, Italien und Deutschland. Die Hauptgefahr für die Entstehung eines großen Krieges gehe von Deutschland aus. 2. Von diesen imperialistischen Staaten sind andere zu unterscheiden, die – jedenfalls derzeit – kein Interesse an einem Krieg haben, sich von ihm nichts versprechen, womöglich sogar Nachteile zu gewärtigen haben. Das sind insbesondere die USA, die auf ökonomische, unkriegerische Expansion setzten, Großbritannien, das sein Weltreich zusammenhalten will, und Frankreich. 3. Diese Staaten betreiben gegenüber den Aggressoren eine uneinheitliche Politik. Namentlich Großbritannien suche auf einem Sonderweg um einen Krieg herumzukommen. In Frankreich hingegen existierten Kräfte,

die nach Verbündeten zur Abwehr der drohenden Gefahr suchen und davon auch die Sowjetunion nicht ausschließen. Verlässlich sei die Dauerhaftigkeit ihres Wirkens aber nicht. 4. Die Kleinstaaten Osteuropas werden von Nazideutschland entweder als Verbündete umworben oder als Objekte der Expansion bedroht, was im Falle Polens auf nahezu das Gleiche hinauslaufe. Doch fänden sie zu keinen ihren Interessen dienenden Reaktionen. 5. (Das ist aus der Rede insgesamt zu entnehmen, deren Diktion freilich auch durch das Interesse bestimmt war, nicht zu entmutigten und Resignation zu verbreiten.) Es wird zum Kriege kommen. Wie und wo er beginnen werde, sei nicht zu sagen, aber – wie auch immer – die Sowjetunion werde in diesen Krieg hineingezogen werden. 6. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn der Beginn des Krieges auch nur hinausgeschoben werden könnte. Dadurch würde Zeit für die Formierung der militärischen Abwehrkräfte gewonnen. 7. Es werde dieser Krieg die voraufgegangenen weit übertreffen und ein „Vernichtungskrieg“ sein.

Keine Frage: Es wäre ein großer Gewinn, wenn die Linken in der Frage von Krieg und Frieden heute eine Analyse von Togliattischem Niveau besäßen, auf die sie sich verständigt hätten. Dem stehen Hindernisse im Wege. (1.) Anders als vielfach erwartet sind die internationalen Verhältnisse durch die weltgeschichtlichen Veränderungen an der Wende zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht vereinfacht, sondern komplizierter und unübersichtlicher geworden. (2.) Gegenüber den Instrumenten und deren Reichweite, mit denen die gegenwärtige Situation missdeutet und absichtsvoll eingenebelt wird, wirken jene, die in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts für Lüge und Betrug zu Gebot standen, geradezu zwergenhaft. Beispielsweise sind die Bebilderung und Verbreitung von Nachrichten mit irreführender Interpretation von ganz anderer Dimension. (3.) Die Beschimpfungen derer, die trachten, Licht in das gewollte Dunkel zu bringen, und sich mit klarer Parteinahme für Friedensinteressen einsetzen, sind so wahl- und skrupellos wie einst. Was damals die „Jünger Moskaus“ und die „Judenknechte“ waren, sind heute die „Antisemiten“. Nicht, dass es die nicht gäbe, aber der Begriff ist längst auch zum Knüppel geworden, mit dem zum Schweigen gebracht werden soll, wer nichts anderes tut, als an die Politik der Regierung Israels oder an die einer der dort agierenden Parteien und deren Ideologie und Propaganda den Maßstab anzulegen, mit dem gleiche oder verwandte Erscheinungen beurteilt werden, wenn sie in anderen Staaten oder bei anderen Parteien angetroffen werden.

Das Problem für alle, die sich um Aufklärung bemühen oder das tun sollten, beginnt mit seiner Benennung. Wie auch in der heutigen thematischen Bestimmung wird es „Nahostkonflikt“ genannt. Diese Kennzeichnung ist – sagen wir – ungenau. Erlebt haben wir eine Kette von Nahostkriegen, die ungeachtet aller Verschiedenheit nach Ursachen, Ursprung und in ihnen waltender Interessen zusammengehören. Die Tatsache, dass sie mehr oder weniger lange unterbrochen wurden, besagt nicht viel. Diese Unterbrechungen waren nie Friedenszeiten, sondern solche der Abwesenheit von Kriegshandlungen, vereinbarte oder unvereinbarte Waffenstillstände. Friedensschlüsse, die diesen Namen verdienten, sind darauf nur in Ausnahmefällen gefolgt. Kurzum: der Begriff Konflikt besitzt die Tendenz der Beschönigung und hat auch etwas von einer Beruhigungsdroge.

Wie steht es mit dem anderen Teil des Begriffs „Nahost“. Der ist nicht ungenau, sondern hochgradig missverständlich. Im Deutschen war der Nahe Osten der nichttürkische Teil des Osmanischen Reiches, auch unterschieden vom Mittleren und Fernen Osten. Erstens gibt es im Nahen Osten, wie immer er nach Osten, West und Süd abgegrenzt wird, Staaten – Israel, Ägypten, Syrien, der Jemen, Libanon, die an den Kriegen, die seit 1948 geführt wurden, beteiligt waren und andere, die sich mehr oder weniger strikt aus ihnen heraushielten, wenn sie auch in dieser oder jener Weise betroffen oder berührt waren und blieben. Die Zahl der gegenwärtig am Kriege beteiligten Parteien ist auf zwei geschrumpft, den Staat Israel und die nichtstaatlichen Territorien der Palästinenser. Im Hinblick auf sie wird in einer Weise, die an eine Gebetsmühle erinnert, von Politiker verschiedenster Staaten „geraten“, dass der Friedensprozess fortgesetzt oder wieder in Gang gebracht werden müsse. Die Wortwahl übertüncht, dass es um ein Kriegsende und zwar eben um das Ende des Krieges dieser beiden geht.

Das wäre im Denken vieler – als erster Schritt der Aufklärung – klarzustellen. Seit Jahrhunderten kennen die Menschen zwei Grundtypen von Kriegen. Den einen, der zwischen Staaten ausgetragen

wird, die ihre Armeen auf Schlachtfelder schicken, die gegeneinander kämpften, bis die Kräfte des einen oder auch beider erschöpft waren. Den anderen, bei dem in einem Staate soziale oder politische Gruppen bewaffnet und organisiert gegeneinander antreten und um die Macht streiten, Bürgerkriege. Daran gemessen, ist das Bild des israelisch-palästinensischen Krieges irritierend. Er weist einmalige Züge auf und besitzt doch mit den bekannten Kriegen vieles Gemeinsame. Es geht um staatliche Existenz (oder Gründung), um Grenzverläufe, um Wohngebiete, Lebensbedingungen für Millionen und – nicht zu vergessen – um Vor- und Nachteile nicht nur für Großgruppen, die ein Ganzes sind oder als solches ausgegeben werden, sondern auch um solche für Minderheiten.

An die Fortdauer dieses Krieges knüpfen sich perspektivisch – ohne dass diese Perspektive hier in Jahreszahlen ausgedrückt werden könnte – drei offene Fragen. Die erste lautet: Ist die Tatsache der Schrumpfung des Kriegsgeschehens eigentlich als dauerhaft anzusehen, also irreversibel? Anders ausgedrückt: Sind die Interessen der Staaten und ihrer Regierungen in dieser Region, die sich zur Zeit jedenfalls militärisch aus diesem Konflikt heraushalten, so stabil, dass eine veränderte Haltung, die sich etwa in einer anderen Politik Ägyptens gegenüber dem palästinensischen Gebiet (dem Gazastreifen) zeigen könnte, bestimmt auszuschließen ist? Die zweite: Der Nahe Osten ist auch jenseits des israelisch-palästinensischen Gebiets ein konfliktgeladenes Territorium. Wie sich die inneren Kämpfe im Irak ausgefochten werden, wird sich vollends erst nach dem Abzug der Interventionstruppen zeigen. Ihre Dimensionen zeichnen sich mit den Kämpfen der Kurden ebenso ab wie mit denen zwischen nichtkurdischen irakischen Bevölkerungsgruppen. Unentscheidbar ist derzeit auch die Frage, wie stabil die inneren Verhältnisse in den Staaten des Nahen Osten in Zukunft sein werden, auch und gerade in jenen, die heute noch ruhig gleichsam auf unterirdischen Ölseen schwimmen. Und dann sind da die – ob dem Nahen oder Mittleren Osten zugezählten – Staaten Iran und Afghanistan und ein von inneren Krisen schwer geschütteltes Pakistan. Wer verbürgt sich dafür, dass dort äußere und innere politische und soziale Konflikte und Bürgerkriege nicht zusammenwachsen können? Die dritte: Wie miniaturhaft sich die militärischen Möglichkeiten der einen Seite gegenüber denen der anderen (den israelischen Atomwaffen) auch ausnehmen mögen, ist es berechtigt zu glauben, dass es bei den in Handwerksstätten gebastelten Raketen, den Sprenggürteln der Selbstmordattentäter und den mit Explosivstoffen vollgestopften Fahrzeugen bleiben wird? Ist es abwegig zu glauben, dass in diesen so genannten asymmetrischen Kriegen und kriegsähnlichen Kampfhandlungen biologische Waffen eingesetzt werden. deren Herstellung unter Umständen weit weniger aufwendig, auch weniger wahrnehmbar sein könnte als die von Atombomben und ihrer Träger?

Die Antworten auf diese drei Fragen müssen nicht auf Entwürfe von Horrorszenarien hinauslaufen. Es genügt die Feststellung, dass derlei Entwicklungen nicht ausgeschlossen sind, um die Alarmstufe zu bestimmen, die auszurufen wäre. Von wem? In erster Linie von den Europäern. US-Amerikaner und Kanadier sind etwas weiter weg, was sich auch darin ausdrückt, dass sie nicht vom Nahen Osten sprechen. Doch den Europäern und namentlich den Deutschen, der nach den Russen volksreichsten Europäergruppe, wird erklärt, dass ihre Verteidigungslinie am Hindukusch liege. Das klappt so richtig nicht. Sie sind in ihrer übergroßen Zahl nicht mehr von jenem Typ, den Goethe von sich sagen lässt: „Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten weit, in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen.“ Sie wissen Besseres, z. B. das Reden über eine Fußballweltmeisterschaft oder die Versammlung bei einer Love Parade oder an einem Christopher Street Day. Doch bei alledem: um Kriege und jene, die Kriegsgeschrei anstimmen, sollten sie sich schon kümmern. [...] Es geht um die Beziehungen der Israelis und der Palästinenser zueinander, es geht um beider Frieden, um die Lebensbedingungen, ja, -möglichkeiten der Ärmsten auf allen Seiten der Grenzen. Aber es geht zugleich um weit mehr. Es geht um die Befriedung einer ganzen Region, darum, eine Zeitbombe zu entschärfen. Solche Bomben, hierzulande entdeckt und aus dem Zweiten Weltkrieg stammend, werden entschärft, ohne dass darüber gerätselt wird, wann und ob sie überhaupt explodieren werden. Die Entschärfung der Situation am Ostrand des Mittelmeeres kann in den Nahen und Mittleren Osten nur situationsverbessernd wirken. Sie ist nicht die Lösung, aber sie wäre ein Schritt dahin, ein Beispiel, ein Signal, ein Hoffnungszeichen, womöglich ein Antrieb. Zu verabschieden ist der Gedanke, dass es dafür beliebig viel Zeit gibt und militärische

Mittel das zu bewirken vermögen. Und die Europäer sollten, was sie an sachkundiger Intelligenz aufzubringen und zu vereinen in der Lage sind, mobilisieren, um sich darüber klar zu werden, wie sie mit Millionen zusammenleben können, die sie nicht nach ihrem Bilde ummodeln können, sondern deren Traditionen zunächst und vor allem zu respektieren sind.

Damit ist das Thema beschrieben und – so ließe sich sagen – der Betrag genannt, der auf dem Spiel steht – das Bild ist schief, denn es geht eben nicht um ein Spiel. Über die denkbaren Lösungen, die zu einem dauernden Frieden führen, liegen alternative Vorschläge auf dem Tisch. Der erste Schritt der Parteinahme besteht darin, zu ihnen Stellung zu beziehen. Der zweite hat der Kennzeichnung der durch die Erfahrung von Jahrzehnten erwiesenen untauglichen Lösungsempfehlungen zu gelten. Es wird ohne internationalen Druck auf die Regierung Israels nicht abgehen. Und der darf sich in der Forderung, den Gazastreifen nicht länger zu ghettoisieren, nicht erschöpfen. Der Streit übe die Verursachung dieses Krieges – wie bei allen vorher – wird lange dauern. Seine Beantwortung ist keine Voraussetzung des Friedensschlusses. Wichtiger ist sich klarzumachen, dass die Möglichkeiten, einen stabilen Frieden zu erlangen, nicht gleich verteilt sind und der Weg dahin nicht über einen Endsieg führt.

Standpunkte International, (Juli) 17/2010.

Aus deutschem Familienleben

Die *Süddeutsche Zeitung* hat einen Kriegsberichterstatter nach Afghanistan entsandt und dessen Rapport zweiseitig abgedruckt. Im fernen Land bekam der Mann einen Brief zu Gesicht, der einem Obergefreiten von dessen Vater aus der Oberpfalz geschrieben worden war. Darin stehen die Sätze: „Sei auf der Hut. Versetz Dich in die Denkweise des Feindes. Mach es wie ich auf der Jagd. Der Kopfschuss ist auf kurze Distanz das Beste. Deine Ehre heißt Treue. Vergiss das nie!“ Die Redaktion hat sie ihren Lesern zur Kenntnis gebracht. Unkommentiert. Wie im gleichen Blatt den Wetterbericht.

Ossietzky 14-15/2010, 24. Juli 2010, S. 564.

Liegt alle Zukunft immer im Dunkeln?

Palmiro Togliattis denkwürdige Rede auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen (KI) 1935

Nach den weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren zutrugen, ist unter Marxisten und Nichtmarxisten viel über jähe, unerwartete Brüche in der Geschichte geredet und geschrieben worden. Sozialisten zwischen Elbe und Oder fragten sich und wurden gefragt, warum sie die mindestens partiell wahrgenommenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krisenzeichen nicht zu einem Urteil zu verdichten vermochten, das ihnen ihren Staat im Zustand der Agonie zeigte. Die Frage ist insgesamt noch unbeantwortet, soviel Zutreffendes darüber auch festgestellt wurde. Sie wird verschärft, wenn sich der Blick auf jene Sternstunden historisch-materialistischer Analyse richtet, in denen sich bewahrheitende Prognosen über den Geschichtsverlauf gegeben wurden. Eine verbindet sich mit dem italienischen Kommunisten Palmiro Togliatti. Ihm, der in Moskau im sowjetischen Exil lebte, war 1935 die Aufgabe übertragen worden, vor den Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau über die Weltlage und deren Tendenz zu sprechen.

Die hatte sich seit dem Kongress 1928 erheblich verändert. Zehn Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schien es noch so, als hätte das Kräfteverhältnis, das die Friedensdiktate festschreiben sollten, noch länger Bestand. Zwar konnte von im Versailler Vertrag versprochener allgemeiner Abrüstung keine Rede sein. In Deutschland mussten die Befürworter des Baus eines Panzerkreuzers langwierige Auseinandersetzungen bestehen, die sie schwerlich gewonnen haben würden, wäre nicht die sozialdemokratische Führung auf ihre Seite gewechselt.

Und nun, sieben Jahre später? Togliattis Diagnose lautete, dass es neuen Kriegen imperialistischer Staaten entgegengehe. Zwei Staaten führten bereits Kriege. Japan war von seiner Kolonie Korea aus in China eingefallen, hatte die Mandschurei besetzt und eine Marionette für das Kaiserreich Mandschukuo eingesetzt. Von dort drang es weiter in den Nordosten des Riesenreiches vor. Togliatti wertete das als Schritt zu einer hegemonialen Stellung, auf die das Inselreich in Ostasien und im Westpazifik zielte, eine Politik, die zum Konflikt mit der Großmacht auf der anderen Seite des Stillen Ozeans führen werde. Er ließ offen, ob sich der Expansionshunger Japans schließlich auch auf die Sowjetunion erstrecken werde. Grenzkonflikte mit der UdSSR und der Mongolei schienen sich anzukünden. Doch brauchten und suchten die japanischen Imperialisten für ein derartiges Abenteuer europäische Verbündete.

Und der zweite bereits kriegführende Staat war das Italien Mussolinis, das von seinen ostafrikanischen Kolonien aus eine kriegerische Kampagne gegen Abessinien. Die Delegierten zum VII. Weltkongress der Komintern waren kaum in ihre Heimat zurückgelangt, als Italien das Kaiserreich überfiel und sich in einem Feldzug unterwarf, bei dem die technisch weit überlegenen Truppen des Aggressors Giftgas einsetzten.

Doch die Hauptgefahr für den Frieden gehe von Deutschland aus und richte sich nicht allein, wie seine Führer behaupteten, gegen den „Bolschewismus“. Deren Regime bedrohe nicht nur den allgemeinen Frieden, sondern die nationale Existenz von Staaten wie Österreich, der Tschechoslowakei, denen des Baltikums und in Westeuropa auch der Niederlande und Belgien. Das gelte selbst für Polen, dem Berlin die Rolle der Hilfskraft im Kampf gegen die UdSSR zugedacht habe und das dabei unvermeidlich nur Opfer werden könne. Noch suche Deutschland unter Kleinstaaten auch Verbündete, namentlich auf dem Balkan, wobei es nach Ungarn und Bulgarien auch auf Rumänien und Jugoslawien spekuliere und deren innere reaktionäre Kräfte stütze.

Treffend war die Unterscheidung, die Togliatti zwischen den nach Krieg strebenden und den imperialistischen Mächten traf, die „mehr oder weniger an der Wahrung des Friedens interessiert sind“, da sie in einem Kriege nichts zu gewinnen, möglicherweise aber etwas zu verlieren hätten. Das gelte für die USA, die auf ihre ökonomische Expansionskraft setzten, für Großbritannien, das sich auf die „heranreifenden Konflikte“ in seinen Kolonien konzentrieren müsse, und für Frankreich. Zwar dürfe

man sich nicht „allzu großen Illusionen über die Konsequenz der französischen Bourgeoisie“ hingeben, aber an die sowjetischen Initiativen zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitsbündnisses, die vornehmlich an Paris adressiert waren, knüpfte auch Togliatti Hoffnungen. Vorausgesetzt, es gehe von der Volksfront genügend Druck auch auf die Außenpolitik der Regierung aus. Drei Jahre später erwies sich das Kräfteverhältnis in Frankreich als nicht so beschaffen, dass der Weg Édouard Daladiers nach München verhindert werden konnte. Da hatte die Linie des Appeasements der britischen Konservativen sich durchgesetzt, deren unheilvolle Wirkung auf andere Staaten, insbesondere auf Polen, ebenfalls schon 1935 konstatiert wurde.

Welche Möglichkeiten des Gangs der Weltgeschichte Togliatti auch erörterte, sein Gesamturteil stand fest: Es gehe einem neuen Krieg entgegen, und der, wie und wo immer er auch beginne, müsse „zwangsläufig in einen Weltkrieg“ münden, in den auch die Sowjetunion hineingezogen werden würde. Die Vorhersage gründete sich auf ein klares Urteil über das Kalkül wie über die Blindwütigkeit der deutschen Imperialisten. Wie sehr Togliatti die Kommunisten auch zum Widerstand gegen die Kriegstreiber motivierte, er entwarf ein nüchternes Bild von der Reichweite der eigenen Kräfte und die denkbarer Verbündeter. Viel wäre schon erreicht, gelänge es, den Beginn dieses Krieges zu verzögern und der Roten Armee Zeit zu verschaffen, die sie auf ihre Vorbereitung verwenden könne. Und für die Kommunisten sah er, wiewohl der Ausgang des Kampfes ihm nicht nur offen schien, sondern – das stand mehr zwischen als in den Zeilen seiner Rede – die Niederlage kaum zu verhindern sein werde, keine höhere Pflicht, als sich an die Spitze zu stellen. Wer gegen den Krieg sei und faschistische Pläne schwäche oder verhindere, sei als Partner anzusehen. Das gelte selbst für den ein quasifeudales Reich beherrschenden Kaiser von Äthiopien Haile Selassie, wenn er sein Land gegen Mussolinis Faschisten verteidige. Kein Kommunist dürfe aus einem „Vernichtungskrieg“ etwas für seine Sache erhoffen, in dem es keinen Unterschied zwischen Front und Hinterland mehr geben werde.

Das 1935 gezeichnete Bild vom möglichen, ja wahrscheinlichen Gang der Weltgeschichte wurde grausige Wirklichkeit. Lässt sich, was der Menschheit droht, in manchen Situationen also nicht doch voraussehen? Und sind Vorkehrungen und Sicherheiten nicht auch rechtzeitig zu treffen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 24./25. Juli 2010, S. 22.

Ein weltgeschichtliches Verdienst

Interpretation des 8. Mai als Tag der Befreiung lässt noch immer zu wünschen übrig

65 Jahre nach einem Ereignis gehen der Gesellschaft wiewohl sich das Leben der Menschen in unseren Breiten verlängert hat, die Zeitzeugen aus. Wer 1945 in einer der beteiligten Armeen am Kriege teilgenommen und ihn überlebt hat, steht im neunten Lebensjahrzehnt. Folglich wird hier und da darüber gesprochen, was diese demographische Veränderung für die Beschäftigung mit der Geschichte von Faschismus und Krieg nach sich zieht. Natürlich nur in Kreisen, die ihr eine Bedeutung für die Gegenwart noch zumessen und also nicht glauben, dass die seinerzeit gewonnenen Erfahrungen ihr Verfallsdatum schon erreicht und überschritten haben. Doch die Ansicht, die das Leben von Groß- und Urgroßeltern in fernsten Fernen sieht, gewinnt an Boden. Diktaturen, Kriege sind im Denken vieler Erscheinungen, die in den Nahen und Mittleren Osten oder andere entlegene Gegenden gehören. Neuerdings war zu lesen, der „weiße Mann“ führe im 21. Jahrhundert keine Kriege mehr gegen seinesgleichen.

Der Krieg, der von 1939 bis 1945 in Europa, zeitweilig an der afrikanischen Mittelmeerküste und auf den Weltmeeren tobte, ist nichtsdestoweniger vielerorts „gegenwärtig“. Jeder Besuch in einer Buchhandlung bezeugt das. Jedes Wochenprogramm der Fernsehsender tut das auch. Und zugleich macht der Blick in Texte wie auf die Mattscheibe des Fernsehers deutlich, dass Beschreibungen vorherrschen: Das Was und Wie werden ausgebreitet und unter die Lupe genommen. Die Königsfrage, die an geschichtliche Prozesse zu stellen ist, lautet jedoch: Warum? Ihr nachspürend, müssten gesellschaftliche, staatliche und geistige Zustände analytisch betrachtet werden. Damit sei Quote nicht zu machen, sagen Fernsehspezialisten und geben damit eine eigenartige Auffassung von der sonst so beständig angerufenen Informationspflicht zu erkennen. Doch hat es mit der gemiedenen Frage im Grunde eine andere Bewandtnis. Es gibt keine schärfere geschichtliche Anklage der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als die, dass aus ihrem Boden zwei Weltkriege hervorgingen. Da, so der Schluss, lassen wir das Thema lieber unvertieft. Denn wir leben, bei allen ihren Wandlungen, eben nach wie vor in dieser Gesellschaft. An ihrer Humanisierung könnten Zweifel aufkommen. Und – dem Volke soll Religion erhalten bleiben, lies: der Glaube, dass es keine besseren, sicheren, Zukunft verheißenden Zustände geben könne als jene, in denen wir leben. Diesen Glauben soll auch die Interpretation des 8./9. Mai 1945 stützen, die nach dem Zusammenbruch des sowjetisch geführten Mächteblocks zunächst zögernd in Umlauf gesetzt wurde, nun aber ungehemmt verbreitet wird. Die Geschichte der Sowjetunion ist inzwischen weithin auf Begriffe wie Stalin, Gulag, Hitler-Stalin-Pakt, Katyn reduziert worden. Als Hinterlassenschaft der sowjetischen Institutionen und der Armee gelten in der Bundesrepublik die sogenannten Speziallager und Gefängnisse, in denen Gedenkstätten eingerichtet werden, dazu unansehnliche, ruinierte Kasernen und kontaminierte Terrains. Noch sind jedoch Denkmäler, die an die Gefallenen der Roten Armee erinnern, nicht geschliffen und gesprengt, wie in einigen Staaten unserer neuen Verbündeten. Wo das geschah, war unsere Schandtat nicht mehr als eine Meldung wert.

Dennoch: Es gibt Tatsachen der Geschichte, die sich nicht leicht aus dem Bewusstsein tilgen lassen. Zu ihnen gehört, dass die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland von der Sowjetunion getragen wurde und sie den Hauptanteil an dessen militärischer Niederlage besitzt. Was dieses Verdienst bedeutet, wird kaum konkretisiert. Wovor sie diesen Kontinent bewahrt hat – „Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte“ – das ist aber vor Jahren eindrucksvoll beschrieben worden. Und noch und vielerorts lässt es sich auf verschiedenste Weisen vergegenwärtigen. Einigen Denkaufwand vorausgesetzt. Da diese Zeilen geschrieben werden, gibt es im Potsdamer Hauptbahnhof eine Ausstellung, die an die 20.0000 deutschen Soldaten erinnert, die Opfer deutscher Militärjustiz wurden. Eine andere im Bremer Krankenhaus-Museum dokumentiert die Verbrechen von Medizinern an behinderten Kindern. Wie wäre das in einem Europa unterm Hakenkreuz weitergegangen? Wie viele Opfer wären zu den jetzt festgestellten noch hinzugekommen, hätte die sowjetische Streitmacht auf ihrem Wege nach Deutschland nicht jenes Tempo vorgelegt, das den Mai 1945 zu Kriegsende bestimmte? Dafür existierten vorab andere Berechnungen, die reichten in das Jahr 1946 und weiter. Und die Kriegswende

besitzt einen Namen: Stalingrad. Diese Hervorhebung schätzt keinen Anteil gering, den Menschen so vieler Nationen und Völker, Europäer, Amerikaner, Asiaten, Afrikaner, Australier, am Triumph über die Welteroberer besitzen. Der wird – anders als der Beitrag der Völker der Sowjetunion – indessen nicht angefeindet oder in Zweifel gestellt.

An einem Staat, in dem Stalin die Knute schwang, hätte nichts Gutes kommen können? Die Frage besitzt eine Tendenz. Folgen, die nicht notwendig und schon gar nicht gesetzmäßig aus einer Tat erwuchsen, sollen zu deren Umdeutung dienen. Was immer sich in der sowjetischen Nachkriegspolitik in Osteuropa vorbringen lässt, die das Land in einem geschichtlichen Konkurrenzkampf unterliegen ließ, nicht von alledem nimmt den Generationen, die den Nazifaschismus zur Strecke brachten, ihre weltgeschichtliche Leistung. Sie haben den größten Verbrechern, die bis dahin auf dem Erdball hervorgetreten waren, ihre Instrumente aus der Hand geschlagen. Welcher Frevel, die Erinnerung daran tilgen zu wollen.

DRAFD Information. August 2010, S. 11.

Von der Bewertung, der Herabsetzung und der Beschönigung eines Verdienstes

Vor 75 Jahren tagte in Moskau der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale

Auf keinen anderen Kongress der Kommunistischen Internationale, die 1919 gegründet und 1943 für aufgelöst erklärt wurde, ist in späteren Jahren so häufig Bezug genommen worden, wie auf ihren letzten. Der hatte im Jahr 1935 stattgefunden und war in der Zählung der Siebente. Für seine Anrufung gab es gute Gründe, jedoch – mitunter – auch weniger aufrichtige. Die Mehrheit aller gegenwärtigen Bezugnahmen enthält freilich die fehlerhafte Behauptung, dort sei die Dimitroffsche Faschismus-Formel[1] verkündet worden, gibt eine hochgradig amputierte Betrachtung des Ereignisses und übt sich in Ignoranz gegenüber dem Verdienst, das die dort versammelten Praktiker und Theoretiker der kommunistischen Weltbewegung sich in einem Jahr erwarben, in dem weltgeschichtliche Entscheidungen fielen oder sich vorbereiteten.

Zunächst wird unterschlagen, dass die Charakterisierung der Staatsmacht in Italien und Deutschland sich nicht auf eine Definition beschränkte, von der zudem beweislos behauptet wird, sie habe ihren Gegenstand verfehlt. Tatsächlich hat die terroristische bis in die Agonie der Systeme fortdauernde Praxis der Gewaltanwendung nach innen und außen vollständig bestätigt, dass die Hervorhebung des Terrors als Herrschaftsinstrument dieser neuen Regime richtig und zutreffend war. Gleiches gilt für ihre Kennzeichnung als extrem imperialistisch. Sie bewahrheitete sich furchtbar und übertraf auch die düstersten Vorhersagen, von Italiens noch in die Tradition des Kolonialimperialismus gehörendem Überfall auf Abessinien 1935 bis zu den Eroberungszügen der deutschen Wehrmacht durch nahezu ganz Europa. Ohne dass es Aufgabe des Kongresses sein konnte ein analytisches Tableau der faschistischen Bewegungen und Diktaturen zu liefern, hat Dimitroff auf ihre nationalen Spielarten verwiesen. Seine Hauptrede war eine Philippika gegen das Denken in Formeln und Schemata, gegen Dogmen, die in der Praxis der Kommunisten, wie erwiesen, auf eine politische Kastration durch eigene Hand hinausliefen.

Unvollständig und fehlerhaft war hingegen seine Erklärung für die Massengefolgschaft, welche die faschistischen Parteien in Deutschland und Italien formiert hatten. Sie wurde als Resultat besonders geschickter sozialer und nationaler bis zum Chauvinismus gesteigerter Propaganda und des pseudorevolutionären Gehabes der Faschisten angesehen. Das war sie auch und diese Feststellung verlangte, die Ideologie und Propaganda der großen und kleinen Hitler und Mussolini ernst zu nehmen. Doch ignorierte die These, die Regime trieben die Verelendung der Massen fortgesetzt voran, die materiellen Wandlungen, ohne die sich falsche Hoffnungen im Volke nicht nähren ließen. Welchen Grad an Festigkeit die faschistischen Diktaturen zu gewinnen im Begriff waren, lag außerhalb der Erkenntnis der Theoretiker und Ideologen der Komintern, will man nicht unterstellen, dass sie sich darüber aus taktischen Gründen nicht hätten aussprechen wollen. Wilhelm Pieck gab in seinem Bericht eine wirklichkeitsferne Charakteristik des Einflusses der in tiefe Illegalität gestürzten deutschen Kommunisten auf die Arbeiterschaft im Nazireich. Dazu gehörte die von Wunschdenken zeugende These, dass der Sieg des Faschismus die Revolutionierung der Massen weithin beschleunige. Und ebenso das generalisierende Urteil, wonach die Bourgeoisie sich schwach und isoliert fühle und die Lage der herrschenden Klassen „immer unsicherer und schwankender“ werde.

Mit diesem Kongress verbinden sich – wie erwähnt - Namen bedeutender Führer der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung. Vor allem der Georgi Dimitroffs, des „Helden von Leipzig“, und nächst ihm der des italienischen Kommunisten Palmiro Togliattis, eines Mannes von Ausstrahlung und theoretischem Verstand, und – aus den deutschen Reihen – der Wilhelm Piecks, der den Platz Ernst Thälmanns eingenommen hatte, des Vorsitzenden der bis 1933 größten kommunistischen Partei

---

[1] Der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff war auf diesem VII. Weltkongreß zum Generalsekretär gewählt worden. In seinem Hauptreferat bestimmte er: „Der Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“

in einem kapitalistischen Lande. Dass Togliatti zehn Jahre später kurzzeitig Minister in einer italienischen Regierung wurde, Dimitroff und Pieck an die Spitze von Staaten neuen Typs traten, besaß einen Bezug zu jener kommunistischen Politik, deren Ursprung sich mit dem Moskauer Kongress verbindet.

Mit der Sonde der Kritik

Die Delegierten, die sich wie bei allen Kongressen vorher wieder in Moskau versammelten, befassten sich mit den Erfahrungen großer politischer und sozialer Kämpfe, die in den Industriestaaten unter den Bedingungen einer beispiellos verheerenden ökonomischen Krise ausgetragen worden waren. Binnen sieben Jahren, soviel Zeit war seit der letzten Zusammenkunft vergangen, hatten sich erdballweit schwerwiegende politische Veränderungen vollzogen. Die waren in höchstem Grad unheilverkündend und forderten zu der Prüfung heraus, ob die Komintern mit ihren 1928 gefassten Beschlüssen über ihre Strategie und Taktik zu diesem Wandel und seinen Ergebnissen nicht in Widerspruch geraten war. Denn zerstoben war die Erwartung, dass die prognostizierte und dann eingetretene ökonomische und politische Krise des Weltkapitalismus Bedingungen für entscheidende Kämpfe entstehen lassen werde, in denen die arbeitenden Massen siegen und den Zustand beenden könnten, dass die Sowjetunion einzig und allein in einer feindlichen kapitalistischen Umwelt existierte. Die „zweite Welle“ der Weltrevolution war ausgeblieben.

Stattdessen: In Italien hatte sich das faschistische Regime behauptet und gefestigt. In Deutschland waren die Faschisten um Hitler an die Staatsmacht gelangt und hatten mit der militärischen Hochrüstung des Landes begonnen. In weiteren europäischen Staaten suchten faschistische Bewegungen dem deutschen und italienischen Beispiel zu folgen. Japan, beherrscht von eroberungslüsternen Militaristen, hatte sich auf dem asiatischen Kontinent mit dem Kaiserreich Mandschukuo einen Satelliten und ein Sprungbrett für seine Expansion nach China und später womöglich in den fernen Osten der UdSSR geschaffen.

In den Kämpfen gegen die Offensiven reaktionärer Kräfte hatten die Kommunisten – die Deutschen im Saargebiet 1934 – inzwischen Wege eingeschlagen, die bereits eine schrittweise Preisgabe von Analysen und Beschlüssen bezeichneten, die 1928 gefasst worden waren. Das betraf insbesondere den Abwehrkampf gegen die Faschisten. Die Abwertung der bürgerlichen Freiheiten war einer Beurteilung gewichen, die deren Verteidigung als Bedingung für die Durchsetzung der eigenen unaufgegebenen Ziele ansah. Mit Führern und Funktionären in Konzentrationslagern und in der Verbannung war an Siege nicht zu denken. Radikale Losungen, die besagten, dass Demokratie nicht viel sei, oder Parolen, wonach sich auf die „Spießerrepublik“ pfeifen ließ, waren ohne viel Lärm aufgegeben worden. „Jeden Fußbreit“ der gefährdeten bürgerlich-demokratischen Freiheiten hätten Kommunisten zu verteidigen, forderte Dimitroff in seinem Hauptreferat.

Verabschiedet wurde die Politik des Alles oder Nichts und die Vorstellung von dem allein lohnenden „letzten Gefecht“. Sie bewerteten die Widersprüche in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten neu. Daraus ergab sich eine Korrektur ihrer bisherigen Frontstellungen. Nachgedacht wurde über einen Weg heraus aus der bürgerlichen Welt in Etappen, der sich geschichtlich als länger und komplizierter abzeichnete, als die Kommunisten sich ihn bis dahin vorgestellt hatten. Sie erkannten als Ausgangspunkt dieses neuen Weges, die Möglichkeit und, mehr noch, die Notwendigkeit einer breiten antifaschistischen Front. Deren Kern müssten die Arbeitermassen bilden, sie sollen die darüber hinausreichen und Bauern, das städtische Kleinbürgertum und weitere werktätige Schichten umfassen.

Konzept ohne Sektierertum

So wurde das Konzept der Aktionseinheit des Proletariats und einer auf diese gestützte Volksfront geboren. Frankreichs Kommunisten hatten 1934 die Idee im Widerstand gegen Faschisten schon Tat werden lassen. Als aktuelle Alternative zur faschistischen Diktatur galt nicht mehr die – als Fernziel unaufgegebene – Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern ein demokratisches, antifaschistisches, den Frieden wahrendes Regime, in dem die Arbeitenden ihre sozialen Forderungen verfechten konnten. Der Appell, der nun von Moskau ausging, verlangte nach der bitteren deutschen Erfahrung von allen

Antifaschisten, die eitle Vorstellung aufzugeben, man könne allein ohne Verbündete den Faschismus abwehren oder ihn dort, wo er sich als Staatsmacht etabliert hatte, besiegen.

Die Kommunisten standen vor der doppelten Aufgabe, die Akzeptanz ihrer gewandelten Vorstellungen zunächst in den eigenen Reihen zu erreichen und sich jenen gegenüber glaubwürdig zu machen, denen sie vor kurzem noch mit dem Vorwurf Unrecht getan hatten, Spielart des Faschismus, „Sozialfaschisten“, zu sein. Die Gewinnung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie fiel dabei nach den ausgetragenen Kämpfen und erlebten Enttäuschungen offenkundig am schwersten. War von sozialdemokratischer Politik die Rede galt noch immer das Prinzip Kritik und Verurteilung. Keine in deren Reihen ausgesprochene richtige Erkenntnis, keine Initiative von Sozialdemokraten im Widertand gegen Hitler, kam anerkennend in Rede. Passagenweise blieb der Stil rüde, so wenn von Karl Kautsky als „Lakaien der Bourgeoisie“ gesprochen wurde, von „sozialdemokratischen Schwindeltheorien“, vom „Bankrott“ der Sozialdemokratie und davon, dass sie den Sieg des Faschismus durch ihre Politik gesichert habe. Da fehlte Konsequenz, sich in Inhalt und Stil von Altlasten zu trennen. Zudem türmten sich neue Hindernisse. Während ultralinke Kreise den Gesinnungswandel als Verrat an der Revolution brandmarkten, reagierte der alle Lehren verweigernde harte Kern sozialdemokratischer Antikommunisten auf das Angebot mit dessen Verdächtigung als bloßen taktischen Trick.

Und dann existierte gegen die Akzeptanz des Gedankens der Einheits- und Volksfront eine weitere unbeseitigte Hürde. In den Reihen der Kommunisten galt das kritiklose Ja zum sowjetischen Weg als unabdingbar, der galt als Vorbild für alle und alle Zukunft. Wie passte das mit dem formulierten antifaschistischen Ziel zusammen? Je mehr in den folgenden Jahren der stalinistische Terror um sich griff und wütete, umso mehr wurde die Position der Kommunisten gegenüber jenen antifaschistischen Kräften erschwert, mit denen sie sich zu einer größeren und wirkungsvollen Kraft verbünden wollten. Die verurteilten die Gewalttätigkeit in der Moskauer Innenpolitik scharf und mit Gründen. Doch der Kongress hatte ausdrücklich bekräftigt, dass Kommunisten von den Bolschewiki zu lernen hätten „wie man kämpfen und siegen muss“, und sie die Sowjetunion „nicht nur im Allgemeinen verteidigen“ müssten, sondern „konkret ihre gesamte Politik und jede ihrer Handlungen“.

Eine denkwürdige Analyse

Das sagte Palmiro Togliatti, der in seiner Rede eine glänzende Analyse der internationalen Lage und deren Tendenzen vornahm. Die war in die Feststellung verdichtet, dass es in raschem Tempo einem Kriege entgehen gehe und der, wie und wo immer er ausbräche, sich zu einem Weltkrieg ausweiten werde, in den auch die Sowjetunion hineingezogen werden würde. Gegen diese Entwicklung müssten die Kommunisten gemeinsam mit allen ankämpfen, die wie sie für den Frieden eintreten. Doch machte der italienische Marxist den Delegierten keine Hoffnungen darauf, dass dieser Kampf einen vollen Erfolg zeitigen könne. Es wäre schon viel erreicht, bliebe der Sowjetunion mehr Zeit, bis ihre Armee zu kämpfen gezwungen sein werde. Zugleich gab Togliatti die zutreffende Unterscheidung zwischen den am Kriege interessierten imperialistischen Staaten und denen, die sich von einem Kriege derzeit nichts oder nur Nachteile versprechen konnten. Zu den Ersteren gehörten Japan, das seinen Krieg auf dem asiatischen Kontinent ins Innere Chinas bereits ausweitete, und Italien, das die kriegerische Eroberung Abessiniens begonnen hatte. Vor allem aber Deutschland, das als der Hauptkriegstreiber anzusehen wäre, dessen herrschende Kreise auf die Hegemonie in Europa aus wären und die nationale Unversehrtheit und Existenz von Staaten wie Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, aber auch Belgiens bedrohten. Von den Aggressoren unterschied er die auf unbestimmte Zeit hin am Kriege „mehr oder minder“ desinteressierten Staaten, die den Status quo wahren oder ihn jedenfalls nicht mit kriegerischen Mitteln verändern wollten. Ihnen zählte er die USA, Frankreich und Großbritannien zu, wobei er die Politik Londons als diejenige ansah, die sich am stärksten der Hoffnung hingab, einem Krieg dadurch zu entkommen, dass Deutschlands Expansionskraft gegen Osten gelenkt würde. Bestätigen sollte sich auch die Einschätzung über die verhängnisvolle Rolle der polnischen Politik, die, von England bestärkt, ebenfalls glaubte, auf einem Sonderweg dem deutschen Zugriff entgehen zu können.

Was Generationen von Historikern nach 1945 über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs immer herausgefunden haben und schreiben, es war an diesem Befund nichts zu ändern. Nur dass diese Späteren bei aller Anmerkungswut meist vergessen, Togliatti auch nur in einer Fußnote zu erwähnen. Stünden die Kommunisten, die dem Kampf um den Frieden und gegen den Faschismus ins Zentrum ihrer Anstrengungen zu stellen hätten, jetzt schon vor schwer lösbaren Aufgaben, so würden sich diese im Kriegsfall noch komplizieren. Sie müssten sich von dem Gedanken verabschieden, der den Krieg als Vehikel auf dem Weg zur Revolution ansehe. Auch in allem, was Togliatti darüber warnend sagte, wie dieser Krieg geführt werden würde, behielt er Recht, es werde in ihm kein Hinterland mehr geben und er würde sich als ein „Vernichtungskrieg“ erweisen.

Eine erneute Kehrtwende

Was das berechtigte Lob entwertete, mit dem von den Leistungen dieses Kongresses geschrieben wurde, oder es zumindest mit Fragen versah, war der Umstand, dass ihm eine nachhaltige Wirkung zugeschrieben wurde, die von ihm aber nicht ausging. Mehrfach wurde ein Bild verbreitet, als würde vom Jahre 1935 bis in die Gegenwart eine Linie kommunistischer Politik sich durchziehen. Hinter der lägen alle Irrwege und Fehler der frühen Jahre. Nun, gleichsam geläutert und ein für alle Mal belehrt, stütze sich diese Politik auf realistische Gesellschaftsanalysen. So jedenfalls im Hinblick auf die Grundfragen, denen sich Kommunisten gegenübersahen und die ihr Verhältnis zu Krieg und Frieden, zum Faschismus und zu den politisch benachbarten, aber konkurrierenden sozialistischen Kräften betrafen, namentlich denen der Sozialdemokratie. Diese Darstellungen gehören in das Reich der Legenden und lassen sich nur glaubwürdig machen, dass Tatsachen tabuisiert werden. So ließen die Autoren der 1966 in der DDR erschienenen „Weltgeschichte in Daten“ die Eintragungen zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung im Mai 1939. Wer sich darin belas, konnte fragen, ob die Kommunistische Internationale und ihr sozialistisches Pendant sich zum Kriegsbeginn im September 1939 ausgeschwiegen hätten.

Verschwiegen wurde, dass Stalin Togliattis Analyse der internationalen Lage mit der Unterscheidung zwischen den am Kriege interessierten und desinteressierten kapitalistischen Staaten im September 1939 mit einem Federstrich erledigte, ja sie geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Er erklärte Großbritannien und Frankreich nun zu den Schuldigen an der Weiterführung des Krieges. Das brachte die kommunistischen Parteien aller Länder, die sich im Kriege mit Deutschland befanden, sofern sie sich auf dieses Zweckbild einließen, in eine falsche Frontstellung, zwang ihnen eine totale Kehrtwende auf und stürzte sie in schwere innere Auseinandersetzungen. Im gleichen Zusammenhang erfolgte eine scharfe Verurteilung der sozialdemokratischen Parteien, die dabeiblieben, den deutschen Faschismus als Friedensbrecher und Aggressor zu brandmarken, gegen ihn zum Widerstand aufriefen und dafür zu Knechten des Imperialismus gestempelt wurden. Stalin, „der große Steuermann“, diktierte der Kommunistischen Internationale eine Rolle, in der sie zur Verfügungsmasse für die sowjetische außenpolitische Strategie wurde, die jeden, auch einen ideologischen Konflikt mit Nazideutschland zu vermeiden trachtete. So wurde der Gewinn des Jahres 1935 preisgegeben. Nicht überall und nicht auf Dauer. Gegen Sektierertum und Antikommunismus sind die Ideen der Aktionseinheit und der Volksfront immer aufs Neue belebt und eingesetzt worden – bis auf den heutigen Tag.

Zu den Bezugnahmen auf den VII. Weltkongress, denen es an Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit fehlte, gehörte auch die beschwiegene Tatsache, dass diese kommunistische Bewegung permanent von Führungskrisen und Auseinandersetzungen in ihren höchsten Gremien gekennzeichnet war und der Umgang mit Genossen, die „abweichende“ Auffassungen vertraten, von Verdächtigungen begleitet und durch Rigorosität gekennzeichnet war. Der Name Nicolai Bucharins, des Vorsitzenden des Exekutivkomitees, der 1928 den Bericht erstattet und das Referat zum Programm der Komintern gehalten hatte, kam nicht mehr vor. Er hatte seine herausragende Rolle an der Spitze der Komintern wie der KPdSU verloren, wenn er vorerst auch noch an minderem Platze in der sowjetischen Partei Verwendung fand. 1937 verhaftet, wurde er 1938 unter konstruierten Anklagen zum Tode verurteilt und erschossen.

Von den drei deutschen Kommunisten, die 1928 im Präsidium der Tagung gesessen hatten, war sieben Jahre später niemand mehr dabei. Clara Zetkin verstarb 1933, seit diesem Jahr befand sich Ernst Thälmann in der Gewalt der deutschen Faschisten und Hermann Remmele, der 1928 zudem in das Exekutivkomitee wieder gewählt worden war, hatte in politischen Auseinandersetzungen 1932/1933 seine Ämter an der deutschen Parteispitze verloren. 1939 ließ ihn Stalin erschießen. Auch Philipp Dengel, der zu den deutschen Mitgliedern dieses Komitees gehört hatte, verlor schon im Jahr nach dem Kongress seinen einflussreichen Platz in der deutschen Partei. Gleiches galt für Arthur Ewert, einen Kandidaten des Exekutivkomitees. Zu den zu lösenden, aber nicht einmal formulierten Aufgaben des VII. Weltkongresses hätte gehört, sich von dieser Praxis ein für alle Mal zu distanzieren und einen demokratischen innerparteilichen Stil verbindlich zu fixieren. Nichts dergleichen geschah und das bedeutete, dass der alte noch weitere Jahrzehnte Dasein und Entwicklung der kommunistischen Bewegung schwer schädigte.

Zudem leistete der Kongress einen Beitrag zur Verfestigung des Stalinkultes, er wurde als „Führer des internationalen Proletariats“ apostrophiert und mit Marx, Engels und Lenin in eine Viererreihe gestellt. Die Vorstellung, wonach er und die Seinen im Besitze der ganzen Wahrheit sich befänden, andere die Bewegung auf Irrwege führen oder ihr Schlimmeres noch antun würden, samt der These, dass die Kämpfe im Inneren geradezu Bedingung des Fortschreitens und Siegens wären, galt als marxistische Erkenntnis. Sich von ihr zu trennen, bedeutet nicht der Gegenthese zu huldigen „Jedem seine Wahrheit“, sondern bei der forschenden Suche nach Weg und Ziel sich selbst von Irrtum nicht freizusprechen, Zweifel nicht auszuschließen und der Meinung der Genossen im Kampfe Respekt entgegenzubringen.

junge Welt, Freitag, 06.08.2010, S. 10.

Eine verschwiegene Tatsache

Geschichte als Märchen – das ist die gelindeste Überschrift, die den Texten voranzustellen gewesen wäre, mit denen in den Medien der Bundesrepublik in Wort und Bild von den Feierlichkeiten berichtet wurde, die aus Anlass des 60. Jahrestages der Verkündung der „Charta der Vertriebenen“ veranstaltet wurden. Ihr Mittelpunkt war das Schloss zu Stuttgart. Die Staatsprominenz, soweit nicht in Urlaub, fand sich vollständig ein. Interpretiert wurde das Ereignis allen Ernstes als Aufbruch der Deutschen nach Europa, diesmal nicht mit Armeen. Klebte einer der Redner dem Ereignis das Etikett „Gründungsdokument der Bundesrepublik“ auf (bisher wurde eher das Grundgesetz dafür ausgegeben), wird ein anderer mit der Behauptung zitiert, damals sei „der Grundstein zur europäischen Versöhnung“ gelegt worden. Ja, wurde eingeräumt, nicht alle späteren Erklärungen hätten den Geist der Versöhnung geatmet, womit man zart auf Proklamationen ungenannter Landsmannschaften anspielte. Mit Vorsatz verschwieg man, um nur ein einziges Beispiel zu erwähnen, dass man Jahrgang für Jahrgang den Schülern in den allgemeinbildenden Lehranstalten der Bundesrepublik Deutschland politisch-geografische Karten von Europa ausgehändigt hatte, in denen die Gebiete jenseits von Oder und Görlitzer Neiße als deutsche Lande gekennzeichnet waren. Die Karten mussten nicht von Vertriebenenfunktionären in den Lehrbetrieb eingeschleust werden. Hergestellt in privaten Verlagen unter Beteiligung von Historikern, von denen nicht wenige selbst Pädagogen waren, hatten diese Lehrmittel eine staatliche Zulassungsbehörde passiert. Sie waren gebilligt von den zuständigen Ministern der Länder Bayern bis Schleswig-Holstein, Damen und Herren mit unterschiedlichen Parteibüchern.

Was in Stuttgart stattfand, gründete sich auf die unverschämte, doch durchaus nicht unbegründete Spekulation, dass die Deutschen, die einen mehr, die anderen weniger, vergesslich sind, namentlich in Sachen ihrer Geschichte, und dass viele Bürger sich ihre Geschichte gern verklären lassen, während sie von „den Anderen“ die Wahrheit und nichts als die Wahrheit einfordern.

Ossietzky, 17/2010, 21. August 2010, S. 645-646.

Aus der Schwabenmetropole

Die Abonnenten der *Stuttgarter Zeitung* mochten am 20. August 2010 ihren Augen nicht trauen, als sie in ihrem Blatt auf die Überschrift stießen: „Selbst Konservative sind für die Kommunistin“. Doch konnten sie, weiterlesend, erleichtert durchatmen. Weder Sahra Wagenknecht noch eine – andere Sympathien für den Kommunismus – hegende oder ihrer nur verdächtige Frau war gemeint. Die Parteinahme galt einer Toten. Die gibt seit 1946 einer Straße im Stadtteil Sillenbuch der baden-württembergischen Landeshauptstadt ihren Namen. Dort hat sie Ende des 19. Jahrhunderts gewohnt und gelebt. Die Rede ist von Clara Zetkin. Die Erinnerung an sie im öffentlichen Raum zu pflegen, wurde möglich, als der Faschismus durch die Alliierten Armeen zur Strecke gebracht war. Diese Frau hatte es vielfach verdient, zuletzt noch durch ihr Auftreten in Deutschland im Jahre 1932, als sie als Alterspräsidentin des eben gewählten Reichstages die Eröffnungsansprache hielt. Es war ein antifaschistischer Mahnruf.

Die Bezeichnung für die Wohnzeile hat in Stuttgart anders als in Berlin die von antikommunistischer Wut geleiteten Tilgungen der neunziger Jahre überstanden. Und ihre Beibehaltung wird nun von den Sozialdemokraten bis zu den Konservativen, genauer: deren Vertretern im Lokalparlament, verteidigt. Das ist umso mehr hervorzuheben, als die „Rücktaufe“ der Clara-Zetkin-Straße im Berliner Bezirk Mitte so etwas wie ein parteienübergreifendes Gemeinschaftswerk war, an dem Sozialdemokraten maßgeblich mitwirkten. Die dort seit 1951 nach der Revolutionärin benannte Straße, die die beiden Seitenflügel des Gebäudes der Humboldt-Universität tangiert, stößt an ihrem westlichen Ende nahezu direkt auf das Gebäude des Reichstages. Das machte Sinn. Nur nicht den von der Abgeordnetenmehrheit des Bundestages gewünschten. Die Kommunistin hatte einer Dame mit dem Namen Dorothea zu weichen, einer Kurfürstin von Brandenburg und gebürtigen Prinzessin von Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

In Stuttgart, wo der in den Gemeinderat geratene Republikaner glaubte, mit seinem Vorstoß einen Skandal erzeugen zu können, eine Praxis, die ganz in der braunen Nazitradition liegt, wird die Kommunistin Namengeberin der Straße bleiben – wenn die dafür parteinehmenden Bürger sie auch gehörig weit von denen abrücken wollen, die heute in ihrer Tradition agieren, und Clara Zetkin deshalb zu einer akzeptablen Ausnahmeerscheinung der revolutionären Linken zurechtmachen. Eine gewisse Originalität kann im Chor der Fürsprecher das Argument einer zu Rate gezogenen Historikerin beanspruchen, die dem Einwand, die Frau sei doch keine Demokratin gewesen, entgegenhielt, das sei nach zeitgenössischem Verständnis auch Bismarck nicht gewesen und dennoch käme niemand auf den Gedanken, die nach ihm benannten Straßen in Deutschland umzutaufen.

Soviel aus der Schwabenmetropole.

Ossietzky, 18/2010, 4. September 2010, S. 671.

Die Lüge vom „deutschen“ Blut

Vor 75 Jahren beschloss der faschistische Reichstag in Nürnberg die Rassengesetze

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts waren in den deutschen Teilstaaten, in einem früher, in anderen später, Gesetze oder Gesetzesartikel gefallen, welche die Bürger jüdischen Glaubens unter ein Sonderrecht gestellt hatten. Als das Deutsche Reich Bismarcks 1871 gegründet und ihm eine Verfassung gegeben ward, galt der Rechtsgrundsatz der Gleichheit von Juden und Nichtjuden, wenn es an seiner Wahrung mitunter auch haperte und der Kampf um seine Einhaltung wie gegen jede Form des Antisemitismus seine aktiven Verfechter nur in der Arbeiterbewegung, in demokratischen Kleingruppen und einzelnen Personen besaß.

Einschneidende Veränderungen

Das Dritte Reich machte dem ein Ende. Das geschah am 6. April 1933 mit dem von der eben dazu ermächtigten Regierung beschlossenen Gesetz, das den beirrenden Titel „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erhielt. Es bestimmte die Entfernung der wenigen sozialistischen, treu republikanischen und mit ihnen alle jüdischen Beamten und Angestellten aus allen Ebenen des staatlichen Apparats. Damit wurde eine Norm vorgegeben, die alsbald weit in die sich faschistisch wandelnde Gesellschaft wirkte und das Leben der Juden in den Reichsgrenzen zunehmend und einschneidend veränderte. Nicht nur dass an städtischen Theatern vom Regisseur bis zum Bühnenarbeiter, an Universitäten vom Hochschullehrer bis zum Labortechniker, an städtischen Krankenhäusern vom Chefarzt bis zum Pfleger Juden ihre Arbeitsplätze zur räumen hatten, auch in anderen Bezirken der Gesellschaft „verschwanden“ Juden, so aus Aufsichtsräten und Vorständen von Banken, Versicherungen und industriellen Unternehmen, wo sie die Geschäfte mit den neuen Machthabern störten. Manche wurden auch auf hinteren Plätzen „versteckt“, so dass aus einem Prokuristen ein Angestellter auf minderen Platz wurde. Ähnliches geschah außerhalb der Arbeitswelt. Gesellschaften, Organisationen und Vereine entfernten Juden aus ihren Leitungen oder gar ganz aus den Mitgliederlisten.

Es begann ein schleichender Prozess der Isolierung der jüdischen Deutschen in der Gesellschaft, in der sie und Generationen ihrer Vorfahren gelebt und in die sie hineingewachsen waren. Was mit ihnen geschah, hatte vor kurzem noch ihr Vorstellungsvermögen überstiegen. Viele verstanden auch jetzt nicht, warum und wie es vonstattengehen konnte.

Vor dem Folgenden sind die frühen Schikanen und Leiden der deutschen Juden verblasst. Das sollten sie jedoch im Geschichtsbild der Deutschen auch nach Jahrzehnten nicht. Denn sie stehen für die Anfänge, denen zu wehren war und denen angesichts des noch ungefestigten Naziregimes auch folgenlos hätte gewehrt werden können. Vorausgesetzt, Verstand und Anstand und nicht Hilflosigkeit, Gleichgültigkeit und Unterwürfigkeit würden unter denen geherrscht haben, die keine Nazis waren. Das taten sie aber nicht.

Eine Minderheit der Verfolgten reagierte mit der Flucht aus Deutschland. Nach Schätzungen waren das im ersten Jahr der Diktatur etwa 30.000 bis 35.000 Personen. Deutschland erlebte einen Aderlass an herausragenden Persönlichkeiten und hochqualifizierten Kräften ohne Beispiel. Nur die Namen der Bekanntesten haben sich dem „nationalen Gedächtnis“ über Generationen eingeprägt: Albert Einstein und Max Born, Lion Feuchtwanger und Arnold Zweig, Max Reinhardt und Alexander Granach, insgesamt nicht mehr als etwa ein Dutzend. Die Zahl der Deutschland Fliehenden wäre größer noch gewesen, hätten dem nicht Hindernisse entgegengestanden. Zu den Inneren gehörten die emotionalen Bindungen an dieses Land, von dem nahezu einhundert Jahre zuvor ein Jude gesagt hatte: „Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein anderes.“ Und Bindungen an Verwandte und Freunde, auch an das nicht transferierbare Eigentum. Dazu traten äußere Hindernisse: die ungewisse Zukunft in der Fremde, restriktive Einwanderungsquoten und -bedingungen, mit denen Staaten den Zustrom von Flüchtlingen unterbanden oder strikt begrenzten. Und zu alledem der Glaube, es werde so ganz schlimm nicht kommen und vorübergehen. Er führte sogar dazu, dass Juden, die sich zunächst jenseits der deutschen Grenzen in Sicherheit gebracht hatten, wieder an ihre bisherigen Plätze zurückkehrten.

Alle Schritte der Benachteiligung von Juden, mit denen ihre Vertreibung ins Ausland begann, wurden vor der eigenen Bevölkerung und dem Ausland mit verlogenen Begründungen gerechtfertigt. Diese blieben vorerst noch unterhalb des von den Naziideologen verfochtenen rassistischen Antijudaismus und deutlich hinter den absurden Thesen der judenfeindlichen Propaganda, die in Wort und Schrift in Deutschland verbreitet wurde, ohne dass ihr jemand öffentlich hätte widersprechen können.

Noch wurde die Praxis des Antisemitismus von Staats wegen mit Behauptungen begründet, aus denen sich Hoffnungen auf einen gemäßigten und abflauenden Judenhass nähren ließen: Die Juden hätten auf das Leben in Deutschland einen übermächtigen fremden Einfluss ausgeübt, der reduziert werden müsse. Oder – im Frühjahr 1933 – sie würden das Ausland mit Gräuelmeldungen über das „neue Deutschland“ versorgen und ihm, weil sie dort antideutsche Kräfte mobilisierten, schaden. Diese Argumente, so haltlos sie waren, bewegten sich auf politischer Ebene. Sie suchten, sich in einer jahrhundertealten Traditionslinie bewegend, glaubhaft zu machen, die Juden hätten die Behandlung selbst verschuldet, die sie erführen, und also stände es in ihrer Macht, das zu ändern. Diese Lügen verschleierten das unaufgegebene strategische Vorhaben, Deutschland „judenfrei“ zu machen. Es half die Vorstellung bilden, die antijüdische Politik der Machthaber werde auf einer bestimmten Stufe zum Halt kommen.

Die Verabschiedung der Vernunft

Die am 15. September 1935 vom Reichstag, der während des NSDAP-Parteitages in Nürnberg zusammengetreten war, beschlossenen Rassengesetze, das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, sowie das am 18. Oktober folgende „Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ zerstörten dieses Wunschbild. Sie glichen die Gesetzgebung der Ideologie und Propaganda an, jener skrupellosen Hetze gegen die Juden, deren Wortführer die Wochenzeitung „Der Stürmer“ war. Nun wurde in Artikel und Paragraphen gegossen, was der braune Mob schon vor 1933 auf Deutschlands Straßen gebrüllt hatte:

Die Religion sei einerlei, im Blut der Juden liege „die Schweinerei“. Von da an und davor gab es kein Entrinnen mehr, keine Berufung auf ein früheres Verdienst, kein Wohlverhalten des Augenblicks. Wie in Lessings „Nathan“ war jedes Argument zugunsten der Juden oder auch nur eines Einzelnen von ihnen hinfällig und abgetan. Wer es vorzutragen wagte, dem wurde nicht nur wie dem Tempelritter abwehrend geantwortet „Tut nichts!“. Er galt selbst als „verjudet“ oder als ein „Judenknecht“. Durch das Reich waberten die Schwaden der faschistischen Inquisition. Die Hinnahme dieser Nürnberger Gesetze bedeutete die Verabschiedung der menschlichen Vernunft.

Ihr Inhalt ist bekannt: Den zu Besitzern des deutschen Blutes erklärten Mehrheit der Deutschen und der Minderheit der zu Trägern jüdischen Blutes erklärten jüdischen Deutschen wurde die Eheschließung und jeder Geschlechtsverkehr mit „Ariern“ verboten. Die jüdischen Männer diffamierend wurde bestimmt, dass Nichtjüdinnen in deren Haushalten nicht länger beschäftigt werden durften. Alle sogenannten Mischehen wurden zur Sünde wider das Blut und stellten deren nichtjüdische Partner außerhalb der Volksgemeinschaft.

Jene, die hinnahmen, dass sie als Träger des „deutschen Blutes“ formiert wurden, waren ein Stück weiter und mehr zu Instrumenten eines Regimes gemacht, dessen Opfer am Ende auch Millionen von ihnen wurden.

„Kein nach der nationalsozialistischen Revolution erlassenes Gesetz ist eine so vollkommene Abkehr von der Geisteshaltung und der Staatsauffassung des vergangenen Jahrhunderts wie das Reichsbürgergesetz. Den Lehren von der Gleichheit aller Menschen und von der grundsätzlich unbeschränkten Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staate setzt der Nationalsozialismus hier die harten, aber notwendigen Erkenntnisse von der naturgesetzlichen Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Menschen entgegen. Aus der Verschiedenartigkeit der Rassen, Völker und Menschen folgen zwangsläufig Unterscheidungen in den Rechten und Pflichten der einzelnen. Diese auf dem Leben und den unabänderlichen Naturgesetzen beruhende Verschiedenheit führt das Reichsbürgergesetz in der politischen Grundordnung des deutschen Volkes durch.“

Aus dem Kommentar von Stuckart und Globke

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. September 2010, S. 24.

Klug, kritisch, warmherzig

Jan Peters – ein Historikerleben in der DDR

Wie weiter und wie lange noch?“ Mit der vor allem an ihn selbst gestellten Frage entlässt der Autor, der den größten Teil seines achten Lebensjahrzehnts schon hinter sich hat, seine Leser. Jan Peters hat sie nicht mehr beantworten müssen. Wenige Tage, nachdem er sein Buch druckfrisch in den Händen hielt, ist er – am 30. Juni dieses Jahres – verstorben.

Um es vorweg zu sagen: Sein Erinnerungsband steht in einer Reihe mit den Memoiren aus den Federn der Kollegen Joachim Petzold und Fritz Klein. Und wer sich mit den Geschichtsinstituten an der Akademie der Wissenschaften der DDR – jeder der drei gehörte einem anderen an – je befassen will, wird an diesen nicht vorbeikommen. Peters gehörte zwei volle Jahrzehnte zum Forscherstab des international hoch renommierten Kuczynski-Instituts für Wirtschaftsgeschichte und in ihm zum Kreis profilierter Fachleute, bis es 1991 der „Abwicklung“ verfiel.

In Berlin geboren reiste Jan Peters, dreijährig, mit seinen Eltern nach Charkow, wo sein Vater an einem Physikalischen Institut arbeiten kann. Dorthin ist die Familie den Nachstellungen der Faschisten entkommen, den politischen ebenso wie denen unter rassischen Vorwänden. Drei Jahre später, 1938, wird sie jedoch ohne Begründung aus dem „Vaterland der Werktätigen“ ausgewiesen. Sie kann sich zu Bekannten und Verwandten nach Schweden wenden. Stockholm wird zweiter Zufluchtsort. Dort beginnt Jans Schulzeit.

Der Vater ist der erste, den es nach der Zerschlagung der Nazimacht nach Deutschland zurückzieht. Die Familienangehörigen folgen 1947. Während die Eltern in der Volksbildung an verantwortlichen Plätzen zu arbeiten beginnen, besucht der Sohn in Blankenfelde eine Oberschule im Aufbau. Er studiert in Greifswald und beginnt dort als Assistent am Historischen Institut seine wissenschaftliche Karriere. Die wird nach politischen Querelen zunächst unterbrochen. Peters arbeitet nun als Journalist am Radiosender Berlin International für dessen nach Schweden gerichtetes Programm. Dann wechselt er in die Akademie der Wissenschaften, in die Forschungsorganisation und -bürokratie. Später nimmt er den Auftrag an, das DDR-Kulturzentrum in Stockholm zu leiten. 1970 schließlich tritt er in das Kuczynski-Institut ein, zunächst mit der Hauptaufgabe, die angesehenen Jahrbücher für Wirtschaftsgeschichte herauszugeben, dann aber doch an einem Platz, an dem er sich seinem Forschungsinteresse widmen kann.

Diese Aufzählung allein mag ein Bild davon geben, dass der Mann, der die Geschichte der DDR aus so verschiedenen Blickwinkeln erlebte und mitgestaltete, „etwas zu erzählen“ hat. Dabei ist er seit Beginn der 80er Jahre mehr und mehr in inneren Konflikt geraten, hat sein politisches Engagement reduziert, wollte aus der SED austreten, hat es dann doch noch nicht getan, sondern erst, als er 1990 meinte, sie hätte sich bußfertig selbst zu liquidieren – eine Meinung, von der er rückblickend sagt, sie sei doch fragwürdig gewesen.

Peters entwickelte sich zu einem Experten auf dem Felde der frühneuzeitlichen Agrargeschichte und hat sich zudem einen Namen auf dem Gebiet der Exilforschung gemacht. Was lag für ihn näher, als sich der Geschichte des Exillandes Schweden zuzuwenden. Das hieß – wie die Dinge im Kalten ideologischen Krieg lagen, denkt man an die Emigranten Karl Mewis, Herbert Warnke, Paul Verner, Richard Stahlmann und Herbert Wehner – ein heißes Eisen anfassen. Es dauerte, bis die Resultate dieser Forschungen einem größeren Leserkreis zugänglich wurden. Das geschah, als Olof Palmes zu einem Staatsbesuch kam, dem das druckfrische Werk geschenkt wurde.

Der Teil des Buches, der dem Autor mit den Ehemaligen seiner Akademie-Kollegen wohl die stärksten Diskussionen beschert haben würde, betrifft seine Sicht auf den Untergang der DDR und vor allem, das verwundert, die Vernachlässigung der Wirtschaftsgeschichte des ost deutschen Staates zugunsten der Konzentration auf die politische und geistige Geschichte. Stoff zum Streit der Meinungen gäbe auch das Bild von den Antrieben, die zur Politik der „Abwicklung“ führten.

Jan Peters sagt von sich, er habe Glück gehabt, denn sein Weg führte ihn nach 1990 nicht auf Arbeitsämter oder zu seiner Qualifikation fernen Tätigkeiten. Seine wissenschaftliche Karriere setzte sich als Leiter einer gut dotierten Arbeitsstelle des Göttinger Max-Planck-Instituts fort und führte zu einer Berufung auf eine C4-Professur an der zur Universität erhobenen Potsdamer Hochschule. Hier hat er bis 1999 eine produktive Arbeitsgruppe junger Wissenschaftler formiert, die sich mit der „Erforschung der ostelbischen Gutsherrengesellschaft“ befasste. Schade, dass hier die Neugier des Lesers bezüglich Ergebnisse und Fortschritte unbefriedigt bleibt.

Viel lässt sich hingegen anderweitig aus dieser letzten Hinterlassenschaft des Forschers gewinnen. Dazu zählt die Bekanntschaft mit dessen Vorfahren, bildungsbürgerlichen Familien, deren „Vorstände“ Professoren an deutschen und ausländischen Universitäten waren, Astronomen und Mathematiker, ein Rechtsanwalt und ein Justizrat, Inhaber von staatlichen und anderen Ehrungen. Sie besaßen einen weiten, teils namhaften Freundes- und Bekanntenkreis, aus dem viele, sei es nach Aktenbefunden, sei es aus Jan Peters persönlicher Kenntnis, warmherzig geschildert werden. So gehört das Werk in weiten Passagen auch in das im Aufwind befindliche Genre der Familiengeschichten.

Jan Peters: Menschen und Möglichkeiten. Ein Historikerleben in der DDR und anderen Traumländern. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011. 559 S., geb., 78,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 15. September 2011, S. 17.

Das endlose Gelaber

Standpunkt. Das passt den führenden deutschen Medien in den Kram: Mit Thilo Sarrazins demagogischen Thesen lässt sich die Bevölkerung bestens von ihrer weiteren Ausplünderung ablenken

Das Wort „Gelaber“ ist in deutschen Landen nicht gleichermaßen geläufig. Der Duden bezeichnet es in der Verbform „*labern“* als der Umgangssprache zugehörig. Für das Substantiv „Gelaber“ aber vermerkt er, es werde regional benutzt. Auch der, zu dessen aktivem Sprachschatz das Wort nicht zählt, weiß doch, dass er sich „*labern“* in „dummes Zeug reden“, „ohne Ende schwatzen“, „einfältig schwadronieren“ übersetzen kann und für „Gelaber“ auch die Bezeichnungen „Geschwätz“, „Geschwafel“, „Gesülze“, „Salbaderei“ oder auch das neuere „Blabla“ stehen können, wovon letzteres mit „Gelaber“ obendrein eine Klangverwandtschaft aufweist.

Aber genug der Linguistik. Sie drängte sich beim Wort „Gelaber“ hier vor, weil kaum ein angemesseneres Wort für jene nahezu Abend für Abend in deutsche Fernsehstuben gesendeten Talkshows gefunden werden kann, Veranstaltungen, die irreführend auch „Sarrazin-Debatte“ genannt werden. Das kann einem vorkommen, als würde der Garderobehaken mit dem Mantel verwechselt, der an ihn gehängt ist. Was wird hier in Wahrheit be- und zerredet und worüber wird geschwiegen? Was besagt das Echo eines Buches, das in diesem Fall mehr Interesse beanspruchen kann als das Gedruckte. Denn das Lesbare gibt über seinen Inhalt hinaus häufig auch Auskunft über den Autor, das Echo aber viel über die Gesellschaft, in der es entsteht.

Erledigen wir die Sache mit dem „jüdischen“ und dem „baskischen Gen“ vorab. Eine aufgeklärte Gesellschaft wäre daran so souverän vorbeigegangen wie ein gut genährter Wachhund an einem Aas. Und ein wenig mehr noch: Solche Gesellschaft würde sich um einen Text als Ganzes nicht weiter gekümmert haben, aus dem es so riecht. In der hiesigen indessen ist deren Gliedern diese geistige Absonderung in Auszügen serviert und zum Konsum empfohlen worden. Zuerst in der Zeitschrift *Spiegel* und – gleichzeitig – in dessen Bruderorgan *Bild.* Beide kamen ihrer Informationspflicht nach. Dann folgte eine Schreibergilde quer durch den deutschen zunehmend geschädigten Pressewald. Dazu gesellten sich, wie erwähnt, auf Ausbeutbares lauernde Meisterinnen und Meister der Volksaufklärung in den Fernsehstudios.

So und nicht durch Auslagen in Buchhandlungen wurde der deutsche Michel geweckt und mit Dogmen und Parolen versorgt, die ihm der Mann mit dem sozialdemokratischen Parteibuch, der Noch-Vergütung eines Vorstandsmitgliedes der Bundesbank und nun einer erhöhten 10 000-Euro-Pension mitzuteilen wünschte. Ohne diese eilfertige Kollaboration der Medien wäre diese Wirkung nie erreicht worden. Fragt sich: Warum haben sich diese Richtungsweiser der öffentlichen Meinung des Buches so liebevoll angenommen?

Endlich „Wahrheiten"

Nach kurzer Zeit verband sich mit der weitgehend nur vorgetäuschten Debatte über den Inhalt des Buches eine weitere. Gefragt wurde: Darf derlei in der Bundesrepublik eigentlich gedruckt und verbreitet werden? Wer dagegen Einwände erhob, geriet unter die Anklage, das Recht auf Meinungsfreiheit beschneiden zu wollen, kein Demokrat zu sein, zumindest eine andere Meinung, besser aber noch; die unangenehme Wahrheit nicht „aushalten“ zu können**.** *Er* war in die Lage gebracht, in Deckung zu gehen und sich zu verteidigen. Die zu stellende Frage aber, die Klärung verdient, lautet nicht: Zulassung oder Verbot. Sie richtet sich an Verleger von Büchern (in diesem Fall die Deutsche Verlags-Anstalt) und Redaktionen von Zeitungen (insbesondere die schon genannten) und erforscht, wie sie, die eine Rolle als Aufklärer beanspruchen, dies mit der massenwirksamen Verbreitung widerwissenschaftlicher, erkennbar volksverdummender Thesen und Ansichten vereinbaren können.

Auf die vorwurfsvolle Frage haben die Damen und Herren der einschlägigen Häuser indessen eine Entgegnung parat. Niemand von ihnen identifiziert sich mit dem Autor, niemand erklärt sich als dessen Parteigänger, jede und jeder wehrt sich, Verfechter einer seiner Thesen zu sein. Sie erklären einhellig ihr mehr oder weniger tief gespaltenes Verhältnis zu diesem Druckwerk, dessen Autor sich

„schrecklich verirrt“ habe. Was er schrieb, bestehe jedoch aus zwei in dieser Betrachtung als ganz unzusammenhängend dargestellten Teilen. Den einen charakterisieren die „Rezensenten“ mit der verharmlosenden Vokabel „Unsinn“, gelegentlich fallen gar Wörter wie „Mist“. Darauf folgen im Minimum drei in Versalien geschriebene „ABER“. Denn da wäre doch jener andere Teil, der Seiten der bundesdeutschen Wirklichkeit richtig abbilden würde. Jener andere sei demgegenüber zu vernachlässigen, eigentlich auch etwas Alltägliches, bei dem man sich nicht weiter aufzuhalten hätte. Diese Absolution wird mit Argumenten gestützt wie: Auch in der Bibel stünde Falsches und Richtiges beieinander. Wer aber die Wahrheit schreibe, dem könne doch ein gewisses Verdienst nicht abgesprochen werden.

Die famose Differenzierung lässt fragen, wie dieses Personal Reden Adolf Hitlers analysieren würde? Es lassen sich ihm nämlich deren viele präsentieren, in denen dieser Demagoge von Format und ohne geringsten Skrupel neben seinem „Unsinn“ Wahrheiten die Menge gesetzt hat, namentlich solche, die Zu- und Missstände der deutschen Gesellschaft der Weimarer Republik betrafen. Der Mann würde das Reichskanzlerzimmer Bismarcks in der Berliner Wilhelmstraße nie gesehen haben, wäre er auf Plätzen und in Versammlungssälen den Deutschen nur mit dem „deutschen“, „artverwandten“, und „jüdischen Blut“ und mit den Germanen und den Ariern gekommen. Er hat von der Armut von Millionen, von der Gleichgültigkeit der Regierenden, der Korruption in den Kreisen der Politik und weiterer Tatsachen gesprochen und so seine Gefolgschaft formiert. Und damit mit diesem Verweis in die deutsche Geschichte niemand kommt und erklärt, hier sei der Sarrazin zum Nazi oder zu Hitlers Lehrling erklärt worden, sei gesagt: Hier wird einzig illustriert und darauf bestanden, wie unsinnig es ist, ein antiaufklärerisches Buch zu empfehlen, weil sich in ihm auch „Wahrheiten“ finden lassen.

Zu den „Verdiensten“ des Autors gehört nach dem Befund vieler, er habe ein Tabu gebrochen. Das ist eine modische Empfehlung und erprobte Reklamefloskel, mit der heutzutage viele Druckwerke auf den Weg zu ihren Lesern geschickt werden. Hier aber, so die differenzierenden Geister weiter, handele es sich nicht um das Ende eines Beschweigens allein. Der Mann habe der Seele des Volkes endlich Gehör verschafft: Was er niederzuschreiben sich getraute, habe Millionen geradezu eine Erleichterung verschafft, sie mit neuer, längst aufgegebener Hoffnung erfüllt. Die Wirkung des „Wahren“ und „Richtigen“, das sich auf den Seiten dieses Werkes lesen lasse, wird in den Rang einer endlichen Erlösung geredet und geschrieben. Man müsse offen über die Zukunfts- und Sicherheitsängste der Menschen sprechen. Am besten, in dem man diesen ungenannten noch das Horrorszenario hinzufügt, dass ihre Nachfahren dereinst sich im Gewimmel primitiver Fremder werden behaupten müssen. Auch das hatten wir schon. Doch mögen weitere Reminiszenzen beiseite bleiben. Hier sei nur noch angemerkt, dass von den anderen, die keiner Erlösung dieser Art bedürfen, dieses Buch ablehnen, seinen Inhalt verwerflich und als Ausgangspunkt für jegliche Debatte ungeeignet finden, in seinem Erscheinen und der dafür gemachten Reklame einen Skandal erblicken, ungleich weniger gesprochen wird. Vorgeführt werden „Erlöste“, die übrigens selten gefragt werden, ob sie gelesen haben, was da in Rede steht und ihre Billigung findet. Kritiker entgehen hingegen im Straßeninterview nur selten der Frage nach ihrer Belesenheit.

Politiker gestehen Fehler

Ein gesondertes Wort verdient das Echo aus den Mündern „unserer“ Politiker. Die wurden zahlreich vor Fernsehkameras und Rundfunkmikrofone gebeten, wo sie dem Autor und dazu Journalisten, Publizisten, gar einer Schriftstellerin begegneten, Runden, in denen sich merkwürdigerweise aus der doch nach Tausenden zählenden Schar von sachkundigen Medizinern und Biologen niemand einfand. (Die haben sich auch sonst verhalten wie der schon beschriebene satte Wachhund.) „Unsere“ Politiker nun lieferten zunächst wortreich Beweise der auch ihnen gegebenen Fähigkeit differenzierten Denkens und Urteilens und wiesen jede Unterstellung ab, dass es ihnen an Demokratieverständnis mangele. Sodann bezogen sie die Position „großer Jagdhund“, will sagen, sie zeigten sich selbstkritisch. Was ihr sozialdemokratischer Kollege (da an Richtigem geschrieben habe, verweise auf Versäumnisse der Politik im Allgemeinen und, da werden die Stimmen leiser, auch der eigenen. Da müsse geändert, gebessert, korrigiert, präzisiert, gehandelt und gewandelt werden.

Was vor allem? Die Verbindung zu den Massen. An der habe es mehr oder weniger weitgehend gefehlt. Wie diese „Lücke“ zustande gekommen sei, ob es sich um eine strukturelle, zufällig oder sonst irgendeine handelte, erklärt niemand. Ursachenforschung ist nicht in, hingegen das Versprechen eigenen Lernens und zwar alsbald. Jedenfalls müsse der Abstand zwischen Regierenden und Regierten beseitigt werden, zumal daraus Gefahren verschiedenster Art drohen würden.

Was wird zu diesem Zwecke getan werden? Die Antwort lautet unisono: Wir müssen mehr miteinander reden. Das hört sich bekannt an und erinnert an reiche Erfahrungen. Die Rollen sind klar verteilt. Die einen reden und die anderen hören zu. Die Redenden erklären, dass es zu ihren Beschlüssen und Wegen keine Alternative gibt, verweisen auf Sachzwänge, fordern Einsicht und Geduld. Über diese Methode und ihren Zweck hat Heinrich Heine das Nötige gesagt. Zu diesen Reden vom Wandel gehört der wortreiche Hinweis: Wir haben ja manches schon getan. Es muss aber noch mehr und besser getan werden. Das können wir nicht alleine, dabei müsst ihr uns helfen und mitmachen. So weiß das Völkchen Bescheid und fühlt sich obendrein gerufen und gebraucht. Werden die Versprechen der Politiker eingehalten, steht den Deutschen eine weitere Redeschwall- und Charmeoffensive bevor.

Zurück zu der bis hierher zurückgestellten Frage, warum den Chefs der großbürgerlichen Presse und den Dirigenten von Rundfunk und Fernsehen das Buch Sarrazins so bedeutsam erschien, dass sie ihm solche gesellschaftliche Aufmerksamkeit verschafften. Kurz gesagt: Mit ihm ließ sich eine landesweite Auseinandersetzung auslösen und nähren, die ihnen in den ideologischen und politischen Streifen passt. Ihr vorgegebenes Thema lautet: die Integration der Menschen mit „Migrationshintergrund“. Gemeint sind in Wahrheit zwei Fragen: Wie viele Ausländer sollen in Deutschland bleiben? Und wie haben sich diese Ausländer unter uns und zu uns zu verhalten, besser: zu benehmen. Noch besser: Wozu sind sie verpflichtet? Beide Fragen müssten nun endlich in dieser Gesellschaft besprochen, geklärt und beantwortet werden müssen.

Von Hauptfragen ablenken

Warum sagte in diesen Laberrunden eigentlich niemand einmal laut: Hier wird eine *Nebenfrage* der Gesellschaft zu ihrer aktuellen Hauptfrage gemacht? Weil nicht eingestanden werden darf, dass die Probleme des Lebens dieser hoch fraktionierten Menschengruppe, auf die momentan die Scheinwerfer grell gerichtet werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Probleme sind, die aus dieser Gesellschaft hervorwachsen, gleichsam einen ihrer Spezialfälle darstellen. Hier liegt in Wahrheit die Tabuzone. Diese deutsche Gesellschaft driftet auseinander, das bestreitet *noch* kaum jemand, stattdessen werden dafür Erklärungen und Rechtfertigungen geliefert. Das dafür gebräuchliche Bild ist die auseinandergehende Schere von Reich und Arm. Die Tatsachen sind längst in unserem Sprachgebrauch, Prekariat beispielsweise. In den Städten, sondern sich Reich und Arm in Wohngegenden in einem bisher unbekannten Grad. Die Zahl der vornehm „Tafeln“ genannten Armenküchen und Verpflegungsstellen wächst. Kinder erhalten in Schulen ihre erste Tagesmahlzeit, nicht in ihren Familien. Hunderttausende angestrengt Arbeitende können ihre Familien nicht durchbringen und erbetteln auf Ämtern, ein wenig von dem, was ihnen fehlt.

Das ist der „Hintergrund“ vor dem die speziellen Situationen und Probleme entstehen, die in dieser „Sarrazin-Debatte“ unerträglich genannt und deren Abschaffung gefordert wird. Brauchen wir nicht vielleicht eine Diskussion über diese Generalprobleme unserer Gesellschaft, ihre Ursachen und Wege und Methoden, ihnen beizukommen? Diese Debatte hätte ein anderes Thema als die jetzt oktroyierte: Welche Gesellschaft haben wir – und welche wollen wir? Für uns und für die mit uns Lebenden. Dies sind keine Fragen, die *Spiegel* und *BILD* gefallen. Wofür sie die Initialzündung geliefert haben, ist ein Lärm, der ablenkende Funktion besitzt und sie seit Wochen erfüllt. Warum ist in Runden vor den Fernsehkameras darauf keiner gekommen? Warum haben die dazu Eingeladenen stattdessen immer wieder die Rolle von Lautverstärkern übernommen?

Diesen Zusammenhang herstellen, heißt nicht, dass über das, was selbst unter den herrschenden widrigen allgemeinen Bedingungen auf dem Feld der Integration geschehen kann, nicht zu reden wäre. Das erste Verdienst, dass sich ein aufklärendes Medium erwerben kann, besteht darin klarzustellen, was das Wort *„Integration“* meint und was nicht. Eine gebildete Dame unter den Debattierenden hat

ihr Fehlverständnis mit der Forderung ausgedrückt, es müsste dazu die Beschäftigung mit deutscher und europäischer Geschichte und Kultur gehören. Das erinnerte an das blamable Ergebnis einer kürzlich vor einem Goethe-Gymnasium vorgenommenen Lehrer- und Schülerbefragung, wer der Autor der Gedichtzeile „Über allen Wipfeln ist Ruh'" sei. Kopfschütteln, Achselzucken und Rateversuche. Von denen, die mit dem Begriff „*Integration*" hantieren, will ein Teil nicht mehr und nicht weniger, als dass diese Leute gefälligst Deutsche werden, weil es Höheres nicht gibt. In derlei Haltung offenbart das Reden über den deutschen Forderungskatalog an Immigranten eine nicht zu vergessende Seite und Wirkung. Nebenher erhöht sich dabei Selbstwert- und Überlegenheitsgefühl. Da wären wir wieder in der Vergangenheit, in die wir nicht zurückwollen.

Wer klären will, was aktuell zu tun wäre, kann nicht mit dem Fingerzeig auf die „Integrationsunwilligen" beginnen, woran sich mit erkennbarer Vorliebe die Fragen anschließen: Besitzen wir schon genügend Instrumente für Sanktionen und werden die nur nicht strikt genug angewendet oder müssen sie vermehrt werden? Genügt die Kürzung von Sozialhilfen oder muss nicht ...? Usw. Worüber vor allem, wenn nicht nur Luft bewegt werden soll, geredet werden muss, ist die Tatsache, dass das Zusammenleben mit Türken oder Angehörigen arabischer Völker sowie deren Nachkommen nicht so billig zu haben ist wie die Eingliederung der Deutschen, die aus der DDR „in den Westen" kamen. Das hat die vielen Gewinner dieser aus „Republikfluchten" herrührenden Einwanderung etwas - sagen wir - verwöhnt. Diese Schwestern und Brüder kamen durchweg gut ausgebildet, sprachen deutsch. Der sächsische Einschlag war unangenehm, aber doch zu verstehen, auch waren sie nicht durchweg katholische oder evangelische Chronisten, doch dies ließ sich verschmerzen. Diese Integration ersparte Kosten in übrigens berechneter Höhe.

Wenn hingegen am Tisch der Bundesregierung heute Beschlüsse über Maßnahmen zur Förderung von Integration gefasst werden, ohne dass gesagt wird, wer dafür die Kosten aufbringt, sondern dies von den hoch verschuldeten Kommunen erwartet wird, so sind das Gesten, denen keine Taten folgen werden. Auf diesem Feld halten sich die Runden in den Fernsehateliers, deren Teilnehmer meist Universitäts- und Hochschulausbildungen hinter sich haben, auch besonders vornehm zurück. Dabei ließe sich doch vorschlagen, es sollten die Gelder, die für den Krieg der Bundeswehr für die Errichtung afghanischer Mädchenschulen ausgegeben werden, dessen Aussichtslosigkeit inzwischen eingestanden wird, hierzulande ausgegeben werden. Übrigens: Gelder erfordern auch Bildungsprogramme, aus denen Deutsche – unverpflichtet – ein wenig über den viel zitierten „Hintergrund" erfahren könnten, aus dem die Menschen in unserer Mitte und vielfach an unserem Rande aufgetaucht zu sein scheinen.

Rückbesinnung auf eine Tradition?

In der derzeit geführten Debatte drängen sich namentlich jene Politiker, die seit kurzer Zeit mit Missbehagen sehen, dass aus schwer erklärlichen Gründen die deutsche Sozialdemokratie sich aus ihrem Umfragetief herauskrabbelt. Ließe sich, fragen die darob Besorgten, dagegen nicht auch das langjährige Mitglied, das in und mit der SPD eine einträgliche Karriere in Politik und Wirtschaft gemacht hat, und der Propagandarummel um sein Buch ein wenig mit Bremswirkung verwenden? Die einen lasten der SPD an, dass sie sich nicht schon vor längerem von ihrem Genossen getrennt hat, andere, dass sie es nun tun will. Und dann ist da der unausgestandene Streit in den eigenen Reihen, wie mit dem Dissidenten verfahren werden soll.

Da hat der Parteivorsitzende, das verdient Erwähnung allein schon deshalb, weil es selten vorkommt, sich der fernen Parteigeschichte erinnert und eine Tradition erwähnt, der er sich verpflichtet fühlt. Er mag ein Jahrhundert und mehr zurückgedacht haben, an die Rolle Liebknechts und Bebels, Bernsteins und Kautskys, Zetkins und Luxemburgs – wahrscheinlich nicht an sie alle – und hat dabei jene Verpflichtung zum Kampf gegen Rassismus und die Gliederung der Menschheit in Höher-, Weniger-, Minder- und Unwertige aufgespürt. Mit der Vermittlung dieses humanistischen Gedankengutes an die Mitgliedschaft hätte er ein Auftaktprogramm für ein Parteilehrjahr. Es wäre für viele Mitglieder kein Wiederholungskurs

Kurt Pätzold diskutiert heute Abend ab 19 Uhr in der jW-Ladengalerie (Torstraße 6, Berlin-Mitte) mit Dr. Erika Schwarz, Hans Canjé und Professor Heinrich Fink über die vor 75 Jahren verabschiedeten „Nürnberger Gesetze“ – sicherlich nicht ohne auf Sarrazins Äußerungen weiter einzugehen

junge Welt, Mittwoch, 15.09.2010, S. 10.

Schreibende Soldaten

Konferenz zur Feldpost im Zweiten Weltkrieg

Von Wehrmachtssoldaten im Krieg geschriebene Briefe und Karten sind für Historiker wichtige Quellen. Der Zugriff auf diese erfolgt intensiv erst seit Mitte der 80er Jahre. Auf dem Buchmarkt erschienene Sammlungen erfreuen sich erheblichen Leserechos. Vermehrt haben sich die Bestände in Archiven, Spenden von Empfängern oder häufiger noch von deren Erben. Ein Sammler ist seit Jahren das Berliner Museum für Kommunikation (früher: Postmuseum), das nun zu einer internationalen Konferenz eingeladen hat.

Geredet und diskutiert wurde über Briefe britischer Soldaten von Fronten in Afrika, Asien und Europa bis hin zu denen von Freiwilligen der spanischen „Blauen Division“, die am Krieg gegen die UdSSR teilgenommen hatte. Andere Beiträge bezogen sich auf die Post deutscher Soldaten aus dem vom Verbündeten zum Kriegsgegner mutierten Italien (nach dem September 1943) oder hatten den Stalingrad-Mythos zum Gegenstand. Analysiert wurden touristische Berichte, die Soldaten aus dem besetzten Frankreich schickten, und die Platzierung realer und fiktiver Briefe in Romanen.

Kritisch vermerkt wurde Überhöhung u. a. in Schulgeschichtsbüchern, in denen Soldatenbriefe gedruckt und schlechthin als „Wahrheit“ des Krieges ausgegeben werden. Quellenkritik bedeutet indes zu fragen: Was wird geschrieben und was wird beschwiegen? Was bleibt unerwähnt mit dem Blick auf die Feldpostzensur, was wird aus Rücksicht auf den Empfänger nicht mitgeteilt? Was bringt der Schreibende auch mit Rücksicht auf sich selbst nicht zu Papier? Sodann: Welchen Ausschnitt des Kriegsgeschehens kennt der Absender? Was weiß er aus zweiter Hand? Und wie wenig vermochten politisch verbildete Soldaten zu erkennen, welche Rolle sie als Eroberer fremder Länder spielten?

Das Kriegserlebnis ist nicht *der Krieg*. Berichte vom Dreck, den Strapazen und dem Sterben an den Fronten vermögen Abscheu vor Kriegen auszulösen. Verstanden ist damit nichts, so dass die „Geschichte von unten“, die Erzählungen vom Kriegserlebnis der „kleinen Leute“, der Einordnung in die Totalität des Geschehens bedarf. Selbst der einzelne Forscher steht dieser Postmasse bis zu einem gewissen Grad hilflos gegenüber, wenn es darum geht, Antworten auf die Frage über den geistigen und mentalen Zustand der deutschen Heere in diversen Etappen des Krieges herauszufiltern. Dafür sind Forschungsstrategien zu entwickeln, die nur Wissenschaftlergruppen verwirklichen können.

Leider – dies äußerten mehrere Teilnehmer – fällt neue Feldpost an, so aus Afghanistan, wenn auch nicht so zahlreich wie früher, wegen der Konkurrenz des Handys. Niemand zeigte sich auf weiteren Zugang neugierig oder erpicht.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. September 2010, S. 22.

Stuttgarter Lektion

In keiner zweiten deutschen Stadt ist die Einwohnerschaft derzeit so in Bewegung wie in Stuttgart. In den Straßen finden Demonstrationen statt, deren Teilnehmerzahl seit Anfang August von Woche zu Woche steigt. Auf Montagsumzüge – gut bekannt aus Leipzig, als es noch Bezirkshauptstadt in der DDR war – folgen solche an Freitagen. Protestiert wird gegen ein Bauprojekt. Doch es ist kein lokales Ereignis. Davon zeugen die abendlichen Fernsehnachrichten, die immer wieder mitteilen, dass diejenigen, die sich da versammeln, einen oberirdischen „Kopfbahnhof" gegen das Vorhaben verteidigen, ihn durch einen unterirdischen Bahnhof zu ersetzen. Das hat sich herumgesprochen. Auch, dass das Vorhaben eine Milliardensumme verschlingen würde, von der jeder, der die Geschichte ähnlicher Projekte kennt, weiß, dass es bei ihr nicht bleiben wird. Doch die Gemütlichkeit der Schwaben hat nicht nur wegen Geldsachen aufgehört.

Was derzeit in Stuttgart geschieht, lässt lernen – und dieser Vorgang sollte nicht auf die Teilnehmenden beschränkt bleiben. Also: Schaut auf diese Stadt. In ihr haben Bürger aus unterschiedlichen Antrieben zu einer bunten Aktion zusammengefunden. Den einen ging es um die Erhaltung eines Bauwerks mit Denkmalwert. Anderen um die Bewahrung eines Baumbestands. Dritte hielten das Projekt für überflüssig und seinen angegebenen Nutzen für vorgetäuscht. Wieder andere sahen die Mittel, die seine Verwirklichung erfordern würde, für andere Zwecke dringlicher und sinnvoll eingesetzt. Fachleute verwiesen auf unberechenbare Folgen des Tunnelbaus für Wasserquellen unter der Stadt. Manche dieser Gruppen besitzen eine eigene Organisation, veröffentlichen ihre Standpunkte, halten über das Internet Verbindung untereinander, informieren sich täglich über den Fortgang der Auseinandersetzung.

Zunächst schien das alles eine Bewegung mit marginalem politischem Gehalt zu sein. Das änderte sich angesichts der Reaktion derer, die das Projekt durchsetzen wollen, eines Klüngels aus Politik und Wirtschaft. Der glaubte lange, das Contra aussitzen zu können, und strafte die Protestierenden mit Nicht- oder Missachtung. Diese Reaktion brachte Menschen auf die Beine, die – hatten sie mit der Obrigkeit gleiche Erfahrungen schon gemacht oder nicht – bis dahin beobachtend abseitsstanden. Gelegentlich tauchte eine von den Herrschenden einst viel gelobte ostdeutsche Losung aus dem Jahre 1989 auf: „Wir sind das Volk." Manche setzten schwäbisch hinzu: „Wir sind das Geld." Offenkundig hat ein Teil der Bundesbürgerschaft den Umgang mit ihren Steuergeldern, der mit den Bankenstützungen, den staatlichen Geschenken an Reiche und den aktuellen milliardenschweren Draufgaben an Aktionäre der Atomkraftwerke Gipfel nach Gipfel erreichte, gründlich satt. Politiker kamen ins Grübeln. Sie sahen die parteipolitische Konkurrenz, die sich dem Protest zugesellt, gar an dessen Spitze gestellt hatte, Sympathie gewinnen, und ihre Phantasie reicht aus, sich das Ergebnis bald bevorstehender Wahlen auszumalen. Es wird ihnen obendrein auf Transparenten angekündigt.

Wie die Dinge sich entwickelten, schöpften die einen Hoffnungen, während andere von Zweifeln beschlichen wurden oder schon in Schwierigkeiten gerieten. Wie sollten sich die bürgerlichen Blätter mit dem Blick auf ihre geteilte Leserschaft verhalten? Sie mahnten „Wir sind doch alle Stuttgarter" und „Wir wollen die Stadt nicht spalten" und lobten den friedlichen Charakter der Proteste. Mit anderen Worten, sie wiegelten ab. Dieweil ließ die Obrigkeit – Argumente hin, Demonstrationen her – den Abrissbagger in Stellung bringen. Den besetzten einige Aktivisten, damit er nicht in Aktion treten könne. Andere richteten sich auf Bäumen ein, denen die Säge droht. Auch für solche Fälle hat der Staat eine Polizei. Die brachte die Aktivisten auf die Erde und den Boden der Tatsachen und kündete ihnen die Rechnung für die Kosten der Operation an.

Während das Zerstörungswerk begann, ergänzte Ministerpräsident und Oberbürgermeister ihre Taktik des Aussitzens durch einen Vorschlag. Sie luden Personen aus der Spitze der Bürgerbewegung zum gemeinsamen Aussitzen ein. In der Sprache, mit der wahre Absichten in der Politik vernebelt werden: Sie zeigten sich „gesprächsbereit". Die Proteste sollen zugelabert werden. Wer derlei Offerte nicht annimmt, erhält den Stempel „schlechter Demokrat" (oder besser „Extremist"), denn die Guten und Vernünftigen verständigen sich miteinander. Worüber, bitte sehr? Und die Führer der Sozialdemokratie, bisher strikte Parteigänger des Projekts, verfielen beim schielenden Blick auf ihre Klientel

auf die Idee, sich nun für einen bisher von ihnen stets abgelehnten „Volksentscheid“ auszusprechen. Nicht um das Vorhaben zu begraben, sondern um den Bürger zu Worte kommen zu lassen und – dies die Übersetzung ins Praktische – ihn von der Straße zu bringen und Zeit zu gewinnen.

Die Bewegung K (für Kopfbahnhof) 21 gegen „Stuttgart 21“ steht vor einer Entscheidung. Ihre bisherigen Aktionen haben die Adressaten unbeeindruckt belassen, will man nicht Finten als Erfolge werten. Das Angebot, während der „Gespräche“ dem Baggerführer eine Arbeitspause zu lassen, spricht Hohn. Wie also weiter? Die Form der Protestaktionen wird auf den Prüfstand müssen. Daran führt nur ein Weg vorbei: der in den Misserfolg.

Ossietzky, 19/2010, 19. September 2010, S. 704-706.

Vor deutschen Stadttoren

Ein bekannter deutscher Text schildert eine Unterhaltung vor einem Stadttor. Ein Bürger sagt: „Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinanderschlagen. / Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt man abends froh nach Haus / Und segnet Fried' und Friedenszeiten." Woran sich ein anderer zustimmend anschließt: „Herr Nachbar, ja! So lass ich's auch geschehn: / Sie mögen sich die Köpfe spalten, / Mag alles durcheinander gehn ... / Doch nur zu Hause bleib's beim alten."

Da angekommen, wäre an die Szene, die sich vor mehr als 200 Jahren an einem frühlingshaften Festtag vor einem deutschen Stadttor abgespielt hat, die Frage zu knüpfen: Könnte sich Gleiches oder Ähnliches heute zutragen? Oder heißt nicht allein so fragen, Menschen hierzulande verdächtigen, gar beleidigen? Denn: Es ist doch erwiesen, dass sie sich für das Geschehen im fernen Afghanistan interessieren. Die Quote derer, die den Krieg ablehnen, liegt nach verlässlichen Befragungen höher als 60 Prozent. Zwei Drittel der Deutschen wünschen, dass die eigenen Soldaten jenes Land verlassen und Deutschland nicht länger ein kriegführender Staat bleibt. Merkwürdig nur, so würde ein anderer Bürger hinzufügen können, dass der Bundesminister, der für diesen „Einsatz" eine besondere Verantwortung trägt, ihn mit beschlossen hat, rechtfertigt und weiter fortsetzen will, die Beliebtheitsskala deutscher Politiker anführt. Bezeugt das nicht, könnte einer fragen, ein wenig Schizophrenie? Und der nächste in der Runde würde womöglich die Frage hinzusetzen: Entwertet die eine Äußerung nicht die andere? Und dann mischte sich, anders als bei jenem Spaziergang vor mehr als 200 Jahren, ein aufgeweckter Schüler ein (was jener, der sich damals in der lockeren Gesellschaft aufhielt, nicht tat, weil er nur nach den „wackern Dirnen" schielte und sich an deren Fersen heftete), um von den Älteren zu erfahren: Was ist eigentlich eine Stimme gegen den Afghanistan-Krieg wert, die bei einer Telefon- oder Straßen- oder Internetbefragung abgegeben wird? Hat sie Gewicht? Worauf sich dessen ebenfalls wissbegieriger Freund mit der Frage anschlösse: Und was, wenn bei der nächsten Wahl diejenigen wiedergewählt werden, die diesen Einsatz und mehrfach seine Fortsetzung beschlossen haben?

Aber gemach! Derlei im Wesentlichen mündende Gespräche vor deutschen Stadttoren sind selten, und es lässt sich ihnen bequem ausweichen.

Ossietzky, 19/2010, 19. September 2010, S. 717.

Ein diplomatisches Schurkenstück

Vor 75 Jahren konnte Italien Äthiopien erobern – Prolog der Appeasement-Politik, Prolog des Krieges

Am 27. September 1935 traf sich der US-amerikanische Botschafter William E. Dodd in Berlin mit seinem französischen Kollegen in der Absicht, von ihm „etwas über den italienisch-äthiopischen Krieg zu erfahren“. Es fand eine Unterhaltung über einen Krieg statt, der noch gar nicht begonnen hatte. Dessen Ausbruch Tage später, man schrieb den 3. Oktober, überraschte aber niemanden. Zu offensichtlich war die Begierde des Mussolini-Regimes, seinen Kolonialbesitz am Osthorn Afrikas, das Ende des 19. Jahrhunderts besetzte Italienisch-Somaliland, auf Kosten des benachbarten Kaiserreichs gewaltsam zu vergrößern.

Kriegerische Provokationen hatten den Kriegszug angekündigt. Den Großmächten blieb mithin hinreichend Zeit, ihre eigene Stellung zur Aggression, über deren Ausgang es angesichts des Kräfteverhältnisses Zweifel nicht geben konnte, zu bestimmen. Sie wären bei gemeinsamem Handeln in der Lage gewesen, den Duce von dem Vorhaben abzubringen, und sie besaßen dafür satte Gründe. Denn nach dem Bild, das sie sich vom Diktator in Rom machen konnten, mussten sie diese Eroberung als den Auftakt weiterer ansehen, sowohl in Afrika wie auf dem Balkan. Jedoch: Zu ihrer Intervention kam es nicht und dies aufgrund eines verwickelten Geflechts widerstreitender Kalküle, die am Ende eine Politik des „Laissez faire“ aller zeitigten. Die Folge war das Ende eines afrikanischen Staates, der Mitglied des Völkerbundes war.

In der Downingstreet konnte der Kurs Italiens am wenigstens mit Blick auf Ägypten und den Suezkanal gefallen. Denn, setzten sich die italienischen Faschisten in Äthiopien fest, entstand in dieser Region eine doppelte unwillkommene Nachbarschaft. Auch Frankreich besaß, wenn auch nicht gleichstark, neben Machtinteressen im Westteil des Mittelmeers solche auch an dessen Ostrand, und die schlossen ebenfalls Desinteresse an einer Stärkung seines Nachbarn im Süden ein. Doch war da noch Deutschland, das damit beschäftigt war, aufzurüsten. Mussolini in den Arm zu fallen, so die Befürchtung in London und Paris, könnte ihn an die Seite des Nazireichs treiben. Sollten dem Duce nicht besser Konzessionen gemacht werden, statt gegen ihn Boykottmaßnahmen zu ergreifen?

An Möglichkeiten dazu fehlte es nicht. Der Aggressor wäre augenblicklich in Schwierigkeiten geraten, wenn ihm der Energie- und vor allem der Ölhahn zugedreht worden wären. Die sich darauf zu verständigen hätten, waren die beiden europäischen Großmächte im Westen, Frankreich und Großbritannien, sowie die USA und das damals ölreiche Rumänien. Der Vorsatz platzte, ehe er recht gefasst war. Im Dezember 1935 – die italienischen Eroberer kamen unter Verwendung von Giftgas voran – einigten sich der französische Ministerpräsident Pierre Laval und der britische Außenminister Samuel Hoare bei einem Treffen in Paris darauf, das Mussolini-Regime ruhig zu stellen. Ihre Vorherrschaft im Völkerbund ausnutzend, sollte Äthiopien gezwungen werden, seiner Amputation zuzustimmen und den Eroberern weite Landesteile auszuliefern.

Das diplomatische Schurkenstück blieb indessen nicht geheim. Es hagelte internationale Empörung. Hoare musste sein Amt quittieren. Doch die Italienpolitik wurde nicht geändert. Im Völkerbund blieb es bei der bloßen verbalen Verurteilung des Aggressors. Und in Berlin sann der vielseitig informierte Dodd über etwas nach, wovon er „indirekt erfahren“ hatte, nämlich dass „holländische, englische und amerikanische Ölfirmen – Shell, Sinclair und Standard – in London und Paris einen Druck ausgeübt hätten, um ... besonders die Ölsanktionen zu unterbinden“. Erfahrungen aus seinem Lande sagten ihm, dass dem wohl so gewesen sein könne, denn „die Finanzmächte haben bisher in Amerika außergewöhnliche Dinge bewerkstelligt“.

Das äthiopische Kaiserreich war im Mai 1936 erobert und wurde zu einer italienischen Kolonie gemacht. Kaiser Haile Selassie war ins Exil geflohen. Zu seinem Nachfolger erklärte sich der italienische König Vittorio Emanuele. Der Völkerbund hatte sich erneut, wie vordem schon angesichts der japanischen Eroberung der Mandschurei, gleichsam bis auf die Knochen blamiert. Er war ein Leichnam, wenn auch dessen Todesurkunde erst Jahre später ausgestellt wurde. Die europäischen Klein-

staaten, namentlich die Osteuropas und da wieder insbesondere die des Balkans, saßen vor einem Lehrstück darüber, dass sie im Falle eigener Bedrohung nicht auf Beistand rechnen konnten. Also suchten sie sich besser mit den deutschen Machthabern zu stellen. Großbritannien und Frankreich hatten durch die Begünstigung von Italiens Eroberungspolitik für einen kommenden europäischen Krieg nichts gewonnen, jedoch mehr als nur Ansehen verloren.

Hauptgewinner war das Nazireich, dessen Machthaber sich anfänglich zurückgehalten hatten, dann aber die Partei des Aggressors ergriffen. Gleichsam im Schatten des Konflikts besetzte die Wehrmacht im März 1936 die entmilitarisierte Zone des Rheinlands und rückte vor Belgiens und Frankreichs Grenzen. Die beiden faschistischen Mächte, jede auf Expansion aus, näherten ihre Politik einander an und kamen überein, Streitfragen – sie betrafen Südtirol und Österreich – beizulegen. 1936 wurde die „Achse Berlin-Rom“, die Kriegspartnerschaft, begründet.

Die Politik des Appeasements, die ihren Höhepunkt 1938 in München mit der Amputation der Tschechoslowakei erreichte, besaß ihre „afrikanische“ Vorgeschichte“. Dass von der hierzulande vergleichsweise wenig Kenntnis genommen wird, mag nicht nur am geographischen Abstand liegen. Dabei ist sie nicht weniger lehrreich. Kleinstaaten interessieren Großmächte nur, wenn an deren Existenz eigene „höhere“ Interessen beteiligt sind. Wenn nicht, mögen sie existieren oder zugrunde gehen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 25./26. September 2010, S. 22.

Pädagogischer Zwischenfall

In einem Gymnasium einer deutschen Mittelstadt ereignete sich kürzlich dies. Ein Schüler, der zur aussterbenden Spezies junger Zeitungsleser gehört, unschlüssig noch, ob er sich alsbald für das Handwerk des Journalisten ausbilden lassen will, stieß bei der morgendlichen Lektüre auf den außenpolitischen Seiten von der alten Welt bis zur jungen Welt in Berichten über Israel und den viel erwähnten Friedensprozess im Nahen Osten immer wieder auf einen Begriff, der ihn stutzen ließ. Er beschloss, bei seinen Lehrern für die deutsche Sprache, die Geschichte und die Kunde von der Gesellschaft Rat zu erbitten, und fragte, als die Stunden eingeläutet waren, jeweils so: Er lese in der Presse „von rechts außen bis links hinten“ täglich von Siedlungsbau, Siedlungstätigkeiten, Siedlungsaktivitäten auf einem Territorium, das zu dem Staate, dessen Bürger da siedelten, nicht gehöre. Warum eigentlich, frage er sich und nun die Pädagogen, schreibe da niemand von vorsätzlichem, wenn schon nicht von vollendetem Landraub? Er hat mir die Antworten, die er erhielt, nicht verraten. Sie scheinen ihn nicht überzeugt zu haben. Den Namen der Anstalt, an der sich das zutrug, habe ich dann schnell vergessen. Aber nichts spricht dagegen, die Frage auch anderswo zu stellen.

Ossietzky, 20/2010, 2. Oktober 2010, S. 764.

Begegnungen

Wolfgang Wippermann über Denkmalwahn

Der Titel lässt keinen Zweifel. Das ist ein Pamphlet. Der Autor beherrscht das Metier. Wessen Gewohnheit es ist, sich mit Büchern vor deren Kauf oder Lesen dadurch bekanntzumachen, dass man in dessen Anfangs- und Endseiten blättert, der stößt hier am Schluss auf das Bekenntnis des Autors, wonach die Deutschen zwar Autos und Autobahnen brauchen, aber keine Denkmäler. Daran schließt sich die Parole an: Stoppen wir den Denkmalwahn! Das mag manchem zu radikal erscheinen. Doch es wäre ein Fehler, dieses Buch nicht zu lesen.

Der Historiker hat eine allgemeinverständliche politik- und ideologiekritische Abhandlung über in deutschen Landen anzutreffende Denkmäler geschrieben, informativ, anregend, unterhaltsam bis amüsant. Und die Stopp-Losung ist wörtlich nicht gemeint. Auch zum Denkmalsturm wird nicht aufgerufen.

Gefallen an Denkmälern ist dem Autor nicht fremd, so an die Goethes und Schillers, Wielands und Herders in Weimar und ebenso des Gutenbergs in Mainz. Nur eben: Es seien längst zu viele. Genug, ruft er, vor allem mit Blick auf das Holocaust-Denkmal in Berlin, worauf die für andere Opfergruppen folgen mussten, und das angekündigte Freiheits- und Einheitsdenkmal, das auf dem Berliner Schlossplatz auf dem Sockel des einstigen Kaiser Wilhelm-Nationaldenkmals errichtet werden soll.

Wippermann durchmustert Denkmäler beginnend mit dem Reiter im Bamberger Dom. Geliefert werden gedrängt die Entstehungsgeschichten der bekanntesten und monumentalen unter den Denkmalbauten: das Leipziger Völkerschlachtdenkmal, das Denkmal des vorgeblichen Hermann im Teutoburger Wald, die Kaiser-Wilhelm-Denkmäler in Berlin, Koblenz und auf dem Kyffhäuser, die Bismarck-Denkmäler in Berlin und Hamburg, das Niederwald-Denkmal oberhalb des Rheins, das von den Nazis Reichsehrenmal genannte Ungeheuer in Tannenberg/Ostpreußen. Bloßgelegt werden die Herrschaftszwecke, die mit deren Errichtung verfolgt wurden. Die Inspektion erstreckt sich weiter auf Denkmalbauten in den beiden deutschen Staaten und sodann bis in die Jahre von „Deutschland einig Vaterland“. Verglichen werden die Zeugnisse des Gedenkens an die Kämpfer gegen Faschismus, an Opfer des verbrecherischen Regimes, insbesondere an den Orten des Mordens, der Leiden und des Sterbens, der Umgang mit Kriegsdenkmälern und die Erinnerung an die Opfer des Bombenkrieges.

Wir brauchen keine Denkmäler? Wer ist „wir“? Am Fuße des Hohenstaufen, der einst die berühmte Burg trug, befindet sich in der Gemeinde gleichen Namens neben der Kirche eines jener entsetzlich verlogenen Kriegerdenkmäler, die nach dem Ersten Weltkrieg zuhauf errichtet worden sind.

In den Armen seines Kameraden, der in der trostspendenden Rolle einer Krankenschwester oder eines Sterbehelfers dargestellt ist, stirbt friedlich ein „gefallener“ Soldat seiner Majestät. Seine Mutter, die Frau oder die Braut, unfähig die Lüge zu entschlüsseln, erhielten einen Ort der Trauer. Es fehlt Deutschland nicht an Denkmälern, die an Kriege erinnern. Es fehlte aber auf ihnen das „Nie wieder“ oder das „Die Toten mahnen uns“, was in DDR-Zeiten auf manchen Steinen nachgetragen wurde. So wurden Kriegs- zu Antikrieg-Denkmälern. Und diese brauchen wir.

Vor Heinrich Drakes Zille-Denkmal im Köllnischen Park oder vor dem Bertolt Brechts am Schiffbauer Damm von Fritz Cremer lässt sich Zwiesprache mit dem einen wie dem anderen halten. Ich mag solche Begegnungen. Die Frage lautet also mithin: Welche Denkmäler wollen wir und auf welche wollen wir undankend und bestimmt verzichten.

Wolfgang Wippermann: Denken statt Denkmalen. Gegen den Denkmalwahn der Deutschen. Rotbuch Verlag. 189 S., br., 9,95 Euro.

Neues Deutschland, 06. bis 10. Oktober 2010, S. 22.

Unverhältnismäßig

Nach der Polizeiattacke im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September, deren Opfer vor allem Schüler, Frauen und ältere Menschen wurden, haben einige volksverbundene Politiker ihrer „Empörung“ nicht anders Ausdruck verleihen können als mit diesem siebzehn Buchstaben verbindenden Wortungeheuer der deutschen Bürokratensprache: unverhältnismäßig. Das sei der Einsatz der Hüter von Gesetz und Ordnung – hier muss das Wörtchen leider mitgedacht werden – gewesen. Die Herren und Damen möchte man gern fragen, was sie denn den Verhältnissen als angemessen angesehen hätten. War das Wasser aus den Werfern nicht genügend erwärmt? Waren die Knüppel zu lang oder zu hart? Besaß das Spray nicht die richtige chemische Mischung? Hinter dem Wortmonster, das Parteinahme für die Demonstranten heuchelt, versteckt sich dürftig das Ja zum Einsatz der Polizei zur Durchsetzung der Staatsmacht gegen den Willen einer Volksmehrheit. Apropos: Verhältnis. Ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis haben die Bürger der baden-württembergischen Landeshauptstadt mit ihren Protesten schon erreicht. Sie haben sich über das Verhältnis der Staatsmacht zu „ihren“ Bürgern in dem Fall aufgeklärt, dass es ihnen an Folgsamkeit mangelt. Davon waren viele Schwaben selbst sehr überrascht. Insbesondere jene von ihnen, die bisher glaubten, im „Ländle“ herrschten ganz eigene und jedenfalls andere Sitten des Umgangs der Staatsmächtigen mit der Bürgerschaft als jenseits der Maultaschengrenzen. So scheint die angemessene Orientierung in den Verhältnissen um sich zu greifen.

Ossietzky, 21/2010, 16. Oktober 2010, S. 803.

Seltsame wörtliche Windungen: „verstrickt“, „verwickelt“

In Berlin wurde die Auftragsstudie zur Geschichte des Auswärtigen Amtes im Nazireich vorgestellt

Dass Nachrichten aus den Gefilden der Wissenschaft die erste Seite von Tageszeitungen erobern und es in manchen gar in deren Aufmachung schaffen, geschieht selten. Machten sie einen sensationellen Fortschritt in der Bekämpfung von Krebserkrankungen bekannt, würde das niemanden wundern. Hingegen eine Meldung über eine Studie „Das Auswärtige Amt und die Vergangenheit“?

Ihre Geschichte beginnt 2005 mit einem Auftrag, erteilt von Außenminister Joseph Fischer. Fünf Historiker, drei Deutsche, ein US-Amerikaner und einer aus Israel, begaben sich mit Mitarbeitern auf die Dokumentenspur, die dieses einst in der Berliner Wilhelmstraße etablierte Amt hinterlassen hatte und verfolgten sie in etwa 30 Archiven, deutschen und solchen im Ausland.

Hervorgegangen ist aus einer Kärrnerarbeit, an der ein Stab von Mitarbeitern beteiligt werden musste, ein Bericht, der mehr als 800 Druckseiten umfasst und in Buchform vorliegt.

Wer nur wollte, war gut informiert

Neuland war auf diesen Wegen nicht zu betreten. Das Auswärtige Amt war schon im Kriegsverlauf als eine an Naziverbrechen beteiligte Einrichtung ausgemacht. So auch gelangte sein Chef Joachim von Ribbentrop auf die Liste jener Personen, die nach dem Sieg von den Alliierten zur Verantwortung gezogen werden sollten. Dann kam die Rolle dieses Machtzentrums im Nürnberger Gerichtssaal von 1945/1946 zur Sprache und Ribbentrop an den Galgen.

In einem Nachfolge-Prozess wurde Ernst von Weizsäcker, von 1938 bis 1943 (erster) Staatssekretär des Amtes, angeklagt und zu fünf Jahren Haft verurteilt, insbesondere wegen seiner Schreibtischtäterschaft im Zusammenhang mit Deportationen französischer Juden zu den Mördern. Im gleichen Prozess erhielt Weizsäckers Nachfolger Gustav Adolf Steengracht von Moyland sieben Jahren Haft zugesprochen. Schon die Tatsachen, die bei diesen Verfahren zu Tage kamen, ließen an der Rolle des Amtes keine Zweifel.

Dann nahmen sich Historiker des Gegenstandes an. Aus der Vielzahl von Publikationen ragt die Untersuchung Christopher R. Brownings „The final solution and the German Foreign Office. A study of referat D III of Abteilung Deutschland 1940-43“ heraus, veröffentlicht 1978 in New York und London. Auch in den Jahren, in denen die Kommission arbeitete, erschienen Bücher zum Thema. Jürgen Döscher, der im Jahre 1987 seine Untersuchung „Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung“ vorgelegt hatte, publizierte 2005 „Seilschaften – die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amtes“.

Also: Wer wollte, war informiert. Wer in der DDR lebte, zumal. 1965 war da das „Braunbuch“ erschienen, in dem, gestützt auf Dokumentenfunde und sie zitierend, auch Beamte im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik benannt wurden, die sich Kriegs- und Menschheitsverbrechen schuldig gemacht hatten.

Vorm Hintergrund des seit langem verfügbaren Wissens lesen sich Beteuerungen der Außenminister a. D. Fischer und Steinmeier, wie „überrascht“, „erschüttert“, „entsetzt“, „erschreckt“, „schockiert“ und wie „deprimiert“ sie nun seien, befremdend. Steinmeier fand es „unglaublich“, dass es bis zu diesem Bericht 60 und mehr Jahre brauchte. Drei davon gehen auf Rechnung des Außenministers Willy Brandt und sieben auf die des jetzt als Aufklärer gefeierten Fischer.

So lange war der schon Amtschef, bis er, ausgelöst durch eine Kette von Zufällen, die Historikerkommission am 25. Juli 2005 berief. Ursprünglich bestand sie aus fünf Mitgliedern, von denen eines aus unerklärten Gründen ausschied. So stellten Eckart Conze (Marburg), Norbert Frei (Jena), Peter Hayes (Chicago) und Moshe Zimmermann (Jerusalem) am Donnerstag im Berliner Haus der Kulturen der Welt ihr Arbeitsergebnis diskutierend vor, ohne den Anspruch zu erheben, ein Geschichtsbild revolutioniert zu haben oder sich modisch als Tabubrecher zu präsentieren.

Was ist an Weiterführendem gewonnen? Zweierlei. Zum einen sind in einer „Gesamtschau“ die Kenntnisse über das Auswärtige Amtes als hochaktiven Teil eines verbrecherischen Staates vermehrt, und die Vorstellung von der Tätigkeit seines Personals gewann an Detailreichtum und Tiefenschärfe. Zum anderen wurden die Anstrengungen samt der an ihnen Beteiligten kompakt dargestellt, die nach 1945 der Verfälschung der Geschichte, insbesondere der eigenen Rollen in ihr galten.

Im Verlauf der Arbeit ist eine – Kosten nicht scheuende – Durchmusterung der Quellen in einem Umfang erfolgt, die vordem unmöglich war. Ihre Bekanntmachung oder die Verweise auf sie werden weitere Forschungen anregen.

Ein nicht gering zu schätzendes Verdienst der Autorengruppe rührt aus den Umständen her, auf die diese Veröffentlichung trifft. Während die grellen Scheinwerfer von Historikern und Museologen auf Hitler und die Deutschen gerichtet sind, worunter die kleinbürgerlichen und proletarischen Massen verstanden werden, stellt dieses Unternehmen eine spezielle Gruppe aus der weit gefächerten Elite des Nazireiches vor. Es könnte beitragen, das gleichmacherische Bild von Anteilen und Ausmaßen an Verantwortung und juristischer und historischer Schuld zu entkräften.

Von nun an dürfte es schwer sein, den Mythos von dem widerständigen Auswärtigen Amt, in dem sich einige Nazis gleichsam verloren, unter die Leute zu bringen. Vor dem Glauben jedoch, dass Weißwäscher nun ihre Bemühungen einstellen würden, hat Joseph Fischer an diesem Abend in einem einleitenden Vortrag gewarnt. Getan bis zu einem Schlussstein ist die Arbeit ohnehin auch deshalb nicht, weil ein Aspekt der Tätigkeit des Amtes von der Kommission offenbar beiseitegelassen wurde. Es hat von 1933 an nach Kräften an der Vorbereitung des Krieges teilgehabt, jenes Verbrechens, ohne das die Bedingungen dafür nicht entstehen konnten, unter denen sich die judenmörderische Zusammenarbeit des Amtes mit dem Reichssicherheitshauptamt in Gang setzen ließ.

Die Vorliebe, etwas zu bagatellisieren

Wie weit der Weg noch ist, bis Klartext über das „Dritte Reich und seine Eliten“ gesprochen und geschrieben werden wird, lässt sich dieser Tage vielen Berichten und Kommentaren entnehmen, die dem Buch gelten. Es sei, heißt es da mit Vorliebe, das Amt in das Regime „verstrickt“ (oder „verwickelt“) gewesen. Gleiches lässt sich übrigens in der Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ über die führenden Militärs der Wehrmacht lesen. Der modische Begriff schillert. Haben sie sich verstrickt oder wurden sie verstrickt? Hat letzteres Hitler besorgt, der als Schüler zu Braunau durch irgendeinen Handarbeitsunterricht ein besonderes Geschick erwarb, das er als Führer betätigte?

Zwei Kommissionsmitglieder legten sich, in Interviews befragt, angemessen fest und nannten das Auswärtige Amt eine „verbrecherische Organisation“. Am Werderschen Markt muss entschieden werden, ob es im eigenen Internetauftritt bei dem nichtssagenden Satz bleiben soll: „Während der nationalsozialistischen Diktatur war auch das Auswärtige Amt Teil des Unrechtsregimes.“

Neues Deutschland, 30.10.2010.

Untergegangene Meldung

In der Fülle dessen, was am 20. Jahrestag des Anschlusses der ostdeutschen Länder an die Bundesrepublik zu vermelden war, ist manches untergegangen, was einen Moment des Innehaltens und Nachdenkens wert gewesen wäre. Dazu gehört eine Nachricht aus dem südwest-thüringischen Suhl.

Dort war am 7. Oktober 1958 inmitten der Stadt ein Haus eröffnet worden, das das „Freie Wort“, die regionale Zeitung, noch kürzlich „ein Kleinod der Kultur“ und einen „modernen Kulturtempel“ nannte. Das Gebäude besaß einen Theater- und einen Konzertsaal, Klubräume, in denen sich unterschiedlichste Interessengruppen versammelten, und ein Breitwandkino. Knapp 20 Jahre nach seiner Inbetriebnahme wurde das Haus einer architektonischen Kur unterzogen. Der große Saal besaß seitdem nahezu 700 Plätze, und die Suhler Philharmonie erhielt ein angemessenes Zuhause. Hier traten Künstler und Ensembles von Rang auf, regelmäßig auch das Meininger Theater.

Die untergegangene Meldung aus dem „Freien Wort“ hätte in einer Kurzfassung diese 30 Worte umfasst: „Mit dem Abriss des Kulturhauses wurde begonnen. Es war nicht baufällig. In der Stadtkasse fehlten aber die Mittel für seine Unterhaltung. An seiner Stelle wird ein Haus der Wirtschaft entstehen.“

Ossietzky, 22/2010, 30. Oktober 2010.

Die Damaligen

Im fränkisch-bayerischen Bad Kissingen befindet sich an der Seitenfront eines Hauses unweit des Stadtzentrums eine Tafel mit der Inschrift: „Hier stand die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde. Sie wurde am 9. November 1938 durch die damaligen Machthaber zerstört.“

Die damaligen Machthaber also.

Der Text ist anderen eng verwandt, die sich vielerorts in der Bundesrepublik in deren alten Grenzen an Orten entdecken lassen, an denen sich einst Gotteshäuser der Juden befanden. „Frevelnden Händen“ irgendwelcher Brandstifter sind sie zum Opfer gefallen. Das entspricht dem anonymisierten Stil der „Bewältigung“ der Vergangenheit. Mit ihm wird Klartext vermieden, der im Minimum zu lauten hätte: „Zerstört von Männern des einheimischen oder örtlichen SA-Sturmes Nr. ...“ Solange aber in der Badstadt diese Art schonend-verhüllender Erinnerung bevorzugt wird, gilt, was Kurt Tucholsky 1925 mit Bezug auf die verlogenen Inschriften über den Ersten Weltkrieg schrieb: „Uns fehlen andere Tafeln.“

Ossietzky, 22/2010, 30. Oktober 2010.

Vorausschau aus Unkenntnis

Als die Empörung über den brutalen Einsatz der Wasserkanonen im Stuttgarter Schlossgarten hochschlug, veröffentliche die Stuttgarter Zeitung einen Artikel unter der Überschrift „Wasserwerfer verschrotten“. Das war keine Forderung der Redaktion, die sich solche Parteinahme verbietet. Den Gedanken hatte ein Polizeibeamter geäußert, der zugleich das Amt eines Gewerkschaftsfunktionärs bekleidet und sich in dieser Eigenschaft zu einem derart revolutionären Vorschlag erkühnte. Was ihm da immer durch den Kopf gejagt, was die Redaktion sich bei der Bekanntmachung des Gedachten ausgerechnet haben mag, der Mann war jedenfalls schlecht informiert.

Denn: Unsere Verhüterli haben 2008 eine Bestellung bei Rosenbauer im oberösterreichischen Leonding aufgegeben, einem Konzern, der allerlei Nutzfahrzeuge und -gerätschaften herstellt. Er ist vor allem the world’s number one in furnishing fire brigades with the complete firefighting equipment available*. Doch gilt dieser Auftrag nicht den fahrbaren Instrumenten der Feuerbekämpfung. Es handelt sich vielmehr um 78 Wasserwerfer vom Typ WAWE 10.000 mit folgenden Eigenschaften: Gewicht 31 Tonnen, Länge 10 Meter, Breite 3 Meter, PS 408, Zahl der Kanonen 3, maximale Reichweite des „geworfenen“ Wassers 65 Meter, Wasserdruck gegenüber den bisher gebräuchlichen um ein Drittel stärker, Einzelpreis 900.000 Euro. Im Jahre 2019 soll sich die Lieferung vollständig in den Waffenarsenalen unserer Bundes- und der Bereitschaftspolizei der Länder befinden.

Mit diesem Wissen liest sich die Meldung der Stuttgarter Zeitung doch ein wenig anders. Gleichsam vorausschauend. Denn was machen wir dann mit dem alten Gerät. Ins Museum? In den Schrotthandel? Zur Heranbildung des Nachwuchses in Polizeischulen? Vielleicht aber nimmt sie uns ein afrikanischer Staat ab. Als Spende. Wir helfen ja, wo wir können.

Ossietzky, 22/2010, 30. Oktober 2010.

---

* Er ist vor allem die weltweite Nummer eins bei der Ausstattung von Feuerwehren mit der kompletten Feuerwehrausrüstung

Kopf und Bauch

Mit dem Blick nach Stuttgart und anderen Städten und Regionen der Bundesrepublik hat die obrigkeitsstaatstreue Presse einen neuen Typ von Bundesbürgern entdeckt, dem sie den Namen „der Wutbürger“ verpasste. Dieser Erfindung – denn die Entdeckung ist nur vorgetäuscht – hat ein leitender Redakteur des „*Spiegel*“ einen zweiseitigen Bericht gewidmet. Der ließe sich übergehen, gehörte nicht zu seinem Echo die Bestätigung: „Ja, die Bürger sind voller Wut über die Art und Weise, in der sie von den regierenden, von ihnen gewählten Politiker, jedenfalls von deren Mehrheit, behandelt werden.“ So gesprochen und geschrieben von Leuten, deren Parteinahme für die Aufbegehrenden nicht bezweifelt werden soll. Sie möchte man mit einem Zitat freundlich fragen: Merkt Ihr nischt?

Die Erfindung des „Wutbürgers“ geschah in der Absicht, all jene zu diffamieren, die ihre Bürgerrechte einfordern oder erweitert wissen wollen. Ihnen wird angehängt, sie träfen ihre Entscheidungen aus Wut und „einzig aus dem Bauch“, während die schwergeprüften, obendrein ungerecht behandelten Politiker, was sie tun, durch ihren Kopf bestimmen ließen. Da nichts als den Geist abtötende Emotionen – hier der kühle, von Sachwissen regierte Verstand. Der „Wutbürger“ ist eine Figur zur Rechtfertigung jener Haltung, die den Massen jeden Verstand abspricht und sich selbst als Inkarnation der Nachdenklichkeit, Klugheit, ja Weisheit ausgibt. Es ist die Borniertheit von viel besser Gestellten, von Herrschaften, die bei ihren Geschäften nicht gestört werden möchten.

Ossietzky, 23/2010, 13. November 2010, S. 890.

Anwalt des Weltfriedens

Geschichte. Vor 65 Jahren begann der Jahrhundertprozess von Nürnberg. Robert H. Jackson war US-amerikanischer Hauptanklagevertreter in dem Verfahren. Eine Würdigung

In der Geschichte geht es bekanntermaßen meist ungerecht zu. Ein Fall von vielen: Ist von dem Prozess die Rede, der 1945/1946 in Nürnberg stattfand, fallen die Namen der Angeklagten von Göring bis Speer. Wer kennt indessen die der Richter und Ankläger? Wer deren Verdienst? Am 65. Jahrestag des Beginns der Gerichtsverhandlung erinnert Kurt Pätzold an einen von ihnen, an den US-Amerikaner Robert H. Jackson.

Am 25. Oktober 1935 vermerkte der Botschafter der USA in Deutschland, William E. Dodd, in seinem Tagebuch über einen der vielen Gäste, die täglich bei ihm ein und ausgingen: „Unter den Besuchern, die heute Vormittag zu mir kamen, war auch Robert H. Jackson, ein sehr fähiger junger Anwalt aus dem Finanzministerium in Washington. Er sprach offen darüber, dass Präsident Roosevelt große Schwierigkeiten habe, Industrielle und Bankiers zur richtigen Erkenntnis zu bringen, um eine neue Krise und einen noch schlimmeren sozialen Konflikt zu vermeiden.“ Und weiter heißt es über die Ansichten seines Gastes: „Der Präsident weiß, welchen Schwierigkeiten er gegenübersteht“, doch werde er die 1936 bevorstehenden Wahlen wohl gewinnen.

Zehn Jahre später trat der „junge Anwalt“ – bei seinem Besuch in Berlin war er 43 Jahre alt – in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Er nahm als der US-amerikanische Chefankläger das Wort in jenem Nürnberger Gerichtssaal, in dem der Prozess gegen die deutschen sogenannten Hauptkriegsverbrecher stattfand. Dodd, der als Professor jahrzehntelang Geschichte an der Universität von Chicago lehrte, bevor ihn Roosevelt für den diplomatischen Dienst in Berlin gewann, hatte mit seiner Bemerkung, dass er mit einem „fähigen jungen Anwalt“ gesprochen hatte, ziemlich gute Menschenkenntnis bewiesen.

Ein nicht alltäglicher Aufstieg

Den Höhepunkt von Jacksons glanzvoller Karriere sollte er allerdings nicht mehr erleben. Dodd war 1940 verstorben. Da hatte der Jurist einen rasanten beruflichen Aufstieg hinter sich, wiewohl er vom Typ so ziemlich das Gegenteil dessen war, was man einen Karrieristen nennt. Geboren wurde er in Warren County, einer dünn besiedelten, malerischen Landschaft in Pennsylvania, als Sohn eines Farmers und Holzfällers und einer Mutter mit Wurzeln, die wie die vieler seiner Landsleute nach Europa wiesen, die ihren in die Niederlande. Aufgewachsen und zur Schule gegangen war der Junge dann in einer Kleinstadt namens Frewsburg im Staate New York, über die sich nicht viel sagen lässt, ausgenommen, dass Jackson auch im Alter dahin eine besondere Bindung aufrechterhielt. Er, dem nach seinen Verdiensten ein Platz auf einem der Nationalfriedhöfe der Vereinigten Staaten zugestanden haben würde, ließ sich dort begraben. Jackson hatte seine Arbeit gemacht, aber davon nicht viel Aufhebens, und wünschte offenbar, dass das auch nach seinem Tod nicht getan werde. Der unauffällige Stein an seinem Grab enthält wenige Angaben und die Worte “He kept the ancient landmarks and built the new.” (Er bewahrte die alten Festlegungen und schuf neue.“)

Die ersten Jahrzehnte von Jacksons Leben verliefen gleichsam ohne auffällige Besonderheiten. Er entschloss sich, Jurist zu werden, und das schaffte er bei seiner Begabung und seinem Charakter unschwer und auf einem ganz außergewöhnlichen, kurzen Weg. Nie studierte er, wie sein späterer Weg vermuten ließe, an einer der berühmten Universitäten des Landes. Die luden ihn erst später, Harvard noch kurz vor seinem Tod, als Vortragenden ein. Stattdessen absolvierte er eine kurze Ausbildung an der Albany Law School in New York’s Capital und bestand die erforderlichen Examen. Deren berühmtester Absolvent war der 25. US-amerikanische Präsident William McKinley, während dessen Amtszeit der Krieg gegen Spanien geführt worden war mit dem Ergebnis, dass die USA die Nachfolge der europäischen Kolonialmacht auf den Philippinen und auch in Kuba antraten. Der Absolvent Jackson sollte sich hingegen in ganz anderer Weise in die Annalen der Anstalt und in die der Geschichte seines Landes eintragen.

Jackson war 21 Jahre alt, als er eine Kanzlei in Jamestown gründete, einer Kleinstadt im Bundesstaat New York. Dann heiratete er, wurde Vater von zwei Kindern, kümmerte sich als ein politisch interes-

sierter Mensch um die Belange vor allem der Stadt, in der er und seine Familie lebten. Die Wende vollzog sich 1934. Er folgte einem Ruf nach Washington und stieg binnen kurzem im Finanz- und dann im Justizministerium in höchste Staatsämter auf, wurde Mitglied in Roosevelts Kabinett und 1940 vom Präsidenten mit der Zustimmung des Senats zum Richter am Obersten Gerichtshof der USA berufen. Das Amt trat er 1941 an.

1945 trug ihm Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman an, im Auftrag der USA gemeinsam mit deren Verbündeten einen Prozess gegen die exponiertesten deutschen Kriegsverbrecher vorzubereiten. Der Auftrag mochte ihn auch deshalb erreicht haben, da er sich kurz zuvor in einem öffentlichen Vortrag zum Umgang mit den Kriegsverbrechern geäußert und gegen den Vorschlag eines „kurzen Prozesses“, etwa die bloße Feststellung der Identität der Personen und sodann deren Erschießung, ausgesprochen hatte. Jackson gab nach kurzem Überlegen seine Zusage. Er wurde, wie hoch man Anteil und Verdienste der anderen beteiligten Juristen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs immer veranschlagt, der Architekt des Prozesses, für den Nürnberg als Gerichtsort ausgewählt wurde.

Nie zuvor

Jackson traf sich – seit der Kapitulation der Wehrmacht und dem Kriegsende in Europa waren drei Monate vergangen – zunächst in London mit Vertretern aller beteiligten Mächte, um die strafrechtliche Basis des Gerichtsverfahrens zu fixieren. Das war am 8. August 1945 getan. Ein Abkommen wurde unterzeichnet, und das Statut des Gerichtshofes vereinbart. Es legte das Vorgehen der Mächte in 30 Artikeln fest, bis hin zur Aufbringung der Prozesskosten. Bestimmt wurde, dass die Anklage sich auf drei Verbrechensgruppen richten werde: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden. Während im Verlauf von Kriegshandlungen begangene Verbrechen seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in internationalen Verträgen fixiert und als strafbar gekennzeichnet waren, galt das für die beiden anderen Komplexe nicht gleichermaßen. 1928 hatte eine Gruppe von Staaten zwar einen Kriegsächtungspakt geschlossen, doch war die Verurteilung von Aggressionskriegen nicht mit Strafandrohungen gegen jene versehen, die sie anzetteln würden. Zu den drei Komplexen der Anklage kam als vierter jener der „Verschwörung“ hinzu, der darauf zielte, die Vorgeschichte jener Verbrechen aufzuklären und die zur Verantwortung zu ziehen, die die deutsche Entwicklung mit der Aufrichtung der Nazidiktatur auf den Kriegspfad gelenkt und vorangetrieben hatten. Das Statut schob vorsorglich auch der zu erwartenden Absicht einen Riegel vor, die Untaten als Ergebnis von Befehlen auszugeben und sie daher für straffrei zu erklären. Die Vereinbarung legte mit den Rechten von Richtern und Anklägern zugleich die der Angeklagten und ihrer Verteidiger fest. In London hatte Jackson mit seinen Partnern, die meist wie er dann in Nürnberg in Aktion traten, einen ersten Erfolg errungen.

Die Hauptverhandlung begann am 20. November 1945 im Justizpalast der Stadt, die sowohl durch die Reichsparteitage der NSDAP wie durch die 1935 hier verkündeten „Nürnberger Gesetze“ übel beleumdet, aber nicht deshalb als Ort des Verfahrens gewählt worden war. Hier hatte sich ein von Kriegszerstörungen kaum betroffenes und deshalb geeignetes Gebäude gefunden. Nachdem die 21 Angeklagten auf Befragen durch das Gericht sämtlich geantwortet hatten, dass sie sich „Nicht schuldig“ fühlten, wurde Jackson am zweiten Verhandlungstag um seinen Anklagevortrag gebeten. Eingangs bezeichnete er es als Privileg, dieses Verfahren eröffnen zu dürfen, das wegen eines Verbrechens gegen den Frieden stattfände. Nie zuvor habe sich dergleichen ereignet. Daraus erwachse eine besondere Verantwortung. Darauf folgte ein gemeißelter Satz, in dem er die Unerlässlichkeit des Verfahrens begründete: „Die Untaten, die wir zu verurteilen und zu bestrafen suchen, waren so ausgeklügelt, so böse und von so verwüstender Wirkung, dass die menschliche Zivilisation es nicht dulden kann, sie unbeachtet zu lassen, sie würde sonst eine Wiederholung solchen Unheils nicht überleben.“ Diese Worte charakterisierten Jacksons Herangehensweise und Absicht. So sehr das Gericht sich mit dem Unabänderlichen zu befassen und darüber zu urteilen hatte, beständig war sein Blick, und dem fehlte es nicht an Phantasie, zugleich in die Menschheitszukunft gerichtet. Er war davon überzeugt, dass die Justiz mit ihren Mitteln beitragen könne, dass sich die Überlebenden auf den Schwur „Nie wieder“ verständigten und ihn auch befolgten.

Der Prozess und die Besiegten

Jackson war sich bewusst, dass der über das Urteil hinausgehende Erfolg des Prozesses auch davon abhing, ob die Deutschen aufgrund ihrer Erfahrungen und des Wissens, das ihnen durch das Gerichtsverfahren vermittelt wurde, sich auf einen neuen geschichtlichen Weg machten. Das setzte voraus, dass sie überhaupt und ohne Vorurteile verfolgten, was in Nürnberg geschah. Dem trug Jackson mit einer Passage seiner Eröffnungsrede Rechnung, die darauf zielte, gedankliche und emotionale Barrieren niederzureißen. Er sagte, und auch das wurde einer der vielzitierten Sätze seiner Rede: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, dass wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, dass die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gelangt ist. Wir wissen, dass ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat, ein Bündnis, zu dem sich die Besessenen des wütenden Umsturzwillens unter den Nazirevolutionären mit der Hemmungslosigkeit unter den deutschen Reaktionären und der Angriffslust unter den deutschen Militaristen zusammengetan hatten.“ Diese Passage schloss: „Der Alpdruck der Nazizeit hat dem deutschen Namen in der ganzen Welt einen neuen und düsteren Sinn gegeben, der Deutschland um ein Jahrhundert zurückwerfen wird. Wahrlich, die Deutschen – nicht weniger als die Welt draußen – haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu begleichen.“

Dass war eine nachsichtige und unvollständige Darstellung der Rolle, welche die Millionengefolgschaft der Naziführer gespielt hatte. Dabei konnte es die Geschichtswissenschaft in späteren Jahren nicht belassen. Die Passage lässt jedoch einen sicheren Schluss darauf zu, was Jackson sich später dachte, als er sah, dass in der Bundesrepublik exponierte Nazis, die an dem verbrecherischen Geschehen beteiligt gewesen waren, in Staatsdienste einrückten und in der Gesellschaft Einflussreiche Plätze wieder besetzten. In seiner letzten großen Rede im Gerichtssaal, gehalten am 26. Juli 1946, seinem Schlussplädoyer, kam er auf die Bedeutung und Wirkung des Verfahrens für die Zukunft zurück. Er hoffte auf die warnende und abschreckende Wirkung des Prozesses: „Dieses Gesetz hier wird zwar zunächst auf deutsche Angreifer angewandt. Es schließt aber ein und muss, wenn es von Nutzen sein soll, den Angriff jeder anderen Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die hier zu Gericht sitzen.“ In ihnen drückte sich das Vermächtnis eines Anwalts des Weltfriedens aus. Es lässt fragen, an welchen Jackson die Leute denken, die heute als Nachfolger in Washington an seinem Platze stehen, und an welchen sie lieber nicht denken.

Als die Verhandlung in Nürnberg gegen die angeklagten Personen abgeschlossen war und der Gerichtshof prüfte und entschied, welche Organisationen im Nazistaat für verbrecherisch zu erklären waren, sah Jackson seine Arbeit getan. Den Rest überließ er seinem Stellvertreter und dem Stab seiner Mitarbeiter. Das konnte er mit gutem Gewissen tun, denn die generelle Anklage gegen die faschistischen und militaristischen Gruppen und Organisationen (NSDAP, SA, SS und weitere) hatte er dem Gericht selbst schon am 28. Februar vorgetragen. Diese Organisationen dürften nicht entlastet werden, weil die Deutschen sonst den Schluss ziehen könnten, „dass sie nichts Unrechtes getan haben“, und dann würde es ein Leichtes sein, das deutsche Volk in Organisationen unter neuem Namen, aber mit den alten Programmen zusammenzufassen. Mit der Be- und Verurteilung dieser Organisationen verband sich die Frage, wie die Mitgliedschaft in ihnen bewertet werden solle und ihr Wiederaufleben in jeder Form zu unterbinden sei.

Wieder in Washington

Jackson begab sich zurück nach Washington und nahm seine Tätigkeit als Bundesrichter wieder auf. Nicht für lange, er verstarb nach einer Herzattacke 1954, zweiundsechzigjährig. Über seine Arbeit in Deutschland hatte er rückblickend gesagt: “The hard months at Nuremberg were well spent in the most important, enduring, and constructive work of my life.” (Die harten Monate in Nürnberg waren gut aufgewendet für die wichtigste, beständigste und konstruktivste Arbeit meines Lebens.) Zur Hinterlassenschaft seines Wirkens als Chefankläger gehörte Post, die Menschen an ihn gerichtet hatten, die das Prozessgeschehen verfolgten und ihm ihre Eindrücke und Meinungen mitzuteilen wünschten. Ein Satz aus einem dieser Schreiben lautete „Ich habe nur noch den Wunsch, Scharfrichter oder Henker zu werden.“ Er wurde zum Titel der Sammlung gewählt, die in deutscher Sprache 2006 als Buch

erschien. Aus New York hatte Jackson zum Beispiel eine Karte erhalten, deren Absender schrieb, er bete „noch immer jeden Abend zu Gott, dass er über Sie wacht“.

Jacksons eigener publizistischer Anteil an der Verbreitung der Prinzipien von Nürnberg liegt in zwei Veröffentlichungen vor. Noch 1946 erschien ‟The Case Against the Nazi War Criminals”, in dem u.a. das Londoner Abkommen, die Anklageschrift und das den Prozess eröffnende Statement publiziert wurden. Das im Jahr darauf veröffentlichte „The Nürnberg Case“, enthielt darüber hinaus seinen ersten Tätigkeitsbericht an den Präsidenten der USA, verfasst im Juni 1945, seine Begründung für die verbrecherische Rolle der angeklagten Naziorganisationen und sein abschließendes Plädoyer, die sogenannte closing address, sowie Auszüge aus seinen Kreuzverhören der Angeklagten Göring, Schacht und Speer und des als Zeugen geladenen Generalfeldmarschalls der Luftwaffe Erhard Milch, der für die Luftkriegsrüstung zuständig gewesen war. Bald darauf eröffnete die Druckfassung des vollständigen Prozessprotokolls, ein Unternehmen, das mit den zugelassenen Dokumenten auf 42 Bände anschwoll und auch eine deutschsprachige Ausgabe besitzt, die Möglichkeit, jedenfalls den öffentlichen Teil der Nürnberger Arbeit Jacksons lückenlos zu verfolgen.

Dass Präsident Franklin D. Roosevelt und Jackson ein von gemeinsamen Überzeugungen getragenes achtungsvolles Verhältnis verband, war von Seiten des Präsidenten durch die Ernennungen und die Aufträge bezeugt, für die er den Juristen ausgewählt hatte. Dessen Beziehung zu F. D. R. wiederum verdeutlichte eine Entdeckung, die erst ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode gemacht wurde. Gefunden worden war Jacksons Manuskript, das 2003 zum Buch unter dem Titel That Man: An Insider’s Portrait of Franklin D. Roosevelt gedieh. Da war in den USA längst eine Reihe von Biographien Jacksons erschienen. Die erste, Eugene C. Gerharts „America’s Advocate: Robert H. Jackson“ kam vier Jahre nach seinem Tode heraus, Darauf folgte vom gleichen Autor 1961 sein „Supreme Court Justice Jackson: Lawyer’s Judge“. Beide wurden 2003 gemeinsam in einem Neudruck als „Robert H. Jackson: Country Lawyer, Supreme Court Justice, America’s Advocate“ publiziert. 1969 edierte die Columbia University vier Lektionen, die hervorragende Juristen zu Ehren Jacksons gehalten hatten. Einer von ihnen war sein Nürnberger Kollege, der britische Chefankläger Lord Hartley Shawcross. Ob sich Jackson mit der Charakteristik als Dispassionate Justice hätte anfreunden können, die sich in einer Darstellung seiner juristischen Auffassungen findet, bleibt fraglich. 2008 kam eine weitere Biographie auf den Buchmarkt, geschrieben für junge Leute, die als preiswürdig angesehen wurde.

Geschichte auf Leinwänden

Im Jahre 2000 fand auch Jacksons Verdienst eine Erinnerung mit dem zweiteiligen Spielfilm „Nuremberg“ (dt. „Nürnberg – im Namen der Menschlichkeit“), einer Gemeinschaftsproduktion aus den USA und Kanada. Im Hinblick auf das Filmpersonal waren die Autoren aufs äußerste penibel. Die Liste der Auftretenden ließ kaum einen Angeklagten aus. Weniger genau ging es bei der Darstellung der Leistungen des Chefanklägers zu, dem nebenbei eine Liebesbeziehung zu seiner Sekretärin angedichtet wurde. Diese waren, wie die des ganzen Gerichtshofes – Kritiker merkten das an – auf die Anprangerung und Verurteilung des Völkermordes an den Juden konzentriert und damit reduziert. Es lässt sich nur vermuten, warum in einem Moment, da in Europa und Asien Kriege geführt wurden und das unter Beteiligung der beiden nordamerikanischen Staaten, sich für Jacksons Verdienst bei der Kodifizierung und Aburteilung des Verbrechens der kriegerischen Aggression in der Filmhandlung kein angemessener Platz fand. Wiewohl preisgekrönt, blieb dieser Film hinter dem vier Jahrzehnte vorher in die Kinos gelangten „Judgment at Nuremberg“ („Das Urteil von Nürnberg“) von Stanley Kramer erheblich zurück, nicht nur im Hinblick auf dessen außerordentliche Besetzung, aus der Spencer Tracy, Burt Lancaster, Marlene Dietrich und Maximilian Schell noch herausragten. Der Streifen von 1961 hatte den Juristenprozess frei nachgestaltet, wurde aber dessen Inhalt und Wesen vollkommen gerecht. Er war mehr als ein Film – ein Bekenntnis wider allen Faschismus und für die Demokratie. Nur: Darin tauchte Robert H. Jackson als Filmfigur nicht auf. An den sogenannten Nachfolgeprozessen war er nicht mehr beteiligt gewesen.

Ergänzungsfähige Erinnerung

2001 entstand in Jamestown, der Stadt, in der sein Weg als Jurist begann, ein nach ihm benanntes Zentrum, das sein Erbe pflegt. In dessen Räumen gibt es eine Ausstellung und ein Archiv. Es hat Jacksons Person und Werk in außerordentlichem Umfang über das Internet zugänglich gemacht. Wichtiger noch: Von ihm gehen publizistische, wissenschaftliche und pädagogische Initiativen in das Land, dessen Regierungen sich noch immer weigern, die USA zu einem Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes zu machen.

Auch die Bundesrepublik hat sich die Erinnerung an Robert H. Jackson nicht eben angelegen sein lassen. Diese Feststellung trifft selbst Historiker und Juristen. Weder haben sie selbst ein Lebensbild des Mannes geschrieben, noch sich für die Übersetzung einer ihm geltenden Biographie eingesetzt. Zudem würde sich in der deutschen Stadt seines Wirkens oder auch in der Hauptstadt die Taufe eines Platzes oder einer Straße auf seinen Namen nicht schlecht ausnehmen. Stünde keine neu errichtete zur Verfügung, ließe sich an eine nach einem Krieger benannte denken. Hier wie dort böten sich die nach Richthofen, dem „roten Kampfflieger“, geheißenen an.

junge Welt, Freitag, 19.11.2010, S. 10.

Entschieden links

Erinnerung an einen Gefährten im Kampf. Zum 75. Todestag von Kurt Tucholsky

Am 21. Dezember trennen uns exakt 75 Jahre von dem Tag, an dem Kurt Tucholsky im schwedischen Göteborg verstarb, unfern seines letzten Lebensortes Hindas. Dort hatte er sich fünf Jahre zuvor ein Anwesen gekauft und seitdem vorwiegend gelebt. Der in Berlin-Moabit Geborene war nicht älter als 45 Jahre geworden. Seine Urne wurde in Mariefred beigesetzt, einem Ort südöstlich von Stockholm, der ihm vertraut war und wo die Erzählung „Schloss Gripsholm“ spielt.

Dieser Tag wird nicht vorübergehen, ohne dass die Feuilletons deutscher Zeitungen, die etwas auf sich halten oder wenigstens diesen Eindruck zu erwecken suchen, auf den Mann, sein Leben und seine Arbeit, seine Verdienste und sein Erbe zu sprechen kommen. Das kann und wird auf vielerlei Weise geschehen, wie Erfahrungen aus früheren Gedenkjahren sicher erwarten lassen. Es wird der keine Wette verlieren, der daraufsetzt, dass Tucholsky auf jenes gut verträgliche Maß eines lebensklugen und unterhaltsamen Publizisten und Schriftstellers zurückgeschnitten und auf den Grad von Herausforderung minimiert wird, der den Anbetern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eben noch erträglich ist. Vor Jahren schon hat Peter Ensikat gefragt: „Von welchem Tucholsky reden wir?“ Wer dieser Frage nachgeht, stößt unvermeidlich auf die komplementäre: „Und von welchem nicht?“

Militanter Pazifist

Hier nun wird von Tucholsky als einem Gefährten gehandelt werden, aus dessen Beiträgen zu den geistigen, sozialen und politischen Kämpfen seiner Zeit sich Nachdenklichkeit, Selbstprüfung, Konsequenz gewinnen lassen. Beginnen wir mit dem Platz, den der Mann, der Jahre seines Lebens im kaiserlichen Rock als Soldat des Ersten Weltkriegs verbringen musste und aus ihm glücklich davonkam – durch die Gunst der Umstände und sein eigenes Verdienst – in der Geschichte des Friedenskampfes einnimmt.

Wie Tucholsky 1918 das ungeliebte Kleidungsstück, das er eine „Affenjacke“ nannte, los war, bezog er die Haltung eines entschiedenen Pazifisten. Das war je länger je mehr in der Weimarer Republik ein Platz, der Anfeindungen bis hin zu körperlichen, lebensbedrohlichen Angriffen eintrug. Da die Militaristen Wilhelms II. ihren Einfluss in der Gesellschaft nicht verloren hatten, begann die Verherrlichung der Kriegstaten und der Helden der Schlachtfelder. Noch in der Kirche des letzten Dorfes wurden die „Gefallenen“ geehrt. Auf Friedhöfen entstanden Denkmäler mit verlogenen Abbildungen, die das elende Sterben im Kriege beschönigten. Die Unbelehrten, die auf Revanche und Rache sannen, organisierten sich, marschierten im Orden- und Fahnenschmuck auf. Tucholsky hat diese Restauration gehasst und in ihr eine Gefahr gesehen, welche die Gegenwart verpestete und für die Zukunft noch größeres Unheil befürchten ließ. Den Heranwachsenden, die den Krieg nicht erlebt hatten, die Wahrheit darüber zu vermitteln, was da an den Fronten geschehen war, darauf hat er seine Arbeit wieder und wieder gerichtet. So in der Erzählung „Jemand besucht etwas mit seinem Kind“, die 1925 in der Weltbühne veröffentlicht wurde. Dieser Jemand ist ein Franzose, der an dem sogenannten Stellungskrieg gegen die Deutschen teilgenommen hatte. Etwas, das ist der Ort, an dem er sich über Jahre befunden hatte und seinen Freund zwischen den Linien hilflos tagelang hatte sterben hören und sehen. Und das Kind ist sein Sohn, dem er die Geschichte dieses Sterbens erzählt und sagt, er solle nicht glauben, was in seinen Schulbüchern steht. Das hier, des Vaters Bericht, sei die Wahrheit. Der Text gehört zu den großen Erzählungen der deutschsprachigen Friedensliteratur. Hätte Tucholsky nur dieses eine Plädoyer für die Einhaltung des Friedens hinterlassen, es müsste sein Name in jeder Literaturgeschichte stehen.

Doch da ist aus seinem lyrischen Schaffen das von Hanns Eisler vertonte „Der Graben“ mit der Forderung, dass Deutsche und Franzosen sich über ihn die „Bruderhand“ reichen und die Erbfeindschaft für immer beenden sollen. Und da ist mit vielem anderen der Weltbühnen-Artikel aus dem Jahre 1926 „Wo waren Sie im Kriege, Herr ...?“ Der Text ist als eine Entgegnung auf jene vielen Leute geschrieben, die Tucholsky die halbseidenen Pazifisten nannte und „die dem Gegner den Gefallen tun, auf

etwas, was ein Lob ist, als auf einen Vorwurf hereinzufallen. Sie verteidigen sich, anstatt anzugreifen.“ Denn: „Für einen anständigen Menschen gibt es in Bezug auf seine Kriegshaltung überhaupt nur einen Vorwurf: dass er nicht den Mut aufgebracht hat, Nein zu sagen.“ Dieser kurze Text ist ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, „den Antimilitarismus rein zu halten von Kompromisslern. Deine Rede sei Ja – Ja oder Nein – Nein“. Dieser Forderung mangelt es nicht an einer ebenso bestimmten Begründung. Die Kriege der Herrschenden, die aus einer „Mischung von Wirtschaftsinteressen und Beamtenstank“ geführt würden, gehen uns nichts an, schreibt er. Von seiner eigenen Rolle, er war als Vizefeldwebel aus dem Kaiserheer ausgeschieden, bekennt Tucholsky: „Ich habe mich dreieinhalb Jahre im Kriege gedrückt, wo ich nur konnte – und ich bedaure, dass ich nicht, wie der große Karl Liebknecht, den Mut aufgebracht habe, Nein zu sagen und den Heeresdienst zu verweigern. Dessen schäme ich mich.“

Kein Mangel an Feinden

Es war diese Haltung, die ihn zu einem der meistgehassten Publizisten nicht nur in den führenden Reichswehrkreisen, sondern auch in den Reihen der Parteigänger der „christlichen“ wie der jüdischen Frontsoldatenbünde machte. Bekämpft werden müssten alle, die für den „falschen Kollektivwahn“ verantwortlich gewesen waren, darunter die „Feldprediger, Feldpastoren, Feldrabbiner“, welche die Lehren der Bibel fälschten, sofern sie diesen ihren Anteil nicht bekennen würden und sich bekehrt hätten. Er liebe „jeden tapferen Friedenssoldaten“, hat Tucholsky erklärt und 1921 – und variierend in vielen weiteren Texten – seine Überzeugung niedergeschrieben: „Aber wenn wir nicht mehr wollen: dann gibt es nie wieder Krieg!“

Mit dem nahen Sieg des Faschismus sah er diese Schlacht um den Frieden jedoch als in Deutschland verloren. Er hatte keinen Zweifel, dass Hitler und die ihn an der Macht etablierten, auf Krieg aus waren. In den Notizen seiner letzten Jahre, vorgenommen in Zurückgezogenheit und zunehmender Vereinsamung, beschrieb er das Bevorstehende weitgehend richtig. Es werde zu Eroberungen kommen, zunächst, wie ihm noch denkbar für Österreich, ohne Krieg. Dann aber würden wieder Waffen eingesetzt werden. Geirrt hat er sich nur in der Reihenfolge, in der Nazideutschland seine Gegner später angriff. Doch sicher war ihm, dass weder die Sowjetunion noch die Westmächte davon verschont bleiben würden. Umso größer seine Enttäuschung darüber, dass sie das Aufkommen dieser Drohung duldeten. Nicht, dass er zum Kriege gerufen hätte. Doch der schärfste politische, wirtschaftliche und jeder andere Boykott des diktatorischen Regimes schien ihm geboten und die einzig angemessene Antwort. Nichts dergleichen geschah. Komme Hitler über den Winter 1933/1934, so seine düstere Prognose, so werden wir mit ihm sterben. Er kam.

Notwendiges Nein

In einer 2009 im Druck erschienenen, zwei Jahre zuvor an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen vorgelegten und akzeptierten juristischen Dissertation, deren Gegenstand die Auffassungen Kurt Tucholskys über Staat und Verfassung bilden, findet sich die Feststellung: „Es ist ihm nicht gelungen, konstruktiv über das Jetzt hinaus zu denken, zu phantasieren, zu schreiben.“ Wer sich ein wenig in den Vorstellungen Tucholskys von jener anderen deutschen und Menschengesellschaft auskennt, für deren Herbeiführung er mit seinen Mitteln focht, fragt sich, was die Autorin eigentlich gelesen und was sie überlesen hat und wieviel die Gutachter dieser Arbeit von der Materie verstanden, über die ein apodiktisches Urteil gefällt wird, das sich getrost eine Amputation Tucholskys nennen lässt.

Was aus dem zitierten Satz herausschaut, wiederholt eine schon zu seinen Lebzeiten gegen den Mann und nicht nur gegen ihn allein erhobene Anklage: Es gehe ihm das Konstruktive, das Ja ab, er gehöre zu den ewigen Neinsagern. Diese Beschuldigung gegen ihre Kritiker (ausgenommen die an der Oberfläche der Erscheinungen haftenden) ist in der deutschen bürgerlichen Gesellschaft nie verstummt, derzeit aber wieder ausgesprochen in Mode gekommen; es wird das „positive Denken“ als eine besondere Tugend propagiert.

So lohnt es sich doppelt, zunächst einen Blick in Tucholskys 1919 geschriebenen Text „Wir Negativen“ zu werfen, der aus den späten Tagen der Revolution stammt. In ihm setzt er sich mit dem gegen

die Weltbühne gerichteten Anwurf auseinander, „wir sagten zu allem Nein und seien nicht positiv genug. Wir lehnten ab und kritisierten nur und beschmutzten gar das eigene deutsche Nest. Und bekämpften – und das sei das Schlimmste – Hass mit Hass, Gewalt mit Gewalt, Faust mit Faust.“

Es lasse sich zu dem, was vier Monate nach dem Beginn der Revolution entstanden sei, schlechthin nicht Ja sagen, setzt Tucholsky dem entgegen und beschreibt seine Vorstellung davon, was erreicht werden solle: „Leute, bar jedes Verständnisses für den Willen, der über die Tagesinteressen hinausheben will – man nennt das hierzulande: Realpolitiker – bekämpfen uns, weil wir im Kompromiss kein Heil sehen“, schreibt er und weiter: „Wir können noch nicht Ja sagen. Wir wissen nur das Eine: es soll mit eisernem Besen jetzt, grade jetzt und heute ausgekehrt werden, was in Deutschland faul und vom Übel war und ist.“ Und gegen den Vorwurf gewandt, in dieser Auseinandersetzung auch zu hassen, bekennt er: „Wir kämpfen allerdings mit Hass. Aber wir kämpfen aus Liebe für die Unterdrückten, die nicht immer notwendigerweise Proletarier sein müssen, und wir lieben in den Menschen den Gedanken an die Menschheit.“ Und er schließt: „Lasst uns auch weiterhin Nein sagen, wenn es nottut!“

„Proletarier-Staat mit Herz“

Soviel 1919. In den folgenden Jahren ist Tucholsky wieder und wieder zu dem Thema einer Gesellschaft zurückgekehrt, die an die Stelle der existierenden gesetzt werden müsse. Zehn Jahre später, im Augenblick, da die Große Krise ausbrach, ohne dass ihre Gewalt schon erkennbar gewesen wäre, formulierte er seine Vision von einer anderen sozialen Wirklichkeit im Gedicht „Hej“ so: eine Welt ohne das „Geld verdienen mit dem Schweiß der andern“, ohne „regieren auf dem geduldigen Rücken der andern“, ohne „leben vom Mark der andern“. Und an anderer Stelle, ohne Furcht, der Wiederholung geziehen zu werden: Es gelte, „die ökonomische Grundbedingung des Lebens zu verbessern, also ein Minimum für den Arbeitenden herauszuholen, das menschenwürdig ist“ oder mit anderen Worten: „es soll nicht gehungert, nicht krepiert, nicht unnütz geblutet werden; die Leute sollen, wenn sie arbeiten, arbeiten können, sie sollen eine menschenwürdige Wohnung haben [...] eben jenes Minimum. Das können sie nicht haben, wenn man Güter so verteilt.“

Die Arbeitenden sollten an Zugeständnissen selbstredend alles herausholen, was sie unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft erreichen könnten, aber – wie es im Gedicht „Bürgerliche Wohltätigkeit“ in den Zeilen „Gut! Das ist der Pfennig. Aber wo ist die Mark?“ heißt – sie sollten sich mit der kleinsten Münze nicht zufriedengeben. Und so schließt der 1928 in der Arbeiter Illustrierten Zeitung veröffentlichte Text mit dem Ruf „Kämpfe!“

Auf das Verhältnis von Tagesinteressen der Arbeitenden und ihr Leben in einer künftigen humanen Arbeitswelt kam Tucholsky auch in einem Briefwechsel mit einer Katholikin im Jahre 1930 zurück. Ihr schrieb er: „Diese Qual der Arbeitenden ist niedrig; wer sie deckt, ist mitschuldig.“ Und zu ihrem Anteil an der Linderung des Jammers versicherte er ihr sein „gut – bravo“. Doch sei das nicht die „Lösung“: „Aber wie nun, wenn einer weiterdenkt? Wenn einer sich überlegt: Woran liegt es, dass es so weit kommen kann und immer wieder kommen muss?“ Das war sein Plädoyer für das Festhalten an der Idee, diese Zustände nicht von Fall zu Fall zu reparieren, sondern andere an ihre Stelle zu setzen. Doch Revolution à la Russland? „Die Welt ist dafür nicht reif.“ Noch nicht für den „Proletarier-Staat mit Herz“. Soviel also zu der These, Tucholsky habe über das Jetzt konstruktiv nicht hinausgedacht. Bei dieser Vision blieb er, auch wenn ihm die Vorstellung mehr und mehr verlorenging, wie aus diesem „Noch nicht“ ein „Jetzt“ werden könne, und seine Hoffnung, es werde die Entwicklung in einem „befreienden Menschentum“ münden, angesichts des Sieges der Faschisten erlosch.

Zu Tucholskys Überzeugung gehörte, dass eine Sozialkritik sich vor allem auf die Zustände im eigenen Lande zu richten und diese zu bekämpfen habe. Das drückte in Wort und Bild der gemeinsam mit John Heartfield 1929 publizierte Band „Deutschland, Deutschland über alles“ aus. Herbert Ihering, der Theaterkritiker, bemängelte daran, dass nicht gesagt werde, dass es in anderen Ländern genauso sei. Das akzeptierend, bemerkte der Kritisierte in einem Brief zunächst: „Lehnt einer diese deutsche Welt, so wie sie da ist, in Bausch und Bogen ab ..., dann steht er jenseits der ‚seriösen‘ Leute. Mir macht das nichts ...“. Daran knüpfte Tucholsky die Bemerkung, er vermisse in Iherings

Aufsätzen das „Gefühl für Blut und Tränen“. Und fragte dann: „Hören Sie das nicht? [...] Immer, wenn ich schreibe, denke ich an die Anonymen, an den Proletarier, den Angestellten, den Arbeiter, an ein Leid, von dem ich durch Stichproben weiß. [...] Ich will lieber den Vorwurf auf mir sitzen lassen, künstlerisch nicht befriedigt oder aus Empörung über das Ziel hinausgeschossen zu haben, als ein Indolenter zu sein.“

Keine Frage, dass diese Parteinahme Tucholsky in eine Frontstellung gegen alle brachte, die sich mit den sozialen Zuständen der Weimarer Republik abgefunden und sich so oder so in ihnen eingerichtet hatten. Dazu zählte er die Spitzen der deutschen Sozialdemokratie. Herb seine Kritik und beißend sein Spott, ausgegossen über den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, den Reichskanzler Hermann Müller, den Reichsminister Rudolf Hilferding. Und ebenso keine Frage, dass sein Standpunkt ihn an die Seite derer führte, die nachholen und erzwingen wollten, was 1918 nicht erreicht worden war, als, wie Tucholsky dichtete, in Preußen einmal die Erde gezittert hatte.

Tucholsky, der sich am Beginn der Republik den Unabhängigen Sozialdemokraten zugesellt hatte, später Hoffnungen auf die Kommunistische Partei setzte, ohne je ihr Mitglied werden zu wollen, hätte dort, wenn er schon nicht mit offenen Armen empfangen wurde, doch ein Willkommen zugerufen werden können. Mitnichten. Stattdessen hatte er Grund zu der Feststellung, dass es einem wie ihm in den Reihen der Arbeiterparteien „nicht leicht gemacht werde“. Als in einem kommunistischen Blatt in rüdem Stil über die linksorientierten Intellektuellen hergefallen (diese „überklugen Musensöhne“ mit ihren „billigen Weisheiten und Rezepten“), ihnen die Schuld an der fortdauernden „Tragödie Deutschlands“ zugeschrieben und gleichzeitig der Anspruch auf eine Führungsrolle angedichtet wurde, erbat und erhielt er an gleicher Stelle das Wort. So entstand 1929 sein Artikel „Die Intellektuellen und die Partei“, ein Zeugnis seiner tief reichenden Auseinandersetzung mit dem Widerspruch zwischen Wissenschaft und Politik, von geistiger und praktischer Gesellschaftskritik, dazu von seinen Vorstellungen, wie die sich in diesem Widerspruch Bewegenden das mit Nutzen für ihre Sache tun könnten. Was da geschrieben wurde, hätte, als es die in linken Parteien noch gab, gut in deren Bildungsabende gepasst.

„… die gemeinsame Sache“

Fern jedes Gedankens, mit gleicher Münze zurückzuzahlen, unterbreitete Tucholsky einen Vorschlag, was sich die Intellektuellen und die Partei jeweils „hinter die Ohren“ schreiben könnten. Von jenen meinte er, dass nur der einen Platz in der Führung der Partei beanspruchen könne, der soziologische Kenntnisse besitze und für die Sache der Arbeiter auch persönliche Opfer brächte. Wer diese Bedingungen nicht erfülle, könne „allenfalls als bescheidener Helfer in den Reihen des Proletariats mitkämpfen“, ein „Sympathisierender“ sein. Und die Partei wiederum könne den „entlaufenen Bürgern“, also den Intellektuellen, die wie er selbst den bürgerlichen Schichten entstammten, ein „gewisses Misstrauen entgegenbringen“, das indessen nicht jedes Maß übersteigen dürfe.

Dann folgt Klartext: Es seien nicht die Arbeiter, die den linken Intellektuellen mit Misstrauen begegneten, denn die wüssten mit dem „todsicheren Instinkt ihrer Klasse“, wer da zu ihnen komme, sondern die Viertel- und Halbgebildeten in der Parteibürokratie, die eine Konkurrenz wittern und den Hinzustoßenden mit versteckter oder offener Feindseligkeit begegnen würden. „Man misstraut uns von der Funktionärsseite der Arbeiterparteien her.“ Sie schüfe eine Atmosphäre, die Tucholsky so beschreibt: „Tritt nun ein flammender, feuriger, starker Kerl in die Organisation, dann werden die Listenmenschen unruhig. ‚Was will der hier?‘ Nichts. ‚Einen Posten für sich?‘ Nein. ‚Dann soll er uns auf alle Fälle hier nicht unsern Laden durcheinanderbringen [...] keine neuen Sachen [...] wie sieht überhaupt sein Mitgliedsbuch aus ...?‘“

Auf diese Weise entstünden Folgen, schreibt Tucholsky den Kommunisten ins Stammbuch, die sich an der Sozialdemokratie studieren ließen, in der das Mittelmaß in persona von Ebert, Wels und Noske zur Macht kommen konnte. Und dann und weiter über dieses lähmende Parteiwächtertum: „Ich habe niemals irgendeinen ‚Krach‘ mit Parteiinstanzen gehabt; aber es gehört eine unbändige Geschicklichkeit dazu, nicht anzuecken. Guter Stil? Misstrauen. Scharfe Formulierung, die ‚sitzt‘? Der Bursche geistreichelt.“ Er glaube ja nicht, dass seine „Gedichtlein“ das Wichtigste auf der Welt seien. Aber er

war doch davon überzeugt, dass er und seinesgleichen die Arbeiterzeitungen besser machen könnten, als sie eben seien. Doch „Ihr lasst uns nicht heran. Ihr wisst es alles besser.“ Damit schließt er nicht. Da ist seine Hand, ausgestreckt: „Wir sind weit voneinander. Wir sollten zueinander.“ Und: „Es kommt nur auf eins an: zu arbeiten für die gemeinsame Sache.“

* * *

Was Tucholskys Hinterlassenschaft anlangt, so besaßen jene, die sich als seine Erben verstehen konnten, in allen Generationen „offene Konten“. Zeitweilig sind zu den ohnehin unerledigten gar neue noch hinzugekommen. Ungestraft hat sich diese Rechnung nie ignorieren lassen. Und nun zum Schluss und nur damit der vorstehende Text kein Missverständnis und den Vorwurf verursacht, es sei der Dichter und Publizist auf andere Weise amputiert worden: Das hier ist gedacht als eine notwendig erscheinende „Ergänzung“. Der Autor möchte im Werk Kurt Tucholskys die Geschichten und Gedichte von Liebe und Liebenden so wenig missen wie alles, was er zu den Kämpfen seiner Zeit beigetragen hat.

junge Welt, Montag, 13.12.2010, S. 10.

Der Historiker als Chirurg

Hans Mommsen zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert

Er hat seinen Namen in Versalien in die Geschichte der Erforschung der Nazipartei und der faschistischen Diktatur geschrieben. Im November wurde Hans Mommsen 80. Aus diesem Anlass hat er sich eine Anthologie eigener Texte geschenkt, Arbeiten aus den Jahren 1995 bis 2007.

Der Bogen der Themen spannt sich von der Novemberrevolution bis zu den deutschen Zuständen in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs und zur kritischen Sondierung von Schlussfolgerungen, die aus Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung für die Formulierung des Grundgesetzes der Bundesrepublik gezogen wurden. Altersmilde scheint den erfrischenden Ton, den Mommsen in früheren Kontroversen, so denen zwischen den Funktionalisten und Intentionalisten, anschlug, gedämpft zu haben. Indessen. Wo er auf Zerrbilder wie die Darstellung der faschistischen Machteroberung als „Revolution“ stößt oder die Naziherrschaft auf Hitler verkürzt wird, da ist sein Widerspruch deutlich.

Nicht getrennt hat sich der Historiker auch von einer Neigung zur Übertreibung richtiger Befunde. Das gilt für die Darstellung der Rivalitäten von Machtapparaten und Personen als „Kampf aller gegen alle“. Es trifft ebenso auf seine These von der „Selbstzersetzung“ und des „Auflösungsprozesses“ des Regimes in der Phase der militärischen Niederlagen zu, in der die Bevölkerung „sich aus dem Dritten Reich zurückzuziehen“ begann (Was soll man sich unter diesem Bild vorstellen?). Auch die Behauptungen von der Massenmobilisierung als „Selbstzweck“ und der „Mobilisierung der Bevölkerung als Wunschbild“ lassen sich mit den Tatsachen des Verlaufs und der Dauer des Krieges nicht in Einklang bringen.

Schwerwiegender sind hier angebotene Geschichtsbilder, in denen sich die Preisgabe von schon Erkanntem ausdrückt. Sie spricht vor allem aus der Darstellung der „Vorgänge, die zur Bildung des Kabinetts Hitler führten“. Die „entscheidende Verantwortung“ wird Franz von Papen angelastet und mit und nach diesem der „konservativen Kamarilla“ (den „Honoratioren“) um Hindenburg und einem nicht näher beschriebenen „militärischen Komplex“. Da muss viel beiseite und ausgelassen werden, zumal der Autor doch weiß und bemerkt, dass es in der Republik Interessenverbände gab, die eine „ungezügelte Macht“ ausübten. Die aber scheinen sie für Hitlers Weg in die Wilhelmstraße nicht eingesetzt zu haben.

Zwei Mal kommt Mommsen dennoch auf die Industrie zu sprechen. Aus deren Kreisen sei die antikapitalistische Polemik der NSDAP kritisiert worden. Und: Von „industrieller Seite“ habe die Hitlerpartei „vergleichsweise geringe Zuschüsse“ erhalten. Kein Wort über die Kontakte der Clique um den „Führer“ mit Bankiers, Großindustriellen und Großagrariern, kein Wort über die politisch-taktischen Ratschläge, die Hitler beispielsweise von Hjalmar Schacht zukamen. Kein Satz über die so genannte Industriellen-Eingabe vom November 1932. Mommsen, das ist schon eine Überraschung, seziert den deutschen Faschismus aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus wie ein Chirurg das mit einem kranken Organ tut, das einen Körper gefährdet.

So oder ähnlich das Verfahren auf anderen Feldern. Unerklärt bleibt, welchen realen Zwecken die Mobilisierung der in der Gesellschaft „vorhandenen Gewaltpotentiale“ eigentlich diente. Hitler und die Seinen, wird mehrfach erklärt, hätten auf die Verwirklichung einer „lebensfernen Vision“ gezielt. Kein Wort darüber, wie sich diese zu anderen „Visionen“, beispielsweise den von den Herrschenden im Ersten Weltkrieg verfolgten und verfehlten verhielt. Den „Griff nach der Weltmacht“ scheint es nicht gegeben zu haben und auch nicht dessen Wiederholung mit umgeprägten, aber doch wesensgleichen Zielen. Fritz Fischer scheint nie geschrieben und nie eine Debatte über Brüche und Kontinuitäten deutscher Eroberungspolitik ausgelöst zu haben.

Die ausschließliche Kennzeichnung des 1939 von den eroberungslüsternen deutschen Machthabern begonnenen Krieges als „Rassenvernichtungskrieg“ verkürzt den Komplex seiner Ursprünge und Antriebe und umgeht die Analyse der Dialektik von Zielen und Mitteln. Komplettiert wird die Flucht vor unabweisbaren Fragen durch die verblüffende These, Hitler habe seine Entschlüsse „immer spontan“ gefasst und sie wären niemals von ernsthafter Abwägung der Ziele und Mittel begleitet gewesen.

Die ist absolut unverträglich mit dem Zustandekommen des schwerwiegendsten aller Entschlüsse des Diktators, die deutsche Geschichte auf den Kriegspfad zu lenken. Und dass dabei kaltherzig abgewogene Kalküle gefehlt hätten, erledigt ein Blick in Aufzeichnungen seiner Geheimrede vor Reichswehrgeneralen am 3. Februar 1933. Man denke nur an die Abwägung der denkbaren Reaktionen Frankreichs, wenn die deutsche Rüstung auf Touren gebracht würde.

Die Beiträge, die sich mit dem deutschen Widerstand befassen, beschreiben und beurteilen hauptsächlich Gruppierungen und Personen des 20. Juli und da mehr ihre Programme für Deutschlands Zukunft nach Hitler als ihre Aktionen zu seinem Sturz. Schade, dass die nicht mit früheren und gleichzeitigen Programmschriften aus Führungskreisen der Arbeiterparteien konfrontiert werden. Wie der Sozialdemokratie jedoch im Ganzen und seit langem, so gilt auch Hans Mommsen das Prager Manifest von 1934, verabschiedet von der im Exil agierenden Parteispitze, nicht als besonders denkwürdig. Und die sich u. a. in der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland ausdrückenden programmatischen Vorsätze deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil werden mit dem Etikett „nationalpopulistisch“ abgetan. Ein ernsteres Verfahren würde gezeigt haben, wie grundverschieden vor allem die Vorstellung darüber waren, welchen Anteil die Massen an der Gestaltung des anderen, eines neuen Deutschlands haben sollten. Man kann den Band nicht beiseitelegen, ohne dass sich der Verdacht aufdrängt, dass ihm auch des Autors vollständige Ignoranz gegenüber den Arbeiten der DDR-Historiographie nicht eben gutgetan hat.

Hans Mommsen. Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010. 399 S., geb., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 30. Dezember 2010, S. 15.

Allerlei Gedenken an Tucholsky

Das Gedenken an Kurt Tucholsky anlässlich seines 75. Todestages begann lange vor dem 21. Dezember 2010. Ende November nahm die Zahl der Veranstaltungen zu. Sie fanden an so unterschiedlichen Plätzen statt wie dem Kleinen Theater in Minden, einem Weinhaus in Lüdinghausen, dem Lesesaal der Hohen Kemenate zu Karlstadt, dem Alten Rathaus zu Bebra, dem Dachstudio der Stadtbibliothek zu Dinslaken, der norwegischen Holzkirche auf dem Südwestkirchhof in Stahnsdorf bei Berlin und vielen anderen Orten. Texte verschiedenster Genres wurden zu Gehör gebracht, gelesen, rezitiert, gesungen. In Berlin eröffnete eine Buchhandlung mit Tucholskys Namen. Unter dem Titel „Tucholsky auf Reisen" erschien ein Hörbuch, in dem man ihn durch Deutschland und nach Frankreich, England und Schweden begleiten kann. In Rheinsberg wird eine Ausstellung „Else Weil – Fragmente eines deutsch-jüdischen Lebensweges" gezeigt (s. *Ossietzky* 24/10, S. 930); sie stellt die 1942 in Auschwitz ermordete erste Ehefrau Tucholskys vor, die Claire Pimbusch aus „Rheinsberg – Bilderbuch für Verliebte". In Dinslaken trug das von einer Künstlerin vorgetragene Programm übrigens das Motto „Tucholsky und seine Frauen".

An welchen Tucholsky wurde erinnert? Erste Auskunft lässt sich gewinnen, wenn die Kennzeichnungen durchmustert werden, die ihm galten: „dieser berühmte und oft verkannte Schriftsteller, Kabarettist und Journalist" „genialer Autor", „witziger Visionär", „der entfremdete, einsame Entwurzelte" *(Mainpost)*, der „Vielschreiber" *(Der Westen)*, der „geniale Conférencier der Epoche" (Marcel Reich-Ranicki), „scharfsichtiger Geist" und „von Widersprüchen zerrissener Dichter" *(Passauer Neue Presse)*, „humorvoll-melancholischer Pessimist" *(Mindener Tageblatt)*, „einer der meist gelesenen politisch-satirischen Autoren", „Humorist", einer der „erfolgreichsten Unterhaltungskünstler in der Geschichte des deutschen Journalismus" *(Die Kleine Zeitung, Graz)*.

Dieses in der Steiermark erscheinende Blatt informierte seine Leser darüber, dass sich dieser Tucholsky in „seiner Heimat herzlich unbeliebt" gemacht habe, und zwar wegen seiner „Attacken gegen Spießermuff, Dummheit und Obrigkeitsdenken, gegen Speichellecker und Mitläufer, gegen Justizwillkür und Nationalismus" – besonders bei den Nazis, die seine Bücher verbrannten, als sie dazu die Macht erhalten hatten. Diese Unbeliebtheit sei vor allem auch seinem Satz „Soldaten sind Mörder" zuzuschreiben. Das ist, verglichen mit den Informationen, die in deutschen Regionalzeitungen über Tucholskys politischen Standort gegeben wurden, nahezu avantgardistisch.

Deren Berichterstatter sind zumeist erst beim Anhören der Gedichte und Lieder dahintergekommen und sodann darüber erschrocken, dass die Texte „auf beinahe beängstigende Weise aktuell" seien und sich denken ließe, „der Dichter lebte unter uns und beschriebe die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse". Auch der Reporter, der im hessischen Bebra zuhörte, fand die Texte „heute noch verblüffend aktuell"; ihr Vortrag habe mit fröhlicher Stimmung gar „Gänsehaut und tiefe (da ist sie endlich wieder, die Allerweltsvokabel) Betroffenheit" hervorgerufen.

Das Wort „verblüffend" sagt etwas über die Vorkenntnisse der Schreiber, von denen sich jedoch keiner auf die empfundene Gegenwartsnähe des Gehörten weiter einlassen wollte. Mehr noch: Sie verstehen es, diese Nähe sogleich in eine beträchtliche Entfernung umzuschreiben. Eine Kostbarkeit liefert der betroffene und verblüffte Zuhörer, der aus dem Alten Rathaus in Bebra berichtete, Tucholsky habe „gegen die *damals* lahme Sozialdemokratie" gewütet. Da scheint mehr als eine Wissenslücke nur in deutscher Literaturgeschichte auf. Und, aufs Ganze gesehen, stellt sich wieder die von Peter Ensikat vor Jahren formulierte Frage „Von welchem Tucholsky reden wir", die den Zusatz provoziert „... und von welchem lieber nicht".

* * *

Die Lokalredaktion der *Frankfurter Neuen Presse* bestellte sich einen Bericht von einer Veranstaltung, zu der der Ortsverein der Sozialdemokraten im hessischen Karben eingeladen hatte. Angekündigt war ein „literarisches Dinner mit Gänsebraten und Tucholsky". Da konnte Mut zur Selbstkritik im Spiele sein, nachdem die Partei bei der Kommunalwahl 2006 von der christdemokratischen

Konkurrenz überflügelt worden war und inzwischen auch den Bürgermeisterposten verloren hatte. Sollte die Beratung mit Tucholsky da den Auftakt für Ein- oder gar Umkehr bilden?

Drei rührige Mitglieder des Ortsvereins brachten den Versammelten den Mann zunächst referierend etwas nahe. Die Vorsitzende platzierte ihn parteipolitisch und historisch so: „Lange Zeit in der SPD engagiert, vertritt er Werte, die auch wir unsere nennen.“ Ganz korrekt war das nicht. Die „lange Zeit“ endete 1914. Tucholsky, gegen das sozialdemokratische Ja zum Kriege protestierend, bevorzugte dann die Nähe zur neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Als nach nur etwa fünf Jahren ihrer Existenz ein Teil ihrer Mitglieder sich den Kommunisten zuwandte, ein anderer zur SPD zurückkehrte, wählte Tucholsky das Dritte. Er blieb ohne Mitgliedsbuch einer Arbeiterpartei.

Ein Vorstandsmitglied ergänzte: „Tucholsky hatte so seine Probleme mit der SPD“ und sei später zu ihr auf Distanz gegangen. Das war auch sehr rücksichtsvoll formuliert. Immerhin wurde den Genossen gesagt, dass sich Tucholsky gegen Ende der zwanziger Jahre stärker der KPD angenähert habe, ohne deren Mitglied zu sein. Er habe sich einen „unabhängigen Standpunkt bewahrt“.

Dann wurden Werke Tucholskys, das wäre so recht auch nach des Dichters Geschmack gewesen, „im Wechsel mit Salat, Suppe und Gänsebraten serviert“, und das gegen Entrichtung von 22 Euro (ohne Getränke). Besonders zufrieden zeigte sich die Vorsitzende, hatte sie doch mit ihrem Vorstand den Genossen die Möglichkeit gegeben „auch einmal ein anderes Miteinander zu leben“. Und nicht nur ihnen, sondern auch parteilosen Freunden der Geflügelkost.

Über den literarischen Programmteil ließ sich in dem Zeitungsbericht übrigens nichts erfahren. War die Auswahl auf Tucholskys Gedicht von 1926 gefallen, das mit der Zeile „In mein Verein bin ich hineingetreten“ beginnt? Oder hatte der Vorstand die „Feldfrüchte“ bevorzugt, mit dem beziehungsvollen Bild vom Radieschen, das „außen rot und innen weiß“ ist? Unwahrscheinlich, dass den Genossen jenes „Schnipsel“ vorgetragen wurde, das Tucholsky am 19. Juli 1932 in der *Weltbühne* veröffentlichen ließ: „Es ist ein Unglück, dass die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleineren Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas – vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahin gegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.“ Oder wurde jener Bericht des selbständigen Gemüsehändlers Anton zu Gehör gebracht, der, zufällig in eine SPD-Wahlversammlung geraten, seinen dort schlafenden Nachbarn fragt, warum er diese Partei „wählen tut“?

Von Kurt Pätzold ist aus Anlass des 75. Todestages Kurt Tucholskys in der edition Bodoni erschienen: „Kurt Tucholsky. Mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer“, 64 S., 9,00 Euro.

Ossietzky, 1/2011, 8. Januar 2011, S. 24-27.

Unsichere Sieger

Wider die Verteufelung des Kommunismus

Wenn in deutschen Landen zwischen Rhein und Oder künftig irgendwo das Wort „Kommunismus“ zu hören sein sollte, dann hat der Bundesbürger sein „Gottseibeiuns“ zu sagen oder, ist er ein Atheist, eine andere Abscheu ausdrückende Formel zu murmeln. Ist das Wort gar ohne sogleich anschließende Erwähnung der Millionen Toten gefallen, die auf das Konto von Stalins und seiner Komplizen Herrschaft gehören, dann ist eine der gewählten Formeln dreimal zu wiederholen. Im Ernst nun: der Antikommunismus hat hierzulande eine neue Qualitätsstufe erreicht. Ein Begriff, der ungleich älter ist als der Marxismus, soll aus der gesellschaftlichen Debatte genommen werden und für alle Zukunft ein pejoratives Vorzeichen erhalten. Wer hat das nötig? Und zu wessen Nutzen?

Die Antwort lässt sich beim Blick auf die Bewertungen finden, welche die bürgerliche Gesellschaft in jüngster Zeit bei Umfragen unter den Bürgern dieses Staates erhalten hat. Eine erhebliche Anzahl von ihnen hält die Verteilung von Macht und Eigentum in Staat und Gesellschaft nicht für „gerecht“. Sie halten eine andere Ordnung menschlichen Zusammenlebens für denkbar und wünschenswert, wenn sie auch meist nicht glauben, dass sie erreichbar wäre.

Suchtrupp

Der Begriff Kommunismus ist allerdings geschändet, nur nicht durch einen Versuch, von der Idee zu einer ihr gemäßen geschichtlichen Wirklichkeit zu gelangen, sondern durch seinen Missbrauch. Die Untaten der Stalin-Ära gingen von Führern einer Partei aus, die sich Kommunistische Partei nannte. Sie wurden auch unter Berufung auf die Begründer des modernen kommunistischen Denkens, auf Marx und Engels, gerechtfertigt. Mit den Vorstellungen, die Marx und Engels, Bebel und Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer Gesellschaft der Zukunft entwickelten und hegten, hat aber das stalinistische Regime nichts gemein. Die Unvereinbarkeit dieser mit jenem lässt sich an deren Schriften dartun. Das ist hinreichend geschehen.

Nun hat die junge Welt-Redaktion zu einer Konferenz geladen, deren Haupttitel jedenfalls einem Einfall entsprang: „Wo, bitte, geht’s zum Kommunismus?“ Gesine Lötzsch hat zum Generalthema einen vernünftigen und klugen Artikel geschrieben. Wer ihn bei einigem Verstand gelesen hatte, zweifelte nicht daran, dass Kommunismus nicht ihr und ihrer Partei Thema, geschweige denn Sorge bilde, sondern allenfalls das, und die Sorge kommender Generationen werden könne. Ebenso klar war dem Text ihre Ablehnung dessen zu entnehmen, was sie als „Parteikommunismus“ bezeichnete, also jener Weg und Anspruch, der sich mit dem Namen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und insbesondere dem Stalins verbindet. Indessen: Allein das klare Bekenntnis dazu, sich auf einen Weg aus dieser bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu machen, ausgerüstet und belastet mit mehr Fragen als Antworten, mit Hoffnungen und Zweifeln hat genügt, um Scharen von Politikern und Journalisten auf den Plan zu rufen und alles an Verdrehungen, Beschuldigungen, Verdächtigungen zu erbrechen, was sie irgend hervorwürgen konnten und dazu, nach Verfassungsschutz und Verfassungsrichtern zu verlangen. Die Frau sei eine Kommunistin und sie wolle aus ihrer Partei eine kommunistische machen, ja das sei die getarnt ohnehin großenteils schon.

Taktisches Kalkül

Es würde zu kurz greifen, die Schmutzkampagne einzig dem Unbehagen zuzuschreiben, mit dem die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie den nahenden Landtagswahlen 2011 entgegensehen. Wahrscheinlich ist, dass Wähler, indem sie Die Linke bevorzugen, jene einfachen Lösungen verderben, mit denen sich bislang mal diese mal jene kungelnde Landesregierung bauen ließ. Also soll sie so klein wie möglich gehalten werden. Doch hat die Reaktion auf den Zeitungsartikel von Lötzsch mit diesem vergleichsweise kurzfristigen taktischen Kalkül ihr Bewenden nicht. Wie sich am bisherigen Verlauf der Diskussion über das Parteiprogramm der demokratischen Sozialisten zeigt, waren die Hoffnungen, dass sich diese Partei auf den Platz setzt, den die Sozialdemokratie unter der Führung Gerhard Schröders und Franz Münteferings gerade frei gemacht hatte, verfrüht. Und aus gewisser Perspektive war der Beitrag der Ko-Vorsitzenden eine Bestätigung dafür, dass diese Hoffnungen

zunächst begraben werden können. Die Enttäuschung traf herb und dies erst erklärt die Reaktion, die sich Echo nicht nennen lässt, näher. In ihr drückt sich stärker noch aus, dass der Plan als gescheitert anzusehen ist, alle Ideen und Hoffnungen auf eine andere Gesellschaftsordnung auf den „Müllhaufen der Geschichte“ zu entsorgen und für die K-(d. h. die Kapitalismus-)Frage eine finale Lösung zu finden. Die Sieger der Geschichte des Jahres 1989/1990 sind der Dauerhaftigkeit ihres Sieges unsicher geworden. Sie fürchten nicht für morgen. Aber für übermorgen? Und den Deutschen unter den Siegern steckt, um ein über die Generationen lebendig gebliebenes Geschichtsbild anzurufen, Stalingrad in den Knochen.

So betrachtet, hatten die Linken mit und ohne Parteibuch Grund, das Geschrei der Politiker und der Medien nach dem Lötzsch-Artikel mit einiger Gelassenheit zur Kenntnis zu nehmen. Sie konnten sich beispielsweise des vermutlich aus dem arabisch stammenden Sprichworts erinnern „Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter“. Sie konnten sich auch darauf verständigen, ihrer Vorsitzenden beizutreten mit der Erklärung: Wir lassen uns das Nachdenken und Diskutieren über eine mögliche zukünftige menschenfreundliche Ordnung nicht verbieten oder limitieren. Und: Wir lassen uns nicht verbieten, mit Menschen, die sich darüber auch ihre Gedanken machen, in einen Disput einzutreten, um für unsere Überlegungen und Ansichten zu werben und diese zugleich der Kritik auszusetzen. (Sie hätten dem noch hinzufügen können: Wir nehmen davon einzig jene Minderheit sich fälschlich als Linke verstehender Leute aus, die entweder unverbesserliche Stalinisten sind oder einfach Spinner, Selbstdarsteller, Krawallmacher, Provokateure ohne vernünftiges Ziel).

Zielvorstellung

Stattdessen ist – freilich war das keine Totalüberraschung – ein Teil der Mitglieder der Linken und insbesondere Leute in deren erster Reihe nicht darauf verfallen, zu erklären, was sie sind und wollen und sich nicht untersagen lassen, sondern zu beteuern, was sie ganz bestimmt nicht sind und was sie gegen den Auftritt ihrer Vorsitzenden einzuwenden haben. Sie konzentrierten sich darauf, das Etikett abzulösen, das ihnen da aufgeklebt wurde. Nicht zum ersten, sondern wieder einmal, denn diese Praxis gehört zu ihrer Bekämpfung seit es diese Partei in ihren sich wandelnden Existenzformen gibt. Und diese angestrengten Reinigungsarbeiten wurden gelegentlich gar von der Klage, sozusagen dem Ruf nach der gelben Karte begleitet: „Mit uns wird nicht fair verfahren.“ Ja, auf welchem Sportplatz glauben sich denn diese Politiker immer noch, nachdem sie jahrelang in dieser Liga „spielen“?

Und dann folgten Beteuerungen vom Typ des „Gottseibeiuns“ in der Abwandlung „Wir sind keine Kommunisten. Wir waren keine Kommunisten. Und wir werden keine Kommunisten sein.“ Wem wird das versichert? Dem Bundesverfassungsschutz? Den nach wie vor in den Löchern des Kalten Krieges sitzenden Journalisten? Dem Sigmar Gabriel? Den Mitgliedern der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der Partei? Könnten sich die Angehörigen dieser neu geschaffenen Partei, die um Weg und Ziel noch ringt, nicht eher und besser darauf verständigen, dass in ihren Reihen Platz für radikale Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten ist, sofern sie die Zielvorstellung akzeptieren, die als demokratischer Sozialismus bezeichnet und gemeinsam entwickelt und vereinbart wird? Was eigentlich ist gegen Leute einzuwenden, die glauben, darüber eines fernen Tags noch hinaus gelangen zu können, die meinen, dass sich ein menschliches Zusammenleben in Gleichheit und Freiheit erreichen lässt, wie es sich Kommunisten vor und mit Marx vorstellten, ohne Nötigung oder Vergewaltigung, unter strikter Ablehnung des Grundsatzes, dass der gute Zweck die schlechten, womöglich verbrecherischen Mittel heilige?

Es gibt ein absehbares Stück Zukunft, in das sich hineinsehen lässt. Es erscheint als Resultat und Folge des bisherigen und momentanen Tuns und Lassens von Menschen. Von diesem Wegstück lässt sich mit Vorsicht und unter Vorbehalten sagen, welche Bewegungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen sich Menschen in ihm bieten, zwischen welchen sie also wählen können. Darüber wird ungeachtet aller Widerstände der Satten, Zufriedenen, Gleichgültigen weiter nachgedacht und gestritten werden. Dahinter beginnt dann die Glaubenszone.

junge Welt, Mittwoch, 12.01.2011, S. 3.

Der Job der treuen Hand

Die *Stuttgarter Zeitung* hat exakt ein Vierteljahr Abstand von jenem Datum gehalten, das in Kalendern als Tag der Deutschen Einheit vermerkt ist. Dann erst lenkte sie die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf ein Buch, das im August 2010 auf den Büchermarkt gelangt war, aber doch ungeeignet erschien, am runden, dem zwanzigsten Jahrestag beworben zu werden. Alles zu seiner Zeit.

Knapp nur stellte die Feuilleton-Redaktion die Publikation vor, zu deren Urhebern zwei Professoren der Universität Münster und ein Professor der im Ländle gelegenen Universität Konstanz gehören. Letzterer, Hans Theile, Lehrstuhlinhaber für Kriminologie, Strafrecht, Strafprozess- und Wirtschaftsrecht, kommt in einem Gespräch mit einem Journalisten zu Wort. Den Inhalt kündigt die Überschrift „Verbrechen der Wende“ an. Sein Gegenstand sei eine „Analyse der Straftaten in der Zeit der Treuhandanstalt“. In vierjährigen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Studien seien unter anderem 76 Interviews mit Beteiligten geführt worden. Das Buch könne als Kriminalgeschichte beschrieben werden, denn: „Nicht in allen, aber in vielen Fällen ging die Übereignung (die elegante Formulierung meint die Privatisierung der Betriebe; K. P.) einher mit Straftaten.“

Sensationell lässt sich das Resultat nicht nennen. Die untersuchten Vorgänge haben Gerichte beschäftigt. Jetzt, wird versichert, sei deren Tiefenprüfung vorgenommen worden. An Beispielen wird dargetan, wie es damals zuging im Dorado, das der deutsche Osten geworden war. Ausgewählt wurden die Privatisierung der ostdeutschen Werften durch die Bremer Vulkan, die Abwicklung des Ostberliner Wärmeanlagenbaus und des Metallurgiehandels sowie Vorgänge bei der Treuhandstelle in Halle. Für die Untersuchung des Umgangs mit den Leuna-Werken hätten die Gelder nicht mehr gereicht, sagt der Konstanzer Professor. Doch: Wiewohl die Arbeit bei weitem nicht getan sei, müsse man davon ausgehen, „dass es in vielen Fällen zu strafbaren Handlungen kam“. Nur, schränkt er ein, lasse sich nicht sagen, dass „jede einzelne Privatisierung durch Straftaten geprägt war“. Das ist beruhigend und soll es wohl auch sein.

Nun wollte der forschende Journalist nicht nur den groben Befund erklärt haben, sondern wissen, wie es in einem Rechtsstaat zu derart gehäufter Wirtschaftskriminalität kommen konnte. Die Antworten, die er erhielt, seien unkommentiert aufgezählt. Sie geben ungewollt auch in dieser nackten Form einen Fingerzeig darauf, wie am Ufer des Bodensees Wächter des Rechts herangebildet werden. Zunächst einmal sei es die Größe der Aufgabe gewesen, aus der sozialistischen eine kapitalistische Wirtschaft zu machen, die bewirkt habe, dass „es natürlich zu zahlreichen Wirtschaftsstraftaten kam“. Zweitens seien „in dieser spezifischen Situation der Privatisierung“ eben „erhebliche Gelegenheiten für strafbare Handlungen“ entstanden. Und wie der Volksmund schon weiß: Gelegenheit macht Diebe. Drittens habe es innerhalb der Treuhand wie auch in Polizei und Justiz an Kontrollorganen gefehlt. Das sei ein „Rekrutierungsproblem“ gewesen. Viertens habe die Vorstellung existiert, die „Betriebe wahnsinnig schnell privatisieren“ zu müssen, da hätten „Kontrollen nur hinderlich gewirkt“. Jedenfalls hätten sich die Forscher gefragt, ob die Treuhand unter solchem Druck „absichtlich nicht so genau hingeguckt hat“. Fünftens sei auch das Personal der Treuhand nicht durchweg von wünschenswerter Qualität gewesen. Sechstens habe begünstigend gewirkt, dass die Mitarbeiter dieser Anstalt zivilrechtlich von jeder Haftung freigestellt waren, sie also bei von ihnen angerichteten Vermögensschäden ungeschoren davonkamen.

Wie gelassen sich die Forscher auf die Spur offenkundiger Rechtsverstöße begaben, bezeugt eine weitere Frage, die sie sich bei ihrer Untersuchung stellten: Sie überlegten, ob „es volkswirtschaftlich sogar funktional war, dass Betriebe durch Ausplünderung kaputtgehen“, die – nach dem Urteil der Plünderer – „ohnehin nicht überlebensfähig gewesen wären“. Nach alledem überrascht das Fazit des Juraprofessors nicht: Die Straftaten seien zwangläufig passiert, mit der Treuhand sei „eine intelligente Lösung gefunden“ worden, sie habe „keinen schlechten Job gemacht“. Na dann: Vorwärts zur Gewinnung des ausstehenden „gültigen Gesamtbildes der Wendekriminalität“. Eigentlich hätte sich das Buch auch in der Ausgabe des 3. Oktober 2010 vorstellen lassen.

Klaus Boers, Ursula Nelles, Hans Theile (Hrsg.): „Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe“, Nomos Verlag, 684 S., 98,00 Euro.

Ossietzky, 2/2011, 22. Januar 2011, S. 63-64.

Fragen – Zweifel – Hoffnungen

Position. Eindrücke aus aktuellen Debatten der Linken in Deutschland

Der Artikel, den die Ko-Vorsitzende der Linkspartei in dieser Zeitung unter der Überschrift „Wege zum Kommunismus“ mit dem Blick auf die Rosa-Luxemburg-Konferenz veröffentlichte (jW-Thema vom 3.1.2011), würde nicht die Hälfte der Aufmerksamkeit gefunden haben, hätten sich nicht Antikommunisten aller Couleur auf ihn gestürzt wie einst die Goldsucher in Alaska auf einen außergewöhnlichen Fund. Das Verdienst soll ihnen nicht vergessen werden. Zu ihm gehört, dass ihre Aktion ein tiefenscharfes Bild vom geistigen Zustand unserer schwarz bis rosarötlich auftretenden Politikerschaft zu geben vermochte. Auch wurden so weitere Blicke auf die Elite dieser Gesellschaft möglich. Nicht ein einziger Wissenschaftler, der in seinem Fach internationalen Rang und in der deutschen Öffentlichkeit einen Namen besitzt, hat auf die Beweise eines schwer zu unterbietenden intellektuellen Tiefstandes reagiert und angemerkt – beispielsweise: Das geht im Lande der Dichter und Denker nicht.

Indessen: Es ist zu früh, eine Bilanz der Wirkungen und Folgen zu versuchen, die besagter Artikel hervorrief. Sie entfalten sich noch. Das gilt nicht nur für die Empörung, welche Mitglieder der Linkspartei in Wort und Schrift äußern. Es trifft vor allem auf eine in deren Reihen und über sie hinaus entstandene Debatte zu. Die Sozialisten diskutieren nicht nur, was notwendig war und bleibt, ihre Antworten auf Afghanistan-Krieg, Erwerbslosigkeit, Hartz IV und Rentenkürzungen. Die Sozialisten reden wieder über den Sozialismus. Sie machen klar, dass sie sich mit der Einnahme des Platzes, den die Sozialdemokratie unter Schröder und Müntefering geräumt hat und den wieder zu besetzen sie unter Gabriel vortäuscht, nicht begnügen. Die Linkspartei macht erneut deutlich: Sie ist weder die Nachfolgerin der SED, wiewohl ein Teil ihrer Mitgliedschaft dort seine politisch-biographischen Wurzeln besitzt. Und ebenso wenig aspiriert sie auf die Nachfolge jener SPD, die mit Traditionen und Verdiensten dieser Partei, erworben in opferreichen Kämpfen, längst gebrochen hat. Die Linke sucht ihre eigene Form, und die kann nicht durch die bloße Bestimmung ihres „Abstands“ von den Christ-, Frei-, Grün- und Sozialdemokraten gefunden werden. Wenn der eigene – nicht nur politische, sondern auch – historische Ort erst bestimmt ist, wird sich der übrigens unschwer abmessen lassen. Und eben über ihn ist der Anfang einer Debatte erreicht. Dank Lötzsch. Aufgeworfen ist die Grundfrage nach dem Verhältnis zu dieser bürgerlichen Gesellschaft und ihrer ökonomischen Struktur, die vom kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln geprägt wird.

Damit aber wird ein ungeschriebenes Gesetz verletzt, dem in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Geltung verschafft werden soll. Denn nach dem Verständnis der in ihr Herrschenden schließen die demokratischen Freiheiten ein Recht nicht ein: über diese Gesellschaft hinaus zu denken und – schlimmer noch – andere und zumal junge Bürger dazu anzuregen. Gestattet wird dem Bundesbürger von einigen liberalen Geistern eben noch, in Nachtträumen Zukunftsbilder sich vorzustellen, Utopien zu pflegen, Visionen zu entwickeln. Das darf unter Daunen (lateinisch: pluma) geschehen, zumal sich so Zufriedenheit gewinnen lässt. Tagträume hingegen, bei denen sich der Gedanke einstellt, wie aus Geträumtem das Verwirklichte werden könnte, sind unstatthaft. Wer dabei ertappt wird, für den gilt „Wanted“, mindestens zum Zwecke der Erfassung in den Verdächtigenkarteien der einschlägigen Bundesbehörden.

Potenzierter Antikommunismus

Für diese Praxis wird seit Jahren eine zweifache Rechtfertigung geliefert. Die eine besagt: Wir leben zwischen Saar und Oder im besten aller sozialen und politischen Zustände, die es je in einem deutschen Staat gab. Die lassen sich noch bessern, auch schließen sie weder Un- und Rückfälle noch Krisen aus. Doch wählen wir uns Regierungen, die uns bei der Behebung solcher Schäden und Missgeschicke beraten und führen, dann können wir, wenn nötig, gemeinsam als eine einzige große Reparaturkolonne agierend, erhalten und mehren, was wir schon besitzen.

Die andere Begründung verkündet: Versuche, über diese „Ordnung“ hinauszugelangen, führen unvermeidlich in Diktaturen wie die Stalins oder Hitlers. Das habe die Geschichte bewiesen. Also dro-

hen Unfreiheit und Terror, Konzentrationslager oder GULAG, Misswirtschaft und Entbehrungen. Jede Idee von einer anderen Gesellschaft wird so mit Horrorbildern besetzt. Dabei ist der Schwindel mindestens in einem Punkte auf den ersten Blick erkennbar. Hitler, der Kleinbürger aus der österreichisch-ungarischen Monarchie, war, was er und seine Demagogen auch immer zusammenlogen, nicht einen Moment seines politischen Wirkens darauf aus, die Deutschen über die in der Gegenrevolution restaurierte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinauszuführen. Er hat in dieser Debatte folglich nichts verloren, wird aber in sie zu dem Zweck hineingemogelt, die Abscheu, die dem Manne und dem Faschismus gilt, zur Potenzierung des Antikommunismus zu nutzen und – andererseits – die Gesellschaft, aus deren Boden die Diktatur der Faschisten wuchs, aus aller Geschichtskritik herauszuhalten.

Wege und Irrwege

Wenn also der Hitler in Erörterungen über eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus nichts zu suchen hat, bleiben – Stalin und das nach ihm benannte Regime. Keine Frage, die bolschewistische Partei, zu deren Führungsgruppe er gehörte, war mit einem Programm angetreten, das sich auf die von Marx und Engels entwickelte Vision einer Gesellschaft richtete, die über eine Vorstufe, den Sozialismus, in den Kommunismus, eine klassenlose Gesellschaft, führen sollte. Das ist in allen Jahren der Existenz Sowjetrusslands und dann der Sowjetunion als das Ziel bezeichnet worden. Stalin galt Millionen als der geniale Führer in eine neue Menschheitszukunft. So haben ihn Sozialisten und Kommunisten vieler Länder verehrt, manche geradezu vergottet. Dann kam nach jahrzehntelangen Einsprüchen antistalinistischer Sozialisten 1956 der XX. Parteitag. Doch folgte auf ihn kein Umbau des Regimes, das der nun schwerster Verbrechen angeklagte Diktator etabliert hatte. Dies ließ die Entwicklung auf Irrwegen und führte in eine geschichtliche Sackgasse. Die auch in Ostdeutschland 1958 ausgegebene Parole „Der Sozialismus siegt“ geriet in Museen.

Diese Vergangenheit lastet auf allen schwer, die sich heute als Sozialisten bekennen, insbesondere auf denen, die „dabei gewesen“ sind. Und niemanden wundert, dass ihre Gegner diese Vergangenheit ausbeuten und, um ihr Vorhaben mit höchstem Nutzen zu betreiben, sie in ihren Ursachen und Verläufen zusätzlich verzerren. Das wird auf eine Zeit hin so bleiben, deren Dauer sich nicht abschätzen lässt.

Wer also über den Sozialismus (oder Kommunismus) reden will, muss nolens volens über diese Vergangenheit sprechen, welche die einen als Versuch bezeichnen, andere einen „ersten Versuch“ nennen, den manche mit dem Kommentar versehen, der könne schon schief gehen wie andere erste Experimente auch. Bei der Wiederbeschäftigung mit dem Thema einer künftigen Gesellschaft können sich Sozialisten jedoch nicht allein von der Forderung der Distanzierung leiten lassen, die, von ihren Gegnern erhoben, natürlich die Verurteilung des Ganzen meint. Bezeichnet werden muss, was im vollständigen und verhängnisvollen Gegensatz zu den Zukunftsvorstellungen nicht nur von Marx und Engels geschah, sondern auch zu solchen aus ungleich älteren Zeiten. Die Gedankenbilder der Väter müssen mit jenen Realbildern, geschaffen von missratenen Nachfolgern, die sich als Schüler ausgaben, konfrontiert werden, nicht in erster Linie um der Anklage willen, sondern um zu jenen Entwürfen zurückkehren und sie kritisch durchmustern zu können.

Das ist obendrein die leichtere Aufgabe, mit deren Lösung zweierlei freilich schon erreicht ist: Die Abweisung der derzeit unter die Deutschen gebrachten Betrügereien, die nicht nur zwischen Stalin und Marx, sondern ebenso zwischen ihm und allen Verfechtern kommunistischer Ideen eine gleichsam gesetzmäßige Beziehung von Ursache und Folgen konstruieren. Und – zweitens – die Störung jenes erwünschten Effekts, der, fällt der Begriff Kommunismus, den guten Deutschen ein Schreckensbild erscheinen lässt, neben dem die Höllenschilderungen des Dante Alighieri verblassen.

Wollen, und das ist der ungleich schwierigere Teil ihrer Aufgabe, Sozialisten die verlorene Glaubwürdigkeit – nicht als Person, sondern als Gruppe – zurückgewinnen, dann müssen sie auch zu erklären suchen, wie es dazu kommen konnte, dass eine tiefhumanistische Idee zu einer Wirklichkeit verkam, die in die Geschichte der Barbarei gehört, und wie es geschehen konnte, dass eine nicht genau bestimmbare Zahl der Ihren, jedenfalls doch Hunderttausende, und mit diesen eine weitere, sich zu

Millionen summierende Zahl von Menschen getötet wurden. Diese Aufgabe ist nicht einmal in ihren Anfängen gelöst. Denn dahin führen keine Beschreibungen von Biographien und keine psychologischen Deutungen, die nützlich und unerlässlich sein mögen. Notwendig ist eine Geschichte der Sowjetunion, die zu schreiben das Studieren von Quellen von einem schwer im Voraus messbaren Umfang erfordert und den vollständigen Zugang zu ihnen verlangt. Daran können sich nur organisierte Forschergruppen wagen, und die bilden sich in aller Regel erst, wenn in einer Gesellschaft das Fragen einsetzt, also sich ein Bedürfnis nach Wissen über die Vergangenheit geltend macht. Wie deutsche Historiker in erster Linie dafür verantwortlich waren, mit dem Blick auf die Nazizeiten zu erklären, warum und wie es geschehen konnte – sie sind sich darüber nicht einig und nicht an ein Ende gelangt –, so ist es Sache russischer Gesellschaftswissenschaftler, dies im Hinblick auf die Stalinära zu tun. Der Weg dürfte angesichts des Zustands und der Hinterlassenschaft der sowjetischen Historiographie noch weit sein.

Notwendige Distanzierung

Noch einmal: Distanzierung ist notwendig, jedoch können sich Sozialisten so bescheiden nicht zeigen. Sie könnten sich jene Ratschläge Kurt Tucholskys, der von sich sagte, er sei ein „Anti-Antibolschewist“, gegeben nach der Niederlage des Jahres 1933, als Leitlinie gelten lassen: „Nein, es ist nicht unmenschlich viel verlangt, dass einer in sich gehen soll. Natürlich sollen die Leute nicht ihre ganze Vergangenheit desavouieren, das tue ich ja auch nicht. Aber lernen soll man.“ Und dazu seine Aufforderung, sich nicht nur zu fragen, was falsch getan wurde, sondern – weil das dem Tun doch meist vorausging – danach zu forschen, ob man nicht falsch gedacht habe.

Es ist sinnlos und ärmlich, sich angesichts der bis in den Bundestag hochschlagenden Welle des Antikommunismus zu beschweren, dass hier Betrügereien geschehen und es an Fairness fehlt. Zu erwägen wäre stattdessen, ob es nicht zweckmäßig ist, die Vorzugsgäste von Fernsehsendungen, die Stimmungen gegen die Linkspartei und alle Widersacher der bürgerlichen Gesellschaft schürten, mitunter ein wenig unter sich zu lassen, auch aus dem Gesichtspunkt heraus, den Tucholsky in ähnlicher Situation angeführt hatte: „So tief kann man nicht schießen.“ Nicht, dass die heute agierenden Antikommunisten denen vom faschistischen Typ gleichzusetzen wären. Doch ihr intellektuelles Niveau, das mit Leerformeln wie Stalin gleich Kommunismus, Pol Pot gleich Kommunismus auskommt und operiert, kann mit dem der Ideologen mit dem Hakenkreuz durchaus konkurrieren.

Die in Gruppen und Zirkeln der Linken belebte Diskussion über den Sozialismus gebiert nach dem ruhmlosen Untergang des von der Sowjetunion dominierten Staatensystems und den damit einhergehenden Erfahrungen des Massenverhaltens – wen wundert‘s – auch Zweifel. Sie zu bestärken gehört zur Strategie der Befestigung der bürgerlichen Gesellschaft. Namentlich, wer in der Überzeugung gelebt hatte, das Ende dieser Gesellschaft sei gesetzmäßig und seine Gewissheit auf die „Wissenschaft vom Sozialismus“ gründete, sieht sich in eine Situation versetzt, in der es Glaubenskraft braucht, auf einen grundlegenden Wandel im Gang der Weltgeschichte zu hoffen. Wo sind Kräfte, die ihn bewirken wollen und können? Wie können sie sich formieren? Und ist denkbar, dass sie sich gegen die ideologisch wie militärisch schwer bewaffneten Gegenmächte, welche die herrschenden Zustände zu verteidigen bereitstehen, je durchsetzen können?

Wenn die Geschichte auch am Beginn des 21. Jahrhunderts jähe Wenden aufweist, bewirkt durch Massenaktionen, die jüngste in Tunesien, überfordert es das Vorstellungsvermögen doch, sich konkrete Situationen eines Wandels vorzustellen, der nicht nur in die Auswechslung einer Regierung oder in den Austausch einer Staatsform mündet. Dem durch immer neue Tatsachen, nahezu alltäglich gewonnenen Gefahrenbild, das zeigt, wie die Herrschaft des Kapitals die Menschheitsentwicklung sich abzeichnenden Katastrophen entgegentreibt, steht die Ungewissheit über das Was und Wie sonst und das Wie weiter gegenüber. Die Frage „Wo, bitte, geht’s zum Kommunismus?“, also in eine Gesellschaft, die auf Irrwegen nicht fortschreitet und auf ihnen nicht nur allenfalls abzubremsen vermag, sondern sie verlässt, ist den Zeiten gemäß. Sie lässt sich diffamieren, aber sie lässt sich nicht abschaffen. Das Thema wird uns noch eingepaukt werden.

junge Welt, Freitag, 28.01.2011, S. 10.

Eine Rechenaufgabe und mehr

Etwa zwei Drittel der Bundesbürgerschaft, wenn nicht noch ein wenig mehr, halten Karl-Theodor zu Guttenberg für den Star unter den Politikern des Landes. Etwa gleich viele lehnen jedoch die Politik ab, für die dieser Mann wie kein anderer steht und eintritt: die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Das gibt für Mathematiklehrer, die ihren Unterricht interessant gestalten wollen, einen Stoff her. Die Rechenaufgabe lautet: Wie viele Bürger (in Prozenten) erklären den Freiherrn zu ihrem Favoriten und lehnen doch gleichzeitig ab, womit er sich hauptsächlich befasst, am Schreibtisch zu Hause, im Ministerbüro und mitunter im fernen Feldlager? Ist das errechnet – und wir überlassen die Lösung hier den Leserinnen und Lesern unseres Blattes –, wäre das Weitere aus der Mathematik- in die Geschichtsstunde oder den Sozialkunde-Unterricht zu überweisen. Wie ist, würde die Fortsetzungsaufgabe lauten, das Verhalten der errechneten x-Prozent Bundesbürger zu erklären, die Guttenberg-Verehrer und zugleich Afghanistan-Kriegsgegner sind? Daraus könnte sich in einer aufgeweckten Schulklasse, in der Meinungen weniger rücksichtsvoll geäußert werden als – sagen wir – im Bundesverteidigungsministerium, eine interessante Konfrontation von Ansichten und Deutungen ergeben. Sie könnten von „Die entscheiden doch einzig nach dem geschniegelten Typ, den sie selber abgeben möchten“ bis zu „Die sind ebenso doof“ reichen. Und wenn, dies aufnehmend, der Lehrer oder die Lehrerin dann fragen würde: „Sind sie aber doof geboren oder doof gemacht“, dann könnte sich eine lebhafte Debatte darüber anschließen, was in den Lehrplänen unserer Schulen fehlt: Wer waren und sind die Blödmacher der Nation? Wer bildet sie aus? Wer heuert sie an? Und warum? Wie gehen sie vor? Und vor allem: Wie kann man sich dagegen schützen, deren Opfer zu werden und – beispielsweise – diesen Minister für einen Stern am Politikerhimmel zu halten?

Ossietzky 3/2011.

Mit Blick nach Dresden

Der Untergang einer Stadt und was dem vorausging: Worüber es am 13. Februar nachzudenken lohnt

Es gibt Szenen in einem Leben, die sich unverlierbar einprägen, wie lange es danach auch immer dauern mag. Eine davon verbindet sich mir mit dem Görlitzer Bahnhof. Die deutsche Kriegsniederlage war eine Frage von Wochen allenfalls noch von einigen Monaten geworden. Westwärts ergoss sich ein Flüchtlingsstrom aus Schlesien. Zehntausende passierten die Stadt an der Neiße. Wer nicht wusste, wohin sich wenden, erhielt in der Bahnhofshalle eine Eisenbahnfahrkarte nach einem Ort, beispielsweise irgendwo in Bayern, und die Abfahrtszeit des Zuges genannt, der ihn dorthin bringen sollte. Am Abend des 12. Februar 1945 staute sich eine Menschenmenge auf dem ihr bezeichneten Bahnsteig. Auch die Treppen dahin waren vollgestopft. Mütter mit großen und kleinen Kindern, Alte und Gebrechliche, die in dem beängstigenden Gewühl nach Luft rangen. Das machte, dass ich aufgab und nicht mit dem Zug in Dresden ankam, als über dessen Himmel die Bombenflugzeuge der Royal Air Force (RAF) eintrafen. An die Menschen, die es „geschafft“ und sich in die Waggons gedrängt und gekämpft hatten, musste ich denken, als ich Ahnungslose, das ist eine milde Bezeichnung, mit der Losung marschieren sah „Keine Träne für Dresden“. Da entstehen mir dann auch wieder die Bilder des Trümmerhaufens, durch den ich einige Wochen später ging. Es lassen sich die deutschen Opfer dieses Angriffs wie Millionen andere deutsche Kriegstote beklagen, ohne aus den Deutschen, die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges waren, ein einziges Opfervolk zu machen oder gar sich den Neobraunen zuzugesellen, von denen nur von Fall zu Fall entschieden werden kann, ob sie dumm sind oder auf die Dummen rechnen.

Geschichte des Luftkriegs

Wer von dem 13. Februar 1945 und Dresdens Zerstörung spricht und darüber zu Urteilen gelangen will, tut gut, sich ein wenig um die Geschichte des Luftkriegs zu kümmern, denn hier wie in vielen anderen Fällen gilt, dass man eine Sache erst dann kennt, wenn man auch um ihre Geschichte weiß. In Kürze: Der Luftkrieg beginnt im Ersten Weltkrieg. Aus dem Rückblick erscheint, was damals geschah, als ein bloßer Auftakt. Den Deutschen wurde er aber nicht als eine Warnung erklärt, sondern romantisiert. Manfred von Richthofen, Max Immelmann, Oswald Boelcke, das waren Namen in vieler Munde. Zu den für die Jugend bestimmten Erzählungen gehörte eine Sammlung „Helden der Luft“. Die Kampfflieger wurden als eine Art moderner Ritter hingestellt, die sich Mann gegen Mann maßen, nicht auf Pferden und gepanzert mit Lanze und Schwert, sondern in ihren ungepanzerten Flugapparaten und mit Maschinengewehren. Weniger Aufhebens wurde um den Bombenkrieg aus der Luft gemacht, den Flugzeuge und Zeppeline führten. Lüttich wie London bildeten deutsche Angriffsziele. Schon damals wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Kriegführung, was geschah, auf Zivilisten ausgedehnt werden oder nur militärischen Zielen gelten dürfe. So wenig der Luftkrieg für den Verlauf und das Ergebnis dieses Krieges noch bedeutete, den Militärs war klar, dass hier eine neue Waffengattung im Entstehen begriffen war. An ihrer Entwicklung wurde international fieberhaft gearbeitet. In Deutschland illegal, denn der Besitz von Luftstreitkräften war dem Reich im Versailler Vertrag ausdrücklich verboten worden. Zugleich scheiterten in den zwanziger Jahren die internationalen Bestrebungen, nach dem Beispiel des See- und Landkriegsrechtes auch ein Luftkriegsrecht zu vereinbaren. Die Armeeführungen waren desinteressiert und dies umso mehr, als sich mit der Vervollkommnung dieser Waffe weitreichende, ja phantastische Vorstellungen über eigene Vorteile im nächsten Krieg verbanden. Und mit den immer komplizierteren Apparaten zum Angriff wie zur Abwehr ließen sich erhebliche Gelder verdienen, angefangen von den Produzenten des Aluminiums bis zu denen des feinmechanisch-optischen Geräts.

So entstand zwischen den beiden großen Kriegen als dritte Waffengattung die Luftwaffe. Ihre Existenz in Deutschland wurde 1935 öffentlich demonstriert. An „Tagen der Wehrmacht“ begaben sich Tausende auf Flugplätze und begeisterten sich an dem dort vorgeführten Gerät. Bei Paraden, wie anlässlich von Hitlers 50. Geburtstag, brausten Maschinen im Tiefflug mit ohrenbetäubendem Lärm über die Straßen deutscher Städte. Die Luftwaffe galt als die Krone aller Waffen, Konkurrenz mach-

ten ihr allenfalls die Unterseeboote. Spielfilme waren für sie Reklame, so 1939 der Streifen „D III 88“, der noch in Manöversituationen spielte. Das setzte sich im Kriege mit „Kampfgeschwader Lützow“ und „Quax, der Bruchpilot“ fort.

Zivilbevölkerung als Ziel

Als der Krieg 1939 von der faschistischen Führung eröffnet wurde, erfreuten sich die Szenen mit den herabstürzenden Sturzkampfflugzeugen und den Bombenabwürfen über polnischem Land unter Zuschauern besonderer Beliebtheit. Schon im ersten Bericht des deutschen Oberkommandos wurde bekanntgegeben, Geschwader der Luftwaffe seien „zum Niederkämpfen militärischer Ziele“ gestartet. Die Deutschen mochten diese erste in der langen Reihe von Lügen in den Berichten der folgenden Jahre glauben. In Wahrheit hatte die polnische Kleinstadt Wieluń zu den Angriffszielen gehört. In ihr wurden bei dem Überfall von 87 deutschen Sturzkampfbombern wenige Stunden nach Kriegsbeginn 1200 Zivilisten (von etwa 16.000 Einwohnern) getötet und 70 Prozent der Stadt zerstört. Auch in den weiteren offiziellen Mitteilungen blieb die Fiktion gewahrt, Ziel der Luftattacken seien militärisch bedeutsame Ziele. Doch konnten selbst nach den Filmberichten und den Erzählungen zurückkehrender Soldaten Zweifel am Charakter des Luftkrieges nicht mehr sein. Zu seinen Zielen gehörte es, unter der Zivilbevölkerung Schrecken und Resignation vor der deutschen Übermacht zu verbreiten.

Kaum jemand im Reich machte sich Gedanken darüber, wofür das ein Anfang war. Zwar begann die Verdunkelung der Städte, die Einrichtung von Luftschutzkellern, die „Entrümpelung“ der Hausböden, die Anschaffung von allerlei Gerätschaften zur Brandbekämpfung und die Mobilisierung der Luftschutz-Organisation. Doch noch glaubten die Deutschen. dass die Vorsorge angesichts der Verlässlichkeit der eigenen Luftabwehr eigentlich überflüssig sei.

Seinen Höhepunkt erreichte der Luftkrieg nach der Kapitulation Frankreichs im Sommer und Herbst 1940 über den Britischen Inseln. Er zielte, nachdem der vage Plan einer Invasion aufgegeben war, auf die Zerstörung wirtschaftlicher, darunter Rüstungsanlagen, und die Zermürbung der britischen Bevölkerung. Aus deutschen Radioapparaten tönte regelmäßig das Lied „Bomben! Bomben! Bomben auf Engelland“, in dem es hieß: „Wir halten Gericht. Ein Weltreich zerbricht.“ Den gnadenlosen Luftkrieg begrüßten viele Deutsche als den direktesten Weg zum Kriegsende. Gleichzeitig wurde zu diesem Zeitpunkt vielen Bewohnern deutscher Städte klar, dass sie vor den Schlägen der Gegner nicht vollkommen geschützt waren. Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 26. August 1940 hieß es, in der vergangenen Nacht überflogen „zum ersten Mal seit Kriegsbeginn einige feindliche Flugzeuge Berlin und warfen am Stadtrand mehrere Brandbomben“. Sachschaden sei nicht angerichtet worden. Dann verging, wenn das Wetter es nicht verbot, kein Tag, an dem die Flugzeuge der RAF nicht über dem Reichsgebiet auftauchten. Planmäßig und planlos würden vom Gegner Wohngebiete angegriffen, hieß es. Das war ein Vorspiel nur. Noch ging man am Sonntag bei einem Spaziergang die Bombentrichter bestaunen...

Und dann kamen Lübeck, Hamburg, Köln, die Verwandlung der Städte des Ruhrgebiets und eben auch Berlins in beispiellose Trümmerhaufen. Keine Attacke aber hat sich dem Gedächtnis so tief eingeprägt wie die auf Dresden. Wegen der umstrittenen Zahl der Toten? Weil die Stadt mit Flüchtlingen vollgestopft war? Weil sie als das Florenz an der Elbe galt? Weil es bis zum Ende des Krieges nur noch ein knappes Vierteljahr dauerte und die Alliierten ihn schon sicher gewonnen hatten? Sie hätten, so das verbreitete Urteil, da mit dem von den Deutschen begonnenen Bomben doch aufhören müssen.

Hätten nicht eher die deutschen Generale nach dem Beispiel ihrer Vorgänger im Ersten Weltkrieg „aufhören“ müssen, als sie wussten, dass sie geschlagen waren, spätestens also, als sie an den Reichsgrenzen standen? Und mussten, da die Deutschen selbst in ihrer aussichtslosen Lage nicht kapitulieren wollten, die Alliierten nicht zu jedem Mittel greifen, das das Ende näherbrachte und die eigenen Leute schonte? Wer, so viele waren es nicht, von Stalingrad bis ins schlesische Lauban gelangt war, wollte den Tag nicht erleben, an dem er sich sagen konnte: Friede! Wer, der von der Normandie bis an den Rhein sich vorgekämpft hatte, wollte nicht an diesem ersehnten Tage einer Mutter nach Arizona oder Montana schreiben: Ich lebe! Die Deutschen haben ihre Frauen und Kinder und alten

Menschen nicht zu schützen vermocht. Das konnten sie nicht, indem sie, wie ihnen befohlen, weiter schossen, sondern nur umgedreht hätten indem sie die Gewehre umdrehten. Darüber gilt es beim Blick in die grausige Geschichte von Dresdens Untergang nachzudenken.

junge Welt, Mittwoch, 09.02.2011, S. 3.

Zirka siebzig Prozent

Fußnoten in Kriegszeiten. Wie mit den Umfragewerten für Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg umgehen?

Unter den Ereignissen und Vorkommnissen rund um den Vorfall, der Aussicht hat, unter der Falschbezeichnung „Fußnoten-Affäre“ in die Geschichte der Skandale einzugehen, die sich um regierende Politiker des Staates Bundesrepublik ranken, hat vieles nicht überrascht. Zuvörderst die Reaktion der Bundeskanzlerin. Die hat keinen Grund, sich von einem Minister zu trennen, der auf Lebenszeit eine solche Leiche im Keller hat, wie sie ein obendrein geglückter Betrugsversuch, verbunden mit dem Diebstahl geistigen Eigentums, nun einmal darstellt. Gleiches gilt für die Haltung seiner Kabinetts- und Fraktionskollegen, die – Solidarität hin, Korpsgeist her – das ihrige taten, die Untat durchgehen zu lassen, können sie sich dann doch in allen Fällen und für die Zukunft auch selbst auf der sicheren Seite sehen. Überrascht hat auch das Auftreten der Bayreuther Professoren nicht, die, als sie das Unumgängliche erledigt hatten, kein Wort eigener Stellungnahme oder Empörung fanden, geschweige denn, dass sie sich zu einer gesellschaftlichen Wertung durchgerungen hätten. Über all das lässt sich kein weiteres Wort verlieren.

Im Amt bleiben

Wie aber steht es mit der auch nicht überraschenden Mitteilung, dass eine bei siebzig Prozent liegende Zahl befragter Bundesbürger den Betrüger als Bundesminister weiter an seinem Platze sehen will? Es kommt hier nicht darauf an, ob der (schwankende) Wert ein wenig über oder unter dieser Zahlenangabe liegt. Nach früheren Befragungen, deren Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen stammen, verdient sie Glaubwürdigkeit. Wer also nicht in den Tag lebt, kommt über diese Zahl ins Nachdenken oder, mehr noch, ins Grübeln. Dafür versorgen ihn die Medien reichlich mit Informationen und Erklärungen.

Die Volksmenge, darauf laufen viele Deutungen hinaus, will sich von dieser zur Lichtgestalt aufgebauten Figur nicht trennen. Das hat den Vorteil, dass sie sich ihren groben Irrtum nicht eingestehen muss. Sie hatte sich auf den Mann als Bundeskanzler in spe schon eingestellt, der sich so vorteilhaft von allen Vorgängern und den Kollegen und Konkurrenten um ihn unterscheidet. Jung, bezaubernd lächelnd, hellstrahlend, dynamisch, redegewandt, entschlossen, umtriebig, geschniegelt in Zivil und schmuck im Hindukusch-Look. Dazu von Adel, ein Freiherr von und zu, ein Baron. Seine Mama eine Gräfin, seine Gattin gar eine Gräfin von Bismarck-Schönhausen, Ururenkelin des Reichsgründers. Von der Erscheinung sich trennen?

Wer auch nur einen Moment darob in Zweifel geriet, dem wurden sie ausgeredet. Hier das Repertoire: Wer macht nicht manchmal einen Fehler? Wer ist frei von Irrtümern? Wer war nicht schon mal überlastet? Wer hat sich nicht schon zu hohe Ziele gesetzt und überschätzt? Menschliches, Allzumenschliches. Das kennt man ja und muss das Buch des Friedrich Nietzsche nicht gelesen haben. Nobel hat er sich zudem jetzt gezeigt: selbstkritisch bis zerknirscht, ehrlich, demütig, mit keiner Entschuldigung in jede auch nur denkbare Richtung zurückhaltend und dabei dennoch aufrecht, ja kämpferisch, männlich eben.

Und überhaupt: Fußnoten? Muss man sich darum kümmern und sorgen? Gehörte dahinein, wie vor Jahren zu hören, nicht die DDR? Ein Großteil der Deutschen hat mit der Fußpflege, mit Fußpilzen und dergleichen zu tun. Muss er sich um diese Sorte von Noten kümmern, eine Marotte der Intelligenz und ihres abgehobenen Gehabes und Getues? Vor allem erledigt sich das Ganze doch schon bei dem Gedanken, dass der Mann doch die Anstrengung dieser ganzen Schreiberei gar nicht nötig gehabt hatte. Die vielen einsamen Stunden, denen er sich Frau und Kindern entzog. So wurden den zirka 70 Prozent zu ihrer mitfühlenden Gemütsverfassung die Argumente geliefert, die ihnen zur Rechtfertigung ihrer an Nibelungentreue erinnernden Haltung vor sich selbst dienen können.

Und wem die nicht hinreichten, dem wurden weitere Lichter aufgesteckt und diejenigen und ihre Antriebe bloßgestellt, die dem Minister an seinem edlen Zeuge flicken wollen. Kein Trick, der dem Guttenberg-Rettungsteam zu primitiv gewesen wäre, um sein für jedes Staatsamt bis zum Bürger-

meister von Kötzschenbroda disqualifizierendes Verhalten kleinzureden und als lässliche Sünde auszugeben. Kein Dreck, der ihm zu ekelhaft gewesen wäre, ihn gegen alle zu schleudern, die sich erlaubten, nach dem geistigen und moralischen Maß zu fragen, dem hierzulande ein Bundesminister zu genügen hätte.

Schaden für Deutschland

Stattdessen: Er ist ein begabter und befähigter Politiker, und den will die Opposition zu keinem geringeren Schaden als dem für Deutschland, angetrieben und verstärkt von allerlei hinter ihr stehenden dunklen Mächten, weghaben. Von solcher Art Politikern, das zumindest wissen die zirka 70 Prozent, hat Deutschland nicht so viele. So ist im akuten Mangel ein Grund mehr gefunden, den Könner behalten zu wollen. Nur wodurch wissen sie von der Begabung und Befähigung dieses einen? Die hat er ihnen in einer Weise vorgespielt, dass es für mehr als eine Provinzbühne reichte. Und an willfährigen Regisseuren, dienenden und dienernden Mitspielern, erfahrenen Schminkmeistern fehlte es in keinem Moment. Ankündigungen wurden für die Wirklichkeit ausgegeben, Vorhaben für eingelöst, Vorsätze für umwälzend.

Krieg heißt Krieg

Das einzig vorweisbare und in der Notsituation dieser Tage tatsächlich vorgewiesene „Verdienst“ dieses Ministers ist gewesen, dass er anders als seine Vorgänger einen Krieg auch Krieg genannt hat. Das hatte sich zu diesem Zeitpunkt freilich selbst bis in nicht bestimmbare Anteile der zirka 70 Prozent bereits herumgesprochen. Unter anderem beim Blick auf eingeflogene Soldatensärge. (Der Vorgang war nicht ganz neu in deutscher Geschichte: In den ersten Tagen des Zweiten Weltkrieges hatten die Herrschenden dem Volke auch eine – allerdings notgedrungen kürzere – Gewöhnungszeit gelassen und zunächst das Wort Krieg vermieden.) Und sonst? In Afghanistan wird weiter für Einzug und Triumph der westlichen Werte gestorben – vor allem auf Seiten der dort lebenden Bewohner. In der Heimat wird derweil eine Bundeswehrreform vorbereitet, die den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommt. So zeigt sich in Deutschland Begabung im Ministeramt.

Wir erleben, zum wievielten Male eigentlich, jenen Vorgang, den Heinrich Heine das Einlullen des Volkes, des großen Lümmels, genannt hat. Das geschieht in der Version des Dichters dann, „wenn es greint“. Das aber hat es nicht einmal getan. Keine Demonstration ist vor die Dienstsitze des Bundesverteidigungsministeriums im Berliner Bendlerblock oder auf der Bonner Hardthöhe gezogen. Keine Menschenmenge hat die Abgeordneten des Hohen Hauses vor ihrer Fragestunde in Sachen „Fußnoten“ unter irgendeinen Druck setzen wollen. Und es ist auch kein „Entsagungslied“, das dem Bundesbürger da vorgesungen wird. Er soll diesmal nur die schon eingeübte Rolle wieder einnehmen, in der er den Regierenden am liebsten ist, die des Jasagers.

Wer folglich im einstigen Lande der Dichter und Denker, notabene: zu keinem Zeitpunkt haben sie es beherrscht, an die Möglichkeit der Aufklärung von Massen, konkret: an das Bewusstmachen der eigenen und die Verabschiedung von fremden Interessen, noch glaubt und darauf hinzuwirken sucht, hat einen Adressaten. Dem muss er sich verständlich machen. Er muss ihn nicht von der Bedeutung und Notwendigkeit von Fußnoten in wissenschaftlichen Arbeiten überzeugen. Er muss sich nicht in eine Debatte darüber verwickeln, ob ein Minister keinen Doktortitel braucht. Er sollte also den Einlullern nicht dorthin folgen, wo sie sich am wohlsten fühlen: im Abwegigen, Unwesentlichen, Ablenkenden. Er muss, so sehr das berechtigt ist, vielleicht nicht einmal über moralische Ansprüche an regierende Politiker streiten. Vielleicht sollte er damit beginnen, schlicht zu sagen, wieviel Geld, aufgebracht durch Bürgersteuern, unter der direkten Verantwortung des Verteidigungsministers jeden Tag am Hindukusch verschleudert wird. Zumal diese Summe gar nicht in Rede kam, als jüngst über drei Euro mehr oder weniger für die Hartz-IV-Bezieher gekuhhandelt wurde. Vielleicht – nachdenkend mit Kurt Tucholsky – solle er sich dessen Warnung erinnern: „Mit Lateinisch überzeugt man keine Indianer.“

junge Welt, Sonnabend, 26.02.2011, S. 3.

Einmal nach Guttenberg – nur hin

Die Kanzlerin hat den Freddy Quinn (zeitweilig: Frederico) gegeben, den geborenen Niederösterreicher, der eigentlich Franz Eugen Helmuth Manfred Nidl hieß. Sie stimmte einen Schlager an, der den Mann berühmt gemacht hat: „Junge, kommt bald wieder“. In dessen Refrain heißt es: „Ich mach mir Sorgen, Sorgen um dich. Denk auch an morgen. Denk auch an mich.“ Der populäre Sänger, da war er schon ein wenig betagt, geriet in einen Konflikt, nicht mit den Gesetzen der Wissenschaft, das konnte ihm von Berufswegen nicht passieren, sondern denen des Staates. Das Delikt hieß Steuerhinterziehung. Er wurde zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Die Fans haben ihm darob ihre Sympathien nicht entzogen.

Ein Abgrund

„So viel Scheinheiligkeit und Verlogenheit war selten in Deutschland“, empörte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Rücktritt ihres Verteidigungsministers in einer Wahlkampfveranstaltung der CDU in Karlsruhe. Sie meinten damit Guttenbergs Kritiker. *Red.*

So auch die Kanzlerin im Falle des Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Auf dessen Antrag auf Entpflichtung von seinem Ministeramt echote sie mit einer Lobrede. Nur schweren Herzens lasse sie ihn gehen, der leidenschaftlich, tatkräftig, entschlossen und mit Herzblut regiert habe, ein herausragender Politiker und bedeutender Kopf sei. Kurzum, die Botschaft lautete: Deutschland habe einen schwer zu ertragenden Verlust zu verzeichnen. Es fehlte nur die Aufforderung, Trauer anzulegen und die Staatsflagge auf Halbmast zu setzen. Stattdessen, gesprochen auch von den Herren Westerwelle, Seehofer und tutti quanti, Worte unverhofften Schmerzes, den die Regierenden mit einer vermuteten, exakt nicht bestimmbaren Volksmehrheit teilen. Keinen Satz mehr darüber, weswegen der Mann sich nun auf sein Anwesen im Fränkischen zurückzieht. Keine Andeutung auch nur einer leisen Kritik.

Stattdessen, die Entlassungsurkunde war noch nicht ausgefertigt, beschäftigte Journalisten und Politiker eine Frage: Wird er nicht eines Tages erneut eine Ernennungsurkunde erhalten? Und wann frühestens? Mit dem festen Blick darauf hat der Scheidende die Rede formuliert und gehalten, in der er seine Sicht auf den ihm abgezwungenen Schritt lieferte. Sie sollte Pflichtlektüre für die Ausbildung von Soziologen, Journalisten und Sprachwissenschaftlern werden, und zwar zum Zwecke der Erörterung des Themas Demagogie. Denn dazu hat Guttenberg einen Beitrag von besonderem Rang und ein Zeugnis altadliger Dreistigkeit gegeben.

Am Anfang des Textes stand die erneute Marginalisierung des Grundes für sein Weichen, die Umdeutung eines vollendeten Betrugs zu einem Fehler. Dazu dann das wertlose Bekenntnis, zu diesem „Fehler“ stehen zu wollen**.** Des Weiteren der Verweis auf ausgesprochene Entschuldigungen für ein Vergehen, das er nicht einmal benannte. Doch sein später Entschluss, seinen Platz zu räumen, rührte gar nicht von einem schließlich doch gewonnenen kritischen Abstand zu seinem Tun und Lassen her. Er, der Bewährte und Verdiente, geht, weil eine Atmosphäre geschaffen wurde, die es ihm unmöglich mache, auf seinem Posten zu bleiben, denn in ihr könne er fortan nicht nach seinen eigenen, hohen Ansprüchen arbeiten. Wer aber hat ihm das vermasselt? Die Medien und ungenannte Kreise der Politik, also der Opposition. An diese Behauptung schließt sich eine Bezichtigung: Die unbezeichneten Feinde haben, statt über die toten und verletzten Bundeswehrsoldaten zu reden und gebührend zu trauern, statt über das Projekt Bundeswehrreform würdigend zu reden und zu schreiben, sich auf seine Person kapriziert. Und das würden die doch weitermachen, wenn nicht, ja wenn er ihnen mit seinem Schritt nicht die Zielscheibe nähme. Eben das tue er nun, aus Solidarität mit den Soldaten, aus Sorge um deren Rücken. Das ist nicht nur dreist, es ist infam. Und er verbindet es obendrein mit dem Anspruch, jenen Anstand und Charakter zu verkörpern, die den anderen fehlten.

Schließlich die Tränendrüsentour. Er erwarte kein Mitleid – auf den Gedanken muss man angesichts von sieben Jahren Abschreibarbeit erst kommen – und sucht es doch gleichzeitig in Menge auf sich zu lenken: Der schwierigste Schritt meines Lebens! Das aufgewendete Herzblut! Die erreichte Grenze meiner Kräfte! – Das sollte ankommen und kam an, zuerst bei seinem Kabinettskollegen, dem Außenminister, der sich vor Mikrophon und Kamera sogleich um das künftige Wohl der ganzen schwer getroffenen Familie sorgte. Da wird doch keiner, wie in früheren Adelstagen geschehen, Hand an sich

legen? Und die Kanzlerin? Die verspricht, mit dem jungen Mann in Kontakt zu bleiben, und wird sich freuen, wenn es doch wieder zu einer Zusammenarbeit käme mit dem so Beliebten, der Menschen für Politik begeistern könne.

Es war kein Vergnügen, sich die Begleitmusik zum Abgang des Kriegsministers anzuhören. Wer sie verpasst hat, sollte sie sich antun, besonders wenn er noch Zweifel daran hegt, dass und wie gefährlich der Demagoge ist. Vor seiner Rückkehr sei Gott. Und wenn der es allein nicht schafft, mag ihm der Teil der deutschen Bürger zur Hand gehen, der sich den Blick auf Tatsachen und darauf gestützte eigene Urteile noch nicht hat nehmen lassen.

Ossietzky, 5/2011, 5. März 2011, S. 161-163.

Eiserner Vorhang

Zu Winston Churchills Rede in Fulton vom 5. März 1946

Von der Rampe der Weltbühne war der Mann schon zurückgetreten, als er am Nachmittag des 5. März 1946 im Westminster College in Fulton, einer Stadt im mittleren Westen der USA im Bundesstaat Missouri, eintraf. Doch er war nicht in deren Kulissen verschwunden. Die Rede ist von Sir Winston Leonard Spencer-Churchill, einem der „Großen Drei“, die an der Spitze der Hauptmächte der Antihitlerkoalition gestanden hatten. Franklin Delano Roosevelt war kurz vor Kriegsende verstorben. Stalin herrschte unangefochten im Kreml. Aus dem britischen Premier hingegen war ein Oppositionsführer geworden, denn die Konservativen hatten im Juli 1945 die Unterhauswahlen verloren. Die Regierungszeit ihres Frontmannes endete, ein Vorgang, der außerhalb des Inselreiches schwer verstanden werden konnte. War doch Churchills Name mit dem Standhalten Großbritanniens nach der Vertreibung seiner Armee vom Kontinent im Frühjahr 1940 verbunden und mit dem Triumph über Nazideutschland. Indessen bewerteten die britischen Wähler nicht dieses Verdienst. Sie fragten, unter wessen Führung die Folgelasten des Krieges nicht – oder doch weniger – auf sie abgewälzt werden würden.

Geostrategische Interessen

So war Churchill in eine Jacke geraten, die ihm zu eng zu sein schien. Ihn interessierte die Gestaltung der Nachkriegswelt. Beunruhigt hatten ihn, je näher das Kriegsende rückte, das wachsende Ansehen der Sowjetunion und die Ausdehnung ihres Einflusses in Europa und Asien. Ihm galten die Jahre der Kriegskoalition gegen Nazideutschland und dann gegen Japan als Unterbrechung jener weltgeschichtlichen Auseinandersetzung, die 1917 begonnen hatte. Die Devise auch dieser Revolution – „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ – traf ihn und im ganz wörtlichen Sinne. Er war in Blenham Palace geboren, einem monumentalen Bau, dem größten nicht königlichen Adelssitz Englands. Sein Großvater war ein Herzog von Marlborough, seine Mutter die Tochter eines US-amerikanischen Millionärs.

Schon vor seinem Auftritt in Fulton war Churchill mit Reden an die Öffentlichkeit getreten, die Denkwürdigkeit beanspruchten. Eine hielt er drei Tage, nachdem er am 10. Mai 1940 das Amt des Premiers übernommen hatte. In ihr kündete er den Briten „nichts als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß“ an, jedoch werde der „Sieg um jeden Preis“ erkämpft werden. Eine andere Ansprache dieses Ranges verbreitete am Abend des 22. Juni 1941 der Rundfunk. Es war der Tag, da die deutsche Wehrmacht über die Sowjetunion herfiel. Großbritannien eröffnete sich, nachdem es ein Jahr Deutschlands einziger handlungsfähiger Kriegsgegner gewesen war, die Aussicht auf einen Verbündeten. Churchill bekannte sich augenblicklich zum gemeinsamen Kampf. Die meistzitierten Worte dieser Rede lauten: „Niemand war ein entschiedenerer Gegner des Kommunismus als ich. Und ich nehme keines meiner Worte zurück. Aber all das verblasst nun vor den Geschehnissen, die vor uns liegen [...] Jeder Mann und jeder Staat, der gegen den Nazismus kämpft, hat unsere volle Unterstützung.“ Am Ende hatte er aufgerufen, die Lektionen zu lernen, die eine grausame Erfahrung gelehrt habe. Als Churchill sah, dass die Sowjetunion dem Ansturm standhielt, tat er alles, das Bündnis zu festigen – immer die Gesamtrechnung im Kopfe, die den Interessen Großbritanniens und der Frage galt, wie die Schlussbilanz des Krieges aussehen, in welcher Verfassung das britische Weltreich den Frieden erreichen werde. Als der Sieg nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann geworden war, spielten diese Kalküle immer mehr in die Kriegshandlungen hinein. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte die Frage, wie Osteuropa, bisher ein Staatenpuffer gegen die UdSSR, gestaltet sein werde. Alle Antikommunisten wünschten diesen Zustand wiederherzustellen. Polen und Griechenland erregten das stärkste geostrategische Interesse. Im Staat an der Adria und dem Ägäischen Meer nahm die Auseinandersetzung bald den Charakter eines Bürgerkriegs an.

Ein Privatmann

Churchill hielt die Zeit für gekommen ein weithin hörbares Alarmsignal wegen der angeblichen Bedrohung der „freien Welt“ durch den Kommunismus zu geben. Das war das Ziel seiner Rede in Fulton, an

der nur der abgelegene Ort verwundern mochte, an dem sie gehalten wurde. Doch konnte er sicher sein, dass sie weltweit Verbreitung fand. Es war eine bloße Floskel, dass er sich dem Publikum als „a private visitor“ (dt.: ein privater Besucher) bezeichnete und beteuerte, in keinerlei Auftrag zu reden. Ein Privatmann wäre schwerlich vom Präsidenten der USA, Harry S. Truman, begleitet worden, der ihn der Zuhörerschaft auch vorstellte. Zudem wurde Churchills Rede, mit der er sich erklärtermaßen an die US-Amerikaner, seine Landsleute jenseits des Ozeans und „vielleicht auch an einige weitere Länder“ wandte, durch den Rundfunk übertragen.

Churchill begann mit einem wortreichen Friedensbekenntnis und malte den Hörern das bald erreichbare Bild einer in Wohlstand lebenden Welt, freilich ohne ein Wort über die Anstrengungen europäischer Mächte zu verlieren, ihre asiatischen und afrikanischen Kolonialreiche zu behaupten. Ohne die UdSSR zu nennen, sprach er schon in diesem Teil von der Notwendigkeit der militärischen Überlegenheit (Besitz der Atombombe), um gegen kommunistische und neofaschistische Expansionen gesichert zu sein. Nächst der so beschriebenen Kriegsgefahr, welche die Vereinten Nationen und führend die eng zusammengeschlossenen USA und Großbritannien abwenden sollten, existiere jedoch die Gefahr der Tyrannei. Als ihren Ausgangspunkt benannte Churchill Moskau und die Bestrebungen der kommunistischen Parteien in vielen Ländern, einer angeblichen „fünften Kolonne“. Besondere Sorge bereitete ihm die Lage in Italien und ebenso die innere Situation Frankreichs. Vor allem widersprachen die politischen Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten seinen Vorstellungen.

Die meist zitierten Worte seiner Fulton-Rede lauteten: „Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ‚Eiserner Vorhang‘ über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas, Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre, und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetrussischen Einfluss ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmendem Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen.“ Nach dieser Passage ist die Rede, welcher Churchill die Überschrift The Sinews of Peace (dt.: Die Kräfte des Friedens) gegeben hatte, als die Iron-Curtain-Rede (die Eiserne Vorhang-Rede) in die Geschichtsbücher eingegangen, wobei hier dahingestellt bleiben soll, ob der Redner das Bild erneut erfunden oder es aus einem Artikel von Joseph Goebbels übernommen hatte.

Frontstellung

Die Absicht dieses Auftritts ließ sich unschwer enthüllen. Sie richtete sich gegen die intellektuellen und emotionalen Nachwirkungen des Kriegsbündnisses mit der UdSSR. Sie war das Plädoyer für eine neue, im Kern die alte Frontstellung. Sie war ein Bekenntnis zur Politik der militärischen Vorherrschaft, denn eine andere Sprache würden die Russen nicht verstehen und also sei die Strategie des Gleichgewichts morsch. Sie erhob unter dem Vorwand, die Fremdbestimmung von Völkern abzuwenden, den Anspruch, die Welt nach den eigenen Herrschaftsprinzipien zu modeln. Sie bot das alte Repertoire des propagandistischen Antikommunismus bis hin zur Behauptung von der bedrohten „christlichen Zivilisation“.

Es ist diese Rede als Auftakt des Kalten Krieges bezeichnet worden. Die Goldwaage verträgt die Kennzeichnung nicht. Denn erstens sind dessen Konzepte älter. Und zweitens brauchte es Zeit, bis diese Politik durchgesetzt werden konnte. Als Churchill sprach, fand in Nürnberg der von den vier Kriegsalliierten geführte Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher statt, und in Berlin setzte der Alliierte Kontrollrat seine Arbeit noch fort.

junge Welt, Sonnabend, 05.03.2011, S. 15.

Unglücklich das Land, das Helden braucht

Vor 75 Jahren besetzte die Wehrmacht das entmilitarisierte Rheinland – Eine Weiche in Richtung Krieg

Unter den mordspatriotischen Liedern der Deutschen besetzte „Die Wacht am Rhein“ fraglos den ersten Platz. Von einem Schwaben gedichtet und später mehrfach vertont, erlangte es seine Popularität zuerst im deutsch-französischen Krieg von 1870/1871. Der Friede von Frankfurt machte aus dem Fluss, der bis dahin in einem Teil seines Laufs Deutschlands Grenze gewesen war, nun auf seiner längsten Wegstrecke – von den Alpen bis in die Nordsee – einen „deutschen Strom“. 1914 sangen die Soldaten des Kaisers auf ihrem Weg an die Westfront und, wie sie glaubten, nach Paris wieder das Lied. In einer seiner Strophen hieß es: „Solang ein Tropfen Blut noch glüht, noch eine Faust den Degen zieht, und noch ein Arm die Büchse spannt, betritt kein Feind hier deinen Strand!“ Da hatten sie den Mund sehr voll genommen.

Nach der Niederlage wurden nicht Teile des Rheinlandes von den Truppen der Siegermächte – Franzosen, Belgiern und US-Amerikanern – besetzt, sondern es wurde auch im Friedensvertrag von Versailles (Artikel 42 u. 43) bestimmt, dass das gesamte zum Deutschen Reich gehörende linke Rheinufer und eine 50 Kilometer breite Zone entlang des rechten entmilitarisierten Gebiets werden und bleiben sollte. Deutschland durfte dort keine Befestigungen besitzen und keine Streitkräfte unterhalten oder irgendwelche Schritte zu einer Mobilmachung unternehmen. Das sollte den Sicherheitsbedürfnissen Frankreichs und Belgiens Rechnung tragen. Verstöße gegen diese Bestimmungen wurden als feindselige Handlungen und Störung des Weltfriedens bezeichnet. Waren diese Bestimmungen dem Deutschen Reich 1919 diktiert worden, so verpflichtete es sich in einem der Verträge von Locarno, mit Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien 1925 geschlossen, sich nun selbst (Art. 4, Paragraph 3), die Entmilitarisierung weiter zu respektieren.

Nachdem aber die Faschisten im Reich die Macht an sich gerissen hatten, setzten sie sich mehrfach über Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hinweg. Jeweils folgenlos. Das machte Hitler und die deutschen Militärs dreister. Am 7. März 1936 ließen sie ihre Truppen über die Rheinbrücken marschieren. Mit klingendem Spiel rückte die Wehrmacht in Städte wie Trier, Saarbrücken, Düsseldorf ein. Bewohner empfingen sie enthusiastisch. „Jubelnde Nation“, notierte in Dresden auch Victor Klemperer, der ungeahnt auf einem Platz der Stadt in eine Übertragung der rechtfertigenden Rede Hitlers hineingeraten war, die jener am gleichen Tage im zum Beifallschor umfunktionierten Reichstag gehalten hatte. Allgemein fand der als Jude verfolgte Romanist die Meinung vor, es werde der eigenmächtige Schritt international glatt durchgehen. Und so sah er den Lauf der Dinge auch voraus – deprimiert, denn das musste die Macht der Faschisten nur festigen.

Nicht anders ermittelte der Berliner US-Korrespondent William L. Shirer die Meinung unter ausländischen Journalisten in Berlin. Er hatte Hitlers Rede in der Kroll-Oper vor der Naziversammlung gehört. Vertragsbrüchig seien die Anderen geworden, behauptete der Diktator, namentlich Frankreich. Dort hatte das Parlament wenige Tage zuvor endlich den im Mai des Vorjahres mit der Sowjetunion geschlossenen Beistandsvertrag ratifiziert. Hitler erklärte das zum deutschfeindlichen Akt und setzte zu einem seiner hysterischen Wutausbrüche an: „Ich werde nicht zulassen, dass die internationale kommunistische Diktatur von Gräuel und Hass auf das deutsche Volk übergreift!“ Und weiter: „Ich zittere bei dem Gedanken, was passieren würde, wenn diese zerstörerische asiatische Lebensauffassung, dieses Chaos der bolschewistischen Revolution Erfolg hätte.“

Und dann unterbreitete er allen europäischen Völkern ein sieben Punkte umfassendes „Friedensprogramm“ sowie Frankreich und Belgien einen „Nichtangriffspakt“ für 25 Jahre. Danach schwor er: „Deutschland wird niemals den Frieden brechen!“ Shirer notierte, diese Vorschläge seien „purer Schwindel“, und fuhr fort, „wenn ich genügend Mut besäße (oder der amerikanische Journalismus ihn hätte), dann müsste ich das in meinem Bericht heute Abend so übermittelt haben. Doch man erwartet von mir die Arbeit eines Korrespondenten ...“ Dabei sah er klar, was getan werden könne. Wenn die überlegene französische Armee einschritte und Hitler „mit einer Besetzung des westlichen Rheinufers demütigen“ würde, könnte es „sein Ende bedeuten“.

Doch nichts geschah, von diplomatischen Gesten abgesehen. Dabei hätte ein Einrücken der französischen Armee keineswegs Krieg bedeutet. Die deutsche Generalität wusste, dass sie sich auf ihn momentan nur mit der Aussicht einer Niederlage einlassen konnte. So hatten die deutschen Truppen Befehl, sich zurückzuziehen, falls die Franzosen den status quo zu sichern unternahmen. Indessen konnte die deutsche Führung schon am folgenden Tage ihres Erfolgs sicher sein. Hitler begab sich in die Berliner Staatsoper zur Feier des „Heldengedenktages“, wozu der aus Republikzeiten herrührende „Volkstrauertag“ seit 1934 umfunktioniert worden war. Die Verklärung des Weltkriegs feierte Triumphe. Im Rund des Theaters hatte sich mit dem „Führer“ der zur Ikone stilisierte Feldmarschall August von Mackensen in der Uniform der Totenkopf-Husaren eingefunden. Dazu – wie ein Omen – der österreichische General August Krauß, Förderer der Nazis im Alpenland, der in der Uniform der K. u. K.-Armee erschien. Kriegsminister von Blomberg beschwor die Einheit von faschistischer Partei und Armee, welche durch die „nationalsozialistische Revolution“ neu erschaffen worden sei. Es folgte die obligatorische Militärparade.

In diese Feierlichkeiten hinein passten Verse, wie die der „Wacht am Rhein“: „Reich, wie an Wasser deine Flut, ist Deutschland ja an Heldenblut!“ Da war Bert Brechts „Das Leben des Galilei“ noch nicht geschrieben. Doch zu den im Lauf der Geschichte schwer gewonnenen Wahrheiten gehörten die Worte schon, die der Dichter dem Naturwissenschaftler und Philosophen in den Mund legte: „Unglücklich das Land, das Helden braucht.“ Nur bis zur Mehrheit der Deutschen war dieses Wissen nicht gedrungen.

Ende März 1936 erinnerte die US-amerikanische Reporterin Dorothy Thompson in einem Artikel an die Passagen, in denen sich Hitler in „Mein Kampf“ über das Verhältnis zu Frankreich geäußert hatte. Er hatte den Nachbarstaat als „Todfeind unseres Volkes“ bezeichnet und gefordert, jedes Opfer „zu einer Vernichtung der französischen Hegemoniebestrebung in Europa“ zu bringen. Es wäre wünschenswert und vielleicht erhellend gewesen, wenn im Kabinett in Paris und im Generalstab der französischen Armee ein Minister oder ein General diese Passagen vorgelesen hätte, bevor dort die Entscheidung fiel, die deutsche Herausforderung unbeantwortet zu lassen. Thompsons Artikel schloss mit dem Satz: „Europa kann sich nur noch eine kleine Weile so dahintreiben lassen.“ Diese Weile dauerte nahezu dreieinhalb Jahre.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. März 2011, S. W7.

Masse und Minderheit

Eine Antwort auf Domenico Losurdo (Teil 1). Wie der Zweite Weltkrieg begonnen wurde

Wer bei Leo Stern Geschichte studiert hat, der hörte in einer Vorlesung oder einem Seminar mit Sicherheit dessen Warnung: „Uns kann der Grundsatz der Gegenreformation nicht gelten, der lautete ‚Schlagt sie tot, der Herr wird die Seinen schon erkennen'." Mir ist die Warnung aus einem Gespräch mit dem Hochschullehrer, der an der Martin-Luther-Universität auch zeitweilig Rektor und Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR war, im Gedächtnis geblieben.

Und das wäre sie auch, hätte ich nicht Jahre vorher auf einer Laienbühne in dem Drama des Tirolers Karl Schönherr „Glaube und Heimat" mitgespielt und dort einen österreichischen Bauern dargeboten, der eben in einer frühen Szene von den Terroristen der Gegenreformation erschlagen wurde. Dass Stern auf diese Weise immer wieder differenziertes Denken forderte, besaß seine Ursache nicht allein in der Kenntnis, die er sich beim geistigen Durchwandern von Jahrhunderten der Menschheitsgeschichte erworben hatte. Nicht weniger rührte sie aus eigener Lebenserfahrung des Mannes her, der in einer kleinbäuerlichen Familie in einem Dorf bei Czernowitz geboren wurde, in Wien Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, dazu Geschichte studierte, sich früh der sozialistischen Bewegung anschloss, Mitglied der Sozialistischen, später der Kommunistischen Partei Österreichs wurde, 1935 in die Sowjetunion emigrierte und 1945 als Oberstleutnant der Roten Armee in seine Heimat zurückkehrte.

Wer sich mit der Vorgeschichte der Kriege im 20. Jahrhundert befasst, namentlich mit den „großen" der Jahre 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945, der ist gut beraten, wenn er zwei Haltungen zu diesen Kriegen und die daran zu knüpfenden Urteile und Wertungen scharf auseinanderhält. Die eine charakterisiert jene, die diese Kriege wollten, sie vorbereiteten und begannen. Für ihre Rolle hat die deutsche Sprache klare Kennzeichnungen in Begriffen wie Kriegstreiber und Kriegsbrandstifter und – wenn es um das Urteil geht – Kriegsverbrecher. Die andere kennzeichnet jene, die diese Kriege nicht wollten, sie zu vermeiden oder zu verhindern suchten, aber das nicht vermochten. Sie sind an dieser Aufgabe gescheitert, sie haben vor der Herausforderung versagt. Durch eigenes oder durch fremdes Verschulden, das mag zu klären sein. Eine vergleichbare Unterscheidung wird im Alltag unausgesetzt vorgenommen, beispielsweise zwischen dem, der an ein Haus ein Feuer legt, und dem, der dem Täter das nicht zugetraut oder ihn bei seinem Vorhaben nicht rechtzeitig ertappt hat. Auf dem juristischen Feld landet der eine auf der Anklagebank, der andere möglicherweise im Zeugenstand.

So geschehen, um vom Alltag auf das Feld der Geschichte zurückzukehren, in Nürnberg 1945/1946 während des Prozesses, den der Alliierte Gerichtshof gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher führte. Diese und ihre Verteidiger verlegten sich im Verlauf des Verfahrens wieder und wieder darauf, ihren Kontrahenten und späteren Kriegsgegnern eine Mitverantwortung für den Weg in den Krieg an- und sich dadurch zu entlasten, um aus dem Verfahren glimpflicher davonzukommen. Die Methode ihres Vorgehens bestand eben darin, den Unterschied zwischen den Kriegstreibern und den gescheiterten Personen und Mächten zu verwischen, die in den zwanziger und vor allem dann in den dreißiger Jahren nach alternativen Wegen der europäischen Geschichte gesucht und gestrebt hatten.

Die internationale Geschichtsforschung hat sich bei der Analyse der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs vorwiegend mit den Kräften befasst, die sich mit ihren Absichten und Plänen durchgesetzt, also den Gang der historischen Entwicklung bestimmt hatten. Dabei kamen notwendig auch die ihnen entgegenwirkenden Kräfte ins Blickfeld und die an deren Scheitern zu richtende Frage: Warum? Unter diesen Kräften war wiederum mehrfach zu differenzieren. Da waren zunächst einmal die Volksmassen, in denen in den Staaten, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, weithin der Wunsch nach dauerndem Frieden lebte. Die ihm durch ihr aktives politisches Handeln Geltung zu verschaffen suchten, bildeten jedoch selbst in den vom Krieg geschundenen Ländern eine Minderheit. In Deutschland riefen sie bei ihren Demonstrationen „Nie, nie woll'n wir Waffen tragen, nie, nie woll'n wir wieder Krieg". Doch da existierte eine andere Minderheit, die Krieg und Heldentum verehrte, die

auch aufmarschierte und Gedanken an Revanche und Rache hegte. Die ohnehin nicht geschlossene deutsche Antikriegsbewegung erlitt 1933 eine Niederlage, die – was ihre geschichtliche Rolle anlangt – ihr praktisches Ende bedeutete, so denkwürdig die illegalen Anstrengungen aller bleiben, die vergeblich versuchten, die deutschen „Volksgenossen“ zu warnen, dem Ruf des Metzgers (B. Brecht) zu folgen.

junge Welt, Donnerstag, 17.03.2011, S. 13.

Krise und Terror

Eine Antwort auf Domenico Losurdo (Teil 2 und Schluss). Wie der Zweite Weltkrieg begonnen wurde

In keinem anderen europäischen Land war der Friedensgedanke unter den Massen so fest verankert wie in Frankreich. Auf dessen Boden hatten die grausigsten, kriegsentscheidenden Schlachten des Ersten Weltkriegs stattgefunden. Ganze Dörfer waren Trümmerhaufen geworden, ganze Landschaften bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Auf seinem Territorium wurden die unübersehbaren Gräberfelder für die Kriegstoten angelegt, die vor allem mit dem Namen Verdun verbunden sind. Aber dieser Wille steigerte sich auch dort nicht zur Geschichtsmächtigkeit. Die ihn hatten, waren in der Mitte der dreißiger Jahre nicht in der Lage, die sich abzeichnende Möglichkeit, einen Schutzwall gegen die Aggressivität der deutschen Imperialisten zu errichten, zu nutzen. Die Außenpolitik der herrschenden Kräfte Frankreichs führte nicht zu einer Hitler und die Seinen abschreckenden Militärkonvention mit der Sowjetunion, sondern nach München und zum Verrat an dem tschechoslowakischen Verbündeten.

Kurzum: Die friedenswilligen Massen waren in Frankreich nicht stark genug, die Politik der kollektiven Sicherheit durchzusetzen und das Abgleiten in den Sumpf der Appeasement-Politik zu verhindern. Der Peacemaker auf diesem Weg waren die herrschenden Kreise Großbritanniens. Womit wir bei der Rolle der beiden für den europäischen Weg mitentscheidenden Großmächte wären. Weder die Politiker in Paris noch die in London und die Kreise, die sie vertraten, besaßen ein Interesse, in einen Krieg verwickelt zu werden. Es gab für sie keine Ziele, die ihn gelohnt hätten. Im Gegenteil: Er konnte sie nur in Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihrer Kolonial- und Außenpolitik in anderen Gebieten der Welt bringen. Für die Briten genügte ein Blick nach Indien auf und die uneingelösten Versprechungen, die sie den Indern für deren Selbst- oder auch nur Mitbestimmung gemacht hatten. In Europa Krieg führen müssen, daraus drohte auch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses mit der US-amerikanischen Konkurrenz. Motive und Antriebe für dieses Friedensinteresse unterschieden sich von jenen der Massen grundlegend, und sie waren nichts weniger als edel und ehrenwert. Aber jedenfalls gehörten sie zu einer Politik, die das gerade Gegenteil von der deutschen war.

Wie sie verwirklicht werden konnte, war in den Führungskreisen der Westmächte umstritten. Durchgesetzt haben sich jene, die meinten, sie könnten die Begierden der Machthaber des faschistischen Deutschlands durch Zugeständnisse befriedigen. Eine Minderheit prophezeite, das werde schiefgehen. Als die deutsche Wehrmacht am 15. März 1939 in Prag einzog, hatte sich das bewahrheitet.

Eine Gruppe antisowjetischer Politiker hatte mit der deutschen faschistischen Diktatur auch die Hoffnung verknüpft, das nach dem Ersten Weltkrieg misslungene Vorhaben werde nun verwirklicht und die Sowjetunion von der Weltkarte getilgt werden. Das verband sich mit dem Wunsch, von dem der Volksmund sagt „Heil'ger St. Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an". Prägenden Einfluss hat diese Richtung nicht gewonnen. Ihre Pläne wären auf die Preisgabe Polens hinausgelaufen, um der deutschen Wehrmacht den notwendigen Aufmarschraum gegen die UdSSR zu verschaffen. Die anglo-französische Politik entschied sich aber im Frühjahr 1939 für ein Bündnis mit dem deutschen Nachbarn im Osten, wenn sie sich auch nicht wirksam darauf vorbereitete, im Moment des deutschen Überfalls militärisch wirksam in Aktion zu treten.

Wieviel Ablehnung und Kritik sich aber auch gegen die Vorkriegspolitik von London und Paris wenden lässt, wieviel Nutzen und Vorteil die deutschen Faschisten aus ihr zu ziehen vermochten, die von der Kommunistischen Internationale in ihren Analysen vorgenommene Unterscheidung zwischen den aggressiven faschistischen und den nichtaggressiven Staaten spiegelte gegensätzliche politische Konzepte richtig. Einen Krieg nicht verhindert zu haben, ist etwas anderes, als einen Krieg vorbereitet und einen Kontinent in ihn gestürzt zu haben. Die damit jeweils verbundene Verantwortung und womöglich Schuld sind auf verschiedenen historisch-kritischen Ebenen zu diskutieren und nicht in einen gemeinsamen Topf mit der Aufschrift „Kriegsschuld" zu rühren.

Und sodann: Wiewohl die Sowjetunion in den dreißiger Jahren und selbst noch nach München und Prag sich um das Zustandekommen einer Außenpolitik der internationalen Abschreckung der faschistischen Aggressoren bemühte, vor allem Maxim Litwinow sich denkwürdige Verdienste erwarb, ist auch ihre Initiative danach zu befragen, was sie scheitern ließ. Dabei wird der Blick in erster Linie auf die antisowjetische Verbohrtheit, die Gefahrenblindheit und auf abenteuerliche Kalküle im Führungspersonal der bürgerlichen Demokratien fallen – aber nicht nur. Denn der „große Terror“ und die Wirkungen des spanischen Bürgerkrieges lassen sich aus dieser Geschichte nicht rechtens ausblenden.

junge Welt, Freitag, 18.03.2011, S. 13.

"Death by hanging"

Vor 65 Jahren saßen US-amerikanische Militärs über die Verbrecher des KZ Mauthausen zu Gericht

Am 29. März 1946, das Kriegsende lag noch nicht ein Jahr zurück, begann auf dem Gelände des ehemaligen (ersten) Konzentrationslagers, das die faschistischen Machthaber im Deutschen Reich 1933 errichtet hatten, in Dachau vor einem US-amerikanischen Militärgerichtshof der Prozess gegen 61 Angeklagte, Angehörige des SS-Personals des KZ Mauthausen und seiner Nebenlager Gusen und Eibensee. Die Namen aller drei Orte wären kaum je über ihre Umgebung in Oberösterreich hinaus gedrungen, wäre an der Spitze der Nazidiktatur nicht, kaum dass Österreichs „Anschluss" erfolgt war, entschieden worden, nahe der kleinen Gemeinde unfern der oberösterreichischen Stadt Linz ein Lager nach dem Vorbild von Dachau und Buchenwald einzurichten. Die Wahl war auf Mauthausen gefallen, weil sich in seiner Nähe ein Steinbruch befand. Dort wollte die SS-Führung in einem ihrer eigens zu diesem Zweck geschaffenen Betriebe von den Häftlingen Granit gewinnen lassen. Das Gestein war für die Verwirklichung der größenwahnsinnigen Baupläne gedacht, durch die aus Berlin „Germania", die Hauptstadt eines Weltreiches, werden sollte.

Im August 1938 kamen die ersten österreichischen Häftlinge, die zunächst nach Dachau verschleppt worden waren, an den Ort. Viele von ihnen und mit ihnen Menschen aus nahezu allen europäischen Staaten, die dann während des Krieges in die Hände der Eroberer gefallen waren, wurden dort entweder zu Tode geschunden, durch Arbeit vernichtet, dem Hungertod überlassen oder fielen der Willkür der Kommandeure und Wachmannschaften zum Opfer. Als die militärische Niederlage des Regimes sich abzuzeichnen begann, wurde der Häftlingseinsatz 1942/1943 neu bestimmt und in die Rüstungsindustrie gelenkt, u. a. in die Steyr-Daimler-Puch AG, die Messerschmitt- und die „Reichswerke Hermann Göring" in Linz, sowie zum Aufbau von Anlagen, in denen unter der Erde und vor Bombenangriffen sicher, für die Fortsetzung des Krieges produziert werden sollte. Von den etwa 200.000 Gefangenen des KZ-Komplexes Mauthausen haben nur etwa 100.000 die Befreiung erlebt. Diese Schätzungen (in der Literatur finden sich viele weit voneinander abweichende Angaben) sind vor allem Folge der Tatsache, dass in den letzten Monaten und selbst Wochen der faschistischen Herrschaft Tausende von Häftlingen aus anderen, darunter geräumten Lagern (Ravensbrück, Bergen-Belsen, Groß-Rosen und Buchenwald) nach Mauthausen transportiert wurden, welche die Lagerbürokratie nicht mehr erfasste. Viele von ihnen trafen dort bereits vom Tode gezeichnet ein.

Versklavt, ermordet

Auf der Anklagebank in Dachau fehlte der Kommandant des Lagers. Franz Ziereis hatte wie andere seinesgleichen unterzutauchen gesucht, als Anfang Mai US-amerikanische Truppen das Gebiet erreichten, aus dem es für ihn ein fernes Entkommen nicht mehr gab. In einer Jagdhütte entdeckt, war er bei seiner Ergreifung mit Todesfolge verwundet worden. Mit einem seiner engsten Komplizen, dem sogenannten Schutzhaftlagerführer, waren die Kommandanten von Nebenlagern, SS-Männer, die verschiedenste Funktionen bekleidet hatten (Rapport-, Block-, Kommando- und Hundeführer), dazu Lagerärzte, der Zahnarzt, der Apotheker, Wachleute und Personal aus der Lagerverwaltung ergriffen worden, über die nun zu Gericht gesessen wurde. Das geschah auch vier sogenannten Funktionshäftlingen, Lagerinsassen, die sich als Büttel in den Dienst der SS gestellt hatten. Der Angeklagte mit dem höchsten SS-Rang und dem einst größten Machtbesitz war der Gauleiter und Reichsstatthalter von Oberdonau, eine Bezeichnung, die den Namen Oberösterreich und damit die Erinnerung an die Selbständigkeit des Landes in Vergessenheit geraten lassen sollte. August Eigruber war Nazi schon seit den frühen zwanziger Jahren. Nicht nur, dass Mauthausen in dem von ihm regierten Landesteil lag. Er hatte das Lager an der Seite Himmlers besucht und war auch selbst an mörderischen Entscheidungen und Befehlen beteiligt.

Der Mauthausen-Prozess dauerte bis zum 13. Mai 1946. In seinem Verlauf wurde ein Bild von der Geschichte, den Funktionen und den Zuständen am Orte gegeben, das die ungehemmte Menschennichtachtung deutlich machte, die in diesem Lager der dritten Kategorie („für kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge", hieß die Formel der SS-Führung, in der sich ein Freibrief für die Handlungen der

Wachmannschaften ausdrückte) geherrscht hatte. Wer nicht mehr ausbeutungsfähig war, wurde zuerst im Gas der „Euthanasie-Anstalt“ auf Schloss Hartheim erstickt oder in einer Gaskammer im Lager oder in sogenannten Gaswagen ermordet. Kranke wurden von Ärzten durch Herzinjektionen, andere Häftlinge als medizinische Versuchsobjekte umgebracht. Als gegen Kriegsende die Zustände in Mauthausen vollends chaotisch wurden, reichten selbst drei Krematorien nicht mehr aus, die Leichen der Verhungerten, an Seuchen zugrunde gegangenen oder zu Tode geschundenen Häftlinge zu beseitigen. Noch in der letzten Woche vor der Befreiung gingen Tausende Insassen elend zugrunde, Hunderte andere waren trotz der dann einsetzenden Fürsorge und Behandlung und der Pflege in US-Militärlazaretten nicht mehr zu retten.

Hier wie vordem in Buchenwald bewirkten die Bilder, welche die im Mai 1945 eintreffenden US-amerikanischen Soldaten zu sehen bekamen, dass die Offiziere im Gerichtssaal zu Dachau, in dem auch Überlebende zu Worte kamen, zu Urteilen gelangten, die sich von den später von bundesrepublikanischen Richtern gefällten unterschieden. Sie entbehrten noch jeder mildernden Beimischung, geboren aus politischen Kalkülen. Im Zentrum der Anklage standen die Verbrechen an der übergroßen Mehrheit der nichtdeutschen Insassen des Lagers. Das Gericht befand alle Angeklagten für schuldig. 58 wurden zum Tode verurteilt, die drei anderen Angeklagten zu lebenslänglicher Haft. Der Vollstreckung durch „death by hanging”, die 1947 im Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg am Lech erfolgte, entgingen neun weitere Verurteilte, weil ihre Strafe inzwischen in lebenslängliche Haft umgewandelt worden war. Indessen hat keiner dieser Verbrecher diese seine Strafe vollständig, ja nicht einmal lange verbüßen müssen. 1951, inzwischen hatten sich mit der Neuausrichtung der US-amerikanischen Westdeutschland-Politik die Maßstäbe gründlich verändert, wurden alle aus dem Gefängnis in Landsberg entlassen, teils unter der Bedingung ihrer „Bewährung“. Ähnlich glimpflich kamen Verurteilte aus den nachfolgenden Mauthausen-Prozessen, die vor Militärgerichten der USA folgten, davon, sofern sie nicht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden waren.

Heutiges Gedenken

Neben dem einstigen Lager befindet sich heute eine einzigartige Gedenkanlage. Nahezu alle Staaten, aus denen Menschen in die Hölle von Mauthausen verschleppt wurden, haben ihrer Opfer dort durch die Aufrichtung von Denkmälern gedacht. So entstand eine Ansammlung von architektonischen und künstlerischen Widmungen: aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich, aus Albanien Jugoslawien, Slowenien und Griechenland, Großbritannien, Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und der Ukraine, aus Italien und selbst aus Spanien, denn nach Mauthausen waren auch Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, die auf Seiten der Republikaner gekämpft hatten und später in die Hände der deutschen Faschisten gefallen waren, verschleppt worden. Dazu Gedenksteine für die ermordeten Juden, die Sinti und Roma und für die deutschen Opfer. Letztere stammen aus den Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit.

Das Denkmal, das die DDR errichten ließ, schuf Fritz Cremer, einer der bedeutendsten Bildhauer des 20. Jahrhunderts. Es zeigt eine trauernde, erstarrt dasitzende Frau. Aus dem bronzenen Mal sprechen die Worte Bert Brechts „O Deutschland, bleiche Mutter! Wie sitzest du besudelt unter den Völkern“. Ein Duplikat dieses Werkes hat seinen Platz in Berlin gefunden, auf der Museumsinsel zwischen Dom und Alter Nationalgalerie.

PS: Jahre, nachdem ich nach einer Vorlesung an der Universität Linz die Gedenkstätte Mauthausen besucht hatte, war ich Gast in Cremers Atelier nahe dem Brandenburger Tor, da uns eine Arbeit zusammengeführt hatte. Er wollte, erzählte er, ein Zeichen schaffen, das die Deutschen zum Nachdenken darüber anregte, dass aus ihrem Volke Täter wie Opfer stammten.

junge Welt, Sonnabend, 26.03.2011, S. 15.

Unübliche Neugier

Gastkommentar

Die Fraktion der Christlichen Demokraten im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeichnet sich offenbar durch eine in ihren Kreisen nicht alltägliche Wissbegier aus. Hervorgerufen wurde die durch eine Maßnahme der Linkfraktion im Düsseldorfer Parlament: Sie gab ihrem Sitzungssaal kürzlich den Namen des Kommunisten und Antifaschisten Jupp Angenfort. jW dokumentierte am Donnerstag (S. 3) eine Kleine Anfrage, die der CDU-Abgeordnete Olaf Lehne aus diesem Anlass an die SPD/Grünen-Landesregierung gerichtet hat. Eine seiner Fragen an das SPD-Grünen-Kabinett lautet: „Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass der historisch präzisere Begriff für die Zeit deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 (die andere als die des Faschismus bezeichnen – K. P.) ‚Nationalsozialismus' ist?"

Da darf die Regierung rätseln. Sie könnte sich auf den Standpunkt stellen, dass eines der Geschichtsinstitute an einer der Universitäten des Landes die richtige Adresse für eine solche Festlegung wäre. Aber wahrscheinlich will sie sich nicht der Unwissenheit zeihen lassen.

Die Sache ist indessen knifflig. Lehnes Formulierung scheint darauf hinzudeuten, dass den Christdemokraten die Bezeichnung „Faschismus" durchaus als präzise gilt, aber wohl nicht als präzise genug. Sie wollen wie auf anderen Feldern auch das Bessere, wenn nicht das Beste. Und das vermuten sie ausgerechnet in einer Kennzeichnung, die zu den größten politischen Etikettenschwindeln der deutschen Geschichte zählt. Denn die Hitler-Rotte war weder von nationaler noch von sozialer Gesinnung. Und den Sozialismus hatten sie in ihr verlogenes Markenzeichen nur eingewirkt, weil sie auf den am meisten verdummten Teil der Deutschen spekulierten, die den Kapitalismus zwar loswerden wollten, aber sich in dieser Sache an die falscheste der verfügbaren Adressen wandten.

junge Welt, Sonnabend, 02.04.2011, S. 5.

Ein halbes Jahrhundert später

Gedanken zum 50. Jahrestag des Beginns des Eichmann-Prozesses in Jerusalem

Schon beim Vorausblick in das Jahr 2011 richtete sich die Aufmerksamkeit vieler wie üblich auf Tage, mit denen sich außergewöhnliche historische Ereignisse verbinden, die der Erinnerung wert sind – in Klassenräumen von Schulen, in Konferenzsälen, in Medien oder an Gedenkorten. Solches Interesse gilt namentlich Jahrestagen, denen, mit Gründen oder nicht, besondere Bedeutung zugeschrieben wird. Auch in diesem Jahr ist deren Reihe lang, allein bei der Durchmusterung der Fünfundsiebzigsten, der Rückbesinnung auf Geschehnisse, an die sich gerade noch die betagtesten unter den Zeitgenossen zu erinnern vermögen. Mit den Fünfzigsten ist das anders. Zu ihnen gehört 2011 jener Prozess, der am 11. April 1961 in Jerusalem begann und dessen Haupt- und einziger Angeklagter Adolf Eichmann war, der Mann, der an der Spitze jenes Teils der deutsch-faschistischen Staatsbürokratie stand, die den Massenmord an den europäischen Juden organisiert hatte.

BND wusste Bescheid

Zwei Staaten haben besondere Veranlassung, diese juristische Abrechnung mit einem Verbrecher, für den sich in aller Geschichte schwerlich ein Pendant findet, ins Gedächtnis ihrer Bürger zu rufen: Israel, wo die Gerichtsverhandlung stattfand, die – wie anders nicht zu erwarten – mit einem Todesurteil endete, das auch vollstreckt wurde. Und Deutschland, das Ausgangspunkt, Tatort und Organisationszentrum des Verbrechens war, das die einen Holocaust, andere die Shoa, dritte Genozid und die meisten – weil um allgemeines Verstandenwerden bemühten – Historiker den Massenmord an den europäischen Juden nennen.

Während sich Vorbereitungen auf dieses Erinnern und an das Gedenken, das einer Zahl von geschätzten nahezu sechs Millionen Opfern gilt, noch in einem frühen Stadium befanden, wurde Anfang Januar in einer Zeitungsmeldung mitgeteilt, es habe der bundesdeutsche Auslandsnachrichtendienst, der in seinen Anfängen nach seinem ersten Leiter, dem vormaligen Wehrmachtsgeneral, Reinhard Gehlen, „Organisation Gehlen“ und seit 1956 Bundesnachrichtendienst (BND) genannt wurde, vom Flucht- und Aufenthaltsort des Eichmann, der nach Kriegsende als entkommen oder verschollen galt, sichere Kenntnis besessen. Zitiert wurde die Eintragung auf einer Karteikarte aus dem Archiv dieses Dienstes, die aus dem Jahre 1952 stammt: „Standartenführer EICHMANN befindet sich nicht in Ägypten, sondern hält sich unter dem falschen Namen CLEMENS in Argentinien auf. Die Adresse von E. ist beim Chefredakteur der deutschen Zeitung in Argentinien Der Weg bekannt.“ Sachlich falsch war daran die Angabe Standartenführer; Eichmann hatte es in der Hierarchie von Himmlers Schutzstaffel nie, was der Ehrgeizling angestrebt hatte, bis zu diesem Rang (der dem eines Obersten in der Wehrmacht entsprach) gebracht, sondern war beim Obersturmbannführer hängengeblieben. Und der Name, samt den dazugehörigen falschen Personalpapieren, die sich Eichmann zugelegt hatte, und unter dem er 1950 per Schiff via Genua nach Argentinien gelangte, gab ihn als Ricardo Klement aus.

Die Zeitungsmeldung warf ein Licht auf eine längst vergessene Bundestagsdebatte, die bald nach der Ergreifung Eichmanns stattfand. Auf eine Anfrage hatte der Justizminister der Regierung Adenauer, Fritz Schäffer (CSU), geantwortet: „Der Bundesregierung ist in den vergangenen Jahren gerüchteweise zur Kenntnis gekommen, dass sich Eichmann im Vorderen Orient aufhalten soll. Sie hat daraufhin Nachforschungen angestellt, ob diese Gerüchte zutreffen. Der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesjustizministerium, ist vor der Festnahme des Herrn Eichmann durch israelische Behörden nicht bekannt geworden, dass sich Eichmann in Argentinien aufgehalten hat. Es ist mir auch nicht bekannt, dass andere deutsche Dienststellen von dem Aufenthalt des Eichmann in Argentinien bereits Kenntnis hatten.“ Die Beteuerung – „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“ – war, wenn die „Dienste“ den Minister uninformiert gelassen hatten, keine Lüge. In der Sache aber war sie falsch.

Eine Sensation ließ sich der Inhalt der Pressemeldung vollends nicht nennen. Neu war an ihr jedoch, dass sich das Wissen, das im BND über Eichmanns Verbleib existierte, nun aktenkundig auf ein Jahr festlegen ließ, eben 1952. Dass der Geheimdienst in diesem Punkt nicht ahnungslos gewesen war, darauf waren viele vorher schon gekommen. Wenn dieser meistgesuchte Naziverbrecher denn lebte und aufgespürt werden sollte, hatte man sich nur an die Frau und die drei Söhne Eichmanns zu heften, die

nach dem Krieg in Österreich lebten. Sie war 1952 ihrem Mann – übrigens unter ihrem richtigen Namen – nach Argentinien gefolgt. Eine andere Spur konnte unschwer in Kreisen der deutschen Minderheit in Südamerika und namentlich in Argentinien aufgenommen werden. Dort hatten sich nach 1933 Sympathisanten der faschistischen Herrschaft in eigenen Nazigruppen organisiert. Wer seinen Richtern entweichen wollte, konnte da auf Gesinnungskumpane und Überlebenshelfer hoffen und treffen.

Das unter den westdeutschen Geheimdienstlern vorhandene Wissen konnte lange nur vermutet, aber nicht erwiesen werden. Das änderte sich 2006. Da veröffentlichte die New York Times (Ausgabe vom 7. Juni) einen Artikel, der mit den Worten begann: „Die CIA schritt nicht zur Tat, nachdem ihr das Pseudonym und der Aufenthaltsort des flüchtigen Organisators des Holocaust, Adolf Eichmann, 1958 bekannt geworden war."

Und weiter heißt es: „Der CIA wurde vom westdeutschen Geheimdienst mitgeteilt, dass Eichmann in Argentinien unter dem Namen Clemens – eine leichte Abwandlung seines tatsächlichen Alias, Ricardo Klement – lebe, sie gab diese Information aber nicht an Israel, das seit Jahren nach ihm suchte, weiter, so Timothy Naftali, der Historiker, der die Dokumente untersucht hat."

Der hier erwähnte Geschichtsforscher war Professor an der University of Virginia in Charlottesville (VA) und ein exzellenter Kenner der Geschichte der Kriegsverbrechen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, sowohl der deutschen wie der japanischen. Er hatte die Chance genutzt, dass die CIA-Dokumente für die Forschung freigab. Sein Interesse galt einem unrühmlichen Kapitel aus deren Tätigkeit in den Nachkriegsjahren, der Verwendung früherer deutscher Faschisten für die Spionagetätigkeit in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auskunft verweigert

Die Arbeit des Forschers und das Bekanntwerden der vorhandenen Informationen über Eichmanns Verbleib, deren Quelle der deutsche Geheimdienst war, zeitigten zwei Folgen. Er rief dessen frühere Mitarbeiter und alle auf den Plan, die wünschten, dass zu diesem Gegenstand keine weiteren Fragen gestellt wurden. Denn die besaßen, wie der Volksmund sagt, die Länge eines Rattenschwanzes: Wer in Pullach, dem Sitz des Auslandsgeheimdienstes, und wer in der Bonner Regierung verfügte über die Kenntnis von Eichmanns Verbleib? Wer entschied über deren Geheimhaltung, namentlich gegenüber dem israelischen Mossad, dessen Leute seit Jahren versuchten, wenn auch nicht mit besonderer Energie und Intelligenz, Eichmanns Aufenthalt zu ermitteln, um seiner habhaft zu werden? Welche Motive lagen diesem Verhalten zugrunde? Wer hatte dann aber entschieden, diese Haltung gegenüber den Partnern in den USA aufzugeben und warum?

Spielten diese Kreise gleichsam die Rolle von Nebelwerfern, so sahen sich andere, einflussärmere, durch die US-amerikanische Praxis des Umgangs mit Geheimdienstdokumenten ermutigt, nun drängender nach der Freigabe der Akten des BND für Forschungszwecke zu fragen. So beginnt die Geschichte des Verlangens nach einem Zugang zu den bundesdeutschen Eichmann-Akten – und mit ihr so etwas wie ein Trauerspiel. Zu denen, die sich in den Akten informieren wollten, gehörte Gabriele Weber, eine in Deutschland und Argentinien lebende Journalistin, der die erbetene Genehmigung prompt verweigert wurde. Das verletzte, wie sie wusste, das Gesetz, das in der Bundesrepublik die Archivbenutzung regelt. Wer in solcher Situation sein Recht durchsetzen will, braucht einen Rechtsbeistand. Frau Weber gelangte mit einem solchen bis vor das in diesen Streitfällen zuständige Bundesverwaltungsgericht, jedoch nicht bis zu der Karteikarte mit der Jahreszahl 1952. Das gelang erst Rechercheuren von Bild. Auch die hatten erneut Juristen in Anspruch zu nehmen. Dann wurde ihnen beileibe nicht sogleich das aus Tausenden von Blättern bestehen Konvolut Eichmann vorgelegt. Doch ein Teil davon – und davon wieder ein Teil, dessen Texte ungeschwärzt waren.

Denn: Selbst, wenn, wie in diesem Falle, den Wächtern über zu Staatsgeheimnissen erklärten Papieren von Gerichts wegen auferlegt wird, die Totalverweigerung des Aktenzugangs aufzugeben, werden ihnen doch hinreichend Möglichkeiten gelassen, absehbaren oder vermuteten Schaden von der Bundesrepublik fernzuhalten und anderes Ungemach abzuwenden. Als solcher und solches gilt, dass durch Veröffentlichungen die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten anderer Staaten oder die außen-

politischen Beziehungen der Bundesrepublik beeinträchtigt werden. Sodann sei auf Schutzrechte von Personen streng zu achten.

Interessen im Wandel

Nun ändern sich die Zeiten und mit ihnen die Interessen; die einen verstärken sich, andere schwächen sich ab, dritte entstehen neu. Seit einiger Zeit ist in der Bundesrepublik ein Trend zu beobachten, der sich auf die Verminderung „weißer Flecke“ richtet, die bisher in der Geschichtsforschung gelassen wurden. So kann der Anspruch glaubwürdiger gemacht werden, dieser Staat sei Weltmeister auch in der „Bewältigung“ seiner Vergangenheit. Historiker werden beauftragt, die Geschichte von Dienststellen, Unternehmen und Einrichtungen in den Jahren zu durchmustern und darzustellen, die als das „dunkelste Kapitel“ deutscher Vergangenheit bezeichnet werden. So sind vermehrt historische Abrisse und auch anspruchsvollere Darstellungen auf den Büchermarkt gelangt, die von Kranken- bis zu Opernhäusern, von Sportvereinen bis zu Orchestern berichten, wie das damals war oder gewesen sein soll, als die Hakenkreuzfahnen flatterten. Die Akteure sind tot, ihre Rolle gilt häufig mehr als verwunderlich denn zu verurteilen, und wenn nötig, wird, namentlich sofern es sich um Kleinstädte handelt, auf Nachfahren Rücksicht genommen, die nicht wünschen oder denen nicht zugemutet werden soll, dass in ihrer öffentlich gemachten Familiengeschichte ein allzu brauner Papa oder Opa vorkommt.

Aus diesen Erzeugnissen historiographischer Arbeit ragte das im vergangenen Jahr erschienene Werk „Das Amt“[1] weit heraus, das die Geschichte des Bundesaußenministeriums und dessen Vorläufer darstellt. Seine Autoren waren vier Forscher, zwei Deutsche, ein Israeli, ein US-Amerikaner. Das Unternehmen war nicht Produkt einer von der seinerzeitigen Bundesregierung beschlossenen Leitlinie, die Frühgeschichte der Bonner Republik nun unter den gleichen Bedingungen zu erforschen, wie sie für die Deutsche Demokratische Republik nach deren Ende hergestellt wurden. Deren archivarische Hinterlassenschaft liegt offen und zwar für jegliche Zwecke, worüber hier weiter nicht gehandelt werden soll. Durch welche Zufälle es aber auch zur Monographie „Das Amt“ kam – an deren Anfang stand die Beschwerde einer Mitarbeiterin über die posthume Ehrung eines in den Bonner Staatsdienst übernommenen Nazis, auf dessen Vergangenheit sie durch eine Veröffentlichung in der DDR aufmerksam geworden war –, als sie vorlag, war der Wälzer, wie sich ein Buch von 879 Seiten nennen lässt, eine Herausforderung.

Wie weiter? Richtet die verweigerte Ausdehnung dieser Arbeit nicht mehr und vor allem internationalen Schaden an als die Preisgabe der Methode, was seit Jahrzehnten mehr schlecht als recht unter dem Teppich gehalten wurde, dort weiter zu belassen? Die Abwägung sprach dafür, es nicht wieder – wenn auch die Gefahr angesichts der rasch fortschreitenden „biologischen Lösung“ geringer geworden ist – vom Beschwerdebrief einer empörten Mitarbeiterin abhängig zu machen, ob und wann historische Aufklärung in Gang gesetzt wird.

Initiative von links

Hinzu kam, dass sich die Linksfraktion im Bundestag zur Sprecherin derer machte, die sich mit der bloßen Kenntnis der Jahreszahl 1952 nicht zufriedengeben und über den Komplex Eichmann hinauswollen, mehr oder weniger schwach hoffend, es werde aus der Erforschung der Geschichte des BND womöglich Anregung für dessen derzeitiges Wirken in Zuständen erwachsen, die vorzugsweise zivilgesellschaftlich, demokratisch und republikanisch genannt werden. Der BND, seine Geschichte und deren Erforschung, vor allem aber der Zugang zu seinem Archiv zu Forschungszwecken, wurde so Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag und zudem einer Kleinen Anfrage, welche Gregor Gysi und die Fraktion der Linkspartei am 17. Februar 2011 an die Bundesregierung richteten. Sie betrifft auch den (bis dahin nicht veröffentlichten) Vertrag, den die Dienststelle kurz zuvor mit vier deutschen Historikern, Universitätsprofessoren, geschlossen hatte, der diese zur Erforschung und Darstellung der Vor- und Frühgeschichte des Geheimdienstes verpflichtet.

---

1 Eckart Conze, Norbert Frey, Peter Hayes, Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

Dass deren Arbeit aus den Regierungsfraktionen keinen Rückenwind erhalten wird, machte die Debatte klar, die am 19. Januar im Bundestag vor einem kläglichen Häuflein Abgeordneter stattfand. Deren Sprecher erklärten, dass ein Nachrichtendienst seine Akten „nicht auf den Marktplätzen der Welt“ ausbreiten könne und ein „legitimes Geheimhaltungsinteresse“ existiere. Dafür zeigten auch Redner der Opposition Verständnis und zudem Besorgnis wegen des Ansehens der Pullacher Anstalt.

Das deutsche Pensum

Kurzum: Die Deutschen haben, wenn sie sich denn an den Eichmann-Prozess erinnern, ein eigenes Pensum. Zur Vergegenwärtigung von Platz und Rolle, die der Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt mit Sitz in der Berliner Kurfürstenstraße während der faschistischen Diktatur einnahm und somit in der deutschen Geschichte besetzt, kommt die Aufgabe, sich der Geschichte der Verhinderung einer denkbaren Ergreifung Eichmanns zu stellen samt einer darauffolgenden Anklage vor einem deutschen Gericht. Letzteres war kein Versäumnis, kein Zeichen von Unfähigkeit, sondern von Unwillen. So durchsichtig dessen Antrieb, so unklar noch viele Wege und Schliche, die gegangen wurden, um ihn durchzusetzen. Für Fragen und Arbeiten der Historiker ist gesorgt: Welche Rolle hat Hans Maria Globke, der Mann an Adenauers Seite, gespielt, dessen Name im Zusammenhang mit Judenverfolgung und deren Eskalation zum Judenmord nicht auftauchen sollte? Und dessen Nennung auf den verschiedensten diplomatischen Pfaden, die nach den USA ebenso wie nach Israel führten, lange auch verhindert wurde. Welche Mitarbeiter der „Organisation Gehlen“ besaßen ein eigenes Interesse daran, dass Eichmann/Klement jenseits des Atlantiks unbehelligt blieb? War es nur „Bündnistreue“, dass die informierten Mitarbeiter der CIA sich an der Verfolgung des Massenmörders desinteressiert zeigten? Es zeichnet sich an dieser zu verlängernden Fragenreihe ab, dass es mit einer deutschen Historikerkommission nicht getan ist, sondern besser eine internationale Kooperation von Fachleuten zu installieren wäre, die ihre Forschungen auf alle beteiligten Geheimdienste ausdehnen müsste.

Verdienste und ...

Gegen das absichtsvoll Unterlassene ist ein Verdienst zu halten, dessen Anerkennung lange auf sich warten ließ, wiewohl es schon zu Lebzeiten des Mannes längst fällig gewesen wäre. Es ist das des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauers, des Sozialdemokraten, der nach seiner KZ-Haft nach Dänemark und von da nach Schweden fliehen konnte, 1949 nach Deutschland zurückgekehrt war und an seinem Wirkungsort in Frankfurt am Main mit der Durchsetzung von Recht und Gesetz und so auch mit der Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen Ernst machte. Die Geschichte seines Anteils an der schließlichen Ergreifung Eichmanns beginnt mit dessen Entdeckung durch den nach Argentinien entkommenen deutschen Juden Lothar Hermann, der mit seiner Tochter Hilfe den Klement als Eichmann identifiziert hatte und Bauer von seiner Entdeckung Kunde gab. Das weitere war dessen Teil. Die Information des Mossad und nicht des deutschen Nachrichtendienstes, dem der Jurist zu Recht misstraute, sodann seine Reise nach Israel. Am 11. Mai 1960 erfolgte Eichmanns Gefangennahme durch ein israelisches Spezialkommando, zehn Tage später sein illegaler Transport in ein israelisches Spezialgefängnis. Von alledem handelt ein Spiel- und Dokumentarfilm aus dem Jahre 2010 mit dem Titel „Eichmanns Ende. Liebe, Verrat, Tod“.

Und zu den Verdiensten gehört auch, was namentlich von jüngeren Historikern und Filmemachern in den fünfzig Jahren, die seit dem Prozess vergangen sind, an Forschungen und Produktionen vorgelegt wurde. Daran sind, anders als in früheren Jahren, auch Forscherinnen in größerer Zahl beteiligt. Dazu gehört ein Essay, mit dem die Erinnerungen analysiert werden, die Eichmann während seiner Haft niederschrieb.[2] Eben wird ein weiteres Buch über Eichmanns Leben vor dem Prozess in Israel ausgeliefert.[3] Endlich hat Fritz Bauer, der 1968 verstarb, eine Biographin gefunden.[4] Lehrer wie Schüler sind in der Lage, unter publizierten Dokumentensammlungen, Büchern, Filmen und Hördokumentationen auszuwählen. Denn „Eichmann“, wenn der Blick nicht isoliert auf seine Person gerichtet wird, gehört zu dem, was in unserer Zeit dem Allgemeinwissen zugezählt werden muss.

---

2 Irmtrud Wojak, Eichmann Memoiren, Ein kritischer Essay, Frankfurt am Main 2001.

3 Bettina Stangneth, Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Zürich 2011.

4 Irmtrud Wojak, Fritz Bauer 1903-1968. Eine Biographie, C. H. Beck, München 2009.

... offene Fragen

Es werden sich beim Rückblick in den Gerichtssaal in Jerusalem, wo übrigens der erste im Fernsehen übertragene Prozess stattfand, alte, zeitweise heiß diskutierte Fragen wieder stellen: Was waren das für Leute, die Eichmann-Männer? Überzeugungstäter oder Befehlsempfänger? Zwischen diesen beiden Markierungen am Ende einer Skala der Antriebe, die das Massenmorden möglich machten, existiert eine Vielzahl von Mischungen und Abstufungen. Auf der Ebene, auf der Eichmann agierte, waren der ideologische Fanatismus, der den Begriff Mensch nur in der Unterscheidung von Herren- und Untermenschen kennt, ebenso anzutreffen wie ein von Karrieresucht angetriebener Ehrgeiz, sich durch Befehlsgehorsam empor zu morden. In der Masse der Übeltäter finden sich jedoch viele jener Gleichgültigen, die heute diese, morgen jene niedermachten, wie ihnen befohlen. Der Titel eines eben auf den Markt gebrachten Buches – „Eichmann war von empörender Dummheit“ – führt ins Abseits von den Kernfragen. Deren zentrale lautet: Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen müssen existieren, damit Eichmänner sich „ausleben“ können.

junge Welt, Montag, 11.04.2011, S. 10.

„Brauner Wellensittich“

Am 11. Mai 1941 entschwand der „Stellvertreter des Führers“ in eigener Mission

Die Wehrmachtsberichte Anfang Mai 1941 kündeten von Erfolgen. Am 2. Mai wurde mitgeteilt, dass der Krieg auf dem griechischen Festland beendet sei und sich dort kein Brite mehr befinde. Hitler hielt vor dem „Großdeutschen Reichstag“ eine triumphale Rede über den Balkanfeldzug, die er mit dem Satz beendete: „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.“ Das sollte sich noch im Jahresverlauf als schwerer Irrtum erweisen.

An den folgenden Tagen begannen die Mitteilungen aus dem Oberkommando der Wehrmacht mit Nachrichten über den Bombenkrieg gegen die britischen Inseln. Liverpool, dann Belfast, Glasgow, die Häfen im Firth of Clyde, Newcastle, Plymouth und Hull seien angegriffen, Hafenanlagen und Rüstungswerke zerstört worden. Am 11. Mai, einem Sonntag, las sich der Anfang des Berichtes ungewöhnlich. Die britische Luftwaffe habe „in den letzten Nächten erneut und planmäßig Wohnviertel deutscher Städte, darunter auch der Reichshauptstadt, bombardiert.“ Darauf sei zur Vergeltung ein Großangriff auf London erfolgt. Der Krieg der Luftwaffen war keine einseitige Angelegenheit mehr, wenn sich auch die Deutschen noch kaum vorstellen konnten, welche Ausmaße er noch annehmen wurde.

Großes Aufsehen

Doch an jenem Tage schlug im Reich eine Bombe anderer Art ein. Zunächst traf sie das Führerhauptquartier. Hitler wurde mitgeteilt, dass Rudolf Heß mit einem Jagdflugzeug, hergestellt in den Messerschmidt-Werken, vom Betriebsflughafen in Augsburg gestartet und aus dem Reichsgebiet entschwunden sei. Bevor über die Zusammenhänge und den Verlauf des Unternehmens noch irgendetwas bekannt war und die eingeleiteten Ermittlungen Resultate erbracht hatten, regierte der Wunsch, der Flug möge in den Fluten der Nordsee sein Ende und der „Stellvertreter des Führers“ den Tod gefunden haben. Der jedoch war nicht in Erfüllung gegangen. Heß hatte Schottland erreicht, war dort mit einem Fallschirm abgesprungen und mit nur leichten Blessuren auf dem Boden, dem des Kriegsgegners, gelandet. Das ließ sich den „Volksgenossen“ nicht verheimlichen. Zu riskieren, was in anderen Fällen geschehen war und in der Phase der Niederlagen gängige Praxis wurde, die schlechten Nachrichten zunächst als Gerücht in die Öffentlichkeit einsickern zu lassen, konnte die Glaubwürdigkeit der Führung nur untergraben. Also musste verlautbart werden, dass dem Führer einer seiner ältesten Mitkämpfer abhandengekommen war. Wer in der Runde der sich beratenden engen Gesellschaft um Hitler auf den Gedanken verfallen war, Heß für geisteskrank zu erklären, ist unbekannt. Jedenfalls wurde den „Volksgenossen“ diese Mitteilung gemacht und so versucht, ihnen einen Bären aufzubinden. Dass sein „Stellvertreter“ nicht mehr in Ordnung gewesen sei, habe der Führer schon gewusst und sich deswegen auch Sorgen gemacht. Diese Version gehörte zu den erprobten Selbstdarstellungen Hitlers: der mit Sorgen um das Volk, um jeden einzelnen seiner „alten Kämpfer“, um die Soldaten an der Front überhäufte Führer, dem Mitgefühl angesichts der Last gebührte, die er trug. Die Masche zog bei den gläubigen Gefolgsleuten noch immer. Denn noch befand man sich in jener Phase des Krieges, da die wenigsten an die Niederlage dachten und die Zahl derer, die sie herbeiwünschten, noch geringer war.

Zu ihnen gehörte in Dresden der als Jude verfolgte Romanist Victor Klemperer, der mit seiner Frau seit einem Jahr in ein sogenanntes Judenhaus gezwungen war. Der notierte in sein Tagebuch am 15. Mai: „Affäre Heß vor drei Tagen im Radio, als wir bei ‚Pschorr‘ (Name einer Gaststätte, in der das Ehepaar Rundfunknachrichten hören konnte, denn die Radioapparate der Juden waren eingezogen worden) saßen, vorgestern wirre ‚Aufklärung‘. Jetzt totgeschwiegen, scheint überall im Volke größtes Aufsehen zu erregen. Soll man Hoffnungen daraufsetzen?“ Die Frage mochten sich in jenen Tagen viele Nazigegner in Deutschland stellen. Doch dieser Flug war kein Vorbote von Konflikten oder gar Zerfallserscheinungen in der Führungsspitze. Was er aber war, gab den „Volksgenossen“ ein Rätsel auf und lieferte ihnen für Tage Gesprächsstoff. Nicht nur das. Offenbar ließen die Zweifel und Ungereimtheiten der offiziellen Nachricht auch das Abhören von „Feindsendern“ so ansteigen, dass ihr mit einer weiteren Drohung mit Zuchthaus- oder Todesstrafe begegnet wurde. Und dann knüpften

sich in der Bevölkerung an den Abflug auch Witze. Klemperer notierte am 24. Mai, das in Löbtau (einem Stadtteil von Dresden) Zettel angeklebt worden seien mit der Aufschrift: „Brauner Wellensittich entflogen. Abzugeben Reichskanzlei."

Umfangreichere Berichte als Klemperer, der auf das Hörensagen und die wenigen Informationen angewiesen war, die ins „Judenhaus" gelangten, besaßen die Beobachter der Stimmungen und Meinungen im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Die machten sie einem sehr beschränkten Kreis, verdichtet in den sogenannten Meldungen aus dem Reich zugänglich. Am 15. Mai begann ihr Bericht so: „Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hatte die erste amtliche Verlautbarung zum Fall Heß große Bestürzung hervorgerufen. In der Parteigenossenschaft herrschte tiefe Niedergeschlagenheit." Die Mitteilungen aus den verschiedensten Gegenden des Landes besagten übereinstimmend, dass die Nachricht „zunächst von Parteigenossen wie von anderen Volksgenossen wegen des großen Vertrauens zu Heß nicht geglaubt worden ist". Es habe sich sofort eine „Flut von Gerüchten" erhoben wie vordem bei keinem anderen Ereignis. Und dann, da die Berichterstatter sich stets hüteten, in den Geruch von Defätisten zu geraten, fuhren sie fort: „Einheitlich aber beweisen die Meldungen die außerordentliche und tiefe Anteilnahme des Volkes in allen seinen Gruppen und Berufen an dem Schicksalsschlag, der vor allem den Führer getroffen habe, dem auch keine Härte des Schicksals erspart bleibt." Und, so der Schluss, der Führer gäbe „der Bevölkerung den letzten entscheidenden Halt und den Glauben an eine siegreiche Beendigung des Krieges".

Realitätsverlust

Freilich ganz zufrieden war die Gefolgschaft mit den Informationen noch nicht, und so hieß es, „von der Presse" werde „vordinglich eine völlige Erklärung gefordert", als hätten Journalisten die Möglichkeit besessen, den Zusammenhängen nachzuforschen. Die folgenden Meldungen besagten dann aber, ohne dass dergleichen geschehen wäre, die Gespräche klängen allmählich ab, „wenn auch eine gewisse Niedergeschlagenheit und Ungewissheit über die weiteren Auswirkungen des Falles Heß noch zu beobachten ist". Am 22. Mai wurde dann geschrieben, der „Fall" werde nur noch wenig besprochen, doch „hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Kriegsgeschehens" herrsche „eine ziemliche Unklarheit".

Historikern kam später die Beantwortung der Frage zu, was den Mann, der im Ersten Weltkrieg ein Kampfflieger gewesen, nun an herausragendem Platz vor allem für die Stimmung und Tätigkeit der NSDAP-Mitglieder an der Heimatfront verantwortlich war, zu diesem Flug veranlasste. Die Vermutungen – darunter abenteuerliche – reichten weit. Er habe sich gegenüber den Feldmarschällen zu weit in den Hintergrund gerückt gesehen und hätte mit seiner Aktion die Aufmerksamkeit und Zuwendung seines geliebten „Führers" wiedergewinnen wollen. Andere vermuteten, dieser Führer sei von dem Unternehmen gar unterrichtet gewesen. Dokumentarische Auskunft gaben die Mitschriften der Gespräche, die mit Heß in Großbritannien geführt wurden, nachdem sich die „Empfänger" dieses unerwarteten Besuchs überzeugt hatten, dass es wirklich des Führers Stellvertreter für die Parteiangelegenheiten war, den sie da vor sich hatten. Diese Papiere sprechen jedenfalls davon, dass der Mann an mehrfachem Realitätsverlust litt und sich seiner so etwas wie eine fixe Idee bemächtigt hatte. Er wollte den britischen Politikern, die ihn vor allem nach Informationen über die weiteren Pläne des Kriegsgegners auszuforschen trachteten, überzeugen, dass sie den Krieg nur verlieren könnten und drohte ihnen gar mit Luftschlägen, die alle bisherigen weit übertreffen würden. Sie sollten es also vorziehen, sich einem Frieden zu den deutschen Bedingungen zu unterwerfen. Das hat auf sie keinen Eindruck machen können, zumal sie schon wussten, dass die deutsche Armee vor den Grenzen der Sowjetunion aufmarschiert war und sie mit höchster Wahrscheinlichkeit alsbald einen Kriegsverbündeten erhalten würden. Heß wurde als ein besonderer Kriegsgefangener behandelt und, als den Verbrechern an der Regimespitze nach dem Sieg der Alliierten gleichsam die juristische Rechnung präsentiert wurde, nach Nürnberg überführt. Das war nun nicht mehr die Stadt, in der er auf den Reichsparteitagen dem „Führer" alljährlich gemeldet hatte, dass die Getreuen in Reih' und Glied zur Stelle waren. Später wollten (Neo-)Nazis aus ihm gar einen abgewiesenen Friedensboten machen. Das Subjekt war dafür gänzlich untauglich.

junge Welt, Sonnabend, 07.05.2011, S. 15.

Das Einzelne, das Besondere und das Allgemeine

Eingeschränkte Bewältigung – Wie steht es um der Deutschen Bild von der faschistischen Diktatur?

Seit Monaten erlebt die Bundesrepublik eine merkwürdige Konjunktur. Sie betrifft die Beschäftigung mit jenen zwölf Jahren, die in einer Umschreibung häufig als das „dunkelste“ Kapitel der deutschen Geschichte bezeichnet werden. Diese Benennung trägt selbst nicht eben zur Erhellung bei, vermeidet aber den Ausdruck „nationalsozialistische“ Diktatur, mithin jenen Etikettenschwindel, der den Betrügern um Hitler diente. Von dieser Konjunktur zeugt eine Vielzahl von Ausstellungen da und dort, das Erscheinen von Büchern, deren Vorstellung zelebriert wird, dazu öffentliche Erinnerungen an verschiedenste Ereignisse und Personen. Jüngsten Schub gar dem der 50. Jahrestag des Beginns des Prozesses gegen den Massenmörder Adolf Eichmann in Jerusalem.

Zuvor wurde in Berlin vor großem Publikum das Buch das „Amt“ vorgestellt, Arbeit einer Historikerkommission, die sich im staatlichen Auftrag mehrere Jahre lang mit der Erforschung der Geschichte des Auswärtigen Amtes im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik befasste. Ähnliche Unternehmen galten anderen Einrichtungen, ohne dass sie vergleichbare Aufmerksamkeit hätten erregen können. Untersucht haben Historiker die Geschichte von Orchestern und Krankenhäusern in eben jenen 12 Jahren, seltener die von wirtschaftlichen Unternehmen. Aus den jüngst veröffentlichen Ergebnissen vieljähriger Forschungen ragt wegen ihres Gegenstandes ebenso wie durch ihre Qualität die Geschichte der Erfurter Fa. Topf & Söhne heraus, die Verbrennungsanlagen für Konzentrations- und Vernichtungslager produzierte. Eine neue Generation von Geschichtswissenschaftlern, Enkel der Zeitgenossen der Nazidiktatur, hat sich der Gegenstände und Themen angenommen. Darunter ist eine erhebliche Zahl von jungen Frauen, auch dies ein Wandel im Personal beteiligter Wissenschaftler.

Überragt wurde all das durch die Ausstellung „Hitler und die Deutschen“, die das Deutsche Historische Museum bot. Sie zog Besucher in Massen an, die anfangs eine Stunde und mehr Geduld brauchten, in die Säle des Pei-Baus zu gelangen.

Solche Konjunktur ist keine neue Erscheinung. Neu ist aber, dass sie ihren Ausgangspunkt nicht in einem einzelnen Ereignis oder Vorfall besitzt. Das war der Fall, als sich 1986 ein Streit an einem Aufsatz des Historikers Ernst Nolte entzündete, der versuchte, den Ursprung der Naziverbrechen aus der deutschen in die sowjetische Geschichte zu exportieren. Es entzündete sich der sogenannte Historikerstreit. 1995 löste die Ausstellung über die Wehrmacht und ihren Anteil an Kriegs- und Menschheitsverbrechen, die ihren Weg von Hamburg aus nahm, eine Konfrontation aus, die weit über die Zunft hinausreichte, auch in parlamentarischen Gremien tobte. Heute: nichts von alledem, kein provokatorisches Vorkommnis. Gehen die Deutschen mit diesem Teil ihrer Geschichte gelassener um? Sind sie darauf gefasst, dass Entdeckungen über die Rolle ihrer Vorfahren als mehr oder weniger dichte Gefolgsleute der Nazidiktatur – wie eben im „Fall“ Luise Rinser – nicht erschöpft sind? Oder fehlt den jetzt erörterten Themen nur die Brisanz, fordern sie nicht zur Parteinahme heraus?

Zunächst: Bei den Aussagen, die mit der Wehrmachtsausstellung getroffen wurden, ging es ums Ganze, letztlich um die Rolle einer Nation und die von Millionen Männern, Vätern und Großvätern, um die Ehemänner noch Lebender. Es ging, meinten viele, um das Ansehen der Deutschen, die sich ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende in der Welt ein neues verschafft hatten und von denen eine Mehrheit sich weigerte, in die Abgründe ihrer Geschichte und von Biographien ihrer jüngsten Vorfahren zu blicken. Was heute über Vor-Krieg und Krieg neu erscheint, betrifft, daran gemessen, Einzelnes, seien es Personen oder Ereignisse. Ein Blick auf den Büchermarkt und in die Fachzeitschriften bestätigt das. Da findet sich die Geschichte einer Gestapo-Agentin, die der Universität Tübingen, der Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, der gewaltsamen „Eindeutschung“ polnischer Kinder, der Sonder- und Ehrenhäftlinge der SS, eines Nazis der ersten Stunde, des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen, usw. usf.

Keiner dieser und vielen ähnlichen Arbeiten soll ihr Verdienst abgesprochen werden. Zudem sind die Autoren zumeist „Einsteiger“ und mit dem Vorgelegten ist über die Ausweitung ihres Interesses

nichts gesagt. Doch der Buchmarkt bietet zu einem Großteil Schriften von Historikern für Historiker. Die gab es immer. Es stellt sich die aber die Frage nach der Gewichtung der forschenden Aufmerksamkeit für das Einzelne, das Besondere und das Allgemeine. 2009, ein Jahr nach er Londoner Ausgabe, erschien in München der dritte Band einer Gesamtdarstellung „Das Dritte Reich“. Sein Autor Richard J. Evans ist Professor für Moderne Geschichte an der Universität Cambridge. Ein Rezensent bemerkt: „Die deutsche Geschichtswissenschaft muss sich allerdings die Frage gefallen lassen, warum gut lesbare Gesamtdarstellungen fast ausschließlich aus der Feder von englischen und amerikanischen Historikern stammen.“

Wie die Angesprochenen antworten würden, sei dahingestellt. Doch müssten sie darauf kommen, dass sich in der Geschichtspublizistik eine deutliche Tendenz zur Verweigerung gegenüber weiteren Zusammenhängen und mehr noch gegenüber der Frage, die als Königsfrage auch der Historiographie gilt: Warum? Die Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ haftete an den Erscheinungsformen der Gefolgschaft und vor allem, sie suchte die Volksmassen für den Sieg des Faschismus über die Republik verantwortlich zu machen, die sich nach starker Führung sowie nach sozialer Gemeinschaft und sozialem Aufstieg gesehnt hätten, sich freilich dabei in der Adresse irrten. Es passte zu dieser Weißwäsche des Kapitals, dass im Begleitprogramm zwar das Werk Leni Riefenstahls gezeigt, aber kein einschlägiger DDR-Film vorgeführt wurde. Beim Auftrag des Museums mag das nicht wundern. Anders bei der eben eröffneten Wanderausstellung im Haus des DGB in Berlin. Die hochverdiente und verdienstvolle Erinnerung an verfolgte Gewerkschafter, ermordete und überlebende, versackt im Autobiographischen. Dass Gewerkschafter die Nazipartei auch und nicht zuletzt deshalb bekämpften, weil sie eine Partei des großen Kapitals war, kein Wort davon. Während die Gewerkschafter in die Konzentrationslager verschleppt wurden, ihr organisierter Widerpart, der Reichsverband der Deutschen Industrie und dessen nun zum Führer erhöhter Präsident die „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ ins Leben rief, wird nicht in einem Nebensatz erwähnt. Auf den derzeit verfertigten Geschichtskarten jener dunklen Jahre nehmen „weiße Flecke“ und Tabuzonen, wegen deren Respektierung Historiker in DDR-Zeit zu Recht gescholten wurden, erheblich zu. Daran könnte sich schon ein Streit entzünden. Doch will ihn offenbar keiner auslösen. Beliebt kann man sich damit in der Zunft nicht machen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. Mai 2011, S. W7.

Ausstellung mit doppelten Rücksichten

Unauslöschlich steht der zweite Maitag des Jahres 1933 in der Chronik der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Da endete für mehr als zwölf Jahre die Legalität des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und aller anderen Gewerkschaftsorganisationen, die in der Weimarer Republik mit mehr oder weniger Energie und Erfolg die Interessen ihrer Mitglieder und auch unorganisierter Arbeiter und Angestellter vertreten hatten – oder das, was sie dafürhielten. SA besetzte die Häuser und Büros, verschleppte Funktionäre in die Konzentrationslager. Am Tage davor hatte die Gewerkschaftsführung noch dazu aufgerufen, an einer Kundgebung teilzunehmen, die anlässlich des zum „Tag der nationalen Arbeit“ verfälschten Kampftages in Berlin auf dem Tempelhofer Feld stattfand. Dort sprach: Adolf Hitler.

Das hätte in der Eröffnungsansprache gesagt werden können, die Professor Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, hielt, als am 2. Mai 2011 der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Eröffnung einer Wanderausstellung in sein Berliner Zentralhaus am Hackeschen Markt einlud. Stattdessen nannte der Redner die damalige Haltung der Gewerkschaften und die Hoffnung, in der Nazidiktatur irgendeinen legalen Platz doch noch behalten zu können, einen Irrtum. Wie es zu dem gekommen war, mochten sich die Gäste selbst beantworten. Deren Interesse aber galt vor allem der Ausstellung, deren Titel lautet „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht – Deutsche Gewerkschafter im KZ 1933-1945“. Nach seinem Umfang ist das Gezeigte so bemessen, das es in vielen Gewerkschaftshäusern des Landes Platz finden und Besucher anziehen kann. Und das ist dieser verdienstvollen Arbeit zu wünschen. Sie entstand unter Mitwirkung von Studenten des Otto-Suhr-Instituts. Waren die danach mit ihren Studien so beschäftigt, dass deswegen keiner von ihnen aus diesem Anlass zu Worte kam?

Die Ausstellung ist strikt biographisch angelegt. Sie informiert auf etwa einem Dutzend Schautafeln über Lebenswege von Gewerkschaftern. Vertreten sind Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenso wie aus den christlichen Organisationen und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, Menschen, die in den Lagern umgebracht wurden, und andere, die überlebten und sich nach der Befreiung vom Faschismus in einem der beiden deutschen Staaten für demokratische Zustände und damit die Möglichkeit einsetzten, die Interessen der Arbeitenden zu verfechten und durchzusetzen. Wer mehr über sie wissen will, kann sich in einem Begleitband belesen.

In der Konzentration auf Lebensbilder liegt die Ausdrucksstärke der Ausstellung mit ihren großformatigen Fotografien und knappen Texten und zugleich ihre – jedoch nicht unvermeidliche – Schwäche. Unerwähnt bleibt, dass die Nazis, die während der Weltwirtschaftskrise den weithin vergeblichen Versuch unternahmen, in Betrieben politisch Fuß zu fassen, und die Gewerkschaften Feinde waren, weil die Hitlerpartei doch eine Partei des Kapitals war; diese Anmerkung hätte nicht viel Platz beansprucht. Das gilt auch für die Tatsache, dass zur gleichen Zeit, da Gewerkschafter in die Konzentrationslager verschleppt wurden, der Reichsverband der deutschen Industrie, ihr organisierter Widerpart, den Aufruf zur „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ ergehen ließ. So verlässt der Betrachter den Ort auch mit dem Eindruck, dass hier der soziale Friede (früher: die Volksgemeinschaft) nicht durch einen zu tiefen Blick in die Geschichte gestört werden soll.

Ossietzky, 10/2011, 14. Mai 2011, S. 392-393.

Der kippelnde Eichmann

Der fünfzigste Jahrestag der Eröffnung des Prozesses gegen Adolf Eichmann vor dem Bezirksgericht in Jerusalem gab der Topographie des Terrors in Berlin Anlass zu einer Sonderausstellung, die an den Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt und seine beispiellos verbrecherische Rolle erinnert. Schon bei ihrer Eröffnung wurde angekündigt, dass auch noch der kugelsichere Glaskasten installiert werde, in dem Eichmann 1961 während der Gerichtsverhandlung saß, so dass ihn kein Besucher in einem Akt der Rache attackieren und töten, also dem Urteil der Richter zuvorkommen konnte.

Die Veranstalter zeigten sich stolz, dass das Gerät zum ersten Mal aus Israel für einen derartigen Zweck entliehen wurde. Sie versprachen sich davon wohl die Wirkung einer besonderen Sehenswürdigkeit. Diese Erwartung mag eintreten. Bedient werden auf diese Weise freilich diejenigen Besucher, deren Verhalten sich – unakademisch – mit Glotzen statt Denken beschreiben lässt, die also eher etwas Unalltägliches gesehen haben wollen, als sich Strebens nach Gewinn von Kenntnissen und Erkenntnissen zu rühmen. Der Kasten lenkt das Denken, wenn überhaupt gedacht wird, auf Zweit- und Drittrangiges. Bezeichnend sind die Fragen, die einem Journalisten kamen, der die Präsentation wortreich begrüßte: „Wer baute die Zelle? Hatten die Handwerker Eltern, Verwandte, Bekannte, die unter den Opfern Eichmanns waren? ... wie viele Blicke durchbohrten die Glaswände? Was dachten die Bewacher hinter Eichmann? Wer vollzog jeden Morgen die Mikrophon-Probe? Wurde täglich ausgefegt? Was vollführten Eichmanns Finger auf der Holzplatte? Kippelte er mit dem Stuhl?“

Es gibt zwei Fragen, denen Nachgeborene, sie dürften bei weitem den größten Anteil der Besucher stellen, beim Verlassen der Ausstellung nachgehen sollten: Welche gesellschaftlichen und staatlichen Zustände ergaben einen Platz, der einen Menschen dieses Typs verlangte und der von einem Eichmann besetzt werden konnte? Und: Welche Zustände machten es möglich, dass ein Massenmörder nach dem Ende seiner Untaten 15 Jahre lang unbehelligt weiterleben konnte und nicht einmal verbergen musste, wes Geistes Kind er war und geblieben war? Und dann ist da die Frage, die Hannah Arendt, die Prozessbeobachterin, sich und den Lesern ihres berühmten Berichts „Eichmann in Jerusalem“ stellte: Ist eine Wiederholung eines Verbrechens von diesem Charakter und Ausmaß möglich? Sie hat sie bejaht.

Ossietzky 11/2011, 28. Mai 2011, S. 435-436.

Die Befreiung der Opfer aus dem Schweigen

Konferenz in der Berliner Topographie des Terrors über den Eichmann-Prozess vor 50 Jahren

Anders als 1961 im Gerichtssaal in Jerusalem fiel der Name Hans Maria Globke bereits in der ersten Sitzung der internationalen und interdisziplinären Tagung, die Historiker und Juristen aus Israel, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik in Berlin zusammenführte. Anlass und Thema gab der 50. Jahrestag des Beginns des Prozesses, dessen einziger Angeklagter der Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt war. Dem gilt bereits eine Sonderausstellung, die in der Topographie des Terrors noch bis in den September besichtigt werden kann. Als deren „Prunkstück“ gilt den Veranstaltern jener kugelsichere Glaskasten, der Eichmann vor dem Anschlag eines Rächers schützen und verhindern sollte, dass dem Urteil der Richter so vorgegriffen würde.

Im Mittelpunkt der Tagung, Teil des umfangreichen Begleitprogramms der Ausstellung, standen nicht mehr die Verbrechen des SS-Obersturmbannführers und seiner Komplizen, über die eine kaum noch übersehbare internationale Literatur Auskunft gibt. Erörtert wurden der Platz des Eichmann-Prozesses in der Geschichte von Rechtsetzung und Rechtsprechung, seine Bedeutung für die Geschichtsschreibung sowie Forschungsergebnisse über die Wahrnehmung des Prozesses während der 60er Jahre, insbesondere in der Bundesrepublik.

Der Name von Adenauers Staatsekretär fiel im Eröffnungsvortrag von Deborah E. Lipstadt (Atlanta/USA), die mit der Legende aufräumte, es sei erst dieses Ereignis gewesen, das ein internationales Schweigen über das Massenmorden an den europäischen Juden gebrochen hätte. Der Prozess habe aber, wiewohl es um die Anklage und Aburteilung eines Haupttäters ging, ungleich stärker als die Nürnberger der Jahre 1945 bis 1948 den Blick auf die jüdischen Opfer gerichtet. Im Verlauf des Prozesses kamen 110 Zeugen zu Wort, Überlebende, deren letzter vor kurzem verstarb. Ihr Auftreten sei vor allem für die jüdische Gesellschaft in Israel und ihren inneren Zusammenschluss von großer Bedeutung gewesen. Es entstand ein aufwühlendes Bild vom Leben der verfolgten, in Lagern und Ghettos zusammengepferchten Menschen, und das machte den vordem verbreiteten Verdächtigungen ein Ende, denen Überlebende ausgesetzt waren, die nicht zu den Widerstandskämpfern gehört hatten und von denen vermutet wurde, sie müssten „irgendetwas Schlimmes“ getan haben, dass sie den Mördern entgingen. Gideon Hausner, der Chefankläger, habe es auf dieses Resultat geradezu angelegt, auf ein Totalbild, ungeachtet, ob die geschilderten Qualen Folge des Eichmann anzulastenden Verbrechenskomplexes waren oder nicht. Diese Seite des Prozesses war auch Gegenstand des Vortrags von Hanna Yablonka (Ben-Gurion University on Negev/Israel).

Gegen den Mythos vom Durchbruch, den der Eichmann-Prozess in der Geschichtsschreibung dargestellt haben soll, verwies David Cesarani (London) auf die Forschungen und Publikationen der 50er Jahre, namentlich von jüdischen Einrichtungen, so dass eher von den in Schatten geratenen Leistungen gesprochen werden müsse, die das Gerichtsverfahren erst möglich gemacht hätten.

Konzentriert kamen sodann Wirkungen zur Sprache, die der Prozess und vor ihm schon die Nachricht vom Eintreffen Eichmanns in der Bundesrepublik und namentlich in deren Regierungskreisen auslöste, die bis zu den im Einzelnen durch Quellen nicht zu erschließenden Aktivitäten des Kanzlers reichten. Annette Weinke (Jena) hatte sich damit u. a. während Forschungen zur Geschichte des Bonner Auswärtigen Amtes befasst. Sie konzentrierte ihren Bericht über das Prozessecho auf die Zeit der „Adenauerrepublik“. An ihr sei, was die Unterlassung und Unterbindung von Initiativen zur Verfolgung von Naziverbrechen angehe, gleichsam nichts zu retten. Diese Sicht bekräftigte auch der Jurist Joachim Perels (Hannover). Es war das Verdienst einzelner Richter und Staatsanwälte, Historiker und Publizisten, die – auch um den Preis eigener gesellschaftlicher Nachteile – bewirkten, dass Täter ermittelt und juristisch verfolgt wurden. Ihnen habe der Eichmann- Prozess dann Rückenwind gegeben und den Weg verkürzt, der 1963 zum Frankfurter Auschwitz-Prozess führte. Erinnert wurde an eine Wortwendung Ernst Blochs, der, als Gerichtsverfahren schließlich in Gang kamen, deren Urteile „Streichelstrafen für Mördernazis“ genannt habe.

Zurück zu unserem Ausgangspunkt: Wer Adenauers Intimus Globke in einer wissenschaftlichen Konferenz heute erwähnt, löst keine Verwunderung mehr aus und setzt sich nicht der politischen Verdächtigung aus, ein Nestbeschmutzer oder Schlussstrichverweigerer zu sein. Rückblickend und schielend-scheelen Blickes wird aber von der DDR behauptet, sie habe den Prozess für ihre Zwecke instrumentalisiert. Unerwähnt bleibt, dass sie den Stein auf Globke und Seinesgleichen nur werfen konnte, weil sie nicht im Glashaus saß. Und niemand fragt, was aus Bonn getönt wäre, hätte – horribile dictu – Walter Ulbricht einen Sekretär dieses Typs gehabt.

Welches Echo das Gerichtsverfahren im ostdeutschen Staat bewirkte, ist auf der Konferenz eigens nicht vorgetragen worden. Die Prozessbeobachter der DDR, sind tot: der Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, der ein Buch „Der Fall Eichmann“ schrieb, das 1963 erschien, und die beiden Journalisten Max Kahane und Gerhard Leo, der eine Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, der andere Mitglied der französischen Résistance. Ein Zeitzeuge aus dem Felde von Wissenschaft und Publizistik hätte sich aber wohl gefunden. Indessen: Auch einen Steinwurf von der ehemaligen Grenze zur DDR entfernt, stellt sich offenbar der Gedanke ein, dass man auf die Brüder und Schwestern gut verzichten kann.

Wichtiger jedoch ist, dass die Tagung eine in der „Holocaust“-Forschung vorherrschende Tendenz bestätigte. Das Massenmorden wird aus Krieg, Kriegsantrieben und -zielen herausgelöst. Das Wort Krieg erscheint allenfalls als Zeitangabe. Das ist nicht nur Folge einer Arbeitsteilung in der Zunft. Und es bedeutet auch einen Rückschritt gegenüber Nürnberg 1945/46. Da ist dann ausgeblendet, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muss, dass in ihr überhaupt ein Platz existiert, der einen Eichmann verlangt und den Adolf Eichmann besetzte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. Mai 2011, S. W7.

Zum Tode von Fritz Klein

Wer den Historiker Fritz Klein auch nur aus seinen Beiträgen in der Weltbühne und später im *Blättchen* und auch hier in *Ossietzky* kannte, den mag die traurig stimmende Nachricht von seinem Tode an Denkanstöße erinnert haben, die seinen Texten immer zu entnehmen waren. Denn ohne sich selbst geistig herausgefordert zu sehen, hat sich der Mann auf einen Gegenstand oder ein Thema nicht eingelassen. Das gilt namentlich für das Unternehmen, mit dem sein Name verbunden bleiben wird und das ihm einen bleibenden Platz in der Reihe deutscher Geschichtsschreiber sichert: die mit einer Gruppe zumeist junger Mitarbeiter geschriebene Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Sich dessen Ursachen, Verlauf und Folgen zum Forschungsobjekt zu wählen, lag nicht so nahe, wie es heute scheinen mag. Zwischen dem Krieg der Jahre von 1914 bis 1918 und der Gegenwart lag wie ein gewaltiger Quader der folgende. Auf ihn richteten sich ungeklärte und bedrängende Fragen in der Gesellschaft wie in der Wissenschaft. Da ein halbes Jahrhundert zurückzugreifen, bedeutete jedoch nicht Flucht, sondern sich forschend an den Anfang eines verhängnisvollen Weges deutscher Geschichte zu begeben. So hat Fritz Klein mit seinen Mitarbeitern, die engsten waren die früh verstorbenen Willibald Gutsche und Joachim Petzold, die Sache auch angesehen. Zudem begann gleichzeitig eine weitere Arbeitsgruppe im Institut für Geschichte an der DDR-Akademie der Wissenschaften mit einem parallelen Unternehmen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Das dreibändige Weltkrieg-I-Werk gelangte Ende der 1960er Jahre auf den ostdeutschen Buchmarkt. Es war eine auf weitläufige Quellenstudien gestützte Entgegensetzung zu der schon in der Weimarer Republik massenhaft erschienenen Weltkriegsliteratur, mit der deutsche Kriegsunschuld nachgewiesen werden sollte und die Legende von der „im Felde unbesiegten“, das Vaterland verteidigenden Armee verbreitet wurde. Und die Autoren waren, das unterschied ihre Arbeit von der verdienstvollen Monographie des Hamburgers Historikers und Universitätslehrers Fritz Fischer, die 1961 erschienen war und den Titel „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918“ trug, auch den ökonomischen Macht- und Expansionsinteressen nachgegangen, nicht nur den deutschen, die in diese erste Jahrhundertkatastrophe geführt hatten.

Es hätte einer nochmaligen Bestätigung des Verdienstes nicht bedurft, das sich Klein und die Seinen erwarben, doch sie wurde ihnen zuteil. 2004 erfolgte durch den Leipziger Universitätsverlag ein Nachdruck der 3. Auflage des Werkes. Das ist nach dem Anschluss nur wenigen Produktionen, so auch Dietrich Eichholtz’ „Geschichte der Kriegswirtschaft“, geschehen. Klein schrieb zum Neudruck des Dreibänders ein Vorwort. Darin ging er auch auf den Umgang mit Leistungen ein, die zur Hinterlassenschaft des untergegangenen Staates gehören. Noch gilt seine Bemerkung; „Inhalte der von DDR-Historikern vorgelegten Arbeiten, Motive, die sie bewogen zu schreiben, was sie schrieben, bleiben vorsätzlich unerörtert.“ Würde von den Antrieben geschrieben, die Klein leiteten, so wäre zuvörderst seine Überzeugung zu nennen, dass Geschichtswissenschaftler in ihre Zeit zu wirken und dabei keine vornehmere Aufgabe hätten, als zur Herstellung und Bewahrung des Völkerfriedens beizutragen.

Ossietzky 12/2011, 11. Juni 2011, S. 475.

Verwischte Spuren bloßgelegt

Rolf-Dieter Müller zeichnet den Weg zum 22. Juni 1941 nach

Einer aus der Avantgarde der deutschen Militärhistoriker hat sich nunmehr erneut auf die historische Spur gesetzt, die zum 22. Juni 1941 führt. Diese ist zum einen deshalb undeutlich, weil nicht jeder Schritt zum Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion scharfe Trittsiegel hinterlassen hat, also unzweifelhaft dokumentiert ist. Denn von den Erwägungen Hitlers und den Begegnungen und Besprechungen, die zwischen ihm und den deutschen Militärs ab dem 2. Februar 1933 darüber stattfanden, existieren meist nur stichwortartige und arg verkürzte Aufzeichnungen einzelner Teilnehmer, die mitunter eine erhebliche Interpretationsbreite zulassen. Mehr Auskunft geben da die nach solchen Treffen ergangenen Weisungen und Befehle und insbesondere die sich daran anschließenden Aktivitäten im Heeresgeneralstab.

Die Aufgabe einer exakten Rekonstruktion der historischen Spur kompliziert sich auch noch dadurch, weil diese später absichtsvoll gelöscht oder verwischt worden ist. Zuerst von jenen Militärs, die ein Interesse daran besaßen, nicht „dabei gewesen“ zu sein. Und dann von Historikern, die den Lügnern Glauben schenkten. Wer nach dem Krieg der faulen Ausrede widersprach, Hitler allein sei es gewesen, auf den stürzte sich eine Meute – am Anfang gar von Juristen. Dies erlebte schon Friedrich Paulus, als er als Zeuge im Gerichtssaal von Nürnberg 1946 über die Rolle des Heeresgeneralstabs bei der Vorbereitung des unter dem Tarnnamen „Barbarossa“ unternommenen Feldzugs sprach, darunter auch über seine eigene.

Rolf-Dieter Müller, wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, zeigt nun, dass es so etwas wie einen fixen Stufenplan für den Krieg, der Deutschland ein riesiges Kolonialreich und eine sichere Einflusszone schaffen sollte, nicht gab. Die Vorstellungen darüber, wann mit wem und auf welche Weise dieser Eroberungskrieg begonnen werden sollte, wandelten sich. Diesem Wandel geht der Autor Schritt für Schritt nach. Er erörtert für die Jahre von 1934 bis in das Frühjahr 1939 insbesondere die auf Polen gerichteten Initiativen, beginnend mit dem im Januar 1934 geschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag. Dass Müller diesem Vertrag ähnlich große Bedeutung zumisst wie dem fünfeinhalb Jahre später geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, mag dem auch in der Geschichtsliteratur um sich greifenden Hang zuzuschreiben sein, stets mit neuen Sichten aufzuwarten.

Müller weist überzeugend nach, dass Polen zu den von Deutschland umworbenen Staaten Osteuropas gehörte, die als politischer, besser noch als militärischer Verbündeter für die Beseitigung der Sowjetmacht und die Zerstückelung des europäischen Russlands gedacht waren. Ebenso akribisch werden die Gründe von Warschaus schließlichem Verzicht auf diese Rolle dargelegt. Es gab keine Rückversicherung dagegen, von dem mächtigeren Komplizen am Ende so oder so – vulgo – übers Ohr gehauen zu werden. Nicht die Zurückweisung der deutschen Offerte war der Fehler, wohl aber die Illusion, wie man sich dann gegen den abgewiesenen Werber würde behaupten können, mit dem man sich bei der Zerstückelung der Tschechoslowakei noch sehr wohl einließ.

Gegenstand mehr oder weniger vager Planungen war in der deutschen Führung, wie man sich auf einen Kriegszug nach Osten begeben könne, dabei um Polen einen Bogen schlagend, also über das Baltikum im Norden und die Slowakei und Ungarn im Süden. Dies wurde zugunsten der Entscheidung verworfen, am 1. September 1939 das östliche Nachbarland zu überfallen, womit nicht allein ein deutsch-polnischer Krieg beginnen, sondern der unwiderrufliche erste Schritt in den Zweiten Weltkrieg getan werden würde. Wie es danach weitergehen soll, blieb für einen Moment an der Spitze des deutschen Regimes unbeantwortet. Doch trauten sich die deutschen Militärführer durchaus zu, von Polen aus rasch in die Sowjetunion vorzudringen, von der sie die Vorstellung eines Kartenhauses besaßen.

Es gehört zu den unter Historikern ungeliebten kontrafaktischen Fragen, ob auf Polens Unterwerfung der Einfall in die UdSSR gleich oder erst nach einer Pause gefolgt wäre, hätten Großbritannien und Frankreich – wie eben noch im Falle der zerschlagenen Tschechoslowakei – wieder stillgehalten.

Würde Hitler den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 bereits zwei Monate nach dessen Abschluss gebrochen haben, wie er es 22 Monate danach tat? Die Kriegserklärungen aus London und Paris, die am 3. September 1939 als Antwort auf den deutschen Einmarsch in Polen in Berlin eingingen, haben ihm diese Entscheidung abgenommen. Der Krieg gegen die UdSSR war damit nicht abgesagt, er war nur aufgeschoben.

Als Frankreich kapitulierte, wurden die auf Eis gelegten früheren Aggressionsplanungen gegen die Sowjetunion wieder aufgenommen. Deren Geschichte bildet den Hauptteil von Müllers Werk. Dessen großes Verdienst ist es, mit der Legende aufgeräumt zu haben, dass ideologischer, antibolschewistischer Wahn den Antrieb zu diesem Eroberungszug geliefert habe. Er unterscheidet klar zwischen den realen Zielen – sowohl im Hinblick auf die Weiterführung des Krieges „nach Barbarossa“ wie im Blick auf die imperialistischen Ziele nach dem „Endsieg“ – und der sie verkleidenden propagandistischen Kostümierung. Diese Differenzierung freilich wird in der marxistischen Literatur (die man im einschlägigen Verzeichnis vergeblich sucht) seit Langem vorgenommen.

Den Abschluss des Bandes bilden die zu definitiven Befehlen verdichteten Planungen, die Haupt- und Nebenrichtungen der Operationen und strategische Ziele bestimmten. Da zeigt sich eine Generalität mit einem bornierten Bild von „Russland“, dem Regime, dem Land und den Leuten sowie der Roten Armee. Deutlich wird, wie feige oder einflussarm ihre Befehlshaber waren, um dem tödlichen und verbrecherischen Abenteuer zu widersprechen. „‚Barbarossa‘ zeugt nicht nur vom moralischen, sondern auch vom professionellen Versagen einer vergangenen Militärelite“, so Müller. Das Wort „vergangen“ sollte nicht beruhigend gelesen werden. Geschichte wiederholt sich mitunter, wenn auch nicht auf die gleiche Weise.

Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939. Ch. Links-Verlag, Berlin. 294 S., geb., 29,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 16. Juni 2011, S. 17.

Führer befiehl, wir folgen ...

„Die deutsche Hybris kennt keine Grenzen."
Kurt Tucholsky

Dass Hitler an der Macht Krieg bedeute, davor warnten nicht nur Kommunisten. Der Autor von „Mein Kampf" hatte selbst beschrieben, in welcher Reihenfolge er die Kriege zu führen gedachte, an deren Ende das deutsche imperiale Großreich stehen solle: Zuerst müsste Deutschlands „Todfeind" Frankreich ausgeschaltet werden. Dann besäße man freie Hand gegen Osten, die Sowjetunion.

Im März 1935, wenige Tage bevor in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht verkündet wurde, schrieb Kurt Tucholsky: „Ich fürchte den Augenblick, wo auf Geheiß der Deterdinge aller Länder dort einmarschiert und etwas zerschlagen wird, das ich nicht für ‚richtig', aber doch stellenweise für heroisch halte." Die „Deterdinge" meinte – in Anspielung an den niederländischen Industriellen und Gründer des Shell-Konzerns Henri Deterding – das internationale Großkapital, dessen Feindschaft gegen das revolutionsgeborene Land im Osten für den deutschen Emigranten in Schweden Zweifeln nicht unterlag. Nur die Reihenfolge der Eroberungszüge sah Tucholsky anders. Er glaubte, das Nazireich werde sich zuerst gegen die Sowjetunion wenden. Wenn diese dann, womit er rechnete, dem Ansturm nicht standhielte und die gewonnene deutsche Übermacht westwärts angreife, „können sich die Franzosen gratulieren". Auch die Unersättlichkeit Hitlerdeutschlands stand für ihn außer Zweifel. Denn: „Die deutsche Hybris kennt keine Grenzen."

Die Frage, mit welchem Eroberungszug der deutsche Imperialismus den Krieg begann, der zum Zweiten Weltkrieg wurde, entschied sich definitiv erst 1939. Im Mai bezeichnete Hitler vor Befehlshabern und hohen Offizieren der Wehrmacht den unmittelbaren Nachbarstaat im Osten als das erste Ziel der Eroberungen. Er gab seinen Entschluss bekannt, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen". Von da sollte der Zugriff auf die baltischen Staaten folgen. An den Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR am 23. August 1939 knüpfte sich sodann die Erwartung, dieser werde das Risiko verringern, sogleich auch in einen Krieg mit Polens Verbündeten Frankreich und Großbritannien zu geraten. Das Kalkül schlug fehl. Die Westmächte antworteten auf den deutschen Überfall auf Polen mit Kriegserklärungen.

Das Vordringen auf das Baltikum und der Sturm zum Ural waren somit vertagt. Dies konnte die sowjetische Führung – nachdem ihre Anstrengungen für eine Politik der kollektiven Sicherheit gescheitert waren – als zeitbedingten und zeitlich begrenzten Erfolg ansehen. Doch knüpften sich daran im Kreml Illusionen. Denn als Frankreich geschlagen, Großbritannien aber nicht besiegt und für eine deutsche Invasion unerreichbar war, begann die deutsche Führung ihren Krieg gegen die UdSSR vorzubereiten. Dem lag die Idee der Eroberung eines kolonialen „Hinterlandes" zugrunde. Auf ein solches gestützt, so die Annahme, ließe sich jeder Krieg beliebig lange und siegreich bestehen. Zudem glaubte man in Berlin, Großbritannien müsse spätestens dann aufgeben, wenn nach der Niederwerfung der Sowjetunion sich deutsche Armeen auf den Weg nach Indien, das Kronjuwel im Empire, machten. Tatsächlich wurde dieser Feldzug durch den Nahen und Mittleren Osten im deutschen Generalstab schon vorgedacht.

Es gab indes ein paar Leute in der Führungsclique um Hitler, die bezweifelten, dass diese Rechnungen aufgehen würden. Doch niemand exponierte sich als Gegner oder auch nur als Bedenkenträger. Einträchtig wurde der Plan mit dem Tarnnamen „Barbarossa" ausgearbeitet und dessen Verwirklichung vorbereitet. Am 22. Juni 1941 begann ein Feldzug, in dem, so glaubten die deutschen Marschälle wie alsbald auch die braunen Stammtischstrategen, der Sieg binnen Monaten zu erringen sei. Winterbekleidung brauchten die Truppen folglich nicht. Wieder ein Irrtum. Wer von den mangelhaft eingekleideten deutschen Soldaten dann dennoch das Frühjahr 1942 erlebte, erhielt „in Würdigung des heldenhaften Einsatzes gegen den bolschewistischen Feind" die Ostmedaille, Die Soldaten nannten sie „Gefrierfleischorden".

Dabei schien anfangs alles wie geplant zu verlaufen. Es ging vorwärts. Wie bei den Feldzügen zuvor bekamen die Muschkoten ein Lied mit auf ihren „Sturm" bis zur Grenze Asiens. Eben noch hatten

sie ahnungslos in Schulen und in der Hitlerjugend die Lieder „Nach Ostland geht unser Ritt“ und „In den Ostwind hebt die Fahnen“ gelernt. Nun begleitete sie auf ihren Märschen ohne Ende das aus Rundfunkgeräten gehörte „Von Finnland bis zum Schwarzen Meer – vorwärts“. Das Lied endete mit den Worten: „Freiheit das Ziel! Sieg das Panier! Führer befiehl, wir folgen Dir.“ Die Gefolgschaftslosung war nicht neu. Sie stammte noch aus Zeiten der Friedensheuchelei. Nun schickte der „Führer“, der sich im September 1939 noch damit gerühmt hatte, einen Zweifrontenkrieg verhindert zu haben, die Wehrmacht in einen solchen. Viele Deutsche befiel darob Unwohlsein. Das verflog jedoch rasch mit den Erfolgsmeldungen des Oberkommandos der Wehrmacht. Ein weiterer „Blitzkrieg“ schien begonnen zu haben.

Über die Sowjetunion brach in jenem Sommer 1941 eine Katastrophe herein. Binnen Wochen gerieten weiteste Gebiete des Landes und deren Bewohner in die Gewalt der Eroberer. Diese benutzten ihre Übermacht skrupellos, alle internationalen Abmachungen über Regeln und Grenzen der Kriegführung vorsätzlich missachtend. Wer in deutsche Gefangenschaft fiel, war ein Todeskandidat, denn die Wächter sorgten sich weder um Behausung und Ernährung noch um notdürftigste medizinische Versorgung. Gnadenlos begann die Ausplünderung des Landes für die Zwecke der eigenen Truppen, dann auch zur Verpflegung der „Heimatfront“, der die Kriegslaune erhalten bleiben sollte.

Von Deutschlands mörderischem Besatzungsregime gelangten keine Bilder in deutsche Zeitungen und die wöchentlichen Filmberichte. Gezeigt wurden hingegen Bilder, mit denen der den „Volksgenossen“ schon in Vorkriegsjahren gepredigte Antibolschewismus genährt wurde: Erschöpfte, ausgehungerte Kriegsgefangene wurden der angeblich auserlesenen arischen Rasse als „Untermenschen“ vorgeführt, Dörfer, die als Folge Jahrhunderte alter Rückständigkeit zu zaristischen Zeiten noch von Armut gezeichnet waren, als Ergebnis bolschewistischer Herrschaft und Misswirtschaft ausgegeben. So erfolgte die Einstimmung der vermeintlichen Sieger auf ihre Rolle als „Ordnungsmacht“. Der europäische Osten sollte in den Fantasien der Aspiranten auf das großgermanische Kolonialreich zum Bewährungsfeld für Generationen der deutschen Jugend werden, wie Indien dereinst das der britischen gewesen sei.

Indessen machten die Fronttruppen des deutschen Ostheeres mit den „Untermenschen“ eine gänzlich andere Bekanntschaft. Dieser Gegner wich, aber er wankte nicht. Dennoch hielt sich der Glaube, dass dessen Kräfte und Reserven eines Tages erschöpft sein würden und der weitere Weg zum Ural ein leichter Durchmarsch wäre. Dieses Trugbild pflegten nicht nur Soldaten, sondern auch die Führer. In einer Ansprache Anfang Oktober 1941 erweckte Hitler den Eindruck, dass der Sieg faktisch errungen wäre. Der Gegner sei geschlagen und werde sich nie wieder erheben, sagte er.

Zwei Monate später begann in der Schlacht um Moskau der Gegenangriff der sowjetischen Verbände. Deutsche Divisionen der Heeresgruppe, welche die Hauptstadt erobern sollten, lernten nicht nur die Vokabeln „Flucht“ und „Rückzug“. Die Schlacht vor Moskau leitete die Wende des Krieges ein. Millionen Europäer, die bis dahin kein Ende der deutschen Besatzungsherrschaft gesehen hatten, fassten Mut, Tausende den Entschluss zum Widerstand gegen die Okkupanten. Das weltgeschichtliche Verdienst – so oft es auch denen, die es errangen, in den Jahren danach abgesprochen wurde – ließ sich nicht verdunkeln. Weltweit wurden damals antibolschewistische Klischeebilder über den Staat zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Pazifik aufgegeben.

Spätere Siege der Roten Armee und der Triumph des 8. Mai 1945 haben die Fragen an dieses Jahr 1941 im Lande der Sieger lange verblassen lassen. Das gereichte ihm nicht zum Vorteil. Über das Erleben der toten und der überlebenden Kriegsgefangenen wurde ebenso weithin geschwiegen wie über das Elend und das Sterben in den besetzten Gebieten. Stalin selbst erklärte die anfänglichen folgenschweren Niederlagen seiner Armeen: Er schrieb dem verheerenden Kriegsbeginn Unvermeidlichkeit zu. Demnach gab es im eigenen Lande weder Verantwortliche noch Schuldige an dem Desaster, ausgenommen diejenigen, die er nach Kriegsbeginn hatte erschießen lassen und über die nun auch geschwiegen wurde. Der zum genialen Feldherrn stilisierte Herrscher im Kreml hätte sonst über seine und seiner Mitführer Irrtümer und Fehlentscheidungen im Vorkrieg und bei Kriegsbeginn sprechen müssen.

In den Falten der Toga des Siegers verschwanden Fragen an die Geschichte auf lange Zeit. Wären sie gestellt worden, hätten sie in einer Systemkritik münden müssen. Denn am 22. Juni 1941 ist deutlich geworden, welche Folgen eintreten können, wenn das Geschick eines Landes an das Denken und die Entschlüsse eines Mannes und ihm höriger Berater geschmiedet ist.

Dass die Fehlrechnungen korrigierbar waren, erwies sich als Glück für die Mehrheit der europäischen Völker. Dass sie nicht in einer Kriegsniederlage mündeten, war das Verdienst von Millionen Soldaten und deren Führung und wurde mit dem Einsatz und dem Verlust des Lebens eines Großteils der sowjetischen Jugend errungen, die das Vaterland verteidigte. Es war durch die Opfer von Millionen im Hinterland erreicht, die unter letztlich unvorstellbaren Entbehrungen das Kämpfen und Siegen an den Fronten ermöglichten.

Den Toten gilt unser Gedenken. Und denen, die überlebten und deren Kräfte bis in unsere Tage – da uns nun sieben Jahrzehnte von den Geschehnissen trennen – ausreichten, unser Gruß und Dank. Wer mag, kann an diesem 22. Juni 2011 ein paar Minuten auf den Gedanken verwenden, wie die Welt ausgesehen haben würde, wenn aus Berlin Germania, die Welthauptstadt, geworden wäre.

Leningrad 1945

Ich lachte. Denn der Soldat aus Astrachan, der mich bewachte, roch an meiner Zahnpasta, als wäre sie Marzipan. Ich lachte und lachte. Ohne Zähne, nach innen. Ich lachte ohne Besinnen. Ich lachte. Da brachte der Soldat bei Durchsicht meiner Habseligkeiten ein Bändchen ans Licht, rief freudig: „Oh, Goethe!“ Und ohne die Seiten des Buches aufzuschlagen, begann er das Lied vom Schatzgräber deutsch fließend aufzusagen … „Trinke Mut des reinen Lebens, dann verstehst du.“ Und stockte. Sah mich bittend an. Ich, Welteroberer, Besitzer eines blitzenden Wasserklosetts mit Inschrift: Man bittet zu spülen! konnte nicht helfen.

Jo Schulz (1920-2007)

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. Juni 2011, S. W3.

„Einsatzgruppe Tilsit“

Vor 70 Jahren begann im litauischen Garsden das Massenmorden an Juden Europas

Heute heißt die Kleinstadt im Süden Litauens Gargzdai. Einst und in der Zeit, von der hier die Rede sein wird, war ihr deutscher Name Garsden und der Ort, auf litauischem Boden nahe der Grenze zu Ostpreußen gelegen, von Deutschen und Litauern bewohnt. Der Ortsname wäre in normalen Zeiten nicht über die nähere Umgebung hinaus gedrungen. Hier hatte sich bis nahe der Mitte des 20. Jahrhunderts nichts Bemerkenswertes ereignet. Heute scheint Garsden in Geschichtsbüchern und Lexika auf, sofern die detaillierte Auskunft über die Geschichte des Massenmordens an den europäischen Juden geben, namentlich über dessen Beginn. Denn der Ort besetzt in der Geschichte des als „Endlösung“ getarnten Verbrechens einen markanten Platz, ähnlich dem tschechischen Lidice oder dem französische Oradour, die in anderer Weise für Untaten stehen, die während des Eroberungszuges verübt wurden, dessen Ziel eine weltbeherrschende Stellung des Deutschen Reiches war. Dass Garsden im Bewusstsein selbst Geschichtsinteressierter mit dem Bekanntheitsgrad des tschechischen und französischen Ortes nicht konkurrieren kann, liegt darin begründet, dass auf das Geschehen dort unmittelbar und dann für lange Monate Gleiches – zum Verwechseln Gleiches – folgte.

Am 24. Juni 1941, zwei Tage nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, geschah in Garsden dies: Ein Trupp uniformierter deutscher Männer aus dem nahen Memel, zusammengefasst unter der Bezeichnung „Einsatzgruppe Tilsit“ und bestehend aus Angehörigen des SD und der Gestapo in Tilsit und Polizisten aus Memel, schoss 201 zusammengetriebene Juden des Ortes nieder. Die Formation war erst tags zuvor gebildet und über ihre Aufgabe instruiert worden. Das ging auf einen Besuch des Leiters der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Franz Walter Stahlecker, zurück, der seiner Einheit vorausgereist war und von den SD- und Gestapoleuten in Tilsit verlangt hatte, das Judenmorden im grenznahen Raum zu übernehmen, damit seine ihm folgende Gruppe der Wehrmacht enger auf den Fersen bleiben konnte. So geschah es in den Wochen bis in den September 1941 auch. 5.500 Juden, Männer, Frauen und Kinder, wurden Opfer dieser ad hoc gebildeten Mörderschwadron.

Dass nicht alle Täter dem Richter und einer Bestrafung entkamen, ist das Verdienst einer Gruppe von nicht mehr als vier Juristen der Bundesrepublik. Sie bewirkten gegen passiven Widerstand, dass am 28. April 1958 vor einem Schwurgericht in Ulm zehn Angehörige dieser Einsatzgruppe angeklagt wurden, an ihrer Spitze der Polizeichef von Memel, ein SS-Oberführer. Im Verlauf des Prozesses, der am 29. August 1958 mit den Urteilen endete, wurden die Ereignisse in Garsden und in den anderen Orten, in denen die Männer gewütet hatten, durch deren Aussagen wie durch Berichte von 184 Zeugen rekonstruiert. Die Urteile lauteten auf Gefängnisstrafen zwischen drei und 15 Jahren. Anträgen der Staatsanwaltschaft, die in einigen Fällen auf lebenslange Haft lauteten, wurde nicht gefolgt. Im Widerspruch zum Sachverhalt, aber im Einklang mit den Möglichkeiten, welche die bundesrepublikanische Rechtsprechung bot, erfolgte der Strafausspruch durchweg wegen „Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord“. Aus dieser Kategorie der „Beihelfer“ fielen nur wenige heraus wie die toten Hitler, Himmler und Heydrich. Stahlecker war bei einem Kampf mit Partisanen 1943 ums Leben gekommen.

Das Morden, das in Garsden begann und das Männer der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, weiterer Polizeitruppen, von Einheiten der Wehrmacht, unter Beteiligung des Besatzungspersonals aus Nazifunktionären und von formierten Kollaborateuren im okkupierten Land verübten, gehört siebzig Jahre später zu den am intensivsten erforschten Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges. Entstanden ist so eine, wenn auch noch nicht vollständige, Topographie des „Holocaust“ im besetzten sowjetischen und polnischen Gebiet. Gedenkorte sind entstanden. Vielerorts wurden die regionalen Geschehnisse exakt ermittelt und dargestellt. Eine dem Geschehen angemessene warnende Erinnerung aber wird erst gewonnen sein, wenn in Schulgeschichtsbüchern europäischer Staaten den Heranwachsenden ein Bild von den Zeiten ihrer Großeltern und Urgroßeltern gegeben wird, das den Blick nicht nur auf Auschwitz und Buchenwald lenkt, sondern auf das, was sich in der eigenen Region zutrug. Davon sind wir vielerorts noch weit entfernt und in manchen Staaten Ost- und Südosteuropas weiter, als je befürchtet wurde.

Und dann ist das Massenmorden an den Juden Europas in Beziehung zu den Verbrechen zu setzen, die an Kriegsgefangenen, der nichtjüdischen Bevölkerung in den besetzten Staaten und Gebieten, den verschleppten Zwangsarbeitern begangen wurden.

Weder in der Geschichtsforschung noch bei der angemessenen Gestaltung der öffentlichen Räume sind wir an einem Ende. Und die Zahl der Ahnungslosen unter den Nachgeborenen wächst auch in Deutschland. Neuere Umfrageergebnisse weisen aus, wie viele Deutsche mit dem Datum 8. Mai 1945 ein Ereignis verbinden. Dabei geht es nicht und nicht einmal in erster Linie um das „Merken“ von Geschichtsdaten.

Die Untat von Garsden am 24. Junibezeugt die Kürze des Weges, auf dem Menschen zu Exekutoren eines Staatsverbrechens werden können. Die Wissenschaft hat sich seit Jahrzehnten schon von der vereinfachenden und bequemen Vorstellung verabschiedet, es sei einzig eine Schar ideologisch hochgeschulter, aufgeputschter Rassisten, hasserfüllter Antisemiten und Antibolschewisten gewesen, die ebenso fanatisch wie kaltherzig hauste. Die ersten, die dieses Bild zerstörten, ohne dass ihm weitere Beachtung geschenkt wurde, waren Juristen. Ihr Vis-à-vis auf der Anklagebank deckte sich mit diesem Bild nicht. Dann wurde das Buch von Christopher Browning, einem erstrangigen Spezialisten der „Holocaust“-Forschung in den USA, veröffentlicht und ins Deutsche übersetzt, das den Titel trug „Ganz normale Männer“. Browning hatte sich auf die Aktenspur des Reserve-Polizei-Bataillons 101 gesetzt und war dessen Rolle beim Judenmorden nachgegangen, mit dem Ergebnis: Wie im Falle von Garsden und im Verfahren in Ulm nachgewiesen, stimmte das vereinfachte, gleichsam geradlinige Täterbild nicht. Jene, die schuld- und wehrlose Männer, Frauen und Kinder erschossen, waren nicht durchweg ideologisierte Faschisten. Diese fanden sich vor allem unter Befehlshabern und Kommandeuren, und manche hatten sich im Reich schon vor dem 1. September 1939 bei der Verfolgung politischer Gegner und von Juden kriminell hervorgetan. Doch genügten zum Mitmachen Befehlsgehorsam, Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben oder Sterben der „anderen“, die Beruhigung, so sich da noch etwas regte, des eigenen Gewissens mit dem Argument, für das Tun selbst keine Verantwortung zu tragen, das Gedecktsein durch gemeinschaftliches Handeln und auch die Furcht, in eine Außenseiterrolle zu geraten. Dann konnten die Gewöhnung an das Töten folgen und die Stumpfheit und Dumpfheit des Weitermachens eintreten.

Mündet dieses Wissen jedoch einzig in die Klage „Wessen der Mensch doch fähig ist“, dann wurde wenig gewonnen. Anders hingegen, wenn gefragt wird, welche gesellschaftlichen und staatlichen Zustände Plätze für Mörder entstehen lassen, so dass ein abgestufter Bedarf an Mordgesellen entsteht, von Adolf Eichmann bis zu jenen in ihrer Mehrheit unerkannt und unbekannt gebliebenen Schützen an den Gruben, die zu Massengräbern wurden.

Quelle Aus dem Urteil des LG Ulm vom 29. August 1958 (Ks 2/57)

Bei den Gefangenen handelte es sich mit Ausnahme von wenigen litauischen Kommunisten nur um Juden, vom Jugendlichen bis zum Greis. Hierunter befand sich auch der schon erwähnte alte Rabbiner mit Bart und Kaftan. Die Juden waren für jeden der Beteiligten [...] an ihren typisch rassischen Merkmalen, einige an ihren Bärten und an ihrer besonderen Kopfbedeckung, die sie trugen, der Rabbiner an seinem Kaftan und an seinem Bart, ganz klar als Juden zu erkennen [...] Die Juden verhielten sich auffallend ruhig. Sie weinten und jammerten zum Teil zwar vor sich hin, einige von ihnen, darunter auch ein etwa 12 Jahre alter Junge, flehten, ihre Unschuld beteuernd, um Gnade. Von irgendwelchem Widerstand, Aufruhr usw. war nicht die Rede. [...] Immer, wenn eine Gruppe erschossen war, wurde die nächste herangeführt. Diese musste dann die bereits Erschossenen, soweit sie nicht in den Graben gefallen waren, in diesen hineinwerfen, wodurch sie das ganze schaurige Bild mit ansehen mussten. Durch das viele Blut sah es nämlich am Graben wie in einem Schlachthaus aus [...].

Nach Beendigung der Erschießung wurden die Angehörigen des Schupo-Kommandos von Stapo-Angehörigen mit Schnaps bewirtet.

junge Welt, Sonnabend, 25.06.2011, S. 15.

Drei Tabuwörter

Für kaum einen anderen Krieg sind in Deutschland so viele Bezeichnungen gefunden worden und in Gebrauch gekommen wie für jenen, der am 22. Juni 1941 begann. Nicht alle diese Begriffe konkurrieren, die meisten stehen zueinander in friedlicher Koexistenz. Der schon ein wenig aus der Mode gekommene „Ostkrieg“ erinnert an Benennungen wie der Nordische. Der „deutsch-sowjetische Krieg“ besitzt viele Verwandte: der deutsch-dänische, der russisch-japanische und andere mehr. Am häufigsten begegnet dem Leser von Zeitungen und Zeitschriften wohl die Wendung „Hitlers Krieg“, in der Zahl der Verwendungen nur erreicht vom „Vernichtungskrieg“. In einer ebenfalls weit verbreiteten Kombination ergibt das dann „Hitlers Vernichtungskrieg“, und die hat wiederum gleichsam eine Steigerungsstufe bekommen: „Hitlers rassebiologischer und rasseideologischer Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg“.

Keine dieser Bezeichnungen ist frei erfunden. Sie alle haben ihren Bezug zur Realität. Hitlers außerordentliche Verantwortung für diesen Krieg, für sein Zustandekommen wie für die Art der Kriegführung, steht außer Zweifel. Ebenso die Tatsache der massenhaften Vernichtung von Menschen, Tieren, Bauten von Generationen, Landschaften, die an Zahl und Wert alles übertraf, was in früheren Kriegen zerstört worden war. Unstrittig ist auch, dass die an diesen Krieg und die in ihm begangenen Verbrechen zu richtenden Fragen die verheerende Rolle von Ideologien betreffen, besonders Antisemitismus und Antislawentum. Unsinnig sind einzig Bezugnahmen auf die Rasse im Zusammenhang mit den Massenmorden. Die Millionen Juden waren und sind ebenso wenig eine Rasse, wie es die sowjetischen Kriegsgefangenen und die im besetzten Gebiet ermordeten Russen, Weißrussen, Ukrainer und Angehörigen anderer Völker waren.

Die Fragen beginnen erst hinter diesen Kennzeichnungen. Wollte Hitler ihn allein? Wurde der Krieg nur um der Vernichtung willen geführt? Bildeten einzig eine abstruse Gedanken- und eine verhunzte Empfindungswelt den Antrieb für die Aggressoren und deren mörderisches Handeln? Nicht, dass die zitierten Begriffe benutzt werden, verdient Kritik. Aber dass sie als das Ganze ausgegeben werden. Das macht sie zum Ersatz und weckt den Verdacht, dass vom Ganzen nicht geredet und geschrieben werden soll.

Kriege werden seit Jahrtausenden um bestimmter vorgedachter Ziele willen begonnen: um Land zu gewinnen oder einen Thron, weshalb es auch Erbfolgekriege gab. Die Frage nach den Zielen lässt sich auch im Hinblick auf die deutschen Aggressionen nicht umgehen. Und so scheint in Abhandlungen auch das Wort Eroberungskrieg auf. Was erobert werden sollte, wird meist mit dem vom den Nazipropagandisten bevorzugten Begriff vom „Lebensraum“ umschrieben, an dem es den Deutschen gemangelt habe, während „die Anderen“, die Osteuropäer, ihn im Überfluss besaßen und nicht oder schlecht nutzten. In Siegeslaune haben die Führer um Hitler und er selbst dann den Volksgenossen den Begriff gedolmetscht, mit dem die so recht nichts anfangen konnten. Denn wer wollte schon seinen Wohnsitz vom Rhein in irgendeine Einöde zwischen Dnjepr und Wolga verlegen? Geredet wurde dann von Erdöl, Erzen und Weizen, und die konnte man sich ja kommen lassen, gefördert, geerntet und verladen von den „Heloten“ wie der Chef des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, die nannte, die seine Mörderschwadronen nicht als unbrauchbar und überflüssig umgebracht oder vertrieben haben würden.

Durchmustert man die aktuellen Äußerungen aus dem Rückblick von sieben Jahrzehnten, lässt sich der Eindruck gewinnen, Erdöl, Erze und Weizen seien im Zusammenhang mit dem „Plan Barbarossa“ zu Tabuwörtern erklärt worden. Sie könnten auf eine geistige Fährte führen, an deren Ende eine Erinnerung oder gar die Wiederentdeckung des Begriffs „imperialistischer Krieg“ stünde. Zudem würde ihre Benutzung auch im Hinblick auf gegenwärtige Kriege unser Denken nur in falsche Richtungen weisen. Wehret den Abwegen!

Ossietzky, 13/2011, 25. Juni 2011, S. 503-504.

Gerhard Schoenberner

Aus der langen Liste der Verdienste dieses – *Ossietzky*-Lesern auch als gelegentlicher Autor bekannten – Mannes, der eben die Schwelle in sein neuntes Jahrzehnt überschritten hat, ragen zwei heraus: ein Buch und ein Gedenkort.

1960 erschien sein Band „Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945“, der ins Englische übersetzt wurde und immer wieder Neuauflagen erlebte, ungeachtet aller sich in den folgenden Jahrzehnten entwickelnden Forschungen und der vielen aus ihnen hervorgegangen konkurrierenden Veröffentlichungen. Die FAZ hat dieses Werk aus dem Rückblick ein Jahrhundertbuch genannt. So aussagestark wie die darin reproduzierten Fotodokumente war auch die Auswahl schriftlicher Zeugnisse aus der Hinterlassenschaft der Nazimachthaber. Die Publikation steht am Anfang jener nicht beendeten Arbeit, mit der allen Versuchen der Boden entzogen werden soll, die Tatsachen zu beschönigen, zu unterschlagen, zu leugnen und vergessen zu machen.

Dem heute als legendär geltenden Buch folgten weitere, darunter 1962 das gemeinsam mit seiner Frau Mira herausgegebene, 1998 in einer erweiterten Fassung auf den Buchmarkt gelangte „Zeugen sagen aus. Wir haben es gesehen“. In der Reihe „Jüdische Miniaturen“ erschien seine Biographie des deutsch-polnisch-jüdischen Historikers Joseph Wulf, der Auschwitz überlebte und in Berlin dafür kämpfte, in der Villa am Wannsee, in der 1942 Heydrich im Kreis von Staatssekretären und SS-Offizieren den Plan der Ausrottung der europäischen Juden erörterte, einen Gedenkort einzurichten. Keiner war berufener, über diesen Pionier der – wie später gesagt wurde – Holocaust-Forschung und Streiter wider das Verdrängen und Vergessen des Massenmords zu schreiben. Denn Schoenberner hat dessen Werk fortgesetzt und nach langwierigen Kämpfen zum Erfolg geführt. Schließlich konnte er die Konzeption der Ausstellung entwerfen. Mit der Eröffnung der Gedenkstätte Wannsee-Villa wurde er deren Gründungsdirektor.

Das ist nicht die Hälfte dessen, was aus gegebenem Anlass über die Arbeit des Geschichtsforschers, Filmemachers, Museologen und Journalisten zu sagen wäre. Er ergriff Partei, wann und wo es die Sache erforderte – und das auf eine Weise, die überflüssigen Lärm vermeidet. Schoenberner ergriff, unabweisbare Tatsachen ausbreitend, die Partei Rolf Hochhuths, als versucht wurde, dessen Drama „Der Stellvertreter“ als eine Verfälschung und Missdeutung der Geschichte des Vatikans abzutun. Ohne Furcht, dass auch gegen ihn der Knüppel des Antisemitismus geschwungen wird, publizierte er, der von 1973 bis 1978 Leiter des Kulturzentrums der Botschaft der Bundesrepublik in Tel Aviv war, seine Kritik an der Palästinapolitik der israelischen Regierungen. Und 2005, 60 Jahre nach Kriegsende und 15 nach der Herstellung des größeren Deutschlands, schrieb er einen Appell, der zum Aufstehen gegen die Neonazis rief, zum Protest gegen die von deutschen Politikern vorgenommene schrittweise Aufgabe des Prinzips „Nie wieder Krieg“, zur Verteidigung des Völkerrechts und der Bürgerrechte, zur Sammlung „der außerparlamentarischen Opposition und aller widerständigen Menschen“, unter denen er einer der Mutigen ist. Ad multos annos! Cto lat! Und: à demain.

Ossietzky, 13/2011, 25. Juni 2011, S. 516.

Schamlos

Wer, in die Jahre gekommen, hätte sich in einer besinnlichen Minute nicht schon gefragt: Wie wäre mein Leben verlaufen, wenn ich an diesem oder jenem Punkte eine andere Entscheidung getroffen hätte? Wie, wenn nicht Ereignisse ohne mein Zutun in diesen Lebensgang eingegriffen hätten? Die älteste Generation der Deutschen hat dazu mannigfachen Anlass. Zum Beispiel: Wie wäre es ihnen ohne die verlorenen langen Jahre zuerst in der Wehrmacht und dann in Gefangenschaft ergangen?

Manche Phantasie mag darüber hinaus zu Fragen wie dieser gelangt sein: Welchen Gang hätte die deutsche Geschichte genommen, wäre uns Hitler erspart geblieben? Oder aber, wenn er und die Seinen den Krieg gewonnen hätten? Der kontrafaktische Blick in die eigene Geschichte oder in die einer Familie mag Gedanken auf Verläufe richten können, denen hohe Wahrscheinlichkeit zukommt. Der Blick in die National- oder gar in die europäische Geschichte hingegen endet rasch und stets im Sumpf.

„Gedankenspiel Geschichte“ überschrieb Die Welt online einen Beitrag unter dem Titel „Was wäre Deutschland ohne Hitler?“. Die Antwort ihres Autors lautet: „Wir wären zwar eine Weltmacht, aber sonst ein ziemlich normales Volk.“ Und weiter: „Wir Deutschen wären in aller Welt dank der Zusammenarbeit unserer Wissenschaftler Albert Einstein und Werner Heisenberg als Erfinder der Atombombe beliebt ...“ Nirgendwo hätten „wir“ uns in der Welt zu schämen. Ausgenommen in Kiew und in Moskau, weil dort die ersten beiden dieser deutschen Bomben „getestet“, das meint: über der russischen und der ukrainischen Metropole abgeworfen wurden. Dazu sei es gekommen, weil Deutschland dem von Josef Stalin angegriffenen Polen 1942 zu Hilfe kam. Der Abwurf sei zwar umstritten, doch ihm sei eine Rebellion der Roten Armee und der Gulag-Insassen gefolgt, die zu einem demokratischen Russland geführt habe. Ansonsten hätten die USA im Ergebnis eines „pazifischen Krieges“ Teile Russlands besetzt und Deutschland sich seit 1940 durch Österreich vergrößert. Genug.

Dass ein antikommunistisch vergiftetes Hirn derlei produziert, macht den Skandal nicht. Dass es in einer Zeitung keine Schamgrenze gibt, die es verbietet, derlei unter die Leute zu bringen, schon. Es wird aber zum Skandal nicht kommen. Die Bundesbürger hören gerade, die Mehrheit der von ihnen gewählten Abgeordneten sei ganz einverstanden, dass deutsche Landser künftig in aller Welt verstärkt helfen, Ordnung zu schaffen.

Ossietzky, 13/2011, 25. Juni 2011, S. 517.

Nach einem Jahrestag

Von Zerrspiegeln, Zeitungen und Blättchen

Dieser 70. Jahrestag des Einfalls der deutschen Wehrmacht in das Territorium der UdSSR, der den Zweiten Weltkrieg erneut ausweitete und ihm eine entscheidende Wende gab, löste in Deutschland eine Vielzahl von Initiativen aus. Sie reichten erfreulich weit über bloße routinierte Bezugnahmen in offiziellen Erklärungen und pflichtschuldige Artikel in Zeitungen hinaus. Es fanden Gedenkveranstaltungen und Gedenkgottesdienste, Lesungen und Vorträge, Diskussions- und Konzertabende, vielerorts Ehrungen von Kriegsopfern statt. Ein an Zahl nicht bestimmbarer Teil der Zeitgenossen und der Nachgeborenen hat den Tag, der in der deutschen Geschichte als ein Datum des Verbrechens und der Schande festgeschrieben ist, zum Anlass des Innehaltens und Nachdenkens genommen und ihn als Warnung begriffen, die ihr Verfallsdatum nicht schon hinter sich hat. Soweit – so gut.

Zugleich kann eine Durchmusterung dessen, was mit Bezug auf den Beginn dieses Eroberungszuges in den Medien gesagt und geschrieben worden ist, erschrecken machen. Es gibt keine Legende und keine Verfälschung des Geschehens, die nicht erneut hervorgekramt und, notdürftig aufgeputzt, unter die Leute gebracht wurde. Dies nicht abseits des Hauptstroms der Meinungsbildung, sondern in dessen Mitte. Das beginnt mit den reanimierten „Generälen“ Schlamm und Winter, an denen die bis dahin siegreiche Wehrmacht mit den „besten Soldaten der Welt“ gescheitert sei. Die wären in einen „unmöglichen“ Krieg befohlen worden, was, wenn Worte einen Sinn haben, doch nur heißen kann, in einen unmöglich zu gewinnenden. Das konstatiert Michael Stürmer, der dreißig Jahre Professor für Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg war, politisch verortet ist durch seine früheren Tätigkeiten in Diensten Helmut Kohls und der Zeitung *Die Welt*. Er nennt als ersten Faktor in den Fehlrechnungen der faschistischen Führung das Klima. Der Angriff sei schlicht zu spät im Jahr erfolgt. Auf das Kommende wären weder der Mensch vorbereitet gewesen noch die Technik eingerichtet. Sodann verweist er auf die den Vorhaben der Eindringlinge widrige Infrastruktur des zu erobernden Landes, was doch wohl heißt, es fehlte zwischen Brest und Moskau an Autobahnen. Schließlich habe man sich bei der Offensive auch noch „verzettelt“ und durch verfehlte Besatzungspolitik, die auf Hitlers Konto gehe, jene gegen sich aufgebracht, die anfänglich kooperationswillig waren. Verbrecherisch sei der Überfall schon gewesen, aber jedenfalls, hört man da heraus, hätte vieles doch besser gemacht werden können. Einen Gegner hat es in diesem Bild vom Kriege nicht gegeben. Es bleibt noch hinter jenem zurück, das den Deutschen der tägliche Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht gab. Dessen Autoren teilten mit, der Gegner kämpfe „zäh“ und „verbissen“, er verteidige sich „überaus zäh“, er leiste „verzweifelten Widerstand“. Ausgetragen würden „erbitterte Kämpfe“. Die verfälschte Antwort auf die Frage, wer für den verheerenden Fehlschlag dieses Feldzugs verantwortlich ist, die zur Wende im gesamten Kriegsverlauf führte und in die deutsche Niederlage mündete, hat jedoch an Interessenten verloren, seit der letzte Wehrmachtsgeneral verstorben ist.

„Hitlers Krieg“?

Unvermindert erhielt sich jedoch das Bedürfnis, die Zahl derer, die diesen Krieg führen und gewinnen wollten, möglichst klein zu bemessen. Im Grunde, so die Antwort, gab es auf deutscher Seite nur einen, der ursprünglich nach Moskau, zum Ural und zum Kaukasus wollte – den „Führer“. Auf den kürzesten Begriff gebracht, heißt das Geschehen daher auch meist „Hitlers Krieg“. Wer sonst beteiligt war, ob er Bedenken getragen haben mochte oder nicht, war ein Opfer des übermächtigen Willens des Obersten Befehlshabers geworden, dem er sich nicht zu entziehen vermochte. Zudem war da der geleistete Eid. Wer hätte ihn zu brechen über das treudeutsche Herz gebracht.

„Ich bin’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen“– die Aussage hatte einst eine ganz praktische Bedeutung. Wer so sprach, wollte nach 1945 nicht ins Gefängnis, auch keinerlei andere Bestrafung erleiden, nicht von einer Tätigkeit – sagen wir in einem Ministerium, an einem Gericht der Bundesrepublik oder in der Bundeswehr – ausgeschlossen werden. Wer mitgemacht hatte, behauptete, er tat es unter Zwang. Wer Wehrlose niederschoss, handelte im Befehlsnotstand. Die Lügen waren damals Akte der Selbstverteidigung, benutzt von einzelnen wie von ganzen Gruppen. Aber nun, siebzig Jahre später, da das Interesse, sich vor Anklägern und Richtern herauszureden auf einen Rest von neunzigjährigen

Männern zusammengeschmolzen ist? Warum da immer noch: „Hitlers Krieg“? Und das in nahezu ausnahmslos allen deutschen Zeitungen? Warum der Gebrauch einer Formel, der doch der Geruch des 19. Jahrhunderts anhaftet, als weithin verbreitet und geglaubt wurde, es seien „große Männer“, welche Geschichte nach ihren Ideen und Entschlüssen machten? Und diese Sicht riecht obendrein stark nach einem ins Negative gekehrten Personenkult. War der Mann auch nicht als Erbauer groß, so doch als Zerstörer, nicht als Schöpfer, so doch als Vernichter. „Hitlers Krieg“? Der Führer wäre mit dieser Kennzeichnung wohl nicht gänzlich unzufrieden gewesen. Vielleicht hätte er „Hitlers Großer Weltkrieg“ vorgeschlagen.

Eine andere und wie es scheint wachsende Gruppe von Publizisten macht dem deutschen Führer den Platz zwar nicht streitig, doch hat er ein wenig zur Seite zu rücken. Neben ihn wird auf den Sockel Josef Stalin gestellt, der vorgeblich zweite Kriegsinteressent. Nun heißt der Krieg nicht mehr nur „Hitler gegen Stalin“, sondern das „Duell zweier Despoten“ oder das „Duell der beiden Jahrhundertverbrecher“. (*Spiegel* 24/2001) Da wären es also zwei: Ein Faschist – pardon: Nationalsozialist – und ein Kommunist. Hitlers Anteil ist etwa um die Hälfte herabgesetzt. Das passt, nebenbei, gut in jene spezifisch deutsche Weltvorstellung, die in Kommunisten mindestens potentielle Verbrecher ausgemacht hat. Und also prangen auf dem Titelbild der Zeitschrift, deren Reklame behauptet, es sei ihr Wissen zu entnehmen, unter den Bezeichnungen „Bruder“ und „Todfeind“ beider Köpfe, absichtsvoll hineinmontiert, da ein Foto fehlt. Stalin ist, entgegen Gerüchten, die in Berlin im Juni 1941 kursierten, nicht in die deutsche Hauptstadt gekommen und dann nicht einmal nach dem Sieg auf seiner Reise zur Potsdamer Konferenz. Da war Hitler ohnehin schon tot. Und der Führer seinerseits reiste nicht gern in ausländische Hauptstädte. 1938 tourte er bis Rom. Und Paris machte er einen Kurzbesuch erst, nachdem es erobert war. Also, um es kurz zu machen: Es beginnt sich die Kennzeichnung „Hitler-Stalin-Krieg“ einzubürgern (so auch: Frankfurter Allgemeine, 2. Mai 2011).

Doch schon jetzt gibt es kein zweites Feld der neueren Geschichte, auf dem die Forschungsergebnisse der Historiker und die von den Mainstreammedien erzeugten Geschichtsbilder so weit auseinander liegen wie auf dem der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Im festen Wissen, dass die Mehrheit der Bundesbürger sich in seriöser Geschichtsliteratur nicht beliest, wird drauflos geschrieben und geredet. Das allein würde als Bedingung für die erfolgreiche Verbreitung von Fälschungen nicht genügen, käme nicht die Hinnahme dieses Zustands durch Historiker hinzu. Aus deren Reihen ist kein Ruf zu hören, während doch ein Aufschrei nötig wäre. Schwer vorstellbar, dass Mediziner und Ärzte in vergleichbarer Situation, wenn ihnen eine Schar Scharlatane entgegentreten und ihre Patienten dummreden würde, schweigend zusähen. So aber lässt sich siebzig Jahre später die Legende von den beiden Kriminellen erzählen, die durch eine Kette von Zufällen an die Spitze von Staaten und Armeen gerieten und, nach Jahrzehnten gegenseitigen Belauerns und Abwartens, sich endlich aufeinander stürzen konnten. Das ist das Angebot des Haushistorikers des *Spiegels,* das einen Tiefpunkt der Geschichtspublizistik bezeichnet.

Ziel: Ostexpansion

Wie steht es um den historiographischen Befund im Hinblick auf Hitler und Stalin, die jeder an seinem Platz fraglos einen entscheidenden (was nicht bedeutet: alleinigen) Einfluss auf die Geschichte der Staaten, an deren Spitze sie standen, auf die Europas und der Welt ausübten? Inzwischen haben sich Geschichtswissenschaftler vorwiegend in Deutschland (ehedem in beiden deutschen Staaten), in Großbritannien und in den USA mit Hitlers Rolle befasst. Auf dem deutschen Büchermarkt erschien ein Dutzend Biographien über den „Führer“, angefangen mit dem Werk des britischen Historikers Alan Bullock aus den frühen fünfziger Jahren über das 1973 edierte Buch von Joachim Fest bis zum 1998 herausgegebenen Band von Ian Kershaw, dem zwei Jahre später der zweite folgte. Von der profunden Arbeit haben sich Historiker und andere Autoren, darunter Scharlatane, nicht abschrecken lassen, sich weiter an Hitler-Biographien zu versuchen, die in Frankreich, Großbritannien, Italien und in der Bundesrepublik auf den Markt gelangten.

Bei allen Abweichungen von Aspekten und Urteilen stimmen die Historiker darin überein, dass Hitlers Außenpolitik sich nicht auf eine kriegerische Korrektur der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs

beschränkte, sondern – die früheren Ziele modifizierend – auf die Errichtung eines riesigen Kolonialreiches im direkten geographischen Anschluss an Deutschland gerichtet war, auf die Ostexpansion. Es sollte die Basis für Deutschlands weltbeherrschende Stellung abgeben. Das mussten nach seinem Tode übrigens Historiker nicht erst durch weitläufige Forschungen feststellen. Es war durch Hitler selbst früh einbekannt worden und vielen Zeitgenossen bewusst. Nicht wenige in Deutschland und jenseits seiner Grenzen drangen darauf, diesen Vorsatz ernst zu nehmen und Sicherungen gegen dessen Verwirklichung zu schaffen. Ihre Forderungen schlugen jedoch nicht durch.

So fix wie dieses Ziel, so unbestimmt und variierend anfänglich die Vorstellungen darüber, wie es zu erreichen sei. Dieser Spur ist Rolf-Dieter Müller soeben in einer Studie[1] nachgegangen, in der gezeigt wird, welche gedanklichen und praktischen Wege und Umwege von der Idee zu jenem Entschluss führten, dessen militärstrategisches Resultat der Kriegsplan „Barbarossa“ wurde. Über diesen Befund gibt es unter Historikern keinen Streit. Würde er begonnen, er stürbe vor den Dokumenten, deren Echtheit nicht bezweifelt wird. Meinungsverschiedenheiten existieren allenfalls darüber, wie ernst dieses oder jenes außenpolitische Vorhaben gewesen sein mochte, also wenn es darum geht, die Finten der Diplomatie vom wirklich Gewollten zu sondern. Fest steht: Hitler hat diesen Krieg gewollt, er hat ihn mit den Spitzen der Militärs planmäßig vorbereitet und den Angriffsbefehl gegeben. Die Fragen beginnen gleichsam „dahinter“ und lauten: Wer waren seine Mittäter und wer die Mitinteressierten?

Und Stalin?

Um das Gesamtbild des Diktators im Kreml tobt in Russland eine Schlacht. Ihr ist Fortdauer gesichert, solange die Geschichte der Sowjetunion nicht mit dem gleichen Tiefgang untersucht und zu ähnlich verlässlichen Ergebnisse geführt wird, wie das unter internationaler Beteiligung im Hinblick auf die deutsche zwischen den Weltkriegen geschehen ist. Vor allem müssen, solide ediert, Dokumentensammlungen auf den Tisch. Das setzt die Liberalisierung des Zugangs zu den Archiven voraus. Doch unabhängig von allem Wünschenswerten und unabhängig von allem gegenwärtigen und künftigen Dafür und Dawider, die Stalins Gesamtperson und historischer Rolle gelten, steht die Aussage, dass er – um es auf den Tag zu sagen – seit jenem deutschen 30. Januar 1933 zu keinem Zeitpunkt geplant hatte, einen Krieg gegen Deutschland zu eröffnen. Und dies: wiewohl er schon wenige Tage später über die geheime Rede unterrichtet war, die Hitler vor deutschen Generalen über seine strategischen Ziele gehalten hatte. In der hatte dieser davon gesprochen, dass er auf dem Wege imperialistischer Politik die Ostrichtung wohl bevorzugen würde. Dieses Wissen Stalins hat keinen Gedanken geboren, Hitler zuvorzukommen, solange Deutschland noch nicht hochgerüstet war. Wohl aber ein Bündel innen- und außenpolitischer Initiativen, mit denen die Gefahr abgewendet werden sollte, die zunächst nicht akut war. Zugleich wurden Maßnahmen getroffen, um die eigenen Abwehrkräfte für den Kriegsfall zu mehren. Über deren Umfang und Ergebnisse wird ebenfalls gestritten.

Doch im Hinblick auf die außenpolitischen Schritte des Kremls, die dem Lande einen Krieg ersparen sollten, geben die Tatsachen Material für irgendeinen Historikerstreit nicht her. Was die sowjetische Diplomatie seit 1933 unternahm und sich mit dem Namen des Außenkommissars Maxim Litwinow verbindet, geschah auf offener Weltbühne: die Umsteuerung der sowjetischen Außenpolitik hin auf eine Verständigung mit Frankreich 1933, zuvor schon der Abschluss eines sowjetisch-französischen Nichtangriffsvertrages 1932 und dann eines Handelsvertrages im Januar 1934, der Eintritt in den Völkerbund 1934, das Projekt Politik der kollektiven Sicherheit, der Abschluss der Beistandsverträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei im Mai 1935, das Festhalten an dieser alternativlos erscheinenden Politik bis zum Versuch ihrer Reanimierung nach dem 15. März 1939, als die Wehrmacht in Prag einrückte, die britisch-französische Appeasement-Politik vor einem Scherbenhaufen stand und man in London und Paris neu nachdenken musste. Am Inhalt und der Richtung dieser Politik prallt historische Kritik ab. Sie war geeignet, jene politisch-militärische Abschreckung zu schaffen, die Hitler bei aller Abenteuerlust in einen Konflikt mit seinen Militärs gestürzt hätte, denn die wollten nicht ein zweites Mal einen Krieg verlieren.

---

1 Rolf-Dieter Müller, Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion. Ch. Links, Berlin 2011.

Lüge vom Präventivkrieg

Also wird diese sowjetische Außenpolitik, die, was den Umgang mit einem potentiellen Aggressor anlangt, denkwürdig ist, am besten übergangen oder – wie im *Spiegel* – auf weniger als ein Dutzend Worte reduziert: Stalin bemühte sich „um ein Bündnis mit dem Westen". Kein Wort darüber, wer es nicht entstehen ließ. Stattdessen wird mit Unschuldsmiene der Eindruck erweckt, es habe vor dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 eine der Erinnerung werte sowjetische Europapolitik nicht gegeben. Dieser Vertrag, über dessen Zulässigkeit sich in Russland derzeit unter Beteiligung russischer Staatsoberer gestritten wird, wobei die Skala der Urteile von „ein Meisterstück Stalins" bis zur totalen Verdammnis reicht, war die Antwort auf das gescheiterte kollektive Sicherheitsprojekt, das jene antisowjetischen Kreise zunichte gemacht hatten, welche vor allem die britische Außenpolitik bestimmten. Gegen vielstimmige Warnungen im eigenen Lande. Was sich gegen die deutsch-sowjetischen Verträge vom August und September 1939 einwenden lässt, was gegen die sowjetische Praxis ihrer „Ausfüllung", sie stehen jedenfalls für die Absicht, nachdem die Möglichkeit nicht mehr existierte, den Frieden zu erzwingen, die eigenen Völker aus dem Kriege herauszuhalten. Kann das nicht geleugnet werden, so wird doch weiter der Versuch unternommen, den Nachweis zu führen, dass Stalin lediglich den Zeitpunkt für den Überfall auf Deutschland aufgeschoben hätte, ihn jedoch vorbereitete und nur die günstige Gelegenheit abwartete, die Rote Armee westwärts stürmen zu lassen. Das ist in modifizierter Form die Neuauflage der Lüge vom deutschen Präventivkrieg.

Nur: Es sind die Tatsachen sehr sperrig. Nachgewiesen ist, dass Stalin nicht an einen Frieden auf Dauer glaubte und die Vorbereitungen für den Kriegsfall zu intensivieren trachtete. Auch was da geschah, ist derzeit in der russischen Publizistik erbittert umstritten. Doch rechnete Stalin nicht damit, dass die Wehrmacht angreifen werde, solange sie mit Großbritannien nicht „fertig" war, denn Hitler hatte sich im September 1939 doch gerade gerühmt, einen Zweifrontenkrieg vermieden zu haben. Keine dem entgegenstehende, die akute Gefahr signalisierende Information, und die gab es übergenug und aus verlässlichen Quellen, kam gegen diese fixe Idee an. Immer wieder wird erfragt: Wie konnte das einem Mann passieren, der – was immer er sonst war – jedenfalls doch nicht zu den Dummköpfen gehörte? Stalin glaubte offenbar, dass die Logik des objektiven Kräfteverhältnisses, die gegen die erneute Ausweitung des Kriegsfeldes durch die deutschen Machthaber sprach, auch die Logik im Denken Hitlers wäre. Dass der die Kapitulation Londons zu erhalten glaubte, nachdem er Moskau erobert und sich den Weg nach dem Vorderen und Mittleren Orient geöffnet hätte, lag außerhalb seiner Kalküle.

So wurden auch die Warnungen vor allem seiner Militärs und des Geheimdienstes in den Wind geschlagen. Im Wissen um die Konzentration der Wehrmachtsarmeen vor den Grenzen der UdSSR hat Georgi Shukow, Chef des Generalstabs der Roten Armee, Stalin vorgeschlagen, in diese sprungbereiten Millionen mit den eigenen Kräften hineinzustoßen, ein Unternehmen, das den Namen Präventivschlag verdient und die Chancen der Wehrmacht zwar nicht zunichte gemacht hätte, was Shukow glauben mochte, sie aber jedenfalls herabsetzen konnte. Denn zumindest würde ein solches Vorgehen die vollständige Mobilisierung der eigenen Kräfte verlangt haben. Stalins Entscheid lautete: Njet. Noch immer glaubte er, dem Überfall entkommen oder wenigstens ihn aufschieben zu können. Welche weiteren Rechnungen sich Stalin über den Fortgang des Krieges und die Haltung der UdSSR machte, darüber kann spekuliert, aber nicht sicher geurteilt werden. Mit einer Ausnahme: Solange die deutschen Armeen siegten, lag ihm jede Idee fern, sich ihnen zu konfrontieren. Die Legende vom beabsichtigten Krieg des Machthabers im Kreml hat in der Geschichtswissenschaft keinen Platz. Die Formel vom „Hitler-Stalin-Krieg" ist eine große Lüge.

„Geistige Leere"

Das Schweigen über die Interessen und Antriebe, die Deutschland im 20. Jahrhundert in zwei Kriege stürzten und in Weltkriege führten, erhielt dieser Tage eine originelle Erweiterung von unvermuteter Seite. In der Zeitschrift *Das Blättchen* (11. Juni 2011), die sich in der Tradition der Weltbühne glaubt, sieht sich ein Autor „auch siebzig Jahre nach Beginn dieses Krieges" von der Frage bewegt, „wie die Deutschen überhaupt auf die Idee kommen konnten, Russland oder die Sowjetunion besiegen zu

können“. Es hätte doch ein Blick auf die Weltkarte und demographische wie ökonomische Daten genügt, um sie davon abzubringen. Dem Mann wird nicht geholfen werden können. Denn es waren zwar Deutsche, aber nicht „die Deutschen“, die auf die Idee kamen, die ihn so verwundert. Doch auch die Frage, „was die Deutschen mit ihren Kriegen des 20. Jahrhunderts bezweckten, ist (ihm) nicht abschließend beantwortet“. Darüber, teilt er den Lesern mit, sei er schon in der Schule – der in der DDR, versteht sich – falsch unterrichtet worden.

Die Fragen, es fällt schwer, sie ernst und nicht als bloße Selbstdarstellung zu nehmen, erinnern an jene Episode im Film „Die Feuerzangenbowle“ und die Lehrerfrage „Wat is’n Dampfmaschin?“ Zu deren Beantwortung wird da zum Ausgangspunkt genommen: „Da stella mer uns mal janz dumm.“ Dann kommt der Pädagoge aber doch zur Sache und auf den Dampf zu sprechen. Der Blättchen-Autor hingegen hat „die geistige Leere des deutschen Eroberungsdranges“ ermittelt und folglich während seiner Schuljahre offenkundig nicht aufgepasst, als von der materiellen Fülle jenes Dranges, von Erdöl, Erzen, Weizen und von den „Heloten“ (Reinhard Heydrich) gesprochen wurde, die unter dem Kommando nicht „der Deutschen“, sondern deutscher Kapitalisten und Gutsherren dort dereinst schuften würden. Der *Spiegel*-Historiker hatte das auch nicht, ist aber entlastet, denn er kam gar nicht in die Lage. Er hat keine ostdeutsche Schule besucht.

junge Welt, Dienstag, 28.06.2011, S. 10.

Wie Kriegsgefangene redeten

Unser Wissen von der Mentalität der deutschen Wehrmacht müsse auf „eine völlig neue Grundlage“ gestellt werden – diesen Anspruch erheben Autoren eines Buches, das zwar auf einer bisher kaum ausgewerteten Geschichtsquelle fußt, Umstürzendes aber nicht zu vermitteln weiß. Sie zitieren und kommentieren abgehörte Gespräche in Kriegsgefangenschaft geratener deutscher Soldaten. Rezensenten schrieben: Was da aufgezeichnet sei, wirke schockierend. Man fragt sich, was die bisher über den Krieg und seine Wahrnehmung durch die Krieger gelesen haben.

Dass die britische Armee Kriegsgefangene nicht nur verhört, sondern auch abgehört hat und dass darüber Papiere existieren, weiß man schon länger. Deren Umfang jedoch hat Sönke Neitzel erst in London und dann in Washington ermittelt, mit einer Gruppe von Fachleuten hat er sich dann darangemacht, die nahezu 150.000 Seiten Papier zu durchmustern. Zur Mitarbeit wurde zudem der Sozialpsychologe Harald Welzer gewonnen. Zu den Fragen des Historikers, was Soldaten von ihren Erfahrungen im Kriege berichtet und was sie über dessen Fort- und Ausgang gedacht haben, kamen folglich weitere hinzu: Warum haben sie das Gesehene und Getane so wahrgenommen, wie sie es damals äußerten? Und was ließ sie darüber in der Weise reden, die man hier protokolliert findet?

Zum Verständnis ihrer Äußerungen war viel aufzuklären: Wer sprach da jeweils? Name, Dienstgrad, soziale Herkunft, Bildung, Beruf, Mitgliedschaft in Naziorganisationen, Organisiertheit in Friedenszeiten, militärischer Werdegang und so weiter. Namentlich die US-amerikanischen Akten hätten in Verbindung mit Verhörprotokollen wohl mehr hergeben können, als hier zu lesen ist. Es ist auch fraglich, ob die Redenden wussten oder vermuteten, dass ihre Gespräche abgehört wurden. Schließlich bezeugt viel Notiertes nur Gelaber, Angeberei, Großtun und mag von der Wahrheit mehr oder weniger weit entfernt oder gar erfunden sein.

Die Autoren haben das für ihr Unternehmen Ausgesonderte unter der Generalüberschrift „Kämpfen, Töten und Sterben“ in mehr als zwanzig Abschnitte gegliedert: von „Abschießen“ bis „Mitschießen“, von „Spaß“ bis „Ideologie“, von „Gerüchte“ bis „Sex“. Unter diesen Aspekten fallen fehlende auf, so etwa Leben vor dem Kriege und Vorstellungen über kommende Friedenszeiten. Gleiches gilt für Erörterungen über Kriegsursachen und Kriegsschuld. Wo Gesprächsfetzen unter den Gesichtspunkten „Sieges-“ und „Führerglaube“ zusammengefasst sind, zeigt sich, dass die Stimmungen und Meinungen von denen in der Heimat, wo die Beobachter des Sicherheitsdienstes sie erfassten, wenig abweichen. Mitunter differiert nur der Zeitpunkt, an dem ein Eindruck oder ein Urteil gewonnen wurde. Die Besatzungen der Unterseeboote, die ihre Erfahrungen mit der überlegenen britischen Flotte gemacht hatten, sahen früher als andere, dass dieser Krieg nicht gewonnen werden würde.

Den Haupttext des Bandes machen nicht die Niederschriften der abgehörten Gespräche aus, sondern deren Erläuterungen. Die sind zu einem Teil im Stil von Universitätsvorlesungen über Psychologie verfasst, zu einem anderen lassen sie glauben, die Autoren hätten vorausgesetzt, dass sie es mit psychologischen Totalanalphabeten zu tun haben, mit Menschen, die irgendwelcher Beobachtungen an sich selbst oder an ihren Mitmenschen unfähig wären. Das ist aufdringlich, ärgerlich und ermüdend.

Sönke Neitzel/Harald Welzer: „Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben“, S. Fischer, 521 S., 22,95 Euro.

Ossietzky, 14/2011, 9. Juli 2011, S. 553-554.

Gnädiger Ton

Die Humboldt-Universität zu Berlin und ein Rest von Verlegenheiten bei der Darstellung ihrer „Wende“geschichte

Wenn Universitäten ihre Jubiläen begehen, erinnern sie sich ihrer Geschichte. Dann werden Darstellungen des Weges verfasst und publiziert, den sie durch die Jahrhunderte zurückgelegt haben. An Autoren fehlt es im eigenen Hause nicht, und meist auch nicht an Ehrgeiz. Es entstehen dann in aller Regel wahre Wälzer, kiloschwere Abhandlungen. Die haben bei allem forscherischen Verdienst, das sie repräsentieren, einen Nachteil. Was in ihnen an nicht nur Erinnernswertem, sondern auch an Anregendem mitgeteilt wird, kommt zumeist nicht vor die Augen der Studierenden. Vielfach betrifft deren Unwissen selbst die Geschichte des eigenen Faches. Schon die Frage nach der Biographie des Namensgebers der Hohen Schule ruft mitunter Stottern hervor.

Wüstenbewohner

Im vergangenen Jahr beging die Berliner Humboldt-Universität ein solches Jubiläum. Sie wurde 200 Jahre alt. Und wie üblich: Sie legte eine geschichtliche Bilanz vor. In seinem Umfang stellt das noch nicht vollends an sein Ziel gelangte Unternehmen alle seine Vorläufer weit in den Schatten. Vorgelegt werden sechs Bände unter dem Generaltitel „Die Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010“. Warum ihr gut eingebürgerter Name nicht benutzt wurde, mag daran liegen, dass sie den zu DDR-Zeit erhielt. Einleuchtend, dass die Herausgeber nicht auf die Benennung nach dem ursprünglichen Namensgeber zurückgreifen mochten, einen Preußenkönig. Überzeugend aber ist die Wahl der Postadresse nicht.

In dem Unternehmen wird die Geschichte der institutionellen Gliederungen der Universität von jener ihrer Disziplinen, deren Entwicklung und Erträgen getrennt. Auch das erscheint ein wenig gewaltsam. Sei’s drum. Die ersten drei Bände biografieren also die Institutionen, die folgenden drei stellen die Praxis ihrer Disziplinen dar. Manches Exemplar bringt es auf mehr als 800 Druckseiten. Schweigen wir über die Buchhandelspreise. Wissenschaftshistoriker sind mit der Aufgabe, das Werk zu besprechen, jedenfalls eine Weile beschäftigt. Hier soll lediglich ein Problem behandelt werden, vor dem die Autoren standen. Es war durch den Wandel verursacht, der sich zwischen diesem und dem 25 Jahre zuvor begangenen Jubiläum vollzogen hatte, also durch Ereignisse und Folgen der sogenannten Wende. Der Begriff kann in diesem Zusammenhang eine gewisse Berechtigung beanspruchen, denn in einer Hinsicht hat sich die Geschichte der Universität wirklich total gewendet, seit sie aus einer Hochschule der DDR zu einer solchen der Bundesrepublik umgestaltet wurde. Wie im Kaiserreich ein Gelehrter vom Range Franz Mehrings nicht den Schimmer einer Aussicht besaß, auf einen Lehrstuhl der – damals so genannten – Friedrich-Wilhelms-Universität zu gelangen, wie der Friedrich-Engels-Biograph und Lassalle-Forscher Gustav Mayer in der Weimarer Republik ohne Chance war, an dieser Alma Mater einen ordentlichen Lehrstuhl zu besetzen, so wurde nun dafür gesorgt, dass Historiker und andere Gesellschaftswissenschaftler der Marxschen Schule das Feld zu räumen hatten.

Der Vorgang ließ sich in einer bis an die Gegenwart heranführenden Geschichtsdarstellung nicht gut umgehen. Er war auch nicht in dem Stil zu verbrämen und zu verhübschen, in dem das nach 1990 geschehen war. Damals wurde zur Beschreibung der Situation, in der die Wessis die Gesellschaftswissenschaften, die Geschichte zumal, angetroffen hatten, das Bild einer „Wissenschaftswüste“ gewählt. Auch an deren Stelle sollten, der Devise des Bundeskanzlers folgend, blühende Landschaften gesetzt werden. Wüstenbewohner taugten dafür auch als Hilfs- und Zeitarbeiter nicht.

Tabuzonen

Eine Geschichtsschreibung mit wissenschaftlichem Anspruch hätte davon, auf Quellen basierend, unschwer handeln können, ja müssen. Dies umso mehr, als den ostdeutschen Kollegen, die nun Kollegen nicht mehr waren, rechtens vorgehalten worden war, dass sie ihnen verordnete Tabuzonen respektiert hatten. Ein Schelm mag sagen, der Geist des eben von den DDR-Historikern beräumten Ortes hätte es dahin gebracht, dass derlei Verletzungen forscherischer Redlichkeit sich übertrugen und also so etwas wie eine Ansteckung vor sich gegangen wäre.

Indessen: Die Sache ist verwickelter. Wer gibt, obendrein wenn er Historiker ist, leichten Herzens zu, dass er die geschichtlichen Vorgänge der Wende einnebeln half oder deren Verfälschung auch nur kommentarlos hinnahm und gar davon profitierte? Das aber ist der Fall dieser Geschichtsschreiber. Sie gelangten doch auf ihre heutigen Arbeitsplätze, nachdem sie von jenen freigemacht worden waren, über deren Leistungen und Fehlleistungen sie jetzt zu urteilen sich unterfangen. Das bringt – zumindest einen Rest – von Verlegenheiten mit sich.

Die äußern sich im Text von Wolfgang Hardtwig, der sich 1991 von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Professor für Neuere Geschichte an die Humboldt-Universität berufen ließ, wie folgt: Die Legende von der Wüstenei ist aufgegeben. Das mag nicht einmal notwendig gewesen sein, denn schon als sie in Umlauf gesetzt wurde, war hochfraglich, ob überhaupt ein westdeutscher Historiker an sie glaubte. Jedenfalls hat sie ihre politische Rolle längst gespielt und wurde entbehrlich. Mehr noch: Das Festhalten an ihr konnte blamieren.

Nun werden den in DDR-Zeit an der Humboldt-Universität lehrenden und forschenden Historikern Verdienste zugestanden, erworben – dies ist eine verkürzte Auswahl – durch quellengestützte Forschungen zur Geschichte des Bauernkrieges, der Revolution von 1848, der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen den Weltkriegen und deren Antrieben. Ausdrücklich erhält die DDR-Historiographie auch „Forschungsleistungen zur preußischen Geschichte“ bescheinigt. Auf dem Felde sozialgeschichtlicher Untersuchungen wären die ostdeutschen den westdeutschen Fachleuten gar vorausgegangen. Es sei Unter den Linden im Laufe der Jahrzehnte ein Klima entstanden, das wissenschaftlichen „Fortschritt“ nicht prinzipiell ausschloss. Ja, es müsse ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Beziehungen zwischen Wissenschaftlern der beiden deutschen Staaten sich versachlicht hätten und die „Kommunikationsfähigkeit“ der Ostdeutschen hergestellt wurde. Das alles ist unüberlesbar in einem – die Sprache ist eben doch auch ein Verräter – gnädigen Ton aufgeschrieben. Aber immerhin! Und es lässt fragen: Wie hätte sich vor dem Hintergrund solcher Feststellungen die Politik gerechtfertigt, die als Erneuerung ausgegeben wurde?

Nun lässt sich das alles folgenlos drucken. So kann und soll wohl auch der Eindruck vollkommener Objektivität und quasi kollegialer Redlichkeit entstehen und bezeugt werden, man könne bei solchem Urteil an den rigorosen Maßnahmen und der sie begleitenden Propaganda überhaupt nicht beteiligt gewesen sein. Wäre es nicht hoch gegriffen, ließe sich an das Bild der Pilatus-Handwäsche denken. Kreuzigungen sind aber doch nicht vorgekommen.

Freilich: Die Frage nach der Begründung für die dreist auch „Elitentausch“ – wohin sind die DDR-Historiker und ihre Kollegen anderer naher und ferner Disziplinen denn getauscht worden? – genannte Politik der Entfernung durch gruppenweise Abwicklungen oder individuelle Kündigungen ließ sich ganz nicht umgehen. Das wurde delikat bewältigt. Zunächst wird das Geschehen in Charakter und Ausmaß mit der Bemerkung minimiert, die ostdeutschen Historiker wären an der Humboldt-Universität marginalisiert worden. Das ist eine hübsche Umschreibung der Tatsache, dass sich die einen auf Arbeitsämtern, andere in mehr oder weniger berufsfremden Tätigkeiten wiederfanden. Dann wird in einem zusammenfassenden Satz nahezu alles vordem Geschriebene zurückgenommen. Zum Vorwurf der Vertreibung der geistigen Widersacher und Konkurrenten von ihren Arbeitsplätzen wird bemerkt, dass dies schon der Sache nach unmöglich gewesen sei. Denn: „Es gab an der Universität keine zu vertreibende profilierte marxistische Geschichtswissenschaft ..., die eine echte Herausforderung für die westdeutsche Geschichtswissenschaft dargestellt hätte.“ Was will uns Hardtwig damit sagen? Ja, hätte sich vor zwanzig Jahren in der Humboldt-Universität ein Marx oder Engels, ein Bernstein oder Kautsky oder – siehe oben – ein Mehring oder Mayer entdecken lassen, dann wäre etwas zu vertreiben gewesen. So aber? Konnte man sich auf die Erneuerung beschränken. Mit welchem Resultat, behauptet der Schlusssatz des Beitrags. Es „entstand sehr schnell ein auch nach westdeutschen Standards sehr gutes ‚Institut für Geschichtswissenschaften‘“. Ja, was denn sonst?

Die Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010. Oldenbourg Verlag, München 2010, sechs Bände, 592 Euro.

junge Welt, Freitag, 15.07.2011, S. 3.

Seinen festen Platz haben

Nachtrag zum „Freiwilligen-Gelöbnis“: Einer der Helden des 20. Juli wollte die „völlige Vernichtung“ des russischen bzw. jüdischen Bolschewismus

Als das berühmte Attentat auf Adolf Hitler sich am vergangenen Mittwoch zum 67. Mal jährte, sprach der in seinem Amt noch uneingesessene Verteidigungsminister beim „Freiwilligen-Gelöbnis“ vor dem Reichstag von der Tat „einer Handvoll Frauen und Männer“. Durch sie habe der deutsche Widerstand im 20. Juli „sein Symbol gefunden“. Diese Geschichtsbetrachtung „großen Stils“ erhält sich in der politischen Führungsschicht der Bundesrepublik, ungeachtet der Tatsache, dass die Biographien dieser Frauen und Männer von der Geschichtsforschung aufgearbeitet wurden. Mit Konsequenzen.

Eine zog ein Gymnasium in Berlin-Charlottenburg, das einst nach der Kaiserin Augusta benannt worden war und zu deren Schülern ein gewisser Erich Hoepner gehört hatte. Der brachte es zu Hitlers Zeiten bis zum Generaloberst, wurde dann aber wegen eines in der Schlacht um Moskau befehlswidrig angeordneten Rückzuges von seinem Führer in Unehren entlassen. Auf die politisch-militärische Bühne kehrte er am 20. Juli 1944 zurück. Wie seine Mittäter kam er vor den mörderischen Volksgerichtshof. Sein Leben endete in der Hinrichtungsstätte Plötzensee. Mit diesem Ende wurde er an Stelle jener Augusta zum Namensgeber der Charlottenburger Schule. Auch andere deutsche Städte wahrten das Andenken an Hoepner als Teil der „Bewegung des 20. Juli“. Straßen wurden nach ihm benannt, unter anderem in jenem Teil von Leipzig, dessen Adressen an Stauffenberg und seine Weggenossen erinnerten. Als indessen Hoepners Biografie mit den fortschreitenden Forschungen näher in Augenschein genommen war, revidierten die Väter der Pleißestadt diese Entscheidung. Die Straße wurde nach einem anderen Nazigegner benannt, Wilhelm Florin, einer aus der Arbeiterbewegung, KPD-Führer, gestorben 1944 im Moskauer Exil. Das und weitere Erkenntnisse über den Zweiten Weltkrieg stießen indessen niemanden an, das Hoepner-Gedenken zu überdenken. Bis 2005 in einem Marburger Verlag ein Buch aus der Feder eines Chemnitzer Historikers erschien, das schon im Titel fragte, ob der Name Erich Hoepner von irgendeiner Vorbildwirkung sein könne und sich zur Kennzeichnung einer Schule eigne.

Das zielte auf die Lehranstalt in Charlottenburg. Das Thema geriet in die Presse. Lehrer und Schüler diskutierten zwei Jahre und kamen zu dem Schluss, sich ebenfalls von dem Namen zu trennen. Das bewirkte wiederum sonst keinen Anstoß. In Düsseldorf und Neuss leben Einwohner weiter in Erich-Hoepner-Straßen. Und auch die Heldenstadt Leipzig hat ihren verabschiedeten Helden nach der Wende wiederbekommen. Da war schon lange bekannt und nachlesbar, was der General vor dem Einfall in die Sowjetunion in einem Befehl den Soldaten zur Richtschnur ihres Handelns auf den Sturmweg nach Osten mitgegeben hatte: „Der Krieg gegen Russland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russlands zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muss in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.“

Soweit einer aus jener „Handvoll“, die laut Minister „schon lange ihren festen Platz im Traditionsverständnis der Bundeswehr“ hat. Irgendwann könnte dem studierten Juristen doch der Begriff Einzelfallprüfung untergekommen sein.

junge Welt, Montag, 25.07.2011, S. 12.

Kein „Kinderspiel“

Vor 70 Jahren: Der Raubkrieg gegen die UdSSR gerät ins Straucheln

In der neueren russischen Geschichtspublizistik wird für 1941 auch der Begriff „Jahr der Katastrophe“ benutzt. Er entspricht den Erfahrungen von Millionen Bewohnern der belorussischen, ukrainischen und russischen Gebiete der Sowjetunion, von denen heute nur noch eine Minderheit am Leben ist. Die zu ihr gehören, gerieten als Kinder und Heranwachsende von einem Tag auf den anderen in das von der Wehrmacht eroberte Gebiet, wenn sie nicht ostwärts fliehen konnten. Nach langem Schweigen, das nur Romanautoren unterbrachen, ist vom Leben dieser Millionen im Krieg die Rede.

Und in den Vorstellungen der Deutschen? Da galt dieses zweite Halbjahr 1941, als die deutschen Armeen im Oktober bis nahe an das Weichbild der sowjetischen Hauptstadt vorgedrungen waren, als die Zeit, da noch gesiegt wurde, als Sondermeldungen aus dem Oberkommando der Wehrmacht über eingenommene Städte, sechsstellige Zahlen von Gefangenen und riesiger Beute an allem Kriegsgerät sich manchmal geradezu jagten. Erst als in der Winterschlacht vor Moskau wieder und wieder von Angriffen des Gegners berichtet wurde und vom zähen Widerstand der eigenen Soldaten – ein Wort, das bis dahin nur für die sowjetischen gebraucht worden war – begann ein Nach- und Umdenken.

Erste Zweifel

Das Bild ist auch der Korrektur bedürftig. Der Krieg im Osten war noch keine sechs Wochen alt, da wurde in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS ein Feldpostbrief zitiert, in dem es geheißen habe, „dass der Feldzug gegen Frankreich im Gegensatz zum russischen Feldzug ein Kinderspiel gewesen sei“. Nachdem die Anfangstage dieses Eroberungszuges, in denen die Wehrmacht auch kräftig vom Moment der Überraschung profitiert hatte, vorbei waren, machten die deutschen Divisionen, wiewohl sie immer weiter vorzudringen vermochten, Bekanntschaft mit einem anderen Gegner. Und die Soldaten gerieten zuerst und zunehmend in Zweifel, dass dessen Widerstandskräfte, wie ihnen die Nazipropaganda erklären wollte, einzig dem Zwang und der Drohung der politischen Kommissare geschuldet wären. Das Bild vom Gegner begann sich zu wandeln, und es gelangte von der Front in die Heimat.

Dieser Prozess wurde durch die Tatsache beschleunigt, dass die Mehrheit der Deutschen siegverwöhnt war. Dazu hatten nicht nur der Verlauf der bisherigen Feldzüge in Ost-, Nord-, West- und zuletzt Südeuropa beigetragen, sondern auch ihre Deutung, d. h. die maßlose Überschätzung ihres wirklichen Wertes. Nachdem Jugoslawien und Griechenland zuletzt binnen Wochen überrannt worden waren, hatte Hitler getönt, dass „dem deutschen Soldaten nichts unmöglich“ sei. Vielen Deutschen erschien dieser zweite Ostfeldzug anfangs als so etwas wie ein Umweg nach Großbritannien. Und so hatte ihnen ihr „Führer“ ja am 22. Juni die Sache auch erklärt. Die angebliche Bedrohung durch den Bolschewismus, die nun beseitigt würde, sei es gewesen, die ihn hinderte, über Kanal und Nordsee in das Inselreich einzudringen und den Frieden zu erzwingen.

In diese Vorstellungswelt passte es nicht, wenn zum Abendbrot, das übrigens wegen „Versorgungsschwierigkeiten“ magerer auszufallen begann, die Erfolgsmeldungen fehlten. Und so entstand einen Monat nach dem Beginn dieses Feldzugs das „gespannte Warten auf weitere Sondermeldungen“. Die allgemeinen Wendungen im OKW-Bericht, an die sich keine konkreten Vorstellungen knüpfen ließen, und die „von Sonntag zu Sonntag ausbleibenden Sondermeldungen bereiten der Bevölkerung allmählich Kopfzerbrechen“. So das Urteil der Beobachter des Sicherheitsdienstes vom 28. Juli. Drei Tage später wurde die Situation so geschildert: „Das Ausbleiben großer Erfolgsmeldungen vom russischen Kriegsschauplatz lässt die Bevölkerung immer neue Erörterungen über die Gründe dieses angeblichen Stillstandes im Kampfgeschehen anstellen.“ Und wenig später hieß es dann: „Das Warten auf Sondermeldungen von neuen größeren Erfolgen an der Ostfront, die bisher noch in keinem Feldzug so lange ausgeblieben seien, bewirkt allmählich ein Absinken der erwartungsvollen Stimmung der Bevölkerung.“

An deutschen Familien- und Stammtischen begann das Rätselraten über die Gründe dafür, dass die Anfangserwartungen sich nicht erfüllt hatten. Gesprochen wurde über die Größe der Räume – inzwi-

schen waren die geographischen Karten der Sowjetunion in den Geschäften ausverkauft –, über die Masse von Menschen, die dem Gegner als Potential zur Auffüllung seiner Kräfte zur Verfügung stände, über die Bindung der eigenen durch die Aufgaben der Beherrschung des eroberten Gebiets. Zum ersten Mal schlichen sich auch bei den gläubigen Volksgenossen leichte, im Grunde noch nicht eingestandene Bedenken ein, die sich auf die Führung bezogen. Die falschen, nun aufzugebenden Vorstellungen wurden als das Ergebnis falscher Information angesehen. Es werde, meldete der Sicherheitsdienst, „häufig die Meinung laut, dass der Feldzug bisher anders verlaufen sei, als man dies aufgrund der Berichte zu Beginn der Operationen habe annehmen können".

Hier – im Hochsommer 1941 – liegen der Beginn oder auch die Vorgeschichte für jene Selbstsicht von Millionen, die nach dem Kriegsende allgemein wurde: Die Gefolgsleute sahen sich als die Opfer eines Betrugs. Dass das Gelingen eines Betrugsversuchs freilich ein dafür geeignetes Subjekt voraussetzt, ging damals wie später in die Überlegungen nicht ein. Ohne dass Namen wie die von Hitler, Goebbels oder eines anderen Oberpriesters des Antibolschewismus fielen, hörten die Sicherheitsleute: „Man habe sich an die Darstellung gehalten, dass die Sowjetunion ein Koloss auf tönernen Füßen sei. Und dass es nur eines Anstoßes von außen bedürfe, um den Zusammenbruch herbeizuführen."

„Feind gebrochen"

Noch war die Zeit nicht gekommen, da sich die Autoren der Wehrmachtsberichte als Sprachequilibristen betätigten, die eine Großoffensive der sowjetischen Armee in „örtliche Angriffe" verfälschten, Rückzüge und Fluchten, bei denen massenhaft Material zurückgelassen wurde, in planmäßige Frontverbesserungen und -verkürzungen umlogen. Doch das Vertrauen in die Berichte und Darstellungen zum Ostfeldzug hatte einen Kratzer bekommen, noch keinen Sprung.

Denn als in den folgenden Wochen die Schlacht in der Ukraine mit der Eroberung Kiews gelang, der Don erreicht, die Schlachten bei Wjasma und Brjansk gewonnen wurden, erwies sich, dass diese Zweifel vorerst ohne Nachhaltigkeit waren. Millionen Deutsche ließen sich im Oktober von Hitler und seinem Pressechef Otto Dietrich glauben machen, dass „dieser Feind gebrochen" sei und „sich niemals wieder erheben" werde. Der Völkische Beobachter, die Zentralzeitung der NSDAP, titelte am 10. Oktober: „Die große Stunde hat geschlagen." Und dann in roten Lettern: „Der Feldzug im Osten entschieden!" Die sich eben noch zumindest desorientiert geglaubt hatten, ließen sich – nun schon gegen ein, wenn auch bruchstückhaftes, besseres Wissen – wieder falsch informieren. Warum wurden sie erneut zur leichten Beute? Die allgemeine Ursache dafür heißt: Sie wollten den Krieg nicht verlieren. Und aus dieser Grundhaltung nahmen sie alles auf, was in dieser Hinsicht ihr Wohlbefinden verbesserte.

Was die Deutschen fern der Front und auch der Soldat aus seinem begrenzten Blick nicht wahrnahmen, war der Preis, den die Wehrmacht für die Eroberung eines Gebiets gezahlt hatte, das – wie die Nazipropaganda rühmte – zweimal so groß war wie das eigene Reich. Der einzelne Soldat mochte wissen, wieviel nach einem Vierteljahr Krieg im Osten von seiner Kompanie noch übrig war, an Menschen und an verwendungsfähigem Gerät. In wie vielen anderen Truppenteilen es ähnlich oder schlimmer war, entzog sich schon seiner Kenntnis. Ostwärts zog eine inzwischen mehr und mehr ausgepumpte Armee, geschwächt noch nicht durch die Unbilden des hereinbrechenden Winters, aber durch den Widerstand, den sie überwunden hatte. Und weiter galt: Der Gegner wich, aber er wankte nicht.

Und das führt noch einmal zum Bild aus sowjetischer Sicht zurück. In vielen Darstellungen ist zu Recht der Lorbeer des Sieges den Armeen gereicht worden, die im Dezember 1941 und Januar 1942 die Bedrohung der Hauptstadt abwandten und den ersten großen Schlachtenerfolg errangen. Wenn es die Aufgabe des Historikers ist, den Menschen am Ende Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dann muss von den Millionen sowjetischer Soldaten gesprochen werden, die keine Siege erfochten, die in verzweifelten und häufig aussichtslosen Kämpfen aushielten, starben oder in Gefangenschaft gerieten, dort elend umkamen oder durch eine Kette von Zufällen überlebten. Sie haben die Armeen der Eindringlinge in den Rückzugskämpfen geschwächt und ihren Anteil am Ausgang der Schlachten vor Moskau, in Stalingrad, bei Kursk und – um Berlin. Und so gesehen ist das wahre Wort vom „Jahr der Katastrophe" gedanklich von einem anderen Blickpunkt her noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

junge Welt, Sonnabend, 30.07.2011, S. 15.

Gladiatoren – Gefangene – Spaßmacher

Vor 75 Jahren eröffnete Hitler die Spiele der XI. Olympiade der Neuzeit

Die Legende vom unpolitischen Sport glauben heute wohl nicht einmal mehr aufgeweckte Kinder. Ob Regierungen ein Meinungshoch genießen oder ein Ansehenstief verkraften müssen, das Volk bei Laune zu halten, ist immer nützlich, und Sportereignisse sind dafür erwiesenermaßen besonders tauglich. Jedes Jahr ein kleines „Sommermärchen“ – das bringt Freude ins nationale Haus, vor allem, wenn sich erweisen lässt, dass „wir“ die Größten, also die Erfolgreichsten sind. Nicht mehr „Nicht Sieg, sondern Teilnahme“ lautet die Parole, sondern die Unsrigen „erfüllen eine Mission“. Die Mission heißt Sieg. So ähnlich hat sich vor einem dreiviertel Jahrhundert schon „der Führer“ die Sache gedacht. Und daher konnte ihm die Tatsache, dass dem Deutschen Reich 1931 gegen Konkurrenten, von denen zuletzt nur noch Barcelona blieb, der Zuschlag für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele im Jahr 1936 gegeben worden war, wie ein Geschenk vorkommen. Das Spektakel sollte genutzt werden und davon kein Preis abschrecken.

Das Propagandastück

Noch 1933 wurde entschieden, dass Berlin in einer weiträumigen Anlage, die den Namen Reichssportfeld erhielt, eine Arena bekommen sollte, die 100.000 Zuschauer fasst. 1934 begann der Bau, mit dem Tag der Eröffnung der Spiele wurde das Stadion eingeweiht. Dazu entstand ein sogenanntes Olympisches Dorf, das den Sportlern als Unterkunft diente und, nachdem die den Platz wieder geräumt haben würden, als Kasernenkomplex genutzt werden konnte. Weitere Bauten mussten – wer die Sommerspiele erhielt, war auch für die Ausrichtung der Winterwettkämpfe zuständig – im bayerischen Garmisch-Partenkirchen und für die Veranstaltung der Segler in der Kieler Förde errichtet werden. Die Vorbereitung der Spiele bot zunächst eine Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung für Bauarbeiter.

Anders stand es um den politischen Preis, den das sich etablierende Regime zu entrichten hatte. Angesichts der politischen Verfolgungen, mehr noch aber wegen der im Zeichen des Rassismus ergriffenen judenfeindlichen Maßnahmen erhob sich 1933 in mehreren Staaten eine Protestbewegung. Sie reichte von der Forderung, deutsche Waren und Schiffspassagen zu boykottieren eben bis zu dem Verlangen, in einem Lande, dass Menschen nach „Rasse“ oder Religion klassifiziere, sie in höher- und minderwertige einteile, keine Sportspiele stattfinden zu lassen, deren Grundgedanke doch die Freundschaft unter den Völkern sei. Das Internationale Olympische Komitee kam nicht umhin, von der deutschen Reichsregierung eine Erklärung zu fordern, dass von den Wettkämpfen niemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe von Menschen oder wegen seines religiösen Bekenntnisses ausgeschlossen werden würde.

Der aus der Olympiade zu erzielende Prestigegewinn war Hitler und seiner Regierung diese Messe wert. Die Versicherung wurde prompt abgegeben. Doch zu einer vollständigen Beruhigung der antinazistischen Kräfte konnte sie nicht beitragen. Dies umso weniger, als am 15. September 1935, da waren es noch knapp elf Monate bis zum Beginn der Spiele, in Nürnberg die antijüdischen Gesetze angenommen wurden. Insbesondere in den USA, der bis dahin führenden Sportnation, erhielt sich die Protestbewegung. Wer teilnehme, würde die Rolle von „Gladiatoren, Gefangenen und Spaßmachern des Diktators“ spielen, lautete eines ihrer Argumente. Schließlich kam es zu einer Entscheidung auf dem Kongress der Sportfunktionäre des Landes. Die Verfechter des Boykotts unterlagen denkbar knapp. Der Beschluss besaß über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus Auswirkungen. Dem Beispiel der Großmacht folgten die anderen Sportorganisationen nun. Die Sportler zahlreicher Länder traten die Reise in das Land der Konzentrationslager, der politischen und „rassistischen“ Verfolgungen und der unverkennbaren Kriegsvorbereitungen an.

Braun und schwarz-weiß-rot

Zu den Konzessionen, welche die deutsche Regierung auf dem Weg zu den Spielen in Berlin einräumte, gehörte auch die Akzeptanz des international auf diplomatischem Parkett erfahrenen Theodor Lewald, eines Beamten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, der es 1919 bis zum Staatsse-

kretär im Reichsinnenministerium gebracht hatte. Er, der aus einer christianisierten jüdischen Familie stammte, hatte sich viele Verdienste um die Förderung des Sports erworben und bereits verschiedenste Funktionen in der anwachsenden Sportbewegung ausgeübt. Lewald war seit 1924 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees und nun Chef des deutschen Organisationskomitees für die Spiele 1936. Wie die Deutschnationalen im Auswärtigen Amt, die dem Regime zu Ansehen und Kredit verhalfen und für die es in den Reihen der karrieresüchtigen Nazis keinen gleichwertigen Ersatz gab, so passte den faschistischen Sportfunktionären auch Lewald in ihr Konzept. Die propagandistische Vorbereitung und Ausbeutung im Innern übernahmen sie selbst unter der Regie des Reichssportführers Hans von Tschammer und Osten, eines Mitglieds der Nazipartei und der SA, dessen Verdienste um die Faschisierung und Militarisierung des Sports noch hohe Belohnung finden sollten. Er stieg bis zum Staatssekretär im Reichsinnenministerium auf.

An Lewalds Seite wirkte als Generalsekretär des Organisationskomitees Carl Diem, der zwar in den Naziorganisationen nicht exponiert, aber ein Faschist und Militarist von echtem Schrot und Korn war. Im Krieg lobte er den Sport als Voraussetzung für den Erfolg der Wehrmacht in den Feldzügen der Jahre 1939 und 1940, die er als Sturm- und „Siegeslauf für ein besseres Europa“ bezeichnete. Diem setzte seine Karriere in der Bundesrepublik fort. 1947 wurde er Rektor der Sporthochschule in Köln und 1950 Mitarbeiter im Bundesinnenministerium. Das „Triumvirat“ Lewald, von Tschammer und Osten und Diem symbolisierte mit seinen Biographien und seiner Rolle gleichsam das Bündnis der alten konservativen und der neuen faschistischen Elite, ohne dass das Naziregime nie jene Stabilität und Kräfte hätte gewinnen können, über die es bis weit in den Krieg hinein verfügte.

Der Platz, den die Spiele im Denken und Planen der deutschen Machthaber einnahmen, wird klar, wenn man sich deren auslandspolitische Strategie verdeutlicht. Der blutige Auftakt der Nazidiktatur bewirkte 1933 zunächst ihre hochgradige Isoliertheit. Dessen ungeachtet hatte der Vatikan sich mit dem faschistischen Deutschland auf einen Vertrag, das Reichskonkordat, eingelassen. Dann folgte die Regierung Polens 1934 mit dem Abschluss eines Nichtangriffsvertrages. 1935 vereinbarte Großbritannien mit dem Reich einen Vertrag über die jeweilige Flottenrüstung. Doch Berlin blieb, eingedenk der von der Nazipartei seit Jahren betriebenen Anti-Versailles-Hetze verdächtig, auf Krieg auszugehen. Die Maßnahmen zur materiellen Aufrüstung und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sprachen nicht gerade dagegen. Eine skrupellose Friedensdemagogie erschien den deutschen Machthabern als die geeignete Rückversicherung für die Fortsetzung ihres Weges in den Krieg. Hitler geizte in öffentlichen Reden nicht mit schwülstigen Beteuerungen seiner aus eigener Lebens- und Kriegserfahrung herrührenden Friedensliebe. Was aber war eine Rede gegen eine Veranstaltung wie diese Olympischen Spiele, die Blicke von Millionen nach Berlin lenken würde?

Folglich wurde tief in den Schminkkasten gegriffen. Schon in den Wochen vor den Winterspielen waren in Bayern die Tafeln und Plakate mit Inschriften verschwunden, die gegen die Juden aufhetzten und ihnen beispielsweise den Zutritt zu Ortschaften, Bädern und anderen öffentlichen Einrichtungen untersagten. Die antisemitische Wochenzeitschrift *Der Stürmer*, in Nürnberg herausgegeben von Julius Streicher, dem sogenannten Frankenführer, der sich „Antisemit Nr. 1“ nannte, erhielt Anweisungen und wurde darauf kontrolliert, dass sie sich in ihren Ausfällen zurückhielt. Den noch existierenden jüdischen Sportvereinen, die als Folge des Ausschlusses der Juden aus Klubs, in denen sie nicht länger geduldet wurden, neue Mitglieder erhalten hatten, wurden die Aktionsmöglichkeiten erweitert. Denn die Kommunen wurden angewiesen, ihnen die Benutzung ihrer Sportstätten nicht zu verweigern. Und schließlich nahm man in die deutsche Olympiamannschaft zwei Vorzeigejuden auf. Niemand konnte nach den Erfahrungen des Jahres 1935 glauben, dass damit der Antisemitismus der Nazis dauerhaft abgemildert würde. Doch die Herren im Internationalen Olympischen Komitee sahen die Bedingungen als erfüllt an, unter denen in Deutschland die Spiele stattfinden konnten.

Ölzweig und Militärmärsche

Am 1. August 1936 startete das Sportfest. Mit Gefolge traf Hitler, das deutsche Staatsoberhaupt, im Stadion ein, um den obligatorischen Eröffnungsspruch aufzusagen, der im Wortlaut vorgeschrieben war. Zum sportpolitischen Theaterstück, an dem „der Führer“ als einer der Hauptdarsteller mitwirkte,

soll die Aufwartung gehört haben, die der Grieche Spyridon Louis ihm machte, der Sieger des ersten Marathonlaufes, der 1896 stattfand. Der betagte Mann, der auch die Fahne beim Einmarsch der griechischen Athleten getragen hatte, habe ihm aus Olympia einen Ölzweig überreicht, Symbol des Lebens und des Friedens. Und es vergingen keine fünf Jahre, und Hitler hatte der deutschen Wehrmacht den Angriff auf Griechenland befohlen. Nur Monate, bevor sein Land ins Unglück stürzte, war Spiridon Louis verstorben.

Die Zeremonie nahm ihren Lauf. Es tönten das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, die gemeinsam zur Nationalhymne erklärt worden waren, durch das weite Oval. Zum ersten Mal traf die Fackel aus dem griechischen Olympia, transportiert von Tausenden Läufern, ein, womit eine Tradition begründet wurde. Dann endlich kamen die Sportler. Sie grüßten mit erhobenem Arm, dem „Olympischen Gruß“, was sich an diesem Tage und in dieser Umgebung doch ansah wie eine Huldigung an den Gastgeber. Das Bild, das die Aufmarschierenden abgaben, das Neben- und Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Hautfarben, war ein totales Gegenbild zu jenem der deutschen Nazis, die „Herren-“ und „Untermenschen“ unterschieden und in deren Begriffs- und Vorstellungswelt es so etwas wie Menschheit nicht gab.

Die Kolonnen begrüßte und begleitete Marschmusik. Ausgewählt wurden dafür nicht Sportlermärsche oder -hymnen. Das Repertoire reichte von Beethovens Marsch Nr. I, der mit Bezug auf die Befreiungskriege gegen Napoleon auch als Yorckscher Marsch bezeichnet wurde, bis zu den Märschen auf den sterbenden Kaiser Friedrich und einen russischen Alexander. Dazu gehörte ebenfalls Gottfried Piefkes Königgrätzer Marsch, geschrieben auf den Sieg von 1866, wobei nicht überliefert ist, ob der oder der Fridericus-Rex-Marsch beim Einzug der dann 1938 „ins Reich heimgeholten“ Gäste aus dem Alpenlande erklang. Zu letzterem gab es obendrein einen Text von Willibald Alexis, der die „Kais’rin in Wien“ bezichtigte, sich mit den Franzosen alliiert zu haben. Die deutschen Programmgestalter schienen beim Blick auf das „Fest der Völker“ (so auch ein Untertitel des zweiteiligen Olympiafilms der Leni Riefenstahl) an der fidel-kriegerischen Laune, die aus den Versen spricht, wonach im Kriege ja nicht jede Kugel treffe und der schießende Preuße gut bezahlt wird, keinen Anstoß genommen zu haben.

Gemischte Bilanz

In den folgenden Tagen wetteiferten die Athleten von 49 Nationen. Unter den 3633 Teilnehmern waren nicht mehr als 328 Frauen. Doch hatten sich Kämpfer aus allen Erdteilen eingefunden. Die meisten natürlich aus Europa, wo selbst Monaco und Liechtenstein Medaillenbewerber entsandt hatten. Der „schwarze Kontinent“ war nur durch Athleten Ägyptens und des Apartheidstaats Südafrika vertreten. Aus Asien waren Sportler von Japan, China, Indien, den Philippinen und Afghanistan aus angereist. Australien und Neuseeland waren vertreten. Zu den Olympioniken aus den USA und Kanada im Norden sowie Mexiko waren Teilnehmer aus sieben südamerikanischen Staaten nach Berlin gekommen.

Als die Spiele am 16. August endeten, konnten die deutschen Machthaber in mehrerlei Hinsicht zufrieden sein. Deutschland hatte sich als ein sportfreudiges Land präsentiert, in der Nationenwertung lag es weit vorn auf Platz eins, gefolgt von den USA, Ungarn und Italien. Die Deutschen, nicht nur die Berliner, waren in hellen Scharen zu den Wettkämpfen geströmt. Die Nazifreizeitorganisation „Kraft durch Freude“ hatte Anreisen organisiert, und dafür hatte es verbilligte Preise gegeben. Tausende ausländische Gäste brachten eine beträchtliche Devisensumme ins Land. Und es war ihnen das frohe, glückliche und saubere „nationalsozialistische Deutschland“ vorgeführt worden. Davon gaben im Reich und über seine Grenzen hinaus die Olympiafilme Kunde. Zu den Attraktionen der Tage hatten auch die ersten Fernsehübertragungen gehört und u. a. Unterwasseraufnahmen von den Schwimmwettbewerben. Die Reklame, die für den Sport gemacht worden war, passte ganz in das Erziehungskonzept der allgemeinbildenden wie der Hohen Schulen. Dort sollten männliche Kinder und Heranwachsende „leibesertüchtigt“ werden, d.h. auch und gerade als Soldaten belastungsfähig sein. Wenn es in dieser Bilanz eine offene Stelle gab, dann betraf sie die Teilnahme der ausländischen Staatsprominenz. Eingestellt hatte sich der Nachwuchs aus diesem und jenem europäischen Herr-

scherhaus, so der Kronprinz Paul von Griechenland, dessen Großvater der deutsche 99-Tage-Kaiser Friedrich III. war und der eine hannoversche Prinzessin ehelichte. Sein Besuch wurde fünf Jahre später uneingeladen erwidert, als das Königshaus vor der vordringenden Wehrmacht über Kreta nach Ägypten und dann nach Großbritannien floh.

Vier Athleten

Die Erinnerung an die Spiele des Jahres 1936 verbindet sich für die deutschen Zeitgenossen mit vier Namen. Nicht alle sind an die Nachgekommenen überliefert. Am ehesten bekannt ist noch Jesse Owens, der US-Amerikaner mit afrikanischen Vorfahren. Er kam als Inhaber mehrerer Weltrekorde nach Deutschland und errang in Berlin als erster Teilnehmer von Olympiaden der Neuzeit vier Goldmedaillen. Da das in so wichtigen Disziplinen wie den Kurzstreckenläufen und dem Weitsprung geschah, war seine Popularität in Deutschland außerordentlich und konnte sich mit der des finnischen Mittel- und Langstreckenläufers Paavo Nurmi messen. Dabei lenkte Owens' Auftritt die Aufmerksamkeit auf die Daseinsverhältnisse der schwarzen Staatsbürger der USA, die unter dem Rassismus der Weißen litten, der so mächtig war, dass sich der Präsident Franklin D. Roosevelt nicht einmal dazu herabließ, Owens nach seiner Rückkehr zu empfangen. Und der Weg bis zu jenen Olympischen Spielen in Mexiko-Stadt 32 Jahre später war noch weit, als die US-Sprinter John Carlos und Tommie Smith bei der Siegerehrung die in einem schwarzen Handschuh steckenden geballten Fäusten gen Himmel streckten und damit das in der Bürgerrechtsbewegung Black Power übliche Zeichen des Protestes gaben.

Als der ärgste Kontrahent von Owens im Kampf um die Medaille im Weitsprung, den der Amerikaner mit 8,06 Meter gewann, wurde Luz (eigentlich: Karl Ludwig) Long bekannt, der den zweiten Platz erreichte. Während des Wettstreites und nach seinem Ende hatten die beiden am Rande der Grube sich zu- und miteinander so verhalten, dass von den Nazigeboten, sich von „Fremdrassigen" fernzuhalten, nichts zu bemerken war, sondern bis auf den Tribünen etwas von einer Völkerfestatmosphäre spürbar wurde. Fotos, die beide zeigen, haben diese Beziehung festgehalten. Der gebürtige Leipziger war ein studierter Jurist, promovierte 1939 und wurde 1943 bei den Kämpfen in Sizilien als Obergefreiter der Wehrmacht so schwer verwundet, dass er an den Folgen der Verletzungen verstarb. Sein Grab befindet sich auf der italienischen Insel.

Die dritte Athletin, deren Teilnahme eine gewisse Denkwürdigkeit besitzt, ist die in Offenbach am Main geborene Helene Mayer, Tochter eines Arztes, eine erfolgreiche Florettfechterin. Ihre Popularität erreichte einen Höhepunkt, als sie 1928 bei den Olympischen Spielen in Amsterdam eine Goldmedaille errang. Die nach den Nürnberger Gesetzen als „Halbjüdin" eingestufte Frau lebte seit 1932 in den USA, war aber deutsche Staatsbürgerin geblieben und als solche und „Konzessionsjüdin" in die deutsche Olympiamannschaft aufgenommen worden. Der Schritt allein trug ihr bereits Kritik ein, die sich vermehrte, als sie bei der Siegerehrung, sie hatte eine Silbermedaille gewonnen, den „deutschen Gruß" zeigte. 1940 US-amerikanische Staatsbürgerin geworden, kehrte sie 1952 nach Deutschland zurück. Ein Jahr darauf verstarb sie in München.

Das politische Kontrastbild zu Helene Mayer bildete der aus der Arbeitersportbewegung hervorgegangene Werner Seelenbinder, Absolvent einer Volksschule, Transportarbeiter in einem Berliner AEG-Betrieb. Er hatte als Ringkämpfer 1928 an der Moskauer Spartakiade teilgenommen und eine Medaille errungen. Als Mitglied der Kommunistischen Partei war Seelenbinder seit 1933 an illegalen antifaschistischen Aktionen beteiligt, wobei er Verbindungen nutzen konnte, die sich bei Wettkämpfen im Ausland herstellen ließen. Mehrfacher Deutscher Meister im Halbschwergewicht, qualifizierte er sich auch für die Olympiateilnahme 1936 und das in der Absicht, auf der Treppe der Sieger den „deutschen Gruß" zu verweigern. Dazu kam es nicht, er belegte den vierten Platz. Werner Seelenbinder blieb seiner Überzeugung treu. Als die Gruppe deutscher Widerstandskämpfer, der er angehörte, von der Gestapo entdeckt worden war, kam er ab 1942 in Konzentrationslager und Zuchthäuser und vor den Volksgerichtshof, der ihn zum Tode verurteilte. Er starb 1944 in der Hinrichtungsstätte Brandenburg.

Die Olympischen Spiele 1936 gehören wegen einiger hervorragender Leistungen in die Geschichte des Sports. Sie beanspruchen auch einen Platz in der Geschichte der Technik, wegen der neuartigen

Verfahren, Bilder zu verbreiten, und einen weiteren in der Geschichte der Architektur von Sportbauten. Denkwürdig geblieben aber sind sie vor allem als ein Beispiel und Studienobjekt für die Ausbeutung populärer sportlicher Veranstaltungen für demagogische politische Zwecke. Die damals erzielten sportlichen Leistungen sind mehr oder weniger lange überboten. Gleiches gilt für die der Technik und der Baukunst. Vervollkommnet hat sich hingegen jene Praxis, die gemeinhin „Missbrauch des Sports“ durch die Politik genannt wird. Der wird sich erst mit der Politik abschaffen lassen.

junge Welt, Montag, 01.08.2011, S. 10.

Geschichte und Gegenwart des Antifaschismus

Vortrag auf der Bundeskonferenz der VVN / Bund der Antifaschisten. Berlin, 2. April 2011, Humboldt-Universität

Liebe Kameradinnen und Kameraden, Freunde und Genossen, Mitstreiter, Antifaschisten und Bürger. Wer zur Eröffnung einer Diskussion, die der Selbstverständigung dienen soll – und so sehe ich meine Aufgabe – sich einen Historiker einlädt, läuft Gefahr, dass von Geschichte die Rede sein wird und auf diesem Felde lauern Risiken, das Hineinstolpern und Sich-Verfangen in Fragen und auch in Zweifel. Nun müssen wir beim Blick in die Geschichte nicht in die Ferne schweifen. Unsere Organisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Bund der Antifaschisten, besitzt selbst eine, die uns Anstoß, womöglich Antrieb zu Nachdenklichkeit sein kann. Wir sind, wie man so sagt, in die Jahre gekommen, wir gehen – nimmt man nicht nur die Organisation im engeren Sinne, sondern, was rechtens, auch ihre Vorläufer hinzu – dem 100. entgegen. Dabei geht es uns wie Menschen vor Generationen, als noch niemand ihr Geburtsdatum, nicht einmal das Jahr ihres ersten Schritts ins Leben, festhielt.

Die Geschichte des Antifaschismus beginnt als deren Antipode mit der Geschichte des Aufkommens faschistischer Bewegungen und Organisationen in Italien und in Deutschland bald nach dem Ende des Weltkriegs, der später der Erste genannt werden musste. Als Antipode, das besagt: als unversöhnliche Gegenkraft. Ihre Existenz setzt nicht mit einem Kongress oder Manifest ein, sondern mit dem Widerstand und zwar einem geistigen ebenso wie einem politischen, durch das Widerwort und durch die abwehrende Tat. Und am Beginn einer Traditionslinie, in der wir unsere eigene Arbeit sehen, stehen aus der Geschichte Italiens die Namen des ermordeten Reformsozialisten Giacomo Matteotti, des Liberalen Giovanni Amendola, der an den Folgen eines faschistischen Attentats im Exil starb, des Kommunisten Antonio Gramsci, den eine lange Haft zugrunde richtete, und in Deutschland die Namen von Clara Zetkin mit ihrer denkwürdigen frühen, aus dem Jahre 1923 stammenden Analyse des Faschismus, des militanten Demokraten Carl von Ossietzky und vieler anderer. Sollten wir, um uns sogleich einer der angekündigten Fragen zu stellen, mit diesen Vorfahren nicht ein wenig öfter und eingehender beraten?

Nun leben wir auf dem Wege zu diesem 100. in einem Lande, in dem wir eine begriffliche Schwierigkeit haben, denn in ihm wird weder in der Geschichtswissenschaft (jedenfalls was ihren Hauptstrom anlangt) noch in der Publizistik das Wort Faschismus benutzt. Derlei hat es demnach in deutscher Geschichte nicht gegeben. Was sich dort vorfindet, wird allgemein, also auch bis in die Schulgeschichtsbücher, als Nationalsozialismus bezeichnet, sprachlich mit eben jenem Etikettenschwindel benannt, dessen sich die politischen Demagogen um Hitler, Goebbels und die anderen einst erfolgreich bedienten. Damit ist behauptet, dass es sich bei diesem „Nationalsozialismus“ um eine ganz besondere, einmalige europäische Erscheinung handelte, die keine wesentlichen Gemeinsamkeiten mit dem Faschismus in Italien oder in anderen Staaten aufwies. Und daraus folgt: Wo kein Faschismus existierte, war und ist es auch widersinnig, dessen Gegner als Antifaschisten zu bezeichnen. Sie waren demnach in einem Irrtum befangen und hätten sich richtig Antinationalsozialisten nennen müssen. So weit sind wir noch nicht, doch jedenfalls ist ein Zustand erreicht, da sich im Staate Bundesrepublik Deutschland Bürger, die in deutscher Geschichte von Faschismus sprechen, unter einen intellektuellen Rechtsfertigungszwang gestellt sehen. Obendrein werden sie als Linke ausgemacht und das heißt abgetan, ungeachtet der Tatsache, dass es auch politische Verfechter des Konservatismus gibt, die vom Faschismus in Deutschland sprechen. Es geht aber nicht um einen Begriffsstreit, der ist nur die Erscheinungsform einer tiefer reichenden Kontroverse. Sie betrifft nicht die Benennung, sondern das Wesen der Erscheinung.

Von ihr und ihrer Geschichte wird hierzulande fortgesetzt gehandelt. Das stützt auch den Anspruch, die Deutschen seien nicht nur auf den Feldern der Wirtschaftsbund des Sports, sondern auch auf dem Felde der Beschäftigung mit ihrer Geschichte, die hierzulande vorzugsweise Bewältigung heißt. Genau hingesehen, lässt sich allerdings ausmachen, dass diese Art der Bewältigung vorwiegend in der Beschreibung von Oberflächenerscheinungen besteht. Ungeheuerlichen, grausamen, historisch ein-

maligen – deren Vorführung Abscheu, Ekel, Widerwillen hervorruft. Das bewirkt die Serie von Spiel- und Dokumentarfilmen, die Woche für Woche von staatlichen wie privaten Fernsehsendern angeboten wird. Und das soll gering nicht geschätzt werden. Doch so wichtig Emotionen sind, was eigentlich ist von den Zuständen verstanden, die solche Erscheinungen, Verbrechen ohne geschichtliches Beispiel, hervorbrachten? Die Bewältiger der deutschen Geschichte haben sich zudem auf die filmische, fiktionale oder dokumentarische Darstellung des Endes des Naziregimes und seiner Folgen spezialisiert, auf den „Untergang“ im Allgemeinen und den der „Gustloff“, auf „Stauffenberg“ und die „Flucht“, demnächst auf „Rommel“ (auch da auf dessen Ende). Was sich hier Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte nennt, blickt und beleuchtet Ereignisse, Vorkommnisse und Episoden der Jahre 1944 bis 1946, handelt also von den letzten Seiten dieses Kapitels. Gäben die ersten Seiten und das Vorwort zu diesem Kapitel keinen Stoff ab: der Hamburger Blutsonntag? Die Intrige, durch die Hitler in die Wilhelmstraße gelangte? Die Entdeckung des Treffen Hitlers und Papens in der Villa des Bankiers Schröder? Die Flucht Hans Beimlers aus dem KZ Dachau? Oder gar das Zustandekommen des Reichskonkordats zwischen der Hitler-Regierung und dem Vatikan?

Eine „Bewältigung“ des Faschismus, die eine Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wie er in die deutsche und europäische Geschichte kam, warum er in einigen Staaten siegte und sich behaupten konnte, verdient diesen Namen allenfalls sehr eingeschränkt. Der Bund der Antifaschisten sieht sich in der Bundesrepublik folglich in einer Tradition, die viel älter ist als seine direkten Vorfahren, in jener der Aufklärung, die sich uns Deutschen vor allem mit dem Namen des Immanuel Kant verbindet, der den Ruf, in das Wesen der Dinge einzudringen mit dem Wissen verband, dass dazu Mut gehöre. Und, um wieder auf die Fragen zurückzukommen, wir haben zu prüfen, ob Aufklärung in unserer Arbeit den Platz einnimmt, der ihr im Ganzen zukommen sollte und ob wir die Inhalte dieser Aufklärung richtig bestimmen.

Faschismus ist im Deutschen ein mehrdeutiges Wort: es bezeichnet eine Organisation, Bewegung oder Partei, eine Ideologie und eine Staatsform, die faschistische Diktatur genannt wird. Und diese Diktatur ist eine der denkbaren, möglichen und verwirklichten Ausprägungen bürgerlicher Herrschaft. Das ist das Wesen der Sache und des Streits. Eine Ausprägung neben anderen: der konstitutionellen Monarchie, der parlamentarischen Republik oder auch dieser oder jener Form autokratischer Herrschaft. In welchen dieser Formen die bürgerliche Gesellschaft ihren staatlichen Rahmen findet, hängt nicht in erster Linie von Überzeugungen ab, wiewohl die beim Handeln von Menschen immer im Spiel sind, sondern davon, welche von ihnen den in der Gesellschaft dominierenden Interessen und deren Verfechtern dient, sie fördert und womöglich auch sichert. Als sich die Weimarer Republik, gemessen an diesen Anforderungen, als untauglich erwies, begann das Suchen nach Alternativen. Von den Suchenden wurde sie im Faschismus gefunden und durchgesetzt. Die dieses Resultat fürchteten, erwiesen sich als zu schwach, es zu verhindern. Es wäre wünschenswert, wenn das in deutschen Schulbüchern stünde. Womit wir bei einer weiteren Frage wären: Kümmern sich die Antifaschisten hierzulande hinreichend darum, was in jenen Büchern steht, mit denen die Heranwachsenden in den Schulen umgehen?

Nun werden Geschichtswissen und Geschichtsbewusstsein nur zu einem schwer zu bemessenden Teil aus Büchern gewonnen. An seiner Bildung ist zu einem anderen Teil die Begegnung mit der Geschichte in öffentlichen Räumen beteiligt, im Alltag beim Gang durch Straßen und Plätzen, bei der Begegnung mit Denkmälern und Gedenktafeln, dem Besuch von Museen und Ausstellungen. Der Bund des Antifaschisten hat auf diesem Feld viel getan und sich Verdienste erworben, durch das Hervortreten mit eigenen Initiativen wie durch die Abwehr von ungerechtfertigten Demontagen solcher Erinnerungen und auch durch Einsprüche gegen den Missbrauch oder die Verzerrungen geschichtlicher Leistungen. Die Berliner leben nach wie vor in Straßen, die nach den „Helden“ des Ersten Weltkriegs benannt sind, aber sie haben die nach 1990 verübte Schande noch nicht beseitigt, dass die hinter diesem Gebäude der Humboldt-Universität verlaufende Straße unter Mitwirkung von Historikern, die sich als Demokraten verstanden, den Namen Clara Zetkin verlor zugunsten der Sophie Dorothea von Preußen, der Gemahlin des Soldatenkönigs. Dabei verlagern sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf ein scheinbar unpolitisches Feld. Wissenschaftliches oder techni-

sches Verdienst wird als hinreichendes Äquivalent gewertet, das von politischer Haltung absehen lässt. So argumentieren in Sachsen die Verteidiger der Namengebung einer Schule nach Ferdinand Sauerbruch und in König Wusterhausen diejenigen, die einen Gewerbepark nach einem Erfinder im Zeppelinbau benannt wissen wollen, der im Ersten Weltkrieg mit seiner Firma Profit ausschließlich durch die Belieferung der kaiserlichen Armee verdiente.

Im Zentrum der Auseinandersetzung um das Gedenken in den öffentlichen Räumen stehen jene Antifaschisten, die Kommunisten waren. Die hätten nur für eine andere, nicht weniger grausame Diktatur gekämpft, weswegen sie im Grunde an einer falschen Front standen. Damit wird der unstreitig zahlreichste Teil des antifaschistischen Widerstands ausgegrenzt. Insofern betrifft die inszenierte dümmliche deutsche Debatte über den Kommunismus, der als eine Ausgeburt des Denkens und der Untat von Stalin und Pol Pot hingestellt wird, alle Antifaschisten, die Toten wie die Lebenden und die Kommenden. Die diese Art von geistiger Kommunistenjagd in Gang gesetzt haben und sie Teils und am liebsten vom geistigen bereits wieder ins politische und in Sonderheit ins juristische Feld ausdehnen würden, spekulieren auf die inzwischen erzeugte Verdummung weitester Kreise, die sie als ihr Werk betrachten können. Machen wir uns an einem Beispiel klar, das hergeholt zu sein scheint, was in Deutschland 2011 möglich ist: Auf der Bühne des Renitenz-Theaters in Stuttgart streiten Komiker um die Verleihung des Goldenen Besens. In einem Duo nervt die Frau ihren Partner mit der Frage: „Wie hieß noch mal die Hitlerjugend von den Kommunisten?“ Das mochte – die Satire darf alles – als Bloßstellung von Dummheit gemeint sein. Was aber, wenn die Stuttgarter Zeitung die Frage im Fett- und Farbdruck in die Mitte ihres Berichts stellt und sie nicht als Ausfluss von Blödheit, sondern als „Halbwissen“ bezeichnet? Und um von der Kabarettbühne in die Schulwirklichkeit zu kommen: In Leipzig hat ein Schulmuseum eine Ausstellung auf Reisen geschickt, die Hitlerjugend und Freie Deutsche Jugend vergleicht, nicht in der Absicht ihrer Entgegensetzung, sondern ihrer Gleichsetzung. Die geschichtlichen Bündnisse von Antifaschisten haben Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Liberale zu gemeinsamer Aktion vereint, sie haben in ihren besten Zeiten und Daseinsweisen nicht gefragt, bist Du Christ oder Atheist, sie haben – den Hochmut gab es zeitweilig auch – nicht nach höheren oder niederen Stufen eines Antifaschismus unterschieden. Aber: Zu ihrem Miteinander gehörte die Achtung der Überzeugungen und auch des Glaubens des Anderen, zählte Toleranz. Daran könnten wir uns erinnern, wenn heute eine Verteufelung der Kommunisten oder auch die Beschimpfung der Kritiker der Regierungspolitik Israels als Judenfeinde vorgenommen wird.

Nun mögen uns – ich komme von den Fragen an die Geschichte in die Gegenwart – manche unserer Zeitgenossen als Überbleibsel aus dem vergangenen Jahrhundert ansehen. Um von mir zu reden, auf den ja der Verdacht auch als Person fallen könnte, ich habe mir, als ich mich fünfzehnjährig der antifaschistischen Jugend in Weimar anschloss und dort ein Schüler von Stefan Heymann, Kurt Goldstein und anderen Widerstandskämpfern wurde, nicht träumen lassen, dass wir es mit Faschisten – oder wie jetzt meist heißen Nazis oder auch Neonazis – im 21. Jahrhundert überhaupt noch zu tun haben würden. Idee und Praxis dieser Faschisten galt mir als so abgrundtief diskreditiert, dass ich nur an das Ab- und Ausräumen dachte, mir aber auch nur eine partielle Wieder- oder Neuinstallation nicht vorstellen konnte. Auch in diesem Punkte erwies sich, dass Irren menschlich ist und Voraussagen besonders Risiko behaftet. Was wir heute an faschistischen Losungen, Konstrukten und Aktivitäten antreffen, sind nicht mehr Überbleibsel des „klassischen Faschismus“, wie lange behauptet wurde, aber vor Jahrzehnten schon nicht richtig war. Gewiss beziehen die Nazis von heute auch Anleihen bei ihren Vorläufern, wobei dies aus mehreren Gründen für die problematisch ist, bedeutet es doch ein Stück Selbstentlarvung. Doch der Boden, auf dem sie agieren, ist der unserer jetzigen Gesellschaft. Auf deren Widersprüche beziehen sie sich und sie und deren vorgebliche Lösung beziehen sie sich. Sie Ideologen und Führer dieser Nazis wissen, dass es in dieser Gesellschaft ein Protestpotential gibt, Menschen, vor allem jüngere, die ohne Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge nach grundlegendem Wandel rufen. Darauf spekulieren sie. Daraus errechnen sie sich ihre Chancen. Wie ihre Vorgänger operieren sie mit einfachen Parolen. Während ihre Konkurrenz weitläufige Pläne zur Integration von Ausländern entwickelt, fordern sie: „Deutsche zuerst“. Um dieses Prinzip plausibel zu machen, brauchen sie nichts zu erfinden. Dass die deutschen immer vorn sein müssen, am besten auf Platz eines, wird denen von vielen beständig beigebracht. Beispielsweise in der Warenreklame:

Kaufen Sie nur unser deutsches Motorenöl. Dann sichern sie deutsche Arbeitsplätze. Kurzum: Nationale Überheblichkeit, nationaler Egoismus, nationaler Hochmut sind keine Spezialität, geschweige denn ein Monopolbesitz der äußersten Rechten, der Nazis. Es ist kein Zufall, dass Brechts Kinderhymne mit den Versen „Und nicht über und nicht unter / andern Völkern wolln wir sein“ noch nicht zur Nationalhymne erhoben worden ist. Das wird wohl erst geschehen, wenn man keine mehr braucht.

Nun haben diese Nazis heute so wenig eine Chance, an das Staatsruder zu gelangen, wie Hitler und die Seinen im Jahre 1923. Warum ist das so? Weil die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft in ihrer derzeitigen politischen Organisationsform die Ansprüche der in ihr herrschenden und von ihr profitierenden Kreise befriedigt, mal weniger, mal mehr gut, in jedem Falle also gut. Hätte es dafür eines Beweises noch bedurft, ist sie durch die ökonomische Krise erbracht worden. Sie hat die verbreitete Vorstellung gestärkt, dass in dieser Verfassung die notwendigen Verbesserungs- und Reparaturarbeiten geleistet werden können, ein grundlegender Umbau überflüssig ist und nur Risiken und Unwägbarkeiten heraufbeschwören würde. Eben wird das Volk davon überzeugt, dass dies auch im Hinblick auf die Probleme der Fall ist, die auf dem Feld der Auseinandersetzung von „Mensch und Natur“ entstanden sind. Hier geht es nicht allein um propagandistische Aushilfen und die Verbreitung der Vorstellung, die regierenden Politiker – heute die, morgen jene haben alles im Griff. Dazu dienen die Berufungen auf Leistungen bei der Krisenüberwindung ebenso wie die Versicherung, alle Gefahren, die aus „technischen Fortschritten“ hervorgehen können, vorsorglich abzuwenden oder doch zu minimieren. Verbreitet wird ein Geschichtsbild des 20. Jahrhunderts, das besagt: dieses Jahrhundert ist gekennzeichnet durch den Sieg über zwei die Menschheit bedrohende Diktaturen. Nun aber, an der Wende zum Einundzwanzigsten, hat jedenfalls der Teil der Menschheit, der Europa und Nordamerika bewohnt, mit der nun dominierenden Staatsform, der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in den Zustand gefunden, der Zukunft verheißt und der exportfähig ist und exportiert werden muss. Wir stehen bereit, allen zu helfen, die sich auf diesen Import einlassen wollen, wie wir das schon in Afghanistan und im Irak taten und tun.

Folglich: Faschisten in jeder Couleur – und soweit liegen sie farblich ohnehin nicht auseinander – werden akut und auf Sicht nicht benötigt. Daran schließen sich zwei Fragen: Warum, wenn sie doch eine Randerscheinung bleiben, lohnt es sich dann, ihnen überhaupt Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen mit einem erheblichen Kräfteaufwand entgegenzutreten? Und: Warum lässt der Staat sie nicht nur gewähren, sondern begünstigt und sichert ihre Tätigkeit durch finanzielle Zuwendungen aus Steuergeldern und auch ihr öffentliches Treiben namentlich in den Städten? Die erste Frage betrifft unsere Organisation und alle Antifaschisten unmittelbar. Eine mitunter zu hörende Antwort darauf lautet: Weil sie, ähnlich der Hitlerpartei in den zwanziger Jahren, so etwas wie eine Herrschaftsreserve darstellen, auf die sich im Bedarfsfalle zurückgreifen lässt. Besieht man sich diese Reserve, mag man daran nicht recht glauben, selbst, wenn man weiß, dass die Hitlerpartei in ihren frühen Anfängen ähnlich kläglich aussah. Doch geht es hier nicht in erster Linie um das Personal, seine Menge und Qualität. Noch scheinen die herkömmlichen Methoden der Herrschaftsstabilisierung bei weitem nicht ausgeschöpft, also die Beschneidung der demokratischen Rechte, die Anwendung von immer raffinierteren und zahlreicheren Mitteln der Manipulation und vor allem der Instrumente und Mechanismen der Erfolgsbestechung. Es geht nicht in erster Linie um eine Daseinsvorsorge für die bürgerliche Gesellschaft, sondern um die momentane Rolle dieser (neo)faschistischen Gruppen. Die wirken auf dreierlei Weise (1.) als ein Auffangbecken einer unzufriedenen Minderheit der Gesellschaft, wobei diese Unzufriedenheit ihre Wurzel nicht nur im materiellen Bereich und in sozialer Benachteiligung hat. Die dort Aufgefangenen aber sind der Gesellschaft insgesamt ungefährlich. Sie sind dort vom Standpunkt der Herrschenden besser aufgehoben als in irgendwelchen Organisationen und Zusammenschlüssen der Linken, denn was sich da antibürgerliche und antikapitalistisch aufführt, ist so harmlos wie die Hitlerleute es waren, die mit ganz ähnlichen pseudorevolutionären Parolen operierten. (2.) Die Existenz dieser verschiedensten rechtsextremen Zusammenrottungen bietet einen nicht zu unterschätzenden agitatorischen Vorteil. Mit dem Fingerzeig auf sie erscheinen die Stützen dieser bürgerlichen Zustände als die Kräfte und Parteien der Mitte. Sie grenzen sich von diesen ihm Worten mehr ab, als sie in Wahrheit von manchen Positionen von NPD, DVU, Republikaner und den anderen Gruppen entfernt sind. Eine dieser Gruppen hat in Baden-Württemberg eben schlicht plakatiert:

„Sarrazin hat recht“ und der Mann ist Mitglied einer Partei geblieben, die sich zur linken Mitte zählt. (3.) Die den Rechtsextremen eröffneten Möglichkeiten der Aktion stellen eine Herausforderung dar, sie beschäftigen die Antifaschisten, saugen deren Gegenkräfte gleichsam an und ergeben, dies ist ein weiterer manipulativer Vorteil, Bilder, die vom Kampf der Extremisten – das Wort ist ein Kampfbegriff gegen die Linken – zeugen sollen, wovon der Bürger sich am besten fernzuhalten hat. Es ist ein großer Fortschritt, dass diese Rechnung, wie Dresden jüngste bewies, nicht mehr immer und überall vollends aufgeht. Kurzum: diese ungefährlichen Gegner von Demokratie und Republik stellen aus der Sicht der Herrschenden eine widersprüchliche Erscheinung dar. Sie bilden in gewissen Grenzen eine nützliche und entgegen ihrem Erscheinungsbild auch eine systemerhaltende Kraft. Deswegen, denn das ergibt doch eine entfernte Wesensverwandtschaft, kann sich die unabhängige Justiz so schwer von ihnen trennen.

Wie immer aber man Rolle und Perspektiven der (Neo)Nazis einschätzt, es sollte für Menschen von republikanischer Gesinnung darauf allein nicht ankommen. Sich ihnen entgegenzustellen ergibt sich allein schon aus humanistischer Gesinnung und Gesittung, zu der noch immer ihre praktische Betätigung gehörte. Wir wollen auf unseren Straßen keine Leute sehen, die mit Parolen daherkommen wie (die vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe für strafrechtlich unbedenklich erklärte) „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, wir wollen diese Haufen nicht marschieren sehen, die auf ihrer Kleidung verkünden, dass sie über Leichen gehen, und die sich verlogen oder ahnungslos als „Patrioten“ deklarieren. Es sollte gelegentlich klargemacht werden, wohin wir mit derlei Auftritten geraten sind. Leute, die nach dem Ende des Krieges in Deutschland mit solchen Fahnen, mit solchen Parolen und so angetan sich öffentlich gezeigt hätten, wären wo auch immer von den Besatzungsmächten aus dem Verkehr gezogen worden. Jedes Mädchen und jeder Junge, der in die Fänge dieser National- und Rassenchauvinisten gerät, ist ein Opfer unserer Zeit und unserer Untätigkeit oder Gleichgültigkeit. Damit sind zwei Adressaten antifaschistischer Arbeit und Appelle bezeichnet: die Richter- und die Lehrerschaft dieses Landes.

Antifaschismus – das war seit seinen Anfängen immer auch Bekenntnis und Tat für den Frieden zwischen den Staaten und Völkern. Die mit Mussolini, der zu den Treibern für Italiens Kriegseintritt 1915 gehörte, 1922 in der ersten Reihe auf Rom marschierten, waren dekorierte Kriegshelden, und die sich ihnen entgegenstellten waren Friedensfreunde. Nicht anders in den Anfängen der Hitlerpartei, der „Führer“, der Generalstabsoffizier Ernst Röhm, der aufgrund seiner Kriegstaten zum Ritter erhobene Oberst Franz von Epp, der Leutnant in der bayerischen Jagdfliegerstaffel Rudolf Heß, der Pour-le-Mérite geschmückte Jagdflieger Hermann Göring, der Oberleutnant Gregor Strasser, der Oberleutnant Joachim von Ribbentrop, der Leutnant Julius Streicher bis hinunter zum zu spät gekommenen Offiziersanwärter Himmler, sie alle rühmten sich ihrer Kriegsuntaten. Im Grunde genügte die Kenntnis der Biographien dieser politischen Rotte, um zu wissen, dass man es mit einer Kriegspartei zu tun hatte.

1945 wurde weithin geglaubt, dass die Deutschen diese Sorte von Politikern ein für alle Mal verabschieden und also los sein würden. Inzwischen führt Deutschland Krieg in Asien und wünscht den verbündeten Kriegern, die in diesen Tagen in Nordafrika ihre überlegene Vernichtungstechnik skrupellos einsetzen, besten Erfolg. Das Bedrückende ist, dass die Deutschen an diese Teilnahme gewöhnt werden. Täusche sich niemand über die bekannten Zahlen über die Ablehnung des Krieges in Afghanistan. Das sind meist harm- und also wirkungslose Erklärungen, die bei Telefonbefragungen ermittelt werden. In Wahrheit ist den Menschen ein neues, hinnehmbares Kriegsbild entstanden: der Krieg ist – erstens – fern, er erfordert – zweitens – weniger eigener Tote als in der „Heimat“ bei Verkehrsunfällen umkommen, von ihm wird – drittens – hinhaltend gesagt, er werde bald enden und – viertens und vor allem – ist er kein Krieg gegen einen Staat oder ein Volk, sondern gegen hinterhältige und mörderische Terroristen an der Seite von Ordnungskräften der jeweiligen Länder, die an die Macht gebracht oder an ihr gehalten werden müssten. Dass die Deutschen mit der Mehrheit der Europäer die Politiker und Militärs der NATO in diesen Tagen gewähren lassen, dass sich in zweifelsfrei demokratisch gewählten Parlamenten kein einziger Abgeordneter findet, der Nein sagt, macht erschrecken, darf aber nicht zu einer Schreckstarre führen. Es ist darüber zu reden, wie heute Reklame für Kriege gemacht wird, subtiler als seinerzeit mit Phrasen vom Kampf gegen den Bolschewismus und

das internationale Judentum, und auch nicht mit dem völlig gleichen Ziel, es muss nicht Gefolgschaft sein, Gleichgültigkeit und Hinnahme genügen.

Lasst mich, Kameradinnen und Kameraden, mit einem persönlichen Wort schließen. Meine erste Rede auf einem Kongress der Antifaschisten hielt ich im Dezember 1945 auf einer Tagung der antifaschistischen Jugend Thüringens in Gera. Kurt Goldstein war ihr Initiator. Das war eine spontane Intervention nach einer Rede, in der ein Pfarrer die evangelischen Kirchen als eine antinazistische Kraft schöngeredet hatte. Dies heute ist nun meine zweite Rede auf einer solchen Zusammenkunft. Damals war es – trotz alledem – leichter Optimist zu sein. Aber wie damals kann auch heute Zuversicht nur kämpfend erworben werden. Es mögen uns unter dem Eindruck historischer Erfahrungen und Perspektiven die Worte des englischen Dichters und Teilnehmers am Freiheitskampf der Griechen George Gordon Byrons, wonach der einmal begonnene Freiheitskampf immer, wenn auch schwer, gewonnen wird, uneingeschränkt nicht mehr gelten. Näher mag uns heute Ulrich von Huttens vielfach missbrauchtes Bekenntnis „Ich hab's gewagt mit Sinnen" sein. Also. Lasst es uns weiter versuchen. Wer Historiker einlädt, läuft Gefahr, dass von Geschichte die Rede sein wird.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 3. August 2011.

Fehler? „Das kriegen wir noch."

Wenn mein Enkelsohn Maxim, ein pfiffiges Kerlchen, bei einer Klassenarbeit im Fach Deutsch bei seinem neben ihm sitzenden Kumpel abschreibt, dabei ertappt und zur Rede gestellt wird, könnte sich zwischen ihm und seiner Lehrerin folgendes Gespräch entwickeln: Er würde sich demütig zeigen und erklären, er habe, versonnen, wie ihn das Aufsatzthema stimmte, ganz zufällig auf das Heft und den Text seines Nachbarn gesehen, dann die Übersicht zwischen dem, was er sich selbst ausgedacht und bei seinem Banknachbarn gelesen habe, verloren, und so sei eben ... Und so weiter. Er bitte diesen *Fehler* zu entschuldigen. Das würde ihm die Pädagogin nicht abnehmen und ihm zunächst den Unterschied zwischen einem Betrugsversuch, in diesem Falle einem gescheiterten, und einem Fehler auseinandersetzen. Möglicherweise wäre der Vorfall Anlass, der ganzen Klasse zu erklären, was Diebstahl geistigen Eigentums sei. Die Jungen und Mädchen hätten das verstanden, einer von ihnen sogar so gut, dass er doch noch würde wissen wollen, warum, wenn ein Abgeordneter oder Minister abschreibt, das dann aber doch Fehler heißt.

Der Bursche, einer von der selten gewordenen Sorte der Zeitungsleser, hatte tags zuvor in einem Blatt, das seiner aus Stuttgart gekommenen Tante als Reiselektüre gedient hatte, zuerst die knappe Notiz gelesen, dass ein niedersächsischer Kultusminister, derzeit auch Vorsitzender der Kultusministerkonferenz und Parteifreund der Frau Bundeskanzlerin, „mögliche handwerkliche Fehler" bei der Anfertigung seiner Dissertation einräumte: Er habe das geistige Eigentum anderer „nicht korrekt zitiert". Irgendeine Täuschung liege nicht vor. Das „Handwerk" hatte der Mann übrigens an der Bundeswehrhochschule in Hamburg gelernt und den Titel eines Dr. rer. pol. an der Universität Potsdam erworben. Dort wird nun geprüft.

Ein paar Zeitungsseiten weiter war dann ausführlicher, weil es sich um einen Baden-Württemberger handelte, Folgendes berichtet worden. Einem Landtagsabgeordneten, einst persönlicher Referent des Ministerpräsidenten und bis zum Oberregierungsrat aufgestiegen, zudem auch Parteifreund der Kanzlerin, hatte die Universität Tübingen soeben den Doktortitel aberkannt. In der juristischen Dissertation war auf mindestens jeder vierten Seite ein Plagiat entdeckt worden. Wie reagierte dieser Erwischte? Mit der Erklärung, er stehe für sein „wissenschaftliches Fehlverhalten" ein und trage „die Verantwortung für die Fehler", die er – nicht anders als sein Parteifreund in Niedersachsen – ohne eine Täuschungsabsicht begangen habe. Und verblüfft mögen die Waiblinger, die den Mann, als er noch Dr. jur. war, vor ein paar Monaten in dem Landtag entsandt hatten, nun die Geschichte gelesen haben, wie es zu derlei Fehlern kam: Er war bei der „langwierigen Arbeit", die er sich zugemutet hatte, schlicht durcheinandergeraten und hatte sich in seinen Aufzeichnungen nicht mehr zurechtgefunden. Die exzerpierten „Fremdtexte" vermochte er von den seinen nicht mehr zu unterscheiden. Eine Verwechslung – auf jeder vierten Seite.

Dass es in diesem Lande Personen gibt, die ihr Ansehen und ihre politische Karriere fördern wollen, indem sie ihrem bürgerlichen oder adligen Namen einen Doktortitel beifügen, und die das auf unredliche Weise tun, macht schon keinen Skandal mehr. Dass sie aber, erwischt, die Dreistigkeit besitzen, sich wie der letzte Ladendieb heraus zu schwindeln, macht den ersten Skandal dann doch. Den zweiten schafft die Hinnahme der Lügenmärchen durch die Kollegen Minister, Abgeordneten, Parteifreunde und Wähler. Den dritten aber die Akzeptanz solcher Erklärungen durch die einschlägigen Gremien von Universitäten. Denn eine bewusste Täuschung vermochten auch die Tübinger Hochschullehrer nicht zu erkennen. Grob fahrlässig sei schon verfahren worden. Also: das nächste Mal die Zettel mit den Exzerpten besser kennzeichnen, sortieren und getrennt aufbewahren, damit Verwechslungen ausgeschlossen werden.

Wie die Sache in Maxims Klasse zu Ende gegangen sein könnte? Es klingelte, und die Lehrerin entließ den Zeitungsleser und neugierig Fragenden und seine Mitschüler mit dem Bemerken in die Pause: „Den Unterschied im Sprachgebrauch des Wortes Fehler kriegen wir noch, wenn wir zum Thema Sprache der Politik kommen werden."

Ossietzky, 15/16, 2011, S. 592-594.

Zwei, die entkamen

Die Bankiers vieler Jahrhunderte haben nicht anders als herausragende Köpfe der Politik noch stets ihre Biographen gefunden. Wer sich belesen will, steht vor der Qual der Wahl. Er kann sich für die Geschichte des Hoffaktors Joseph Süß Oppenheimer, der in den Diensten des württembergischen Herzogs stand, ebenso entscheiden wie für die des Schweizers Jacques Necker, Finanzminister des französischen Königs Ludwig XVI. Liegen deren Geschäfte ihm zu ferne, kann er über den als Bismarcks Bankier viel beschriebenen Gerson von Bleichröder und über die US-amerikanische Familie Morgan leicht zu den Finanzgewaltigen des 20. Jahrhunderts gelangen, zu Hjalmar Schacht beispielsweise, Finanzminister des „Führers“, oder Hermann Joseph Abs, der schon auf seinem Karriereweg an die Spitze der Deutschen Bank AG auch ein wenig von der „Entjudung“ des deutschen Bankwesens zu Zeiten eben dieses Führers profitiert hat.

Damit wären wir nahe bei der Biographie der Person, mit der sich die Historikerin Erika Schwarz über Jahre befasst hat und die sie nun in einem Band vorstellt, dessen Druck eine Liechtensteiner Stiftung ermöglicht hat. Die sah einen Grund für ihren Beistand in der Tatsache, dass der Bankier, dessen Lebensweg nun erforscht ist, einige Jahre die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft besaß. Die hatten er und seine Frau durch den von Schweizern bezeugten Nachweis ihrer Vermögenssituation und durch die Entrichtung der dafür geforderten Zahlungen erhalten. Das war 1938 geschehen. Da lebten – um endlich den Namen des Mannes zu nennen – der in Westpreußen in einer jüdischen Familie geborene Siegfried Bieber und seine aus dem slowakischen Teil der k. u. k. Monarchie stammende Frau bereits eine Zeitlang in der Schweiz, dem Lande, in dem sie via Niederlande rechtzeitig Zuflucht gefunden und am Luganer See eine noble Bleibe erworben hatten.

Auf die Rangstufe der großen Bankiers gehörte Bieber nicht. Und es ist auch nicht die auf die Geschichte der Berliner Handels-Gesellschaft beschränkte, in ihr allerdings bedeutende Rolle, die der Mann in der Finanzgeschichte gespielt hat, die das ihm nun zugewandte forschende Interesse gerechtfertigt haben dürfte. Beeindruckend und denkwürdig bleibt jedoch der Weg, der Bieber, dessen Arbeitsleben sich schon neigte, schließlich über Ecuador in die USA führte, wo er 1960 verstarb. Bieber besaß ein Gespür für Gefahren, die ihm und den Seinen drohten. 1934 verließ er zunächst das Bankunternehmen, im Jahr darauf Deutschland, seine Immobilien in Berlin und Brandenburg zurücklassend, und er kehrte Europa entschlossen den Rücken, als der Vorabend des Krieges erreicht war und ungewiss wurde, ob nicht auch die Schweiz für die Vereinnahmung in Großdeutschland schon vorbestimmt war. Ganz sorgenlos war dieser Weg für ihn und seine Frau in keinem Moment. Solange sich Wege finden ließen, suchten die beiden die verfolgten und „nach dem Osten“ deportierten Angehörigen der Großfamilie zu unterstützen. Erika Schwarz hat auch deren Schicksal aufzuklären gesucht. So weitet sich das Buch zu einer Familiengeschichte, wenn auch nur deren Umrisse erkennbar gemacht werden konnten. Von den auf weiten Forscherwegen ermittelten 74 Verwandten der beiden litten 59 unter der Judenverfolgung. 34 Männer Frauen und Kinder wurden umgebracht, 25 haben sich durch die Flucht retten können.

Erika Schwarz: „... zu Lasten meines Conto’s. Siegfried Bieber. Jude – Bankier – Gutsbesitzer – Emigrant“, Hentrich + Hentrich, 176 S., 29,90 Euro.

Ossietzky, 15/16, 2011, 6. August 2011, S. 622-623.

Neue Allianzen

Atlantik-Charta 1941: Am Anfang des Weges zu den Vereinten Nationen

Die Konferenz ist über den Treffen der „Großen Drei“ in Teheran (1943), dann in Jalta auf der Krim und in Potsdam (jeweils 1945) in der Erinnerung etwas verblasst. Unverdient. Denn sie gehört zu den bedeutenden politischen Ereignissen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Rede ist von der Begegnung Franklin D. Roosevelts, des Präsidenten der USA, mit Winston Churchill, dem Premierminister Großbritanniens, die sie vom 9. bis zum 12. August 1941 zusammenführte, begleitet von politischen und militärischen Beraterstäben. Sie fand, geheim gehalten, auf dem britischen Schlachtschiff „HMS Prince of Wales“ in der Placentia Bay vor Neufundland statt.

Rätseln im „Reich“

Als die Nachricht von dem Treffen in deutschen Zeitungen verbreitet wurde, fragte man an Stammtischen, wieso deutsche U-Boote da nicht ein- und angegriffen hätten. Das Gerede ist ein Zeugnis von vielen für den Realitätsverlust der Nazis, denen an der Spitze des Regimes wie ihrer gläubigen Gefolgschaft. Sie fühlten sich schon als Herren, wenn auch noch nicht der Welt, so doch zumindest der Weltmeere. Während die Masse der Deutschen von dem Ereignis kaum Notiz genommen haben dürfte – deren Aufmerksamkeit war auf die Nachrichten von der Ostfront gerichtet –, kritisierten einzelne, dass über das von den beiden Politikern Gesagte und Beschlossene wenig zu erfahren sei. In einem längeren Bericht des Sicherheitsdienstes vom 28. August hieß es, dass in der Bevölkerung gefragt werde, „ob man alles erfahren habe, was zwischen Roosevelt und Churchill abgemacht worden ist“. Bezweifelt werde auch, dass das Treffen so unbedeutend gewesen sei, wie es die Presse hinstelle: „Es wird gefragt, was nun eigentlich in dem Plan Roosevelts gestanden hat, der in Kommentaren immer wieder mit den 14 Punkten Wilsons verglichen werde [...] Viele Volksgenossen hätten das Gefühl, dass ihnen etwas verheimlicht wird und dass ihnen eine bestimmte Meinung eingeredet werde.“

Die deutsche Führung besaß kein Interesse daran, dass bekannt wurde, welchen Kurs die USA jetzt einschlugen, nachdem sie 1939 bei Kriegsbeginn ihre Neutralität erklärt hatten. Doch wer sich noch der Telegramme Roosevelts erinnerte, die er nach der deutschen Besetzung Böhmens und Mährens und der italienischen Okkupation Albaniens im April 1939 an Hitler und Mussolini geschickt hatte, konnte wissen, dass Neutralität in diesem Falle nicht den Verzicht auf Parteinahme bedeutete. Als der Krieg in Europa begann, wünschten 84 Prozent der US-Bürger den Westmächten den Sieg.

Nun hatten in Deutschland schon vor dem Treffen immer wieder Diskussionen über die zu erwartenden nächsten Schritte der US-amerikanischen Außenpolitik stattgefunden. Die letzte war durch die in Washington getroffene Entscheidung ausgelöst oder verstärkt worden, die Dienstzeit in den Streitkräften zu verlängern. Spekuliert wurde, dass der Verlauf des Krieges in Osteuropa für das künftige Verhalten der USA ausschlaggebend sein werde. Zudem weckte jeder Gedanke an den Kriegseintritt der USA 1917 ungute Erinnerungen. Denn es wurden ohnehin bereits Diskussionen darüber geführt, ob sich die Wehrmacht, deren Kräfte von Nordnorwegen bis auf Kreta verteilt waren, nicht bereits übernommen habe.

Der deutschen Propaganda fiel nichts anderes ein, als den verschwiegenen Text der Atlantik-Charta in eine Traditionslinie zu den 14 Punkten Woodrow Wilsons zu stellen, die der US-Präsident in einer Rede am 8. Januar 1919 vor dem Repräsentantenhaus und dem Senat dargestellt hatte. Er schlug eine Friedensordnung, deren Verwirklichung die politische Landkarte Osteuropas, besonders auf dem Balkan, und des Vorderen Orients einschneidend verändern sollte. Wilson unterbreitete auch die Idee, dass sich die Völker auf die dauernde Aufrechterhaltung des Friedens verständigen und dafür Sicherungen schaffen sollten, die wenig später dann – allerdings ohne die USA – im Völkerbund Gestalt annahm.

Es war deutschen Nationalisten und Revanchisten in der Weimarer Republik nicht schwergefallen, Wilsons Programm als ausschließlich von Interessen des US-amerikanischen Kapitals (Freiheit der Meere, Freiheit des Handels, Wahrung der Rechtstitel der Kolonialmächte) geleitet darzustellen und ihn als einen Architekten des Versailler Vertrages zu diskreditieren. Wilson, das war so etwas wie

ein Gleichwort für Deutschenfeind und also bestens geeignet, von Roosevelts mit Churchill getroffener Vereinbarung, die die Bezeichnung Atlantik-Charta erhalten hatte, zu behaupten, sie sei keiner weiteren Aufmerksamkeit wert und auch nur darauf gerichtet, die Deutschen zu betrügen.

Nun war, was in der Charta einleitend „allgemeine Prinzipien der Politik“ der beiden Länder genannt wurde, den Wilson'schen Forderungen durchaus verwandt, so der freie Zutritt zum Welthandel, der Zugriff aller auf lebensnotwendige Rohstoffe und die freie Schifffahrt auf allen Weltmeeren. Das entscheidende und drängende Ziel des Augenblicks war erst als Punkt 6 formuliert und lautete: „Sie (die beiden Mächte, K. P.) hoffen, dass nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrannei ein Frieden geschaffen werde, der allen Völkern erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen in vollkommener Sicherheit zu leben, und der es allen Menschen in allen Ländern ermöglicht, ihr Leben frei von Furcht und von Not zu verbringen.“ Um dies zu gewährleisten, wurde eine Entmilitarisierung der Staaten verlangt, die als Aggressoren hervortreten könnten, und diese wiederum sollte „bis zur Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit“ andauern.

Kriegsziel festgelegt

Die Atlantik-Charta legte das allgemeine Kriegsziel der beiden Regierungen fest, nicht die Friedensbedingungen, die Deutschland nach seiner Kapitulation diktiert werden würden. Deren Bestimmung konnte nicht ohne die Mitwirkung aller Staaten erfolgen, die von Deutschland bekriegt und erobert worden waren und momentan noch besetzt gehalten und ausgebeutet wurden. Zudem hätte sich die Bekanntgabe solcher Bedingungen augenblicklich in eine Waffe des Joseph Goebbels verwandeln lassen. So konnte der deutsche Propagandaminister mit den Verlautbarungen der beiden Kriegsgegner nicht viel anfangen und sie ebenso wenig wissbegierigen „Volksgenossen“ unverdreht bekanntmachen. Denn aus ihnen sprach zweierlei deutlich: die Forderung der bedingungslosen Kapitulation und der Entschluss, die deutschen Machthaber in keiner Form als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Obwohl die USA zu diesem Zeitpunkt sich förmlich noch nicht im Kriegszustand mit Deutschland befanden – den erklärte Hitler erst nach Japans Kriegseröffnung im Dezember 1941 –, bedeutete Roosevelts Zustimmung zur Formel „endgültige Vernichtung der Nazityrannei“ eine klare Parteinahme. Die drückte sich auch darin aus, dass er und Churchill vereinbarten, der UdSSR, deren Streitkräfte die Hauptlast des Krieges trugen, verstärkte Hilfe durch Waffenlieferungen zu leisten.

Wie im Fall der Forderungen und Prinzipien Wilsons blieben auch solche, die in der Atlantik-Charta enthalten waren, reine Schreibarbeiten. Zum Beispiel der Schlusssatz, der versprach: „Ebenso werden sie (die beiden Unterzeichner-Staaten, K. P.) alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die erdrückenden Rüstungslasten der friedliebenden Völker zu erleichtern.“ Oder Punkt 2: „Sie wünschen keinerlei territoriale Veränderungen, die nicht im Einklang mit den in voller Freiheit ausgedruckten Wünschen der betroffenen Völker stehen.“ Darauf glaubten später westdeutsche Revanchisten und Funktionäre von Landsmannschaften sich immer wieder berufen zu können. Anders als in den 1919 niedergelegten Grundsätzen wurden diesmal die Kolonien nicht einmal erwähnt.

In einer Sitzung des Internationalen Rates, die am 24. September 1941 in London stattfand, wurde von zehn gegen Deutschland kriegführenden Staaten – zumeist durch deren Exilregierungen, denn das Territorium von neun von ihnen war vom faschistischen Deutschland besetzt – beschlossen, den Grundsätzen zuzustimmen, die in der Charta festgelegt waren. Zu den Unterzeichnern gehörte auch die Sowjetunion. Die Atlantik-Charta wurde so zum ersten Schritt hin zur Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO).

junge Welt, Sonnabend, 13.08.2011, S. 15.

Auf verwehter Spur

Die Lebensgeschichte des Bankiers Siegfried Bieber

Dem Buch hätte die Autorin einen Band vorausschicken und einen weiteren folgen lassen können. Der erste hätte von der Serie von Zufällen zu berichten, die Erika Schwarz auf die Spur ihres „Helden“ geführt hat.

Aus der Berliner Humboldt-Universität entlassen, weil zum „Überhang“ aus DDR-Zeit gehörend, hat die Autorin nach prekären Beschäftigungen da und dort dann doch ihrer Profession wieder nachgehen können. Zeitweilig tätig an der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück, war sie mit der Erforschung der Geschichte von dessen Außenlagern befasst. Das führte sie nach Altthymen, einem Straßendorf, das heute in die brandenburgische Stadt Fürstenberg eingemeindet ist, und dort vor ein Gebäude namens Dahmshöhe, das auch Waldschlösschen genannt wird.

Der Bau war ursprünglich Zentrum eines kleinen landwirtschaftlichen Gutes. Hier hatte sich dereinst Heinrich Himmlers SS einquartiert und eine Reitschule zur Ausbildung von Unterführern für ihre kriegerischen Divisionen betrieben. Zur Verrichtung verschiedenster Arbeiten waren aus dem nahen KZ männliche Zwangsarbeiter heranbeordert worden. Auf dem Gelände entstand ein Außenlager, bestehend aus Baracken. Von denen zeugt heute nichts mehr. Über das Terrain war im wahrsten Wortsinn Gras gewachsen.

Auf dieser „verwehten Spur“ war Erika Schwarz auf den Vorbesitzer des Anwesens gestoßen und hatte sich ohne Auftrag und Anstellung an ihn geheftet. So ist dieses Buch entstanden, das von Siegfried Biebers Leben erzählt, dem 1873 in einem kleinen Ort bei Danzig in einer deutsch-jüdischen Familie geborenen Manne, der 1960 in New York verstarb. Es erzählt zunächst die Geschichte einer Karriere, die aus dem in kleinbürgerlichen Verhältnissen Geborenen einen Bankier machte. Diese begann mit den Jahren seiner Ausbildung und des Sammelns finanzökonomischer Erfahrungen, die ihn nach New York, London und in das deutsch-besetzte Brüssel führten. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er in die Berliner Handels-Gesellschaft ein, in der er rasch bis in den Vorstand aufstieg. Die bis dahin nicht eben ungewöhnliche Lebensgeschichte erfuhr einen Bruch, als im Zeichen des Hakenkreuzes die „Entjudung“ auch des Bankwesens in Deutschland begann. Bieber war ein Mann, der Gefahren wahrzunehmen vermochte. 1934 schon ging er in die Niederlande, von da in die Schweiz. Er erwarb für sich und seine Frau die Staatsbürgerschaft Liechtensteins, weil ihnen die Schweiz eine solche verweigerte. Doch dann flohen die Biebers Europa. In der Nachbarschaft Nazideutschlands drohte ihnen der Boden zu heiß zu werden. Ecuador wurde ihnen Einfallspforte in die Vereinigten Staaten. Dort langten sie 1941 an.

Die Nachzeichnung dieses Fluchtwegs ergab eine bewegte und bewegende Geschichte. Hat das Ehepaar materielle Not auch nie kennengelernt, so wurde es, je länger die faschistische Herrschaft dauerte und sich ausdehnte, umso mehr von den Sorgen um die Großfamilie begleitet. Solange das möglich war, leisteten die Entkommenen ihren Angehörigen finanzielle Hilfe, die für kurze Zeit selbst die Orte ihrer Deportation, das Ghetto von Warschau und die Dörfer um Lublin erreichte. Und der erwähnte ungeschriebene dritte Band? In ihm hätte die Autorin die Geschichte ihrer abenteuerlichen Nachforschungen erzählen können. Denn der Mann selbst hat über sich und sein Leben kein weiteres Stück Papier hinterlassen als jene Dokumente, mit denen er bürokratische Hürden zu nehmen wusste: die seiner Ausreise aus Deutschland und der Einreisen in die Staaten sowie seiner – vergeblichen – Versuche, einen Teil seines in Deutschland verbliebenen Eigentums vor den staatlichen Räubern zu retten. Andere Dokumente zeugen von seinem Bemühen, nach 1945 Ansprüche auf Entschädigungen geltend zu machen.

Durch Recherchen in Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz, Liechtenstein, Polen, der Slowakei, Großbritannien und den USA, durch Verbindungen zu aufgespürten überlebenden Verwandten und deren Nachkommen, durch Reisen an die Lebensorte des Ehepaars in der Schweiz und der Slowakei ließen sich das Faktenmaterial für diese Biografie „zusammentrommeln“ sowie Reproduktionen einschlägiger Papiere durch Kauf erwerben. Dass am Ende das Manuskript zum Buch gedieh,

und dies in einer außerordentlich gepflegten, an alte Zeiten erinnernden Ausgabe, ist der finanziellen Spende einer Liechtensteiner Stiftung zu danken.

Die Berliner Handels-Gesellschaft, der Bieber einst zu Aufstieg und Profit verhalf, war über Zwischenstufen in andere Banken eingegangen. Die Nachfolger zeigten sich gegen alle Ersuchen der Autorin, das Unternehmen zu fördern, zugeknöpft. Die deutsche institutionelle „Vergangenheitsbewältigung“ ist erst bis zum Auswärtigen Amt gelangt und hat gerade die Vorgeschichte des Bundesnachrichtendienstes ins Visier genommen. Die Banken und deren Rolle in Nazideutschland sollten nicht vergessen werden.

Erika Schwarz: „... zu Lasten meines Conto’s“. Siegfried Bieber. Jude – Bankier – Gutsbesitzer – Emigrant. Hentrich & Hentrich, Berlin. 176 S., geb., 29,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 18. August 2011, S. 17.

Die nicht vorgesehene Partei

Zu den Debatten in und um die Partei Die Linke

Nein, die Partei, die nach Entwicklungen und Wandlungen heute in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen Die Linke existiert, war im Bauplan für Deutschland einig Vaterland nicht vorgesehen. Zu den Erfolgen des Staates, an den das Territorium des untergegangenen angeschlossen wurde, gehörte bis dahin, dass Personen und Organisationen, die sich für eine Überwindung kapitalistischer Zustände einsetzten und auf deren Fahnen Sozialismus als Ziel ihrer Bestrebungen stand, an den äußersten Rand der Gesellschaft abgedrängt wurden.

Bei den ersten Wahlen zum Bundestag im August 1949 waren in diesen fünfzehn Abgeordnete der Kommunistischen Partei gelangt, sie hatte 1.361.706 Stimmen erhalten, war von jedem 20. Wähler favorisiert worden. Das blieb Episode. Schon der folgende Bundestag war kommunistenfrei. Das genügte den Herrschenden nicht, 1956 erging durch das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Partei. Sie wurde illegalisiert. Wer das nicht akzeptierte, auf den warteten Verfassungsschutz, Gerichte und Gefängniszellen, jedoch keine Konzentrationslager und Hinrichtungsstätten. Westdeutschland wurde mit Regimen wie Spanien und Portugal und zum Unterschied zu seinen nahen Nachbarn Frankreich und Italien ein Land ohne Kommunistische Partei, ausgenommen deren Reste im Untergrund.

Das erschien indessen nicht nur dem Bild dieses Staatswesens, der zweiten deutschen Demokratie, wie es nach Weimar auch genannt wurde, abträglich, sondern insbesondere auch den nach Osteuropa gerichteten außenpolitischen Aktivitäten hinderlich. Die Kommunisten durften 1968/1969 unter neuem Namen wieder organisiert hervortreten. Das zementierte antikommunistische Klima zwischen den Alpen und der Nordsee schien zu sichern, dass ihr Einfluss auf das gesellschaftliche Ganze minimal bleiben würde. Die Rechnung ging auf. 1972 rekrutierte die Partei nicht ein Zehntel der Wähler, die ihre Vorgängerin 1949 erhalten hatte. Es war auch dafür gesorgt, dass die Medien die Neugründung, nachdem sie erfolgt war, permanent ignorierten. Wo sie sich selbst öffentlich bemerkbar machte, war das vielfach nur durch die Solidarität möglich, die sie aus der DDR erfuhr. Deren Untergang, abgesehen von dessen politischen Wirkungen in die kleine Partei und ihr Umfeld hinein, verkleinerte ihre materiellen Möglichkeiten noch einmal nachhaltig.

Blieb die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Die Halbwertszeiten ihres Zerfalls in den Monaten zwischen dem „Mauerfall“ und der Bildung des größeren Staates ließen hoffen. Rasch war klargestellt, dass die weitere Zugehörigkeit zu dieser Partei unter den veränderten Bedingungen kein Vorteil sein würde. Nicht für die Behauptung oder die Erlangung eines Arbeitsplatzes, geschweige denn für eine Karriere. Die SED, dann sich wandelnd zur Partei der demokratischen Sozialisten, mochte an Kritischem über ihre Vorgeschichte und Vorläufer sagen, was immer sie wollte, sie wurde markiert als Trägerin, ja Urheberin eines „Unrechtsstaates“. Wer die scharenweise Abwendung von Mitgliedern dieser Partei von der sich neuformierenden Organisation begrüßte, konnte hoffen, dass diese sich in eine ähnliche abseitige Rolle würde drängen lassen wie die Kommunisten in der Bundesrepublik vorher. Vor allem wurde erwartet, dass die Partei keine Chance auf eine „Westausdehnung“ besäße.

Und nun, zwanzig Jahre später? Die Rechnungen sind nicht aufgegangen. Die Bundesrepublik hat eine legale Partei, die programmatisch erklärt, dass sie sich nicht nur als Reparaturschlosser an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft versteht, sondern Wege über diese hinaus in einen Zustand sucht, für den bei allen Anstrengungen doch kein besseres Wort gefunden ist als Sozialismus. Bei der Bundestagswahl 2009 erhielt sie nahezu zwölf Prozent der Wählerstimmen. Noch einmal: Diese Partei war nicht vorgesehen, geschweige denn vorausgesehen. Sie wird, wie gelegentlich zu lesen ist, in diesem Staatswesen „nicht gebraucht“. Wer diese Stimmungen und Wünsche der Herrschenden in den Reihen der Linken nicht wahrgenommen hat, wer vermeint, seine Partei werde von den Eliten akzeptiert, lebt in einer Illusion. Wäre die Einrichtung nicht vorbelastet, ließe sich sagen, er brauche ein Parteilehrjahr.

Drei Strategien

Dort wäre dann auch klarzustellen, dass es drei Strategien gibt, nach denen diese Partei bekämpft wird. Die eine zielt auf deren Verbot mit der Begründung – wie gehabt –, sie sei verfassungsfeindlich und staatsgefährdend. Zugeschnitten auf den politischen Unbildungsgrad seiner Wähler tut sich vor allem der Generalsekretär der bayerischen Christdemokraten mit diesem Endlösungsvorschlag hervor. Dagegen erheben sich Einwände, juristische wie politische. Die richten sich auf die Begehbarkeit dieses Weges oder bezweifeln den Nutzen solchen Vorgehens. Es könnte dann „links eine gefährliche Leere" entstehen, denn Sozialdemokratie und Grüne vermöchten es nicht, den von ihnen verlassenen Raum wieder zu besetzen; ihr Weg in die Mitte sei unumkehrbar.[1] Das ist eine ziemlich offenherzige Beschreibung der Rolle, die der Linkspartei bei der Ruhigstellung gesellschaftlicher Kräfte zugedacht ist. Indessen: Vor das Bundesverfassungsgericht ist das Ansinnen, die Linke zu illegalisieren, noch nicht gebracht worden.

Die zweite Strategie wird täglich angewandt und verfolgt das Ziel, den Einfluss der Partei zurückzudrängen, sie zu marginalisieren. Um sie soll so etwas wie ein „Cordon sanitaire" gelegt werden. Wie die Gesamtpartei fortgesetzt aller möglichen hässlichen Pläne verdächtigt und daher vom Verfassungsschutz unter ständiger Beobachtung gehalten wird, so soll jeder, der sich mit ihr einlässt, gar sich mit dem Gedanken trägt, sich ihr als Mitglied anzuschließen, wissen, dass auch er dann verdächtigt und beobachtet wird. Die ideologische Komponente dieser Strategie besteht darin, dass der Partei oder wesentlichen Teilen ihrer Mitgliedschaft schrecklichste „stalinistische" Absichten und Vorhaben angedichtet werden. Was sich irgend zum Beweis dafür zurechtmachen lässt – und sei es eine Glückwunschadresse für einen 85 Jahre alten hochverdienten Revolutionär –, wird vorgeführt im Vertrauen auf Vorurteile und Unkenntnis.

Bei der dritten strategischen Richtung glaubt man, die Linkspartei dadurch loswerden zu können, dass aus ihr eine andere Partei gemacht wird, ein politisches Unternehmen „ohn' Aug, ohn' Ohr und Zahn". Über das Zwischenprodukt einer „zweiten sozialdemokratischen Partei" soll dieser Weg zum Endprodukt, denn welchen Sinn würde deren separate Existenz auf Dauer machen, zur „Vereinigung", zum Anschluss an die 1945 von Kurt Schumacher wiedergegründete Partei führen.

Diese Strategien vertrauen auf Politiker und Funktionäre der Linkspartei, die des Verdachts verdächtig sind, Fleisch vom Fleische der neusozialdemokratischen Partei schon zu sein. Von ihnen wird angenommen, dass sie, ob sie sich das selbst eingestehen oder nicht, tief von historischer Resignation befallen sind und nicht an die Möglichkeit glauben, die gegenwärtige Gesellschaft durch eine andere zu ersetzen, durch eben jene, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Feind ist. In ihrem Munde wie in ihren Papieren ist der Begriff Sozialismus, sofern er noch gebraucht wird, sinnentleert. Er wird noch mitgeschleppt, wie das auch in der Sozialdemokratie seit 1914/1918 geschah, ohne dass dies noch eine andere praktische Bedeutung besessen hätte als die eines Werbeplakats.

Rückkehr eines Denkverbots

Die Strategie der Liquidierung durch Umwandlung bedient sich eines Gemisches aus Bedingungen und Lockungen. Ihren Adressaten wird bezeichnet, was sie anzunehmen, was aufzugeben haben, und welche Belohnungen ausgesetzt sind. Letztere gipfeln in der Zusage, in den Kandidatenkreis derer aufgenommen zu werden, die des Regierens auf höchster Ebene würdig sind. Zu unterlassen sind Proteste gegen deutsche Kriegseinsätze und die Forderung nach Auflösung der NATO, zu billigen sind Verurteilung und Abstrafung dieses oder jenes Regimes wegen mangelnder Demokratie usw. Gefordert wird die uneingeschränkte Akzeptanz der Außenpolitik der Bundesrepublik. Innenpolitisch wird vor allem die vollständige Übernahme des verteufelnden DDR-Bildes verlangt und die Billigung aller Maßnahmen, die seiner Verbreitung dienen. Und damit der Verzicht auf jede Diskussion über einen an die Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft gehenden Wandel. Denn schon das Nachdenken über Lebensformen menschlicher Gemeinschaften jenseits des Kapitalismus gilt als Zeichen von Diktaturgelüsten.

---

1 Daniel Brössler, „Links laviert", in: *Süddeutsche Zeitung*, 29. August 2011.

Aus dieser Haltung ist die Attacke gegen die Vorsitzende der Linkspartei zu Beginn des Jahres 2011 zu erklären, nachdem sie sich auf die Frage eingelassen hatte, welche Wege über den Kapitalismus hinausführen könnten und darauf die Antwort gab, dass sie die nicht kenne, sie sich aber während der Suche erweisen würden. Das genügte für absurdeste politische Anschuldigungen. Es solle zurück zu Stalin oder Pol Pot gehen. Laut wurde nach Verfassungsschutz und Verfassungsrichtern gerufen. Dass das so fort- und durchgehen konnte, von Marianne Birthler bis Sigmar Gabriel, kennzeichnete nicht nur die Sprecher. Es ergab ein weiteres Bild vom geistigen Zustand der Bundesrepublik. Zu Recht wurde bemerkt, dass eine derartige „Diskussion" in Frankreich oder Italien undenkbar sei. Die wenigsten begriffen, dass es nicht um die Linkspartei allein ging, sondern um ein ungleich weiter reichendes Denkverbot.

Was die Reaktion grotesk machte, hat weniger mit einer Gefahr zu tun, die in diese Partei und ihre Politik doch nur halluziniert wird, sondern mit der Tatsache, dass es weit über die Sozialisten hinaus eine Debatte über zwei Fragen gibt: Wie weiter und wohin? Und die gelten nicht nur dem nächsten Jahresstaatshaushalt oder der Taktik vor einer anstehenden Wahl.

„… der ganze Mist"

Wenn eine bürgerliche Zeitung einen Artikel mit „Marx lesen wird nicht reichen" überschreibt[2]– was doch besagt: das Werk des berühmten Theoretikers ist jedenfalls als Einstieg nötig –, und wenn dessen Autorin dann mit den Worten einsetzt „Ein Gespenst geht um, nicht nur in Europa. Es ist nicht das Gespenst des Kommunismus, sondern das der Kapitalismuskritik", so dass der kundige Leser bemerkt, sie hat den Marx schon gelesen, dann sind ernste Zeiten angebrochen. Zunächst ist das Interesse geweckt, solche Kapitalismuskritiker zu domestizieren; das ist hier ganz wörtlich gemeint: Sie sollen besänftigt, gezähmt, ihnen die Wildheit genommen worden. Der zitierte Artikel endet mit dem Vorschlag, es solle die gesellschaftliche Situation zum Anlass werden, „das seit zwei Jahrzehnten laufende Freilandexperiment des uneingeschränkten globalen Kapitalismus für gescheitert zu erklären. Das wäre [...] eine Aufgabe der europäischen Staatenlenker."[3] So scharf sich dies beim ersten Lesen ausnehmen mag, diese Autorin muss nicht gemäßigt werden. Ihre Kritik richtet sich gegen den „uneingeschränkten Kapitalismus", sie rät den Regierungen, die den augenblicklichen Zustand mit geschaffen haben, einzig, ihn abzuschaffen, die Bewegungsfreiheit des Kapitals einzuschränken und zu Maßnahmen, welche die Widersprüche und die aus ihnen entspringenden Unruhen und Kämpfe dämpfen sie am besten ganz beseitigen sollen.

Dann wird der konservative Kolumnist Charles Moore zitiert mit einem Beitrag aus *The Telegraph*, der überschrieben war: „I'm starting to think that the Left might actually be right."[*] Die Autorin übersetzt das so: Der Autor glaube allmählich, die Linke könnte recht haben. Eine strengere Übersetzung lautet: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke eigentlich, wirklich, genau genommen Recht haben könnte." Der Artikel erschien am 22. Juni, bevor es in London und anderen Städten Großbritanniens brannte und zu den Exzessen der Plünderung und Zerstörung kam. Die verschärften das Fragen nach den Ursachen. Eine Betrachtung wurde hierzulande überschrieben: „Die Gewalt von London ist uns nah."[4] Eine andere stellte fest, dass „die chancenlosen Jugendlichen, die in französischen Vorstädten randalieren, die arbeitslosen Akademiker auf der Puerto del Sol, die Mütter, die zum Tahrir-Platz geströmt sind, weil das Brot für ihre Kinder unerschwinglich wird, die zweihunderttausend Israelis, die dagegen auf die Straßen gehen, dass sie sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können, die generalstreikenden Griechen und die Chilenen, die nicht mehr einsehen, das nur die Reichen Bildungschancen haben sollen, bei aller Unterschiedlichkeit der Motive und Protestformen eines eint: das Gefühl, dass wenige sich nehmen, wofür viele gearbeitet haben."[5] *Die Zeit* fragt

---

2 Julia Schröder, „Marx nachlesen wird nicht reichen", in: *Stuttgarter Zeitung*, 23. August 2011.

3 Julia Schröder, a. a. O.

* Ich fange an darüber nachzudenken, dass die Linke tatsächlich recht haben könnte.

4 Markus Reiter, „Die Gewalt von London ist uns nah". In: *Stuttgarter Zeitung*, 13. August 2011.

5 Julia Schröder, a. a. O.

in einer Überschrift „Haben die Kapitalismuskritiker nicht doch recht behalten?“ und drückt ihren Befund kurz aus: „Der Klassenkampf ist zurück.“[6]

„Vorwiegend schändlich“

Vor diesem „Hintergrund“ muss beurteilt werden, wie die Linkspartei auf die Attacke gegen ihre Vorsitzende reagierte. Um es vorweg – Oskar Maria Graf, den Teilnehmer an der Novemberrevolution, zitierend – zu sagen: „vorwiegend schändlich“. Statt den Fehdehandschuh aufzunehmen, begann eine quasi-akademische Diskussion darüber, ob Kommunismus der richtige Ausdruck für das Wollen der Partei sei und ob und wie sehr die Benutzung dieses Begriffs ihrem Ansehen schade. Anstatt die Halbheiten der großbürgerlichen Kapitalismuskritiker bloßzustellen, wurde Deckung vor einem doch infamen verleumderischen Angriff gesucht. Erst diese Haltung hat den ideologischen Klopffechtern des Kapitals die Möglichkeit gegeben, Politiker der Linkspartei wie eine kopflose Herde vor sich her- und auseinanderzutreiben. Denn würde die Teilnahme an einer theoretischen Diskussion allein der Partei tatsächlich gravierenden Schaden zugefügt haben, hätten ihre Gegner hochzufrieden sein und stillschweigen können.

Was die Verwendbarkeit des Begriffs Kommunismus angeht, so lässt sich darüber diskutieren, nachdem er auf vielerlei Weise diskreditiert wurde und für Missdeutungen Tür und Tor geöffnet sind. Zustände, die mit Kommunismus in allen seinen gedachten Formen und Facetten nichts zu tun hatten, wurden so genannt. Personen, deren Politik und Haltung die verschiedensten Kennzeichnungen verdient und denen nach 1990 der eigene Machterhalt jede Messe wert war, haben sich Kommunisten genannt, waren Mitglieder einer Partei dieses Namens. Stalins Politik, von der Pol Pots nicht zu reden, die Leichenberge, die in ihre Biographie gehören, haben mit Kommunismus nichts zu tun. Nichts mit einer Idee und mit Bestrebungen, die älter sind als Marx und die auf ihn zurückgehende Bewegung der Arbeiter. Doch ist hierzulande dafür gesorgt, dass von alledem, von der Geschichte der Entwürfe einer Gesellschaft der Gleichen und Freien wenig bekannt ist. (An welcher deutschen Universität wird noch eine Überblicksvorlesung zur Geschichte der sozialistischen Ideen, Projekte und Bestrebungen angeboten, wie sie in Jena Ende der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Karl Griewank, ein durch und durch bürgerlicher Mann, im Anschluss an Forschungen des Sozialdemokraten Max Beer im Auditorium Maximum hielt?)

Indessen: Die vorherrschende Reaktion der Linkspartei bestand in Begriffs- und Zweckmäßigkeitsdiskussionen, anstatt dass ihre gewählten Gremien die Vorsitzende und das Recht verteidigten, über diese Gesellschaft hinauszudenken und zu fragen, wo ist der Ausweg aus Zuständen, die bürgerliche Journalisten so beschreiben: „Die Verachtung jeder Form von wohlfahrtsstaatlicher Solidarität, die Durchsetzung der neoliberalen Vorstellung, Egoismus sei irgendwie gut fürs Allgemeinwohl, die scheinbar ‚billigen‘ Kredite für jedermann, kurz den ganzen Mist, der uns dahin gebracht hat, wo wir jetzt stehen.“ Der Bürger sähe, heißt es weiter, dass „die Früchte seiner Arbeit nicht mehr ihm selbst und dem Gemeinwesen zugutekommen“, und habe das „Gefühl, dass wenige sich nehmen, wofür viele gearbeitet haben“.[7]

Im Wissen um diesen in weiten Kreisen der Gesellschaft in Gang gekommenen Diskurs eine innerparteiliche Diskussion zu beginnen, welches der angemessene Ausdruck oder Begriff für eine denkbare nachkapitalistische Welt sei, hieß es zunächst, mit den begrenzten Kräften der Linkspartei verschwenderisch umzugehen. Schon dies musste allen willkommen sein, denen an der Schwächung der Außenwirkung der Partei liegt und die das Ihre tun, damit sie mit sich selbst beschäftigt bleibt. Gegensätze, die es innerhalb der Partei gibt, genüsslich auszubreiten, sie nach Möglichkeiten zu mehren und permanent zu übertreiben, war und ist Geschäft der marktbeherrschenden Medien. Sie vermitteln das Bild einer heillos zerstrittenen, aktionsunfähigen politischen Organisation, deren Unterstützung, und sei es nur die an der Wahlurne, sich nicht lohne. Sie erwecken, indem sie Nachrichten über die praktische Politik der Partei und deren Verdienste unterschlagen, den Eindruck, von ihr und ihren

---

6 *Die Zeit*, Onlineausgabe 19. August 2011.

7 Julia Schröder, a. a. O.

Politikern sei nichts zu erwarten. Mit solchen momentanen Erfolgen der Antisozialisten hat die Sache ihr Bewenden aber noch nicht. Die Hoffnung auf die Verstärkung der Widersprüche innerhalb der Linkspartei verbindet sich mit der Vorstellung eines vierten Weges, auf dem man sie loswerden könnte, durch ihre Spaltung, so dass man es dann nur noch mit Ruinen und Trümmern zu tun haben würde.

Die Fehlstelle

Der Rat an diese Partei kann nicht schlechterdings lauten: Hört auf, Euch zu streiten! Seid einig! Das kann sich nur darauf beziehen, jene Zwistigkeiten zu beenden, die sich auf der Funktionärsebene fortgesetzt abspielen und an Fragen bilden, zu denen sich nur sagen lässt: Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter. Die Partei, die sich nach vier Jahren ihrer Existenz doch noch immer in ihrer Frühgeschichte befindet, muss sich über jene Fragen streiten und sie zu klären suchen, die ihr ein unverwechselbares sozialistisches Profil geben und ihre tägliche praktische Arbeit voranbringen. Und sie kann auf diesem Wege denen den Boden entziehen, die heute schreiben: „Sie ist eine Dazwischen-Partei, unentschieden und opportunistisch.“[8] Sie sollte sich nicht fortgesetzt darin üben, über die Stöckchen zu springen, die ihr hingehalten werden, auf denen gestern Kommunismus stand, dann Mauer und sodann Stalinismus zu lesen war. Sie muss Herr über die Eitelkeiten von Politikern werden, die sich um den Titel des Musterdemokraten bewerben, anstatt zu sagen, wie weit die Demokratie dieses Staates von der entfernt ist, die sich mit den Vorstellungen von einer sozialistischen Demokratie verbinden. Wer der „bessere“ Demokrat ist, erweist sich nicht im Bekenntnis, sondern am alltäglichen Verhalten zu den Sorgen, Belangen, Interessen und Wünschen von Menschen.

Was diese Partei braucht, ist eine Diskussion unter Beteiligung möglichst aller ihrer Mitglieder und Freunde, in der die alte Frage aufgenommen und beantwortet wird: Was tun Revolutionäre in unrevolutionären Zeiten. Und für jene, die den auch sehr allen Begriff Revolution verabschiedet haben: Was tun Menschen in einer Minderheit, die gesellschaftliche Zustände grundlegend verändern will, wenn die Mehrheit diese Notwendigkeit zu ahnen beginnt, sich ihr aber nicht stellt? Lässt sie sich dann von der Furcht leiten, als Phantasten abgetan zu werden, sich zu isolieren, und schweigt sie also über das Notwendige, oder folgt sie ihren Überzeugungen und lässt sich darauf ein, beharrlich, ausdauernd, unverdrossen und unverkrampft das zu tun, was Marx und viele mit und nach ihm in Kämpfen und nach Niederlagen taten: sich als Aufklärer zu betätigen, gelegen oder ungelegen, sich nicht der Illusion des schnellen Erfolgs hingebend. Das ist und war nie eine Entgegensetzung zu dem, was in den Reihen der Linken als Tagesaufgabe bezeichnet worden ist. Doch die „Fehlstelle“ in der Politik der Linkspartei ist heute das Verfechten einer großen Idee, die Aufnahme einer Tradition, die weiter zurückreicht als bis zu Marx, das Festhalten an einer Vision und das ausdauernde Suchen nach Menschen, deren Denken und Verhalten sich auf eine verwandte Utopie richten, mit denen sich zusammengehen, mit denen sich auch streiten und von denen sich ebenso lernen lässt.

junge Welt, Freitag, 02.09.2011, S. 10.

---

8 Daniel Brössler, a. a. O.

„Er leuchtet voran auf dem Weg in die Finsternis“

Geschichte. Am 19. September 1941 trat die Verordnung über das Tragen des „Judensterns“ in Kraft

Als sich das Nazireich 1933 etablierte und bis in die Jahre, da begonnen wurde, seine Verbrechen zu erfassen und die Täter zu bestrafen, wurde oft ein geschichtlicher Vergleich gesucht, mit dem sich dieses Regime charakterisieren ließ. Die Wahl fiel meist auf das „finstere Mittelalter“, dessen Barbarei mit ihm gleichsam wiederauferstanden wäre. Zu diesem Vergleich führten allein schon die frühesten Nachrichten von den Folterungen, die Nazigegner, die in die Hände von Formationen der SA, beispielsweise während der „Köpenicker Blutwoche“, gefallen waren, erlitten, oder mit denen die Politische Polizei, die sich zur Gestapo formierte, bei Vernehmungen Aussagen zu erpressen suchte.

Nichts hat dann aber die Erinnerung an ferne Jahrhunderte so sehr heraufbeschworen wie die Verfolgung der Juden, zuerst die lodernden Synagogen und der Pogrom des Novembers 1938 und dann die infame Verordnung, welche die Juden zwang, sich in der Öffentlichkeit kenntlich zu machen. Das war die Neubelebung jenes Beschlusses des 4. Laterankonzils, einberufen von Papst Innozenz III., aus dem Jahre 1215, in dem es geheißen hatte: „Juden und Sarazenen beiderlei Geschlechts in jeder christlichen Provinz und zu allen Zeiten sollen in den Augen der Öffentlichkeit durch die Art ihrer Kleidung von anderen Völkern unterschieden sein.“

Die gekrönten Herrscher und anderen Obrigkeiten kamen nicht in allen „Provinzen“ dem päpstlichen Gebot sofort nach. Doch im Verlauf der Jahrzehnte und Jahrhunderte nahm die Zahl jener Orte zu, an denen Juden gezwungen wurden, an ihrer Kleidung einen gelben Flicken zu befestigen oder sich sonst durch ein Zeichen in gelber Farbe kenntlich zu machen. Die Farbe wurde gewählt, weil sie in den Vorstellungen vieler negativ konnotiert war. Vielen symbolisierte sie Neid, Lüge und Verlogenheit. Gelb hatte auch das Kopftuch oder der Schleier zu sein, mit dem sich im 15. und 16. Jahrhundert in deutschen Städten Prostituierte erkennbar machen mussten. Auch in anderer Verwendung wurde gelb die Farbe der Geächteten.

Gemeinschaftswerk der Naziführer

Die deutschen Faschisten erörterten die Kennzeichnung der Juden zuerst auf einer Sitzung, die im Reichsluftfahrtministerium unter dem Vorsitz Hermann Görings am 12. November 1938 stattfand und in deren Verlauf sich eine Gruppe von Partei- und Staatsführern über die judenfeindlichen Maßnahmen verständigte, die auf den Pogrom folgen sollten. Dort begründete Reinhard Heydrich, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dass die Vertreibung der Juden aus Deutschland noch Jahre in Anspruch nehmen werde, und während dieser Zeitspanne wären sie von den Nichtjuden zu „isolieren“. Zu diesem Zweck schlug er „die persönliche Kennzeichnung der Juden“ vor, was durch „ein bestimmtes Zeichen“ geschehen könne. Das würde dann „viele andere Dinge“ erleichtern. Göring warf ein: „Eine Uniform!“ Darauf entgegnete wieder Heydrich: „Ein Abzeichen“. Tatsächlich geschah zunächst weder das eine noch das andere, und das einzig mit Rücksicht auf die unberechenbaren Reaktionen im Ausland. Wenn es, sagte Göring schließlich, „in irgendeiner Zeit“ zu einem außenpolitischen Konflikt komme, eine Umschreibung für Krieg, dann werde sich „eine große Abrechnung an den Juden“ vollziehen. So sah auch Joseph Goebbels, als diese „Abrechnung“ in Gang gesetzt war, die Sache. Er schrieb am 27. März 1942 in sein Tagebuch: „Gottseidank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären.“

Es verging nach jener auf den Pogrom folgenden Sitzung kein Jahr, und die Rücksichten hatten sich erledigt. Die Kennzeichnung begann bei jenen Juden, die bei der Eroberung Polens in deutsche Hand gefallen waren. Am 23. November 1939 ordnete der in Krakau residierende Generalgouverneur Hans Frank an: „Alle Juden und Jüdinnen, die sich im Generalgouvernement aufhalten und das 10. Lebensjahr überschritten haben, sind verpflichtet vom 1. Dezember 1939 ab, am rechten Arm der Kleidung und Überkleidung einen mindestens zehn Zentimeter breiten weißen Streifen mit dem Zions-Stern zu tragen.“ Den hatten sich die Betroffenen selbst zu beschaffen. Zuwiderhandlungen würden Sondergerichte bestrafen. Zunächst blieb diese Diffamierung auf das eroberte Polen beschränkt. Dann schlug

Karl Hermann Frank, Staatsekretär an der Seite des in Prag residierenden Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, am 16. Juli 1941 dem Reichsminister Hans Lammers, Chef der Reichskanzlei, die „Einführung von Judenarmbinden“ vor. Damit sollte der Verkehr zwischen jüdischen und nichtjüdischen Tschechen erschwert werden. Darauf verständigte sich Lammers mit Reichsinnenminister Wilhelm Frick. Der erklärte in einem Schreiben vom 14. August, die seinerzeitigen außenpolitischen Rücksichten seien nicht mehr zu nehmen und sprach sich – nach der Einholung der Zustimmung des Auswärtigen Amtes – ebenfalls für die Einführung der Judenkennzeichnung aus. Da diese zudem am 1. September 1941 auf dem Wege einer Polizeiverordnung, also durch Heinrich Himmler, den Chef der Deutschen Polizei, erfolgte, lässt sie sich mit Gründen ein Gemeinschaftswerk der Naziführerschaft nennen.

„Vogelfrei“

Die Grenze der künftigen Träger solchen Zeichens wurde noch weiter nach unten gesetzt, denn in Paragraph 1 hieß es: „Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.“ Dann folgte die Beschreibung dieses Sterns, die Fixierung von Ausnahmeregelungen und die Strafandrohung. Gesonderte Durchführungsrichtlinien vom gleichen Tage besagten, wann, wie und wo das Zeichen sichtbar zu tragen war. Mit dem 19. September 1941 traten diese Verordnungen in Kraft. Juden hatten sich die inzwischen hergestellten Stoffzeichen abzuholen und zu bezahlen. Mit welcher bürokratischen Akkuratesse verfahren wurde, besagt eine Bescheinigung, die in Baden-Baden von den Empfängern unterschrieben werden musste: „Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen.“ Am 29. September wurde entschieden, offenbar nach dem Auftreten von Zweifeln, dass sich auch „jüdische V-Personen“, also von der Gestapo angeworbene Spitzel, mit dem Judenstern zu kennzeichnen hätten. Die Begründung war einleuchtend. Würden sie ausgenommen, wäre damit „bei ihren Rassegenossen nur Misstrauen“ hervorgerufen.

In ihren Tagebuchaufzeichnungen hielt die Antifaschistin Ruth Andreas-Friedrich die Situation so fest: „Es ist soweit. Die Juden sind vogelfrei. Als Ausgestoßene gekennzeichnet durch den gelben Davidstern, den jeder von ihnen auf der linken Brustseite tragen muss. Wir möchten laut um Hilfe schreien. Doch was fruchtet unser Geschrei? Die, die uns helfen können, hören uns nicht. Oder wollen uns vielleicht nicht hören. ‚Jude‘ steht in hebräischen Schriftzeichen mitten auf dem gelben Davidstern.“ Victor Klemperer hat in seinen Notizen mehrfach seine, seiner Frau und der Mitbewohner des Judenhauses in Dresden Stimmung beim Eintreffen der Nachricht beschrieben. „Das bedeutet für uns Umwälzung und Katastrophe.“ (8. September) Tränen, Herzanfälle der Frauen im Hause und sein eigener – später aufgegebener – Entschluss, er werde „das Haus nur bei Dunkelheit auf ein paar Minuten verlassen“. (15. September)

Und die „arischen“ Deutschen, die nun den in diffamierender Absicht Markierten begegneten? Merkwürdigerweise berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, die den Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung sonst auf den Fersen blieben und das Erfahrene in Berichten im Abstand von jeweils drei bis vier Tagen zusammenfassten, erst am 9. Oktober, also mit einem Abstand von drei Wochen, über die Reaktionen der Nichtjuden. Die Ursachen für diese Verspätung lassen sich nur vermuten. Es könnten die Beobachtungen so unerfreulich gewesen sein, dass man sich mit ihrer Fixierung nicht beeilte. Wahrscheinlicher ist, dass sich die „Volksgenossen“ in dieser Situation mit jeder Äußerung zurückhielten, wissend, dass ihnen eine Kritik nur zum Nachteil gereichen könnte. Kurzum: Die Spitzel könnten auf besondere Schwierigkeiten gestoßen sein, brauchbare Informationen zu erhalten.

Jedenfalls ist bis zum Jahresende 1941 nur ein einziges Mal und in einem einzigen Absatz davon geschrieben worden, dass die Verordnung „vom überwiegenden Teil der Bevölkerung begrüßt und mit Genugtuung aufgenommen“ worden sei. Dann hieß es jedoch weiter: „Nur in geringem Umfange, vor allem in katholischen und bürgerlichen Kreisen, wurden einzelne Stimmen des Mitleids laut. Vereinzelt wurde auch von ‚mittelalterlichen Methoden‘ gesprochen.“ In diesen Kreisen werde auch befürchtet, es könnten die Deutschen im feindlichen Ausland mit einem Hakenkreuz gekennzeichnet werden.

„Schämt Euch!“

Dieses Bild wird durch andere Zeugnisse jedoch nicht gestützt. Klemperer zitiert am 22. September einen Brief aus Berlin, in dem es geheißen habe: „Die Passanten sympathisieren mit den Sternträgern.“ Es seien Kinder, die hinter einem solchen Sternträger her höhnen „Jude“, notierte schon drei Tage vorher Ruth Andreas-Friedrich den auf einem Spaziergang in der „Reichshauptstadt“ gewonnenen Eindruck und fährt dann fort: „‚Schämt Euch!‘ schnauzt Andrić zwei solcher Lümmel an und haut ihnen, ehe sie sich’s versehen, ein paar rechts und links um die Ohren. Die Umstehenden lächeln zustimmend. [...] Gott Lob und Preis! Das Gros des Volkes freut sich nicht über die neue Verordnung. Fast alle, die uns begegnen, schämen sich wie wir.“ Auch die Kinder seien keine Antisemiten. Doch machten sie sich einen kostenlosen Spaß. Die Nazigegnerin, die zu den Gründern einer Widerstandsgruppe gehörte, täuschte sich jedoch nicht darüber, was dieser Stern ankündete: „Er leuchtet voran auf dem Weg in die Finsternis“.

Ähnliche Beobachtungen machte Victor Klemperer in den Straßen Dresdens. Als er, da sich Juden in Verkehrsmittel nur noch auf dem Perron aufhalten durften, von dem Fahrer angesprochen wurde, hörte er: „Ganz gut, Ihr Zeichen, da weiß man, wen man vor sich hat, da kann man sich mal aussprechen!“ Es werde so nicht bleiben, vielleicht noch zwei, höchstens vier Jahre. (25. September) Und als er bei einer Gemüsehändlerin nicht nur Rettich kaufen kann, sondern gar Tomaten und Zwiebeln erhält, schreibt er: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ (4. Oktober) Dann erlebt er doch die Anpöbelung durch junge Buschen in der Uniform der Hitlerjugend, die ihn bei einem Einkauf johlend verfolgen. (1. November)

Was nach Gottes Geboten Sünde sei, hatten auch die evangelischen und katholischen Christen, Pfarrer und Laien, zu entscheiden, die in ihren Kirchen nun jenen „Sternträgern“ begegneten, die zum christlichen Glauben konvertiert und Kirchgänger waren. Das Thema beschäftigte den Sicherheitsdienst, der darüber am 24. November ausführlich berichtete. Demnach hatten Nazis unter den Christen ihren Hirten erklärt, dass sie nun mit den Juden nicht mehr gemeinsam am Gottesdienst teilnehmen könnten. Eine Breslauer Vikarin, die der Bekennenden Kirche angehörte, hatte hingegen wider solche Ausgrenzung mit der Bibel argumentiert und in einem Flugblatt geschrieben, dass auch die Juden ein Heimatrecht in der Kirche besäßen. Darauf folgten praktische Vorschläge bis hin zu der Idee, es könnten aufrechte Gemeindemitglieder die „Judenchristen“ zum Gottesdienst von ihren Wohnungen abholen. Doch traten die Oberen der schlesischen Kirchenprovinz dem nicht bei, gedrängt von der Nazipartei und deren Aktivisten in den eigenen Gemeinden.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz der Katholiken, Kardinal Adolf Bertram, sah sich ebenfalls zu einer Stellungnahme gezwungen, lehnte aber jede Anordnung eines einheitlichen Verfahrens für alle Gemeinden ab. Sondergottesdienste für Juden sollten vermieden werden, sofern nicht ein Druck dazu zwinge, der dann zu einvernehmlichen Lösungen mit den Betroffenen führen solle. Er erinnerte an das Versprechen des Paulus: „Wer an ihn, Christus, glaubt, wird nicht zu Schanden werden.“ (Römer, 10, 11) Und der Wiener Kardinal Innitzer, von dem im Bericht des Sicherheitsdienstes geschrieben wurde, dass er die Kennzeichnung der Juden ablehne, hätte verlauten lassen, dass für „Rassenunterschiede“ in der Kirche kein Platz wäre.

Abtransport nach Osten

Während die Juden in deutschen Städten vermieden, sich, wenn unerlässliche Besorgungen sie dazu nicht zwangen, auf Straßen und Plätzen bei Tageslicht noch sehen zu lassen, ihnen auch der Besuch von Gaststätten, besonderen Stadtbezirken und von Parkanlagen bereits verboten war, wurden 1000 und mehr Kilometer östlich von ihnen die Juden auf Straßen und Plätze befohlen und abtransportiert, um unweit in Wäldern erschossen zu werden. Seit nahezu drei Monaten, beginnend mit dem Einfall in die Sowjetunion, war das Judenmorden mit dem Ziel in Gang gesetzt, sie restlos auszurotten. So unbestimmt die Nachrichten anfangs waren, die in das Reich gleichsam einsickerten, so viel Furcht, Grauen und Entsetzen erregten sie. Das war die Situation, als Mitte Oktober 1941, einen Monat nach der Verordnung über die Kennzeichnung, die Deportation der Juden aus deutschen Städten „nach dem Osten“ begann.

Die besaß eine Vorgeschichte schon in den Jahren 1939 und 1940, als Juden aus Pommern, namentlich aus Stettin und Schneidemühl sowie aus Wien in den äußersten Südosten des Generalgouvernements, die Gegend um Lublin, verbracht worden waren. Da ließ sich noch nicht erkennen, dass dem ein Generalplan zur Verschleppung aller Juden aus dem „Großdeutschen Reich“ folgen werde. Doch seit diesen ersten Transporten drängten die Gauleiter der Nazipartei, die zugleich die Funktion des Reichsstatthalters erhalten hatten, darauf, dass die in ihrer Region lebenden Juden ebenfalls „abgeschafft“ wurden. Baldur von Schirach, Gauleiter von Wien, hatte bereits Anfang 1941 vom „Führer“ die Zusage erhalten, dass die Stadt bevorzugt „judenfrei“ werden würde.

Im Herbst 1941 waren die Rollen bei der Erfassung und Sammlung der Juden in Lagern, ihrem Abtransport auf dem Schienenweg und die Bewachung der Züge zwischen der Sicherheits- und Ordnungspolizei verteilt und die Einzelheiten bis zur Übernahme der Kosten geregelt. Zu Abgangsorten der Transportzüge wurden Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Kassel, Stuttgart, Nürnberg, München, Wien, Wrocław (Breslau), Prag und Brno (Brünn) bestimmt. Die Polizeikräfte erhielten Unterstützung durch „handfeste“ SA-Leute. 250 von ihnen kamen am 19. Oktober allein in Frankfurt am Main zum Einsatz und wurden zu diesem Zweck – wie schon 1933, als es um die Verhaftung politischer Nazigegner ging – zu Hilfspolizisten erklärt. Damit ihnen keines der Opfer entging, wurde am 23. Oktober ein alle Juden betreffendes Auswanderungsverbot verhängt, womit sich die Hoffnungen der vielen zerschlugen, die im Kampf gegen bürokratische und andere Hürden im Reich und jenseits seiner Grenzen auf irgendeinem Wege über ein neutrales Land ihren Peinigern noch hatten entkommen wollen.

Da befanden sich die ersten Eisenbahnzüge, in die jeweils 1000 Juden gepfercht wurden, schon auf dem Wege und einige an ihren Zielen. Im Ghetto in Litzmannstadt, wie das okkupierte polnische Łódź hieß, trafen zwischen dem 16. Oktober und dem 4. November 1941 20 Transporte mit insgesamt 1.9837 Juden aus dem „Altreich“ und aus dem angeschlossenen Luxemburg ein. Die beiden anderen Zielorte dieser ersten Transportwelle waren die belorussische Hauptstadt Minsk und das litauische Kowno (Kaunas). Nicht alle gelangten dort bis in die Ghettobezirke, Tausende wurden bereits kurz nach ihrer Ankunft niedergeschossen. Goebbels beschrieb in seinem Tagebuch das Geschehen so: „Die in den Städten des Generalgouvernements freiwerdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern.“ Im Klartext: Die Ghettos waren die Endstationen auf den Wegen zu den Mördern.

Für die im Reichsgebiet noch nicht in die Sammellager und zur Deportation Befohlenen folgte auf den Schock des „Judensterns“ die bange Frage, wann sie an die Reihe kämen. Im November schilderte Klemperer das Eintreffen der Nachrichten von den Deportationen und deren Wirkungen. „Die Verschickungen nach Polen nehmen ihren Fortgang, überall unter den Juden tiefste Depression.“ Die einen sind schon in den Selbstmord geflohen, andere erwägen ihn für den Fall, sie werden in das Sammellager befohlen. Beraten wird, wie sich eine ausreichende, das heißt todbringende Menge von Veronal beschaffen lässt. Am 28. November notiert Klemperer: „Man weiß nichts Genaues, nicht, wen es trifft, nicht wann noch wohin. Täglich Nachrichten aus verschiedensten Städten, Abgang großer Transporte, Sistierungen, dann wieder Abgang, mit Sechzigjährigen, ohne Sechzigjährige – alles scheint Willkür. München, Berlin, Hannover, Rheinland [...] Alles schwankt, man wartet von Tag zu Tag.“ Tatsächlich waren das Programm und die Schritte der Judenmörder von den Ereignissen an der Ostfront nicht unabhängig, und die Nachrichten von dort ließen schwache Hoffnungen entstehen, dass für einige Zeit mit einem Aufschub der Transporte zu rechnen sei. Was aber bedeutete der Aufschub um eine Woche? Einen Monat? Was war gewonnen? Kardinal Innitzer in Wien, notierten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, forderte die Katholiken auf, für ihre deportierten Glaubensgenossen zu beten.

Vollstrecker und Gehilfen

Mit dem Beginn der Politik, die das Reich „judenfrei“ machen sollte und die eine neue, die letzte Etappe der Judenverfolgung eröffnete, wurde eine zunehmende Zahl von Deutschen in dieser oder jener Form zu Vollstreckern und Gehilfen des Verbrechens. Dazu gehörten in erster Linie die Männer der Sicherheits- (Gestapo) und Ordnungspolizei, sodann die Nazifunktionäre, die in den Sammella-

gern kontrollierten, ob sich die Juden strikt an die Weisungen über die Mitnahme von Sachen gehalten hatten. Des Weiteren die Mitarbeiter der Finanzämter, welche die Hinterlassenschaft der Verschleppten übernahmen, registrierten und an Versteigerer weiterleiteten. Von den Mitarbeitern in Banken und Sparkassen und auf den Ämtern, auf denen Lebensmittelkarten verteilt wurden, waren „nur“ die Namen aus Personenlisten zu streichen. Dazu sind die beteiligten Eisenbahner zu rechnen, Lokführer und Heizer, auch jene, die an den Bahnsteigen und Geleisen für „Ordnung“ sorgten und die Weichen stellten. Sie wurden im mindesten Fall Mitwisser. Und wenn sie auch nicht darüber informiert waren, wie es um die Überlebenschancen der Juden an ihren Ankunftsorten stand, sie wussten oder ahnten doch so viel, dass keiner von ihnen mit denen tauschen wollte, die „nach dem Osten“ verfrachtet wurden.

In einer Rundfunkrede, mit der sich Thomas Mann im September 1941 an „deutsche Hörer“ wandte und die vom britischen Rundfunk gesendet wurde, bezeichnete er, was den Polen und den Juden angetan werde, als Gründe, „aus denen es allerdings kein Vergnügen sein wird, nach diesem Kriege ein Deutscher zu sein“. Zwei Monate später kam er auf diese Aussicht zurück: „Das Unaussprechliche, das in Russland, das mit den Juden und Polen geschehen ist und geschieht, wisst ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls Unaussprechlichen, dem ins Riesenhafte heranwachsenden Hass, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muss.“

junge Welt, Montag, 19.09.2011, S. 10.

Sichere Nachrichten

Rudolf Vrba floh im April 1944 aus Auschwitz, erstattete Bericht und hoffte auf Konsequenzen: eine Buchvorstellung in Berlin

Als die deutschen Eroberer 1939 die Tschechoslowakei zerschlugen und aus dem östlichen Landesteil ein eigener Staat, die von Klerikal-Faschisten regierte Slowakei, wurde, änderte sich das Leben des Schülers Walter Rosenberg einschneidend. Als Jude des Gymnasiums in Bratislava verwiesen, verdingte er sich als Hilfsarbeiter, floh nach Ungarn, wurde in Budapest ergriffen und zurück in die Slowakei gebracht. In ein für Juden bestimmtes Lager. Er floh wieder, wurde erneut gefasst und 1942 ins KZ Majdanek im besetzten Polen verschleppt. Von hier wurde er nach Auschwitz deportiert, war Häftling im sogenannten Stammlager, dann Zwangsarbeiter im Buna-Werk (Auschwitz III) und schließlich in Auschwitz II-Birkenau mit seinen Gaskammern.

Er hatte das Glück, Aufgaben zugeteilt zu bekommen, die ihm die Chance zu überleben und schließlich im April 1944 zur Flucht boten. Die nutzte er, der hinreichend Energie bewahrt hatte, entschlossen, sich den Mördern nicht auszuliefern. Er entkam mit einem Kameraden, Alfred Wetzler, Jude wie er, aus dem westslowakischen Trnava stammend.

Nach ihrer abenteuerlichen Rückkehr in die Slowakei erstatteten beide den Führern einer zionistischen Organisation in Wort und Schrift Bericht. Dort erhielt Walter Rosenberg eine falsche Identität und den für deutsche Zungen schwer aussprechbaren Nachnamen Vrba, dazu den geläufigen Vornamen Rudolf. Er hat diesen Namen bis zu seinem Tode 2006 nicht abgelegt.

Das Zeugnis der beiden wurde nach strenger Kontrolle für verlässlich befunden und ging als Vrba-Wetzler-Report in die Geschichte ein. Der Text gelangte nach Ungarn, auf Umwegen in die Schweiz, in den Vatikan und wurde schon 1944 in den USA im Wortlaut veröffentlicht. Den einen mochte sein Inhalt noch unglaubwürdig erscheinen, führende Politiker fanden bestätigt, was sie vorher schon erfahren hatten: Die Juden, die sich im Zugriff der deutschen Eroberer befanden, wurden ausgemordet.

Der Gebrauch, der von diesem Bericht gemacht wurde, kam Vrba bitter an, hatte er doch gehofft, seine Warnung werde mobilisierend wirken, die Opfer würden sich im Wissen um das ihnen bestimmte Los zur Wehr setzen und jene Haltung einnehmen, die er bezogen hatte. Die Untätigkeit der jüdischen Führer enttäuschte ihn genauso wie die der Alliierten, denen seit 1941/1942 sichere Nachrichten über den Massenmord vorlagen.

Nach dem Krieg studierte Vrba Biologie und Chemie, wurde Professor der Pharmakologie in Vancouver. Weltbekannt wurde er durch sein Buch „I cannot forgive“ („Ich kann nicht vergeben“, mit Alan Bestic), das 1963 in London erschien. Der Titel bezog sich auf die Mörder, deren Helfer, aber auch auf all jene, die Vrba der Untätigkeit und des Versagens für schuldig ansah, darunter Führer des Judentums, insbesondere in Ungarn – eine Haltung die wohl dazu beitrug, dass seine Zeugenschaft im Jerusalemer Eichmann-Prozess nicht gefragt war. Anders im 1. Auschwitz-Prozess 1963 in Frankfurt am Main, in dem auch Wetzler auftrat, und in weiteren Gerichtsverfahren gegen Judenmörder in der Bundesrepublik. Dort erschien 1964 auch die deutsche Ausgabe seiner Erinnerungen.

Seit einem Jahr liegen sie neu übersetzt in dritter Auflage vor, versehen mit Kommentaren, Erläuterungen, Korrekturen von Irrtümern, die Ergebnisse der Auschwitz-Forschungen ermöglichten. Das nahezu vergriffene Buch wurde am Dienstag in der Berliner Gedenkstätte Topographie des Terrors von den Herausgebern Dagi Knellessen und Werner Renz vorgestellt. Die Regie des Abends hatte Wolfgang Benz. Wie üblich lenkte er die Debatte gemeinsam mit dem Publikum auf wesentliche Fragen: Was konnten die Verfolgten ihren Jägern wirklich entgegensetzen, was die Alliierten den Plänen und Verbrechen der deutschen Antisemiten? Dazu kamen Fragen nach Vrbas Motiven, der Reichweite und den Grenzen seiner Zeugenschaft und deren Platz im Verhältnis zu Berichten anderer durch die Flucht aus Auschwitz entkommener Juden und Nichtjuden; Schriften und Mitschriften, von denen manche im Archiv der Gedenkstätte Auschwitz noch unveröffentlicht aufbewahrt werden.

Rudolf Vrba: Ich kann nicht vergeben – Meine Flucht aus Auschwitz. Schöffling Verlag, Frankfurt/Main 2010, 528 S., 28,00 Euro.

junge Welt, Freitag, 30.09.2011, S. 12.

Gedankliche Nacht

Sozialpsychologen über das Befinden von Deutschen unterm Hakenkreuz und Bundesadler

Warum werde ich beim Lesen mancher Bücher über Geschichte den Verdacht nicht los, dass – ähnlich wie im „Fall Götz Aly“ – ihre Autoren vom Leben eines Reparaturschlossers, der den Betrieb am Sonntag erst verlassen durfte, wenn alle Maschinen für die Rüstungsproduktion des folgenden Tages in Takt waren, oder vom Dasein einer Bäuerin, die in Stall und auf dem Feld schuftete, während ihr Mann „Russland“ erobern sollte, keine Ahnung haben? Das ist kein Vorwurf mangelnden Erinnerungsvermögens an die Verfasser des hier anzuzeigenden Buches. Der älteste wurde sechs Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus geboren, der jüngste, als in der Bundesrepublik die Aufregung schon abgeebbt war, die im Jahr 1968 erzeugt wurde. Die Generationen der Nachgeborenen schreiben inzwischen Geschichte.

Zähe Legenden

Doch manche ihrer Angehörigen könnten sich zuvor ein wenig mit dem Alltag der Millionen Industrie- und Landarbeiter, Bauern, Handwerker und kleinen Kaufleute befassen. Es gibt darüber lesenswerte Abhandlungen, nicht so reich an Zahl wie die Publikationen, in denen das Bild vom Leben der Massen wieder und wieder auf Feste, Aufmärsche, Kundgebungen, dem ganzen Rummel, neudeutsch: „Events“, auf geschönte Bilder, die der Manipulation dienten, gleichsam eingedampft und so die Legende von der „Volksgemeinschaft“ weiterverbreitet wird. Deren Verfasser halten auch diesen Begriff für tauglich, die vermeintliche Eintracht der Deutschen unter dem Hakenkreuz zu charakterisieren, womit eine sprachliche Anleihe genommen wird ähnlich jener, die beim Begriff Nationalsozialismus beständig erfolgt. Zur Erinnerung: „Volksgemeinschaft und Verbrechen“ lautete der Untertitel der Ausstellung des Deutschen Historischen Museums 2010. „Volksgemeinschaft“ bevorzugen auch die Forscher, die an der Leibniz-Universität Hannover in der „Arbeitsgemeinschaft Politische Psychologie“ zusammenarbeiten. Sie glauben offenkundig an die Existenz dieser Gemeinschaft. Daran ändert auch die Einschränkung nichts, die sich im Beitrag „Der faschistische Einheitstrick“ findet und lautet: „... die soziale Realität war von Ausgrenzung gekennzeichnet, vom Fortbestand sozialer Ungleichheit etwa in Bezug auf die Reallöhne als auch von neuen Ungleichheiten, die sich aus der rassistischen Politik ergaben.“ Wie es sich für einen Lehrbeauftragten einer deutschen Hochschule gehört, reduziert sich bei ihm die soziale Ungleichheit auf den Lohn. Vom Eigentum soll die Rede nicht sein, es könnte der „Nationalsozialismus“ – das Regime heißt, wo es bezeichnet wird, „eine terroristische Führer-Diktatur“ – sonst als eine staatlich-politische Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft erkennbar werden.

Der Band der Sozialpsychologen wird mit dem Versprechen angekündigt, es werde in ihm auf drei Fragen geantwortet: „Was machte die Idee der Volksgemeinschaft und den Antisemitismus für die Menschen im Nationalsozialismus so attraktiv? Wie wurden sie zu Tätern und Täterinnen? Wie wirken sich NS-Gefühlserbschaften noch in den nachfolgenden Generationen aus?“

Der Reihe nach: Woher wissen die Autoren, dass es vor allen anderen diese eine Idee war, die das Regime anziehend machte? So wenig Ideen unter den Attraktionskräften vernachlässigt werden können: Wie war das mit dem Versprechen einer Zukunft ohne Arbeitslosigkeit? Wie mit dem, den Frieden zu halten, weil nichts das Leben eines deutschen Soldaten wert sei? Die Historiker sprechen vom Verhältnis der Millionen zur Führung nicht als der Volksgemeinschaft, sondern meist von Massengefolgschaft und analysieren die Faktoren, rationale wie irrationale, die zu ihrer Formierung, Stabilität und Dauerhaftigkeit führten. Sie sind darüber nicht eines Sinnes. Doch gibt das keine Rechtfertigung, an ihren Arbeiten vorbeizugehen.

Sodann: „die Menschen im Nationalsozialismus“. Das kann nicht meinen: Juden, Nazigegner, aus verschiedensten Gründen Benachteiligte. Dennoch bevorzugen die Autoren – wieder wie die Berliner Ausstellungsmacher – den Begriff „die Deutschen“. Ungeachtet der Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen dieses Regime stützte, stellt die Kennzeichnung in dieser Verwendung nicht nur eine unzulässige Verallgemeinerung dar. Sie erfüllt auch den Zweck, über Klassen, Schichten,

Gruppen und jegliche Fraktionen und ihr Verhältnis zum Faschismus nicht reden zu müssen. So wird gedankliche Nacht hergestellt, eine tiefe, in der die Katzen nicht grau, sondern schwarz sind.

Und weiter: „Wie wurden sie zu Tätern?“ Wer? „Die Menschen im Nationalsozialismus“. Die Geschichtswissenschaft, in der die Täterforschung anhaltend Konjunktur hat, trifft zwischen „den Menschen“ Unterscheidungen von der Tatbeteiligung am Morden bis zu seiner Billigung oder Hinnahme. Und sie sucht die Ursache nicht in erster Linie in der Psyche der Menschen, seien es Individuen oder Kollektive, wiewohl die immer beteiligt ist, sondern in den Zuständen, in denen sie herangewachsen, erzogen, abgerichtet usw. worden sind und handeln. Sie fragt: Welche Gesellschaft, welcher Staat schufen Platz für Massenmörder, den Typen an den Schreibtischen, denen in Konzentrations- und Vernichtungslagern und jenen an den Gruben in den Wäldern Osteuropas? Was wäre aus Eichmann, was aus Höß, aus Sandberger, aus Rauff und Tausenden und Zehntausenden anderen Deutschen und Österreichern geworden, hätte die Geschichte ihrer Länder nicht zum 30. Januar 1933 oder 12. März 1938 geführt? Wie würden ihre Biographien ohne die Chancen ausgesehen haben, die ihnen aus und nach diesen katastrophalen Umbrüchen erwuchsen? Das Buch lässt nicht erkennen, dass seine Autoren sich diese Frage je gestellt hätten.

Zerrbilder

Die Täterforschung begannen nicht die Historiker, sondern schon die Juristen in Nürnberg. Und sie setzte sich in allen Staaten fort, in denen oder deren Landesteilen deutsche Besatzer wüteten, mitunter von Kollaborateuren unterstützt. Aus Ermittlungsverfahren und Verhandlungen vor Gericht gingen Dokumente hervor, die nicht unbeachtet bleiben können, wiewohl sie zu erheblichem Teil von den Versuchen zeugen, die Köpfe der Angeklagten aus der Schlinge zu ziehen. Für Historiker und Psychologen warten da Quellen die Menge, nicht wenige sind von Zerfall oder Vernichtung bedroht.

Schließlich: „die NS-Gefühlserbschaften“ und deren Auswirkung in „in den nachfolgenden Generationen“. Da geben die Autoren ihr Bild von der Geschichte der „unbewältigten Vergangenheit“ der Deutschen. Auf Verallgemeinerung spezialisiert, haben sie Unterschiede in den Abläufen in den beiden deutschen Staaten nicht zu erkennen vermocht. Das passt ganz in den modischen Trend, der die Geschichte West und die Geschichte Ost partiell parallelisiert, wenn das mancherlei politischen Zwecken dienen kann. So wird flott von „dem deutschen Umgang mit dem Nationalsozialismus“ geschrieben. Dieser hat sich irgendwie aus dem Befinden wiederum „der Deutschen“ entwickelt. Wie deren psychologische Situation geschildert wird, kann hier nicht diskutiert werden. Doch erscheinen die Reaktionen auf das Erlebte und vor allem die Niederlage durchweg als emotionale Vorgänge. Soziale, materielle Vorteils- und Nachteilskalküle, und die waren massenhaft, werden am Rande erwähnt. Und wiederum sind es alle Deutschen, die quasi im Gleichschritt – Selbstkritik und Selbstvorwürfe vermeidend, Scham. Schande und Trauer abwehrend – ihren Weg durch die Geschichte fanden. Dabei hatten sie in Wahrheit doch sehr verschiedene Biographien durchzuarbeiten. Was sich in den Beiträgen wiederholt, ist das Absehen von gesellschaftlichen Bedingungen und vom Dirigat, unter dem sich der Prozess vollzog. „Kriegsverbrecher“ – das waren doch ganz wenige. Und die „Waffen-SS“ – Soldaten wie andere auch. Das ist original Adenauer. Das hat „den Deutschen“-West Wege für ihre gedankliche und emotionale Verarbeitung versperrt und andere eröffnet und gewiesen.

Ein Irrtum aus einer Rezension soll noch berichtigt werden: Da war die Rede davon, der Band gebe „Laien (einen) verständlichen Überblick über die sozialpsychologische Forschung“. Die Bekanntheit mit Begriffen wie „narzisstische Kränkungen“ und „kindliche Traumata“ reicht nicht hin, erforderlich sind Vorstellungen zu „spezifische Produktionsregeln“, „Bemächtigungshaltung“, „kollektive Phantasma“, „humanspezifische Potentiale“, „Ich-Entleerung“ u. a. Und zu den Wortschöpfungen, von denen man nicht wünscht, dass sie auch nur in die Sprache der Wissenschaft eingehen, gehören die „Tätereltern“.

Markus Brunner/Jan Lohl/Rolf Pohl/Sebastian Winter (Hrsg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus – Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Psychosozial-Verlag, Gießen 2011, 252 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 08.10.2011, S. 15.

Kein Einpersonenstück

Adolf Eichmann – Mittäter oder Motor des Massenmordes an den Juden?

Der 50. Jahrestag des Beginns des Prozesses gegen Adolf Eichmann hat ein Echo nicht nur in der Tagespresse gefunden. Die Publikationen über den Chef des sogenannten Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt mit dem Sitz in der Berliner Kurfürstenstraße wurden um weitere vermehrt. Dabei ist seit 2000 jedes Jahr mindestens ein Buch erschienen oder wieder aufgelegt worden, das sich mit dem Massenmörder befasst. Geschrieben und veröffentlicht wurden sie in den USA, Israel, Großbritannien, Frankreich, Argentinien, Deutschland und Österreich.

Die Verfasser waren nicht immer Spezialisten der Geschichtswissenschaft, unter ihnen befanden sich auch Autoren, die heute über dieses und morgen über ein anderes Thema publizieren. In den USA erschien 2009 ein Roman unter dem Titel die „Jagd auf Eichmann“. Nachdem einschlägige in Archiven befindliche Akten freigegeben wurden, konnten sich Forschungen auch der Rolle der CIA bei der Fahndung nach Naziverbrechern zuwenden. Und deren Spur führte wiederum in die Bundesrepublik zum BND. Der ließ erst nach juristisch erlangter Aufforderung die Einsicht in seine Konvolute zu, jedoch erkennbar unvollständig.

In diesem Jahr ist die Druckfassung eines Gesprächs hinzugekommen, das Hannah Arendt und Joachim Fest vor Rundfunkmikrofonen führten und das am 9. November 1964 gesendet wurde, als sich die in den USA entbrannte Kontroverse über ihr Buch „Eichmann in Jerusalem“ schon im Abklingen befand. Dem Band ist der Briefwechsel von Hannah Arendt und Fest zwischen 1964 und 1973 angefügt, dazu vier Texte mit dem Für und Wider der „Arendt-Kontroverse“. Wer dies heute wieder oder zum ersten Mal liest, mag sich über die ausgelassenen Fragen wundern.

Die Versuche, Eichmann zu entschlüsseln und ihn an einem historischen Ort zu platzieren, führten nicht weiter als in den bürokratischen Staatsapparat des Naziregimes und zu Erörterungen über die bis dahin bekannten Typen von Mördern, in die er und seine Komplizen sich nicht einordnen ließen. Die allgemeinen gesellschaftlichen und machtpolitischen Voraussetzungen und Bedingungen, die für diesen Mann und seine Rolle erst einen Platz schufen, blieben außer Betracht, ebenso die Beziehungen zwischen Krieg, Kriegsendzielen und dem Massenmorden. Dazu passt der Buchtitel, „Eichmann war von empörender Dummheit“, der Arendt zitiert und ebenso so misszuverstehen ist wie ihre Wendung von der „Banalität des Bösen“.

Autorin der zweiten hier anzuzeigenden Publikation ist gleichfalls eine Philosophin. Bettina Stangneth hat sich mit dem „radikal Bösen“ bei Kant befasst und benennt als Schwerpunkt ihrer Arbeit die „Lügentheorie“. An Eichmann interessierten die Autorin insbesondere dessen Selbstinszenierungen, zuerst jene in den Zeiten, da er der Obersturmbannführer und Judenreferent im Reichssicherheitshauptamt war, sodann deren Fortsetzung in der Gesellschaft von Nazis in Argentinien, denen er seine Geschichte erzählte und ausmalte, und schließlich – der berechnete Wechsel – seine Auftritte als Gefangener und Angeklagter in Israel. Das Buch ist Frucht einer Kärrnerarbeit, von der die Autorin am Ende schreibt, sie möchte sie anderen nicht noch einmal zumuten.

Im Zentrum der Forschungen Stangneths stand der Vorsatz, das Bild Eichmanns von Verzeichnungen und Legenden zu befreien, die sich namentlich in Westdeutschland behauptet haben. Das erforderte eine Polemik auch gegen die Sicht Hannah Arendts auf den Massenmörder, die ihn als einen funktionierenden Mitmacher charakterisierte. Sie sei mit anderen dessen verlogenem Selbstbild vom bloßen „Befehlsempfänger“ und „kleinen Rädchen“ aufgesessen, mit dem Eichmann seinen Kopf zu retten hoffte. Dieses Zerrbild hätte deshalb so weite Verbreitung gefunden, weil es für alle brauchbar war, die ihr eigenes Tun und Lassen mit den gleichen faulen Ausreden einzunebeln suchten. Allerdings war schon in Jerusalem 1961, bei aller Verteufelung Eichmanns, auch nachgewiesen worden, dass er ein Mann von eigener Initiative und ein Motor im Prozess des Judenmordens war. Der Autorin Befund stützt sich auf eine akribische Durchsicht der geschriebenen und gesprochenen, da in Transkripten und auf Tonbändern überlieferten Texte, die sogenannten Argentinien-Papiere.

Eichmann leitete im Nazireich eine Karrieresucht, die er durch Erfolge beim Judenmorden zu befriedigen suchte, gepaart mit einem Geltungshunger, der ihn noch in Südamerika im Kreis der „alten Kameraden“ beherrschte. Stangneth gerät jedoch in einen unkontrollierten Galopp, wenn sie konstatiert, dass er „eine bekannte Figur des Dritten Reiches war“. Das ist eine weite Übertreibung.

Wer sich mit Eichmanns Biografie befasst, kommt unvermeidlich auf die Frage, warum der Mann – dessen Flucht- und Aufenthaltsort nicht nur Geheimdienste kannten – nach der Zerschlagung des Regimes nahezu anderthalb Jahrzehnte unbehelligt leben konnte. Stangneths Antwort ist klar: Weil es in der Bundesrepublik in maßgeblichen Kreisen kein Interesse gab, den Mann zu ergreifen und vor Gericht zu stellen, denn er hätte dort Unerwünschtes „auspacken“ können. Sie trifft mit der Feststellung ins Schwarze: „Eichmann vor Jerusalem ist kein Einpersonenstück und auch keine argentinische Affäre.“ Bei der Aufklärung der in der Bundesrepublik spielenden Akte dieses Stückes ist der Schlusspunkt noch nicht gesetzt.

Hannah Arendt/Joachim Fest: Eichmann war von empörender Dummheit. Gespräche und Briefe. Hrsg. Ursula Ludz u. Thomas Wild. Piper, München 2011. 206 S., geb., 16,95 Euro.

Bettina Stangneth: Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Arche, Zürich 2011. 656 S., geb., 39,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 10. November 2011, S. 17.

Viel Geschrei und wenig Wolle

Timothy Snyders Entdeckung der „Bloodlands“

Wenn man auf der ersten Seite der Einleitung zu einem Buch über europäische Geschichte liest: „... die meisten Europäer des Jahres 1914 genossen für den Rest ihres Lebens keinen vergleichbaren Wohlstand mehr“, fragt man sich, was der Autor vom Leben beispielsweise eines französischen Bergarbeiters oder eines ostelbischen Landarbeiters und anderer Ausgebeuteter weiß, die 1964, siebzigjährig, sich ihrer Jugend und des Jahres erinnern mochten, da der Erste Weltkrieg begann. Eine Einladung zum Weiterlesen ergibt das nicht. Doch der Band handelt von den Beiden, deren Namen am häufigsten genannt werden, wenn von der Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschrieben wird: Hitler und Stalin.

Dass deren Rollen zueinander in Beziehung gesetzt werden, ist nicht neu und hat seine Berechtigung vor allem darin, dass der eine den Staat vernichten wollte, an dessen Spitze der andere stand, und sodann, weil Stalins Armeen mehr als alle anderen zum Sieg über Hitler beisteuerten. Bei Timothy Snyder, einem Professor der Yale Universität, sind es jedoch nicht diese Fakten, die im Zentrum der Betrachtung stehen. Er hat auf dem alten Kontinent die Bloodlands entdeckt, eine Zone, die er zwischen Berlin und Moskau eingrenzt und Territorien Polens, der baltischen Staaten, Weißrusslands, der Ukraine und Russlands umfasst. Was zwischen den Jahren 1933 und 1945 in ihr geschah, fasst er in den Begriff „Zeitalter des Massenmordens“. Dessen Aufkommen und Geschichte gilt ihm als Schöpfung der beiden Diktatoren. Wieder einmal sind es die großen Männer, in diesem Falle große Verbrecher, die Geschichte machen. Diese Sicht hatte die Historiographie eigentlich im Verlauf des 20. Jahrhunderts verabschiedet. Doch besitzt derlei Geschichtsdeutung den Vorzug, dass Verantwortung und Schuld aufs Äußerste eingedampft werden. Da danach auch in den gegenwärtigen Weltzuständen Nachfrage herrscht, ist die Restaurierung kein Wunder.

Die Entdeckung, dass es noch keine Geschichte der Bloodlands [gibt], – man muss die Vokabel in einem Dictionary nicht suchen und der Verlag vertraute bei der Übernahme des Originaltitels darauf, dass er für jedermann übersetzbar ist –, hat den Autor „verblüfft“. Er sah die Zeit gekommen, sie zu schreiben. Das ist, kündigt er an, keine Geschichte „aus der politischen Geographie der Imperien, sondern aus der menschlichen Geographie der Opfer“. Die Herangehensweise erinnert ein wenig an einen Kriminalisten, der glaubt, in der Anatomie durch die Betrachtung eines Getöteten Aufschluss über Täter und Tathergang gewinnen zu können. Snyder meint, überhaupt müsse die Geschichte, womit die Wissenschaft von ihr gemeint ist, „auf einer ganz neuen Grundlage aufgebaut“ werden. Seine „Methode“ beschreibt er so: Die Geschichte sei erkennbar, in ihr sei alternatives Handeln möglich und sie vollziehe sich chronologisch und müsse so auch dargestellt werden. So oder so ähnlich hatten sich Historiker die Sache schon seit langem gedacht. Die Schwierigkeiten beginnen jedoch gleichsam dahinter.

Chronologisch beginnt Snyder mit dem Ersten Weltkrieg, über dessen Ursachen er nichts zu sagen weiß. Merkwürdig liest sich seine Mitteilung, dass die Deutschen Lenin nach Petrograd „schickten“. Ebenso sein Urteil, der Vertrag von Versailles sei von „moralisierenden Siegern entworfen“ worden. Desgleichen die Version, die deutsche Republik von Weimar wurde in ihren Voraussetzungen nicht durch die Revolution erkämpft, sondern erklärt, „um bessere Friedensbedingungen zu erhalten“. Dann kommt der Autor auf Hitler, seine Vision und Rednergabe, seinen Charme und Vernichtungswillen, seine imperialen Pläne und auf nicht näher bezeichnete Konservative und Nationalisten, mit deren Hilfe er, auch von der Revolutionsangst unbenannter Kreise profitierend, Reichskanzler wurde. Dieser Buchauftakt erweckt Misstrauen gegenüber weiteren Deutungen Snyders. Demgegenüber fallen Tatsachenfehler, wie Hitler sei mit einem Parteiprogramm, das den armen Bauern Land versprach, Kanzler geworden, oder – später – er habe den am 23. August 1939 geschlossenen Pakt mit der UdSSR unterzeichnet, schon nicht mehr ins Gewicht.

Was Snyder über die sich aller Vorstellungskraft entziehenden Verbrechen schreibt, über die Millionen Ermordeten, Verhungerten und auf vielerlei Weise ums Leben gebrachten, die auf den Konten Hitlers und Stalins und deren Mittätern stehen, ist nicht neu. Er stützt sich auf die internationale

Forschung zur Topographie des Terrors, der Lager und Vernichtungsstätten und markiert seinen eigenen Beitrag dazu als gering. Was aber neu ist, ist falsch oder schief. Der im Juni 1941 beginnende Massenmord an den Juden im eroberten sowjetischen Gebiet, der Auftakt des Holocaust, war keine „Improvisation“ und nicht, wie behauptet, ein Ersatzplan für die Vertreibung hinter den Ural, zu dem nach dem Scheitern des Blitzkrieges gegriffen wurde. Mit dem Massenmordauftrag folgten die Einsatzgruppen der Wehrmacht, ihn verwirklichend, seit den ersten Kriegstagen einem Auftrag. Und ebenso wenig war Stalins „Großer Terror“ ein Vernichtungsfeldzug gegen Bauern und nationale Minderheiten allein und auch nicht in erster Linie.

Worauf Snyder zielt, ist die Untaten Hitlers und Stalins zu verzahnen, sie gleichen oder mindestens ähnlichen Motiven entspringen zu lassen und zwischen ihnen eine Beziehung herzustellen, die er modisch „Interaktion“ nennt. Auf dieser Linie liegt auch seine Behauptung, der Vertrag vom 23. August 1939 machte sie zu „Kriegsverbündeten“. Wie üblich wird dessen Vorgeschichte, die Außenpolitik der kollektiven Sicherheit ignoriert, der Name Litwinow taucht einzig bei seiner Ablösung auf. Stalin und Hitler, heißt es dann, ließen im September ihre Truppen „gleichzeitig“ in Polen einmarschieren. In welcher Absicht? Um – wieder eine Entdeckung – „eine Zerstörung der Aufklärung“ zu versuchen. (Da fehlt einige Kenntnis über das Polen Piłsudskis und seiner Nachfolger.) Den Gipfel erreicht diese Art von Beziehungsgeschichte mit der These, [Stalin] habe „in einem Muster kriegerischer Komplizenschaft“ mit eben diesem Hitler den Partisanenkampf befohlen, um die Deutschen zu Rachefeldzügen unter der zivilen Bevölkerung in den besetzten Gebieten anzustacheln.

Die marktschreierische Reklame des Autors, zu der eine etwa 800 Titel umfassende Bibliographie gehört, und die prophetische des Verlages („für Jahrzehnte das wichtigste Buch zum Thema“), erinnern an die anderthalb Jahrzehnte zurückliegenden Auftritte von Daniel Jonah Goldhagen und seine Entdeckung des „eliminatorischen Antisemitismus“ als Antrieb der Judenvernichtung. Wer redet davon heute noch? Ausgenommen Erforscher der Geschichte der Geschichtswissenschaft, die sich auf deren Wege und Irrwege begeben.

Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, C. H. Beck München 2011, 553 S.

Neues Deutschland, 13. Oktober 2011, S. 17.

„Achse Berlin – Rom“

Vor 75 Jahren begann die Bundesgenossenschaft zweier faschistischer Regime

Mit dem Begriff Achse verbindet die Mehrheit der Deutschen heute wohl ein Bauteil ihres PKW. Vor drei Generationen besaß dieses Wort jedoch eine andere, heute weithin vergessene politische Bedeutung. Gegeben wurde ihm dieser Inhalt von dem italienischen Faschistenführer Benito Mussolini, der am 1. November 1936 während einer Ansprache in Mailand von der „Achse Berlin – Rom“ sprach und damit die neu gewonnene Beziehung der beiden Diktaturen charakterisierte. Keine vier Jahre später befanden sich diese als Verbündete in einem Krieg, in dem sie auf Eroberungen aus waren, die Deutschen hauptsächlich im Osten Europas, die Italiener auf dem afrikanischen Kontinent. Deren Expansion auf dem „schwarzen Erdteil“ war der Impuls geworden, der zur Annäherung und zu einer Beziehung führte, die auf Dauer den Namen „Achse“ erhielt, eine Bezeichnung die Stabilität symbolisieren sollte.

Die Verwandtschaft der beiden Regime, des 1922 in Italien und des 1933 in Deutschland entstandenen faschistischen, hatte nicht sogleich zu deren Annäherung und Verbindung geführt, wiewohl für sie galt „gleiche Brüder, gleiche Kappen“. Da war vor allem die Erblast der Gegnerschaft im Weltkrieg, die umso schwerer wog, als das Königreich Italien 1915 aus dem sogenannten Dreibund, dem es mit dem Deutschen Kaiserreich und der österreichisch-ungarischen Monarchie angehört hatte, ausscherte und sich auf die Seite der Entente-Mächte Großbritannien und Frankreich schlug. Dieser Frontwechsel, von den deutschen Chauvinisten als schnöder Verrat gekennzeichnet, war ein Stachel, der tief saß. Zudem schwelte ein Konflikt zwischen dem Hitler- und dem Mussolini-Regime der Österreichs Zukunft betraf, das die deutschen Faschisten schon zu einem Teil des Großdeutschen Reiches bestimmt hatten, während die italienischen es als ihren selbständigen Verbündeten betrachteten. Kurzum, die politische Verwandtschaft der beiden Diktaturen schuf nicht automatisch ihr Bündnis. Es entstand jedoch als Resultat der expansionistischen Interessen, die sie verfolgten und von denen sie meinten, sie ließen sich gemeinsam leichter durchsetzen.

Seite an Seite

Den Wendepunkt hin zu einer Annäherung, die beide schließlich Seite an Seite in den Krieg führte, bildete der Eroberungszug Italiens, begonnen 1935 von seiner Kolonie Italienisch-Somalia 1935 aus, gerichtet gegen den selbständigen Staat Äthiopien, ein Mitglied des Völkerbundes. Der Kriegszug war erfolgreich. Doch bewirkte er eine Entfernung Italiens von seinen Weltkriegsverbündeten Großbritannien und Frankreich und eine Annäherung an Nazideutschland. Dessen Führer hatten ihre Chance sogleich gewittert und wahrgenommen, eine neue Beziehung zu Italien herzustellen und einen Bundesgenossen zu gewinnen. Aus der politischen Seelenverwandtschaft, die Hitler bei seinem Italien-Besuch 1934 bekundet hatte, wurde schrittweise eine politische, wirtschaftliche und schließlich militärisch-kriegerische Verbindung. Die kündigte sich bereits an, als die beiden faschistischen Staaten den Franco-Putschisten in Spanien halfen, in einem Bürgerkrieg an die Macht zu gelangen.

1936 wurde mit Rücksicht auf die imperialistischen Interessen Deutschlands und Italiens die Feindschaft aus Weltkriegstagen auf spanischem Boden begraben. Mussolini, der an Lebens- und Herrschaftsjahren ein wenig Ältere, mochte eitel glauben, dass er der Führer dieses Bündnisses sei. Dagegen sprach jedoch das ökonomische und demographische Übergewicht Nazideutschlands. In seinen Städten – München, Berlin und Essen – wurde Mussolini 1937 von Hunderttausenden begeistert begrüßt. Entlang der Straßen, die sein Wagen passierte, drängten sich die Massen und skandierten endlos: „Duce! Duce! Duce!“ Nach Jahren der vermeintlichen Demütigung und Isolierung hatten die Deutschen wieder einen Verbündeten. Sie hätten jedoch, als sie die Bilder Hitlers und Mussolinis bei Wehrmachtsmanövern in Mecklenburg sahen, bei denen die beiden Diktatoren die Feldherren gaben, sich denken oder doch ahnen können, wohin die Reise gehen sollte. Doch zu viele waren des Denkens schon entwöhnt.

Der Empfang des italienischen Diktators trog jedoch auch. Zwar wurde Italien in den folgenden Jahren für eine Minderheit ausgewählter KdF (Kraft durch Freude)-Urlauber zu einem Reiseziel. Doch diese wie viele Gesten der Freundschaft täuschten ehe darüber hinweg, dass die Wunden des Weltkrieges nur dürftig vernarbt waren und von einer Freundschaft, die Deutsche und Italiener verband, keine Rede

sein konnte. Der „Verrat“ von 1915 war nicht aufgearbeitet und die nationalistischen Deutschen fühlten sich den Südländern obendrein überlegen. Zwischen denen, die als Saisonarbeiter nach Deutschland kamen, um den als Folge der Landflucht und der Hochrüstung sich verschärfenden Arbeitskräftemangel zu kompensieren, und der einheimischen Bevölkerung bestanden kaum irgendwelche Beziehungen. Wie viel angestauter nationalistischer und rassistischer Dünkel gegenüber Italienern unter Deutschen fortlebte, wurde freilich erst offenbar, als im Urteil der deutschen Chauvinisten die Italiener als Verbündete auf den Schlachtfeldern versagten, in Griechenland 1940 wie auch in Afrika.

Zunächst aber ließen sich die neuen Beziehungen gut an. Der Begriff von der „Achse“ bürgerte sich im Reich ein. Mussolini genoss besonderes Ansehen, zumal er im Unterschied zu Hitler als Sportsmann galt und sich in Filmen mit nacktem Oberkörper als Erntehelfer präsentierte. Und dann, das wollte Hitler seinem „Freund“ in Rom nicht vergessen, hatte sich die italienische Politik gegenüber Österreich gewandelt. Der deutschen „Anschluss“-Politik wurden Hindernisse nicht mehr in den Weg gelegt. 1938 war das Alpenland liquidiert und „Großdeutschland“ geschaffen. Im Gegenzug hatte der „Führer“, entgegen dem lauthals verkündeten Programm, alle Deutschen in einem Reich zusammenzuführen, auf Südtirol verzichtet, den Landstrich jenseits der Alpen, den Italien als Kriegsbeute 1918 besetzt und ein Jahr darauf im Vertrag von St. German zugesprochen bekommen hatte und dessen Bewohner doch als Deutsche oder Deutsch-Österreicher galten.

Weltherrschaftswahn

Die Basis der Annäherung und des Bundes der beiden faschistischen Regime bildete weniger die hochgradige Verwandtschaft ihrer Ideologie und ihrer Innenpolitik, sondern vor allem in Rom wie in Berlin gehegte ehrgeizige, ja größenwahnsinnige Eroberungspläne. Dem Duce schwebten Bilder vor, die sich an der Ausdehnung und macht des römischen Imperiums orientierten, Pläne vom Mittelmeer als dem künftigen „Mare italiano“. Hitlers bevorzugte Richtung künftiger Eroberungen war der europäische Osten, Polen, das Baltikum, die Sowjetunion. In beiden Staaten wurde eine Hochrüstung der Streitkräfte betrieben. Italien unterwarf sich 1939 Albanien, Deutschland liquidierte nach Österreich die Tschechoslowakei. Propagandistisch präsentierten sich die Verbündeten als die jungen Staaten – im Unterschied zu den angeblich überalterten, altersschwachen Demokratien Europas –, denen niemand gewachsen sei.

Auf diesem von Aggressivität und Selbstüberschätzung gekennzeichneten, alle Einwände und Warnungen ignorierenden Weg gingen das Reich und Italien feste Verbindungen im Hinblick auf den bevorstehenden und von ihnen gewollten Krieg ein. Am 22. Mai 1939 wurde in Berlin von den Außenministern Joachim von Ribbentrop und dem Grafen Galeazzo Ciano der sogenannte Stahlpakt unterzeichnet, ein Sprachbild, das an jenes von der Achse erinnerte. Er bestimmte die Kriegsgenossenschaft auch im Falle, dass einer der beiden Staaten einen Krieg provozieren und beginnen würde. Da hatten die Deutschen den Angriff auf Polen bereits fest in Visier. Mussolini machte sich, wurde auch der Anschein der Gleichberechtigung gewahrt, zum Juniorpartner der deutschen Imperialisten.

Die Achse funktionierte nicht schon am 1. September 1939. Erst am 10. Juni 1940, da war der deutsche Westfeldzug bereits einen Monat alt und Frankreichs Niederlage stand bevor, erklärte Mussolini Großbritannien und Frankreich den Krieg. Diese Verspätung hatte das Ansehen des Verbündeten in Deutschland schon herabgesetzt. Seine Misserfolge bei dem auf eigene Faust begonnenen Krieg gegen Griechenland und in Nordafrika verstärkten es. Die „Freundschaft“ zwischen den Diktatoren hatte noch Bestand, die zwischen den Völkern war nie entstanden. Als Italien 1943 aus dem Krieg ausscherte, machten sich Gefühle der Missachtung und dazu der Rache unter Deutschen wieder ungehemmt geltend.

Wie die Hauptakteure auf der Achsenbühne endeten, ist von Hitler, Mussolini und Ribbentrop gut bekannt, Ciano, der 1943 der Absetzung des Duces zugestimmt hatte, sich aber nicht in Sicherheit brachte, wurde 1944 auf Weisung Mussolinis, seines Schwiegervaters, mit anderen Rebellen hingerichtet.

junge Welt, Sonnabend, 29.10.2011, S. 15.

Blutige Spur

Zum Erscheinen der „Ereignismeldungen UdSSR“

Einsatzgruppen – so hießen die Mörderschwadronen, die der deutschen Wehrmacht 1939 nach Polen und 1941 in die UdSSR auf deren Eroberungszügen folgten. Ihr Auftrag bestand nicht nur darin, im Hinterland der vordringenden Truppen Friedhofsruhe durch die Niederhaltung jedes Widerstands zu schaffen. Ihnen war befohlen, schon während des Feldzugs die Bedingungen für eine dauerhafte Herrschaft der Eindringlinge herzustellen. Denn nach den Zukunftsplänen der Nazis sollte aus dem eroberten Land eine Kolonie gemacht und deren „brauchbare“ Bewohner Arbeitssklaven werden.

Diese Einsatzgruppen „der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“ traten schon 1939 beim Überfall auf Polen in Aktion. Nun waren sie für den Krieg zur Liquidierung der UdSSR neuformiert worden. Sie setzten sich aus Angehörigen des Sicherheitsdienstes, der Geheim-, Kriminal- und Ordnungspolizei sowie der Waffen-SS zusammen. Deren oberster Befehlshaber war der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich.

„Geheime Reichssache“

In der Geschichte Europas und der Kriege, die auf dem Kontinent tobten, ist keine zweite Truppe auffindbar, die eine derartige Blutspur gezogen hätte. Ihre Opfer waren Männer, Frauen und Kinder, in überwiegender Zahl Juden, sowjetische Partei- und Staatsfunktionäre, politische Offiziere der Roten Armee, Menschen aus Behindertenanstalten und solche, die des Widerstands auch nur verdächtig waren.

Authentische Informationen von den Untaten dieser Gruppen waren im Kriegsverlauf, u. a. durch das Auffangen und die Entschlüsselung von Funksprüchen der Mörder, bekannt geworden. Doch erst nach 1945 wurde ihr ganzes Ausmaß offenbar. Zu den grauenvollen Entdeckungen gehörten Massengräber, die die Faschisten vor ihrem Rückzug zwar zu beseitigen gesucht hatten, aber dies war ihnen nicht vollends gelungen. Und es lebten auch Zeugen, Menschen, die dem Morden entkommen waren oder die Geschehnisse mehr oder weniger zufällig wahrgenommen hatten. Zudem fand sich im Beutegut der Alliierten eine umfängliche papierene Hinterlassenschaft der Mörder.

Die Offiziere der auf unterster Befehlsebene operierenden Kommandos hatten befehlsgemäß zunächst an die Chefs der Einsatzgruppen schriftlich Bericht erstattet. Diese verdichteten die Angaben zu Meldungen, die durch Kurier, per Funk oder Fernschreiber nach Berlin gelangten. Im Amt IV, dem der Gestapo, wurden sie zu Texten zusammengefasst, die den harmlosen Namen „Ereignismeldungen UdSSR“ erhielten. Diese gelangten nur vor die Augen eines streng begrenzten Kreises von Personen. Heute befinden sie sich im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde.

Auf der Grundlage dieser Beweisstücke entstand eine beträchtliche Geschichtsliteratur. Forscher haben in ihren Publikationen Meldungen in Auswahl gedruckt oder zitiert, so der Potsdamer Militärhistoriker Norbert Müller 1980 in einer Dokumentensammlung. 1981 erschien in Stuttgart die von Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm verfasste Geschichte der Einsatzgruppen von 1938 bis 1942. Über ihren Titel „Die Truppe des Weltanschauungskrieges“ ließ sich streiten, denn wenn auch eine nicht mehr feststellbare Zahl ihrer Angehörigen vom Rassenwahn getrieben sein mochte, der Ausrottungsfeldzug im Ganzen war nicht allein auf die Eliminierung eines weltanschaulichen Gegners gerichtet, sondern Teil eines imperialistischen Kriegsprogramms. 1996 folgte die Monographie Ralf Ogorrecks „Die Einsatzgruppen und die ‚Genesis der Endlösung‘“, die sich besonders der Frage zuwandte, wann das Judenmorden auf Frauen und Kinder ausgedehnt wurde. Im Jahr darauf gab Peter Klein den Band „Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42“ heraus, an dem die Spezialisten der Holocaust-Forschung Wolfgang Scheffler, Christian Gerlach, Dieter Pohl und Andrej Angrick beteiligt waren. Letzterer hat 2003 eine Studie über „Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion. 1941-1943“ publiziert. 2008 erschien von Klaus-Michael Mahlmann, Jochen Böhler und Jürgen Matthäus der Band „Einsatzgruppen in Polen“. Zudem wurden Biographien der Befehlshaber und Kommandeure geschrieben. Zu denen gehört, jüngst erschienen, Wolfram Wettes Abhandlung über Karl Jäger, den Kommandeur des Einsatzkommandos 3, das in Litauen wütete.

Nun hat sich eine in der Sache hochausgewiesene Forschergruppe das Verdienst erworben, die „Ereignismeldungen“ in einer vorbildlichen Edition herauszubringen. Die Dokumentation setzt am 23. Juni, dem Tag nach dem Überfall auf die Sowjetunion ein, und ist bis zum 22. Dezember 1941 geführt, sie umfasst 149 Berichte (von insgesamt 195 bis zum 24. April 1942 reichenden), die im Original fast 4500 Schreibmaschinenseiten umfassen und als „Geheime Reichssache“ eingestuft waren. Während bisher zumeist nur auf jene Angaben Bezug genommen wurde, welche die Mordaktionen betrafen, macht die vollständige Wiedergabe deutlich, dass der Ehrgeiz der Verfasser und das Interesse der Empfänger weiter reichte. Informiert wird über den Zustand der vorgefundenen Städte und Industrieanlagen, Stimmungen und Verhalten der Bevölkerung, über die Tätigkeit der ukrainischen Nationalisten und den Partisanenkampf, auch über die angetroffenen „Volksdeutschen“ und die Rolle der Kirchen.

Nur „Beihilfe“?

Die Lücke, die in der Literatur über die Einsatzgruppen noch zu schließen bleibt, ist eine Bilanz der Gerichtsprozesse, in denen Angehörige dieser Gruppen nach Kriegsende angeklagt wurden. Die Zahl der von deutschen Gerichten abgeurteilten einstigen Angehörigen der Gruppen beträgt 123, wie der Autor einer an der Universität Santa Cruz (Kalifornien) vorgelegten Dissertation angibt. Das früheste Verfahren fand 1947/1948 vor einem US-amerikanischen Militärgericht in Nürnberg statt. Eine Auswahl seiner Dokumente („Fall 9“) wurde 1963 in der DDR herausgegeben. Der Prozess endete mit vierzehn Todesurteilen, zwei lebenslangen Haft- und fünf Freiheitsstrafen zwischen zehn und 20 Jahren. Von den Todesstrafen wurden 1951 vier im Kriegsverbrechergefängnis Nummer eins der USA in Landsberg am Lech vollstreckt, zehn hingegen umgewandelt. Außerdem wurden die Zeitstrafen herabgesetzt. 1952 begannen Entlassungen. Sechs Jahre später befand sich niemand mehr hinter Gefängnismauern. 2009 ist bei Cambridge University Press eine Geschichte dieses Verfahrens von Hilary Earl erschienen, die auf ihrer Dissertation fußt.

Der bekannteste westdeutsche Prozess gegen Mitglieder dieser Einsatzgruppen versammelte 1958 auf der Anklagebank Angehörige der „Einsatzgruppe Tilsit“. Gerichtsort war Ulm (siehe auch jW vom 18.6.2008). Die Richter stuften die Rolle aller Angeklagten auf „Beihilfe“ zum Mord herab. Entsprechend lauteten die Urteile auf Freiheitsstrafen zwischen 15 und drei Jahren. Zum Zeitpunkt dieses Prozesses befanden sich in der Bundesrepublik hochgestellte SS-Führer von Einsatzkommandos noch auf freiem Fuß. Dazu gehörte der Kommandeur des Kommandos 8, SS-Obersturmbannführer Otto Bradfisch, der zunächst unter falschem Namen das Leben eines Arbeiters geführt, dann aber keine Bedenken mehr hatte, seine echte Identität wieder anzunehmen. Da war er Bezirksdirektor der Hamburg-Mannheimer Versicherung geworden. Sein Name verband sich mit Mordaktionen hinter der Heeresgruppe Mitte. 1958 wurde er verhaftet, 1961 verurteilte ihn das Landgericht München ebenfalls wegen Beihilfe, obwohl er Erschießungen nicht nur befehligt, sondern selbst Hand angelegt hatte. Die Strafzumessung lautete 13 Jahre. Zur „Strafverbüßung“ gehörte 1965/1966 ein halbjähriger Urlaub, den angeblich eine medizinische Behandlung notwendig machte, ein Verfahren, das in der Bundesrepublik einen Skandal auslöste. Wieviel Bradfisch von seiner Strafe verbüßte, ist unbekannt. Er starb nach seinem 91. Geburtstag.

Karl Jäger, von dem hier schon die Rede war, wurde 1959 verhaftet. Er, SS-Mitglied seit 1932, hatte es bis zum Standartenführer gebracht und war als Kommandeur des Einsatzkommandos 3 stolz darauf gewesen, dass er und seine Männer Litauen „judenfrei“ gemacht hatten. 14 Jahre lebte er nach dem Kriegsende bei Heidelberg und dann nahe Neckargemünd, ohne sich auch nur mit einem falschen Namen zu tarnen. Nach seiner Verhaftung erhängte er sich im Gefängnis Hohenasperg. Der Justiz der Bundesrepublik blieb eine erneute Abwägung von strafmildernden Gründen, wie im Falle Bradfisch geschehen, erspart.

Andrej Angrick, Jürgen Matthäus, Martin Cüppers (Hrsg.) Die „Ereignismeldungen UdSSR“ 1941: Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion I. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 20) Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2011

junge Welt, Sonnabend, 05.11.2011, S. 15.

Geschichte schreiben

Die DDR und Die Linke: Auf dem Weg zur Wahrheit gibt es keine biologische Lösung. Gregor Gysis Erwartung dürfte sich nicht erfüllen

Gerät ein Politiker der Linken vor das Mikrofon eines Mitarbeiters einer bürgerlichen Zeitung, geht es selten ohne Frage nach dem Umgang der Partei mit ihrer Vergangenheit ab. Damit wird in aller Regel nicht die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte, sondern die Vorvergangenheit gemeint, also das Verhältnis zur Geschichte von SED und DDR. Und ein wenig schwingt, ausgesprochen oder nicht, da meist die Erwartung mit, ein noch ausstehendes „Mea culpa, maxima culpa“ zu hören. In der Sprache der Journalisten heißt das Verfahren Interview, es lässt sich auch anzapfen nennen, ohne dass dabei auf die Münchener Oktoberfestwiese gezielt wird.

So erging es jüngst wieder dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Linken, Gregor Gysi, bei einer Begegnung mit einem Reporter der Stuttgarter Zeitung, der meinte, die Vergangenheit sei für diese Partei ein Problem, und der wissen wollte, wann sie aufhören werde, eben das zu sein. Darauf hätte sich antworten lassen, dass diese Vergangenheit zunächst einmal Gegenstand einer Durcharbeitung und Auseinandersetzung war und ist und dies auch auf unbestimmte Zeit bleiben werde, dass sich die kritische und selbstkritische Intensität, mit der sich die Partei mit ihr befasse, sich mit der jeder anderen Partei gut messen könne. Allerdings nur in seltenen Fällen, weil der Vergleichsstoff fehlt, schweigen doch die sich in der Mitte drängelnden Parteien zumeist über ihre Geschichte, sofern die nicht auf Ruhmesblätter zu schreiben ist ...

Hätte der Reporter dann weiter gefragt, was unwahrscheinlich ist, denn so genau wollen es die meisten nicht wissen, worauf sich dieses Urteil gründe, hätte ihm die Antwort einige Zeit und Geduld abgefordert. Seit Jahren forschen und publizieren Historiker, die Mitglieder der Linkspartei sind oder zu deren näheren oder weiteren Umfeld gehören, über diese Vergangenheit, die auch ihre eigene ist: Jörg Rösler, Günter Benser, Rolf Badstübner, Siegfried Prokop, Mario Keßler, Stefan Bollinger, Jörn Schütrumpf und andere, durchweg an Universitäten der DDR ausgebildete Fachleute. Doch der Kreis derer, die sich mit Fragen der Geschichte der DDR befassen, und das tun heißt notwendig, auch auf die der SED kommen, ist weit größer und verzweigter.

Gewaltiges Beschweigen

Es mag schlichter Unkenntnis entspringen, dass von dieser Arbeit und ihren Resultaten wenig die Rede ist. Die Verlage, in denen solche Bücher erscheinen, sind nicht eben Großmeister der Reklame, und das schon aus Gründen ihrer Mittel nicht. Doch das Beschweigen ist auch gewollt, wie die in den Feuilletons geübte Ignoranz gegenüber dieser Literatur beweist. Und das in Zeitungen, deren Mitarbeiter dann fragen, wann endlich usw. Vieles, was wissenschaftlichen Anspruch erheben kann, erscheint in Heften, die in keiner Buchhandlung Verbreitung finden. Das gilt insbesondere für die Reihe zur DDR-Geschichte, die von der Berliner Dependance der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hellen Panke, herausgegeben wird, an der Historiker, Literaturwissenschaftler und andere Spezialisten beteiligt sind und die inzwischen beim 126. Heft angekommen ist. Mit erheblichen Anstrengungen sind vielerorts auch regionale und lokale Untersuchungen zur DDR-Geschichte entstanden und publiziert worden, die gleiche Nichtachtung trifft.

Unterm grünen Rasen

Gregor Gysi hat dem Mitarbeiter der Stuttgarter Zeitung diesen aufklärenden Kurzbericht erspart und ihn laut Ausgabe vom 19. Oktober 2011 zunächst so beschieden: „Bestimmte Probleme erledigen sich erst, wenn die Generation nicht mehr da ist, die in Wahrheit nur ihr eigenes Leben verteidigt.“ Der Satz schillert bunt und ist nicht missdeutet, wenn festgestellt wird: In ihm drückt sich die Hoffnung aus, der Durchbruch zur geschichtlichen Wahrheit und ihrer Verbreitung werde gelingen, wenn die Generation der Zeitgenossen von einst der grüne Rasen deckt. Das mag ein Wunsch, ein Glaube, eine Hoffnung sein, es ist vor alledem aber ein Irrtum. Und zwar ein doppelter. Denn vielfach ist erwiesen, dass Dabeigewesensein oder Zeitzeugenschaft keine Barriere für die Erkenntnis eines Zusammenhangs, einer Entwicklung oder einer Tendenz bildet. Um aus deutscher Vergangenheit zwei

der weithin bekannten, inmitten politischer Kämpfe gewonnenen Einsichten zu nennen, die kaum noch umstritten sind: Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und die Warnung der Kommunisten „Hitler – das ist der Krieg“. Beständig beschäftigen sich Historiker mit Zeiten, die sie „mittendrin“ erlebt haben und produzieren Werke von Rang und Dauer. Eric Hobsbawm mag hier für viele stehen.

Also kann jedenfalls von der Generation als ganzer rechtens nicht gesprochen werden. Doch wichtiger noch ist, dass das Subjekt, der suchende, forschende und urteilende Mensch aus der Geschichte, aus der Auseinandersetzung mit dem Objektiven doch nie heraustritt. Und wie es unter den Zeitgenossen einer Etappe oder eines Geschichtskapitels solide Forscher und Scharlatane, Kommunisten und Antikommunisten, selbständige Denkende und käufliche Geister gibt, so auch unter den Nachgeborenen, die mit dem Geschehen keinen einzigen persönlichen Eindruck verbinden. Die Probleme, die Herausforderung, die sich mit der gedanklichen Rekonstruktion von Geschichte verbinden, erledigen sich mit biologischen Prozessen nicht, sie werden nicht einmal weniger, sondern können sich noch vermehren, wenn es sich um eine Geschichte handelt, „die noch qualmt“ und in die dann ein Wind hineinfährt. Nur darf das Zugehen auf Zeitzeugen nicht einäugig erfolgen, sich weder nur auf die „Erbauer“ der DDR eingrenzen noch deren Gegner und „Dissidenten“ bevorzugen, von denen letztere derzeit die Favoriten der Medien sind.

In den Strukturen

Trifft es denn aber zu, dass die einstigen DDR-Bürger in der Linkspartei „in Wahrheit nur ihr eigenes Leben“ verteidigen? Und dass sie, wie Gysi weiter sagte, dabei dann „Strukturen“ (was immer damit gemeint sein mag) über jenes (auch ungenannte) Maß hinaus verteidigen, in dem diese das verdienen? Darauf folgte kommentierend dies: „Menschlich verstehe ich das. Wie soll einer, der zwanzig Jahre lang Grenzer in der DDR war, sagen, es war alles Scheiße, was ich gemacht hab’?“ Der würde natürlich Begründungen für sein Tun suchen, und dafür gäbe es auch welche. Nur eben – siehe oben – die seien richtig zu bemessen. Das wird ein ehemaliger Offizier der Grenztruppen, denn in zwei Jahrzehnten Dienst hat er es bis dahin doch gebracht, mit Einverständnis lesen. Woher jedoch kommt die Gewissheit eigentlich, dass sich dessen Beschäftigung und die anderer mit verwandten und ähnlichen Biographien mit der Geschichte nur auf die jeweils eigene Person und deren Lebensverlauf bezieht und dass ihr Ziel darin bestünde, mit sich selbst Frieden zu schließen? Und was heißt, dies verbinde sich mit der Verteidigung unbenannter „Strukturen“? Wäre nicht auch denkbar, dass ein Teil dieser, gemessen an ihren Zielen und Wünschen, gescheiterten Generation mit dem Blick auf Kinder und Enkel das Recht verteidigt, die Gesellschaft zu revolutionieren, dass sie für das „Noch einmal, aber anders“ eintritt und sich fragt „Wie aber anders?“

Denn so ichbezogen, eitel und kleinkariert geht es in den Köpfen und in den Zusammenkünften der Alten in der Linkspartei nicht zu, wiewohl nicht bestritten wird, dass es diese Haltungen auch gibt. Das wirft die Frage auf, wie man den einen ihren Gesichtskreis erweitern hilft und anderen, die provoziert von den Verzerrungen und Fälschungen der DDR-Geschichte, die ihnen tagtäglich geboten werden, mehr lospoltern als sachlich zu argumentieren vermögen, aus ihrer hilflosen Reaktion heraushilft. Solche Hilfestellung kann sich nicht darin erschöpfen, dass gelegentlich parteioffizielle, d.h. von gewählten Gremien verabschiedete Erklärungen zu Stalinismus, 17. Juni oder 13. August abgegeben werden, die ohnehin mehr auf ihre Außenwirkung berechnet scheinen denn auf Selbstverständigung. Warum haben diese Gremien nie den Versuch gemacht, Historiker, welche die Linkspartei erreichen kann, die alten, eingangs genannten, und die jungen, zu dem Unternehmen zusammenzuführen, eine Geschichte der DDR zu schreiben? Warum sind Mittel, über die doch die der Partei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung gebietet, dafür nie eingesetzt worden? Gewiss, es käme auf einen Versuch an, dessen Gelingen nicht gesichert ist. Doch die Sache ist ihn wert. Das Unternehmen könnte zu einer Abhandlung führen, die sich vom Großvater einem Enkel empfehlen ließe: „Da, lies mal, dann reden wir weiter.“ Sie würde sehr gewinnen, wenn auf ihren Seiten vermerkt würde, welche Antworten von vorläufiger Natur sind und auf welche Fragen Antworten erst noch gefunden werden müssen, manche hierzulande und andere in Moskau.

junge Welt, Dienstag, 08.11.2011, S. 3.

Alemania Libre

Vor 70 Jahren erschien die erste Nummer der Zeitschrift Freies Deutschland

Im Oktober 1942 erschien aus Anlass des ersten Jahrestages ihres Bestehens das Heft einer Zeitschrift, die Denkwürdigkeit beanspruchen kann. In ihrer Aufmachung wurden die Autoren aufgezählt, deren Beiträge im Verlauf des Jahres gedruckt worden waren. Und das ist ihre unvollständige Liste: Anna Seghers, Thomas und Heinrich Mann, Egon Erwin Kisch, Lion Feuchtwanger, Bruno Frank, Berthold Viertel, Paul Zech, F. C. Weiskopf, Hans Marchwitza, Ernst Bloch, Paul Merker. Es existiert keine zweite deutschsprachige Zeitschrift aus jenen Exiljahren, in der so viele herausragende Persönlichkeiten der deutschen Literatur mit Beiträgen versammelt werden konnten.

Die Schriftsteller, Künstler, Journalisten ebenso wie exponierte Politiker, die in der Zeitschrift mit dem programmatischen Namen Freies Deutschland zu Wort kamen, hatten in dieser oder jener Form schon gegen den aufkommenden Faschismus Partei ergriffen. Sie mussten, als dessen Führer 1933 zur Staatsmacht gelangten, gewärtig sein, Opfer von deren Rachefeldzug zu werden. Zumindest aber hatten sie vor der Wahl gestanden, „zu Hause“ zu verstummen oder zu versuchen, sich im Ausland hör- und lesbar zu machen. Vielen war die nahe tschechoslowakische Republik zum ersten Fluchtland geworden, Frankreich wurde ihr zweites. Einige nahmen an den Kämpfen zur Verteidigung der Spanischen Republik teil. Nach dem Sieg der Franco-Faschisten hatten sie sich über den Atlantik gerettet. Nun lebten die meisten von ihnen in den USA, die einen an der Ost-, andere an der Westküste, einige in Argentinien, und viele auch in Mexiko. So verschieden ihre Lebensorte, so verschieden auch ihre materiellen Lebenssituationen. Nur eine Minderheit vermochte ihre literarische oder publizistische Produktion von materiellen Sorgen unbedrängt fortzusetzen, die anderen lebten von geringfügigen Honoraren und verdienten als Ungelernte mit ihrer Hände Arbeit, was sie zum Leben brauchten.

Kommunistische Initiative

Dass sich aus diesen Entkommenen eine Herausgeber- und Autorenschaft einer politisch-literarischen Zeitschrift, die sich im Untertitel ein Antinazi Monthly nannte, bilden konnte, ging auf den Plan und die Initiative von Kommunisten zurück, die sich in Mexiko zu einer eigenen Organisation zusammengeschlossen hatten. Sie besaßen aus ihrer Zeit in Prag oder Paris Erfahrungen mit antifaschistischer Arbeit, darunter auch der Herausgabe von Zeitungen und anderen Periodika. Vor allem aber waren sie den Schritt zur Einheits- und Volksfrontpolitik gegangen, die darauf zielte, alle Gegner des Hitlerregimes zur Aktion zusammenzuschließen.

War die Annäherung von Menschen, die in den politischen und geistigen Kämpfen der Weimarer Republik sich mehr oder weniger weit voneinander entfernt befunden hatten, auch die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen ihres Unternehmens, so doch bei weitem nicht die einzige. Anfangs war die Liste der Hindernisse, die zu überwinden waren, lang und reichte von der Aufbringung der finanziellen Mittel bis zu den drucktechnischen Instrumenten für die Fertigung einer deutschsprachigen Zeitschrift. Ein bescheidener, aber für den Start als hinreichend angesehener Betrag wurde durch Vorträge und Lesungen vor einem zahlungskräftigen Publikum aufgetrieben. Die Fortexistenz musste weitere Spenden und Abonnenten sichern. Als letztere kamen nicht nur die politischen Emigranten in der „westlichen Hemisphäre“ in Betracht. In Mexiko lebten länger schon deutsche Juden, die vor den Verfolgungen geflohen waren, auch gab es eine in älteren Zeiten entstandene deutsche „Kolonie“, in der freilich wie in anderen lateinamerikanischen Staaten sich auch die Sympathisanten mit Nazideutschland formiert hatten.

Schließlich gehörte zu den Voraussetzungen für das Erscheinen der Revista antinazi ein Land, dessen Führung sich klar gegen Nazideutschland gestellt hatte. Das hatte Mexiko als einziger Mitgliedsstaat des Völkerbundes schon 1938 getan, in dem es seine Stimme gegen den Anschluss Österreichs erhoben hatte. Am 22. Mai 1942 trat Mexiko auch erklärtermaßen an die Seite der deutschen Kriegsgegner.

Als der Plan zur Herausgabe der Zeitschrift im Sommer 1941 reifte, waren unter den Hitlergegnern im Exil nicht nur alte Kriegsbeile begraben worden. Als im November 1941 das erste Heft der Zeitschrift Freies Deutschland aus der Druckerei kam, standen die deutschen Truppen vor Moskau. Zwar

war der Blitzkriegsplan erkennbar gescheitert und der osteuropäische Winter brach herein, doch konnte niemand absehen, ob Hitlers Armeen vor den Toren der sowjetischen Hauptstadt geschlagen werden würden. Lag in diesem Moment und dann noch für Jahre die Hauptlast des Krieges auch auf den Völkern des eurasischen Riesenreiches, so war doch jede Anstrengung von Gewicht, die dazu beitrug, Zuversicht und Mut in diesem beispiellosen Krieg zu stärken, dessen Dauer unabsehbar war. Das ihnen Mögliche zu tun, hat die Initiative der Gründer der Zeitschrift zusätzlich bestärkt.

Und das waren die Menschen, die mit journalistischen und verlegerischen Erfahrungen ans Werk gingen: Leo Katz war ein Österreicher, der in einer jüdischen Familie in der Bukowina geboren war und für kommunistische Zeitungen in Wien und Berlin gearbeitet hatte. Sein Fluchtweg hatte über Frankreich und die USA nach Mexiko-Stadt geführt. Über vielfältige, in Deutschland erworbene Erfahrungen in verschiedenen Bereichen des kulturellen Lebens gebot auch der aus Südböhmen stammende André Simone, der über Frankreich, Spanien und die USA nach Mexiko gelangte. Bruno Frei, in Preßburg/Bratislava geboren, hatte in Berlin die Tageszeitung Berlin am Morgen herausgegeben. Auch er war über die Tschechoslowakei und Frankreich nach Mexiko entkommen. Ähnliches galt für Alexander Abusch, der, ebenfalls in der K.-K.-Monarchie, in Krakau/Kraków, geboren, gegen Ende der Weimarer Republik Chefredakteur der Roten Fahne, des offiziellen Parteiorgans der KPD, gewesen war und sich auch auf seinen Fluchtstationen in Prag und Paris weiter als Redakteur und Journalist betätigt hatte. Abusch leitete die Zeitschrift bis zu ihrer Einstellung 1946.

Mission erfüllt

Als sie ihre Mission ein Jahr nach Kriegsende in Europa als erfüllt ansehen konnten, war ein Teil der Mitarbeiter und Autoren bereits nach Deutschland und Österreich zurückgekehrt, andere taten das wenig später. Manche hingegen blieben in den Ländern ihrer Zuflucht. Lion Feuchtwanger und die Brüder Mann in den USA, von wo Thomas sich später in die Schweiz wandte; Heinrichs Plan, einem Ruf als Präsident der Akademie der Künste in Ostdeutschland zu folgen, wurde durch Krankheit und Tod zunichte gemacht. In Mexiko verblieb der Kunstkritiker Paul Westheim, der die Staatsbürgerschaft des Landes erhielt. Auch Leo Katz blieb zunächst in Mexiko, gelangte dann jedoch über Israel zurück nach Österreich, wohin Bruno Frei schon 1947 gekommen war. Paul Merker stieg nach seiner Rückkehr nach Berlin in höchste Partei- und Staatsämter der DDR auf, bis er in der Phase stalinistischer Herrschaftspraktiken 1950 unter falschen Anschuldigungen aus seinen Ämtern entfernt, verhaftet und in einem Geheimprozess zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Am übelsten erging es André Simone, der sich in die Tschechoslowakei begab, dort als Chefredakteur der zentralen kommunistischen Parteizeitung wirkte und 1952 in einem Prozess gegen angebliche Staatsfeinde wegen Hochverrats angeklagt, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Alexander Abusch, der die längste Zeit am Steuer der Redaktion stand, gelangte im Staatsapparat der DDR bis auf den Platz eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Er schrieb auch das Vorwort für die 1975 im Aufbau Verlag herausgegebene Bibliographie der Zeitschrift. Es ist dem Verlag Olga Benario und Herbert Baum in Frankfurt am Main zu danken, dass die mehr als 2000 Druckseiten umfassenden Hefte der Zeitschrift in einer vierbändigen Reprint-Ausgabe heute in Bibliotheken greifbar sind.

junge Welt, Sonnabend, 12.11.2011, S. 15.

„Unser erster großer Sieg“

Geschichte. Vor 75 Jahren wurde Carl von Ossietzky der Friedensnobelpreis verliehen

Seit an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der Friedensnobelpreis gestiftet worden war, hatten bis zum Jahr 1935 insgesamt 37 Persönlichkeiten und Organisationen in europäischen Ländern und in den USA diese Auszeichnung erhalten. Der Ehrung lag die Bestimmung des Stifters des Preises, Alfred Nobel, zugrunde. Sie solle dem zuteilwerden, „der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt“ habe.

Unter den Geehrten waren zwei Präsidenten der Vereinigten Staaten, Außenminister und andere Diplomaten, die sich Verdienste um den Frieden erworben hatten oder denen solche zugeschrieben wurden. Unter den dieser Gruppe nicht Zugehörenden war wohl niemand bekannter als Bertha von Suttner, die Österreicherin und Autorin des Buches „Die Waffen nieder“, die den Preis 1905 erhalten hatte. Auf der im Verlauf von nahezu dreieinhalb Jahrzehnten entstandenen Liste der Preisträger figurierten auch zwei Deutsche. Der eine war Reichsaußenminister Gustav Stresemann, der 1926 gemeinsam mit seinem französischen Partner Aristide Briand ausgezeichnet worden war, weil ihm ein hoher Anteil an der Politik zur Versöhnung Deutschlands mit dem „Erbfeind“ jenseits des Rheines zugemessen wurde. Der andere, Ludwig Quidde, Historiker und Preisträger des Jahres 1927, hatte sich um die deutsche wie internationale Friedensbewegung herausragende Verdienste erworben. Er war 1933 durch die Flucht in die Schweiz dem Zugriff der an die Macht gelangten Faschisten entkommen. Das galt für den Friedenskämpfer nicht, der als dritter Deutscher am 23. November 1936 den großen Preis verliehen bekam: Carl von Ossietzky.

Leidenschaftlicher Antifaschist

Dass ein Mann, der ein leidenschaftlicher Verfechter des Friedensgedankens und folglich ein ebensolcher Gegner der deutschen Faschisten war, der im Reichspräsidentenwahlkampf 1932, ohne Kommunist zu sein, für den Kandidaten Ernst Thälmann gegen Hindenburg und Hitler eingetreten war, der in seiner Zeitschrift *Die Weltbühne* Nazigegner von erstem publizistischen und literarischen Rang hatte zu Wort kommen lassen, den das Regime aus Rache in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet hatte und seit Jahren in Konzentrationslagern festhielt –, dass ein solcher Mann den renommierten internationalen Preis erhalten sollte, alarmierte die Naziführung. Während sie durch Druck auf die norwegische Regierung und die Mitglieder des über die Verleihung entscheidenden Komitees die Ehrung zu verhindern suchte, stand ihrem Vorhaben eine organisierte internationale Front von Frauen und Männern, viele zusammengeschlossen in Zirkeln und verschiedensten Organisationen, entgegen, die begründete, warum Ossietzky diese Auszeichnung gebühre.

Bei allen Kontroversen, welche die Nominierung und Verleihung des Friedensnobelpreises in späteren Jahren begleiteten, und die hatten Gründe wie beispielsweise 1989 im Fall des 14. Dalai Lama und zwanzig Jahre später in dem des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama: Es gibt wohl bis heute keine zweite Verleihung, deren Vorgeschichte so dramatisch verlief wie die der an den Gefangenen Ossietzky. Zu ihrem Verständnis sind ein paar Worte über den sich etablierenden Faschismus und die Reaktion des Auslands auf diesen neuen nahen und fernen Nachbarn nötig.

Nur Wochen nachdem Kurt R. Grossmann, bis 1933 Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, aus dem Prager Exil am 4. Juni 1934 den Vorschlag zur Ehrung Ossietzkys gemacht hatte, verübten die Faschisten das Massaker unter einem Teil ihrer eigenen SA-Führer, die verdächtig waren, sich in die Strategie der Führungskräfte um Hitler nicht einzupassen. Gleichzeitig strebte das Regime jedoch nach der ihm noch weithin versagten internationalen Anerkennung, um sein Ansehen und seinen außenpolitischen Handlungsraum zu vergrößern. Dafür investierten die Machthaber vor allem in wenig kostende propagandistische Münze. Sie schlossen mit Polen einen Nichtangriffsvertrag, versicherten jedermann ihre Friedensabsichten, insbesondere Frankreich, das erklärt bekam, nach der Rückgabe des Saargebiets würde das Reich keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber seinem Nachbarn mehr erheben, also auf Elsass und Lothringen verzichten usw.

Das erkennbare Interesse der Hitler-Regierung, im Ausland Renommee zu gewinnen und der Isoliertheit ganz zu entkommen, brachte einen Freundeskreis für Carl von Ossietzky, den 1933 im Pariser Exil frühere Weggefährten des Gefangenen zu formieren begonnen hatten, auf die Idee, es ließe sich der im KZ im Emsland Geschundene den Machthabern auf diplomatischem Wege gleichsam abhandeln. Dazu wollten sie, selbst im Hintergrund bleibend und aus ihm agierend, die ausländische Presse und vor allem ausländische Diplomaten, insbesondere die Großbritanniens, mobilisieren. Im Zentrum dieses Kreises wirkten aufopferungsvoll Hellmut von Gerlach, Hilde Walter und Milly Zirker, beide Autorinnen und zu den Mitarbeitern der Weltbühne gehörend, dazu deren Sekretärin und Geschäftsführerin Hedwig Hünecke und der Jurist Konrad Reisner. Sie fürchteten: Würde man Ossietzkys Namen gleichsam auf eine antifaschistische Fahne schreiben, so könnte das nur zu einer noch lebensbedrohenderen Behandlung des Gefangenen durch seine Peiniger führen. So wenig diese Bedenken zu entkräften waren, haftete ihrem Vorgehen und ihrer Erfolgshoffnung doch ein gerüttelt Maß Naivität an.

Die weisen Nichteinmischer

Zum einen war Ossietzky nicht der „Betrag“, der im Bezirk der gedachten Helfer eine eigene Initiative hätte auslösen können. Das lag nicht nur und nicht so sehr an dem geringen Grad seiner Bekanntheit, der auch bei späteren und dann zum Erfolg führenden Initiativen in Rechnung zu stellen war und dem dadurch begegnet werden musste, dass er und sein Verdienst durch Wort und Schrift überhaupt erst bekannt zu machen waren. Zum anderen aber: Die Regierungspolitiker in den Demokratien zeigten sich – mit rühmenswerten Ausnahmen – gegenüber dem Schicksal der politischen Gegner der Faschisten im Reich desinteressiert bis gleichgültig. Sie wählten die Strategie, sich mit diesem „neuen“ Deutschland zu arrangieren, also den Weg der „weisen Nichteinmischer“ (Heinrich Mann) einzuschlagen, die unter dem Begriff der Appeaser in die Geschichte eingingen. Herausforderungen der Machthaber in Berlin waren auf diesem Weg nicht vorgesehen, und – wie auch immer betrieben – das Eintreten für Ossietzky wäre eine solche gewesen.

Nichtsdestoweniger glaubten die maßgebenden Personen im Pariser Freundeskreis lange, sie könnten ihre Aktion zur Rettung Ossietzkys gleichsam entpolitisieren und als rein humanistische und auf einen Einzelfall gerichtete Initiative voranbringen. Die antifaschistische Presse des Exils sollte sich selbständig des Themas nicht annehmen und parteipolitische Kräfte des Exils, ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, sich von jeder Exponierung zugunsten Ossietzkys fernhalten. Der Kampf um dessen Befreiung gleichsam „auf leisen Sohlen“? Fernab von allen politischen und propagandistischen Aktivitäten, die von den ins Exil Getriebenen in Prag, Paris, Moskau, in der Schweiz und anderswo angestrengt unternommen wurden? Mit dieser Taktik mussten sie doppelt scheitern, und das taten sie dann auch. Gleiches galt für individuelle Unternehmungen, die bis zu dem Versuch gereicht hatten, die einstige Schwägerin Hermann Görings, eine schwedische Gräfin, zur Fürsprache für die Freilassung beim zweiten Mann des Naziregimes zu gewinnen.

Also wurde der Gedanke, den Ossietzkys Vertrauter Berthold Jacob und gleichzeitig mehrere Nazigegner im Exil unabhängig voneinander bereits geäußert und publik gemacht hatten, nun auch im Pariser Kreis der „Freunde Ossietzkys“ akzeptiert, die deutsche Regierung durch eine Entscheidung des Osloer Komitees unter massiven politischen Druck zu setzen und so zu versuchen, den Gefangenen zu befreien. Es begann eine breite Mobilisierung der deutschen Nazigegner im Exil, die wiederum, wo das notwendig war, Politiker, Parlamentsabgeordnete, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten, Funktionäre von Parteien und Gewerkschaften davon überzeugten, der Kampagne beizutreten.

Mit ihr wurde ein Zeichen des Widerstandes gegeben, das der Befreiung eines Mannes galt, aber doch ungleich mehr besagte und ein warnender Ruf war, die Bedrohung ernst zu nehmen, die von diesem Deutschland unter dem Hakenkreuz ausging. Von den hergestellten Verbindungen, die in der Kampagne entstanden, zeugt ein nahezu 1800 Seiten umfassender Briefwechsel, den das Amsterdamer Internationale Institut für Sozialgeschichte aufbewahrt. Ihre Resultate dokumentiert die ungleich

umfassendere Sammlung, die sich im Osloer Nobel-Institut befindet, Briefe vor allem, die das Komitee aus aller Welt erreichten.

„Märtyrer der Friedensidee“

Zu denen, die sich für die Verleihung des Preises an Ossietzky einsetzten, gehörte auch der Emigrant Thomas Mann im fernen Amerika. Der Literatur-Nobelpreisträger des Jahres 1929 wandte sich in einem langen Brief an die Mitglieder des Preiskomitees. Zunächst ging er auf den konkurrierenden Vorschlag ein, denn als Kandidat für die Verleihung des Preises war 1935 auch der Präsident der Tschechoslowakei, Tomáš Masaryk, genannt worden. Wiewohl der die Ehrung verdient habe, solle sich das Gremium dennoch entschließen, „einem Märtyrer der Friedensidee wie dem seit drei Jahren das Konzentrationslager erduldenden Ossietzky den Preis zuzuerteilen“. Das würde eine ermutigende Tat sein, die helfe, „aus immer allgemeinerer moralischer Apathie, aus Stumpfheit und müdem Geschehenlassen“ heraus zu gelangen.

Dann setzte sich Mann mit Einwänden auseinander, die gegen diesen Vorschlag vorgebracht werden könnten. Der eine lautete, es sollten sich mit dieser Verleihung generell keine politischen Demonstrationen gegen eine Regierung verbinden. Gegen diese Attitüde wandte er ein: „Aber die Verleihung dieses Preises ist unausweichlich und unter allen Umständen ein politischer Akt, seine Errichtung selbst war ein solcher“. Die „Idee des Völkerfriedens“ sei eine politische Idee und mithin die Verleihung dieses Preises auch eine demonstrative Tat. Mann ging ebenfalls auf Bedenken ein, die sich aus der Erwartung ergaben, dass sich dadurch die deutsche Regierung herausgefordert fühlen müsse. Das tat er in einer Art, die, wie immer sie bedacht war, eine Mischung von Chuzpe und Schwejk darstellte. Denn, so argumentierte er, die deutsche Regierung könne sich durch die Ehrung eines Friedenskämpfers gar nicht provoziert sehen, bekenne sie sich doch „in heiligen Versicherungen“ fortgesetzt selbst zur Friedensidee. Ossietzky den Preis mit Rücksicht auf diese Regierung zu verweigern, hieße folglich, gegenüber den Erklärungen aus Berlin „ein ehrenrühriges Misstrauen an den Tag legen“.

Ob diese Erörterung, mit der die verlogenen Naziführer beim Wort genommen wurden, die fünf Komiteemitglieder – die jeweils vom norwegischen Parlament bestimmt werden und über ihren Entschluss niemandem rechenschaftspflichtig sind – beeindruckt hat, mag dahingestellt bleiben. 1935 vermochten sie sich jedenfalls nicht zu einer Verleihung zu entschließen. Sie kaschierten die faktische Ablehnung des Vorschlags dadurch, dass sie erklärten, sie hätten niemanden der Ehrung für würdig empfunden, so dass, wie in früheren Jahren schon mehrfach geschehen, der Preis keinen weiteren Träger erhielt. Heinrich Mann kommentierte dieses Verhalten rückblickend knapp: „Letztes Jahr hat Ossietzky den Friedensnobelpreis nicht bekommen, aus lauter Rücksicht auf Hitler.“ Es sei ihm „weniger begreiflich, wenn der Weltpazifismus sich vertragen möchte mit einer Herrschergestalt [...], (die) nicht sanfter wird, wenn man nett zu ihr ist“.

Namhafte Unterstützer

Doch das Osloer Komitee hatte mit seiner ausweichenden Entscheidung den Vorschlag nicht zu den Akten legen können. Die Zahl derer, die für Ossietzky sprachen, nahm im Verlauf des Jahres 1936 weiter zu. Heinrich Mann zählte sie in einem Artikel auf: Persönlichkeiten aus der Schweiz, Mitglieder des internationalen Friedensbüros, Professoren und Politiker aus Amerika, England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, der Türkei, aus Belgien, Holland, Schweden und Norwegen, sechshundert Abgeordnete von Parlamenten vieler Länder, Minister im Amt und frühere Minister, Gelehrte und Künstler. Und das ist eine Auswahl, wie alle ungerecht, der Namhaftesten, die für Ossietzky eintraten: Albert Einstein, Romain Rolland, André Gide, Max Brod, Karel Čapek, Egon Erwin Kisch, F. C. Weiskopf, Maximilian Scheer, Ernst Toller, Rudolf Olden, Emil Ludwig, der Schweizer Verleger Hans Oprecht, Otto Lehmann-Rußbüldt, der zeitweilig Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschrechte gewesen war, Konrad Heiden, ein Hitler-Gegner seit den frühen zwanziger Jahren, von dem 1936 im Schweizer Exil eine Hitler-Biographie erschien, Georg Bernhard, der langjährige Chefredakteur der linksliberalen Vossischen Zeitung, der in der Emigration das Pariser Tageblatt gründete und herausgab, der schon erwähnte in der Tschechoslowakei lebende Kurt R. Grossmann, Kurt Rosenfeld, bis 1933 einer der Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der in die

USA emigriert war, und der ebenfalls dorthin geflohene Architekt und Schriftsteller Werner Hegemann, dazu der britische Journalist und Historiker Wickham Steed, Chefredakteur der Londoner Times, und Edgar Mowrer, der 1933 den Pulitzer-Preis erhalten hatte. Im sowjetischen Exil traten für die Befreiung und Ehrung Ossietzkys Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Weinert, Friedrich Wolf und Erwin Piscator ein.

Es fanden Unterschriftensammlungen zugunsten Ossietzkys statt, Lesungen und Vorträge, die ihn bekannt machten, Zeitungen warben unter ihren Lesern für die Unterstützung des Vorschlages. Auf antifaschistischen Kongressen und Kundgebungen sprachen sich die Teilnehmer für die Nobelpreisvergabe an Ossietzky aus. In Norwegen demonstrierten Arbeiter vor dem Parlament. Unermüdlich setzte sich für die Verstärkung des Drucks auf das Komitee die Lehrerin Mini Sverdrup-Lunden ein. Im gleichen Sinne wirkte Willy Brandt, der als Jugendfunktionär der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in das skandinavische Land emigriert war.

Kurt Tucholsky, im schwedischen Exil isoliert, von Enttäuschungen, Zweifeln und vor allem einer Krankheit geplagt, verpflichtet und entschlossen zu schweigen, war der im Juni 1934 an ihn ergangenen Einladung, sich für die Befreiung des Weggefährten öffentlich einzusetzen, nicht gefolgt. Mit der Begründung, für die daraus erwachsenden Kämpfe und seine selbst gesetzten hohen Ansprüche, sich in ihnen hörbar zu machen, reichten seine Kräfte nicht mehr. In Briefen wandte er sich an ihm bekannte Ausländer, deren Stimme er Gewicht zuschreiben konnte, in der Hoffnung, sie für ein Hervortreten zugunsten Ossietzkys zu mobilisieren. Erst als im November der Norweger Knut Hamsun mit einer pronazistischen Erklärung gegen Ossietzky auftrat, wollte er sein Schweigen brechen und signalisierte das norwegischen Nazigegnern und einer Schweizer Zeitung. Es ist dazu nicht mehr gekommen. Tucholsky nahm sich nur Tage später das Leben.

Die Entscheidung fällt

1936 konnte das Komitee nicht noch einmal vor einer Entscheidung fliehen. Erhoben hatte sich, wie Willi Bredel schrieb, „die mächtige Stimme der antifaschistischen Welt“. Die fünf standen, wie Heinrich Mann bemerkte, vor der Alternative, dem Verlangen zu entsprechen oder sich das nächste Mal angeklagt zu sehen. Damit die norwegische Regierung ganz aus dem Vorgang blieb, trat deren Außenminister aus dem Gremium aus und mit ihm ein früherer Minister. Die älteren Herrschaften in Oslo, schrieb der Romancier im französischen Exil, nach der Bekanntgabe des Preisträgers, hätten nein gesagt, „wenn es irgend noch anginge, vor der Welt und ihrem eigenen Gewissen“. Doch sie hatten schließlich ja sagen müssen. Man schrieb den 23. November, als der Beschluss bekanntgegeben wurde, der Ossietzky rückwirkend den Preis für das Jahr 1935 zuerkannte, womit das Unterlassene nicht wieder wettgemacht werden konnte.

Dennoch: Die sich für Ossietzky eingesetzt hatten, betrachteten die Verleihung, wie der Herausgeber der Neuen Weltbühne in Prag, Hermann Budzislawski, schrieb, als „unseren ersten großen Sieg“. Genaugenommen war er das nicht. Vorausgegangen war die erfolgreiche Kampagne für die Freilassung Georgi Dimitroffs und seiner bulgarischen Genossen nach ihrem Freispruch im Reichstagsbrandprozess. Das war freilich zu einer Zeit, da das Naziregime ungleich weniger gefestigt war als 1936. Und auf diesen ersten folgten lange Jahre keine weiteren – bis zu jenem, den Hunderttausende sowjetischer Soldaten vor Moskau 1941 erkämpften, als sie jene Wende einleiteten, die auf den langen Weg zum Triumph über den Faschismus führte.

Erst als es in Berlin gewiss geworden war, dass ihrem Gefangenen der Preis zuerkannt werden würde, entließen die Machthaber Ossietzky nach einer am 27. Mai 1936 von Göring ergangenen Weisung aus dem Konzentrationslager, einen schwerkranken, an fortgeschrittener offener Tuberkulose leidenden Mann, der um den Großteil seiner Lebenskräfte schon gebracht war. Sein neuer Aufenthaltsort wurde das Berliner Polizeikrankenhaus. Auch dort stand er unter Bewachung. Tage vor der Osloer Entscheidung wurde er formell aus der „Schutzhaft“ entlassen, indessen weiter beobachtet. Die Entgegennahme des Preises, der im Rathaussaal von Oslo verliehen wurde, blieb ihm verboten. Die Hitler-Regierung untersagte für die Zukunft allen Deutschen, einen Preis wie den ihrem Widersacher verliehenen entgegenzunehmen. Ossietzky, der nicht mehr den Versuch machte, aus Deutschland zu

entkommen, ein Schritt, zu dem er sich 1933 rechtzeitig nicht hatte entschließen können, starb an den Haftfolgen am 4. Mai 1938 in Berlin. Er war 48 Jahre alt.

Uneingelöstes Vermächtnis

In Deutschland tragen heute Straßen und Plätze, Schulen und Bibliotheken, eine Universität, die in Oldenburg, seinen Namen. Nach ihm wurde ein Preis benannt, ihm wurden in Berlin-Pankow, Berlin-Kreuzberg und in Oldenburg Denkmäler errichtet, Sonderbriefmarken, aus mehreren Anlässen herausgegeben von der Post in beiden deutschen Staaten, trugen sein Bildnis und ebenso Medaillen und Münzen. Ausstellungen erinnerten an ihn. Die Weltbühne, die in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 wieder und in der DDR bis zu deren Ende erschien, lebt in der Berliner Zweiwochenschrift Ossietzky fort.

Das Vermächtnis des Friedenskämpfers blieb freilich uneingelöst, was allein durch die Tatsache bewiesen ist, dass Deutschland unter den Großmächten der Erde als Waffenproduzent den dritten Platz besetzt und Regierungen amtieren, die um die Geschäfte der eigenen Rüstungskonzerne auf dem internationalen Markt besorgt sind und dem Volke weismachen wollen, wie sehr sie damit zum Frieden beitragen. Die Frage, wofür der Mann heute Partei ergreifen würde, der vor 75 Jahren den Friedensnobelpreis erhielt und den die Faschisten umbrachten, gibt kein Rätsel auf.

junge Welt, Mittwoch, 23.11.2011, S. 10.

Blinde Gefolgschaft bis ans Ende

Der Untergang des Nazi-Reiches – von Ian Kershaw brillant analysiert und erzählt

Kaum war Ian Kershaws Buch über das Ende des Nazireiches auf dem Buchmarkt, erschienen in Londoner Zeitungen Würdigungen der Arbeit des britischen Historikers. Sie stammten zumeist von renommierten Fachkollegen. Auch jenseits des Atlantiks gab es Lob. In der „New York Times“ meldete sich James J. Sheehan zu Wort. Alle stimmen überein, dass diesem Werk, besondere Aufmerksamkeit zukommt und es in der Geschichtsliteratur einen herausragenden Platz beanspruchen kann. Befragt, wie er auf den Gedanken kam, seiner inzwischen in 26 Sprachen übersetzten Hitler-Biografie eine Abhandlung über das Ende des Naziregimes folgen zu lassen, antwortete Kershaw, die Beschäftigung mit dieser Person habe ihn auf Fragen gestoßen, die er in den Arbeiten der Experten bisher nicht überzeugend beantwortet fand. Sie lauten im Kern: Warum folgten Millionen Deutsche ihrem „Führer“, so dass dieser den Krieg bis fünf Minuten nach zwölf führen konnte? Warum marschierten sie (wie manche von ihnen gesungen hatten) weiter, obwohl alles schon in Scherben gefallen war?

Nun haben Geschichtsforscher, das gilt namentlich für deutsche, diese Fragen keineswegs ignoriert. Das war schon deshalb nicht möglich, weil sich unter ihnen nicht wenige befanden, zu deren Biografien die Gefolgschaft gehörte, ob als Soldaten, Flakhelfer oder in der Hitlerjugend. Sie trugen zur Länge des Krieges bei, sei es auch nur durch das Sammeln von Altmaterial oder für das Winterhilfswerk.

Kershaws Thema beschäftigte auch schon seine Landsleute, die kämpfend durch Frankreich, Belgien und die Niederlande bis in den Norden Deutschlands vordrangen und sich fragten: „Wann hören die da drüben endlich auf?“ Das fragten sich ebenso die Offiziere und Soldaten in der Roten Armee, während sie die deutsche Reichsgrenze überschritten. So hatten also schon vor Jahrzehnten Laien und Fachleute, Zeitgenossen und Nachgeborene zu ergründen gesucht, warum diese Masse der Deutschen, als der Krieg erkennbar verloren war, noch immer gehorchte, schoss, schuftete, starb und duldete und dieser Krieg so ganz anders zu Ende ging als der Erste Weltkrieg: 1918 hatten Soldaten sich geweigert, sich für eine verlorene Sache abschlachten zu lassen, Generäle Bankrott erklärt und das Staatsoberhaupt, der Kaiser, die Flucht ins neutrale Ausland angetreten.

Die Liste der Fragen, die Kershaw sich stellte und die sich aus der unstrittigen und bis in das Frühjahr 1945 währenden Massengefolgschaft herleitet, ist lang und richtet sich vor allem auf Voraussetzungen und Bedingungen, Motive und Triebkräfte, die dieses Verhalten bewirkten. Welche Rolle spielten die Drohung und der mörderische Terror, der nun zur Abschreckung wieder öffentlich praktiziert wurde, wie in den ersten Monaten des Naziregimes 1933 geschehen? Welcher Anteil ist dem Wunderglauben an eine Wendung des Krieges zuzumessen, bewirkt durch den Einsatz von „Wunderwaffen“ oder den Zerfall der gegnerischen Koalition? Was trug zur weit verbreiteten Denkweise bei, in der für Alternativen kein Platz war? Was ist der verbreiteten Furcht vor dem „Tag danach“ zuzuschreiben, geboren aus dem Wissen und Ahnen, was im Zeichen von Hakenkreuz und Totenkopf in Europa angerichtet worden war? Was der Angst der Nazibonzen, die wussten, dass auf sie eine Anklagebank wartete, auf manche der Galgen? Was war der Vorstellung geschuldet, es werde eine Rechnung zu bezahlen sein, gegen die jene nach 1918 verblasse? Wie weit wirkte das Horrorszenario, das die Nazi-Propaganda ausgemalt hatte, wonach die Kriegsniederlage das Ende der Deutschen und Deutschlands bedeute? Und immer wieder: Auf welchen Platz gehört hier Hitler?

Nach der im Verlauf von mehr als einem halben Jahrhundert geleisteten Arbeit einer internationalen Forscherzunft war nicht zu erwarten, dass Kershaw neue Faktoren entdecken könnte, die erst den 8. Mai 1945 zum Datum des Kriegsendes in Europa werden ließen. Was sein Buch aber zu einem Meisterwerk macht, ist dreierlei: Erstens hat er die Wirkung und Wechselwirkung dieser Faktoren erfasst. Zweitens hat er die Dauer ihres Wirkens, ihre Gipfel- und Nullpunkte zu bestimmen gesucht. Und drittens ging er daran, ihr jeweiliges spezifisches Gewicht im Faktorenbündel auszumachen. Er hat dazu überzeugende Antworten vorgelegt.

Kershaw analysiert und erzählt Geschichte. Gelungen ist seine Darstellung auch, weil er sich strikt auf einer Doppelspur gehalten hat: jener, die durch die Herrschaftsstruktur des Regimes gebildet wird, und der anderen, die von der Mentalität der Akteure gezogen wurde, geprägt von deren Gedanken- und Gefühlshaushalt.

Kershaws Sache ist die Entwicklung seines eigenen Standpunktes, weniger die Polemik gegen andere. Wo notwendig, meidet er sie nicht, so gegenüber Versuchen, die Verantwortlichkeit für die Kriegsdauer aus der deutschen Geschichte in die der Antihitler-Koalition zu exportieren. Mehrfach argumentiert er gegen die These, es sei die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ gewesen, die den Krieg verlängert habe. Gleichzeitig verweist er auf Fehler, die er in der Kriegsstrategie der Alliierten in West- und Osteuropa im letzten Kriegsjahr auszumachen glaubt. Das führt ihn in die Risikozone ungeschehener Geschichte und dürfte ohne Entgegnungen von Militärhistorikern nicht abgehen.

Zu den Vorzügen der Arbeit gehört, dass Kershaw sich der Gefahr vorschneller Verallgemeinerungen entzog und dort, wo er in der Literatur auf solche stieß, diese auch markiert. So unterscheidet er konsequent die von Traditionen, Ideologien, Einübungen geprägten Mentalitäten im höheren und niederen Offizierskorps sowie in den Beamtengruppen und erörtert den unterschiedlichen Grad ihres Einflusses, ihrer Macht, Verantwortung und Schuld. Für die Dauer dieses Krieges macht er nicht „die Deutschen“ gleichermaßen und pauschalisierend verantwortlich, sondern in erster Linie die Eliten, von denen er die „normalen Deutschen“, die „einfachen Bürger“ oder die „unteren Schichten“ unterscheidet, ohne sie freizusprechen.

Das freilich muss hierzulande jenen missfallen, die bis heute den nationalen Rettungsschirm aufspannen, unter dem ganze Gruppen führender Zivilisten und Militärs hinreichend Schutz finden. So kündigte denn eine Zeitung des Typs, die solch unwillkommene Erkenntnisse im Lob erstickt, ein Interview mit dem Autor wie folgt an: „Warum hielten die Deutschen dem ‚Führer‘ sogar noch die Treue, als der schon tot war?“ Genau dieses Bild ist nicht der Befund des Autors. Missfallen dürfte in Neudeutschland auch, dass der Engländer nicht zu jenem hierzulande reichlich anzutreffenden Historikertyp gehört, der Forschungen vorsätzlich ignoriert, wenn sie in der DDR unternommen wurden.

Kershaw hat ein Buch vorgelegt, das zu vielem Nachdenken über Gegenwärtiges anregt, nicht zuletzt über vertane Chancen der Volksmassen, ihre Interessen durchzusetzen. Nun hat der Professor an der University of Sheffield erklärt, dass er sich von Hitler und dem mit dessen Namen verbundenen Kapitel deutscher Geschichte verabschiede. Nicht ganz, lässt sich risikolos voraussagen. Denn er hat eine Abhandlung über die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert in Angriff genommen; da wird er auf dieses und jenes zurückkommen müssen. Das neue Werk darf mit Spannung erwartet werden, zumal Kershaw angekündigt hat, sich auf das Bild vom „kurzen Jahrhundert“ nicht einzulassen, sondern in den Ereignissen des 11. September 2001 eine Zäsur zu erblicken, die auch den alten Kontinent einschließt.

Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45. DVA, München 2011. 703 S., geb., 29,99 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 24. November 2011, S. 15.

Einsamkeit im Widerstand

Die Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes ist die Geschichte eines Wirkens unter den schwierigsten objektiven und subjektiven Bedingungen, und dass sie in so hohem Grad ein Opfergang wurde, ist eben diesen Bedingungen geschuldet gewesen. Sich den Reihen dieser Minderheit anzuschließen, dazu gehörten Charakter- und Überzeugungs- und, auch strenge Rationalisten und Atheisten sollten sich nicht scheuen, das zuzugeben, zudem noch Glaubenskräfte.

Die antifaschistischen Widerstandskämpfer in Deutschland waren isoliert, ungleich stärker als die in den besetzten Ländern, das meint meine Wendung, sie waren einsame Kämpfer. Sie lebten in einer feindlichen oder doch sie ablehnenden Umwelt. Und auf diese Situation waren sie nicht vorbereitet. Ihre Vorstellungen vom weiteren Gang der deutschen Entwicklung, die sie nach dem 30. Januar 1933 hegten, wichen weit von dem ab, was sich dann tatsächlich ereignete. Sie hatten gehofft, dass die Diktatur in eine Krise bald geraten und dass dies zu einer Entlarvung der Machthaber und der Abwendung eines großen Teils ihrer Gefolgschaft führen werde. Das Gegenteil trat ein.

Das Regime, das schon bei seinem Start die Hälfte der deutschen Wahlbevölkerung hinter sich gebracht hatte, festigte seine Massenbasis. In anderen bürgerlichen Staaten wünschten sich Politiker einen solchen Grad von Zustimmung, Unterstützung, Beifall zu erreichen. Immer wieder wurden jene Bindungen demonstriert, die schließlich in der Losung gipfelten „Ein Volk – ein Reich – ein Führer“, die 1938 den Anschluss Österreichs feierte.

Als Mussolini Deutschland 1937 besuchte, hallte es durch die Straßen Münchens, Berlins und Essens „Duce! Duce! Duce!“ Immer war da Manipulation im Spiel, nie fehlte mehr oder weniger sanfter Druck, doch nie war das nur eine Mache der Machthaber.

Und dann im Kriege erreichte die Begeisterung eine hysterische Stufe, als Hitler, der Sieger, aus Frankreich nach Berlin zurückkehrte. Lieferte da nicht jeder Tag Anstöße und Gründe sich zu fragen: „Ist denn diesen Leuten überhaupt zu Verstand zu helfen? Müssen sie nicht erst die Rechnung mit verursachen, die sie dann werden bezahlen müssen?“ Die Literatur über den Widerstand berichtet wenig davon, dass diese Fragen gestellt wurden, nichts von dem massenhaft zu habenden Stoff, aus dem die Resignationen gemacht sind. Am ehesten haben noch Spielfilmsequenzen davon ein Bild gegeben.

Von dieser Umwelt in einem faschisierten Deutschland ist in unseren Berichten über den Widerstandskampf wenig zu hören und zu lesen. Wird sie aber mit in Betracht gezogen, erhebt sich die Frage nach den Resultaten dieses Kampfes und da lautet das Generalfazit: diese Mehrheit hat, wie die Machthaber von ihr erwarteten, ausgehalten und durchgehalten, sie ist ihnen, wenn auch nicht marschierend so doch gefolgt, bis nahezu alles in Scherben gefallen war.

Was die Widerstandskämpfer in Nazideutschland taten, war als ein Wirken in die Gegenwart gedacht, erwies sich jedoch ungleich mehr als eine Investition in die Zukunft. Ihr Verdienst wird deutlich, wenn auch nur ein Moment lang überlegt wird, wie die deutsche Nachkriegsgesellschaft sich befunden haben würde, ohne die überlebenden Antifaschisten und das Wissen um die Toten. Es ist fast vergessen, dass es im Kriege und besonders seit der Aufdeckung der Massenverbrechen in den USA Vorschläge gab, die auf der These fußten, die Deutschen seien als Volk oder als Nation allesamt verderbt und verdienten deshalb unter den Völkern für alle absehbare Zukunft eine besondere Behandlung, damit sie nicht wieder Unheil anrichten könnten. Die deutschen Widerstandskämpfer waren die leibhaftige Widerlegung dieser Konstruktion. Vor allem aber waren sie in Ost wie in West die Aktivisten (und nicht nur) der ersten Stunde. Sie hatten, ist später oft gesagt worden, die Ehre der deutschen Nation gerettet. Diese Ehre ist ein etwas mystisches Ding. Jedenfalls hatten diese Frauen und Männer, Deutsche, bewiesen, dass in ihren Adern so wenig ein besonderer Saft fließt wie in denen der Juden.

Von ihnen lässt sich jene Haltung mit auf den Weg nehmen, die Peter Hacks in der Anekdote „Optimismusdebatte“ beschrieb: „Kann man überhaupt etwas tun, sagte ein Mitkämpfer, der es satthatte. Tun wir denn nichts? fragte Hacks. Was immer wir tun, sagte der Freund, es zeitigt keine Folgen. Wer weiß, sagte Hacks. Heute nein, morgen doch.“

Antifa, Nov./Dez. 2011, S. 3.

Der Herrgott half den Deutschen nicht

Die Schlacht um Moskau im Dezember 1941 – Mehr als ein Vorbote der Niederlage

Als die Beobachter des Sicherheitsdienstes am 4. Dezember 1941 ihren Geheimbericht über die Stimmungen und Meinungen im „Reich“ abfassten, hatten sie ihn mit einer schlechten Nachricht zu beginnen. Aus den Meldungen des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) konnten die „Volksgenossen“ herauslesen, dass der Feldzug im Osten nicht, wie bisher immer behauptet, planmäßig verlaufe. Das löste augenblicklich in der Bevölkerung Unruhe und „großes Erstaunen“ aus, wie aus „übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches“ zu entnehmen sei. so die Autoren des Berichts.

Und das war die Vorgeschichte: Am 22. November 1941 hatte das Oberkommando mitgeteilt, deutsche Truppen hätten Rostow am Unterlauf des Don erobert. Damit die Deutschen daheim dies richtig zu würdigen vermochten, wurde angefügt, es handele sich bei dieser Stadt um ein „Handels- und Verkehrszentrum, das für die Weiterführung des Krieges von besonderer Bedeutung ist“. Sechs Tage später wurde von starken „Gegenangriffen“ der sowjetischen Armeen unter Einsatz von Panzern und Flugzeugen geschrieben. Und am 29. November hieß es, „die Besatzungstruppe von Rostow räumte befehlsgemäß das engere Stadtgebiet“. Das geschah angeblich, weil dessen Bevölkerung sich „völkerrechtswidrig im Rücken der deutschen Truppen am Kampf“ beteiligt habe. Diese Mitteilung stellte die Glaubensfähigkeit der „Volksgenossen“ auf eine harte Probe. Auch wenn die OKW-Texte das Wort „Rückzug“ vermieden, so war diese Tatsache herauszulesen.

Die Meldungen trafen die Optimisten in der braunen Gefolgschaft umso ärger, als sie trotz der unerwarteten Länge dieses Feldzugs noch immer hochfliegende Erwartungen hatten. Diese richteten sich insbesondere auf das Abschwenken der Eroberer nach Süden, hin zum Kaukasus und zu den Ölquellen. Damit wäre der Sowjetunion die Verbindung zum Iran entrissen, mit allen schwerwiegenden Folgen für Lieferungen, die auf diesem Wege in das kämpfende Land gelangten. Nun jedoch begann vielen Deutschen die Einsicht zu dämmern, „dass von einem Nachlassen oder endgültigen Zerschlagen der russischen Kampfkraft keine Rede sein könne“, wie die Autoren des Sicherheitsberichtes formulierten. Das stand im Widerspruch zur offiziellen Darstellung der Kriegslage, wie sie Hitler am 3. Oktober in einer Rede in Berlin zur Eröffnung des Winterhilfswerkes gegeben hatte. Da hatte der oberste Kriegsherr noch versichert, dass der Gegner „gebrochen“ sei.

Am 5. und 6. Dezember 1941 eröffneten die sowjetischen Armeen im Mittelabschnitt vor Moskau eine Offensive. Die Berichte, die das deutsche Oberkommando an den folgenden Tagen gab, erledigten die im „Reich“ viel erörterte Frage, ob die eigenen Truppen Moskau noch vor Jahresende einnehmen würden. Denn nun wurde mitgeteilt, dass „die Fortsetzung der Operationen und die Art der Kampfführung von jetzt ab durch den Eintritt des russischen Winters bedingt“ sein würden. Nolens volens mussten sich die „Volksgenossen“ darauf einstellen, dass vor dem „russischen Sommer“ es im Osten nicht vorwärts gehen werde.

Tag für Tag spielte das Oberkommando die Schlacht vor Moskau zu „örtlichen Gegenangriffen“ und „örtlichen Kampfhandlungen“ herunter. Am 17. Dezember hieß es, dass „im Zuge des Übergangs aus den Angriffsoperationen zum Stellungskrieg ... zurzeit an verschiedenen Abschnitten der Ostfront die erforderlichen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen planmäßig vorgenommen“ würden. Anders als den Soldaten inmitten der Rückzüge und Fluchten war es der Mehrheit der Deutschen unmöglich, sich über das Geschehen vor Moskau und den tatsächlichen Frontverlauf auch nur ein ungefähres geografisches Bild zu machen. Zum ersten Mal seit Beginn des Krieges 1939 wurde jedoch der weitere Kriegsverlauf einer wachsenden Zahl von Deutschen fragwürdig.

Dabei hatten die Propagandisten im OKW und in Goebbels-Propagandaministerium leicht aufatmen können, als mit dem Überfall auf Pearl Habour am 7. Dezember 1941 Japan den Krieg gegen die USA eröffnete und sich das vorrangige Interesse der Bevölkerung dem Geschehen im Pazifik zuwandte. Daran knüpften sich sogleich Spekulationen und Hoffnungen, dass sich der ferne Verbündete in Ostasien, das japanische Kaiserreich, nun auch am Krieg gegen die UdSSR beteiligen und dadurch die eigene Lage entlastet werde. Vier Tage später folgte Hitlers Kriegserklärung an die USA, die den

Erörterungen über den weiteren Kriegsverlauf neue Nahrung gab und zur erneuten Korrektur der Vorstellungen über die Kriegsdauer führte.

Es waren aber vor allem zwei Tatsachen, die im Dezember 1941 das Kriegsbild im „Reich“ dem Geschehen an der Front annäherten: einerseits das Eintreffen der Lazarettzüge mit den verwundeten deutschen Soldaten, unter ihnen viele mit schwersten Erfrierungen, und andererseits der Aufruf zur Sammlung von Wintersachen für das Ostheer, der verriet, mit welchen Illusionen Millionen deutsche Männer im Frühsommer auf den Feldzug befohlen worden waren.

Der Sieg der Roten Armee im Dezember 1941 vor Moskau bedeutete noch nicht die Wende im Krieg, aber er war mehr als ihr bloßer Vorbote. Die Wehrmacht verlor in diesen Wochen den ihr bis dahin vorauseilenden Ruf der Unbesiegbarkeit. Und das war ebenso wichtig wie der Verlust an kampffähigen Männern und einer Masse von Kriegsmaterial, das die Divisionen bei ihren Fluchten zurücklassen mussten.

Die Möglichkeit zum Wiedergewinn der strategischen Initiative war aber noch nicht vollends verloren. Das bewies die deutsche Offensive im Sommer 1942, die durch ihre Begrenztheit auf den Süden jedoch zugleich verriet, dass die Kraft, vom „Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ anzugreifen (wie es im „Russlandlied“ hieß), sich nicht zurückgewinnen ließ. Die erlittenen Verluste waren nicht mehr vollständig ersetzbar.

Die deutschen Imperialisten hatten Ende 1941 nicht nur ein Kriegsziel verfehlt. Von da an existierte in des Führers Hauptquartier, so oft Hitler auch den Endsieg proklamierte und versprach, kein Gesamtplan mehr. Die Niederlage zeichnete sich ab, sie war eine Frage der Zeit. Wer sich an der Jahreswende 1941/1942 das noch nicht eingestehen wollte, der sah zumindest doch dies: Weder war die Linie Archangelsk-Astrachan erreicht worden, noch der Suezkanal. Deutschland hatte sich mit zwei starken Kriegsgegnern auseinanderzusetzen, von denen zwar vorerst nur der eine, die UdSSR, an der europäischen Front kämpfte. Doch musste das nicht so bleiben. Und blieb auch nicht so.

Indessen: Die übergroße Mehrheit der Deutschen wollte den Krieg nicht verlieren. Sie klammerte sich an die Verheißungen Hitlers. Der hatte seine verlogene Rede, in der er den Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 zu einem Präventivkrieg erklärte, mit den Worten geschlossen: „Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!“ Am Jahresende 1941 war klar, dass jener gerade das nicht tat. Und dennoch versuchte Hitler nochmals am 11. Dezember 1941 seiner Gefolgschaft glauben zu machen, dass „der Herr der Welten“ – der bei ihm meist „Vorsehung“ hieß – mit den deutschen Armeen sei, denn er hätte in den letzten Jahren „so Großes an uns getan“.

Millionen Deutsche galoppierten in die Welt des Irrationalen. Hitler stürmte ihnen dabei voran.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. Dezember 2011, S. W7.

Germany First

Deutschlands Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941

Die Bilanz des zu Ende gehenden Jahres 1941 war für die Führung des Reiches und den Diktator Hitler, mochten sie sich das eingestehen oder nicht, negativ. Anders als in den Jahren vorher war der Kriegsplan gescheitert. Dieser hatte vorgesehen, dass bis zum Einbruch des Winters der sowjetische Staat zerschlagen und dessen übriggebliebenen Armeeeinheiten auf das Terrain jenseits des Ural abgedrängt und unfähig sein würden, noch irgendeine militärische Rolle zu spielen. Der vollständige Sieg im Osten sollte die Kräfte der Wehrmacht, die sich nun zusätzlich auf die geraubten Quellen würde stützen können, für die Konzentration des Krieges gegen Großbritannien an allen Fronten frei machen: im Luftkrieg, dem zur See und dort, wo sich Landarmeen schon gegenüberstanden oder noch aufeinanderstoßen würden. Das war in Nordafrika und im Vorderen Orient der Fall, und dort insbesondere im Irak, in den Britische Truppen vorgedrungen waren.

Dieser Plan war Makulatur. Die deutschen Truppen waren zwar bis Moskau und Leningrad vorgedrungen, hatten die Ukraine erobert. Aber sie lagen an der gesamten Frontlänge fest. Der Bewegungskrieg war beendet und der Gegner nicht geschlagen. Er hatte sich jedenfalls eine Atempause erkämpft. Wie sich aber der Krieg in der Sowjetunion hinzog, gewann auch Großbritannien Zeit, seine Abwehr zu stärken. Die Kräfte hingegen, über die die Wehrmacht gebot, als sie in die UdSSR eingefallen war, hatten sich auf ein Maß verringert, das keine Aussicht ließ, sie könnten durch Einberufungen und den Ersatz der vernichteten oder verschlissenen technischen Ausrüstung bis zum Frühjahr wieder auf den Stand gebracht werden, den sie auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung im Juni 1941 erreicht hatten.

Nach Pearl Harbor

Die Mehrheit der Deutschen, ob Soldaten oder Zivilisten, mochte in diesem Moment noch nicht absehen, welche Veränderungen in der Kriegslage eingetreten waren und welche denkbaren Folgen sich daraus ergeben könnten. Aber dass der Feldzug im Osten, anders als ihnen in den ersten Wochen nach dem Überfall wieder und wieder gesagt worden war, noch „planmäßig“ verlaufe, konnten sie nicht mehr glauben. In Gesprächen, so meldeten die Beobachter des Nazisicherheitsdienstes, werde immer wieder an Hitlers Rede von Anfang Oktober erinnert, als er prophezeit, nein konstatiert hatte, dieser Gegner sei geschlagen und werde sich nie wieder erheben. Offenbar konnte sich auch der „Führer“ irren. Noch mochten viele Deutsche glauben, dass das 1941 Unerreichte im folgenden Jahr gelingen werde. Doch es gab keine klare Vorstellung, wie dieser Krieg überhaupt zu einem Ende gelangen könnte.

Diese Unsicherheit wurde am 11. Dezember größer, als Hitler in einer Rede in Berlin vor dem „Großdeutschen Reichstag“, jener Versammlung ausgesuchter Naziführer, die Kriegserklärung an die USA bekanntgab. Einen Tag später erläuterte er vor Reichs- und Gauleitern, also der Elite der Partei, dieses Vorgehen und auch die Lage an der Ostfront in einer Ansprache, deren Text nicht überliefert ist. Deutschland folgte mit diesem Schritt einem japanischen. Die Machthaber Nippons hatten am 7. Dezember den Krieg gegen die USA begonnen und ihn mit dem überraschenden Angriff auf die Pazifikflotte ihres Gegners in Pearl Harbor eröffnet. Die deutsche Presse berichtete von den Erfolgen des fernen Verbündeten, als wären es die eigenen. Denn Meldungen von dort waren ihr umso willkommener, als sie von den Fronten im Osten keinerlei erleichternde Botschaften zu bieten hatte. Mit dem Beginn dieses Krieges war aber auch klargestellt, dass Japans Machthaber sich gegen die Expansion auf Kosten der Sowjetunion entschieden hatten, also die Wehrmachtsarmeen nicht durch die Eröffnung einer „zweiten Front“ im Fernen Osten entlasten würden. Die sowjetische Führung konnte nun mit aller Bestimmtheit davon ausgehen, dass sich Japan an den im April 1941 – übrigens zur Überraschung der Reichsregierung – in Moskau abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag halten werde.

Angesichts dieser Konstellation war es nicht zwingend, dass Berlin auf den Schritt Tokios seine Kriegserklärung folgen lassen werde. Deutschland hatte bereits zwei Großmächte zum Kriegsgegner. Musste es eine dritte herausfordern? In der deutschen Bevölkerung wurde im zweiten Halbjahr 1941 die künftige Haltung der Vereinigten Staaten im Krieg fortgesetzt diskutiert. Dazu gab das Verhalten

der Regierung Franklin D. Roosevelts, wiewohl die Nachrichten darüber nur gefiltert und missdeutet ins Reich gelangten, genügend Anlass. Sie besagten, dass die USA in dem Krieg Deutschlands gegen Großbritannien und dessen Verbündete deren Partei ergriffen hatten. Selbst noch neutral, halfen sie doch den Briten, aus- und durchzuhalten. Das bezeugte eine Kette von Handlungen. Im März 1941 wurde von den parlamentarischen Gremien in Washington das Leih- und Pachtgesetz (Land-Lease-Act) beschlossen, das eine sachlich und finanziell großzügige Unterstützung der britischen Kriegsanstrengungen legalisierte. Sodann wurden die deutschen Guthaben in den USA eingefroren und die Konsulate des Reiches geschlossen. Im Juli besetzten Truppen der Vereinigten Staaten Stützpunkte im zu Dänemark gehörenden Island zu dem Zweck, die eigenen Handelstransporte zu den britischen Inseln militärisch zu sichern. Als sich Churchill und Roosevelt im August schließlich vor der Küste Kanadas getroffen und die Atlantik-Charta verabschiedet hatten (siehe jW vom 13. August 2011), war auch demonstrativ klargestellt, welcher Seite die USA den Sieg herbeiwünschten. Die Kapitäne der zur Bewachung der Handelsschiffe eingesetzten US-Zerstörer erhielten den Auftrag, auf sich nähernde deutsche U-Boote zu schießen. Der Seekrieg zwischen Deutschland und den USA hatte faktisch begonnen.

Bis Berlin-Karlshorst

Als an jenem 11. Dezember 1941 dem Geschäftsträger der USA die von dem Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop unterzeichnete förmliche Kriegserklärung übergeben wurde, geschah das mit dem Verweis auf diese Parteinahme Washingtons. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker beschrieb die Wahl, vor die sich die deutsche Führung gestellt sah und deren Entscheidung in seinen Notizen so: „Man legt bei uns Wert darauf, dass die USA nicht uns, sondern wir ihnen den Krieg erklären.“ Freilich gaben sich die deutschen Machthaber auch dabei als die Friedfertigen. Die Kriegshetzer seien in den USA, und dort wären es – wer sonst – die Juden. In Wahrheit hatten sich in den Vereinigten Staaten die Politiker durchgesetzt, die kein von Nazideutschland beherrschtes Europa wollten, das dann versuchen würde, seine über den Kontinent hinausreichenden Ambitionen zu verwirklichen.

Vor allem unter den älteren Generationen der Deutschen konnte kein Gespräch über das Land jenseits des Atlantiks stattfinden, ohne dass die Gedanken und die Rede auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs kamen. Da hatten die USA am 6. April 1917 ihre Neutralität aufgegeben und auf Seiten von Deutschlands Gegnern Frankreich, Großbritannien, Italien und Russland eingegriffen. Nicht, dass dies den Ausschlag für den Ausgang des Krieges gegeben hätte, aber auf den Schlachtfeldern Frankreichs erschienen frische Truppenkontingente aus Übersee, und das war über die militärische Bedeutung hinaus auch von moralischer Wirkung und hat die deutsche Niederlage jedenfalls beschleunigt. Mit einer Wiederholung dessen war im Dezember 1941 nicht sogleich zu rechnen. In Westeuropa gab es keine Landfront. Zudem ließ sich darauf vertrauen, dass die USA zunächst genügend mit dem Kriegsgegner Japan beschäftigt sein würden und also in die europäischen Schlachten nicht eingreifen könnten. Wie also nahmen die Deutschen es auf, dass im Verlauf eines halben Jahres, vor dem sie noch darauf gehofft hatten, dass mit dem Sieg über Großbritannien der Krieg enden werde, nun zwei neue Gegner existierten? Der Bericht des sogenannten Sicherheitsdienstes vom 15. Dezember 1941 über die Wirkungen der „Führerrede“ strich heraus, dass Einsicht über die Unausweichlichkeit der Kriegserklärung an die USA herrsche. Lediglich in bäuerlichen Kreisen sei vereinzelt Überraschung und „Besorgnis über das Hinzukommen eines weiteren Kriegsgegners laut“ geworden. Allgemein aber werde mit einer längeren Dauer des Waffengangs gerechnet.

Die Frage, was dieser Schritt der USA bedeute, wurde den Deutschen alsbald praktisch beantwortet. Vertreter der USA wie Großbritanniens entschieden bereits an der Jahreswende 1941/1942, worauf sie in diesem weltweiten Krieg ihre Kräfte zunächst konzentrieren würden und bestimmten: „Germany First“ („Deutschland zuerst“). Zunächst löste sich die US-amerikanische strategische Luftflotte mit den britischen Verbänden bei ihren Angriffen auf deutsche Städte und Industriezentren ab. Dann setzten Truppen der USA über den Atlantik und landeten in dem französischen Kolonialgebiet in Nordwestafrika. Von da bewegten sie sich in Richtung Tunesien und Libyen und nahmen das deutsche Afrikakorps unter General Erwin Rommel und die italienischen Verbände in die Zange. Als die vernichtet waren, erfolgte der Sprung nach Sizilien und von da auf das süditalienische Festland.

Schließlich wurde im Juni 1944 die zweite Front in Frankreich eröffnet. Im April 1945 waren die Truppen des Generals Dwight D. Eisenhower in Leipzig und Chemnitz. Dann kam mit der sowjetischen und der britischen Delegation eine US-amerikanische nach Berlin-Karlshorst, um die Kapitulationsurkunde auszufertigen. Germany First war erledigt.

junge Welt, Sonnabend, 10.12.2011, S. 15.

Nicht nur Raummangel

Jüngst, das Herbstsemester war an den Hochschulen gerade eröffnet, ereignete sich an der Berliner Humboldt-Universität dies: In einem Seminar, das von Beflissenen der Geschichtswissenschaft besucht wird, wurde den Teilnehmenden aufgetragen, einen Text von Carl von Ossietzky zu lesen. Das kommt dort noch vor. Als sich die Runde nach dem Studium wieder zusammenfand, wurde wie üblich zunächst gefragt, ob es mit dem Text irgendwelche Schwierigkeiten des Verständnisses gegeben habe. Das hatte es nicht, doch wurde gefragt: „War Ossietzky Kommunist?“, worauf, das macht den guten Didaktiker aus, vor der Antwort geforscht wurde: „Wie kommen Sie darauf?“ Die Antwort lautete: „Er benutzt den Begriff Faschismus.“

Die Episode wäre der Erwähnung nicht wert, hätte sich hier einzig selbstverschuldetes Unwissen geäußert. Indes: Es fragte ein Opfer der Schulbildung in einer Gesellschaft, in der die auf ihre Gegenwart, Geschichte und Zukunft gerichtete Begriffswelt immer weniger durch theoretische Anstrengung und immer mehr von politischen Deutungs- und Herrschaftsbedürfnissen bestimmt wird. Ein Bundesdeutscher hat sich der Sympathien mit Kommunisten und anderen Linken auch dadurch unverdächtig zu machen, dass er den Etikettenschwindel der Nazis benutzt und gefälligst Nationalsozialismus schreibt und sagt. Dass weder ein Bürger der USA oder Großbritanniens, um im englischen Sprachkreis zu bleiben, auf die Idee käme, diese absichtsvoll betrügerische Kennzeichnung zu benutzen, hat ihn nicht zu irritieren. Und auch nicht, dass Faschismus, freilich mit anderer inhaltlicher Bestimmung, zum Begriffshaushalt von Konservativen gehört, von denen Ernst Nolte mit seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ (1963) der bekannteste wurde.

Ossietzky, 25/2011, 10. Dezember 2011, S. 970.

Grüezi mitenand

Schon der Titel ist eine Verführung. Guter Geschichtsunterricht! Das belebt Erinnerungen an Urzeiten:

Der erste meiner Geschichtslehrer war in diese Rolle durch einen Irrtum bei seiner Berufswahl gelangt. Dann, als den jüngeren Fachkräften befohlen war, in den weiten Osteuropas Geschichte zu machen, mussten alte Kader sie ersetzen. Wir bekamen einen, der noch an einem der Lehrerseminare im 19. Jahrhundert ausgebildet worden war. Wenn der, Wahrheit oder Legende, den Kaiser über die Alpen nach Canossa ziehen ließ, hatte sich der Schulweg gelohnt.

In diesen Jahren erhielten wir Schulbücher, die uns den Gang deutscher Geschichte als den unausweichlichen Weg von den Germanen zum Führer darstellten. Als dieser Weg geendet hatte, wurde der Unterricht im Fach Geschichte für einige Zeit untersagt, bis schließlich ein Pädagoge an unserer Anstalt eine Sondergenehmigung erhielt. Wir studierten die Bände der Geschichte der Diplomatie, eine sowjetische Produktion.

Guter Geschichtsunterricht: Zwei Worte und ein Ansturm von Gedanken. Nun trifft es die Enkel. Und, Verführung Nummer zwei, das Thema wird von einem Schweizer abgehandelt, erörtert in dem Ausland, aus dessen Legendengeschichte jeder bildungsbeflissene Deutsche den Hut kennt und die Gasse und den Schwur und den Tell und den Gessler und die Verarbeitung all dessen durch einen gewissen Schiller. Peter Gautschi, so heißt der Verfasser von „Guter Geschichtsunterricht“, lehrt an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die befindet sich in Aarau, also unfern der Grenze zu Frankreich, und das hat auch eine interessante Vergangenheit.

Gautschi ist ein Didaktiker, das schließt ein, dass er systematisch vorgeht. Über die Abschnitte „Was ist Unterricht“, „Was ist Geschichtsunterricht“, „Was ist guter Unterricht“ gelangt er zur Beantwortung der Frage „Was ist guter Geschichtsunterricht“. Wer bis zur Seite 100 vorgedrungen ist, stößt auf das Kondensat, des Autors Definition: „Geschichtsunterricht ist dann gut, wenn Schülerinnen und Schüler anhand von fachspezifisch bedeutsamen Inhalten und Themen mittels eines Unterrichtsprozesses, der den Ansprüchen der Bezugswissenschaften entspricht, relevantes geschichtliches Wissen und für Historisches Lernen grundlegende Kompetenzen erwerben und ausdifferenzieren.“

Hier heißt es einhalten und bedenken, was das ausdrücken soll, dass „Geschichtsunterricht ... mittels eines Unterrichtsprozesses“ Kompetenzen vermittelt. Ich danke mangels einer genaueren Adresse einem gütigen Schicksal, dass meine Geschichtslehrer von dieser Definition nie gehört hatten und wünsche vielen Meitli und Buebe im sympathischen Nachbarlande, dass dies auch für ihre Pädagogen gelten möge. Guter Geschichtsunterricht, so kommt mir dann in den Sinn, ist vielleicht der, der Wissen vom Gang der Weltgeschichte vermittelt, dazu beiträgt, Kindern und Heranwachsenden eine selbständige Orientierung in den gesellschaftlichen, politischen und geistigen Zuständen ihrer Zeit zu ermöglichen, und sie befähigt, die abschätzbaren Chancen und Grenzen ihres Eingreifens in geschichtliche Prozesse zu erkennen und ihre Lebensinteressen, namentlich das am Frieden, in Gemeinschaft zu verfechten. Möglicherweise ist dieser Anspruch aber zu politisch. Da lassen wir es lieber beim Kompetenzenausdifferenzieren. Grüezi mitenand.

Peter Gautschi: „Guter Geschichtsunterricht. Grundlagen, Erkenntnisse, Hinweise“, Forum Historisches Lehren, Wochenschau Verlag, 334 Seiten, 39,80 Euro.

Ossietzky, 25/2011, 10. Dezember 2011, S. 974-975.

„Gott, vernichte ihn“

Thomas Manns Ansprache an die deutschen Hörer zur „Kriegsweihnacht“ 1941

Vor 70 Jahren begingen die Deutschen die dritte Kriegsweihnacht. Die erste 1939, hatten sie als solche noch nicht recht wahrgenommen. Der Krieg im Osten, gegen Polen, war gewonnen, das Land erobert. Und wie es nun weitergehen werde, darüber existierten keine Vorstellungen, die sich an vergangene Bilder hätten heften können. 1940 war Frankreich überraschend schnell besiegt worden und Großbritannien der einzige verbliebene Kriegsgegner. Kaum jemand zweifelte, dass man mit dem noch fertigwerden würde. Nun, 1941, sah sich die Welt anders an. Die deutschen Soldaten waren als Besatzer verteilt vom Nordkap bis zu den griechischen Mittelmeerinseln. Ihre Hauptmasse fror vor Moskau und vor Leningrad und war, wie jüngste Nachrichten besagten, gar im Süden der Sowjetunion durch Gegenangriffe bei Charkow zurückgeschlagen worden. Das Kriegsende war den Deutschen vollkommen außer Sicht geraten. Und Hitler hatte in einer Ansprache am 11. Dezember, als er die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten bekanntgab, die Deutschen auf einen langen Krieg eingestimmt. Sein Versuch, sie im Hinblick auf dessen Ausgang mit Zuversicht auszurüsten, war ohne Nachhall geblieben.

Gedrückte Stimmung

Ende November 1941 war der OKW-Bericht, der die Räumung des schon erobert geglaubten Rostow mitteilte, als verklausulierte Nachricht von der ersten Niederlage der Truppen im Osten gedeutet worden. Meldungen des Sicherheitsdienstes vom Dezember 1941 sprachen von einer Ernüchterung in der deutschen Bevölkerung, wiewohl die dürftigen Berichte aus dem Führerhauptquartier dieser noch keine Vorstellungen von den tatsächlichen Ereignissen am Mittelabschnitt der Ostfront gegeben hatten. Doch dass das Bild von der Roten Armee grundlegend zu korrigieren war, hatte die Mehrheit der Deutschen inzwischen eingesehen. Die Nachrichten von Anfang Oktober, dass die Kraft dieser Roten Armee gebrochen sei, betrachteten sie als verfrüht und irreführend. Die Hoffnung, dass Moskau und Leningrad noch im Jahr 1941 eingenommen werden könnten, war aufgegeben. Nun, da der Krieg in den Winter ging und das Oberkommando der Wehrmacht in einem Bericht den Übergang zum Stellungskrieg bekanntgab, war ihnen auch klar, dass daraus der Gegner Gewinn ziehen werde, der neue Formnationen bilden und auch die erlittenen Verluste an technischen Kriegsmitteln ersetzen konnte. Die Wiederaufnahme der Offensive im kommenden Jahr werde mithin eine erhebliche Zahl von weiteren Opfern erfordern.

Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung in mehreren Städten trugen dazu bei, dass sich eine gedrückte vorweihnachtliche Stimmung ausbreitete. Das galt insbesondere für die Familien, die Angehörige an der Ostfront wussten. Feldpostbriefe gingen von Hand zu Hand, aus denen sich eine ungefähre Vorstellung von dem gewinnen ließ, was die Soldaten an der erstarrten Ostfront erlebten. Das sind Sätze, die von Beobachtern des Sicherheitsdienstes in ihrem Bericht zitiert wurden: „Ich bin der letzte des alten Stammes meines Truppenteils ...“ Oder: „Von meiner Kompanie sind nur noch 15 Mann am Leben.“ Oder: „Ich habe nur noch den einen Wunsch, lebend aus der Hölle rauszukommen.“

In dieser Situation wandte sich Thomas Mann aus dem fernen Pacific Palisades bei Los Angeles im Westen der USA über den britischen Rundfunk an „Deutsche Hörer“. Das tat er aufgrund einer Einladung, die im Herbst 1940 an ihn ergangen und der er ohne langes Zögern gefolgt war.

Die erste dieser Sendungen war im Oktober 1940 ausgestrahlt worden. Da tobte die Luftschlacht über den britischen Inseln. Viele Deutsche hofften, die Kapitulation dieses letzten Kriegsgegners sei nahe und damit auch das Ende des Krieges. Dass sich Mann über den Rundfunk – und zwar auf der Langen Welle, die im Reich auch mit einfacheren Radioapparaten zu empfangen war – an die Deutschen wenden konnte, erforderte einigen technischen Aufwand. Anfänglich waren seine Texte verlesen worden, inzwischen aber war ein Weg gefunden, dass Konserven mit seiner eigenen Lesung über den Atlantik gelangten und so die Stimme des Schriftstellers gehört werden konnte – unter Beachtung aller Vorsichtsmaßregeln, die durch die bei Kriegsbeginn erlassene Verordnung geboten waren. Diese hatte das Hören von Feindsendern unter strenge Strafen gestellt.

Im Dezember 1941, dem Monat, in dem sich an der Ostfront vor Moskau die Wende des Krieges zum ersten Mal ankündigte, war Mann zweimal zu hören, im üblichen Monatsrhythmus und in einer Sondersendung am 24. Dezember. Da war soeben die Mitteilung erfolgt, dass Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres Walther von Brauchitsch, der diesen Posten seit 1938 bekleidete und nach Sieg über Frankreich zum Generalfeldmarschall befördert worden war, verabschiedet und sich selbst an dessen Stelle gesetzt hatte. Mit Brauchitsch, der den Rest des Krieges auf seinem Gut im Protektorat verbrachte, waren weitere Generale, die im Osten befehligt hatten, abgelöst worden. Darauf bezog sich Mann in seinem Text einleitend so: „Wie hat euch der Tagesbefehl gefallen, mit dem Führer Hitler seine in Russland geschlagenen Generäle absetzte und sich selbst, auf Weisung der ‚Stimmen', die er hört, zum Oberstkommandierenden auf allen Schauplätzen des deutschen Welteroberungskrieges ernannte?" Darauf folgt eine Analyse der Verlautbarung, mit der nicht nur die Deutschen an der Front und im Hinterland zu äußersten Anstrengungen getrieben werden sollten, sondern mit der sich dieser grenzenlos eitle Führer dem Volke als ein Weitschauender und Weiser präsentiert hatte, der alles so habe kommen sehen, wie es eben gekommen ist. Der Mann, der sich bei Kriegsbeginn rühmte, einen Zweifrontenkrieg vermieden zu haben, erzählte den Deutschen nun, „gewusst zu haben, dass er eines Tages die drei größten Mächte der Welt, England, Russland und die Vereinigten Staaten, gegen sich [...] haben würde." Diesen Anspruch auf Vorwissen kommentierte Mann knapp: „Da spricht ein Elender sich schuldiger, als er ist [...]." Und dann endete die Weihnachtsansprache mit dem Ruf „Gott im Himmel, vernichte ihn!" Das war nicht als ein Abwälzen der Aufgabe gemeint, die den Völkern bevorstand.

„Welteroberungskrieg"

Thomas Mann hat in seinen Reden an „Deutsche Hörer" immer wieder gesucht, Erkenntnisse und Einsichten zu verbreiten, die sich so gruppieren lassen: Erstens versicherte er den Deutschen, dass kein Weg an der Niederlage des Naziregimes vorbeiführen werde. Wie lange der Krieg auch dauere – und Hitler hatte in der Ansprache am 11. Dezember die „Volksgenossen" soeben auf dessen unbestimmte Länge ausgerichtet –, an seinem Ende werden die Mächte der Antihitler-Koalition siegen. Zweitens trachtete er danach, den Hörern unumwunden klarzumachen, was Deutschland für einen Krieg begonnen habe und führe. Die in der Weihnachtsansprache gebrauchte Wendung vom „deutschen Welteroberungskrieg" könnte beanspruchen, die hierzulande gebräuchlich gewordene von „Hitlers Vernichtungskrieg" zu ersetzen, beschreibt sie doch das Ziel des verbrecherischen Unternehmens, in dessen Ergebnis, wie Mann sagte, die versklavten Völker stehen sollten. Drittens unternahm es Mann, den Hörern unmissverständlich zu sagen, wessen Führung sie sich da unterworfen hatten. In dieser einen Sendung vom 24. Dezember nannte er Hitler „dieses schlecht ausgefallene Individuum", „einen wütenden Kettenhund", den „Unhold" und „blinden Abenteurer", einen „Elenden" und die „gottloseste aller Kreaturen". Und schließlich – viertens – kündete er den Deutschen an, dass sie für das, was sie anderen Menschengruppen, vor allem den Juden, den Polen, den Russen jetzt antaten, eines Tages unweigerlich zu zahlen haben würden, zumal sich gegen sie weltweit ein unvergleichlicher Hass auftürme.

Es ist mit Sicherheit nicht zu sagen, ja nicht einmal ungefähr zu schätzen, wie viele Deutsche eine oder mehrere der insgesamt 55 Sendungen Thomas Manns, die später auch gedruckt wurden, hörten und was sie auslösten und bewirkten. Gewiss ist nur, dass sie nicht ins Nichts gesprochen wurden. Mit der Verlogenheit und Armseligkeit der Meldungen, die ihnen aus dem Hauptquartier zukamen, und der immer wieder bestätigten Entdeckung von Beschönigungen und Unterschlagungen wuchs die Zahl derer, die es riskierten, sich beim verteufelten „Feind" zu informieren, der in – einer immer grotesker wirkenden – Umkehrung von der Goebbels-Propaganda als Lügner hingestellt wurde.

Was sich in den Dezembertagen im Mittelabschnitt der Ostfront ereignete, wurde den Deutschen vorsätzlich vorenthalten. Sie waren auf Vermutungen angewiesen. Die wären zahlreich, wurde im letzten überlieferten Bericht des Sicherheitsdienstes für 1941 – er stammt vom 18. Dezember – mitgeteilt, und sie besagten „ein Zurückgehen unserer Truppen im Osten". Den Deutschen dämmerte, und Mann sagte es ihnen unumwunden: Das wird nicht die letzte Kriegsweihnacht gewesen sein.

junge Welt, Sonnabend, 24.12.2011, S. 15.

Wie „der Doktor“ auf den Alten Fritz verfiel

Jetzt geht’s los! Das Preußenjahr zu Ehren von Friedrich II.

Der Schuss ist gefallen, das 366 Tage-Rennen „F. II“ gestartet. Was wird der Erinnerungs-Marathon für Friedrich II. von Preußen, der vor 300 Jahren, am 24. Januar 1712 geboren wurde, bringen? Und warum überhaupt stürzen sich Heerscharen von Historikern, Publizisten, Journalisten, Filmemachern, Fernsehproduzenten und Kuratoren ausgerechnet auf diesen Preußen? Wegen der zwei Nullen hinter der drei? Gibt es keine wichtigeren Themen? Soll die Event-Generation befriedigt werden? Oder geht es, wie so oft, einzig ums liebe Geld, das mit dem Verkauf von Eintrittsbilletts, Büchern und Zeitschriften sowie Devotionalien zu verdienen ist. Oder schlicht um Werbung für Potsdam und Rheinsberg. Leuthen und Kunersdorf stehen zu Reklamezwecken nicht zur Verfügung, weil sie an Polen „verloren“ sind und heute Lutynia und Kunowice heißen.

Nun danket Alle Gott

Apropos Kunersdorf. Daran hätten wir uns vor etwa drei Jahren mit Gründen erinnern können, denn da lag die Schlacht, die von den Truppen des noch nicht so alten Fritz 1759 geschlagen wurde, exakt 250 Jahre zurück. Aber mit Schlachten haben wir es nicht mehr so. Zudem haben wir an Gefechten und Scharmützeln genug, die sich „unsere Soldaten“ in Afghanistan liefern müssen. Außerdem waren die preußischen Regimenter bei diesem niederschlesischen Nest von den Österreichern und den Russen tüchtig verhauen worden. Knapp zwei Jahre zuvor war das bei Leuthen noch anders ausgegangen. Und da hatte dann angeblich ein Chor von 25.000 überlebenden Siegern „Nun danket Alle Gott“ gesungen. So kamen die Deutschen dann zum Choral von Leuthen und 1933 sogar zu einem Spielfilm gleichen Namens.

Also, der Friedrich bekommt 2012 seine hohe Zeit. Da drängt sich die Frage auf: Wann hatte er seine letzte? Sie liegt exakt 70 Jahre zurück. Und damals war vielen Deutschen etwas unwohl zumute. Der Krieg im Osten war nicht nach ihren Vorstellungen verlaufen, die Väter und Söhne vieler froren in den russischen Weiten jämmerlich. Die deutschen Kinos indessen waren noch gut beheizt und zusätzlich von Besuchern erwärmt, die sich dort mangels anderer Ablenkung zahlreicher drängten als in den Jahren zuvor. Und dort lief jetzt „Der große König“ an, ein Spielfilm aus der Werkstatt des Veit Harlan. Dessen Handlung begann mit der Schlacht bei Kunersdorf, wo es Friedrich II. und vor allem seinen Soldaten übel erging.

Wieso wagte man 1942 eine Leinwanddarbietung über einen Krieg, den die Deutschen, zu denen Preußen immer wieder etwas voreilig erklärt wurde, verloren hatten? Das passte, denn die Handlung endete natürlich mit einem späteren Triumph „Seiner Majestät“. Die Botschaft des Films lautete also im dritten Kriegsjahr: Man musste nur glauben, aushalten, siegesgewiss sein wie der kleine Mann und große Held vor Zeiten, der am Ende mit seinen Feinden – darunter den Russen – fertig geworden ist.

Nicht, dass die deutschen Faschisten Friedrich II. erst im Krieg wiederentdeckt hätten. Er war der „ihre“ schon seit ihrer so genannten Kampfzeit. Im letzten Wahlkampf in Deutschland, der den Namen noch verdiente, fanden sich in den Straßen und an Plätzen Großplakate mit den Konterfeis dreier Männer: des „Großen Königs“ Friedrich II., des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck und des „Führers“ Adolf Hitler. Und als im März 1933 in Potsdam das Bündnis der alten und neuen Reaktionäre demonstriert werden sollte, kletterten der frühere Generalfeldmarschall des letzten regierenden Hohenzollern, Paul von Hindenburg, und der einstige Gefreite des Kaiserheeres, der gebürtige Österreicher und nunmehrige Kanzler der Deutschen, gemeinsam in die Gruft der Garnisonskirche hinab – zum Sarkophag des berühmtesten Preußenkönigs, der wider dessen Willen da seine letzte Ruhestätte hat finden sollen.

Nein, hervorgekramt wurde der vielgerühmte Preuße 1942 nicht, aber er erhielt eine weitere, spezielle Funktion. Jetzt ging es nicht nur darum, den „Führer“ durch die Konstruktion einer Traditionslinie auf einen turmhohen Denkmalsockel zu stellen, sondern allen Volksgenossen sollte sich zweierlei einprägen: Sie hätten an den Sieg zu glauben, komme was immer da wolle, und sie hätten zu kämpfen,

das eigene Leben nichtachtend, wie es eben der Alte Fritz getan habe. Der überlebte zwar im Gegensatz zu Tausenden seiner Soldaten alle seine Schlachten und wurde 74 Jahre alt, was im 18. Jahrhundert und auch später noch laut Volksmund „ein schönes Alter“ war. Doch was soll’s.

Der Mann, der sich seit 1942 der Pflege der Erinnerung an den von Anekdoten und Legenden umgebenen Preußenkönig besonders annahm, hieß Joseph Goebbels und war für die Durchhalte-Propaganda zuständig wie niemand sonst. Je kritischer und schließlich je deprimierender die Kriegslage für die deutsche Wehrmacht wurde, je besorgter die Stimmung im Hinterland, umso häufiger, tiefer und verwegener griff „der Doktor“ in die preußische Geschichtskiste, in die Schublade Friedrich II. und dort in die Ablage „Siebenjähriger Krieg“.

So auch am 20. April 1942, als im Reich wieder mal „Führers Geburtstag“ begangen wurde. Der Gefeierte selbst war in seinem Hauptquartier beschäftigt und daher nicht anwesend, als der Propagandaminister in der Berliner Sporthalle vor auserlesenem Jubelpublikum auf Fridericus Rex zu reden kam. Die ihn hörten, hatten den Harlanschen Geschichtsschinken womöglich schon gesehen und darin jene Szene, in der das Offizierskorps von ihrem obersten Kriegsherrn durch eine feurige Rede wieder aufgerichtet wurde und den Befehl „Angriff“ erhielt. Wann wird es „im Osten“ wieder losgehen, fragten sich die Jubeldeutschen. Außerhalb der Halle herrschte vielerorts eine andere Stimmung. Wenn wieder „angetreten“ werde, würde sich auch die Zahl der Todesnachrichten mehren.

Preußens Geschichte und namentlich die des längsten Krieges der drei Schlesischen Kriege, also des auch „Siebenjähriger“ genannten, wurden von der Nazipropaganda in einem solchen Grad angerufen, dass, wie es in einem Bericht des Sicherheitsdienstes 1943 hieß, im Elsass Beschwerden laut wurden. Dort nämlich fühlten sich „Volksgenossen“, deren Vorfahren bei den Siegen unter Preußens Fahnen nicht dabei waren, zurückgesetzt. Sie schlugen vor, zum Mutmachen auch in andere Großzeiten deutscher Vergangenheit zu greifen.

Jedoch, gebraucht wurde der Situation angemessenes historisches Propagandamaterial. Da gab es zwar noch die Völkerschlacht bei Leipzig 1813, der dann der Einzug in Paris gefolgt war. Indessen musste da viel vorheriges Geschehen ausgelassen werden: die Napoleons Siegen 1806/07 folgenden Zeiten von „Deutschlands tiefster Erniedrigung“, die Jahre der Besatzung, die unheroische Flucht eines anderen Preußenkönigs, den niemand einen „Großen“ nennen konnte, und vor allem die Waffenbrüderschaft mit den Armeen des russischen Zaren. Nein, Friedrich der Große war da geeigneter zum Ausschlachten.

Die wehrlosen Toten

Das „Dritte Reich“ war schon in der Phase seiner Agonie angekommen, in Ost und West standen Truppen der Alliierten auf deutschem Gebiet, da wurde der Wunderglaube an einen „Sieg deutscher Waffen“ mit dem Verweis auf die abrupte Wendung in einem Krieg des „Großen Preußen“ zu nähren gesucht. Die war durch den Tod der russischen Zarin, den Thronwechsel und das darauffolgende Ausscheiden Russlands aus der militärischen Konfrontation entstanden. An dessen Ende konnte Friedrich II. behaupten, was er vordem erobert hatte. Diese Erinnerung vermochte indessen weder die Kriegsstimmung der Deutschen zu heben noch die endgültige Niederlage aufzuhalten. Selbst die Nachricht vom Tod des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelts blieb ohne Wirkung.

Die friderizianische Etappe der preußischen Geschichte war von der Nazi-Kriegspropaganda ausgepresst worden wie eine Zitrone. Hatte der Mann auf dem preußischen Thron, der vor 300 Jahren das Licht der Welt erblickte, dies verdient? Niemand ist wehrloser als die Toten. Friedrich II. bestimmt auch in diesem Jahr nicht mit, was die Dirigenten, Orchester, Solisten und Chöre der Erinnerung mit ihm anstellen werden.

Neues Deutschland, 07.01.2012.

Worüber die Täter nicht reden wollen

Werner Röhr untersuchte die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft

Dieses Buch ist Ergebnis einer Kärrnerarbeit. Und es fällt einem schwerlich ein zweiter Autor ein, der diese mit den notwendigen Kenntnissen, mit dieser Hingabe und Ausdauer hätte bewältigen können als der Berliner Historiker Werner Röhr.

Abwicklung – das Allerweltswort geriet in den politischen Sprachgebrauch der eben-noch-DDR-Bürger Anfang der 90er Jahre. Bis dahin verbanden sie mit diesem Wort zumeist die Erledigung eines beliebigen Geschäfts- oder Arbeitsganges, die Wolle verstrickenden Großmutter eingeschlossen. Heute muss Nachgeborenen die Vokabel in der Bedeutung, die sie damals erhielt, wohl erklärt werden. Die auf die seinerzeitigen Vorgänge am ehesten zutreffende wäre „Liquidation“. Dabei waren Ziel und Resultat freilich nicht, wie sich aus der Herkunft des Wortes (lat. liquidare) schließen ließe, eine „Verflüssigung“, sondern die ersatzlose Schließung von Einrichtungen und die Entlassung von Angestellten und Arbeitern, ohne dass jenen die Chance gelassen wurde, Rechtsansprüche geltend zu machen, geschweige denn durchzusetzen.

Die abgewickelten Historiker der DDR fanden sich zumeist als Arbeitslose auf Arbeitsämtern wieder; die wenigsten ergründeten und erhielten Möglichkeiten, ihr Fachwissen weiter einzusetzen. Andere Akademiker kamen in prekären Arbeitsverhältnissen unter, z. B. als Organisator in einer Baufirma, als Passagier- und Gepäckkontrolleur auf einem Flughafen, als „Unternehmerin“ im eigenen Kosmetik-„Studio“. Die älteren wurden Vorrentner, mit deutlicher Reduzierung der finanziellen Bewertung ihres Arbeitslebens, ein Teil mit „Strafrenten wegen Staatsnähe“.

An seine Mitwirkung bei dieser Abwicklung will heute kein Täter – es waren maßgeblich westdeutsche „Kollegen“ – erinnert werden, noch weniger an deren Folgen. Gleiches gilt für die propagandistisch-demagogische Rechtfertigung der Abwicklung durch die Behauptung, in der einstigen DDR sei eine Wissenschaftswüste vorgefunden worden – eine These, die vorzüglich zu dem Versprechen des einstigen Bundeskanzlers passte, die Ostdeutschen würden alsbald blühende Landschaften erleben. In Wahrheit hatte die „Abwicklung“ mit dem Zustand der DDR-Geschichtswissenschaft zu tun. Von deren teils international gewürdigten Leistungen zeugt die Fortführung von Unternehmen über die Abwicklung hinaus. Röhr hätte da allein aufführen können die Marx-Engels-Gesamtausgabe (Heinrich Gemkow, Martin Hundt, Rolf Dlubek u. a.), die Publikationen zu Rosa Luxemburg (Annelies Laschitza), die Darstellung der Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg (Fritz Klein), die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft (Dietrich Eichholtz) oder die Dokumentation Europa unterm Hakenkreuz, deren Fortführung Röhrs eigenes Verdienst war.

Nicht die Unwissenheit von Kolonialpionieren, die unbekanntes Terrain betraten, missleitete die „Abwickler“, sondern ein strategischer Vorsatz: die Ausschaltung einer Strömung geschichtswissenschaftlichen Denkens, Forschens und Lehrens, deren theoretischer Ausgangspunkt der historischen Materialismus war.

Gegen die abstruse Rechtfertigung, das Vorgehen gegen die Kader der DDR sei eine Lehre aus dem verfehlten Umgang mit den Nazis nach dem Kriege gewesen, argumentiert Röhr: Die Weiterverwendung der Diener des faschistischen Regimes nach 1945 und die Entfernung der Protagonisten des frühsozialistischen Staates nach 1990 zielte auf Gleiches – auf die Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschafts- und Staatszustände. Dabei wurde indes den ostdeutschen „Schwestern und Brüdern“ verweigert, was in der sich formierenden westdeutschen Nachkriegsgesellschaft Nazis zugestanden wurde: die Einzelfallprüfung, die eine Geste war und damals mit den bekannten großzügigen Urteilen endete. Der Umgang mit den Sozialisten erfolgte (und erfolgt bis heute) anders als der mit den „Nationalsozialisten“. Wie anders, das lässt sich nun im Detail in diesem Band nachlesen, um den nicht herumkommen wird, wer sich mit Wissenschaftsgeschichte in Deutschland befasst. Es gehört keine prophetische Gabe zur Voraussage, dass dieses Buch auf Seiten der Sieger indes Ignoranz erfahren wird, trübt er doch das Bild der „glücklichen Vereinigung“ gewaltig.

Röhr setzt mit einer nahezu lexikalischen Aufnahme der Wissenschaftslandschaft ein und beschreibt sodann Struktur, Aufgaben, Personal und Arbeitsresultate der historischen Institute der Akademie, der SED, der Volksarmee, sowie der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Er charakterisiert die Gremien, die Schwerpunkte der Forschungen und Lehrinhalte bestimmten. Der Autor stellt die Ansprüche dar, welche die führende Partei an die Historiker stellte. Darauf folgt seine Sicht auf deren Haltung in der Krise und während des Untergangs der DDR. Die fasst er in die Begriffe „Selbstpreisgabe“ und „Umsattlungseifer“. Dafür jedoch bleibt er Beweise schuldig. Mehr noch: In seiner Darstellung der Abwicklung an der Humboldt-Universität gibt er mit dem Verweis auf den Widerstand der Betroffenen selbst ein Gegenbild.

Fakten- und detailreich schildert Röhr dann den Ablauf der Abwicklung, der Evaluierung, Auflösung und feindlichen Übernahme der Geschichtsinstitute und die Rolle der Akteure (Wolfgang Mommsen, Eberhard Jäckel, Christian Meier, Heinrich August Winkler u. a.). Dokumentiert wird der sich 1990 rasch vollziehende Wechsel von bekundeter Kooperationsbereitschaft zum kompromisslosen Liquidatorentum. Das verbindet Röhr mit einer Charakterisierung des Verlustes an wissenschaftlichem Potenzial. Beispielhaft wird auf die Schließung des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte unter der Leitung von Thomas Kuczynski und die Liquidierung des Forschungszentrums in Leipzig verwiesen, das sich mit den Namen Walter Markov und Manfred Kossok verbindet. Je mehr zu fürchten war, dass solche Türme geschichtswissenschaftlicher Leistung im größeren Deutschland als Maß dienen und als Konkurrenz wirken könnten, umso rigoroser das Bestreben, tabula rasa zu machen.

Röhr rekonstruiert, wie Regierung, Ministerialbürokratie in Bund und Ländern, Verwaltungen und Wissenschaftler, die „aus dem Westen“ einzogen, einträchtig zusammenwirkten. Er durchmustert schließlich deren Antriebe, die vom antikommunistischen Eifer bis zu eigensüchtigen Vorteilsgründen reichten. Geschaffen wurden so wie allerorten auch auf dem speziellen Feld der Geschichtswissenschaft Voraussetzungen und Bedingungen dafür, dass die gesellschaftlichen, politischen und geistigen Verhältnisse der alten Bundesrepublik in die neuen Bundesländer bruchlos übertragen werden konnten. Dies musste unweigerlich auf den Zustand der Geschichtswissenschaft in Neudeutschland zurückwirken. Wie dieser sich ihm darstellt, beschreibt Röhr am Schluss des Bandes indes mit einer Neigung zu Verallgemeinerung und Verabsolutierung.

Dem Band soll bald ein zweiter folgen, in dem der Autor die Resultate der DDR-Historiographie inspizieren will.

Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Bd. I: Analyse einer Zerstörung. Edition Organon, Berlin 2011. 504 S., geb., 30 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 12. Januar 2012, S. 17.

Dokument des Terrors

Geschichte. Vor 70 Jahren: Die Konferenz am Wannsee am 20. Januar 1942

Nürnberg, eben noch „Stadt der Reichsparteitage“, wurde 1945 zur Stadt der Prozesse gegen die Spitze der Machthaber in Nazideutschland, die wegen ihrer Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Auf das Gerichtsverfahren gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher, gegen Hermann Göring und andere, folgten zwölf weitere Verfahren vor US-amerikanischen Gerichtshöfen. Eines ging unter dem Namen „Wilhelmstraßenprozess“ (nach dem Ort des Berliner Regierungsviertels) in die Justizgeschichte ein. Auf der Anklagebank saßen hohe Beamte des Auswärtigen Amtes und weiterer Ministerien. Zum Juristen- und Spezialistenstab, der die Anklage vorbereitete, gehörte Robert M. W. Kempner. Er erzählte später, die Geschichte der Entdeckung jenes Dokuments, das zu den sensationellsten Funden im Beutegut der Siegermächte gehörte, so: In Berlin seien Fahnder mit der Sichtung des papiernen Nachlasses dieses Amtes befasst gewesen. Dessen Chef, Joachim von Ribbentrop, war nach dem gegen ihn ergangenen Urteil im Hauptprozess im Oktober 1946 bereits am Galgen geendet. Als gegen ihn verhandelt wurde, war überdeutlich geworden, dass das von ihm geleitete Amt im System der Verbrechen des Regimes eine besonders aktive und folgenschwere Rolle gespielt hatte. Also trieb Kempner die in Berlin mit der Sichtung der Akten Befassten an, die ihre Aufmerksamkeit insbesondere den Beständen der Politischen Abteilung zuwenden sollten. Im März 1947 erhielt er telefonisch die Kunde, dass da „etwas gefunden“ worden sei. Dann schildert er in seinen Erinnerungen unter dem Titel „Ankläger einer Epoche“ den sich an diese Mitteilung anschließenden Wortwechsel: „‚Was ist das?‘ ‚Protokoll einer Konferenz.‘ Ich sage: ‚Wo war denn das?‘ ‚Am Wannsee, 20. Januar 1942.‘ ‚Kommen Sie herüber! Fliegen Sie los!‘“

Als Kempner das Papier, das sich in einem Ordner mit der Aufschrift „Endlösung der Judenfrage“ befand, vor sich und gelesen hatte, was dem in Freiburg im Breisgau geborenen jüdischen Deutschen, der 1935 aus dem Nazireich geflüchtet war, nicht schwerfiel, rief er erst seine Mitarbeiter zusammen. Dann rannte er in das Zimmer von Telford Taylor, dem Juristen, Brigadegeneral und Stellvertreter Robert Jacksons im Prozess gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher, der dessen Nachfolger geworden war und ließ für ihn den Text übersetzen. Allen war das Außergewöhnliche des Moments klar.

Eine unglaubliche Geschichte

Wie im Blick auf andere Papiere aus der Hinterlassenschaft des Naziregimes lautete die erste Frage, wie es um seine Echtheit stehe. Daran konnte nach Herkunft und Fundort kein Zweifel sein. Dann war zu klären, ob die Niederschrift den Verlauf des Treffens exakt wiedergab oder ob sein Verfasser, aus welchem Interesse auch immer, die Wirklichkeit durch Hinzufügungen oder Auslassungen „korrigiert“ hatte. Das ließ sich definitiv nur klären, wenn ein Teilnehmer, der sich zu erinnern bereit war, darüber aussagen würde. Jedoch vermochte sich auch aus Vergleichen mit anderen Dokumenten darüber Auskunft gewinnen lassen, wie verlässlich der Text überlieferte, was am Beratungstisch wirklich gesagt worden war.

Und dennoch und ungeachtet aller Indizien, die für die Echtheit des Dokuments sprachen, hatten die ersten, die es lasen, Schwierigkeiten, sich eine Zusammenkunft von mehr als einem Dutzend Männer in einer Villa an einem See vorzustellen, die darüber berieten, was zu tun und zu lassen wäre, um Millionen Menschen auszurotten: die Juden Europas, solche, die sich schon im Zugriffsbereich der faschistischen Eroberer befanden und andere, die nach dem „Endsieg“ auf dem Kontinent ergriffen werden sollten.

Heute, nachdem die Geschichte dieses beispiellosen Verbrechens in einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Literatur dargestellt ist, die meterlange Regalreihen füllt, da von ihm in Museen in vielen Ländern und Erdteilen Zeugnisse zu sehen sind, Dokumentar- und Spielfilme in vielen Sprachen hergestellt wurden, Romane und Gedichte von den Opfern handeln und ihnen Gedenkorte geschaffen wurden, ist es schwer, sich vorzustellen, in welchem Grade die historische Vorstellungskraft Kempners und seiner Mitarbeiter beansprucht war, als sie als erste lasen, dass und wie an einem Vormittag über die Vernichtung von Millionen Juden gesprochen worden war – nicht anders als würden Pläne zur Steigerung der Produktion irgendwelcher Kriegswaffen erörtert.

Der Aufenthaltsort oder das Ende des Mannes, der die Geschichte der Entstehung und Funktion dieses Papiers, eines Exemplars von etwa 30 (ein zweites wurde nie gefunden), kompetent hätte aufklären können, war bis dahin nicht ermittelt worden. Tatsächlich hatte der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt, überlebt; er war unter falschem Namen jedoch in der Lüneburger Heide untergetaucht. Von ihm war nach diesem 20. Januar kein Wortprotokoll angefertigt worden, sondern – wie er Jahre später in Jerusalem bestätigte – aufgrund seiner Notizen eine Niederschrift, die ihre Endfassung vor dem Versand erst nach einem Plazet Reinhard Heydrichs erhalten hatte. Festgehalten waren darin der Inhalt der wesentlichen Passagen aus der einleitenden Rede Heydrichs sowie die von Teilnehmern gemachten Bemerkungen während der anschließenden Aussprache. Wie üblich enthielt das Papier die Aufzählung aller Teilnehmer.

Nächst seiner Echtheit und Verlässlichkeit gab das Dokument weitere Fragen auf. Dazu gehörten: Warum hatte diese Zusammenkunft überhaupt stattgefunden? Was war ihr Zweck? Denn im eigentlichen Sinne zu beschließen war von den Teilnehmenden nichts mehr. Zum einen wäre diese Runde dafür nicht kompetent gewesen. Zum anderen war das Judenmorden bereits in Gang gesetzt, musste also eine Entscheidung darüber nicht mehr getroffen werden. Dennoch ist, gleichsam untilgbar, bis heute immer wieder zu lesen und zu hören, am Wannsee sei der „Holocaust“ beschlossen worden. Die Legende bezeugt, dass Publizisten bequemerweise voneinander abschreiben, statt sich in sach- und fachkundiger Literatur zu beraten. Sie befriedigt offenbar aber auch das weitverbreitete Bedürfnis, Ereignisse von Gewicht wie eben die Entscheidung, die den Übergang von der Judenvertreibung zum Judenmord bezeichnet, an einen Tag, eine Stunde und einen Ort zu binden. Das ist in diesem Falle schwierig und trotz aller forschenden Anstrengungen einer internationalen Historikerschaft nicht gelungen.

Unstrittig hingegen war bereits zu Zeiten der Entdeckung des „Wannsee-Protokolls“: Mit dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941, also bereits mehr als ein halbes Jahr vor dieser Konferenz, hatten Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und des SD, die unter Heydrichs oberstem Kommando standen, begonnen, die Juden im Baltikum, in Belarus und in der Ukraine systematisch zu töten. Allein in Kiew waren im September 1941 an zwei Tagen mehr als 33.000 Juden der Stadt umgebracht worden. Und seit Dezember rollten im eroberten Reichsgau Wartheland von der Ortschaft Kulmhof (polnisch: Chełmno) Lastwagen mehrere Kilometer in einen nahegelegenen Wald. In deren Aufbauten wurden die darin zusammengepferchten Juden während der Fahrt durch die eingeleiteten Motorabgase qualvoll erstickt.

Die „Endlösung“

Vor diesem Wissen stellte sich die Frage, was die an den Wannsee Geladenen von diesen Verbrechen wussten, bevor Heydrich zu sprechen anfing. Für die Teilnehmer aus dem SS-Apparat war nicht zweifelhaft, dass sie bis in die Einzelheiten über Ziel und Methoden des mörderischen Handwerks informiert waren, das ihre Untergebenen verrichteten. Von den anderen mochte das nicht durchweg gelten. Doch jeder wusste spätestens seit im Oktober 1941 die Deportation von Juden aus den Städten im Reichsgebiet begonnen hatte, auch in Berlin, dass die Judenpolitik eine neue Stufe erreicht hatte, in der das Leben ihrer Opfer nichts mehr galt. Als Heydrich endete, waren jedoch die Wissenslücken aller geschlossen.

Die kein Missverständnis lassenden Worte sind in der Niederschrift so festgehalten: „Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. [...] Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen [...].“

Die Wortmeldungen nach Heydrichs Rede waren an Zahl gering. Niemand stellte eine Frage, die auch nur einen Einwand gegen das Verbrechen angedeutet hätte. Niemand wollte wissen, was mit den Nichtarbeitsfähigen, was mit den Kindern geschehen werde. Offenbar hatten alle alles verstanden. Niemand erkundigte sich auch nach der Rolle, die dem Teil des Machtapparates zugedacht war, den er vertrat. Und niemand forschte, warum die Staatssekretäre des Finanz- und des Verkehrsministeriums nicht anwesend waren. Worauf zu antworten gewesen wäre, dass die Zusammenarbeit mit beiden auf direktem Wege hergestellt war und funktionierte. Die Finanzämter verwerteten mit Akkuratesse die Hinterlassenschaft der Deportierten, für deren Abtransport auf den Schienenwegen die Reichsbahn nach Sonderplänen sorgte. Einzig der Staatssekretär aus Görings Vierjahresplan-Behörde machte darauf aufmerksam, dass bei der Aktion „Endlösung“ die Interessen der Rüstungswirtschaft respektiert werden sollten, in der Juden als Zwangsarbeiter schufteten. Heydrich versicherte, dies werde berücksichtigt. Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes konnte die Sitzung, bei der übrigens gefrühstückt wurde, in der Gewissheit schließen, dass der bürokratische Apparat der Ministerien auf seine Rolle ausgerichtet und funktionieren werde.

Wo sind die Verantwortlichen?

Keine Frage, dass das Dokument in den bevorstehenden Prozess eingeführt werden würde. Zu dessen Angeklagten sollten die beiden Stellvertreter Ribbentrops gehören, die Staatssekretäre Ernst von Weizsäcker und der 1943 auf ihn folgende Gustav Adolf Graf Steengracht von Moyland. Zwar hatten beide an dem Treffen am Stadtrand der damaligen Reichshauptstadt nicht teilgenommen, doch war schwer denkbar, dass sie mit dem dort Besprochenen nicht bekannt und an dessen Verwirklichung nicht in irgendeiner Weise beteiligt gewesen wären.

Natürlich ging Kempner mit seinen Mitarbeitern die Liste der Teilnehmer durch und suchte festzustellen, wer am Leben war, in die Voruntersuchung einbezogen und vor Gerichtsschranken gestellt werden konnte. Im Falle Reinhard Heydrichs, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, lagen die Dinge einfach. Ihn, der in Personalunion Stellvertreter des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, dem im März 1939 besetzten Teil der zerschlagenen Tschechoslowakei, gewesen war, hatte ein Kommando von Widerstandskämpfern im Frühjahr 1942 in Prag bei einem Attentat durch eine Bombe so schwer verletzt, dass er bald darauf starb. Hitler ließ ihm in Berlin ein pompöses Staatsbegräbnis veranstalten und ihn vorerst auf dem Invalidenfriedhof begraben, jedoch war vorgesehen, dass er nach dem „Endsieg“ in eine besondere Ehrenhalle gebracht werden sollte. Klarheit herrschte auch über die Umstände des Todes des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Roland Freisler. Er war am 3. Februar 1945 bei einem US-amerikanischen Luftangriff auf Berlin im Gebäude des Volksgerichtshofes zu Tode gekommen. Gewissheit existierte ebenso über den Tod des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Martin Luther, der in den letzten Tagen vor oder in den ersten nach Kriegsende verstorben war. Alfred Meyer, Staatssekretär im Ostministerium unter dem 1946 in Nürnberg hingerichteten Alfred Rosenberg, hatte sich bei Kriegsende das Leben genommen. Und Rudolf Erwin Lange, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) in Lettland, den Heydrich als einen Praktiker des Judenmordens herbeigerufen hatte, war 1945 in den Kämpfen um Posen umgekommen.

Drei Teilnehmer der Wannsee-Konferenz waren wegen anderer Verbrechen schon abgeurteilt worden. Das betraf Eberhard Schöngarth, der in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement zur Tagung geladen worden war. Ihn hatte ein britisches Militärgericht zum Tode verurteilt und am 16. Mai 1946 hinrichten lassen. Einer seiner Vorgesetzten, Otto Bühler, Staatssekretär in der sogenannten Regierung des Generalgouvernements mit Sitz in Krakau, der ebenfalls am Wannsee anwesend war, wurde, wie zwischen den Siegermächten vereinbart, an den Staat ausgeliefert, auf dessen Gebiet er vor allem verbrecherisch tätig geworden war. Am 10. Juni 1948, in Nürnberg fand der Wilhelmstraßen-Prozess statt, verurteilte ihn in Polen dessen Oberster Gerichtshof zum Tode. Das Urteil wurde wenig später vollstreckt. Otto Hofmann, der in seiner Eigenschaft als Chef des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes in der Runde am Wannsee gesessen hatte, war in einem anderen der sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse auf die Anklagebank gesetzt worden, an dessen Ende am 10. März 1948 das US-Militärgericht gegen ihn eine Haftstrafe von 25 Jahren aussprach. Er hat auch die später auf zehn Jahre verkürzte Strafe nicht vollständig verbüßen müssen.

Absolute Ungewissheit herrschte über das Schicksal von Heinrich Müller, dem Chef des Gestapo-Amtes und einem der De-facto-Stellvertreter Heydrichs, der auch der Vorgesetzte Eichmanns gewesen war. Wiewohl er einer der meistgesuchten Untäter des Regimes und ihm im Falle seiner Ergreifung der Galgen sicher war, konnte nie aufgeklärt werden, wo sein Leben endete. Der 1900 Geborene galt schließlich als verschollen, und eines Tages wurde die Fahndung nach ihm, der wohl zuletzt Anfang Mai 1945 in Berlin noch gesehen worden war, aufgegeben.

Erinnerungslücken

Kempner und sein Stab konnten somit, als sie die Voruntersuchung für den Prozess vorantrieben, bei dem 21 hohe Staatsfunktionäre angeklagt wurden, darunter die Reichsminister der Reichskanzlei, der Finanzen und für Landwirtschaft, sowie weitere Staatssekretäre, nur fünf Teilnehmer der Wannsee-Konferenz zum Ereignis und zum Protokoll der Konferenz befragen: Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Innenministerium, war ursprünglich für einen separaten Prozess vorgesehen, so dass ihm bei der Vorbereitung dieses Verfahrens keine besondere Aufmerksamkeit galt. Erst als aus Washington die Weisung erging, die Zahl der Prozesse zu begrenzen und mit ihnen zu einem Ende zu kommen, wurde er wie andere auch in das Verfahren einbezogen, das im Schwerpunkt dem Auswärtigen Amt gelten sollte. Verfügbar waren weiter: Georg Leibbrandt, der unter den Geladenen der rangniedrigste Staatsbeamte, jedoch ein einflussreicher Mitarbeiter des Ostministeriums war und Staatssekretär Meyer zur Konferenz begleitet hatte, Gerhard Klopfer, der Vertreter des Chefs der Parteikanzlei Martin Bormann, sodann Erich Neumann, Staatssekretär in der Vierjahresplanbehörde, und schließlich Friedrich Wilhelm Kritzinger, Staatssekretär in der Reichskanzlei, ein Staatsbeamter seit 1921. Wie Kempner seine Gespräche mit den Herren schildert, wollten sie sich zumeist nicht einmal an den Gegenstand der Konferenz erinnern.

Dann zeigte Kempner eines Tages das Wannsee-Dokument Ernst von Weizsäcker, der auch mit Judensachen nichts zu tun gehabt haben wollte. Nur war auf einem der aufgefundenen Papiere, mit dem das Auswärtige Amt seine Zustimmung zur Deportation von Juden aus Paris (die dort lebenden staatenlosen und deutschen zuerst) gegeben hatte, die Paraphe des damaligen Staatssekretärs zu sehen. Der begann sich nun zu erinnern, dass er sich über diese „furchtbare Sache“ aufgeregt und sie auch zu Hause erzählt habe. Auch Kritzinger berichtete, dass ihn Grauen gepackt habe, als er von Wehrmachtssoldaten aufgenommene Fotografien sah, die das Judenmorden bezeugten. Und er war der Einzige, der beim Blick in die Vergangenheit und seine Rolle Reue zeigte; er schäme sich, so ist eine seiner Äußerungen überliefert, wenn er vor das Grab seines Vaters trete ...

Nur ein Staatssekretär, der an dem Treffen teilgenommen hatte, wurde als Angeklagter in den Wilhelmstraßen-Prozess gezogen. Das Gericht verurteile Wilhelm Stuckart zu drei Jahren und zehn Monaten Haft, die durch seine Internierung als verbüßt angesehen wurden. Dann kategorisierte ihn eine Spruchkammer als Mitläufer. 1953 kam er bei einem Unfall ums Leben. Kritzinger verstarb 1947 vor Prozessbeginn. Erich Neumann wurde Anfang 1948 krankheitshalber aus der Internierung entlassen und starb 1951 in Garmisch-Partenkirchen. Gerhard Klopfer, der im Prozess als Zeuge befragt wurde, aber sich auch dort nicht zu erinnern vermochte, wurde 1949 nach seiner Entlassung aus der Internierung von einer Spruchkammer als „minderbelastet“ eingestuft. Später ließ er sich als Rechtsanwalt in Ulm nieder. Ein 1962 eröffnetes Ermittlungsverfahren, das sich an seine Rolle im Zusammenhang mit der Wannsee-Konferenz knüpfte, wurde eingestellt. 1987 hieß es in der Anzeige seines Todes, er sei „nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“, verstorben. Auch Georg Leibbrandt hatte im Prozess als Zeuge erscheinen müssen, und auch er entging jeglicher Bestrafung. 1950 stellte das Landgericht Nürnberg-Fürth ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein. Er starb 1982 in Bonn.

Und was wurde aus den anderen, erwähnten Teilnehmern der Wannsee-Konferenz und Exekutoren der dort verkündeten Politik? Adolf Eichmann wurde in Argentinien verhaftet, in Jerusalem vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet. Ernst von Weizsäcker erhielt fünf Jahre Gefängnishaft, kam jedoch im Zuge einer Amnestie, die zum Beziehungswechsel zwischen den USA und der Bundesrepublik im begonnenen Kalten Krieg gehörte, 1950 aus dem Kriegsverbrecherge-

fängnis Nr. 1 der USA in Landsberg frei. Er verstarb 1954 in Lindau am Bodensee. Seine im Gefängnis geschriebenen Erinnerungen, eine Rechtfertigungsschrift, gab sein Sohn Richard kurz nach des Autors Entlassung 1950 heraus. Steengracht wurde zu sieben Jahren Gefängnishaft verurteilt, gelangte aber, amnestiert, 1950 auf freien Fuß. Er lebte auf Wasserschloss Moyland bei Kleve, wo er 1969 starb.

Und die anderen Personen, die in unserer Geschichte eine Rolle spielten? Robert M. W. Kempner kehrte 1951 nach Deutschland zurück und eröffnete in Frankfurt am Main eine Rechtsanwaltskanzlei. Er trat in NS-Prozessen als Nebenkläger hervor und setzte sich in Wort und Schrift vielfach für ein antinazistisches Deutschland ein. Er starb 1993. Seine letzte Ruhestätte befindet sich in Berlin-Lichterfelde auf dem Parkfriedhof. Telford Taylor engagierte sich in den USA gegen die Kommunistenhatz während der McCarthy-Ära und gegen den Vietnamkrieg. Er lehrte bis 1994 an mehreren Universitäten. 1994 verstarb er in New York.

Literatur:

Kurt Pätzold/Erika Schwarz: Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992 (darin auch die Niederschrift über die Konferenz).

Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess. Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11 des Nürnberger Militärtribunals gegen von Weizsäcker und andere, mit abweichender Urteilsbegründung, Berichtigungsbeschlüssen, den grundlegenden Gesetzesbestimmungen, einem Verzeichnis der Gerichtspersonen und Zeugen. Einführungen von Robert M. W. Kempner und Carl Haensel. Schwäbisch Gmünd 1950.

Leonidas E. Hill (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Berlin/Frankfurt am Main/Wien 1974.

Robert M. W. Kempner: Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers Robert M. W. Kempner. München-Esslingen 1969.

Robert M. W. Kempner: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich. Frankfurt a. M./Darmstadt 1983.

Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hrsg.): Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden. Katalog der ständigen Ausstellung, Berlin 2006.

Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. München 1994.

Telford Taylor: Nürnberg und Vietnam. München 1971.

Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen, hrsg. v. Richard von Weizsäcker. München/Leipzig/Freiburg 1950.

junge Welt, Freitag, 20.01.2012, S. 10.

Ein Buch, quer zum „Preußenjahr“

In einem Moment, da alle Medienscheinwerfer grell auf den Preußenkönig gerichtet sind, für ihn Feste und Flötenkonzerte, gar Staatsakte stattfinden, Buchhandlungen Publikationen mit Titeln wie „Unser König“ und „Gefühlspolitik. Friedrich II. als Herr über die Herzen“ anbieten, kommt Gerd Fesser, ein ausgewiesener Spezialist der preußischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, mit diesem schmalen, geschmackvoll gestalteten Bändchen daher. Seiner Aufmachung diente ein Ausschnitt aus einem Gemälde „Blüchers Rheinübergang bei Kaub am Neujahrsmorgen 1814“. Es stammt von dem Schlachtenmaler Wilhelm Camphausen (1818-1885) und ist im Deutschen Historischen Museum zu sehen.

Um die hochdramatischen Ereignisse der Jahre 1806/07 bis 1815, die Zeitspanne zwischen Jena und Auerstedt und Waterloo, rankt sich eine komplette Mythologie. Ebenso um die im Vordergrund der rasch wechselnden historischen Szenen agierenden Personen. Die allgemeinste, aber nicht alleinige Ursache für deren Entstehung bildet die immer aufs Neue entdeckte Verwendbarkeit des Geschehens für verschiedenste, vor allem „volksbildende“ Zwecke. Aus jenen Jahren stammen Sprachbilder wie „Volk brich auf und Sturm brich los“ und „Gold gab ich für Eisen“ und „Marschall Vorwärts“. Da ist zum wirklich Geschehenen vielerlei Zutat, Ausschmückung, Überhöhung, Verklärung gegeben worden.

Fesser macht den Leser zunächst mit der Realgeschichte bekannt, anschließend schildert er deren sich wandelnde Überlieferung, die Entstehung der Geschichtsbilder und deren Funktionen. Er verweist auf den Anteil, der Historikern mit Namen und Rang vor allem im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts an jenem Prozess zukommt, der Bilder und Wirklichkeit immer weiter voneinander entfernte. Und er handelt von jenen seiner Zunftkollegen, die dem entgegentraten, ohne einen Sieg à la Cannae oder Stalingrad errungen zu haben. Das verhindern heute schon Drehbuchautoren von Fernsehfilmen, die immer aufs Neue aus geschichtlichen Vorgängen ihren Unterhaltungsstoff gewinnen.

Wer wissen will, wie aus der Königin Luise, der Gattin des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III., die „Königin der Herzen“, die „Preußenmadonna“, eine nahezu religiöse Figur wurde, sie in einem 1957 in der Bundesrepublik gezeigten Spielfilm gar zur „Lehrmeisterin der Friedensliebe“ aufrückte, wird in Fessers Buch fündig. Dessen letztes Kapitel nimmt eine breitere Perspektive auf die Preußenmythen, fragt unter anderem wie und warum Begriffen wie „Preuße“ und „Preußentum“ noch immer positive Inhalte zugeschrieben bekommen. Das passt ganz zu dem, was im erklärten „Preußenjahr 2012“ droht.

Schön, dass Fesser an die Verdienste von Helmut Bock, Ingrid Mittenzwei, Karl Gass, natürlich Ernst Engelberg erinnert, denen in der DDR ein differenziertes, geschichtskritisches Bild Preußens zu danken ist. Da wären auch Literatur- und Kunsthistoriker und Schriftsteller zu nennen gewesen. Schade, dass der Name Olaf Groehler fehlt, dessen Band über die Kriege Friedrichs II. viele Auflagen erlebte. Die Geschichte der Auseinandersetzung mit dem „Erbe Preußen“ in DDR-Zeit kann übrigens ohne einen Blick in die Schulgeschichtsbücher nicht geschrieben werden. Keine Literaturgattung fand eine größere Zahl von Lesern. Darauf wird zurückzukommen sein.

Gerd Fesser: „Preußische Mythen. Ereignisse und Gestalten aus der Zeit der Stein/Hardenbergschen Reformen und der Befreiungskriege“, Donat Verlag, 192 S., 16,80 Euro.

Ossietzky 2/2012, S. 65-66.

Wahre Deutsche

Gastkommentar. Elser-Urteil des Verfassungsgerichts

Am 8. November 2011 wurde in Berlin ein Denkzeichen für den Mann eingeweiht, der im Jahr 1939 versucht hatte, Hitler umzubringen. Der entging der Explosion im Münchner Bürgerbräukeller. Georg Elser wurde gefasst, als er sich in die Schweiz retten wollte, dann im Konzentrationslager inhaftiert und in der Agonie des Regimes umgebracht.

Mit der Bewertung seiner Tat hatten auch Menschen Schwierigkeiten, die Hitler lieber heute als morgen oder rückblickend in die Hölle wünschten. In der Arbeiterbewegung rührte das von der traditionellen Ablehnung des individuellen Terrors her und verband sich mit einem Bild von der historischen Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, das mitunter bis zur groben Unterschätzung reichte. Allmählich erst setzte sich ein ehrendes Andenken durch.

Exakt zwanzig Tage nach der Ehrung in Berlin verhandelte das Bundesverfassungsgericht – wie erst jetzt bekannt wurde – über die Beurteilung, die Person Elser, seine Tat und deren Ehrung auf einem NPD-Flugblatt aus Baden-Württemberg erfahren hatte. Das Papier war überschrieben „Georg Elser – Held oder Mörder?“

Im Text wird zum Beweis, wie die Faschisten mit ihrem Gegner, „einem militanten Kommunisten“, umgegangen seien, vermerkt, dass die „Nationalsozialisten ihm trotzdem kein Haar gekrümmt hatten“. Daran, dass die Explosion „acht unschuldige Menschen in den Tod gerissen habe“, wird die Interpretation geknüpft: „Wie sehr ist dieses BRD-System schon verkommen, dass es für seinen ‚K (r)ampf gegen rechts‘ (und damit alles Deutsche!) eines solchen Vorbildes bedarf?“ Die Tat sei „ein feiger Terroranschlag“ gewesen.

Juristen entscheiden hierzulande nicht über Geschichtsbilder, ausgenommen jene, die den sogenannten Holocaust leugnen. Allein die Behauptung, dass sich in den ehrenden Erinnerungen an Elser „die Verkommenheit des BRD-Systems“ ausdrücke, ließ sie aktiv werden. Für das Amtsgericht Hechingen war das „Beihilfe zur Verunglimpfung des Staates“, und es erließ eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je zehn Euro. Das Oberlandesgericht Stuttgart schloss sich dem an, nicht so Karlsruhe. Begründung: „Eine auch nur mittelbare Eignung des Flugblattes, den Bestand des Staates und seiner Einrichtungen oder die Friedlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, erscheint ausgeschlossen.“ Den Text können sich die wahren Deutschen rahmen lassen. Der Klägerin werden Anwaltskosten in Höhe von 8000 Euro zu erstatten sein. Die lassen sich fürs nächste Flugblatt einsetzen, das sich auf die Entlarvung eines Mörders namens Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seiner Mittäter richten könnte. Beim missglückten Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 waren im Führerhauptquartier vier „unschuldige Menschen“ tödlich verletzt worden. Schwer zu sagen, wie sich das Verfassungsgericht da entscheiden wird.

junge Welt, Montag, 23.01.2012, S. 8.

Ein deutscher König

Brandenburg begeht ein Jahr lang den 300. Geburtstag von Friedrich II.

Wer am 25. August dieses Jahres – einem Sonnabend – noch nichts Verpflichtendes oder Besseres in seinem Kalender vermerkt hat, ist zu einem nicht alltäglichen Unternehmen eingeladen, das in Deutschland einst Tradition besaß, die inzwischen allerdings einigermaßen verkümmert ist: zum Schlachtorttourismus. Offeriert wird ein Ausflug in zwei Dörfer, in denen und deren Umgebung der Preußenkönig Friedrich II. die bunten Haufen seiner Soldaten in das Feuer der gegnerischen Truppen schickte, aus dem sie als Krüppel zurückkehrten, in dem sie um- oder auch mit dem Schrecken davonkamen. Die Flecken liegen jenseits der Oder auf polnischem Boden. Sie heißen heute Sarbinowo und Kunowice und zählen kaum mehr als 500 Einwohner. Dereinst lauteten die Namen der beiden Orte Zorndorf und Kunersdorf. Dieser liegt nahe Frankfurt an der Oder, jener nahe Küstrin. Sie befinden sich also nur einen Katzensprung von Seelow entfernt, von wo zur Reise aufgebrochen werden soll, unter der Regie der dortigen Gedenkstätte, die an eine viel spätere Schlacht erinnert.

Der Tag ist wohl gewählt. Es ist der Jahrestag, an dem sich in Zorndorf 1758 die preußischen und die russischen Truppen der Zarin Elisabeth schlugen. Man schrieb das zweite Jahr des Krieges, der schließlich sieben Jahre dauerte. Ein Sieg der Preußen sollte dem Gegner weiteres Vordringen nach Osten, nach Berlin und vor allem eine Vereinigung mit dem anderen Gegner Friedrichs, den Heeren der Maria Theresia, verwehren. Zu sehen ist am Ort der Mörderei wenig. Die Zeit der großen Soldatenfriedhöfe, wie sie später in Verdun und in Halbe geschaffen wurden, war noch nicht gekommen. Und auch mit einem Siegesdenkmal war es in Zorndorf so eine Sache, denn das Treffen besaß keinen klaren Sieger. Das Ziel, die Zarenarmee aus den weiteren Kriegsereignissen auszuschalten, indem ihr eine verheerende Niederlage bereitet wurde, war misslungen, doch beschlossen die russischen Generale nicht, die Entscheidung zu erzwingen. Friedrich erhielt eine Atempause.

„Friedrich-Freude-Eierschecke“

Anders der Ausgang in Kunersdorf ein Jahr später am 12. August 1759, als der Preußenkönig die Schlacht mit den verbündeten österreichisch-russischen Truppen risikobereit und abenteuerlustig suchte und einen erheblichen Teil seiner Truppen in heilloser Flucht sah. Für einen Moment glaubte er sein Königreich schon verloren. Zufrieden und benebelt von ihrem Triumph feierten die Sieger ihn mehr, als dass sie den Sieg ausbeuteten. Friedrich formierte sein Heer erneut.

Mit den Schlachtszenen von Kunersdorf begann übrigens ein Nazi-Film des Regisseurs Veit Harlan, der 1942 in die Theater kam. Er stellte die Deutschen, die eben durch die Winterschlacht vor Moskau anhaltend verunsichert waren (wiewohl über Fluchten der Wehrmachtstruppen geschwiegen wurde), darauf ein, dass sich das „Schlachtenglück“ wieder wenden werde wie einst. Auch in Kunersdorf gab es keinen Soldatenfriedhof. Er hätte allein für 6000 tote Preußen Platz bieten müssen.

Das Angebot der Seelower Gedenkstätte, was immer man von dem Einfall halten mag, ist doch in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen, weil es an Stätten führt, die den Mann, der da befehligte, nicht als den glorreichen Sieger erscheinen lässt, als der er noch immer durch vielerlei Vorstellungen von der Geschichte seiner Kriege geistert. Allerdings nur noch durch die einer Minderheit von Deutschen. Denn Potsdamer Experten, die wissen wollten, welche Aufgabe ihnen bevorstehe, wenn die Schwelle zu 2012 überschritten werde, hatten festgestellt, dass von den Bundesbürgern, die jünger als 28 Jahre alt waren, nur 16 Prozent mit dem Namen Friedrichs II. irgendeine historische Gestalt zu verbinden wüssten. Nun mag die Wahl auf Zorndorf und Kunersdorf, wo von Friedrichs „Kriegskunst“ wenig aufflammte, einzig aufgrund der Nähe der Orte gefallen sein. Andere Schlachtorte, wie Züllichau (poln. Sulechów) nahe Grünberg (poln. Zielona Góra), wo die Preußen am 2. und 3. Juli 1759 den Österreichern unterlagen, und Leuthen (poln. Lutynia), wo Friedrichs Armee die Österreicher 1757 geschlagen hatte, wären nur mit erheblichem größerem Aufwand zu erreichen gewesen.

Zweitens aber bringt die vorgesehene Tour die Gedanken überhaupt auf den absolutistischen Kriegsherrn, der im Jubel und Trubel der angekündigten Veranstaltungen eher verborgen wird.

Die Politiker hierzulande haben mit der Ablehnung des Krieges in Afghanistan, den Deutschland als eine der verbündeten Mächte führt, durch die Mehrheit der Landeskinder genug. Das Thema Krieg wird gemieden. Und mit diesem Hohenzoller lässt sich das machen. Mit ihm können Reden auf die Musik und die Architektur, den Ackerbau und das aufkommende Manufakturwesen gebracht werden. Dieser Brunnen ist nahezu unerschöpflich: Friedrichs Flöte und seine Hunde, Sanssouci und das Neue Palais, seine Ehe, die Oper „Montezuma“ und das Opernhaus in Berlin, seine Essgewohnheiten und seine Kleidung. Damit sind Bücher gefüllt worden, die Regalreihen besetzen. Dort bedienen sich in diesen Tagen viele bis hin zu jenem Potsdamer Kabarett, dass sein Programm „Friedrich-Freude-Eierschecke“ nennt.

Das Friedrich- oder auch Preußenjahr, wie seine Akteure das Spektakel nennen, zielt auf den ersten Blick weniger auf die Köpfe, denn auf die Geldbeutel und auf die Unterhaltung von Massen, die ohne Events nicht leben sollen und zu Millionen inzwischen auch an sie gewöhnt wurden. Den Potsdamern wird vom Verein Kulturland Brandenburg zum Auftakt ein „Fest für Friedrich“ veranstaltet, das zwölf Tage dauert und in den 24. Januar mündet, an dem die Kronprinzessin im Berliner Schloss den kleinen Fritz zur Welt brachte, der sich später den Dauerplatz in der europäischen Geschichte verschaffte. Am Elend des Heranwachsenden führt keine Friedrich-Feier vorbei. Den Part gibt eine Theatergruppe in Berlin-Köpenick. Im Wappensaal des dortigen Schlosses wird das Stück „Kriegsgericht in Köpenick“ zu sehen sein, die frei nachgestellte Verhandlung der königlichen Juristen, die den Offizier Hans Hermann von Katte, den Freund des Kronprinzen, zum Tode verurteilen sollten und das dann doch lieber ihrem Auftraggeber überließen.

Herr der Herzen

Wer in Brandenburg und in Berlin über Ausstellungsflächen gebietet und dazu über Zeugnisse, die auf den Preußenkönig verweisen, lädt zu Besichtigungen ein. Auf’s Ganze der Person werde die zentrale Schau im weitgehend restaurierten Neuen Palais in Potsdam gerichtet sein. Rheinsberg wird selbstredend die Tage des Kronprinzen präsentieren, und dort sollen auch „300 Flöten für Friedrich“ erklingen. Andernorts wird er als der Förderer des Kartoffelanbaus dargestellt werden, eine Initiative von der sich der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten unter anderem verspricht, dass die Legende von Friedrich als dem Begründer dieses Anbaus getilgt werde und damit auch die verbreitete Sitte von Besuchern, auf sein Grab ehrend statt Blumen eine dieser Früchte abzulegen.

Mindestens eine Auswahl der etwa 40 Kino- und Fernsehfilme, die seit 1910 über Friedrich II. und seine Zeit gedreht wurden, wird dem interessierten Publikum in Potsdam aus Archivbeständen gezeigt werden können. Reich ist auch das aktuelle Angebot an Literatur. Was geboten wird aus der Feder von Historikern und Journalisten aller Sparten lässt sich partiell bereits an Buchtiteln ablesen. Dazu gehören: „Ein deutscher König“ und „Unser König“. Eine Studie ist betitelt „Gefühlspolitik. Friedrich II. als Herr über die Herzen“, in ihr werde untersucht, so der Verlag, „wie er Gefühle inszenierte, erzeugte oder in seinen Dienst nahm“. Das ist nicht die einzige Veröffentlichung, deren Autor sich gleichsam im Kriechgang ins Innere des Herrschers aufmacht. Seine individuellen erwiesenen oder vermuteten Antriebe für Entscheidungen werden ausgebreitet und – in der Traditionslinie jener Geschichtslehrer, der zufolge „große“ Männer die Geschichte machen – als alleiniger Motor geschichtlicher Prozesse dargestellt. Eine Biographie des Königs überschreibt die vier Kapitel, die sie umfasst, mit den Titeln „Ruhmsucht“, „Hartnäckigkeit“, „Eigensinn“ und „Einsicht“.

Hinter diesem Interesse für die Charaktereigenschaften des Monarchen treten Fragen nach den gesellschaftlichen Zuständen, die Platz für einen Mann seines Typs machten, die innenpolitischen Verhältnisse des Staates, das Verhältnis der Bürger zur Politik des Herrschers weit zurück, zu schweigen vom Leben der Untertanen, derer in Uniform oder derer, die für die Kriegskosten schufteten. Die Frage, was forschend an Neuem zutage gefördert wurde, bringt die Befragten regelmäßig in mehr oder weniger große Verlegenheit. Eine Antwort lautete, es sei jetzt an Dokumenten erwiesen, dass der „alte Fritz“ in seiner persönlichen Lebensführung keineswegs so sparsam gewesen sei, wie das bislang behauptet worden wäre. Er hätte für exquisite Speisen erhebliche Summen ausgegeben. Eine

andere Entdeckung bietet eine vergleichende Studie zwischen Friedrich II. und George Washington. Der König hätte anfänglich Mühe gehabt, den Namen des großen Mannes jenseits des Atlantiks geographisch richtig zu schreiben, und Washington sei gar geraten worden, sich zum König von Amerika zu erklären. Beide kommentiert ein Privatdozent der Freien Universität Berlin als „tolle Fundstücke“.

Charakteristisch ist für viele Interviews, zu denen Fachleute vor Mikrophone gebeten wurden, dass kein Journalist die Sprache auf die reichen Traditionslinien der Liberalen und demokratischen Friedrich-II-Forschung bringt, von der von Marx und den Marxisten geleisteten Arbeiten ohnehin zu schweigen. Das muss nicht Ausdruck von deren Ablehnung sein, häufiger dürfte diese Fragenlosigkeit auf nackte Unkenntnis zurückgehen. Die hilft sich mit der Floskel aus, jede Zeit habe eben ihre eigenen Perspektiven. Womit dann die Selbstrechtfertigung geliefert ist, sich um die früheren und deren Wert und Resultate nicht weiter zu scheren. Darauf wird zurückzukommen sein.

Wer sich nicht in geistige Unkosten stürzen, sein Geld aber dennoch loswerden will, der trifft in Souvenirläden u.a. auf Friedrich „den Großen“ in Kleinformat aus Alabaster, Porzellan, Zinn und Bioschokolade (in Lausitzer Handarbeit), auf einer Trinktasse, einem T-Shirt und als Bade-Ente. Und wer daran Gefallen nicht findet, der lässt sich ein Pils vom Brauhaus Preußen zu Pritzwalk einschenken. Als Fluchtpunkt aus dem Rummel empfiehlt sich das Braugasthaus „Zum alten Fritz“ in Stralsund oder Rostock, ein Ausflug, der freilich die Lande des Königs hinter sich lässt und in Regionen führt, die dereinst zum Königreich Schweden und zum Herzogtum Mecklenburg-Schwerin gehörten. Selbstredend hat die Post eine Sonderbriefmarke herausgegeben.

Was einem Bundesbürger mit einiger geschichtlicher Kenntnis an diesem brandenburgischen Spektakel Unbehagen entstehen lassen kann, namentlich einem Süd- oder Westdeutschen an Saar, Rhein oder Donau, mag nicht einmal die Frage sein, was machen die da eigentlich im fernen Lande Brandenburg, indem obendrein noch eine als rot-rot bezeichnete Koalition regiert, mit dem Geld, das man ihnen via Länderausgleich Jahr für Jahr hinüberschustert. Denn was immer Hoteliers, Restaurants und Kneipen in Berlin und Potsdam am erhofften zusätzlichen Gästestrom verdienen, am Ende wird doch die Staatskasse gebeutelt. Ungleich wichtiger ist jedoch das Bedenken, was mit diesem Friedrich-Fest in einem Staat angerichtet wird, der seit 20 Jahren nach seiner demokratisch-volksgemeinschaftlichen Eintracht strebt. Sollte sich der Verfassungsschutz und wer sonst dafür besondere Verantwortung trägt, dass Deutschland eins werde, nicht einmal um jene Folgen kümmern, die nicht als Nach- und Nebenwirkungen eingestuft werden können?

Und die Sachsen?

Was eigentlich, um die Sache beim Namen zu nennen, sollen sich die Sachsen bei diesem Jahresfest denken? Während nordwärts die Brandenburger sich etwas vorflöten lassen und ihre gedankenarmen Gäste an dem Schokoladenfriedrich herumlutschen, fallen ihnen ihre umgebrachten, ausgeplünderten, als Geiseln genommenen, zum Kriegszwangsdienst verpflichteten fernen Vorfahren ein. Denn die erste wie die letzte Schlacht des Siebenjährigen Krieges, der mit dem Einfall der preußischen Armeen in das südliche Nachbarland am 29. August 1756 begann, waren auf dem Boden Sachsens geschlagen worden. Die erste bei Pirna, die letzte bei Freiberg.

Es war einer der frühen liberalen Geschichtsschreiber, Friedrich Christian Schlosser, in Jever geboren, aber im Südwesten lehrend und arbeitend, der in seiner voluminösen 18 Bände umfassenden „Weltgeschichte für das deutsche Volk“, die in Frankfurt in den Jahren von 1844 bis 1857 erschien, das Resultat der Kriegszüge und der Besatzungszeit in vier Worte zusammenfasste: „Sachsen war zugrunde gerichtet.“ Vordem schon hatte Schlosser geschildert, wie das geschehen war: Friedrich „drückte das Land Sachsen wie einen Schwamm aus. (...) In Sachsen verfuhren die Preußen ganz nach der Art der Türken. So wurde z.B. einst in Leipzig, um mit Gewalt Geld herauszupressen, der ganze Magistrat auf die Pleißenburg gebracht, wo die ersten Kaufleute der Stadt schon seit mehreren Wochen ohne Licht, ohne Stühle, ohne Betten und sogar ohne Stroh gefangen saßen. 70 Kaufleute, welche geflüchtet waren, wurden ihrer Güter beraubt. Ja, sogar die Kirchengefäße ließ Friedrich wegnehmen.“

Genug. Jedenfalls hätten die Sachsen, vigilant wie sie sind, keine größeren Schwierigkeiten, ihrerseits eine Ausstellung zu gestalten, die an das vor 300 Jahren geborene Knäblein und dessen sie betreffende Mannestaten erinnert. Auch mit einem Tourismus an Schlachtenorte kämen sie nicht in Verlegenheit, etwa nach dem damals zum Kurfürstentum gehörenden Roßbach südlich von Merseburg, wo Friedrichs Armee am 5. November 1757 die Franzosen besiegte, oder nach Torgau, wo Österreicher am 3. November 1760 den Preußen in der letzten großen Schlacht des Krieges unterlagen. Auch Hochkirch (Bukecy) im Obersorbischen stünde zur Wahl, zumal dort die Preußen am 14. November 1758 von den Österreichern das Fürchten gelehrt bekamen. Doch mögen sie auch auf solchen Ausstellungskrieg und derlei Tourismus nicht versessen sein, hätten sie immerhin das Recht zu fragen, wann endlich sich ein Nachfahre der brandenburgischen Preußen, sagen wir der in Potsdam regierende Ministerpräsident, für die Untaten entschuldigt, die von den Eindringlingen jahrelang während der Besatzungszeit verübt wurden.

Indessen zurück zum Ausgelassenen und zu dem liberal gesinnten Historiker aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Für Schlosser war Friedrich II. „der Große“ und der „einzige große Regent seines Jahrhunderts“. Doch hinderte ihn dieses Generalurteil über den Platz, den der Preußenkönig beanspruchen könnte, nicht im Geringsten, dessen Politik in Beziehung zum Leben der Volksmassen in seinem Reich zu setzen, die nach einer Äußerung Friedrich Engels’ damals „einen tiefen Schlaf“ taten. Die Hinterlassenschaft der schlesischen Kriege – es war nicht die des Preußenkönigs allein – fasste er so zusammen: Die „meisten Länder Deutschlands waren durch den Krieg in einem unbeschreiblich traurigen Zustand versetzt worden. Westfalen, Hessen, die Marken, Schlesien und Böhmen waren mehr oder weniger gänzlich verwüstet. [...] Hannover verarmt, Franken und Thüringen hatte noch ganz zuletzt der preußische General Kleist mit Brandschatzungen heimgesucht.“ Von Sachsen war schon die Rede.

Klassenfrage ausgeblendet

In den folgenden 23 Friedensjahren, die der alternde König noch regierte, hätte er sich angestrengt, seinem Lande „aufzuhelfen“, und „unermüdliche Fürsorge für die Untertanen“ gezeigt. Doch habe diese Zuwendung „vorzugsweise einer einzigen Klasse“ gegolten, dem Adel. Nicht nur, dass diesem Gelder des Staates zuflossen, auch für „die Bildung des Adels tat er mehr, als für den Unterricht der Bürger“. Zur selben Zeit, da Friedrich „den begüterten Adel durch große Summen unterstützte“, habe er Steuern und Lasten eingeführt, „welche vorzugsweise auf den ärmsten Klassen lasteten.“ Schlosser stand nicht an, eine Antwort auf die Frage anzubieten, was die Quelle dieser Politik, womit er zum Gedanken- und Gefühlshaushalt des Königs kam, jedoch auf ganz andere Weise als heutige Geschichtsdeuter. Die Bevorzugung des Adels und deren Rechtfertigung habe Friedrich „mit der Muttermilch“ eingesogen, und das „gemeine Volk verachtete“ er. Soweit Befund und Urteil des Heidelberger Professors, dessen Werk im Vormärz und in den Revolutionsjahren erschien und in dessen Urteil gewiss das Maß einfloss, das er aus der Interessenlage der sich formierenden Bourgeoisie gewann. Schlosser stellte gleichsam die „Klassenfrage“, die, betrachtet man den Umgang mit dem Preußenkönig mehr als anderthalb Jahrhunderte später, jedenfalls einem großen Teil der Zunft verlorengegangen zu sein scheint.

Jede Zeit stelle ihre Fragen an die Vergangenheit. Diese richtige Feststellung lässt sich durch eine andere ergänzen: In manchen Zeiten werden auch Fragen, die nicht nur längst gestellt, sondern auch überzeugend beantwortet wurden, fallen gelassen. Dass Klassen in der Geschichte der Völker und Nationen ihre Interessen verfechten, dass sie dafür mehr oder weniger erfolgreiche Exponenten besitzen oder finden, es mögen gekrönte Häupter, autokratische oder diktatorische Führer, demokratisch geprägte oder nur gewandete Politiker sein, gehört derzeit nicht zum Unterrichtsstoff in Deutschland, einig Vaterland. Das wird der Staatsakt erneut bezeugen, den die politische Klasse der Bundesrepublik veranstaltet am Tage, da Friedrich geboren wurde, und der im einstigen Königlichen Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt stattfindet. Zugegen sein wird der amtierende Bundespräsident, der sich den Bürgern gerade selbst in der Rolle als fehlender Mensch unter Menschen dargestellt hat. Da passt es, dass dieser Preußenkönig aus „neuer Perspektive“ den Bundesdeutschen, deren Geschichtskenntnisse als so verkümmert ausgemacht wurden, in aller beteuerten Unbefangenheit vor

allem als Mensch nahegebracht werden soll, mit seinen Stärken und Schwächen, Freuden und Ängsten, seinem Gelingen und Versagen. Eben einer wie du und ich.

Wie das bewerkstelligt wird? Beispielsweise von der brandenburgischen Kulturministerin mit der gefühlvollen Charakteristik: „Er war eine ambivalente und auch tragische Figur mit einer geschundenen Seele.“ Jedoch nicht nur in Worten. In Neuruppin, bekannter als Fontanestadt, wohin Friedrich von seinem Vater eine Zeitlang als Regimentskommandeur beordert worden war, wird ein Gewächshaus eingerichtet werden, „das sowohl handwerklich als auch künstlerisch die Begeisterung für Friedrichs Gartenarbeit zeigen“ und auch dort die Legende korrigieren soll, er habe sich nur um die Kartoffelknollen gekümmert. Nein, er züchtete dort auch Melonen, Kirschen und Levkojen.

Worauf ist noch zu hoffen? Auf die Resistenz der Sachsen und vieler anderer deutscher Volksstämme zwischen den Alpen und der Nordsee, die sich diesem Friederummel nicht ausliefern werden und sei es nur, weil sie mit ihren eigenen gewesenen gekrönten und ungekrönten Blaublütigen genug befasst werden. Auf die Bayern und insbesondere die Franken ist da am ehesten zu setzen, die haben ihren Guttenberg.

junge Welt, Dienstag, 24.01.2012, S. 10.

Schleppender Prozess, milde Urteile

Das Vernichtungslager Majdanek und die Nachkriegsjustiz

Die Rote Armee erreichte das faschistische Vernichtungslager Majdanek am 23. Juli 1944 im Verlauf ihrer Angriffsoperation, die den deutschen Truppen im Mittelabschnitt ein Debakel bereitete, das jenes von Stalingrad noch übertraf. Wiewohl die faschistischen Besatzer schon 1943 begonnen hatten, Vorkehrungen für den Fall ihrer Vertreibung aus dem besetzten Polen zu treffen, bot sich den Soldaten der Roten Armee ein Anblick, der selbst sie, die auf ihrem Weg gen West viel Schreckliches gesehen hatten, mit Grauen erfüllte.

In das befreite Lager kamen in den folgenden Tagen und Wochen nicht nur sowjetische Kriegsberichterstatter wie Konstantin Simonow oder der Filmemacher Roman Karmen, sondern auch Journalisten vieler anderer Länder. Einige ihrer schonungslosen Berichte über deutsches Barbarentum, dessen Spuren sie hier sahen, wurden zunächst von ihren heimischen Redaktionen nicht gedruckt. Man hielt sie für kommunistische Propaganda.

Unverzüglich nahm eine polnisch-sowjetische Kommission die Arbeit auf, die sich auf die Erfassung des hier in den Jahren zuvor Geschehenen wie auf die Ermittlung und Ergreifung von Tätern richtete. Der erste Prozess fand noch im November 1944 in Lublin statt. Insgesamt wurden von 1944 bis 1952 in Polen 161 Personen rechtskräftig verurteilt. Das ist ein geringer Prozentsatz, gemessen an der Gesamtzahl der Täter, die in diesem 1941 errichteten Konzentrations- und Vernichtungslager mordeten. Die Zahl der Opfer kann auch nach weitläufigen Untersuchungen nur geschätzt werden. Der Leiter der Gedenkstätte in Majdanek Tomasz Kranz gibt sie mit 60.000 jüdischen und 20.000 nichtjüdischen Häftlingen an.

Den umfangreichsten Teil der hier anzuzeigenden österreichisch-polnischen Gemeinschaftsarbeit beansprucht die Darstellung der westdeutschen Majdanek-Prozesse, von denen der vor dem Landgericht in Düsseldorf 1974/75 eröffnete der bedeutendste war. Seine Vorgeschichte beginnt mit Ermittlungen in der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Verbrechen im Herbst 1960. Die zur weiteren Vorbereitung des Verfahrens zusammengetragenen Dokumente wurden schon im Januar 1962 der Staatsanwaltschaft Köln übergeben. Die brauchte wegen „Überforderung „, zu der auch die mangelhafte Kenntnis von Juristen über die Materie gehörte, nahezu zehn Jahre, bis endlich 1971 die Voruntersuchung eröffnet werden konnte. Die vier Jahre später in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt eröffnete Hauptverhandlung avancierte mit 474 Verhandlungstagen zum längsten Gerichtsverfahren der deutschen Justizgeschichte. Es endete 1981.

Während der sich hinziehenden Ermittlungen verstarben bereits einige Tatverdächtige, andere wurden von der Anklageliste aus Krankheitsgründen gestrichen. Zwei von den 17 schließlich auf der Anklagebank sitzenden Täter entgingen dem Urteil, da sie ebenfalls aufgrund ihres Gesundheitszustandes zu Prozessunfähigen erklärt worden waren; die beiden überlebten übrigens den Prozessbeginn um ein komplettes Vierteljahrhundert. Die endlich ausgesprochenen Strafen bewegten sich zwischen einem Urteil auf lebenslänglich und sechs Verurteilungen zu Haft zwischen zwölf und drei Jahren; es gab auch einen Freispruch.

War allein schon die Dauer des Prozesses auf internationale Kritik und Unverständnis gestoßen, so riefen die ausgesprochenen Strafmaße und vor allem deren Begründungen, die – wie in anderen NS-Prozessen zuvor – die Beteiligten in den Rang der Gehilfen Hitlers & Co. herabstuften, international Empörung hervor. In der Bundesrepublik selbst war erlahmendes Interesse und ablehnende Stimmungen zu verzeichnen, die dem schon seit Längerem zu registrierenden Schlussstrich-Verlangen entsprangen.

Die österreichische Historikerin Claudia Kuretsidis-Haider würdigt in ihrem Beitrag die Verdienste, die sich jene Minderheit von Staatsanwälten und Richtern erwarb, die nicht dem Grundsatz folgte, aus den Rechtsparagraphen durch eigenwillige Auslegung alles herauszuquetschen, was sich zugunsten der Angeklagten gewinnen ließe. Sie bemerkt zudem, dass verglichen mit der Republik Österreich die westdeutsche Justiz ungeachtet „ihrer letztendlich mageren Bilanz“ noch gut abschneide. Für

Österreich konstatiert sie, „dass es seitens der Justizbehörden, insbesondere aber seitens der justizpolitisch Verantwortlichen in Regierung und Parlament am politischen Willen zur gründlichen Ahndung von NS-Verbrechen gefehlt hat“. Dieses Urteil wird in zwei weiteren Beiträgen begründet, in deren Zentrum ein von der Staatsanwaltschaft Graz über ein Jahrzehnt lang betriebenes Verfahren beschrieben wird, dessen Ermittlungen 1973, zwei Jahre vor Beginn des Düsseldorfer Prozesses eingestellt wurden.

Der Band wird abgeschlossen mit einem Vergleich der Prozesse in Polen, Österreich und in der Bundesrepublik. Fraglich bleibt, ob nicht angestrengte Prozesse mit dem beliebten und beliebigen Begriff „Versäumnisse“ getroffen sind – ein Wort, das früher auf Zeugnissen zu finden war und hinter dem die Zahl der Tage eingetragen wurde, an denen ein Schüler Unterricht schwänzte.

Claudia Kuretsidis-Haider/Irmgard Nöbauer/Winfried R. Garscha/Siegfried Sanwald/Andrzej Selerowicz (Hrsg.): Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz. Strafverfolgung und verweigerte Gerechtigkeit: Polen, Deutschland und Österreich. Clio Verlag, Graz 2011. 479 S., geb., 38,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 26. Januar 2012, S. 17.

Der Feind steht links

Vortrag gehalten am 19. Januar 2012 im Haus der Drucker, Berlin

Das Thema „Der Feind steht links“ variiert eine ältere Diagnose, eine Warnung, einen Appell, der lautete: „Der Feind steht rechts.“ Der Ruf hat zu seiner Zeit weithin Aufsehen erregt, weil er von einem bürgerlichen Mann gesprochen wurde, einem Reichskanzler und das im Reichstag in einer dramatischen Situation. Die Rede ist von dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth (1878-1956), einem aus der Reihe der nicht so häufig anzutreffenden wehrhaften bürgerlichen Republikaner, der 1922 an die Spitze der Regierung gelangte. Am Tag nachdem Reichsaußenminister Walther Rathenau ermordet worden war, das geschah am 24. Juni 1922, sagte Wirth im Parlament am Schluss seiner Rede, sich dabei den Abgeordneten der Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei, zuwendend: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“ Der Bundeskanzler, der diese Warnung erneuern würde, und dafür gibt es Gründe seit langem, wird noch gesucht.

* * *

Wer hierzulande eine beliebige Tageszeitung aufschlägt. kann sicher sein, dass er in ihr auf die Begriffe rechts und links stoßen wird. Jedenfalls im politischen, meist auch im Sportteil. Die Verortung einer Person, Organisation, Partei oder Regierung, eines Standpunktes oder eines Programms mit den beiden Vokabeln gehört zur Alltagssprache, was einschließt, dass über ihre Bedeutung kaum noch tiefer nachgedacht wird. Jedermann glaubt zu wissen, was gemeint ist. Seit längerem scheinen die Begriffe rechts und links allein nicht ausreichend, um eine politische Erscheinung exakt zu bestimmen. Daher kamen „Präzisierungen“ in Gebrauch. Unterschieden wird zwischen Liberalen und Linksliberalen, Konservativen und Rechtskonservativen, einem Kabinett der Mitte, einem anderen, das als ein rechtes und einem dritten, das als linkes bezeichnet wird. Dazu gibt es Koalitionen der linken oder der rechten Mitte, eingegangen von entsprechend verorteten Parteien. Die haben meist einen rechten und einen linken Flügel. Auch die sogenannten Extremisten werden in Linke und Rechte gesondert. Dass alle diese Kennzeichnung reale Zustände und Verhältnisse aufklären, wird sich schwer beweisen lassen, eher, dass sie diese vernebeln. Frühere Begriffsbestimmungen von Parteien als fortschrittlich oder reaktionär, revolutionär oder reformistisch, bürgerlich, kleinbürgerlich oder proletarisch, faschistisch oder antifaschistisch sind, wenn auch nicht verschwunden, so doch in die Geschichtsbücher verwiesen. Hat sich die Situation auf dem politischen Aktions- und Kampffeld wirklich so kompliziert?

Ausflug in die Sprachgeschichte

Ursprünglich waren die Begriffe links und rechts in der Politik nicht anzutreffen. Sie sind da eingedrungen. Wer sich in einem etymologischen Wörterbuch kundig macht, wird beim Suchen nach dem Wort links auf das Mittelhochdeutsche link gewiesen, dass es in der Verwendung von linker Hand gab. Nachdenklich mag der Hinweis stimmen, dass die entsprechenden Wörter im Englischen, also left, auch lahm, und im Französischen, gauche, auch schwankend bedeuten. Obendrein führt von link ein Weg der Sprachbildung zu linkisch, was ja so viel wie unbeholfen oder ungeschickt bedeutet.

Wer nach dem Begriff rechts fahndet, liest dort: Das Adverb rechts ist der erstarrte Singular des Adjektivs und recht wiederum besaß dereinst die Bedeutung von richtig und besagte, dass der Gebrauch der rechten Hand der Gebrauch der richtigen war. Damit lässt sich für unsere Zwecke nicht weiterkommen. Zumal: dass die rechten Parteien auch die richtigen seien, wird sich nicht nur für Deutschland schwer glaubwürdig machen lassen.

Der heutigen Verwendung von links in der Politik gerät auf die Spur, wer vom Mittelalter in die Gegenwart voranschreitet und sich in die Geschichte der französischen Revolution der Generalstände und der Nationalversammlung begibt. Als die revolutionäre Phase von der restaurativen abgelöst wurde, konnte die Gegenrevolution doch das Parlament nicht liquidieren. In ihm saßen, vom Präsidenten aus gesehen, die Gegner der Regierung auf der linken Seite. Diese Ordnung hat sich eingebürgert. In der deutschen Geschichte ist sie im Frankfurter Parlament anzutreffen. Dabei wandelte sich, was als politisch links angesehen wurde. Ursprünglich wurden damit die Gegner der Monarchie,

die radikalen Republikaner, selbst Linksliberale bezeichnet. Wie sich die bürgerliche Gesellschaft etablierte, waren es dann ihre Gegner, die als Linke bezeichnet wurden. Diese Bedeutung hat sich bis heute erhalten und auch die Platzzuteilung in Parlamenten, wie ein Blick in den Sitzungssaal des Bundestages beweist.

Und links soll, wie in diesen Tagen immer wieder behauptet wird, auch der Feind sitzen oder stehen. Wessen Feind eigentlich? Der des Grundgesetzes, der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Demokratie und alles dessen, was mit diesem bunt schillernden Begriff verbunden werden kann. Zur Bekämpfung dieses Feindes wird offen und verdeckt aufgerufen. Diese Kennzeichnung ist demagogisch und juristisch ungedeckt. Nichtsdestoweniger dient sie zur Rechtfertigung von Maßnahmen der Überwachung und Isolation. Dem Vorwurf ist mit der bloßen Beteuerung von Verfassungstreue nicht zu begegnen.

Zweierlei Positionen

Fragen wir zunächst, welche politischen Haltungen in dieser bürgerlichen Gesellschaft, das ist die Grundverfasstheit Deutschlands, überhaupt möglich sind, welche der Bürger, sofern er seinen Platz nicht außerhalb des Feldes der Politik wählt, einnehmen kann. Er kann diese Gesellschaft bejahen, sie für die seinen Interessen angemessene betrachten, sie für die beste alle denkbaren halten oder sie auch nur deshalb akzeptieren, weil er eine Alternative entweder nicht für erreichbar oder keine ihm vorstellbare für wünschenswert hält. Diese Haltung bezieht die Mehrheit der Staatsbürger zwischen Saar und Oder. Sie bedeutet nur selten totales Einverständnis und ausnahmslose Zufriedenheit, sondern schließt meist ein, dass die Besserung des Bestehenden als möglich, gar als notwendig erkannt wird. Denn, dass das Vorhandene unvollkommen ist, lässt sich nicht gut bestreiten – unvollkommen, wie dem mitunter nachsichtig und entschuldigend hinzugefügt wird, wie eben alles Menschenwerk. Und es gibt hierzulande keine politische Partei, nenne sie sich liberal, demokratisch, christlich oder grün, die nicht unausgesetzt behauptet, dass ihre Politiker tagaus tagein mit der Verbesserung der gesellschaftlichen und staatlichen Zustände befasst sind. Bricht zwischen ihnen Streit aus, wird er um nichts anderes geführt als um den rechten Weg solche Besserungsmöglichkeiten zu entdecken und zu verwirklichen, also um Abweisung von Ab- und Irrwegen. Diese Haltung ließe sich bildlich mit der eine Reparaturschlossers vergleichen. Doch hinkt der Vergleich, denn ein ehrlicher Reparaturschlosser sagt seinem Kunden an einem gewissen Punkt doch, selbst wenn ihn das einen Auftrag kostet: Wissen Sie was, Sie brauchen ein neues Auto.

Die entgegengesetzte Haltung ist die der Gegner dieser bürgerlichen Gesellschaft, von Leuten, die sich mit den letztlich auf den Eigentumsverhältnissen beruhenden Zuständen der Ausbeutung nicht abfinden wollen und nicht mit deren Folgeerscheinungen, dem Gegensatz von Steinreich und Bettelarm, der schändlichen Entlohnung vieler Arbeitsleistungen, der Arbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit, der Falsch- und Unterernährung, der Armut nicht nur von Altern und Kindern, dem klaffenden Unterschied zwischen höchster Bildung und Analphabetismus und jenen vielen anderen sozialen Zuständen, die eine Leporelloliste ergeben. Nicht, dass sie Veränderungen, die das Leben der „Unterschichten“ momentan erleichtern, in dieser bürgerlichen Gesellschaft für unmöglich halten, nicht, dass sie dafür nicht eintreten und kämpfen würden. Nur lassen sie sich weder einreden, dass auf ihrem Boden ein grundlegender Wandel möglich sei, noch weismachen, dass zu bloßen Missständen herabgestufte soziale Skandalzustände hinzunehmen wären als der zu entrichtende Preis für die überwiegenden Segnungen und Vorteile.

Zweierlei liegt auf der Hand: die beiden Haltungen sind unvereinbar und sie schließen dennoch eine zeitweilige und partielle Kooperation nicht aus, jedenfalls dann nicht, wenn es um die momentane Verbesserung der Lage von Teilen der Bürgerschaft geht. Ebenso klar ist, dass die Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaft in deren Gegnern eine Bedrohung sehen. Also kann es niemanden verwundern, dass sie sich dagegen schützen wollen. Dazu werden je nach dem Grad, in dem diese Bedrohung existiert oder empfunden wird, Kräfte und Mittel eingesetzt. Sie reichen von der ideologischen über verschiedene Formen der politischen und juristischen bis zur bewaffneten Auseinandersetzung. In der deutschen Geschichte stehen dafür der Terror der Gegenrevolution, mit der auf den 9. November 1918

geantwortet wurde, und auch der 30. Januar 1933, ein Wechsel in der Staatsform, der sich jedoch nicht auf Herrschaftssicherung reduzierte.

Denkverbot: Kommunismus

Nichts Vergleichbares droht der bürgerlichen deutschen Gesellschaft heute. Dennoch gibt es über die Dauermobilisierung gegen links hinaus heute spürbare Bestrebungen, die vorhandenen Barrieren zu verstärken. Deklariert wird, dass Versuche einer grundstürzenden Veränderung der gesellschaftlichen Zustände unausweichlich bei Hitler oder Stalin enden müssen und in Widerspruch zur Verfassung stehen. Wer sich dafür einsetzt, wird als Verfassungsfeind betrachtet und observiert. Das nimmt groteske Formen an. So befindet die Regierung von Oberbayern in einem Schriftsatz vom August 2011, welche die Organisation VVN/Bund der Antifaschisten mindestens in Teilen der Verfassungsfeindlichkeit zeiht, dass das von Mitgliedern in ihr vertretenen marxistische Verständnis, dem der Faschismus als „eine der denkbaren, möglichen und verwirklichten Ausprägungen bürgerlicher Herrschaft“ gilt, den „Ruf nach einer Beseitigung der bürgerlichen Zustände“ einschließt. „Die Alternative kann dem ganzen Kontext nach nur Kommunismus heißen.“ Infamie? Jedenfalls Dummheit. Als Alternative zur faschistischen Herrschaft, die wie sie sich 1935 kriegsdrohend in Deutschland und Italien 1935 darstellte, galt eine antifaschistisch-demokratische Friedensordnung. Das bedeutete gerade den Abschied von der Devise, die den Kommunismus als das nächste strategische Ziel angesehen hatte. Was hier einzig festzuhalten ist: Jedenfalls in Bayern gilt ein Bekenntnis zum Kommunismus als verfassungswidrig, wenn nicht als verfassungsfeindlich.

Dass dies jedoch nicht nur im Freistaat gelten soll, verriet Anfang 2011 die Reaktion, das Wort ist zu schwach: das Alarmgeschrei auf die Teilnahme der Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Lötzsch, an einer Debatte, in der nach Wegen zum Kommunismus fragte. Lassen wir die intellektuelle Verkommenheit beiseite, der beim Wort Kommunismus nichts andere einfällt als Stalin und Pol Pot, sondern nehmen den Kern der Sache, der in dem Versuch besteht, in Deutschland jetzt und in Zukunft jeden Versuch zu unterbinden, über eine nachbürgerliche Gesellschaft und denkbare Wege dahin auch nur eine akademische Diskussion zu führen, denn um nichts anderes ging es. Da hinein fügt sich, dass die Gesellschaft der DDR, in und mit der versucht wurde, die kapitalistischen Zustände in die Geschichte zu verweisen, absichtsvoll als kommunistisch bezeichnet wird. Keiner hat das je getan, der an diesem schließlich gescheiterten Aufbruch beteiligt war.

Die Akteure dieser Antikommunismus-Kampagne wussten natürlich, dass die von ihnen ausgemalte Gefahr nicht wirklich droht. Was aber setzt sie dann in Aktion und jüngst in eine erkennbar verstärkte? Das gewachsene Misstrauen in die Stabilität der gesellschaftlichen Zustände, ungeachtet der Tatsache, dass die Bundesrepublik verglichen mit ihren europäischen Partnern die aktuelle gegenwärtige Krise des Kapitalismus bisher gut überstanden, ja sie nutzen konnte, ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen zu festigen. Dennoch: Befürchtungen, die in den Eliten dieser Gesellschaft existieren, verraten sich durch vergleichende Bezugnahmen auf Wirtschaftskrisen des Jahren 1929/30 und auch die Reanimierung von Begriffen wie Kapitalismus, der zeitweilig völlig durch Marktwirtschaft ersetzt war, Finanzkrise, Staatsbankrott und weiteren, die aus Nachrichtensendungen und Fernsehdebatten nicht mehr wegzudenken sind und eben noch in den passiven Sprachschatz der Deutschen verwiesen waren. In solcher Situation gilt: Der kluge Mann baut vor. Und in ihr werden die Instrumente der Bekämpfung der linken Kräfte, obgleich sie keinerlei Zugewinn aus der krisenhaften Entwicklung ziehen konnten, immer weniger wählerisch eingesetzt. Im Fokus steht die Partei die Linke, ungeachtet der Tatsache, dass deren Anhängerschaft in eben den Krisenjahren erheblich schrumpfte. Offenbar halten nicht nur deren Mitglieder diesen Prozess für umkehrbar.

Strategien und Methoden

Um dies zu verhindern werden mehrere Methoden angewendet. Die eine besteht darin, den Charakter dieser Partei wandeln zu helfen und zu bewirken, dass sie vollständig den Platz einnimmt, den die sozialdemokratische Partei in einem längeren freigemacht hat. Als geeigneter Weg dahin wird angesehen, an die Spitze der Partei Kräfte zu befördern, die den Weg dahin gehen wollen, weil sie ihn als den einzigen ansehen, Einfluss im Staat zu gewinnen. Würde dieser Kurs eingeschlagen, verlöre die

Partei jedenfalls einen Teil ihrer Mitgliedschaft. Es entstünde Aussicht, dass sie sich als Ganze oder Teile von ihr mit der sich noch immer sozialdemokratisch nennenden Partei eines Tages vereint. Der bevorstehende Parteitag der Linken könnte eine Antwort auf die Frage geben, welche Chance diese Methode hat, den Feind, der links steht, loszuwerden.

Eine andere besteht darin, die Linkspartei zu isolieren, sie gleichsam auszutrocknen und auf das Niveau einer Sekte herabzustufen. Dazu werden Schreckbilder eingesetzt. Eines will erweisen, dass es zwischen ihr und politischen Kleingruppen, die pauschal als linksextrem markiert werden, Verbindungen gäbe. Das wiederum wird mit der These verknüpft, es müsse also auch in dieser Partei selbst linksextreme Ansichten, Personen und Gruppen geben. Dabei bleibt meist ungesagt oder gar undefiniert, was unter diesem Linksextremismus eigentlich verstanden werden soll. Linksextremismus wird als ein bloßes Etikett benutzt, dass die Funktion des Totenkopfes und der gekreuzten Knochen hat, die sich auf mancher Flasche finden und deren giftigen Inhalt anzeigen.

Klarheit will indessen die sich als antikommunistische Vorkämpferin hervortuende Bundesministerin Schröder schaffen. Nach ihrem Befund der besitzen Linksextremisten „ein geschlossenes Weltbild“, das „auf Kosten unserer demokratischen Werte und unserer rechtsstaatlichen Prinzipien“ gehe. Das formulierte sie in einer Empfehlung eines an Schüler gerichteten Aufrufs, der eine Kampagne voranbringen soll, deren Devise lautet: „Augen auf: Demokratie stärken – (Links)Extremismus verhindern“. Gesucht wurden Projekte und Ideen, die jugendgerecht sind und „zur Auseinandersetzung mit linksextremen Argumentationen anregen.“ Die besten Einsendungen sollten bis zur Zahl 20 mit jeweils 500 Euro prämiert werden. Das ist inzwischen Anfang Dezember 2010 geschehen. Träger der Aktion, für die beispielsweise in Brandenburg auch mit einer Postwurfsendung Reklame gemacht wurde, war die in München etablierte Stiftung Zeitbild und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert sie. Es war ein Zufall, dass dem Unternehmen die Entdeckung des Kerns der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund in die Quere kam und die Republik jedenfalls für einige Zeit sich mit der Frage beschäftigte, wie es der Verfassungsschutz mit der Verhinderung und der Verfolgung von Verbrechen der Nazis hält.

Auf der Schröder-Linie liegt, dass im Januar 2012 in Berlin Pädagogen zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Linksextremismus – eine Herausforderung auch für die Schule?“ eingeladen wurde. Dazu riefen der Senat, Verfassungsschutz und Polizei auf, sich wendend an Lehrer und andere Bildungsarbeiter. Einleitend sollte der an der Universität Chemnitz tätige Eckhard Jesse über das Thema „Staats- und Demokratieverständnis im Linksextremismus“ reden. Daraus ist nichts geworden. Die Veranstaltung fiel wegen zu geringer Beteiligung aus.

Es gehört zu dieser Methode, dass das Familienministerium auf Anfrage erklärte: „Die Tageszeitung *‚Neues Deutschland‘* veröffentlicht gelegentlich ‚Beiträge mit linksextremistischen Bezügen‘. Insbesondere werde auf linksextremistische Veranstaltungen hingewiesen. Und in einer von diesem Ministerium geförderten Broschüre ‚Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern‘ wird die gleiche Tageszeitung als ‚linksextremistisches Medium‘ charakterisiert und zu den Medien gezählt, die Beiträge veröffentlichen, ‚die kommunistische bzw. anarchistische Weltdeutungen‘ unterstützen und zugleich ‚gegenläufige Nachrichten‘ als ‚bürgerlichen Manipulationszusammenhang‘“ diskreditieren. So wird dem Bundesbürger bedeutet, was er riskiert, wenn er diese Zeitung abonniert. Er macht sich des Verdachts verdächtig, mit Linksextremisten mindestens zu sympathisieren, und beschäftigt den Verfassungsschutz.

Der Gipfel der Infamie auf der Liste der Attacken gegen den Feind, der links steht, war 2010 mit der Attacke erreicht, die der Linkspartei die Förderung des Antisemitismus unterstellte. Das geschah im Vollbewusstsein, dass es in Deutschland keinen ärgeren politischen Knüppel gibt als eben diesen Vorwurf. Es erleichtert dieses Vorgehen sehr, dass es in dieser Partei selbst eine beständig lärmschlagende Kleingruppe gibt, die diesen Knüppel gegen die eigenen Genossen schwingt. Keine Gelegenheit wird ausgelassen, jede Israel kritische Position unter Verdacht zu stellen, aus Judenfeindschaft geboren und auf die Vernichtung Israels gerichtet zu sein. Dass sich der Vorstand der Linkspartei nicht zu einer prinzipiellen Erklärung gegen diese Parteimitglieder, die sich jedem Argument gegen-

über als verstockt zeigen, hat durchringen können, mag in der Furcht begründet sein, sich den Vorwurf der parteiinternen Diktatur zuzuziehen. Nur hat auch diese Zurückhaltung ihren Preis.

Als der Termin für diese Veranstaltung festgesetzt wurde, war nicht abzusehen, dass ein Bundesminister, der für den Verkehr, tags zuvor ankündigen werde, das Denkmal, das an Karl Marx und Friedrich Engels erinnert, solle aus dem Zentrum Berlins entfernt werden. Der viele empörende Plan bestätigt noch einmal worum es geht. In Deutschland soll auch die bloße Idee, dass es „hinter“ dem Kapitalismus eine andere soziale Ordnung geben könne oder gar werde, getilgt werden. Folglich auch alles, womit an sie und deren Verfechter erinnert wird. Die beiden Denker passen nicht in die Mitte der Hauptstadt eines bürgerlichen Staates, in dem, was heute nicht mehr nur die Linken behaupten, das große Kapital die beherrschende Stellung besitzt und die Richtung der Politik regelt. Der Minister legt so gesehen Konsequenz an den Tag, bis hin zu dem Vorschlag, das Denkmal auf den Friedhof in Friedrichsfelde zu schaffen. Das ist programmatisch und symbolisch in einem. Wie die Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf diesen Vorschlag reagieren wird, nicht nur mit einem Ja oder Nein, sondern argumentativ, das wird mehr über ihren Zustand aussagen als die Debatte darüber, was einem Ministerpräsidenten oder einem Staatsoberhaupt erlaubt ist und was nicht.

junge Welt, Montag, 30.01.2012, S. 10.

Der Flötenkönig

Leser der *Berliner Zeitung*, jene, die sozusagen in die Jahrzehnte gekommen sind, mögen sich an diesem Morgen die Augen gerieben haben, als sie in dem Blatt auf diese Sätze stießen: „Der Friedrich, mit dem wir aufwuchsen, ist der Adolph Menzels. Ein König, der Flöte spielt, der seine Freunde zu Tisch lädt und der in seinen unzähligen Schlachten immer im einfachen Soldatenrock zu sehen ist. Einer, der der Erste unter – fast – Gleichen ist. Das ist ein Wunsch-Friedrich ... Ein König der Bürger.“ Täuscht mich, mag sich mancher da gefragt haben, mein Gedächtnis? Dann geht einer der Zweifelnden doch zu seinem Bücherregal und greift in die hintere Reihe zu den dort noch immer aufbewahrten Schulgeschichtsbüchern. Klasse 7, das müsste das richtige sein. Da wurde die Zeit des Absolutismus und Friedrichs II. „behandelt“. Gedruckt wurde der Band 1970. Wie lange ist das her, dass er im Schulranzen hin und her geschleppt wurde? Fast ein halbes Jahrhundert.

Im Kapitel „Der landesfürstliche Absolutismus in Deutschland“ folgt auf einen Abschnitt über den „preußischen Militärstaat“ der mit der Überschrift „Eroberungskriege Friedrichs II.“ Darin kommt in Rot umrandeten Kästen der Herrscher selbst zu Wort. Er belehrt: „Wenn Ihnen eine fremde Provinz gefällt und Sie stark genug sind, besetzen Sie sie sofort. Wenn Sie dies erst getan haben, finden sich immer genügend Juristen, die beweisen, dass sie ein Recht auf das besetzte Land hatten.“ Und eine Seite weiter: „Von allen Ländern Europas passen zu Preußen am besten Sachsen, Polnisch-Preußen und Schwedisch-Pommern, weil alle die zu seiner Abrundung beitragen. Sachsen wäre am nützlichsten.“ Das waren keine Träumereien an preußischen Kaminen. In Schlesien war der König 1740, in Sachsen 1756 eingefallen, jeweils ohne Kriegserklärung. So begannen der erste und der dritte schlesische Krieg, der wurde ein siebenjähriger. Und die Flöte? Nichts davon, hingegen Informationen über die Teilung Polens, das preußische Landrecht und die Rolle des Militarismus und dessen fernere Wirkungen in die deutsche Geschichte.

Welche Erleichterung. Noch ist auf das Gedächtnis einiger Verlass. Die Reminiszenz an die Schuljahre kann beendet, das Buch an seinen Platz zurückgestellt werden. Wäre in dessen Nachbarschaft nicht noch ein zweites Schulgeschichtsbuch zu entdecken gewesen. Das wollte der Neffe loswerden, der es nie mit der Geschichte hatte. Es stammt aus einem der letzten Jahre der DDR-Zeit, gedruckt 1988. Auch in dem Band ist der Kultur des Absolutismus Raum gegeben. Bilder barocker Bauten, Fotos und Skizzen von Schloss- und Stadtanlagen, die Namen ihrer Baumeister, die Abbildung einer Vase aus Böttgerporzellan, die höfische Mode. Dann folgen die Lebensbedingungen der Bauern und der Soldaten, die Maßnahmen zur Mehrung der Staats- und Kriegskasse. Dazu Friedrichs Feldzüge und wieder das Zitat über die Anziehungskraft fremder Provinzen und die dienstfertigen Juristen. Doch auch hier keine Flöte und kein Menzel.

Wie also mag der Autor des Artikels darauf verfallen sein? Die Lösung fand sich. Die Sprache ist nicht nur ein Mittel der Verständigung, sie ist häufig auch ein Verräter. Ein einziges Wort, ein einziger Klang lassen manchmal sagen: eine Kölsche Jung oder ’ne Fischkopp. Der Autor, der das einnehmende Wir benutzte, kann nur ein Westdeutscher sein. Kein Irrtum. Die Nachprüfung ergibt: 1946 geboren in Frankfurt am Main und daselbst studiert worden. Daher die Flöte.

Ossietzky, 3/2012, 4. Februar 2012, S. 104-105.

"To use your forces without restriction ..."

14. Februar 1942 – Als das Todesurteil über deutsche Großstädte gesprochen wurde

Im Jahresverlauf haben die deutschen Großstädte ihre eigenen Daten, an denen sie der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges gedenken. Zumeist sind das die Tage, an denen ihre Zentren unter dem Hagel der Fliegerbomben in Schutt und Asche versanken. Dann ziehen offizielle Delegationen zu den Grabstätten der Luftkriegsopfer, von denen viele in langen Reihen auf Friedhöfen begraben wurden. Menschen, die damals Kinder waren, gedenken der Toten aus ihren Familien.

Einer dieser Tage gilt über die Grenzen der damals zerstörten Stadt hinaus als Anlass der Besinnung und wird zugleich von einer Minderheit immer wieder zur Geschichtsklitterung genutzt: der 13. Februar, an dem 1945 Dresdens Innenstadt in eine Trümmerwüste verwandelt wurde. Vollstreckt wurde ein Todesurteil, das nahezu auf den Tag genau schon drei Jahre zuvor ausgesprochen worden war und eine namentlich noch nicht benannte Zahl deutscher Städte betraf.

Am 14. Februar 1942 erhielten die britischen Luftstreitkräfte die "Area Bombing Directive", eine Weisung, die dem Luftkrieg gegen Deutschland neue Ziele bestimmte und bisher geltende Beschränkungen des Einsatzes der Luftgeschwader aufhob. Der entscheidende Satz dieser "General Directive No. 5" lautete: "You are accordingly authorized to use your forces without restriction ..."* Sie besagte also, dass von nun an keine Rücksichten irgendwelcher Art mehr existierten, wenn über dem Territorium des Gegners Bomben abgeworfen werden. Das bedeutete streng genommen keine Verletzung international vereinbarten Völkerrechts. Denn nach dem Ersten Weltkrieg unternommene Versuche, der Haager Landkriegsordnung und den existierenden Vereinbarungen über die Art und Weise von Kriegen zur See einen Vertrag über das Luftkriegsrecht hinzuzufügen, waren gescheitert. Doch dem Sinne nach stand diese "Directive" in klarem Widerspruch zu den Artikeln 25 und 27 über die „Gesetze des Landkriegs", welche die Schonung unverteidigter Städte sowie von Einrichtungen der Wissenschaft, Kultur, Wohltätigkeit, von Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen bestimmten.

Mit der Befolgung dieser Weisung, die Flächenbombardements freigab, wurde bereits in den nächsten Wochen begonnen. In den täglichen offiziellen Berichten der Wehrmacht las sich das so: „Britische Bomber griffen in der vergangenen Nacht einige Orte in Westdeutschland an. Die Zivilbevölkerung hatte geringe Verluste." Tags darauf hieß es dann: „Die Zivilbevölkerung hatte Verluste an Toten und Verwundeten." Das betraf die Attacken, die am 8. und 9. März Essen gegolten hatten. Über die Angriffe auf Lübeck, die am 28. und 29. März erfolgten, wurde zunächst gemeldet: „Britische Bomber griffen in der letzten Nacht einige Orte im norddeutschen Küstengebiet an. Die Zivilbevölkerung hatte einige Verluste." Am Tage danach – die Beschönigung mochte Proteste erzeugt haben – wurde mitgeteilt: „Bei dem im gestrigen Bericht ... gemeldeten britischen Luftangriff auf Lübeck wurden in erster Linie Wohnviertel der Stadt getroffen. Die Zivilbevölkerung hatte stärkere Verluste." Hinsichtlich der Angriffe, deren Ziel Ende April Rostock war, wurden zunächst „einige Verluste" und dann von „zahlreiche Verluste" vermeldet. Jede diese Nachrichten formulierte eine Lüge.

Die neue Phase des Luftkriegs über dem Reichsgebiet besaß eine lange Vorgeschichte. Sie begann mit der frühesten Verwendung von Flugzeugen, die den Angriffen von Landtruppen den Weg bahnen sollten, Und das geschah zuerst 1911 in Libyen, als Italien gegen das Osmanische Reich kämpfte, und setzte sich dann im Ersten Weltkrieg fort, mit dem der wahllose Abwurf von Bomben auf gegnerisches Gebiet begann, wozu auch Zeppeline eingesetzt wurden.

Nach den Erfahrungen, die in den Jahren 1914 bis 1918 gesammelt worden waren, und den raschen Fortschritten im Flugzeugbau, war den Militärs klar, dass sich für künftige Kriege eine neue Waffe entwickeln ließ, die umso wichtiger sein würde, als diese Kriege angesichts des Verschleißes von Kriegsgerät jedenfalls auch Wirtschaftskriege sein würden. Die Anschlussfrage lautete: Wie ließe sich die Wirtschaftskraft des Gegners am wirkungsvollsten treffen? Und die doppelte Antwort besagte: Entweder durch die Zerstörung seiner der Ausrüstung von Streitkräften dienenden Industriean-

---

* Sie sind daher befugt, Ihre Streitkräfte uneingeschränkt einzusetzen ...

lagen oder durch die Schwächung seines Potenzials an Arbeitskräften durch die Ruinierung der Wohnstätten der Arbeiter, die sich zumeist in den dicht besiedelten Zentren von Städten befanden. Die lieferten durch ihre Bauweisen zudem ein ausgezeichnetes Brennmaterial. Folglich richteten sich die Forschungen auf den Einsatz von Sprengkörpern wie auf die Verwendung von Brandmitteln. Die waren weit gediehen, als der Krieg 1939 begann. Der Bombenmix, der Hausdächer öffnete und Brände verursachte, war alsbald verfügbar. Dazu kamen Flugzeuge, welche ihn in immer größeren Mengen transportieren konnten.

Zu dieser technischen Vorgeschichte, die den Erlass der "Directive No. 5" erst ermöglichte, gehört jedoch noch eine andere Komponente. Sie verweist in die Kriegführung der deutschen Wehrmacht von den ersten Tagen des Zweiten Weltkrieges an. Diese beginnt mit der Zerstörung der kleinen polnischen Kleinstadt Wielun nur Stunden nach dem Überfall auf das Nachbarland und erreichte ihren Gipfel mit dem Bombengriff auf Warschau. Während des „Westfeldzuges" wurde dann Rotterdam das Ziel einer verheerenden Luftattacke. Juli/ August 1940 begannen die deutschen Luftangriffe auf britische Städte. War anfangs in den Wehrmachtsberichten von Angriffen auf Flugplätze, Flakstellungen, Ballonsperren, Kraftwerke, Lagerhäuser, Hafen- und Dockanlagen, Bahn- und Industrieanlagen berichtet worden und von „bewaffneter Luftaufklärung", so wurde am 7. September offenbart, dass die Luftwaffe „dazu übergegangen" sei, „nunmehr auch London mit starken Kräften anzugreifen". Noch wurde weiter der Eindruck vermittelt, Ziel seien durchweg nur kriegswichtige Anlagen. In Wahrheit wurde ein vollständig entgrenzter Bombenkrieg geführt, von dem die Demoralisierung der Inselbevölkerung erwartet wurde. Diese trat nicht ein, ebenso wenig ließ sich die Luftherrschaft über der Insel erringen.

Im Frühjahr 1942 waren die Rollen vertauscht. Mit der "Directive No. 5" begann das Flächenbombardement auf deutsche Städte. Doch so wenig wie sich die Erwartungen der deutschen Führung erfüllt hatten, so wenig erfüllten sich die Erwartungen der britischen; auch nicht, als sich die Royal Air Force mit den US-amerikanischen Fliegerstreitkräften die Aufgabe teilte. Die fanatisch an den „Endsieg" glaubenden Deutschen kämpften weiter, folgten Hitler & Co. auch noch, als längst klar war, dass der Krieg für sie verloren war. Nun auch aus Angst vor der Rache der Sieger. Die Rechnungen der Luftkriegsstrategen gleich welcher Nation erwiesen sich als Fehlrechnungen – und dies galt sowohl für die kriegswirtschaftlichen wie die mentalen Folgen mörderischer Attacken aus dem Himmel.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. Februar 2012, S. W7.

Hindenburg oder Hitler?

Vor 80 Jahren: Das Menetekel des Reichspräsidentenwahlkampfes 1932

Zu Beginn des Jahres 1932 stand im Deutschen Reich ein Wahlkampf bevor. Die in der Verfassung auf sieben Jahre festgesetzte Amtszeit des Staatsoberhauptes lief ab. Dessen Platz hatte seit 1925 Paul von Hindenburg inne. Der Generalfeldmarschall Seiner gestürzten kaiserlichen Majestät war ein Monarchist aus tiefstem Herzen, ein Mann, der aus dem Völkermorden des Ersten Weltkriegs ohne einen Anflug von kritischem Verständnis herausgekommen war. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit erschien er in der Öffentlichkeit im Uniformrock des Kaisers. Dass ein solcher Mann dieses Amt überhaupt hatte besetzen können, sagte etwas über den Zustand und die Perspektiven der Weimarer Republik, kaum sechs Jahre nach ihrer Gründung. Nun hatte der alte Herr inzwischen nahezu 85 Jahre auf dem Buckel. Dennoch hatte er nicht die Absicht, sich auf sein ostpreußisches Gut als Rentner zurückzuziehen. Er stellte sich zur Wiederwahl. Und die Liberalen und demokratischen Parteien, die der sogenannten Mitte, dazu die Sozialdemokratie hatten keinen besseren Einfall als den, Hindenburg auch zu ihrem Favoriten zu erklären.

Nazipartei im Aufwind

Das bedeutete einen Frontwechsel, denn sieben Jahre zuvor waren sie nach dem Tode Friedrich Eberts mit einem eigenen Kandidaten, einem Zentrumspolitiker namens Wilhelm Marx, in den Wahlkampf gegen Hindenburg gezogen, in dem sie jedoch unterlagen. Nun erschien ihnen der Mann, dem 1918 die Übermacht der militärischen Gegner und dann die Revolution das Kriegshandwerk gelegt hatten, als geeignete Person zur Bewahrung und Verteidigung der Republik. Gegen wen? Gegen Adolf Hitler, den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die weder die Interessen der Nation und schon gar nicht die der Arbeiter verfocht. Es gehörte viel Glaubensfähigkeit und Parteitreue dazu, um als Sozialdemokrat dem Rat der eigenen Führer zu folgen und ausgerechnet in diesem reaktionären Greis eine Garantie für den Bestand der Republik zu sehen – Die Pro-Hindenburg-Wahlfront offenbarte, dass sich der Zustand dieses Staatswesens nicht gebessert hatte.

Hitler war die Entscheidung, gegen diesen Weltkriegshelden, den er als Gegner doch nicht ansehen konnte, anzutreten, nicht leichtgefallen. Zum einen, weil allein schon dessen verklärte Biographie ihm im Werben um die Wählermassen einen Vorsprung sicherte, ganz unabhängig davon, was die Reklame zu seinen Gunsten akut versprach. Zum anderen, weil er sich mit dem Mann politisch doch als seelenverwandt ansehen musste. Irgendwie verliefen die politischen Fronten in diesem Wahlkampf nach Hitlers Befund schief. Gegen einen Liberalen, Demokraten oder gar Sozialdemokraten hätte er sich ganz anders und aggressiv zur Schau stellen können.

Doch sollte er auf den Versuch verzichten, die faschistische Führergruppe auf diesem Wege, gleichsam von ganz oben, an die Staatsmacht zu bringen? Das hätte nach dem voraufgegangenen Scheitern anderer Anläufe wie eine halbe Kapitulation ausgesehen. Die Gefolgschaft mit und unter dem Hakenkreuz, mit Versprechen und Verheißungen angestachelt, immer aufs Neue zur Aktion drängend, nach Erfolgen hungernd, musste mobil und angriffslustig gehalten werden. Das war das mindeste, was in einem Wahlkampf erreicht werden konnte.

Der erste Wahlgang im März ergab für keinen Kandidaten die geforderte absolute Mehrheit. Die Entscheidung fiel vier Wochen später zugunsten Hindenburgs, der mehr als 19 Millionen Stimmen erhielt und damit die Wählerschaft Hitlers um sechs Millionen übertraf. Dieses Ergebnis bedeutete dennoch keine Niederlage des NSDAP-Führers. Zweimal waren seine Anhänger gezählt worden und niemand konnte bezweifeln, dass kaum ein anderer Widersacher in der Lage gewesen wäre, in einer Auseinandersetzung mit dem „Sieger von Tannenberg“ so viel aufzubieten. Einen anderen Vergleichswert erhielt, wer dieses Ergebnis mit dem der Reichstagswahlen anderthalb Jahre zuvor, im September 1930, verglich. Damals hatte die NSDAP etwa 6,4 Millionen Stimmen erhalten, die waren jetzt mehr als verdoppelt worden. Die Nazipartei befand sich auf einem Höhenflug, und nichts war in Sicht, was den hätte stoppen können.

Millionen für Thälmann

Der Wahlkampf um die Besetzung des Präsidentenstuhles besitzt seine Denkwürdigkeit aber nicht weniger wegen des dritten Kandidaten. Die Kommunistische Partei hatte dafür ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann benannt. Das war ein Schritt, der nicht in dem Glauben erfolgte, er könne aus dem Rennen als Sieger hervorgehen, doch seine Nominierung erschöpfte sich auch nicht in einer bloßen Zählkandidatur. Die Teilnahme am Wahlkampf mobilisierte die eigene Anhängerschaft und gab vor allem demonstrative Gelegenheit, die Haltung der Kommunisten zu den beiden anderen Kandidaten der Reaktion bekanntzumachen. Die Warnung, die sich an deren Anhänger richtete, lautete „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt Krieg." Sie hat sich in den folgenden 13 Jahren vollständig und grauenvoll bewahrheitet. Aber sie ist damals, wenn auch nicht verhallt, so doch von der Mehrheit der Deutschen, und die war nicht auf den nächsten Krieg erpicht, nicht ernst und von manchen wohl gar nicht wahrgenommen worden.

Thälmann hatte, als er 1925 schon einmal angetreten war, im ersten Wahlgang nahezu 1,9 Millionen Stimmen gewonnen, im zweiten kamen noch einmal etwa 150.000 dazu. Nun, im März 1932, hatten ihn nahezu fünf Millionen gewählt, was den wachsenden Einfluss seiner Partei bezeugte. Von denen jedoch hatten im zweiten und entscheidenden Wahlgang erheblich mehr als eine Million resigniert aufgegeben, während Hindenburg und Hitler ihre Anhängerschaft jeweils noch einmal vermehren konnten.

Aus dem Rückblick stellt sich, schärfer noch als für die Zeitgenossen, die Frage, ob die Arbeiterschaft und mit ihr weitere Volkskreise nicht für einen gemeinsam nominierten Kandidaten der beiden großen Arbeiterparteien und anderer Organisationen hätten gewonnen werden können, der den beiden in einer antifaschistischen und antimilitaristischen Front entgegengestellt worden wäre. Hat es in dieser Republik wirklich keine Frau oder keinen Mann gegeben, der sich mit einem solchen Rückhalt in die politische Kampfbahn begeben hätte? Keinen Wissenschaftler oder Schriftsteller zum Beispiel? Die Frage nach einem solchen „linken" Kandidaten war in den Reihen der Kommunisten schon 1925 erörtert, aber negativ – und damit falsch – entschieden worden. 1932 waren die Beziehungen zwischen den beiden großen Arbeiterparteien, KPD und SPD, die doch den Kristallisationskern eines solchen Bündnisses bilden hätten müssen, nicht besser als sieben Jahre zuvor. In den Reihen der Kommunisten galten die Sozialdemokraten weithin als jene, die nicht nur einen grundlegenden, also revolutionierenden Wandel der Gesellschaft behinderten, den sie selbst in einer verfehlten Einschätzung nicht nur für möglich hielten, sondern auch als die herangereifte, aktuelle Aufgabe ansahen. Die Sozialdemokraten wurden zudem – gleichsam nach preußischem Grundsatz: immer feste druff – als eine besondere Spezies von Faschisten, als Sozialfaschisten, angesehen und so beschimpft. Die Sozialdemokraten zahlten ihnen mit gleicher Münze heim.

Nicht verfeindet

Was ließ sich, mussten sich Kommunisten fragen, mit einer Partei gemeinsam bewirken, die dazu aufrief, den ihnen zu Recht als Erzmilitaristen geltenden Generalfeldmarschall Wilhelms II. zu wählen? Etwa zwei Monate später erneuerte sich die Frage: Was soll man mit einer Partei, die ihre Genossen Minister aus deren Ämtern in der preußischen Regierung in einem Putsch entfernen ließ, ohne dagegen mit Kampfmaßnahmen zu reagieren?

Der Wahlkampf im Frühjahr 1932 wurde zu einem Omen, einem Menetekel. Nicht nur durch die Anhängerschaft, die er auswies. Denn zählte man die Stimmen für Hindenburg und Hitler zusammen, kam man auf 33 Millionen (bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 65 Millionen). Mehr noch bedeuteten die Fronten, die in der Arbeiterbewegung existierten, ein Alarmsignal. Unverkennbar war, dass die Mobilisierung der Kräfte, die jedenfalls in der Frage von Krieg und Frieden doch übereinstimmten, und jener, die sich um den einstigen Feldmarschall und den Gefreiten von gestern scharten, höchst ungleichmäßig verlief. Hitler und Hindenburg hatten über Wochen in Wahlkämpfen konkurriert, der NSDAP-Führer in Person, der Amtsinhaber mehr durch diejenigen, die für ihn die politische Reklame machten. Aber sie hatten sich in diesem Gegeneinander, das weder der eine noch der andere so gewollt hatte, nicht tiefgreifend verfeindet.

junge Welt, Sonnabend, 10.03.2012, S. 15.

Wider beliebte Familienlegenden

Der Autor des druckfrischen Buches, damals Student der Geschichte an der Universität Freiburg, kam auf die Idee, seinen Großvater nach dessen Biographie zu befragen. Der stellte sich dem Ansinnen 2005 zur Verfügung, im Jahr darauf ist er verstorben. Das Interesse des Enkels rührte nicht zuletzt aus der Tatsache her, dass der Vorfahr die Uniform der Wehrmacht in Polen, der UdSSR und Frankreich getragen hatte und das als ein Berufsoffizier, Krieger und Besatzungsfunktionär. Zunächst ergab diese Befragung eine Bereicherung der familiengeschichtlichen Erzählung an einem Weihnachtstag. Dann weitete sich das Unterfangen, denn Wolfram Wette, Geschichtsprofessor, erklärte sich bereit, die Arbeit auf einer fortgeschrittenen Stufe als abschließende Prüfungsarbeit zu akzeptieren.

So folgte auf den ersten Schritt des Forschers als zweiter eine intensive Durchsicht der in der Familie vorhandenen Papiere und schon die wies auf Abweichungen des Erzählten von dem Geschehenen hin, die nicht nur aus Erinnerungslücken stammen konnten. Im dritten Schritt setzte Moritz Pfeiffer die Recherchen in Beständen des Militärarchivs in Freiburg fort. Das auf diesen Wegen Ermittelte eröffnete die Möglichkeit zu genauerem Nachfragen und half dem Zeitzeugen zu Ergänzungen und zu ganzer oder halber Korrektur des ursprünglich Berichteten. Es entstand schließlich ein Buch, das jedem Nachkommen der einst sogenannten Kriegsgeneration eine Menge Denkstoff bietet und das namentlich für die Geschichte der eigenen Familie. Welche Legenden kursieren an Geburtstagstischen und bei anderen Zusammentreffen? Welche Fragen werden nie gestellt, aus Unkenntnis, Scheu oder aus Rücksichten?

Wie es um die Verweigerung der zweiten und dritten Nachkriegsgeneration steht, sich Tatsachen der eigenen Familie zu stellen, das zeigt im Vorwort Wette anhand von ermittelten Zahlen. Wenn die Vorstellungen der Nachkommen über die Haltung ihrer Vorfahren in Nazideutschland und zum Welteroberungskrieg stimmen würden, hätte das Regime jedenfalls solange nicht dauern und nicht anrichten können, was es namentlich in Europa verübte. Indessen triumphiert bei Leuten, die durchaus um die Massengefolgschaft der Machthaber mit dem Hakenkreuz wissen, das Bedürfnis, am Ehrenschild der Familie zu putzen oder sich einzubilden, es hätte auf ihm nie irgendwelche Flecken gegeben.

Der Verleger der Schriftenreihe „Geschichte und Frieden“, die hier bis zum 18. Band gediehen ist, hat ein Nachwort beigesteuert, in dem er sich besonders mit dem Gebrauch und der Funktion der den Heutigen gestellten Frage befasst: Wie hättet Ihr Euch denn in der Situation von Oma und Opa verhalten? Und er entlarvt sie als den Versuch, das Nachdenken zu verunsichern, die historische Kritik zu entschärfen und sie von dem Gedanken über die einzige Form der Wiedergutmachung abzulenken, die es in Wahrheit gibt: Zu sorgen, dass der Absturz in die Barbarei nicht wieder geschieht, in keiner Form, an keinem Ort.

Moritz Pfeiffer: „Mein Großvater im Krieg 1939-1945. Erinnerung und Fakten im Vergleich“, mit einem Geleitwort von Wolfram Wette und einem Nachwort von Helmut Donat, Donat Verlag, 214 S., 14,80 Euro.

Ossietzky, 9/2012, 28. April 2012, S. 359-360.

Des Verdachts verdächtig

Die VVN-BdA im Zerrspiegel des bayerischen Verfassungsschutzes

Der Faschismus ist in der bürgerlichen Gesellschaft entstanden und der faschistische Staat eine verwirklichte Möglichkeit, in dieser Gesellschaft politische und geistige Macht auszuüben. Diese Prägung kann eine bürgerliche Gesellschaft annehmen. Sie muss es nicht. Wären die Antifaschisten von Alternativen zum Weg in das Hitlerreich nicht überzeugt gewesen, woher hätten sie Kraft und Ausdauer für ihren am Ende erfolglosen Widerstand genommen?

Seit Jahrzehnten schon erscheint die Organisation der VVN-BdA im Bericht des Verfassungsschutzes des Freistaats als eine in ihren Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, also gegen die Verfassung gerichtete Organisation. Das wollen sich deren Mitglieder nicht länger nachsagen lassen und haben dagegen Klage eingereicht. Das wiederum hat die Verfasser zu einer Rechtfertigungsschrift gezwungen, die im Fachausdruck Klageerwiderung heißt. Der vielseitige Text gibt – dies vorweg – einen Fingerzeig für jene Parlamentarier, die im Untersuchungsausschuss des Bundestages derzeit nach den Ursachen dafür fahnden, warum mörderische Nazis über Jahre ihr Unwesen inmitten der Gesellschaft treiben konnten. Auch für die Verfassungsschützer hat der Tag nur 24 Stunden. Sie können die Arie des „Figaro“ singen: „Alles auf einmal, ich kann nicht mehr“. Sie mussten wählen und haben sich beim Einsatz ihrer Kräfte eben für (besser: gegen) den „Linksextremismus“ entschieden.

In unserem Falle gilt den Verfassungsschützern als ein „Linksextremist“, wer die marxistische, gemeint ist die 1933/1935 gegebene Definition des Faschismus verficht, weil das für das Verständnis von Antifaschismus Konsequenzen habe. Nun wissen die Schlapphüte immerhin, dass Programm und Satzung der VVN-BdA ihren Mitgliedern nicht vorschreiben, was sie unter den Begriff Faschismus zu fassen haben. Auch bezichtigen sie die Organisation als Ganzes nicht durchgehend dieses Verständnisses. Doch lautet ihre These: Seit der Gründung der Organisation vor nunmehr 65 Jahren würden Mitglieder sie maßgeblich prägen, die eben diese Sicht teilen und verbreiten. Wie im Weiteren daraus ein grundgesetzfeindlicher Standpunkt konstruiert wird, mag dem einen Zeugnis der intellektuellen, Anderen Ausweis für die moralische Verfasstheit der Autoren der Klageerwiderung sein. Diese haben übrigens, anders als in der Wissenschaft und auch sonst in theoretischen Kontroversen üblich, dem von ihnen kritisierten Verständnis von Faschismus ein eigenes nicht entgegen zu setzen. Das erleichtert das Konstruieren und Phantasieren erheblich.

Im Faschismusverständnis der „kommunistische orientierten Linksextremisten“, behaupten die Verfasser des Textes sodann, würden „alle nichtmarxistischen Systeme, unter ihnen die parlamentarische Demokratie, als potentiell faschistische bzw. als Vorstufe zum Faschismus betrachtet“. Wer hätte aber je behauptet, dass das Römische Reich, das doch gewiss kein „marxistisches System“ war, mit dem Faschismus schwanger gegangen wäre? Wer das gleiche vom Kaiserreich Wilhelms I. und des II. ? Als ein Irrtum wird des Weiteren apostrophiert, dass „der staatsmonopolitische Kapitalismus die in der Gesellschaft vorhandenen faschistischen Tendenzen für seine Politik nutze?“ Wessen Arbeit haben die Braunhemden denn in der Weimarer Republik mit ihrem Kampf gegen die politische und die Gewerkschaftsbewegung der Proletarier gemacht? Warum hat sie keine Regierung dieser Republik verboten? Es war Kurt Schumacher, dem nicht Unrecht getan wird, nennt man ihn einen Antikommunisten, der in seiner letzten öffentlichen Rede 1933 in Stuttgart davon sprach, dass sich da die Macht des Kapitals etabliere.

Unsinn ist auch, was weiter beweislos getextet wird, aus dem historisch-materialistischen Verständnis folge, dass „die Bundesrepublik in der Kontinuität des nationalsozialistischen Regimes stehen“ würde. Sie entstand, wie auf andere Weise auch die DDR, als eine Alternative, als ein Weg aus der „braunen“ Vergangenheit. Und die Kontinuität zwischen der heutigen Gesellschaft in Deutschland zu der bis 1945 existierenden besteht nicht in ihrer politischen, sondern in ihrer ökonomischen Verfasstheit, insbesondere in ihren Eigentumsverhältnissen. Doch Differenzierung ist offenkundig nicht die Stärke der Verfassungsschützer, namentlich nicht, wenn sie nach „links“ blicken und es obendrein um verwickeltere soziale Zusammenhänge geht.

Der gedankliche Trickbetrug dieser Klageerwiderung besteht darin, dass die bürgerliche Gesellschaft und das Grundgesetz der Bundesrepublik in eins gesetzt werden. In Wahrheit schreibt dieses Gesetz fest, in welchem Rahmen sich die politischen Kämpfe im Staat abzuspielen haben, aber es deklariert die bürgerliche Gesellschaft samt deren Eigentums- und Herrschaftszuständen nicht als die letzte und einzig zu bejahende Stufe der Organisation menschlichen Zusammenlebens. Die Interpretation der Klageerwiderung ist durch den Verfassungstext nicht gedeckt. Diese „Ausweitung“ wird indessen nicht nur in ihr vorgenommen. Es ist verständlich, dass die in einer Gesellschaft Herrschenden den Beherrschten schon das Nachdenken und die Verständigung über grundlegend andere Zustände als jene verbieten möchten, unter denen sie leiden oder die sie gefährden oder die sie schlicht als unmoralisch ansehen. Das hat jedoch noch nie ganz funktioniert.

Was die VVN-BdA anlangt, so vereint sie Menschen, die schon in dieser Gesellschaft ohne Faschisten leben möchten. Zu ihren maßgeblichen Mitgliedern gehören übrigens Frauen und Männer, die in diesem Staat hohe Auszeichnungen für ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte erhielten.

Antifa, 5-6/2012, S. 3.

Sie haben millionenfaches Morden beendet

8. Mai 1945, Tag der Befreiung – In Deutschland wird den Befreiern immer noch ungenügend gedacht

Richten sich Gedanken und Blicke der letzten deutschen Zeitgenossen oder der Mehrheit der Nachgeborenen auf das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, tauchen ihnen Bilder von Opfern auf. Sie haben sich ihnen tief in das Gedächtnis eingegraben, sind von Fotos und Filmen her bekannt oder auch aus Erzählungen und Schriften. Da sind die Flüchtenden zu Fuß und auf den verschiedensten Fahrzeugen aus Ostpreußen, Pommern, dem Osten Brandenburgs und Schlesiens, die nicht in das nahende Kriegsgeschehen geraten wollten. Dort die Trümmer der durch Fliegerangriffe zerstörten Städte in West und Ost, Chemnitz und Potsdam, Pforzheim und Würzburg. Da die immer noch schießenden Wehrmachtssoldaten im Vorfeld von Berlin an der Oder, in der „Festung Breslau“, am Rhein und im Ruhrkessel. Sodann die Kolonnen auf dem Weg in die Kriegsgefangenschaft.

Im letzten Jahrzehnt haben die Hersteller von Filmen dieser Perspektive der Geschichtserinnerung mächtig Nahrung gegeben: 2004 mit „Der Untergang“ und den Bildern von den Kämpfen in der Trümmerwüste Berlin, 2006 mit „Dresden“ und dem Feuersturm der Februarnacht, 2007 mit „Die Flucht“ und dem Elendszug Fliehender aus Ostpreußen auf endlosen Wegen und in Eiseskälte, 2008 mit „Die Gustloff“, der Filmgeschichte vom Untergang jenes KdF-Schiffes, das sich mit Flüchtlingen und KZ-Häftlingen an Bord auf der Fahrt von Ostpreußen nach Schleswig-Holstein befand, als es von Torpedos getroffen wurde.

Trotz dieser dominierenden Erinnerungsperspektiven hat sich in Deutschland der Begriff „Befreiung“ durchgesetzt, wenngleich er andere Begriffe wie etwa Zusammenbruch, Untergang und Katastrophe nicht verdrängt hat. In der Bundesrepublik setzte sich die Einsicht ungleich später als in der ostdeutschen Republik durch, war erst durch eine Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 angestoßen worden. Das bewirkte freilich nicht, dass dem Begriff „Befreiung“, wo er in Gebrauch kam, von den Deutschen die gleiche Bedeutung beigelegt wurde. Die einen sahen sich von den Ängsten befreit, in die sie das Kriegsgeschehen versetzt hatte, vor Bombenangriffen, der Nachricht vom Tode eines Angehörigen, der Vernichtung von Heim und Habe usw. Befreit auch vom Blick in das Dunkel einer ungewissen Zukunft, an dessen Stelle allmählich wieder Hoffnungen treten konnten. Am schwersten verbreitete sich die Erkenntnis, dass mit diesem Maitag 1945 die Deutschen in ihrer Mehrheit von der schändlichsten Rolle befreit worden waren, die sie je in ihrer Geschichte gespielt hatten. Erst 50 Jahre nach Kriegsende hat die so genannte Wehrmachtsausstellung den beschönigenden Gedankenbildern durch die Präsentation von grausigen Bilddokumenten ein Ende gemacht, wenn auch kein totales.

Wie häufig trat bei der Konzentration auf das Geschehen die Frage nach dem „Warum“ in den Hintergrund. Und die lautet: Warum hat dieser Krieg denn bis in die ersten Maitage gedauert? Warum endete er nicht, als die Armeen der Alliierten die Reichsgrenzen in West und Ost erreicht hatten? Denn da war er bereits definitiv verloren, eigentlich schon lange vorher. Dieser Einsicht konnten sich nach dem Zusammenbruch der deutschen Verteidigung im Mittelabschnitt der Ostfront im Sommer 1944 und der gleichzeitigen Operationen der Westalliierten im Landungsraum in der Normandie nur noch fanatische Faschisten oder Dummköpfe verweigern.

Am 10. Oktober erreichten sowjetische Truppen die ostpreußische Grenze, am 21. Oktober eroberten US-amerikanische Einheiten die erste deutsche Stadt, Aachen. Der Krieg kehrte dorthin zurück, von wo er ausgegangen war. Kein Wehrmachtsgeneral konnte noch an eine Wende des Kriegsgeschehens glauben. Sie wussten es von ihrem Studium auf Kriegsakademien oder eigenem Erleben, wie ein Vierteljahrhundert zuvor der Krieg zu Ende gegangen war, der inzwischen der Erste Weltkrieg hieß.

Am 18. Juli 1918 hatte nach einer Serie deutscher Offensiven die strategische Gegenoffensive der Alliierten begonnen, mit deren Entfaltung die deutschen Truppen nicht nur das eben eroberte Gebiet preisgeben mussten, sondern der Zusammenbruch ihrer Front und die heillose Flucht vor der Übermacht drohte. In dieser Situation verlangte die Oberste Heeresleitung Ende September/Anfang

Oktober von der Reichsregierung die sofortige Aufnahme von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit den Kriegsgegnern auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Der Vertrag wurde am 11. November 1918 in Compiègne unterzeichnet, an einem Tag, da sich noch kein einziger Soldat der gegnerischen Armeen (außer Gefangenen) auf deutschem Boden befand. Der Krieg, der mehr als vier Jahre gedauert hatte, war – von einer kurzen Anfangsphase, als eine russische Armee nach Ostpreußen eingedrungen war – nicht auf dem Boden des Reiches ausgetragen worden, hingegen in Frankreich und Belgien, in Italien und Serbien, in Rumänien und Russland.

Nun hatte das Drängen der Militärs um Ludendorff auf das Ende der Kriegshandlungen nichts mit der Schonung von Menschenleben zu tun, wohl aber mit der Berechnung, das Bild der totalen militärischen Niederlage zu vermeiden. In der Tat begünstigte dieses Schlachtenende die bald verbreitete Legende vom deutschen Heer, das „im Felde unbesiegt“ geblieben sei. Aber, welches Kalkül sich auch mit der Initiative verband, Zivilisten um Waffenstillstand und Frieden nachsuchen zu lassen und sich vor dem Geständnis des eigenen Bankrotts zu drücken: die Generalität hatte mit ihrer Forderung einen Krieg, der verloren war, auch verloren gegeben.

Anders 1944/45. Dass dieser Krieg das fünfte Jahr fortdauerte und weitere Tausende von Menschenopfern, Soldaten und Zivilisten, forderte, geht auf das Schuldkonto der deutschen Militärelite und „Hitlers willigen Vollsteckern“. Was immer die Beweggründe waren, nicht zu handeln wie 1918 – sei es die Angst gewesen, das Ende der Männer des 20. Juli ’44 zu teilen, oder die Aussicht, auf der Anklagebank der Sieger zu landen, Stumpfheit und Dumpfheit auch vieler Untergebenen – , damit lud sich die „Elite“ die Verantwortung für jene Masse deutscher Soldaten und Zivilisten auf, die noch im letzten Kriegsjahr starben. Merkwürdig, dass davon heute kaum die Rede ist, wohl aber vom britischen Luftmarschall Arthur Harris und den Gewalt- und Racheakten sowjetischer Soldaten.

Zu den ausgelassenen Perspektiven auf das Jahr 1945 gehört auch, dass von den Befreiern und ihren Wegen nach Berlin und Greifswald, Magdeburg und München, also von ihrem Landkrieg auf deutschem Boden, kaum konkrete Vorstellungen existieren. So viel deutschsprachige Literatur es über den Krieg 1939 bis 1945 inzwischen in Bibliotheken und auf dem Büchermarkt gibt, so liegt doch keine zusammenfassende Darstellung des Krieges vor, den Angehörige der Völker der Sowjetunion, Polen und Bürger des britischen Empire, Engländer, Schotten, Iren, Kanadier, Australier, Neuseeländer und Inder, Franzosen, Nord- und Schwarzafrikaner sowie US-Amerikaner zwischen Tilsit und Aachen führten. Sie kämpften subjektiv nicht für die Befreiung der Deutschen, sondern um dem Morden ein Ende zu bereiten und heil nach Hause zu gelangen, zu Frauen, Kindern und Geschwistern.

In deutschen Schulbüchern werden geschätzte Zahlen der Toten genannt, die auf der Flucht nach Westen oder beim Luftangriff auf Dresden umkamen. Über die auf deutschem Boden gestorbenen Soldaten der alliierten Armeen findet sich kein Wort; das Schulbuch, das einen den Befreiern gewidmeten Friedhof zeigt, muss noch gedruckt werden. Es könnte der für US-Soldaten im französischen St. Avold sein, für britische in Rheinberg am Niederrhein oder in Hannover-Ahlem oder auch für sowjetische in Brandenburg, Mecklenburg oder Sachsen. Damit würde die Vorstellung von den Opfern dieses Krieges über das in Filmen vermittelte Bild hinaus der Wahrheit nähergebracht werden und das Nachdenken über die Befreiung Konkretheit gewinnen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. Mai 2012, S. W7.

Von Breslau nach Naharija

Das Lebensbild der Karla Wolff erschien schon einmal vor zwei Jahrzehnten, ohne dass es eine breitere Leserschaft fand. Nun wurde es wieder gedruckt und in die bis zum 119. Band gediehene Reihe der vom Centum Judaicum herausgegebenen Jüdischen Miniaturen aufgenommen. Das ist verdient.

Die Autorin, die im vergangenen Jahr Berlin besuchte, wurde 1928 in der Familie Grabowski in Breslau geboren. Sie war Kind einer „Mischehe“, einer Verbindung eines Juden und einer Christin, was zunächst nichts bedeutete. Wenige Jahre später hatte sich das geändert. Derlei Ehebünde wurden diffamiert, die sie eingegangen waren, unter Druck gesetzt, sie aufzulösen, die aus ihnen hervorgegangenen Kinder als „Mischlinge“ und „Halbjuden“ herabgesetzt und benachteiligt. Die Ehe der Grabowskis hielt dem allen stand, und die zehnjährige Tochter entschied sich im Jahr des Pogroms für das religiöse Bekenntnis ihres Vaters, mit dem sie eine besonders enge Beziehung verband. Das bedeutete in den folgenden Jahren Zug um Zug ihren Ausschluss aus der für „arisch“ erklärten Volksgemeinschaft. Als sie 1942 die Schule verließ, blieb ihr als Arbeitsstätte nur der Rest der sozialen und karitativen Einrichtungen der jüdischen Gemeinde, deren Angehörige in Judenhäusern zusammengepfercht und in Arbeitslagern geschunden wurden. Mit deren Deportation zu den Mördern war im Oktober 1941 begonnen worden. Die Heranwachsende arbeitete in einem Altersheim, in der Krankenpflege und half auf dem jüdischen Friedhof, Tote zur letzten Ruhe zu betten.

Dann geriet sie in das Chaos der „Festung Breslau“, in der sich mit der mehrfachen Todesdrohung durch die Judenjäger wie durch Kriegshandlungen zugleich die Notwendigkeit und die Chance des Untertauchens ergaben. Die Familie überlebte. Zu den ergreifenden Darstellungen dieses Berichts gehört die Schilderung der Sammlung des Häufleins von Juden, die den Mördern entgangen waren und, als die Waffen schwiegen, einander im Zentrum der zertrümmerten Stadt nahe der alten Synagoge suchten. Des Bleibens war auch für sie in der nun dem neuen Polen zugesprochenen Stadt nicht. Erfurt, dann Fulda wurden die Stationen ihres Weges nach Westen, der dort nicht endete. Während Vater und Mutter sich nach den USA wandten, wenige Jahre später aber von dort nach Deutschland (West) zurückkehrten, stand für die Tochter fest, dass sie nur im und mit „dem jüdischen Volk“ leben wolle und könne.

Nach einer Vorbereitungszeit in einer Ausbildungsstätte in Hessen kam Karla Wolff 1947 in Palästina an. Sie gehörte zur Pioniergeneration des Staates Israel. Sie erzählt von den ersten Jahrzehnten ihres Lebens dort, der Gründung der Familie, dem Heranwachsen ihrer Kinder und ihrer Arbeit als Krankenpflegerin, ein Feld, auf dem sie einst begonnen hatte. Am Ende fragt sie, wie ihr Leben verlaufen wäre, würde sie in „normale Zeiten“ hineingeboren sein. Doch unterlässt sie Vermutungen. Die letzten beiden Sätze ihres Berichts lauten: „Man soll nicht nachdenken. Es hat wohl alles seine Bestimmung.“ Da werden ihr die meisten Leser doch hoffentlich nicht folgen.

Karla Wolff: „Ich blieb zurück. Erinnerungen an Breslau und Israel“, Hentrich & Hentrich, 200 S., 14,80 Euro.

Ossietzky, 10/2012, 12. Mai 2012, S. 403-404.

Maske runter

Wissenschaftler, die in DDR-Zeiten an Universitäten und Hochschulen lehrten oder an Akademie-Instituten forschten, haben inzwischen in stattlicher Zahl ihre Erinnerungen geschrieben. Zu den Verfassern gehören die Historiker Joachim Petzold (2000), Fritz Klein (2001), Gerhard Fuchs (2001/2007), Peter Schäfer (2007) und Jan Peters (2011), des Weiteren und bislang unübertroffen der Germanist und Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei (2004), der Philosoph Alfred Kosing (2008), aber auch Naturwissenschaftler wie der Dermatologe Niels Sönnichsen (2000), der Chirurg Karl Friedrich Lindenau (2002), der Kernphysiker Dieter Seeliger (2010).

Diese Folge hat jüngst der Berliner Mediävist Eckhard Müller-Mertens – bereichert? Das lässt sich nicht rechtens sagen, also: vermehrt. Dem Band dürfte eine Ausnahmestellung sicher sein. Und dies nicht wegen seines sich blähenden Untertitels, sondern wegen der gründlichen Demaskierung oder Selbstentlarvung. Der Autor erklärt, dass es ihm über Jahrzehnte, etwa seit der Mitte der fünfziger Jahre bis zum Ende der DDR gelungen sei, seine wahre politische Haltung zu verbergen, die durch eine sich bis zur Feindschaft steigernde Ablehnung von Staat und Gesellschaft in Ostdeutschland gekennzeichnet gewesen sei. Das gelang ihm nicht in irgendeinem Nischendasein, sondern als ein auf mehreren Bühnen agierender Bürger, nicht nur vor Generationen von Studenten und seinen engen Mitarbeitern, sondern ebenso auch in den Mitgliederversammlungen der SED, als Leiter der Fachrichtung Geschichte, als Funktionär in der Historiker-Gesellschaft, als Angehöriger der DDR-Delegationen zu internationalen Kongressen der Historiker und als Mitglied in allerlei Räten und Kommissionen. So konnte der 1923 geborene und 1988 emeritierte Hochschullehrer die „Wende“ nur als eine Befreiung empfinden. Zwei Jahrzehnte später hat er sich seiner Maske nun auch öffentlich entledigt. Ein Leser seines Buches, der Fachkollege Michael Borgolte, der 1991 von Bamberg nach Berlin an die Humboldt-Universität berufen wurde, schließt seine Besprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Februar 2012 mit dem Satz: „Dass er allerdings keinen Gedanken darauf verschwendet hat, was der Nachweis einer dreißigjährigen Lüge noch heute für seine Schüler und Kollegen bedeuten muss, ist erschütternd.“ Das ist ein nobel gesetzter Einwand. Doch sollte die Wirkung des Buches auf die Missachteten nicht überschätzt werden.

Eckhard Müller-Mertens: „Existenz zwischen den Fronten. Analytische Memoiren oder Report zur Weltanschauung und geistig-politischen Einstellung“, Leipziger Universitätsverlag, 560 S., 49,00 Euro.

Ossietzky, 11/2012, 26. Mai 2012, S. 440-441.

Operation Anthropoid

Geschichte. Vor 70 Jahren endete das fluchwürdige Leben des Reinhard Heydrich

Würde der SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich die Maitage des Jahres 1945 erlebt haben, hätte ihn die Entwicklung vor die Wahl gestellt, entweder wie sein Vorgesetzter Heinrich Himmler oder sein enger Mitarbeiter Heinrich Müller („Gestapo-Müller“) sich aus dem Leben zu stehlen oder auf die Anklagebank zu geraten, und von dort an den Galgen. Dieser Entscheidung enthob ihn ein von Großbritannien ausgesandtes Kommando, das per Flugzeug und mit Fallschirmen sein heimatliches Operationsgebiet erreichte. Josef Gabčik und Jan Kubiš, beide Angehörige der tschechischen Exilarmee, gelang am 27. Mai 1942 jener Anschlag, der Heydrich tödlich verletzte. Auf dem Anfahrtsweg, den er täglich zur Prager Burg benutzte, erwarteten sie das Fahrzeug. Eine Bombe verletzte den neben dem Fahrer Sitzenden so schwer, dass er wenige Tage später trotz besonderer ärztlicher Bemühungen nicht zu retten war. Er starb am 4. Juni. Die Nachricht erregte weltweit Aufmerksamkeit. Im Deutschen Reich waren da ohnehin schon Diskussionen in Gang gekommen, wie denn das ganze riesige eroberte Gebiet in Osteuropa künftig und auf Dauer beherrscht werden könne.

Dass Heydrich so endete verschaffte ihm ein mehrtägiges pompöses Staatsbegräbnis, das auf der Prager Burg begann, sich im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei unter Hitlers Teilnahme mit einer Rede Heinrich Himmlers fortsetzte und mit einem Trauerzug und einem Begräbnis auf dem Berliner Invalidenfriedhof endete. Doch hat ihm der Reichsführer SS, sein früher Förderer und Vorgesetzter, auch eine Kritik nachgerufen, wenn auch nicht öffentlich, die anderen Herrschern im faschistisch-besetzten Europa zur Lehre gereichen sollte. Er rügte, dass Heydrich sich in Prag jeden Tag die gleiche Strecke in einem offenen Mercedes und ohne eine spezielle Bewachung zum Hradschin fahren ließ, sich also im eroberten Land in jenem Stil bewegt hatte, in dem Kolonialherren sich einst irgendwo in Afrika oder Asien unbewaffneten und friedfertigen Einheimischen zeigten. So hatte die Planung des Attentats keine schwierige logistische Aufgabe dargestellt.

Heydrichs Tod war für das Regime ein schwerer Verlust in einem Moment, da mit den Eroberungen in ganz Europa auf die Führungsgruppe des Regimes immer mehr Aufgaben zukamen und die Doppelfunktionen, da es an verlässlichem und als befähigt angesehenem Nachwuchs mangelte, unausgesetzt zunahmen. In diese Rolle war auch Heydrich geraten. Zu seiner Aufgabe als Chef des Reichssicherheitshauptamtes mit Kompetenzen in allen angeschlossenen Gebieten und besetzten Staaten übertrug ihm Hitler die faktische Regentschaft im sogenannten Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. Als „Stellvertreter“ trat er die Nachfolge des Konstantin Freiherr von Neurath an, der dieses Amt nur formell noch bis 1943 behielt.

„Wunderbare Zeit“

Heydrich brachte in die Stadt an der Moldau die Erfahrungen des Terrors gegen Widerstandskräfte mit, und das war ein Grund dafür, dass er mit dem Posten betraut wurde. Dessen Gewicht ergab sich zudem aus der Tatsache, dass das „Protektorat“ Rohstoffbasen (Braunkohle) und Rüstungsschmieden (Škoda-Werke) besaß, deren Ausbeutung für die Fortführung des sich hinziehenden Krieges an Bedeutung noch gewann. Heydrich bezog also im September 1941 – der Krieg gegen die UdSSR war drei Monate zuvor begonnen worden – ein zweites Dienstquartier auf dem Hradschin zusätzlich zu dem im Palais in der Berliner Wilhelmstraße. Wie er seine Aufgabe sah, sagen Sätze aus der Eröffnungsrede vor seinen neuen Mitarbeitern: „Ich brauche also Ruhe im Raum, damit der Arbeiter, der tschechische Arbeiter, für die deutsche Kriegsleistung hier vollgültig seine Arbeitskraft einsetzt. Dazu gehört, dass man den tschechischen Arbeitern natürlich das an Fressen geben muss – wenn ich es so deutlich sagen darf –, dass er seine Arbeit erfüllen kann.“ Wer nicht „vollgültig“ funktionierte, um den kümmerte sich die Gestapo in Marter- und Folterhöllen wie der in der Kleinen Festung vor den Toren von Theresienstadt.

Heydrich und seine Familie bezogen im Stil von Kolonialherren ein Nobelquartier auf dem Landgut Jungfern Breschan (Panenske Brezany) bei Prag, das einem jüdischen Industriellen gehört hatte. Dort verrichteten Häftlingskommandos aus Theresienstadt, später aus dem Konzentrationslager Flossen-

bürg die Landarbeiten und die Dienste für die Familie. Heydrichs Witwe geriet noch lange, nachdem sie diese Wohnresidenz hatte verlassen müssen, selbst vor Rundfunkmikrophonen ins Schwärmen („wunderbare Zeit“), wenn sie auf ihren Aufenthalt in Prag zu sprechen kam.

Beispielloses Verbrechertum

Es gibt kaum einen zweiten Politiker des faschistischen Regimes, dem, als die historiographische Auseinandersetzung mit dessen Geschichte begann, Geschichtsforscher und Publizisten so viel Aufmerksamkeit zuwandten wie Heydrich. Dazu mag seine Rolle ebenso wie sein Ende beigetragen haben. Lang ist die Reihe der Biographien des SS-Obergruppenführers. Die jüngste und hochbenotete hat 2011 der am University College Dublin lehrende Robert Gerwarth vorgelegt (siehe jW-Thema vom 5.11.2011). Sie erschien zuerst bei Yale University Press, dort mit dem Untertitel „Hitlers hangman“ und wurde sogleich auch in einer deutschen Übersetzung herausgegeben. Mehrere Auflagen erlebte die von dem Publizisten Günther Deschner – der inzwischen als Autor auf dem Weg über *Die Welt* auch bei dem Rechtsaußenblatt *Junge Freiheit* angekommen ist – 1977 veröffentlichte Biographie (zuletzt 2008). 1982 legte der jugoslawische Journalist und Historiker Edouard Calic in Paris seine Biographie vor, die im gleichen Jahr ebenfalls eine deutsche Ausgabe erlebte. 2005, nach dem Tode des früh verstorbenen Stern-Reporters Mario R. Dederichs, erschien dessen zuvor in der Zeitschrift als Folge veröffentlichte Darstellung. Das ist eine Auswahl.

Noch übertroffen wird diese Biographienserie von der Vielzahl vorwiegend tschechischer Veröffentlichungen, in denen die Geschichte des Attentats erzählt wird. Doch begann sie 1960 mit der Darstellung eines Briten, Alan Burgess’ „Seven Men at Daybreak“ (dt: „Sieben Mann im Morgengrauen“, 1961). 1979 folgte aus der Feder des tschechischen Schriftstellers Miroslav Ivanov „Der Henker von Prag. Das Attentat auf Reinhard Heydrich“ (dt. Ausgabe 1993). Und so ging es fort. 1989 publizierte der Brite Callum A. MacDonald, Professor an der Warwick University, seine Untersuchung „The Killing of SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich“. Das Attentat bildet auch den Stoff des von dem tschechischen Juristen Jiří Šulc 2007 vorgelegten Romans „Zwei gegen das Reich“. Schon 1998 war in Brno eine Abhandlung auf den Buchmarkt gelangt, die sich mit „Legenden und Tatsachen über das Attentat auf Heydrich“ befasste.

Schon bevor es schriftliche Darstellungen des Attentats gab, war es Gegenstand von Verfilmungen. In Hollywood wurde 1943 „Hangmen“ produziert, woran mit anderen drei Emigranten, der Regisseur Fritz Lang, Bert Brecht und Hanns Eisler, beteiligt waren. Seine Handlung weicht von der tatsächlichen, zumal deren Einzelheiten öffentlich noch gar nicht bekannt geworden waren, erheblich ab. Im gleichen Jahr entstand bei Metro-Goldwyn-Mayer der Film „Hitlers Madman“. In tschechischen Filmstudios wurde 1964 der Spielfilm „Das Attentat“ gedreht und 1975 erschien die US-amerikanisch-tschechische Gemeinschaftsverfilmung von „Operation Daybreak“.

Das ist eine – ebenfalls unvollständige – Reihe der Kennzeichnungen, die Heydrich in Texten und Untertiteln von Büchern und Artikeln erfuhr: „Musternationalsozialist“, „Paradebild des Nationalsozialisten“, „Schlüsselfigur des Dritten Reiches“, „Das Gesicht des Bösen“, „Statthalter der totalen Macht“, „Der Architekt der Endlösung“, „Der eiskalte Manager des Holocaust“, „Der Henker von Prag“, "henchman of death", "Hitlers hangman", „le violiniste de la mort“.

Die Aufzählung signalisiert, was dem Mann an Himmlers Seite so viel Aufmerksamkeit eingetragen hat. Es ist die Frage: Wie wird jemand fähig, eine derart mörderische Lebensspur zu ziehen wie es dieser Faschist tat? Wo begann sein Lebensweg in ein nahezu beispielloses Verbrechertum zu münden, und was waren dessen Stationen? Um darauf Antworten zu finden, haben sich die Heydrich-Biographen über viele Fährten und Spuren gebeugt und auf Wege, aber auch auf Irrwege und in Sackgassen begeben.

Mancher Autoren Fragen richten sich schon auf das Kind und den Heranwachsenden: Wie waren seine Eltern zu ihm? Wie verhielt er sich zu ihnen? Welche Atmosphäre existierte im Halleschen bürgerlichen Elternhaus, in dem eine bigotte katholische Mutter das Regiment geführt haben soll? Wie behandelte der Bruder seinen Bruder und die beiden Schwestern? Wie ihn seine Mitschüler? Es gehört zu den Modeerscheinungen der aktuellen Geschichtspublizistik, in die Psyche der handelnden

Personen, der „Helden“, gleichsam hineinkriechen zu wollen. Wurmgleich und in der Hoffnung, dort fündig zu werden. Im Extrem führt das zur Ersetzung der Methoden der Geschichtswissenschaft durch jene der Psychologie.

Nun ist unbestritten, dass Einflüsse der Kindheit und der Jugend Menschen prägen, die freilich auch die Fähigkeit besitzen, sich unter mehr oder weniger günstigen Umständen von ihnen partiell oder ganz zu befreien. Was Heydrichs Lebensweg anlangt, so lassen sich zwei Fragen stellen: Welche Richtung hätte er genommen, wenn der Oberleutnant der Reichsmarine nicht nach einem Verstoß gegen den antiquierten Ehrenkodex durch einen Entscheid seines Chefs, Admiral Erich Raeder, entlassen worden wäre, sondern seine Karriere als Berufsoffizier über das Kapitänspatent weitergeführt haben würde? Und – zweitens – welcher Lebens-, d. h. auch Entscheidungs- und Handlungsrahmen wäre für den Mann entstanden, hätte sich die Republik gegen die Nazis behauptet?

Eigenschaften, Neigungen, Fähigkeiten, Wünsche hin oder her, es musste erst ein Staat und eine Gesellschaft entstehen, die jene beiden Plätze schuf, die Heydrich im Berliner Prinz-Albert-Palais und auf dem Prager Hradschin besetzen konnte. Wie die entstanden und welchen Anteil Heydrich daran selbst besaß, das zu erhellen, gesellschaftliche und individuelle Prozesse in ihren Wechselwirkungen in Beziehung zu setzen, darin besteht die Herausforderung. Wer sie nicht annimmt, landet bei jener Vereinfachung, der zufolge Männer die Geschichte machen. Wie die dann ausfällt, entscheiden deren als gut oder schlecht benotete Eigenschaften.

Für Heimat und Herd

Heydrich, 1904 geboren, also nicht mehr zur Kriegergeneration des Weltkriegs gehörend, wuchs in einer Republik heran, deren herrschende und also auch die geistige Atmosphäre bestimmenden Kräfte sich jeder an die Wurzel gehenden kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit widersetzten. Das Vaterland verteidigend, wähnte man sich im Felde unbesiegt, dennoch unterlegen und von den Siegern misshandelt, so dass da eine Rechnung zu begleichen war. Vorerst fehlten dafür die Voraussetzungen. Das sollte so nicht bleiben. Viele Denkmäler für die Kriegsopfer sprachen eindeutig, wenn auch Begriffe wie Revanche und Rache vermieden wurden. In Konstanz-Allmannsdorf lautete die Inschrift: „Wir zogen hinaus zu kämpfen für Heimat und Herd. Wir starben für Euch, seid des Opfers auch Wert.“ In Waiblingen-Bittenfeld hieß der Kommentar „Den Helden zur Ehr’. Der Nachwelt zur Lehr’“; in Baden-Baden-Lichtenthal: „Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden zum Vorbild.“ Und im Ehrenmal von Laboe an der Kieler Förde, mit dessen Bau in der Republik begonnen und das 1936 eingeweiht wurde, stand: „Für deutsche Seemannsehr’ – Für Deutschlands schwimmende Wehr – Für beider Wiederkehr.“ In der Summe ließen sich alle diese Sprüche in die Worte übersetzen: Auf ein zweites. In dieser politischen Daueratmosphäre wuchsen mit Heydrich Massen junger Männer heran, ohne dass es schon konkrete Planungen für den nächsten Krieg gegeben hätte.

Das änderte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch, als sich in Deutschland ein Regime etablierte, das festen Kurs auf einen „Welteroberungskrieg“ (Thomas Mann) nahm. Da war Heydrich zwei Jahre zuvor schon der NSDAP und mit der Mitgliedsnummer 10120 auch der SS beigetreten. In deren Reihen hatte ihm Himmler den Aufbau eines Nachrichtendienstes übertragen, der alle für den Aufstieg der faschistischen Bewegung relevanten und verwendbaren Daten sammeln sollte. Heydrich war in seiner neuen Funktion rasch aufgestiegen und 1932 schon zum Standartenführer befördert, einen Rang den zehn Jahre später sein Untergebener Adolf Eichmann sich wünschte, aber nie erreichte. Schon im ersten Jahr der Diktatur nahm seine Karriere an Himmlers Seite Fahrt auf. Beide spezialisierten sich auf den Aufbau eines lückenlosen Überwachungs- und Terrorapparates, der im Inneren des Reiches die Voraussetzungen und Bedingungen herstellte und sicherte, welche die größte Geschlossenheit der „Volksgemeinschaft“ auf dem Weg in den Krieg sicherten. Dazu wurde auch gezählt, die als Volksfeinde und Rassegegner gewerteten deutschen Juden durch Diffamierung, Herabsetzung und Verfolgungen außer Landes zu treiben.

In der Zentrale des Terrors

Die erste besondere Bewährung im Urteil Hitlers wiesen die SS und an ihrer Spitze Himmler und mit ihm Heydrich nach, als 1934 der Schlag gegen Ernst Röhm und jene Gruppe von SA-Führern erfolgte,

denen der Plan einer Revolte untergeschoben wurde. Heydrich stieg darauf in der Hierarchie der SS zum Gruppenführer auf. Zielstrebig und ehrgeizig weitete er die Kompetenzen des Sicherheits-, also Nachrichtendienstes und der Sicherheitspolizei aus, zu der die Politische und die Kriminalpolizei zusammengeschlossen wurden. Sein Arm reichte ebenso in die Justiz und den Justizvollzug wie in das System der Konzentrationslager, in denen seine politischen Abteilungen etabliert wurden. Ein von ihm entsandtes Kommando baute nach dem Einmarsch in Österreich den ersten Überwachungs- und Terrorapparat im vergrößerten Reich auf. Heydrich unterschrieb nach dem Pogrom vom November 1938 die Weisung zur Einlieferung Tausender jüdischer Männer in die Konzentrationslager und wurde Organisator der forcierten Vertreibung der Juden.

In den Vorkriegsjahren stand er im Machtgefüge des faschistischen Regimes irgendwo zwischen der zweiten und dritten Reihe (die erste besetzte Hitler allein). Er war an Beratungen über den Weg zur Kriegsfähigkeit im engsten Führungszirkel nicht beteiligt. Es war auch nicht seine Aufgabe, öffentlich hervorzutreten und Reden vor Massenversammlungen zu halten. In der hochgestellten Führerschaft von Staat und SS mit seinen außerordentlichen Kompetenzen jedermann bekannt, blieb er selbst den Bonzen auf mittlerer und unterer Ebene ein mehr oder weniger unbeschriebenes Blatt. Er regierte an einem Platz, der ein Unikat war. Für seine Entscheidungen und Maßnahmen genügten das Plazet oder der Befehl Himmlers. Er besaß einen Partner, mit dem sich sein Arbeitsfeld berührte. Das war der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, der Leiter des Amtes Ausland/Abwehr in der Wehrmachtspitze, Admiral Wilhelm Canaris. Heydrich misstraute ihm und das nicht zu Unrecht. Anders als Heydrichs endete dessen Leben in der Agonie des Regimes 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg an einem Galgenstrick.

Heydrichs große Zeit, die mit seinem weitesten und furchtbarsten Einfluss, begann mit dem zweiten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht. Bei Kriegsbeginn wurde das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die Zentrale des Terrors, geschaffen, deren Hirn und Arme nahezu in alle Winkel des Reiches und in das ganze Zug um Zug eroberte Europa reichte und deren Personalbestand zeitweilig 3000 SS-Leute, meist im Offiziersrang, umfasste.

Heydrichs Apparat war vom Moment der Kriegseröffnung an in Kriegs- und Menschheitsverbrechen verstrickt. Seine Mitarbeiter organisierten den angeblichen Überfall auf den Rundfunksender im oberschlesischen grenznahen Gleiwitz, den angeblich polnische Terroristen verübt haben sollten und der zu einem der Vorwände für den Angriff auf das Nachbarland wurde. Die berüchtigtsten Ämter und Dienstplätze waren die unter Heinrich Müller (Gestapo) und, da Heydrich inzwischen die Führungsrolle in der Verfolgung der Juden beanspruchte und erreichte, Adolf Eichmanns Referat für die „Judenangelegenheiten“. Das RSHA wurde zur Zentrale für die Erfassung, Konzentrierung, Deportation und den Mord an den Juden Europas. Heydrich machte seine exponiertesten Mitarbeiter zu Kommandeuren jener Einsatzgruppen, die 1941 mit dem Überfall auf die UdSSR auszogen und das osteuropäische Judentum ausrotten und auch die Sinti und Roma, die in deutsche Hände gefallen waren. Sein Amt sorgte für die Planung der Eisenbahntransporte zur Heranschaffung der Opfer in die Vernichtungsstätten. In ihm wurden die „Gaswagen“ konstruiert, hergestellt und an die sie verwendenden Dienststellen verteilt. Gleichzeitig flossen in seinen Büros die Meldungen über die Stimmungslage im Reich und in den besetzten Gebieten zusammen. Es gab an der Spitze des faschistischen Regimes kein Reichsministerium und keine andere zentrale Behörde, deren Mitarbeiter nicht auf diese oder jene Weise verbrecherisch tätig geworden wären, ungezählte Untaten verübten, begangen an politischen Gegnern, Juden, Behinderten, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und weiteren Personengruppen. Sie alle übertraf Heydrich mit seinen Mannen.

Massaker in Lidice

Zurück zum Tag des Attentats, jenem 27. Mai 1942, in eine Zeit, in der sich die Hauptkräfte der Wehrmacht im Osten auf den zweiten Ansturm vorbereiteten, mit dem die Sowjetunion niedergeworfen werden sollte. In diesem Moment war die Führung des Regimes aufs äußerste daran interessiert, dass im gesamten „Hinterland“, dem unterworfenen Europa, die Ruhe des Friedhofs herrschte und für den deutschen Endsieg geschuftet wurde. Entsprechend war die Reaktion der Besatzer in Böhmen

und Mähren. Der Terrorfeldzug, mit dem sie den durch die Tat ermutigten Widerstand niederhalten wollten, erhielt in der tschechischen Geschichtsschreibung die Kennzeichnung als Heydrichiade. Auf der Suche nach Kräften, die den Attentätern, die sich seit 28. Dezember 1941 in der Tschechoslowakei befunden hatten, Unterstützung gewährten, und angetrieben von dem Bedürfnis, einen Erfolg ihrer Menschenjagd vorzuweisen, verfielen sie auf das von Bergarbeitern und Bauern nahe der Stadt Kladno gelegene Dorf Lidice. Die männlichen Einwohner mordeten sie an Ort und Stelle. Frauen und Kinder schafften sie in Konzentrationslager und Ghettos. Das Anwesen wurde dem Erdboden gleichgemacht. Sein Name überdauerte das Jahrhundert als Symbol und Parole des Kampfes für eine Welt ohne Barbaren.

Die Jagd der Besatzer auf die Tätergruppe und ihre Helfer, vorangetrieben durch Verhaftungen und Folterungen Verdächtigter, endete noch im Juni in Prag in der orthodoxen Kirche der Heiligen Kyrill und Method. Dort hatten die Verfolgten sich verborgen. Aufgespürt, unterlagen und starben sie im Kampf mit der SS und der Wehrmacht.

Die Attacke des tschechischen Sonderkommandos auf Heydrich blieb der einzige erfolgreiche Anschlag auf einen so hohen Exponenten des Regimes. Vergleichbar wurde ihm nur die Tötung des einstigen NSDAP-Gauleiters von Brandenburg und Generalkommissars in Weißruthenien (Belorussland), Wilhelm Kube, den in Minsk am 23. September 1943 eine Bombe tötete. Die hatte eine als Dienstmädchen getarnte Partisanin unter seinem Bett deponiert.

junge Welt, Montag, 04.06.2012, S. 10.

Der Platz von Judenverfolgung und des Judenmord in der Historiographie der DDR über die Periode der Naziherrschaft

Vortrag auf dem Workshop: Jüdische Geschichte als Gegenstand der Historiographie

Eine Bilanz. Hamburg 22./23. Juni 2012
[Mitautorin: Erika Schwarz]

Die Erörterung des Generalthemas dieses Workshops verlangt im Hinblick auf die DDR eine Vorbemerkung: Es gibt in Deutschland nach Auschwitz keinen schlimmeren Vorwurf als den gegen eine Person oder Unperson, eine Partei oder einen Staat gerichteten, Antisemit zu sein oder auch nur Erscheinungen des Antisemitismus nicht bestimmt und entschlossen entgegenzutreten. Im Grad des Verwerflichen, der sich mit ihm verbindet kann sich – und dies erst seit neuerem Datum – nur der Vorwurf messen, Kommunist zu sein. Die Schriften und anderen Äußerungen, in denen die Antisemitismus-Anklage gegen die DDR erhoben wird, sind Legion. Sie liest sich in einer Publikation der regierungsnahen Bundeszentrale für politische Bildung schon im einleitenden Satz so: „Eine Auseinandersetzung um Schuld und Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus, wie sie in der BRD ab Ende 1950er Jahre zögernd begann, wurde in der DDR nie geführt.“ Am Ende des Beitrags heißt es zusammenfassend und bekräftigend: „Die SED ... verweigerte sich einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Holocaust, Schuld und Verantwortung. Zwar ist die DDR keineswegs als antisemitischer Staat zu bezeichnen, wohl aber zeigten sich immer wieder eindeutig antisemitische Tendenzen ...“ Compass, das ist ein Informationsdienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen (Ausgabe: Juli 2006) verbreitete einen Vortrag von Konrad Weiß, in DDR-Zeit Dokumentarfilmregisseur bei der DEFA, in dem der Autor die These vom „Antisemitismus der SED“ vertritt und dann fragt: „Ist ein Land antifaschistisch, in dem es jahrzehntelang Regierungspolitik war, alles Jüdische totzuschweigen: jüdische Religion und Kultur, jüdische Geschichte und Tradition, die Leistung von Juden in der deutschen Geschichte?“ Im Weiteren müssen Weiß dann doch Erinnerungen befallen haben, denn er unterbreitet selbst Tatsachen, die an dieser generalisierenden Feststellung Zweifel aufkommen lassen. Dieser Antisemitismus ist mehrfach auf eine Stufe mit dem der deutschen Faschisten gesetzt worden. So auch in einem Beitrag von Sven Felix Kellerhoff in der Zeitung *„Die Welt“* (30. Juli 2007), in dem zunächst festgestellt wird, dass der Antisemitismus in der DDR eine alltägliche Erscheinung und „immer präsent“ war und dann behauptet wird, „Stasismitarbeiter“ hätten aus den auf dem Gebiet der DDR aufgefundenen Leichen ermordeter Juden die „Zahnfüllungen“ geraubt. *„Der Tagesspiegel“* (31. Oktober 2008) überschrieb einen Artikel von Michael Wolffsohn „Und doch: Die DDR war antisemitisch“. Darin wird mitgeteilt, in der DDR seien Anfang der fünfziger Jahre und 1967 „Judenlisten“ angelegt worden, und es könne kaum ein Zweifel bestehen, „dass es Deportationslisten sein sollten“. Diese Beiträge lassen sich im Internet lesen, nicht andere, die ihnen mit überprüfbaren Argumenten widersprechen So ist gesorgt, dass auf dem Boden von Unwissenheit die Horrorbilder von der DDR-Geschichte sich festsetzen.

Nun hat der Beitritt der Neuen Bundesländer zur Bundesrepublik 1990 im Ausland die Frage aufgeworfen, was da für ein größeres Deutschland entsteht und auch dazu geführt, dass nach der Verbreitung des Antisemitismus in diesem größeren Staat gefragt und geforscht wurde. Die Ergebnisse, damals verbreitet, werden kaum noch zitiert. Nach dem Frageraster ergab sich, dass in der Bevölkerung der Neuen Bundesländern vier Prozent mit antisemitischer Gesinnung oder Haltung angetroffen werden konnten. Würde daran erinnert, ergäbe sich die Frage, wie es gelang, 96 Prozent der Eben-noch-Ostdeutschen, die selbst oder deren direkte Vorfahren meist in diesem oder jenen Grad Antisemiten waren, anderen Sinnes werden zu lassen. Der Frage nachgehen, könnte sich von einigem Nutzen für die Bundesrepublik 2012 erweisen, in der andere Zahlenverhältnisse mehrfach und aktuell erhoben wurden. Auf einem solchen Rechercheweg können neuerdings publizierte Daten weiterhelfen.

Renate Kirchner, frühere Leiterin der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde Berlin-Ost, hat eine Bibliographie[1] der DDR-Druckerzeugnisse vorgelegt, die alle Literatur erfasst, in der von den Juden, ihrer

---

[1] Sie ist leider an etwas „versteckter“ Stelle erschienen, als im Titel nicht ausgewiesener Bestandteil der Publikation von Detlef Joseph, Die Juden und die DDR. Eine kritische Untersuchung, Berlin 2010 darin Renate Kirchner,

Rolle in der deutschen Geschichte, ihren Verfolgungen und dem Massenmord an den europäischen Juden gelesen werden kann. Sie umfasst Publikationen aus Federn und Computern deutscher und nichtdeutscher Autoren, Nachdrucke von Werken aus vergangenen Epochen und Zeitperioden und gliederte sie nach Genregruppen. Erfasst sind insgesamt 1086 Titel. Unter denen, die als DDR-Bürger zu dieser Produktion beitrugen befinden sich Schriftsteller (Stefan Heym, der den Judenjägern über die Tschechoslowakei in die USA entkam) Rosemarie Schuder) Politiker (Alexander Abusch, Günther Wirth) Publizisten und Journalisten (Rudolf Hirsch, der im Exil in Palästina überlebte), Historiker (Helmut Eschwege, der aus dem Exil in Palästina zurückkehrte, Klaus Drobisch, Laurenz Demps), Juristen (Peter A. Steiniger, der bei den Nazis als Halbjude eingestuft wurde, Friedrich Karl Kaul, der als Jude und Kommunist in Lichtenburg und Dachau inhaftiert war und dann nach Südamerika entkommen konnte, Günther Wieland), Germanisten (Dieter Schiller, Silvia Schlenstedt) Philosophen (Wolfgang Heise) Theologen (Kurt Meier),Widerstandskämpfer (Rudi Goguel, bekannter noch als Komponist des Moorsoldaten-Liedes). Das ist eine Auswahl, wie alle dieser Art ungerecht.

Zu besonderen Gruppen sind in dem Band zusammengefasst: Religion – Philosophie – Kultur – Brauchtum (diese Kategorie umfasst die Positionen 559 bis 653, mithin 94 Titel), Die Welt der Ostjuden, Palästina – Israel – Naher Osten, Jüdisches Leben in anderen Ländern, Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter und bekannter Juden. Soviel zum „Totschweigen alles Jüdischen“. Auf die Behauptung wird sich eine vollständigere Entgegnung noch geben lassen, wenn eine derzeit betriebene Untersuchung der thematisch einschlägigen Spiel- und Dokumentarfilme der DDR vorgelegt sein wird, deren Zahl naturgemäß hinter der der literarischen Veröffentlichungen weit zurückbleibt, die in ihrer Wirkung jedoch ungleich weiter reichten. Ähnliches gilt für die Aufführungen an Theatern, die noch in der Vor-DDR-Zeit mit Lessings Nathan einsetzten und zu denen herausragende Aufführungen gehörten wie Friedrich Wolfs „Professor Mamlock“ (verfilmt von Konrad Wolf 1961), Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstandes (DDR-Bucherstausgabe 1983) und Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“.

Die Fragen, die an den Gegenstand Judenverfolgung und Judenmord in den Jahren 1933 bis 1945 gestellt wurden, waren in der Historiographie des ostdeutschen Staates von denen in anderen Ländern nicht unterschieden, ihnen mindestens ähnlich. Sie erstreckten sich nach dem Was, Wann, Wie und Wo bis zur Frage nach dem Warum, die sich zweifach auffächert. Zum einen betrifft sie den Aspekt, mit welchem Ziel die antijüdische mörderische Politik der Machthaber jeweils betrieben wurde, wozu die Frage gehört, ob sich die Politik der „Endlösung mit anderen Zielen“ verband. Zum anderen gilt sie dem Aspekt, warum „es möglich war“, häufig auch in der Formulierung ausgedrückt „Wie war es möglich?“ Die Antworten sind in beiden Fällen nach wie vor umstritten und waren es auch unter Fachleuten in der DDR, wobei Kontrahenten jeweils für sich in Anspruch nahmen, ihre Antwort darauf aus historisch-materialistischer Sicht zu geben und auch Beschuldigungen wie die des Sturzes in den Vulgärmaterialismus geäußert wurden.

Wenn es in der DDR-Geschichtsforschung zum Thema eine Besonderheit gab, dann ergab sie sich aus dem Grundverständnis des faschistischen Herrschaftssystems, das als extrem aggressiv, eroberungslüstern und imperialistisch begriffen und charakterisiert wurde. Ziel dieser Machthaber, war es einen „Welteroberungskrieg“ zu gewinnen und Deutschland auf dem Erdball zur vorherrschenden Macht, zur Supermacht, zu machen. Die Judenpolitik war im Rahmen dieser Politik kein Parallelziel, kein zweites und kein separates und später auch kein Ersatzziel, wie Verfechter der Ansicht behaupten, Hitler hätte, nachdem er den Krieg gegen die Übermacht der internationalen Koalition habe verloren geben müssen, „wenigstens“ den gegen die Juden gewinnen wollen. Gegen das Bild vom „Krieg gegen die Juden“ lassen sich ohnehin aus mehrerlei Gründen Einwände erheben.

Nun ist das Zusammendenken von Krieg und Judenmord in der Historiographie nicht sehr verbreitet. Zu einem Teil rührt dies aus der unvermeidlichen und nützlichen, aber stets auch mit Gefahren und

---

Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945-1990, S. 264-369. S. a. Interview mit der Autorin „Ich ahnte nicht, wie viele es werden“. In: junge Welt, 18. März 2010, S. 3 und Rezension Kurt Pätzold, Aufklärung. In: *Neues Deutschland*, 18.-21. März 2010, Beilage S. 16.

Nachteilen behafteten Arbeitsteilung zwischen den Forschenden her. Aber auch dort, wo beide „vorkommen“, wird der Krieg nicht als Totalität ins Bild gebracht, sondern meist als Geschehnis, als Verlauf und das mit seinen direkten Folgen. Charakter, Interessen und Ziele des Krieges, dazu gehören die Zielvorstellungen, derer, die einen Krieg beginnen und gewinnen wollen, werden zur Ausrottungspolitik nicht oder nur in eine beiläufige Beziehung gesetzt. Stattdessen wird zwischen beiden wieder und wieder ein Gegensatz behauptet, der mit den angeblich einander entgegenstehenden Aufwendungen bewiesen scheint, die für den einen wie für das andere betrieben werden mussten. Ungeachtet ihrer nachgewiesenen Haltlosigkeit hält sich die These vom Entzug eigentlich für die Kriegführung in Osteuropa benötigten Eisenbahntransportraums für die Deportation der Juden zu ihren Mördern ebenso zäh wie die von der Wannsee-Konferenz, auf der der Judenmord beschlossen worden sein soll.

(1.) Die in der DDR vorwiegend, nicht ausschließlich, bezogene Position zu den umstrittenen Fragen lässt sich thesenhaft so beschreiben. Ohne den menschenfeindlichen Rassismus, der den Begriff Menschheit ablehnte und ihn durch die Vorstellung von höher-, minder- und nichtswertigen Rassen ersetzte, hätte die judenmörderische Politik der deutschen Machthaber keinen Ausgangspunkt und keinen Boden besessen, der Entschluss zur „Endlösung“ nicht gefasst und sie nicht befohlen werden können. (2.) In dieser Politik verbanden sich – schon als die NSDAP noch Oppositionspartei war und dann vom ersten Tage der Diktatur an – Rassenwahn und Kalkül. Die Maßnahmen der Judenverfolgung mussten gleichsam „warten“, wenn und wo sie die ökonomischen Schritte der Aufrüstung und anfangs auch die der Etablierung und Stabilisierung der Herrschaft störten. (3.) Der Übergang zur Politik der Ausrottung der Juden, der im Moment der Siegesgewissheit der Welteroberer erfolgte, geht einher mit weiteren gleichzeitig oder zeitlich nahe getroffenen Entscheidungen zur Liquidierungspolitik gegenüber anderen Menschengruppen, die in die Hand der Deutschen gefallen waren oder nach den Plänen der Führer noch geraten sollten. (4.) Die Pläne und Praktiken als Ganzes richteten sich auf die Beseitigung wirklicher oder denkbarer Feinde und Gegner, realer oder eingebildeter Konkurrenten, sich künftig formierender Widerstandskräfte, „unnützer Esser“, ganz allgemein kurz- oder mittelfristig unbrauchbarer Menschen. Es waren Schritte, mit denen schon im Kriegsverlauf mit der Herstellung jener „Ordnung“ begonnen wurde, die dann die ungefährdete Existenz des „tausendjährigen Kolonialreich“ sichern sollten. Auch in dieser Vorstellung vom Danach, das dem Endsieg folgen sollte, mischten sich Wahn und Kalkül. (Übrigens wurde selbst an deutschen Stammtischen 1941 schon debattiert, ob die eigenen Potentiale denn hinreichen würden, das Eroberte dauernd zu behaupten und auszubeuten.)

Gegen diese Sicht wird ein Einwand vorgetragen, häufig mi! einem moralisierenden Unterton, der behauptet, sie würde der Ungeheuerlichkeit des Verbrechens an den europäischen Juden und dessen Einmaligkeit nicht gerecht. Doch ist nicht einzusehen, inwiefern sich das Urteil über die Untat ohne Beispiel dadurch verändert, dass sie in einen geschichtlichen Zusammenhang mit der deutschen Geschichte von Weltkrieg zu Weltkrieg gestellt, dass sie nicht nur auf ihre spezifischen, sondern auch auf ihre allgemeinen Ursprünge, Interessen, Antriebe und Ziele hin erforscht wird. Kein Leiden und kein Opfer geraten dadurch in Vergessenheit, kein Täter oder Mittäter erhält dadurch Absolution. Das geschieht in anderer Weise freilich, wenn der deutsche Faschismus an der Macht auf ein judenmörderisches System reduziert, sozusagen eingedampft wird.

Die Geschichtsschreibung über die Judenverfolgungen unter dem Hakenkreuz und den Massenmord an den europäischen Juden und die Verbreitung von Kenntnissen, eigenen und bezogenen, in der Gesellschaft der DDR war wie anderes auf dem Wege, jedoch nicht an ohnehin unerreichbare Zielen angelangt. Zu den Defiziten auf dem Forschungsfeld gehörte, dass es nirgendwo ein Institut gab, dessen Mitarbeiter sich speziell dem Thema gewidmet hätten und – wichtiger noch – dass es einen erheblichen Rückstand in der Erforschung des regionalen und lokalen Geschehens gab und erst in den achtziger Jahren Schritte zu dessen Beseitigung unternommen wurden.

Privatarchiv Balzer (PAB).

Wie links war eigentlich der Führer?

Die meist harmlos „Wende“ genannte Wiederherstellung eines einheitlichen kapitalistischen deutschen Staates hat lange gehegte Hoffnungen vieler Menschen zerstört und ungezählten anderen neue Chancen verschafft. Zu letzteren gehören jene, die seit langem darauf aus waren, Geschichtsbilder zu korrigieren. Unter der falschen Flagge des Pluralismus wurde dieses Interesse auch auf diejenigen Jahre deutscher Geschichte gerichtet, in denen über dem Lande die Hakenkreuzfahnen geweht hatten. Das Unternehmen war heikel und stieß auf Widerstände wie die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ 1995. Die von ihr vermittelten Vorstellungen über den Platz des Faschismus in der deutschen Geschichte und den Charakter des Regimes und seiner Träger sollten korrigiert werden. Für dieses Anliegen fand sich eine bunte Gesellschaft zusammen, zu der Einrichtungen wie der Verfassungsschutz und das Fernsehen und Personen wie der umtriebige Historiker Götz Aly und die vertriebene Erika Steinbach gehören.

Wie weit sind sie gekommen? In einer der Laber-Runden („Talkshows“) des öffentlich-rechtlichen Fernsehens darf jetzt gesagt werden: „Das deutsche Volk war reif für Hitler“ und „Das Volk hat Hitler in die Reichskanzlei gehievt“, ohne dass sich noch Widerspruch erhebt. Und wenn Aly das Nazi-Regime zur „Wohlfühldiktatur“ erklärt, nimmt ihm das die tonangebende Konzernpresse dankbar zahlend ab. So wird Vergangenheit neu bewältigt. Und Neonazis, an denen sich wenig Neo entdecken lässt, publizieren über das „Wirtschaftswunder 1933-1939“.

Noch prinzipieller befasst sich der Verfassungsschutz mit der Geschichte jener Jahre, beispielsweise der bayerische. Er hat in einer Klageerwiderung, in der er die Aufnahme der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in seinen Jahresbericht zu rechtfertigen sucht, moniert, dass sich unter den Mitgliedern dieser Organisation Leute befinden, die den Faschismus an der Macht als *eine* Form staatlicher Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft ansehen – neben und nach anderen wie der konstitutionellen Monarchie, der Republik oder autokratischen Staatsformen. Wer aber, so schließen die Herren des Schutzes messerscharf, die bürgerliche Gesellschaft auch nur im Rückblick als derart gebärfähig hinstellt, diffamiert sie und ist auch ein Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, denn die ordnet das politische Leben in einer ihrer bürgerlichen Ausprägungen. Folglich gehört er überwacht. Ja, so die Behauptungskette weiter, der bekämpft die Bundesrepublik als Vorform des Faschismus – eine Erkenntnis, zu der einem nur Lichtenberg einfällt: Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden. Bleibt freilich die Frage unbeantwortet, wie der soziale Boden anders genannt werden soll, auf dem der Faschismus gedieh. Mit ihr lassen die Historiker des Amtes ihre Adressaten jedoch allein.

Auf andere Weise nehmen sich Steinbach und Aly der Verfälschung des Faschismus an, den sie wie üblich und inzwischen nahezu verbindlich „Nationalsozialismus“ nennen, und das nicht aus Verlegenheit, sondern mit Vorsatz. Die Laienhistorikerin ermahnte im Internet einen Unaufgeklärten: „Die Nazis waren eine linke Partei. Vergessen?“ Und das scheint ihr allein schon durch deren Namen bewiesen zu sein. Dabei war der als Etikettenschwindel schon markiert, lange bevor die inzwischen nahezu Siebzigjährige geboren wurde.

Dagegen haben Leute, denen solcher Kenntnis vortäuschende Primitivismus einfach auf den Geist geht, Einspruch erhoben, Damit haben sie sich jedoch eine mehr als nur akademische Rüge Alys eingehandelt, die prompt in der *Berliner Zeitung* vom 7. Februar 2012 veröffentlicht wurde. Der Text endet so: „Das Gezeter um Erika Steinbach lenkt ab. Denktabus verstellen den Blick.“ Da ist es wieder, das Plädoyer für den Pluralismus, für die Freiheit des Gedankens, denn: Man wird doch mal fragen dürfen: „Wie links war die NSDAP?“(so die Überschrift des Artikels). Was angeboten wird, diese politische Verortung glaubhaft zu machen, ist dürftig. Denn dass in Zeiten des Umbruchs Menschen überlaufen, die Gesinnung, so sie eine hatten, wechseln und auch die Fahnen tauschen, die rote gegen die rote mit dem Hakenkreuz, beweist für den Charakter des Regimes ebenso wenig wie einige aus Zusammenhängen gerissene Zitate aus Schriften mehr oder weniger angesehener Autoren. Anderes wird ausgelassen.

Im Juli 1930, noch bevor die Hitlerpartei am Beginn der Wirtschaftskrise ihren mit einem Erdrutsch verglichenen Wahlerfolg (18 Prozent der Stimmen bei der Reichstagswahl) erreichte, verließ eine Gruppe von Gefolgsleuten des „Führers“ seine Reihen. Sie publizierte zur Begründung ihres Schrittes eine Erklärung unter der Überschrift „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“. Das waren keine Überläufer zur Linken, sondern Enttäuschte, die sich, selbst in wirren politischen Bildern befangen, einen „nationalen Sozialismus“ vorstellten, einen antiimperialistischen und antikolonialen, der eine „große Antithese des internationalen Kapitalismus“ sein müsse. Sie beklagten auch, dass „Hitler sich zwar häufig mit führenden Kreisen der Unternehmer- und Kapitalistenschaft über die Ziele und Wege des „Nationalsozialismus“ aussprach, aber nie Gelegenheit nahm, mit führenden Kreisen der Arbeiter und Bauern das gleiche zu tun.“

Aus jenen Jahren ließen sich ähnliche Sichten auf die Nazipartei in Menge zitieren, die von kommunistischen, sozialdemokratischen und Zentrumspolitikern stammen. Als die Führungsgruppe der Nazis an die Macht gelangte, umgab sie schon kein Geheimnis mehr. Nur der Masse der gläubigen Gefolgschaft enthüllte es sich erst mit einer Verspätung, für die auch sie zu zahlen hatte.

Acht Jahrzehnte sind vergangen, da soll den Deutschen im Vertrauen auf den Bildungsstand der Mehrheit in Sachen Geschichte die faschistische Herrschaft als linkes Projekt und „der Führer“ als ein Linker angedreht werden. Zu welchem Zweck? Zur Diffamierung der wirklichen Linken und als ein Beitrag zur Verbreitung und Festigung der hierzulande vorherrschenden aggressiven anti-sozialistischen Grundstimmung. Zu ihr gehört, dass zwar das ohnehin nicht zu verbietende Nachdenken über eine andere als die kapitalistische eben noch erlaubt ist, aber doch diffamiert und verdächtigt wird. Wie das geschieht, mag denen noch erinnerlich sein, die jene Attacke gegen die damalige Vorsitzende der Linkspartei nicht vergessen haben, die es gewagt hatte, an einer Diskussion über denk- oder wünschbare Gesellschaftsmodelle teilzunehmen. Die Haltung, die sich in dieser Kampagne ausdrückte, bedeutet den Bruch mit einer geistigen Tradition, die aus philosophischen, religiösen, politischen und anderen Quellen gespeist wurde und zum besten Erbe gehört, das uns Generationen von Denkern hinterlassen haben.

Ossietzky, 13/2012, 23. Juni 2012, S. 504-506.

Die Namen des Krieges

Wer sich in der deutschsprachigen Literatur zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges beliest, stößt auf eine Vielzahl von Kennzeichnungen des Ereignisses, die gleichsam friedlich mit- und nebeneinander koexistieren. Hier ist eine unvollständige Aufzählung: Eroberungs-, Aggressions-, Vernichtungs-, Weltanschauungskrieg, dazu Krieg um Lebensraum sowie, was den Feldzug angeht, der am 22. Juni 1941 begann, Krieg im Osten, Krieg gegen den Bolschewismus und deutsch-sowjetischer Krieg. In vielen Fällen wird vor die Bezeichnung der Name des „Führers“ gesetzt, so dass es dann heißt: *Hitlers* Krieg und so weiter. Seltener ist die Benennung als Krieg der Deutschen anzutreffen.

Eine bevorzugte Stellung hat seit Jahren in der wissenschaftlichen wie in der allgemeinen Geschichtsliteratur die Formulierung von *Hitlers rassenideologischem* (mitunter auch zusätzlich: rassenbiologischem) *Vernichtungskrieg*. Diesen Rang hat sie nicht zufällig gewonnen. Gemeint ist damit nicht nur die in allen Kriegen sich ereignende Zerstörung von Menschenleben und Menschengütern, in den neueren auch die Verwüstung ganzer Landschaften, sondern die Vernichtung von Staaten. Dieses Kriegsziel hatten sich die deutsch-faschistischen Strategen, nachdem sie Österreich und die Tschechoslowakei im Frieden liquidiert hatten, auch im Hinblick auf Polen, Luxemburg und die Sowjetunion gesetzt, und damit hätte sich im Falle des „Endsiegs“ die Reihe der Staaten, die von der europäischen Landkarte getilgt worden wären, nicht erschöpft.

Doch mit der Wendung von *Hitlers rassenideologischem Vernichtungskrieg* ist zugleich zweierlei erreicht: die Verkürzung der Urheberschaft des Krieges auf eine Person und die Reduzierung des Antriebs für diesen Krieg auf die Ideologie, speziell den Rassenwahn. Zugleich geschieht über diese sprachliche Konstruktion so etwas wie eine Entkoppelung der beiden Weltkriege. Und gemieden ist mithin eine Kennzeichnung, die lange nicht nur Marxisten in Mund und Feder führten. Der Begriff des imperialistischen Krieges ist außer aller Mode. In Glossarien von Schulgeschichtsbüchern wird er, wenn überhaupt erwähnt, auf die letzten Jahrzehnte des 19. und die ersten des 20. Jahrhunderts gemünzt. So haben sich die Ideologen einer Fülle von Fragen an Geschichte und Gegenwart entledigt.

Ossietzky, 15/16 2012, 21. Juli 2012, S. 579-580.

Beimlers Bericht

Binnen zehn Tagen schrieb Hans Beimler, in Moskau angekommen, die Erlebnisse auf, die erst Wochen hinter ihm lagen, seit er im Mai 1933 aus dem Konzentrationslager Dachau geflohen und so seinen Peinigern entkommen war. Sein in der sowjetischen Hauptstadt zuerst in deutscher Sprache erschienener Text, der nicht mehr als etwa 60 Druckseiten umfasste, wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Er bezeugte authentisch die ersten herausgesickerten Nachrichten aus den Lagern, in denen SA-Mannschaften mörderisch herrschten und ihren Rachedurst an ihren Gegnern stillten.

Dem Neudruck hat der Historiker und Pädagoge Friedbert Mühldorfer zwei den Bericht wie dessen Autor aufschließende Beiträge beigefügt, die den Hauptteil des Bandes ausmachen. Vorangestellt ist eine Darstellung der Entstehung und frühen Verbreitung des Berichts sowie dessen historischer Einordnung. (Schade, dass die Vorbemerkung zur Moskauer Ausgabe, die Fritz Heckert verfasste und auf die der Herausgeber einen kritischen Seitenblick wirft, nicht aufgenommen wurde.)

Eine biographische Skizze nennt Mühldorfer – zu bescheiden – seine sorgsam in Archiven Berlins, Münchens, Augsburgs und Dachaus recherchierte Schilderung des Lebens des Mannes, der in Spanien im Kampf gegen die Faschisten 1936 starb und dessen Andenken auch im Lied von „Hans, dem Kommissar“ weiterlebt, das Ernst Busch schrieb und sang. Hier ist nichts ausgelassen und nichts beschönigt und fehlt auch die kritische Anmerkung zu dem in der DDR betriebenen kultischen Umgang mit einer Gestalt nicht, die ihren unverlierbaren Platz in der Geschichte des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung hat.

An Beimler erinnern übrigens die Namen einer Straße beziehungsweise eines Weges in Augsburg, seiner Geburtsstadt*, und in München.

Hans Beimler: „Im Mörderlager Dachau“, herausgegeben, kommentiert und um eine biographische Skizze ergänzt von Friedbert Mühldorfer, PapyRossa Verlag, 195 S., 12,90 Euro.

Ossietzky, 15/16 2012, 21. Juli 2012, S. 636.

---

* Hans Beimlers Geburtsort: Auch wenn man etwas fest im Gedächtnis zu haben meint, ist Irrtum nicht immer ausgeschlossen ... Unter dem Titel „Beimlers Bericht“ war im Ossietzky-Heft 15/16 auf Seite 636 zu lesen, Augsburg sei Hans Beimlers Geburtsstadt. Eine Nachfrage beim Stadtarchiv Augsburg ergab jedoch: Der gelernte Schlosser, KPD-Politiker, von den Nazis verfolgte Reichstagsabgeordnete und Spanienkämpfer wurde am 2. Juli 1895 in München geboren. *Redaktion von Ossietzky*.

Die Achtzigsten oder: Vom unverkürzten Erinnern

Die achtzigsten Jahrestage bilden im Leben von Menschen ein besonderes Ereignis. Wer an diese Schwelle gelangt ist und sie überschreitet, muss in aller Regel damit rechnen, dass er in sein letztes Lebensjahrzehnt eintritt. Im Leben von Völkern, Nationen und Staaten erregt ein zeitlicher Abstand, beträgt er achtzig Jahre, hingegen meist keine besondere Aufmerksamkeit. Da liegt der Blick auf – beispielsweise – einem 200., wie derzeit auf dem Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig und des antinapoleonischen Befreiungskrieges von 1813, oder, wie im kommenden Jahr zu erwarten, auf dem 100. Jahrestag des Beginns des Weltkrieges im Jahre 1914.

Zeitzeugen fehlen

Merkwürdig also, warum dieser 80. Jahrestag des 30. Januar 1933, jenes folgenschweren Geschehens in der deutschen Geschichte, mehr Interesse erregte als das vorherzusehen war. Die Gründe lassen sich nur vermuten. Zum einen sind den Heutigen im Hinblick auf diesen Geschichtsabschnitt die Zeitzeugen ausgegangen. Das ist ganz ins Bewusstsein der Nachlebenden noch nicht gedrungen. Bewiesen wurde das durch die Äußerung des Schöpfers eines Spielfilms mit dem Titel „Unsere Mütter, unsere Väter“, den das öffentlich-rechtliche Fernsehen ausstrahlte. Er erklärte, mit seinem Film hätte er ein Generationengespräch anregen wollen, das so lange ausgeblieben sei. Im Zentrum der Handlung des Films, die 1940 einsetzt, stehen damals Zwanzigjährige. Wer mitrechnete, kam darauf, dass diese Altersgruppe von einst inzwischen das 93. Lebensjahr erreicht haben müsste. Die so alt geworden sind, ringen meist nach Luft und nicht nach Worten in einem Generationengespräch. Wir Nachgeborenen hätten uns vielmehr darüber zu verständigen, was dieses Fehlen von Zeitzeugen bedeutet und wie es – in Grenzen nur – kompensiert werden könnte. Etwa im Geschichtsunterricht der Schulen durch die Verwendung von Ton- und Bild-Ton-Konserven oder den Einsatz von erzählender oder auch fiktiver Literatur. Letzteres geschah jüngst in einer Grundschule im brandenburgischen Mahlow vor Berlins Toren, wo Zwölfjährige in einer Klasse Judith Kerrs 1971 zuerst in englisch herausgegebenen Bericht „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ und in einer anderen „Damals war es Friedrich“, das 1961 erschienene Buch von Hans Peter Richter, lasen. Die Lektüre löste jeweils lebendige Diskussionen aus.

Ein anderer Grund des gesteigerten Interesses an den Ereignissen des Jahres 1933 könnte in der Tatsache liegen, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern europaweit die Faschisten oder Nazis nicht losgeworden sind und sich die Frage mehrfach erhob, welche Chancen ihre Organisationen in Ländern wie denen des Baltikums, Ungarns, aber auch Griechenlands gegenwärtig besitzen würden. Von da her wird weiter gefragt, wie kamen denn die Hitlerfaschisten dereinst zu ihren Chancen, ergaben sich die unausweichlich, und weisen gegenwärtige Entwicklungen mit vergangenen Ähnlichkeiten auf, die als Gefahrensignale gelesen werden müssten.

Wie dieser 80. Jahrestage, desjenigen der so genannten Machtergreifung und der darauffolgenden dramatischen, öffentlich gedacht wurde, insbesondere in bürgerlichen Zeitungen und im staatlichen Fernsehen und Rundfunk, das gibt erneut Auskunft, wie es um die viel berufene „Bewältigung der Vergangenheit“ hierzulande steht und dies in Sonderheit hinsichtlich jener häufig als das „dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte“ bezeichneten Jahre von 1933 bis 1945.

Es waren nicht nur die von Hindenburgs

Weithin wurde des vorletzten Januartages gedacht, der gemeinhin als der Beginn des Unheils angesehen wird, das sich von da an über Deutschland, Europa und dann über dessen Grenzen hinaus zusammenballte und dann furchtbar entlud. Und da war sie wieder, die alte beunruhigende Frage, wer das Heraufkommen dieses Tages auf dem „Gewissen“ hat, wer den Machtantritt der deutschen Faschisten wollte und wer ihn nicht verhindern konnte, woran sich in beiden Fällen die Frage nach dem Warum knüpft. Was die Benennung der Urheber der Entwicklung anlangt, welche die Republik erst auf ein langes Krankenlager und dann auf das Totenbett brachte, so hat sich ein nicht neues reduktionistisches Verfahren weithin durchgesetzt. Für sie wird ein Personenkreis verantwortlich gemacht, bestehend aus nicht mehr als etwa einem halben Dutzend Figuren. Das sind: die von Hindenburgs,

Vater und Sohn, der Staatssekretär des Reichspräsidenten Otto Meissner, der ehemaligen Reichskanzler und sodann Vizekanzler in der ersten Hitlerregierung Franz von Papen, die Bankiers Kurt von Schröder und Hjalmar Schacht und die Großindustriellen und frühen Geldgeber der Nazipartei Emil Kirdorf und August Thyssen. Hinter diesen Namen und Personen verschwindet die Generalfrage, auf welchem gesellschaftlichen Boden der Faschismus wuchs und erstarkte, welches Spektrum an Interessen und Kräften ihn groß werden und in den Besitz der Staatsmacht gelangen ließ. Eine sozialhistorische Analyse des Sieges der faschistischen Konterrevolution, denn darum handelte es sich im Kern 1933, findet nicht statt. Sie war in der Bundesrepublik nie „in“, und nun ist sie „out“. Die Schlagscheinwerfer werden auf die abschließende Intrige gelenkt, die sich Ende 1932 und im Januar 1933 vollzog. Wer auch nur vermeint, es habe die bürgerliche Gesellschaft in der faschistischen Staatsmacht eine ihrer politischen Herrschaftsformen gefunden, keine notwendige, unausweichliche oder gar gesetzmäßige, aber eben eine ihrer möglichen, gerät in Verdacht, ein Gegner dieser Gesellschaft zu sein und gehört nach dem Befund mancher Verfassungsschützer in deren Visier und Bericht.

Der Achtzigste war sodann auch Anlass, sich der Nacht des Reichstagsbrandes, der vom 27. auf den 28. Februar, zu erinnern. Das geschah in den vorherrschenden Medien jedoch eher gedämpft, denn das Datum führt unvermeidlich auf das Thema des kommunistischen Antifaschismus, also auf den Gegner, der von den Hitlerleuten als ihr hauptsächlicher angesehen und deshalb als erster und am ärgsten verfolgt wurde. Die Erinnerung an den brennenden und ruinierten Reichstag hat auch die Frage neu belebt, wer die Täter waren, aber zu keinem anderen als dem bisherigen Resultat geführt. Das lautet: Wir wissen zwar, wie es nicht gewesen sein kann, aber wir wissen nicht, wie es wirklich gewesen ist. Historikern fällt es meist schwer, sich mit solchem Sachverhalt abzufinden, und so sind weiter Anstrengungen zu erwarten, das Geheimnis definitiv zu lüften.

Weniger Aufmerksamkeit fand zu Unrecht der 5. März, jener Tag, an dem das letzte Mal nach den juristischen Spielregeln der Weimarer Republik der Reichstag gewählt wurde. Dem war noch einmal das Werben der politischen Parteien und deren Kandidaten um die Stimmen der Wähler vorauf gegangen, jedoch nicht zu gleichen Bedingungen, und, was die Arbeiterparteien, aber nicht nur sie betraf, unter von den Faschisten ausgeübtem Terror. 53 Prozent, also mehr als jeder zweite Deutsche, der an die Wahlurnen ging, gaben ihre Stimme den beiden regierenden Parteien, an deren Antidemokratismus und Republikfeindschaft kein Zweifel gelassen war. Mit diesem Ergebnis konnte sich die Regierung Hitler als durch eine knappe Wählermehrheit legitimiert darstellen, und die Nazipropaganda beutete diesen Umstand selbstredend weidlich aus. Der Rückblick auf jenen Tag führt folglich zur Frage nach den Ursachen dieser Massengefolgschaft. Während in Deutschland-West den Massen die Verantwortung für Hitlers Etablierung angelastet wurde, war in Deutschland-Ost von deren Mitverantwortung, je größer der zeitliche Abstand vom Ereignis wurde, umso weniger die Rede. Hier lag der Fokus ganz auf den wirtschaftlichen, politischen und geistigen Eliten der Reaktion, was nur in der Verabsolutierung falsch war.

Besondere Aufmerksamkeit galt dem Tage von Potsdam, dem 21. März, und das wohl nicht nur, weil in der Stadt bis heute eine Diskussion über den (auch partiellen) Aufbau der Garnisonskirche geführt wird und darüber, wer ihn, geschieht er, bezahlen soll. Doch mit dem Spektakel in und um die berühmte, 1945 ruinierte, später gesprengte Kirche verbinden sich sonst keine verfänglichen Fragen, die in die Gegenwart hinreichen und irgendjemandem besonderes Unbehagen erzeugen könnten. Die sich da im Wichs ihrer kaiserlichen Uniformen präsentierten, darunter die drei Söhne Wilhelms II., sind von den politischen und biologischen Bühnen abgetreten.

Bis in die Nachrichten des Fernsehens schaffte es hingegen die Erwähnung des Geschehens, das sich zwei Tage darauf in der Berliner Kroll-Oper zutrug. Da gab Hitler seine Regierungserklärung ab, und von den Abgeordneten wurde die Zustimmung zu einem Gesetz verlangt, mit dem sie sich selbst und die ganze Institution vom weiteren Einfluss auf die deutsche Politik ausschalten sollten. Zitiert wurde wiederum vor allem jener Satz aus der Rede, mit dem der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels das Nein seiner Fraktion begründete, der einzigen, die sich dem Verlangen der Diktatoren widersetzte. Dazu gehörte allein angesichts des spürbaren psychischen Terrors Mut. Nur sollte

über der Würdigung der Tat nicht vergessen werden, dass die Rede mit einer deutlichen, von Hitler nicht angenommenen Handreichung einsetzte und an die „nationalen Verdienste“ der Sozialdemokratie erinnerte, was vor diesem Thron, das mindeste zu sagen, nichts weniger denn ruhmvoll war.

Wieder und zu Recht ist sodann an den 1. und den 7. Apriltag erinnert worden, als die SA die Einzelhandelsgeschäfte boykottierte und dann ein Gesetz angenommen wurde, das einen antijüdischen Paragraphen enthielt, ein Faktum, das es im so genannten Zweiten Reich, gegründet 1871, nicht mehr gegeben hatte. Dabei wurde wieder der Eindruck erweckt, als sei die Aktion gegen jüdische Kleinbürger, zudem gegen Ärzte und freischaffende Juristen gerichtet, der Auftakt der Aktionen gegen die deutschen Juden gewesen. Mitnichten. Ihnen gingen Boykottaktionen der Studenten in den Universitäten und Hochschulen voraus, die ihre Kommilitonen am Betreten der Hörsäle hinderten, in denen Professoren vortrugen, die als Juden galten. Doch wurde nicht nur die nachwachsende Intelligenz in diesem Bild geschont. Gleiches galt für die Masse der Professoren, die im Wissen, was von ihnen verlangt wurde, der staatlichen Fragebogenaktion nicht widerstanden, deren einziger Zweck die Ermittlung der „Juden“ war, wiewohl sie die gefahrlose Möglichkeit besaßen, sich ihr gemeinsam zu verweigern.

Abgesang und Auflösung

Zu den Auslassungen in Betrachtungen, mit denen an die Tage des 1. und 2. Mai, also an die Kundgebungen der Faschisten zum „Tag der nationalen Arbeit“, der zu einem arbeitsfreien Tag erklärt worden war, und an die vernichtende Aktion gegen Gewerkschaftssitze und Gewerkschaftsführer erinnert wurde, gehörte, dass der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) unerwähnt blieb, mit dem dessen Leitung in Berlin dazu aufgerufen hatte, an der Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld teilzunehmen, auf der Hitler die Rede hielt.

Ganz übergangen wurde dann das Datum des 17. Mai, des Tages, an dem der im März gewählte Reichstag zum letzten Mal von den Machthabern zusammengerufen wurde. Angekündigt war eine außenpolitische Erklärung Hitlers, und verlangt werden würde von den Abgeordneten, ihr zuzustimmen. In der sozialdemokratischen Restfraktion, von den 120 Abgeordneten nahm nur etwa die Hälfte noch an dieser Sitzung, die eine Kundgebung war, teil. Dem waren Auseinandersetzungen in der Fraktion und mit bereits ins Ausland geflohenen Parteiführern vorausgegangen. Die Verfechter der Teilnahme behielten die Oberhand. Und diesmal stimmten die Sozialdemokraten einer abgrundtief verlogenen Friedensrede Hitlers zu. Das wurde ihr Abgesang. Es verging kaum mehr als ein Monat und die Partei wurde illegalisiert.

Da diese Zeilen geschrieben werden, stehen einige Jahrestage noch aus. Ende des Monats Juni/Anfang Juli wäre an die Erklärungen der bürgerlichen Parteien zu erinnern, mit denen sie ihre Selbstauflösung bekannt gaben. Das geschah mit Texten, die durchweg schändlich waren, riefen sie doch dazu auf, sich hinter die Regierung und in die „Volksgemeinschaft“ zu stellen. Dieses ihr Ende war so kompromittierend, dass keine bürgerliche Partei es 1945 wagte, unter dem Namen ihrer faktischen Vorgänger aufzutreten. Diesmal wagte auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei es nicht, die alten Flaggen zu hissen. Es wird also um diesen letzten Hauch kaum Aufhebens gemacht werden.

Gleiches ist vom Jahrestag der Erklärung zu erwarten, die Hitler am 5. Juli vor den neu ernannten Reichsstatthaltern abgab und in der er das Ende der „nationalsozialistischen Revolution“ verkündete. Das wäre ein Anlass, den ganzen Schwindel, der mit den Worten Nationalsozialismus und Revolution betrieben wurde, noch einmal in Erinnerung zu bringen und in seiner Funktion bloßzustellen. Überflüssig anzumerken, dass derlei nicht in Geschichtsbilder passen würde, in denen – auch in den Schulgeschichtsbüchern – von Nationalsozialismus gehandelt wird, als würde sich damit etwas anderes als ein Etikettenschwindel und Volksbetrug verbinden.

Genug und übergenug. Bleibt zu sagen, dass es in diesen Wochen und Monaten auch einen anderen Umgang mit dem Blick in das Jahr 1933 gab. Der wurde nicht von Zeitungsausträgern und Rundfunkkommentatoren ins Haus geliefert. Da mussten sich beispielsweise die Berliner auf die Strümpfe machen. Am 9. Mai eröffnete im Foyer der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität eine

Ausstellung „Wer weiter geht, wird erschossen ...“ Die Bücherverbrennung in Berlin 1933. Einen Tag zuvor begann ein Fest, mit dem an den Tag der Befreiung erinnert wurde, im Russischen Museum in Berlin-Karlshorst, das seit April eine neue Ausstellung besitzt. Beziehungsreich ist das Thema der am 10. Mai im Seminargebäude am Hegelplatz eröffneten Ausstellung „Auf gepackten Koffern“, die vom Leben in der Abschiebehaft in unseren Tagen berichtet. Zwei Ausstellungen würdigen die Rolle der Kunst im antifaschistischen Kampf. Die eine, „Zwischen Bedrängnis und Widerstand“ genannt, in den Lichtenberger Räumen der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde, zeigt Zeichnungen und Graphiken u. a. von Leo Haas, Hans und Lea Grundig, die andere, mit dem Titel „Verbannt, verfolgt – vergessen“, ist im Ephraim-Palais zu sehen, verdankt ihre Existenz ebenfalls einem Privatsammler und zeigt Arbeiten von 130 Künstlern. Es existiert hierzulande kein unausweichlicher Zwang, sich der Massenfütterung auszusetzen. Die geistige Sonderverpflegung wird freilich meist von Außenseitern angeboten, deren Verdienst umso lobenswerter ist, als sie sich der Unterstützung durch die „Bewältiger“ von Amtswegen meist nur in geringerem Maße erfreuen können.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 10. August 2012.

Der Pakt der Diktatoren

Wie Europas Parlamentarier sich um die Pflege eines Dogmas sorgen

„Die beiden Regime waren totalitär und doch ganz unterschiedlich. Die größere Drohung gegen die Menschheit bildete Nazideutschland, und es war die Sowjetarmee, die Osteuropa befreite, sie war die Hauptkraft, die Nazideutschland besiegte und das bewahrte Europa und die Welt vor dem nazistischen Alptraum ... Die Erklärung der EU, die eine geradlinige Parallele zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion in sich schließt, bietet daher ein unhistorisches und verzerrtes Bild ... Der Zweite Weltkrieg wurde von Nazideutschland begonnen, nicht von der Sowjetunion, und die Verantwortung für die 35 Millionen Toten in Europa, 29 Millionen davon waren Nichtjuden, ist die Deutschlands und nicht Stalins. Sich dieser Opfer gleichberechtigt zu erinnern bedeutet eine Verzerrung ... Gewiss soll man der Opfer des Sowjetregimes gedenken und es existiert jedes Recht, dafür besondere Erinnerungen und Ereignisse zu bestimmen. Aber die beiden Regime auf einen Maßstab zu setzen und sich verschiedener Verbrechen bei einer Gelegenheit zu erinnern, das ist vollständig unakzeptabel.“

Yehuda Bauer, ein 1926 in Prag geborener israelischer Historiker, der sich mit seiner Familie 1939 vor den deutschen Judenjägern nach Palästina retten konnte, zum EU-Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime; in „Über die Vergleiche zwischen Nazideutschland und dem Sowjetregime“ (aus d. Engl., Kurt Pätzold; www.gedenkdienst.or.at)

Die Menschen haben ihre Feier- und Gedenktage, die familiären, und die ihnen als Staatsbürger empfohlenen, verordneten oder zugestandenen. Besonders beliebt sind die bezahlten arbeitsfreien. Zu dieser Kategorie wird jedoch jener nicht gehören, um den es hier geht: Eine Gruppe von Personen und Persönlichkeiten, zu der Václav Havel und auch der später zum deutschen Staatsoberhaupt gekürte Joachim Gauck gehörten, hatte auf einem von Tschechiens Regierung am 2. Juni 2008 in Prag einberufenen Treffen den Vorschlag unterbreitet, den 23. August allen Europäern zu einem gemeinsamen Gedenktag zu machen. Das Europa-Parlament in Straßburg hat noch im gleichen Jahr, am 23. September, mit 533 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen (bei 33 Enthaltungen) der Europäischen Kommission und dem Ministerrat in Brüssel sowie den Regierungen aller Mitgliedstaaten vorgeschlagen, diesen Tag, „der in Würde und unparteiisch begangen werden soll“, zum kontinentweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, von Stalinismus und Nazismus, auszurufen, eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer errichten zu lassen und weitere Anstrengungen zur Popularisierung der Totalitarismusdoktrin auch finanziell zu fördern.

Wenden wir uns zunächst dem Ereignis zu, auf das da Bezug genommen wird und von dem es noch zwölf Tage bis zum Beginn des Krieges war, der zum Zweiten Weltkrieg wurde. Am 23. August 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt. Der diplomatische Akt stellte eine totale Wende in den Beziehungen der beiden Staaten dar. Für die deutschen Machthaber, die den in der UdSSR angeblich herrschenden „jüdischen Bolschewismus“ eben noch als ihren Hauptfeind bezeichnet hatten, gegen den – so etwa auf Parteitagen in Nürnberg – drohende Reden gehalten wurden. Und es traf nicht minder auf die sowjetische Seite zu, hatte in Moskau doch 1935 der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale stattgefunden, der den Faschismus an der Macht als unheildrohendes imperialistisches und auf Krieg ausgehendes Regime kennzeichnete.

Vor diesem Hintergrund konnte die Nachricht vom Paktabschluss weltweit nur als Sensation wirken. Er warf samt seiner denkbaren Folgen in Regierungskreisen wie in der Bevölkerung viele Fragen auf, die zunächst unbeantwortet blieben. Er stiftete Verwirrung, nicht zuletzt in den Reihen der Kommunisten. Er führte zu Austritten aus deren Parteien und dem Verlust von Sympathisanten. In anderer Weise sahen sich auch die Anhänger der deutschen Faschistenpartei überrascht, denen jedoch erklärt wurde, dass sich ihr unvergleichlicher Führer dabei schon etwas gedacht haben werde, was ihren einfachen Gemütern verborgen blieb.

Die Unterzeichnung des Paktes fand in einem Moment statt, da sich Europa – kaum ein Jahr nach der „Tschechienkrise“ – zum zweiten Mal in einer Vorkriegskrise befand, die erkennbar einem Kulminationspunkt entgegentrieb. Ausgelöst worden war sie wiederum von Deutschland. Diesmal durch die Ansprüche und Drohungen seiner Machthaber gegen den Nachbarstaat Polen.

Deutschland gewann durch den Vertragsabschluss zweierlei. Propagandistisch das Argument, das Tage später bei Kriegsbeginn sofort eingesetzt wurde: Diesmal werde es – anders als 1914 – keinen

Zweifrontenkrieg mit europäischen Großmächten geben. Und kriegsökonomisch sicherte es sich ein „Hinterland“, das nicht wie die Seewege von Kriegsgegnern blockiert werden konnte. Denn der politische Vertrag untermauerte auch die Fortsetzung von Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR, die im Kriege erheblich an Bedeutung gewinnen mussten.

Und die Sowjetunion? Sie bekundete an jenem Augusttag ihr Interesse, aus dem nahen Krieg heraus zu bleiben, nachdem sie mit ihren seit 1933/1934 unternommenen Bestrebungen gescheitert war, ihn zu verhindern. Denn die von ihr initiierte Politik der kollektiven europäischen Sicherheit war schon auf einen toten Punkt gelangt, bevor die Regierungschefs Großbritanniens und Frankreich 1938 nach München reisten und Hitler die Amputation der Tschechoslowakei zugestanden. Im Herbst 1938 hatten Berlin, Rom, Paris und London die Sowjetunion in gemeinsamer Aktion aus der europäischen Szene gedrängt, sie isoliert. Dennoch versuchten die Politiker im Kreml, als die deutsche Wehrmacht im März 1939 in Prag einmarschierte, die Tschechoslowakei liquidierte und die Appeasement-Politiker blamiert waren, die Idee der Zusammenarbeit der nicht am Krieg interessierten Staaten noch einmal zu reanimieren. Vergeblich. An die Isar waren die Regierungschefs der Westmächte 1938 zu Hitler gefahren, an die Moskwa zu Stalin schickten sie 1939 zweitrangige Militärs, ausgestattet mit unzureichenden Kompetenzen.

Nachdem die Option, Nazideutschland durch eine mächtige Koalition abzuschrecken, erledigt war, hatte Moskau noch diese Alternative: nichts zu tun und abzuwarten oder sich dieses Deutschland samt seinem auf die Ostexpansion fixierten Führer auf unbestimmte Zeit vom Halse zu halten. Es gab im Westen einige Politiker, die wenigstens sich selbst eingestanden, dass es ihrer Leute Außenpolitik war, die diese Konstellation geschaffen hatten und sie nicht das Resultat eines Geheimplans Moskaus war, geboren aus verheimlichter Seelenverwandtschaft des Kremlregenten mit dem Führer der deutschen Faschisten – ein Bild, das später Antikommunisten erfanden.

Vor der Sowjetunion hatten übrigens andere Deutschland benachbarte Staaten mit der Naziregierung Nichtangriffspakte abgeschlossen: 1934 zuerst Polen, das damit dem noch ungefestigten Regime half, sich die Maske der Friedfertigkeit aufzuschminken, es folgte in München im September 1938 eine Erklärung Hitlers und Chamberlains mit dem „Wunsch unserer beiden Völker ... niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen“, und wenig später, im Dezember 1938, ein deutsch-französisches Bekenntnis zu „friedlichen und gutnachbarlichen Beziehungen“. Die bloße Tatsache, dass sich der Kreml nun zu einem ähnlichen Schritt entschloss, konnte rechtens keine Kritik der Vorgänger wachrufen.

Doch mit der beiderseitigen Versicherung der Friedfertigkeit hatte der Schritt des 23. August sein Bewenden nicht. Vier Wochen später wurde deutlich, dass sich die Abmachungen der beiden Mächte nicht in den veröffentlichten Texten erschöpften. Die Rote Armee fiel am 17. September in den Osten Polens ein und nahm dessen Territorium bis zu einer Linie in Besitz, die bei der Wiederherstellung eines polnischen Staates 1918 als Grenze beider Staaten empfohlen, dann aber im Ergebnis des Krieges zwischen Polen und der UdSSR von 1920 weit nach Osten verlegt worden war. In diesen Landstrichen stellten Polen eine Minderheit der Bevölkerung.

Was immer an historischen und aktuell-politischen Argumenten zur Rechtfertigung dieser Militäraktion aus dem Kreml verlautete, es konnte die Tatsache nicht vernebeln, dass die UdSSR vom Krieg Deutschlands gegen Polen zu profitieren suchte und das Völkerrecht missachtete. Das wurde von den Führern der UdSSR in den Nachkriegsjahrzehnten indirekt dadurch anerkannt, dass sie alle die Existenz des so genannten Zusatzabkommens leugnen ließen, das – denkt man an Polens Schicksal Ende des 18. Jahrhunderts – gleichsam dessen vierte Teilung vorsah. Denn während sich das „Deutsche Reich“ die eroberten polnischen Gebiete als Reichsgaue ein- oder unter der Bezeichnung Generalgouvernement angliederte, schlug die UdSSR ihre Beute der weißrussischen und der ukrainischen Sowjetrepublik zu. Zwischen den Vertragspartnern bestand Einigkeit, dass ein polnischer Staat nicht wiedererstehen sollte.

Dass Stalin diese Politik, als die Sowjetunion sich selbst im Krieg mit Deutschland befand, änderte und Zehntausende sowjetische Soldaten im Kampf um die Wiedergeburt eines polnischen Staates ihr

Leben ließen, konnte die Schandtat, nicht ungeschehen machen. Zudem wurden im Zusatzabkommen die baltischen Staaten der sowjetischen Einflusssphäre zugerechnet, was Stalin begünstigte, jene, die zum Zarenreich gehörten, 1940 wider das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen ebenfalls der Sowjetunion einzuverleiben.

Soviel zu den Tatsachen und Folgen des Abkommens. Sind sie geeignet, den 23. August zu einem besonderen europäischen Tag der Erinnerung zu erheben? Und dies, obwohl der Beginn des Zweiten Weltkriegs, der 1. September, in Teilen Europas seit Generationen als Tag des Gelöbnisses für den Frieden begangen wird? Und Millionen Menschen vieler Zungen den 8./9. Mai als Fest des wieder gewonnenen Friedens feiern und damit der Opfer gedenken, die dieser forderte?

Der Konkurrenzvorschlag der EU-Parlamentarier relativiert die Bedeutung dieser beiden Daten der europäischen Geschichte und setzt an ihre Stelle ein Ereignis, das im Vergleich von ungleich geringerer Reichweite und Folgenschwere war. Er stellt das zweiseitige Abkommen in eine Beziehung zum Krieg und dessen Opfern, die erfunden ist. Die Sowjetunion besaß im Spätsommer 1939, auf sich allein gestellt, nicht die Spur einer Chance, den deutschen „Welteroberungskrieg“ (Thomas Mann) zu verhindern. Und der Entschluss der Führer Nazideutschlands, diesen Krieg vor dem Herbst 1939 zu beginnen, war Monate vor dem Abkommen gefällt. Der Sowjetunion für die Entstehung dieses Krieges eine Mitverantwortung anzudichten, geht einher mit dem Totschweigen der Politik der kollektiven Sicherheit und insbesondere der Rolle des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinow. Von dieser „Auslassung“ kann man sich auch in Schulgeschichtsbüchern überzeugen, die in der Bundesrepublik gebräuchlich sind.

Mit der Fixierung der Erinnerung auf den 23. August wird auch der 27. Januar herabgestuft, der so genannte „Auschwitz-Gedenktag“. An diesen wird zum einen an die Sowjetarmee erinnert, die das Tempo der Vernichtung des Kriegsgegners wesentlich bestimmte und mit dem Tod Hunderttausender ihrer Soldaten ungezählte Menschenleben rettete. Zum anderen stellt dieser Januartag 1945 die Nachgeborenen vor die Frage, in welchem Verhältnis das eigene Land und die eigenen Vorfahren zum Verbrechen des Massenmordes an den europäischen Juden standen. Während der Blick auf den Augusttag 1939 eine in mehreren europäischen Staaten anzutreffende Tendenz unterstützt, vor historischen Wahrheiten die Flucht anzutreten.

Rasch, schon am 30. November 2009, hat das in der Sache gar nicht angesprochene kanadische Unterhaus reagiert und sich für den europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime erklärt. Gleiches beschlossenen die Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Slowenien. Das Groteske an diesem Vorgang ist, dass unter Beteuerungen zum Pluralismus Politiker dem Volke wieder einmal eine für ihre Zwecke geeignete Geschichtsdeutung als die allein angemessene empfehlen. Sie deklarieren, Europa müsse, solle es sich wirklich einigen, zu einer gemeinsamen Sicht auf seine Geschichte gelangen. Das Opfergedenken ist vorgetäuscht. Es geht darum die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzudeuten als Weg in die Freiheit, hinweg über zwei Diktaturen.

Ob diese Absicht durchgesetzt werden kann, ist vier Jahre später fraglich. Die Zunft der Historiker hat sich gegenüber dem Vorstoß mit Ausnahmen zurückgehalten oder ausgeschwiegen. Übrigens: Der 23. August ist durch einen Beschluss der UNESCO 1998 als Erinnerungstag an den Sklavenhandel und die Abschaffung der Sklaverei schon besetzt. Und das mit gutem Grund: An diesem Tag im Jahr 1791 begann ein Sklavenaufstand in der französischen Kolonie Santo Domingo, der nach jahrelangen Kämpfen dort dieses Kapitel des Kolonialismus beendete.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. August 2012, S. W6.

Abwicklung, zweiter Akt

Werner Röhrs Bilanz der DDR-Historiographie

Die Feststellung, die in dieser Zeitung die Ankündigung von Werner Röhrs Buch über die Abwicklung der DDR-Historiker einleitete, lautete: „Das vorliegende Buch ist Ergebnis einer Kärrnerarbeit.“ („nd“ v. 12. Januar 2012) Das lässt sich für den eben erschienen Band zwei einschränkungslos wiederholen.

Im 300 Seiten ausmachenden ersten Teil dieses Bandes stellt der Autor nun seine Bilanz der geschichtswissenschaftlichen Arbeit in der DDR vor. Kein Totalbild, doch auch der Ausschnitt verblüfft durch seine Weitwinklichkeit. Sie erinnert an vor Jahrzehnten erschienene Monografien zur Geschichte der Geschichtsschreibung einzelner Länder und an Universitätsvorlesungen in Zeiten, da die Geschichte des eigenen Faches noch Gegenstand des Studiums war.

Röhr präsentiert in sieben Kapiteln Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie, denen – werden sie nicht aus politischen und Konkurrenzgründen ignoriert – einige Dauer zugeschrieben werden kann. Dazu gehören u. a. vergleichende Revolutionsuntersuchungen, Arbeiten zur Agrar- und Alltagsgeschichte und zu sozialreligiösen Bewegungen ... und nicht zuletzt Werke zu Faschismus, Weltkrieg und Widerstand. Am Ende reflektiert der Autor Lücken, Desiderate und Kontroversen. Wie immer das Echo der (betroffenen) Experten ausfallen mag, das Vorliegende ist Anregung und Herausforderung, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR-Historiographie die bilanzierende Arbeit weiterzutreiben – um der Sache willen wie auch wegen der Verdienste von Forschern, von denen viele selbst das Wort nicht mehr nehmen können.

Sodann bietet Röhr im zweiten Teil so etwas wie ein „Who was who“ der DDR-Geschichtswissenschaft. Aktuelles Interesse dürften vor allem die bisher nirgendwo geschlossen auffindbaren Angaben der Mitglieder in jenen Kommissionen finden, die 1990 an den Evaluierungen beteiligt waren und an Umstrukturierungen der Institute im Zeichen der „Erneuerung“. Gleiches gilt für die Angaben zum Verbleib der Mehrheit der abgewickelten und der Minderheit übernommener Wissenschaftler. Schließlich benennt Röhr auch das Personal der neu besetzten oder neu geschaffenen Lehrstühle. Die Tatsachenmasse untermauert die These, dass es in der Geschichte der Geschichtswissenschaft in Deutschland zuvor keinen mit den Jahren nach 1990 vergleichbaren Eingriff gab, weder 1933 noch 1945, schon gar nicht 1918.

Das methodische Vorgehen des Autors sei hier anhand des Kapitels skizziert, das dem Gegenstand gilt, mit dem sich Röhr selbst forschend befasst hat. Der Autor, dem Fortführung und Abschluss der Dokumentenreihe „Europa unterm Hakenkreuz“ über 1990 hinaus wesentlich zu danken ist, zeigt, dass die Erforschung von Faschismus und Zweitem Weltkrieg in der DDR keineswegs einzig oder vorwiegend ideologisch-politischen Vorgaben folgte. Und dass es zwischen den in der Politik waltenden Interessen und denen der Wissenschaft stets einen – auch in günstigen Konstellationen – nicht restlos aufhebbaren Widerspruch gibt. Die Impulse für die ostdeutsche Faschismusforschung gingen von der deutschen Nachkriegsgesellschaft und vom Kalten Krieg aus. DDR-Historiker widmeten sich insbesondere dem Wirken ökonomischer und politischer Interessen, anfänglich noch in Konfrontation mit Interpretationen, die Hitler zum Schöpfer der Geschichte machten und gegenwärtig in der Publizistik eine Reanimation erleben. Röhr zeigt, dass die Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ein Glanzstück in der Arbeit der DDR-Historiker war und benennt zugleich das Unerledigte: die Rolle der Naziideologie, der Apparate des Staates, der faschistischen Massenorganisationen und der Sozialpolitik des Regimes. Umgangen wurde in der DDR vor allem das große Thema „Faschismus und Volksmassen“, dessen Erörterung die Auffassung entgegenstand, es lenke von der Widerstandsforschung ab und sei zudem nicht mehr von aktuellem Belang. Welch eine Selbsttäuschung. Es ist bis heute weitgehend unerledigt.

Dass die Geschichte der Geschichtsforschungen in Ostdeutschland von der Konfrontation mit den westdeutschen – in verschiedenen Phasen in unterschiedlichem Grad – mitbestimmt wurde, verfolgt Röhr namentlich anhand der Arbeiten zum antifaschistischen Widerstand. Das Kapitel endet mit einem kritischen Blick auf das Verhältnis von empirischer Faschismusforschung und deren nicht gleichermaßen betriebener theoretischer Vertiefung. Der Begriff „Theoriefurcht“ trifft den Sachver-

halt jedoch nicht. Und die abschließende Feststellung „Die theoretische Sterilität trat nicht als offene Unwissenschaftlichkeit auf. Strukturell und langfristig aber hat sie zerstörerisch gewirkt“, liest sich rätselhaft und steht mit der Diktion eines Scharfrichters in merkwürdigem Widerspruch zu allem vorher sachlich und begründet Geschriebenen.

Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Band 2: Analyse ausgewählter Forschungen. Edition Organon, Berlin. 636 S., br., 34,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 13. September 2012, S. 17.

Gedenken und Vergessen

Kein Jahr vergeht hierzulande, ohne dass in seinem Verlauf mehrerer als denkwürdig geltender Ereignisse früherer Zeiten gedacht wird. Soeben geschieht das ausdauernd mit Bezug auf den 300. Geburtstag eines Preußenkönigs, kürzer auch mit dem 100. Geburtstag Jorge Amados und mit Hermann Hesses 50. Todestag. Anderes erfuhr geringe Aufmerksamkeit. Beispielsweise Napoleons Kriegszug gegen das Zarenreich, der 200 Jahre zurückliegt, wiewohl sich mit ihm doch die Frage verbindet, wie das 19. Jahrhundert verlaufen wäre, hätte das Unternehmen für den Franzosenkaiser nicht das Vorspiel seines Endes dargestellt. Wir kommen auf den Mann jedoch spätestens 2013 und dann „bei Leipzig“ wieder zu reden.

Scharen von Journalisten und Redakteuren fragen jeweils am Jahresbeginn: Welches Ereignis darf nicht vergessen werden? Früher schon prüfen Verlage, ob ein Datum nicht geeignet sei, ein Buch wieder aufzulegen oder ein neues herauszubringen, mit dem eine Person oder ein Geschehnis aus Natur- oder Menschheitsgeschichte Nachgeborenen und womöglich auch noch Zeitzeugen in die Gedächtnisse gerufen werden kann. Anspruchsvollere Kalendermacher durchforsten die Chroniken. Und Politiker lassen prüfen, wann sie sich durch eine Gedenkrede in Szene setzen können oder müssen.

Trotz dieses Wächtertums – manches wird schlicht vergessen. Und das häufig nicht als Folge von Gedächtnislücken, sondern weil es nicht so recht in die Zeiten, will sagen: in die Interessen derer passen will, die seine Anrufung berühren würde. Ein Beispiel? Am 1. Mai 2012 hätte sich, ohne dass dadurch dem traditionsbeladenen Tag Abbruch getan wäre, an den Beschluss zur Ergänzung eines Gesetzes erinnern lassen, den vor 75 Jahren – die gelten gemeinhin auch als besonders zu beachtender Abstand – die zuständigen Körperschaften in den USA fassten. Sie ergänzten die geltende Gesetzgebung der USA über die Neutralität des Staates. Bestimmt wurde von den Abgeordneten: „Wenn nach Ansicht des Präsidenten in einem auswärtigen Staat ein Bürgerkriegszustand besteht und dieser Bürgerkrieg einen Umfang hat oder unter solchen Bedingungen geführt wird, dass die Ausfuhr von Waffen, Munition oder Kriegsbedarf aus den Vereinigten Staaten nach solchen auswärtigen Staaten den Frieden der Vereinigten Staaten bedrohen oder gefährden würde, soll der Präsident diese Tatsache bekanntmachen; es ist dann verboten, Waffen, Munition oder Kriegsbedarf von irgendeinem Ort der Vereinigten Staaten nach einem solchen auswärtigen Staat oder zu dessen Gebrauch auszuführen, ihre Ausfuhr zu versuchen oder zu veranlassen.“

Der Satz hätte Heutige ins Nachdenken stürzen können – in ein in die Vergangenheit gerichtetes. Denn in ihren Auswirkungen traf diese Bestimmung die Verteidiger der spanischen Republik. Und ein die Gegenwart betreffendes. Das muss nicht sein. Die Menschen sind in unseren Zeiten ohnehin vielerorts schon dauerbeunruhigt. So galt das Prinzip: Schonung.

Ossietzky, 2012/19, 15. September 2012, S. 732-733.

Ein frommer Kommunist

Gerahmt hängt eine Fotografie, die ihn in jungen Jahren zeigt, im Innern der Trinitatiskirche zu Mannheim, neben denen seiner Amtskollegen. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es sich da ausnehmen mag. Denn Erwin Eckert wurde 1931 nach mehreren kirchenrechtlichen Verfahren seines Pfarramtes enthoben. Er hatte es nicht in der erst am Beginn der 1950er Jahre erbauten Trinitatiskirche ausgeübt, aber in diesem Stadtteil. Er war der Seelenhirt von etwa 70.000 mehr oder weniger gläubigen, jedenfalls der Kirche angehörenden Christen gewesen.

Das Amt war dem Manne etwa zur gleichen Zeit entzogen worden, als ihn die sozialdemokratische Partei ausgeschlossen und er daraufhin die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei erworben hatte. Das machte ihn, den langjährigen geschäftsführenden Vorsitzenden des Bundes religiöser Sozialisten, freilich zu einem „Fall“. Der dauerte bis in das Jahr 1999. Dann rehabilitierte die badische Kirchenleitung den Mann, zu dessen Biografie ein ausdauernder Kampf gegen den an die Macht strebenden Faschismus und gegen den Militarismus gehört, dazu Jahre der Gefangenschaft während der Nazidiktatur.

Wie kein anderer hat sich der Marburger Pädagoge und Historiker Friedrich-Martin Balzer mit dem Leben und den Verdiensten Eckerts befasst. In der langen Reihe der Veröffentlichungen, die Balzer in viereinhalb Jahrzehnten vorlegte, bildet die bisher letzte ein Dokumentenband, in dessen Zentrum die Artikel Eckerts aus den Jahren 1930 bis 1933 stehen. So ist einem Manne ein literarisches Denkmal gesetzt, für das er – absichtslos – die Bausteine selbst lieferte. Für Eckert waren das Christ- und Pfarrersein und die Mitgliedschaft in einer politischen Partei, die die kapitalistische Gesellschaft beseitigen wollte, vereinbar, denn, so eine seiner Auskünfte, es gebe zwischen den humanen Zielen des Christentums und denen der Sozialisten eine enge Verwandtschaft. Zudem ließen die Kommunisten den Christen ja den Himmel.

Friedrich Martin Balzer: „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten“, Pahl-Rugenstein Verlag, 527 S., 24,90 Euro.

Ossietzky, 19/2012, 15.9.2012.

Gefährliche Weltlage

Vor 75 Jahren hielt Franklin D. Roosevelt in Chicago seine „Quarantäne-Rede“

Am 5. Oktober 1937 begab sich Franklin D. Roosevelt, der im Jahr zuvor zum zweiten Mal zum Präsidenten der USA gewählt worden war, nach Chicago. Dort hielt er aus Anlass der Einweihung einer Brücke eine Rede. Doch nicht von Ingenieurkunst oder – was angesichts der Millionen Arbeitslosen nahegelegen hätte – von der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Staatsaufträge war die Rede, sondern von der Weltlage und den internationalen Beziehungen. Die Thematik allein lässt fragen, warum der Präsident darüber bei einem Anlass, der das nicht vermuten ließ, gesprochen hat.

Denn es gab keinen aktuellen Grund, der ihn gezwungen hätte, die erste und nicht beste Gelegenheit zu nutzen, sich über Besorgnisse zu äußern, zu denen Ereignisse in sehr verschiedenen Gegenden des Erdballs Anlass gaben. Und dann noch in einer Weise, die zwar nicht im Ganzen, aber doch in vielen Details Fragen über den Zweck und die Ziele dieses Auftritts aufwarfen. Zudem war der Redetext in den am meisten Aufsehen erregenden Passagen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Cordell Hull, nicht abgestimmt. So weichen die Interpretationen der Historiker wie schon die von Zeitgenossen, die den Platz dieses Auftritts in der Geschichte der USA betreffen, mehr oder weniger voneinander ab. Manche wollen darin den Auftakt für eine Neuorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik sehen, die schließlich im Zweiten Weltkrieg ihren Ausdruck in der Parteinahme gegen die Achsenmächte und für Großbritannien und die mit Krieg überzogene Sowjetunion fand. Eine bruchlose Linie lässt dieser Aspekt jedoch nicht erkennen. Was die Einordnung der Präsidentenrede kompliziert, ist ihre unmittelbare Fortsetzungs- und Folgenlosigkeit.

Historischer Hintergrund

Ihren geschichtlichen Hintergrund bildeten mehrere Ereignisse, an welche die Erinnerungen auch nach einem Menschenalter nicht verblasst sind. Das zeitlich erste war der am 3. Oktober 1935 begonnene Krieg Italiens gegen Abessinien, der acht Monate später mit der Liquidierung des ostafrikanischen Staates, eines Mitglieds des Völkerbundes, geendet hatte. Es war nicht zu glauben, dass damit Italiens Beutehunger gestillt war. Davon zeugte, und dies war das zweite der Ereignisse, Mussolinis Intervention in den spanischen Bürgerkrieg, der im Juli 1936 begonnen hatte, und in dem sich die Republik gegen putschende Militärs unter Francisco Franco verteidigte. Und – drittens – am 7. Juli 1937 hatte Japan mit einem neuen Krieg gegen China begonnen, um seine Positionen auf dem asiatischen Kontinent, wo es Korea und die Mandschurei als Kolonialgebiete bereits besetzt hielt, weiter auszudehnen. Namentlich die Veränderungen im ostasiatischen Raum berührten Macht- und Wirtschaftsinteressen der USA.

Und dann war inmitten Europas noch jener sich aufrüstende Staat, der Kriegsgegner aus den Jahren 1917/18. Dieses Deutschland mit dem Hakenkreuz hatte soeben eine Vertragsbrücke in das ferne Japan geschlagen. 1936 schlossen die beiden Staaten den Antikominternpakt, dessen Spitze sich, der geheim gehaltene Text eines Zusatzabkommens besagte das, gegen die Sowjetunion richtete. Und nur Wochen vor der Roosevelt-Rede hatte Benito Mussolini Deutschland einen Besuch abgestattet, bei dem ihm triumphale Empfänge durch aufgebotene Massen bereitet wurden. Es zeichnete sich ab, was später die „Achse Berlin – Rom – Tokio“ genannt wurde. Noch vor Jahresende trat auch Italien dem antisowjetischen Abkommen bei.

Seinen besorgten Blick auf die Veränderungen auf dem Erdball drückte Roosevelt einleitend in dem Satz aus: „Die politische Weltlage hat sich in der letzten Zeit immer mehr verschlimmert und ist nun geeignet, allen den Völkern und Ländern, die mit ihren Nachbarn in Frieden und Eintracht leben wollen, ernste Besorgnisse und Befürchtungen einzuflößen.“ Die großen Erwartungen, die sich mit der Gründung des Völkerbundes und dem Abschluss des Kriegsächtungspaktes im Jahre 1928 verbanden, hätten sich nicht erfüllt. Vor wenigen Jahren setzten vielmehr das nicht näher beschriebene „Gewaltregime und die internationale Gesetzlosigkeit“ ein. Die charakterisierte der Präsident dann, ohne dass in der gesamten Rede der Name eines Staates fiel, die USA ausgenommen, so: Es geschehe die bis zum Einsatz von Militär reichende Einmischung in Angelegenheiten fremder Staaten und in

das Leben fremder Völker, gebrochen würden internationale Verträge, fremde Gebiete besetzt, hingemordet die Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, durch Bombardements aus der Luft.

Wer über das Weltgeschehen informiert war, wusste, wer und was da apostrophiert wurde, beispielsweise mit der Bemerkung über den Einsatz von Luftwaffen. Den hatten die Italiener in Abessinien praktiziert, die Japaner in China und die Deutschen in Spanien, als sie die baskische Stadt Guernica am 26. April 1937 durch einen Angriff unter der Verantwortung des Stabschefs der Legion Condor, Wolfram von Richthofen, in einen Trümmerhaufen verwandelten.

Dann kam der Redner, ohne sich auf eine Polemik mit den Isolationisten im eigenen Lande einzulassen, zur Sache. Es solle sich niemand – damit waren die Staatsbürger der USA angesprochen – „einbilden, dass Amerika entrinnen werde, dass es Pardon erwarten dürfe, dass die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe“. Durch „Isolierung und Neutralität“ könne man der Gefahr nicht entrinnen. Was aber war zu tun? Hatte der Präsident sich schon bei der Beschreibung der Zustände jeder herausfordernden Markierung der Verursacher enthalten, so verloren sich seine Ausführungen über die Möglichkeiten und Chancen, Wandel zu schaffen, in einem Wortnebel von Weltgewissen, Völkerrecht, heiligen Verträgen, friedliebenden Nationen, Achtung, Sicherheit, Schutz usw. Das bezeugte seine humanistische Vorstellung vom Wünschenswerten. Doch wie der Weg in einen neuen Weltkrieg zu verbarrikadieren war, darüber kein konkretes Wort.

Unbestimmte Kritik

Was hat der Rede dennoch momentane Aufmerksamkeit verschafft, ein Für und Wider in den USA ausgelöst, Regierungen und Diplomaten veranlasst, sie zu analysieren und zu entscheiden, ob auf sie öffentlich reagiert werden solle oder besser nicht? Es waren diese beiden Sätze: „Es scheint leider zuzutreffen, dass die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine anstrengende Krankheit sich auszubreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Isolierung der Patienten, um die eigene Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.“ Sie und das darin benutzte Wort „quarantine“ waren es auch, die dem Auftritt seine Bezeichnung verschafften: Quarantäne-Rede. Der Ausdruck, der antiepidemische Maßnahmen benennt, wozu die Isolierung von Personen oder Personengruppen gehört, die als Träger von Ansteckungen gelten, musste, sollte sich damit eine Vorstellung von Handlungen verbinden, aus dem gesundheitspolizeilichen oder klinischen Sprachgebrauch freilich in den politischen übersetzt werden. Jedoch: In Roosevelts Rede fiel kein erklärendes Wort darüber, was solche Isolierung von Staaten praktisch bedeuten konnte. Darüber verweigerte er später auch nachfragenden Journalisten jede Auskunft.

Roosevelt hatte in seiner Ansprache wiederholt von den friedliebenden Nationen gesprochen und zudem den Eindruck erweckt, als seien es Völker, von denen der Krieg, und andere, von denen der Frieden ausgehe. Von Regierungen war nicht die Rede gewesen, geschweige denn von Herrschenden und deren Interessen. Der Rede folgte auch kein Schritt seiner Administration, durch den die auf den Frieden setzenden Regierungen gerufen worden wären, um sich gemeinsam zu beraten, was sich wirksam für den beschworenen Weltfrieden tun ließe. Mit dieser Anonymität und Unbestimmtheit konnten die auf Krieg und Eroberung zielenden Mächte gut leben.

Auf den Tag genau ein Jahr später, am 5. Oktober 1938, teilte Roosevelt dem britischen Premier Neville Chamberlain, der soeben vom Abschluss des Abkommens mit Hitler aus München nach London zurückgekehrt war und dort verkündete, er habe den Frieden „für unsere Zeit“ gerettet, seine Zustimmung zu diesem Schritt mit. Selbst der Ruf nach Protest schien vergessen.

Quellentext: „… um den Frieden zu bewahren“

Krieg – ob mit oder ohne Kriegserklärung – ist ansteckend. Er kann Staaten und Völker erfassen, die von dem ursprünglichen Kriegsschauplatz weit entfernt sind. Wir sind entschlossen, uns nicht in einen Krieg verwickeln zu lassen, aber es gibt keine wirksame Versicherung gegen die verheerenden Auswirkungen eines Krieges und gegen die Gefahr, mit hineingezogen zu werden. [...]

Wenn die Zivilisation weiterleben soll, müssen die Grundsätze des Friedensfürsten wieder zu Ehre kommen. Das erschütterte Vertrauen zwischen Volk und Volk muss wieder ins Leben gerufen werden.

Und das Allerwichtigste ist: Der Friedenswille der friedliebenden Völker muss sich so deutlich geltend machen, dass diejenigen Nationen, die in Versuchung geraten, ihre Verträge zu brechen und die Rechte anderer zu verletzen, von ihren Vorhaben abstehen. Positive Anstrengungen sind notwendig, um den Frieden zu bewahren.

Aus den Schlusspassagen der Quarantäne-Rede Roosevelts.

junge Welt, Sonnabend, 29.09.2012, S. 15.

Napoleons Niederlage

Vor 200 Jahren verließ der französische Kaiser mit seiner einst Großen Armee Moskau

Am 19. Oktober 1812 verließ der Kaiser der Franzosen den Moskauer Kreml. Sechs Tage zuvor hatte er seinen Truppen den Befehl zum Rückzug gegeben. Am 23. Oktober brach aus der Stadt an der Moskwa als letzte Einheit und Nachhut die „Junge Garde“ unter Marschall Édouard Adolphe Mortier (1768-1836) auf, der während der Besetzung auch den Posten des Gouverneurs ausgeübt hatte. Was hat Napoleon bei diesem Marsch nach Westen, dem Verlassen des Zarenreiches gedacht? Schwer vorstellbar, dass sich seine Gedanken nicht auf die Tatsache gerichtet haben, dass er auf diesem Feldzug einen totalen Misserfolg erlitten und er diesen Krieg verloren hatte.

Alle Schlachten, alle Eroberungen und Besetzungen von Städten und selbst die von Moskau hatten ihn nicht ans Ziel geführt, den Zaren und dessen Generale zur Kapitulation zu bewegen und ihm selbst ein Diktat zu ermöglichen, wie er es nach den Siegen über Österreich 1805/1809 und über Preußen 1806/07 den Unterlegenen, dem Kaiser in Wien und dem preußischen König, aufzwang. Danach hatten sich der Habsburger und der Hohenzoller zu seinen Verbündeten für das Russland-Abenteuer machen lassen und ihm für die Grande Armée Kontingente ihrer „Landeskinder“ gestellt, Kanonenfutter, dazu auch Offiziere. Das preußische Hilfskorps kommandierte der Generalleutnant Ludwig Yorck von Wartenburg (1759-1830).

Bis nach Moskau ...

Dresden, die Hauptstadt des Königreiches Sachsen! Da hatte er vor Jahren den Kurfürsten Friedrich August III., eben noch sein Kriegsgegner, zum König Friedrich August I. gemacht. An dessen Hof unterbrach er am 16. Mai 1812, von Paris kommend, auch seine Reise zur Armee. Die Tage waren mit Empfängen und Festen angefüllt, besucht von gekrönten Damen und Herren der Staaten, die auf seinen Ruf oder sein Kommando hörten. Unter den Gästen fehlte folglich weder Preußens König Friedrich Wilhelm III., noch Kaiser Franz, der aus Schönbrunn angereiste Schwiegervater Napoleons, zu dem er 1810 geworden war, als der Franzosenkaiser seine Tochter, die Erzherzogin Marie-Louise von Österreich, heiratete.

Seit diesem Treffen waren keine fünf Monate vergangen. Doch wie weit entschwunden waren die Tage in Elbflorenz, das er am 29. Mai verlassen hatte, und ebenso die Hoffnungen und Pläne, mit denen er sich von da zur Großen Armee begab, die sich vor den Grenzen des Zarenreiches versammelte. Dass der Franzosenkaiser sich auf dem Wege dahin befand und ein Krieg gegen den Zaren bevorstand, war in diesem Frühjahr kein Geheimnis. Das hatte nicht nur die Formierung einer Streitmacht bezeugt, die an Zahl und Kraft alles in den Schatten stellte, was bisher zu kriegerischen Zwecken konzentriert worden war. Der zaristische Geheimdienst hatte zudem auf dem kurzen Wege von Bestechungen sich in Paris Kenntnisse über die Pläne des Monarchen verschafft, wie umgekehrt die Agenten Napoleons in Petersburg nicht untätig geblieben waren, um die Gegenwehrpläne der Russen zu ermitteln. Diese Informationen besagten: Die Militärs an der Spitze der Zarenarmee waren in eine Debatte darüber eingetreten, wie sie sich beim Einfall des sieggewohnten Feindes in ihr Land verhalten sollten. War nahe der Grenze eine Schlacht zu suchen oder sollte sich die eigene Streitmacht ins Innere des Landes zurückziehen und zunächst daraufsetzen, dass der Vormarsch der feindlichen Truppen selbst – ohne Verluste in blutigen Kämpfen – deren Schwächung bewirken musste, so dass die Entscheidung besser vertagt würde?

Am 22. Juni erließ Napoleon einen Aufruf an seine Armee, in der er den Krieg zum „zweiten polnischen“ erklärte, eine merkwürdige Wortwahl, die aber sowohl zur Verschleierung des Charakters und der Ziele dieses Krieges dienen konnte wie mit dem Blick auf seine polnischen Hilfstruppen getroffen worden war. Am 23. Juni setzte sich die Armee über den Njemen in Marsch. Am 17. August befand sie sich bereits in Smolensk. Bevor sie nach Moskau gelangte, stellte sich die Zarenarmee zur Schlacht. Sie fand am 7. September bei dem Dorfe Borodino statt. Der Oberkommandierende der russischen Armee, Michail Illarionowitsch Kutusow (1745-1813), konnte trotz der ungeheuren Ver-

luste auf beiden Seiten seine Kräfte geschlossen nach Osten führen. Sieben Tage später war Napoleon im Kreml.

Doch gebot er bei weitem nicht mehr über die Kräfte, mit denen er aufgebrochen war. Verluste aus Gefechten und Schlachten, ungenügende Verpflegung der Hunderttausende, Hitze und Krankheiten hatten sie erheblich reduziert und die Bedingungen, unter denen sich diese Armee vorwärts gewälzt hatte, wirkten auf ihre Angehörigen zudem demoralisierend und lockerten die Disziplin. Gleiches galt für den ohnehin bunten Haufen, der die Armee begleitete. Das bekamen die in Moskau gebliebenen Einwohner bitter zu spüren. Denn Teile dieser Vielvölkerarmee verwandelten sich in marodierende Haufen und raubten, was ihnen wertvoll oder auch nur brauchbar erschien und das nicht nur für momentane Zwecke, sondern mit der Absicht, es zurück in ihre heimatlichen Gegenden zu schaffen. Auf einem anderen „Niveau“ versorgten sich auch Offiziere. Kaum besetzt, entstanden an mehreren Stellen der Stadt Brände, die in den aus Holz erbauten Häusern reichlich Nahrung fanden und derart wüteten, dass die Stadt zu etwa zwei Dritteln vernichtet wurde.

Und der Krieg schien noch nicht entschieden, sein Ende außer Sicht. Der Gegner gab kein Signal seiner Kapitulationsbereitschaft. Napoleon, der Emissäre in Kutusows Hauptquartier sandte, sah seine Vorschläge abgewiesen und musste sich eingestehen, dass billig aus diesem Kriege nicht herauszukommen war. Was also tun? Das Ausharren in Moskau, zudem angesichts des nahenden Winters, öffnete keine Perspektive. Für den Marsch nach Petersburg war seine Armee zu abgekämpft. So kam es zu des Kaisers Entschluss, das Unternehmen abzubrechen und sich um die Sicherung seiner Herrschaft über weite Teile Europas zu kümmern. Denn wie würden sich die beiden Monarchen, der Preuße und der Österreicher, nun verhalten, da sein militärisches Debakel offenkundig wurde? Was er vor allem brauchte, war eine neue intakte militärische Streitmacht.

... und zurück

Für die Soldaten der einst Großen Armee wurde der Rückmarsch ein Leidens- und Elendszug. Ungenügend versorgt, ohne angemessene Bekleidung, dem Unbill des hereinbrechenden Winters ausgesetzt, überstanden viele die Strapazen nicht. Wer nicht plötzlich zu Tode kam, musste als Verwundeter zurückgelassen werden, und das kam in aller Regel einem Todesurteil gleich. Andere starben in Gefechten und Scharmützeln mit den sie verfolgenden Kosaken und den regulären zaristischen Truppen oder gerieten in deren Gefangenschaft, in der viele wiederum ein Opfer von Rohheit und Rachegelüst wurden.

Über Generationen haben sich Berichte und Bilder von diesem Rückzug in Ländern erhalten, aus denen Soldaten zu Napoleons Armee gehört hatten und als Überlebende die Heimat wiedersahen. Nichts hat wohl die Vorstellung vom Geschehen stärker geprägt als das vielfach reproduzierte in Schulgeschichtsbücher aufgenommene Gemälde des Franzosen Théodore Géricault (1791-1824), der den Krieg erlebte, aber an ihm nicht in der Armee teilnahm. Es trägt den Titel „Rückkehr aus Russland“ (1818) und zeigt zwei Soldaten, so erschöpft wie ihr Pferd, auf dem Wege durch eine Schneewüste. Gleiche rückwärtsgewandte Phantasie löste ein Gedicht aus, das in kaum einer deutschen Schulfibel fehlte und aus dem meist die Anfangszeilen zitiert wurden „Es irrt durch Schnee und Wald umher / Das große, mächt'ge Franzosenheer. / Der Kaiser auf der Flucht / Soldaten ohne Zucht / Mit Mann und Ross und Wagen / So hat sie Gott geschlagen.“ Autor der Zeilen war Ernst Ferdinand August, ein Primaner des berühmten Berliner Grauen Klosters, der sich später dem Kampf gegen die napoleonischen Truppen als ein Freiwilliger der Lützower Jäger anschloss. Nur war dieses Heer Napoleons, anders als der Gedichttext es sagt, keineswegs nur eines der Franzosen, denn mit denen waren an dem Zug nach Moskau Preußen, Österreicher, Bayern, Sachsen, Hessen und Einwohner weiterer deutscher Staaten, Italiener, Belgier, auch Spanier beteiligt, ebenso wie ein beträchtliches Kontingent an Polen, die glauben mochten, sich für einen eigenen polnischen Staat zu schlagen.

Genaugenommen war Napoleon auch nicht auf der Flucht. Er hatte, nachdem er zunächst mit seiner Armee nach Osten gelangt war, diese am 5. Dezember verlassen und war eilig und anonym nach Paris gereist, um dort die Maßnahmen für den Feldzug im kommenden Jahr zu treffen. In dem bekam er es dann nicht nur mit den Russen, sondern seit März 1813 auch mit Preußen zu tun, das die Seiten

gewechselt hatte. Napoleons Scheitern im Kriege gegen Russland 1812 bildete den Auftakt der Wende seiner Herrschaft. Deren Ende war freilich noch unabsehbar weit.

junge Welt, Sonnabend, 13.10.2012, S. 15.

Dämmert's

„Geheimdienstliche Akten allein erlauben stets nur einen Tunnelblick auf die einstigen, auch in der DDR sehr komplexen Realitäten." Und: Nur wenn Historiker die gesamte archivalische Hinterlassenschaft eines Staates oder einer Gesellschaft durchmustern, „können die einstigen politischen, menschlichen und kulturellen Verhältnisse im Zusammenhang begriffen werden". So oder so ähnlich sind Generationen von Historikern in Proseminaren darüber unterrichtet worden, was sie zu tun haben, wenn sie sich auf die Spuren vergangener Zeiten begeben. Die Sätze wären keines Zitats wert, stünden sie in einem Leitfaden für Geschichtsstudenten. Indessen fanden sie sich in einer Kolumne der Frankfurter Rundschau am 25. September dieses Jahres – und das in der Fortsetzung einer Polemik gegen die hartnäckige Verweigerung der Zusammenführung der papiernen staatlichen Hinterlassenschaft der DDR im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. So begründet die Forderung, so abwegig die Anklage gegen einen gewissen Herrn Jahn, er allein blockiere die rechte Beschäftigung mit der Geschichte des ostdeutschen Staates. Daran sind und bleiben noch ein paar andere Personen und Interessenten beteiligt. Immerhin: Es lassen sich die Sätze als Ausdruck einer Dämmerung lesen. Nur sollte nicht damit gerechnet werden, dass sie kurz ausfallen wird.

Ossietzky, 2012/21, 13. Oktober 2012, S. 835.

Gottes Gebote und die Revolution

Religiöser Sozialismus

Ein Kommunist gegen den Einheitskandidaten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie: 1949 kandidierte Erwin Eckert im damals zur französischen Besatzungszone gehörenden Mannheim für das Wahlamt des Bürgermeisters der Stadt. Eine Christin fragte ihn, wie denn das zusammenpasse, 1931 Pfarrer gewesen und Mitglied der KPD geworden zu sein. Sie erhielt zur Antwort, das sei möglich, weil die Kommunisten den Christen den Himmel nicht nehmen wollten. (Da waren freilich viele Mitglieder dieser Partei noch nicht in der Toleranz angekommen.)

Der Mann, der damals übrigens 35 Prozent der Mannheimer Wählerstimmen erhielt, der mit allen seinen Kräften das Aufkommen und den Sieg des Faschismus hatte verhindern wollen und dann mehrfach in Gefängnissen dieses „Dritten Reiches“ saß, ist heute weithin vergessen. Das konstatiert Friedrich-Martin Balzer in der Einleitung zu einem Dokumentenband. Der Marburger Pädagoge und Historiker hat in jungen Jahren Eckert noch kennen gelernt. Und dieser wurde der „Held“ seiner 1972 – im Sterbejahr Eckerts – vorgelegten Dissertation und fortan Objekt forschender Beschäftigung. Das vorliegende Buch ist eine Frucht dessen.

Wem der Name Erwin Eckert nichts oder wenig sagt, sollte mit dem Lesen auf Seite 508 und der dort nahezu im Telegrammstil gegebenen Biografie beginnen und dann zu einem Text übergehen, der einen gedrängten Einblick in dessen Sicht auf Gesellschaft und Staat, Volk und Kirche gibt. Dabei handelt es sich um eine Mitschrift, die ohne Wissen des Redners angefertigt worden war. Eckert hatte am 9. Februar 1930, mithin noch in den letzten Tagen der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung und am Beginn der Großen Krise, in Detmold einen öffentlichen Vortrag gehalten. Dessen Kern bestand in der These, dass Christ sein verlange, ein Revolutionär zu sein, der sich für die Veränderung der Gesellschaft in einer Weise einsetze, dass Menschen überhaupt erst nach Gottes Geboten und Jesu Vorbild leben könnten. Das eben mache ihnen die gegenwärtige Gesellschaft mit der Konfrontation von Bourgeoisie und Proletariat, mit Ausbeutung und Konkurrenz unmöglich. Bevor dieser Wandel nicht geschaffen, die Menschen nicht ernährt, behaust, von Ängsten befreit seien, werde man mit ihnen auch über die letzten Fragen des Lebens und Sterbens nicht ins Gespräch kommen. Pfarrer müssten in diesem Sinne Revolutionäre, „Vertrauensleute des Volkes“ sein und nicht des Staates und der sozialen Oberschichten, notierte der Autor der geheimen Mitschrift.

Versammelt sind in dem nach allen Regeln einer akribischen Edition verfassten Band mehr als 90 Dokumente, in der Hauptsache Publikationen Eckerts aus den Jahren 1930 bis 1933, sodann Bekundungen der Solidarität mit dem 1931 aus der Sozialdemokratischen Partei und vom Kirchendienst ausgeschlossenen Manne.

Den Abschluss bildet die Erklärung der badischen Kirchenleitung aus dem Jahre 1999 zur Rehabilitation Erwin Eckerts. Dass es dahin kam und dem Band Geleitworte des badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters vorangestellt sind, daran kann sich Balzer auch ein – und kein geringes – Verdienst zuschreiben.

Friedrich-Martin Balzer: Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten. Pahl-Rugenstein Verlag. 527 S., geb., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, 10. bis 14. Oktober 2012, S. 16.

Rummel um Rommel

Medien. Der heute ausgestrahlte ARD-Film und die daran anschließende Dokumentation weben weiter an einer Legende: Hitlers Vorzeigesoldat soll mit den Männern des 20. Juli sympathisiert haben

Nichts belebt das Geschäft der Medien mehr als eine Meldung, die als Sensation aufgemacht werden kann. Nichts ist der Reklame für einen Film förderlicher als ein Streit, mag er sich auf das Drehbuch oder die Besetzung der Rollen beziehen. Jüngstes Beispiel: der lange vorangekündigte Film über Erwin Rommel, den die ARD heute, am 1. November, ausstrahlen wird. Dieser Generalfeldmarschall Hitlers ist seit mehr als einem halben Jahrhundert ein Medienstar, und nichts deutet darauf, dass der verblassen, geschweige denn erlöschen könnte. Dem Mann vermochten alle Enthüllungen über die Rolle der Wehrmacht, alle Dokumente, die über seine Funktion vorgelegt wurden, nichts anzuhaben. Sein Geschichtsporträt ist in hohem Grad tatsachen- und wahrheitsresistent. Den „Wüstenfuchs“ geben ungezählte deutsche Zeitgenossen und auch Nachfahren nicht her. Davon sprechen Gedenktafeln in Baden-Württemberg, die Ehre für den tapferen Mann und Soldaten verlangen oder ihm bescheinigen, „aufrecht, ritterlich und tapfer bis zu seinem Tode als Opfer der Gewaltherrschaft“ gewesen zu sein. Gleiches bezeugen die Konsumenten der Rommel-Bücher, die Verlage in Fotobänden und billigen Paperback-Ausgaben permanent liefern, häufig Mixturen von Halbwahrheiten und Legenden. Diese Literatur, das ist Frucht der Wenden, hat inzwischen in Übersetzungen auch Polen, Russen und Tschechen erreicht.

Die Arbeit am neuen Rommel-Film, der im Auftrag des Südwestrundfunks (SWR) hergestellt wurde, begann 2008. Der dafür bereitgestellte Etat betrug sechs Millionen Euro. Die Reklamekampagne setzte 2011 ein. Da war der Film noch nicht abgedreht. Inzwischen stieg er zum wichtigsten Vorhaben der ARD im Jahr auf, in dem sich an den 70. Jahrestag der (zweiten) Schlacht bei El Alamein erinnern lässt (siehe auch jW vom 20.10.2012). Sie fand Ende Oktober und Anfang November 1942 statt. An ihrem Ende hatten die Eroberer den Traum vom Nil, von der Inbesitznahme des Suezkanals und dem Vordringen in den Westen des asiatischen Kontinents ausgeträumt.

Zum Vehikel der Filmreklame wurde 2011 ein Streit zwischen den Produzenten und den Nachkommen Rommels in erster und zweiter Generation. Die einen wie die anderen versicherten sich des Beistands gutachtender Historiker. Auch die erwiesen sich uneins darüber, ob Handlung und Darstellung – bei allen einem Spielfilm zuzugestehenden Freiheiten – der Person des Generals gerecht werden oder sie verzerrt oder verfälscht zeigen. Anschuldigungen gegen die Filmemacher behaupteten, sie hätten für ihr Rommel-Bild Anleihe bei dem britischen Historiker David Irving genommen. Dessen Buch über den Mann, der auch „Lieblingsgeneral des Führers“ genannt wird, kam 1977 auf den britischen, 1978 auf den westdeutschen Buchmarkt. Im Original hieß sein Untertitel “The Trail of the Fox” (Die Spur des Fuchses); der wurde Bundesrepublikanern allerdings nicht zugemutet.

Als das Buch des Briten erschien, war Irving als Geschichtsrevisionist schon in Erscheinung getreten. Es fand widersprüchliche Aufnahme. Empört gebärdeten sich die Schöpfer des in Andacht gefertigten Gemäldes von der sauberen Wehrmacht und dem Widerstand deutscher Generale gegen Hitler. Denn, aus welchem politischen Antrieb auch immer, Irving hatte dieses Kunstwerk erheblich beschädigt. Seine Mitteilungen waren nicht durchweg von der erfundenen Art, die sein vordem erschienenes Buch „Der Untergang Dresdens“ kennzeichnen.

Alte Kameraden

Zu den ersten, die am Nachkriegsbild Rommels arbeiteten, gehörte seine Witwe Lucia Maria, die unter dem Titel „Krieg ohne Hass“ Papiere ihres Ehemannes herausgab. Das tat sie in Gemeinschaft mit dem einstigen Stabschef des Afrikakorps Generalleutnant Fritz Bayerlein, einem Gefolgsmann Hitlers, der seine Truppen erst die Waffen strecken ließ, als aus dem Ruhrkessel im April 1945 kein Entkommen mehr war. Das Buch beider erlebte 1950 sogleich eine zweite Auflage. Dann nahm sich der britische Militärhistoriker Basil Henry Liddell Hart Rommels an und veröffentlichte in Zusammenarbeit mit den deutschen Autoren den Band „Rommel Papers“, der 1953 in London und New

York erschien. Er erfuhr Übersetzungen in Italien, Spanien und Portugal. Auch später bemühte sich die Familie Rommel um das Geschichtsbild ihres berühmtesten Angehörigen. 2010 publizierte Sohn Manfred, langjähriger Oberbürgermeister Stuttgarts, „1944 – Das Jahr der Entscheidung. Erwin Rommel in Frankreich“.

Schon 1950 hatte sich der ehemaliger Kriegsberichterstatter Lutz Koch mit dem Buch „Rommel“ auf dem Buchmarkt gemeldet. Der Untertitel „Die Wandlung eines großen Soldaten“, verriet, wie er den General sah. Das passte zur Wortwahl, die sich auch in den Memoiren von Generalen findet. Gern bezeichneten sie sich nun schlicht als Soldaten, 1951 erschien dann von Heinz Werner Schmidt, der in Afrika Rommels Ordonnanzoffizier war, „Mit Rommel in Afrika“, das 1955 in englischer Übersetzung mit dem Titel „With Rommel in Desert“ verbreitet wurde.

Im gleichen Jahr wurde auch der erste Spielfilm über Rommel gezeigt: „The Desert Fox“ (Rommel. Der Wüstenfuchs). Seine Handlung reichte von den Kämpfen in Nordafrika bis zum Selbstmord des Feldmarschalls. Dem Streifen lag die Rommel-Biographie von Desmond Young zugrunde, die im gleichen Jahr erschienen war. Der Autor, britischer Brigadegeneral, war in Nordafrika in deutsche Gefangenschaft geraten. Sein Buch, zu dem der britische Feldmarschall Claude Auchinleck, im Juli 1942 Rommels Kontrahent in der ersten Schlacht von El Alamein, ein Vorwort schrieb, wurde als „klassische Biographie des legendären Führers des Afrikakorps“ beworben. Vordem schon, 1953, war in den USA ein Spielfilm über die monatelange Verteidigung Tobruks durch britische und australische Truppen im Jahre 1941 gezeigt worden, er hieß „The Desert Rats“ (Die Wüstenratten); James Mason, Richard Burton und Robert Newton spielten die Hauptrollen.

Unter denen, die in der Bundesrepublik das Wehrmachtsbild auch via einer Rommel-Biographie fälschten, fehlte auch der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Pressechef des hingerichteten Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop nicht. Paul Carells (eigentlich Paul Schmidt) Buch „Die Wüstenfüchse. Mit Rommel in Afrika“ kam 1958 auf den Buchmarkt, erreichte 1974 die 16. und danach weitere Auflagen. Zu den alten Kameraden, die mit dem Namen Rommel Geschäfte machten oder für ihre eigenen Elaborate warben, gehörte später auch Hans-Ulrich Freiherr von Luck und Witten, einst Wehrmachtsoberst, der wie Bayerlein zu den Durchhaltekriegern gehörte und erst im Kessel von Halbe in sowjetische Gefangenschaft geraten war. So wenig er über den General zu erzählen hatte, er gab seinen Erinnerungen den Haupttitel „Mit Rommel an der Front“. Die englischsprachige Ausgabe erschien 1989 als „Panzer Commander. The Memoirs of Colonel Hans von Luck“.

Eine Bücherflut

Wer in der Deutschen Nationalbibliothek unter der Eingabe „Rommel“ sich sachkundig macht, dem werden 127 Titel genannt. Und die Produktion dauert an. Hier einige Bücher und Autoren, nächst den Deutschen vor allem Briten und US-Amerikaner, da Rommel in die Kriegsgeschichte ihrer Armeen gehört und die einstigen Nordafrikakrieger eine breite Käuferschicht gaben: 1973 wurde in London eine Rommel-Biographie von Charles Douglas-Home veröffentlicht, eines schottischen Journalisten, der es 1982 bis zum Herausgeber der Times brachte. 1979 erschien eine weitere des britischen Militärhistorikers Kenneth Macksey, eines Kriegsteilnehmers, der nach seinem Ausscheiden aus der Armee im Range eines Majors unter anderem Biographien des Generalobersten Heinz Guderian und des Generalfeldmarschalls Albert Kesselring schrieb. Seine Abhandlung konzentrierte sich, wie der Untertitel besagt, auf „Battles and Campaigns“ (Feldzüge und Schlachten).

1984 publizierte in New York Samuel M. Mitcham, ebenfalls Autor kriegsgeschichtlicher Abhandlungen über den Zweiten Weltkrieg, „Triumphant Fox. Erwin Rommel and the Rise of the Afrikakorps“, das später auch unter dem Titel „Rommel’s Desert War: The Life and Death of the Afrika Korps“ auf den Buchmarkt gelangte. 1987 veröffentlichte der Historiker Ralf Georg Reuth, Korrespondent der Welt am Sonntag, „Rommel. Des Führers General“, worauf 2004 „Rommel. Das Ende einer Legende“ folgte.

Weite Verbreitung fand das 1994 in London erschienene Werk des britischen Militärhistorikers im Generalsrang David Fraser “Knight’s Cross. A Life of Field Marshal Erwin Rommel” (Ritterkreuz.

Das Leben des Feldmarschalls Erwin Rommel), von dem ein Rezensent schrieb, es zerstöre die „Nachkriegslegende vom Widerstandskämpfer“. Ein Jahr darauf lag die deutsche Ausgabe vor. Inzwischen wurde es in viele Sprachen übersetzt. 2002 hat Maurice Philip Remy – Produzent einer Vielzahl von Geschichtsdokumentationen, unter anderem mit Guido Knopp – eine weitere Biographie des Generalfeldmarschalls publiziert und gleichzeitig einen dreiteiligen Dokumentarfilm fertiggestellt, beide unter dem Titel „Mythos Rommel“. 2009 kam von Björn Dietrich eine schmale, informative Untersuchung auf den Buchmarkt, deren Gegenstand die „Mediale Inszenierung Rommels: Mittel, Ziele und Auswirkungen“ bildet.

Auch im Ausland verebbte die Flut der Bücher über Rommel und das Afrikakorps nicht. 2003 erschien “Rommel and his art of war” (Rommels Kriegskunst) von John Pimlott, einem Historiker, der vorher etwa durch Biographien über Harold Wilson und Elisabeth II. bekannt geworden war. Er hatte schon 1994 den Band „Rommel in his own words“ herausgegeben, der nach seinem Tod 2011 unter Mitarbeit des Historikers Christoph Birnbaum, Redakteur beim Rheinischen Merkur, in einer deutschsprachigen Version erschien. Die erhielt den Titel „Erwin Rommel: Mut ist, dass man die Angst überwindet. Aus den Briefen des Generalfeldmarschall“. Zu den jüngsten Rommel-Biographien zählt die des kanadischen Militärhistorikers Benoît Lemay, die 2009 in Paris herauskam, in englischer Übersetzung mit dem Untertitel „Germany’s Flawed Champion“ (Deutschlands beschädigter Meister).

Lange hielt kein renommierter deutscher Militärhistoriker es für reizvoll, sich mit dem Leben des populärsten Wehrmachtsgenerals eingehend zu befassen. Nur in Sammelbänden und Nachschlagewerken fanden sich knappe Skizzen. Das änderte sich 2009 im Zusammenhang mit einer in Stuttgart vom Haus der Geschichte Baden-Württembergs eingerichteten Ausstellung, die Besucher wiederum mit dem Titel „Mythos Rommel“ einlud. Im Werbetext wurde wünschenswert klar geschrieben, dass dieser Mythos schon Produkt nationalsozialistischer Propaganda war, der Rommel sich „bereitwillig zur Verfügung“ stellte und von der er sich „mit großem Erfolg zur Ikone aufbauen“ ließ. Unter der Federführung des Freiburger Militärhistorikers Jürgen Förster entstand der Band „Geschichte und Mythos“ mit Beiträgen eines Symposiums, das sich mit der realen Biographie des Generals ebenso befasst hatte wie mit den von ihr gelieferten Bildern.

Der strahlende Stern

Für zwei Kontroversen bietet Rommels Leben reichlich Stoff. Die eine betrifft seine Leistungen als Militär und die Frage, ob die nicht aus propagandistischen Gründen von der Wehrmachts- und der britischen Propaganda maßlos überhöht wurden. Daran existierte aus unterschiedlichen Gründen da wie dort Interesse. Den Deutschen kamen die Erfolge der Panzertruppen in Nordafrika besonders recht, als der Feldzug gegen die Sowjetunion 1941 in die Niederlage vor Moskau gemündet war. Deren Ausmaß und Folgen sollten der deutschen Bevölkerung verborgen bleiben. Die las 1942 in Wehrmachtsberichten über Monate von den kaum Raumgewinn eintragenden Kämpfen auf der Krim, um Sewastopol und auf der Halbinsel Kertsch. Auch von anderen Frontabschnitten waren Siege nicht zu melden. In Nordafrika belagerten deutsch-italienische Truppen Tobruk noch immer vergeblich. Dann jedoch, am 28. Mai 1942, gab eine Sondermeldung den Beginn einer Offensive bekannt, am 21. Juni wurde die Eroberung Tobruks mitgeteilt, dann das Vordringen auf ägyptischen Boden bis zur „letzten Stellung“ vor Alexandria.

Vor diesem Hintergrund ging Rommels Stern auf und erstrahlte. An diesem Junitag las man seinen Namen das erste Mal in einem Wehrmachtsbericht. Dort tauchte er entgegen allem Lärm um das Afrikakorps aber zunächst nicht mehr auf. Das geschah erst wieder 1943 nach der Kapitulation der ersten Regierung nach Mussolini, geführt von Pietro Badoglio, als von Rommel befehligte deutsche Truppen in Oberitalien die Soldaten des bisherigen Verbündeten entwaffneten und das Land besetzten. Nun war Rommels Name für einige Zeit in Zeitungsberichte und Filmaufnahmen gegenwärtig. Sein Ruhm schien merkwürdigerweise dann auch durch die Niederlage in Nordafrika unbeschädigt. Während deren letztem Kapitel, das sich auf tunesischem Boden vollzog, hatte er das Korps schon nicht mehr befehligt. Jedoch waren Wochenschaubilder bei vielen in Erinnerung, die Rommel als

„seinen“ Soldaten besonders eng verbundenen Krieger gezeigt hatten, der sich selbst an vorderste Front und in Gefahr begab. Lebendig blieben lange auch die Filmaufnahmen von der Exotik des Feldzuges am Südrand des Mittelmeeres. In den Kinos in der Heimat sah man Aufnahmen von „deutschen Afrikakämpfern“, die sich Hühnereier auf den heißen Platten ihrer Panzerfahrzeuge brieten, lieber als die ewig wiederkehrenden von fallenden Bomben und donnernden Geschossen.

Seit den Kämpfen im Norden Afrikas war Rommels Name auch bei den westlichen Kriegsgegnern bekannt. Und diese, vor allem die Briten, die einen Rückzug zu erklären hatten, besaßen Interesse daran, ihr Gegenüber als besonders starken und schwierigen Gegner darzustellen, was ihren schließlich errungenen Sieg aufwertete. Dabei war Rommels Korps nie auch nur annähernd in Reichweite des strategischen Zieles, des Suezkanals, gelangt. Kriegsberichte feierten in einer Serie noch den Vorstoß „Von Imimi bis El Alamein“, da hätte sie schon den Zusatz erhalten müssen „... und zurück“.

Im Herbst 1942 hatten die Briten die Oberhand auf ägyptischem Boden gewonnen, Dann waren die US-Amerikaner in Nordwestafrika gelandet. Das deutsche Korps drohte in einen Zangengriff zu geraten. Rommel erkannte, dass der Feldzug verloren war. Hitler und Goebbels wünschten nicht, dass ihnen der zum Helden aufgebaute Marschall abhandenkam. Er durfte im März 1943 auf den europäischen Kontinent zurückkehren. Die Masse seiner Truppen – nur einer Minderheit gelang die Flucht über das Mittelmeer – kapitulierte und geriet mit dem neuen Oberbefehlshaber in die rettende Gefangenschaft.

Militärbefehlshaber, die an der Front gegen die Rote Armee weit weniger an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren, nicht solche Mengen von Kriegsmaterial aufgegeben hatten, schickte Hitler auf Dauer, manche in Ermangelung von Ersatz zeitweilig, in Heimaturlaub. Rommel hingegen wurde im Mai 1943 beauftragt, vorbereitende Maßnahmen für den Fall des Kriegsaustritts Italiens zu ergreifen. Er erhielt, als die anglo-amerikanischen Truppen auf Sizilien landeten, den Oberbefehl über die in Norditalien operierende deutsche Heeresgruppe B. Dass er nach dem Rückzug aus Ägypten in des „Führers“ Ungnade gefallen sei, gehört mithin in das Reich der Legenden. Und ihn selbst drängte es nach erneuter Bewährung; er befahl, den badogliohörigen Banden“, „dem Gesindel“, das gestern Verbündeter war, keine Schonung zu erweisen.

Im Zentrum der Kontroversen

Die eigentliche Kontroverse, die über Rommels Biographie ausgetragen wird und in den Diskussionen um den neuen Film auflebte, betrifft jedoch die Frage, wie nah oder wie fern der Marschall 1944 den Kräften stand, die durch den Tod Hitlers den Weg zu einem totalen oder Teilfrieden frei machen wollten, weil sie den Krieg als Ganzes verloren gaben. Die sich immer wieder und gegen alle Argumente und Dokumente geltend machende Version sucht Rommel im Minimum zum Mitwisser, im Maximum zum Mittäter der Verschwörer des 20. Juli zu stilisieren, zu einem Hitler-Gegner, der auf den Erfolg der Akteure hoffte und sich ihnen danach zur Verfügung stellen wollte.

Während Claus von Stauffenberg und seine Gruppe den Militärputsch vorbereiteten, befehligte Rommel, dessen Hauptquartier sich im Seine-Bogen im Schloss La Roche Guyon nahe der Grenze zwischen der Ile de France und der Normandie befand, in Frankreich eine Heeresgruppe, die sich auf den Kampf gegen die erwartete Invasion vorbereitete. Als die Anfang Juni 1944 gelungen war, wurde Rommel bei einem Angriff von Tieffliegern auf sein Fahrzeug am 17. Juli verwundet. Auf die Nachricht vom Misslingen des Vorhabens, Hitler zu töten, reagierte er am 24. Juli in einem Brief an seine Frau mit den Worten: „Zu meinem Unfall hat mich das Attentat auf den Führer besonders stark erschüttert. Man kann Gott danken, dass es so gut abgegangen ist.“

Unterstellt man nicht, dass diese Sätze geschrieben wurden, um sich so etwas wie einen „Persilschein“ zur Abwehr von Verdächtigungen auszustellen, dann fällt es allein aufgrund dieses Dokuments schwer, den Marschall für einen Hitler-Gegner zu halten. Als gesichert kann hingegen gelten, dass er vorsichtige Werbungen, ihn für den Verschwörerkreis zu gewinnen, ablehnte. Zu ihm hat er keinen Kontakt hergestellt. So sahen vor Jahrzehnten auch seine Familienangehörigen seine Rolle

noch, die sich dabei auf Gespräche stützen konnten, die sie 1944 mitgeführt hatten, während er sich in seinem Haus in Württemberg von seiner Verwundung erholte.

Wie der Marschall dennoch in Verdacht geriet, den Umsturzplan unterstützt oder auch nur gekannt zu haben, wird ungeklärt bleiben. Da sind Historiker auf Mutmaßungen angewiesen, die sich einer Wahrscheinlichkeitsstufe nicht zuordnen lassen. Bis zu seiner Verwundung gehörte Rommel, was immer er über den Fortgang des Krieges denken und wünschen mochte, zu Hitlers militärischen Gefolgsleuten, deren Loyalität ungebrochen war. Die Frage, warum dieser Krieg bis in das Frühjahr 1945 dauerte, beantwortet sich auch an dieser Gefolgschaft, wiewohl der Mann die Phase der Agonie des Regimes nicht mehr erlebte. Er schluckte die Giftkapsel, die ihm sein Führer überbringen ließ.

Für den nun dem deutschem Fernsehpublikum offerierten Film gibt es eine Vergleichsmöglichkeit: Der früheste Film über den „Wüstenfuchs“ ist eine US-amerikanische Produktion aus dem Jahr 1943. Gedreht hatte „Five Graves to Cairo“ (Fünf Gräber bis Kairo) Billy Wilder, der 1933 von Berlin nach Paris geflohen und später in die USA gegangen war. Erich von Stroheim verkörperte den Generalfeldmarschall. Zwei Österreicher, der eine in Wien geboren, der andere dort aufgewachsen, beide Söhne jüdischer Eltern, schufen einen Film, der sich der damals üblichen Karikaturen von Nazis enthielt. Er zeigte Rommel als das, was er war: ein Vertreter des nazistischen Herrenmenschentums in Uniform.

junge Welt, Donnerstag, 01.11.2012, S. 10.

Lückenhaft

„Wissen was stimmt“ und in der Steigerungsstufe „Wissen was wirklich stimmt“ lauten die Reklamesprüche des Hörbuchverlages der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, dessen aktuelles Angebot zu Themen und Gegenständen der Weltgeschichte von den antiken olympischen Spielen über den Gang nach Canossa, Friedrich II. von Preußen und Christoph Columbus bis zum Nationalsozialismus reicht. Der Schwerpunkt der Editionen liegt bisher deutlich in der Geschichte des alten Griechenlands und Roms, doch erschien auch eine – wie alle: kompakte – Darstellung des Ersten Weltkriegs. Nun also: „Nationalsozialismus“. Die werbende Aufmachung verspricht auch Antworten auf die Fragen, ob Hitler nicht doch die Arbeitslosigkeit beseitigt hat und „die Nazis“ nicht doch eine Politik für die „kleinen Leute“ verfolgt haben.

Wer Enkeln das Hörbuch schenkt, bringt sie mit dem, was ihnen im Schulgeschichtsunterricht verabfolgt wird und den dort benutzten Büchern in keinen Konflikt. Das beginnt mit der strikten Verwendung des Begriffs „Nationalsozialismus (nebenher erwähnte Faschisten gab es in Italien) und betrifft auch die Vermeidung des Begriffs „Imperialismus“. Das Buch, das mit den Vorläufern der NSDAP einsetzt und mit der Erwähnung der 1945 eröffneten juristischen und politischen Auseinandersetzung mit Führern und Aktivisten des Regimes endet, lässt viele Kernfragen unberührt. Dagegen wendet der Autor von den für die Verlesung seines Skripts zur Verfügung stehenden 73 Minuten viel Zeit für Sekundäres wie Details zu den Themen SS, Auslandsorganisation der NSDAP, Lebensborn oder Stellung der Frau auf. Mit Vorliebe kehrt er wiederholt zu den abstrusen Thesen und Dogmen der Nazi-Ideologie zurück, denen gegenüber das Instrumentarium, das dem Regime wirklich eine stabile Massengefolgschaft sicherte, an den Rand rückt.

Wer nach Antworten auf den Platz der Diktatur in der Geschichte der deutschen bürgerlichen Gesellschaft, nach der Beziehung des zweiten (1939) zum ersten Eroberungszug (1914) und dem Verhältnis der jeweils verfolgten Ziele zueinander sucht, tut das vergeblich. Eine Abweichung vom Üblichen bildet die stark angestaubte Darstellung der Rolle Hitlers, der als der Schöpfer der Geschichte erscheint. Das schont freilich den Anteil der Eliten für den Weg in die Katastrophen. Namen von Militärs fallen – unerklärt – nur, wenn am Schluss der Nürnberger Prozess erwähnt wird. Dass das Hitlerkabinett 1933 mehrheitlich aus konservativen Politikern bestand, wird nicht erwähnt. Und von den Größen der Wirtschaft heißt es, dass sie, von Ausnahmen abgesehen, auf die NSDAP in der Weimarer Republik erst aufmerksam wurden, als sie sich wegen deren Einfluss mit ihr gutstellen mussten.

Genug, wenn erwähnt wird, dass die Zahl von drei Millionen in Auschwitz Umgebrachten „wirklich nicht stimmt“, eine Angabe, derer sich Revisionisten bedienten, um Fakten in Zweifel zu ziehen und ihre Lügen glaubhaft zu machen. Der Abschnitt Holocaust wird der Devise vom stimmenden Wissen am wenigsten gerecht. Das Massenmorden begann nicht am 1. September 1939, auf den erst noch der auch verbrecherische Madagaskarplan folgte, und seine ersten Opfer waren seit dem Sommer 1941 Zehntausende Bürger der Sowjetunion. Mit diesen Ergänzungen und Korrekturen steht der Aufnahme der Scheibe in die Schulbibliotheken hierzulande jedenfalls von Staats wegen nichts im Wege.

Volker Koop: „Nationalsozialismus“, auditorium maximum, 73 Min., 12,90 Euro.

Ossietzky, 23/2012, 10. November 2012, S. 909-910.

Solange kein Name gefallen ist ...

Gedanken zum 9. November – Wer ist schuld am Unwissen über die Verfolgung der Juden in der Nazizeit

Wieder steht ein 9. November und mit ihm ein hoch geschichtsbeladener Tag für die Deutschen an. An jenem Tag 1918 begann die Revolution, mit der die Geschichte des (zweiten) deutschen Kaiserreichs endete und der Weg in eine bürgerliche Republik freigemacht wurde, die zur Hälfte Resultat der Gegenrevolution war. Eine solche wurde fünf Jahre, wieder an einem 9. November, von Hitler und dem kaiserlichen General Ludendorff erneut versucht, scheiterte aber schon in den Straßen Münchens.

Dann ist da der 9. November 1989, für den sich der Terminus „Mauerfall“ einbürgerte, was an einen Unfall auf einer Baustelle erinnern kann oder auch an einen Abriss. Tatsächlich ereignete sich da die Aufhebung der seit 1961 existierenden totalen Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs an den Grenzen der DDR. Es begann der Abriss eines Staates, was manchen als ein Volkssieg gilt, anderen als das Produkt einer Gegenrevolution.

Zwischen beiden der 9. Novembertag 1938, Tag des reichsweiten antijüdischen Pogroms, mit dem die seit 1933 staatlich gelenkte und forcierte Verfolgung der Juden in die Etappe ihrer verschärften Vertreibung aus dem Reich trat, um es „judenfrei“ zu machen.

Wenn am 9. November 2012 eine Dringlichkeitsstufe der Erinnerung benannt werden sollte, dann müsste die Wahl wohl auf das Ereignis 1938 fallen. Dies wäre begründet durch die jüngst veröffentlichen Resultate einer Ermittlung, wie es die Bürger in der Bundesrepublik heute mit dem Antisemitismus halten, und das Fazit der Experten, dass antisemitische Einstellungen auf „schlichtem Unwissen über Juden und Judentum“ basieren würden. Ist die Schule daran schuld? Und wer oder was genauer: die Lehrpläne, die Lehrer, die Schulbücher oder lernunwillige Schüler? Am einfachsten und quellenfest lässt sich die Frage für die Schulbuchliteratur entscheiden. Bei deren Durchmusterung sind zwei „Schwachstellen“ in der Darstellung der Judenverfolgung im Nazireich vor dem Krieg erkennbar.

Die eine betrifft die Frage, ob dieser Antisemitismus Interessen bediente. Die Mehrheit der Schulbuchautoren legt zumindest den Gedanken nahe, dass es irgendwelche Nutznießer gegeben haben müsse. In mehreren Darstellungen wird „die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ und für 1938 auch die Vertreibung „aus den letzten Positionen der Wirtschaft“ erwähnt. Etwas kryptisch liest sich der Satz in einem für die Oberstufe bestimmten Buch: „Neue systematische wirtschaftliche Ausbeutung brachten die umfangreichen ‚Arisierungen‘ jüdischer Betriebe seit 1937.“ Wer sich nicht bei der Frage aufhält, wer da von wem nun ausgebeutet worden sein mag und noch dazu mit System, der erfährt weiter: „Firmen wurden zwangsenteignet, unter Wert in erzwungenen Notverkäufen an Deutsche veräußert oder ‚arischen‘ Treuhändern überstellt.“ Besonders wertvoll ist in diesem Satz die Wendung „an Deutsche“, als wären die Beraubten nicht auch Deutsche gewesen.

Die sich dem konkreten Geschehen am weitesten annähernde Feststellung findet sich in einem „Unterrichtswerk für Geschichte“ mit der Überschrift „Das waren Zeiten“: „Partei, Industrie und Handelskammern zwangen die jüdischen Besitzer, ihre Geschäfte und Gewerbebetriebe zu Spottpreisen an ‚Arier‘ zu verkaufen.“ Nun ließe sich diese Kühnheit freilich mit der Feststellung einer Figur Brechts relativieren: „Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert.“ Und auch könnte man einwenden, ob nicht etwas für den aktuellen Kampf gegen den Antisemitismus hierzulande gewonnen wäre, wenn Ross und Reiter der „Arisierung“ benannt würden. Jedenfalls doch jene Horizonterweiterung, die beispielsweise mit dem Blick auf den heutigen Antisemitismus und Organisationen, in denen er mehr oder weniger versteckt gepflegt wird, zu fragen: Gibt es vielleicht Interessen, die von diesen Zusammenschlüssen bedient werden? Und machen die sich auch in den hartnäckigen Weigerungen geltend, die Neonazis (an denen so viel Neo nicht ist) zu illegalisieren?

Wenden wir uns nun der zweiten „Schwachstelle“ in den durchmusterten Schulgeschichtsbüchern zu. Sie betrifft das Verhältnis der nichtjüdischen Deutschen zu den deutschen Juden. Haben die zu

„Ariern“ ernannten Deutschen an den Verfolgungen teilgenommen, sie begrüßt, ihnen zugestimmt oder sie einfach desinteressiert hingenommen? Die sogenannte Goldhagen-Debatte zeigte Mitte der 90er Jahre, dass ein erheblicher Teil der Nachgeborenen in der Bundesrepublik glaubt, wenn er den (anonymen) Vorfahren vernichtende Zensuren erteilt, die richtige Haltung zum „dunkelsten Kapitel“ deutscher Geschichte eingenommen zu haben. Hier ist deutlich ein Interesse im Spiel, das Befriedigung sucht und die Aufnahme der Thesen des US-amerikanischen Soziologen begünstigte.

In den Schulbüchern nun wird mit Bezug auf den Pogrom geschrieben: „Bemerkenswert ist, wie viele ‚normale‘ Deutsche sich in den Sturmtrupps der SA an Brutalitäten beteiligten, ohne Schuld zu empfinden. Die große Mehrheit tolerierte die Vorgänge mit Schweigen.“ In einem in Mecklenburg-Vorpommern benutzten Buch wird zum Foto mit der Ortsaufschrift Greifenberg/Oberbayern und dem Schild „Juden sind hier unerwünscht“ (Gab es in den Ostseebädern keine solche Schilder?) den Schülern die Aufgabe gestellt: „Schließe aus dem Bild auf die Haltungen der nichtjüdischen Bürger.“ An anderer Stelle heißt es „Breiter Widerspruch der Bevölkerung gegen die sich steigernde Entrechtung und Ausgrenzung der Juden blieb aus. Den wenigen Fällen von Hilfe und Solidarität mit jüdischen Mitbürgern standen massenhafte anonyme Anzeigen von deutschen ‚Volksgenossen‘ gegenüber, die ihre Mitmenschen denunzierten.“ Nirgendwo eine Übersicht über die Abgestuftheit der Verhaltensweisen und deren Ursachen, die ideologischer, opportunistischer und anderer Natur waren. Und warum eigentlich ist unter den vielen Aufgaben, die die Verfasser stellen, nicht jene: Vergleiche das Verhalten deiner Urgroßeltern gegenüber Juden mit deinen Beobachtungen heutigen Verhaltens zu Juden, Arabern, Afrikanern und mit den Urteilen über Fremde in deinem Freundes- und Bekanntenkreis.

Am Ende eines Buches für sächsische Schüler wird geraten, sich selbst auf die Spur zu begeben, sich mit der Geschichte der eigenen Familie zu befassen, Zeugnisse in alten Fotoalben zu suchen und zu erfragen, welches Schicksal Verwandte durch Verwundungen, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung erlitten haben. Das nun wiederum bedient die Sicht der Deutschen als Opfer.

Zuletzt noch: In einem vom Verlag Volk und Welt herausgegebenen Buch wiederum ist zu lesen, dass in der DDR der Massenmord an den Juden „in den Hintergrund“ gedrängt worden sei, „gegenüber dem Unrecht an den Kommunisten und den überfallenen Völkern“. Das ist offenbar als Wiedergutmachung gedacht. Denn in einem vom einst volkseigenen Verlag 1988 herausgegebenen Geschichtsbuch steht deutlich, Name und Adresse nennend: „Bei der ‚Arisierung‘ der Betriebe griffen die Konzerne und Großbanken kräftig zu und erwarben billig Millionen Besitze. Flick z. B. übernahm die Petscheck-Konzerne, die reiche Braunkohlenvorkommen in Mitteldeutschland und im annektierten Sudetengebiet besaßen.“

Die Zitate stammen aus Schulbüchern der Verlage Buchner, Westermann, Cornelsen, Diesterweg sowie Volk und Wissen.

Neues Deutschland, 3./4. November 2012. S. W7.

Eine antifaschistische Tat

Zum Tode von Walter Nowojski

Woher er die Kraft beziehe, die Arbeit weiterzuführen, und ob sie ihn nicht manchmal verließe, ist der 80jährige im Mai 2012 bei einer Veranstaltung in dem seinem Lebensort Eichwalde benachbarten Wildau gefragt worden, wo er sich im Volkshaus dem Gespräch mit einem halben Hundert Zuhörer stellte. Wenn er es nicht zu Ende bringe, sei seine Antwort gewesen, werde es nach ihm niemand mehr machen. Und darauf gefragt, wieviel Jahre ihn diese Kärrnerarbeit, die er vor mehr als einem Vierteljahrhundert begonnen hatte, noch ausfüllen werde, gab er vier an. Die sind ihm nicht geblieben. Am 9. November ist er verstorben.

Die Rede ist von Walter Nowojski. Fällt sein Name, ist sogleich auch der eines anderen aufgerufen, nämlich der des Romanisten, Hochschullehrers, geschundenen Juden und Antifaschisten Victor Klemperer. Begegnet sind sich die beiden zum ersten Mal im Jahr 1947. Noch nicht persönlich. Doch Walter, der sich damals, er war 16 Jahre, auf den Arbeiterkindern durch die demokratische Bildungsreform in der sowjetischen Besatzungszone eröffneten Weg des Lernens machte, kam ein Band in die Hände, der auf dem damals schmalen Büchermarkt erschienen war. Seinem merkwürdigen Titel „LTI“, einer Abkürzung für „Lingua Tertii Imperii“ war erläuternd hinzugefügt: „Notizbuch eines Philologen“. Das Buch, dessen 24. Auflage im Jahr 2010 erschienen ist, wurde so etwas wie die unverordnete Pflichtlektüre des Teiles der in Ostdeutschland Heranwachsenden, einer Minderheit freilich, die an Schulen und Hochschulen oder in einer Berufsausbildung den begonnenen Weg in neue gesellschaftliche Zustände mitgestalten wollte und sich auf ihm auch mit Antworten auf Fragen rüstete, die aus Eindrücken und Erlebnissen ihrer frühen Kindheit und Jugend herrührten, als über Deutschland die Hakenkreuzfahnen geweht hatten.

Kärrnerarbeit

Dann ist Walter Nowojski, der die Arbeiter- und Bauernfakultät in Berlin absolvierte und ein Studium der Philologie begann, dem Autor in Persona begegnet. Klemperer, der in Dresden, Halle und Berlin Vorlesungen hielt, wurde einer seiner Lehrer. Da war noch nicht ausgemacht, welchen Platz dessen Vorleben und Arbeit in der Biographie Nowojskis einst einnehmen würde. Die Arbeitsstätten des Hochschulabsolventen wurden zunächst ein Verlag, dann Rundfunk und Fernsehen und im Jahre 1975 der Platz des Chefredakteurs der vom Schriftstellerverband der DDR herausgegebenen Zeitschrift Neue Deutsche Literatur.

Was der Mann in diesen Jahren immer schon geleistet hatte, verblasst hinter dem Verdienst, das er sich mit der Kärrnerarbeit erwarb, die er auf den Nachlass des Victor Klemperer wandte, den die Landesbibliothek in Dresden verwahrt. Seinen Kern bilden Tagebücher, die der Romanist ohne Anzeichen von Ermüdung geschrieben hatte und für die Jahre von 1933 bis 1945 zudem mit dem Vorsatz, von einer Zeit zu berichten, deren Geheimnisse auf Jahre und Jahrzehnte hinaus Menschen noch beschäftigen mussten.

Editorische Meisterleistung

In den 1980er Jahren, noch im Nebenamt, begann Nowojski, unterstützt von Klemperers Witwe, das Hinterlassene zu entziffern – das erscheint angesichts der Handschrift des Autors und der Qualität der benutzten Papiere der angemessenere Ausdruck als der meist gebrauchte der Transkription. Nowojski begann mit den Aufzeichnungen der Jahre der Naziherrschaft. Die Frucht der Arbeit lag in zwei 1995 erschienenen Bänden vor. Sie erhielten als Titel ein Zitat aus dem Notierten, das den Antrieb des Schreibenden verrät, der nicht wusste, ob ihm am folgenden Tag noch eine Feder bleiben würde. „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten“. Damit lag ein Blick in die Jahre vor, der ebenso durch die Genauigkeit verblüffte, mit der das Detail des Alltags wahrgenommen und geschildert worden war, wie mehr noch durch die Analyse, durch die Kommentare mit treffenden Urteilen, durch scharfsinnige Charakteristika von Ereignissen und Personen, aber auch mit den wiederkehrenden Zweifeln an der Allgemeingültigkeit des Gesehenen oder Gehörten.

Dass Nowojski diese Quelle historisch interessierten Lesern zugänglich gemacht hat, ist eine wissenschaftlich-editorische Meisterleistung, für die sich nur wenige Vergleiche finden dürften, der von der Arbeit eines Einzelnen zeugt, von der Einsamkeit eines Langstreckenläufers. Und es war diese Arbeit – auch im Selbstverständnis des Mannes, der sie verrichtete – eine antifaschistische Tat. Wer in Klemperers Aufzeichnungen las oder liest, wusste oder weiß besser als zuvor, was er in deutscher Geschichte nicht wiederkehren sehen will, und sah oder sieht sich durch die Frage herausgefordert, wie das erreicht und gesichert werden könnte.

Die beiden Bände von 1995 waren erst der Start. Es folgten die Tagebücher aus den Jahren 1918 bis 1932 unter dem ebenfalls Klemperer zitierenden Titel „Leben sammeln, nicht fragen, wozu und warum“ und 1999 die aus den Jahren 1945 bis 1959 (dem Jahr vor Klemperers Tod), denen sein Urteil als Titel voranstand: „So sitze ich denn zwischen allen Stühlen.“ Das muss nicht wörtlich und nicht als Dauerzustand verstanden werden. Klemperer saß nicht nur auf romanistischen Lehrstühlen mehrerer ostdeutscher Universitäten, auf dem eines Mitglieds der Volkskammer in der Fraktion des Kulturbundes und auch auf Sitzgelegenheiten in Versammlungen der Sozialistischen Einheitspartei, deren Mitglied er war.

Dank von vielen

Als die Tagebücher gedruckt vorlagen, dazu erneut der gegen Ende der DDR schon herausgegebene Band mit Klemperers Erinnerungen an die Kaiserzeit, dazu eine gekürzte Ausgabe der Notizen der Jahre 1933 bis 1945 für junge Leser, hätte es Nowojski genug sein lassen können. Nur war da sein Wissen, dass er das Ganze wegen seines Umfangs nicht hatte zugänglich machen können. Er schuftete weiter. 2007 erschien das schon Gedruckte mit allen Kürzungen in einer digitalisierten Fassung und das in vorbildlich aufgeschlossener Form bis hin zu weitläufig recherchierten Biographien von Personen, die Klemperer erwähnt hatte, Ermordeten und Überlebenden des Holocaust zumeist. Dazu Erklärungen zu nicht entschlüsselten Ereignissen, sowie eine Chronik der Judenverfolgungen in Dresden.

Zu alledem hat Nowojski eine Kurzbiographie Victor Klemperers geschrieben und sich eines weiteren Nachlasses angenommen, dem des ihm befreundeten Rudolf Hirsch. Dessen Bekanntheitsgrad vom Erzgebirge bis nach Usedom war durch seine sozialkritischen Gerichtsreportagen entstanden, gedruckt in der Wochenpost, der Zeitschrift mit der Spitzenauflage unter allen Erscheinungen dieser Art in der DDR. Hirsch, der aus einer westdeutschen jüdischen Familie stammende Kommunist, der aus Deutschland fliehen musste, auf abenteuerlichem Weg nach Palästina gelangte, später in die DDR kam, hatte unvollendete Lebenserinnerungen hinterlassen, Nowojski hat sie zu Ende geschrieben.

Dem nun Verstorbenen haben viele Dank zu sagen. Niemand mehr als die Historiker, und unter ihnen wieder die Spezialisten der Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus. Um wieviel ärmer wären unsere Vorstellungen, namentlich die der Nachgeborenen von jenen längst vergangenen Jahren ohne die Zeugnisse Klemperers. Das Material für sein Denkmal hat der Gelehrte selbst angehäuft, Nowojski hat es ihm errichtet und sich selbst darauf auch einen Platz verdient und nicht auf dessen Sockel.

junge Welt, Montag, 19.11.2012, S. 13.

Auf dem Weg zu einer Geschichte Berlins unter dem Hakenkreuz

So häufig Berlin in Büchern, verschiedensten Abhandlungen und Zeitungsaufsätzen, wenn es um die Geschichte der faschistischen Herrschaft in Deutschland geht, erwähnt wird, Ereignisse, Episoden, Vorkommnisse und Personen benannt werden, es gibt bis heutigen Tages keine bündige Geschichte der Reichshauptstadt in den zwölf Jahren, während denen, wenn an deren Ende auch immer weniger, in der Stadt die Hakenkreuzfahnen wehten. Der eben erschienene Band kann diese Lücke nicht schließen, doch auf dem Wege zu einer solchen Darstellung ist er ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt. Was vorgelegt wurde, ist nicht Produkt der Arbeit einer kooperierender Forschergruppe, sondern die systematisierte Vereinigung von Abhandlungen, die durch ihre Ergebnisse weiteren Forschungen Anstoß und Anregungen geben können, auch weil sie zugleich Lücken unseres Wissen hervortreten lassen.

Die nahezu zwei Dutzend Abhandlungen im üblichen Umfang wissenschaftlicher Aufsätze reichen von der Entstehungsgeschichte der Nazipartei in der Weimarer Republik bis zum Leben der Berliner im Kriege Kriegsende und da insbesondere zur Schilderung des Bombenkrieges. Die Beiträge wurden sieben die Inhalte signalisierenden Titeln zugeordnet (Machtübernahme, Herrschaft und Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Terror und Verfolgung, Krieg). Faktenreichtum und Sachlichkeit sind die hervorstechenden gemeinsamen Merkmale aller Abhandlungen. Mehrfach geht es den Autoren darum, vergleichend herauszuarbeiten, was im Geschehen in der „Reichshauptstadt“ gleich oder ähnlich wie in anderen deutschen Großstädten verlief und inwiefern sich Entwicklungen voneinander unterschieden. Populär gewordene Bilder oder Klischees wie die vom „roten Berlin“ oder vom Berlin des Jahres 1945 als einem einzigen Trümmerhaufen werden von den Autoren auf Prüfstände gestellt. Verzichtet wird durchweg auf Abschweifungen ins Ausschmückende und Polemische, was heißt, wer sich auf den Band einlässt, muss nicht fürchten, auf jene Unterhaltung zu treffen, die sich in vielen Stadtgeschichten finden lassen und zu denen Fernseh-Dokumentationen und selbst Spielfilme bei aller Grausamkeit des Dargestellten mehr und mehr verkommen sind.

Zu dem, was durch weitere Forschungen aufzuklären bleibt, gehört vor allem der Alltag des arbeitenden Berlin vor und dann im Kriege. Das dazu Vorgestellte fügt sich nicht zusammen und ist auch im Einzelnen blass und lückenhaft. Das gilt im Besonderen für die Darstellung der Wohnverhältnisse. Was über Architektur und Bauwirtschaft ausgeführt wird, ist mit Angaben zu Geschichte der beteiligten Institutionen und Personen und der Geschichte der Repräsentationsbauten überfrachtet, vermag aber von den tatsächlichen Folgen der drastischen Einschränkung des Wohnungsbaus zugunsten von Rüstungs- und politischen Prunkbauten nur eine schwache Vorstellung zu vermitteln. Ähnliches gilt für die materiellen Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sowie für die Gestaltungsmöglichkeiten der mit der Verlängerung des Arbeitstages immer knapper werdenden Freizeit. Dieser Mangel betrifft jedoch auch das ganz andere Dasein der begüterten und reichen Bürger Berlins. Dennoch und ohne das dies herausgestellt werden würde: so lückenhaft die Bilder vom Alltag in den Arbeitsstätten und den Wohnbezirken auch sein mögen, das Wenige liefert schlagende Argumente gegen die Legende von der faschistischen Herrschaft als einer „Wohlfühl-“ – oder „Konsensdiktatur“. Von der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung heißt es, dass sie „erst um 1938 annähernd wieder das Niveau von 1928 erreichte“ und das trotz längerer Arbeitszeiten. (S. 839) An anderer Stelle wird festgestellt: „Die Bruttowochenverdienste erreichten 1938 noch immer nicht den Vorkrisenstand.“ (123)

Zu den Anregungen, die aus dem Band zu beziehen sind, gehört auch die knappe Erwähnung des Themas der Berliner Kriegsgewinnler, die von den großen bis zu kleinen Unternehmen reichten, wobei die Profite und Gewinne teils aus den Kriegsaufträgen der Wehrmacht und anderer Auftraggeber des Staates für die traditionellen Produktionsstätten herrührten, teils aus der Übernahme von Betrieben in besetzten Ländern oder der dortigen Errichtung eigener Filialen und auch aus der Verlagerung der Produktion in Reichweite der Ghettos im Warthegau, Generalgouvernement und im Baltikum.

Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), Berlin 1933-1945, Siedler Verlag München 2013, 495 S.

Statt Freiheit kam die Restauration

Der Befreiungskrieg von 1813 – Zur Krux des Gedenkens an ein vermeintlich nationales Ereignis

Das also hätten wir hinter uns gebracht. Es ist so schlimm nicht gekommen, wie manche befürchteten. Bestätigt hat sich die Vermutung, dass die Bayern, Badenser, Württemberger und mehr noch die Bewohner einiger Hansestädte mit dem Manne, der vor 300 Jahren in Berlin geboren worden war und als König den Beinamen „der Große“ erhielt, keine besonderen Sympathien und kaum ein Interesse verbindet. Das Ereignis ließ sich bundesweit weder ideologisch noch historisch-politisch ausbeuten und obendrein schlecht vermarkten.

Die Jahrestage gehen uns indes nicht aus. 2013 ist nicht nur an die Stalingrader Schlacht und deren Folgen zu erinnern, sondern an ein – da hakt die Tastatur schon beim Buchstaben „n“ – nationales Geschehen, das 200 Jahre zurückliegt und sich zutrug, als Friedrich II. von Preußen bereits 27 Jahre tot war. Die Rede ist vom so genannten Befreiungskrieg. Das „so genannte“ zitiert Karl Marx, aus dessen 1870 geschriebener Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über den Deutsch-Französischen Krieg. Darüber jedoch später.

Zunächst: Diesmal richtet sich die Erinnerung nicht auf das glücklich verlaufene Ende eines Wochenbettes, nicht nur auf Stunden eines Tages, sondern auf eine Folge von Ereignissen über ein ganzes Jahr hin. Da wären zunächst der 16. und 17. März 1813, als Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. dem Franzosenkaiser faktisch den Krieg erklärte und sich mit einem Aufruf an seine Untertanen wandte, die er mit „mein Volk“ anredete. Der Großneffe Friedrichs II. war nicht darauf aus, sich mit Kriegsruhm zu bedecken. Mehr noch: Es war ihm bis dahin gelungen, sich aus blutigen Händeln herauszuhalten. Und als er es 1806 dann doch wagte, kam es zu den vernichtenden Schlägen von Jena und Auerstedt, worauf er in die äußerste Nordostecke seines Landes floh und sich im ostpreußischen Tilsit einem schmählichen Friedensdiktat unterwarf. Das bezahlten Tausende Landeskinder fünf Jahre später, an den Eroberer gleichsam verkauft, während des Feldzugs der napoleonischen Grande Armée nach Moskau und zurück mit dem Leben.

Erst nachdem Friedrich Wilhelm III. von „Patrioten“ gedrängt wurde, begann, was die einen die Befreiungskriege, andere kurz den Freiheitskrieg heißen und Marx den „Unabhängigkeitskrieg gegen den ersten Napoleon“ nannte. Ein weiteres „Verdienst“ hatte dieser Hohenzoller seiner Biografie nicht hinzugefügt – will man als solches nicht die Stiftung des Ordens Eisernes Kreuz am 10. März 1813 im Schloss zu Breslau ansehen. Dieses ist in deutschen Kriegen wieder und wieder verliehen worden, zuletzt in dem 1939 entfachten, nun versehen mit dem Hakenkreuz. Daran klebte das Blut eines verbrecherischen Krieges, was nicht zur Folge hatte, dass auch im westdeutschen Staat – wie im ostdeutschen – das Tragen dieser Kriegerdekoration in der Öffentlichkeit verboten worden wäre; nur das Nazisymbol musste, gemäß einer Order der Alliierten 1947, daraus entfernt werden. Überdauert hat die Zeiten indes noch ein weiteres Werk des dritten Friedrich Wilhelm. Die Bundeswehr spielt als Präsentiermarsch, wem immer die Ehre zuteilwird, die Melodie, die er in der Jugend komponierte. Ab Frühjahr also wird der wechselvollen Schlachten und Gefechte gedacht, in welche preußische und russische Truppen im Kampf gegen die Armeen Napoleons gerieten. Sie fanden vorwiegend auf sächsischem Boden und in der Lausitz statt. Eröffnet wurden sie am 5. April 1813 bei Möckern im Fläming und fortgesetzt am 2. Mai bei Halle, bei Großgörschen, einem Ort zwischen Leipzig und Weißenfels, am 5. Mai bei Gersdorf, am 20./21. Mai bei Bautzen, tags darauf nahe Reichenbach, zwölf Kilometer westlich von Görlitz, schließlich am 4. Juni bei Luckau. Im Ganzen verlief der Frühjahrsfeldzug für die antinapoleonische Koalition nicht sehr erfolgreich.

So richtig losgehen werden die Gedenkfeiern im Spätsommer. Den Auftakt werden die darin Geübten in Großbeeren machen, dem Ort, wo der Plan Napoleons, Berlin zurückzuerobern, am 23. August 1813 scheiterte und sich Jahr für Jahr Männerscharen zu historischen Kriegsspielen und viel schaulustiges Volk versammeln. Das drei Tage später fällige Jubiläum der Schlacht am Fluss Katzbach wird am historischen Orte (heute Polen) wohl nicht begangen werden; weitgehend außer Gebrauch geraten ist inzwischen auch die Redewendung „Ran wie Blücher an der Katzbach“.

Einen weiteren Tag später wäre dann in Dresden an die Schlacht zu erinnern, welche die inzwischen durch Österreich verstärkten russisch- preußischen Verbündeten gegen Napoleons Armeen austrugen. Der erfocht dort einen seiner letzten Siege, gleichwohl er den Kriegsverlauf nicht zu wenden vermochte. Der Niederlage der Verbündeten wegen gibt es dort, anders als in Großbeeren, weder einen Gedenkturm, noch eine Gedenkpyramide oder einen Obelisken. Das Feiern in Dresden hätte zudem einen Haken: Sachsens König Friedrich August I. brauchte lange, bis auch er sich, den anderen deutschen Fürstlichkeiten folgend, gegen Napoleon stellte. Und wer zu spät kommt, den bestraften die Verbündeten mit Gefangenschaft. Die verbrachte Friedrich August im noblen Schloss in Friedrichsfelde, heute ein Kleinod im Berliner Tierpark. Mit dem Friedensschluss 1815 fielen weite Teile des sächsischen Territoriums Preußen zu. Das erschwert gedenkenden Rückblick im Freistaat.

Indessen: Es folgte Leipzig! In der Schlacht vom 16. bis 19. Oktober 1813, die als Völkerschlacht in die Geschichte einging, erlitten Napoleons Truppen eine Niederlage, von der sie sich nicht mehr erholten. Mit dem Namen Leipzig verbindet sich das Ende seiner Herrschaft in deutschen Landen. Ein Jahrhundert später, 1913, erhielt die Stadt jenes Monstrum von Denkmal, in dessen Ruhmeshalle vier Totenwächter stehen, welche die angeblichen Tugenden der Deutschen – Tapferkeit, Glaubensstärke, Volkskraft, Opferbereitschaft – symbolisieren. Es verging kein Jahr bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, als diese wieder gefordert wurden. Breslau, wo das herrschaftliche Zeichen zur Eröffnung des Befreiungskrieges 1813 gegeben worden war, kam mit dem Bau der „Jahrhunderthalle“ besser weg. Doch wurden das Denkmal nahe der Pleiße wie die Halle an der Oder auf Jahrzehnte Treffpunkt für deutsche Nationalchauvinisten.

Befreiungskrieg? Vor zwei Jahrhunderten endete nach blutigen Kämpfen eine Fremdherrschaft. Doch ersetzt wurde sie durch die restaurierte Herrschaft der alten sozialen und politischen Mächte und Personen. Auch die Welle nationalen Hochgefühls, die sich erhoben hatte, verebbte bald. Den Preußen wurde eine Hymne gedichtet, die mit den Worten anhebt: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben ...“ Schwarz-Rot-Gold war rasch wieder eingemottet. Die Volksmassen, die Demokraten und Reformer ließen sich um die Früchte ihrer Anstrengungen und um ihre Hoffnungen bringen. Zum Erbe jener Jahre gehörte auch ein immer aufs Neue von den Herrschenden genährter nationaler Hochmut und ein sich vererbender Franzosenhass. Schon in Heinrich von Kleists 1809 gedichteter Ode „Germania an ihre Kinder“ heißt es: „Dämmt den Rhein mit ihren Leichen! Schlagt sie tot! Das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht.“ Und Ernst Moritz Arndt schrieb: „Das ist des Deutschen Vaterland, wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind ...“

Doch es gab auch ein anderes Erbe. Es bestand, wie der junge Friedrich Engels 1841 schrieb, in der Tat der Massen, darin „dass wir uns bewaffneten, ohne die allergnädigste Erlaubnis der Fürsten abzuwarten, ja, die Machthaber zwangen, an unsere Spitze zu treten, kurz dass wir einen Augenblick als Quelle der Staatsmacht, als souveränes Volk auftraten, das war der höchste Gewinn jener Jahre“. In diesem Sinne ließe sich hierzulande womöglich doch noch mit Nutzen zurückblicken.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. Januar 2013, S. W7.

Über der Schwelle

Da war sie wieder. Die Doppelfrage, die sich am letzten Dezembertag in den ohnehin etwas unregelmäßigen Tagesablauf drängt: Was hat uns das alte Jahr gebracht, was wird das Neue bescheren? Teil eins ließ sich bei einiger Anstrengung des Gedächtnisses und einigem Aufwand an analytischer Kraft meist noch beantworten. Mit dem zweiten war es wie stets so eine Sache. Manches möchte man wissen, anderes lieber nicht. Völlig ahnungslos geht niemand über die Jahresschwelle. Doch manches Gedankengepäck sollte man lieber gar nicht mitnehmen.

Verlässt man den Kleinkreis von Familie und Freunden und richtet den Blick aufs Große und Ganze wird es mitunter schon vorab ärgerlich. Da ist zum Beispiel die Sache mit den bevorstehenden Jahrestagen, denen sich nicht entkommen lässt, will man nicht völlig auf das Lesen von Zeitungen oder das Hören gesprochener Nachrichten verzichten. 2013? Da hat vor zweihundert Jahren doch an drei Oktobertagen auf sächsischem Boden die Völkerschlacht stattgefunden. Das werden sich die Stadtväter zu Leipzig im Verein mit Hotelbesitzern, Gaststätteneignern und Museumsleitern nicht entgehen lassen. Die einen getrieben von Geschichtsbewusstsein, die anderen vom Blick in ihre Kassen.

Der Gipfel der Feierlichkeiten soll erreicht sein, wenn das kriegerische Gemetzel am historischen Ort möglichst realitätsnah aufgeführt werden wird. An Darstellern wird es nicht fehlen und generalgeprobt wurde schon 2012. Da kamen sie noch nicht aus aller Welt, aber unter anderem auch aus dem benachbarten Frankreich und Polen, historisch echt kostümiert, bewaffnet mit Säbeln, Gewehren und Kanonen und spielten mit Platzpatronen Krieg. Warum sie das täten, wurden sie von einer neugierigen Fernsehjournalistin gefragt. Und polnisch und französisch lauteten die Antworten übereinstimmend, weil sie so froh darüber seien, dass sie in einem Europa lebten, das keine Kriege mehr kennt und fürchten müsse. Und diese Freude drücken sie auf ihre Weise aus. Sie schmeißen sich, der Regie folgend, tödlich getroffen auf die sächsische Erde und sind eben – glücklich. Beim Gedanken an diese Zeitgenossen werden sich die Erwartungen an 2013, jedenfalls was Fortschritte auf dem weiten Feld der Aufklärung und Kultur anlangt, nicht eben hochschrauben lassen. Nur im Reich der Wohlgefühle soll sich das Programm der Leipziger Tage aber nicht erschöpfen. Es wird auch eine von Fachleuten gefertigte Ausstellung und eine wissenschaftliche Konferenz geben. Da lauern im übertragenen Sinne größere Gefahren als bei der Schlachtspielerei. Denn es kommt die Rede unvermeidlich, wollen sich die Veranstalter nicht des Vorwurfs der „weißen Flecken“ aussetzen, auf die Rolle der Sachsen in jenem Befreiungskrieg und die lag, wörtlich benotet, zwischen vorwiegend bis teilweise schändlich. Der sächsische König hielt zu Zeiten der später so genannten Völkerschlacht noch immer an der Seite Napoleons aus, was ihm dann eine Gefangenschaft eintrug, die er jedoch standesgemäß in jenem Schloss verbringen durfte, das nicht nur Berliner von ihrem Besuchen im Tierpark gut kennen. Seiner Hoheit Truppen kämpften bei Leipzig tatsächlich anfangs noch mit den anderen des Franzosenkaisers. Manche Sachsen liefen dann aber inmitten des Geschehens über und drehten Gewehre und Kanonen gegen jene um, die ihnen eben noch als Bundesgenossen gegolten haben mochten.

Jedenfalls ist der Hergang wie manches andere in Sachsens Geschichte während des 19. Jahrhunderts rühmlich nicht zu nennen. Jedoch: Gäbe das große Erinnerungsfest nicht Gelegenheit, beispielsweise einem in der Vergangenheitsbewältigung erprobten Mitglied der Landesregierung, am besten dem Ministerpräsidenten, sich für das einstige – urteilen wir nicht zu scharf und sagen wir – Fehlverhalten zu entschuldigen und damit die leidige Sache ein für allemal hinter sich zu bringen? Ob es dazu kommen wird, gehört zu jenem Paket von Unwissen, das wir in das Jahr 2013 mitgenommen haben. Gleiches gilt für die Frage, wieweit die aus dem geschichtlichen Jahr zu gewinnenden Lehren in Erinnerung gerufen werden. Zu ihnen zählt, dass das Volk, das die Befreiung vom Besatzungsjoch sich erkämpfte, um die Einhaltung der Versprechen betrogen wurde, die ihm die Herrschenden gemacht hatten. In den drastischen Worten eines Zeitgenossen lautete eine der Warnungen: Du sollst Dich nicht wieder bescheißen lassen.

Ossietzky, 2/2013, 12. Januar 2013, S. 39-41.

Mein Kandidat

Zweitausendzwölf war auf ganze 14 Tage zusammengeschrumpft. Da war die Zeit gekommen, da sich der staatstragende Deutsche fragt, ob er seiner Regierung beim Erfolgreichsein so geholfen hat, wie er sich das am Jahresanfang vorsetzte. Bei mir, nach eigenem Urteil, sah es damit nicht schlecht aus. Ausgenommen der noch immer nicht gefundene Vorschlag für das Unwort des Jahres. Da brachte mir überraschend die Fahrradpost ein Schreiben ins Haus, in dem sich auch dafür eine Lösung fand.

Bisher hatte ich, ohne mich entscheiden zu können, zu dem Wort Siedlungsstopp geneigt, jenem Nebelwort, das so hässliche Begriffe wie Land- oder Bodenraub vermeidet und verbirgt. Doch war das etwas angejahrt und würde daher wohl nicht in die Wahl genommen werden. Nun aber stand da schwarz auf weiß: *unglaubliches Behördenversagen!* Wieviel besser klang das als die abgenutzte und unpersönliche „Pannenserie", mit der bisher meist die Arbeit unserer Berufsverhüterli an den extremen Extremisten charakterisiert worden war. Versagen, das rückt sie mehr so ins Menschliche. Wer hätte vor einer Aufgabe, einer Herausforderung gar, nicht schon einmal versagt? Wer mag das Wort erfunden oder geschöpft haben? Ein Einzelner oder ein Team? Waren er oder sie nach strategischem Vorgehen darauf gekommen oder eher zufällig und beiläufig? Gegen letzteres spricht der sprachliche Feinsinn, der sich auch an anderer Stelle des Schreibens Bahn brach. Es sollte, um nun endlich Inhalt und Zweck des Textes zu benennen, von Politikern in einer Talkshow über dieses *unglaubliche Behördenversagen* debattiert werden und das mit historischer Tiefenschärfe. Das verrät schon das Datum der Veranstaltung, der vorletzte Januartag 2013. Ein Bogen würde also geschlagen werden vom 80 Jahre Vergangenen zum Gegenwärtigen. Eingesetzt werden würde, hieß es da, mit dem Beginn des *dunkelsten Kapitels* der deutschen Geschichte. Das hätte sich als Unwort-Vorschlag womöglich auch geeignet, wird es doch von den einen benutzt, die sich noch nicht zum Gebrauch von *Nationalsozialismus* durchringen können, und von anderen, die durch die Benutzung von *faschistischer Diktatur* sich nicht der Sympathie für den Kommunismus verdächtig machen möchten. Es ist nur – siehe oben – auch dieses *dunkle Kapitel* etwas angejahrt.

Also: *unglaubliches Behördenversagen.* Ach so! Der Fundort: eine Einladung der Bundesgeschäftsführung der Partei mit dem Namen Die Linke.

Ossietzky, 2/2013, 12. Januar 2013, S. 65-66.

Zwischen Be- und Verwunderung

Zu den editorischen Ereignissen der letzten Zeit gehört die Neuherausgabe eines Buches, das vor 77 Jahren in Straßburg gedruckt wurde und dann auf den französischen Markt gelangte. Autor des Buches ist der 1933 aus Deutschland emigrierte Journalist Maximilian Scheer. Er unterzog sich, unterstützt von zwei Mitarbeitern, einer wahren Kärrnerarbeit. Das geschah mit dem Vorsatz, zweierlei zu bewirken: die Aufklärung der Öffentlichkeit über das in Deutschland herrschende Terrorregime und eine Mobilisierung jenseits der deutschen Grenzen durch den Nachweis, dass die vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Machthaber mit dem Hakenkreuz auf Krieg und Eroberung ausgingen und in Europa niemand länger glauben solle, er könnte davon nicht betroffen sein.

Gestützt auf Informationen von Emigranten, fußend auf einer Durchmusterung der Zeitschriften und Zeitungen, die in Deutschland unter nazistischer Regie erschienen, der Auswertung von Rundschreiben der Nazi-Organisationen, amtlichen Statistiken und Gesetzen wird ein Bild von den Verfolgungen aller Regimegegner ausgebreitet, das den Zeitraum bis in das Frühjahr 1936 in den Blick nimmt. Aufgelistet werden die Zahlen der Inhaftierten in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, namentlich genannt werden die Hingerichteten und die in Todeszellen auf ihre Ermordung Wartenden, die Drangsalierungen, die auch Frauen und selbst Kinder nicht verschonen. Dazu die in wilden Aktionen der SA und bei Folterungen Umgebrachten, an Herzversagen Gestorbenen und diejenigen, die keinen anderen Ausweg sahen, als in den Freitod zu fliehen. Lange Namenslisten reihen die von ihren Arbeitsplätzen vertriebenen und in Scharen ins Exil gezwungenen Wissenschaftler auf. Erfasst sind die verbotenen oder geraubten Zeitungen der Arbeiter- und der bürgerlichen Presse. Geliefert wird die Bilanz eines weiter wütenden Schreckensregimes. Deren Veröffentlichung erledigt auch die aktuell in der Bundesrepublik herumgeisternde Legende von der „Konsens- und Wohlfühldiktatur“. Soweit die Bewunderung für das Werk Scheers, der sich 1940 mit seiner Familie aus Frankreich via Portugal in die USA retten konnte und von dort 1947 nach Deutschland und in die sowjetische Besatzungszone kam, wo er bis zu seinem Tode als Journalist, Redakteur bei Presse und Rundfunk, dann als freischaffender Schriftsteller und weltweit als Reisereporter arbeitete und sich weiteres Verdienst erwarb.

Die Verwunderung verursacht das Gesamtbild von diesem deutschen Staat des Jahres 1936, zu dem die Auswahl der Tatsachen zusammengeführt wird, die im Einzelnen freilich auf ihre Richtigkeit – von Vollständigkeit kann ohnehin die Rede nicht sein – zu überprüfen wären. Nach dieser Totale gab es in Deutschland die Machthaber, ihren Klüngel und ihre Büttel, Hunderttausende aktive Nazigegner und eine das Regime ablehnende, dumpf grollende Bevölkerungsmasse. Wie und warum dieses Zerrbild zustande kam, lässt sich vermuten. Will man es nicht als bloßes Wunschbild abtun, dann lässt es sich als das Resultat fehlender Informationen und womöglich der guten Absicht erklären, im Ausland Sympathie und Solidarität für die Widerstandskräfte zu bewirken. Doch auch das entschlüsselt nicht, wie angesichts des Abstimmungsergebnisses vom Januar 1935 im Saargebiet nicht von den 90 Prozent geredet wird, die „Nix wie hem“ wollten, sondern von den „unbewegten Gesichtern nach der Saarabstimmung“. Wozu aus einem Bericht zitiert wird: „Der Arbeiter trägt vor dem Gesicht jene starre Maske, die überhaupt für den deutschen Menschen so bezeichnend geworden ist.“ Da fallen einem Bilder von Zehntausenden beim Reichsbauerntag auf dem Bückeberg und bei anderen Kundgebungen Zusammenströmenden ein, die nicht zusammenbefohlen wurden. Nein, dies und schon der Titel des Bandes verfehlen die Tatsache, dass sich das Regime in kürzerer Zeit als das italienische eine Massenbasis hatte schaffen können, die ohne Terror so nicht hätte zustande kommen können, aber die es eben doch funktionsfähig formiert hatte. Merkwürdig, dass in den Vorworten von Lionel Richard und Katharina Schlieper darüber kein Wort verloren wird.

Maximilian Scheer: „Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht“, erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Laika Verlag, 405 S., 24,90 Euro.

Ossietzky, 3/2013, 26. Januar 2013, S. 106-107.

Es geht doch!

Reden zum Achtzigsten: Hochkarätig wurde gestern die Ausstellung „Berlin 1933“ eröffnet

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur“ am Mittwoch im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors hätte die Rednerreihe von Staats wegen nicht hochkarätiger besetzt werden können, es sei denn, jemand hat den salbungsreichen Zuspruch des Bundespräsidenten vermisst. Ein Beitrag des Freiburger Geschichtsprofessors Peter Steinbach wurde eingerahmt von Ansprachen Regierungsoffizieller. Den Anfang machte der Regierende Bürgermeisters der Stadt, in der auf den Tag genau vor acht Jahrzehnten – und nicht eben weit vom Veranstaltungsort – Adolf Hitler aus der Hand des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg die Ernennungsurkunde erhielt, die ihm die Reichskanzlerschaft auslieferte. Abschließend sprach die Frau Bundeskanzler.

Die Begrüßung der zu Wort Kommenden durch den Hausherrn Andreas Nachama zeigte an, was niemanden nach diesem zeitlichen Abstand mehr verwundert: Dieser deutschen Gesellschaft sind für das Jahr 1933 die Zeitzeugen ausgegangen, die wenigen ausgenommen, die ihr neuntes Lebensjahrzehnt hinter sich und meist auch nur Kindheitseindrücke von damals in Erinnerung haben.

Die drei Redner sind Nachgeborene der Jahrgänge 1948, 1953 und 1954. Die Jahre des Faschismus gehören nicht zu ihrer eigenen Geschichte, aber doch zu ihrer jüngeren Familienbiographie. Auf diese oder jene Weise könnten Erlebnisse und Erfahrungen der Eltern oder Großeltern vom Leben unter dem Hakenkreuz in Erzählungen zur Sprache gekommen sein. Davon zu berichten, hatte keiner von den dreien das Bedürfnis.

„Der Weg in die Diktatur“ ist also der Untertitel der Ausstellung, die von der Topographie des Terrors gefertigt wurde und sich auf die sechs Monate nach dem 30. Januar 1933 konzentriert. Das zielt ins Zentrum einer hinterlassenen Fragenmasse: Wie und warum konnte es geschehen? Oder, hält man sich an das Bild vom Weg: Wer hat diesen geplant, wer ist auf ihm vorangegangen, wer hat in folgend beschritten, wer vergeblich zu verbarrikadieren gesucht?

Das jeweils Gesprochene wich nicht weit voneinander ab. Für einen Bericht kann deshalb die Shakespeare’sche Devise gelten: „Nehmt alles nur im allen“. Alle Redner hatten sich der helfenden Stützen namhafter Geister versichert, zitierend oder doch angerufen wurden Friedrich Nietzsche, die Schriftsteller Theodor Wolff und Kurt Tucholsky, der französische Germanist und Diplomat André François-Poncet, Sebastian Haffner, der Romanist Victor Klemperer, der britische Historiker Ian Kershaw, der (west)deutsche Karl Dietrich Bracher und die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann. So war eine gewisse Belesenheit bezeugt, was indessen nicht bedeutete, dass beispielsweise Tucholskys Faschismusanalyse den gebotenen Erklärungen, die sich Analysen nicht nennen lassen, einen Gedankenweg gewiesen hätte.

Bedeutend kürzer war die Namensliste der benannten Akteure jenes Jahres, auf ihr figurierten Hitler, Göring, Goebbels, v. Papen und der Sozialdemokrat Otto Wels. Am häufigsten wurden die unpersönlichen Zeitgeister beschworen: falscher Glaube, Unwissenheit über das Kommende, mangelndes Vorstellungsvermögen, Ratlosigkeit, immer wieder Gleichgültigkeit, Schweigen, gar Selbstgleichschaltung. Und was lernt uns das? war die Frage aller Sprecher. Gebraucht werden Bürger, die für Menschenrechte eintreten und für Freiheit, starke Verteidiger der Demokratie und der Republik. Und davon, auch da ergaben sich keine Meinungsverschiedenheiten, hätte das Land nicht genug, könne es auch nie im Überfluss haben. Dem Sozialdemokraten Wowereit macht dieser Mangel mehr Sorgen als das Hervortreten einer Minderheit offener Nazis, klar auch sein Plädoyer für ein baldiges NPD-Verbot, während die Christdemokratin Merkel sich so genau auf Gegenwärtiges nicht einlassen wollte.

Einstimmigkeit herrschte im Hinblick auf das ehrende Gedenken der Opfer, der ermordeten Juden, dann auch der in Konzentrationslager verschleppten und umgebrachten Kommunisten und Sozialdemokraten und die Benennung der kulturfeindlichen Politik der Machthaber. Bei Erwähnung der Bücherverbrennung fielen die Namen Marx, Freud und Kästner.

Wer sich bisher nicht vorzustellen vermochte, dass man über diesen 30. Januar 1933 ohne die Benutzung der Worte Interessen und Motive und ohne die Beschreibung der sozialen Zustände in der bürgerlichen Gesellschaft der Weimarer Republik auskommen könnte, hat etwas verpasst. Es geht doch! Hervorgeholt wurde wieder die Geschichte von den wenigen, namentlich nicht benannten „alten Herren“ in Staat und Militär, die dem Hitler in die Wilhelmstraße verhalfen, wo ihn dann auch „mitwirkende“ Helfer stützten, nicht näher beschriebene Eliten und eben doch Teile der Volksmassen.

Das alles ließe sich, mochten die Zuhörer es als glaubwürdig und überzeugend annehmen oder als dürftig abweisen, doch immerhin verstehen. Hätte sich die Stimme des Historikers nicht verwirrend hineingemischt. Der hatte zur Beschreibung der Situation des Jahres 1933 das verhängnisvolle Existieren einer von ihm jedoch nicht näher beschriebenen „Schweigespirale“ entdeckt. Er hielt auch die Erkenntnis, dass der Irrsinn unter den Massen viel verbreiteter sei als unter einzelnen Individuen, dem Verständnis des Geschehens für förderlich, das sich ihm übrigens wesentlich auch aus Tagen der Rache zusammensetzte. Diese Beredsamkeit kann den Zeitabschnitt, der mit jenem vorletzten Januartag 1933 begann, wirklich und nun im ganz wörtlichen Sinne zum dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte machen.

P.S. Auf die Ausstellung wird die Rede hier noch kommen, wenn sich das offizielle Besuchergewimmel verlaufen hat.

junge Welt, Donnerstag, 31.01.2013, S. 13.

Die Schlacht aller Schlachten

Stalingrad 1943: die Wende im deutschen Welteroberungskrieg – von Wirkungen und Nachleben

Mit dem Ende der 6. deutschen Armee in den Trümmern der Stadt an der Wolga verbindet sich für noch lebende Zeitgenossen hierzulande auch die Erinnerung an einen Umschwung in der Kriegsstimmung der Deutschen. Irgendwie spürten sie Anfang Februar 1943, dass sich mehr ereignet hatte als eine von der Wehrmacht verlorene Schlacht. Veränderungen in der Haltung vieler „Volksgenossen“ zum Kriege und in deren Urteil über dessen denkbaren Ausgang waren indessen erheblich älter. Sie verbanden sich schon mit dem Balkanfeldzug im Frühjahr 1941. Da tauchten bereits an Stammtischen Fragen auf wie jene, ob Deutschland denn, was es erobert hätte, beherrschen könnte.

Dann aber kam der 22. Juni 1941. Erste Enttäuschung brachte die Tatsache, dass der Feldzug vom „Nordkap bis zum Schwarzen Meer“, so anfangs besungen, nicht als weiterer „Blitzkrieg“ verlief. Stattdessen: Winterschlacht vor Moskau mit Nachrichten über so genannte Frontbegradigungen. Zwar folgten 1942 wieder Sondermeldungen von eroberten Städten, deren Namen zuvor die meisten Deutschen nie gehört hatten. Doch in Feldpostbriefen wurde geschrieben und selbst aus Wehrmachtsberichten war herauszulesen, dies sei ein „anderer Krieg“ als alle vorausgegangenen.

Was sich dann in der Steppe westwärts von Stalingrad seit Oktober 1942 tat und in den Mauern der Stadt ereignete, wurde den Deutschen in Wehrmachtsberichten in Wendungen mitgeteilt, die genauere Vorstellungen nicht zuließen. Der Name der Stadt fiel in einem der täglichen Berichte aus dem „Führerhauptquartier“ letztmalig am 3. Februar 1943. Gelogen wurde, die Divisionen der 6. Armee seien „bereits im neuen Entstehen begriffen“.

Das Ende der Schlacht fiel mit dem 10. Jahrestag der „Machtergreifung „. der Naziclique zusammen. Solche Gelegenheit hatte sich Hitler bisher nie für einen Propagandaauftritt entgehen lassen. Den übertrug er diesmal Hermann Göring, der die „Volksgenossen“ aufrichten sollte. Dies wäre dem Reichsmarschall gelungen, meldeten Informanten des Sicherheitsdienstes am 1. Februar. Lediglich seine Erklärung vom „letzten Aufgebot“ der Sowjets habe „keine ungeteilte Zustimmung“ gefunden. Drei Tage später wurde unumwunden geschrieben, die Gespräche in der Bevölkerung würden um die Frage „nach der Bedeutung von Stalingrad im gesamten Kriegsverlauf“ kreisen und die „labileren Volksgenossen“ seien geneigt, „in Stalingrad den Anfang vom Ende zu sehen“.

Bedeutende Ereignisse im Dasein der Völker, Nationen und Staaten führen ein Nachleben. Das gilt umso mehr für solche von weltgeschichtlichem Rang. Stalingrad gehört dazu. Seit Generationen haben Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler mit ihren Mitteln an das Geschehen erinnert, Autoren von Bühnendramen und Spielfilmen fanden darin ihr Sujet. Schon 1943 erschien in Moskau auch in deutscher Sprache eine Sammlung sowjetischer Berichte über die Schlacht. Im gleichen Jahr wurden in Moskau Dichtungen Johannes R. Bechers unter dem Titel „Dank an Stalingrad“ gedruckt. Ebenfalls 1943 publizierte die KP Großbritanniens in London das Bändchen „The siege of Stalingrad. Told in 52 pages of pictures and text“.

Noch vor den Kriegsberichterstattern, die sich bei den Stalingrad- Armeen befunden hatten, war es der deutsche Schriftsteller Theodor Plivier, Emigrant in der Sowjetunion, der sich dem großen Thema in einer Mischung von Roman und Bericht zuwandte. 1945 erschien sein „Stalingrad“ deutschsprachig im mexikanischen Verlag El libro libre. Ostdeutsche Zeitungen druckten ihn nach der Befreiung in Fortsetzungen; geschlossen herausgegeben wurde er 1945 im Aufbau-Verlag.

1946 kam Victor Nekrassows „In den Schützengräben von Stalingrad“ auf den sowjetischen Buchmarkt (1954 auf den ostdeutschen). Im gleichen Jahr publizierte Konstantin Simonow „Tage und Nächte“, im Jahr darauf erschien die deutsche Ausgabe in der sowjetischen Besatzungszone. 1950 veröffentliche Wassili Grossman sein „Stalingrad“ (später: „Die gerechte Sache“). Jeder dieser Autoren kannte die Schlacht aus eigenem Erleben. Jedes dieser Bücher war und blieb ein Denkmal für die Soldaten der Roten Armee.

In eine andere Reihe gehört die 1965 erschienene Autobiografie des 1. Adjutanten der 6. Armee, General Wilhelm Adam, der sich am Ende der Schlacht mit Friedrich Paulus in sowjetische Kriegsgefangenschaft begeben und dort dem Nationalkomitee Freies Deutschland angeschlossen hatte. Generalsmemoiren waren bis dahin auf dem Buchmarkt der DDR nicht anzutreffen. Adams Bericht „Der schwere Entschluss“ wurde so etwas wie ein Bestseller und bot eine überzeugende Widerrede gegen die Flut rechtfertigender Erinnerungen, die Generäle in der Bundesrepublik veröffentlichten. Dort wurde in ganz anderen Tönen erinnert. Erich von Manstein, der einstige Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, zu der die 6. Armee gehört hatte, schrieb beispielsweise, es „bleibt doch diese Tapferkeit, diese Treue, diese Pflichterfüllung ein Hohelied deutschen Soldatentums“. Und 1962 hieß es in den Bundeswehr-“Informationen für die Truppe“, empfohlen von Generalsinspekteur Friedrich Foertsch, auch ein einstiger Wehrmachtsgeneral: „Den fast sicheren Untergang vor Augen, die Sinnlosigkeit des Auftrags wenigstens ahnend, taten Soldaten und Offiziere ihre Pflicht bis an die Grenze der Leistungs- und Leidensfähigkeit – oft darüber hinaus. Daran sollten gerade wir Soldaten denken.“ Stalingrad wurde verklärend ins Traditionsbild der Bundeswehr eingepasst.

Denkmäler sind den sowjetischen Stalingrad-Kämpfern auch in Filmen gesetzt worden. So in dem 1967 uraufgeführten „Man wird nicht als Soldat geboren“. Der gleichnamige Roman von Konstantin Simonow war im Jahr zuvor erschienen, die deutschsprachige Filmfassung lag in der DDR 1970 vor. Andere Produktionen kamen in die Kinos der Bundesrepublik: 1959 „Hunde, wollt ihr ewig leben“, mit Preisen gehrt, jedoch von der Kritik begleitet, das Geschehen wäre gesellschaftlich und historisch nicht recht eingeordnet. Derlei Angebote gehören nicht der Vergangenheit an. Sie erreichten 2001 mit dem Film „Duell. Enemy on the Gates“ einen skandalösen Tiefpunkt. Dessen Autoren stellten das Schlachtgeschehen im Westernstil als Zweikampf zweier Scharfschützen dar. Schon bei der Premiere in Berlin gab es Buh-Rufe. Dazu passt als Beispiel aus den Printmedien „BILD“; die Zeitung verfälschte das Ereignis 2012 als einen Kampf des braunen gegen den roten Diktator. Dass sich zwischen Don und Wolga die Wende im deutschen „Welteroberungskrieg“ (Thomas Mann) vollzog, ein Faktum, über das Historiker nicht mehr streiten, kommt manchen Journalisten hierzulande noch immer nicht aus dem Computer.

Bewahrt wird das Gedenken an Sieger und Opfer der Schlacht vielerorts. Gewaltig ragt auf dem Mamajew-Hügel an der Wolga das Denkmal der zum Befreiungskampf rufenden „Mutter Heimat“ gen Himmel. In Paris gibt es seit 1946 einen Place de la Bataille-de-Stalingrad und eine U-Bahn-Station, die nach der Stadt benannt ist. Im westdeutschen Limburg hingegen errichtete der (inzwischen aufgelöste) Bund ehemaliger Stalingradkämpfer e. V. 1964 ein „Ehrenmal“. Im Kreis dieser alten Kameraden gab es nicht die Spur von Unrechtsbewusstsein, in ein friedliches Land eingefallen und dessen Bewohner in namenloses Elend gestürzt zu haben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. Februar 2013, S. W7.

Ein Lügner und Schwindler

Geschichte. Hitlers erste Reklamerede als Reichskanzler am 10. Februar 1933

„Wir wollen nicht schwindeln und wir wollen nicht lügen“. Unter den vielen dreisten Lügen des Adolf Hitler stellt dieses „Versprechen“, das er als ersten Programmpunkt seiner Regierungspolitik bezeichnete, wohl eine der verwegensten Lügen dar. Doch brauchte der Mann am Rednerpult im Berliner Sportpalast an jenem Abend nicht zu fürchten, dass ihm darauf aus der Masse der Zuhörer ein hämisches, womöglich homerisches Gelächter entgegenschlagen würde. Die da unter ihm und auf den Rängen des weiten Rundes waren seine Gefolgsleute, meist noch benommen vom Siegestaumel, in die sie der Einzug ihres Führers in die Wilhelmstraße versetzt hatte. Der lag gerade einmal zwölf Tage zurück, und dies heute war Hitlers erste öffentliche Rede in seiner neuen Rolle als Reichskanzler.

Wechselt eine Partei von der Opposition in die Regierung, entsteht für ihre Propaganda eine neue Situation. Das galt auch für die Partei Adolf Hitlers, die sich zu demagogischem Zweck Nationalsozialistische Arbeiterpartei nannte. Vor dem 30. Januar 1933 konnte sie allen alles, also das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Sie war an keiner Reichsregierung je beteiligt gewesen und auch in den sechs meist kleinen Ländern, das größte war Thüringen, in denen sie schon Landesminister gestellt hatte, regierte sie in Koalitionen, und was sie dort beschloss, tat oder unterließ, blieb von der Mehrheit der Deutschen, die in Preußen, Bayern, Hessen und Württemberg lebte, entweder unbeachtet oder wurde nicht als eine Vorbotschaft gewertet.

Von nun an aber musste sie darauf rechnen, eher früher als später beim Wort genommen zu werden. Nicht nur bei dem jetzt gesagten, sondern auch bei dem, was sie vorher in der sogenannten Kampfzeit versprochen und angekündigt hatte. Und das galt für diese Partei in besonderem Maße, denn sie hatte ihre Mitglieder und Wähler mit Versprechen buchstäblich vollgepumpt bis hin zu der Ankündigung, dass mit ihr die „nationalsozialistische Revolution“ ein anderes Deutschland schaffen werde. Was immer sich die Anhänger dieser Partei darunter vorgestellt haben mochten, gewiss war doch, dass sie eine grundlegende Besserung ihrer eigenen Situation erwarteten, und die war für Millionen gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit, vernichtete oder bedrohte kleinbürgerliche Existenzen in Städten und auf dem Lande, den Weg aus der Schule in die Erwerbslosigkeit. „Es reicht“, hatte die NSDAP kurz und knapp auf ihre Plakate geschrieben und dazu die Bilder ärmlicher Familien und Menschen in Lumpen gesetzt.

Dass diese Partei die Zustände der kapitalistischen Gesellschaft im Stadium ihrer – bis dahin tiefsten und verheerenden ökonomischen – Krise geschönt beschrieben hätte, lässt sich ihr nicht vorwerfen. Sie fälschte „nur“ die Ursachen dieser Zustände. Im Innern machte sie dafür die „Marxisten“ verantwortlich, die angeblich in der Republik regiert hätten – eine abstruse These, denn seit 1928 waren nicht einmal die Sozialdemokraten an der Reichsregierung noch beteiligt gewesen. Und jenseits der Grenzen wurden die Mächte des Versailler Vertrags als die Urheber des Elends benannt. Von diesen Schuldzuweisungen ließ sich politisch noch für einige Zeit leben. Dann aber mussten Ergebnisse der eigenen Politik vorgewiesen werden.

Verschärft wurde die Situation zusätzlich durch die besonderen Erwartungen, welche die mehr oder weniger „alten Kämpfer“ dieser Partei hegten. Ihnen wurde versichert, dass sie im Kampf um die „Machtergreifung“ viele und große Opfer gebracht hätten, dass deren Gelingen ihr Sieg sei, woraus sie folgerten, dass ihnen nun dafür ein Lohn und dieser bald zustände. Alledem hatte Hitler Rechnung zu tragen, als er nicht mehr nur als Parteiführer und Oppositionspolitiker, sondern nun auch als Reichskanzler vor Mikrofone und Massenversammlungen trat.

Bedenken ausräumen

Die erste war eben die am 10. Februar 1933 in der Berliner Sporthalle. Da war die erneute, binnen zehn Monaten dritte Reichstagsauflösung schon verkündet. Mit ihr entging die Regierung der Gefahr eines Misstrauensvotums, denn NSDAP und DNVP verfügten im am 6. November 1932 gewählten Parlament nicht einmal über eine einfache Mehrheit. Diese Wahl hatte die NSDAP-Spitze in schlech-

ter Erinnerung, denn gegenüber ihrem Erfolg vom Sommer 1932 waren ihr rund zwei Millionen Wähler gleichsam davongelaufen. Zwar verzeichnete sie noch immer 11,7 Millionen Wählerstimmen, hatte jeden dritten Wähler gewonnen und war die bei weitem wählerstärkste politische Partei. Doch ihre 33 Prozent und die mageren 8,6 Prozent ihres jetzigen Regierungspartners, der Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenbergs, reichten zur parlamentarischen Legitimierung dieses am 30. Januar 1933 berufenen Kabinetts nicht aus. Dass die Naziführung die anstrebte, hatte mit der Gebundenheit an die Verfassung, die eine solche Billigung durch die Abgeordnetenmehrheit vorsah und verlangte, nichts zu tun. Sie passte aber in ein Konzept der Machtbefestigung. Gelang sie, war das Ansehen der Regierung im In- und Ausland erhöht und der vorausgehende Wahlkampf würde zudem zweierlei bringen: die Möglichkeit der erneuten höchsten Mobilisierung der eigenen Anhänger und insbesondere der SA-Aktivisten, die dann mit Aufmärschen und den verschiedensten Reklameaufträgen beschäftigt werden konnten, vor allem auch mit dem Kampf gegen die „Kommune“. Sie würden also nicht einfach nur auf die Segnungen warten, die sie von der neuen Macht erhofften. Und zweitens bedeutete der Wahlkampf auch eine Ablenkung der Konkurrenten und Gegner, die sich ebenfalls darauf einstellen würden, ihre Anhänger zu mobilisieren oder sie wenigstens bei der eigenen Fahne zu halten.

Rechnerisch war das Vorhaben leicht überschaubar. Wenn am Wahltag nicht gesagt werden konnte, diese Regierung besitzt keine Mehrheit im Volke, dann mussten NSDAP und Deutschnationale gemeinsam jedenfalls etwa zehn Prozent an Wählern hinzugewinnen. Damit wäre das Minimalziel, die einfache Mehrheit, erreicht. Es mochte Hitler darüber hinaus eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit vorschweben, doch die lag außer Reichweite. Woher sollte der mindeste Zugewinn kommen? Zum einen ließ sich erwarten, dass ein Teil derer, die im November abtrünnig geworden waren, weil sie nicht mehr an den Erfolg der Partei geglaubt hatten, nun zurückkehren würden. Vor allem aber konnte darauf vertraut werden, dass nichts so sehr imponiert und besticht wie der Erfolg und von ihm ein Sog ausgehen werde.

Damit war die Taktik der Machthaber klar: Es mussten vor allem die Bedenken vermindert, am besten ausgeräumt werden, die in Kreisen des Bürgertums und des Kleinbürgertums existierten, und der Eindruck entstehen, dass alle Deutschen die Nutznießer dieser Wende sein werden. Nicht Fronten neu aufreißen, sondern Gräben zuschütten, lautete die Devise. Freilich mit einer Ausnahme: Diejenigen in der Arbeiterbewegung, die gegen die Demagogie derer mit dem Hakenkreuz gewappnet waren, blieben prinzipiell Gegner. Vor diesem „Hintergrund“ lässt sich die Rede Hitlers lesen, ihre Anlage verstehen und das noch immer verbreitete Bild korrigieren, der Mann hätte stets nur gepoltert und geschnarrt, Drohungen ausgestoßen und sich mächtig aufgeblasen. Das tat er und auch am 10. Februar, jedoch bedeutete das nicht, dass die Kanonaden nicht berechnet und inhaltsleer gewesen wären.

„An das deutsche Volk“

In der Inszenierung unterschied sich Hitlers Auftritt an diesem Februartag von den vorangegangenen am gleichen Ort während früherer Wahlkämpfe nicht. Anders und neu war lediglich, dass sich diesmal unter den Gästen der ersten Reihe Regierungsmitglieder befanden. Anwesend war auch eine Masse von Journalisten, dazu Rundfunk- und Filmoperateure, denn die Rede wurde von Rundfunkstationen direkt übertragen. Mit Fahnen in die Halle marschierende SA-Formationen sollten wie üblich und eingeübt den Eindruck von Kraft, ja Unüberwindlichkeit erwecken. Unter den Zuhörern dürften kaum Gegner des Regimes gewesen sein. Wer da hineinging, musste, wenn er nicht auffallen und Gefahr laufen wollte, von den Gefolgsleuten belästigt zu werden, mitjubeln. Danach dürfte es Antifaschisten schwerlich verlangt haben. Nach den Eröffnungszeremonien kündete Goebbels in seiner Eigenschaft als NSDAP-Gauleiter von Berlin den „Führer“ an.

Deklariert wurde die Rede Hitlers als „Aufruf an das deutsche Volk“, eine Etikettierung, die in deutscher Geschichte nicht neu war, aber doch schon Außergewöhnliches ankündigen sollte. „Aufruf an mein Volk“, so hatte Friedrich Wilhelm III. 1813 seinen Appell genannt, damals vorwiegend an sein preußisches Volk gerichtet. Einhundertzwanzig Jahre zuvor war das eine völlig neue Art der Ansprache eines Monarchen an seine Untertanen, doch ging es um nicht mehr und nicht weniger als um den

Zusammenschluss der Bewohner des Königreiches zum Kampf gegen Napoleon. „Mein Volk“ – so weit war Hitler im Februar 1933 noch nicht, doch sollten die Deutschen wenige Jahre später auch das noch bekommen, als der Mann an der Staatsspitze sich zudem von jedem Untergebenen, und wer galt als solcher nicht, auch mit „Mein Führer“ anreden ließ.

Vorerst also das deutsche Volk, das erst noch – die nach faschistischen Maß nicht zu diesem Volke gehörenden Juden ausgenommen – gewonnen werden sollte. Zunächst am 5. März als Stimmvieh zur Wahl. Bisher habe er es, rühmte sich Hitler eingangs, von den legendären sieben Mitgliedern seiner Partei zu zwölf Millionen gebracht, das war die nach Oben aufgerundete Anspielung auf das November-Reichstagswahlergebnis. Jetzt würde es um die anderen Millionen gehen, die Hitler nicht als Gegner, Rivalen oder Opponenten bezeichnete. Es waren Verirrte, denen es an Orientierung und Urteilskraft fehle. Es werde und müsse dafür gesorgt werden, „dass endlich unser Volk doch wieder zur Besinnung kommen wird. Und dass, wenn es auch heute uns ungerecht beurteilt und wenn Millionen uns verfluchen mögen, einmal die Stunde kommt, da sie doch hinter uns marschieren werden, da sie einsehen werden: Sie haben wirklich nur das Beste gewollt.“ In diesem Stil hat Hitler in der Folgezeit wieder und wieder seine „Bewegung“ als so etwas wie einen Verein zur Aufklärung des Volkes dargestellt, der falsche Bilder zerstören werde, dies vor allem auf dem Wege der Überzeugung durch seine Arbeit.

Misstrauen „gegen fremde Gehirne“

Wofür? Für Deutschland. Dessen Zustand wurde in dieser wie in vielen folgenden Reden des „Führers“ nach dem Prinzip dargestellt „Je dunkler die Nacht, umso klarer die Sterne“ oder genauer: die Hakenkreuze. Auf das Erbe, das er angetreten hatte, verwendete Hitler zwei Sätze: „14 Jahre lang haben die Parteien des Verfalls, des Novembers, der Revolution das deutsche Volk geführt und misshandelt, 14 Jahre lang zerstört, zersetzt und aufgelöst.“ Das nicht nur an diesen Behauptungen Erschreckende ist nicht, was da daher schwadroniert wurde, sondern dass der Mann aufgrund seiner Erfahrungen offenkundig darauf vertrauen konnte, dass derlei „Geschichtsbetrachtung“ ihm von Millionen abgenommen werden würde. Denn der Unsinn war doch leicht überprüfbar. Großzügig gerechnet gab es drei Parteien der Revolution, die Kommunisten, die Unabhängigen und die „alten“ Sozialdemokraten. Davon hatten Kommunisten nie „geführt“ und die Unabhängigen ebenso wenig. Die Sozialdemokraten hatten vier Regierungschefs, die katholische Zentrumspartei neun gestellt. Und unter denen, die diesem Zerrbild zufolge das Unheil in der Republik anrichteten, waren zudem zeitweilig Mitglieder jener Partei gewesen, mit der Hitler soeben eine Koalition eingegangen waren.

Und welche Rolle hatte in diesem Prozess, in dem das Volk angeblich „zerstört“ worden sei, eigentlich das vieljährige, seit 1925 amtierende Staatsoberhaupt, der Feldmarschall Hindenburg gespielt? Wer sich auch nur einfache Fragen stellte, musste diesem Manne hinter die Volksverdummung kommen, die freilich nicht erst seine Saat war. Er vermochte von vielerlei aufgegangenen Aussaaten anderer zu profitieren. Die Vorstellung, dass ein erheblicher Teil der Deutschen erst politisch verdummt wurde, seit Joseph Goebbels Propagandaminister war, greift zu kurz, wie u. a. diese Hitler-Rede zeigt. Auch im Weiteren.

Hitler, das bildete den Hauptteil seiner Rede, erweckte den Eindruck, dass er – übrigens nicht mit seinem Parteiprogramm, auf das keinerlei Bezug genommen wurde – mit einem Zehn-Punkte-Programm antrete. Es reichte vom erwähnten Abschwur gegen alle Lügen bis zur Verpflichtung, seine Regierung werde „nach den ewigen Gesetzen“ handeln, die, wie er mehrmals erläuterte, „immer gelten“ und „immer die gleichen“ seien, über deren Inhalt er aber nichts zu sagen wusste, ausgenommen, dass sie jedenfalls strikt eingehalten werden würden. Sie wären durch Erfahrung bekannt. Auf die verbreitete Intelligenz- wie Fremdenfeindlichkeit spekulierend, verband er diese Beteuerung mit der Absage an „blasse Theorien, die irgendein fremdes Gehirn ersinnt“ oder an ebenfalls unbezeichnete „blasse Vorstellungen“.

Das lässt sich rechtens als Gewäsch qualifizieren, war aber doch mehr. Es spekulierte auf die Abneigung von Massen, sich in ein Problem, eine Theorie gar, zu vertiefen, auf ihr Misstrauen gegen „fremde Gehirne“, also die der Wissenschaftler, ganz allgemein gegen die Intelligenz. Dagegen setzte

Hitler: Wir sind die Praktiker mit der Erfahrung und dem gesunden Menschenverstand, von dem Friedrich Engels freilich treffend schrieb, er sein ein „hausbackener Bursche“.

Und wer fragte, wohin die Befolgung dieser „ewigen Gesetze“ denn führen solle, bekam die Antwort zur „Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes“. Wem dies zu unbestimmt war, der wurde ein paar Sätze weiter mit der Auskunft beschieden, dass „wir einst dieses Deutsche Reich führen wieder zur Größe, zum Leben zurück“ und „diese Nation wieder einst auferstehen wird“ Also so etwas wie eine Reanimierung.

Anleihen beim Gebet

Hitler brachte es fertig, ein „Zehn-Punkte-Programm“ der bevorstehenden „Aufgaben“ nicht zu entwickeln, sondern vorzutäuschen und dabei kein einziges Ziel der Wirtschafts- oder Sozialpolitik oder eines auf irgendeinem anderen Felde konkret zu benennen, so dass sich mit ihm eine Vorstellung verbinden konnte und seine Erreichung überprüfbar gewesen wäre. Umso grotesker, dass er, sich und seine Regierung als Diener des Volkes aufführend, für die Erfüllung dieses Programms „vier Jahre Zeit“ erbat: „Es ist nicht vermessen, wenn ich heute vor die Nation hintrete und sie beschwöre: Deutsches Volk, gib uns vier Jahre Zeit, dann richte und urteile über uns! Deutsches Volk, gib uns vier Jahre“. Vier Jahre, das seien gemessen an den vierzehn, welche die Zerstörer gehabt hätten, doch nicht viel, und diese Bitte also nicht vermessen.

Doch machte die Zeitangabe, da sie mit dem Turnus der Reichstagswahlen übereinstimmte, den Eindruck, es würde dann entschieden werden, wer künftig regiere, denn, so sagte Hitler: Dann „urteile über uns“. Wenn die Eingangspassage mit dem Bekenntnis zur Wahrheitstreue an Dreistigkeit noch übertroffen werden konnte, dann durch den anschließenden Satz, der versprach, sollte das Volk bei dieser Prüfung zu einem negativen Urteil kommen, dann, das schwor er mal gleich, werde dies geschehen: „So, wie wir und so wie ich in dieses Amt eintrat, so will ich dann gehen. Ich tat es nicht um Gehalt und nicht um Lohn, ich tat es um deiner selbst wegen.“ Dann also würde der Retter gehen, als der er sich präsentierte. Denn zu den Zerrbildern, die er in dieser Rede entwarf, gehörte auch, dass er sich jetzt, weil längerer Aufschub im Interesse des Volkes nicht verantwortbar war, entschlossen hatte, Reichskanzler zu werden – als hätte er je vorher dazu eine reale Chance gehabt.

Und bei dieser Version seines Entschlusses, nun dieses schwere Amt sich aufzupacken, blieb er in allen seinen späteren Rückblicken, die er jeweils mit den Worten einleitete: „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm ...“ Zu dieser Darstellung gehörte, dass er diese seine Machtübernahme als sein Opfer schilderte und angesehen wissen wollte, zu dem er sich – „der schwerste Entschluss meines Lebens“ – durchgerungen habe, weil er aufgrund der „Liebe zu diesem, meinem Volke“ (hier ist nun doch „mein Volk“ und nicht etwa vom Volk die Rede, dem ich angehöre) einfach nicht anders konnte. Und dann, nachdem er noch einmal von denen gesprochen hatte, „die uns heute verfluchen“ – irgendwie belastete ihn das doch – verwandelte er die Berliner Sporthalle in eine Kirche, denn er schloss mit der Vision vom Tage, da alle Deutschen „mit uns begrüßen werden dann das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue Deutsche Reich, der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. – Amen!“ Da verzeichnet das Protokoll wiederum „jubelnder Beifall“.

Dieses Ende machte nicht nur politisches Theater. Die Anleihe bei dem populärsten Gebet der Christen war berechnet und geboren aus dem Wissen, dass es nicht zuletzt Vorbehalte in deren Reihen gab, die seiner Partei und Ideologie galten. Dass er die zweckhafte Verwendung und Verballhornung der Gott zugewandten Bitte, „denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit“ riskierte, mag man Frucht von Unbildung nennen, sie kann ihm aber auch ganz risikolos erschienen sein, da er einen öffentlichen Protest der Pfarrer und Priester nicht fürchtete. Und da irrte er sich nicht.

Ziel erreicht

Dreiundzwanzig Tage nach dieser Rede wurde im Deutschen Reich gewählt. Die Nazipartei erreichte gemeinsam mit den Deutschnationalen das Minimalziel. Die NSDAP erhielt nahezu 17,3 Millionen Stimmen, die etwa 44 Prozent aller abgegebenen ausmachten. Was bis zur 50-Prozent-Hürde fehlte,

konnte die DNVP liefern. In diesem Ergebnis drückte sich nicht nur ein gelungener Betrug aus, dessen Kern die Verbreitung einer Atmosphäre des Aufbruchs war, die sich umso leichter hatte erzeugen lassen, da Millionen der inneren Kämpfe müde waren und nach Beruhigung, Sicherheit und Rückkehr zum normalen Leben verlangten. Hitler hatte sich den Millionen als derjenige präsentiert, der ihre Lebensverhältnisse ändern und – mehr noch – die „Volksgemeinschaft“ schaffen werde, der gemeinsam alles gelingen würde, was sie sich gemeinsam entschlossen und tatkräftig vorsetze.

junge Welt, Sonnabend, 09.02.2013, S. 10.

Zum Tode von Rita Schober

Wer nicht als Einsiedler oder ähnlich als Sonderling gelebt hat, dem bewahren Mitmenschen Gedächtnis und Gedenken, viele oder wenige, für längere oder kürzere Zeit. Das sind Nachfahren, Freunde, Bekannte und vielfach jene, denen der Verstorbene auf seinen Arbeitsfeldern begegnet ist. Rita Schober und ich sind häufiger auf drei Brücken aufeinandergetroffen: Die eine bildete die Tatsache, dass an der Humboldt-Universität Romanistik in der Kombination mit Geschichte studiert werden konnte, wir es also mitunter mit den gleichen Studenten zu tun bekamen. Die andere ergab sich, als Rita über Jahre die Dekanin der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät war und ich einer ihrer Prodekane. Die dritte und am meisten betretene hatte einen Namen und hieß Victor Klemperer, der ihr Lehrer gewesen war und den ich im ersten Nachkriegsjahrzehnt ein einziges Mal bei einem Vortrag in der Aula der Jenaer Universität erlebt hatte, der aber mit seinem täglichen Lebensbericht aus den Zeiten des Nazireiches jedem Faschismusforscher vor Augen steht und Quelle ist.

Bei einem mittäglichen Gespräch in der Professoren-Mensa, das Dienstlich-Alltägliche war erledigt, fragte ich Rita Schober: „Und was wird von dem Romanisten Klemperer als Literaturwissenschaftler bleiben?“ Ihre Antwort kam ohne Zögern und lautete: „Nichts.“ Und der folgte im gleichen Atemzug: „Aber von uns beiden auch nicht.“ Ich bin nicht sicher, ob das so ganz ernst gemeint war. Jedenfalls hat sich mein Gegenüber da erheblich geirrt. Die wissenschaftliche und editorische Leistung Rita Schobers wird Forscherwege weisend und anregend noch für Generationen von Studenten sein, vorausgesetzt, sie lassen sich nicht vom Zeitgeist und der legitimatorischen Lüge missleiten, dass auch die Romanistin in einer Wissenschaftswüste gehaust habe.

Manches Fortleben der Toten gerinnt zur Anekdote. Rita Schober, die gelegentlich auch Autorin der *Weltbühne* war, ist am 26. Dezember 2012 verstorben.

Ossietzky, 4/2013, 9. Februar 2013, S. 141-142.

Begriffliche Nebelschwaden

Um die angemessene Bezeichnung dessen, was mit Beginn der Kanzlerschaft Hitlers vor 80 Jahren anhob, wird gerungen. Auch heute noch

Vortrag in Wuppertal, 2. Februar 2013

Historische Ereignisse oder Prozesse erhalten ihre Namen und Bezeichnungen, mit denen sie dann in Geschichtsbüchern stehen. Die ersten Täufer sind meist die Zeitgenossen, jedoch sind sie nicht unbedingt auch die letzten. Die Historiker finden die Bezeichnungen von Ereignissen und Prozessen vor. Sie haben sich dann zu entscheiden, ob sie diese übernehmen oder dem Geschehenen einen eigenen Namen geben. Dabei sind sie nicht so frei wie beispielsweise Chemiker, von denen ein neu gefundenes Element Germanium getauft wurde, oder die Astronomen, die einen neu entdeckten Himmelskörper nach einem Gott oder auch nach einem ihrer berühmten Kollegen benennen können. Zudem: Häufig sind sich schon die Zeitgenossen über die Namensgebung für ein geschichtliches Ereignis uneins. Das kann der Fall sein, wenn es selbst aus mehreren Aspekten betrachtet und bewertet werden kann, also verschiedene Bezeichnungen rechtfertigt, oder auch, weil sich in den Taufnamen unterschiedliche Interessen ausdrücken.

Von der Verallgemeinerung zum Konkreten. Zum veranschaulichenden Beispiel und in das Jubeljahr 2013, in dem an den 200. Jahrestag erinnert wird – wessen? Der Befreiungskriege oder des Freiheitskrieges oder des nationalen Befreiungskrieges oder des Krieges gegen die napoleonische oder französische Fremdherrschaft? Befreiungskrieg, das ist die meist benutzte Wortwahl geworden. Sie hebt auf die Abschüttelung eines Joches ab, das unbestritten existierte. Freiheitskrieg hingegen bezeichnet ein Ziel, das unklar genug formuliert worden war, aber jedenfalls nicht erreicht wurde. Denn auf die Abschüttelung des französischen Jochs folgte die weitgehende Restauration alter Zustände, d.h. der alten Knechtschaft. Und nationaler Befreiungskrieg? Die Teilnahme der noch nicht formierten Nation an diesem Krieg war höchst unterschiedlich, und der Begriff begräbt gleichsam, dass auf dem Schlachtfeld bei und im sächsischen Leipzig Preußen, Russen, Österreicher und Schweden gegen Napoleons Armee kämpften, zu der auch die Sachsen noch gehörten, von denen freilich dann viele überliefen und die Gewehre umdrehten, als sie sahen, wie der Kampf ausgehen werde.

So ließe sich die Reihe historisch gewichtiger Ereignisse durchgehen, und wieder und wieder würde der Befund lauten, dass sich die verschiedenen, mitunter konträren Geschichtsbilder schon in der Wortwahl ausdrücken, mit der die einen und die anderen ein einzelnes Geschehen benennen. Und je näher dies mit seinen Bezügen der Gegenwart ist, je stärker es aktuelle Interessen berührt, umso stärker das fortdauernde Dafür oder Dawider in der politischen oder historiographischen Publizistik, das manchen fälschlich als spitzfindig oder als Wortklauberei erscheint.

Nationalsozialistische Revolution

Solche Nähe gilt auch noch achtzig Jahre später für den 30. Januar 1933 und das Regime, das sich an diesem Tage und dann in hohem Tempo zu etablieren und zu stabilisieren begann. Eine Bezeichnung, die von den damaligen Siegern der Geschichte benutzt wurde, entsprach ihrem Jahre vorher schon erhobenen Anspruch, sie seien Kämpfer für die „nationalsozialistische Revolution“. Halten wir uns zunächst an das Hauptwort „Revolution“. Es war, sonst wäre es von Hitler und seinen Leuten nicht in die politischen Kämpfe gebracht worden, damals in weitesten Kreisen der Arbeiter – anders als heute – positiv besetzt. Es stand für den grundlegenden Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse, dafür, in der Gesellschaft gleichsam das Unterste zuoberst zu kehren. Und das schien am Anfang der dreißiger Jahre Millionen im Deutschen Reich nicht nur als notwendig, sondern als Rettung vor sozialem Abstieg und Verelendung. Nur sollte das, der Propaganda der Hitlerpartei zufolge, keine proletarische Revolution sein, also kein Umsturz im vorwiegenden Interesse einer Klasse, sondern eine nationale, eine deutsche, also auch kein Import, sondern so etwas wie ein ganz eigenes Gewächs.

Mit irgendwelchen konkreten Inhalten wurde der Begriff „nationalsozialistische Revolution“ nicht gefüllt, namentlich nicht mit Aussagen über Veränderungen der Eigentumsverhältnisse. Was darüber, auch da unbestimmt genug, im Programm der NSDAP gestanden hatte, eine Bodenreform, war bereits

getilgt worden. Klar war indessen die Abgrenzung von der Novemberrevolution und den „Novemberverrätern“ ausgesprochen worden, die an jeglichem Unglück Schuld trügen, das seitdem wirklich oder vorgeblich über Deutschland gekommen sei. Der Herrgott, sagte Hitler, habe dem deutschen Volke seit diesem Ereignis seinen Segen entzogen, was doch wohl hieß: eine Revolution wie 1918 sei ein gottloses Werk, anders hingegen eben die „nationalsozialistische“.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde der Begriff „nationalsozialistische Revolution“ in der Propaganda nicht völlig aufgegeben, aber bereits im Juli 1933 erklärt, diese Revolution sei beendet. Damit war auch praktisch eingestanden, dass unter „Revolution“ nichts anderes als die Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse verstanden wurde. Die freilich waren in den ersten knapp sechs Monaten der Hitler-Regierung deutschlandweit bis in die letzte Gemeinde grundlegend verändert worden.

Beseitigt waren die politischen Parteien und nahezu alle Organisationen, die dem neuen Regime nicht nützlich und dienlich gemacht werden konnten. Liquidiert war das Parlament samt aller seiner nachgeordneten Einrichtungen. Verboten waren die Gewerkschaften jeglicher Richtung. Entfernt wurden aus den Einrichtungen des Überbaus alle Personen, die auch nur verdächtig waren, die neuen Zustände zu kritisieren, statt sie zu rechtfertigen und festigen zu helfen, ja selbst jene, von denen angenommen wurde, dass sie ihnen fernstehen würden. Unangetastet geblieben aber war die Basis der Gesellschaft,

Gelegentlich und ruhmredig ist in späteren Reden der Naziführer noch von der „nationalsozialistischen Revolution“ als Verdienst gesprochen worden, aber eben einzig in jenem triumphierenden Sinne, der die Liquidierung der Republik, der Parlamente, der Parteien und Gewerkschaften rühmte und immer aufs Neue die „Abrechnung“ und „Vernichtung“ des Marxismus feierte, der angeblich in Deutschland geherrscht und ein Chaos hinterlassen habe.

Machtergreifung

Kam Hitler in seinen Reden, und das tat er oft, auf den 30. Januar zurück, lautete seine einleitende Formel „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm“. Machtübernahme oder Machtergreifung wurden die häufigsten Bezeichnungen in der faschistischen Propaganda. Und wenn man unter Macht die Staatsmacht verstand, waren weder die eine noch die andere schlechthin falsch. Nur wurde an jenem Tage und in den folgenden Wochen nicht nur eine vorhandene Macht ergriffen oder übernommen, wie das heute vielfach und termingerecht nach Wahlen in bürgerlich-demokratischen Staaten geschieht, sondern es war unter Verwendung alles den neuen Herren institutionell oder personell Brauchbaren doch ein anderer Staatsapparat aufgebaut worden. Nämlich der faschistische, der den Zwecken und Zielen des Regimes angemessen war. Nicht an einem Tage, aber an diesem einen Tage doch erkennbar und eingestandenermaßen.

So konnten Antifaschisten und Hitlergegner mit guten Gründen sich diesen Begriffen nie recht anfreunden und haben sie als Abschwächung oder Beschönigung des dramatischen Geschehens abgelehnt und auch bekämpft. An deren Stelle wurde in der marxistischen Geschichtsliteratur und Publizistik häufig von Machtübergabe gesprochen. Die Differenz der Aspekte ist klar. Mit der Ergreifung kommt der ins Blickfeld, der sich in den Besitz der Macht gebracht hat. Mit der Übergabe hingegen wird die Aufmerksamkeit auf eine Person oder Gruppe gelenkt, die etwas zu übergeben hat, auf die Gebenden und erst dann auch auf die Nehmenden. Der Begriff sollte mithin einen gedanklichen Zugang zu der Tatsache schaffen, dass den bisherigen Inhabern der Staatsmacht diese Macht genommen und anderen übertragen wurde. Dieses Sprachbild ist durch die Entlassung des bisherigen Reichskanzlers (Franz von Papen) durch den Reichspräsidenten und die Betrauung eines Neuen mit diesem Amte (Adolf Hitler) gedeckt. Doch auch wiederum nicht ganz, nimmt man nicht nur diese zwei Figuren, sondern die ganze Gruppe an der Regierungsspitze ins Visier. Papen hatte seinen Platz nur gewechselt, Konstantin Freiherr von Neurath seinen als Reichsaußenminister behalten. Im Amte blieben auch der Finanz-, der Post- und der Justizminister. Dieses Kabinett Hitler wies zwei Freiherrn und einen Grafen auf, was allein Anlass hätte sein können, die versprochene „nationalsozialistische Revolution“ des Verdachts des Betruges auszusetzen.

Gelöst ist das Problem der treffenden Bezeichnung des Vorgangs vom 30. Januar 1933 also auch mit der Kennzeichnung als Machtübergabe nicht. Eben hat sich die Redaktion des Neuen Deutschland für die Kennzeichnung des Ereignisses, dem sie sich anlässlich des 80. Jahrestages in ihrer Beilage ausführlich zuwendet, für den Begriff Machtantritt entschieden. Der Duden zählt als Synonyme für Antritt auf: Aufnahme, Beginn, Übernahme, Arbeitsbeginn. Mit dem ist also auch nichts gewonnen, es sei denn, dass mit dem Wort von Antritt und vom Antreten eine militärische Vorstellung von Tempo, Ordnung, Entschlossenheit verbunden wird oder wie im Sport eine Erhöhung des Lauftempos.

Aufbruch der Nation

Nun ließe sich mit der Besinnung auf die Binsenweisheit das Thema verlassen, wonach der Begriff immer ärmer ist als die Theorie und diese wieder ärmer als die Wirklichkeit. Nur ist man es damit nicht los. Begriffliche Kurzfassungen sind im Schwange, werden zur Verständigung gebraucht und bevorzugt und bilden vielfach eben schon, wie gezeigt, den Einstieg in eine verfälschende Fährte.

Das gilt namentlich für die Hitlerfaschisten. Die haben die Begriffe Machtergreifung und Machtübernahme zwar benutzt, doch galten sie ihnen propagandistisch keineswegs als ausreichend attraktiv. Dieses Bedürfnis sahen sie durch Wendungen wie die vom „Wiederaufstieg“, oder besser und eine Anleihe im religiösen Denken nehmend durch die von der „Wiederauferstehung des deutschen Volkes“ besser befriedigt oder auch durch „Wiederaufstieg der Nation“, „nationale Erhebung“ oder „Aufbruch der Nation“. Das Bild von der sich erhebenden, zu neuen Ufern und Zielen aufbrechenden Nation verklärte nicht nur, es beanspruchte die Mitwirkung von Millionen, die an diesem 30. Januar unbeteiligt gewesen waren, bezog sie ein, ließ ihnen die Möglichkeit, den schon auf dem angeblich einzig richtigen Weg Befindlichen sich anzuschließen. Der Tag erhielt so, kaum dass er vorüber war, seinen historischen Rang in der Geschichte aller Deutschen zugewiesen.

Denn: Aufgestanden und aufgebrochen waren die doch vorher schon mehrfach und das, dem nationalistischen Geschichtsbild zufolge, immer mit Erfolg, beispielsweise 1813, wovon der Appell „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ vielen im Gedächtnis war, oder auch 1914, als es das verherrlichte „August-Erlebnis“ gegeben habe. Wer da 1933 nicht mitging, sich nicht packen ließ, trat gleichsam aus der Nation aus oder war gar kein echter Deutscher. Wer aber sich einreihte, hatte sein Deutschsein wieder entdeckt und womöglich nach der Missleitung durch die „vaterlandslosen Gesellen“ zurückgewonnen. Noch bevor die „nationalsozialistische Revolution“ für beendet erklärt wurde, war sie selbst als vages Bild schon vollständig von der nationalen Phraseologie zugewuchert. Als Hitler am 10. Februar 1933 im Berliner Sportpalast seine erste öffentliche Rede als Reichskanzler hielt (siehe jW vom 9.2.2013), eine Rede mit dem Blick auf die schon für den 5. März anberaumten Reichstagswahlen, war von „nationalsozialistischer Revolution“ keine Rede, da reihte sich Phrase an Phrase. Verkündet wurden von da an die „Volksgemeinschaft“ und das Ende aller Zwietracht und des Klassenkampfes.

Faschistische Konterrevolution

Gibt es aus der begrifflichen Unschärfe und der gestifteten und ausgebeuteten Sprachverwirrung einen Ausweg? Soll der vorletzte Januartag dieses Jahres 1933 auf einen das Geschehen in seinem Wesen erfassenden, klopffesten Begriff gebracht werden, dann lautet der: An ihm begann die faschistische Konterrevolution. Diese Kennzeichnung ist nicht erst späterer historischer Analyse entsprungen, also etwa durch das Moment, dass der Reichstag am 23. März 1933 der Republik in Gestalt des Ermächtigungsgesetzes den Totenschein ausstellte. Im Aufruf der Kommunistischen Partei vom 30. Januar hieß es, an die Massen gewandt, sie sollten sich „gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution“ zur Wehr setzen.

Von jenem vorletzten Januartag an wurde binnen kurzem alles beseitigt, was die Revolution des Jahres 1918 trotz ihrer Niederlage an Fortschritt, gemessen an den Zuständen im Kaiserreich, in die deutsche Geschichte gebracht hatte. Wieviel namentlich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise vom 1918/1919 Erreichten auch verkürzt oder deformiert worden war, die Republik hatte noch Bestand, und sie war nicht – wie mitunter in der Historiographie der DDR zu lesen – auf Reste reduziert. Ihre

Existenz wurde 1932 nur von einer Kraft real gefährdet, den Faschisten und deren Verbündeten und Förderern. Dass die gewiss instabilen Grundfesten dieses Staatswesens von einer proletarischen Revolution bedroht gewesen wären, war eine Ausrede, die jene nach 1945 vortrugen, die ihre Komplizenschaft mit dem Hitlerklüngel glaubten, rechtfertigen zu können. Ihr maßgeblicher Anteil an der Liquidierung der Republik entsprang zudem nicht nur innenpolitischer Rechnung und Fehlrechnung, sondern gehörte zum strategischen Konzept der Wiederaufnahme der aggressiven imperialistischen Außenpolitik. Es ging eben nicht nur, wie beteiligte Wirtschaftsführer später als Angeklagte Glauben machen wollten, darum die eigene soziale Herrschaft zu sichern, wozu man, so ein damals benutztes Bild, weil anderes nicht zur Hand war, zur Jauche hätte greifen müssen.

Mit dem Begriff faschistische Konterrevolution ist zugleich ausgedrückt, dass es sich nicht allein um die Restauration vorrevolutionärer Zustände handelte. Mit einem solchen Programm, das war in der frühen Phase des Wirkens der Deutschnationalen Volkspartei erwiesen worden, hatten sich Massen nicht mobilisieren lassen, die doch den gekrönten Häuptern der Hohenzollern, Wittelsbachern und tutti quanti keine Träne nachweinten. Es waren die Ideologie und die imperialistische Programmatik des Faschismus, die dieser Gegenrevolution das Gepräge gaben.

Da diese Zusammenhänge zwischen den Jahren 1914, 1918 und 1933 kein großes und schwer zu enthüllendes Geheimnis bilden, stellt sich die Frage: Warum kann bürgerliche Geschichtsschreibung sich nicht durchringen, von Gegenrevolution oder Konterrevolution zu schreiben? Warum nicht, wiewohl doch auch in der dominierenden Fraktion der Zunft anerkannt wird, dass die Faschisten die Republik von Weimar liquidierten? Zum einen wohl, weil ihr, der Politik folgend, diese Republik nicht als Frucht der Revolution gilt, sondern als das Resultat eines Beschlusses von Parlamentariern. Folglich und logisch kann deren Beseitigung auch nicht als Konterrevolution angesehen werden.

Hitler-Diktatur

Doch ist die Prämisse falsch. Es wäre im August 1919 zu jener beschlussfassenden Zusammenkunft im Weimarer Nationaltheater nie ohne die vorausgegangene revolutionäre Aktion der Massen und die Überwindung der Monarchie gekommen. Mochten die Revolutionäre mit dem schließlichen Resultat ihrer Kämpfe unzufrieden gewesen sein und sich auch, gemessen an ihren Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft, als die Geschlagenen gesehen haben: Selbst das begrenzte Resultat ihrer Erhebung gegen den Krieg und jene, die ihn zu verantworten hatten, für ein friedliches Staatswesen war in seinen Voraussetzungen jedenfalls ihr Werk. Dass die faschistischen Ideologen und Propagandisten diese Republik als von „Novemberbrechern“ geschaffen verunglimpften, war Demagogie, aber der Bezug zwischen den beiden Ereignissen nicht frei erfunden.

Es fällt Politikern und mit ihnen einem Teil der bürgerlichen Historiographen aber noch aus einem anderen und weitergreifenden Grunde schwer, die Errichtung der faschistischen Diktatur als Gegenrevolution zu charakterisieren. Sie möchten Revolutionen und Revolutionären in der deutschen Geschichte, jedoch nicht nur in ihr, überhaupt kein herausragendes Verdienst zuerkennen. Das drückt sich auch im Umgang mit dem Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1848 aus und da namentlich mit denen des 18. März. Erst der Druck von unten hat im Jahr 2000 bewirkt, dass in Berlin auch inmitten der Stadt mit der Taufe eines Platzes der Akteure und Opfer des Aufstandes gedacht wird.

In diesem Geschichtskonstrukt erhält der 30. Januar dann vorzugsweise die Benennung „Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur“ oder „Diktatur der Nationalsozialisten“ oder auch Hitler-Diktatur. Und so werden sich die Schüler in Lehranstalten der Bundesrepublik auch weiter mit Erklärungen begnügen müssen, die auf jede begriffliche Entgegensetzung zu den untereinander gutverträglichen, nichtssagenden Kennzeichnungen verzichten. Die Darstellung der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 erfolgt in ihren Schulgeschichtsbüchern unter der Überschrift „Nationalsozialismus“ oder „Das nationalsozialistische Deutschland“ oder „Nationalsozialistische Herrschaft“. Der Begriff „Machtergreifung“ wird mehrfach und in Anführungszeichen zitiert, in einem dieser Texte mit dem Bemerken, er stimme nicht, denn Hitlers Ernennung durch Hindenburg sei „gemäß der Reichsverfassung“ erfolgt.

Doch hat der Etikettenschwindel mit dem Nationalsozialismus nicht nur in Schulklassen, sondern mehr noch in Zeitungen und bis in die Fernsehnachrichten und -sendungen Konjunktur. Auch mit ihm wird der Eindruck vermittelt, als seien Faschismus und faschistische Diktatur Eindringlinge und Fremdlinge in der deutschen Geschichte gewesen, die mit der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie sich nach dem Weltkrieg herausgebildet hatte, keine Bodenberührung besaßen, ausgenommen die über die der Nazipartei verfallenen und folgenden Volksmassen. In den sozialen Oberschichten seien es einzig einige Sonderlinge gewesen, die für Hitler und sein Programm, das sie zudem missverstanden, Sympathien gezeigt hätten. Kommt die Rede überhaupt auf sie, dann heißt es, wieder in einem Schulbuch, es seien „vorindustrielle und vordemokratische Machteliten“ gewesen, die Hindenburg bei seiner Entscheidung beeinflusst hätten. Und so lassen sich Namen wie die der Industriellen Emil Kirdorf und Fritz Thyssen und des Bankiers Emil Stauß in diesen Lehrtexten suchen, aber nicht finden, weil sie sich schlechterdings in vorbürgerliche Zustände nicht abschieben lassen. Und Hjalmar Schacht, dem als Berater Hitlers vor 1933 ein Platz gebühren würde, wird nicht dort, sondern als Schöpfer des „nationalsozialistischen ‚Wirtschaftswunders‘“ erwähnt.

So ist der Verzicht auf eine Charakteristik des 30. Januar 1933, die sozialwissenschaftlichen Ansprüchen genügt, mehr als nur das Bogenschlagen um die Qualifizierung eines einzelnen Ereignisses, sondern Bestandteil eines Faschismusbildes, das vor allem die Gesellschaft schont, ja sie am besten ganz verbirgt, zu deren Hervorbringungen dieser verbrecherische Herrschaftstyp gehörte.

junge Welt, Freitag, 22.02.2013, S. 10.

Wieder mal bewältigt

Erzählend kann der Mann, der da „fein gekleidet und mit adliger Eleganz“ vor der Zuhörerschaft im Stuttgarter Haus der Geschichte sitzt, sein Publikum in den Bann ziehen, schreibt die Berichterstatterin der Stuttgarter Zeitung, die sich an jenem ersten Sonntagmorgen im Februar zu den Wissensdurstigen gesellt hat, die „aus erster Hand erfahren wollen, wie es tatsächlich gewesen ist“. Damals vor 70 Jahren. Wo? In Nordafrika, als der schwäbische „Graf“ Joseph Hubert von Neipperg Offizier in jenem Korps war, das der Schwabe Feldmarschall Erwin Rommel befehligte. Launig sei es unter dem „militärischen Glücksjäger“ zugegangen, der für die Kriegführung originelle Ideen gehabt habe, so dass es „ein wahnsinnig lustiger Krieg“ wurde, der eben durch das Verhalten des Marschalls noch reizvoller geworden sei. Beispiel: Bei einer dritten Attacke „sind wir aber mit unseren Panzern angerückt und haben die Engländer jämmerlich zusammengeschossen“. Lustig!

Mit der Veranstaltung verbindet sich ein dreifacher Skandal. Der erste geht auf das Konto des Hauses der Geschichte, das sich in seiner Reklame selbstredend der Aufklärung über die deutsche Vergangenheit und deren „Bewältigung“ verschrieben hat, aber derlei Zeitzeugen eine Bühne offeriert. Auf Steuerzahlerkosten versteht sich. Den zweiten liefert die Reporterin der Zeitung, die sich nicht entscheiden konnte, ob ihr da eine Verharmlosung des Krieges vorgeführt wurde, und deren Kritik am Vortrag in den Satz floss: „Manche Äußerungen des Grafen sind für heutige Ohren wirklich starker Tobak.“ Den dritten steuerte die Zuhörerschaft bei, die, wird im Bericht nichts ausgelassen, das Geschwätz des Mannes hinnahm, der über die Ziele dieses Krieges im Norden Afrikas wie über das Wesen des Ganzen kein Wort verloren hat. Und bis zu dem sieben Jahrzehnte später die Kunde noch nicht gedrungen war, dass es von Libyen und Ägypten ostwärts in den Nahen Osten gehen sollte und nach Palästina und dort auch zu Wohnsitzen der Juden. Das ist von den Briten und den Truppen aus dem Empire verhindert worden und nicht minder von den sowjetischen Soldaten, die Stalingrad verteidigten. Es wäre dieser 3. Februar übrigens exakt ein 70. Gedenktag für den Sieg in der Schlacht an der Wolga gewesen. Den hätte der Herr „Graf“ unschwer mit seiner Biographie verbinden können. Denn dort wurden die Kräfte der Eroberer dermaßen gebunden und geschwächt, dass er Tausende Kilometer entfernt davon zu profitieren vermochte, er geriet erst auf einen aufgegebenen Posten und alsbald in US-amerikanische Gefangenschaft.

Ossietzky, 5/2012, 23. Februar 2013, S. 177-178.

Verquollenes Verhältnis

In der ARD wurde über Hitler gelabert

In einer ARD-Talkshow ging es am Montagabend um ein Buch, das in den Läden unter Humor & Satire und H wie Hitler einzuordnen gewesen wäre. Stattdessen kam es bei den einschlägigen Ketten auf die Tische für die Bestseller im Eingangsbereich. Dort liegt es seit Wochen. Da wollte die ARD unter den Reklameschlagenden nicht fehlen und präsentierte eine Expertenrunde zum Thema: Was darf Satire?

Zu Tische gebeten waren zwei jüngere Herren, der eine Chefredakteur einer Satirezeitschrift, der andere Komiker. Dazu als ältere Semester ein Literaturjournalist und ein Sozialdemokrat, der fünf Jahre Botschafter der BRD in Israel war. Dem Verdacht, das Thema würden nur Männer beherrschen, entzog sich die Redaktion durch Einladung einer Dame, die in der CDU und in Vertriebenenverbänden eine tragende Rolle spielt.

Aus dem Munde des Redakteurs war zu erfahren, dass Hitler „immer geht". Die Auflage seines Magazins steige mit dem Bartbürstenträger auf dem Umschlag um etwa 25 Prozent, sein Blatt wolle sich den Reibach so wenig entgehen lassen wie der *Spiegel*. Wie ließe sich diese Nachfrage aber erklären? Die Deutschen hätten einen Zug zum Magischen und ein „verquollenes Verhältnis zu Hitler", lauteten zwei Antworten. Dass sie damit nicht geboren werden und dem kein Grundbedürfnis wie Essen, Trinken oder Schlafen zugeordnet werden kann, kam nicht zur Sprache. Und also wurde die Rede auch nicht auf jene gebracht, die diesen und ähnlichen Bedürfnissen den Boden bereiten.

Dann also: Was darf Satire? 60 Jahre nach Chaplins „Der große Diktator" hat diese Frage den Schwierigkeitsgrad des kleinen Einmaleins. Ein Ausschnitt aus diesem Film wurde eingeblendet, jedoch kein Wort darüber verloren, dass Chaplin, als das Judenmorden über Regierungskreise und Geheimdienste hinaus bekannt gemacht war, sich kritisch zu jenen Passagen seines Films äußerte, in denen die Judenverfolgungen satirisch gebrandmarkt werden. Nach seinem Urteil gab es im satirischen Umgang mit dem verbrecherischen Regime mithin eine Grenze. Auf deren Markierung vermochte sich die Runde indes nicht zu einigen. Auch die Differenz zwischen Antifaschismus und Kommerz – der Film vermittelte die Botschaft, dass den Nazis beizukommen war; das Buch will nichts als oberflächlich unterhalten – war für die Experten nicht von Belang. Einzig der Sozialdemokrat warf ein, dass es hierzulande eine „neue Leichtfertigkeit" im Umgang mit dem Naziführer gäbe.

Es war der Chef des Satiremagazins, der mehrmals darauf hinwies, dass Hitler gerne auf eine Weise als Monstrum und das absolut Böse dargestellt werde, aus der – anders als in seinem Blatt – nichts über geschichtliche Zusammenhänge zu erfahren sei. Das führte die fünf jedoch nicht zur Anschlussfrage, was die Nachgeborenen mindestens über das faschistische Regime wissen sollten. Eingespielt wurde eine Umfrage vor der Kölner Universität, bei der niemand etwas mit dem Namen Dachau anzufangen wusste. Die anschließende Debatte, ob sich mit ihm das Wissen um das erste deutsche Konzentrationslager verbinden müsse oder ob nicht, endete unentschieden.

Und so konnten die Zuschauer die Geräte in der Gewissheit abstellen, dass in unserem mit Pluralismus gesegneten Staat jedem seine Wahrheit gelassen wird, sofern er nicht zwischen der bürgerlichen Gesellschaft, Kapitalinteressen, dem Naziregime und Hitler eine Verbindung behauptet. Ob man aus den Jahren 1933 bis 1945 etwas für das eigene momentane Verhalten herleitet, bleibt so jedem selbst überlassen.

Zugute gehalten werden kann den Verantwortlichen: Sie haben in die Runde keinen Historiker eingeladen. Sicher hätte sich einer gefunden, der nicht den Störenfried gegeben hätte. Und das wäre wieder zu Lasten der Zunft gegangen. Diesmal ist sie unbeschädigt davongekommen. Sie war nicht dabei.

junge Welt, Mittwoch, 27.02.2013, S. 13.

Tradierter Kriegsklunker

Geschichte. Ein Orden begleitet die deutsche Militärgeschichte und lässt sich nicht erneuern. Vor 200 Jahren wurde das Eiserne Kreuz gestiftet

Preußens König Friedrich Wilhelm III., den Friedrich Engels, unnachsichtig wie er war, den „größten Holzkopf“ genannt hat, ließ sich im Februar 1813 von seiner Umgebung schließlich doch zu einem politischen Kurswechsel drängen. Da war er von Berlin nach Breslau in das Schloss gewechselt, das sein Großonkel Friedrich II. dort hatte ankaufen und einrichten lassen, nachdem er Schlesien definitiv erobert hatte, Der Großneffe kündigte Napoleon den Tilsiter Frieden von 1807 und jegliche weiteren Dienste auf und ließ Ende März dem Franzosenkaiser in Paris seine Kriegserklärung überreichen. Der hatte, an der Moskwa gescheitert und an die Seine zurückgekehrt, mit derlei wohl gerechnet. Er war ohnehin damit befasst, sein in Schlachten ebenso wie durch Kälte, Krankheiten, Seuchen und Desertionen dezimiertes Heer aufzufüllen, also im Grunde dabei, sich ein neues zu schaffen. Mit dem wollte er in deutschen Landen und weiter ostwärts auf polnischem Boden an der Weichsel die Zarenarmee vernichten und das Ergebnis seines fehlgeschlagenen Feldzuges von 1812 korrigieren. Nun also würde er es jedoch nicht nur mit der Zarenarmee, die sich schon auf Preußens Territorium befand, sondern auch mit dessen Truppen zu tun bekommen. Über die urteilte der Franzosenkaiser jedoch aufgrund seiner Erfahrungen von Jena und Auerstedt äußerst geringschätzig. Das freilich sollte sich als ein Irrtum erweisen.

Dieses Preußen, das nun sich von der Fremdherrschaft zu befreien suchte, war ein anderes, als das sechs Jahre zuvor erst in Thüringen vernichtend geschlagene und sich dann in Teilen zwangsweise in einen Bundesgenossen Frankreichs verwandelte. Gewiss, auf sich allein gestellt, hätte es den Versuch nicht mit Erfolgsaussicht unternehmen können, den Eroberer Napoleon loszuwerden und die französischen Besatzungstruppen außer Landes zu treiben. Doch nun, nach der Schlacht von Borodino und der Katastrophe des Rückzugs der einst Großen Armee des Korsen, verbündet mit dem Russland des Zaren Alexander I. und dessen von Kutusow geführter Armee, bestand die Chance der Befreiung. Die Frage lautete schon an der Jahreswende 1812/1813, als die Zarenarmee auf ihrem Wege nach Westen die Provinz Preußen (Ostpreußen) erreichte: Wann, wenn nicht jetzt? So wurde sie von den maßgeblichen Männern in der Umgebung des Preußenkönigs auch gestellt, von Stein und Scharnhorst, von Blücher und Gneisenau.

„Aufruf an mein Volk“

Der Kriegserklärung Friedrich Wilhelms III., die in Paris am 27. März übergeben wurde, ging die Verabschiedung einer Reihe von königlichen Ordern und Erlassen voraus. Zu denen gehörten die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer zwischen dem 17. und dem 24. Lebensjahr, die Aufstellung einer Landwehr, die alle anderen wehrfähigen Männer umfassen und die reguläre Armee, die sogenannte Linie, verstärken sollte, die Ankündigung der Bildung eines Landsturms, die Genehmigung der Bildung von Freikorps nach besonderen Regeln und ausgestattet mit speziellen Aufträgen während der Kriegshandlungen. Zwei Dokumente aus jenen Tagen beanspruchen über ihren unmittelbaren Zweck hinaus Denkwürdigkeit. Sie bezeugen den Zwang zum Übergang zu einer gewandelten Herrschafts- und Regierungspraxis, sollte nicht Gefahr drohen, dass ganze Großgruppen von Untertanen sich dem königlichen Regiment entzogen oder gar dessen Existenz gefährdeten. Erstrebt wurde die Wiederherstellung der traditionellen Eintracht von Herrschenden und Beherrschten, wobei sich an den Zielen der ersteren nichts geändert hatte. Ihnen ging es um die vollständige Zurückgewinnung und Wiederherstellung der sozialen und politischen Zustände und Privilegien, die Napoleons Ansturm erschüttert hatte.

Dass sich ein Hohenzoller befehlend an seine Generale, Offiziere und Soldaten oder sonstigen Untergebenen gewandt hatte, war vordem schon vorgekommen und erregte Niemandes Aufsehen. Nie zuvor aber hatte ein gekröntes Haupt eine Verlautbarung als „Aufruf an mein Volk“ deklariert, sich so unterschiedslos an die Angehörigen aller Schichten gewandt, im königlichen Verständnis an alle seine Untertanen, Männer wie Frauen. Das geschah am 17. März 1812. Zwei Tage darauf wurde der Text der Verlautbarung in der Schlesischen privilegierten Zeitung veröffentlicht.

Aufgerufen wurden die auch als „mein treues Volk“ bezeichneten Preußen, die Fremdherrschaft abzuschütteln, deren demütigende und ruinierende Folgen für die Bevölkerung zunächst wortreich und teilnahmsvoll geschildert wurden. Von seiner eigenen Rolle in jenen Jahren der Unterwerfung seit dem Frieden von Tilsit 1807 sagte der Monarch einzig, er habe Napoleon zu überzeugen gesucht, dass Preußens Selbstbestimmung auch diesem nützlicher sein würde. Jedoch vergeblich. Nun, da Gelegenheit und Zeit gekommen wären, solle und müsse das Volk Opfer für das Vaterland und seinen „angeborenen König“ bringen.

Wofür aber konkret? Für welche Ziele? Da hielt sich Seine Majestät merklich zurück. Doch wer lesen konnte, das war freilich eine Minderheit, entnahm selbst diesem Ruf, dass es um die Restauration der alten Zustände ging. Die Jahre vor 1806 wurden als „glückliche Zeit“ apostrophiert, die wiederkehren solle und werde. Daran müssten sich Preußen, Brandenburger, Schlesier, Pommern und Litauer erinnern und ebenso „an die Vorzeit“, an den großen Kurfürsten und den „großen Friedrich“, als Güter wie „Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft“ blutig erkämpft worden seien. Ein weiterer Ton war angeschlagen mit dem anspornenden Verweis auf die jüngsten Kämpfe der Russen, Spanier, Portugiesen, Schweizer und Niederländer gegen den französischen Imperator. Das Übrige bot das auch später in Appellen der Herrschenden wiederkehrende Propagandavokabular: Existenz, Unabhängigkeit, Wohlstand, gerechte Sache, heilige Güter, glorreicher Friede.

Auszeichnung für „Unterthanen“

Ob Friedrich Wilhelm III. der Wirkung dieses Appells auf die entscheidende Personengruppe, die zur Armee einberufenen oder ihr als Freiwillige beitretenden Männer und Jünglinge misstraute oder nicht, er hielt es für zweckmäßig, der kriegerischen Tapferkeit vor dem Feind eine Belohnung auszusetzen wie sie in Kriegen vorher ausschließlich dem befehlenden und kommandierenden Personal, nicht aber den gedungenen oder gezwungenen Söldnern zuteilgeworden war. Er fügte den bis dahin von den preußischen Königen verliehenen Orden nicht nur einen weiteren hinzu, sondern eröffnete, das passte in die in den Jahren nach der Niederlage von 1806 und der Kapitulation 1807 vorgenommenen Heeresreform, ein neues Kapitel der Ordensverleihung hinzu. Das geschah mit der Stiftung des Eisernen Kreuzes.

Die bis dahin erfolgten Auszeichnungen hatten die Monarchen für einen engen Kreis von Trägern bestimmt. Das galt für den 1701 gestifteten Schwarzen und ebenso für den 1705 geschaffenen Roten Adlerorden, der übrigens zunächst Ordre de la sincérité, Orden der Aufrichtigkeit, hieß. Der erste wurde bis 1918 insgesamt nicht mehr als 1341mal vergeben. Die Geehrten waren anfänglich ausschließlich Adlige, hatten sich in Kriegen irgendwelches Verdienst erworben und bildeten jeweils eine exklusive Gemeinschaft von Personen, deren Mitgliederzahl obendrein limitiert wurde. Den von Friedrich II. 1740 gestifteten Orden Pour le Mérite hingegen konnten, bis das durch Friedrich Wilhelm III. geändert wurde, auch hochgestellten Zivilpersonen erhalten, wodurch Voltaire zu dieser Auszeichnung gelangte.

Nun also wurde mit dem Eisernen Kreuz ein Orden gestiftet, der nur einmal, nämlich im Verlauf des bevorstehenden Krieges verliehen werden sollte, dies auch an die einfachsten Soldaten und außerdem unabhängig davon, ob das Verdienst auf dem Schlachtfeld oder in anderer Weise erworben wurde.

Die „Unterthanen“ konnten das Zeichen in zwei Klassen oder als Großkreuz erhalten. Sein Aussehen und seine Trageweise wurden so beschrieben: „ein ganz gleiches in Silber gefasstes schwarzes Kreuz von Gusseisen, die Vorderseite ohne Inschrift, die Kehrseite zu Oberst Unsern Namenszug F. W. mit der Krone, in der Mitte drei Eichenblätter und unten die Jahreszahl 1813“. Und weiter wurde bestimmt: „beide Klassen werden an einem schwarzen Bande mit weißer Einfassung, wenn das Verdienst im Kampf mit dem Feind erworben ist, und an einem weißen Bande mit schwarzer Einfassung, wenn dies nicht der Fall ist, im Knopfloch getragen.“ Von der ersten Klasse hieß es, sie „hat neben dieser Dekoration noch ein Kreuz von schwarzem Bande mit weißer Einfassung auf der linken Brust; und das Großkreuz, noch einmal so groß als das der beiden Klassen, wird an dem schwarzen Bande mit weißer Einfassung um den Hals getragen.“

Die Stiftungsurkunde war auf den 10. März 1813 datiert, den dritten Jahrestag des Todes der Königin Luise. Das war, nachdem die Dame von der hurrapatriotischen Propaganda zu einer preußischen Madonna und Märtyrerin profiliert worden war, mehr als nur ein Totengedenken. Es sollte der Stiftung zusätzlich Bedeutung, Gewicht und Ansehen geben. Den Kult um die hohe Dame beförderte auch, dass der erste Orden der Verblichenen selbst verliehen und samt der Stiftungsurkunde im Sockel ihrer Büste auf Schloss Hohenzieritz, dem Sommersitz ihres Vaters, deponiert wurde, wo die mecklenburgische Herzogin verstorben war.

Ob die vergleichsweise schlichte Gestaltung des Ehrenzeichens in Erwartung des Umstandes getroffen wurde, dass die Zahl seiner künftigen Träger sehr erheblich größer sein werde als vergleichsweise die der Inhaber des Pour Le Mérite, mag dahingestellt bleiben, erscheint aber naheliegend. Jedenfalls konnte es ohne Beteiligung von Goldschmieden und also kostensparend in der Königlich Preußischen Eisengießerei gefertigt werden, und einfach ließen sich auch die Bänder herstellen. Mit dem schwarzweißen Stoffband machten die Geehrten jene Farben populär, von denen es in einem lange nach dem Kriege, 1830, dem Stifter von einem Dortmunder Gymnasialdirektor als Geschenk dargebrachten Lobgesang einleitend und dann wiederkehrend hieß: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben, Die Fahne schwebt mir weiß und schwarz voran“. Es ist zu diesen drei Stufen des Eisernen Kreuzes übrigens noch eine vierte hinzugekommenen, bei deren Gestaltung das Kreuz goldene Strahlen erhielt. Diese Fassung ist am 26. Juli 1815 für Generalfeldmarschall Fürst von Blücher geschaffen und ihm für seinen Anteil am Sieg in der Schlacht bei Belle Alliance (Waterloo) als einzigem Träger verliehen worden, so dass der Orden auch den Namen „Blücherstern“ erhielt.

Bei der „Ehrenlegion“ abgeguckt

Nun war die Idee, dass ein staatlicher Orden an alle Bürger jeden Standes und jeder Religion verliehen werden könne, keine preußische. Sie rührte aus jenem Staate her, gegen den die Preußen nun mobilisiert und zum Kampfe angefeuert werden sollten, aus Frankreich. Dort war 1802 zuerst als Zusammenschluss wegen ihrer Verdienste herausgehobener Personen die so genannte Ehrenlegion geschaffen worden. Zwei Jahre darauf, im Jahr, in dem sich Napoleon die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, wurde die Mitgliedschaft in dieser limitierten Legion auch durch ein an der Kleidung zu tragendes Zeichen kenntlich gemacht. Die Ehrenlegion wurde zu einer Auszeichnung, die alle folgenden Staatsoberhäupter des Landes – und dies die zweite Unterscheidung vom eisernen Preußenkreuz – auch an Zivilisten für Verdienste verliehen, die in Kriegs- und Friedenszeiten erworben sein konnten. Dabei blieb es bis auf den Tag und in der langen Liste der Geehrten figurieren nicht nur Franzosen, sondern auch die Russen Zar Alexander I. und Wladimir Putin, der Äthiopier Haile Selassie und der Jugoslawe Josip Broz Tito, August Rodin und Le Corbusier, sowie Marlene Dietrich, Jean-Paul Belmondo und Clinton (Clint) Eastwood. Damit kann die Reihe der Verleihungen des Eisernen Kreuzes nicht konkurrieren, wiewohl die Bestimmung Friedrich Wilhelms III., wonach der Orden nur einmal und eben während der Dauer des Befreiungskrieges verliehen werden solle, von seinen Nachfolgern nicht respektiert wurde.

Das Eiserne Kreuz gewann im Kriege und dann nach 1815 rasch an Popularität und da es, wie bestimmt, auch nie in einer Friedensklasse verliehen wurde, erschien es an verschiedensten Orten und erinnerte an Krieg, Kriegstaten und Kriegstote. Weithin leuchtete das Eiserne Kreuz im Lorbeerkranz der Viktoria auf dem Viergespann, bekrönt von einem Adler, vom Brandenburger Tor in Berlin, wohin die nach Paris verschleppte Quadriga zurückgeführt worden war. Der war das Zeichen nach einem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel hinzugefügt worden. Das Kreuz prangte auch auf der Spitze des ebenfalls von Schinkel geschaffenen Denkmals, eines der ersten, die an den Befreiungskrieg erinnerten. Das Präsent des Königs, 1821 auf dem später so genannten Kreuzberg errichtet, erinnerte nicht nur an die Bewahrung Berlins vor einer erneuten Eroberung durch die Truppen Napoleons im Jahre 1813 durch die alliierten Armeen der Russen, Preußen und Schweden in den Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz, sondern auch an die weiteren im Kriegsverlauf.

In der Nachbarschaft des Christuskreuzes erschien das Eiserne Kreuz dann in den Kirchen Preußens. Das bewirkte ein weiterer Erlass Friedrich Wilhelm III. Er bestimmte, dass im Innern der Kirchen

Tafeln anzubringen seien, auf denen die Namen der Kriegstoten aus der Gemeinde aufzuführen wären. Manche dieser meist schmucklosen hölzernen Tafeln, die auch das Eiserne Kreuz zeigen, haben sich über die Jahrhunderte erhalten. Und manche nennen nicht nur Tote, sondern auch die überlebenden Kriegsteilnehmer.

Symbol des Verbrechens

Die Hohenzollern, die Friedrich Wilhelm auf den Preußenthron und dann den des Reiches folgten, haben sich – wie erwähnt – an die Bestimmung ihres Vorfahrens nicht gehalten. Zuerst wurde der Orden im deutsch-französischen Krieg 1870/71 durch Wilhelm I. erneuert und verliehen und sodann wiederum 1914 durch dessen Enkel, Wilhelm II. In dieser Tradition blieb auch Hitler 1939, der als Soldat des Ersten Weltkrieges selbst mit dem Orden in der ersten und zweiten Klasse dekoriert worden war und ihn nie, ob er in Uniform oder im Frack erschien, anzulegen vergaß. Seine Erneuerung erfolgte indessen in abgewandelter Gestalt. Auf der Vorderseite des Ordens hob sich ein Hakenkreuz ab. Das galt weit über die Grenzen Deutschlands hinaus und später auch in beiden deutschen Staaten Millionen Menschen als Symbol politischen Verbrechertums in Frieden und Krieg, reichte jedoch nicht hin, dass sich die westdeutsche Gesellschaft von der Auszeichnung vollends verabschiedet hätte. Freilich musste der noch vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Anordnung Rechnung getragen werden, die das öffentliche Zeigen faschistischer Symbole strikt untersagte. Dem wurde dadurch Rechnung getragen, dass das Hakenkreuz aus dem Zeichen entfernt wurde, und so ließ es sich an der Brust oder am Halse von den einstigen Wehrmachtssoldaten weiter oder wieder tragen. Und das geschah bis in höchste politische Kreise. Das von Hitler 1939 gestiftete Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes war unter vielen anderen gegen Kriegsende auch dem Berufsoffizier Erich Mende, der es in er Wehrmacht bis zum Major brachte, verliehen worden. Seine Nachkriegskarriere führte ihn dann bis auf den Platz des Vizekanzlers der Bundesrepublik, wo er seine Art der Bewältigung der Vergangenheit dadurch präsentierte, dass er als einer der ersten den Orden wieder öffentlich trug. Wo sich die alten Kameraden in der Bundesrepublik zu ihren Traditionstreffen versammelten, taten sie das im vermeintlichen Glanz ihnen reichlich verliehener Orden der faschistischen Wehrmacht.

Doch auch die Bundeswehr wollte sich vollständig von diesem Zeichen nicht verabschieden. Es war Bundespräsident Theodor Heuss, der 1933, damals Abgeordneter der Deutschen Staatspartei, im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz für die Hitler-Regierung zugestimmt hatte, der 1957 bestimmte, dass das Eiserne Kreuz auf Waffen und anderem Kriegsgerät der Bundesrepublik geführt werden dürfe. So sind bis heute Land-, See- und Luftfahrzeuge mit ihm gekennzeichnet. Verbände der Bundeswehr führen es auch in ihren Wappen und das tut auch der Reservistenverband. Vom gegensätzlichen Traditionsverständnis in beiden deutschen Staaten zeugte auch, dass in der DDR das Tragen jeglicher aus dem Welteroberungskrieg stammender Orden verpönt war. Anders hingegen die Auszeichnungen, die deutschen Angehörigen der sowjetischen Armee für ihre Teilnahme an der Befreiung Europas verliehen wurden.

Der Versuch, das Eiserne Kreuz in nur leicht abgewandelter, auf die ursprüngliche Gestaltung zurückgreifender Form zu erneuern, wofür an den Bundestag eine Petition gerichtet wurde, ist misslungen. Jedoch nicht vollends. Das 2008 vom Bundesminister für Verteidigung gestiftete und vom Bundespräsidenten genehmigte Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit kann in Gestaltung und Trageweise die Verwandtschaft zu seinen Vorgängern nicht verleugnen.

junge Welt, Sonnabend, 09.03.2013, S. 10.

Das hat Methode

50.000 Platzpatronen sind nicht der Krieg: Zum ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“

Von Bild bis FAZ wurde der ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“ vorab mit Lorbeer überhäuft. Der *Spiegel* schrieb vom „TV-Ereignis des Jahres“. Nie sei der Krieg wahrer gezeigt worden, befanden die Rezensenten, als in dieser „neue (n) Art von Zeitgeschichtsdrama“, diesem „Bravourstück“, das „eine Zeitenwende für das deutsche Fernsehen“ einleite, das fürderhin „mehr solche (r) Weltkrieg-Event-Movies“ herstellen möge. Eine einzige Stimme in der Süddeutschen hielt es nicht für völlig ausgeschlossen, dass Zuschauer vor dem morgigen Abschluss des 15-Millionen-Euro-Spektakels, in dem 50.000 Platzpatronen verschossen werden sollen, kriegsmüde kapitulieren.

Die höchste Erwartung aber hat sein Produzent Nico Hofmann geäußert. Mit dem Dreiteiler, der eine „radikale Qualität“ besitze, solle das Schweigen zwischen den Generationen gebrochen werden – die Dabeigewesenen mögen nun endlich den Nachgeborenen von den Zeiten und von sich in diesen Zeiten erzählen, rückhaltlos, ungeschönt, ehrlich. Mit diesem Film werde ein Angebot für derlei Gespräche unterbreitet.

War der Mann vom Unterricht im Rechnen in den frühen Klassen beurlaubt? Die im Film 1941 Krieg spielen, sollen 20 Jahre alt sein. Die das waren, überlebt haben und noch leben, sind über 90. Sie bilden den Rest derer, die Historikern als Zeitzeugen gelten. Ihre Mehrheit ringt bei geringen Anstrengungen nach Luft und führt an Familientischen oder in Altersheimen kaum Gespräche über diesen Krieg und ihre Rolle in ihm. Es sind weniger „unsere Väter und Mütter“, von denen der Film handelt. Erzählt wird von Omas und Opas. Die haben nur in Ausnahmefällen über das Erlebte, Getane und Unterlassene gesprochen. TV-Rezensenten schrieben es deren Scham zu. Woher kommt ihnen diese Erkenntnis? Wieso hat die faschistische Gesellschaft diese Leute geprägt, während von der bundesrepublikanischen Prägung keine Rede ist? Was ist mit den Jahren, in denen der erste Bundeskanzler der soeben gegründeten Republik forderte, doch nicht immer von Kriegsverbrechern zu sprechen, das seien doch ganz wenige gewesen?

Nun also wird als Fortschritt gefeiert, wenn ein Film zeigt, dass aus einem Krieg niemand so herauskommt, wie er in ihn hineinging, und dies zumal aus jenem, den die Deutschen von 1939 bis 1945 führten. Das hat vor nahezu zwei Jahrzehnten etwa die sogenannte Wehrmachtsausstellung bewiesen, was Proteste bis in deutsche Parlamente auslöste. Und dass Soldaten Mörder sind, wollte Tucholsky schon nach dem Ersten Weltkrieg den Deutschen beibringen. Wer dieses Diktum illustriert haben wollte, könnte zu Romanen Remarques, Pliviers oder Arnold Zweigs greifen.

Der ZDF-Film sei, hieß es in Vorschauen, so nahe an der geschichtlichen Wirklichkeit wie keiner zuvor. So offenbart sich Unkenntnis. Während die Einblendungen von Orten und Daten des Eroberungszuges diese Nähe vortäuschen, wird eine alte Nazilegende wieder hervorgekramt, die den Generalen Schlamm und Winter das Verfehlen des Angriffsziels Moskau zuschreibt (dessen Erreichung für den Kriegsverlauf insgesamt so wenig bedeutet hätte wie der Einzug Napoleons in die Stadt 1812). Und wieder einmal beginnt der Widerstand des Gegners erst vor Moskau. Was westwärts davon Rote Armee war, ging nach diesen Bildern in Gefangenschaft. In Wahrheit haben, trotz der Millionen, denen das geschah, die sowjetischen Divisionen von den ersten Tagen an einen Widerstand geleistet, über dessen Stärke sich in den internen Informationen der Wehrmacht ebenso nachlesen ließe wie in Briefen deutscher Soldaten – wenigstens den beratenden Historikern hätten diese Verzeichnungen aufstoßen können.

Wie Leser und Zuschauer neuerdings vorzugsweise um die historische Wahrheit betrogen werden, hat Methode. Der Krieg, in der Presse als „sinnlose Vernichtungsschlacht“ oder „das große kriegerische Morden“ gefasst, wird auf eine einzige Abfolge persönlicher Erlebnisse eingedampft. Die sind nicht erfunden, aber in all ihrer Furchtbarkeit und Grausigkeit nicht der Krieg. Zu dessen Geschichte und Vorgeschichte gehören eine Gesellschaft, ein Staat, Menschengruppen mit Interessen, Kriegsziele und einiges weitere mehr. Dies alles verschwindet hinter dem Krachen der Geschosse, dem

Schreien der Verwundeten, dem Röcheln der Sterbenden, den Massakern an Unbeteiligten, dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Verrohung. So wird, das mag ein Verdienst genannt werden, Abscheu vor Kriegen erzeugt, wiewohl es dazu solcher Spielfilme nicht bedarf, denn er lässt sich aus den täglichen Nachrichten von den Kriegen unserer Tage beziehen. An Erkenntnissen oder auch nur Einsichten ist damit nichts gewonnen.

Wie wenig dieser Film zum Nachdenken herausfordert, machte nach dem ersten Teil am Sonntag eine Gesprächsrunde klar, deren älteste Herren bei Kriegsende 1945 fünf bzw. ein Jahr alt waren. Nach dem rasch übergangenen Einwurf, dass mit der Kriegserfahrung in der DDR doch nicht ganz genauso umgegangen worden sei wie im deutschen Westen, landete das Gespräch bei der schwerwiegenden Erörterung, was der Mensch sei; und der Antwort: Nie ganz gut und nie ganz böse. Schließlich unternahm die Leiterin des Geplänkels einen Rettungsversuch und richtete eine Frage aus den Schulgeschichtsbüchern an die jüngste Teilnehmerin: Ob sie sich gefragt habe, wie sie sich in solcher Kriegssituation verhalten haben könnte? Sie erhielt die Auskunft, dies sei doch nicht zu klären. Das gilt nicht für die Frage: Wie verhaltet ihr euch im Alltag gegenüber einzelnen oder Organisationen, die sich nicht vom Prinzip der Gleichheit aller Menschen leiten lassen? Die steht aber nicht in den Schulbüchern.

Abschließend noch ein Wort zu einer abstrusen Konstruktion im ersten Teil des ZDF-Films. Ganz selbstverständlich gehört ein Jude da 1941 zu einem Freundeskreis von zu „Ariern“ erklärten Altersgenossen. Die Wege der im Deutschen Reich so Sortierten hatten zu diesem Zeitpunkt längst weit auseinandergeführt. Diese waren in der Hitlerjugend und besuchten Schulen, die jenem verwehrt waren, „Deutsche“ wurden zum Arbeitsdienst eingezogen, besuchten Schwimmbäder, die Juden verboten waren. All das schien an den vier vorbeigegangen zu sein. Sie zeigten sich auf offener Straße mit dem Juden als ein Bund. Von einer antinazistischen Erziehung, die ihren Mut hätte erklären können, war keine Rede. Den Machern scheint auch entgangen zu sein, dass die Juden Mitte 1941 ihre Wohnungen verlassen mussten und in Judenhäuser gepfercht wurden. Ohne Bedenken lassen sie den Juden in einem Aufzug durch Berlin gehen, in dem er heute in Tel Aviv nicht auffiele, damals in der Reichshauptstadt aber gewiss angepöbelt worden wäre.

Mancher Zuschauer hat – wie es nur die Süddeutsche nicht ausschließen mochte – den ersten Teil nicht durchgehalten. Wer Bild aus ästhetischen und anderen Gründen meidet, muss nicht auf ihr Niveau hinabsteigen, nur weil es in bewegten Bildern dargeboten wird.

junge Welt, Dienstag, 19.03.2013, S. 13.

Totenschein für die Republik

Geschichte. Am 23. März 1933 wurde das „Ermächtigungsgesetz“ angenommen. Ein Startbeitrag zur Konsolidierung der faschistischen Diktatur

Einer der Abgeordneten, die an jenem Tage mit Ja stimmten, hieß Theodor Heuss. Er gehörte zu der auf fünf Abgeordnete zusammengeschmolzenen Gruppe der Deutschen Staatspartei (vordem Deutsche Demokratische Partei), die nach vorausgegangenen Debatten über Zustimmung, Stimmenthaltung oder Ablehnung sich entschied, den Gesetzentwurf der Regierung Hitler-Hugenberg gutzuheißen. Das hat der Karriere des Mannes nach 1945 keinen Abbruch getan. Er wurde, als die Alliierten die Neugründungen zugelassen hatten, Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP) und 1949 zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Wenn ein Politiker mit dieser Vergangenheit das Amt des Staatsoberhauptes übernahm, blieb über den in diesem Staate vorherrschenden Umgang mit der Vergangenheit kein Zweifel mehr, zumal Heuss vor dem Untersuchungsausschuss, dem auch er sich stellen musste, sich nicht einmal von seinem Votum distanziert hatte. Er redete sich darauf hinaus, dass er, wiewohl zu einer Stimmenthaltung oder einem Nein neigend, sich der Mehrheit seiner Kollegen in dieser Gruppe untergeordnet habe, zumal, wie er meinte, der Entscheidung besondere Bedeutung ohnehin nicht zukam, nachdem die ungleich stärkere Zentrumsfraktion sich bereits für ein Ja entschieden hatte und damit die Zweidrittelmehrheit für den Regierungsentwurf gesichert gewesen sei.

Keine Marginalie

Wie im Fall Heuss so hat die Sanktionierung des Totenscheins für die Republik auch den anderen Herren in der Gruppe der Staatsparteiler auf ihren weiteren Lebenswegen als Politiker nicht geschadet. Hermann Dietrich, einst Finanzminister in der Regierung Brüning, hatte sich in der Bundesrepublik binnen weniger Jahre wieder so verdient gemacht, dass er 1952 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern geehrt wurde. Ernst Lemmer, der Mitglied der CDU geworden war, besetzte zwischen 1956 und 1965 in der Bundesregierung nacheinander mehrere Ministerposten. Die Begründung des Ja hatte im Reichstag Reinhold Mayer gegeben, der erklärte, er und seine Fraktionsgenossen stellten Bedenken mit Rücksicht auf „Volk und Vaterland“ zurück. Von 1945 bis 1953 bekleidete Mayer in Baden-Württemberg das Amt des Ministerpräsidenten, später gehörte er dem Bundestag an. 1953 wurde auch er mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert. Heinrich Landahl schließlich, kein Süddeutscher, sondern ein Hamburger, wurde nach 1945 Mitglied der SPD und über mehrere Jahre Schulsenator der Hansestadt. Zu den ihm zuteil gewordenen Ehrungen gehört eine Ehrendoktorwürde. Verliehen im Jahr 1965 von der Theologischen Fakultät der Hamburger Universität. Kurzum, dass den Jasagern vom 23. März 1933 im Weststaat ihre Entscheidung nachgetragen wurde, wird sich nicht sagen lassen. Sie wurde ihnen nachgesehen, allenfalls als „dunkler Punkt“ in ihren Biographien vermerkt und mit banalen Entschuldigungen versehen, wonach sich eben die Zukunft nicht hätte voraussehen lassen oder man, freilich fälschlich, auf einen Wandel Hitlers vertraut hätte. Das tut neuerdings und hochgelobt von der Stuttgarter Zeitung (Ausgabe vom 13.12.2012) auch Peter Merseburger, dem man anderes Urteil zugetraut hätte, in seiner umfänglichen Biographie des Theodor Heuss mit dem Titel „Der Bürger als Präsident“.

In Wahrheit war die von der Reichsregierung vom Reichstag geforderte Entscheidung über das sogenannte Ermächtigungsgesetz keineswegs eine Marginalie im Prozess der Befestigung der faschistischen Macht. Seit der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März die Regierungsbildung vom 30. Januar gleichsam nachträglich gutgeheißen hatte, denn die Koalitionsparteien NSDAP und Deutschnationale hatten eine wenn auch knappe Mehrheit der Wähler für sich mobilisiert, lautete die Frage, welche Rechte die Minderheit der Abgeordneten noch beanspruchen und verteidigen würde. Dass ihnen von der Partei Hitlers überhaupt politische Mitentscheidungen zugestanden werden würden, war nicht zu erwarten gewesen. Ihr Führer hatte oft genug sich gegen Republik und Demokratie tobend ausgesprochen und als Zeichen dieser seiner Ablehnung sich auch nie als Kandidat für ein Abgeordnetenmandat aufstellen lassen.

Demokratischer Anstrich

Nun hatte diese Regierung der Antirepublikaner die Möglichkeit, den Reichstag schlicht zu ignorieren, also auch seine Einberufung zu verhindern, ohne damit rechnen zu müssen, dass dies zu irgendwelchen wirksamen Protesten führen werde. Die zweite Möglichkeit bestand darin, die Abgeordneten zu veranlassen, sich gleichsam selbst aus dem politischen Verkehr des „Dritten Reiches" zurückzuziehen, der Regierung vordem aber noch einen Blankoscheck für ihr selbstherrliches Schalten und Walten auszustellen. Die Inhaber der Exekutive entschieden sich für das zweite, und das mit Gründen. Auf diesem Wege ließ sich der Anschein erwecken, man bewege sich noch immer in den Bahnen der Verfassung. Die gleichen Politiker, die sich als Vorkämpfer einer Revolution, der „nationalsozialistischen", darstellten, erblickten einen Vorteil darin, sich als Legalisten auszugeben, die ihren Weg gingen, freigemacht durch eine Zweidrittelmehrheit von gewählten Abgeordneten des Reichstages.

Kurzum: Die Machthaber entschlossen sich, dem Artikel 76 der am 11. August 1919 beschlossenen Reichsverfassung Rechnung zu tragen, der besagte: „Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen Beschlüsse des Reichstages mit Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen." Diese Bedingung konnten die beiden Fraktionen der Koalitionspartner nicht erfüllen. Sie stellten mit 340 Abgeordneten zwar die Mehrheit, 300 Abgeordnete aber zählten in der Summe die bürgerlichen Parteien des Zentrums, der Bayerischen Volks-, der Staats- und der Deutschen Volkspartei, sie betrugen total 99, und die beiden Arbeiterparteien, die über 201 Abgeordnetensitze verfügten.

Dieses rechnerische Verhältnis korrigierten die Machthaber zunächst durch die Illegalisierung der Kommunistischen Partei und die Kassierung ihrer Mandate. Doch selbst die auf diesem Wege erreichte, ohnehin ungesetzliche Verkleinerung der Abgeordnetenzahl brachte den Regierungsparteien nicht die erforderliche Mehrheit. Sie blieben auf die Hilfe der bürgerlichen Parteien angewiesen und – unumgänglich – auf die gewöhnlich gemeinsam operierenden Fraktionen der katholischen Bayerischen Volks- und der Zentrumspartei. Umgekehrt hieß das: Diese beiden konnten gemeinsam mit der sozialdemokratischen Abgeordnetengruppe den Faschisten das Konzept verderben und demonstrativ klarmachen, dass sie sich der Forderung, der Republik den Totenschein auszustellen, verweigerten.

Das hätte die Regierung Hitler nicht zum Rücktritt bewegen können, jedoch vor dem In- und Ausland die seit dem 30. Januar geschaffenen deutschen Verhältnisse klar- und den Anschein der Legalität bloßgestellt. Es wäre zugleich den Mitgliedern der sich verweigernden Parteien ein Signal gegeben worden, an dem sie ihre eigene Haltung bestimmen konnten. Stattdessen führten ihnen ihre Abgeordneten am 23. März die Kollaboration vor. Sie leisteten damit einen Startbeitrag für die Konsolidierung der Diktatur und billigten das künftige selbstherrliche und vor niemandem zu verantwortende Handeln Hitlers und seiner Mitführer in der Regierung.

Abgeordnete in Bedrängnis

Denn das Ermächtigungsgesetz, das die demagogische Bezeichnung „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Reichsgesetzblatt T. I., 1933, Nr. 25, S. 141) erhalten hatte, besagte: „Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden." (Art. 1) Irreführend wie schon der Titel des Gesetzes war auch dieser sein erster Satz, denn es wurde hier nicht ein zusätzlicher zweiter Gesetzgebungsweg fixiert, sondern, daran konnte niemand im Saal der Kroll-Oper zweifeln, die Gesetzgebung der Regierung faktisch vollständig übertragen. Ausdrücklich war dem hinzugefügt, dass sie zudem eigenmächtig über den Haushalt und über Kreditaufnahmen sowie über Verträge mit ausländischen Mächten entscheiden könne, also die Bestimmungen der Artikel 85 und 87 außer Kraft gesetzt wurden.

Sodann wurde bestimmt, dass so verabschiedete Gesetze auch von der Reichsverfassung abweichen dürften, mit der dekorativen Einschränkung, dass die Regierung jedoch nicht berechtigt sei, die „Einrichtung des Reichstages" durch ein Gesetz abzuschaffen. Das hieß nur, dass die formale Existenz dieses nicht tätigen Gebildes, eines gleichsam lebendigen Leichnams, nicht angetastet werden würde.

Alle Missverständnisse beseitigte der abschließende Satz, der das Gesetzgebungsverfahren, das die Verfassung in den Artikel 68 bis 77 vorschrieb, vollständig außer Kraft setzte. Beschlossen die Abgeordneten dieses Gesetz, konnten sie ihrer Wege gehen. Ob und wann und aus welchem Grunde sie noch einmal zusammengerufen werden würden, stand dahin, jedenfalls aber doch nur, um weitere Gesetze oder Maßnahmen der Regierung nachträglich zu billigen. Was sie zunächst behielten, waren ihre Diäten.

Die Geschichte des Verlaufs der Sitzung, zu der die Abgeordneten am 23. März in die Kroll-Oper in den Berliner Tiergarten – das Reichstagsgebäude war nach dem Brand eine Ruine – ist oft beschrieben worden, angefangen vom Eintreffen der Reichstagsmitglieder, die sich den Weg in das Gebäude zwischen Nazigefolgsleuten bahnen mussten bis zur Ungewissheit, mit der jene das Haus verließen, die es allen Drohungen zum Trotz gewagt hatten, den Entwurf abzulehnen. Das waren einzig die 94 anwesenden Angehörigen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei. Die hatten sich schon in den Tagen zuvor zu entscheiden, entweder der Sitzung fernzubleiben, wodurch sie Anpöbeleien und möglicherweise Schlimmerem entgehen würden oder aber ihren Mitgliedern und Wählern durch ihr Nein zu bezeugen, dass sich die Herausforderungen der Machthaber annehmen ließen und ihnen Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Die Entscheidung fiel für die Teilnahme und die Abgabe einer Begründung für die Ablehnung durch den Parteivorsitzenden Otto Wels, der diesen Platz 1919 eingenommen hatte und in der Republik seit deren Gründung auch Abgeordneter des Reichstages war. Er hatte zudem jenem Ausschuss angehört, der die Verfassung vorbereitete. Diese Option erforderte Mut, denn es war, trotz des Interesses der herrschenden Faschisten, den Eindruck von Legalität zu erwecken, durchaus nicht sicher, dass sie nach einem Nein in Freiheit blieben und von SA-Schlägern unbehelligt aus der Oper und dem Tiergarten herauskamen.

Hitlers Abrechnung

Die Sitzung wurde mit einer Regierungserklärung Hitlers eröffnet. Wiewohl in ihr noch von „Revolution“ die Rede war, stellte der Text klar, dass es mit dieser Regierung zu keinen Eingriffen in die Gesellschaftsstruktur kommen, also nichts geschehen werde, was den Namen Revolution verdiente. Dass den Mächtigen der Wirtschaft vorher mehrfach gegebene, nun nahezu en passant wiederholte Versprechen lautete, dass die Interessen des Volkes wahrgenommen werden würden „durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums“. Was auf dem Felde der Wirtschaftspolitik an Reformen unbestimmt angekündigt wurde, so im Hinblick auf die Steuergesetzgebung, sei nicht Aufgabe des Tages. So wenig wie aus seiner Wahlrede am 10. Februar (siehe jW-Thema vom 9.2.2013) so wenig konnte aus dieser Ansprache jemand entnehmen, wie nun die Arbeiter und Bauern gerettet werden und die Massen der Erwerbslosen zu Arbeitsplätzen und Verdienst gelangen sollten. Unmissverständlich und die ganze Rede durchziehend war hingegen ausgesprochen worden, dass sich die Wucht des Terrors gegen die Kommunisten richten werde, gegen die Hitler Kübel übelster Verleumdungen und Verdächtigungen ausgoss. Seine „Revolution“ habe Deutschland und dann auch Europa vor dem Versinken im kommunistischen Chaos bewahrt usw. Die Brandstifter des Reichstages würden öffentlich hingerichtet werden.

Ungleich kürzer fasste sich Hitler in dem Teil der Rede, in der er sich zur Außenpolitik äußerte und allgemein, ausdrücklich aber an Großbritannien und Frankreich gerichtet, den Friedenswillen Deutschlands versicherte. Zugleich beteuerte er, dass die Vernichtung des Kommunismus im Innern keine Konsequenzen für das Verhältnis zur Sowjetunion haben werde: „Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrussland in der Lage.“

Als Hitler schließlich zum eigentlichen Anliegen der Tagung kam, bezeichnete er die geltende Verfassung und die Existenz des Parlaments unumwunden als Hindernisse für die beabsichtigte „ruhige Entwicklung“ Deutschlands. Wörtlich sagte er: „Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten.“ Und wenig später:

„Die Reichsregierung hält eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustande der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich.“ (Tatsächlich ist der Reichstag knapp zwei Monate später noch einmal zusammengerufen worden, um eine außenpolitische Erklärung abzusegnen, was er einstimmig tat.) Zugleich stellte Hitler für einen nicht bestimmten Tag eine neue Verfassung in Aussicht, über die dann das deutsche Volk werde abstimmen können, ein Versprechen, an das er sich später nicht erinnern konnte. Im Vorgriff darauf erklärte er aber die Monarchie für verabschiedet und verband das mit einer wohl in erster Linie an Bayern gerichteten Warnung, den Versuch zu unternehmen, sie in einzelnen deutschen Ländern wieder zu errichten.

Am Ende stand eine Drohung, die Ablehnung des Gesetzentwurfs würde als eine Kriegserklärung verstanden und angenommen werden: „Mögen Sie, meine Herren Abgeordneten, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg.“ Knapper drückte sich danach unmittelbar vor der Abstimmung Hermann Göring aus, den Kern des Vorhabens bezeichnend: „Jetzt haben wir an der Spitze der deutschen Regierung einen Führer, jetzt wird nicht mehr geredet, jetzt wird gehandelt“. Dem schloss er die Versicherung an, diesem Führer „treue Gefolgschaft“ zu leisten „in blinder Treue bis zum Sieg Deutschlands“.

Anbiederung oder Auflehnung?

Für den Hitler’schen „Frieden“ sprach sich für die Zentrumspartei Ludwig Kaas aus, ihr Vorsitzender, der schon 1932 mit dem Gedanken einer Koalition mit den deutschen Faschisten geliebäugelt hatte. Er sagte und nahm damit die Begründung Hitlers auf: „Im Angesicht der brennenden Not, in der Volk und Staat gegenwärtig stehen, im Angesicht der riesenhaften Aufgaben, die der deutsche Wiederaufbau an uns stellt, im Angesicht vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Aufstiegswerkes zu sichern.“ Für die Bayerische Volkspartei begründete das Ja Ritter von Lex, der sich etwas zurückhaltender ausdrückte und von Bedenken sprach, die Hitler aber gemildert hätte, während der Sprecher der Staatspartei „ernste Bedenken“ erwähnte, die aber zurückgestellt würden.

Vor den drei Rednern hatte sich schon Otto Wels an das Rednerpult begeben, hinter dem sich an der Stirnwand des Saales eine riesige Hakenkreuzfahne befand. Er konnte auf dem Wege dahin nicht im Zweifel sein, dass dies für lange Zeit die letzte Rede eines sozialdemokratischen Politikers in einem deutschen Parlament sein würde. Was lag da näher, als an diesem Platze zu sagen, was den Deutschen und darüber hinaus den Europäern bevorstand, wenn diese Regierung sich behauptete und daran ging, ihr wahres, nicht das eben vom Reichskanzler geheuchelte Programm zu verwirklichen? Indessen begann Wels mit der Beteuerung seines und seiner Partei seit 1919 erwiesenen „Patriotismus“ und dem Verweis darauf, dass sie früh schon, als die NSDAP noch nicht existierte, sich gegen die Behauptung von Deutschlands Kriegsschuld und den Versailler Vertrag gewandt hatten. Mehr noch: Er machte nicht die kapitalistische Ordnung für die „Katastrophe der Weltwirtschaft“ letztlich verantwortlich, sondern die Politik der Siegermächte und die Reparationen. Zunächst also sprach aus Wels der Mangel an jeder Bereitschaft, einen kritischen Blick in die deutsche Geschichte seit dem August 1914 zu riskieren, wohl aber die, Übereinstimmungen mit der Sicht Hitlers herauszukehren.

Dann erst kam er auf die Innenpolitik und die Politik der Sieger, die ihre Gegner, darunter die Sozialdemokraten als vogelfrei behandeln würden. In ihr sah er den ersten Grund dafür, dass die Fraktion dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen könne. Anders gelesen, besagte dies: Würdet ihr uns nicht so behandeln, dann ließe sich zum Entwurf Ja sagen. So aber wollte Wels seine Ausführung offenbar doch nicht gedeutet haben und fügte als weiteren Grund der Verweigerung hinzu, die Regierung brauche dieses Gesetz doch gar nicht, denn sie verfüge im Parlament über die Mehrheit und könne also durch dort verabschiedete Gesetze „regieren“. Wörtlich sagte er: „Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.“ „Kritik“, belehrte er Hitler, „sei heilsam und notwendig.“ Von da aus hätte sich entwickeln lassen, warum und mit welchem Ziel diese Regierung Widerspruch nicht nur im Parlament zum Schweigen bringen wolle, sondern dies in der Presse bereits getan habe.

Indessen: Wels wandte sich zunächst gegen die „Übertreibungen“, welche die Schilderung der deutschen Zustände im Ausland und in dessen Zeitungen erfahre, und distanzierte sich von dem, was die Nazipropaganda „Gräuelmeldungen“ nannte und wofür sie jenseits der Grenzen das „internationale Judentum“ verantwortlich machte. Wels versicherte: Die Sozialdemokraten hätten im Ausland nicht um Intervention nachgesucht und könnten den „Übertreibungen“ leichter entgegentreten, wenn „die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt würde“. Am Ende setzte er sich mit dem Anspruch der Regierung auseinander, eine „nationale Revolution“ zu vollziehen, ohne dies als einen wohl kalkulierten Etikettenschwindel bloßzustellen. Es sei jedoch keine Revolution in Gang gesetzt, sondern: „Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten.“ Das war die halbe Wahrheit, denn weit vorangeschritten war der Versuch, die kommunistische Bewegung zu vernichten, der soeben wieder die Ausrottung angedroht worden war. Am Schluss suchte Wels Zuversicht zu verbreiten – es werde nicht gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen – und grüßte die „Verfolgten, Bedrängten und Freunde im Reich“.

Als der SPD-Vorsitzende abgetreten war, ging Hitler noch einmal ans Rednerpult, erzählte die Legende von der Unterdrückung seiner Partei und seiner selbst in der Republik durch die vordem regierenden Sozialdemokraten, um in zwei Sätzen auszudrücken, was jenen bevorstand, die sich der neuen Macht widersetzen würden: „Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, und geduldig hört man Ihren Redner an.“ Und: „Sie, meine Herren, sind nicht mehr benötigt!“ Da war nicht mehr die Rede von vier Jahren, nach denen er abtreten und einer anderen Regierung Platz machen werde, wenn das Volk das mit dem Wahlzettel so wünschen werde.

* * *

Dass die sozialdemokratischen Abgeordneten ihr Nein gesprochen hatten, verlangte und bezeugte Mut und Haltung. Das taten viele Sozialdemokraten in den Jahren der Nazidiktatur, die in der Republik dem Reichstag angehört hatten. Die Gedenktafel der von den Faschisten Ermordeten verzeichnet 41 sozialdemokratische Abgeordnete Die Rede ihres Vorsitzenden an jenem 23. März hingegen war über weite Strecken nachgerade peinlich, dort vor allem, wo sie Gemeinsamkeiten markierte und Hitler demokratische Ratschläge für das Regieren anbot. Wels verließ Deutschland im Mai 1933, im August wurde er ausgebürgert, er stand an der Spitze des sozialdemokratischen Exilvorstands, erst in Prag, dann in Paris. Dort verstarb er wenige Tage nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Auch Ludwig Kaas verließ Deutschland 1933, er lebte in verschiedenen Ämtern im Vatikan, kehrte nicht nach Deutschland zurück und starb 1952 in Rom. Hans Ritter von Lex, die Bayerische Volkspartei wie das Zentrum lösten sich im Sommer 1933 auf, blieb in Deutschland, wurde nach 1945 Mitglied der Christlich-Sozialen Union und war von 1950 bis 1960 Staatsminister im Bundesinnenministerium. In dieser Eigenschaft hielt er am 5. Juli 1955 als Prozessvertreter der Bundesregierung sein Schlussplädoyer im KPD-Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht.

junge Welt, Freitag, 22.03.2013, S. 10.

Diesmal ein Zweihunderter

Nicht seine Schatten, wohl aber seine Bücher wirft in diesen Tagen der 200. Jahrestag der Befreiungskriege voraus, die der napoleonischen Herrschaft über Europa ein Ende setzten. Zwar ist dessen viel besungener Auftakt, die dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. am 3. Februar 1813 abgerungene Allerhöchste Kabinetts-Ordre, welche die Bildung sogenannter Freikorps erlaubte, ohne ein besonderes Medienspektakel vorübergegangen. Doch muss und wird das nicht so bleiben. Denn dass Redakteure und Journalisten von Rundfunk, Fernsehen und Presse einen geheimen Pazifistenbund gebildet haben, daran ist nicht zu glauben. Und der Gelegenheiten, an geschichtsträchtige Tage jenes Jahres zu erinnern, kommen hierzulande noch viele. Im März drängen sie sich. Zunächst der, an dem im Breslauer Schloss die Stiftungsurkunde des Eisernen Kreuzes die königliche Unterschrift erhielt. Drei Tage später der „Aufruf an mein Volk“, eine schon in der Überschrift ungewöhnliche Äußerung seiner Majestät – gleichen Tages die Weisung zur Aufstellung der Landwehr, die die 17- bis 40jährigen ohne die bis dahin geltenden vielen Ausnahmen zum Kriegsdienst verpflichtete. Im April dann eine weitere, in der für spezielle Kriegsfälle die Formierung des Landsturms gefordert wurde, gleichsam der letzten männlichen Reserve am Orte, die alle erfassen sollte, die das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten.

Und dann folgen die 200. Schlachtentage. Wie alljährlich bereiten sich die Aktivisten im brandenburgischen Großbeeren auf das lustige Kriegsnachspielen ohne Tote und möglichst auch ohne Blessuren vor, mit dem sie sich und gaffendes Volk an jene Kämpfe im August 1813 erinnern, durch die den Truppen des Franzosenkaisers der Plan zur erneuten Eroberung Berlins verdorben wurde. Bald darauf, Anfang September, ist Dennewitz an der Reihe. Und dann im Oktober: Leipzig! Wo Biwaks für die aus vieler Herren Länder zusammenströmenden Kämpfer eingerichtet werden und ein besonderes gar für die, welche ihre Pferde mitbringen. Da wird wieder und nicht zum letzten Mal Geschichte „bewältigt“ werden. Nicht auf eigentlich deutsche Art. Denn bei derlei Spielen unterhalten sich Männergruppen auch jenseits unserer Grenzen und der Weltmeere.

Stunden der Historiker sind das eben nicht, wohl aber Gelegenheiten für allerlei Verklärungen, für Legenden und Mythen. Im Fall von 1813 knüpfen sie sich an Sprüche wie „Der König rief, und alle, alle kamen“, „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“, „Gold gab ich für Eisen“ und weitere Sprüche ähnlichen Inhalts. Da kommt das Buch der Kärntner Historikerin Alexandra Bleyer gerade recht, deren erklärte Absicht ein Beitrag zu der noch keineswegs vollends erledigten Arbeit ist, die Propagandaschleier von den Ereignissen zu nehmen. Ihre Aufmerksamkeit gilt, eben hat sie an der Universität Klagenfurt ihre Dissertation dazu vorgelegt, besonders der österreichischen Kriegspropaganda des Jahres 1809. Doch dieser Band greift fragend und antwortend auch nach Spanien und nach Russland und immer wieder nach Preußen. Es ist dieser Gesichtswinkel, nicht die Neuigkeit ihres Gegenstandes und ihrer Antworten, der das Buch durch die immer wieder angestellten Vergleiche prägt. Durch sie wird deutlich, dass der Wunsch, in Frieden zu leben und nicht auf Schlachtfeldern oder in Massakern von Besatzungssoldaten zugrunde zu gehen, zu verhungern oder an Seuchen zu sterben, den Menschen aller Zungen eigen war. Nicht, dass es Enthusiasmus, Begeisterung, Kampfes- und Todesmut nicht gegeben hätte, mit denen vorwiegend junge Männer ahnungslos zu den Waffen griffen. Nicht, dass nicht auch Frauen sich zu den Truppen begaben und dort unerschrocken verschiedenste Hilfsdienste leisteten. Aber für alle, die an den Kriegen teilnahmen, die Motive und Antriebe der Minorität geltend zu machen, das ist auch nach den Zeugnissen der Autorin schwer länger möglich. Die präsentiert nämlich anhand von Briefen, Tagebüchern und Erinnerungen Geschichtsquellen, die von Angst, Zwang, Lockung und Drohung bei der Formierung der militärischen Formationen handeln, dazu von Fluchten vor den Werbern und Fängern und von Desertionen en masse. Und sie lässt wenig von dem Mythos übrig, dass die in den Krieg Hineingeratenen sämtlich von Vaterlandsliebe und Nationalgefühlen geleitet und von jenen anfeuernden Appellen erreicht wurden, welche die Herrschenden an sie richteten. Weltenfern waren die Gefühle der Eltern, Frauen und Bräute der Soldaten von jenem Ungeist, der aus Jean Pauls 1813 geschriebenem Aufsatz spricht „Die Schönheit des Sterbens in der Blüte des Lebens und der Traum von einem Schlachtfelde“.

Und dann ist da die Charakteristik der Presse und ihrer Rolle, die kaum jemand höher ansetzte als Napoleon. Bleyer hat ihr Fazit an anderer Stelle in drei Sätze gefasst: „Denn wer die Macht hat, tut fast alles, um die Medien und damit die öffentliche Meinung zu beherrschen. Napoleon stand am Anfang. Ein Ende ist nicht abzusehen.“ Dem ließe sich nach dem Lesen des Buches, das beide belegt, ein vierter und fünfter anfügen: Und es ist, vom Technischen abgesehen, an Inhalten und Methodiken wenig dazugekommen. Die eigenen sind die Guten, die anderen die Bösen.

Alexandra Bleyer: „Auf gegen Napoleon. Mythos Volkskriege“, Primus Verlag, 262 Seiten, 24,90 Euro.

Ossietzky, 2013/7, 23. März 2013, S. 234-236.

Kreuz mit Haken

Am 28. März 1933 machte die katholische Kirche in Deutschland mit der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz ihren Frieden mit dem Naziregime

Die erste Institution, die sich zu ihrer Rolle in den Jahren der faschistischen Diktatur in Deutschland umfassend äußerte, war die katholische Kirche, genauer ihre bayerische Abteilung. Sie gab schon 1946 einen Band unter dem Titel „Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand“ im Eigenverlag des Bistums heraus. Ihr Autor war der Priester Johann Neuhäusler, der zum engen Mitarbeiterstab des Kardinals und Münchner Erzbischofs Michael von Faulhaber gehörte und seit 1933 beauftragt gewesen war, sich um die kirchenpolitischen Fragen zu kümmern, was bedeutete, sich bei den staatlichen Behörden für die Wahrung der äußeren Bedingungen des Wirkens der Kirche im Lande einzusetzen. Dabei hatte Neuhäusler das diplomatische Vorgehen bevorzugt. Verhandeln oder auch Protestieren erschien ihm erfolgversprechender. Diese Rolle hatte im Februar 1941 mit seiner Verhaftung durch die Gestapo ein Ende. Nach Gefangenschaft im Hausgefängnis der Gestapo-Zentrale in Berlin und in Sachsenhausen wurde er noch im gleichen Jahr als Sonderhäftling in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Dort überlebte er. In den ersten Maitagen 1945, mit einem Transport dieser Häftlingsgruppe in die österreichischen Alpen gebracht, befreiten ihn und seine Leidensgefährten dort US-amerikanische Truppen.

Gleichzeitig mit Johann Neuhäuslers Buch erschienen 1946 auf dem damals schmalen deutschen Buchmarkt weitere Veröffentlichungen zum Thema, die das Interesse des Episkopats bezeugten, mit den Interpretationen der eigenen Rolle durch eigene Publikationen denen aus anderen Quellen voraus zu sein. In Berlin wurden Dokumente aus dem Kampf der katholischen Kirche im Bistum Berlin gegen den Nationalsozialismus veröffentlicht. Im Erzbischöflichen Sitz in Freiburg im Breisgau druckte der Herder-Verlag „Mit brennender Sorge. Das päpstliche Rundschreiben gegen den Nationalsozialismus und seine Folgen in Deutschland“. Im Jahr darauf erschienen wiederum in Freiburg „Hirtenbriefe des Erzbischofs Gröber in die Zeit“ und am gleichen Ort „Schlaglichter. Belege und Bilder aus dem Kampf gegen die Kirche“.

Neuhäuslers Buch erlebte Auflage um Auflage. Dass ein Mann mit dieser Biographie berufen war, sich zu einem Thema kompetent zu äußern, mit dem sich die verschiedensten politischen, kulturellen und eben auch religiös-kirchlichen Körperschaften und Organisationen konfrontiert sahen, stand außer Zweifel. Nur war er im biblischen Sinne (Matthäus 22, 14) nicht gerade auserwählt, namentlich nicht für eine kritische Sicht auf das Ganze. So handelten sich jene, die das Verhältnis der katholischen Kirche zum Naziregime ernster und tiefer analysierten und die Sonde der Kritik benutzten, von Neuhäusler, der seine Arbeit im Erzbistum München-Freising wieder aufnahm und zum Weihbischof erhoben wurde, Ermahnungen und Belehrungen ein. Die Kernthese, mit der das Handeln der Kirche, also vornehmlich ihrer Obrigkeit, gerechtfertigt und – mehr noch – gelobt wurde, besagte, dass sie das Mögliche an Widerstand geleistet habe. Wer das nicht sehe und schätze, verstünde die eben vergangenen Zeiten nicht.

Mit dieser Kernthese standen die Tatsachen zu stark in Widerspruch, als dass es dabei hätte bleiben können. Und die Tatsachen stammten nicht erst aus der Zeit des Krieges und des „Kampfes gegen den gottlosen Bolschewismus“, sondern schon aus der Frühzeit des Naziregimes. Nur davon wird im Folgenden die Rede sein.

Treue zur Obrigkeit

Fünf Tage nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes in der Sitzung des Reichstages, man schrieb den 28. März 1933, erhielten die Gläubigen der katholischen Kirche von ihren Oberhirten, den in der Fuldaer Bischofskonferenz zusammengeschlossenen höchsten Würdenträgern, eine neue Weisung in Form eines Hirtenbriefes. Die Passage, die eine Wende in der Haltung des Episkopats gegenüber dem nun an die Staatsmacht gelangten Faschismus anzeigte, lautete darin so: „Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegenden Verurteilungen bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzugeben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, dass die vorbezeichneten allge-

meinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen. Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen und umstürzlerischen Verhaltens."

Damit war den Gläubigen ein Wechsel in der Haltung der Kirchenobrigkeit zur Nazipartei bekanntgegeben und ihnen die Erlaubnis erteilt, sich der Partei Hitlers und deren Organisationen anzuschließen. Mit einer nicht ausdrücklich benannten, aber dem Text doch zu entnehmenden Ausnahme: den sogenannten Schutzstaffeln, der SS, deren Mitglieder auf die Ablehnung des christlichen Glaubens und der Kirche sowie auf das Bekenntnis zur pseudo-religiös aufgeputzten Rassenideologie verpflichtet waren. Die schwarzuniformierten Faschisten fielen unter die Träger der „religiös-sittlichen Irrtümer", die weiter gemieden und verurteilt werden müssten. Ansonsten glaubten die Bischöfe, der Regierung einen Vertrauensvorschuss zubilligen zu können, was nach dem Bild des Hirten und der Herde einer an die Laien gerichteten Forderung gleichkam, sich ebenso zu verhalten.

Damit nicht genug. Dieser Text entbehrte nicht der Heuchelei, wenn konstatiert wurde, dass es nicht nötig sei, Katholiken einzuprägen, dass sie auch unter den veränderten Zuständen sich an das von Jesus verkündete Prinzip (Markus 12, 17) zu halten hätten, dem Kaiser (und der hieß alsbald „der Führer") zu geben, was des Kaisers sei. Doch genau diese Aufforderung enthielt die Verlautbarung, wenn von ihnen verlangt wurde, die „staatsbürgerlichen Pflichten" zu erfüllen. Natürlich wussten auch die Bischöfe, dass die nicht ein für alle Mal gegeben seien, sondern von den jeweils Herrschenden definiert und als die allein moralischen ausgegeben wurden. Mehr noch: am Schluss wird von den Gläubigen gefordert, sich von jeglichem Bestreben fernzuhalten, diese Macht zu bekämpfen.

Festung gegen Rot und Braun

Diese Erklärung samt ihren direkten Folgen war ein Beitrag zur Befestigung eines Regimes, das schon in den ersten Wochen seiner Herrschaft verbrecherisch hervorgetreten war. Der Terrorfeldzug charakterisierte die innenpolitischen Ereignisse im Laufe des März, und in Dachau war soeben das erste Konzentrationslager eingerichtet worden. Die Neuorientierung der Bischofskonferenz stellte eine Wendung um 180 Grad dar. Welchen Umbruch sie für die kirchentreuen Katholiken, ihr Denken und Verhalten darstellen musste, macht ein Vergleich mit einer zwei Jahre vorher, am 10. März 1931, von den Bischöfen der Paderborner Kirchenprovinz – das waren die von Paderborn, Fulda und Hildesheim – verabschiedeten Erklärung deutlich. In ihr hieß es, dass für katholische Christen die Zugehörigkeit zur NSDAP unerlaubt sei, „solange und soweit sie kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind". Ähnliche Verlautbarungen hatten deren Kollegen an anderen Sitzen herausgegeben. Ein treuer Katholik hatte im Deutschen Reich zur Zentrumspartei, im Lande Bayern zur Bayerischen Volkspartei zu halten und sie selbstverständlich zu wählen. Daran wurden die Kirchgänger, meist in verklausulierten, sich von den politischen Plakaten abhebenden, aber den Besuchern der Gottesdienste doch verständlichen Worten auch an Kirchenpforten erinnert, wenn ein Tag nahe war, an dem sie wieder einmal in Staatsdingen ihre Stimme abzugeben hatten.

Es war diese Beihilfe, die der Zentrumspartei in allen Jahren der Republik eine relativ stabile Anhängerschaft gesichert und sie in Gebieten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung zur wählerstärksten politischen Partei gemacht hatte, so dass in der Propaganda auch das Bild vom Zentrumsturm umlief. Das benutzte sie auf Wahlplakaten, auf denen gegen diese Festung sowohl die braune wie die rote Flut vergeblich anbrandeten. Während der meisten Jahre der Republik hatte sie den Reichskanzler gestellt. Sie war bis zur Entlassung Heinrich Brünings 1932 in nahezu allen Reichsregierungen mit Ministern vertreten. In Zahlen hatte ihr Stimmanteil zwischen 1920 und 1932 zwischen 11,1 und 13,6 Prozent der Wählerstimmen gelegen und die Stärke ihrer Reichstagsfraktion zwischen 64 und 75 Mitgliedern. Selbst bei den Wahlen am 5. März 1933 hatte sie kaum wesentliche Verluste erlitten und noch einmal 73 Abgeordnetensitze erreicht. Die Bayerische Volkspartei konnte bei Landtagswahlen zwischen 1919 und 1932 gar zwischen 30 und 40 Prozent der Wählerstimmen mobilisieren und sich jedes Mal als die anhängerstärkste Kraft ausweisen.

Wie keine zweite Partei der Republik boten Zentrum und Bayerische Volkspartei ein sozial buntes und konträres Bild. Zu ihren Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern gehörten Großgrundbesitzer ebenso wie deren Gutsarbeiter, Werkseigner ebenso wie die Arbeiter in deren Betrieben, Kleinbürger aller Couleur, Staats- und Privatangestellte. Keine Frage, wer in diesem sozialen Gemisch auf die Parteilinie den meisten Einfluss auszuüben suchte und wem das auch gelang. In der Zentrumspartei existierte seit ihrer Neuformierung nach dem Ende des Kaiserreiches eine konservative, deutschnationale, im Wesen republikfeindliche Gruppierung, die gegen jede parlamentarische und regierende Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, gleichgültig ob in der sogenannten Weimarer oder in der Großen Koalition, opponierte. Ein Exponent dieses Kurses war der Politiker Franz von Papen. Als der sich freilich 1932 entschloss, den nach der Entlassung seines Parteikollegen Heinrich Brüning freigewordenen Platz des Reichskanzlers einzunehmen, blieb ihm nichts, als durch einen Parteiaustritt seinem Ausschluss zuvorzukommen.

Ob sich aber nicht doch mit den am weitesten rechtsstehenden Kräften im politischen Parteienspektrum zusammengehen ließe, blieb eine Option, über die in Führungskreisen der Zentrumspartei weiter Erörterungen angestellt wurden. Und ebenso auch von Ideologen der katholischen Kirche, wie etwa im theoretischen Organ des deutschen Zweigs des Jesuitenordens, in dem 1932 gefragt wurde, ob ein solches Zusammengehen von Zentrum und faschistischer Partei nicht womöglich doch auch in Gottes Plan liegen könnte, woran allerdings die Bedingung geknüpft wurde, dass Hitler die Sache noch einmal durchdenken und sich und seine Partei von allen widerchristlichen Thesen verabschieden müsse. An den Verhandlungen indes, die im Januar auf höchster Ebene zwischen den Deutschnationalen und der Naziführungsgruppe unter maßgeblicher Beteiligung Papens zustande kamen und erfolgreich waren, wurde die Zentrumsparteispitze nicht beteiligt. Nach dem 30. Januar 1933 und mehr noch nach dem Wahlergebnis des 5. März 1933 mussten die Führer der beiden katholischen Parteien erkennen, dass sie auf der Regierungsbank nicht gebraucht wurden. Verlangt wurde ihr Mittun dann doch, da sich das Hitlerkabinett zu einem pseudolegalen Weg der Machtbefestigung entschloss: Als Stimmvieh im Reichstag zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes, des Totenscheins der Republik. Der war nur mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auszustellen. Die Abgeordneten von Zentrum und Bayerischer Volkspartei taten geschlossen, was von ihnen erwartet wurde. Das bedeutete die Mithilfe bei der Etablierung der Diktatur, die sich auf diese Weise ihren pseudolegalen Segen verschaffen konnte. Der war nicht notwendig, aber hilfreich, innen- wie außenpolitisch.

Schielen aufs Konkordat

So die Situation, als die Bischöfe der Fuldaer Konferenz auf Initiative ihres Vorsitzenden, des Breslauer Kardinals Adolf Bertram, sich rasch auf postalischem Wege auf jene Erklärung verständigten, die das Datum des 28. März 1933 trägt. Aus einer speziellen Perspektive ließe sich sagen, die Oberhirten vollzogen den Schritt nach, den die katholischen Reichstagsabgeordneten fünf Tage zuvor gegangen waren: Sie suchten und machten ihren Frieden mit der Diktatur unter dem Hakenkreuz. Diesem Schritt war der Vorsitzende der Sondergruppe der bayerischen Bischöfe schon vier Tage vorher vorausgegangen. Er hatte auf die Annahme des Ermächtigungsgesetzes tags darauf mit der Instruktion an seine Kollegen reagiert, die ebenfalls widerrief und besagte: „Nun aber hat der Reichskanzler in seiner gestrigen programmatischen Rede ein Bekenntnis abgelegt, das eine neue Situation schafft, mit den Worten: ‚Die Reichsregierung erblickt im Christentum die unerschütterliche Grundlage unseres Volkslebens und wird darum bereit sein, freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten.‘“ Wie Bertram behauptete auch der Münchner Erzbischof Faulhaber eine veränderte Lage, als deren Beweis sie nichts anderes vorzuweisen hatten, als Absichtserklärungen des Reichskanzlers, der natürlich gewusst hatte, dass die Stimmen der katholischen Parteien ihren Preis haben würden, und der war niedrig genug bemessen. Das schielende Auge der konservativen Bischöfe richtete sich auf ein Konkordat zwischen Vatikan und der Hitler-Regierung, das die Rechte und Pflichten beider gegeneinander vertraglich fixierte. Wie die Kirchenfürsten freilich glauben konnten, dass gerade diese Regierung sich an papierne Abmachungen gebunden fühlen werde, konnten sie und ihre Nachfolger bis zum heutigen Tage überzeugend nicht erklären.

Die Bischöfe, allen voran Kardinal Bertram, haben sich augenblicklich an die einmal bezogene Position gehalten. Als die Erklärung vom 28. März 1933 öffentlich bekanntgemacht wurde, kamen gerade die Vorbereitungen der Naziorganisationen und namentlich der Sturmabteilungen (SA) in Gang, die erste reichsweite Aktion gegen die jüdischen Deutschen in Szene zu setzen. Dass Judenverfolgungen zum Aktionsprogramm der Faschisten gehörten, konnte am wenigsten dem Breslauer Erzbischof verborgen geblieben sein oder ihn auch nur überraschen. Unfern seines eigenen Sitzes hatten Nazistudenten im Gebäude der Breslauer Universität bereits den Boykott von Veranstaltungen jüdischer Professoren begonnen und gleiches war in Gerichtsgebäuden der Stadt dort tätigen Juristen geschehen. Nun wurde an Adolf Kardinal Bertram angesichts der für den 1. April angesetzten Aktionen gegen jüdische Geschäftsinhaber, Ärzte und Rechtsanwälte der Gedanke herangetragen, sich mit den Bedrängten solidarisch zu zeigen. Seine ablehnende Reaktion las sich so: „Meine Bedenken beziehen sich 1. darauf, dass es sich um einen wirtschaftlichen Kampf in einem uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahestehenden Interessentenkreis handelt; 2. dass der Schritt als Einmischung in eine Angelegenheit erscheint, die das Aufgabengebiet des Episkopats weniger berührt, der Episkopat aber triftigen Grund hat, sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet zu beschränken“. Dem wurde hinzugefügt: „Dass die überwiegend in jüdischen Händen befindliche Presse gegenüber den Katholikenverfolgungen in verschiedenen Ländern durchweg Schweigen beobachtet hat, sei nur nebenbei berührt.“ Das lässt sich, wenngleich kein Meisterwerk, einen Ausfluss von Demagogie nennen. Die Begründung der terroristischen Aktion von Seiten der Nazis lag gerade nicht in erster Linie auf wirtschaftlicher Ebene, wiewohl „arische“ Geschäftsleute an der Schädigung ihrer Konkurrenz durchaus interessiert waren. Sie stellte vielmehr einen Erpressungsversuch wider das Ausland dar, denn die deutschen Juden wurden gleichsam in eine Geiselhaft dafür genommen, dass jenseits der deutschen Grenzen über das Wüten der Gewalt im Reich berichtet wurde. Und dass die Juden nach Auffassung des Kardinals zu „einem uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahestehenden Interessentenkreis“ gehörten, bezeugte das Fortleben des Antijudaismus und in diesem Kontext eine eigene Interpretation biblischer Gebote und ließ angesichts der absehbaren Eskalation der Judenverfolgungen Schlimmes ahnen.

Wider die Beschönigung

Daher nein: Es konnte bei Neuhäuslers Bild von den Beziehungen der katholischen Kirche und dem faschistischen Regime zueinander nicht bleiben. Die Tatsachen, die der Beschönigung entgegenstanden, waren zu hart. Aber es dauerte. Den point of no return gab erst Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“. Es wurde am 20. Februar 1963 in Berlin (West) im Theaterhaus der Freien Volksbühne unter Regie Erwin Piscators uraufgeführt und löste, wie nicht anders zu erwarten, augenblicklich eine Kontroverse aus, die sich solcherart, wie bei keinem zweiten Schauspiel entwickelte, dessen Handlung in die Geschichte des deutschen Faschismus führt. Ein Jahr darauf erschien dann Guenter Lewys quellenkritische Analyse „Die Katholische Kirche und das Dritte Reich“ als Übersetzung aus dem Amerikanischen, ein Werk, das bis heute seinesgleichen, nicht nur für die katholische Kirche sucht.

Die Kontroverse um die Rolle der katholischen Kirche im Faschismus, nicht nur in Deutschland und Italien, sondern auch in den okkupierten Ländern und den mit den „Achsenmächten“ verbündeten Staaten hält indessen an. Sie hat sich längst internationalisiert. Die in der Kirche dominierenden Kräfte sind weiter daran interessiert, die Institution als Zentrum des Widerstands und als Gegenstand andauernder schwerer Verfolgungen darzustellen. Ihre Methode besteht darin, den Teil für das Ganze, das Verhalten der Minderheit für das der Mehrheit auszugeben. So ist vielfach auf anderen Feldern auch vorgegangen worden. In der Bundesrepublik haben sich die beschönigenden Bilder von der deutschen Wehrmacht am längsten erhalten. Erbittert wurden sie gegen die Tatsachen verteidigt. Erst 1995 hat eine Ausstellung sie erledigt und das gründlich.

Die Auseinandersetzungen über die Rolle der katholischen Kirche sind, nachdem auch die deutschen Regierungsorgane Ministerium für Ministerium entschleiert und die braunen Kerne bloßgelegt wurden, die letzten, die eine Institution von vergleichbarem Gewicht betreffen. Nicht, dass fehlende Quellen die Urteile behindern würden, obwohl der Vatikan den Zugang zur archivalischen Hinterlassenschaft nicht gerade weit geöffnet hat. Schließlich geschah, was die Kirche tat und unterließ, am helllichten Tage.

junge Welt, Donnerstag, 28.03.2013, S. 10.

Der widerspenstige Rektor

Heinrich Fink erinnert sich: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde

Ein Chapeau der Historiker ist dem Verfasser sicher. Heinrich Fink, der sich im dramatischen Jahr 1990 das Amt des Universitätsrektors in der berühmten Anstalt Unter den Linden auflud (mit mehr als zwei Drittel der Konzilsstimmen gewählt), erinnert sich. Diese, in der vergangenen Woche in Berlin vorgestellte Zeitzeugenschaft hätte auch unter dem Titel „Aus meiner Rektoratszeit“ erscheinen können. Der Autor erzählt Geschichten in einem Stil, der sich unterhaltsam nennen ließe, würden da nicht Ereignisse geschildert, deren Lektüre Reaktionen der Empörung auslösten, aber auch des Respekts. Empörung über staatliche Abwickler und Respekt für Widerständige.

Zu den von Fink dargebotenen amüsanten und weniger amüsanten Geschichten gehören die Posse, die Friedrich-Engels-Kaserne dem Universitätskorpus einzuverleiben, um dadurch Raumnot zu lindern, die gescheiterten Versuche, ein Magnus Hirschfeld-Institut für Sexual- und Geschlechterforschung und ein weiteres zur Erforschung der jüdischen Geschichte zu gründen, sowie die Entstehung eines Instituts für Sozialökologie unter dem Direktorat von Rudolf Bahro, dessen Liquidation nicht lange auf sich warten ließ.

Fink berichtet über die Rehabilitation des Rechtsphilosophen Hermann Klenner, der 1958 von der Universität verwiesen worden war, und über die dem Geiste der Inquisition entsprechenden Kündigungen des Professors der Medizin Peter Althaus und des Wirtschaftswissenschaftlers Hans Schmidt und anderer in den 1990er Jahren.

In ihrer Summe geben diese Geschichten ein Bild von der Konfrontation zweier unvereinbarer Konzepte für den notwendigen Wandel des Universitätslebens, die jeweils Erneuerung hießen und von denen nicht das demokratisch Gewünschte, sondern von der Obrigkeit Verordnete durchgesetzt wurde. Zu Finks Erfahrungen zählen auch bittere im Umgang mit der Berliner Exekutive, wobei es keinen Unterschied machte, ob unter sozialdemokratischer Senatorin oder deren christdemokratischem Nachfolger. Beider Politik war von Missachtung und Unaufrichtigkeit gegenüber Personen und Gremien der Universität charakterisiert, die zu Zeiten der DDR eine führende war.

Die Arroganz erreichte ihren Gipfel mit der Entfernung des Theologen von seinen Ämtern als Rektor wie als Hochschullehrer – ein politisches Schurkenstück mit erfundener IM-Figur, mit dem im November 1992 die wichtigste personelle Barriere weggeräumt wurde, die der Politik der Abwicklung und Massenentlassungen im Wege stand.

Finks Blick ist weniger auf das akademische Spitzenpersonal gerichtet. Er hat den zumeist namenlos gebliebenen studentischen Aktivisten ein Denkmal gesetzt, die am 17. Oktober 1989 den Prozess der demokratischen Umgestaltung der Hochschule eröffneten. Zu den Beigaben des Bandes, dem Daniela Dahn ein Vorwort schrieb, gehören drei Reden Finks: die zu seinem Amtsantritt, sodann eine gegen den Plan der Abwicklung ganzer Universitätsbereiche und schließlich eine Entgegnung auf die Anschuldigungen, mit denen die wahren Gründe der gegen ihn ausgesprochenen Kündigung bemäntelt werden sollten.

Der Autor verheimlicht die Illusionen nicht, mit denen er sein Amt antrat. Er hielt die Schaffung eines Typs von Universität für möglich, den es in deutscher Geschichte bis dahin nicht gegeben hatte. Dabei ließ er sich auf ein Kräftemessen mit Leuten ein, die die Humboldt-Universität wie alle ähnlichen Anstalten in Ostdeutschland nach dem Bild und Beispiel der in der Bundesrepublik existierenden und den Anforderungen der bürgerlichen Gesellschaft genügenden Einrichtungen gestalten wollten. Da konnte er nur verlieren.

Scheitern bedeutet zwar momentane, doch nicht unbedingt dauernde Vergeblichkeit. Die gemachten Erfahrungen leben, wenn auch schwach, fort. Und selbst würden sie zeitweilig ganz vergessen, Historiker werden sie eines Tages wieder entdecken – nicht aus purer Neugierde, sondern weil der unaufhebbare Widerspruch zwischen Wissenschaft und Politik und insbesondere die der Wissenschaft verordnete Rolle einer Magd sie dazu herausfordern werden.

Heinrich Fink hat durch die Organisierung des Widerstandes die Abwicklungspolitik des Senats gebremst. Darüber macht er keine großen Worte. Doch eben dies kam einer vierstelligen Zahl von Angehörigen der Universität zu Gute. Denn viele hätten ohne Gegenwehr ihre Kündigungen früher erhalten und sich also eher auf Arbeitsämtern oder an ihrer Qualifikation widrigen Arbeitsplätzen wieder gefunden.

Heinrich Fink: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors, Ossietzky Verlag. 128 S., br., 12,50 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 22. April 2013, S. 12.

Plumpe Täuschung

Am 28. April 1983 veröffentlichte das Wochenmagazin Stern Hitlers „Tagebücher“

Vor drei Jahrzehnten, in den Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit, verbreiteten im deutschen Weststaat Nachrichtenagenturen die Meldung, Hitlers Tagebücher seien aufgefunden und würden alsbald veröffentlicht werden. Der Autor war da schon fast 38 Jahre tot, doch das Interesse an ihm unerloschen, weil beständig auch in Zeitungen und Zeitschriften, von Rundfunk und Fernsehen wachgehalten. Deren Redaktionen waren elektrisiert, niemand, der sich die Sensation entgehen ließ, ohne sie zu kommentieren, Diskutanten wurden zu Tische und vor Mikrofone gebeten usw. Der übliche Rummel, mit dem sich Menschen vom Alltag ablenken lassen. Die Reklame gipfelte, das war weder originell, noch blieb es ein einmaliger Vorgang, in der Voraussage, es müssten nun die Geschichte der Nazizeit und das Urteil über Hitler neu geschrieben werden.

Indessen knüpften sich an das späte Annoncieren dieser Geschichtsquelle mehr als die sonst zu stellenden Fragen. Den Spitzenplatz besetzte die nach der Echtheit des Präsentierten. Zu deren Prüfung bedient sich die Historikerzunft eingeübter Verfahren. Am einfachsten liegen die Dinge, wenn Lebende oder Tote bezeugen, dass sie aus der Kenntnis des Verfassers von dessen Arbeit wissen, er mit ihnen darüber auch gesprochen, ihnen womöglich Passagen vorgelesen habe. Klarheit existiert auch, wenn der Weg des Geschriebenen von der Hand des Verfassers bis in die des Editors sich lückenlos verfolgen und offenlegen lässt. Zu Zeiten, da ausschließlich oder meist mit Federn verschiedener Art und Herkunft geschrieben wurde, ließ sich der Text häufig mit anderen Schriftstücken vergleichen und auf diese Weise seine Echtheit bescheinigen oder eine Fälschung nachweisen. Dazu traten Graphologen in Aktion. In anderen Fällen gar Chemiker, die prüften, ob es zu Zeiten, da das Schriftstück angefertigt worden war, diese Sorte Papier gegeben habe.

Echtheitsprüfung

Im Fall der Tagebücher des „Führers“ musste sich Verdacht gegen deren Echtheit schon bei der ersten Frage regen. Wie konnte es geschehen, dass ein Mann, dessen Leben sich nahezu Tag für Tag in der Gesellschaft von Personal vollzog, vom Leibdiener bis zum Adjutanten, Seite um Seite und Tag für Tag mit Aufzeichnungen füllte, ohne dass das je bemerkt wurde? Und selbst, wenn er das heimlich im Bett getan hätte, wo verwahrte er dann, vor aller anderen Augen verborgen, das Niedergeschriebene? Wer forschend gedanklich nur bis dahin geriet, dem mussten auf Rot geschaltete Warnlampen vor das Auge treten.

Indessen, Aussicht auf Geschäfte und Gewinne lässt Eigner von Zeitungen und Zeitschriften anders verhalten. Die Redaktion des Wochenmagazins Stern erwarb für eine Kaufsumme von 9,3 Millionen Deutsche Mark insgesamt die vom Karikaturisten der Jungen Welt der frühesten Jahre, Maler und Kunstfälscher Konrad Kujau angebotenen 62 Bände dieser Tagebücher und begann am 28. April mit einem auszugsweisen Abdruck, Leser anzufüttern – nicht ohne den Preis um 50 Pfennig auf 3,50 DM zu erhöhen. Drei Tage vorher hatte Gerd Heidemann, der Stern-Reporter, der den Deal überhaupt – mit einiger krimineller Energie – zustande gebracht hatte, das Besitztum vor einem Auflauf von 27 Fernsehteams und 200 Reportern bekanntgemacht. Da war die Echtheitsprüfung, der sich das Bundeskriminalamt annahm, noch nicht abgeschlossen.

Für diesen Auftritt hatten sich die Sprecher des Blattes auch eine Antwort auf die Frage zurechtgeschustert, wie diese „Dokumente“ von Hitlers Hand schließlich zu ihnen gekommen wären. In ihr geisterte ein Flugzeug, das sie vom eingeschlossenen Berlin vermutlich Richtung Alpen hatte bringen sollen, aber über einem Gebiet, das später sowjetische Besatzungszone wurde und inzwischen DDR war, abgestürzt sei, ohne dass die darin transportierten Tagebücher vernichtet worden wären. Wie sie dann weiter westwärts gelangt seien, das wurde mit fadenscheinigen Begründungen im Dunkeln gehalten. Mit dieser windigen Geschichte gaben sich viele Sensationshungrige zufrieden.

Um dem Unternehmen unangreifbare Glaubwürdigkeit zu geben, mussten Autoritäten her, die den Dokumenten Echtheit bescheinigten. Wer wäre dafür geeigneter gewesen, als namhafte Historiker, besonders aus den USA? Wie einige von ihnen auf den Schwindel hereinfallen konnten, ist schwer

erklärbar, zumal es nicht weniger renommierte Kollegen gab, so den Kölner Ordinarius Andreas Hillgruber, die gleichsam den Braten rochen, das auch sagten und – das hat Methode – darauf öffentlich herabgesetzt wurden.

Am 8. Mai 1983 meldeten die Agenturen dann, dass die Gutachten des damals in Koblenz etablierten Bundesarchivs und der Bundesanstalt für Materialprüfung gleichermaßen ergeben hätten, dass es sich bei diesen Tagebüchern um eine Fälschung handele.

Tatsachenfehler

Zu diesem Befund hatten Prüfverfahren geführt, bei denen nachgewiesen wurde, dass für die Herstellung der Bücher Chemikalien, unter anderem Farben, verwendet worden waren, die es zu den vorgeblichen Schreibzeiten Hitlers (die Blätter setzten mit dem Datum des 19. November 1932 ein) nicht gab, sondern dass diese erst nach 1950 entwickelt wurden bzw. in Gebrauch gelangten. Zu dem Ergebnis hätten schon weniger aufwendige inhaltliche Prüfungen führen können, denn der eigentliche Autor der Texte, Kujau, kannte sich im Ablauf der Geschehnisse, die er Hitler schildern oder auf die er ihn Bezug nehmen ließ, nicht immer genau aus. Und so waren ihm schlicht verräterische Tatsachenfehler unterlaufen.

Die skandalöse Täuschung der Öffentlichkeit wird in Darstellungen und Kommentaren als Vorgang dargestellt, der zur Geschichte der Medien und der Medienethik gehört. Das ist wahr und doch eine enge Sicht, mit der die Frage umgangen wird, in welcher Gesellschaft Möglichkeiten und Platz für derlei Betrügerei existieren, die dann genutzt bzw. besetzt werden können. Es genügt zu fragen, ob Gleiches 1983 im „anderen“ deutschen Staat möglich gewesen wäre, um dahinter zu kommen, dass erst ein legaler Militaria-Handel, kombiniert mit der Wertschätzung von Nazidevotionalien, die Umtriebe von unbelehrbaren Militaristen und eine Clique von erfolgs- und profitgeilen Vorstandsvorsitzenden, Mitgliedern von Vorständen der Verlage, von Verlegern und Redakteuren vorhanden sein und zusammenwirken musste, damit sich derlei ereignen konnte – und kann.

Die Episode hatte ein juristisches Nachspiel. Der Hersteller der Tagebücher wurde vom Landgericht Hamburg wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, nach drei Jahren aber aus Krankheitsgründen auf freien Fuß gesetzt und richtete sich dann einen Verkauf gefälschter Militaria ein. Heidemann, der im Zentrum der Aktion und ihrer Finanzierung gestanden hatte, wurde der Unterschlagung eines Teils der an Kujau zu zahlenden 9,3 Millionen beschuldigt und erhielt eine Strafe von vier Jahren und acht Monaten ausgesprochen – die meiste Zeit im offenen Vollzug.

Quellengattung Tagebücher

Zur Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus und namentlich der Jahre seiner Herrschaft sind seit Jahrzehnten auch Tagebücher herangezogen worden. Zu den früh veröffentlichten gehörten Aufzeichnungen von Dichtern und Schriftstellern, die ins Exil geflohen waren, so die von Bert Brecht und Thomas Mann. Keine täglichen Notizen haben aber wohl einen größeren Leserkreis gefunden als die des Romanisten, als Jude in Dresden verfolgten Victor Klemperer, dessen Vorsatz sich in den Worten ausdrückte „Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten“.

Zu den Autoren aufschlussreicher Niederschriften zum Tage gehörten der Diplomat und konservative Widerstandskämpfer Ulrich von Hassell, sie setzen 1938 ein und reichen bis zu seiner Hinrichtung im Jahr 1944, und ebenso die unter der Bezeichnung „Weizsäcker-Papiere“ veröffentlichten Dokumente aus der Feder des Diplomaten und Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker.

Ganz anders die Perspektive der unter dem Titel „Als Hitler mir die Hand küsste“ erschienenen Tagebücher der Reporterin des Ullstein Verlags Bella Fromm, die sich 1938 als Jüdin ins Ausland rettete. Aus wieder anderer Sicht wurden in den Jahren 1933 bis 1938 die Aufzeichnungen des US-Botschafters in Deutschland William E. Dodd geschrieben, die unter dem Titel „Diplomat auf heißem Boden“ erschienen. Alle diese privaten Aufzeichnungen entstanden auch in der Absicht, eines Tages

veröffentlicht zu werden, was auch für William L. Shirers, des Historikers und Publizisten, „Berliner Tagebuch“ gilt, in dem Eindrücke und Urteile aus den Jahren 1934 bis 1941 aufgezeichnet wurden.

Niemand von ihnen schrieb aber um seines Nachruhms willen. Jeder hat den Nachgeborenen mit seinem Blick in die Gegenwart und der Warnung vor jeglicher Form ihrer Wiederholung einen Dienst erwiesen. Und der Arbeit der Historikerzunft ohnehin. Anders das Konvolut von Tagebüchern, die in der Bundesrepublik 1987 zu erscheinen begannen und deren Autor Joseph Goebbels glaubte, sich mit ihnen ein monströses Denkmal setzen zu können.

junge Welt, Sonnabend, 27.04.2013, S. 15.

Der Attentäter blieb unerwünscht

Das Attentat von Davos und die Schweizer Schwierigkeiten mit brauner Vergangenheit

Aktionen individuellen Terrors, die politische Zwecke verfolgen, finden ihre Publizisten. Das gilt auch für die Anschläge, die zur Geschichte des deutschen Faschismus gehören und von denen die von Davos 1936, Paris 1938 und München 1939 am bekanntesten sind. In der bayerischen Metropole war Hitler das Ziel des Attentatsversuchs von Georg Elser, eines Arbeiters. In Frankreichs Hauptstadt trafen einen Diplomaten des Nazireiches die tödlichen Revolverschüsse eines 17-jährigen jüdischen Emigrant aus Deutschland, der polnischer Staatsbürger war. Und im berühmten Schweizer Kurort der Landesleiter der NSDAP in der Schweiz, den ein ebenfalls jüdischer Emigrant, aus Jugoslawien stammend, niederschoss.

Richtet sich der Angriff auf einen Mann von politischem Einfluss wie im Fall des buchstäblich davon gekommenen „Führers und Reichskanzler“ wird spekuliert, ob und wie sein Tod auf den weiteren Gang der Geschichte gewirkt haben würde. Handelt es sich um eine Person von minderer politischer Bedeutung, rücken die Motive des Täters und die unmittelbaren politischen Folgen seiner Tat in den Blickpunkt. Letzteres gilt für jenen Anschlag des David Frankfurter (1909-1982) am 4. Februar 1936 in Davos, dem nun Armin Fuhrer, der sich durch informative und lebendig erzählte Geschichtsbücher einen Namen gemacht hat, eine weitere Darstellung widmete. Zu den Vorzügen dieses Buches gehört, dass die Tat materialreich in die Zeit gestellt ist und namentlich die innenpolitische Situation im Alpenstaat eine treffende Kennzeichnung erfährt.

Die früheste Darstellung des Geschehens gab schon der im Schweizer Exil lebende deutsche Schriftsteller Emil Ludwig (1881-1948), dessen Bücher die Faschisten am 10. Mai 1933 verbrannt hatten. Sein Buch „Mord in Davos“ erschien noch im Jahr der Tat. Jedoch nicht in der Schweiz, welche die Verbreitung des Buches untersagte, sondern im antifaschistischen Querido-Verlag in Amsterdam. Alsbald wurde es in viele Sprachen übersetzt. Da hatte der Prozess gegen den Täter noch nicht stattgefunden. 1937 publizierte der französische Sozialist Pierre Bloch (1905-1999) in Paris seine „L’affaire Frankfurter“. Das publizistische Interesse an dem Ereignis erlosch nie. In der Bundesrepublik wurde mit Ergänzungen von Peter Chotjewitz Ludwigs 1939 neu erschienenes Buch wieder herausgegeben. In der DDR befasste sich der Jurist Friedrich Karl Kaul mit diesem Fall und anderen Anschlägen.

Den Hauptteil seines Bandes, etwa 100 Seiten, widmet Fuhrer der Vorbereitung und dem Verlauf des Prozesses, der noch 1936 in Chur im Kanton Graubünden stattfand und in dem Frankfurter zu 18 Jahren Haft mit anschließendem Verweis aus dem Lande verurteilt wurde. Mehr als acht Jahre hat er im Gefängnis verbüßt. Erst 1945 wurde seinem Gnadengesuch stattgegeben, der Verweis außer Landes aber nicht aufgehoben. Frankfurter lebte und arbeitete bis zu seinem Tode in Palästina bzw. Israel und hat sich schriftlich und in Interviews aus dem Abstand von Jahrzehnten auch selbst zu seiner Tat geäußert – enttäuscht darüber, dass er eine Mobilisierung gegen die Judenverfolgung im Reich nicht zu bewirken vermochte. In Nazideutschland hatte sie – anders als die Tat des Herschel Grynszpan 1938 in Paris – zwar eine augenblickliche Radikalisierung der antijüdischen Schikanen und Nachstellungen nicht ausgelöst. Dies unterblieb nicht nur wegen der bevorstehenden Olympischen Spiele, sondern ebenso aus Rücksicht auf wirtschaftspolitische Interessen, die sich wiederum mit dem Rüstungsprogramm verbanden. Doch war im Reich für die Steigerung der antijüdischen Hetze gesorgt und für die Anreicherung der Legende von den Opfern und Märtyrern der „Bewegung“. Auch von der Rolle des Goebbels-Beauftragten Wolfgang Diewerge und des Nebenklägers der Witwe, des Nazijuristen Friedrich Grimm, handelt der lesenswerte Band, der mit beiden Biographien unausweichlich zu dem Thema führt, wie es Naziaktivisten in der westdeutschen Republik erging.

Armin Fuhrer: Tod in Davos. David Frankfurter und das Attentat auf Wilhelm Gustloff, Metropol Verlag, Berlin. 189 S., br., 19 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 02. Mai 2013, S. 17.

Unverkürzte Erinnerung

In Gefängnis und KZ zugrunde gerichtet: Vor 75 Jahren starb Carl von Ossietzky. Vielerorts wird der Antifaschist gewürdigt – ohne als solcher aber benannt zu werden

Am 4. Mai 1938 erloschen die Lebenslichter des Carl von Ossietzky. Sie hatten lange schon geflackert. Der in Berlin verstorbene war nicht älter als 48 Jahre geworden. Die faschistischen Terroristen hatten ihn in Gefängnis und Konzentrationslager zugrunde gerichtet. Der Mann, der über geschliffene Geisteskräfte die Masse verfügte, besaß gegen deren von Rachsucht angetriebenen Schikanen keine hinreichenden physischen Widerstandskräfte. Und die internationale Bewegung, die sich für seine Befreiung einsetzte und dem Osloer Komitee 1936 schließlich die Verleihung des Friedensnobelpreises abtrotzte, kam zu spät, als dass sie Ossietzky noch eine Überlebenschance hätte verschaffen können. Zwar wurde er im gleichen Jahr aus dem Konzentrationslager entlassen, doch führte sein Weg von Esterwegen in Krankenhäuser Berlins. Die Lungentuberkulose war nicht ausheilbar. Er wurde auf einem Friedhof in Berlin-Niederschönhausen begraben.

An Ossietzky erinnern in Berlin zwei Denkmäler. Das eine wurde zu DDR-Zeit in Pankow in der Straße errichtet, die seit 1948 seinen Namen trägt, das andere befindet sich in Berlin-Kreuzberg. Tafeln verweisen auf seine Lebens- und Wirkungsstätten. In der Charlottenburger Kantstraße, wo sich das Büro der Weltbühne befand, wird mitgeteilt, dass er hier für Recht, Freiheit, Frieden und Völkerverständigung wirkte. In Berlin-Rosenthal heißt es in der Mittelstraße, hier habe sich im einstigen privaten Sanatorium Nordend seine letzte Lebensstation befunden. Auf einer Tafel an der Justizvollzugsanstalt Tegel, wo Ossietzky 1932 inhaftiert hatte leben müssen, wird Lion Feuchtwanger zitiert, der hervorhob, dass Ossietzky für den Frieden eintrat und starb. In vielen Städten Deutschlands sind Straßen oder Plätze nach ihm benannt, mehrfach auch Schulen. In Hamburg, seiner Geburtsstadt trägt eine Universitätsbibliothek seinen Namen. Den hat nach langwierigen Auseinandersetzungen 1991 auch die Universität im niedersächsischen Oldenburg erhalten. Dort wurde ihm 1996 in den Wallanlagen ein Denkmal, eine Stele mit einer Büste errichtet. Ossietzkys Namen tragen Medaillen und Preise, die bis auf den Tag verliehen werden, so eine, die von der Liga für Menschenrechte alljährlich vergeben wird. Schließlich ist seiner mehrmals auch durch die Edition von Postwertzeichen gedacht worden. 1964 tat das die Deutsche Demokratische Republik in einer Serie, zu der auch Marken mit den Bildnissen von Frédéric Joliot-Curie und Bertha von Suttner gehörten, 1975 folgte die Bundesrepublik mit einer Ausgabe. Zum 100. Geburtstag im Jahre 1989 edierte die Bundespost wiederum eine Marke, die DDR ehrte ihn durch die Prägung einer Geldmünze mit seinem Bildnis.

So wird des Mannes auf verschiedenste Weisen gedacht. Geschieht das aber auch in einer seiner Rolle angemessenen, ihm gebührenden Weise? Auf Tafeln und Texten in öffentlichen Räumen wie in den im Internet aus verschiedenen Quellen abrufbaren Kurzbiografien wird Ossietzky Journalist, Publizist, Pazifist, mitunter politischer Pazifist, Antimilitarist oder Republikaner genannt. Keine dieser Charakteristika verfehlt oder verzeichnet ihn. Und doch gibt keine von ihnen ein schärferes Bild von seinem Platz in der Gesellschaft der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre. Sie sagen so viel, als würde über Karl Marx geschrieben, er sei ein Sozialwissenschaftler gewesen,

Scharfe Frontstellung

Wer sich mit Ossietzkys Biografie auch nur ungefähr bekannt gemacht hat, ist auf seine scharfe Frontstellung gegen den Faschismus – er schrieb Fascismus – gestoßen. In dessen Sieg sah er die gefährlichste aller Richtungen, in die sich die deutsche Geschichte entwickeln konnte. Was in seinen von ihm selbst als sehr begrenzt beurteilten Kräften und denen der von ihm herausgegebenen Zeitschrift Weltbühne geschehen konnte, diesen „Fall“ zu verhindern, das tat er. Warum aber lässt sich nach der Durchmusterung solcher Kurzbiografien fragen, zu deren Autoren Mitarbeiter des Deutschen Historischen Museums und der Universität in Oldenburg, Spezialisten also, gehören, billigen sie ihm die Bezeichnung eines Antifaschisten nicht zu? Eine Antwort lässt sich an die in Medien wie in der wissenschaftlichen Literatur zu machenden Beobachtung schließen, dass es im Deutschland der zwanziger bis vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zwar „Nationalsozialisten“ und eine „nationalsozialistische Herrschaft“, aber keinen Faschismus gegeben habe. Antifaschismus war demnach so etwas

wie ein Missverständnis. Das soll aber Ossietzky ins Grab nicht nachgesagt werden. So wird geschwiegen, beispielsweise auch sein Satz meist unzitiert gelassen, gesprochen auf einer Versammlung von Berliner Schriftstellern am 17. Februar 1933: „Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist nicht mehr die schwarzrotgoldene dieser entarteten Republik, sondern das Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung.“ Die Worte sehen 2013 ihre Leser fragend und herausfordernd an.

Eine Antwort auf die Frage nach dem verschwiegenen Antifaschisten, die mehr als bloße Vermutung ist, lässt sich finden, wenn entdeckt wird, dass es derlei Auslassungen noch weitere gibt. Ob Pazifist, Antimilitarist, Republikaner – Ossietzky verkörperte von alledem eine eigene und unverwechselbare Spezies, die von der größeren Gruppe jeweils eine Minderheit ausmachte und ausgezeichnet war durch Konsequenz des Denkens und der eigenen Position, durch die Fähigkeit, Gefahren ebenso wahrzunehmen wie Irrwege, auf denen sie nicht abgewehrt werden konnten, auch durch persönlichen Mut.

Zum Beispiel der Publizist: Ossietzky hat die Zu- und Tatbestände der Gesellschaft und des Staates, in der er lebte, bei Klarnamen genannt. In seinen Artikeln gibt es folglich „die kapitalistische Ära“ und die „herrschende Klasse“, „das rebellierende Kleinbürgertum“, das „Klassengefühl“ und den „Klassenstaat“, zur Unterscheidung von anderen Formen den „offenen Faschismus“ und den „Gegensatz zwischen kapitalistischem und sozialistischem Denken“. Nirgendwo ist einer dieser Begriffe als Etikett benutzt, sie sind Bausteine einer Analyse. Und da wird verständlich, warum von den Eigenheiten des Publizisten eingehender doch die Rede 2013 besser nicht ist, namentlich nicht unter der Mehrzahl seinen derzeitigen Berufskollegen.

Erbe des Militarismus

Zum Beispiel der Republikaner. Klar sah Ossietzky, dass diese Republik solange instabil und in ihrer Existenz gefährdet bleiben würde, solange sie nicht mit dem Erbe des Militarismus abgerechnet hatte, das aus dem Kaiserreich auf sie gekommen war. Dabei ging es ihm nicht nur um die Geschichte, sondern mehr noch um die Zukunft dieses Landes, in dem er Kräfte nach der Macht streben sah, die auf einen neuen Krieg hinauswollten. Die und ihre Helfer hat er bloßgestellt, damit ihren Hass auf sich gezogen und deren Bedürfnis nach Rache provoziert. Zugleich war er davon überzeugt, dass nicht erst nach einer Revolution in einer anderen sozialen Ordnung Friedensbedingungen hergestellt werden könnten, sondern in diesem Punkte schon die Zustände in der Republik veränderungsfähig seien. Unter einer Voraussetzung: dem Druck von Massen auf die Herrschenden.

Das führt zu dem Thema, das in keiner der erwähnten Kurzbilder vom Leben Ossietzkys auch nur in einem Nebensatz Erwähnung findet. Sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und ihren politischen Organisationen, vor allem der kommunistischen und der sozialdemokratischen. Je bedrohlicher sich der Faschismus erhob, je kürzer sich dem Vorausschauenden die Lebensdauer der Republik bemaß, umso mehr setzte er seine Hoffnungen darauf, dass beide ihr Verhältnis im Kampf neu bestimmen würden. Er hat, ohne sich zum Richter zu machen, den einen wie den anderen die geistigen und praktisch-politischen Barrieren benannt, die der Überwindung des unheilvollen Feindverhältnisses entgegenstanden. Er attestierte den Kommunisten Dogmatismus und Stalinismus und wandte sich zugleich gegen die Bilder vom „moskowitischen Schrecken“, denen er entgegenhielt, dass er unter den Politikern der KPD „ruhige und verantwortungsbewusste Männer“ gefunden habe. Was soll heutigen „Verehrern“ Ossietzkys aber derlei Haltung, gar sein Eintreten für den Kandidaten Ernst Thälmann im Reichspräsidentenwahlkampf 1932, dies letzte nicht mit dem Blick auf einen Sieg, aber doch, eine große Stimmenzahl vorausgesetzt, auf einen hoffnungsvollen Ausblick. Wie nimmt sich hinter dieser historischen Folie die blamable Anklage gegen Sozialisten aus, überhaupt über eine Gesellschaftsordnung nach und anstelle der bürgerlichen zu diskutieren?

Kurzum: In der Werkstatt für politische Warntafeln ist die mit der Aufschrift „Vorsicht Ossietzky“ längst hergestellt. Mit deren Aufstellung wird gezögert. Der Aktion haftet eine gewisse Peinlichkeit an. Einfacher und weniger verfänglich ist die Amputation des Geehrten. Auf diesem Felde existiert Erfahrung. Beispielsweise auch aus dem Umgang mit einem Mitstreiter Ossietzkys, mit Kurt Tucholsky. Ceterum censeo: Die Antifaschisten sollen Ossietzky lesen. Sein literarisches Erbe enthält Lek-

tionen, deren Studium Wege weisen und Irrwege ersparen kann und auch vor mancher Dummheit bewahren.

junge Welt, Sonnabend, 04.05.2013, S. 3.

... des Führers Bart

Streit um geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse über den Faschismus entstehen nicht selten durch herrschende Kreise. Sie wirken auf die Forschung ein, damit sie einen politischen Nutzen für die Gegenwart ziehen können

Noch ein paar Jahre, und die Deutschen wird vom Ende von Kaisers Zeiten ein ganzes Jahrhundert trennen. Von dem Mann, der sich damals über die Grenze davonschlich, hat heute kaum noch jemand Vorstellungen. Dazu trug bei, dass schon die Mehrheit der Vorfahren den Hohenzollern 1918 tränenlos verabschiedet hatte. Selbst die Bierseligen, die in Republikzeiten gelegentlich in Kneipen singend verlangten: „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben", meinten das nicht ernst und zudem nicht den letzten Hohenzollern auf dem Thron. Ihr Gesang galt dem „mit dem Bart", dem 1888 verblichenen Kaiser Wilhelm I., der vor, nach oder mit dem „Eisernen Kanzler" Otto von Bismarck als Reichsgründer verehrt und gefeiert worden war und der von bronzenen Pferden und Denkmalssockeln vielerorts noch herabblickte.

Nein, dessen Enkel Wilhelm II. wollte niemand aus dem niederländischen Exil zurückrufen. Dort starb er 1941 auf einem Schloss in Doorn, nachdem er dem „Führer" zu militärischen Siegen noch hatte gratulieren können, die ihm versagt geblieben waren. Auch nach keinem anderen der einst regierenden Blaublütigen verlangte es die Sangesbrüder wirklich. Das Kaisertum, die Könige und Großherzöge waren definitiv verabschiedet. Die exklusiven Klubs der Monarchisten kümmerten mehr und mehr dahin, bis sie sich nach 1933 zuerst in Hinterzimmer verbannt sahen und dann ganz verboten wurden. Den deutschen Faschisten galt die italienische Staatskonstruktion mit dem Duce Benito Mussolini und dem König Vittorio Emanuele III. nicht als Vorbild. Die Deutschen bekamen den „Führer und Reichskanzler" als Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person.

Fragen von Gewicht

Erhalten hat sich lange die Redewendung vom „Streit um des Kaisers Bart", und die ist Jahrhunderte älter und stammt mit ihren Vorläufern aus Zeiten, als an Hohenzollern auf Thronen nicht zu denken war. Das geflügelte Wort besagt, dass ein Streit um nichtiger Dinge willen zu unterlassen sei. Und so hat denn Emanuel Geibel am Ende seines Gedichtes „Um des Kaisers Bart" 1861 geschrieben: „Zankt, wenn ihr sitzt beim Weine, nicht um des Kaisers Bart". Von diesem Lübecker Lyriker, der zeitweilig vom preußischen wie vom bayerischen Königshause bewundert und unterstützt wurde, stammt auch die berühmt-berüchtigte Verszeile „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen". Die gefiel auch den deutschen Faschisten.

Damit wären wir unversehens von des Kaisers Bart auf den jenes Führers gekommen, den der Titel dieses Buches meint. Dessen Träger und die Seinen konnten sich als Welteroberer auch auf Geibels Devise beziehen und taten das. Denn der hatte schon in der Überschrift seines Gedichtes „Deutschlands Beruf" den Bewohnern dieses Landes zwischen den Alpen und der Nord- und Ostsee zur Aufgabe gemacht und sie für befähigt gehalten, allen anderen Menschen, die Juden und einige vorgeblich minderwertige „Rassen" ausgenommen, ein Beispiel für das richtige Leben zu liefern.

Das Bild jenes Führers mit dem Bart nun ist freilich fragwürdig. Denn als Mann mit Ausdruck verleihender Barttracht haben nur wenige Zeitgenossen diesen Adolf Hitler wahrgenommen. Eigentlich nur seine Kriegskameraden der Jahre 1914 bis 1918. Als er sich jedoch aufmachte, vom „einfachen Gefreiten des Weltkrieges" zum Führer in dem nächsten Weltkrieg zu werden, trennte er sich von der üppigen Haartracht, die man einen Gesichtsschmuck ohnehin nicht nennen konnte und reduzierte sie auf jenes Format, das im Volksmund „Rotzbremse" genannt wurde. Also: Es wird in den Texten, die in diesem Band vereint sind, nicht ein Streit um des Führers mickrigen Bart geschildert oder ausgetragen, und es wird nicht Zweit- und Drittrangiges oder Nebensächliches ausgebreitet werden. Dargestellt und erörtert werden sollen Fragen von Gewicht, die an die deutsche Geschichte in den Jahren der faschistischen Diktatur, einer Zeitspanne von wenig mehr als zwölf Jahren, zu richten sind und auf die bis heute bei allen Forschungsfortschritten verschiedene, mitunter gegensätzliche Antworten gegeben werden, über die zu Zeiten auch ein hell auflodernder Streit entbrannte.

Geschichtswissenschaft und Politik

Nun entstanden, seit es Geschichtsschreibung gibt, unter denen, die sich ihr widmeten, immer wieder Auseinandersetzungen um die wirklichkeitsnahe Darstellung des Vergangenen. Das setzt in manchen Augen das Ansehen der Zunft sehr herab. Denn es entsteht der Eindruck, als herrsche auf diesem Feld Beliebigkeit und das Prinzip „Jedem seine Wahrheit“ und es gäbe, anders als in Physik oder Chemie, da nichts Feststehendes, abgesehen von Banalitäten, die etwa besagen: Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939. Worauf Kenner sogleich einwenden: Da war dieser Krieg ja noch kein Weltkrieg, zu dem wurde er erst 1941, als die Sowjetunion und die USA, die beiden Großmächte, und Japan an ihm teilnahmen ...

In Wahrheit ist Streit um Forschungsergebnisse und -methoden keine Besonderheit der Geschichtswissenschaft. Die Naturwissenschaften kennen berühmte und langwierige Kontroversen, von denen die meisten, von der Öffentlichkeit unbeachtet, häufig von ihr auch unverstanden, zwischen ihren Spezialisten geführt wurden. An anderen beteiligten sich Kräfte und Personen, z. B. Kirchen, die zwar keine Fachkompetenz besaßen, denen jedoch die Erträge der Wissenschaft nicht in ihre ideologischen oder politischen Konzepte passten. Jeder hat in der Schule zumindest vom Streit darüber gehört, ob die Erde eine Scheibe oder eine Kugel sei. Der ist erledigt. Doch bis heute ziehen nicht nur in den USA sogenannte Kreationisten, die fanatisch an der biblischen Schöpfungsgeschichte festhalten, die Ergebnisse der Naturforschung lärmend in Zweifel.

Streitigkeiten um Resultate wissenschaftlicher Arbeit besitzen unterschiedliche Antriebe. Die einen entstehen innerhalb des Forschungsbetriebs im Prozess der Erkenntnissuche, die unausbleiblich mit Teilschritten und Irrtümern verbunden ist. Andere werden außerhalb der Fachleutewelt entfacht, weil Interessen von Personen und Gruppen wirklich oder vermeintlich berührt und bedroht sind. Doch lassen sich die Teilnehmenden nicht streng in Wissenschaftler und Scharlatane trennen. Keine Disziplin existiert abgetrennt durch schützende Barrieren von den Einflüssen der Gesellschaft und den in ihr herrschenden Interessen. Zudem machen sich auch Wissenschaftler zu Sprechern außerwissenschaftlicher und selbst erkenntniswidriger Belange, so, wenn sie als Bürgen im Dienst von Pharma- oder Elektrizitätskonzernen für ein Medikament Reklame machen oder Argumente liefern, die das Weiterbetreiben von Atomkraftwerken für unabweisbar, weil alternativlos erklären.

Was für die Wissenschaften insgesamt gilt, trifft auch auf die Geschichtswissenschaft zu, jedoch mit einem deutlichen Unterschied. Ihre Forschungsergebnisse, besonders der Teil von ihnen, der sich auf die Neueste Geschichte und die Zeitgeschichte bezieht, stehen häufig in direktem Zusammenhang zur aktuellen Politik, die sie in das Licht von Tradition oder Traditionsbruch tauchen, legitimieren oder in Frage stellen können. Das verschaffte den auf diesem Feld gewonnenen Forschungsresultaten besondere Nachfrage und den dort Grabenden zu allen Zeiten die Aufmerksamkeit höchster Personen und dazu unwillkommene Überwachung der Machthabenden.

Diese Beziehung von Geschichtswissenschaft und Politik lässt ein Spannungsfeld entstehen, das wiederum einen eigenen Typ von Streitigkeiten erzeugt und den Protagonisten Einmischung, Beifall und Anfeindung aus Kreisen beschert, die selbst in der Sache keine begründeten Urteile besitzen. Solcher Streit, bei dem es nicht um Wahrheit, sondern um Nutzen, Vorteil und Gewinn geht, wird öffentlich ausgetragen, denn letztlich geht es um die Köpfe und das Verhalten der Bürger, der mündigen wie der unmündigen. [...] Wer sich mit Kontroversen in der Geschichtswissenschaft befasst, hat folglich zu sondern zwischen denen, die sich auf Erkenntniswegen ergeben, beispielsweise als Folge des Fehlens verlässlicher Quellen oder des Vorliegens mehrdeutiger Überlieferungen, und jenen anderen, die einzig aus Versuchen herrühren, missfallende Ergebnisse mit Zweifeln [...] zu diskreditieren. Und dann empfiehlt es sich, das Gewicht der umstrittenen Fragen zu bestimmen. Mancher Streit erinnert an zwei Hunde, die um einen Knochen balgen, an dem es eigentlich nichts mehr zu benagen gibt. Auch in Kreisen der Wissenschaftler ist Profilierungssucht anzutreffen.

Wer war Urheber des Ersten ...

Über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sind namentlich nach dem Zweiten Weltkrieg schwerwiegende Streitigkeiten entbrannt. Dazu gehört der in den frühen sechziger Jahren in der Bun-

desrepublik mit äußerster Schärfe ausgetragene Streit über die Schuld für den Weg in den später als Ersten bezeichneten Weltkrieg, der im August 1914 begann. Die These von der Unschuld der deutschen Führung war bei Kriegsausbruch verkündet worden. Eine Mehrheit der Deutschen hielt, bestärkt auch von Historikern, in der Weimarer Nachkriegsgesellschaft an ihr fest. Sie enthob die im Kaiserreich Herrschenden der Frage nach ihrer Rolle und die Gesellschaft des Nachdenkens darüber, woher die Antriebe zum Krieg gekommen waren und wie dieser „gemacht" worden war. In der 1919 geschaffenen Republik verfügten jene wenigen, die Deutschlands Anteil an der Entwicklung zum imperialistischen Krieg nachwiesen, noch über eine öffentliche Stimme. 1933 hatten sie im Nazireich zu verstummen. Erst nach 1945 verbreiteten in Ostdeutschland und dann in der DDR Kommunisten die Analysen von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin und anderen Theoretikern des Marxismus, die treffend inmitten der Ereignisse gegeben worden waren. Mit ihnen bezogen, gewiss spät, Sozialdemokraten gegenüber der Haltung, die ihre Partei 1914 eingenommen hatte, einen kritischen Standpunkt. In der Bundesrepublik entbrannte darüber erst erheblich verspätet noch einmal eine Diskussion. Das geschah 1961, als der Hamburger Historiker Fritz Fischer sein Buch „Griff nach der Weltmacht" veröffentlichte. Da konnte in der Deutschen Demokratischen Republik schon jedes Kind in seinem Schulgeschichtsbuch nachlesen, welchen Anteil die Vorkriegspolitik des Kaisers und seiner Regierung, der Militaristen und Rüstungsindustriellen am (...) Massenmorden auf den Schlachtfeldern in Belgien, Frankreich und Russland besessen hatte. Die Geschichte der „Fischer-Kontroverse", in Wahrheit handelte es sich um eine Kriegsschuldkontroverse, gehört heute in jede Universitätsvorlesung zur Historiographie in der Bundesrepublik, führt sie doch auf die Spuren der viel zitierten „Bewältigung der Vergangenheit".

... wer des Zweiten Weltkrieges?

Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich eine Lüge von deutscher Kriegsunschuld nicht noch einmal in die Welt setzen. Das verhinderten nicht nur die Besatzungsmächte, sondern mehr noch unabweisbare Tatsachen und sie bezeugende Dokumente, beginnend mit Hitlers Rede am 3. Februar 1933, dem fünften Tage seiner Kanzlerschaft, vor deutschen Generalen, denen er den Kriegskurs, wenn auch noch grob und unbestimmt, beschrieben hatte, der dann unverzüglich eingeschlagen und gehalten wurde. Dennoch: Der Versuch wurde unternommen, das Gemetzel, das in Osteuropa am 22. Juni 1941 begann, deutscherseits als Präventivkrieg auszugeben, wie das schon Hitler getan hatte. Das misslang gründlich. Zeitweilig schien auch der Versuch erledigt, die Verantwortung und Schuld, die Deutschland trug, wenigstens zu mindern und beides partiell zu exportieren. Verwischt wurde zu diesem Zweck der Unterschied zwischen denen, die den Krieg wollten, und jenen, die ihn nicht zu verhindern vermochten. Inzwischen – 2012 – wird die Schuld für den Zweiten Weltkrieg geteilt. Nun zwischen Hitler und Stalin. Und der Streit, Schaum auf der Hochflut des aktuellen Antikommunismus, ist nicht auf Politiker und Ideologen beschränkt, er reicht bis in die Geschichtswissenschaft selbst.

Hitzige öffentliche Debatten

Die Urheberschaft von Kriegen wurde als Beispiel für Auseinandersetzungen auf dem Geschichtsfeld herangezogen, weil Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges die zentralen Gegenstände aller wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem deutschen Faschismus geblieben sind. Gleichsam dahinter folgen weitere von Gewicht. Hier ist eine unvollständige Aufzählung: Wie kamen Hitler und die deutschen Faschisten an die Staatsmacht? Wie gelang ihnen die Stabilisierung ihrer Herrschaft in so kurzer Frist? Welche Ursachen hatte das Zustandekommen der Massengefolgschaft? Wie entwickelten sich die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Deutschen in den Vorkriegsjahren? In welchem Grad wurde die deutsche Volksmehrheit von National- und Rassenchauvinismus erfasst und in ihrem Verhalten geleitet? Wollten die Deutschen den Krieg? Und dann, als er geführt wurde: Inwieweit waren die „Volksgenossen" von den militärischen Erfolgen bestochen? Wem brachte der Krieg Gewinn und Vorteile, welche und wie viele? Wer beging die Massenverbrechen im eroberten Gebiet? Warum folgten die Deutschen der Parole „bis zum Endsieg" und stürzten sich in die größte Katastrophe ihrer Geschichte?

Und dann ist da die lange Fragenkette, die sich allein auf Judenverfolgung, -vertreibung und -vernichtung bezieht: Wie antisemitisch waren Deutsche schon in der Republik gesonnen? Warum wurde den Anfängen nicht gewehrt? Wer zog Nutzen aus der Judenverfolgung, wer bereicherte sich? Was dachte die Mehrheit, als die Minderheit den Pogrom verübte? Was, als die Deportationen begannen? Was wusste sie vom Massenmord in Vernichtungslagern und den besetzten Gebieten? Eine weitere und ebenfalls lange Reihe von Fragen bezieht sich auf den Widerstand von Antifaschisten und Hitlergegnern.

Fragen über Fragen also, von denen manche in hitzigen öffentlichen Debatten diskutiert wurden, so gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts die Auseinandersetzung über die Rolle der deutschen Wehrmacht im „Vernichtungskrieg“, ausgelöst durch eine Wanderausstellung von Fotos und Dokumenten. Da reichte das Für und Wider, das in der Wissenschaft längst erledigt war, bis in die Parlamente hinein und offenbarte die Langlebigkeit und Dominanz jener bequemen Schutzbehauptung, mit der die Untaten der Waffen-SS und vor allem deren Sondereinheiten, den Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und dem Personal in Konzentrationslagern und Stätten der Vernichtung zugeordnet worden waren. Dieses verlogene Bild hatten in Westdeutschland nicht nur Generale der Wehrmacht verbreitet. Es war von „Unbeteiligten“, darunter Politikern wie Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß – der eigenes Wissen aus seiner Teilnahme am Krieg gegen die UdSSR besaß, es bis zum Oberleutnant der Wehrmacht und Naziführungsoffizier gebracht hatte – gleichsam autorisiert worden.

Hitler, ein „Wohlfühldiktator“?

Von geringerer Reichweite, jedoch nicht weniger bedeutsam, waren andere Debatten der letzten Jahre. Bis in große Veranstaltungssäle und unter Beteiligung der inzwischen alt gewordenen „Garde“ (west-)deutscher Faschismusforscher wurde diskutiert, ob die Deutschen „willige Vollstrecker“ der antisemitischen Politik waren, wie das der US-amerikanische Soziologe Daniel J. Goldhagen schon im Titel eines zum Bestseller hochgejubelten Buches behauptet hatte. Eine dem deutschen Großbürgertum und den Eliten hochwillkommene Deutung des Wesens der faschistischen Herrschaft lieferte sodann der auf anderem Felde einst verdiente, aber zum Renegaten gewordene Historiker Götz Aly, der die kleinen Leute als „Nutznießerchen“ des Regimes ausgemacht hatte und die faschistische Herrschaft als „Wohlfühldiktatur“. Das Willkommen für diese Retusche war in der bürgerlichen Presse laut und übertönte Einsprüche und Proteste, die in Fachzeitschriften zu lesen waren.

Noch in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit begann eine andere Kontroverse. Der Westberliner Historiker Ernst Nolte löste sie mit dem Versuch aus, den Ursprung des Massenmords durch rassistische deutsche Faschisten aus der deutschen in die sowjetische Geschichte zu exportieren. Darauf entbrannte in den achtziger Jahren der sogenannte Historikerstreit, in dessen Verlauf das Wort ergriff, wer Kenntnis, Rang und Namen in der westdeutschen Zunft hatte. Das Konstrukt wurde nachhaltig erledigt.

Auf den folgenden Seiten dieses Buches wird von diesen und weiteren Kontroversen die Rede sein, zumal sich der Autor an ihnen beteiligte. Das geschah in Zeitungen und Zeitschriften und aufgrund von Einladungen zu Vorträgen und wissenschaftlichen Konferenzen oder vor einem interessierten Publikum unterschiedlicher Zusammensetzung. Dass die so entstandenen Manuskripte Lesern noch einmal oder neu angeboten werden, erscheint dadurch gerechtfertigt, dass sie durchweg von Ereignissen und Prozessen der Geschichte handeln, die – um es mit einem vielzitierten Wort Barbara Tuchmans (US-amerikanische Reporterin und Historikerin, 1912-1989, d. Red.) zu sagen – „noch qualmen“.

junge Welt, Montag, 06.05.2013, S. 10.

Die Friedensharfe

Geschichte. Auf Irreführung der Gegner ausgerichtet: Hitlers Rede zur Außenpolitik am 17. Mai 1933

Die Regierungskoalition aus Faschisten und Deutschnationalen war kaum mehr als 100 Tage im Amt, als sich der von seinem Präsidenten Hermann Göring zusammengerufene Reichstag noch einmal versammelte. Da das Reichstagsgebäude von den Nazis abgefackelt worden war (siehe jW-Thema vom 27.2.2013), musste in die Berliner Kroll-Oper ausgewichen werden. Es sollte dies seine definitiv letzte Zusammenkunft werden. Im November 1933 wurden Neuwahlen angesetzt und von da an, wiewohl der Name „Reichstag“ beibehalten blieb, war diese Männerversammlung ein Klub von Claqueuren, der Hitlers Auftritte zu dekorieren, zu beklatschen, zu bejubeln und mit Heilrufen zu begleiten hatte. Am Ende sang diese Gefolgschaft dann jeweils stehend und erhobenen Armes die Nationalhymne. Das brachte ihr die verächtliche Bezeichnung Deutschlands größter und teuerster Männergesangsverein ein.

Aussprachen über die wenigen Gesetze, die dieser privilegierten Führerschar vorgelegt wurden, gab es nicht mehr. Dieser Reichstag wäre kaum mehr in Geschichtsbücher gelangt, hätte er nicht 1935 bei einer Zusammenkunft im Rahmen eines NSDAP-Parteitags die schändlichen antijüdischen Gesetze beschlossen. 1938, nach dem „Anschluss“ Österreichs, nannte sich die Versammlung dann „Großdeutscher Reichstag“. Im April 1942 verabschiedeten sich seine Mitglieder für immer aus dem Opernhaus, ohne dass dies irgendwelches Aufsehen erregt hätte. Siegesreden hatte Hitler vor den überwiegend braununiformierten Ja-Sagern nicht mehr zu halten, und Propagandaminister Joseph Goebbels hatte zunehmend Mühe, den „Führer“ nach Stalingrad (siehe jW-Thema vom 19.11.2012 und 15.1.2013) überhaupt noch zu öffentlichem Auftreten zu bewegen.

Die am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten, mit Ausnahme der illegalisierten Kommunisten, waren geladen, die Statisten auf einer Bühne abzugeben, auf der Hitler eine Erklärung zur Außenpolitik abgeben würde. Und die Gerufenen fanden sich, wiewohl sie über ihre Rolle nicht im Zweifel sein konnten, in ihrer Mehrheit dort ein. Das taten selbst die Sozialdemokraten, jedoch nur noch mit 65 von ehemals 120 Angehörigen ihrer Fraktion. Die Fehlenden waren ins Ausland geflohen oder im Lande untergetaucht, um sich vor dem faschistischen Terror in Sicherheit zu bringen.

Anders als vor dem 23. März, als das Ermächtigungsgesetz angenommen worden war (siehe jW-Thema vom 22.3.2013), gab es in der Spitze der Sozialdemokratie über die Frage Teilnahme oder Boykott Auseinandersetzungen. In ihnen hatten sich die von Illusionen und Opportunismus geleiteten Kräfte durchgesetzt. Obwohl Abgesandte des sich jenseits der deutschen Grenzen formierenden Exilvorstandes, zuerst Friedrich Stampfer, dann Hans Vogel, in erregten Fraktionssitzungen versucht hatten, ihre Genossen zu bewegen, der betrügerischen Demonstration fernzubleiben. Selbst eine Intervention des nun ebenfalls jenseits der Grenzen befindlichen Parteivorsitzenden Otto Wels hatte die Mehrheit dieser Restfraktion nicht bewegen können, sich der Mitwirkung an dem Propagandaspektakel zu verweigern. Dass sich die Genossen im Gebäude der Kroll-Oper im Berliner Tiergarten einfanden, verminderte den Kredit erheblich, den sie sich eben noch mit der Geste des Widerstandes, ihrem Nein zum Ermächtigungsgesetz, erworben hatten.

Ruhe im Ausland

Die Sitzung fand exakt eine Woche nach der hauptsächlich, aber nicht nur in deutschen Universitäts- und Hochschulstädten zelebrierten barbarischen Aktion der Bücherverbrennung statt (siehe jW-Thema vom 10.5.2013). Die hatte, da sie angekündigt worden war, schon zuvor Proteste im Ausland hervorgerufen. Sie wurden artikuliert in Zeitungen, Rundfunkstationen, in New York auch von demonstrierenden Bürgern und immer zahlreicher werdenden deutschen Exilanten. Auf den Scheiterhaufen waren mit anderen auch die Bücher verbrannt worden, aus denen unbedingter Friedenswille sprach, wie etwa die Weltkriegsromane von Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“, von Theodor Plivier „Des Kaisers Kulis“ und Arnold Zweigs „Der große Krieg der weißen Männer“, jenem Zyklus, von dem 1927 „Der Streit um den Sergeanten Grischa“ und 1931 „Junge Frau von

1914“ erschienen waren. Dieses Verbrechen allein hätte jedem Denkenden vorab sagen müssen, dass Hitlers Rede zur Außenpolitik abgrundtief verlogen ausfallen musste. Und das war sie dann auch. Es war klar, dass Hitler nicht zur Kriegsfanfare – die blies er als Reichskanzler das erste Mal 1938 –, sondern zur Friedensharfe greifen werde. Denn noch war die Zeit der Drohungen gegen Nachbarstaaten nicht gekommen, wiewohl gegen Ende des Textes auch eine solche nicht fehlte.

Hitler befand sich, als er diese Rede hielt, in einer aus mehreren Gründen günstigen Position. Keine Nation hatte auf die seit der Machtübertragung auf ihn am 30. Januar (siehe jW-Thema vom 30. und 31.1.2013) eingeschlagene Politik des Terrors auch nur mit einem Protest reagiert. Geschweige denn, dass in den Kabinetten der Demokratien der Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder der demonstrative Rückruf von Botschaftern zur Berichterstattung erwogen worden wäre. Die Regierungen nahmen die wachsende Zahl der aus dem Reich flüchtenden und Asyl suchenden Deutschen, die Nachrichten von dem um sich greifenden blutigen Terror und den ersten errichteten Konzentrationslagern, die Judenverfolgungen, schließlich die Schandtat der Bücherverbrennungen hin und überließen es der Presse, das Geschehen zu brandmarken. So war Hitler durch nichts gezwungen, die Politik seiner Regierung und Partei gegen prominente Attacken zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Er war darauf bedacht und konzentriert, jeden Eindruck eines abrupten Bruchs mit der Außenpolitik der Weimarer Republik zu vermeiden. Deren Kabinette hatten, darauf vertrauend, dass die Siegermächte des Weltkrieges sich auf eine Abrüstung ihrer Streitkräfte nicht einlassen würden, sich selbst beständig als abrüstungswillig ausgegeben. Da dies, wie gewünscht, kein Echo fand, denn die Rüstungsindustriellen und Militärs waren damals wie heute einflussstark genug, konnten die Regierenden sich auf das Verlangen nach Gleichberechtigung auf dem Feld der Rüstungen verlegen. So war von ihnen die Korrektur der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags schon wiederholt angemeldet worden. Folglich brauchte Hitler weder die Melodie zu komponieren noch den Text zu dichten, die er nun in der Oper vortrug.

Kritik an Friedensverträgen

Der Kernsatz der Erklärung Hitlers lautete: „Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.“ Denn, so an späterer Stelle der Rede: „Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen.“ Und schließlich: Die deutsche Regierung weiß, dass „jede militärische Aktion in Europa auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn“.

Das waren glatte Lossagungen von dem für unabänderlich erklärten Programm der NSDAP. In ihm war 1920 ein „Großdeutschland“ gefordert worden, in dem „alle Deutschen“ zusammengeschlossen sein sollten (Punkt 1), dazu die „Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St.-Germain ohne jede Einschränkung“ (2) und Kolonien (3). Von Großdeutschland war an diesem Maitag 1933 keine Rede mehr, der Begriff „Österreich“ fiel nicht. Das im Vertrag von St.-Germain akzeptierte Anschlussverbot blieb unerwähnt, geschweige denn, dass es in Frage gestellt worden wäre. Und auch das Wort „Kolonien“ kam in ihr nicht vor.

Doch konnte Hitler es offenkundig seinen Anhängern und Koalitionspartnern nicht zumuten, auch nur den Eindruck zu erwecken, er und seine Regierung würden sich mit den sogenannten Pariser Vorortverträgen abfinden. Von ihnen, so die zentrale Aussage seines Exkurses durch die jüngere Weltgeschichte, sei im Grunde alles Unheil ausgegangen, dort habe es seine Wurzel. Das gelte für Sieger wie Besiegte, treffe im besonderen aber Deutschland, denn hier wäre die „wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volkes“ erfolgt. Erst am Ende seiner Rede verschärfte er die Anklage gegen die Siegermächte, die in der Behauptung gipfelte, sie und die sich ihnen unterordnenden Regierungen der Weimarer Republik seien verantwortlich für „Millionen zerstörter Existenzen“, für „ganze Berufsstände“, die ruiniert wurden, für „eine ungeheure Armee von Arbeitslosen“ und die „224.000 Menschen“, die sich im Reich mit freiem Willen das Leben genommen hätten, „Männer und Frauen, Greise und Kinder“.

Bevor er jedoch dahin gelangte, gab sich Hitler als der Weise, der um die bisher ungenutzte Chance der Herstellung einer Friedenswelt wusste: Nach dem Ende des Weltkrieges, phantasierte er, hätte sie existiert, sei aber vertan worden. Und dies nicht etwa wegen politischer und wirtschaftlicher Rivalität der kapitalistischen Mächte und der Politik der Sieger, die Ernte des militärischen Erfolges einzufahren, sondern aus „Unkenntnis“ und als Folge von „Leidenschaft“ und „Hass“. Unter deren Einfluss wären Moral, Vernunft und Recht zuschanden geworden. Als Verfechter der notwendigen Korrektur stellte Hitler sich, seine „Bewegung“ und die von ihm geführte Regierung dar, die davon überzeugt sei, „dass es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern“.

Hitlers „Friedenspläne“

Fehlerhaft seien in den Verträgen nach dem Kriege auch die Grenzen gezogen worden. Die müssten nach nationalen Prinzipien bestimmt werden. Wer wusste, was die deutschnationalen Revanchisten darunter begriffen, verstand, dass in dieser Wendung das Verlangen nach dem Anschluss Österreichs und Gebietsansprüche an Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, auch an Belgien und Dänemark verpackt war. Denn in deren an das Reich grenzenden Gebieten lebten überall und geschlossen deutsche Minderheiten, während es ähnliche Minoritäten innerhalb der Grenzen Deutschlands nicht in nennenswerter Größenordnung gab. Jedoch sollten, so Hitler, alle notwendigen Veränderungen einvernehmlich gefunden und verwirklicht werden. Nur in einer unerläuterten Bemerkung erwähnte er, dass Westeuropa angeblich an einer Überbevölkerung leide und es ihm an Rohstoffen mangele. Wie das zu beheben wäre, darüber kein Wort. Wer dies mit Ausführungen Hitlers in „Mein Kampf“ und der dort unverblümt eingestandenen Absicht der Expansion in den Osten des Kontinents konfrontierte, sah klar. Es gab in dieser Rede im Unterschied zu der vom 23. März eine einzige europäische Großmacht, die unerwähnt blieb: die Sowjetunion.

Anders Frankreich, Großbritannien und Italien. Hitler lobte ausdrücklich den Vorschlag Benito Mussolinis, zwischen diesen Staaten unter Einschluss Deutschlands ein „Vertrauens- und Arbeitsverhältnis“ herzustellen. Eine weitere Verbeugung galt Franklin D. Roosevelt. Ihm sei die deutsche Regierung zu „warmem Danke“ verpflichtet, habe er doch eben den Vorschlag unterbreitet, dass sich die USA an Schritten der Verständigung und des Friedens in Europa beteiligen möge. Seine, die deutsche, Regierung werde es begrüßen, wenn „die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse“ einbezogen würden. Sie selbst, beteuerte Hitler, sei bereit, sich „an diesem Werke der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen“. Das Ziel sei kein geringeres, unterhalb solcher hehren Vorsätze machte es Hitler nicht, als „eine neue internationale Rechts- und Gesellschaftsordnung“.

Vor allem an zwei Staaten wurden in dieser Rede wieder und wieder Bekundungen der deutschen Friedfertigkeit adressiert: Polen und Frankreich. Nicht nur, dass sich seine Regierung gerade mit diesen vertragen wolle, Deutschland könne die beiden Nachbarn auch gar nicht angreifen. Mehr noch: Es sei außerstande, einen Angriff gegen irgendjemanden zu richten, fehle es ihm doch an jeglichen „Angriffswaffen“, an schwerer Artillerie, Tanks, Bombenflugzeugen und Giftgasen. Damit war Hitler bei dem Thema angelangt, auf das seine ganze Rede zulief: Beim Unrecht, das durch Deutschlands Demilitarisierung einerseits und andererseits durch das nicht verwirklichte Versprechen der Siegermächte entstanden sei, der deutschen Abrüstung die eigene folgen zu lassen. Doch er stellte nicht die Forderung in den Vordergrund, die gegen Deutschland verhängten Rüstungsbeschränkungen aufzuheben, sondern erweckte den Eindruck, er präferiere die Abrüstung der anderen.

Man mag fragen, was sich die Spitzen der Reichswehrgeneralität dachten, falls sie verglichen, was der Reichskanzler vor dieser Versammlung von Abgeordneten an das Ausland gewandt sagte oder und was er ihnen dreieinhalb Monate zuvor während einer Zusammenkunft im vertraulichen Kreis versprochen hatte. Beispielsweise, als sie nun den Satz hörten oder lasen: „Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens.“ Im Grunde blieb ihnen nur ein Fazit, da sie sich selbst schwerlich als die Betrogenen gesehen haben dürften: Dieser Politiker übertraf an Verlogenheit alles, was seine Vorgänger seit 1871 bis dahin geboten hatten. Denn so lauteten Hitlers „Angebote“: „Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen“,

und es würde „einer Umwandlung der heutigen [...] Wehreinrichtung Zug um Zug“ zustimmen, „auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht“ leisten, sich „einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen“ unterwerfen und „kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen“. Die Adressaten waren angesichts dieser Offerten in die Rolle derer gesetzt, die gleichsam die freie Wahl hatten. Wie sie auch ausfiel, das abrüstungswillige Deutschland würde sie akzeptieren. Dabei war all das nur an eine Bedingung geknüpft: Die anderen Mächte hätten das Gleiche zu tun und so der „Disqualifizierung“ Deutschlands ein Ende zu setzen.

Dieser neue Führer, der sicher sein konnte, dass er nicht beim Worte genommen werden würde, versicherte den Politikern an der Spitze der anderen Staaten und jedem, der es hören wollte, Deutschland sei entschlossen – da war Hitler wieder bei der Weltgeschichte, für die er sich zuständig fühlte –, „die Periode der menschlichen Irrungen“ zu beenden, wozu der Boden gleicher Rechte bereitet und betreten werden müsse. Jedoch: Wäre der nicht zu erreichen und sollte das deutsche ein „dauernd diffamiertes Volk“ bleiben, dann „würde es uns auch schwerfallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören“. Damit war er beim zeitlich nächstliegenden Ziel seines Auftritts angekommen, der nach innen wie außen gerichteten propagandistischen Vorbereitung und Rechtfertigung von Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, dessen Mitglied es 1926 geworden war. Das war vorläufig die einzige Drohung des deutschen Reichskanzlers. Und die wurde wahrgemacht. Am 19. Oktober 1933 ging in Genf, dem Sitz der Organisation, die Mitteilung ein, dass das Reich seine Mitgliedschaft aufkündige.

Gegen „kommunistisches Chaos“

Freilich lässt sich fragen, wie Europas Geschichte verlaufen wäre, hätten Großbritannien und Frankreich in ihrer Militärpolitik – spät, aber doch – eine Wende eingeschlagen und Hitler beim Wort genommen. Doch das ist müßig, denn in London wie in Paris standen Militärs und Rüstungsindustrielle dagegen. Sie waren und blieben da wie dort, Weltkriegserfahrungen auswertend, mit der Modernisierung der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein- und gewinnträchtig befasst. Und dann gab es da immer noch die Sowjetunion. Zwar war sie in der Rede unerwähnt geblieben, doch die Frontstellung gegen sie war von Hitler unüberhörbar herausgekehrt worden. Erster Antrieb seiner „Revolution“ – anders als in der Potsdamer Garnisonkirche, wo er vom „Reformwerk“ gesprochen hatte (siehe jW-Thema vom 21.3.2013), berief er sich diesmal auf „unsre“ und auch auf eine „nationale Revolution“ – erster Antrieb also sei die Abwehr der das deutsche Volk „bedrohenden kommunistischen Revolution“ gewesen. Sie wäre zudem vollzogen worden, um ein „im kommunistischen Chaos versinkendes Europa“ zu verhindern, das jedoch ein Ergebnis von künftigen Kriegen zwischen den Staaten sein könne. In Deutschland selbst gelte die Formierung von Organisationen wie der SA und der SS, die zu Unrecht verdächtigt würden, Reserven der Reichswehr zu sein, ausschließlich der Frontstellung gegen den Kommunismus, der „Beseitigung der kommunistischen Gefahr“ und der „Niederbrechung des kommunistischen Terrors“.

Als Hitler geendet hatte, mussten die Abgeordneten über die Regierungsvorlage abstimmen. Was dann geschah, hat Wilhelm Hoegner, Abgeordneter der Sozialdemokratie im Reichstag und auch im Bayerischen Landtag, in einem kritischen Bericht, den er 1937 in der Schweiz verfasste, aber dort nicht gedruckt bekam, so geschildert: „Das deutsche Volk ist immer einig, wenn es sein Schicksal gilt. Dann fingen die deutschnationalen Abgeordneten das Deutschlandlied zu singen an. Die meisten in unseren Reihen sangen mit. Manchen liefen die Tränen über die Wangen. Es war, als hätte uns Sozialdemokraten, die man immer als die verlorenen Söhne des Vaterlandes beschimpfte, einen unsterblichen Augenblick lang die gemeinsame Mutter Deutschland ans Herz gedrückt.“ Ob dies die Empfindung aller der mehr als fünf Dutzend Sozialdemokraten gewesen ist, bleibe dahingestellt. Die entschuldigende Erklärung, die Hoegner für sein Verhalten, das seiner Parlamentskollegen und das vieler Genossen seit dem Januar 1933 in seinem erst Jahrzehnte später veröffentlichten Buch „Flucht vor Hitler“ (1978) gab, lautet so: „Wir waren Erben des Humanismus, der liberalen bürgerlichen Kultur und deshalb in einem rauen Zeitalter des blutigen Heroismus und der machiavellistischen Machtpolitik lebensuntüchtig geworden und zum Untergang bestimmt.“ Es fehlen aber in dieser Aufzählung sowohl der Bezug auf die Jahre des Sozialistengesetzes wie der Hinweis auf die zersetzende Wirkung der vielen opportunistischen Entscheidungen, welche die deutsche Sozialdemokratie und

ihre Reichstagsfraktion in der Weimarer Republik bereits hinter sich hatten. Warum hätte sie also nicht einem Text beipflichten sollen, gegen den sich formal nichts einwenden ließ?

Dazu musste man freilich davon absehen, dass Hitlers Auftritt einzig Instrument einer verlogenen, auf Irreführung der Gegner gerichteten Politik war. Konnten das politisch gebildete Sozialdemokaten überhaupt? Das Ja der Restfraktion der Sozialdemokraten an diesem Maitag stellte einen Tiefpunkt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie dar, nur vergleichbar mit der Bewilligung der Kredite für die Führung des Weltkrieges im August 1914.

junge Welt, Freitag, 17.05.2013, S. 10.

Mittäterschaft

Zur Meldung über den Tod einer Zweijährigen durch den Schuss ihres fünfjährigen Bruders in den USA

In Cumberland, einer kleinen Ortschaft im USA-Staat Kentucky, hat ein fünfjähriger Knabe seine zwei Jahre alte Schwester mit einem Gewehr erschossen. Für die Tat bedurfte es verschiedener Vorleistungen: Es musste – erstens – eine Fabrik geben, in der das Instrument für Kinderhand hergestellt wurde, denn aus einem so beschaffenen Gerät wurde der tödliche Schuss abgegeben. Mithin waren da ein oder mehrere Eigentümer, die mit dieser Ware ihr Geschäft betreiben, also Profit machen. Dazu gehört – zweitens – eine Belegschaft, vom Konstrukteur bis zum Arbeiter im Versand, die ihre „Mitwirkung“ nicht anstößig findet. Beteiligt sind – drittens – Händler, die diese Ware kaufen und verkaufen und daraus ihren Gewinn ziehen. Geschehen kann das alles nur, weil – viertens – Produktion, Handel und Verkauf solcher Waffen legal, also vom Staat erlaubt sind. Und schließlich und unerlässlich – fünftens – setzte die Tötung Eltern voraus, die das Warenangebot akzeptierten, ihr Kind mit einer Waffe beschenkten und es – womöglich – in deren Handhabung unterwiesen, jedoch nicht einmal oder nicht mit Erfolg mit deren Gebrauch vertraut machten.

Was die Agenturen meldeten, die Sprecher der Nachrichten im Fernsehen mit traurig-trauernden Gesichtern und belegter Stimme bekanntgaben und unkommentiert ließen, geschah in einem fernen Land. Indessen, bis dahin sollte schon weitergedacht werden: Es ereignete sich in unserer und nicht in einer fremden Gesellschaft. Die unter dem Sternenbanner ist ihrer hierzulande existierenden Ausprägung ein wenig voraus. Doch das werden wir noch kriegen, so sicher wie einst Lucky Strike und Coca-Cola. Ausgenommen den unwahrscheinlichen Fall, dass sich dagegen Kräfte regen, zahlreich und rechtzeitig.

Ossietzky, 11/2013, 18. Mai 2013, S. 397.

Straßenkämpfe (1)

In Wallerfangen, das ist ein kleiner Ort im Saarland nahe der deutsch-französischen Grenze, gibt es eine Franz-von-Papen-Straße. Benannt wurde sie nicht, wie die lokalen Autoritäten kürzlich die Mitglieder des saarländischen Landtages wissen ließen, nach jenem einstigen Reichskanzler und Vizekanzler im Kabinett Hitler, der mit vollständigem Namen Franz Joseph Hermann Michael Maria von Papen, Erbsälzer zu Werl und Neuwerk hieß, 1945 zu den Angeklagten des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gehörte, dort zwar, weil die Mithilfe bei der Etablierung der faschistischen Diktatur nicht als Straftatbestand galt, unbestraft blieb, über dessen unheilvolle Rolle in der deutschen Geschichte jedoch über alle politischen und ideologischen Grenzen hinweg kein Zweifel besteht.

Warum diese aufklärerische Hilfe? Weil in einer Debatte der Abgeordneten, als auf den Straßennamen verwiesen wurde, niemand gewusst oder jedenfalls niemand angemerkt hatte, dass mit diesem Franz von Papen vor Ort gerade nicht des Vaters, sondern des Sohnes gedacht wird, der seit 1930 auf dem Wallerfanger Hofgut derer von Papen lebte. Das war so schlimm oder gar folgenreich nicht. Denn es war von keinem Volksvertreter gefordert worden, die Regierung möge aus Gründen – sagen wir – des Nachweises lückenlos bewältigter Vergangenheit die Ortsoberen anregen, den Straßennamen zu ändern. Warum auch, wenn die Deutschen in vielen ihrer im alten Bundesgebiet gelegenen Städte noch immer mit Hindenburgstraßen leben? Warum sollen da die Wallerfanger? Und wie gesagt, gemeint haben die Straßentäufer den Sohn, worüber ein zusätzliches Täfelchen samt Erwähnung von dessen Hauptverdienst dem Ortsfremden ja Aufschluss geben und jeden Irrtum verhindern könnte.

Dass die Abgeordneten in Saarbrücken sich überhaupt mit der Benennung von Straßen und Plätzen befassten, verursachte ein Anstoß aus Völklingen. Dort hatte eine über die Stadt hinaus ruchbar werdende Debatte dem Namen eines Stadtteils gegolten, der nach wie vor Hermann-Röchling-Höhe hieß, nach einem Manne, über den in Rede und Schrift und anhand von Dokumenten seit Jahrzehnten bekannt und belegt ist, dass er die Kennzeichnung Kriegsverbrecher uneingeschränkt verdient. Als solchen hatte ihn ein französisches Militärgericht zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Spät, um das zu schwache Wort doch zu benutzen, hatten die Abgeordneten des lokalen Parlaments beschlossen, sich von dieser Ehrung, denn das bedeutete die seinerzeitige Namensgebung doch, zu trennen. Allerdings nicht ganz. Sie entschieden am 31. Januar dieses Jahres, einzig den Hermann zu streichen, daraus folglich eine Ehrung der ganzen alteingesessenen Großindustriellenfamilie zu machen und es jedem Völklinger zu überlassen, fällt der Name, damit den Hermann (1872-1955) als geehrt anzusehen oder dessen Vater Carl (1827-1910), der zu seinen anderen Betrieben 1881 das Eisenwerk in Völklingen gekauft hatte und ausbauen ließ.

Die Mehrheit des Stadtparlaments, die mit ihrer inkonsequenten Entscheidung glaubte, ein Stück Lokalgeschichte gemeistert zu haben, stieß jedoch auf Widerspruch. Die ihn erhoben, reichten dem Landtag einen Gesetzentwurf ein, dessen Annahme es seinen Mitgliedern ermöglicht haben würde, im Falle, die örtlichen Autoritäten verweigerten sich der Demokratisierung ihres Stadtbildes, einzugreifen. Damit kam die Opposition, zu der sich Piraten, Linke und Grüne zusammengeschlossen hatten, bei den Regierungsparteien aber schlecht an. Ihr Antrag fiel durch. Denn, so die Argumentation, es solle weder den Kommunalpolitikern noch den Bürgern der Orte etwas vorgeschrieben werden. Sie müssten erst einmal über die Geschichte aufgeklärt werden, eine Empfehlung, die jedenfalls verriet, wie die regierenden Landespolitiker über den bisherigen Erfolg darauf gerichteter Anstrengungen dachten, selbst wenn nicht tiefere Einsichten, sondern einzig die bloße Kenntnisnahme und Würdigung von Tatsachen gefordert war. Was die Völklinger Bürger betraf, war sich der Sprecher der Sozialdemokraten in dieser Sache vollkommen unsicher. Dass deren Befragung im Hinblick auf die Benennung der Höhe unterblieben sei, erschien ihm weise. Denn man hätte ja nicht ausschließen können, dass die Befragten vor Ort gar für die Beibehaltung des vollen Namens eingetreten wären.

Zahlreicher als die Straßenkämpfe, die sich die Polizei bei Provokationen von Nazis nicht mit diesen, sondern mit antifaschistischen Gegendemonstranten liefert, sind momentan jene um die Gestaltung der öffentlichen Räume in vielen Gemeinden hierzulande. Die achtzigsten Jahrestage der Ereignisse

von 1933 schufen den Damen und Herren der legislativen und der exekutiven Obrigkeit reichlich Gelegenheit, beispielsweise dem Herrn Kulturstaatsminister, sich zu dem Ungetanen hier und dort klar zu äußern. Doch lag denen vor allem daran, das Gedenken zu nutzen, um die Totalitarismusdoktrin aufzupäppeln.

Ossietzky, 13/2013, 15.06.2013, S. 453-454.

Die Kühlungssorgen der Okkupanten

Ein außergewöhnlicher Fund: Was die deutsche „Zentral-Handelsgesellschaft Ost“ in der Sowjetunion suchte

Dem schmalen in hellbraunes Leinen gebundenen Band, der im dritten Kriegsjahr gedruckt wurde, ist nicht anzusehen, was er birgt. Er hat es indes in sich. Der Titel: „Die Fleischwaren- und Kälteindustrie in den besetzten Gebieten der UdSSR“. Das Buch ist weder in der Berliner Staatsbibliothek noch in der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt am Main/Leipzig katalogisiert, gleichwohl sie zum Stichwort Fleisch- und Kälteindustrie 73 bzw. 154 Einträge verzeichnet. Die von der „Zentral-Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf – Monopolgesellschaft für die besetzten Gebiete der UdSSR“ herausgegebene Publikation hat die Bibliothek schlicht nicht erreicht. Denn sie war „ausschließlich für den Dienstgebrauch“ der Gesellschaft bestimmt, die ihren Sitz in Berlin hatte und deren Rolle bei der Ausplünderung der Ukraine schon im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1946 nachgewiesen wurde.

In ihrem Vorwort erläutern die Verfasser, zwei Mitarbeiter der Abteilung Vieh und Fleisch der „Zentral-Handelsgesellschaft Ost“, dass ihnen die „Betreuung der be- und verarbeitenden Betriebe“ im eben eroberten Territorium übertragen worden sei, in denen „für die Wehrmacht geschlachtet und Fleisch für die Standorttruppen sowie für die Front bereitgestellt“ werden solle. In anderen Worten: Es galt, die Millionen deutschen Okkupanten, die am 22. Juni 1941 in die Sowjetunion eingefallen waren, aus eben diesem Land zu ernähren. Dass sich dies allein mit dem vorgefundenen einheimischen Leitungspersonal bewerkstelligen lassen werde, war mindestens zweifelhaft.

Um dem Auftrag gerecht zu werden, mussten zunächst vor allem „über die Größe und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Betriebe“ Unterlagen gesammelt werden. Das taten die beiden Autoren des Buches schon im Oktober 1941, der Wehrmacht gleichsam auf den Fersen, und während einer zweiten Reise im darauffolgenden Jahr. Sie inspizierten die Schlachthöfe und weiterverarbeitenden Fabriken und zeigten dabei angesichts des bevorstehenden Sommers besonderes Interesse für die Kühlhäuser. Ihre Reisen führten sie von Estland bis auf die Krim. Sie erfassten mit „deutscher Gründlichkeit“, was sie in mehr als 70 Orten von Reval bis Stalino sahen. Zwei Tatsachen beschrieben sie erkennbar beeindruckt: In den letzten Friedensjahren der UdSSR waren in mehreren Städten und deren Umgebung hoch moderne Fleischkombinate mit ebensolchen Kühlanlagen errichtet worden; sie waren notwendig geworden, um die nach dem Tiefpunkt in den Jahren der Kollektivierung wieder ansteigende Viehproduktion zu verarbeiten. Und zweitens: Insbesondere jene Anlagen sind vor dem Rückzug der sowjetischen Verteidiger durch den Abtransport von Maschinen und anderem Gerät oder durch gezielte Zerstörungen unbrauchbar gemacht worden; die beiden Mitarbeiter der Abteilung Vieh und Fleisch vermuteten gar, das müsse schon vor Kriegsbeginn geplant worden sein. Ihrem Bericht fügten sie Fotografien auf 30 Seiten Glanzpapier bei.

Die Bestandausnahme erstreckte sich von Produktions- und Kühlräumen über Maschinen und Anlagenbestand, von der Wurstspritze bis zum Speckschneider. Die aufgeführten Betriebe wurden von Schlächterkompanien der Wehrmacht oder so genannten Einsatzfirmen übernommen, wie jene 17 Unternehmen aus Berlin. Hamburg, Weimar, Königsberg, Fürth, Halberstadt und vielen weiteren deutschen Städten bezeichnet wurden, die nun auch das leitende Personal für die Betriebe in den okkupierten Gebieten stellten. Die Funktionäre der „Zentral-Handelsgesellschaft Ost“ wussten, welche Folgen der Krieg für die Viehbestände hatte. Bei einer – „zu rigorosen – Erfassung des Viehs zu Schlachtzwecken“ werde das Land in den „nächsten Jahren einer katastrophalen Lage gegenüberstehen“. Das war nicht mit Blick auf die dort lebende Bevölkerung notiert. Die Autoren gingen davon aus, dass die deutsche Okkupation von Dauer sein würde. „Die großen Fleischkombinate, die meist sehr leistungsfähig sind und über gute Maschinen und Einrichtungsgegenstände verfügen, müssten später sich hauptsächlich der Ausfuhr von Fleisch ins Reich und eventuell ins Ausland widmen.“ Einige Sorgen bereitete ihnen das Fehlen von Schlächtern, da diese Arbeit, wie die beiden zu wissen glaubten, zuvor großenteils von Juden verrichtet worden sei.

Das Druckwerk macht auf eine Lücke in der heutigen wissenschaftlichen Erforschung der räuberischen deutschen Besatzungspolitik aufmerksam, die zumeist nur von der Wehrmacht, den Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes, der Polizei und des in den „Ostraum“ abgeordneten Nazi-Personal aus Dienststellen des Staates und der Partei sowie anderer NS-Organisationen handelt. Allenfalls noch von den großen Rüstungskonzernen und deren Abgesandten. Doch es waren an der Ausplünderung der Sowjetunion weit mehr „Volksgenossen“ beteiligt, überzeugt vom „Endsieg“ wie die beiden Mitarbeiter der „Zentral-Handelsgesellschaft Ost“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. Juni 2013, S. W7.

Der letzte Dienst

Juni/Juli 1933: Die deutschen bürgerlichen Parteien verfassen ihre Erklärungen zur Selbstauflösung in der Sprache der NSDAP. Politisch hatten sie sich schon Jahre vorher zuvor ausgeschaltet

Seit in den deutschen Staaten die feudalen Zustände stück- und schrittweise überwunden wurden, sich bürgerliche Gesellschaften herauszubilden begannen und Verfassungen verordnet oder erlassen wurden, die Bürgerrechte fixierten, formierten sich Zirkel, Vereine und Parteien. Darin schlossen sich Menschen zusammen, die gleiche oder ähnliche Interessen besaßen (oder das glaubten) und für sie öffentlich einzutreten gedachten. Nachdem Versammlungen gewährt oder erkämpft waren, deren Mitglieder mehr oder weniger großen Einfluss auf die Regierungen und deren Geschäfte nehmen konnten, musste über ihre Zusammensetzung entschieden werden. Bürger erhielten passive und aktive Wahlrechte. Nun begannen die politischen Zusammenschlüsse, um deren Stimmen zu werben, damit sie in diese Körperschaften möglichst viele eigene Interessenverfechter entsenden konnten. In diesen wurden voneinander abweichende Konzepte auf den Feldern von Politik, Wirtschaft und Kultur debattiert und über sie in Abstimmungen entschieden.

Solange das Wahlrecht nicht gleich war, Frauen ohnehin ausgeschlossen blieben, vor allem aber die arbeitenden Schichten – so im Königreich Preußen – durch das geringere Gewicht ihrer Stimmen benachteiligt wurden, ließ sich für die politisch und ökonomisch herrschenden Kreise mit diesem Wandel gut leben. Anders wurde die Situation jedoch, als sich die Ungleichbehandlung der Staatsbürger nicht länger aufrechterhalten ließ. Die Kräfte des Großgrundbesitzes und der Bourgeoisie blieben in derlei Gremien nicht mehr unter sich und besaßen darin keine ungefährdete Dominanz mehr. Vertreter von Interessen der proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten zogen als Abgeordnete in parlamentarische Körperschaften ein. Als sie an Einfluss und Zahl zunahmen und die Kreise der Herrschenden ernsthaft zu stören drohten, verfiel Reichskanzler Otto von Bismarck 1878 auf den „Ausweg“, ihre Partei kurzerhand zu verbieten, ohne jedoch das in der Reichsverfassung den Männern zugesicherte Wahlrecht wieder beseitigen zu können. So wurde er die Sozialdemokraten im Parlament nicht los, und das Sozialistengesetz endete nach zwölf Jahren wie bekannt mit einem Fiasko, das auch zum seinigen beitrug.

Seit 1890 hatte es in der deutschen Geschichte im Wechsel zwar Krieg und Frieden, Revolution und Konterrevolution gegeben und aus der Monarchie war 1919 eine Republik geworden, doch an der Existenz und dem gesellschaftlichen Platz der Parteien war nicht mehr zu rütteln gewesen. Ihr Gewicht war in der Verfassung, die 1919 in Weimar angenommen wurde, erheblich größer bemessen als in der des Kaiserreiches von 1871. Die bürgerlichen Parteien hatten auf dem Wege in die Republik ihre Namen geändert. Eine Ausnahme machte das katholische Zentrum. Die Parteien, die als Nationalliberale, Freikonservative und Deutsch-Konservative firmiert hatten, gehörten hingegen der Vergangenheit an. Doch sie hatten sich nicht gleichsam in Luft aufgelöst. Nicht wenige ihrer Funktionäre und Mitglieder organisierten sich unverzüglich in den Neugründungen oder gehörten zu deren Geburtshelfen und Taufpaten. Zwei Parteien legten sich den als werbewirksam geltenden Namen „Volkspartei“ zu, eine Reklame, die bis zum heutigen Tag in Gebrauch geblieben ist, wenn auch nicht mehr in den Namen, so doch im Anspruch. Niemand möchte noch eine Honoratioren- oder gar Klassenpartei sein.

1918/1919 kehrten diese „Neuen“ sämtlich ihr Deutschsein heraus. Sie waren deutsch und demokratisch, deutsch und national sowie deutsch und volksparteilich. Alle bekannten sich zudem auch zur Republik. Einzig ein Flügel der Deutschnationalen Volkspartei, die im Spektrum den Platz weit rechts einnahm, trat anfänglich für die Restaurierung der Monarchie ein. Doch ließ sich damit keine Anhängerschar mobilisieren. Die Zeit der regierenden Adelshäuser war unwiederbringlich vorbei.

Selbstausschaltung

Deutsch und sozial blieb einzig das Kennzeichen der Sozialdemokratie, die unter ihrem alten Namen in den Kämpfen der Republik antrat, an deren Gründungsprozess sie maßgeblich beteiligt war. Nun

aber hatte sie Konkurrenz erhalten, die zeitweilige einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die dauernde durch die an der Jahreswende 1918/19 gegründete Kommunistische Partei.

Nachdem sich die Kräfte der Revolution im Deutschen Reich erschöpft hatten, existierten die bürgerliche Gesellschaft und die Republik ungefährdet. Versuche, sie durch einen Putsch zu überwältigen und an ihre Stelle eine Militärdiktatur zu setzen, scheiterten 1920 ebenso wie die politischen und militärischen Aktionen linker Kräfte, die sie aus den Angeln heben sollten, im Jahre 1923. Nicht zu reden von dem auf München beschränkten Putsch der Nationalisten und Faschisten mit Adolf Hitler und Erich Ludendorff.

Die Arbeiterparteien besaßen in keiner Phase der Weimarer Republik die Chance, Regierungsgewalt auf dem Wege über Volksabstimmungen zu gewinnen. Sie erreichten nur bei der ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 mehr als 42 Prozent der Stimmen, einen Anteil, den sie bei keiner weiteren Wahl wieder erkämpfen konnten. Damit war keine Regierung von Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten zu bilden, eine Liaison, die angesichts der zwischen ihnen existierenden Gegensätze ohnehin kaum wahrscheinlich gewesen wäre.

Dreimal hatten die Sozialdemokraten in der Frühphase der Republik 1919/1920 den Reichskanzler gestellt, und zwar in Bündnissen mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei, die nach dem ersten Ort ihrer Bildung auch Weimarer Koalition genannt wurde. Nach der ersten Reichstagswahl war sie dann an Kabinetten der sogenannten großen Koalition beteiligt. Da die Stimmanteile der „Weimarer“ nicht mehr ausreichten, musste die Deutsche Volkspartei als vierter Partner akzeptiert werden, was politisch eine Verschiebung nach rechts bedeutete. 1920/21 gehörten Sozialdemokraten zwei Kabinetten unter dem Zentrumskanzler Joseph Wirth an, und nach ihrem Reichstagswahlerfolg 1928 stellten sie mit Hermann Müller den Reichskanzler in einer ebensolchen Koalition. Doch 1930 sprengten ihre bürgerlichen Partner am Beginn der ökonomischen Krise diese Allianz, um sich den Weg zu einer rücksichtslosen Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber den Massen freizumachen.

Eingreifende Folgen für die Innen- und Außenpolitik der Republik hatte keine dieser Regierungsbeteiligungen der SPD. In ihnen übten sich deren Führer vor allem im Kompromisslertum. Anders der Bruch der großen Koalition 1930. Er wurde so etwas wie der Sündenfall der bürgerlichen Parteien und bezeichnet den Anfang von ihrem Ende. Denn eine Parlamentsmehrheit, die eine rein bürgerliche Regierung hätte bilden können, existierte nicht. Den „Ausweg“ bildete ein vom Staatsoberhaupt gestütztes, die Gesetzgebung auf dem Wege von Notverordnungen, also am Parlament vorbei, vorantreibendes Präsidialkabinett. Damit hatten sich die seit dem Revolutionsende regierenden bürgerlichen Parteien selbst ausgeschaltet, wenn sie das auch als einen vorübergehenden Zustand ansehen mochten.

Ruhmloses Ende

Im November 1932, bei den letzten Reichstagswahlen in der Republik, ließ sich an deren Ergebnis ablesen, dass von den Parteien, deren Politiker nahezu ein Jahrzehnt regiert hatten, nur Reste und Trümmer geblieben waren. Die inzwischen als Deutsche Staatspartei firmierenden Demokraten und die Deutsche Volkspartei, die 1920 mehr als 22 Prozent aller Wählerstimmen erhalten hatten, verbuchten gemeinsam knappe drei Prozent. Die katholische Bayerische Volkspartei war von 4,5 auf 2,7 Prozent der Stimmen geschrumpft, also nahezu halbiert, und das trotz des Rückhalts, den sie durch den Klerus beständig erhielt. Einzig das Zentrum, für das das gleiche galt, hatte sich, wenn auch mit Verlusten, behauptet, von einst 13,6 waren ihm zwölf Prozent der teilnehmenden Wählerschaft geblieben. Das war dem Rechtsaußen unter den bürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen Volkspartei, die alsbald Partner im Hitler-Kabinett wurde, trotz der Gewinne, die ihr die Kanzlerschaft Franz von Papens eintrug, nicht gelungen. Ihren 14,4 Prozent des Jahres 1920 standen im Herbst 1932 noch 8,3 Prozent gegenüber.

Kurzum: Diese Parteien hatten ihren politischen Kredit bei Millionen von städtischen und ländlichen Kleinbürgern und Angehörigen des neuen Mittelstandes, die den Hauptanteil ihrer Gefolgschaft

gestellt hatten, vollkommen verspielt. Millionen ihrer Wähler waren zur faschistischen Partei Hitlers abgewandert. Aussichten, sie zurückzugewinnen, gab es nicht. Die einst einflussreichen Parteigebilde existieren noch, aber sie siechten dahin. Als am 5. März 1933 noch einmal gewählt wurde, verloren sie weiter.

Im Grunde war schon die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 (siehe jW-Thema vom 22.3.2013) so etwas wie Harakiri gewesen. Denn: Geschäftigkeit in Parlamenten, Auftritte an deren Rednerpulten, Debatten in deren Ausschüssen, dann wieder Teilnahme an Wahlkämpfen mit Schlachtrufen und Versprechen in Hallen, Sälen und auf Kundgebungen unter freiem Himmel, davor die Nominierung ihrer Kandidaten – das waren die politischen Gewässer, in denen sich die – meist doch – Herren geübt und mitunter genüsslich bewegt hatten, das war ihr Element. Nun mit ihrem Ja zur Selbstausschaltung des Reichstags saßen sie auf dem trockenen und hatten sich zur Funktionslosigkeit verurteilt.

Die Bekanntgabe der Auflösung dieser Parteien war folgerichtiger Abschluss eines langen Prozesses des Niedergangs und eines zeitlich kurzen der Anpassung, der Anbiederung und der Kapitulation. Von der Mehrheit der Deutschen dürfte ihr „Verschwinden“ nicht einmal mehr bemerkt worden sein. Das galt namentlich für die Deutsche Staatspartei und die Deutsche Volkspartei, die ihr Ende am 27. und 28. Juni 1933 beschlossen. Sie hatten beide im Reichstag jeweils noch fünf Sitze besessen, von denen die der Staatspartei obendrein nur errungen worden waren, weil sie eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie eingegangen war.

In der faschistischen Diktatur, an deren Installierung ihre Abgeordneten durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und zur Außenpolitik (dies in der letzten Reichstagssitzung am 17. Mai; siehe jW-Thema vom 17.5.2013) teilgenommen hatten, war für die bürgerliche Konkurrenz, gleich welcher Einfärbung nirgendwo mehr Platz, auch nicht am Katzentisch. Ein ruhmloses Ende. Sie gaben ihre Auflösung in von der Presse veröffentlichten Erklärungen bekannt, die zugleich Abschiedsworte an ihre Mitglieder und Wähler sein sollten. Von denen hatten sich freilich viele nach dem Machtwechsel aller einstigen Bindungen für ledig erklärt oder sich stillschweigend davongemacht hatten.

Auflösungserklärungen

Die einen Teil ihres Einflusses lange behauptende Zentrumspartei gab ihren Auflösungsbeschluss vom 5. Juli tags danach u. a. in der Kölnischen Volkszeitung bekannt. Nach der Feststellung, dass nun für parteipolitische Betätigung kein Raum mehr sei, hieß es: „Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter der Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.“

Das kann Kotau genannt werden und was die Erwähnung der „Festigung unserer kulturellen Verhältnisse“ anlangt, keine zwei Monate nach der Bücherverbrennung, eine Schande. In einer am gleichen Tag publizierten Manifestation schrieb die Reichsleitung der Zentrumspartei sich für die Zeit ihrer Existenz das Verdienst zu, Millionen Deutsche „zur Staatstreue und zum selbstlosen Dienst am Volksganzen“ erzogen zu haben. Und so hieß es weiter: „Im ehrlichen Streben am Neuaufbau des Staates und der Volksgemeinschaft mitzuwirken, dürfen und werden sich die ehemaligen Zentrumsleute auch heute von niemandem übertreffen lassen.“ Das lässt sich nur als ein Zutreiberdienst für die Machthaber und deren Regime werten.

Etwas weniger emphatisch, aber im gleichen Sinne hieß es in der Auflösungserklärung der Landesleitung der Bayerischen Volkspartei vom 4. Juli 1933, die der Bayerische Kurier zwei Tage später druckte: „Durch die nationalsozialistische Revolution gibt es außerhalb der NSDAP keine politische Wirkungsmöglichkeit mehr. Es ist deshalb für jeden bisherigen Angehörigen der Bayerischen Volkspartei der Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuarbeiten.“ Unterzeichnet hatte diesen Text Eugen Graf von Quadt zu Wykraft und Isny, der ein Reichstagsabgeordneter und ehemaliger bayerischer Staatsminister war. Über ihn teilte das

Blatt gleichen Tages mit, der Herr Graf habe beim Gauleiter der NSDAP, Staatsminister Adolf Wagner, seine Aufnahme in die NSDAP beantragt und ebenso bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick, als Hospitant in die NSDAP-Fraktion eintreten zu dürfen. Damit wolle er anderen Mandatsträgern, ließ er verlauten, ein Beispiel geben. Die Bitten wurden gewährt, 1934 trat der Graf auch in die SA, ein Jahr darauf im Offiziersrang in die SS ein.

Mit diesen Erklärungen und zu deren Rechtfertigung wurde darauf verwiesen, dass die Parteiführungen auch so etwas wie eine Sorgepflicht gegenüber ihren Mitgliedern besäßen und daher bedacht sein müssten, dass ihnen aus ihrer bisherigen Zugehörigkeit kein Nachteil entstehe. Das betraf in erster Linie die vielen Staatsbeamten und -angestellten, die diesen Parteien beigetreten waren und dieser Mitgliedschaft teils auch ihre Karrieren verdankten. Die Deutsche Staatspartei hatte in einer Erklärung schon vor ihrer Auflösung geschrieben: „Niemand, der seine Position gefährdet glaubt, soll gezwungen bei uns bleiben, aber von den unabhängigen Freunden verlangen wir, dass sie die Partei erhalten.“ Zu diesem Zeitpunkt war vielerorts schon die Selbstauflösung lokaler Organisationen erfolgt.

Vergleiche zeigen, dass die Verlautbarungen der beiden katholischen Parteien jeweils den Gipfel an Anbiederung bei den Machthabern bilden. Die Auflösungserklärung der Deutschen Volkspartei bezog sich knapp auf die „traditionelle Loyalität“, welche die Mitglieder dieser Partei gegenüber jeder Staatsführung bewiesen hätten, und appellierte freilich auch an eben diese, an des „Vaterlands Größe und Freiheit mitzuarbeiten“. Die Deutsche Staatspartei, über deren Fortbestand es schon in der Weimarer Republik interne Debatten gegeben hatte, zeigte sich vergleichsweise wortkarg. Noch Mitte Mai beschloss der Gesamtvorstand, die Arbeit der Partei fortzuführen und meinte, dass die „Gesinnungen, mit denen sie ihre Arbeit für Deutschland leistete, auch im neuen Deutschland gebraucht werden“. Ausdrücklich wurden die Mitglieder aufgefordert, „dem Staat ... um des Vaterlandes willen, wie bisher, treu zu dienen“. Dabei sollten sie, das las sich aberwitzig, eingedenk bleiben der „bürgerlichen Freiheit“. Der Text, den übrigens der spätere Bundespräsident Theodor Heuss entworfen hatte, sollte nach dem Willen der Teilnehmer nicht in der Presse veröffentlicht werden. Dann folgte am 28. Juni die Bekanntgabe des Endes, sie lautete schlicht: „Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgelöst.“

Die Segel strich schließlich Ende Juni auch die Deutschnationale Volkspartei, der Hitler für ihre Dienste versichern ließ, dass ihren Mitgliedern und Anhängern aus ihrer bisherigen politischen Haltung, keinerlei Nachteil erwachsen solle. Da waren auch die Tage des Führers der Deutschnationalen, Alfred Hugenberg, als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister im Kabinett Hitler bereits gezählt. Doch das brachte für ihn nicht den Generalabschied von allen Funktionen. Er behielt seinen Platz im bedeutungslosen Reichstag bis 1945. Danach trug ihm seine Rolle eine mehrjährige Internierung durch die britische Besatzungsmacht ein, doch Entnazifizierungskommissionen stuften ihn erst als Minderbelasteten und dann als Entlasteten ein.

Verlogene Sprüche

Ein Kennzeichen all dieser letzten Verlautbarungen der bürgerlichen Parteien bestand in der uneingeschränkten Übernahme des politischen Vokabulars, mit dem die faschistische Partei und das Kabinett ihre Politik und deren Ziele einnebelten. Die Verfasser der Texte bezeugten das entstehende „neue Deutschland“, den beginnenden „Neuaufbau“, die fortschreitende „nationalsozialistische Revolution“, die heraufziehende „Volksgemeinschaft“ und den eingeschlagenen Weg zu des „Vaterlands Größe“. Zu den letzten Diensten dieser gewesenen Parteiführer gehörte mithin die ungekürzte Übernahme der verlogenen Sprache der Diktatoren.

Die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien zwölf Jahre später wie schon 1918 unter neuen Firmenzeichen antraten und 1945 das auch die Zentrumspartei tat, dass sie sich zudem mit modifizierten Programmen, jedoch mehrfach mit dem alten Personal auf neuer politischer Bühne meldeten, bedarf nach alledem keines weiteren Kommentars.

Am 14. Juli 1933 beschloss die Reichsregierung das „Gesetz gegen die Neugründung der Parteien“ (Reichsgesetzblatt, 1933, I/479). Von da an existierte im Deutschen Reich legal nur noch eine Partei, die der Faschisten, entstanden ursprünglich unter dem Firmenschild Deutsche Arbeiterpartei, alsbald sich zusätzlich des Reklameetiketts „Nationalsozialistische“ bedienend. Wer eine der einst bestehenden Parteien fortsetzte oder eine neue zu gründen versuchte, dem drohte das Gesetz Freiheitsstrafen in Zuchthaus oder Gefängnis von bis zu drei Jahren an. Dem Gesetz hatten wie üblich alle Minister zugestimmt, also auch jene, die nicht Mitglieder der NSDAP waren und damals noch die Mehrheit in der Reichsregierung ausmachten. Zu den Jasagern gehörte mithin auch der Vizekanzler Franz von Papen, der bis 1932 Mitglied der Zentrumspartei war, sie dann aus taktischen Überlegungen und zur Beförderung seiner Karriere verlassen hatte.

* * *

Es waren die Historiker Rudolph Morsey und Erich Matthias, für die als erste „Das Ende der Parteien 1933“ zum Forschungsgegenstand wurde. So nannten sie auch ihr 1960 in Düsseldorf erschienenes Buch, an dem sechs weitere Spezialisten beteiligt waren. Es wurde in einer Reihe veröffentlicht, die von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben wurde. Morsey war lange Jahre Vorsitzender dieses Gremiums, lehrte an der Hochschule in Speyer, erwarb sich auch Meriten bei der Erforschung der Geschichte des Katholizismus und wurde mit staatlichen und päpstlichen Ehrungen und Orden bedacht. Matthias arbeitete an den Universitäten in Marburg und Mannheim. Zitate aus den Erklärungen der Parteien sind deren Band entnommen.

junge Welt, Donnerstag, 27.06.2013, S. 10.

Heiße Luft

Am 5. Juli 1933 erklärte Adolf Hitler in einer Rede vor Reichsstatthaltern die „nationalsozialistische Revolution“ für beendet. Zum Betrug mit dieser Vokabel und zu dessen Zwecken gestern und heute

Zu den Reklameschlagern der NSDAP, die sich in der Frühphase der Weimarer Republik in München gebildet hatte und an deren Spitze der bis dahin unbedeutende Adolf Hitler trat, gehörte die Parole von der „nationalsozialistischen Revolution“. Mit ihr operierte die Führung bis in das Jahr 1933 permanent. Dass sie das tat und damit Mitglieder und Wähler gewann, besaß eine doppelte Voraussetzung: Der Begriff „Revolution“ musste, wenn von ihm eine Sogwirkung ausgehen sollte, im Denken und Fühlen von Massen positiv besetzt sein. Mit ihm musste sich eine Vorstellung von der Verbesserung ihrer Lage verbinden. Und: Die Vorstellungen von einer Revolution und deren erstrebenswerten Resultaten mussten in Teilen der Bevölkerung derart unbestimmt sein, dass sie dem nebelhaften Angebot dieser „Nationalsozialisten“ auf den Leim gingen. Sie mussten sich ebenso für eine „nationalsozialistische“, „nationale“ und vor allem „deutsche“ Revolution anwerben lassen, die deren Propagandisten scharf von der Revolution abgrenzten, die Deutschland 1918/19 erlebt hatte und die als Werk von „Novemberverbrechern“ diffamiert wurde.

Wer genauer wissen wollte, was die Hakenkreuzler unter ihrer „Revolution“ verstanden, konnte zu deren Programm greifen, das im Februar 1920 bekanntgegeben und für unabänderlich erklärt worden war. Dort stieß er nach nationalistischen Bekenntnissen, Bekundungen des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit auf eine Aneinanderreihung von sozialen Forderungen, die sich gleich oder ähnlich in Programmen anderer bürgerlicher Parteien fanden wie die Schaffung von Arbeits-, Bildungs- und Lebensmöglichkeiten für alle. Das hieß in der Sprache der Hitlerpartei: für alle deutschen Volksgenossen. In keiner Passage des Programms war die Rede von tiefen Eingriffen in die Macht- und Eigentumsverhältnisse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Einige Wendungen jedoch täuschten sie vor, so wenn in Punkt 17 zunächst eine „unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform“ gefordert wurde, unter der jeder sich vorstellen mochte, was immer er wollte – nur nicht die (entschädigungslose) Enteignung der Inhaber der großen Güter. Davon war keine Rede. Und an dem im Weiteren verlangten „Gesetz zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ war nur das unentgeltliche neu, denn jeder beliebige Staat hätte weder eine Straße noch eine andere Verkehrsverbindung bauen lassen können, hätte er sich nicht das Recht genommen, Boden aus privatem Besitz zu öffentlichem Eigentum zu machen.

Doch es genügte die Verwendung des Begriffs „Bodenreform“, um als Sympathiesperre auf alle Großgrundbesitzer zu wirken. Also fiel diese Forderung aus dem angeblich unabänderlichen Programm schon 1927 der Streichung bzw. Umwandlung zum Opfer. Jetzt wurde sie auf das „jüdische“ Bodeneigentum begrenzt, das aber nur einen geringfügigen Teil der land- und forstwirtschaftlichen Flächen ausmachte, mit denen die Hoffnungen landhungriger Kleinbauern und Gutsarbeiter nicht erfüllt werden konnten.

Ähnlich verwaschen war dieses eherne Programm im Punkt 13 formuliert, in dem ohne ausdrückliche Erwähnung des industriellen oder Bankeigentums verlangt wurde: „Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.“ Da hinein ließ sich eine Veränderung der Eigentumsstruktur lesen, vorausgesetzt, es würde geklärt, wen und was die Naziprogrammatiker zu den schon vergesellschafteten Unternehmen zählten und wen nicht. Auch darüber aber lag Schweigen. Deutlicher wurden die Autoren einzig, wo sie die „sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende“ ankündigten, waren hier doch auch Nutznießer der Veränderung genannt. Jedoch blieb im Dunkeln, wo die Gruppe der „Groß-Warenhäuser“ begann und ob und wie deren Kommunalisierung vor sich gehen, also auch finanziert werden sollte. Kurzum, wer sich auf das Studium dieses Programms einließ, begab sich quasi in den Nebel, der am dichtesten war, wo von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ geschrieben wurde. Und dieser Dunst war gewollt, denn die Partei umwarb erklärtermaßen alle deutschen und „arischen“ Volksgenossen.

Der Begriff „Revolution“ kam im Programmtext gar nicht vor, wohl aber in Artikeln und Schriften der Partei und in Reden ihrer Propagandisten. Keine Frage, es gelang, eine wachsende Zahl von Deutschen davon zu überzeugen, dass diese NSDAP eine gänzlich neue, von allen bisherigen Parteien scharf zu unterscheidende politische Bewegung verkörpere. Deren Ziel sei es, in Staat und Gesellschaft das Unterste zu Oberst zu kehren, das Chaos in Ordnung zu wandeln, an die Stelle von Unrecht Recht zu setzen, den – das war eine Devise für jeden Schrebergartenverein – Gemeinnutz über den Eigennutz zu erheben.

Skeptisches Großkapital

Aber der Propagandaschlager von der „nationalsozialistischen Revolution“ hat in den von der NSDAP als ihrer „Kampfzeit“ bezeichneten Jahren der Republik nicht nur Anziehungs-, sondern auch Abstoßungskraft besessen. Während die einen, die am Boden der Gesellschaft, in ihn ihre Hoffnungen hineinlegten, lasen andere in deren oberen Etagen daraus ihre Befürchtungen. In den Fraktionen und Zirkeln der Bourgeoisie, auf deren Gunst und Geld die Führer der Nazipartei doch zielten, wurde gerätselt, was wohl das wirkliche, das echte Programm dieser Partei sein werde, gelangte sie an die Regierung oder würde sie deren Teil. Es war der Sinn der öffentlichen Auftritte und vertraulichen Gespräche vieler Naziführer auf der oberen und mittleren Ebene, Besitzbürgern zu erklären, dass ihnen von einer regierenden Hitlerpartei keinerlei Unheil oder Nachteil drohe, sondern dass gerade sie von deren Politik profitieren würden. Das gelang in zahlreichen Fällen, wenn auch bis in den Januar 1933 sich in diesen Kreisen das Bedürfnis hielt, Sicherungen dagegen zu schaffen, dass eine Regierung mit diesem Führer auch nur bourgeoisen Interessen zuwiderlaufende Wirtschaftsgesetze verabschiede, und sei es aus Unkenntnis oder Dilettantismus.

Jedoch wurde nicht die gesamte Führung um Hitler als gleichermaßen vertrauenswürdig beurteilt – und das selbst noch, nachdem sich eine Funktionärsgruppe um Otto Strasser Mitte 1930 von der Partei mit der öffentlichen Erklärung „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“ verabschiedet hatte. Denn die soziale Demagogie blieb ein unverzichtbarer Bestandteil der Agitation derer mit dem Hakenkreuz. Und wer sich, wie Joseph Goebbels, der Reichspropagandaleiter und Gauleiter in der Hauptstadt, wohin er entsandt worden war, das „rote Berlin“ zu erobern, besonders lautstark populistisch gebärdete und sich der Arbeiterschaft anbiederte, konnte in den Verdacht geraten, Absichten zu verfolgen, die bourgeoises Vertrauen und Förderung nicht verdienten.

Schließlich knüpfte sich an Parolen wie die „nationalsozialistische Revolution“, selbst wenn die sie benutzenden Führer als verlässlich angesehen wurden, noch eine Befürchtung anderer Art. Wenn Hunderttausende und dann Millionen Kleinbürger und Arbeiter, darunter Massen von jungen Leuten, mit sozialrevolutionären Phrasen vollgepumpt und mit Versprechen mobilisiert worden waren und die Führer, die das getan hatten, die Regierungsmacht erhielten – welchen Druck würden diese Massen dann auf sie ausüben? Und wenn das geschah, würden Hitler und die Seinen an der Spitze dem standhalten oder zu Konzessionen an ihren Anhang geneigt sein? Die Frage war an Verhandlungstischen nicht zu klären. Mit ihr verband sich ein Risiko, das unvermeidlich mit der Machtübergabe an Hitler und seine Mitführer verknüpft blieb. Hoffnungen ließen sich freilich daraufsetzen, dass die paramilitärischen Verbände der Partei zu strikter Befehlsdisziplin erzogen waren.

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt und die Koalitionsregierung von Faschisten und Deutschnationalen gebildet worden war, bezeichneten die Sieger dies und die folgenden Ereignisse als ihre Revolution. Allerdings nicht immer und überall. Bei seiner Ansprache am 21. März 1933 vor den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und einer streng ausgewählten Zuhörerschaft in der Potsdamer Garnisonkirche vermied Hitler dies und redete über den Beginn eines „Reformwerkes“. Er nahm darauf Rücksicht, dass bei vielen der dort als Gäste anwesenden Herzensmonarchisten in den Uniformen des kaiserlichen Heeres und der Reichswehr und auch manchen Zivilisten das Wort „Revolution“ unerfreulichste Erinnerungen an die Novembertage 1918 wecken musste, insbesondere bei den drei anwesenden Söhnen des geflohenen Kaisers. Zwei Tage darauf sprach Hitler in der Kroll-Oper in seiner Regierungserklärung hingegen von „unserer“, von der „deutschen“ und der „nationalen Revolution“. Doch wurde diese Kennzeichnung nicht obligatorisch und das Geschehen vielfach auch

oder zusätzlich als „Aufbruch“, „Erhebung“, „Wiederaufstieg“ und dann gar als „Wiederauferstehung“ der deutschen Nation bezeichnet.

Diese „Revolution“ nun war noch kein halbes Jahr alt, als von der Führung der faschistischen Partei erklärt wurde, sie sei beendet. Das entscheidende Wort sprach Hitler am 5. Juli 1933 in einer Rede vor Reichsstatthaltern, den obersten Staatsbeamten in den Ländern, einer neu geschaffenen machtvollen Position, die zumeist mit den regionalen Parteiführern besetzt worden war. Der „Führer“ sagte: „Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muss den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.“ Deutlicher noch wurde fünf Tage später Reichsinnenminister Wilhelm Frick in einem Erlass, der den Abschluss der „nationalen Revolution“ erklärte und strenge Maßnahmen gegen jeden ankündigte, der unter der Parole der „zweiten Revolution“ Eingriffe in die Wirtschaft versuche oder vornähme.

Parteisieg als Revolution

Was war in den zurückliegenden Monaten geschehen? Ein Machtwechsel und zu erheblichem Teil ein Personalwechsel auf allen Ebenen des Staatsapparates von der Reichsregierung bis in die Bürgermeistereien der Dörfer. Zu ihm gehörte die Gründung wie die Beseitigung von Institutionen oder ihr Funktions- und Kompetenzwandel. Letzteres war vor allem an der veränderten Stellung des Reichstags deutlich, der zu einem bloßen Dekor gemacht wurde. Binnen weniger Monate hatte sich das politische Kräfteverhältnis, ja die gesamte politische Landschaft einschneidend verändert. Von den Parteien war einzig die NSDAP übriggeblieben, die einen Massenzustrom verzeichnete. Andere waren wie die kommunistische und die sozialdemokratische verboten und in die Illegalität gedrängt worden, während die bürgerliche Konkurrenz sich für aufgelöst erklärt hatte (siehe jW-Thema vom 27.6.2013). Gleiches war mit einer Vielzahl von politischen Verbänden und Vereinen geschehen. Andere führten noch ein Schattendasein. Die Summe dieser Wandlungen war es, welche die Faschistenführer ihre Revolution nannten, die nun also an ihr Ende gekommen sei.

Die offizielle Verlautbarung der NSDAP darüber besaß zwei Adressaten. Nach innen richtete sie sich an die Funktionäre und Aktivisten der eigenen Organisationen, insbesondere die auf mittlerer und lokaler Ebene. Die hatten sich fortan strikt an die Weisungen und Befehle der Obrigkeit zu halten und Aktionen auf eigene Faust zu unterlassen. Das betraf auch die von ihnen ergriffenen Terrormaßnahmen, mit denen die Macht befestigt und monopolisiert worden war und ohne die auch die weitere Etablierung der Diktatur nicht auskommen konnte. Doch, so wurde ihnen bedeutet, die Zeiten der wilden Unternehmungen wie der Errichtung von Folterstätten in SA-Lokalen und von Konzentrationslagern unter eigener Regie seien vorbei. Der andere Adressat waren die Oberschichten der Gesellschaft, denen signalisiert wurde, dass sie auch künftig für ihre Geschäfte und Lebensweise nichts zu fürchten hätten. Nicht vorgesehen sei, nachdem sie von Kommunisten und Sozialdemokraten befreit worden waren, erneut Front gegen sie zu machen.

Die bisherigen Revolutionen gingen mindestens mit dem programmatischen Vorsatz einher, Teilen, meist aber der Mehrheit des Volkes mehr oder überhaupt Rechte zu erkämpfen, die ihnen Einflussmöglichkeiten in der Gesellschaft und mithin für die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen verschafften. Die „nationalsozialistische Revolution“ hingegen, angeführt von einem Manne, dem sich die Massen gleich einer Herde verbanden, hatte solche Ziele nicht. Im Gegenteil: Sie entzog den Massen ausnahmslos jene Rechte, die eine kämpfende Minderheit von ihnen 14 Jahre zuvor in einer Revolution errungen hatte und die allen Bürgern ab 20 Jahren per Verfassung bis dahin zugesichert worden waren. Dieses Faktum allein sollte Demokraten verbieten, mit Blick auf das Jahr 1933 von Revolution statt von Konterrevolution zu sprechen.

Keine Umverteilung

Ganz haben die Faschistenführer jedoch auch nach dem Juli 1933 nicht darauf verzichtet, sich und ihren Sieg mit dem Begriff „Revolution“ zu schmücken. Das geschah zunächst noch, um das zurückliegende Verdienst und die fortdauernde Rolle der Sturmabteilung (SA) hervorzuheben, womit den Treuesten der Treuen weiter geschmeichelt wurde. Denkwürdig tat das der Stabschef der SA, Ernst

Röhm, in einer vor dem diplomatischen Korps und der Auslandspresse am 18. April 1934 gehaltenen Rede, in der er sagte: „Als unerschütterliches Bollwerk gegen Reaktion, Spießer- und Muckertum steht die SA – denn in ihr verkörpert sich alles, was den Begriff der Revolution ausmacht.“ Für ihn und einige SA-Führer, die sich eine andere Stellung ihrer Organisation und ihrer selbst im „Dritten Reich“ erhofft hatten, machte der Begriff jedoch noch anderes aus. Doch waren Röhm und seine engsten Gefolgsleute zweieinhalb Monate später tote und bald auch vergessene Leute. Die gefestigte Diktatur brauchte keine SA-Leute mehr, die permanent ein Wächteramt beanspruchten und ausüben wollten. Das erledigte die von SS-Führern übernommene Geheimpolizei mit den ihr politisch unterstellten Konzentrationslagern und in Zusammenarbeit mit der Justiz.

Die braun uniformierten Marschierer hingegen hatten sich ganz auf das Machtdemonstrieren und den militärischen Drill umzustellen, Hilfskraft der Reichswehr zu werden und sich als eine Reserve auf Abruf bereitzuhalten. Die „nationalsozialistische Revolution“ verschwand in die Geschichtserzählungen der Machthaber. Sie wurde Erinnerung und Schmuck in einem Traditionsbild aus dem das Blut der „alten Kämpfer“ tropfte. Mit dem Begriff verband sich keine Funktion mehr. Das prägte Hitler seinen in Nürnberg zum Reichsparteitag 1934 aufmarschierten Anhängern noch einmal ein: „Die nationalsozialistische Revolution ist als revolutionärer, machtmäßiger Vorgang abgeschlossen! Sie hat als Revolution restlos erfüllt, was von ihr erhofft werden konnte.“

Auch als propagandistischer Reklameartikel hatte sie ausgedient. Was immer sich in den Köpfen der Mitglieder und Wähler der Faschistenpartei mit dem Begriff verbunden hatte, es war unzweckmäßig, ja mitunter geradezu provokatorisch, daran zu erinnern. Man denke nur an die Kommunalisierung der „Groß-Warenhäuser“, die sich zu einem Teil noch in jüdischen Händen befanden, zu einem anderen in die „arischer“ Eigner gewechselt hatten, aber nirgendwo in das Eigentum von Kommunen übergegangen und von Kleinhändlern in Besitz genommen worden waren. Ähnlich stand es mit den versprochenen Veränderungen auf anderen Gebieten von Eigentum und Besitz.

Entleerter Revolutionsbegriff

Angesichts dieses Befundes mag es verwundern, dass in Geschichtsschreibung und -publizistik in der Bundesrepublik für die Wende der deutschen Geschichte im Jahre 1933 der Begriff von der „nationalsozialistischen Revolution“, wenn auch nicht dominierend, so doch wieder benutzt wird – und das ohne irgendwelchen distanzierenden Kommentar. Vorliebe für seine Verwendung lässt sich besonders dort antreffen, wo das antikommunistische Interesse regiert. Dann verbindet sie sich mit dem Kalkül, Verdächtigung, Ablehnung, gar Abscheu und Ekel mögen sich von den „braunen“ auf die „roten“ Revolutionäre dehnen. Freilich erzeugt dieser Gebrauch dann auch das Problem der Bewertung der französischen Revolution von 1789 und der englischen, die 1640 begann.

Dafür hat der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler, ein Antikommunist von Graden, eine Lösung schon anlässlich des 70. Jahrestags der faschistischen Konterrevolution angeboten. Er plädierte für die Benennung „Revolution“, wollte das Problem aber durch einen abgrenzenden Zusatz lösen, und zwar mit Hilfe des Wortes „totalitär“. Zur Begründung dessen hat er es an theoretischer Anstrengung nicht fehlen lassen und nach „einigen verallgemeinerungsfähigen Revolutionskriterien“ gefragt. Unter einer Revolution, meint er, werde „ein Umwälzungsprozess mit destruktiven und konstruktiven Elementen verstanden“. Dieses Kriterium sei 1933 erfüllt worden mit dem „Aufbau einer neuen Herrschaftsordnung, der Einrichtung von Sonderstäben zur effizienten Erreichung der Systemziele, der Etablierung neuer Rechtsnormen“. Mit derlei Verweisen haben schon die deutschen Faschisten ihre Maßnahmen als Revolution auszugeben versucht. Als „ein weiteres Revolutionskriterium“ gilt Wehler, dass „die überlieferten Ordnungsprinzipien außer Kraft“ gesetzt werden. Das sei 1933 ebenfalls erfüllt worden, denn „in der Tat wurde das gesamte politische System 1933/34 umgestülpt, der Führerabsolutismus, das Einparteienmonopol, die Instrumentalisierung oder Zerstörung aller autonomen Machtfaktoren durchgesetzt“. Auch da hätten Politiker und Ideologen des deutschen Faschismus zugestimmt. Und als drittes Kriterium jeder Revolution benennt der Historiker „durchweg auch die Veränderung der Mentalität“ und dazu „stets eine ‚Gesinnungsrevolution‘“. Beides hätten die Faschisten ebenfalls bewirkt. Exakt dies – den „deutsch“ und „arisch“ und „heldisch“ denkenden Ge-

folgsmann – hat Hitler als Ziel seiner „Revolution“ betrachtet, ausgegeben und gerühmt, und so würde er auch da nichts zu widersprechen gehabt haben.

Wehler hat das nazistische Revolutionsverständnis ausgepackt und es obendrein als ein allgemeines präsentiert. Er favorisiert eine Kennzeichnung, die von allen sozialen Forderungen absieht, die in Revolutionen erhoben und, waren sie erfolgreich, auch durchgesetzt worden sind. Oder, endeten solche Umwälzungen mit Kompromissen, sie wurden doch in Teilen verwirklicht. Revolutionen haben, die Französische gilt dafür als das klassische Beispiel, Türen zum Eintritt in neue Epochen der Geschichte aufgestoßen und die Gesellschaften gründlich, im wahrsten Wortsinn: bis zum Grunde hin, verändert. Die „Revolution“ von 1933 hingegen hat die Voraussetzungen für den Übergang zu einer Politik geschaffen, die nach den Plänen ihrer Verfechter in einen Welteroberungskrieg mündete.

Um den Begriff „Revolution“ für das Jahr 1933 und die Folgen gegen alle Einwände zu behaupten, erfand Wehler vorbeugend schließlich zwei Typen von neuartigen Revolutionen. Dem zweiten, den er die „totalitäre Revolution“ nannte, ordnete er die russische Oktoberrevolution von 1917, die „nationalsozialistische“ von 1933 und die chinesische von 1949 zu. So ist Ordnung geschaffen und die französischen Ereignisse von 1789, die englischen von 1640 und der folgenden Jahre und der „amerikanischen“ Revolution von 1776 sind vor Verdächtigungen und Herabsetzungen geschützt. Die Totalitarismusdoktrin, wieviel auch gegen sie sachlich eingewandt wurde, wird der Antikommunisten liebstes ideologisches Kind bleiben. Und auf so geringfügige Unterschiede wie – um einen einzigen zu nennen – den, dass das erste Wort der Revolution von 1917 Friede lautete, und das erste der „Revolution“ von 1933 aus Hitlers Munde, freilich nicht öffentlich, Krieg hieß, kommt es dieser „Geschichtsschreibung großen Stils“ nicht an, handelt es sich doch in einem Fall „nur“ um die Lebensrettung für Tausende Soldaten der einstigen Zarenarmee, im anderen um das Todesurteil nicht allein für Millionen deutsche Wehrmachtssoldaten.

junge Welt, Freitag, 05.07.2013, S. 10.

Preußens Gedächtnisstütze

Vor 200 Jahren wurde die Schlacht von Großbeeren ausgetragen. Der Sieg über Napoleons Armee wird seitdem in und um Berlin in der politischen Erinnerung wachgehalten

Straßenumtaufen gehören zur Geschichte Berlins, sind jedoch kein Spezifikum dieser Stadt. Wie sich die meist politischen Bedürfnisse ändern, Ereignisse und Personen an Gewicht gewinnen oder verlieren oder es ganz und gar einbüßen, so wechseln auch die Namen von Wegen, Straßen und Plätzen. Die Umtaufe jedoch, die am 2. August 1864 in Preußens Metropole vorgenommen wurde, fällt nicht in diese Kategorie. Da wurde aus der in Kreuzberg gelegenen, bis dahin Monumentenstraße genannten Häuserzeile die Großbeerenstraße. Beide besaßen einen, wenn auch unterschiedlichen Bezug zu einem Ereignis aus dem Befreiungskrieg des Jahres 1813. Monument, das meinte jenes von Schinkel geschaffene und von Friedrich Wilhelm III. gestiftete Denkmal, das im Jahre 1821 auf dem Kreuzberg errichtet worden war. Preußens König hatte viele Gründe, sich seinem Volk – das er 1813 so und nicht mehr mit „meine Untertanen“ angesprochen hatte – als mit ihm eng verbundenen Herrscher zu präsentieren. Er wusste ebenso dessen Leistungen im Kriege gegen den „Franzosenkaiser“ Napoleon Bonaparte zu schätzen. Schinkels Werk, als Nationaldenkmal bezeichnet, war dazu bestimmt, an die Schlachten zu erinnern, die am 23. August und 6. September 1813 in und nahe den Orten Großbeeren und Dennewitz geschlagen und von preußischen, russischen und schwedischen Truppen gewonnen worden waren. Beide Siege hatten den Truppen Napoleons den Weg nach Berlin versperrt und sie zur Umkehr gezwungen. So war der Stadt, welche die französischen Besatzer erst Monate vorher beim Heranrücken der Russen verlassen hatten, eine erneute „Franzosenzeit“ erspart geblieben. Kurzum: Die beiden brandenburgischen Dörfer konnten einen Platz im Gedächtnis der Preußen und namentlich der Berliner mit guten Gründen beanspruchen. Schinkels 20 Meter messende gotisierende gusseiserne Säule auf dem Berliner Kreuzberg, die später noch einen ihren Eindruck verstärkenden Unterbau erhielt, war und ist dafür so etwas wie eine Gedächtnisstütze. Nicht anders der Name der Straßen, deren Benennung mit Verspätung erfolgte. Bereits ein Jahr zuvor, 1863, war in Preußen und in anderen deutschen Staaten des 50. Jahrestags des Krieges gedacht worden. Dabei wurden u. a. für die noch lebenden, hochbetagten Veteranen der Schlachten, Gefechte und Scharmützel ehrende Zusammenkünfte an gedeckten Tischen veranstaltet.

Berliner Straßennamen

Jedenfalls bekam Kreuzberg eine Straße nach dem Schlachtort Großbeeren. In deren Nachbarschaft erinnern weitere Namen an die dramatischen Ereignisse. Wenige Wochen nach der Umbenennung erhielt eine bis dahin nur mit einer Nummer kenntlich und unterscheidbar gemachte Straße den Namen Katzbach. Nach jenem Fluss, an dem die von Marschall Blücher geführte Armee am 26. August – drei Tage nach Großbeeren – einer anderen napoleonischen Armee eine Niederlage bereitete.

Seit 1864 besitzt Kreuzberg auch eine Dennewitzstraße und eine, die den Namen von Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg trägt. Dem General, der ohne königlichen Befehl im fernen ostpreußischen Tauroggen Ende Dezember 1812 jenen Vertrag unterzeichnete, mit dem er und sein Korps die Dienste Napoleons verließen und sich, als ersten Akt eines Frontwechsels, für neutral erklärten. Die Erinnerung an diesen Mann war etwas heikel, denn derartige Eigenmächtigkeit sollte künftigen deutschen Generalen kein Beispiel sein. Zu gleichen Ehren kam im selben Jahr auch August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenau, in der Schlacht an der Katzbach Generalstabschef Blüchers sowie auch der „Marschall Vorwärts“ selbst, Gebhard Leberecht Blücher, Fürst von Wahlstatt.

Die Häufung dieser Straßenum- und -neubenennungen war kein Zufall und auch kein Verdienst der königlichen Beamten an der Stadtspitze. Ihnen war eine königliche Order vorausgegangen, herausgegeben vom Sohn Friedrich Wilhelms III., dem späteren deutschen Kaiser Wilhelm I. Die Sache hatte also höchsten Segen.

Napoleons Pläne

Napoleon hatte sich gegen Ende 1812, als er und die Reste seiner einst Grande Armée sich auf dem Rückzug von Moskau befand, von seinen Truppen getrennt. Er war nach Paris zurückgeeilt, wohin und wo ihn ein Gedanke trieb: die Aufstellung einer neuen Armee, mit der er das zaristische Russland erneut und diesmal siegreich – irgendwo an der Weichsel – herausfordern wollte. Da war ihm wie vielen Eroberern vor und dann nach ihm schon der Blick für die Realitäten verlorengegangen. Namentlich die Fähigkeit, das Kräfteverhältnis zwischen sich und seinen Gegnern einzuschätzen, dessen nüchterne Bewertung ihm raten musste, den Frieden zu suchen.

Stattdessen, und das gelang ihm, formierte er eine neue Streitmacht, die sich an Qualität mit jener nicht messen konnte, mit der er im Juni 1812 nach Moskau aufgebrochen war. Zudem gab es hinreichend Gründe, an der Verlässlichkeit der Kontingente von Offizieren und Soldaten zu zweifeln, die ihm die deutschen Fürsten von Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden nach wie vor zur Verfügung stellten.

Im Frühjahr 1813 befand sich Napoleon wieder in Dresden, wo er ein Jahr vor dem Aufbruch nach Osten Hof gehalten hatte. Damals war er sich seines krönenden Sieges über den Zaren noch sicher, obwohl dieser sich und seinen Staat den Wünschen und Weisungen des französischen Herrschers nicht freiwillig unterwerfen wollte. Auch die Hohenzollern und Habsburger hatten sich gehorsam bei und um ihn eingefunden. Wie sehr hatte sich demgegenüber die Situation verändert. Er hatte eine Kriegserklärung des preußischen Königs erhalten und musste eine weitere seines Schwiegervaters aus Wien befürchten. Folglich bekam er es mit den Armeen von vier Staaten zu tun: Russlands, Schwedens, Preußens und Österreichs.

Zunächst waren die Kräfte dieses Bündnisses weder zusammengeführt noch in ihren Aktionen aufeinander ein- und abgestimmt. Napoleon siegte in einer Anzahl von Schlachten, so dass das Land Sachsen in seine Hände fiel. Keine von ihnen war jedoch von entscheidender Bedeutung gewesen und hatte die Streitmacht auch nur eines Gegners außer Gefecht gesetzt. Selbst der bedeutendste seiner Siege gegen die Österreicher, der südlich von Dresden errungen wurde und die Gegner ins böhmische zurückgedrängte, war nicht von nachhaltiger Wirkung.

Anschließend erreichten Napoleon die Nachrichten von den Niederlagen seiner Truppen, die Schlesien erobern sollten und jener, deren Angriffsziel Berlin gewesen war. In Großbeeren sind seine Armee und zwei Divisionen, die sein Gefolgsmann, Friedrich August I., König von Sachsen gestellt hatte, besiegt worden. Sein sächsischer Verbündeter verbrachte später als Gefangener der Preußen einige Zeit im Berliner Schlösschen Friedrichsfelde, das heute eine Zierde des Tierparks ist.

Die gewonnene Schlacht

Befehligt wurde die französische, nach Norden aufbrechende Streitmacht von Marschall Charles Nicolas Oudinot. Er war ein Militär, der auf Seiten der Revolution gestanden, sich in Kriegen gegen Österreich und Russland sowie in berühmt gewordenen Schlachten bewährt hatte. Später setzte er seine Karriere im Dienst der zurückgekehrten Bourbonen fort. Sie bedachten ihn mit den höchsten Ehren, bis er schließlich unter ihnen seine Laufbahn beendete.

Den Oberbefehl über die Truppen der Alliierten hatte der schwedische Kronprinz inne. Der gebürtige Franzose Jean-Baptiste Jules Bernadotte war Marschall Napoleons und hatte sich mit dessen Zustimmung vom Reichstag in Stockholm zum Thronfolger wählen lassen. Er war danach Schwede geworden, vom katholischen zum evangelischen Glauben übergetreten und nahm später, im Jahr 1818, als Karl XIV. Johann den ihm bestimmten Platz an der Spitze des Königreichs ein.

Mit dem Begriff „schillernde Figuren“ ist eine allgemeine Charakteristik der beiden Heerführer nicht verfehlt. Auch nach ihren Überzeugungen wird man die einstigen „Kollegen“ an der Seite Napoleons nicht fragen müssen. In Großbeeren und auch später wieder standen die beiden jedenfalls einander gegenüber, wobei der Neuschwede ein verglichen mit den Preußen und Russen kleines Kontingent an eigenen Soldaten befehligte. Das beeinflusste offenkundig auch seine Taktik auf dem Schlachtfeld.

Er musste darauf bedacht sein, seine Truppen zu erhalten und nicht dadurch zu verlieren, dass er sie leichtfertig aufs Spiel setzte. Dies bestimmte schließlich auch sein Verhalten an jenem Augusttag bei Großbeeren.

Die Geschichte der blutigen Schlacht, ausgetragen nicht mehr als 20 bis 25 Kilometer vor Berlin, ist oft erzählt worden. So auch von dem Wanderer durch die Mark Brandenburg: Theodor Fontane. Der 1819 geborene Fontane mochte eine Fassung davon womöglich schon während seiner Zeit als Schüler des Neuruppiner Gymnasiums gehört haben. Zunächst unter dem Eindruck des feindlichen Artilleriefeuers hatten die Preußen Großbeeren geräumt, worauf die Franzosen es besetzten. Die Frage weiterer Rückzug oder Angriff entschied der am Orte maßgebliche Befehlshaber des preußischen Korps Friedrich Wilhelm Bülow. Er hatte damals noch nicht den Zunamen Graf von Dennewitz erhalten, jenen anderen Ortes, an dem seine Truppen die französischen etwa zwei Wochen später ein weiteres Mal besiegten.

Nach einem Artillerieangriff befahl Bülow seine Preußen zum Sturm auf das Dorf. Dort kam es dann zu erbitterten Nahkämpfen. Die Soldaten, ihre Gewehre waren durch den Regen untauglich gemacht worden, gingen mit ihren Bajonetten und Kolben aufeinander los und machten sich nieder. Carl Röchling, einer der bekanntesten Schlachtenmaler, der die Kriege Preußen und des Kaiserreichs verherrlichte, hat diese Szenen des Kampfes Mann gegen Mann auf dem Friedhof zu Großbeeren auf die Leinwand gebracht. Oudinot gab schließlich die Schlacht verloren und verlor mit ihr auch seinen Oberbefehl. Die Geschlagenen zogen sich nach Wittenberg zurück.

Vom Tag danach gibt es eine Vielzahl von Berichten, die Berliner hinterlassen haben. Die sind mehr oder weniger vom Geiste des auf den Königsruf zum Sturm aufbrechenden Volkes geschönt. Jedenfalls hätten sich auf die Nachricht vom Sieg hin, viele aus der Stadt auf das Schlachtfeld begeben. Die einen mit Lebensmitteln, die anderen bemüht, die Verwundeten am Orte oder in ihren Wohnungen zu pflegen. Sie alle kamen mit Gefühlen des Dankes, der aber die Preußen, die zu Tode gekommen waren, nicht mehr erreichen konnte. Unverlässliche Zahlenangaben sprechen von etwa 1500 getöteten Gegnern, während kaum mehr als ein Zehntel der Preußen in der Schlacht gefallen seien. Die Bedeutung, die der Schlacht beigemessen wurde, drückte sich in der Bülow erteilten königlichen Genehmigung aus, 100 Teilnehmer den eben gestifteten Orden Eisernes Kreuz zu verleihen.

Erinnerung an die Schlacht

Der 23. August 1813 hat Großbeeren ohne das Zutun seiner Bewohner zu einem Ort gemacht, dessen Name weithin bekannt wurde und in die Geschichtsbücher einging. Die Ansässigen, aber nicht nur sie, haben das Andenken auf verschiedenste Weisen hochgehalten und dies noch bevor sich aus solcher Geschichtsbewahrung kommerzielle Vorteile ziehen ließen. Das Denkmal auf dem Kreuzberg war noch nicht errichtet, da erhielt der Ort 1817 einen auf einem Steinsockel ruhenden gusseisernen Obelisken. Karl Friedrich Schinkel hatte diesen entworfen, so dass ihm seine künstlerische Verwandtschaft mit dem 1821 in Berlin gesetzten leicht anzusehen ist. Er befindet sich auf dem Friedhof des Ortes nahe der Kirche.

Ein weiteres Denkmal erhebt sich unfern des Schlachtfeldes. Eine Pyramide ist dem Andenken Bülows gewidmet. Darin ist eine Tafel eingelassen, welche die Worte bewahrt, die der General bei seinem Entschluss zur Schlacht gesagt haben soll: „Unsere Knochen sollen vor Berlin bleichen, nicht rückwärts.“ Dass schon bei einer Annäherung an den Ort nicht zu übersehende Bauwerk entstand 1913, als nicht nur in Preußen der ein Jahrhundert zurückliegenden Schlachten gedacht wurde. In erster Linie wurde die Völkerschlacht bei Leipzig in Erinnerung gerufen, die knapp zwei Monate nach der von Großbeeren stattgefunden hatte und deren Ergebnis der definitive Rückzug der Truppen Napoleons aus den deutschen Staaten über den Rhein nach Frankreich war. Zur Einweihung des Denkmals an die Schlacht waren gekrönte und ungekrönte Häupter anwesend. Das Monstrum in der sächsischen Großstadt sollte womöglich auch ein wenig vergessen machen, dass in jenen Oktobertagen Sachsen gegen Preußen, Russen, Österreicher und Schweden gekämpft hatten und manche auch zu ihnen übergelaufen waren. Dagegen nimmt sich das Bauwerk in Großbeeren bescheiden aus,

wiewohl es den Ort mit seinen 32 Metern Höhe überragt. Es besitzt eine Aussichtsplattform und in seinem Fuße ein Museum, in dem das Schlachtgeschehen dargestellt wird.

Auch an den General, mit dessen Namen die Bewahrung Berlins vor einer erneuten napoleonischen Besatzungszeit verbunden ist, Bülow, wurde in der preußischen und späteren deutschen Metropole Berlin auf vielfältige Weise gedacht. Nicht nur bei der großen Straßenumbenennungsaktion 1864, auch vierzig Jahre später, am Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde eine Straße im Ortsteil Zehlendorf nach ihm benannt. Zuvor schon hatten ein Infanterieregiment und ein Reichspostdampfer seinen Namen erhalten. Ein eindrucksvolles lebensgroßes Denkmal erinnert an ihn in Dennewitz. Dort beugt er sich über einen zum Angriff bereit hockenden Soldaten und weist ihm mit ausgestrecktem Arm die Richtung, in der er voran und dem Feind entgegen zu stürmen hat. Ungleich weniger martialisch gestaltet ist die marmorne Bülow-Statue von Daniel Christian Rauch. Diese war 1822 fertiggestellt worden und flankierte nach einem Vorschlag Schinkels dessen Neue Wache in der Straße Unter den Linden. Das Denkmal stellt den General gemeinsam mit einer weiteren Person, Gerhard von Scharnhorst, dar.

Gedenkspektakel

Nun haben die Geschichtsaktivisten in Großbeeren zu jenem 23. August 1813 ein eigenes Verhältnis entwickelt, das sich, wie ähnliche Beziehungen, nach dem Ende der DDR ungehemmt ausprägen konnte. Sie begehen den Tag seit Jahren als ein „Siegesfest“ und propagieren es mitunter auch als „Siegesfest mit Kirmes“. Wie es da zugeht, zeigt ein Bericht des Geschehens in der Berliner Morgenpost vom 24. August 2003 vom zehn Jahre zurückliegenden Jahrestag: „Pulverdampf und Büchsenknall, Biwakieren mit der preußischen Landwehr, mit Kürassieren und Kanonieren, ein Bier aus dem Krug, den eine Marketenderin reicht: Großbeeren an diesem Wochenende. Es ist der 190. Jahrestag des Sieges der verbündeten Preußen, Russen und Schweden über Napoleons Truppen in der Schlacht“. Und dem wird erklärend angefügt: „Seit 1992 wird alljährlich die Entscheidung von Mitgliedern von Traditionsvereinen in Deutschland, Belgien, Niederlande und Finnland nachgestellt.“ Mittags gab es von zwölf Uhr an die eigentliche Siegesfeier mit Truppenparade und um 19 Uhr wurde ein Feuerwerk gezündet.

Das gilt es also an diesem Zweihundertsten zu überbieten. Nun lässt sich darüber streiten, ob in unseren Tagen das Soldaten- und Kriegsspielen, das Hantieren mit längst vergangenen Zeiten „nachempfundenem“ Mordgerät, Säbeln, Gewehren und Kanonen, einer Gesellschaft angemessen ist, die sich als aufgeklärt und friedenswillig versteht und nicht selten sich dessen auch rühmt. Was immer jedoch die Brandenburger in Großbeeren an Einfällen und Anstrengungen hervor- und aufbringen werden, verglichen mit den Aufgeboten der Sachsen in Leipzig kann ihnen nur eine Miniaturausgabe des Geschichtsspektakels gelingen. Denn die Leipziger haben sich als Schirmherren ihres Gedenkfestes den Präsidenten des Europaparlaments eingeladen. Außerdem wurden Biwaks für das von Weither anreisende Fußvolk und selbst für die Pferde der Kavalleristen vorbereitet. Da werden ansehnliche Haufen zum Kampf gegen, nein miteinander antreten. Und wem es die Regie bestimmt, der hat sich, tödlich getroffen oder verwundet – je nach Wetterlage – in den Staub oder die Pfütze zu werfen. Damit soll demonstriert werden, wie glücklich er und mit ihm das gaffende Volk doch darüber ist, dass sie alle in Friedenszeiten leben, während zur gleichen Zeit weit in und hinter der Türkei, in Kurdistan, Syrien, im Irak und in Afghanistan die Völker aufeinanderschlagen.

junge Welt, Freitag, 23.08.2013, S. 10.

Wanderer kommst Du nach

Dass die brandenburgischen Orte Großbeeren und Dennewitz in deutsche Geschichts- und womöglich in manche Schulbücher geraten sind, ist einem der vielen Zufälle zuzuschreiben, die sich gleich oder ähnlich auch in anderen Gegenden Deutschlands zutrugen. Es lagen Dörfer am Wege einer militärischen Streitmacht, die eben dort auf eine andere, die gegnerische, traf. Und es begann das Hauen, Stechen, Schlagen und später dann auch Schießen, also eine Schlacht, im minderen Falle nur ein Gefecht oder Scharmützel. Bei den beiden Ortschaften stießen im Sommer 1813 französische Armeen, die Berlin wieder erobern sollten, das sie vor den heranrückenden Russen Monate vorher verlassen hatten, mit den sie erwartenden Verteidigern zusammen, bestehend aus Preußen, Russen und Schweden. In beiden Schlachten wurden die Franzosen und deren Kollaborateure, die in ihren Reihen kämpfenden Kontingente aus deutschen Staaten, geschlagen und zur Umkehr gezwungen. Berlin war vor erneuter Besetzung und Besatzung gerettet. Das ergab hinreichenden Grund, sich der Ereignisse wieder und wieder zu erinnern.

Zwei einst Berliner Historiker, das Ehepaar Evamaria und Gerhard Engel, die es in der Nachwendezeit in die Gegend verschlagen hat, nahmen sich mit dem Blick auf den 200. Jahrestag des Geschehens und seines Hergangs an und präsentieren ihre Arbeitsergebnisse in einer Sonderausstellung in der Dorfschule zu Wünsdorf, die ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr dient, sondern die sich der Kreis Teltow-Fläming als Kreismuseum leistet. Für die Exposition haben die Historiker mit nahezu kriminalistischem Gespür das Kreisgebiet im wahrsten Wortsinn durchmustert, sich in Kirchen umgesehen, Gedenksteine in Orten, an Wegen und auf Friedhöfen inspiziert, selbst nach letzten baulichen Resten von Verteidigungsanlagen und -stellungen aus jenem Jahr gefahndet, eine Masse von alten lokalen Zeitungen und Blättern durchgesehen und sich selbstredend der reichlichen Literatur, verfasst von ihren Vorgängern, bemächtigt. Ihr Interesse galt gleichermaßen den Abläufen des Jahres 1813 wie der Erinnerung, die diesen in sechs Staaten, erst dem preußischen Königreich, danach dem deutschen Kaiserreich, später der Republik, dann im Nazireich, schließlich im Staate DDR und in der Bundesrepublik zuteilwurde. Stets aus wie auch immer verpacktem politischem Interesse. So ist in Zusammenarbeit mit dem Hausherrn eine sehenswerte Schau entstanden, zwar vorwiegend aus der bei Museologen nicht eben geschätzten Flachware bestehend, die aber, von einer versierten Fachfrau hergestellt, durch Gestaltung, Farbe und Aussage gefangen nimmt. Dazu hat ein Pfarrer aus seiner Kirche eine jener wenigen erhaltenen hölzernen Tafeln ausgeliehen, die auf Befehl König Friedrich Wilhelm III. zur Erinnerung an die Kriegstoten in allen preußischen Gotteshäusern anzubringen waren. Wem, was er da an wiedergegebenen Gemälden, alten und neuen Fotografien, Textdokumenten und sachkundigen Kommentaren der Ausstellungsmacher lesen und betrachten kann, nicht ausreicht, der kann ein Heft erwerben, das noch ausführlichere Informationen enthält und es getrost nach Hause tragen. Also: Wanderer, kommst du nach Wünsdorf, es muss nicht vollends zu Fuß sein, denn dahin fährt stündlich und rasch ein Regionalzug aus der Mitte der Bundeshauptstadt, spendiere eine gute Stunde für einen Besuch dieser Ausstellung.

Evamaria und Gerhard Engel: „1813-2013. Befreiungskrieg im Landkreis Teltow-Fläming. Kriegsereignisse und Gedenkkultur“, Projekt + Verlag Dr. Erwin Meißler, 96 S., 5,00 Euro.

Ossietzky, Nr. 38/2013, 31. August 2013, S. 665-666.

Der Anfang vom Ende

Die Deutschen und der 22. Juni 1941

Verhältnismäßig selten, hieß es schon in einem SD-Bericht vom 26. Juni, würde in Debatten an das Schicksal Napoleons erinnert, der in den russischen Weiten gescheitert sei, eine Geschichte, die den Deutschen aus ihren vaterländischen Schulbüchern gut bekannt war. Dort hatten sie Bilder von den jämmerlichen, in der Kälte des Ostens frierenden Gestalten der Armee des Franzosenkaisers gesehen und darunter die Worte gelesen: „Mit Mann und Ross und Wagen hat sie der Herr geschlagen“. Von solchen Bildern trennten die Soldaten der Wehrmacht im Mittelabschnitt nur etwa fünf Monate. In der dann aus russischen Bauernhäusern gestohlenen Winterbekleidung, sie selbst waren ohne entsprechende Ausrüstung in die osteuropäische Kälte kommandiert worden, wiesen sie mit den Soldaten Napoleons eine gewisse Ähnlichkeit auf.

Doch kann kaum bezweifelt werden, dass die antibolschewistischen Bilder, die seit 1918 in Deutschland von verschiedensten politischen Kräften verbreitet, 1939 aber aus dem Verkehr gezogen worden waren, durch die Nazipropaganda rasch entstaubt werden konnten. Dem Zweck der erneuten antibolschewistischen Aufpulverung dienten schon in den ersten Wochenschauen Bilder gefangen genommener Rotarmisten, die als solche von „Asiaten“ und „Untermenschen“ und mit der Absicht präsentiert wurden, den Gegner als minderwertig und brutal erscheinen zu lassen und auf diese Weise vor allem jedes Mittel des eigenen Vorgehens zu rechtfertigen.

Am Tage nach dem Einfall der Armeen der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion meldete die Zentrale des Sicherheitsdienstes, die Deutschen wären vom Beginn dieses Krieges überrascht gewesen. Ganz ohne Einschränkungen lässt sich die Nachricht nicht lesen. Selbst ein Mann, dessen Bewegungsfreiheit so eingeschränkt war wie die des in Dresden lebenden jüdischen Wissenschaftlers Victor Klemperer, notierte am 21. Mai 1941 nach einem Besuch in der benachbarten sächsischen Kleinstadt in sein Tagebuch: „In den letzten Wochen sind allein hier im Pirnaer Bezirk zehntausende Leute eingezogen worden. Alles geht nach Osten. Russland!“.

Eine Armee, die mehr als eine Million Männer zählte, vor die Grenzen der UdSSR nach Ostpreußen und in das deutsch-besetzte Polen zu transportieren und das auf weiten Wegen quer durch das Deutsche Reich, das ließ sich schwerlich „im Dunkel der Nacht“ erledigen. Und die dort in immer größerer Zahl versammelt wurden, waren nicht ohne Verbindungen in die Heimat. Sie schrieben Feldpostbriefe und in vielen stand mindestens in einer Andeutung, wo sich der Absender inzwischen befand. Nun also: ein Einfall in den Staat, mit dem 22 Monate zuvor ein Nichtangriffsvertrag geschlossen worden war. Was bedeutete das für den Fortgang des Krieges insgesamt und was für dessen Dauer?

Zunächst einmal einen neuen unerwarteten „Kriegsschauplatz“ und zwar von einer Dimension, die alle bisherigen gleichsam in den Schatten stellte. Indessen hatte Hitler, als er im faschistischen Reichstag die Bilanz des Balkanfeldzugs vortrug, erklärt, dass dem deutschen Soldaten nichts unmöglich sei. Darauf vertrauend nahmen viele die Nachricht an diesem Junitag hin. Nein, ein Schock wäre durch sie nicht ausgelöst worden, hieß es in den internen, nur für die engste Führungsgruppe angefertigten Stimmungsberichten, doch sei „überall“ Bestürzung, Nervosität und Bedrücktheit festzustellen gewesen. So hatten sich die Deutschen den Weg zum „Endsieg“ nicht vorgestellt. Diese unvorhergesehene Wendung musste ihnen zumindest als ein Umweg erscheinen. Jedenfalls waren ihre Hoffnungen auf die unmittelbar bevorstehende abschließende Auseinandersetzung mit Großbritannien dahin. Das war nach dem im August 1939 vollzogenen der zweite radikale Bruch der deutschen Außenpolitik gegenüber der UdSSR.

Der voraufgegangene in Gestalt des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes hatte vor allem dem in den Krieg ziehenden Deutschland Vorteile eingetragen. Anders als im Ersten Weltkrieg musste nicht an zwei Fronten gekämpft werden. Hitler und die gesamte Nazipropaganda hatten das als einen außerordentlichen Vorteil herausgestellt und damit Verwunderung, Bedenken und Einwände zurückgedrängt. Der „Führer“ erschien als ein genialer Diplomat. So war der Handelsweg nach Osten offengehalten. Auch das erfuhr eine entsprechende propagandistische Ausschlachtung mit Verweisen auf die Blockade Deutschlands im Ersten Weltkrieg mit ihren Folgen, den hungernden Frauen und

Kindern. Jede Wiederholung schien mithin ausgeschlossen und somit ein ganz anderer Krieg zu beginnen als derjenige, der 25 Jahre vorher begonnen hatte.

Nun, auf der Schwelle zum Sommer 1941 musste der erneute Bruch erklärt und gerechtfertigt werden. Dazu erzählte den Deutschen der „Führer“ selbst die Geschichte seiner Leiden, entstanden aus seinem Vorwissen der sowjetischen Angriffsabsicht, von dem er sich befreit durch die Erkenntnis hatte, dass dem Krieg gegen den „hinterhältigen“ Bolschewismus nicht auszuweichen sei. Und da habe er sich doch besser entschlossen, dem sprungbereiten Angreifer zuvorzukommen. Wie viele Deutsche diese Mär geglaubt haben, ist nicht aufzuklären. Zudem stellten Hitler und seine Demagogen die angebliche Bedrohung durch das Reich im Osten als das bisher existierende Hindernis dar, das die Entfaltung aller militärischen Kräfte gegen Großbritannien und den „Endsieg“ verhinderte. So erschien den Propagandagläubigen der Feldzug im Osten als „Zwischenstadium“ des großen Kampfes gegen England.

Wer allerdings einen Mann, Sohn oder Bruder mit dem Marschbefehl Moskau auf dem Wege wusste, bangte um dessen Gesundheit und Leben, denn erwartet wurde, dass die eigenen Verluste größer sein würden als die im Westfeldzug erlittenen. Doch verband sich mit Ängsten und Befürchtungen weithin die Hoffnung, dass auch dieser Feldzug kurz sein werde. Die Wehrmacht hatte sich in jedem voraufgegangenen als unüberwindlich erwiesen. Am Sieg wurde folglich nicht gezweifelt. In der Tat folgte darauf bald eine gewisse Ausnüchterung, die erste in einer ganzen Reihe. Aus von Angehörigen der Propaganda-Kompanien verfassten Berichten, die der Rundfunk täglich sendete, ließ sich entnehmen, dass sich die sowjetischen Soldaten zäh verteidigten. Sodann begannen die faschistischen Enthusiasten des Kriegsgeschehens einen Blick auf geographische Karten der UdSSR zu werfen. Solchen Kartenwerken ließ sich unschwer ablesen, wie weit es nach Moskau, an die Wolga, zum Ural und Kaukasus war. Doch verband sich der Weg dahin für die Siegverwöhnten mit der Vorstellung, dass die sowjetische Armee nach einigen Kesselschlachten vernichtet sein und das weitere sich als Besetzung der riesigen Räume abspielen werde. Auch Angaben über die Zahl der gefangenen Rotarmisten und Filmstreifen, die abgehetzte, erschöpfte, abgerissene Gefangene zeigten, erweckten oder bestärkten den Eindruck, dass dieser Gegner im Grunde nicht ernst zu nehmen sei. In dieses Tableau mischten sich jedoch auch besorgte Fragen. Eine betraf die nun veränderte Ernährungslage, im Sommer 1941 herrschte im Reich ein akuter Mangel an Kartoffeln und Gemüse. Mit dem Gedanken an die Opfer verband sich, verstärkt durch die Vorstellung von den „asiatischen Methoden“ des Gegners die Frage nach dem Schicksal von Soldaten, die in die Hände der Sowjetarmee gerieten. Der Krieg gegen die UdSSR war noch keinen Monat alt, als viele „Volksgenossen“ bedachten, dass die Zeit wie im Ersten Weltkrieg für die Gegenseite arbeiten könnte. Zweifel knüpften sich ebenso früh an die Frage, wie es im Osten möglich sein werde, die endlos weiten Räume zu beherrschen.

Allerdings hofften die Parteigänger des Regimes darauf, dass sich mit der Eroberung der Ukraine die Ernährungssituation im Reich erheblich verbessern werde. Der nationale Egoismus feierte Triumphe. Was „den Anderen“ zugefügt wurde, war dem Denken und Fühlen der Deutschen weitgehend entrückt. Das hatte sich schon an der Hinnahme der Bombardements auf britische und weitere Städte in Europa gezeigt. An diesem 22. Juni 1941 gingen die Deutschen, die bis dahin von den Entbehrungen des Krieges wenig gemerkt hatten, weithin ahnungslos. An jenem Tag, es war ein Sonntag, fand Victor Klemperer bei einem Weg in Dresden „Volksvergnügtheit“ und stieß, an einem Lokal vorbeikommend, auf tanzende Menschen.

Ein paar Kleingruppen von Deutschen knüpften an diese erneute Wende des Kriegsgeschehens jedoch andere Hoffnungen. Das waren die politischen Gefangenen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, die im Untergrund arbeitenden Nazigegner, die ins Exil Getriebenen und die von immer einschneidenderen Drangsalierungen getroffenen deutschen Juden. Nicht wenige von ihnen hofften freilich auf einen anderen Kriegsverlauf. Wie die deutschen imperialistischen Eroberer die Kräfte der Sowjetunion weit unterschätzten, so überschätzten manche von ihnen die militärische Antwort weit, die das Land augenblicklich den Eindringlingen zu geben vermochte.

Und dann waren da noch jene deutschen Antifaschisten, Kommunisten vor allem, die den Tag des Überfalls in der UdSSR erlebten. Er befreite sie von jenen Verbiegungen und Unterwerfungen, die

ihnen der von Stalin bestimmte Kurs seit dem August und September 1939 aufgezwungen hatte. Sie ergaben sich nicht aus der Tatsache des Nichtangriffspaktes, nicht daraus, dass das Land aus dem Krieg herausgehalten werden sollte und dies seinen Preis hatte. Doch war in diesem Zusammenhang von Stalin den Kommunisten eine ideologisch-politische Kehrtwende aufgezwungen und ein Zwangskorsett verordnet worden. Sich über die soliden und treffenden Einschätzungen der Kommunistischen Internationale über die aggressiven und nichtaggressiven kapitalistischen Staaten, unter anderem in einer denkwürdigen Rede vorgetragen von Palmiro Togliatti 1935 auf dem Weltkongress, hinwegsetzend, legte der „große Führer“ nach dem Polenfeldzug fest, dass nicht Nazideutschland, sondern Großbritannien und Frankreich die Schuld an der Weiterführung des Krieges trügen. Genau das hatten auch Hitler und seine Demagogen, Friedensbereitschaft heuchelnd, im Oktober 1939 behauptet.

Diese Version war nach dem Einfall der Wehrmacht selbstredend vollständig erledigt. Sie wurde in Vergessenheit gebracht und blieb dort noch Jahrzehnte nach Stalins Tod. Großbritannien und die Sowjetunion wurden 1941 Kriegsverbündete infolge eines Entschlusses, den Hitler gefasst hatte. Noch am Abend des 22. Juni hat Winston Churchill dazu die Hand nach Moskau ausgestreckt. Die deutschen Nazigegner in der UdSSR konnten, so viel sie dafür getan hatten, den Krieg im Ganzen und insbesondere diesen zu vermeiden, gleichsam aufatmen. Nicht alle für sehr lange. Vielen, solche eingeschlossen, die fähig und bereit waren, die Eindringlinge mit der Waffe zu bekämpfen und sich so den Rückweg in ihre Heimat mit freizumachen, stand die Deportation bevor.

antifa, 5. September 2013.

Über den Sinn von Jahrestagen

Das Geschichtsbild des 20. Jahrhunderts soll neu gezeichnet werden

Schon flattern einem, der des Verdachts verdächtig ist, die ersten Einladungen zu Veranstaltungen in den Briefkasten, die sich an die im Jahr 2013 bevorstehenden 80. Jahrestage knüpfen sollen. Die Liste ist lang und beginnt noch vor dem Tage, da Hitler triumphierend in die Reichskanzlei einzog, mit jenem am 4. Januar 1933 stattgefundenen, geheim gehaltenen, aber doch bekannt gewordenen Treffen mit Franz von Papen, einem ihm im Jahr zuvor noch als Konkurrent, Widersacher, Erzfeind, Aristokrat usw. geltenden Politiker. Es verständigten sich da der Kanzler und der Vizekanzler in spe. Ereignis in einer umfassenderen Intrige gegen die Republik.

Und dann setzt sich die Reihe dicht fort: Reichstagsbrand, Errichtung de Konzentrationslager, Illegalisierung der Kommunisten, „Tag von Potsdam“, Ermächtigungsgesetz, Großaktion der Judenfeinde, demagogische 1. Mai-Kundgebungen, Verbot der Gewerkschaften, dann der Sozialdemokratie, Auflösung der bürgerlichen Parteien, Erklärung des „Endes der nationalsozialistischen Revolution“.

Es jagten sich die Ereignisse und nun die Jahrestage. Und da wären wir erst im Juli dieses Jahres des Unheils. Und hätten ein paar noch ausgelassen, an die sich manch nützlicher Gedanke knüpfen ließe. Als da wären: die Erklärung der katholischen Bischöfe zur neuen Situation, die erste außenpolitische abgrundtief verlogene Rede Hitlers vor dem Reichstag, die Verlautbarung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über seine Haltung zu den neuen Machthabern, das mit dem Vatikan geschlossene Reichskonkordat.

Das ergäbe ein Programm, das kein Rentner-Geschichtsverein bewältigen könnte, denn der dürfte zudem ein paar andere „Jubiläen“ nicht übergehen, vor allem die Zweihundertsten. als da wären: der Aufruf des Preußenkönigs Friedrich Wilhelms III. vom März 1813, der sich seines Volkes entsann, die Stiftung des Eisernen Kreuzes durch denselben und die Order, künftig auch der toten Muschkoten in Kirchen zu gedenken, sodann die Schlachten, die an der Katzbach und die bei Leipzig vor allem, die Taten der Lützower usw. Da fällt einem die Arie des Bartolo aus dem Barbier von Sevilla ein. Dazu Fragen: Muss das sein? Und wenn ja, warum und wie viel davon?

Was wir momentan erleben, sind Anstrengungen zum Umschreiben der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Nun wäre das für sich der Rede nicht wert, denn an Bildern der Vergangenheit ist noch stets gebastelt worden. Diesmal hat es damit seine eigene Bewandtnis: Gesucht wird eine Endlösung des Jahrhundertbildes. Dessen Konturen sind gezeichnet: Demnach führte der Weg jedenfalls in unseren historischen Breiten (und das zum eben sich entfaltenden weltweiten Nutzen) hinweg über zwei Diktaturen, die faschistische (neudeutsch stets: nationalsozialistische) und die kommunistische, in Zustände der Freiheit, des Rechts und der Gerechtigkeit. Die sind, sonst würde es uns gar langweilig, verbesserungswürdig und -fähig. Doch der Grundstein, nein mehr: das Fundament ist gelegt, fest und unverrückbar.

Dieses Konstrukt ist so etwas wie der geistige Knüppel, der jedem droht, der über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände und deren Herkunft anderer Meinung ist und sich immer noch von dem Gedanken an einen Um- und Neubau nicht losgesagt hat. Jedem, d. h. jedem, der von einer Gesellschaft nicht nur im Geheimen träumt, die kein Massenelend, kein Massensterben, nicht massenhafte Unwissenheit, die Beteiligung des Volkes nicht nur als Phrase und Trick kennt und in der es keine Faschisten gibt und auch niemanden, der Kriege anzettelt und rechtfertigt.

In solcher Lage verspricht ein ungetrübter Blick zurück in das Jahr 1933 Gewinn und ebenso das erneute Nachdenken darüber, welchen Platz das damals errichtete diktatorische System in Wahrheit in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einnahm, welche Spur es weit über die zwölf Jahre seiner Existenz in die deutsche, europäische und Weltgeschichte zog und wie das so steht, mit der vielberufenen, dabei meist undefinierten „Bewältigung der deutschen Vergangenheit“. Es ließe sich das Nachdenken darüber bis zu der Frage treiben, ob diejenigen, die heute in Staat und Gesellschaft herrschen, das nicht unter partieller Verwendung von Erfahrungen aus jenem gemeinhin als „dunkelstem Kapitel deutsche Geschichte“ verdunkelten Zeitraum tun, und ob diejenigen, die beherrscht werden, sich

vielleicht nicht deshalb so dirigieren lassen, weil sie sich in vielem nicht anders verhalten als ihre Vorfahren, die „Volksgenossen“.

antifa, 5. September 2013.

Straßenkämpfe (2)

Die Saarländer, davon war hier schon die Rede (*Ossietzky* 13/13), haben ihre Differenzen über den Umgang mit jenem Völklinger Viertel nicht ausgestanden, das nach Hermann Röchling benannt ist. Die Schwabenländer, genauer die Bürger der kleinen Stadt Ostfildern im Weichbild Stuttgarts und noch genauer die dortigen Gemeinderäte, können ähnliche vorweisen. Dort betreffen sie einen gewissen Ernst Heinkel. Nach ihm ist keine ganze Siedlung getauft worden, sondern nur ein Sträßle. Was die beiden „Fälle“ dennoch verbindet: Den Gegenstand des Streites bildet da wie dort ein Großindustrieller, der in Nazizeiten ein geschätzter und verdienstvoller Mitkämpfer des „Führers“ war. Soll das nicht aufgewogen sein und für erledigt erklärt werden aufgrund der unbestrittenen Tatsache, dass Heinkel ein technischer Pionier der Luftfahrt von hohem Grad war? Was sind angesichts dieser Verdienste die erwiesenen Macht- und Expansionsgelüste des Betriebs- und (seit 1937) Wehrwirtschaftsführers und Aufsichtsratsvorsitzenden? Was die Tatsache, dass in seinen Betrieben zehntausende herbeigezwungene Zwangsarbeiter schufteten, bis ihre Kräfte erschöpft waren? Was der „Kauf“ des „arisierten“ Betriebes in Tirol, dessen Vorbesitzer sich beim Sieg der Faschisten in Österreich umgebracht hatte oder umgebracht worden war, so genau ist das nie aufgeklärt worden? Das wären Fragen, die zur Biographie Heinkels sich aufdrängen und deren quellengestützte Beantwortung einer Entscheidung zugrunde liegen könnte, mit der sich die Ostfilderner von dem NSDAP-Mitglied und – dies nebenbei – Träger eines japanischen Ordens verabschieden könnten, den er für seinen Beitrag zur Aufrüstung der Aspiranten auf die Neuordnung Großostasiens verliehen bekam, im Jahre, in dem Japan in China einfiel.

Indessen fragen die in dieser Sache vereinigten christlichen und unchristlichen Parlamentarier von Ostfildern, die niemals etwas von der Persilscheinkonjunktur in den westlichen Besatzungszonen Deutschland gehört haben: Soll die Tatsache, dass Heinkel nach 1945 in die Kategorie der Mitläufer eingestuft worden war, gar nichts gelten, und er nun neu eingestuft werden? Er soll nicht nur, er ist. Das hat vor Jahren schon eine Archivarin, Renate Winkelbach, mit der Konzeption einer Ausstellung besorgt, die in Remshalden-Grunbach sonntags zu besichtigen ist, dem Ort, in dem der Mann geboren wurde. Deren Nachweise brachten jedoch die dortigen Räte nicht auf die Idee, den Heinkel ehrenden Namen ihrer Schule zu ändern oder ihn von der Liste der Ehrenbürger zu streichen. Winkelbachs Einstufung hat neuerdings Roman Fröhlich in einer Dissertation bestätigt und bestärkt. Die hat, nachdem der Autor auch in der *Stuttgarter Zeitung* zu Worte gekommen war, die Gemeinderäte beider Orte zwar nicht auf Trab, aber doch in eine gewisse Verlegenheit gebracht. Die Remshaldener suchen ihr vorerst mit einer Vortragsreihe zu entkommen.

Vor Jahren wären Historiker, ob Laien oder vom Fach, die sich solcher Ortsheiliger wie Röchling und Heinkel kritisch annahmen, noch öffentlich Nestbeschmutzer genannt worden. Jetzt werden sie auf pseudo-akademische Tour unsauberen oder einseitigen Umgangs mit Quellen bezichtigt, mitunter zusätzlich als Linke abgetan. Wer will, mag darin einen Fortschritt erblicken. Er liegt aber eher in der Tatsache, dass sich in den Generationen der Nachgeborenen Frauen und Männer finden, die im sicheren Wissen, dass schon ihre Themenwahl hierzulande nicht karrierefördernd ist, sich der Wahrheit verpflichtet fühlen, komme die gelegen oder ungelegen.

Ossietzky 19/2013, 14.09.2013.

Betonierte Wege in den Krieg

Am 23. September 1933 begann der Bau der „Reichsautobahnen“ – als eine großangelegte Inszenierung der Nazis

Zu den Anklagen der Agitatoren der faschistischen NSDAP gegen die Weimarer Republik gehörte an vorderster Stelle das Vorhandensein von Millionen Arbeitslosen. Damit gingen Hitler und seine Komplizen auf Anhänger- und Wählerfang. Wahlplakate zeigten verelendete Proletarierfamilien, müde, abgezehrt, in ärmlich zerschlissener Kleidung. Dazu zwei Worte: Es reicht. Die Arbeitslosigkeit stellten die braunen Demagogen jedoch einzig als Folge einer verfehlten Politik der Regierenden dar, die durchweg selbst als reich und prassend und fett diesen Bildern der Armut gegenüberstellt wurden. Nun war die Regierungspolitik während der Weltwirtschaftskrise mitverantwortlich für die Menge der ohne Erwerbsmöglichkeit dahinvegetierenden Deutschen. Doch die Hitlerleute vermieden es mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Förderer und Geldgeber, die Arbeitslosigkeit als eine unvermeidliche Folge der Existenz einer Gesellschaft darzustellen, in der menschliche Arbeitskraft als Ware galt und je nach profitorientiertem Bedarf gekauft wurde oder auch nicht.

Diese Propaganda ging mit dem Versprechen einher, der „Führer“ werde, käme er an das Staatsruder, Arbeit schaffen. Hitler gab sich selbst als einstiger Arbeiter „auf dem Bau“ in Wien aus und erklärte, er kenne das Los der Erwerbslosen aus eigener Erfahrung. Er wurde auf Plakaten der Partei als ein Baumeister präsentiert, der gleichsam schon von Berufswegen der geeignete Mann sei, etwas zu verändern. Dieses Versprechen verfing zwar nicht bei kommunistisch oder sozialdemokratisch orientierten und auch nicht bei anderen politisch gebildeten Proletariern, wohl aber in deren rückständigsten Kreisen, zumal die schnellste Abhilfe angekündigt wurde.

Propagandaschlager

Als die Faschisten in einer Koalition an die Macht kamen, war ihnen bewusst, dass sie an nichts mehr gemessen werden würden als an der Einhaltung ihres Versprechens. Die erste Maßnahme der Arbeitsbeschaffung, wenn sie auch als solche nicht deklariert wurde und vor allem politische Ziele verfolgte, war die „Entfernung“ von vor allem jüdischer und politisch missliebiger Beamter von ihren Arbeitsplätzen. Das geschah durch das Gesetz mit dem demagogischen Titel „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Es betraf jüdische Deutsche in staatlichen Stellen von den Ministerien bis in die kleinste Kommune und machte Arbeitsplätze für andere Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Apotheker, Schauspieler, Musiker, Bühnenarbeiter frei. Dies zwar nur in geringer Zahl und auch kaum für Arbeiter. An letztere adressiert wurde die erste sogenannte Arbeitsschlacht ausgerufen, der 1934 die zweite folgte. Zum Frühlingsanfang, am 21. März 1934, wurde sie von Propagandaminister Joseph Goebbels mit einer Rundfunkansprache eröffnet. Er beteuerte erneut, die Regierung kenne kein höheres Ziel, als allen wieder „Arbeit und Brot“ zu geben. Für zwei Millionen Volksgenossen sei das schon gelungen. Er lobte Staat und Unternehmer für ihre dafür unternommenen Anstrengungen und nannte „Spaten und Spitzhacke“ die „edlen Waffen des Friedens“.[1]

Zum Propagandaschlager der Arbeitsbeschaffung schlechthin war schon im Jahresverlauf 1933 der Bau von „Reichsautobahnen“ – die bald „Straßen des Führers“ hießen – erhoben worden. Sie schienen geradezu die Idee und Erfindung Hitlers zu sein. In Wahrheit war mit dem Bau besonderer Verkehrswege für Automobile schon lange zuvor begonnen worden. Dazu gehörte die allerdings für verschiedene Versuchszwecke bestimmte und später als Rennstrecke berühmt gewordene AVUS, eine Abkürzung von Automobil-Verkehrs- und Übungs-Straße. Sie war 1921 eröffnet worden. In den Jahren der Weimarer Republik wurden weitere Pläne für den Autostraßenbau entworfen und seit 1928 erschien auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt das Fachblatt Die Autobahn. Die viel geschmähte Republik hinterließ Erfahrungen im Bau besonderer, nur für den Autoverkehr bestimmter Straßen und entsprechender Pläne.

---

1 Joseph Goebbels, Rundfunkansprache zur Eröffnung der „zweiten Arbeitsschlacht“ am Jahrestag des „Tages von Potsdam“, 21. März 1934.

Schon am 27. Juni 1933 konnte daher ein Gesetz über die Errichtung eines staatlichen Unternehmens „Reichsautobahnen“ vom Kabinett beschlossen werden. Es sprach das Monopol für den Bau dieser Verkehrswege dem Staat zu. Artikel 2 besagte: „Die Kraftfahrbahnen sind öffentliche Wege und ausschließlich für den allgemeinen Verkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt.“ Kurz darauf wurde ein bald Generalinspekteur benannter Leiter des Vorhabens bestellt. Die Wahl fiel auf den Ingenieur Fritz Todt, einen „alten Kämpfer“, der 1922 Mitglied der NSDAP geworden war.

Den Auftakt für diesen Straßenbau unterm Hakenkreuz bildete mit gewaltigen Reklameaufwand eine Kundgebung am 23. September 1933. Dabei fassten in Frankfurt am Main Arbeiter ihre Schanzgeräte und marschierten, militärisch ausgerichtet, zu ihrer ersten Baustelle. Dort, an einem Abschnitt zwischen Frankfurt und Darmstadt, erschien sodann Hitler zum „ersten Spatenstich“. Die Fotografie, die ihn dabei zeigte, wurde wieder und wieder, auch auf Plakaten, verbreitet. Die Teilstrecke konnte knapp zwei Jahre später, am 19. Mai 1935, eingeweiht werden. Und wieder ließ sich Hitler die Gelegenheit zu einem Auftritt nicht entgehen. Er eröffnete den Verkehr an der Spitze eines langen Autokorsos, bestehend aus Mercedes-Staatskarossen. Dieser Abschnitt erlangte später einen gewissen Bekanntheitsgrad weit über die verschwindende Minderheit privater deutscher Autofahrer hinaus. Auf ihm verunglückte der zu einem Sportidol und Repräsentanten des „nationalsozialistischen“ Deutschland stilisierte Rennfahrer Bernd Rosemeyer bei einer Fahrt mit 492 Kilometern pro Stunde tödlich. Hitler, der auch darin eine Möglichkeit zur Steigerung seiner Popularität erblickte, hielt die Trauerrede, in der er den Toten den „allerbesten und mutigsten der Pioniere der Weltgeltung der deutschen Motoren- und Automobilfabrikation“ nannte. 1938 erschien der „Führer“ auch zum symbolischen ersten Spatenstich, als der Autobahnbau in das zur „Ostmark“ gewordene Österreich ausgeweitet wurde.

Schon im Oktober 1934 befanden sich weitere Streckenabschnitte der Autobahn zwischen Frankfurt und Heidelberg, Duisburg und Dortmund, Duisburg und Köln, München und Salzburg, Dresden und Zwickau, Hamburg und Lübeck, Berlin und Stettin sowie Elbing und Königsberg im Bau. 1935, als für männliche Jugendliche der sogenannte Reichsarbeitsdienst obligatorisch eingeführt wurde, mussten sich auch diese an den Arbeiten beteiligen. Feierliche Zeremonien begleiteten den Bau in all den Jahren: 1936 war der 1.000., 1937 der 2.000. und 1938 der 3.000. Kilometer Betonpiste befahrbar. War ein Teilstück für den Verkehr freigegeben, wurden als erste die Arbeiter über die Trasse gefahren, die von Lastwagen ihre zum Hitlergruß erhobenen Arme hin zu Fotoapparaten und in Filmkameras reckten.

Weitere Strecken

Nach dem „Anschluss“ Österreichs und der „Inbesitznahme“ des Sudetenlandes 1938 hatte da wie dort der Bau weiterer Streckenabschnitte begonnen. Im Jahr 1939 waren noch weitere 237 Kilometer fertiggestellt worden. In den beiden ersten Kriegsjahren wurden zwangsweise auch Juden und dann Kriegsgefangene bei den Bauarbeiten eingesetzt. Bevor jedoch der 4000. Kilometer erreicht war, wurde das Unterfangen an der Jahreswende 1941/1942 aufgegeben. Planungen für weitere Tausende von Kilometern blieben auf dem Papier. Während des Krieges dienten die Autobahnen der raschen Verlegung von Truppeneinheiten, aber blieb für letztere die Eisenbahn das hauptsächliche Transportmittel. Da die Betonwege wegen der Einberufungen zur Wehrmacht und der Benzinrationierung für Private wenig befahren wurden, erfolgte ihre Freigabe zur Benutzung durch Radfahrer im Jahre 1943. Noch später wurden sie partiell als Start- und Landebahnen für Kriegsflugzeuge genutzt.

Beim Stand, den die Straßenbautechnik in den dreißiger Jahren erreicht hatte, wurde für das Vorhaben zwar eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften mobilisiert und zum Teil zwangsverpflichtet, doch die Arbeitslosigkeit ließ sich dadurch nicht entscheidend reduzieren. 1933 hatte man mit 700 Arbeitern begonnen, während der gesamten Zeit waren nicht mehr als maximal 120.000 Menschen an ihm beteiligt. Dazu kam die etwa gleiche Zahl, die in Zulieferbetrieben (Zementwerken, Kiesgruben, Stahlwerken u. a.) beschäftigt wurde. Die Bedeutung des Autobahnbaus für den wirtschaftlichen Aufschwung übertrieb die mit ihm einhergehende Propaganda maßlos. Die Arbeiten wurden in Zeitungen und illustrierten Zeitschriften, auf Postkarten, Briefmarken und in Bildbänden gefeiert. Auch wurden

sie in Dokumentar- und selbst in Spielfilmen dargestellt. Schriftsteller nahmen sie in Handlungen ihrer Romane auf, Lyriker rühmten sie in Versen. Niemand war dabei hemmungsloser als der Österreicher Josef Weinheber in einer „Ode an die Straßen Adolf Hitlers“.[2]

Immer länger las sich die Reihe der Bezeichnungen, die für die Verkehrswege erfunden wurden: Straßen in das Reich, der Reichseinheit, der Freude, der Schönheit, in eine helle Zukunft, in das nächste Jahrtausend, in die Ewigkeit. Die „Reichsautobahnen“ wurden zum Sinnbild für die Dauer des „Dritten Reiches“ stilisiert, zum Zeichen eines in ihm herrschenden Tempos und Rhythmus verklärt. Sie wurden zum Denkmal der Zeit und des Volkes erhoben und mit den Straßen des alten Rom, der Chinesischen Mauer, den ägyptischen Pyramiden und der Akropolis Athens gleichgesetzt. Auch Todt, der Generalinspekteur, der später zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition aufstieg (er kam 1942 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, da war der Autobahnbau schon ein Opfer des Krieges geworden), griff zu irrationaler Deutung. Er behauptete eine „Neigung des nordischen Menschen zur Überwindung des Raumes“.

Personenkult um Hitler

Nahezu jeder Aktion bei dieser Propaganda ging mit der Heraushebung Hitlers einher, der ungeachtet der Vorbilder und gleichartiger Unternehmen in anderen Staaten unablässig als Erfinder des modernen Verkehrsstranges präsentiert wurde. Vor Arbeitern eines Autobahnlagers an der Strecke Bayreuth – Nürnberg sagte Todt anlässlich einer Veranstaltung Ende 1935 rückblickend: „Wir an den Straßen des Führers sind die ersten, die wieder Arbeit bekommen haben, denn unser Straßenbau war das erste große Werk, das der Führer in Angriff genommen hat, und wir sind stolz, für den Führer, für Deutschland, für unsere Zukunft diese Straßen bauen zu können, um die uns heute schon die ganze Welt beneidet.“ Einen Höhepunkt des Personenkults um Hitler – und dessen Selbstdarstellung bedienend – bildeten die Werke von Wilfrid Bade. Er war ein – Gedichte und Romane produzierender – Mitarbeiter des Reichspropagandaministers und des Reichspressechefs. Von Bade stammt die religiös-pathetischen Wortmalerei: „Er sprach – und sie entstanden, jene endlosen blassgrauen Bänder.“ Die Anleihe bei der biblischen Schöpfungsgeschichte war nicht zu überlesen, in der es heißt: „Gott sprach: Es werde Licht. Und es ward Licht“ (Buch Genesis 1,3).

Es existierte kaum ein Interesse der Machthaber, das sie nicht in der Reklame mit dem Autobahnbau verbunden hätten. Da war das Gefolgschaftsbekenntnis „Vor uns der Führer und wir folgen ihm!“ ebenso vorhanden wie das Bild vom Aufbruch der Deutschen aus schwerer und düsterer Vergangenheit und ihres Zusammenschlusses zur „Volksgemeinschaft“, das ein Hörspiel des Rundfunks 1933 so vermittelte: „Aus hundert Städten und Dörfern, aus hundert Stuben und Kammern sind wir gekommen. Wir haben im Schlamm der Schützengräben gelegen, wir haben in den Hörsälen der Schulen gesessen, wir haben in Fabriken und Werkstätten gestanden, wir haben vor den Stempelstellen gelärmt!“ Was diese Propaganda geflissentlich ausließ, war das harte Leben der Straßenbauer. Jüngere und ältere, von ihren Familien getrennt, verbrachten in baunahen Barackenlagern unter primitiven Umständen eintönige Tage. Gegen solche Bedingungen protestierten sie mitunter mit Arbeitsniederlegungen. Doch vielen war wichtig, dass sie seit Jahren wieder Geld verdienten.

Obwohl kaum einer der „Volksgenossen“, der an diesem Großprojekt beteiligt war, ernsthaft damit rechnen konnte, dass er mit seiner Familie je im eigenen Auto über diese Straßen fahren werde, wurde ihnen gerade das in Aussicht gestellt. Mit einem Volkswagen würden sie durch ein modernes, technisiertes, friedlich-idyllisches Deutschland reisen und dessen Landschaften und Schönheiten kennenlernen und genießen. Mit dieser Verklärung der Arbeit und der Arbeitenden verband sich das namentlich für das Ausland bestimmte Propagandabild vom deutschen Friedenswillen. Die Brücken, die Flüsse und Täler überwanden, schienen davon zu sprechen, dass hierzulande niemand daran dachte, sie eines Tages in einem Kriege ruiniert zu sehen. „Deutschland arbeitet“ lautete eine der Parolen,

---

[2] Eine vorzügliche faktenreiche Darstellung (u. a. mit Gedichttexten) findet sich bei Erhard Schütz: „‚Jene blassgrauen Bänder‘. Die Reichsautobahn in Literatur und anderen Medien des ‚Dritten Reiches‘“. In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 18, Heft 2 (1993); Erhard Schütz und Eckhard Gruber: Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933-1941. Ch Links Verlag, Berlin 1996.

„Arbeit adelt“ eine andere, die Anleihe bei einer Wortwendung nahm, die Detlev von Liliencron zum Titel eines 1887 geschriebenen Dramas gewählt hatte. Den gleichen Titel gab Hedwig Courths-Mahler einem Roman, der 1921 erschien. Doch war der Autobahnbau nur das erste dieser Art von Staatsprojekten.

Nazistaatsprojekte

Gleichzeitig wurden weitere in Angriff genommen, deren Ausführung vor allem einfache Handarbeit von Ungelernten erforderte und die propagandistisch ebenfalls der Selbstdarstellung der Diktatur dienen konnten. Dazu gehörten Deiche an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste, die unter anderem von Arbeitslosen aus Hamburg und Kiel errichtet wurden. Die so gewonnenen landwirtschaftlichen Flächen waren bei einer Gesamtausdehnung von etwa 13 Hektar ohne Bedeutung. Doch eigneten sie sich, um herauszustellen, dass das deutsche Volk, das im Unterschied zu den Kolonialmächten angeblich ohne ausreichenden Lebensraum und hinreichende Ernährungsgrundlage sei, sich auf seine Weise zu helfen wisse. Dazu wurde das Schlussbild aus Goethes „Faust“ aufgerufen, die dem Meere Land abringende glückliche Gemeinschaft. Die eingedeichten Flächen mit den darauf erbauten Ansiedlungen erhielten die Namen „Adolf-Hitler-Koog“ und „Hermann-Göring-Koog“. Der nach dem „Führer“ benannte wurde in dessen Anwesenheit am 29. August 1935 eingeweiht. Nazidichter halfen der Friedensdemagogie auf. Hans Baumanns vertontes Gedicht „Es zittern die morschen Knochen“, das SA und HJ sangen (wegen der Zeile „wenn alles in Scherben fällt“ häufig zitiert), wies in dafür zusätzlich verfassten Versen jeden Verdacht kriegerischer Absicht zurück. Sie bezichtigten „scheltende Alte“ und anonyme „Welten“ von Gegnern der Verfälschung „nationalsozialistischer“ Ziele: „Sie wollen das Lied nicht begreifen, sie denken an Knechtschaft und Krieg, dieweil unsere Äcker reifen [...].“

Tausende Männer, Facharbeiter und Ungelernte, fanden in Baufirmen Arbeit, als sich das Regime repräsentative Gebäude schuf. Auch sie sollten den Eindruck von Aufbruch, Macht und Dauer erwecken. Im Zentrum Berlins wurden ausgedehnte Gebäudekomplexe für die Reichshauptbank am Werderschen Markt, für das Luftfahrt- und das Propagandaministerium in der Wilhelmstraße und für das Innenministerium sowie die Wehrmachtsführung errichtet. Für die NSDAP entstanden in sogenannten Gauhauptstädten repräsentative und weitläufige Verwaltungssitze, so unter der Regie des Reichsstatthalters Fritz Sauckel in Weimar, wo der Geltungssucht ein Stadtpark zum Opfer fiel. Verschiedenste Naziorganisationen ließen sich auf dem platten Land in landschaftlich reizvollen Gegenden Gebäude für Schulungszwecke errichten. Zu den aufwändig gestalteten gehörten die drei zwischen 1934 und 1936 erbauten sogenannten Ordensburgen der NSDAP am Krössinsee in Pommern, Sonthofen im Allgäu und Vogelsang in der Eifel, die für die Heranbildung und den militärischen Drill des Nachwuchses der Partei bestimmt waren.

1938 wurde in der Mitte Berlins der prunkvolle Bau der neuen Reichskanzlei begonnen, die 1939 bereits fertiggestellt und ein Zeugnis des Größenwahns Hitlers war. Der sah den Riesenkomplex nur als eine kurzfristig zu nutzende Residenz an, der nach Deutschlands „Endsieg“ ein der gedachten Weltmacht angemessenes Machtzentrum folgen sollte. Diese Aufwendungen, zu denen auch ein weitläufiger Neubau für Goebbels’ Propagandaministerium gehörte, gingen mit den Rüstungsbauten zu Lasten des Wohnungsbaus. Gemeinsam verschlangen sie die finanziellen Mittel des Staates ebenso wie die begrenzt verfügbaren Rohstoffe. In Berlin lebten Tausende Stadtbewohner weiter in Kellerwohnungen.

Die entscheidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aber bewirkten die Aufrüstung von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine und die Militarisierung der Gesellschaft, die 1933 einsetzte und Jahr für Jahr mit höherem finanziellem, materiellem und personellem Einsatz vorangetrieben wurde. 1937/1938 war die Arbeitslosigkeit faktisch beseitigt, und die Arbeitsämter hatten von da an vor allem zu kontrollieren, dass genug Beschäftigte in die für Rüstungszwecke wichtigen Betriebe gelangten und dort verblieben. Ungeachtet der erkennbaren Zwecke ihres Einsatzes waren Millionen Deutsche froh, dass sie feste Arbeitsplätze, Löhne oder Einkommen hatten, wenn diese auch bis zum Kriegsbeginn die Höhe des Jahres 1929 nicht wieder erreichten. Sozialdemokratische Arbeiter, die

die Leitung ihrer Partei im Ausland über die Zustände im Reich und die Stimmungen der „Volksgenossen“ unterrichteten, beschrieben in ihren Mitteilungen auch ihre politischen Gespräche mit Arbeitskollegen. Die würden ihnen in der Kritik an vielen Maßnahmen des Regimes zustimmen, jedoch mündeten die Unterhaltungen immer wieder in der Bemerkung: „[...] aber sie haben Arbeit geschaffen“. Gedanken und Urteile waren auf das Heute gerichtet und Unruhe über die erkennbare Hochrüstung wurde in der Hoffnung erstickt, dass ja nichts so heiß gegessen würde, wie es gekocht werde. Hitler versicherte „dem deutschen Volk“ und der Welt derweil wieder und wieder, dass er den Frieden liebe, wolle und halten werde, wenn nur die anderen ...

junge Welt, Montag, 23.09.2013, S. 10.

Illustrer Verein

Geschichtliche Feinkost statt des Einheitsbreis: Manfred Wichmanns Band über Waldemar Pabst und die „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“

Der Verein, der Gegenstand eines Forschungsunternehmens wurde, das den Autor unter der Doktorvaterschaft von Wolfgang Wippermann zur Promotion führte, bildete eine Randerscheinung der deutschen Gesellschaft. Es ließe sich fragen, ob er überhaupt von solcher Bedeutung war, die so viel Aufmerksamkeit, Arbeitszeit, Einfallsreichtum des Fragens und Forscherfleiß verdiente. Selbst ein Urteil über die politische Wirkung, welche die „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“, die wenig mehr als zwei Jahre existierte und von deren Gründung und Ende selbst politisch hochinteressierte Zeitgenossen nur dürftige Nachrichten erhielten, ist schwer zu gewinnen. Es sind wohl drei Tatsachen, die dieser Gesellschaft wiederholt die Aufmerksamkeit von Historikern eintrugen. Erstens spielte sie ihre wie immer zu bemessende Rolle in dramatischen Jahren deutscher Geschichte. Bei ihrer Gründung schrieb man den Dezember 1931, als sie sanft entschlief, endete das Jahr 1933. Zweitens ging ihre Entstehung auf den politischen Ehrgeiz eines Mannes zurück, der sich als Anführer jener militärischen Einheit der Konterrevolution einen Namen gemacht hatte, auf deren Konto die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen – Waldemar Pabst. Drittens wies die Gesellschaft, deren Mitgliederzahl ihr Statut auf 100 begrenzte, eine Zusammensetzung auf, die ein Spektrum der Totengräber der Weimarer Republik ergibt.

Vorbild Italien

Hauptmann Pabst, der sich einer Verhaftung in der deutschen Republik durch die Flucht nach Österreich entzogen hatte, konnte 1931 ins Reich zurückkehren. Da tat er mit hochfliegenden Plänen, die ihn gar ein Angebot Adolf Hitlers ausschlagen ließen, in dessen Führungsmannschaft einzutreten, was ihm vermutlich eine lange Karriere gesichert hätte. Pabst trug sich mit der Idee, eine „weiße Internationale“ der „roten“ entgegenzusetzen und mit ihr ein Leitungszentrum für alle Bestrebungen in Europa zu schaffen, die auf einen faschistischen Kontinent zielten. Italien galt ihm dabei als Vorreiter und Modell. Das war nicht das Projekt des Führers der NSDAP, dem eine deutsche Ausgabe einer Diktatur vorschwebte und der bei allen Sympathien für Benito Mussolini darauf bestand, dass deren Wurzeln in Germanien und Preußen und nicht im „alten Rom“ liegen müssten.

Pabst kam bald dahinter, dass sein Vorhaben etwas groß geraten war, blieb aber bei seiner Vorliebe für das italienische Vorbild. Wenn er auch betonte, dass das künftige Deutschland nicht dessen Klischee sein werde, so sollten doch die Erfahrungen studiert werden, welche die italienische Gegenrevolution gesammelt hatte. Im Vordergrund stand folglich die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Zustände Deutschlands nach der Beseitigung der Republik, nicht so sehr der praktische Weg dahin. Auf dem würde die von Hitler geführte und geprägte Bewegung eine Rolle spielen, doch die – meinte Pabst – bedürfe der Beratung, namentlich auf dem Felde der Wirtschaft, zumal auf ihm auch Irrwege verhindert werden müssten. Derartige Vorarbeit sollte seine Gesellschaft liefern. In dieser Rollenvorstellung drückte sich die Befürchtung, ja auch das Misstrauen aus, das in Kreisen der Großbourgeoisie hinsichtlich des innenpolitischen Kurses einer regierenden NSDAP anzutreffen war. Doch Pabst unterschätzte die Fähigkeit der NSDAP-Führung, sich aus eben diesen Kreisen selbst und ohne Vermittlung Ratschläge zu holen.

Pabst hätte sein Projekt wohl nicht voranbringen können, hätte er nicht in „Seiner königlichen Hoheit“ Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha einen zahlungskräftigen Förderer gefunden, der auch den Vorsitz der Gesellschaft erhielt. Sie war nicht das erste republikfeindliche Unternehmen, dem der seine materielle Unterstützung zukommen ließ. Der Blaublütige und seinesgleichen verfügten über genug Mittel, denn sie waren nach der Niederlage der Revolution ihrer entschädigungslosen Enteignung entgangen.

Die Tätigkeit der Gesellschaft bestand, darin dürfte ihre Hauptfunktion gelegen haben, in einer Selbstverständigung ihrer Mitglieder, die auch in vielen anderen Zusammenschlüssen aktiv waren, über das künftige Deutschland. In ihm wollten sie ihre Interessen und Ziele uneingeschränkt und in höherem

Tempo als in der Republik, die ihnen zunächst als Zufluchtsort gedient hatte, verwirklichen. Zu diesem Zweck wurden intern debattierende Zirkel gebildet und öffentliche Vorträge organisiert, die Mitglieder und Gäste, Kenner der italienischen Zustände zumal, hielten und hörten.

Konkurrenten

Indessen wurde das Projekt durch die geschichtliche Entwicklung überrollt. Hitler gelangte rascher in die Reichskanzlei als von Pabst vorhergesehen und hatte nicht die Absicht, sich von dieser Gesellschaft beraten zu lassen. In der hatte ein erheblicher Teil Deutschnationaler und anderer extrem rechter Personen zusammengefunden hatten, die Hitler, wenn nicht als Widersacher, so doch als Konkurrenten ansah. Die kurze Ministerrolle des Alfred Hugenberg und die etwas längere, bedeutungsarme Franz von Papens veranschaulichten, was der „Führer“ von diesen Beratern und ihrer, ihn gegenüber seinen gläubigen Anhängern diskreditierenden Gesellschaft dachte. Auf sie konnte er verzichten und diese Haltung bedeutete auch das Aus für Pabsts Unternehmen.

Dessen Mitglieder- und Fördererbestand bröckelte zudem nach dem 30. Januar 1933 rasch. Immer mehr erkannten, dass ihre Karrieren sich nur dann fördern und sichern ließen, wenn sie sich dem Regime und den faschistischen Organisationen im Umfeld der NSDAP anschlossen und sich in staatlichen Gremien der Diktatur fest etablierten. Die Mitglieder der Gesellschaft besaßen im Umgang mit der Macht meist genügend Erfahrung, um zu wissen, dass man im „Dritten Reich“ zur Verteilung der Posten angesichts des Andrangs nicht zu spät kommen durfte.

Diese Geschichte der Gesellschaft hat Manfred Wichmann in „Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931-1934“, so trocken die Materie doch über Strecken ist, anschaulich, von einigen überflüssigen Wiederholungen abgesehen, dargestellt. Eine Perle seiner Arbeit ist die Rekonstruktion des Mitgliederverzeichnisses und der Liste der so genannten Studienmitglieder. Da finden sich Politiker, Diplomaten, Beamte, kaiserliche Militärs vom General und Admiral bis zum Leutnant, Juristen, Hochschulprofessoren, Journalisten, Verleger, Bankiers und Unternehmer, Rittergutsbesitzer und Grafen, Freiherrn und Barone. Wer die Reihen durchmustert, stößt auf bekannte Namen wie die von Hjalmar Schacht, des Bankiers Fritz Reinhardt, des Großindustriellen Fritz Thyssen, des Reichswehrgenerals a. D. Otto von Stülpnagel, der gerade als Geschäftsführer in die reaktionäre großbürgerliche Presse gewechselt war, auf Wilhelm von Preußen, den einstigen Kronprinzen. Die Liste dokumentiert zweierlei. Zwischen den Spitzen der NSDAP und den elitären republikfeindlichen Gruppen existierten politische Stränge und die in der „besseren Gesellschaft“ üblichen Kontakte, lange bevor sich deren Angehörige in der Diktatur einzurichten hatten. In dieser illustren Gesellschaft bewegten sich als ihre Mitglieder die Naziführer Hermann Göring, Hans Frank, Walther Funk, Wilhelm Kube und Hans Hinkel. Und anhand dieser Liste wird deutlich, wie lächerlich die auch anlässlich des 80. Jahrestages der Aufrichtung der faschistischen Diktatur wieder gebotenen Erzählungen sind, die dafür ein halbes Dutzend Personen verantwortlich machen wollen: die beiden Hindenburg, Franz von Papen, den Bankier Kurt von Schröder, Alfred Hugenberg und Hindenburgs Staatssekretär Otto Meissner. So ist das vorliegende auch ein Buch gegen geschichtliche Mangelernährung. Gratulation dem Autor und dem Verleger.

Manfred Wichmann: Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931-1934. Edition Organon, Berlin 2013, 276 S., 24,00 Euro.

junge Welt, Montag, 07.10.2013, S. 15.

Die Völkerschlacht

Vor 200 Jahren: Die Niederlage Napoleons bei Leipzig entschied den Befreiungskrieg, der zur Geburtsstunde des deutschen Nationalismus wurde

Wer den elektronischen Katalog der Berliner Staatsbibliothek mit der Eingabe „Völkerschlacht Leipzig“ befragt, erhält 72 Angebote. Zu den ältesten gehört ein Gedicht auf die Schlacht aus dem Jahre 1813. Das Jüngste ist der Roman „Löwenstadt“ von Erich Loest. Dazwischen findet sich eine Vielzahl von Publikationen, in denen der Verlauf der Schlacht oder einzelne ihrer Episoden geschildert werden. Das soll hier nicht erneut geschehen.

Krieg mimen

Dieser Tage wird in Leipzig die Völkerschlacht nachgespielt, bei der zwischen dem 16. und dem 19. Oktober 1813 – geschätzt – 100.000 Soldaten umkamen. Dazu kleiden sich Männer in bunte Uniformen, die jenen der Kriegsteilnehmer von einst „nachempfunden“ sind, benutzen altertümliche Handwaffen, feuern aus ebensolchen Kanonen, fechten zu Pferd. Das historische Gelände, auf dem all das stattfindet, verwandelt sich in eine Bühne für Laiendarsteller, die nach sorgfältiger Regie oder eigenem Gutdünken agieren: Vordringen, zurückweichen oder auch getroffen zu Boden stürzen. Diesmal, am 200. Jahrestag des historischen Geschehens, wird, so ist anzunehmen, das Getümmel noch wilder. Es hatten sich seit Monaten schon 5000 Darsteller angemeldet. Das stellte die Veranstalter vor große logistische Aufgaben, und so hatten sie sogar ein Pferdelager einzurichten.

Bereits 2012 hatte es eine Generalprobe gegeben, zu der sich eine kleinere, aber doch auch eine vierstellige Zahl an Mimen eingefunden hatte. Eine Reporterin befragte zwei von ihnen – einen aus Polen und einen aus Frankreich –, warum sie derlei veranstalteten und was sie dazu und dabei bewege. Die Antworten der beiden waren nahezu gleich: Sie seien stolz, befriedigt, ja glücklich darüber, dass heute zwischen den Europäern, anders als zwei Jahrhunderte zuvor, friedliche Zustände herrschten. Merkwürdig, dass sie dieses Empfinden dadurch ausdrücken, dass sie sich, von einer imaginären Kugel getroffen, in den Dreck fallen lassen und verwundet oder mausetot spielen. Da die Journalistin freundlich war, hat sie die beiden nicht in Verlegenheit gebracht mit der Nachfrage, ob sie ihrer Freude nicht vielleicht andere Ausdrucksformen geben könnten.

Manche meinen, diese – Krieg mimenden – Männer hätten in ihrer Kinderzeit zu wenig Räuber und Gendarm gespielt. Das kann sein. Fest steht hingegen, dass derlei Spektakel keine deutsche Spezialität ist. Es findet weithin statt: In Polen zur Nachstellung der Schlacht bei Tannenberg/Grunwald im Jahre 1410, in den USA in Erinnerung an die Kämpfe des Bürgerkrieges in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts – nicht jedoch an den Atombombenabwurf von 1945.

Weniger spektakuläre Formen der Erinnerung bieten seit Langem Ausstellungen. Auch sie verzichten meist weder auf gruselige noch auf komisch anmutende Zeugnisse. Die eine Exposition, „Helden nach Maß – 200 Jahre Völkerschlacht“, ist derzeit in Leipzig zu sehen, die andere, für die sich die Veranstalter den Titel „Blutige Romantik“ ausgedacht hatten, im Militärhistorischen Museum in Dresden. Zu den Dresdener Exponaten gehören Uniformstücke, der Schädel eines getöteten französischen Soldaten, ein Nachttopf mit dem Bild Napoleons, eine eiserne Bratpfanne. Dieses Küchenutensil stammt aus der Kampagne, in der Metall gegen Metall, Gold gegen Eisen getauscht werden sollte. Außerdem gehören dazu Zeugnisse der späteren Vermarktung des Ereignisses, wie Spielzeugteile, mit denen Kinder das 1913 in Leipzig errichtete Denkmal nachbauen konnten. Anspruchsvoller und reicher ist die Ausstellung aus dem Fundus des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Diese wurde, wegen der nicht über Deutschlands Grenzen hinausreichenden Enge der Fragestellung und der Vernachlässigung des Lebens der Bevölkerung in der Besatzungszeit und während des Krieges, scharf kritisiert. Wer weder in Leipzig noch in Dresden, noch in Berlin wohnt und nicht reisen will, kann die dazugehörigen informativen Kataloge erwerben.

Auch in diesem Jahr gehören zum Begleitprogramm rund um den Jahrestag Vorträge und Konferenzen. Deren Teilnehmer gehen wiederum Fragen nach, die schon in früheren Zeiten gestellt wurden. Da wird geforscht, ob und wie aktuelle Geschichtsbilder den tatsächlichen Ereignissen angemessen

sind, sich welche Verzeichnungen zum Zwecke dieses oder jenes Missbrauchs im Umlauf befinden und was uns das unverfälschte Ereignis denn zu sagen hätte.

Zunächst: Die Völkerschlacht bei Leipzig oder eine ähnliche auf deutschem Boden ist nicht denkbar, ohne die Niederlage Napoleons im Jahr zuvor in Russland. Er hatte sie bei dem Versuch erlitten, das Zarenreich gewaltsam unter seine Herrschaft über Europa zu bringen. Ebenso unvorstellbar ist sie ohne den Befehl der russischen Militärführer, nicht an der Grenze des eigenen Landes halt zu machen. Der Entschluss, die Gegner, oder was von ihnen übriggeblieben war, aus Mitteleuropa zu vertreiben, bedeutete, mit der Armee weiter nach Westen, also zunächst auf preußisches Gebiet, vorzudringen. Diese Vorgeschichte, eine Conditio sine qua non, wird in jüngst verbreiteten Darstellungen deutlich marginalisiert. Das Vorgehen ist nicht so sehr auf Unkenntnis, sondern wohl mehr auf die sich auch auf den einstigen Antisowjetismus gründende Russophobie in Teilen der Bundesbürgerschaft zurückzuführen oder trägt dieser zumindest Rechnung.

Mit dem russischen Vordringen auf preußisches Gebiet verbindet sich zudem ein Ereignis, das dem preußischen König Unbehagen und dessen augenblickliche herbe Reaktion verursachte: Der eigenmächtig getroffene Entschluss des Generals Ludwig Yorck – der später der von Wartenburg (und nicht von Tauroggen) hieß – die Fronten zu wechseln, Napoleon die weitere Gefolgschaft zu versagen und den Schritt hin zum preußisch-russischen Zusammengehen gegen den „Franzosenkaiser“ zu tun. Er tat dies im Bewusstsein, keine königliche Billigung zu besitzen und wider seinen obersten Befehlshaber zu handeln.

Das geschah am vorletzten Tag des Jahres 1812 und war gleichzeitig der Beginn des Befreiungskrieges. Dessen militärischen Höhe- und Wendepunkt bildet die Leipziger Schlacht. Yorcks Tat wäre allein Grund genug, sich an die so lange zurückliegenden Geschehnisse zu erinnern. Jedenfalls solange ein deutscher Staat existiert, der eine Armee besitzt, die zu kriegerischen Unternehmen entsandt wird, die Einsätze heißen und die von Generalen kommandiert werden. Jedoch – es sind der Gründe mehr.

Nicht länger Untertanen

Also weg von dem einen Manne, der Rückhalt im Offizierskorps wie in den Mannschaften besaß, hin zu den Massen der Bürger des Königreichs Preußen. Diese litten seit Jahren unter der napoleonischen Besatzung. Außerdem konnte ohne deren Teilnahme dem Treiben schwerlich ein Ende gemacht werden. Diese Masse erfuhr im Jahr 1813 durch König Friedrich Wilhelm III. eine deutlich veränderte Behandlung. Ob die unter dem Druck seiner Berater entstandenen oder auch durch neu gewonnene Einsichten Seiner Majestät selbst bedingt war, soll hier nicht interessieren. Als der Monarch am 17. März 1813 einen Aufruf zum Kampf gegen Napoleon erließ, wurden in dessen Text nicht Untertanen angesprochen, sondern „mein Volk“. Und schon eine Woche zuvor, am 10. März – die Kriegserklärung war noch nicht erfolgt – unterzeichnete der König das Dekret, mit dem der Orden Eisernes Kreuz gestiftet wurde. Es bestimmte zudem, dass ihn jeder Soldat erhalten könne. Das bedeutete eine weitere Neuerung, wurden bis dahin Orden doch einzig an Feldmarschälle, Generale und Offiziere verliehen. Und schließlich, auch dies, bevor die Schlachten entbrannten, ordnete Friedrich Wilhelm III. an, dass der im Kriege umgekommenen (es hieß wie schon davor und bis heute beschönigend: gefallenen) Soldaten auf Tafeln in den Kirchen des Landes ehrend zu gedenken sei. Die drei königlichen Entschlüsse bezeugen ein Gespür dafür, dass die alten Zeiten vorbei waren. Nun musste man darauf bedacht sein, auf neue Weise das Volk nach dem Willen der Herrschenden zu lenken.

Zurück nach Leipzig und in den Herbst des Jahres 1813. Der Grund dafür, dass es in und um die sächsische Handels- und Universitätsstadt zur – bis dahin – größten Schlacht der Weltgeschichte kam, liegt in Plänen und Entschlüssen Napoleons. In Russland gescheitert, hatte er, zurückgekehrt nach Paris, binnen kurzem eine neue Armee formiert. Diese war Kanonenfutter, aus dem kriegsmüden französischen Volk gepresst, und besaß, zusammen mit den Truppenkontingenten aus deutschen und anderen Staaten, bei weitem nicht die Qualität jener, mit der er im Juni 1812 Richtung Moskau aufgebrochen war.

Diese neue Streitmacht war im Frühjahr 1813 nach Sachsen vorgerückt und der französische Kaiser folgte ihr mit dem Plan, die russischen Armeen an der Elbe oder an der Weichsel zu schlagen. So gedachte er in einem zweiten Anlauf nach Russland zu gelangen. Das war – betrachtet man das veränderte Kräfteverhältnis – eine abenteuerliche, ja illusionäre Vorstellung. Die Russen, inzwischen mit den Preußen vertraglich verbündet, verfügten über eine kampfgewohnte Streitmacht, die der französischen auch in der Zahl der Soldaten überlegen war. Die russischen Truppen wurden verstärkt durch die verbündeten Schweden unter dem Oberkommandierenden Jean Bernadotte, eines ehemaligen Generals Napoleons, der später in dem nordeuropäischen Staat als Karl XIV. Johann den Thron bestieg. Zudem war sicher zu erwarten, dass sich dem Bündnis alsbald die Habsburger anschließen würden. Napoleon konnte dieses Kräfteverhältnis nicht ignorieren, glaubte aber, er könne dennoch durch Willensstärke und überlegene Klugheit siegen.

Da die zaristischen Armeen nicht bereit waren, sich wie im Jahre zuvor zunächst zurückzuziehen, sondern sich mit Preußen und Österreichern zum Kampfe stellten, wurde Sachsen zum wichtigsten Schlachtfeld des Befreiungskrieges und blieb es. Zunächst gewann Napoleon mehrere Gefechte. Freilich keine, die den Siegen bei Austerlitz in Mähren, wo er 1805 eine österreichisch-russische Koalition schlug, oder bei Jena und Auerstedt gleichkam, wo er 1806 das preußische Heer vernichtete und jeweils Kriege entschied. Seine Gegner und deren Truppen blieben, wiewohl auf Schlachtfeldern unterlegen, in Takt und kampffähig.

Das bewiesen im August und September 1813 die Kämpfe bei Großbeeren und Dennewitz in Brandenburg, die den französischen Plan zunichtemachten, Berlin erneut zu erobern (siehe jW-Themaseiten vom 23.8.2013). Gleichzeitig siegten die von Gebhard Leberecht von Blücher geführten Truppen am niederschlesischen Flüsschen Katzbach und zwangen die Franzosen zum Rückzug auf sächsisches Gebiet. Napoleon sah sich angesichts der erlittenen Niederlagen bei den Vorstößen nach Norden und Osten und dem Heranrücken der Heere der Verbündeten vor der Entscheidung, seinen Offensivplan aufzugeben und den Rückzug zu befehlen oder sich zum Kampfe zu entschließen und auf eine Schlacht zu hoffen, in der er triumphierend wieder Herr der Gesamtlage würde. Aufgeben war seine Sache nicht, so kam es zur Völkerschlacht, eine Bezeichnung, die sie angesichts des Massenaufgebots der Kämpfenden – insgesamt etwa eine halbe Million – bald danach erhielt.

Deutsche auf beiden Seiten

In deutschen Geschichtsbildern galt die Schlacht als der mächtige Ausdruck und glorreiche Auftakt einer nationalen Erhebung. Letztere habe schließlich alle ihr entgegenstehenden Hindernisse überwunden und 1871 mit einem weiteren militärischen Sieg über Frankreich in den deutschen Nationalstaat (minus Österreich) geführt. Nichts galt dafür mehr als Beweis als Ernst Moritz Arndts „Lieder für Teutsche“. Eines, verfasst 1813, fragte, was denn des Deutschen Vaterland sei. Nur drückte sich darin mehr ein Ruf und Appell aus, denn die Wirklichkeit und das Massenbewusstsein. Am wenigsten kann dafür die Völkerschlacht stehen. Sie fand auf dem Boden Sachsens statt, dessen Herrscher noch immer ein Gefolgsmann Napoleons war. Außerdem standen den russisch-preußisch-österreichischen Truppen sächsische und weitere Kontingente aus den Rheinbundstaaten unter dem Befehl des „Franzosenkaisers“ gegenüber.

In und um Leipzig kämpften also ebenfalls Deutsche gegeneinander. Auch wenn viele davon im Verlauf der Schlacht aus den napoleonischen Reihen in die der Sieger überliefen. Sachsens König Friedrich August I. wurde, Strafe für seinen fehlenden Patriotismus ebenso wie Ausdruck preußischer Begehrlichkeiten auf dessen Territorium, ein Gefangener der Alliierten. Er blieb bis Anfang 1815 in einem komfortablen Gefängnis, das Schloss Friedrichsfelde, das heute Teil des Berliner Tierparks ist.

Erst nach der Schlacht und mit dem Rückzug der französischen Truppen westwärts und über den Rhein suchten und vollzogen die deutschen Herrscher in München, Kassel, Stuttgart und Karlsruhe den Anschluss an die Verbündeten. Nur Bayern hatte das schon Anfang Oktober getan. Dessen Truppen versuchten gar gemeinsam mit österreichischen, den französischen bei Hanau den Weg zum und über den Rhein zu verlegen. Dabei handelten sie sich eine Niederlage ein, verschafften aber ihrem

König ein Argument, das sich bei der bevorstehenden Entscheidung über die Nachkriegswelt ins Feld führen ließ.

Zu den zählebigen Geschichtsbildern von den Ereignissen des Jahres 1813 gehört das vom geschlossen aufstehenden Volk, das zu den Waffen eilte. Zusätzliche Verbreitung erhielt es durch Joseph Goebbels 1943 nach der verlorenen Stalingrad Schlacht, als er tönte: „Nun, Volk, steh auf und Sturm, brich los“. Schon die unterschiedliche Teilnahme deutscher Truppen bei der Schlacht von Leipzig beweist, dass von solcher Massenbewegung zwischen Ostpreußen und Baden nicht die Rede sein kann. Aber unbestritten gab es beim Aufstand gegen die napoleonische Herrschaft in Preußen Enthusiasmus, insbesondere unter der Jugend, und da wiederum unter der studentischen.

Die Entschlossenheit der Kämpfenden und derer, die sie unterstützten, wurzelte nicht zuletzt in den Erfahrungen der Besatzungsjahre, in denen die Eindringlinge vor allem den Bauern, der Mehrheit der Bevölkerung, die Vorratsräume leer gefressen hatten und zusätzlich wüteten, wenn sie da nichts vorfanden. Zornig und hasserfüllt wollten die Beraubten und Gedemütigten die Besatzer außer Landes jagen. Zahlreich waren folglich Preußen auch dem Aufruf gefolgt, den Krieg finanzieren zu helfen („Gold gab ich für Eisen“). Doch mit der zweckvoll von mehreren Regimes in Deutschland verbreiteten Verallgemeinerung wird übertrieben, wenn behauptet wird, dass allerorten jauchzende Kriegsbegeisterung herrschte. Als 1813 die allgemeine Wehrpflicht in Preußen ausgerufen und im Jahr darauf zum Gesetz erhoben wurde, eilten keineswegs alle Männer freudig zu den Waffen. Die Menschen, die vielfach aus eigenen Erfahrungen wussten, was Krieg bedeutete, wollten ein Ende der Schrecken. Und kein Geringerer als Blücher schrieb seiner Frau in einem Kriegsbrief, wie sehr er das Morden satthatte.

Ein Faktor, der Weiterblickenden die Begeisterung für den Kampf gegen Napoleon dämpfte, waren Zweifel, was auf dessen Niederlage in deutschen Landen folgen und ob sich nicht die Restauration gesellschaftlicher und politischer Zustände durchsetzen werde, nach denen es die Mehrheit nicht zurückverlangte. Was würde am Ende wogegen getauscht werden? Einer, der sich und in einem Gespräch dem Jenaer Geschichtsprofessor Heinrich Luden diese Frage stellte, war Johann Wolfgang von Goethe. Zweifel an ihrer Berechtigung waren nach dem endgültigen Sieg über Napoleon nicht nur in Frankreich mit der Rückkehr der Bourbonen beseitigt. Die definitive Antwort gaben der Wiener Kongress und die Karlsbader Beschlüsse. Der Befreiungskrieg, wiewohl er auch dazu erklärt wurde, hatte sich nicht als Freiheitskrieg erwiesen. Nicht alle bedauerten diesen Ausgang: Es gab Jubel, als der sächsische König nach Dresden zurückkehrte, und ebenso in Kassel, wo zu denen, welche die Rückkehr des regierenden Fürsten feierten, auch die Gebrüder Grimm gehörten.

Doch in der Geschichte geht nichts ganz verloren. Das gilt auch für die im Kriege auflebende Hoffnung, die Zustände – und nicht nur die politischen – gründlich zu ändern und die Einheit Deutschlands zu schaffen. Sie wurde und blieb ein Erbe des antinapoleonischen Kampfes, das eine Minderheit antrat.

„Schlagt ihn tot!“

Zu den Hinterlassenschaften der französischen Besatzungszeit und des antinapoleonischen Krieges gehörte ein abgrundtiefer Franzosenhass, die Nachbarn im Westen wurden Erbfeinde genannt. Diesen Hass zu verbreiten und sie zu pflegen, dazu hatten Preußen, Dichter vor allem, in vorderster ideologischer Front beigetragen. Was sie schrieben, das war nicht wie Theodor Körners Gedichte erst im Feuer des Kampfes formuliert worden. Vieles entstand teils schon während der Besatzungsjahre, die auf den Frieden von Tilsit 1807 folgten.

Eine der widerlichsten Äußerungen lieferte Heinrich von Kleist, sie geriet ihm, der 1811 starb und den Krieg so nicht mehr erlebte, zur Ode „Germania an ihre Kinder“. Mit ihr rief er jeden „deutschen Mann“ zu den Waffen, den Tag der Rache beschwörend. Darin heißt es gegen die hier „Franken“ genannten Franzosen: „Alle Triften, alle Stätten / Färbt mit ihren Knochen weiß: / Welchen Rab’ und Fuchs verschmähten, / Gebet ihn den Fischen preis; / Dämmt den Rhein mit ihren Leichen“, woran sich der Chor mit der wohl meist zitierten Passage des Gedichts ausschließt: „Eine Lustjagd, wie

wenn Schützen / Auf die Spur dem Wolfe sitzen! / Schlagt ihn tot! Das Weltgericht / Fragt euch nach den Gründen nicht!“ Der Vergleich des Krieges mit einer lustigen Jagd auf das Getier im Walde wird sich später in Körners Lied „Lützows wilde Jagd“ auf die Lützower und deren Kampf gegen die „fränkischen Schergen“ wiederfinden.

Der deutsche Nationalismus wurde nicht in einer Revolution geboren, sondern in einem Kriege, und diese Lieder und Gedichte gehören zu seinen Geburtsurkunden. Welch ein Abstand zu jenem Vers aus dem französischen Kriegslied, das später zur Nationalhymne, der Marseillaise, wurde. In ihr wird den Soldaten am Tage vor einer Schlacht zugerufen, diejenigen zu schonen, die nicht aus eigenen freien Stücken gegen sie kämpfen.

Damit wären wir bei dem Kapitel, von dem 200 Jahre nach dem Ereignis, hierzulande vor allem die Rede sein könnte. Und das aus dem Bewusstsein heraus, dass die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wie ähnliche Vorgänge vorher prompt nationalistische Gesinnungen, auch alte Vorurteile aktiviert, wieder belebt oder neue erzeugt hat. Nicht, dass sie den Ausdruck in abgewandelten Forderungen von einst fänden und es statt „Nach Paris“ nun „Nach Athen“ heißen würde. Doch es genügen jene Haltung, die einen zweiten Platz der Deutschen, und sei es in einem Fußballstation, bereits für eine demütigende Niederlage hält, und mehr noch Klischees, wonach die Deutschen fleißig, „die Anderen“ faul seien, wonach „wir“ zahlen und „die anderen“ kassieren, um gegen nationalen Hochmut mobil zu machen. Und dass Nationalismus nie ein deutsches Monopol war und er auch heute weithin jenseits der Grenzen anzutreffen ist, kann keine Rechtfertigung für die heimische Ausgabe sein. Aber eine Herausforderung zu gemeinsamer internationaler Anstrengung. Das wäre doch eine Alternative zu dem alljährlichen Kriegsrummel in Leipzig.

junge Welt, Mittwoch, 16.10.2013, S. 10.

Schlafwandlerisch in den Krieg?

Christopher Clarks missglückte Geschichte des Ersten Weltkrieges.

Jahrestage werfen ihre Bücher voraus. So auch der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges. Vorgestellt wurde jüngst in Berlin, Leipzig und im TV-Talk ein Buch, das der Verlag mit den Worten anpreist, es stelle infrage, „was bisher als Konsens unter Historikern galt, dass Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges trägt“. Sein Autor ist der australische, in England lebende und lehrende Historiker Christopher Clark, der u. a. mit einer Biografie Kaiser Wilhelms II. hervorgetreten ist. Sein neues Werk erschien im Original unter dem Titel „The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914“. Den übernahm die deutsche Ausgabe. Mit Somnambulismus bekommt demnach zu tun, wer sich in die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges vertieft. Nach Auskunft von Neurologen wird bei Schlafwandlern aggressives Verhalten nur selten angetroffen. Davon aber kann bei den Akteuren, die in diesem Buch vorgestellt werden, freilich die Rede nicht durchweg sein.

Clarks Buch ist schon nach seinem Erscheinen in London in der deutschen Presse begrüßt worden, so von dem Historiker Gerd Krumeich, der bis zu seiner Emeritierung an der Universität Düsseldorf lehrte. Seiner Meinung nach ist die von Fritz Fischer in den 1960er Jahren verfochtene These, wonach Deutschland „aus verantwortungslosen Weltmachtambitionen diesen Krieg gezielt vorbereitet habe“, hierzulande noch viel zu lebendig. Er freut sich vorsichtig, dass man mit Clarks Untersuchung nun wohl „tatsächlich Abschied nehmen kann von der – so lange quasi sakrosankten – These, dass in erster Linie die Weltmachtambitionen Deutschlands Europa in den Abgrund gestoßen hätten“.

Clark fragt, ob es überhaupt nötig sei, die Frage nach der Kriegsschuld eines einzelnen oder mehrerer Staaten zu stellen. Er warnt vor Irrwegen, die dadurch beschritten werden können. Indes, die Frage nach kollektiver oder individueller Verantwortung oder Schuld wird nicht von Historikern in die Geschichte hineingetragen. Menschen sind für den Verlauf historischer Prozesse selbst verantwortlich und können vor allem an der Spitze von Staaten oder als deren willige Instrumente schuldig werden. Doch ohne die Frage nach Verantwortung und Schuld versinken alle Kriege, auch die aktuellen, hinter einem nebulösen Schleier. Clark bekennt offen, dass ihn das Warum weniger interessiert habe als das Wie.

Der Autor hat durchaus Neues zu bieten. Er hat sich durch Berge von Akten gearbeitet, sich in Archiven in Moskau, London, Berlin, Rom und Belgrad umgetan. Sein Buch bewegt sich in der wohltuenden Erzähltradition britischer Geschichtsschreiber, von akademischem Stuck unbelastet und dadurch auch für Laien ansprechend. Da dicht beschriebene politische Geschehnisse mit der Schilderung, wie beispielsweise Schriftsteller die Nachricht vom Kriegsbeginn aufnahmen, wechseln, werden dem Leser gleichsam Pausen zum Luftholen gelassen.

Die Personage im Buch bilden gekrönte und ungekrönte Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Minister, Staatssekretäre und Diplomaten, Militärs, Militärattachés und insbesondere Generalstäbler. Die sortiert der Autor quellengestützt zu den „Falken“ oder „Tauben“, Zweiflern und Schwankenden. Akribisch wird rekonstruiert, wer was gesehen, erkannt und gedacht und wem gesagt oder pflichtgemäß gemeldet hat. Wem was absichtsvoll verschwiegen und welche Entscheidung getroffen oder welche vermieden wurde. Erörtert wird ebenso, was in dieser oder jener Lage besser oder zweckdienlicher gewesen wäre. Die Entschlüsselung von Verhaltensweisen der Akteure führt zu vielen anregenden individual- und gruppenpsychologischen Porträts. So entsteht ein Bild jener, die „Geschichte gemacht“ haben. Doch tun Menschen das bekanntlich nicht aus „freien Stücken“. Und darauf kommt die Rede kaum. So plätschert die Darstellung des Geschehens im Spiegel diplomatischer Papiere, von Sitzungsprotokollen, Notizen nach offiziellen und privaten Gesprächen, Tagebucheintragungen und Erinnerungen dahin.

Schwerer wiegt indessen, dass Clark die Vorgeschichte des Weltkrieges 1911 mit Italiens Eroberung der libyschen Wüste beginnen lässt, wodurch die Morschheit des Osmanischen Reiches auch für die unterdrückten Balkanvölker ermutigend zutage getreten sei. Nun wird keine Weltkriegsforschung altersschwächelnde Vielvölkergefängnisse und die ihren Bestand verteidigenden Machthaber in Wien

und Konstantinopel außer Acht lassen. Doch geschichtlicher Ausgangspunkt und Kern der sich entwickelnden Widersprüche und wachsenden Konflikte war die Entstehung eines neuen Staates im Zentrum Europas, der rasch eine ökonomische und militärische Großmacht wurde, aber bei der Aufteilung zu spät kam. Gemeint ist das 1871 gegründete Deutsche Reich, das Weltmacht werden wollte und dabei auf Kräfte stieß, die seine Ambitionen einzuhegen oder zu durchkreuzen trachteten. Dies musste in einen Krieg münden, was wiederum nicht heißt, dass er alternativlos war. Clark machte sich auch auf die Spuren jener in Regierungsapparaten, die wider den Krieg sprachen. Dabei geraten allerdings zu viele Personen als friedfertig, denen einzig daran gelegen war, öffentlich nicht als Kriegstreiber und Kriegsschuldige dazustehen.

Clarks Buch demonstriert, wohin Geschichtsanalyse minus Wirtschaftsgeschichte führt. Verwundert reibt sich der Leser die Augen, wenn er erst auf der letzten Seite des Buches die Bemerkung liest, dass es Kräfte gab, die an Kriegsvorbereitung und Krieg verdienten. Wirtschaftliche Eliten erscheinen nur in Nebenbemerkungen, schlicht und dürftig. Gustav Krupp wird einzig als Zeuge dafür zitiert, dass Wilhelm II. versicherte, er werde in der Krise nicht umfallen. Schließlich heißt es generalisierend, die Politiker hätten ihre verhängnisvollen Entscheidungen im Juli und August 1914 weniger unter dem Druck von „Industrie- und Finanzlobbygruppen“ getroffen, sondern unter dem ihrer Gegner in den eigenen Apparaten. So erscheint der Eilmarsch in das Völkermorden als Resultat von Rivalitäten in Gremien, Zirkeln und Cliquen von Politikern und Militärs.

Schade, dass Clark, der die von ihm genutzte Literatur auf 36 Buchseiten ausweist, nicht auf die dreibändige Geschichte „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ gestoßen ist, die Fritz Klein mit Joachim Petzold und Willibald Gutsche und weiteren Mitstreitern verfasst hatte – eines der wenigen Werke aus DDR-Zeit, das nach 1990 eine Wiederauflage erfuhr.

Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. DVA, München 2013. 895 S., geb., 39,99 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. November 2013, S. 25.

Doch was nicht wahr ist, baut keine Brücken

Ein russischer Historiker hat mit einem Rückblick auf die Wehrmacht viel Phantasie bewiesen. Seiner Karriere hat das nicht geschadet

Ein Bürger dieses Landes, nennen wir ihn Max Meier, entdeckte in einer russischen Zeitschrift aus dem Jahre 2002 einen bebilderten Artikel über die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Völkermords 1931-1944“. Die war ab 1995 in vielen deutschen Städten gezeigt worden und hatte Debatten bis in den Bundestag ausgelöst. Verteidiger jenes verlogenen Bildes der Wehrmacht, das sie – im Unterschied zu SS und Waffen-SS – an Verbrechen in den eroberten Ländern Europas unbeteiligt zeigte, hatten ihre letzten Auftritte. Die Gestalter der Ausstellung um das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) und den Historiker Hannes Heer hätten das Bundesverdienstkreuz verdient. Es ist ihnen von den Staatsoberhäuptern Roman Herzog, Johannes Rau, Horst Köhler und Christian Wulff nicht angeboten worden, und darauf, dass der momentane Amtsinhaber das Versäumnis nachholen werde, ist wenig Hoffnung zu setzen.

In einem Artikel, der in der Moskauer Zeitschrift Rodina und der Wochenzeitung Prizyv erschien, kritisierte der Autor ein Versäumnis der Ausstellungsmacher, das er entdeckt zu haben meinte. Sie hätten Massenverbrechen unterschlagen, die Angehörige der Wehrmacht an Sowjetbürgerinnen begingen. Nun ist nicht davon auszugehen, dass Heer und seine Mitstreiter dem Glauben anhingen, dass eine Million Männer sich zur vorgeblichen Beseitigung einer bolschewistisch-jüdischen Bedrohung in ein Land befehlen ließen, dessen Bewohner ihnen als minderwertig dargestellt wurden, ohne Frauen Gewalt anzutun (2010 hat die HIS-Mitarbeiterin Regina Mühlhäuser eine Monographie über „Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion, 1941-1945“ publiziert). Nur erzielte die Ausstellung ihre beabsichtigten Wirkungen damals eben mit Bild- und dazu in geringerer Zahl Textdokumenten, und es ist denkbar, dass die vom Kritiker vermissten zur Verfügung standen.

Ein Teilerfolg

Die Anwürfe dieses promovierten Historikers, der hier Nikita Rubljow genannt werden soll, um ihm keine ungerechtfertigte Popularität zu verschaffen, mobilisierten Max Meier. Er hatte sich zu DDR-Zeiten für deutsch-sowjetische Beziehungen und später für deutsch-russische eingesetzt. Nun las er eine Darstellung des Krieges, von der er meinte, dass sie so wenig wie die Legende von der sauberen Wehrmacht dazu dienen könne, den neuerdings wieder gefährdeten Aufbau friedlicher oder gar freundschaftlicher Beziehungen voranzubringen. Denn die Thesen des Rubljow, die hier im Wortlaut nicht zitiert werden sollen, lauteten: 1. Die Soldaten der Wehrmacht vergewaltigten die Frauen in der Sowjetunion täglich und systematisch massenhaft. In Dörfern geschah das jedem weiblichen Wesen vom Mädchen bis zur Greisin. 2. Die Opfer, vor allem Jüdinnen, wurden gefoltert, verstümmelt, nach einem grausamen Ritual bestialisch hingemordet und die Leichen geschändet. 3. Auf dieses Verhalten seien die deutschen Soldaten vor dem Krieg gegen die UdSSR gedrillt worden. Sie hätten es verinnerlicht und, von Ausnahmen abgesehen, einen Mordinstinkt entwickelt.

Beweise für diese Thesen enthält der Text nicht, Orte der Verbrechen werden nicht benannt, Opfer nicht namhaft gemacht. In späteren Auseinandersetzungen um den Artikel wurde auf Archive in Washington, Jerusalem und Russland verwiesen, ohne dass irgendwelche Bestände und Akten näher genannt worden wären. In dem Artikel selbst erscheint einzig die Behauptung nachprüfbar, zu jeder deutschen Division habe ein Bordell für Offiziere und Soldaten gehört. Worauf sie sich gründet, ist ebenfalls nicht angegeben.

Noch einmal: dem Max Meier ging es zum wenigsten umso etwas wie eine auch nur partielle Ehrenrettung der deutschen Eroberer. Er ist nur der Überzeugung, dass – und da kann er sich auf Goethe berufen –, was nicht wahr ist, auch keine Völkerbrücken baut. Meier wandte sich an Rubljow, ohne eine Antwort zu erhalten. Eine pikante Note erhielt die Geschichte, als Rubljow vom Deutschen Historischen Institut (DHI) in Moskau angestellt wurde, als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Meier fragte sich, ob das der rechte Mann sei, dem Auftrag dieses Instituts zu genügen, und äußerte seine Zweifel

gegenüber dem Direktor. Auch von diesem wurde er mit einer Antwort nicht beehrt. Einen Teilerfolg konnte er sich jedoch zuschreiben. Die Redaktionen der Zeitschrift und der Zeitung nahmen den kritisierten Teil des Artikels aus ihren Internetarchiven, wenn auch nur vorübergehend.

Eine vorgesetzte Dienststelle des DHI in der russischen Hauptstadt ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung, an das sich Meier 2011 wandte, noch zu Zeiten der Frau Doktor Annette Schavan, die bald darauf ihren akademischen Titel verlor. „Der Fall wurde untersucht und damit abgeschlossen“, teilte das Ministerium am 14. September 2011 mit. Meier trug seine Bedenken dem Vorsitzenden eines Beirats des Moskauer Instituts vor; Helmut Altrichter, Experte der Geschichte Osteuropas und Professor an der Uni Nürnberg-Erlangen, auch er blieb dem Wissbegierigen eine Antwort schuldig.

Antwort an den Petenten

Was ließ sich gegen diese Wand noch ausrichten? Zur Gänze erschöpft sah der Hartnäckige seine Möglichkeiten nicht. Es gab noch das Gremium, an das sich jeder Bürger in dieser parlamentarischen Demokratie Beschwerde führend wenden kann – den Petitionsausschuss des Bundestages. Dem stellte Meier die Geschichte seiner Anfragen vor, Ansicht zur Sache erbittend. Der Ausschuss holte Stellungnahmen des Ministeriums und des Moskauer DHI-Direktors Nikolaus Katzer ein (der Historiker und Russist bekleidet das Amt seit 2010). Daraus ergab sich die Antwort an den „Petenten“, die Dinge hätten sich in guter Ordnung befunden, verbunden mit dem Rat, weitere Schritte zu unterlassen. Meier ward gleichsam geraten, sich an die Devise zu halten, dass Ruhe die erste Bürgerpflicht sei.

Welche Argumente der Ministeriellen und des Direktors in Moskau hatten die Absender des Ausschusses sich zu eigen gemacht? Rubljow habe den kritisierten Text, zu dem niemand eine Meinung äußerte, vor seinem Eintritt in das DHI veröffentlicht. Die Sache galt danach als so etwas wie verjährt. Zudem handelte es sich, wie Professor Katzer schrieb, nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, wie schon das Fehlen von Anmerkungen zeige, sondern um eine publizistische Äußerung. Dieses Argument eines Beamten und vormaligen Hochschullehrers an der Uni Hamburg muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Es unterscheidet zwischen dem Wahrheitsanspruch der Wissenschaft und jenem der Publizistik. Mit anderen Worten: In Zeitungen kannst du – gelinde gesagt – deiner Phantasie freien Lauf lassen.

Da hätte Meier nun weiter fragen müssen, ob Katzer als Leiter eines repräsentativen wissenschaftlichen Instituts geeignet sei, doch er hat aufgegeben. Dafür brauchte er keine Rechtfertigung. Er hatte, als die Antwort des Ausschusses bei ihm einging, das 90. Lebensjahr erreicht und ein bewegtes Leben hinter sich. Als junger Nazi folgte er 1941 der Einberufung, wurde Bordfunker, 1943 über dem Kaspischen Meer abgeschossen und in ihm aufgefischt. Aus sechs Jahren Kriegsgefangenschaft kehrte Claus Fritzsche, um einmal seinen Namen zu nennen, mit Kenntnissen der russischen Sprache zurück. In der DDR leistete er auf Dienst- und Urlaubsreisen ins „Bruderland“ seinen Beitrag zu neuen Beziehungen, und aus dem Bestreben, diese durch unverzerrte Blicke in die Geschichte zu fördern, erwuchs jene unglaubliche Geschichte, die aus der Gegenwart des Staates berichtet, der so viel auf seine Bewältigung der Vergangenheit hält.

junge Welt, Montag, 04.11.2013, S. 12.

Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank

Yehuda Bauer: Jüdische Reaktionen auf den Holocaust

Dieses Buch ist nicht die erste Erwiderung auf die vielfach verbreitete These, wonach die europäischen Juden sich zu ihren faschistischen Mördern transportieren ließen „wie die Schafe zur Schlachtbank". Doch es ist die bei weitem kenntnisreichste, von disziplinierter historischer Fantasie geprägte. Verfasst hat sie der 1926 in Prag geborene, den Nazis entkommene Yehuda Bauer, der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrte und Leiter des Zentrums für Holocaust Studien in Yad Vashem war.

Dabei ist des Autors Monografie, die aus einer Serie von Vorträgen im israelischen Rundfunk hervorging, 1983 zuerst auf Hebräisch und 1989 in englischer Sprache gedruckt wurde, an keiner Stelle zu einer lauten Streitschrift missraten – wenngleich der Autor zu Recht fragt, ob an das Verhalten der jüdischen Opfer der faschistischen Vernichtungspolitik nicht andere und höhere Ansprüche gestellt werden als an Millionen andere, die sich ihr ähnlich widerstandslos ergaben – beispielsweise die in Mörderhände gefallenen sowjetischen Kriegsgefangenen, denen besagtes Bild nicht angeheftet wurde.

Chronologisch vorgehend und 1933 einsetzend, prüft Bauer, was die Juden von den Absichten, einzelnen Schritten und jeweiligen, wechselnden Zielen der deutsch-faschistischen Antisemiten wissen oder wenigstens ahnen konnten. Er forscht nach den ihre Urteile irritierenden Vorgängen, untersucht, welche objektiven und subjektiven Voraussetzungen existierten, sich auf die Politik der Machthaber einzustellen und legt dar, welche Rolle traditionelle Organisationen der Juden spielten. Bauer schildert, was Gruppen und einzelne Personen taten oder unterließen, welche Chancen des Widerstands und des Überlebens genutzt, welche ausgelassen wurden. Und er fragt, mit Blick auf die einzelnen Phasen der Judenverfolgung, die in das Massenmorden mündeten, welchen Anteil die unternommenen und die ausgebliebenen Reaktionen des Auslands auf den Verlauf des Geschehens besaßen.

Die Antworten auf diese Fragenkette werden mit einer bis in viele weithin unbekannte Details reichende Analyse der Ereignisse gegeben. So kommt die Emigration, die Fluchten über Grenzen, das Abtauchen in die Illegalität, die gefälschten Identitäten. der Zusammenschluss zu eigenen Partisanengruppen oder der Anschluss an schon existierende, u. a. in Weißrussland, Jugoslawien und Griechenland. Natürlich nehmen der Warschauer Ghettoaufstand 1943 und die Aktionen zur Rettung der letzten großen Gruppe der Verfolgten in Ungarn im folgenden Jahr einen breiteren Raum in diesem Buch ein als andere Ereignisse, Vorkommnisse und Episoden aus dem im Kern unerschöpflichen Geschehen. Gehören doch zu diesem Widerstand auch die mit dem Warenschmuggel befassten namenlosen jüdischen Kinder im Ghetto von Warschau. Denen müsste, schlägt Bauer vor, nicht ein, es müssten ihnen Tausende Denkmäler gesetzt werden.

Differenzierend erörtert der Autor die Frage nach dem Verhalten der nichtjüdischen „Umwelt" und dessen Folgen. Es hätte, lautet eine seiner Thesen, ohne deren Hilfe die Mehrheit der Juden in Belgien, Frankreich, Italien, Dänemark, Norwegen und Bulgarien nicht überleben können. So setzt die Schrift auch einer Anzahl namentlich genannter Helden einen literarischen Gedenkstein. Zu jenen, denen hier gedacht wird, gehören der Geschäftsmann Berthold Storfer, der Schiffstransporte nach Palästina organisierte, der japanische Konsul in Kaunas und der portugiesische Generalkonsul in Bordeaux, die den Juden entgegen den Weisungen ihrer Regierungen Transitvisen ausstellten und danach übrigens jeweils bestraft wurden.

Wiederum anhand konkreter Tatsachen und Verläufe stellt sich Bauer sodann der viel umstrittenen Frage nach der Rolle der Judenräte in und außerhalb von Ghettos, die unterschiedslose Anklagen und Verurteilungen verbieten. Nie standen Menschen vor Entscheidungen wie jene, die von deren Vorsitzenden und Mitgliedern als Folge der unmenschlichen Forderungen der faschistischen Herrscher verlangt wurden. Wie fragt er, wäre das Urteil über den Judenrat im polnischen Łódź, das die Nazis Litzmannstadt tauften, ausgefallen, wenn die sowjetischen Armeen nur Wochen früher in die Stadt gekommen und also einer ungleich größere Zahl von Juden befreit haben würde? Jedenfalls ist das Bild von den reaktionslos dahintrottenden Schafen eine tatsachenwidrige Verallgemeinerung.

Dennoch bleibt die Frage, warum sich vernunftbegabte Menschen als Einzelne und in mehr oder weniger großen Gruppen auch unbezweifelbaren Nachrichten über ein ihnen drohendes Unheil verweigern konnten. Mit der viel zitierten Wendung von der Hoffnung, die zuletzt stirbt, lässt sich die Sache nicht abtun. Yehuda Bauer jedenfalls meint, es sollten sich Historiker und Psychologen des beunruhigenden Themas gemeinsam annehmen.

Yehuda Bauer: Jüdische Reaktionen auf den Holocaust. LIT Verlag, Berlin. 219 S., geb., 29,90 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 8. November 2013, S. 16.

Straßenkämpfe? (3)

In deutschen Städten wohnt und lebt eine Masse Menschen, es dürfte sich um eine wenigstens sechsstellige Zahl handeln, in Straßen und an Plätzen, die nach „Kriegstaten“ und „Kriegshelden“ benannt wurden. Den einen geschah das noch im Kaiserreich, anderen während der Weimarer Republik, dritten zu Zeiten der faschistischen Diktatur. Erinnert wird damit an Orte, an denen preußische und deutsche Armeen Schlachten schlugen, selbstverständlich nur an jene, in denen sie auch siegten. Derlei begann im 19. Jahrhundert, Straßen Berlins erhielten die Namen von Großbeeren und Dennewitz – brandenburgischer Orte, an denen 1813 napoleonische Truppen geschlagen wurden. Andere hießen nach dem schlesischen Flüsschen Katzbach und nach – das war für deutsche Zungen so leicht nicht auszusprechen und ging nicht fehlerfrei aus Schreibfedern – Belle Alliance und Waterloo. Aus dem Krieg gegen Dänemark 1864 bezogen die Düppelstraßen ihre Benennung und aus dem der Preußen gegen Österreich 1866 die vielen, die Königgrätz oder Sadowa oder Nachod heißen. Nach dem deutsch-französischen Krieg erhielten Wohnzeilen in erheblicher Zahl den Namen Sedan, der französischen Stadt, in deren Nähe die Hauptschlacht auf dem Wege nach Paris ausgetragen worden war und der Franzosenkaiser Napoleon III. in deutsche Gefangenschaft geriet. Als der Erste Weltkrieg verloren war, in dem die deutschen Soldaten angeblich im Felde unbesiegt geblieben waren, wurde es mit den Taufen nach Schlachtorten schwieriger und seltener. Jedoch besitzen die Bremer eine Verdun- und die Wiesbadener eine Flandernstraße, Namen, die hunderttausende Opfer der kriegführenden Parteien bezeichnen, jedoch keine deutschen Triumphe. Das tut das ostpreußische Tannenberg, und bis heute sind Straßen beispielsweise in Oberhausen, Gelsenkirchen, Leverkusen, Lübeck, Kirchheim unter Teck entsprechend benannt.

Ungezählt sind die Orte, deren Stadt- und Gemeinderäte nach 1918 beschlossen, Straßen nach Männern zu benennen, die schon während des Krieges als Helden gefeiert worden waren, um die Kriegsstimmung hochzuhalten und junge Burschen zum Nacheifern aufzufordern. Die Taufen dienten der Rechtfertigung und Verklärung des Krieges. Einen Spitzenplatz besetzte ein kaiserlicher Offizier, den die Kriegspropaganda augenblicklich zu einem Helden erhob: Otto Weddigen. Der U-Boot-Kommandant hatte im September 1914 drei alte britische Kreuzer versenkt, wobei 1500 Soldaten den Tod fanden. Hochdekoriert und gefeiert ging der Kapitänleutnant im Jahr darauf mit der gesamten Besatzung von U 29 unter. Darauf setzte ein regelrechter Weddigenkult ein: Reime wurden ihm gewidmet. Sein Konterfei und weitere Abbildungen fanden sich auf Ansichtskarten und selbst auf Bierkrügen. Noch heute tragen Straßen und Plätze in Städten, gelegen in den alten Bundesländern und im einstigen Berlin-West, seinen Namen.

Konkurrenz machten dem Mann im weiteren Kriegsverlauf die Offiziere der Luftwaffe, die damals so noch nicht hieß und Bestandteil des Heeres war. In Berlin-Tempelhof entstand ein ganzes „Fliegerviertel“, getauft auf Max Immelmann, der im Juni 1916 in Frankreich versehentlich von der eigenen Flugabwehr vom Himmel geholt worden war, auf Oswald Boelcke, dessen Leben im Oktober 1916 bei einem Absturz in Frankreich endete, und auf den Freiherrn Manfred von Richthofen, der auf definitiv nicht geklärte Weise ebenfalls über französischem Territorium mit seinem rot gestrichenen Dreidecker ab- und in den Tod stürzte. Nach diesem sofort nach dem Eintreffen der Todesnachricht im Reichstag zum Fliegerkönig und Nationalheros erklärten „Baron“ wurden und sind bis heute Straßen in Augsburg, Regensburg, Münster und vielen weiteren Städten benannt. Zudem bezeichnen die Namen deutscher Fliegerhelden bis auf den Tag Kasernen der Bundeswehr sowie mehrere ihrer Formationen. Dass sie ihre Siege in einem Krieg errungen hatten, der weder nationalen, noch vaterländischen Interessen entsprang, tut nichts zu Sache. Es zählen die versenkten und abgeschossenen Feinde und beim Völkermorden bewiesener Todesmut.

Nun soll den Bewohnern der so benannten Straßen und Plätze nicht nachgesagt werden, sie würden ihre Wohnadressen als eine Hervorhebung oder gar Auszeichnung ansehen. Desinteresse, Gleichgültigkeit, gescheute Kosten einer Umbenennung, dazu Unwissen sind daran beteiligt, dass die Entschlüsse deutscher Nationalisten, Militaristen und Faschisten von einst Bestand haben. Was also tun?

Es würde vorerst genügen, wenn sich das Bewusstsein verbreitet, dass auf diesem Felde etwas zu erledigen ist. Gelegenheiten korrigierenden Handelns bieten sich immer wieder.

Ossietzky, 23/2013, 9.11.2013, S. 830–831.

Jackett statt Braunhemd

Am 10. November 1933, zwei Tage vor der Reichstagswahl und der Abstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund, hält Hitler vor Arbeitern des Berliner Siemenswerkes eine Rede

An der Gewinnung der Millionen Wähler, die der Partei der deutschen Faschisten in den Jahren der Weltwirtschaftskrise gelang – Mitte 1932 waren es 13 Millionen Männer und Frauen – hatte Hitler selbst Anteil. Keine deutsche Großstadt, in der er nicht in einem Kundgebungssaal oder einer Mehrzweckhalle, auf einem Versammlungsplatz oder in einem Stadion gesprochen und für das „Programm“ seiner Partei, ein Bündel von Versprechen für jedermann – die deutschen Juden ausgenommen – Reklame gemacht hätte. Seine Zuhörerschaft war sozial gemischt: Kleinbürger aller Couleur, Angehörige des neuen Mittelstandes, Menschen, die ihre Arbeitsplätze und die Quellen ihres Einkommens schon verloren hatten, und andere, die das befürchten mussten. Dazu gehörte eine zahlenstarke Minderheit, darunter auch Proletarier, die von keiner Arbeiterpartei erreicht wurde und national wie sozial gleichermaßen desorientiert war. Hitler befriedigte die Erwartungen dieses Gemisches von Bürgern, die keinerlei geistige oder emotionale Bindungen an die Republik besaßen. Sie glaubten, dass sie dieser nichts zu danken und von ihr nichts zu bewahren und nichts zu erwarten hätten. Hitler wurde den Massen von seinen NSDAP-Funktionären als „Führer“ aus Not und Elend, ja als Erlöser dargestellt und präsentierte sich in solcher Pose auch selbst.

Spezielles Publikum, beispielsweise in Gaststätten der Dörfer, mied Hitler. Dort wäre er in einem kleinen Kreis von Zuhörern mit deren sozialen Sorgen und den daraus erwachsenden konkreten Fragen, denen sich nicht ausweichen ließ, konfrontiert worden. Doch er machte von diesem Prinzip auch Ausnahmen: Er folgte jenen wenigen Einladungen, die an ihn aus Kreisen der Großbourgeoisie ergingen. Auftritte vor solch exklusiven Zirkeln waren selten, stehen heute aber natürlich dennoch in vielen Geschichtsbüchern. Das gilt zum Beispiel für die Ansprache, die er 1932 vor – vorwiegend – rheinischen Großindustriellen in Düsseldorf gehalten hatte (siehe jW-Thema vom 27.1.2007).

In seinem Element war Hitler jedoch bei Reden vor einer anonymen ihn bewundernden und bejubelnden Masse. Bei Auftritten in Sälen, in denen die Seinen, die uniformiert in ihren Formationen sich jeweils einfindenden „Sturmabteilungen“, zustimmend Lärm machten, Sieg und Heil schrien und in denen die „Kommune“ und „Alljuda“ mit Hassparolen überschüttet und jegliche Störungen gewaltsam unterbunden werden konnten.

Außenpolitischer Affront

Um in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 gleichsam allgegenwärtig zu sein, benutzte Hitler an manchen Tagen das parteieigene Flugzeug, das ihn binnen weniger Stunden von einem zum anderen Versammlungsort transportierte. Das ergab das zusätzliche Reklamebild „Hitler über Deutschland“, waren Flugzeuge doch damals noch bewunderte Verkehrsmittel ganz weniger. Doch die Aussichten der NSDAP, werbend den Arbeiteranteil unter den Mitgliedern und Wählern zu vergrößern, wurden von Hitler skeptisch beurteilt, solange seine Partei in offener Konkurrenz mit Sozialdemokraten und Kommunisten stand. Nach der „Machtergreifung“ werde sich das ändern, hoffte er nicht zu Unrecht. Denn da würde er die Widersacher zum Schweigen gebracht haben.

In Republikzeiten brauchte Hitler keine Einladung zurückzuweisen, in einer Werkhalle oder auf einem Fabrikhof vor Arbeitern zu reden. Auch die Industriellen, die auf seine Partei setzten, richteten diese Forderung nicht an ihn, da sie die politische Haltung und Stimmung in ihren Belegschaften richtig beurteilten.

Nach dem 30. Januar 1933 versprach Hitler, nun Reichskanzler, schon in seiner ersten Rede, er und seine Regierung wollten „den deutschen Arbeiter“ retten. (Der bevorzugte Singular sollte den Eindruck machen, dass dieser Politiker sich um jeden einzelnen Proletarier kümmere.) Dazu brauche er jedoch Zeit. Vier Jahre. Zudem versicherte er mehrfach, er werde, um zur „Volksgemeinschaft“ zu gelangen und den einheitlichen Willen der Nation zu schmieden, unermüdlich um den deutschen Arbeiter kämpfen. So würden dem Vaterland seine verlorenen Söhne, die ihm von den Marxisten ent-

fremdet worden seien, wieder zurückgegeben werden. Mit eigenen Auftritten vor diesen „Verlorenen“ ließ sich Hitler hingegen auch als Reichskanzler Zeit. Zunächst wurden deren Führer in Konzentrationslager verschleppt und deren Organisationen – von den Parteien bis zu den Konsumvereinen – verboten.

Das erste Mal begab sich Hitler am 23. September 1933 zu einer besonderen Gruppe von Arbeitern. Nämlich Männer, die bis dahin meist arbeitslos gewesen waren. Sie waren für den propagandistisch groß aufgezogenen Baubeginn von Reichsautobahnen mobilisiert, in und nahe Frankfurt am Main versammelt und halbmilitärisch formiert worden (siehe jW-Thema vom 23.9.2013). Die Arbeiten wurden nach Plänen, die noch aus der Republik stammten, an der Schnellstraße nach Darmstadt begonnen, von wo sie weiter nach Heidelberg führen sollte. Die Vorstellung hatten hinreichend Journalisten und Fotografen besucht, so dass der „Führer“ fortan in Zeitungen und Filmen, auch auf Plakaten mit Vorliebe immer wieder einen Spaten schwingend gezeigt wurde, was seine Verbundenheit mit den „Arbeitern der Faust“ bezeugen sollte. Zu ihnen hatte er, seinen Erzählungen in „Mein Kampf“ zufolge, ja „auf dem Bau“ in Wien einst selbst gehört. (Merkwürdigerweise meldete sich 1938 kein Arbeiter, der den in Österreichs Metropole triumphierend einziehenden Hitler mit dem Ruf „Hallo, alter Kumpel Adolf“ begrüßte.)

Als der Auftritt Hitlers vor Arbeitern schlechthin wurde dann seine Rede inszeniert, die er am 10. November in der Turbinenhalle des Berliner Siemenswerkes hielt. Nur zwei Tage später waren alle wahlberechtigten Deutschen aufgerufen, in einer Abstimmung den Schritt der Regierung zu billigen, den sie am 19. Oktober bereits gegangen war. In Genf hatte sie offiziell den Austritt aus dem Völkerbund mitgeteilt, dem Deutschlands seit 1925 angehörte (siehe jW-Thema vom 14.10.2013). Der außenpolitische Affront, namentlich gegen Frankreich und Großbritannien gerichtet, kam nicht überraschend, und schärfere Reaktionen mussten nicht erwartet werden. Hitler hatte schon in einer Rede vor dem Reichstag am 17. Mai die Forderung erhoben, die Siegermächte von Versailles müssten entweder ihr festgeschriebenes Abrüstungsversprechen einhalten oder aber Deutschland das Recht zu gleichberechtigter Aufrüstung seiner Armee, der Seekriegsflotte und zum Aufbau einer Luftwaffe einräumen. Mit diesem Ultimatum schob sie die Verantwortung für die Entscheidung, ob Deutschland im Völkerbund verblieb oder ihn verließ, den Siegermächten des Weltkrieges zu und gab sich selbst als abrüstungswillig. Dabei konnte nach den langwierigen, ergebnislosen Abrüstungsverhandlungen in Genf kein Zweifel bestehen, wie die Entscheidungen in London und Paris ausfallen würden. Deren Hinnahme wurde als ein Akt der Unterwerfung dargestellt, deren Missachtung hingegen als Verteidigung, ja besser noch als Wiedergewinnung nationaler Ehre und Würde. Eben diese hätten die schwächlichen Regierungen der Republik widerstandslos preisgegeben. Damit werde nun kühn gebrochen. Diesem Reklamerummel der faschistischen Führung zufolge ging es gar nicht um Panzer, Schlachtschiffe oder Bombenflugzeuge sowie um die Aufwendung riesiger Summen für die Hochrüstung der Streitkräfte, sondern um – die Ehre.

Ohne Proteste

Hitlers Rede im Siemenswerk, vom Rundfunk übertragen, war zugleich ein deutschlandweiter Appell an alle Wähler. Die sollten am 12. November nicht nur den Austritt aus dem Völkerbund billigen, sondern auch den Reichstag neu wählen. Der seit dem 5. März existierende hatte vor allem mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes seine Schuldigkeit getan und bot sich obendrein, nachdem er zunächst um die kommunistischen, im Juni dann auch um die sozialdemokratischen Abgeordneten amputiert worden war, als Ruine dar. Diese „Wahl“ ohne Wahlkampf und Konkurrenten war ein weiterer Schritt zum Aufbau eines Staatswesens, in dem nichts mehr an die Weimarer Republik erinnerte. Konstituiert wurde eine machtlose Versammlung ohne auch nur einen kümmerlichen Rest von Nichtfaschisten. Etabliert wurde ein Dekor, das nicht einmal mehr geeignet war, das diktatorische Regime zu schmücken, sondern es eher bloßstellte.

Für Hitler war der Auftritt im Siemenswerk nach Ort und Zuhörerschaft eine Uraufführung. Er sprach hier vor einem Publikum, von dem sich zweifelsfrei annehmen ließ, dass viele der Versammelten im März eine der beiden Arbeiterparteien gewählt hatten. Das hatte das Ergebnis im Stadtkreis Berlin

deutlich gezeigt. Die Kommunistische Partei erhielt mehr als 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen, das waren absolut die von 383.423 Wählern, und die Sozialdemokratie gewann 22,5 Prozent, was 28.7481 Wählern entsprach. Zusammen ein Resultat, das die 31,2 Prozent der NSDAP weit übertraf. Doch die Veranstalter mussten nicht fürchten, dass in der Werkhalle irgendwelche Äußerungen des Protestes laut werden würden. Dafür sorgten die Erfahrungen, die auch und gerade Arbeiter in Berlin seit März mit dem faschistischen Terror gemacht hatten. Zudem konnte jeder Teilnehmer sicher sein, dass der überschaubaren Szene Spitzeln und Denunzianten beiwohnten. Wer sich da als einzelner oder in einer Gruppe als Antifaschist bemerkbar gemacht hätte, konnte sich unschwer ausrechnen, wo er die nächste Nacht verbringen würde. Es gab nur eine Alternative. Sie bestand darin, dass die Gerufenen geschlossen an ihren Arbeitsplätzen geblieben wären. Doch dafür fehlten in der Belegschaft selbst die Voraussetzungen. Auszuschließen war freilich nicht, dass Hitler hier, anders als er es gewohnt war, eine gedämpfte Stimmung entgegenschlug, die mindestens Distanz spüren ließ.

Die Regie der Veranstaltung lag in Händen des Berliner NSDAP-Gauleiters Joseph Goebbels, der inzwischen auch zum „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“ avanciert war. Nichts wurde für diesen Auftritt Hitlers übersehen, für den er eine für solche Zwecke außergewöhnliche Kostümierung gewählt hatte. Er verzichtete auf das Braunhemd, in dem er sich seinen Gefolgsleuten gewöhnlich zeigte. Und er ließ die Parteiuniform weg, in der er beispielsweise bei seinen Reden in Sitzungen des Reichstages im März und Mai 1933 erschienen war. Ohne alles Kriegs- und Parteiametta kam er in einem schwarzen Jackett, in dem er auch als einer der leitenden Angestellten des „Hauses“ Siemens durchgegangen wäre. Nur das Parteiabzeichen trug er im Knopfloch.

Goebbels eröffnete die Kundgebung. Für Hitler war ein Rednerpult auf einer Kabeltrommel errichtet worden, so dass er allein und hoch über den Zuschauern stand. Sie schauten zu ihm hinauf, und er redete von oben auf sie herab. So pflegten Pfarrer von der Kanzel auf die Gemeinde herab zu predigen, also Gottes Wort zu verkünden. Auch Hitler sah und gab sich – wenn auch in anderer Sache – als ein solcher Künder in der Werkhalle, in der dicht bei dicht die Angehörige der Belegschaft standen. Denn kaum jemand konnte sich unbemerkt der Teilnahme entziehen. Hochfeierlich und mit geschwollener Ausdrucksweise übergab der Propagandaminister Hitler das Wort: „Mein Führer! Das deutsche Volk gelobt Ihnen, in unerschütterlicher Treue in diesem Kampfe hinter Ihnen zu stehen und komme, was kommen mag, die deutsche Ehre, die deutsche gleiche Berechtigung und den Frieden Europas zu verteidigen. Der Führer hat das Wort.“

Verlogene Reklame

Hitler begann mit einer Art Umarmung. Nachdem er sich an alle „Volksgenossen“ gewandt hatte, lautete die Anrede „Meine deutschen Arbeiter“. Dann bot er eine Kurzfassung seines Lebens nach der in „Mein Kampf“ gegebenen Version. Er sei ein Arbeiter und seinen Kameraden auf dem Bau ebenso wie im Schützengraben des Weltkriegs verbunden gewesen und es bis auf den Tag geblieben. Aus Hitlers Munde hörte sich das wörtlich so an: „Ich bin aus euch selbst herausgewachsen, bin einst selbst unter euch gestanden, bin in viereinhalb Jahren Krieg hier mitten unter euch gewesen und habe mich dann durch Fleiß, durch Lernen und – ich kann sagen – durch Hungern langsam emporgearbeitet. In meinem innersten Wesen bin ich immer geblieben, was ich vorher war.“ Allerdings habe er sich von jenen getrennt, die – als Revolutionäre, das Wort kam nicht über seine Lippen – dem Weltkrieg ein definitives Ende gesetzt hatten und, Hitler zufolge, sich „in kritischer Zeit gegen Deutschland wendeten“.

Es ist unwahrscheinlich, dass einer der diese Rede hörenden Arbeiter zu den Lesern von Hitlers „Kampfbuch“ gehörte. Auch die soziale Quacksalberei war ihnen gewiss nicht gegenwärtig, die er darin als große Einsicht aus seiner Wiener Zeit und als Gegenkonzept zum revolutionären Handeln anbot. Zur Besserung der elenden Zustände, in denen er die Arbeiter in der österreichischen Hauptstadt angetroffen hatte, war ihm da „tiefstes soziales Verantwortungsgefühl“ eingefallen. Dieses sollten sich von ihm ungenannte Personen aneignen. Dazu sei die „Niederbrechung unverbesserlicher Auswüchslinge“ notwendig, die er ebenso anonym gelassen hatte. Schließlich müssten die Voraussetzungen für „die Entartung einzelner“, die ebenfalls keinen Namen besaßen, beseitigt werden.

Zurück in die Siemenshalle: Auch in weiteren Passagen der Rede biederte sich Hitler hier bei seinen Zuhörern an. In der Gewissheit, dass ihm niemand widersprechen konnte, log er das Blaue vom Himmel herunter. Er habe die Arbeit, die er jetzt leiste, überhaupt nur im Vertrauen auf die Arbeiter und die Bauern angetreten. Er brauche auf seinem Platz keinen Titel, und mehr, als er sei, könne er ohnehin nicht werden. Er denke nur an die Zukunft, und einst solle ihm nicht mehr nachgesagt werden, als dass „ich anständig und ehrlich mein Programm mich zu verwirklichen bemüht habe“.

Hitler sprach dann von der Reklameversion seines Programms (das wahre hatte er einem ausgewählten Kreis von Generalen Anfang Februar enthüllt, siehe jW-Thema vom 9.2.2013). Er beteuerte erneut, dass er zu dessen Verwirklichung vier Jahre Zeit brauchen werde, seine Gefolgschaft also Geduld. Dann folgten die aktuellen Phrasen über Frieden und Gleichberechtigung, die den gesamten „Wahlkampf“ gekennzeichnet hatten. Indes rühmte sich Hitler der erheblichen Reduzierung der Arbeitslosen. Er gab deren Zahl mit nun noch 3,7 Millionen an, ohne zu erwähnen, dass – ein Glücksumstand für die neuen Machthaber – diese Entwicklung zu erheblichen Teilen der sich belebenden Konjunktur geschuldet war.

Zur Bilanz der gut neunmonatigen faschistischen Herrschaft zählte Hitler sodann, dass er in ihnen „nicht eine Maßnahme getroffen (habe), die irgendjemanden beleidigen konnte, die einem andern Staatsmann weh tun konnte, die ein Volk verletzen konnte. Nicht ein einziges Wort ist bei uns gefallen, das sie vielleicht als eine Verleumdung oder als eine Ehrabschneidung oder überhaupt als etwas hätten auffassen können, das sie berührt oder betrifft.“ Das ließ sich auf die verlogenen außenpolitischen Reden des „Führers“ stützen.

Was aber dachte sich einer in dem Werk, wenn ihm die „beleidigten“ Kommunisten, Sozialdemokraten und diejenigen in den Konzentrationslagern einfielen oder die jüdischen Deutschen? Und was, wenn er an Julius Streichers Wochenzeitung *Der Stürmer* dachte? Hitler erwähnte in dieser Rede wie in anderen, die er als Reichskanzler vorher gehalten hatte, die Juden mit keinem Wort. Dennoch durchzog die gegen sie gerichtete Hetze den gesamten Text. Denn niemand anderes als sie waren gemeint, wenn er von der „kleinen wurzellosen Clique“ sprach, „die die Völker gegeneinanderhetzt“ und ihre Geschäfte überall zu machen verstehe. Da tönte ihm zustimmend ein Zwischenruf entgegen, der auf Tonband festgehalten wurde: „Jude“.

Rührselige Darstellung

Dann kam Hitler doch darauf zu sprechen, dass unter seiner Regie und Verantwortung Menschen, die da in der Halle standen, von Maßnahmen „getroffen“ worden waren. Das hörte sich so an: „Vielleicht wird mancher unter Ihnen sein, der es mir nicht verzeihen kann, dass ich die marxistischen Parteien vernichtete, aber mein Freund, ich habe die anderen genauso vernichtet.“ Die Frechheit dieser Passage bestand nicht nur in der Anrede, sie bestand in der Dreistigkeit der Lüge. Denn die Arbeiterparteien und die bürgerlichen waren keineswegs gleichbehandelt worden. Jene waren verboten und ihre Führer inhaftiert oder zur rettenden Flucht ins Ausland gezwungen worden, wollten sie den Torturen der Gefangenschaft entgehen. Und was die „anderen“, also die nichtfaschistischen bürgerlichen Parteien, betraf, so hatten sie gewiss nicht freiwillig die Segel gestrichen. Doch sie verabschiedeten sich alle in einer deutschen Pose und gehorsam mit dem Ruf an die eigenen Mitglieder, sich hinter die vorgeblich nationale Regierung zu stellen.

Am Ende lieferte Hitler eine rührselige Darstellung seiner Rolle als der eines Mannes, der ein immenses Opfer brächte, wofür er Anteilnahme und Mitleid zu schinden trachtete, ja erbettelte. Wörtlich: „Ich habe nichts als die Verbindung zum deutschen Volk.“ Das war, wenn auch so nicht gedacht, so etwas wie eine Vorlage für einen Komiker, ließ sich der Satz doch in die Worte übersetzen: Lasst mich, den armen Adolf, nicht im Stich und verurteilt mich nicht zum Alleinsein. Es war und bleibt ein schwer zu entschlüsselndes Rätsel, dass ein Mann, der sich so präsentierte, Glauben und Anhänger fand. Denn das tat er, wie das Ergebnis von Abstimmung und Wahl zwei Tage später zeigte. Freimütig hatte er bekannt, er werde auf diese Weise der Welt, unter der machte es der „Führer“ nicht, „das deutsche Volk vorführen ... so wie es ist“. Das Bild war ungewollt entlarvend: Er, Hitler, der Regisseur – und das Volk als die Darsteller auf einer Bühne, dazu als Zuschauer das Ausland oder eben die

Welt. Zu sehen sein sollte da die „Volksgemeinschaft“, „die Reihen fest geschlossen“, friedlich und doch auch drohend, sollte ihr die „Gleichberechtigung“ nicht gewährt werden. Von der behauptete Hitler übrigens, sie sei Bedingung dafür, dass er sein Versprechen der „wirtschaftlichen Besserung“ auch einzulösen vermöchte. Das ließ sich, in Klartext übersetzt, doch nur als Geständnis verstehen, dass er in der Hochrüstung die Voraussetzung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erblickte.

Was die nazistische Propaganda aus diesem Auftritt und der „gewaltigen Rede“ Hitlers machte, belegt der Vorspann des Films, den die Nazis darüber produzieren ließen: „Zehntausend Siemens-Arbeitskameraden, Männer und Frauen, haben am 10. November im Dynamowerk den Führer sehen und hören dürfen bei seinem letzten großen Aufruf des deutschen Volkes zum einmütigen Bekenntnis für einen Weltfrieden in Ehre und Gleichberechtigung.“ Das las sich, als hätte da eine Feier, ja, mehr noch, ein Gottesdienst stattgefunden. Hitler war demnach eine Erscheinung, und ausgezeichnet wurde, wer sie schauen und erleben durfte. In Deutschland breitete sich der Kult um eine Person aus, der alles übertraf, was es auf diesem Felde zu Zeiten der gekrönten Herrscher von Gottes Gnaden gegeben hatte. Auch der ist den Deutschen schlecht bekommen.

junge Welt, Montag, 11.11.2013, S. 10.

Einzigartige Reise

Das möchte unsereins doch wahrlich eine Entdeckung nennen, nämlich: Die Gottesmutter, ehedem Jungfrau Maria, hat mit ihrem Sohn, dem lieben kleinen Jesulein, und ihrem Mann, dem Zimmerer Joseph, der aber nicht des Knaben Vater war, auf ihrem Fluchtweg von Bethlehem nach Ägypten die Passage über Nordböhmen gewählt. Dort immer entlang am Fuße des Gebirgskamms. Und da glaubten die vier, denn der getreue und unstörrische Esel gehörte auch zur Reisegesellschaft, würden sie unbelästigt ihres Weges ziehen können. Indessen irrten sie sich darin gewaltig. Denn der Kindesmörder Herodes hatte auf dem Wege eines Amts- und Rechtshilfeersuchens den zivilen und polizeilichen Apparat der K.-u.-k.-Monarchie mobil machen können, der nun die Gesuchten aufzuspüren trachtete, um sie nach Palästina auszuliefern. Gut war einzig, dass die Mutter Gottes und die Ihren von diesen ihnen geltenden Nachstellungen nichts wussten. Sie kamen, wenn auch mit Mühe, so doch voran, unterstützt von einfachen Leuten, auf die sie in Städten und Dörfern stießen. Die gewährten ihnen ein Strohlager und dem Tier einen Stall und verpflegten sie um ein geringes Geld obendrein, wenn auch mit einfachster Kost. Dieweil war auch der ärgste Trottel unter den K.-u.-k.-Polizisten und Grenzwächtern mit einer Beschreibung derer versehen worden, nach denen er zu fahnden hatte. Doch ging in den Stationen in der Prager Zentrale entweder die Nachricht ein, es sei niemand Einschlägiges wahrgenommen worden oder die Gesellschaft habe den Ort durchquert, bevor noch die Mitteilung eingegangen wäre, sie müssten ergriffen und festgesetzt werden. Doch am Ende bewahrheitete sich das Sprichwort, wonach viele Hunde des Hasen Tod seien. In diesem Falle in der Abwandlung, dass auch die einfältigsten Staatsbediensteten, in genügender Zahl aufgeboten, schnüffelnd zum Erfolg gelangen. Jedenfalls kurz bevor sie Böhmens Grenze wieder passieren konnten, waren die Ägyptenfahrer aufgespürt und am Fortkommen gehindert. Dann aber geschah, was sich rechtens wohl ein Wunder benennen lässt. Den darauf eintreffenden Oberergreifer, der das Kommando zu übernehmen und das Weitere zu verfügen hatte, plagte urplötzlich das christliche Gewissen und mit ihm die Nächstenliebe. Er entschloss sich, seinen lebenslang gesicherten Arbeitsplatz riskierend, die vier über die Grenze ins Schlesische entkommen zu lassen, zu den Preußen. Ob ihm das durch einen göttlichen oder engelsgleichen Eingriff am Ende doch vergolten und er vor der Arbeitslosigkeit bewahrt worden ist, erzählt der Preußler Otfried nicht. Denn das ist der literarische Kronzeuge des dramatischen Geschehens, das er mit einer deutlichen Anleihe beim Josef Schwejk uns erzählt hat. Und zudem tat er das vertraut mit dem Land und den Leuten am Isergebirge, freilich mit denen späterer Generationen. Mit ihnen wuchs er auf und deren Sprache beherrschte er ebenso wie die zählebige der Bürokraten Sr. Majestät des Kaisers zu Wien.

Eigentlich sollte Preußler seine Geschichte als Hörbuch noch einmal dargeboten und anlässlich seines 90. Geburtstages zum Geschenk gemacht werden. Dazu ist es nicht gekommen. Der hoch verdiente, vielfach geehrte Autor von Märchen- und Kinderbüchern ist Monate vor diesem seinem Jubiläum verstorben. Und das zeigt, dass man sich mit dem Beschenken Hochbetagter nicht allzu viel Zeit lassen darf.

Otfried Preußler: „Die Flucht nach Ägypten. Königlich Böhmischer Teil“, LohrBär-Verlag, 5 CDs, 384 Min., 19,90 Euro.

Ossietzky, 25/2012, 7. Dezember 2013, S. 927-928.

Von Gedenkjahr zu Gedenkjahr 1813-1914

Über die Weisen, sich mit Geschichte zu befassen

Am Festtag des Jubilars, dem diese Festschrift gewidmet ist, werden zwei Wochen vergangen sein seit dem Überschreiten der Schwelle zu einem weiteren Gedenkjahr, und ebenso lange liegt ein anderes zurück. 2013 war das Jahr, das die Zeitgenossen 200 Jahre von jener antinapoleonischen Bündnisbildung trennte, die der europäischen Geschichte eine Wendung gab. In Sonderheit ließ sich der Völkerschlacht bei Leipzig gedenken, nach Borodino und der Beresina und vor Waterloo *das* Ereignis des Krieges. Und nun, 2014, richtet sich aus einem Jahrhundertabstand der Blick zurück auf den Beginn des Weltkrieges, der später der Erste hieß. Zwischen den beiden Geschehnissen existiert manche Beziehung.

Zu ihnen gehört die Saat des Franzosenhasses, entsprossen aus den Erfahrungen der Besatzungszeit und des Krieges und angeheizt von Intellektuellen, namentlich von Dichtern, den Nachkommen überliefert in Texten von Heinrich von Kleist, Ernst Moritz Arndt und dem kultisch verehrten Theodor Körner. Die Erinnerung daran, verdichtet zu der Formel vom „Erbfeind“, kann auch aktuelle Denkwürdigkeit beanspruchen. Die Herstellung neuer Beziehungen zu Frankreich, nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnen von beiden deutschen Staaten, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Inhalten und ebensolchen Interessen, hat die Erinnerung an diese bis zum Nationalchauvinismus gesteigerte Feindschaft gegen die „Welschen“ nicht vollends historisiert. Sie bleibt ein Lehrstück in einer Welt, die den Nationalismus, aller Beteuerung von Europäisierung und Globalisierung zum Trotz, nicht hinter sich gelassen hat. Deutschland bildet da keine Ausnahme.

Eine zutage liegende Beziehung zwischen den Weltereignissen von 1813 und 1914 besteht darin, dass in beiden Kriegen Deutsche und Franzosen gegeneinander kämpften. Doch waren an ihnen ungleich mehr Völker mit ihren Angehörigen beteiligt. Das hätte Grund dafür abgeben können, dass man sich in Europa der fernen Ereignisse gemeinsam erinnert und fragt, ob und was sie uns zu sagen hätten, nachdem so viele Generationen kamen und gingen. Was das Jahr 1813 angeht, so hat es jedoch zu einer solchen Betrachtung nicht geführt. Dazu mag beigetragen haben, dass das Interesse selbst in Deutschland gedämpft war. Das wiederum mochte zu einem Gutteil in der Verschiedenheit der Rollen begründet sein, welche die deutschen Staaten im Verlauf des Jahres 1813 gespielt hatten. Die von Napoleon zum so genannten Rheinbund Zusammengeschlossenen lösten sich erst kurz vor – Bayern – oder nach der Völkerschlacht aus ihrem Bündnis mit dem Franzosenkaiser. Das ergab ein wenig ruhmvolles Bild verglichen mit dem, das Preußen abgab und das alsbald zusätzlich aufgeschmückt worden war. Also fiel das Interesse an der Erinnerung in Baden, wo sich die Preußen 1848/1849 zusätzlich unbeliebt gemacht hatten, und in den hessischen Herzogtümern seit eh und je geringer aus als in Deutschlands Osten.

In einer besonderen Rolle waren die Sachsen. Die kämpften in Napoleons Armee während der Völkerschlacht unter dem Kommando französischer Generäle. Erst als sich der Sieg der Alliierten abzeichnete, wechselten manche von ihnen die Seiten. Vor allem aber waren die meisten Schlachten, darunter die entscheidende, auf sächsischem Boden geschlagen worden. Die Bevölkerung des Landes hatte unter den Kriegsereignissen in besonderem Maße gelitten. Und dann hatten die Sachsen, genauer die Leipziger, einhundert Jahre nach der großen Schlacht das mächtige Denkmal erhalten, mit dem an die Befreiungskriege erinnert wurde, einen martialisch anmutenden Steinklotz. Ganz scheint bis heute bei manchen Bewohnern dieses Landes die Hemmung, sich der Rolle des Königreichs ausnahmslos zu stellen, nicht gewichen. Verschämt hieß die Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums in Dresden „Verlorener Sieg, Dresden 1813“.[1] Das war, was der Volksmund eine Mogelei nennt. Denn obgesiegt hatte am 26. und 27. August 1813 Napoleon, wenn auch das letzte Mal vor seinem und seiner Truppen Rückzug aus Deutschlands Mitte. Ein Führer durch die Dauerausstellung, die in Leipzig zur Völkerschlacht gezeigt wird, lässt die Tatsache aus, dass der König für seinen langen Verbleib auf Napoleons

---

1 So auch der Titel des Begleitheftes, hrsg. von Erika Eschebach und Friedrich Reichert. Mit Beiträgen von Friedrich Reichert, Viktoria Pisareva, Jutta Charlotte von Bloh, Felix Pietschmann und Thomas Eberle. 60 S. 2013.

Seite mit einer Gefangenschaft in Preußen bestraft wurde, die bis Anfang 1815 dauerte und die er im Schloss zu Friedrichsfelde nahe Berlin nicht eben unbequem zu verbringen hatte.

Kurzum: Wie schon im „Friedrich-Jahr“ fiel in den bundesrepublikanischen Ländern und Regionen der Blick in die Vergangenheit sehr unterschiedlich interessiert und verschieden scharf aus. Doch bildeten insbesondere Ausstellungen einen Anziehungspunkt für historisch interessierte, neugierige oder einfach schaulustige Bürger. Eine war im Stadtgeschichtlichen Museum zu Leipzig zu sehen, eine andere vom Militärhistorischen Museum in Dresden, die dritte vom Deutschen Historischen Museum wurde in Berlin[2] veranstaltet. Nicht was ihren Schau-, wohl aber was ihren Erkenntniswert anlangt, haben sie von Kritikern sehr verschiedene Zensuren erhalten. Die in Berlin bekam wegen ihrer einzig auf die deutschen Lande gerichteten Enge und des unterlassenen Blickes über den Tellerrand und weiterer Mängel auch die Note misslungen. Dazu gab es Ausstellungen in kleinen Orten. Eine sehenswerte in Wünsdorf, mit der vor allem an die Schlacht bei Großbeeren erinnert wurde.[3]

Diese Ausstellungen aus deutscher Produktion besaßen 2012 einen wenig bekannten, weil auch öffentlich kaum beworbenen Vorgänger in einer Exposition, welche die Botschaft Russlands in ihrem Gebäude in Berlin veranstaltete. Sie war, so der Untertitel, dem „Russisch-preußischen Feldzug 1813-1814“ gewidmet, schloss aber dessen Vorgeschichte und Borodino selbstredend nicht aus. Für den Haupttitel hatten sich die Schöpfer bei Alexander Puschkin beliehen mit der Zeile „Und Frieden der Welt gebracht“. Die Wendung findet sich in einem Vers, der mit den Worten „Die Russen in Paris!“ beginnt und sagt von ihnen, den als Helden Apostrophierten: „Doch er hat seinem Feind statt Rache nur Versöhnung und Frieden aller Welt gebracht.“ Da ist freilich viel weggelassen, beginnend mit der Tatsache, dass die Befreier für das französische Volk die Bourbonen im Gepäck hatten.[4]

Die Verklärung der Befreiungskriege zu einer einzigen und unvergleichlichen Wohltat für die Völker ist keine russische Spezialität. Als in Berlin 2008 die Ausstellung „Macht und Freundschaft. Berlin Petersburg 1800-1860“ gezeigt wurde, sprach Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Schirmherr der Ausstellung, im Grußwort von den „von gegenseitiger Zuneigung und Sympathie geprägten Verbindungen“ zwischen Hohenzollern und Romanows, welche „positive Auswirkungen auf ganz Europa“ gehabt hätten. Und die Organisatoren bewarben das Unternehmen u. a. mit dem Text, demzufolge in diesen sechs Jahrzehnten „eine Ära des intensiven kulturellen Austauschs und über lange Zeit eine der politischen Übereinstimmung“ geherrscht habe. Weiter wurde geschrieben: „Den Grundstein für das enge Verhältnis von Preußen und Russland legte die Freundschaft zwischen dem russischen Zaren Alexander 1. und dem preußischen Königspaar Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise, die bei dem ersten Aufeinandertreffen 1802 in Memel entstand.“ Aus dieser Geschichtsbetrachtung sind alle Gedanken an machtpolitische Interessen und Ziele verabschiedet.

2013 gab es nur eine international besetzte wissenschaftliche Konferenz. Die widmete sich der Völkerschlacht und deren Bedingungen, Verläufen, Folgen und Bedeutungen aus der Sicht der Militärhistoriker und fand, ausgerichtet vom einschlägigen Potsdamer Institut der Bundeswehr, ebenfalls in Leipzig statt.[5] Die Zurückhaltung der „Allgemeinhistoriker“ mag Ausdruck des Befunds sein, dass der Krieg dieses Jahres von Generationen von Historikern durchgearbeitet worden ist, womit begon-

---

2 Die Berliner Ausstellung wurde von mehreren Seiten einer vernichtenden Kritik unterzogen: Ihre Fragestellung sei eng und kleindeutsch, das Geschichtsbild werde aus der Sicht der Monarchen gegeben, die „Chance, nach dem Volk zu fragen“, sei verpasst worden, von der Nachgeschichte und den auf das Ereignis folgenden langwierigen Auseinandersetzungen um seine Deutung werde nicht gehandelt. Siehe: Der geputzte Krieg, in: Berliner Zeitung, 18. September 2013; Wieder eine Chance verpasst, Radio Kultur, 21. August 2013; Schrecken der Leipziger Völkerschlacht im Museum, Die Welt, 23. August 2013. Anders und kritiklos hingegen Der Tagesspiegel, 22. August 2013, Gemälde und Wahrheit.

3 Dazu gibt es von den Autoren der Ausstellung ein vorzügliches Begleitheft: Evamaria und Gerhard Engel, 1813-2013. Befreiungskrieg im Landkreis Teltow-Fläming. Kriegsereignisse und Gedenkkultur, Projekt + Verlag Dr. Erwin Meißler, 96 S., 5 Euro.

4 Der Begleitband: Andrej Tcherodarow, „Und Frieden aller Welt gebracht“. Russisch-preußischer Feldzug 1813-1814. Begleitpublikation zur Ausstellung in der Botschaft der Russischen Föderation, Berlin 2013, 61 S.

5 Internationale Tagung Militärgeschichte: Die Völkerschlacht bei Leipzig. Bedingungen, Verläufe, Folgen und Bedeutungen 1813 – 1913 – 2013“, 25. bis 27. September 2013.

nen wurde, kaum dass er beendet war. In vielen Fällen geschah das in der deutschen Historiographie freilich mit Ergebnissen, die ganz oder partiell vom Interesse der „nationalen Erziehung“ geprägt waren und also Verzeichnungen boten. Zu befragen waren und blieben die Bilder vom Volk, das ausnahmslos zum Sturm aufgestanden sei, und deren Bestimmung stets darin bestand, gleiches Verhalten den Nachgekommenen anzuerziehen, vorausgesetzt, dass sie dazu durch ein Signal der Regierenden gerufen wurden, wie das angeblich 1813 in Preußen – „Der König rief und alle, alle kamen“ – geschehen sein soll.

So sind Fragen geblieben, die weiter nur durch regional- und lokalgeschichtliche Studien aufgeklärt werden können. Dazu gehört etwa, wie sich die nach französischem Vorbild in Preußen eingeführte, 1813 verkündete, 1814 zum Gesetz erhobene allgemeine Wehrpflicht praktisch durchsetzte. Den Gegenstand, der immer wieder zu Forschungen herausgefordert hat, liefern noch immer auch die sehr unterschiedlichen und gegensätzlichen Wirkungen und Nachwirkungen der „Franzosenzeit“ in den deutschen Staaten. Da sind auf der einen Seite die Lasten und Leiden der Bevölkerung unter der militärischen Besetzung, gipfelnd dann, wenn in oder um ihre Wohnstätten Schlachten ausgetragen wurden. Doch ruinierend war vielfach schon der Alltag mit Einquartierungen, bei denen, von Demütigungen und Schikanen abgesehen, den unfreiwilligen Gastgebern alle Vorräte weggefressen wurden, so dass sie selbst Hunger litten. Und wer hatte schon die Möglichkeit, über die der Herr am Weimarer Frauenplan gebot, der seinen Herzog – wenn auch nicht immer mit Erfolg – bat, ihm die ungebetenen Gäste von seinem Hause fernzuhalten.[6] Zum anderen waren da aber die Wandlungen, welche die napoleonische Herrschaft in den Rechtszuständen der Bevölkerung der Rheinbundstaaten gebracht hatte, und die Tatsache, dass bei aller Restaurationswut, die nach 1815 einsetzte und die – ein Detail – in Hessen bis zur Wiedereinführung des Zopfes für die Soldaten reichte, doch die alte Welt vollständig nicht wieder herzustellen war.[7]

Die Beantwortung *einer* Frage machte für den Krieg des Jahres 1813 keine Schwierigkeit, die nach seinem Ursprung. Nach seinem eigenen und unprovozierten Entschluss war Napoleon mit der größten bis dahin je formierten Armee 1812 in Russland eingefallen, das Ziel verfolgend, seine Herrschaft über Europa gleichsam zu vollenden, indem er den Zaren in Petersburg zwang, sich seiner Politik und seinen Interessen so zu unterwerfen, wie das der König von Preußen 1807 im Tilsiter Frieden getan hatte. Das Vorhaben scheiterte. 1813 erfolgte, was in manchen der jüngeren Darstellungen marginalisiert wird, die Weiterführung dieses Krieges, den der Franzosenkaiser verloren hatte. Sie erwuchs aus der russischen Entscheidung, mit den eigenen Armeen an der Grenze zu Preußen nicht halt zu machen, sondern Napoleons Streitkräfte oder den davon gebliebenen Rest nach Westen zu vertreiben. Der Befreiungskrieg war mithin ein Fortsetzungskrieg, den Russland jetzt und zunehmend mit Verbündeten austragen konnte, seit Februar mit dem Königreich Preußen, seit August gemeinsam mit der Habsburger Monarchie, zudem mit Schweden und Engländern, in einer Allianz also. Deren Mitglieder verfolgten eigene und sehr unterschiedliche Ziele, und die waren wieder von den Hoffnungen und Erwartungen der Völker verschieden.

Zurück zum Gedenken des Jahres 2013. Zu den merkwürdigsten Weisen, der Ereignisse zu gedenken, gehört seit langem das „Nachspielen“ von Schlachten und Gefechten durch Männergruppen an jenen Orten, an denen die Heere aufeinandertrafen und das Massenschlachten stattfand. Diese Stätten werden für Tage zu Bühnen, auf denen in den einstigen „nachempfundenen“ Uniformen und mit den seinerzeit gebräuchlichen Waffen, Säbeln, Gewehren und Kanonen Laienschauspieler agieren, und an denen sich viel gaffendes Volk versammelt. Die Träger und Akteure dieser Spektakel haben sich seit langem in Vereinen organisiert, von denen manche sich eben die Bezeichnungen zulegten, die eine Formation des preußischen Heeres 1813 trug. Sie trainieren ihre Auftritte sorgsam, marschieren und exerzieren, lernen Kommandos exakt befolgen usw. Kriegsspielen ist ein Teil ihres Freizeitver-

---

6 Sigrid Dahm, die sich bis in die letzten Details mit dem Alltag der Familie Goethe forschend befasst hat, erzählt darüber in ihrer Biographie der Christiane Vulpius, verheiratete Frau Geheimrat von Goethe.

7 Zum Umgang mit diesem Thema in der erwähnten Ausstellung des Deutschen Historischen Museums schrieb Die Welt, Ausgabe vom 23. August 2013: „Vom gespaltenen Napoleon-Bild in Deutschland, dem Napoleon-Hass in Preußen und der Napoleon-Verehrung im südwestlichen dritten Deutschland erfahren wir leider nichts.“

gnügens, und ihre Aufmärsche und Kämpfe an Jahrestagen sind deren Höhepunkt. Dieses Geschehen konzentriert sich in Brandenburg auf die Orte Großbeeren und Dennewitz, bei und in denen die napoleonischen Truppen im August bzw. September 2013 geschlagen wurden, so dass der Plan, erneut nach Berlin vorzudringen, scheiterte. Der größte dieser Spielorte ist in den Oktobertagen natürlich Leipzig mit der Völkerschlacht.

Die Absonderlichkeit dieser Art von Erinnerung springt vollends erst ins Auge, wenn man sich fragt, ob derlei in deutschen Landen im Hinblick auf die Schlachten und Kämpfe des Ersten Weltkriegs möglich wäre, worauf die Antwort vermutlich allgemein lauten würde: Das verbietet das Gedenken an die Hunderttausende von Toten. Warum, wäre weiter zu forschen, aber verbietet sich das im Hinblick auf 1813 nicht, wo die geschätzte Zahl der Toten – ähnlich oder gleich wie während der Offensiven auf Frankreichs Boden zwischen 1914 und 1918 – während der Völkerschlacht schon 100.000 ausmachte? Dem Bewusstsein und der Gefühlswelt der Heutigen sind die Kriegsopfer zeitlich ferner Generationen offenbar nicht so nahe wie jene des Ersten Weltkrieges. Das schließt nicht aus, dass zu den Ritualen dieser Volksfeste Kranzniederlegungen an Denkmälern gehören. Sie eröffnen die makabren Späße. Die gewinnen Züge, die nur pervers genannt werden können, so wenn von der Veranstaltung in Dennewitz 2013 berichtet wird: „Auf dem Lazaretthof waren allerdings starke Nerven gefragt, denn dort wurde das Geschehen in einem Feldlazarett aus der Zeit um 1813 nachgespielt. Mit viel Kunstblut, Schweinefleisch und künstlichen Gliedmaßen wurden dort jede Menge Beine und Arme der schauspielernden Soldaten amputiert, Knochen gesägt und Wunden ausgebrannt und verbunden. Besonders für Kinder eine wohl faszinierende und schockierende Vorführung zugleich.“[8] Wer denkt sich so etwas aus? Und: Gibt es im Kinderschutzgesetz des Bundes, das 2012 in Kraft trat, keinen Paragraphen, der solche Einladungen für Kinder unter Strafe stellt?

Nun sind diese Spektakel, was sie nicht sympathischer macht, keine deutsche Spezialität oder Erfindung. In Polen wird auf diese Weise die Schlacht bei Tannenberg/Grunwald 1410 nachgespielt, in den USA ebenso an Schlachten des Bürgerkrieges in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts erinnert, nicht jedoch an den Atombombenabwurf von 1945. Nicht anders 2012 in Borodino. Dort stellte sich unter den Gästen auch Wladimir Putin ein und ließ sich mit den Mimen fotografieren. Der Rundfunksender „Stimme Russlands“ berichtete von der Veranstaltung. In seiner Sendung kam der Geschichtslehrer Jerôme Caballier zu Wort, der extra aus Frankreich gekommen war, um die „Schlacht“ mitzuerleben. „Ich finde es richtig, historische Schlachten zu besonderen Anlässen nachzustellen. Das erinnert die Menschen, die keinen Krieg kennen, daran, wie wertvoll der Frieden ist.“ Da lässt sich fragen: Könnte dieser Pädagoge in Frankreich mit Kindern und Jugendlichen seiner Schule nicht vielleicht vor die endlosen Gräberreihen und Steine der Friedhöfe in Verdun oder in der Normandie gehen und sie dort darüber nachdenken lassen, was Kriege bedeuten?

Dass diese Spektakel lehren, den Frieden zu schätzen, ist das Standardargument ihrer Teilnehmer. Es wurde auch in Leipzig vorgetragen, als 2012 die Generalprobe für die Jahrhundertfeier inszeniert wurde, wozu sich bereits viele ausländische Gäste einfanden. Da lagen bereits 5.000 Anmeldungen Mitwirkender aus der Bundesrepublik und vieler Herren Länder vor. Das ergab logistische Aufgaben, denn zur Unterbringung der Gäste, die geschichtsgerecht biwakieren, statt in Hotelbetten zu nächtigen wünschen, gehörte auch ein Pferdebiwak, sollen die Tiere, deren Vorfahren einst ungefragt in Attacken dirigiert wurden und wie ihre Reiter massenhaft zugrunde gingen, beim Schauspiel doch nicht fehlen. Zwei Teilnehmer an der Generalprobe fragte eine Reporterin, warum sie derlei veranstalteten und was sie dabei bewege. Sie hörte von einem aus Polen und einem anderen aus Frankreich Gekommenen die nahezu wortgleiche Antwort: Sie seien stolz, befriedigt, ja glücklich darüber, dass heute zwischen den Europäern, anders als zwei Jahrhunderte zuvor, friedliche Zustände herrschten. Merkwürdig bleibt, dass sie dieses Empfinden dadurch ausdrücken, dass sie sich, von einer Kugel getroffen, in den Dreck fallen lassen und verwundet oder mausetot spielen. Die Reporterin war freundlich und also hat sie die beiden nicht ausgeforscht, ob sie ihrer Freude nicht vielleicht andere Ausdrucksformen geben könnten. Manche meinen, diese – Krieg mimenden –

---

8 *Märkische Allgemeine*, 9. September 2013.

Männer hätten in Kinderzeit zu wenig Räuber und Gendarm gespielt. Auch das ist eine sehr und doch wohl zu freundliche Erklärung.

Nun also liegt *dieses* Gedenkjahr hinter den Deutschen, und die Schwelle zu einem neuen ist überschritten. Das hat schon im Jahresverlauf 2013 eine beachtliche Zahl von Publikationen gleichsam voraus geworfen. Gleiches ließ sich von der Erinnerung an die Befreiungskriege nicht sagen. Da hielt sich das neu produzierte Gedruckte in Grenzen und kam ohne marktübliche laute Reklame daher. Der Historiker Gerd Fesser hat den vielen Schilderungen und Analysen der Völkerschlacht eine weitere hinzugefügt.[9] Andreas Platthaus, stellvertretender Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", gab seiner Abhandlung „1813: Die Völkerschlacht und das Ende der alten Welt" einen Titel, gegen den sich allein mit dem Verweis auf die lange Phase der Restauration streiten lässt.[10] Sabine Ebert, studierte Lateinamerika- und Sprachwissenschaftlerin, hat sich des Jahres mit einem weiteren Roman angenähert.[11] Aus dem Angebotenen sticht thematisch Claudia Forners, einer Musikwissenschaftlerin, Darstellung von „Heldenjungfrauen 1813-1815" hervor, in der, wie vom Verlag angekündigt, sieben „echte Kämpferinnen (was immer das heißen mag) im Mittelpunkt" stehen.[12]

Anders kündete sich 2013 der erneute Rückblick von Historikern auf das Jahr an, da der Erste Weltkrieg begann. Ihn leitete ein Reklame-Paukenschlag ein. Christopher Clarks, eines Australiers und Hochschullehrers in Großbritannien, Buch über die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges wurde sofort nach dem Erscheinen der englischen Ausgabe ins Deutsche übersetzt und mit dem aufwändig propagierten Anspruch auf den Buchmarkt geworfen, es gebe eine neue Antwort auf die Frage nach den Kriegsschuldigen. In ihm werden das Deutsche Kaiserreich und dessen Gesellschaft von dem gegen sie erhobenen Vorwurf freigesprochen, dass sie die Hauptschuld am Weg in den Krieg trügen, der auch als Urkatastrophe des Jahrhunderts bezeichnet wird.

Clark war schon mit einem Werk zur Geschichte Preußens und einer Biographie Kaiser Wilhelms II. hervorgetreten, deutschen geschichtsinteressierten Lesern also kein Unbekannter. Sein jüngstes Buch erschien unter dem Titel „The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914". Den übernahm die deutsche Ausgabe.'[13]Mit Schlafwandlern, dem so genannten Somnambulismus, bekommt demnach zu tun, wer sich in diese Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges vertieft. Das sind, nach Auskunft von Neurologen, Menschen mit herabgesetztem Bewusstsein, bei deren Nachtwanderungen indessen aggressives Verhalten nur selten angetroffen wird. Von letzterem kann bei den Akteuren, die der Autor vorstellt, freilich die Rede nicht durchweg sein.

Clarks Buch ist schon nach seinem Erscheinen in London in der deutschen Presse begrüßt worden, so von dem in dieser Sache ausgewiesenen Historiker Gerd Krumeich, der bis zu seiner Emeritierung an der Universität Düsseldorf lehrte. Nach seiner Feststellung, „zu sehr ist doch hierzulande noch die von Fritz Fischer in den 1960er Jahren verfochtene These lebendig, dass Deutschland aus verantwortungslosen Weltmachtambitionen diesen Krieg gezielt vorbereitet habe", gelangt er zu dem vorsichtig formulierten Fazit: „Das wichtigste Gesamtergebnis dieser (Clarks) Untersuchung ... ist wohl, dass man tatsächlich Abschied nehmen kann von der so lange quasi sakrosankten These, dass in erster Linie die Weltmachtambitionen Deutschlands Europa in den Abgrund gestoßen hätten."[14]

Ähnlich die Begrüßung der Arbeit Clarks in anderen Rezensionen. Die in der „Stuttgarter Zeitung" erschienene trägt den Titel „Eine Tragödie – kein deutsches Verbrechen", worunter geschrieben wurde: „Ein Australier zeigt, dass die These von der Alleinschuld des Kaiserreiches nicht trägt."[15] Auch ein Beitrag, der ein Interview mit dem Historiker Sönke Neitzel enthält und in „*Spiegel* Geschichte"

---

9 Gerd Fesser, 1813 – Die Völkerschlacht bei Leipzig, Bussert und Stadeler 2013; der gleiche Autor hat vordem eine Darstellung der Schlacht bei Jena und Auerstedt 1806 vorgelegt.

10 1813 – Die Völkerschlacht und das Ende der alten Welt, Rowohlt, Berlin 2013.

11 Sabine Ebert, 1813 Kriegsfeuer, Droemer Knaur, München 2013.

12 Claudia Forner, Heldenjungfrauen 1813-1815, Buchverlag der Frau, Leipzig 2013.

13 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013, 895 S.

14 *Süddeutsche Zeitung*, 30. November 2012.

15 Werner Birkenmaier in: *Stuttgarter Zeitung*, 27. September 2013.

veröffentlicht wurde, erhielt die Überschrift „Es gab keinen Alleinschuldigen.“[16] Nun gibt es keinen namhaften Historiker, und dies seit langem, der diese von den Siegermächten im Versailler Vertrag 1919 erhobene Behauptung noch vertreten würde. Clarks Abhandlung richtet sich auch nicht gegen dieses Zerrbild, das Propagandazwecken diente und vor allem die an Deutschland gerichteten Reparationsansprüche rechtfertigen sollte. Vielmehr versucht der Autor, die Schuldanteile auf die Regierungen gleichmäßig zu verteilen. Damit widerspricht er allerdings der bis auf den Tag verfochtenen These, wonach die Machthabenden im Deutschen Kaiserreich – als Einzelpersonen wie als Exponenten sowie Verfechter realer Interessen von sozialen Schichten und Klassen – den herausragenden Beitrag auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg leisteten, wobei sie sich nicht die Allein-, aber eben die schwerwiegendste Schuld an dem Völkermorden aufluden.

Dieser Punkt bildete auch den Kern der Veröffentlichungen des angeblich durch Clark erledigten Hamburger Historikers Fritz Fischer, die am Beginn der 1960er Jahre in der Bundesrepublik die zornigen Widerreden der da noch dominierenden Gruppe konservativer deutscher Historiker hervorriefen. Und die erhoben sich in einem größeren Zusammenhang. Die Untersuchung der nach 1945 aufgekommenen Fragen nach den Ursachen für Deutschlands zweimaligen Weg in Weltkriege und nach dem Zusammenhang beider Entwicklungen wurde von der westdeutschen Historikerzunft der ersten Nachkriegsjahrzehnte hartnäckig verweigert. Der Krieg der Jahre von 1939 bis 1945 galt als eine Erscheinung sui generis, als – so die Formel – Hitlers Krieg. Fischers Buch war in den Augen dieser ideologischen Fraktion so etwas wie ein Tabubruch, zumal der Titel seines Hauptwerkes „Griff nach der Weltmacht“ eine deutliche Verbindung mit dem angeblichen „Krieg Hitlers“ herstellte, der nun unstreitig und eingestandenermaßen Deutschland eine den Erdball beherrschende Stellung erobern sollte. Clarks Sicht auf die Ursprünge des Ersten Weltkrieges leistet, was Fischers Gegner seinerzeit zu behaupten suchten. Sie separiert die Ursachen der beiden Kriege. Für 1939 war und ist nichts zu retten. Da lässt sich den anderen Großmächten kein Kriegsinteresse nachsagen, wohl aber ein Versagen bei der Aufgabe, das faschistische deutsche Regime auf seinem Weg in den Krieg durch geschlossene Abschreckung zu blockieren. Für 1914 liegen die Dinge tatsächlich komplizierter, und beim Gang durch die Dschungel der Vorkriegspolitik und -diplomatie lauern Verirrungen, und zudem lässt sich im Dickicht viel verbergen.

Clark erwähnt Fischer in seiner Monographie nahezu am Ende einmal und lässt sich auf eine dezidierte Auseinandersetzung mit dessen Standpunkt nicht ein. Stattdessen bekundet er seine Skepsis, ja seine generelle Abneigung dagegen, die Frage nach Kriegsschuld und Kriegsschuldigen überhaupt zu stellen. Er fragt: „Ist es denn wirklich nötig, dass wir ein Plädoyer gegen einen einzigen schuldigen Staat halten oder eine Rangordnung der Staaten nach ihrem jeweiligen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch aufstellen?“[17] Beim Lesen des Satzes – dies nebenbei – stellt sich die Frage ein, ob er in einer Untersuchung über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges hätte niedergeschrieben werden können. Nach Clarks Ansicht würden mit ihr nur Tore auf Ab- und Irrwege geöffnet und Fallstricke gelegt. Darin drückt sich ein merkwürdiges Verhältnis aus zu einer Traditionslinie der internationalen Geschichtswissenschaft, auf der, wenn von Kriegen gehandelt wurde, waren nicht außerwissenschaftliche Interessen im Spiel, stets nach deren Ursachen und Verursachern gefragt und gefahndet worden ist.

Diese Haltung ist nicht erst Produkt der neueren Geschichte oder Historiographie. Sie entstand nicht erst, als die so genannten Kabinettskriege zu Ende gingen und mit den militärstrategischen und -technischen Fortschritten Schlachten entbrannten, in denen, wie in der Völkerschlacht bei Leipzig, eine sechsstellige Zahl von Kriegstoten geschätzt wurde. In einem Moment, da es einen Krieg dieses Ausmaßes noch nicht gegeben hatte, 1774, also nahezu vier Jahrzehnte vor Schlachten wie jenen in den napoleonischen und antinapoleonischen Kriegen, schrieb Matthias Claudius, Pfarrerssohn und studierter Theologe, in seinem Gedicht „Kriegslied“ diese Zeilen, sie beschwörend wiederholend: „S’ist leider Krieg, – und ich begehre, nicht Schuld daran zu sein.“ Und später – und eben mit dem

---

16 Spiegel Geschichte, Nr. 5/2013, S. 15.

17 Clark, a. a. O. S. 715.

Blick auf eine Möglichkeit, die sich als der Erste Weltkrieg verwirklichte – wurde über die denkbare Kriegsschuld und über jene, auf die sie fallen werde, würde ihnen nicht Einhalt geboten, öffentlich gesprochen und gestritten, und zwar, als der Krieg noch weit war. Ein Zeugnis dafür bildet der Auftritt des Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke in einer Haushaltsberatung des Deutschen Reichstags am 14. Mai 1890: „Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt – wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in ein oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, dass sie sich für überwunden erklärte, dass sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden – und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte an das Pulverfass schleudert.“ Aus dieser Warnung spricht unmissverständlich das Bewusstsein, dass es für Kriege Verantwortliche und Schuldige gibt. Es war die letzte Rede des nahezu 90-Jährigen im Parlament, und sie war konfrontierend und apologetisch gegen die Sozialdemokraten gerichtet. Er erklärte, Fürsten und Regierungen seien es wirklich nicht, die in unseren Tagen Kriege herbeiführten. In der Zeit der Volkskriege seien es die Völker selbst, die sie, fielen ihnen nicht starke Regierungen in den Arm, heraufbeschwören würden, und in diesen Volkskreisen seien es wiederum die minder begünstigten Klassen, die sich von Kriegen eine Besserung ihrer Lage versprächen. Hinzu kämen „gewisse Nationalitäts- und Rassebestrebungen“, die „von außerhalb“ in die gleiche Richtung wirkten. Stand in diesem Bild die soziale Welt des Kaiserreiches mit ihren widerstreitenden Interessen auch Kopf, so besaß der Mann doch eine Vorstellung davon, dass nach Klassen und deren Interessen zu forschen sei, wenn von Wegen in einen Krieg die Rede ist.

Beides lässt sich bei Clark, der übrigens bei der Vorstellung seines Buches in Berlin bekannte, dass ihn das Warum weniger interessiert habe, er vielmehr dem Wie des Weges in den Krieg nachgegangen sei, vergeblich suchen. Die Personage seines Buches bilden gekrönte und ungekrönte Staatsoberhäupter, Regierungschefs, Minister, Staatssekretäre, Diplomaten, Militärs, Militärattachés und insbesondere Generalstäbler. Die sortiert er quellengestützt zu den Falken oder den Tauben, zu Zweiflern, Schwankenden und sich aus allem Dafür und Dawider Heraushaltenden. Akribisch wird rekonstruiert, wer was gesehen, erkannt und gedacht, wem gesagt oder pflichtgemäß, vollständig oder partiell, gemeldet, wem ein anderes absichtsvoll verschwiegen, welche Entscheidung getroffen, welche vermieden hat. Erörtert wird selbst, was in dieser oder jener Lage besser oder zweckdienlicher hätte getan werden müssen.

Auf diesen Wegen gelangt Clark, um die Verhaltensweisen der Akteure zu entschlüsseln, zu vielen anregenden individual- und gruppenpsychologischen Erwägungen. So entsteht ein Bild jener, die „Geschichte gemacht“ haben, doch tun sie das bekanntlich nicht aus „freien Stücken“ – und auf die kommt die Rede kaum. So plätschert die Darstellung des Geschehens im Spiegel diplomatischer Papiere, Niederschriften von Sitzungen, Notizen nach offiziellen und privaten Gesprächen, Randbemerkungen, Eintragungen in Tagebüchern, Aussagen in später angefertigten Erinnerungen dahin wie das Wasser im es wenig bewegenden Wind.

Schwerer wiegt indessen noch, dass Clark die Vorgeschichte des Weltkrieges 1911 mit Italiens Eroberung der libyschen Wüste beginnen lässt, wodurch die Morschheit des Osmanischen Reiches auch für die unterdrückten Balkanvölker ermutigend und folgenreich zutage getreten sei. Nun wird keine Weltkriegsforschung Platz und Rolle der altersschwächelnden Vielvölkergefängnisse und der ihren Bestand verteidigenden Machthaber in Wien nebst Budapest und Konstantinopel außer Acht lassen. Nur läuft dies in Clarks Darstellung auf einen Export der Hauptquelle des Krieges, die aus der Rivalität der Großmächte des Kontinents entstand, in den Südosten Europas hinaus. Doch den geschichtlichen Ausgangspunkt und Kern der sich entwickelnden Widersprüche und der aus ihnen hervorwachsenden Konflikte bildete nach 1871 die Entstehung eines neuen Staates im Zentrum Europas, der in raschem Tempo ökonomisch und militärisch eine Großmacht wurde, in der letzten Phase der Aufteilung der Welt aber nur noch wenig abbekam, Weltmacht dennoch werden wollte und auf die-

sem Wege auf sich verbündende äußere Kräfte stieß, die seine imperialistischen Ambitionen und Pläne einzuhegen oder zu durchkreuzen trachteten. Dieser Weg, wurde er nicht verlassen, musste früher oder später in einen Krieg münden.

Clarks Buch kann auch als Objekt einer Demonstration nützen, wohin Geschichtsanalyse minus Wirtschaftsgeschichte führt. Verwundert reibt sich der Leser die Augen, wenn er gegen Ende der Abhandlung[18] liest, dass eine Delegation der städtischen Finanziers den britischen Premier am 31. Juli 1914 davor warnte, dass das Land in einen Krieg hineingezogen werde. Und wenn er auf der letzten Seite des Buches findet, dass es Kräfte gab, die an Kriegsvorbereitung und Krieg verdienen. Ohne Erwähnung von Frankreichs Industriellen wird auf den Verkauf modernisierter Kanonen an Balkanstaaten verwiesen, deren Einsatz bis dahin unbekannte furchtbare Verwundungen hervorrief. Was über die wirtschaftlichen Eliten geschrieben wird, erscheint in Nebenbemerkungen und bleibt schlicht und dürftig. Gustav Krupp wird einzig im Zusammenhang einer Begegnung mit Wilhelm II. apostrophiert und da als Zeuge dafür, dass der Kaiser, wie er dem Gast versicherte, in der eben ausgebrochenen Krise nicht umfallen werde. Schließlich heißt es generalisierend, die Politiker hätten ihre verhängnisvollen Entscheidungen im Juli und August 1914 weniger unter dem Druck von „Industrie- und Finanzlobbygruppen“ getroffen, sondern unter dem ihrer Gegner in den eigenen Apparaten. So erscheint der im Juli 1914 angetretene Eilmarsch in das Völkermorden als Resultat von Meinungskämpfen und Rivalitäten in Gremien, Zirkeln und Cliquen von Politikern und Militärs. Vor allem aber haben im Fokus der Analyse nicht die letzten unwiderruflichen Entschlüsse über Krieg und Frieden zu stehen, die noch stets Politiker und Militärs trafen, sondern die strategischen Vorstellungen und der in den Eliten vorherrschende Geist, nicht nur in den politischen und militärischen, sondern auch in den ökonomischen wie in den so genannten geistigen. Es gehört zu dieser Art von Geschichtsbetrachtung, dass wiederholt vom „Versagen“ namentlich der Politiker geschrieben wird, einen Weg aus den Krisen hin zur Bewahrung des Friedens zu finden, als hätten die so etwas wie einen Auftrag gehabt, den sie nicht zu bewältigen vermochten. Deutlich geprägt von den Beobachtungen der zeitgenössischen Diplomatie wird konstatiert, es hätten ihnen die notwendigen Erfahrungen eines Krisenmanagements gefehlt.

Schade, dass Clark, der seine Lektüre auf 36 Buchseiten ausweist, das Vorliegende durchmusternd, nicht auf die dreibändige Geschichte „Deutschland im Ersten Weltkrieg“, deren Band 1 im Jahr 1968 erschien, gestoßen ist, die Fritz Klein mit den Bandredakteuren Joachim Petzold und Willibald Gutsche und weiteren Mitstreitern verfasst hat, eines der wenigen Werke aus DDR-Zeit, das nach 1990 eine Wiederauflage erfuhr.

Nun lässt sich fragen, wie viel Aufmerksamkeit Clark, der als Autor seines jüngsten Buches selbst in den Hauptnachrichten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens befragt worden ist, in der Bundesrepublik und ihren überregionalen Zeitungen gefunden haben würde, wäre nicht sein Text dafür tauglich gewesen, das Bild der herrschenden Klasse in Deutschland aufzubessern und auf diese Weise zur Bewältigung der Vergangenheit hierzulande beizutragen. Was, wenn er mit dem Blick ins kaiserliche Deutschland die Kriegsschuldfrage nicht suspendiert hätte oder an anderer Stelle nicht hätte beifällig notiert werden können: „Er drängt die Kriegsschuldfrage, deren Erörterung ganze Bibliotheken füllt, einfach beiseite. Er hält sie für unfruchtbar.“ Und wenn sich aus seinem Text nicht hätte zitieren lassen: „Die Krise, die 1914 zum Krieg führte, war die Frucht einer gemeinsamen europäischen Kultur“?[19] Wirft hier eine den Deutschen bevorstehende Betrachtung des ein Jahrhundert zurückliegenden Geschehens ihre Schatten voraus, die sich den bis heute aktuell gebliebenen Fragen nach den Verursachungen von Kriegen verweigert? Deren Beschweigen bedient viele, doch müssen die Historiker dabei nicht zur Hand gehen.

Christian Stappenbeck und Frank-Rainer Schurich (Hrsg.), Gegen den Strom. Grüße an Dieter Kraft zum Fünfundsechzigsten von Freunden und Weggefährten. Verlag Dr. Köster Berlin 2014, S. 92-104.

---

18 A. a. O., S. 693.

19 *Stuttgarter Zeitung*, a. a. O.

La Grande Guerre

Eine Geschichte des Ersten Weltkrieges aus Frankreich

Bei allen unbestrittenen Verdiensten: Einen vergleichbaren Band zur Geschichte des Ersten Weltkriegs zu diesem aus dem Französischen übersetzten hat die deutsche Historiographie bislang nicht vorgelegt. Das gilt für dessen Konzeption ebenso wie für Gestaltung und Bebilderung. Die 68 Abhandlungen, die das Buch versammelt, wurden mehrheitlich von den Herausgebern geschrieben: von Bruno Cabanes, Professor an der Yale Universität/USA, der mit kultur- und sozialgeschichtlichen Arbeiten zum Ersten Weltkrieg hervorgetreten ist, und der gleichermaßen publizistisch ausgewiesenen Historikerin Anne Dumenil. Die beiden Franzosen bezogen sechs weitere Autoren aus Großbritannien, den USA, Irland und Deutschland in ihr Vorhaben ein. Die Schilderung des Geschehens setzt 1912 mit dem Ersten Balkankrieg ein und reicht über das Kriegsende hinaus bis zur Ruhrbesetzung 1923. Abschließend wird aus dem Abstand von einem Jahrhundert auf La Grande Guerre, den „Großen Krieg“ zurückgeblickt und gefordert, ihn hinter sich zu lassen.

Am Anfang eines jeden Kapitels steht ein Datum, mit dem sich ein denkwürdiges Geschehen verbindet, ein Ereignis oder das Schicksal einer Person. Vom Speziellen wird zum Allgemeinen geschritten. Das dockt an vorhandenes Interesse an und weitet es zugleich aus: An die Geschichte der in Belgien lebenden Britin Edith Cavell, die Verwundeten aus besetztem Gebiet zur Flucht in die neutralen Niederlande und von da zu ihren kämpfenden Truppen verhalf und die ein deutsches Militärgericht am 12. Oktober 1915 in Brüssel wegen Feindbegünstigung zum Tode verurteilte, schließt sich eine Skizze des Widerstands der Belgier und Franzosen gegen die deutsche Herrschaft an. Die Geschichte der Niederländerin Mata Hari, die am 24. Juli 1917 von einem französischen Exekutionskommando als deutsche Spionin erschossen wurde, dient der Erörterung der Impulse, welche der Krieg dem Aufbau der Geheimdienste in mehreren Ländern gab. Und auf die Schilderung des Kampfes der patriotisch gesinnten russischen Bauerntochter Maria Boschkarowa, die ein Frauenbataillon kommandierte und sich später in die Armee der Weißen unter Koltschak einreihte, folgt die Untersuchung der Rolle von Frauen in den Armeen mehrerer Staaten als Krankenschwestern oder Hilfskräfte, aber auch als Soldatinnen.

Ausgangspunkt der meisten Beiträge bilden naturgemäß Kriegshandlungen, so die Schlachten von Tannenberg, an der Marne, in Gallipoli und Verdun, an der Somme, bei Passchendaele und Carporetto, aber auch der U-Bootkrieg, die „Lusitania“-Versenkung, der Giftgaskrieg und die Bombenabwürfe deutscher Zeppeline auf London. Anhand von Kriegsverbrechen etwa in Belgien und des Völkermordes in Armenien wird der Wandel in diesem ersten weltweiten Krieg beleuchtet, der ungeachtet fixierten Kriegsrechts keine juristischen, geschweige denn moralischen Grenzen mehr kannte. Schließlich wird das historische Geschehen aus der Perspektive politischer und propagandistischer Initiativen diskutiert, wozu einerseits die „patriotisch“-dünkelhafte Erklärung von über neunzig deutschen Intellektuellen und anderseits der Appell der Zimmerwalder Konferenz der sozialistischen Kriegsgegner gehören. In den Beiträgen zur Entstehung der Kriegsindustrien wird auf die Konzentration des Kapitals, astronomische Gewinne sowie die enormen finanziellen Kosten des Krieges hingewiesen. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit der Ernährungslage der Zivilisten und Soldaten.

Das (nicht überraschende) Manko auch dieses Buches sind die Kriegsursachen. Nach Bruno Cabanes und Anne Dumenil sind Europa und dessen maßgebende Politiker nicht in den Krieg hineingeschlittert oder hinein geschlafwandelt (Christopher Clark), sondern getaumelt; es wird vom „zum Teil zufälligen Krieg“ gesprochen. Ohne die Analyse des Wesens des Imperialismus, stehen indes alle Holzwege offen.

Das Buch unterstreicht die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen oder gar über den Kontinent hinausreichenden Abhandlung. Das hat den Verfasser des Vorworts, Gerd Krumeich, zu einem überraschenden Vorschlag veranlasst: Die bundesrepublikanischen Historiker sollten in internationaler Forschergemeinschaft die Möglichkeit untersuchen, ob „eventuell noch im Sommer 1918 Deutschland den Krieg siegreich hätte gewinnen können“. Mit einer solchen Recherche würde man den „Vorwurf vieler deutscher Soldaten, von der Heimat im Stich gelassen worden zu sein, wieder

vertieft diskutieren können“. Der Dolchstoßlegende müsse dadurch nicht Nahrung geboten werden. Welcher bitte sonst? Wesentlicher wäre jedenfalls, dass sich die Fachwelt wieder der in jüngster Zeit aufgegebenen Erörterung der Kriegsursachen zuwendet. Das wäre ein wichtiges, ergiebigeres Thema für die bevorstehenden Konferenzen anlässlich des 100. Jahrestages des Kriegsbeginns.

Bruno Cabanes/Anne Dumenil (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe. Aus dem Französischen von Birgit Lamerzt-Beckschäfer. Theiss Verlag. 480 S., geb., 49,95 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 3. Januar 2014, S. 16.

Für Führer und Volk

Abituraufsätze preisen das Sterben

An einer Berliner Schule ist der Pädagoge Bernhard Sauer auf die papiernen Hinterlassenschaften längst verabschiedeter Schülerjahrgänge aus der Zeit der faschistischen Diktatur gestoßen. Er wählte Abituraufsätze des Steglitzer, altsprachlich orientierten Heese-Gymnasiums für seine Publikation aus, da sie am „vollständigsten und besten“ erhalten waren. Die pädagogische Anstalt in einem Wahlbezirk, in dem schon 1932 über 42 Prozent die NSDAP wählten (bei einem Berliner Durchschnitt von 28,6), dürfte überwiegend von Knaben aus begüterten Häusern besucht worden sein.

Wiedergegeben werden 16 Aufsätze, mit Bemerkungen, Kommentaren und Urteilen der Lehrer. 13 Arbeiten wurden im Vorkrieg, drei im Kriege angefertigt. Die erste aus dem Jahre 1934 ist ein Loblied auf die „Leistungen“ Hitlers für das deutsche Volk im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft. Eine nur Monate nach Kriegsbeginn 1940 gefertigte Arbeit beschreibt die „Kraftquellen des deutschen Volkes“, die den Sieg bringen werden: der Führer, die Volksgemeinschaft, die Verpflichtung der Toten, der Glaube an den Herrgott, der selbstredend auf Seiten der Deutschen sei, und die gute materielle Vorbereitung auf den Krieg. Im letzten Aufsatz, im Februar 1942 geschrieben, wird dargelegt, warum „wir siegen müssen und siegen werden“: „weil wir sonst untergehen“. Alle Arbeiten bieten die hirnlose Wiedergabe der nazistischen Phraseologie. Und zwar so geballt, dass zumindest unter einer von zweiter Lehrerhand vermerkt ist, es fänden sich darin „viele große Redensarten“, während der Erstgutachter das Elaborat mit „sehr gut“ bewertete.

Was die Schüler schrieben, war verinnerlicht. Das betraf auch die „Novemberverbrecher“, den Versailler Vertrag, die Juden und die Kommunisten. Kommt den Bourgeois-Söhnen das Wort „Arbeiter“ in die Feder, fließen daraus Sätze wie die von ihrer angeblichen Hinwendung zu den Nazis 1932, die Hindenburg den Anstoß für Hitlers Berufung gegeben habe, oder die Nebenbemerkung (lange vor Götz Aly), der deutsche Arbeiter sei „glücklich“. Den benotenden Pädagogen schien weniger der politische Inhalt der Aufsätze Unbehagen zu bereiten als deren geistiges Niveau: „nichtssagende Plattheit“, „nicht scharf genug durchdacht“ etc.

Der Herausgeber hat den Aufsätzen weitschweifige eigene historische Betrachtungen nachgestellt. Editorischen Ansprüchen ist damit nicht genügt. Das Literaturverzeichnis suggeriert, in der DDR habe es keine Faschismusforschung gegeben.

Bernhard Sauer (Hrsg.): „Nie wird das deutsche Volk seinen Führer im Stich lassen“. Abituraufsätze im Dritten Reich. Duncker & Humblot. 128 S., br., 29,90 Euro

Neues Deutschland, Freitag, 3. Januar 2014, S. 16.

Wider den Nebel der Sprachbilder

Der Weltkrieg, der später der Erste hieß, war in die Jahre gekommen. Aus den Festtagen, mit denen er im August 1914 in deutschen Städten von auf Straßen und Plätzen zusammengeströmten Menschen begrüßt wurde, waren Werktage geworden und aus ihnen der Alltag von Millionen. Die scherte inzwischen mehr, was sie in die Kochtöpfe tun konnten, als es die Informationen des Heeresberichts taten. Sie sehnten sich nach Frieden.

In jenen Zeiten unterhielten sich zwei Halbwüchsige, Schüler noch, über diesen Krieg, dessen Wahrnehmung sich auch für sie spürbar verändert hatte. Den Anstoß ihres Gesprächs gab ein Brief, den der eine von seinem Vater aus fernem Land, geschrieben in einem Unterstand, erhalten hatte. Er enthielt die Mitteilung, er werde zur bevorstehenden Konfirmation des Sohnes keinen Urlaub erhalten. Das war die Quittung, die der kaiserliche Soldat dafür bekommen hatte, dass er in einem Kreis, in dem er das besser unterlassen hätte, den Krieg als kapitalistischen Schwindel bezeichnet hatte. In dem Brief, den der Empfänger dem Freund vorlas, waren die wenigen, die am Krieg interessiert seien, so aufgezählt worden: „1. die Generale – denn der Krieg ist ihr Handwerk; 2. die Minister – denn sie wollen Belgien und Polen haben; 3. die großen Unternehmer – denn sie verdienen an ihren Granaten Millionen. Diese drei Typen findest Du in allen Ländern. Deshalb geht der Krieg weiter.“ Und auch, fährt der Schreiber fort, weil sie viele Helfer bis zu den Philosophen besäßen, die das Volk betäuben würden, dazu die Pfarrer, die Lehrer, die meisten Redakteure und jene bürgerlichen Dichter, die zu dumm oder zu faul seien, die Wahrheit zu sagen. Es mache sich, erklärt der Vater gegen Ende dem Sohn, den stärksten Vorwurf, dass auch er selbst zu Beginn des Krieges den Lügen aufgesessen sei.

Die Episode erzählt Ernst Glaeser, der 1917 gerade 15 Jahre alt und Schüler eines Gymnasiums war, in seinem 1928 erschienenen Buch „Jahrgang 1902“. Es gehört gemeinsam mit dem ein Jahr zuvor publizierten Roman Arnold Zweigs „Der Streit um dem Sergeanten Grischa“ und dem im darauffolgenden Jahr auf den Buchmarkt gelangten „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque zu den Antikriegsbüchern, die in der deutschen Literatur einen denkwürdigen Platz behaupten. „Jahrgang 1902“ ist eben wieder gedruckt worden.

In der *Weltbühne*, die zwei Kapitel des Buches vorab druckte, hatte Carl von Ossietzky dem Band ein Willkommen geschrieben. Das Buch sei ein „junges Meisterstück“. Es hole nach, was die deutschen Schriftsteller bisher versäumt hätten, schildere es doch, was die Heimat im Krieg war. Ein Menschenalter nach dem Erscheinen des Buches kann der Leser auf andere Gedanken kommen, beispielsweise wenn er bei der eingangsgeschilderten Episode innehält und fragt, ob das Thema, das die beiden jungen Burschen 1917 erregte, die Frage nach den Interessenten am Kriege und deren Antrieben und Zielen, in der heute auf den Markt gelangenden Büchermenge über den Ersten Weltkrieg einen Platz erhält, womöglich gar den ihm gebührenden?

Auf die gleiche Frage mag auch ein Leser von Remarques Roman stoßen, dessen Ich-Erzähler, hungernde und verhungernde russische Gefangene bewachend, sich fragt, wie aufgrund von Entscheidungen einiger Leute Befehle Menschen zu Feinden machten, die einander nichts zu leide getan hätten. Gedanklich dort angekommen, will er weiteres Nachdenken darüber aber aufschieben, „bis der Krieg zu Ende ist“. Das misslingt, denn Tage später und wieder an der Westfront gerät er im Kreis seiner Kameraden, Mitschüler von einst und Arbeiter aus Norddeutschland, Familienväter, in eine Diskussion darüber, „wie eigentlich überhaupt ein Krieg entstehe“. Und es ist ein Bauer, der gegen die psychologisierenden Deutungen der Gymnasiasten auf den Kaiser und die Generale verweist und sagt: „Sicher stecken andere Leute, die am Kriege verdienen wollen, dahinter.“

Eine Prüfung ergibt, dass die Fragen, die an den Krieg der Jahre 1914 bis 1918 von seinen Zeitgenossen gestellt wurden und die ebenso an jeden der heute ausgetragenen zu richten wären, in der zeitgenössischen Literatur und Publizistik dicht eingenebelt werden. Deren Autoren, auf die unmittelbare Vorkriegs-, die sogenannte Julikrise fixiert, gehen „Geheimnissen“ nach wie: Wer, wann, wem, wo, was gesagt oder verschwiegen hat, wer was und wie viel und mit welcher Genauigkeit wusste und wer mehr oder weniger ahnungslos war. Unwissen, Irrtümer, Blindheit, Ratlosigkeit, auch Leichtsinn, Phantasielosigkeit und dergleichen hätten schließlich dahin geführt, dass Europa, nicht

wie es früher hieß, in den Krieg schlitterte, sondern in ihn getaumelt oder schlafwandelnd getappt wäre.

Wenn der bevorstehende 100. Jahrestag dazu beitragen soll, Geschichtsverständnis zu wecken oder zu vertiefen, müssen die Sprachbildernebel gelichtet und an das ferne Geschehen ihm angemessene Fragen gestellt werden.

Ernst Glaeser: „Jahrgang 1902“, hrsg. von Christian Klein, Wallstein-Verlag Göttingen, 390 S., 22,90 Euro

Ossietzky, 2/2014, 4. Januar 2014, S. 37-38.

„Kam Hitler aus dem Weltraum?“

Gespräch. Mit Kurt Pätzold. Über deutschen Imperialismus im 20. Jahrhundert, Kontroversen zum Ersten Weltkrieg und über Ursachenforschung in der Geschichte

Interview: Arnold Schölzel

Wie viele Tote hinterließ der Erste Weltkrieg?

Unmittelbar ungefähr 20 Millionen, darunter etwa zehn Millionen Soldaten. Zu den durch Waffengewalt getöteten Millionen Zivilisten müssen aber die Verhungerten und die medizinisch unzureichend Behandelten noch hinzugerechnet werden. So ergeben sich weitere zehn Millionen Tote. Das sind Schätzungen. Zu berücksichtigen ist, dass die Statistik Russlands nicht sehr exakt war, noch schlechter war die des Osmanischen Reiches.

Läge es nicht nahe, beim Thema Erster Weltkrieg zuerst über diese Opfer zu sprechen? Bis dahin gab es in keinem Krieg der Menschheitsgeschichte solche Ziffern.

Es liegt tatsächlich nahe, damit zu beginnen. Allerdings führt eine solche Betrachtung rasch zu der allgemeinen Einsicht: Krieg ist schrecklich, Frieden ist gut. Gesagt wird dann aber nicht, wie es denn vom Frieden zum Krieg kommt. Genauer: Was sind die Ursachen für einen Krieg dieser Art gewesen?

Um diese Frage kommt keiner herum. Sie ist die Königsfrage an die Geschichte, und nichts berechtigt dazu, ihr auszuweichen. Sie verbindet sich außerdem mit der Frage nach Verantwortung und Schuld, denn Kriege sind nicht Ergebnis irgendeines Automatismus, sondern letzten Endes das Resultat von Entscheidungen konkreter Personen.

Bevor der erste Schuss des Ersten Weltkrieges fiel, war übrigens den Zeitgenossen klar, dass diese Frage auftauchen würde. Und schon damals galt für die Monarchen, die Regierungschefs, die Botschafter und alles übrige Personal: Keiner wollte es gewesen sein. Das erinnert an das „Kriegslied“ von Matthias Claudius aus dem Jahr 1774, das mit dem Vers beginnt: „s’ ist Krieg! s’ ist Krieg!/O Gottes Engel wehre,/Und rede Du darein!/s’ ist leider Krieg –/und ich begehre/Nicht schuld daran zu sein!“ Man sehe sich die Aufrufe Kaiser Wilhelms II. und Franz Josephs I. zum Kriegsbeginn an ihre Völker an. Bei beiden Aufrufen finden sich, man möchte fast sagen, heilige Beteuerungen, dass sie nichts anderes wollten als Frieden. Der hochbetagte Franz Joseph hat das so ausgedrückt, dass er bis an sein Lebensende ein Mann sein wolle, der dafür steht. Nur, fuhr er fort, könne er sich daran leider nicht halten, weil die Nation bedroht sei. Dann folgt ein großes Bedauern.

Das bedeutet: Die Kriegsschuldfrage wurde nicht erst gestellt, als 20 Millionen Menschen tot waren, sondern vor dem Krieg und erst recht nach seinem Beginn. Sie stellte sich natürlich in den Schützengräben, in dem Maße nämlich, wie das Kriegselend den Soldaten völlig bewusst wurde.

Der deutsche und der österreichische Kaiser haben nicht Kriegsverhinderung, sondern das Gegenteil betrieben. War es so einfach: Intern für, nach außen gegen den Krieg?

Das gehört zu der ganzen demagogischen Konstruktion: Wir waren es nicht, es waren die anderen. Dazu muss man wissen, dass nicht nur Kriegsgegner vor diesem Krieg gewarnt haben. Der Begriff Weltkrieg taucht schon 1887 bei Friedrich Engels auf. Aber drei Jahre später hält z. B. der damals 90jährige ehemalige Generalstabschef der preußisch-deutschen Armee, Helmuth von Moltke, im Reichstag eine Rede, die viel weniger zitiert wird als der Text von Engels. Moltke war Abgeordneter und sprach zu Haushaltsfragen. Gegen den Militärhaushalt war er natürlich nicht, warnte aber in dieser Rede klar vor einem Weltkrieg. Der werde mit den Feldzügen unter seiner Führung von 1864, 1866 und 1870/71 nicht vergleichbar sein, das Feuer solle niemand legen. Es hat also unter Weitschauenden, auch unter Militärs, eine Vorstellung davon gegeben, dass sich in der gesamten Kriegsführung etwas ändert – mit furchtbaren Folgen. Moltkes Neffe, Helmuth von Moltke der Jüngere, 1914 Generalstabschef, gehörte nicht zu den Vorausschauenden. Er hätte gut daran getan, sich dieser Rede seines Onkels zu erinnern.

Schuld und Verantwortung für diesen Krieg lassen sich ziemlich klar zuordnen. Beherrschend in der gegenwärtigen Literatur scheint aber die These zu sein, dass die Frage danach und überhaupt nach

Ursachen überflüssig ist. Diese Meinung vertritt vor allem der australisch-britische Historiker Christopher Clark, der sein Buch „Die Schlafwandler" mit dem Untertitel versah „Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog". Bei der Buchvorstellung in Berlin betonte er, dass ihn vorrangig das Wie interessiere, das Warum enge nur ein. Warum wird diese „Königsfrage", wie Sie sagen, heute so einfach beiseite gelegt?

Dass ein Historiker mit einer solchen These auftritt, kann man mehr oder weniger dem Zufall zuschreiben. Interessant wird die Sache erst, wenn eine solche These aufgenommen wird, wenn klar wird, ob sie als grotesk oder als zu vernachlässigen abgelegt wird oder ob sich daran eine Diskussion entzündet. Für die These von Clark gilt nicht einmal, dass sich an ihr eine Diskussion entzündet. Sie ist einfach verbreitet worden, und zwar als eine neue Erkenntnis ...

... der Verlag wirbt mit der Behauptung für das Buch, es beinhalte die „bahnbrechende Erkenntnis", dass nicht das deutsche Kaiserreich „die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs" habe.

Man könnte fast einen Preis für denjenigen aussetzen, der nachweist, dass irgendwo gegenwärtig eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Thesen des 1999 verstorbenen Hamburger Historikers Fritz Fischer zur deutschen Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg gefordert oder vorgenommen wird. Die findet aber nicht statt. Es wird so getan, als hätte sich Fischers Auffassung durch langes Liegen erledigt. Der Name Fischer kommt bei Clark ganz am Ende seines Buches ein einziges Mal vor. Auch diejenigen, die Fischer in ihren Büchern nennen, stellen sich keiner Diskussion. Der Militärhistoriker Gerd Krumeich rief dem Buch Clarks beim Erscheinen der englischsprachigen Ausgabe 2012 in der Süddeutschen Zeitung ein Willkommen zu und knüpfte daran die Frage, ob man die Fischer-These nicht als erledigt ansehen müsse. Im Gegensatz zu jenen, die sich da keine Mühe gemacht haben, haben diejenigen, die Fischer verteidigen, das mit Argumenten getan, z. B. Volker Ullrich in der Zeit.

Wie kann man sich erklären, dass eine solche These wie die Clarks, die in seinem Buch keineswegs bewiesen wird, solche Verbreitung findet? Alle sind danach in irgendeiner Weise schuldig, und alle sind in ähnlicher Weise auch wieder unschuldig – das ist wie ein Schmierfilm. Clark führt eine riesige Liste von Leuten an, die es wirklich gegeben hat, sowie ihre unterschiedlichen Rollen. Aber wenn es um die Frage geht, warum haben sie diese Rollen gespielt, warum haben sie sich so und nicht anders entschieden, dann wäre die nächste Frage: Von welchen Interessen und Ideen wurden sie dabei geleitet? Danach wird schon nicht gefragt, es genügt angeblich das Wie, wie sie ihre Rollen gespielt haben. Das plätschert an der Oberfläche der Geschichtsprozesse hin, Tiefgang kommt da nicht. Bleibt die Frage, wie zu erklären ist, dass das Buch zum Bestseller hochgejubelt wurde, dass Clark als Redner viel gefragt ist? Dazu habe ich nur eine Vermutung.

Wie lautet die?

Das kommt all denen recht, die – wo es irgend geht – die deutsche Geschichte einer Reinigungskur unterziehen wollen. Das bedeutet: Es war auch ein Verdienst Fischers, die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in der deutschen Geschichte als eine Einheit zu sehen. Das hatte sich durchgesetzt. Dazu gehört, die Verbindung zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg, zwischen imperialistischen Interessen am Jahrhundertbeginn und imperialistischen Interessen in der Umformung bei Hitler herzustellen. Dazu gehört, sich mit der gesamten Geschichte auseinanderzusetzen. Sich davon zu verabschieden, läuft, ob gewollt oder nicht, darauf hinaus, dass zu einer Betrachtung der deutschen Geschichte zurückgekehrt wird, in der Hitler von irgendwo aus dem Weltraum einmarschiert ist. Wer auf die Vorgeschichte verzichtet, macht ihn zu einem einmaligen Fehltritt, denn ansonsten sind wir Deutsche ganz normale Leute. Man hätte angesichts der Forschung meinen könne, ein solcher Versuch der Rückdrehung sei aussichtslos. Aber angesichts der Kräfte, die das gegenwärtig befördern, zögere ich zu sagen, das werde ohne Wirkung bleiben.

Ein Beispiel, wie schon einmal etwas als Neuerung in der Geschichtsbetrachtung angekündigt wurde, war die Debatte 1996 um das Buch „Hitlers willige Vollstrecker" von Daniel Goldhagen. Da ließ sich mit einiger Sicherheit sagen, das verraucht und verrauscht, es handelt sich um eine absonderliche

Mode. Im Fall von Clark und anderen aber, die versuchen, eine solche Säuberung an der deutschen Geschichte zu vollziehen, hat das einen Bezug zu den Ansprüchen, die die Bundesrepublik Deutschland heute stellt.

Es gibt aber auch eine Kontinuität der Auseinandersetzung mit Fischers Thesen. Sein Buch „Griff nach der Weltmacht" von 1961 löste eine Kontroverse aus, in der es genau um dieses Thema ging: den deutschen Imperialismus in der ersten Jahrhunderthälfte. Nun sagt auch der Spiegel, Fischers These habe sich durchgesetzt, werde aber nun durch neue Erkenntnisse korrigiert. Erleben wir eine Wiederholung der Debatte aus den 60er Jahren?

Die Provokation lag schon im Titel von Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht". Unter deutschen Zeitgenossen war doch klar: Hitler – das und nur das – war der Griff nach der Weltmacht. Ein Buch mit diesem Titel schlug eine Brücke zum Ersten Weltkrieg, die es so nicht geben sollte. Fischer hat in der Auseinandersetzung mit der konservativen Gruppe von Historikern, seinen hauptsächlichen Gegnern, gesiegt. Sie hielten an „Vaterlandsverteidigung", „Abwendung von Bedrohung" und ähnlichem fest. Für sie war er ein Renegat, also jemand, der besonders verwerflich gehandelt hatte und entsprechend behandelt werden musste.

Woran will man messen, ob sich eine These durchgesetzt hat? Ich glaube, es gibt ein Maß – das sind die Schulgeschichtsbücher. Ich habe mir einige wenige angesehen, und dort ist die Tendenz eindeutig: Die besondere Rolle des Kaiserreiches bei der Herbeiführung dieses Krieges wird zumindest bisher vermerkt. Es gab eine Dominanz dieser These.

Dann stimmt die Behauptung des Spiegel?

Ja, sie ist weitgehend richtig, das heißt: Es war so. Ein sicheres Zeichen dafür ist, dass das Thema in der Wissenschaft nicht mehr Gegenstand irgendwelcher Debatten ist. Es ist daher schon überraschend und ein Geschenk – das wird auch so formuliert –, dass ein australischer Historiker angeblich etwas Neues herausgefunden hat. Wie man sich aber als Historiker hinstellen kann und sagen, das Warum hat mich nicht interessiert, ist mir schleierhaft. Denn auf dem Wege zum Warum – das ist jetzt eine Übertreibung – wird Geschichte erst richtig interessant, da liegen die Herausforderungen für Historiker. Und sich eines solch großen Themas anzunehmen und zu sagen, das Wie hat mich interessiert, das Warum aber nicht – dies ist schon merkwürdig.

Noch merkwürdiger ist: Selbst wenn ich der These, Deutschland habe bei der Herbeiführung dieses Krieges eine herausragende Rolle gespielt, nicht voll zustimme, bedeutet das nicht, der weitergehenden These Clarks zu folgen. Sie äußert sich in der Frage, ob überhaupt die Verursachung von Kriegen zu erforschen sei, ob man da nicht auf Holzwege kommt. Sein Buch erschien 2012 auf Englisch, und damit kommt eine ganze Reihe von Leuten in der Welt in Betracht, die Beifall klatschen, wenn nicht danach gefragt wird, wer an Kriegen schuld ist. Die einen sitzen in New York, andere sitzen in Israel, und die Dritten sitzen da oder dort. Er könnte so ja mal über den Zweiten Weltkrieg schreiben. Dann wäre er aber in die Nähe einer politischen Richtung geraten, in der er sich bestimmt nicht wiederfinden will. Aber die Frage für den Ersten Weltkrieg ablehnen und für den Zweiten nicht – das geht nicht.

Für heutige Kriege wird aber genau das versucht: Die Frage nach Urhebern und Ursachen nicht zur Sprache kommen zu lassen bzw. wieder zu behaupten, die andern waren es.

Zwei Dinge sind zu unterscheiden, die munter durcheinandergebracht werden. Erstens: Was ist die Verursachung eines Krieges? Zweitens: Was löst ihn aus? Und das sind zwei ganz verschiedene Geschichten. Reden wir über die Verursachung, müssen wir über Widersprüche zwischen imperialistischen Mächten sprechen und über diejenigen, die bereit waren, das äußerste Risiko einzugehen, die sich auf einen Krieg vorbereiteten und eine Atmosphäre schufen, in der Krieg eine reale Möglichkeit war, weltpolitische Ansprüche durchzusetzen. Diese Atmosphäre herrschte im deutschen Kaiserreich, das bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen war.

Neben den Interessen muss es aber auch die Bereitschaft zum Krieg geben, sonst passiert nichts. Erst dann kommt die Frage: „Wann explodiert das?" Dafür benötige ich einen Auslöser, der kann mir

recht für meine Pläne sein, muss es aber nicht. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo passte 1914 den Deutschen in ihre Generalpläne. Das bedeutet aber nicht, dass die Führungsgruppe eines Regimes gleichsam einen Fahrplan bis zum ersten Schuss hat. Sie haben allgemeine Vorstellungen, was sie mit einem Kriege durchsetzen wollen, was sie für einen Sieg benötigen und was für sie ein günstiger Anlass für den Kriegsbeginn ist. Für den brauchen sie immer den Beweis, dass sie nicht angefangen haben.

Muss man noch die Kriegsziele zu diesen Voraussetzungen hinzuzählen, 1914 z. B. die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter deutscher Führung? Den Zustand haben wir heute.

Es scheint auch ohne Weltkriege zu gehen. Damals lagen die Kriegszielprogramme in verschiedenen Fassungen vor – mal mehr, mal weniger weitreichend. Vor allem galt aber: Der Appetit kommt beim Essen. Da wird argumentiert: Eigentlich hatte Deutschland keine Ziele, als der Krieg auf einmal über das Land gekommen war, als er „ausbrach“ – ein schöner Ausdruck für einen Kriegsbeginn. Erst da hat man sich gesagt, wenn wir den Krieg führen und gewinnen müssen, dann wollen wir auch was dafür haben. Als sei dieses Kriegsziel das Produkt von fünf bis sechs Wochen Krieg. Dabei hatte der spätere Kanzler Bernhard von Bülow 1897 klar im Reichstag gesagt: Wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne. Was damit gemeint war, war ebenso klar: Wir sind mit dem, was wir in Afrika schon haben – Deutsch-Südwest, Togo, Kamerun – nicht zufrieden, wir wollen mehr. Klar war auch, dass das mittelafrikanische Kolonialreich wesentlich auf belgische Kosten entstehen sollte. Das geschah vor dem Hintergrund einer ökonomischen Entwicklung Deutschlands, die tatsächlich Wirtschaftswunder genannt zu werden verdient.

Es ist gar keine Frage, dass die Deutschen nicht die einzigen waren, die imperialistische Interessen hatten. Diese Konkurrenten wollten dem deutschen Reich nichts wegnehmen, aber die Bäume dieses deutschen Imperialismus auch nicht in den Himmel wachsen lassen. Die Bereitschaft, sich militärisch zur Wehr zu setzen, war bei Frankreich und Großbritannien eindeutig. Die Frage ist nur, wer in diesem Prozess die vorwärtstreibende Rolle gespielt hat. Das ist der Kern der Angelegenheit, und alle Vorstöße Clarks gehen am Ende fehl.

Es wird nicht abgehen ohne die Feststellung, dass die Deutschen auf die Durchsetzung ihrer so verstandenen Interessen aus waren. Hinzu kommt etwas anderes: Je mehr die Vorkriegskrise sich zuspitzte, umso mehr Einfluss hatten die Militärs. Das war z. B. bei Hitler nicht so. Die deutsche Kriegskonzeption war seit 1905: Wir müssen die Ersten und die Schnellsten sein. Das ging im Schlieffen-Plan bis hin zu dem Wahnsinn, dass Soldaten pro Tag 40 Kilometer marschieren müssten. Der Punkt ist aber, wenn eine Führungsgruppe den Entschluss zum Krieg gefasst hat, dann beginnen die Militärs zu drängen: Wir müssen in Luxemburg und in Belgien einmarschieren, die Krise darf sich nicht ewig hinziehen, die anderen mobilisieren schon usw. Ab einem bestimmten Punkt spielen die Militärs eine entscheidend vorwärtstreibende Rolle.

Noch einmal zurück zum heutigen Umgang mit dem Ersten Weltkrieg. Mir scheint es auf etwas wie im Märchen hinauszulaufen: Es hat einmal imperiale Interessen gegeben, aber es gibt sie nicht mehr. In heutigen Kriegen schon gar nicht.

Wir wissen: Die heutigen Interessen, die angeblich die Weltpolitik bestimmen, sind die Verbreitung von Demokratie, der Kampf gegen antihumanistische Bestrebungen und gegen Terrorismus. Mehr nicht. Wir hatten allerdings einen Bundespräsidenten, der erklärt hat, wir hätten auch ökonomische Interessen. Die Art und Weise, wie darauf reagiert wurde – seine Ablösung – zeigt, wo wir stehen.

Diese Gesellschaft ist in ihrem Streben nach Frieden „glückssüchtig“, hat der jetzige Präsident gesagt.

Richtig, es geht nur noch um moralisch hochwertige Begriffe und das Bedauern darüber, dass sie nicht rasch und weltweit durchgesetzt werden können. Dann unterstützen wir dummerweise zwar in Thailand diejenigen, die die Demokratie abschaffen wollen, aber wir haben ja Wladimir Putin in Moskau, einen machtbewussten Diktator. Dass da irgendwelche anderen realen Interessen dahinterstehen können und auch, ja, Reaktionen auf die, ist klar. Beim Zerfall der Sowjetunion hat der Westen

einen gigantischen ökonomischen Reibach gemacht – den hätte kein Krieg eintragen können. Aber jetzt kommt Putin und gefährdet das, was sie schon glaubten, ganz zu haben. Wer Generationen ohne Begriffe wie Interessen aufwachsen lässt, der hat die komplette Kapitalismusherrschaft erreicht. Denn Voraussetzung für den Kampf gegen eine bestimmte Herrschaftsform ist, dass ich ihren Mechanismus verstanden habe. Daher hat der Streit, wie Dinge benannt werden, einen tiefernsten Grund. Wäre diese Art des Umgangs mit Begriffen in der Technik üblich, gäbe es Unfälle am laufenden Band.

junge Welt, 11.01.2014, Seite 1 (Beilage).

Ich begehr, nicht schuld zu sein

Auf der Schwelle eines neuen Gedenkjahres – Wer begann den Ersten Weltkrieg?

Hierzulande lässt sich keine Jahresschwelle überschreiten, ohne dass sich Gedanken auf einen bevorstehenden Tag richten, der in Geschichtskalendern hervorgehoben ist. Im eben zu Ende gegangenen Jahr war dies die Völkerschlacht bei Leipzig vor zweihundert Jahren. Nun, 2014, richtet sich der Blick auf jenen ersten Augusttag, da es ein Jahrhundert her sein wird, dass der Krieg begann, der von den Deutschen zunächst der Weltkrieg genannt wurde, bis er 1941 die Nummerierung „Erster“ erhielt. Hinter dem Geschehen des Zweiten Weltkrieges verblasste die Erinnerung an die Jahre von 1914 bis 1918. Das betraf auch die wissenschaftliche, kritische Beschäftigung.

Nur eine Minderheit von Außenseitern des Faches und von Publizisten sowie Schriftsteller und Künstler hatten in der Weimarer Republik begonnen, die Ursachen des Ersten Weltkrieges, die Rolle des Deutschen Kaiserreiches sowie die Urheber, Autoren und Interessenten an den verfolgten, aber gescheiterten Eroberungsplänen bloßzulegen. Vor ihnen lag ein Lügengebirge, an dessen Errichtung bereits in den ersten Stunden des Krieges gearbeitet worden war, wovon die Erklärungen des Hohenzollern Wilhelms II. und des Habsburgers Franz Joseph. zeugen, die gleichlautend beteuerten, ihnen habe nichts mehr am Herrscherherzen gelegen als der Friede. Tatsächlich wurden Millionen Deutsche und Österreicher glauben gemacht, sie zögen in einen Verteidigungskrieg. Zehntausende taten das freiwillig und begeistert und meinten, sie wären Weihnachten wieder zu Hause.

Nach Kriegsende entbrannte der Streit um Kriegsursachen und Kriegsschuld angesichts der Millionen Toten und des Massenelends erst vollends. Angestachelt wurde er durch jenen Artikel 231 des Versailler Vertrages, der Deutschland und seine Verbündeten zu alleinigen Urhebern des Krieges erklärte und folglich deren Gegner als Opfer des Angriffs erscheinen ließ. Damit wurde nicht nur eine propagandistische Festschreibung vorgenommen, sondern vor allem der Anspruch auf wiedergutmachende Reparationen begründet. Diese These war genauso falsch wie die von Deutschlands Unschuld. Vor allem erleichterte sie deutschen Legendenbildnern die Polemik.

Schon in der Weimarer Republik verfügten die über die stärkeren Bataillone und Mittel, welche vom Verteidigungskrieg, vom Dolchstoß und dem „im Felde unbesiegten“ Heer redeten und schrieben. In den Nazijahren beherrschten diese Legenden die Staats- und Parteipropaganda. Hitler rühmte sich in „Mein Kampf“, schon 1920 in Massenversammlungen in München zum Thema gesprochen zu haben, zu Zeiten, als sich angeblich keiner dafür interessierte. Er habe über „die wahren Ursachen des Weltkrieges“ wieder und wieder Vorträge gehalten. In ihnen verfocht auch er die These von Deutschlands Unschuld, doch verband er sie mit einer Kritik und behauptete, die außenpolitische Devise der kaiserlichen Politik habe gelautet: „Erhaltung des Weltfriedens mit allen Mitteln“. Deutschland sei „Opfer einer Weltkoalition“ geworden, die zum Weltkrieg entschlossen war. In einer Rede 1939 betonte er zudem, gerade amerikanische Staatsrechtler, Historiker und Geschichtsprofessoren hätten nachgewiesen, „dass Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges genauso schuldlos war, wie irgendein anderes Volk“. Eine verwandte Fassung dieses Bildes von gleicher Schuld oder Unschuld aller Beteiligten ist nun wieder in Verkehr gebracht ...

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die Aufmerksamkeit der im Kaiserreich ausgebildeten und in den Nazijahren auf ihren Universitätsposten gebliebenen Historiker auf das letzte Völkermorden gerichtet, das eingedampft wurde auf die Formel von „Hitlers Krieg“. Ein Wandel trat in der Bundesrepublik erst Anfang der 1960er Jahre ein, als der Hamburger Universitätsprofessor Fritz Fischer mit Forschungen hervortrat, die das Lügengebäude über die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges ins Wanken und zum Einsturz brachten, Vorkriegsträume und -pläne deutscher Imperialisten wiedergab und die Frage nach der Kontinuität imperialistischen Machtstrebens im Denken und Handeln deutscher Eliten aufwarf („Griff nach der Weltmacht“, 1961). Die faschistische Diktatur erschien nicht mehr als bloße Abirrung deutscher Geschichte.

Aufgenommen von seinen Schülern und einer neuen Historikergeneration setzte sich in der Bundesrepublik das Bild von Deutschlands besonderer oder hauptsächlicher Verantwortung für den im

August 1914 begonnenen Krieg durch. Dazu trugen Forschungen bei, die in der DDR eine Gruppe junger marxistischer Historiker leistete. An kritische Publikationen aus Weimarer Zeiten und dem Exil anknüpfend, begann sie am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften eine mehrbändige Darstellung, ein Verdienst vor allem von Fritz Klein, Joachim Petzold und Willibald Gutsche. So war ein halbes Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg in beiden deutschen Staaten ein nicht vollkommen identisches, aber in vielem verwandtes Bild von seiner Vorgeschichte entstanden, das später Ergänzungen erfuhr, aber dessen quellengestütztes Fundament niemand in Zweifel zog.

Nun jedoch wird wieder der Versuch gemacht, den Anteils des Kaiserreichs am Ausbruch des Krieges aus jener subjektiv idealistischen Perspektive zu deuten, die Männer die Geschichte machen lässt und das Geschehen als Ausfluss des Denkens und Entscheidens weniger Akteure ansieht. Ausgeblendet werden Fragen nach den gesellschaftlichen Wurzeln des Krieges, den ihn hervorbringenden und beherrschenden Interessen. Die Verdächtigen seien ermittelt und vorgestellt. Doch der Schein trügt.

Der Umfang der publizistischen Produktionen, die bereits im gerade zu Ende gegangenen Jahr aus der Feder von Historikern oder Autoren, die sich ebenfalls für sachkundig halten, erschienen, lässt Staunen. Allein in Deutschland und Österreich kamen schon mehr als zwei Dutzend Monografien auf den Markt. Sie sind nur das Vorspiel. Aufwendig gestaltete Ausstellung wurden bereits eröffnet oder werden vorbereitet. Wissenschaftliche Konferenzen haben stattgefunden, weitere sollen folgen. Von Staatswegen veranstaltete Erinnerungsrituale sind angekündigt, vorwiegend auf Soldatenfriedhöfen in Frankreich und Belgien, wo die Mehrheit der Menschen mordenden Schlachten stattfand und der Kriegsausgang letztlich entschieden wurde.

Neben diesem zunehmenden Aufwand vollzieht sich ohne lärmende Töne der Versuch, das inzwischen unter der Mehrheit der Deutschen akzeptierte, schwer errungene Bild von der Vorgeschichte des Weltkrieges zu revidieren. Das besagt: (1.) Der Krieg ging aus den Widersprüchen und Rivalitäten imperialistischer Großmächte hervor, von denen die einen ihre Macht mehren, andere die Ihre behaupten wollten. (2.) Das Deutsche Kaiserreich, nach seiner Gründung 1871 Großmacht geworden, wollte Weltmacht werden und dessen Eliten gedachten, den Weg dahin durch einen Krieg frei zu machen. (3.) Nicht nur dessen führende Militärs fürchteten, dass sie den günstigsten Zeitpunkt dafür verpassen könnten, zumal die Gegner im Osten wie im Westen sich zur Abwehr dieses Anspruchs rüsteten. Insofern kam ihnen der in Sarajewo mit dem Attentat auf Österreichs Thronfolger gegebene Anlass für die Auslösung des Krieges gerade recht und bestimmte deren vorwärtstreibende Rolle während der so genannten Julikrise 1914 und die Art ihrer „Lösung“ mit den Kriegserklärungen an Russland und Frankreich. Kurzum: An die Stelle der verzeichnenden Bilder von der Un- oder der Alleinschuld des Kaiserreiches war ein die Realität widerspiegelndes gesetzt worden, dass den Großen Krieg aus den aufeinanderprallenden imperialistischen Interessen der Großmächte hervorgehen und in der zivilen und militärischen Führung Deutschlands einen herausragenden Akteur sieht.

Nun aber erschien 2012 in London ein vom australischen Historiker Christopher Clark verfasstes Buch unter dem Titel „The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914“. Im Jahr darauf war es ins Deutsche übersetzt („Die Schlafwandler“). Die Reklame empfahl es mit der Hervorhebung, es stelle infrage, „was bisher als Konsens unter Historikern galt, dass Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges trägt“. Das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchung“ bestünde darin, „dass man tatsächlich Abschied nehmen kann von der so lange quasi sakrosankten These, dass in erster Linie die Weltmachtambitionen Deutschlands Europa in den Abgrund gestoßen hätten“. Die Schuld oder Unschuld des Kaiserreiches am Absturz in den Krieg war demnach nicht größer oder kleiner als die anderer Großmächte.

In der bürgerlichen Presse erhob sich ein Chor der Lobschreiber. Clark selbst stellte sein Buch vielerorts vor, ließ sich in Fernsehen und Rundfunk interviewen, geriet gar in die politischen Nachrichtensendungen zur Hauptzeit. Auch vermeintlich versierte Journalisten schienen Schwierigkeiten zu haben, sich zwischen Allein-, Mit- und Hauptschuld zu Recht zu finden. Einsprüche wie von Volker Ullrich in der „ZEIT“ blieben zunächst einsame Wortmeldungen.

Clark hat aber nicht nur die Kriegsschuldfrage in einer Weise beantwortet, die alle Deutschen befriedigen dürfte, die ihr schönes Bild von der Bundesrepublik nicht durch Verweise auf „dunkle Kapitel deutscher Geschichte“ beeinträchtigt sehen wollen. Er hat zudem, und diese größere Herausforderung ist merkwürdigerweise nicht angenommen worden, die Frage gestellt: „Ist es wirklich nötig, dass wir ... eine Rangordnung der Staaten nach ihrem jeweiligen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch aufstellen?“ Darauf folgt statt einem Ja oder Nein eine Liste von Nachteilen und Gefahren, die bei der Untersuchung dieser Frage lauern würden, darunter „anklägerischer Ansatz“, Bestimmung von Aktionen als geplant und absichtsvoll und die Nennung von Verantwortlichen. Welches Urteil fiele aus Clarks Perspektive über die Richter und Ankläger der Prozesse in Nürnberg und Tokio? Bei letzterem waren seine Landsleute beteiligt.

1764 dichtete Matthias Claudius: „S’ist Krieg, s’ist leider Krieg – und ich begehr nicht schuld daran zu sein“. Das Gedenken an den Ersten Weltkrieg kann sinnvoll sein, wenn es nicht bei Ritualen und unverbindlichen Beteuerungen der Friedensliebe bleibt und dem Geschehenen auf den Grund gegangen wird. Das könnte den Blick auf die Gegenwart schärfen und den Nebel teilen helfen, der vor die Kriege unserer Zeit gelegt wird.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. Januar 2014, S. 25.

Vorboten eines Jahrestages

Der Roman „Im Westen nichts Neues“, der 1929 auf dem deutschen Buchmarkt erschien, wurde bald in viele Sprachen übersetzt und machte seinen Autor Erich Maria Remarque in der Welt weithin berühmt. Vorausgegangen war die Veröffentlichung als Fortsetzungsserie in der *Vossischen Zeitung*. Nun liegt eine Neuausgabe vor, ein früher Vorbote des 100. Jahrestages des Beginns des Weltkrieges, der später der Erste genannt werden musste. Der Band zeichnet sich zusätzlich durch einen aufschlussreichen Anhang aus. Thomas F. Schneider analysiert die Entstehungsgeschichte des Werkes. Außerdem sind Vorarbeiten Remarques, sie setzten 1917 ein, wurden dann aber ein Jahrzehnt unterbrochen, abgedruckt. Dann folgen Passagen, die im Manuskript zu lesen waren, das der Autor beim Ullstein-Konzern eingereicht hatte, die er dann aber auf dessen – die mildeste Formulierung wäre wohl – Anregung änderte. Abgemildert wurde eine „kriegskritische Aussage“, die sich nun und erstmals in ihrer ursprünglichen Fassung lesen lässt.

Doch selbst die abgemilderte Passage forderte noch schärfsten Protest all derer heraus, die ein Jahrzehnt nach Kriegsende das Gemetzel als hehren und edlen Akt der Verteidigung des Vaterlandes feierten und die Kriegsunschuld Deutschlands wieder und wieder beteuerten. An der Spitze dieser Millionen stand Reichspräsident von Hindenburg, der letzte Chef der Obersten Heeresleitung, an ihrem Ende die im Kriege und nach ihm um die Wahrheit Betrogenen, die sich an Denkmälern mit rühmenden Inschriften für die Heldensöhne und deren Mahnung an die „Kommenden“ einfanden. Allein das naturalistische Bild, das Remarque von dem Menschenschlachthaus und der Art, wie in ihm getötet und gestorben wurde, gab, reichte, dass er denen in das politische Konzept geriet, die auf den Tag der Revanche und der Rache sannen. Das Buch war eine Anklageschrift gegen den Krieg, doch sie blieb anonym. Wo Gedanken des Ich-Erzählers oder Gespräche der Soldatengruppe, der er angehört, sich zu Kernfragen vorarbeiten, wie denen nach Verursachern und Nutznießern, heißt es, man dürfe besser nicht weiterdenken und nicht weiterreden. Immerhin aber wird scharf zwischen dem am Kriege uninteressierten arbeitenden Menschen und jenen unterschieden, die für ihn waren, die Militärs und die Regierung und die – auch unbenannt Bleibenden – die hinter ihnen standen. Und dann am Schluss des Buches werden Tatsachen ins Feld geführt, vor denen die Legende vom „im Felde unbesiegten“ Heer als nichts denn eine dreiste Lüge erscheinen musste.

* * *

In vielen Publikationen, die der bevorstehende Jahrestag gleichsam vorauswirft, wird immer wieder auch die Haltung von Wissenschaftlern und Künstlern bei Kriegsbeginn erörtert, auf Freiwilligenmeldungen bekannter oder berühmter Deutscher verwiesen, werden Äußerungen ihrer Kriegsbegeisterung zitiert, dann aber auch Zeugnisse der Ernüchterung und der Korrektur. In einem Hörbuch kommen Schriftsteller selbst zu Wort, die Zeitzeugen des Weltkrieges waren, jedoch aus unterschiedlichen Perspektiven und nach verschieden langen Lebenswegen. Die älteste ist die 1871 geborene Rosa Luxemburg, die aus dieser Reihe biographisch herausragt, aber nicht mit analytischen Äußerungen zitiert wird, sondern mit ihrem wohl berühmtesten Brief aus ihrer Gefängnishaft, zu der sie als unbeugsame Kriegsgegnerin verurteilt worden war. Als jüngste Zeugen werden aufgerufen: Ernst Glaeser, der 1914 gerade 12, und Bertolt Brecht und Erich Maria Remarque, die 16 Jahre alt waren. Von den beiden entkam Brecht dem Militärdienst, Remarque aber geriet noch in die Hölle der Westfront und wurde schwer verwundet. 14jährig erlebte Anna Seghers den August 1914, Jahre später leistete sie Kriegsdienste als Sozialhelferin und Krankenpflegerin.

Es ließen sich die Textauszüge der Genannten, dazu die von Richard Dehmel, Ernst Toller, Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn, Georg Trakl, August Stramm, Klabund, Friedrich Wolf, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Hans Fallada und Kurt Tucholsky besonders Pädagogen zur Verwendung in Schulen empfehlen, doch müssten sie sich mit den zur Erschließung der Texte notwendigen Informationen selbst versorgen. Denn im nachlässig fabrizierten Begleitbüchlein fehlen Auskünfte über die Fundstellen des Gelesenen ebenso wie Angaben über Zeitpunkt und Situation, in denen das Zitierte entstand.

Den Einstieg gibt ein Gedicht Richard Dehmels, eine Glorifizierung des eben begonnenen Krieges mit dem Vers „denn Glück heißt Opfermut“. Ähnlich Tollers erste Kriegseindrücke, der sich, nach Abweisungen, in München als Kriegsfreiwilliger angenommen sieht und fürchtet, der Sieg werde so schnell errungen sein, dass der Krieg ohne seinen und seiner Kameraden Einsatz zu Ende sei. Auch Egon Erwin Kisch, ein Korporal der K.-u.-k.-Armee, aus dessen Tagebuch zitiert wird, drängte es an die Front. Doch als er die ersten Zeugnisse der Grausamkeit wahrnimmt, setzt ein anderes Denken ein. Nicht nur in ihm vollzieht sich ein Wandel vor allem unter dem Eindruck zweier Erlebnisse: der Wahrnehmung des Krieges als ein Schlachthaus, dessen Opfer Menschen sind, und der – in jeder Zeitung zu machenden – Entdeckung, dass über das, was dieser Krieg ist, gelogen und gelogen wird, bis hin zu den unverschämten Falschmeldungen in den Heeresberichten. Die nie an die Front mussten wie Ernst Glaeser beobachten im eigenen Lebensort den Pfarrer als Todesboten, nehmen die Morgenblätter als „Zeitungsfriedhof“ wahr und schaudern beim Anblick der Kriegsopfer, die ein Lazarettzug herantransportiert, manche sterbend. Zeitlich spannt sich der Bogen bis zu einem aus dem Abstand von zehn Jahren unternommenen Blick auf die Hinterlassenschaft des Krieges im jahrelang umkämpften Verdun und auf Menschen und Landschaften in dessen Umfeld. Vielstimmig bezeugt die Sammlung das Kriegsgrauen. Ihre Herausgeber haben sich jedoch auf die Frage nach den Ursachen des Krieges und die in ihm verfolgten Ziele nicht eingelassen, wiewohl sie sich da nicht an andere Autoren hätten wenden müssen.

Erich Maria Remarque: „Im Westen nichts Neues“, in der Fassung der Erstausgabe mit Anhang und einem Nachwort hrsg. von Thomas F. Schneider, Kiepenheuer & Witsch, 360 S., 15 Euro; „1914-1918 – Große Autoren erzählen vom Ersten Weltkrieg, Buchfunk Verlag, 2 CDs, 153 Minuten, 19,90 Euro.

Ossietzky, 3/2014, 18. Januar 2014, S. 91-93.

Deutsch geht anders

Die Programme politischer Parteien sind nicht zur sprachlichen Stilbildung bestimmt und jedenfalls keine Unterrichtshilfe für die Lehrerinnen und Lehrer der deutschen Sprache an den allgemeinbildenden Schulen. Sie müssen aber auch keinen Leitfaden für weitere Verstümmelungen oder Verhunzungen der Sprache bieten, sie auch nur mitmachen oder anregen. Ihre Autoren tun gut, wenn sie auf die Übernahme allerlei unsinniger, aber modischer Reklamefloskeln verzichten, mit denen die Bürgerschaft tagein und tagaus überschwemmt wird. Zu denen gehört „geht anders".

Das ist nicht der Ruf eines Pädagogen, gerichtet an seine an einem langen Wandertag sich dahinschleppenden Schutzbefohlenen, die ihre Beine nicht heben, sondern dahinschlurfen. Nein. „Geht anders" ist zu einer Allerweltswendung geworden. Ein Journalist belehrt seine Leser: „Kritik geht anders." Wahrsager verheißen: „Zukunft geht anders." Spezialisten der Käuferanlockung versichern, dass auch nachhaltige Kundenwerbung „anders geht". Gewerkschaftskreise von Ver.di monieren: „Gerechtigkeit geht anders." Ein Verein, der für die Gelenkigkeit seiner Mitglieder sorgt, ermutigt sie mit: „Hiphop geht anders." Und die Autorin eines Romans gar hat ihrer Schrift den verheißungsvollen Titel „Liebe geht anders" gegeben. Und aus dem Streit darüber, wie unseren lieben Kleinen angenehm beigebracht werden soll, was sie so fürs Leben brauchen, ist der Aufschrei hervorgegangen: „Lernen geht anders!"

Was sagt uns das alles? Offenkundig gibt es im Leben immer eine Alternative, weniger akademisch gefasst: „Leben geht anders." So sahen auch die Verfasser des Programms die Sache an, das der Partei Die Linke Richtschnur ihres Wahlkampfes für das Europaparlament sein soll. Sie stimmen in den Chor der Sprachpfleger mit der Losung „Europa geht anders" ein und erkoren sie zur Hauptüberschrift. Dafür musste nichts erdacht werden, das hatten andere vordem schon geleistet. Doch muss das nicht heißen, dass abgeschrieben wurde.

Vorzug der Programmatik: ihre Allgemeinverständlichkeit – sieht man von volksfernen Intellektuellen und jenen Mitbürgern ab, die sprachlich in den Niederungen des Deutschen noch nicht angekommen sind. Jedenfalls drückt sie Anpassung aus. Und eine Entfernung. Wovon? Das ermisst, wer sich jenes Satzes erinnert, der einst das Programm einer jedenfalls linken Partei einleitete. Er lautet: „Ein Gespenst geht um in Europa." Mussten die beiden Verfasser ihre Adressaten so bildhaft anstrengen, andere womöglich erschrecken? Konnten sie ihnen nicht einfach und beruhigend schreiben „Europa geht anders"?

Ossietzky, 4/2014, 1. Februar 2014.

Bis zum letzten Marschierer

Woher kam der Erste Weltkrieg? Ein alter Bestseller, neu aufgelegt: „Jahrgang 1902“ von Ernst Glaeser

Eine Ausgabe dieses Buches geriet mir aus dem schmalen Bücherbestand meines Vaters vor sieben Jahrzehnten in die Hände. Die Mehrheit dieser seiner Besitztümer hatte er im Garten eines Genossen vergraben. Bedenke ich es heute, gehörte dieser Band auch zu jenen, die besser nicht vor die Augen der Schnüffler der neuen Machthaber kamen. Denn die Faschisten hatten am 10. Mai 1933 auch ihn in die Flammen geworfen. Seitdem waren zehn Jahre ins Land gegangen und das Kriegsende erkennbar nicht mehr fern. Und dieses Buch erzählte mir vom Weltkrieg, der nun der Erste hieß, denn es tobte nun und noch immer der Zweite.

„Jahrgang 1902“ war im Jahr 1928 erschienen, nur wenige Monate bevor der Druck von Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ in der Vossischen Zeitung begann. Der Band wurde ein Bestseller und erlebte die Übersetzung in zwanzig Sprachen. Sein Autor gehörte selbst zum Geburtsjahrgang 1902, war also, als der Krieg begann, gerade zwölf Jahre alt. Er, Sohn aus bürgerlichem Hause, sein Vater war Amtsrichter, lebte in der hessischen Kleinstadt Butzbach, wo aus dem einstigen landgräflichen Schloss eine Kaserne geworden war. Hier bestaunte er, was später als „Augusterlebnis“ verklärt werden sollte. Zu seinem Glück war der Krieg zu Ende, bevor auch er den kaiserlichen Rock anziehen musste, der für Millionen Männer das Totenkleid wurde. Er hatte ihn als Gymnasiast verbracht, jedoch als ein scharfer Beobachter und mit denkendem Kopf.

Zu denen, die das Buch des 26jährigen begrüßten, zählte Carl von Ossietzky. Er sei, bekannte er in seiner Besprechung, womöglich nicht der richtige Rezensent, denn er habe sich schon, als er den Text vor seiner Drucklegung hatte lesen können, in ihn „verliebt“. Zwei Kapitel bekamen Leser der Weltbühne vorab zu Gesicht. In diesem Buch, das Ossietzky ein „junges Meisterstück“ nannte, werde dargestellt, was Schriftsteller bislang vernachlässigten: wie der Krieg in der Heimat war. Das geschah aus der Perspektive eines Heranwachsenden, dem, je länger der Krieg dauerte, deutlich wird, in welche Zustände die Welt der Erwachsenen ihn und seine Altersgenossen gestürzt haben. Niemand hatte sie auf dieses Geschehen vorbereitet, nicht die Eltern, nicht die Lehrer, auch nicht die Pfarrer. Sie hatten ihnen und sich selbst eine Zukunft vorgegaukelt, die mit der Realität wenig bis nichts zu tun hatte. Und dann, als die Kriegserklärung Deutschlands an Russland und Frankreich bekanntgegeben wurden und die Kriegserklärung Englands an das Kaiserreich eintraf, erlebten diese Burschen ihnen bislang Unvorstellbares. Gestern Verfeindete lagen sich heute in den Armen. Der Bourgeois, der eben noch mit dem Proletarier kein Wort gewechselt haben würde, gab diesem ein Bier aus und der wieder prostete seinem Spender zu. Der Kriegsbeginn wurde mancherorts gefeiert wie ein Fest und eines der Versöhnung obendrein.

Doch wurden aus den wenigen „Festtagen“ schier endlos anmutende Werktage. Es sind nicht mehr die offiziellen Heeresberichte, die das Thema des Tages bilden, sondern das tut die Frage, woher etwas zu bekommen ist, das den Hunger stillt.

Und dann ist da die Frage, woher dieser Krieg gekommen ist und warum er weiter und weiter geführt wird. Zu den Höhenpunkten des Buches gehört das Gespräch, dass der Ich-Erzähler mit einem seiner Kameraden führt, dessen Vater in einem im Unterstand geschriebenen Brief dem Sohne auseinandersetzt, wer durch diesen Krieg gewinnt und wer an ihm verdient. Der Schreiber ist, ohne dass der Autor es gesondert anmerken musste, ein Sozialdemokrat und macht sich den ärgsten Vorwurf seines Lebens daraus, dass er sich bei Kriegsbeginn selbst auf die falsche Seite stellte. Inzwischen ist er zu jener Position zurückgekehrt, die er einst verfochten hatte.

Dass dieses Buch im Nazireich aus dem Verkehr gezogen wurde, versteht sich angesichts der von Staats wegen seit dem ersten Kriegstag 1914 verbreiteten Legende von der Vaterlandsverteidigung von selbst. An ihr hielten nicht nur die Mordspatrioten von Hindenburg bis zum letzten Marschierer in den Kriegerbünden fest. Auch von jenen, die wie der Feldpostbriefe schreibende Vater Grund genug hatten, sich zu ihren Rollen in ein kritisches Verhältnis zu setzen, schwiegen die meisten.

Ernst Glaesers Buch, eben neu verlegt, gehört mit dem früher erschienenen Arnold Zweigs „Der Streit um den Sergeanten Grischa“, dem erwähnten Buch Remarques und auch mit Ludwig Renns „Krieg“, das ebenfalls 1928 veröffentlicht wurde, zu den herausragenden Werken der deutschen Antikriegsliteratur. Daran ändert auch nichts, dass sein Autor später die Ideen verriet, die er in „Jahrgang 1902“ verfochten hatte. Bücher haben ihre eigene Geschichte, und sie sind so wenig zurückzunehmen wie das gesprochene Wort.

Ernst Glaeser: Jahrgang 1902, herausgegeben von Christian Klein, Wallstein-Verlag Göttingen 2013, 390 S., 22,90 Euro.

junge Welt, Dienstag, 04.02.2014, S. 13.

Wege eines Aufklärers

Nachruf. Zum Tod des Politikwissenschaftlers und Historikers Reinhard Kühnl

Am 10. Februar 2014 hat die Lebensuhr des Reinhard Kühnl aufgehört zu schlagen. Morgen werden sich in Marburg in der Friedhofskapelle am Rotenberg Freunde, Kollegen, einstige Studenten, Mitstreiter, Weggefährten versammeln, um sich an der Seite seiner Frau Elke von ihm zu verabschieden. Und auf wie vielerlei Weise sie sich an ihn auch erinnern mögen, es wird den meisten ein Mann vor Augen stehen, hinter einem Rednerpult, vor sich zwei oder drei Zettel, auf denen er die Stationen seines Vortrags notiert hatte, der binnen kurzem seine Zuhörer zu fesseln vermochte, sie durch die Logik seines Gedankenweges ebenso beeindruckte wie durch die Fähigkeit, Kompliziertes allgemeinverständlich und einprägsam auszudrücken, ohne es zu vereinfachen. Ohne dass ich ihn das je zitieren hörte, er hielt sich an Kurt Tucholskys Ratschläge für einen guten Redner: „Hauptsätze. Hauptsätze. Hauptsätze." Und hinter dem, was er sagte, standen unbezweifelbar eine Überzeugung und eine Haltung. Er sprach, was heute gar bei Schauspielern eine Erwähnung wert ist, deutlich und im unverwechselbaren Ton seiner böhmischen Geburtsstadt, und das, ohne je laut zu werden.

Doch der Vortragende in Hörsälen der Marburger Universität, auf wissenschaftlichen Tagungen, an Volkshochschulen, vor Teilnehmern von Lehrerweiterbildungen, Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften vielerorts in der Bundesrepublik, also vor unterschiedlichem Publikum, das sich von ebenso verschiedenen Vereinen, Verbänden und Gesellschaften einladen ließ – das war nur der halbe Mann. Vor diesen Auftritten lag die Kärrnerarbeit in der Studierstube und ein selbst auferlegtes Pensum von Schriftlichem, von Aufsätzen für Zeitschriften und Zeitungen, von Manuskripten für Bücher. Der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet für die Jahre von 1965 bis 2003 insgesamt 93 Schriften, die er verfasste oder herausgab oder an deren Produktion er sonst beteiligt war. Unter ihnen einige mit sechsstelligen Auflagenhöhen.

Forschungsfeld Faschismus

Reinhard Kühnl hat als Politologe und Historiker ein weites Feld beackert. Es reicht zeitlich vom Ausgang der Novemberrevolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und widmet sich in einer speziellen Studie den Zukunftsplänen des Exils, des Widerstands und der alliierten Siegermächte für das militärisch geschlagene Nazideutschland. Eine Ausnahmestellung nimmt die Arbeit über Deutschlands Entwicklung seit der Französischen Revolution ein, die der bis heute diskutierten Frage nach dem „deutschen Sonderweg" nachging. Ein zweites Gebiet waren historisch-politische Fragen der Geschichte der Bundesrepublik und dabei vor allem die Entwicklungen der Kräfte am äußersten rechten Rand ihrer Gesellschaft. Zu den Arbeiten, die er in Marburg zum Zwecke seiner Habilitation vorlegte, zählte eine Abhandlung über die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei (NPD). Ein drittes Terrain bildeten seine Analysen der geistigen Entwicklung im westdeutschen Staat und insbesondere jener Prozesse, die sich in den Geschichtswissenschaften vollzogen. Dazu gehören Beiträge, deren Gegenstand der „Historikerstreit" war. Der war entbrannt, als der Versuch unternommen wurde, den Ursprung und die Vorgeschichte des Massenmordens an den europäischen Juden aus der deutschen Geschichte in die der Sowjetunion zu exportieren. Reinhard Kühnl hat die Geschichtswissenschaft, was ihre Funktionen, wesentlichen Gegenstände, Wirkungen, Gebrauchsweisen und Missbräuche anbelangt, als politische Wissenschaft angesehen. Und er ging davon aus, dass politische Fragen von Gewicht sich ohne die Kenntnis ihrer Geschichte nicht tiefgründig beantworten lassen. Wo begann der Lebenspfad, auf dem sich solche Hinterlassenschaft findet?

Reinhard Kühnl wurde in dem westböhmischen Dorf Schönwerth (heute ein Ortsteil des tschechischen Kraslice) am 25. Mai 1936 geboren. Die Ortschaft bewohnten Menschen, Katholiken zumal, die mehr nach Wien denn nach Berlin blickten. Seine Eltern gehörten zu den Klein- oder richtiger Kleinstbauern, mit einer „Mütze Wind" hinterm Haus, in Worten: mit vier Hektar Feld und ebenso viel Hektar Wald. Hier hat er Fortbewegung nicht nur auf den eigenen Beinen gelernt, sondern auch auf Skiern. Dann gehörte er zu denen, die mehr als andere Landsleute den Krieg und was die Deutschen in Europa angerichtet hatten, mochten sie daran direkt beteiligt gewesen sein oder nicht, mit

dem Verlust ihrer Heimat zu bezahlen hatten. Sein Lebensweg wurde der eines Umsiedlers. Er führte nach Westen.

Die Familie fand eine neue Bleibe auf einem Weg über ein Aufnahmelager im Hessischen, und Reinhard gelangte an eine zur Hochschulreife führenden Schule in Nidda. Dann begann er sein Studium in Marburg, wo er sich der Geschichte, Politikwissenschaft, Germanistik und Soziologie widmete. Nach Semestern in Wien kehrte er dahin und in das Umfeld der Schüler Wolfgang Abendroths zurück. Die Entscheidung darüber, wo sich Reinhard Kühnl wissenschaftlich beheimaten würde, fiel mit dem Thema und während der Arbeit an seiner Dissertation, die er 1965 vorlegte und die im darauffolgenden Jahr als Buch veröffentlicht wurde. Ihr Gegenstand, „Die nationalsozialistische Linke 1925-1930“, war jene Gruppe, an deren Spitze Otto Strasser stand und die sich 1930 mit einer Erklärung unter dem Titel „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“ von der von Hitler diktatorisch geführten Partei trennte, ohne dass die Abspaltung je größeren Einfluss gewinnen konnte. Das Thema führte ihn nicht nur in die Frühgeschichte der faschistischen Partei, bevor ihr der Durchbruch bei den Reichstagswahlen 1930 zur Massenpartei gelang, sondern es war eng mit Fragen nach Wesen und Charakter der politischen Bewegung verbunden, die ein italienisches Vorbild besaß, ohne dessen Abziehbild zu werden. Faschismustheorien wurden von da an das zentrale Forschungsfeld Kühnls, und das in dreifachem Sinne: Zum einen durch die Aufnahme der materialistischen Faschismusanalysen aus der Zeit der Republik und vor allem des Exils, dann in den Auseinandersetzungen mit den in der bürgerlichen westdeutschen Historiographie offerierten Deutungen des Faschismus sowie drittens und hauptsächlich durch die Fortentwicklung der marxistischen Faschismustheorie und die Überwindung ihrer Unzulänglichkeiten und Dogmatisierungen.

In feindlicher Umgebung

Diese Arbeiten hat Kühnl in einer seinen methodologischen Ansatz nicht nur ablehnenden, sondern ihm feindlichen Umgebung geleistet. Deren Vertreter hielten sich nicht an akademische Umgangsformen. Sie zeigten ihm bald ihre Instrumente, die von der politischen Verdächtigung bis zur wissenschaftlichen Diffamierung reichten. Nur trafen sie auf keinen Schreckhaften. Dabei schien es ihnen noch als das Geringste, dass er sich, was übrigens nicht nur Marxisten tun, des Begriffs Faschismus bediente, während bis in die Schulbücher der Etikettenschwindel „Nationalsozialismus“ durchgesetzt wurde. Doch nichts haben die Klopffechter der bürgerlichen Gesellschaft ihm mehr verübelt als die Konsequenz, mit der er nach dem sozialen Boden fragte und forschte, auf dem dieses Unheil sich entwickeln konnte, und dass er es im Boden eben dieser Gesellschaft wurzeln und aus ihr hervorwachsen sah. Wer das tat oder heutigen Tages tut, ist ein Fall für den Verfassungsschutz, jedenfalls für den bayerischen. In dessen Verständnis wird damit die beste aller denkbaren menschlichen Ordnungen herabgesetzt und angefeindet.

Kühnl hat die Herrschafts- und staatlichen Organisationsformen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft untersucht und zwischen ihnen zu unterscheiden gelehrt, so dass er an zwei Fronten kämpfte. Zum einen gegen jene, die den deutschen Faschismus mehr oder weniger als das Produkt eines historischen Zufalls ansehen und ihn gleichsam als ein fremdes Implantat in die deutsche Geschichte missverstehen. Zum anderen gegen den Mangel an Unterscheidungsvermögen zwischen den staatlichen Ausprägungen und Formen dieser Gesellschaft, der sich beispielsweise im inflationären Gebrauch des Terminus Faschismus äußerte, der so – ähnlich der Verwendung der Begriffe Totalitarismus oder Extremismus – als ein politischer Knüppel gehandhabt wurde.

Zu den Fragen, die Kühnl ausdauernd erforschte, gehört die nach den Beziehungen zwischen den traditionellen Herrschaftsschichten der deutschen Gesellschaft, deren Einfluss und Macht sich auf ihr wirtschaftliches Schwergewicht gründet, und der aufkommenden Führergruppe der NSDAP, zu deren Faustpfand der Massenanhang umso mehr wurde, je ärger die Befürchtungen des großen Kapitals und des Grundbesitzes wurden, dass ihnen die Macht entgleiten oder entrissen werden könnte. Auch hier gegen Vereinfachungen argumentierend, bezog Kühnl für seine Darstellung des Verhältnisses von Partei und Kapital und dessen Wandel Anregungen aus der Bonapartismus-Theorie. Zugleich entwickelte er eigene Vorstellungen vom Zusammenwirken der wirtschaftlichen und politischen Führungs-

kräfte, das er als ihr Bündnis bezeichnete. Damit hat er unter materialistischen Historikern auch Widerspruch gefunden, jedenfalls aber Diskussionen angeregt, deren Ergebnis ihnen half, die zählebigen Verleumdungen, sie würden in Hitler und seiner Führungsgruppe einzig Agenten des Kapitals erblicken, zurückzuweisen.

Marburger Schule

Kühnl hatte sich 1971 in Marburg auch habilitieren können, nachdem Versuche gescheitert waren, die von ihm dafür vorgelegten Schriften als wissenschaftlich wertlos herabzusetzen und das Verfahren zum Scheitern zu bringen. Im gleichen Jahr erhielt er die Ernennung zum Professor. 1973 nahm er, eingeladen von Walter Grab, eine Gastprofessur in Tel Aviv an. Bald stand sein Name, verglichen mit der vorherrschenden Praxis an anderen westdeutschen Universitäten, für eine alternative Ausbildung von Studenten. Um ihretwillen kamen viele am wissenschaftlichen Verständnis von Politik und Geschichte interessierte junge Leute nach Marburg. Sie folgten einer Anziehungskraft, die schon und fortdauernd von Wolfgang Abendroth ausgegangen war, der dort schulbildend gewirkt hatte. Mit Kühnl, Georg Fülberth, Frank Deppe und anderen fand diese Marburger Schule eine Fortsetzung. Sie galt ihren Gegnern als ein aus der Universitätslandschaft der Bundesrepublik zu beseitigender Fremdkörper. Tatsächlich hofften diese, als nach 1990 die marxistischen Wissenschaftler in Berlin-Ost und von Jena bis Rostock auf dem Wege der „Erneuerung“ ihrer Universitäten Zug um Zug entlassen wurden, auch die Marxisten und Sozialisten an den höchsten Lehranstalten im Gebiet der Altbundesrepublik loszuwerden. Das scheiterte, weil dafür das notwendige Sonderrecht nicht geschaffen werden konnte. So hat Kühnl bis zu seiner Emeritierung 2001 weiter lehren können. Für die Zeit danach waren ihm hinreichend Kräfte geblieben, vor Zuhörern zu reden und mit ihnen zu diskutieren. Anlässlich des 8. Mai 2005, da wurde an das 60 Jahre zurückliegende Kriegsende und die Zerschlagung des Faschismus erinnert, hat er an 20 Orten in der Bundesrepublik gesprochen. Auch an der Ehrung seines Lehrers Abendroth anlässlich von dessen 100. Geburtstag war er 2006 noch als einer der Sprecher beteiligt. Bald darauf jedoch machte ihn ein unaufhaltsam fortschreitender Krankheitsprozess unfähig, auf diese Weise weiter tätig zu sein und öffentlich hervorzutreten. Schließlich verstummte er, erst als Autor und Lehrer, dann in den letzten Jahren auch im Wortsinn.

Die meisten Jahrzehnte im Leben von Reinhard Kühnl lagen in Zeiten des Kalten Krieges und unter der Drohung, dass der in einen heißen, und das hieß in einen mit Atomwaffen ausgetragenen dritten Weltkrieg umschlug. Mit diesem Zustand hat er sich nicht abgefunden. Weder als Wissenschaftler – er legte Publikationen vor, die sich mit der Geschichte der Friedensbestrebungen befassten –, noch als politischer Bürger. Es gehört zu seinen Verdiensten und denen derjenigen, an deren Seite und an deren Spitze er stritt, den Protest gegen die Aufrüstung und namentlich gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik wieder und wieder zur Sprache gebracht und auf Straßen und Plätze getragen zu haben. Das beinhaltete seit den siebziger Jahren die Pflege von Arbeits- und politischen Kontakten mit Wissenschaftlern in der Deutschen Demokratischen Republik, die in mehrfacher Hinsicht das Zusammentreffen mit Geistesverwandten war. Jena, ein Mekka der Faschismusforscher im ostdeutschen Staat, wurde für Kühnl zur wohl meistbesuchten Stadt jenseits der Grenze. Er war nicht der einzige, aber vielleicht der regelmäßigste Teilnehmer an jenen alljährlichen Kolloquien, die auf Initiative Manfred Weißbeckers stattfanden und in denen Ergebnisse geleisteter Forschungen vorgetragen und Projekte für künftige vorgestellt wurden. Kühnls Beiträge gaben darüber hinaus ein Bild von Kontinuität und Wandel des geistig-politischen Zustands der westdeutschen Gesellschaft und der Rolle der Geschichtswissenschaften.

Notwendige Organisation

Zu den vielen Tätigkeiten des politischen Wissenschaftlers gehörte sein Beitrag zur Herstellung friedfertiger Beziehungen der Bundesrepublik zur benachbarten Tschechoslowakei – und das zu Zeiten, da von Revanchisten geführte Organisationen jeden Schritt zur Normalisierung des zwischenstaatlichen Verhältnisses sabotierten. Kühnl unterstützte die Arbeit jener nach dem Volksfrontmodell in Bremen entstandenen Gruppe, die sich Lidice-Initiative nannte. Ihre Gründer waren bremische Pastoren, Gewerkschafter, Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Die Gruppe traf

sich mit tschechischen und slowakischen Partnern in Kladno, Prag, Bratislava, Bremen und, auch das ging auf Kühnls Teilnahme zurück, zu einer Tagung in Marburg.

Schon diese unvollständige Aufzählung besagt, dass Reinhard Kühnl ein Schwerarbeiter war. Nicht aus irgendeinem Zwang oder aus Fanatismus oder Sucht. Er lebte wie viele, die über alle Enttäuschungen hinweg davon überzeugt blieben, dass diese Welt besserungsfähig ist und dass, wer dazu beitragen kann, es auch gemeinsam mit seinen Gesinnungsgenossen anpacken soll. Das schloss für ihn das aus der Geschichte gewonnene, in ihren Abläufen immer wieder bestätigte Wissen ein, dass dafür Kooperation und Organisation unerlässlich sind. Daraus erwuchs ein weiteres seiner Arbeitsfelder, sein Einsatz für die Gründung des Bundes demokratischer Wissenschaftler und seine vieljährige Mitwirkung in dessen Leitung.

Bei all dem wurde er nicht ein hastiger, getriebener, seine Kräfte in Dauerarbeit verbrauchender Zeitgenosse. Er hat sich in keiner Lebensphase solchen Genüssen verweigert, die eben nicht auf Kosten anderer gingen. Er war ein Radwanderer von Ausdauer. Er liebte es, sich in Österreichs Bergen skilaufend zu erholen. Er, ein im Nebenfach studierter Germanist, besaß eine Vorliebe für die Lyrik, die so weit reichte, dass er Freunden Gedichte vorlas und vortrug, die ihm gefielen – zu denen gehörten u.a. die Bert Brechts, Rainer Maria Rilkes, Albert Chamissos und Gottfried Benns – und von denen er meinte, dass sie auch seine Zuhörer erreichen könnten.

Erinnerungen an Tote verbinden sich mit Begegnungen, Erlebnissen, Gesprächen, mit der schriftlichen Hinterlassenschaft ihrer Arbeit – und dies alles verknüpft sich mit Bildern. Unter den meinen, die aus dem Leben Reinhard Kühnls herrühren, ist dieses: In einem Hotel im damals jugoslawischen Zagreb sitzen sich nach einem anstrengenden Konferenztag er und Wolfgang Ruge, Historiker am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaftler der DDR und vor allem durch seine Monographien zur Geschichte der Weimarer Republik ein engerer Fachkollege, gegenüber. Sie kämpfen. Ihre Waffen sind Schachfiguren. Das Spiel am Brett verrät etwas vom Charakter beider. Aufgeben war nicht ihre Sache. Das ist mehr als ein Vierteljahrhundert her. Jugoslawien, unser Gastgeberland, existiert nicht mehr. Wolfgang Ruge verstarb 2006. Nun gehört auch Reinhard Kühnl zu den Toten. Was bleibt? Am Ende doch nur das, was die Lebenden aufnehmen und fortsetzen. Es entscheidet sich daran, ob sie Wege suchen und beschreiten, die Reinhard Kühnl fand und ging. Es waren, sollte ich es in einem Wort sagen, die eines Aufklärers.

Auswahl seiner Publikationen:

Die nationalsozialistische Linke 19251930. Meisenheim am Glan, 1966 (Dissertation, Universität Marburg, 1965.

Die NPD: Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Berlin 1967; gemeinsam mit Rainer Rilling, Christine Sager: Die NPD: Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Frankfurt am Main 1969.

Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus: Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918. München 1969.

Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus, Faschismus. Reinbek bei Hamburg 1971.

Totalitarismus: Zur Problematik eines politischen Begriffs (gemeinsam mit Martin Greiffenhagen, Johann Baptist Müller). München 1972.

Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln 1975.

Faschismustheorien: Ein Leitfaden. Reinbek bei Hamburg 1979; aktualisierte Neuauflage. Heilbronn 1990.

Der Faschismus: Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung. Heilbronn 1983.

Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie. Ein Lehrstück. Reinbek bei Hamburg 1985

Nation Nationalismus nationale Frage: Was ist das und was soll das? Köln 1986.

Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“. Dokumentation, Darstellung und Kritik. Beiträge zum Historikerstreit. Köln 1987

Gefahr von rechts: Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten. Heilbronn 1990.

Deutschland seit der Französischen Revolution: Untersuchungen zum deutschen Sonderweg. Heilbronn 1996.

junge Welt, Donnerstag, 13.02.2014, S. 10.

Nur der Gegner ist niederträchtig

Lügen und Legenden – eine vergleichende Studie zur Kriegspropaganda

Das Thema, dem sich Klaus-Jürgen Bremm annahm, hat schon viele Historiker beschäftigt, vor allem in Staaten, die als Großmächte am Ersten Weltkrieg beteiligt waren. Und das hat sie alle schließlich zur Frage geführt, welchen Anteil die Propaganda am Verlauf und dem Ausgang des Krieges tatsächlich besaß. Sie bleibt unklar mangels verlässlicher Angaben darüber, was sie bei Millionen Menschen an den Fronten und im Hinterland, das es damals noch gab, bewirkte.

Bremm entschied sich für eine vergleichende Perspektive. Dabei steht die Konfrontation der britischen und der deutschen Propagandapraxis nach Inhalten, Methoden und Organisationsformen im Vordergrund. Doch sind auch den Anstrengungen in Frankreich und den USA eigene Kapitel gewidmet, nicht aber denen in der K. u. K. Monarchie, im Osmanischen Reich und in Russland. Nachgespürt wird den Gemeinsamkeiten wie den Unterschieden in der Inlands- wie der Auslandspropaganda der Kriegführenden.

Zu ersteren gehört durchweg das Interesse der regierenden und herrschenden Kreise und Schichten, keine Kriegsschuld zu tragen, die eigenen Kriegsziele als hehr und edel und die der Gegner als niedrig und verächtlich darzustellen und das eigene Volk zu den größten Kriegsanstrengungen zu bewegen – sei es als Soldat oder als Zivilist. Dazu kam selbstredend, den Glauben an den „eigenen“ Sieg zu stärken, wozu gehörte, die eigene Kriegslage, verhieß sie wenig Gutes, zu verschweigen oder mindestens aber zu beschönigen. Jenseits der Grenzen des jeweiligen Staates galt der propagandistische Aufwand Versuchen, in neutralen Ländern keine Parteinahme für die Feinde entstehen zu lassen und in den gegnerischen Reihen geistige und emotionale Unruhe zu stiften oder – besser noch – gar Kriegsverweigerung zu erreichen.

Die Urteile, die aus diesen Vergleichen für die deutsche Propaganda entstehen, sind bunt. An die Masse gerichtet war sie zunächst der britischen überlegen. Hinsichtlich ihrer Überzeugungskraft im Ausland, neutral oder feindlich, stand sie jedoch bereits nach den ersten beiden Kriegsmonaten auf aussichtslosem Posten. Dafür sorgte das Bekanntwerden deutscher Kriegsverbrechen vor allem in Belgien, Geiselnahmen, Erschießungen und Morde selbst an Frauen und Kindern, Brandstiftungen und Brandschatzungen. Das gab den Boden für die Gegenpropaganda von den „Barbaren“ und „Hunnen“ des deutschen Kaisers und machte selbst Übertreibungen und Erfindungen von Gräueltaten glaubwürdig. Mehr noch aber wurde die deutsche Reklame dadurch unwirksam, dass sie keine eigenen Kriegsziele anzugeben vermochte, die außerhalb des Reiches irgendjemanden beeindrucken und zur Zustimmung veranlassen konnte.

Die Schwäche auch der neuen Arbeit liegt darin, dass nicht einmal abschätzend versucht wird, die Reichweite der Propagandainstrumente zu beurteilen. Es ist kaum etwas von der Auflagenhöhe von Zeitungen und Zeitschriften, dem Verbreitungsgebiet von Flugblättern, der Kenntnisnahme von Meldungen und Kommentaren in den Schützengräben oder Besucherzahlen in Kinos, die Kriegsfilme zeigten.

Unter den an der Propaganda beteiligten Personen besetzen in der Abhandlung Schriftsteller und Wissenschaftler einen (verdienten) vorderen Platz. Doch stehen die Staatsoberhäupter, man denke an die beteuerte Friedensliebe Kaiser Wilhelms II. und seines hochbetagten Wiener Kollegen, die Regierungschefs und Minister dahinter zu weit zurück. Widerspruch dürfte des Autors These hervorrufen, wonach die Kriegspropaganda kaum Stimmungen und Haltungen erzeugt, sondern die vorhandenen, spontan in den Massen entstandenen nur verstärkt habe. Sie erledigt sich, wenn man sich der jahrelangen Einstimmung der Millionen Deutschen lange vor Kriegsbeginn erinnert. Schließlich, sein Spezialgebiet verlassend, vertritt Bremm die abstruse These, dem Nachfolgestaat des deutschen Kaiserreiches wäre eine Hypothek erspart geblieben, wäre die deutsche Kapitulation nicht so plötzlich erfolgt und man den Krieg, wenn auch militärisch aussichtslos, noch an der Rheingrenze fortgesetzt hätte. Da schwingt ein später Wunsch nach burgfriedlichem Eintritt in die Republik mit. Wohin Versuche, Originalität zu bezeugen, so alles führen?!

Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg. Theiss, Darmstadt 2013. 188 S., geb., 24,95 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 14. Februar 2014, S. 16.

Schöneres Selbstbild

Von Sinn und Zweck einer Revision: Warum mit Christopher Clarks Band zum Ersten Weltkrieg, „Die Schlafwandler“, an deutscher Geschichte geputzt wird

Es kommt immer wieder vor, dass sich ein Wissenschaftler bei seinen Forschungen in eine Idee verliebt, weniger Wohlwollende mögen sagen: verrennt. Meist, früher oder später, sterben solche Einfälle im Gespräch mit Kollegen. Und nicht so selten gehen selbst vom im Ganzen Verworfenen noch Anregungen aus. Anders setzt sich die Sache fort, wenn sich an einen abwegigen Gedanken, der etwa durch eine Buchveröffentlichung über den Kreis der Fachleute hinaus publik geworden ist, Interessen knüpfen lassen, die außerhalb des Bereichs der Wissenschaft existieren. Das ist der aktuelle „Fall Christopher Clark“, der eines Historikers, und dies wiederum ist kein Zufall. Die Nähe der Geschichtswissenschaft zur Politik wird ernsthaft nicht mehr bestritten, und also haben die Jünger der Clio zu entscheiden, wie sie sich in dem daraus entstehenden Spannungsfeld bewegen.

Verzicht auf Warum-Frage

Der in Großbritannien lehrende australische Forscher hat in jahrelangen Recherchen die diplomatische Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges erforscht. Mit dieser Arbeit stellte er sich in eine lange Reihe, aus der sein Buch jedoch deutlich herausragt, hervorstechend durch neue und weitläufige Archivstudien in vieler Herren Länder, die einen Polyglott zur Voraussetzung hatten. Dabei hat Clark, wie er nicht nur eingestand, sondern betonte, das „Wie“ der Entstehung des Krieges mehr interessiert als das „Warum“. Das ist außergewöhnlich, denn erst der Grundsatz „Rerum cognoscere causas“ (den Dingen auf den Grund gehen) führt auch zu den Ursachen und den Verursachern geschichtlicher Entwicklungen, und deren Aufdeckung gilt als so etwas wie die Krönung einer Forscherarbeit.

Was Clark als das Hauptergebnis seiner Fahndungen gilt, hat er zudem im Haupttitel seines gelehrten Buches ausgewiesen. Er fand heraus, dass die Staatsoberhäupter, Politiker und Diplomaten, also das ganze Personal, das für den Weg in das Massenmorden verantwortlich zu machen ist, in diesen Krieg hineintappte wie Schlafwandler. Dieses Begriffs hatte sich vor ihm noch niemand bedient. Es war die Rede vom „Hineinschlittern“ und „Hineintaumeln“, vom „Sprung ins Dunkle“ und ähnlichem gewesen. Mit diesen älteren Bildern weist dasjenige des Australiers jedoch eine unverkennbare Verwandtschaft auf. Sie alle ignorieren die Tatsache, dass Kriege erstrebt werden, um Interessen durchzusetzen und Ziele zu erreichen, wie exakt oder wie ungefähr sie auch bestimmt sein mögen. Das geschieht wachen Sinnes, wobei man sich Chancen für die eigenen Pläne ausrechnet. Noch niemand hat sich in einen Krieg gestürzt, um ihn zu verlieren. Was in der Phase von Kriegsvorbereitungen an Unwissen, Uninformiertheit, Selbstüber- und Geringschätzung der Gegner, also an Fehlkalkulationen, im Spiele sein mag, was davon Beteiligte später mitunter eingestehen oder sich aus überlieferten Akten ermitteln lässt, dies alles ändert nichts an der Existenz von Interessen, nicht nur von Einzelpersonen, sondern von sozialen Gruppen, und daraus erwachsenden Zielvorstellungen. Kriege werden auch nicht um ihrer selbst willen begonnen.

Über die Antriebe, die das Handeln derer bestimmten, die den Krieg als Möglichkeit der Politik, als Weg zur Erreichung ihrer Interessen ansahen und beschritten, wird von den Beteiligten hingegen meist geschwiegen. Sie sind nicht vorzeigefähig, sondern eher entlarvend. So blieben die Nebelwerfer, die seit Kriegsbeginn Granaten mit der Aufschrift „Vaterlandsverteidigung“ verschossen, in Stellung und Aktion, als der 1914 von den beiden Kaiserreichen, dem habsburgischen und dem hohenzollernschen, begonnene Krieg verloren war und die deutsche Geschichte in der Weimarer Republik angekommen war.

Doch die Wahrheit kam herfür. Wenn auch nur mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, gelangte sie bis in die Schulbücher der Bundesrepublik: Es sei die im Deutschen Reich herrschende gesellschaftliche Elite, bestehend aus Zivil- und Militärpersonen, gewesen, die zur Verteilung der Filetstücke des Erdballs zu spät gekommen war. Sie habe sich bewaffnet, um den öffentlich verlangten „Platz an der Sonne“ zu erstreiten. Und dies allen Warnungen zum Trotz, an denen es selbst in ihren eigenen Kreisen und Cliquen nicht fehlte. So geriet das Kaiserreich in einen Krieg gegen drei europäische

Großmächte, in dem diese ihre imperialistischen Pfründe und Interessen gegen ein Deutschland behaupten wollten, das sich binnen drei Jahrzehnten zu einer Großmacht entwickelt hatte und nun auf Kosten anderer Weltmacht werden wollte. Nichts von Rechnungen und Gegenrechnungen bei Clark. Schlafwandler tappten auf der Bühne der Weltpolitik herum, und irgendwo war da das tödliche Moor, der Krieg.

Im Dienst der Politik

Wenn Historiker das Vokabular ihrer Disziplin verlassen und sich der Begriffswelt der Naturwissenschaften bedienen, und das geschieht ständig auch im Blick auf den historischen Platz des Ersten Weltkriegs („Urkatastrophe", „Urknall"), ist Vorsicht angeraten. Und die gilt doppelt, wenn ein geschichtlicher Vorgang mit einem Begriff aus der Neurologie beschrieben wird, wenn die Akteure zu einer Sorte von harmlosen und bedauernswerten Kranken erklärt werden, die meist nicht aggressiv ist, sondern sich auf ihren nächtlichen Gängen vor allem selbst der Gefahr von Verletzungen aussetzt. Der Vergleich mit dem Somnambulismus trägt an Erkenntnis nichts bei, aber er hat den Vorzug, die Akteure von jeglicher Verantwortung für das freizusprechen, was sie in der Weltgeschichte angerichtet haben. Ganz hat das Clark offensichtlich nicht gewollt und durch seine Forschungen auch nicht als gerechtfertigt angesehen. Doch glaubte er sich zu dem Urteil berechtigt, dass die Schlafwandelnden in Berlin und Wien nicht weniger und nicht mehr für die Millionen Toten und Verkrüppelten, die Verwüstungen von Städten und Landschaften, die Last, die sie den Nachfolgenden aufbürdeten, verantwortlich seien als die Schlafwandler in Petersburg, London und Paris.

Das ergab ein Revisionsangebot wider ein Geschichtsbild, das zuerst in der deutschen Linken, dann von Demokraten und Pazifisten verfochten, in der DDR forschend weiter fundiert, in der BRD in den 60er Jahren von Fritz Fischer und dessen Schülern gegen Widerstände erhärtet und verbreitet wurde. Als Clarks Buch 2012 in London erschien, war es Sache deutscher Fachleute, dieses Angebot anzunehmen, ihm zu widerraten oder es auch unkommentiert gleichsam durchgehen zu lassen. Es war nicht die Leistung des Forschers, die das Buch zum Ereignis machte, vielmehr war es die Reaktion darauf. So waren es zunächst Einzelne wie der Militärhistoriker Gerd Krumeich und dann, als die deutsche Übersetzung erschienen war, im Chor die bürgerliche Presse und weitere Medien, die den Band zum Bestseller hochjubelten.

Dass Fritz Fischer auf Gegenwehr seiner Fachkollegen gestoßen war, die selbst akademische Höflichkeitsformen außer Acht ließ, war nicht verwunderlich. Seine Kontrahenten verteidigten ihre eigenen Biographien, den Teil, in dem sie mordspatriotische Kriegsteilnehmer gewesen waren, und jenen, in dem sie sich studierend und lehrend an der Verklärung – richtiger: Verfälschung – der Weltkriegsgeschichte beteiligt hatten. Das bestimmte den Ton ihrer Abweisung. Es kam hinzu, dass sie in Fischer einen Renegaten erblickten, der wie üblich doppelt abzustrafen war. Dass aber ein halbes Jahrhundert später Historiker, die kein autobiographisches Interesse mehr antreibt, bereit sind, den geschichtlichen Fortschritt aufzugeben und mit dem Australier hinter ihn zurückzugehen, gibt schon Rätsel auf.

Dennoch liegen die Gründe auf der Hand, schließlich verdüstert Fischers Ansatz aus der Sicht seiner Gegner die deutsche Geschichte um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, während die Clark-Gefolgsleute diesen Zeitraum aufgehellt sehen können, wodurch Deutschlands Rolle insgesamt lichtvoller hervortritt. Abgesehen freilich von den wenig später folgenden „zwölf dunklen Jahren", an denen jeder Versuch der Aufhellung scheitert. Woher aber kommt und nährt sich das Bedürfnis, sich bei der beständig mit Eigenlob bedachten „Bewältigung" deutscher Vergangenheit mit derlei Putzarbeiten zu befassen? Aus der Geschichtswissenschaft wird das nicht gespeist. Wohl aber aus dem politisch-ideologisch geprägten Verlangen, das aktuelle Selbstbild des heutigen Deutschlands, des ökonomischen Riesen, der Führungsmacht in Europa, die bereit ist, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, von verunschönerndem historischem Beiwerk zu befreien. Das dient innen- wie außenpolitischen Zwecken. Dass Geschichtswissenschaftler hierzulande da mitmachen oder dazu schweigen und die wenigen Widersprechenden es schwer haben, sich hörbar zu machen, dass sie in einem Lande, in dem der Nürnberger Prozess stattfinden musste, zu Clarks Zweifel, ob man als Historiker

überhaupt Fragen der Kriegsschuld nachgehen müsse und ob man dabei nicht auf Holzwege gerate, herumdrucksen und stumm bleiben, das ist ein Vorgang, der ganz in die Geschichte der bürgerlichen deutschen Intelligenz, genauer: von deren Mehrheit, passt. Er ragt aus ihr nicht heraus, anders würde er als Skandal wahrgenommen.

junge Welt, Dienstag, 18.02.2014, S. 3.

„Die Verlierer“

Spät und schwach erwachendes Interesse: Ein Buch über den „Erneuerung“ genannten Rausschmiss von Wissenschaftlern aus der Humboldt-Universität

Leider hat der Autor dieser Buchfassung seiner Dissertation in deutscher Sprache kein Vorwort vorangestellt. Sonst wüsste der Leser wohl, was den Niederländer, der das Ende seines Arbeitslebens als eine Art Wissenschaftsorganisator vor Augen hat, veranlasste, sich für die Anfertigung einer wissenschaftlichen Monographie gerade dieses Thema zu wählen. Im Text klärt er das dann doch auf: Er hat in Darstellungen über das Ende der DDR-Universitäten eine Konzentration auf die Wandlung der Institutionen angetroffen, worüber die betroffenen Menschen vernachlässigt, ja ignoriert worden seien. Das wollte er ändern und die Lücke füllen. Das tut er nur zu einem Teil, denn sein Interesse begrenzte sich auf die Professorenschaft aus DDR-Zeit und lässt die Masse der am Lehrprozess Beteiligten, die sogenannten Angehörigen des Mittelbaus, außer Betracht. Ein Vorwort erhielt das Bändchen „Jenseits der Utopie. Ostprofessoren der Humboldt-Universität und der Prozess der deutschen Einigung“ dennoch. Es stammt von Heinz-Elmar Tenorth, Erziehungswissenschaftler, der sich 1991 an die Humboldt-Universität berufen ließ und dort lehrte, bis er 2010 in den Ruhestand trat. Der zählt sich, und der Einband des Buches hebt das hervor, zu denen, die das Schicksal der Ostprofessoren „einfach ignoriert haben“, wiewohl die doch gezwungen gewesen seien, „mit der deutschen Einigung [...] ihr wissenschaftliches Leben neu zu ordnen“. Diese wohlgesetzten Worte werden vor allem diejenigen mit Genuss lesen, die bis dahin für ihre Arbeit auf den Zugang zu Laboratorien angewiesen waren und zu Geräten, die sie anders als Kaffeemaschinen nicht zu Hause stehen haben. Aber auch jene, die beispielsweise, um an ihre Quellen zu gelangen, Reisekosten aufbringen müssen, die ihre Arbeitslosengelder nicht hergeben. Nun aber, schreibt Tenorth erleichtert, gäben die Ergebnisse der Studie des Mannes aus dem Nachbarland die Chance, die Biographien „endlich zur Kenntnis zu nehmen“.

Allerhand Ungeklärtes

Das wiederum ist eine starke Übertreibung, denn von den mehr als 300 aus dem Korpus der Professoren Entlassenen einstigen Humboldtianer hat der Autor mit exakt zehn Personen gesprochen. Nach welchem Prinzip er die auswählte, muss erraten werden. Deren Namen bleiben ungenannt, und es wird auch nicht informiert, ob die Betreffenden das wünschten oder der Fragende sich so entschied. Die Angaben über die Fachzugehörigkeit sind unpräzise. Ob der Forschende eine größere Zahl zur Mitwirkung ansprach und sich Aufgeforderte seinem Ansinnen verweigerten, wird nicht mitgeteilt. Ungeklärt bleibt auch, ob dem Verfasser der Zugang zu staatlichen und Privatarchiven verwehrt wurde oder ob er ihn nicht gesucht hat. Von gedruckten Memoiren der Betroffenen, folgt man dem Literaturverzeichnis, wurde nur in einem Ausnahmefall Gebrauch gemacht. Deren Verfasser arbeitete nicht an der Universität, sondern an der Akademie der Wissenschaften und gehörte zeitweilig zu einer Kommission, die über das Verbleiben oder das Ausscheiden von Universitätsmitarbeitern mitentschied.

Der Autor nennt die aus der Universität mit Gründen oder unter Vorwänden Entfernten „die Verlierer“. In dieser Verallgemeinerung ist das falsch. Und er meint, dass sie alle mit Verbitterung auf das ihnen Geschehene zurückblicken und dieses Gefühl auch ihre Wahrnehmung und Beurteilung trübe. Merkwürdig, dass er auf eine nicht so kleine Gruppe von Einstigen nicht stieß, die, vorgebildet durch das Wissen, wie es bei Konterrevolutionen zugeht, das Vorgehen der westdeutschen „Vereiniger“ als normal ansahen. In diesem Falle wurden die Prinzipien einer bürgerlichen Gesellschaft – und zwar, wie es neuerdings heißt, eins zu eins, also ohne Einschränkung – auf das angeschlossene Gebiet übertragen. Wer verdächtig war, dabei zu stören oder auch nur nicht kräftig, womöglich sich rehabilitierend, mitzumachen, hatte zu weichen. Die demagogisch „Erneuerung“ genannte Behandlung der ostdeutschen Universitäten zielte auf eine pluralistische Hochschule minus marxistische Theorie und minus sozialistische Lehren und Überzeugungen. Dabei sind den Lenkern bei ihrem Vorgehen keine wesentlichen Fehler unterlaufen.

Karrierewege

Das Dasein der „Verlierer“ während der zwei inzwischen vergangenen Jahrzehnte hat den Autor nicht interessiert. Ob jene Möglichkeiten fanden, ihre wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen oder thema-

tisch neu zu bestimmen, hat er in den Gesprächen nicht erfragt, sich darüber auch in Bibliothekskatalogen nicht kundig gemacht. Das Versprechen, „Wendebiographien“ zu erzählen, ist uneingelöst, versteht man darunter nicht nur die Darstellung der unmittelbaren Folgen des Agierens der neuen Machthaber. Und da sind die sozialen ausgelassen, zu denen die Information über die Höhe der Arbeitslosengelder oder der Vorruhestandsrenten und der Zwang zur Aufgabe nicht mehr bezahlbarer Wohnungen gehört haben würden.

Gleichermaßen gleichgültig war dem Forscher offenkundig, ob seine „Verlierer“, wie eingeschränkt auch immer, einen Platz in der Gesellschaft gefunden haben und einnehmen. Da wäre er dann auf jene gestoßen, die nach ihrem Scheitern nicht aufgaben und, bitter belehrt, der Idee treu blieben, die sie leitete und die sie diese Gesellschaft nicht als die beste aller denkbaren ansehen lässt. Und sich nach Peter Hacks sagen: Heute nicht, morgen – vielleicht – doch.

Der Verfasser hat sich noch zwei weitere Gruppen von „Ostwissenschaftlern“ sortiert. Die „Aufsteiger“ und die „Überlebenden“. In der ersten fasst er die meist jüngeren Wissenschaftler zusammen, die in der DDR ausgebildet wurden und ihre Karriere an der Humboldt-Universität schon begonnen hatten, Lehrstühle aber nun erst beziehen konnten, nachdem sie von ihren Vorgängern „freigemacht“ worden waren. Die zweite umfasst jene, die gleichsam davongekommen waren, sei es, dass für die in der DDR schon das Sprichwort anwendbar war „Dem Herrgott keine Kerze und dem Teufel kein Schüreisen“, sie da eine unauffällige Existenz führten, sei es, dass sie tatsächlich auf ihrem Karriereweg benachteiligt wurden, sei es, dass ihnen ein Zufall half oder ein westlicher Geheimdienst, der für den einen oder die andere gutgesagt haben mag. Diese „Überlebenden“ hatten vor ihrer Befragung lange genug unter den neuen Verhältnissen gearbeitet und vermochten diese mit den alten zu vergleichen. Was der Autor dabei erfuhr und aufschrieb, besitzt keinen Neuigkeitswert. Auf welchen Feldern die DDR-Hochschule der jetzt existierenden überlegen, auf welchen gleichwertig, auf welchen auch unterlegen war, hat sich herumgesprochen und zu umstrittenen Antworten auf die Frage geführt, ob die „Erneuerung“ nun geglückt sei oder nicht. Und ob nicht eine Chance verpasst wurde, von den Universitäten in der Alt-BRD den Ballast abzuschütteln, den sie mit sich schleppen. Die solcher Vergleiche Fähigen haben durch ihre Zeugnisse, unausgesprochen, die Frage aufgeworfen, ob die heute amtierenden Professoren sich rechtens eigentlich im Wortsinn noch Hochschullehrer nennen können.

Räuberpistolen

Die Vorzüge, die der Autor dem Universitätsleben in der DDR nachsagt, werden ihn keinen Verdächtigungen aussetzen. Unter den anonymen Zeugnissen, die er aus seinen Gesprächen druckt und kommentiert, scheint ihm eins besonders teuer. Kommt er darauf doch an drei Stellen seines Textes, der generell von Wiederholungen strotzt, zurück. Ein Informant, der an der Humboldt-Universität hauptberuflich Angestellter der Sozialistischen Einheitspartei war, hat ihm in geschwätziger Breite erzählt, dass zu seiner Ausstattung und der eines engen Kreises seiner Kollegen eine persönliche Waffe, eine Pistole, gehörte. Dies kommentiert der Autor so: „Wenn es nötig gewesen wäre“, hätte er „seine Pistole [...] geholt, um seine Kollegen und Studierenden zu zwingen, der Parteilinie zu gehorchen“. Das sei aber nicht nötig gewesen. Sie hätten offenbar ohnehin gefolgt, denn die Partei „dominierte die Berufspraxis der Professoren vollständig“. Derlei Räuberpistole wird von einem Staat erzählt, dessen Armee, als die Bewohner einen anderen Staat auf den Straßen verlangten und durchsetzten, keinen einzigen Schuss abgab. Es ist nicht die einzige. An anderer Stelle schreibt der Autor, Druckgenehmigungen wurden „gelegentlich auch erst erteilt, wenn die Professoren im Gegenzug ihre Partner, Kinder, Studierenden oder Kollegen im In- und Ausland ausspionierten und darüber geheime Berichte für die Stasi anfertigten“.

Der Präsident der Humboldt-Universität ging kein Risiko ein, als er den Autor des Bandes zur Präsentation seines Buches Unter die Linden einlud. Die „Verlierer“ waren nicht zu Tische gebeten. Einladungen erforderlich.

Adriaan in’t Groen, Jenseits der Utopie. Ostprofessoren der Humboldt-Universität und der Prozess der deutschen Einigung, Metropol Verlag, Berlin 2013, 191 S., 19,00 Euro.

junge Welt, Montag, 24.02.2014, S. 15.

Via Prag in den Weltkrieg

Vor 75 Jahren wurde die Hakenkreuzfahne auf dem Hradschin gehisst

Die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens beschlossen im September 1938 in München, die an den Verhandlungen unbeteiligte Tschechoslowakei hätte dem Deutschen Reich die von dessen Machthabern verlangten Randgebiete abzutreten. Sie amputierten damit einen Staat, der nach dem Ende der Habsburgermonarchie entstanden und eine der wenigen Republiken war, die in Europa neben der Masse der Königreiche existierten. Die beiden Westmächte, so meinten und erklärten ihre Politiker, hätten für sich, d. h. für ihre Länder, den Frieden gerettet. In Wahrheit hatten sie sich eines denkbaren Verbündeten in jenem Krieg beraubt, mit dem die beiden anderen Vertragsmächte die Landkarte und die Machtverhältnisse auf dem Kontinent und über dessen Grenzen hinaus zu verändern gedachten. Damit hatten sie bereits begonnen. Nun war ihnen geholfen worden. Denn indem Millionen in der Tschechoslowakei lebende Deutsche „Reichsbürger“ Nazideutschlands wurden, vergrößerte sich dessen demographisches und Arbeitskräftepotential und auch sein militärisches. Es bedurfte keiner mathematischen Künste, die Divisionen von Soldaten zu errechnen, die dieses Reich dadurch gewann, dass es 1938 zuerst die Österreicher und nun die Sudetendeutschen für seine Streitkräfte rekrutieren konnte. Gleichzeitig wurden, und darin bestand eine weitere unmittelbare Wirkung des Vertrags, die den Unterzeichnern auch nicht verborgen geblieben sein konnte, Tausende Menschen aus ihren Lebensverhältnissen gerissen, indem man sie zwang, das Gebiet zu verlassen, das ihnen bis dahin Heimat, zumindest Wohnstätte gewesen war: deutsche Antifaschisten, jüdische Einwohner und Angehörige der tschechischen Minderheit. Sie suchten Zuflucht zunächst im tschechischen Reststaat. An dessen Zerstückelung waren auch die separatistischen slowakischen klerikal-faschistischen Kreise und in einem bald vergessenen Grad auch die Republik Polen beteiligt, die sich das umstrittene Teschener (Olsa-)Gebiet im Oktober 1938 aneignete.

Welche Perspektive hatte die zu einem Kleinstaat herabgesunkene, zerrissene Tschechoslowakei, umgeben im Norden, Westen und Süden von „Großdeutschland“, im Stich gelassen von Mächten, die es – jedenfalls was Frankreich anlangte – bisher als ihre Verbündeten ansehen konnte? Im Lande wurde eine politisch-geographische Karte mit der Inschrift „Klein, aber unser“ gedruckt. Das mutete wie ein Trostpflaster an. Doch wurden die Tschechen gar nicht vor die Frage gestellt, wie sich ihr Staat lebensfähig machen ließe auch angesichts eines erkennbar drohenden Krieges. Dieser Nach-München-Staat, Zweite Republik genannt, der faktisch eine neue Verfassung erhielt – der Staatspräsident Edvard Beneš, der dieses Amt seit 1935 bekleidete und vordem seit der Gründung der Republik deren Außenminister gewesen war, trat zurück und emigrierte nach Großbritannien, die Kommunistische Partei wurde verboten –, existierte kein halbes Jahr. Dann beantwortete die deutsche Wehrmacht die Frage nach der Zukunft des Landes und seiner Bewohner.

Okkupanten als „Befreier“

Darauf hatte sie sich seit dem Herbst 1938 nach einer Weisung Hitlers vorbereitet, die am 21. Oktober ausgefertigt worden war, also kaum mehr als drei Wochen nach dem Abschluss des Münchner Abkommens. Die Generale und hohen Offiziere, die das geheime Papier zu Gesicht bekamen, konnten, wenn sie das bis dahin noch geglaubt hatten, nun nicht länger meinen, ihr Oberbefehlshaber sei ein Ultranationalist, der einzig die fixe Idee verfolge, alle Deutschen in einem Staat zu versammeln. Der Befehl, sich auf die „Liquidierung der Rest-Tschechei“ vorzubereiten, besagte, dass diesmal ein von Westslawen bewohntes Land dem Reich einverleibt werden solle. Die Vorbereitungen dafür waren, der Weisung gemäß, so zu treffen, dass „planmäßige Mobilisierungsmaßnahmen“ unterblieben und ein vollkommen überraschender Überfall erfolgen konnte. Der „Tschechei selbst“ müsse „jede Möglichkeit planmäßiger Gegenwehr genommen“ und deren „rasche Besetzung“ gesichert werden. Die Wendung, dass dieser Fall eintrete, wenn der Nachbarstaat eine „deutsch-feindliche Politik betreiben würde“, war propagandistisch-demagogisches Dekor. Das Münchner Abkommen hatte ihn faktisch dem Deutschen Reich ausgeliefert. Die Politiker in Prag wussten das und versuchten, sich der Lage anzupassen. Das half ihnen jedoch nicht.

In der Nacht vom 14. zum 15. März 1939 besetzten deutsche Truppen das Land. Sie stießen auf keinen Widerstand und gelangten ungehindert nach Prag, nicht anders als sie ein Jahr zuvor nach Wien gekommen waren. Mit dem einen Unterschied: Anders als an der Donau begrüßte sie an der Moldau niemand. Fotografien der Tschechen, die am Straßenrand den Einmarsch der Deutschen beobachteten, zeigen sie rat- und hilflos, auch verzweifelt über ihre Ohnmacht. Die deutschen Soldaten, die dabei waren, mochten sich erinnern, dass sie auf den Einmarschstraßen in Österreich und in die Sudetengebiete freudig, mitunter hysterisch begrüßt und beschenkt worden waren. Jetzt waren sie Eindringlinge, vergewaltigten ein kleines Volk. Das konnte ihnen nicht entgehen.

Dem Überfall nach Plan war ein politischer Coup vorausgegangen. Emil Hácha, Nachfolger von Edvard Beneš als Staatsoberhaupt, wurde am 14. März in der Berliner Reichskanzlei dazu gezwungen, ein Abkommen über den Schutz des tschechischen Volkes durch das Deutsche Reich zu unterzeichnen. Es vermochte die deutsche Aggression freilich nicht einmal dürftig in eine gewünschte Hilfsaktion zu verfälschen. Denn dieser Staat brauchte vor niemandem sonst Schutz als eben vor jenen, die sich da als seine Beschützer ausgaben.

Hitler begab sich noch am 15. März nach Prag und verkündete dort die Gründung des „Protektorats Böhmen und Mähren“, worüber er am gleichen Tag in einem Erlass bestimmte, dass es Teil des „Großdeutschen Reiches“ sei, jedoch eine eigene autonome Regierung besitze. Zur Dramaturgie, die doch die wahren Machtverhältnisse nicht verbergen konnte, gehörte, dass Hácha „Oberhaupt“ eines nicht mehr existierenden Staates und Rudolf Beran Chef einer Regierung blieb, die keinerlei eigene Entscheidungen zu treffen hatte, sondern Instrument der Kollaboration war und blieb. Angewiesen und kontrolliert wurde diese Verwaltung von einem als Hitlers Stellvertreter vor Ort fungierenden „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“, der seinen Dienstsitz auf der Prager Burg nahm. Den Posten bekleidete zuerst Konstantin Freiherr von Neurath, der aus einer württembergischen Gutsbesitzerfamilie stammte, schon unter dem Kaiser, dann in der Republik als Diplomat gedient und es schließlich 1932 zum Reichsaußenminister gebracht hatte, ein Amt, das er bis 1938 ausübte. Seine Biographie, die eines deutschen Konservativen, steht für die Kontinuität einer Entwicklung, die vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg führte. Denn als Neurath sich hoch über der Moldau einquartierte, konnte er nicht im Zweifel sein, dass es bei diesem, dem Völkerrecht hohnsprechenden Akt nicht bleiben, aber auch, dass die Fortsetzung dieser Außenpolitik nicht dauernd geduldet werden würde.

„Ein Volk, ein Reich“?

Mit Neurath zogen deutsche Truppen in Garnisonen im Protektorat ein und ebenso Kommandos der Geheimen Staatspolizei. Letztere richtete dort ihre Dienststellen und im Jahr darauf in der Kleinen Festung Theresienstadt ihr eigenes Gefängnis ein. An einem Ort, der schon der k. u. k. Monarchie als Gefangenenanstalt gedient hatte und deren prominentester Häftling Gavrilo Princip, der Attentäter von Sarajevo, gewesen war. 1941 erhielt SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, den Posten des Stellvertreters des Reichsprotektors. Da Neurath beurlaubt worden war, wurde Heydrich faktisch in Personalunion zum Herrn auf dem Hradschin.

Weniger Aufsehen erregte 1939 der Einzug jener deutschen Spezialisten, die der Wehrmacht alsbald folgten und mit dem Auftrag kamen, die wirtschaftlichen und rüstungswirtschaftlichen Maßnahmen einzuleiten, die das besetzte Land mit seinen Bodenschätzen, modernen Industrieanlagen und Facharbeitern unverzüglich in die deutschen Kriegsvorbereitungen einbezogen. Nach dem Urteil eines sozialdemokratischen Berichterstatters, der vor Ort lebte, galt das „Hauptinteresse der Deutschen“, wie er dem Exilvorstand seiner Partei nach Paris berichtete: „1. der militärischen Ausrüstung der Tschechoslowakei, 2. ihrer Kriegsindustrie, 3. ihren Rohstoffen und Devisenvorräten, 4. den für Deutschland verfügbaren Arbeitskräften“.

Die Errichtung des „Protektorats“, dessen Bewohner zweifelsfrei Tschechen waren, stellte gerade an die gläubigsten Gefolgsleute des „Führers“ einige Anforderungen. Sie mussten umdenken. „Ein Volk, ein Reich“? Nun lebten in diesem Reich nicht nur deutsche „Reichsbürger“, sondern auch Millionen Tschechen, angeblich als Schutzbürger. Dabei hatte Hitler in seiner Rede während der sogenannten Tschecheikrise, gehalten am 26. September 1938 im Berliner Sportpalast (siehe Keller auf dieser

Seite), dem Verlangen, alle Deutschen und mithin auch die aus den Sudetengebieten in einem Reich zu vereinen, doch schreiend und bekenntnishaft zugleich entgegengesetzt: „Wir wollen gar keine Tschechen!“ Das war im Gedächtnis vieler, denn in jenen Tagen voller Aufregung, da die Entscheidung über Krieg und Frieden zu fallen schien, hatten besonders viele „Volksgenossen“ die vom Rundfunk übertragene Rede gehört.

Nun war klargestellt, dass sich Hitlers Außenpolitik nicht auf die noch außerhalb der Reichsgrenzen lebenden deutschen Volksgruppen beschränkte, sondern anderen Prinzipien folgte. Welcher ideologische Mix in manchem geschulten Nazikopf entstand, berichtete der Sicherheitsdienst der SS in seinem Vierteljahresbericht 1939. Selbst in der Presse habe das „Hinausgreifen des Reiches über den Volkstumsbereich“ zu Unsicherheiten bei der Verwendung der Begriffe „Reich“ und „Imperialismus“ geführt. Während eine Königsberger Zeitung von der Verwirklichung einer „imperialen Reichsidee“ geschrieben habe, sei in einer anderen am folgenden Tage das Geschehen in die Formel „Überwindung des Imperialismus“ gefasst worden. Welchen Vers sollte sich darauf ein strammer Gefolgsmann machen?

Größere Aufregung hat die Erfahrung des 15. März 1939, soweit sie überhaupt verarbeitet wurde, jedoch unter den „Volksgenossen“ nicht hervorgerufen. Zwar äußerte sich, wie aus Berichten von Sozialdemokraten aus dem Reich hervorging, in den Betrieben Unzufriedenheit und Verärgerung über die beständige Unruhe. Sie entstand, was sich ja selbst der Nazipresse entnehmen ließ, jedenfalls zu einem Teil als Folge der deutschen Forderungen und bildete den Stoff für unwillkommene Erörterungen über die Kriegsgefahr und die möglichen Kriegskonstellationen. Doch zu einer politischen Massenstimmung, welche die Machthaber und deren Entscheidungen beeinflussen konnte, verdichteten sich diese Erscheinungen nicht. Der Einmarsch war ja rasch und glimpflich abgelaufen.

Viele Deutsche waren im Frühjahr 1939 zudem mit anderem beschäftigt. Eine permanente Sorge ergab sich aus den ständig gesteigerten Anforderungen im Arbeitsprozess mit deren Folgeerscheinungen Übermüdung und Krankheit, aus der wachsenden Zahl von Überstunden und den weiter niedrig gehaltenen Löhnen, einer Politik im Widerspruch zu den Versprechungen des Jahres 1933, wonach, wenn erst alle Arbeit hätten, auch die Löhne steigen könnten und würden. In vielen ländlichen Gebieten wurden als Folge von Landflucht und Einberufungen zur Wehrmacht die Arbeitskräfte immer knapper, die Belastung der verbleibenden folglich größer.

Sowjetunion ergreift Initiative

Was dieser 15. März 1939 für die weitere europäische Entwicklung bedeuten könnte, wurde den meisten Deutschen nicht klar. Anders als ein halbes Jahr zuvor, als sie über Wochen die sogenannte Tschecheikrise, das Säbelrasseln ihrer Regierung und die Furcht vor einem nahen Krieg beunruhigt hatte, wonach sie aber aufatmen konnten, als die Münchner Konferenz die Lage auf Kosten der Tschechoslowakei entspannte, waren sie diesmal von dem Schritt der deutschen Führung überrumpelt worden. Nicht anders als das Ausland und dessen Regierende – jedenfalls viele. Die Wehrmachtstruppen waren wie geplant aus den Kasernen zur und über die Grenze marschiert. Und nachdem sie vollendete Tatsachen geschaffen hatten, war eine harsche Reaktion der westeuropäischen Großmächte ausgeblieben. Zwar gingen in Berlin Protestnoten ein, doch London und Paris, was auch nur eine Geste gewesen wäre, hatten nicht einmal ihre Botschafter aus der Hauptstadt abgerufen, ein Schritt, der gewöhnlich äußerste Unzufriedenheit mit der Politik des Landes ausdrückte, in dem sie akkreditiert waren. Diese Hinnahme mochte im Reich für kurze Zeit beruhigend wirken und bei Hitlers Gefolgschaft den Eindruck verstärken, was dieser „Führer“ doch für ein Kerl sei, der seine Ziele auf derart mühelose Weise erreiche, ohne Krieg. Aber diese momentane internationale Reaktionslosigkeit täuschte.

Mit dem Marsch nach Prag war das Münchner Abkommen zerrissen. Neville Chamberlain und Édouard Daladier hatten ihre Staaten mit der Politik der Befriedigung des Nazireiches außenpolitisch in eine Sackgasse manövriert. Die Hoffnungen, man könne sich mit Hitler und seiner Regierung auf dem Wege ausgehandelter Zugeständnisse einig werden, solche auch in künftigen Fällen also errei-

chen, waren zerstört. Jene Politiker, die wie Winston Churchill vor diesem Kurs gewarnt hatten, sahen sich bestätigt. Was also nun? Den Regierungen der beiden Mächte bot sich eine Alternative.

Die Offerte kam aus Moskau, wo zu dieser Zeit der XVIII. Parteitag der KPdSU abgehalten wurde. Außenminister Maxim Litwinow unternahm, was ohne die Sanktion Stalins undenkbar war, den Versuch, die von der Sowjetunion betriebene Politik der kollektiven Sicherheit, der in München gleichsam der Todesstoß versetzt worden war, zu reanimieren. Nun freilich hatte sich die Situation mehrfach verändert und die Zeit, sich zu entscheiden und zu handeln, war nicht nur verkürzt. Deutschland war ungleich gerüsteter als 1935. Damals schien es nach den Beistandspakten zwischen der Sowjetunion, Frankreich und der Tschechoslowakei so, dass zwischen Paris, Prag und Moskau ein Bündnis zur Abschreckung Deutschlands entstehen könnte. Doch hatte Großbritannien sich von der sich anbahnenden Koalition ferngehalten, mehr noch, den Weg des Appeasements eingeschlagen, was seinen deutlichsten Ausdruck in Zugeständnissen zugunsten der deutschen Flottenrüstung fand. 1935 wurde in Deutschland eben erst die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Also blieb noch Zeit für die Bestimmung von Reaktionen. Jetzt aber, im Frühjahr 1939, musste man kein Hellseher sein, um zu erkennen, dass Polen das nächste Objekt der deutschen Expansion werden sollte, und dies bald.

Der Standpunkt der Sowjetunion, die unmittelbares Interesse daran besaß, dieses Deutschland nicht zum Nachbarn zu bekommen, war unmissverständlich. Mit Erklärungen, faktisch papiernen Protesten würde nichts getan sein. Nur als erster Schritt könnte eine gemeinsame öffentliche Reaktion gelten, an der sich mit Rumänien und Polen zwei Staaten beteiligen sollten, die in der deutschen Expansionszone lagen. Darauf mussten ohne Zögern militärische Vereinbarungen für den Fall folgen, dass Deutschland Polen überfiel. Das Projekt scheiterte in seinen Anfängen. Schon die vorgeschlagene internationale Konferenz, als deren Ort Bukarest gedacht war, kam nicht zustande. Und mit ihr scheiterte Litwinow, der Anfang Mai 1939 seinen Posten verlor und seinen Platz für Wjatscheslaw Molotow zu räumen hatte. Die Führung in Moskau musste darüber befinden, welche Alternative sich für ihre Europapolitik bot, wenn es nicht gelang, ein gemeinsames Vorgehen der nichtaggressiven Staaten zustande zu bringen. Dann blieb nur die Möglichkeit, eigene Wege zu suchen, um das Land so lange wie möglich aus einem Krieg herauszuhalten.

In Chamberlains Regierung war klar, dass sie ein zweites München nicht überstehen würde und auch vor der eigenen Bevölkerung verdeutlichen musste, dass sie ihre Deutschlandpolitik veränderte. So kam Ende März 1939, als eine Antwort auf die Liquidierung der Tschechoslowakei, eine Garantieerklärung Großbritanniens zugunsten Polens zustande. Das Inselreich verbürgte sich für den Schutz des osteuropäischen Staates. Jedoch tat es das in einer Weise, die nicht das gesamte Territorium Polens betraf. Dennoch verbesserte dieser Schritt innenpolitisch die Situation des Kabinetts in London, und in Warschau vermittelte dieser Schutzpatron das trügerische Gefühl, Sicherheit vor einer deutschen Aggression gewonnen zu haben. Militärische Konsequenzen aber hatte der politische Schritt nicht. Nur diese hätten die Kriegslust der deutschen Machthaber um Hitler dämpfen können. Es gab kein rotes Warnsignal an die Adresse der Machthaber in Berlin, die bis in die letzten Stunden vor dem Angriffsbefehl auf Polen und selbst noch in den ersten Stunden danach spekulierten und hofften, Großbritannien werde sich an den Vertrag schließlich so wenig halten wie an die Zusicherungen gegenüber der Tschechoslowakei und auch Polen preisgeben. Da irrten sie sich aber. In den führenden Kreisen des Inselreiches hatte sich langsam und also spät die Überzeugung durchgesetzt, dass einer kriegerischen Konfrontation mit diesem Deutschen Reich nicht auszuweichen war.

Aus Hitlers Kriegsrede am 26. September 1938 im Berliner Sportpalast:

Ich habe nur weniges zu erklären: Ich bin Herrn Chamberlain dankbar für alle seine Bemühungen. Ich habe ihm versichert, dass das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden; allein, ich habe ihm auch erklärt, dass ich nicht hinter die Grenzen unserer Geduld zurückgehen kann.

Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, dass es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt!

Und ich habe ihm weiter versichert, dass in dem Augenblick, in dem die Tschechoslowakei ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, dass ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin.

Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen!

Allein, ebenso will ich nun vor dem deutschen Volk erklären, dass in bezug auf das sudetendeutsche Problem meine Geduld jetzt zu Ende ist!

Ich habe Herrn Benesch [Beneš] ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand! Frieden oder Krieg!

Er wird entweder dieses Angebot akzeptieren und den Deutschen jetzt endlich die Freiheit geben, oder wir werden diese Freiheit uns selbst holen! (...)

junge Welt, Sonnabend, 15.03.2014, S. 10.

Die Volksantwort

Herfried Münkler, ein Kollege und die ARD erklären, wie Deutschland den Ersten Weltkrieg hätte gewinnen können

In der Masse der Einsichten und Erkenntnisse, der Warnungen und Lehren, die derzeit an zeitlich ferne Ereignisse geknüpft werden, könnte es womöglich fast untergehen: Zwei deutsche Wissenschaftler haben sich aus dem Jahrhundertabstand darüber Gedanken gemacht, ob Deutschland den Ersten Weltkrieg nicht doch hätte gewinnen können. Der eine, Herfried Münkler, ist Professor für Politische Wissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität. Der andere, Gerd Krumeich, lehrte bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2010 als Historiker an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Münkler bietet in seinem neuen Buch „Der große Krieg“ eine einfache, bejahende Antwort an: Es hätten der kaiserlichen Armee drei Armeekorps gefehlt. Wären sie verfügbar gewesen, lässt sich leicht weiterdenken, hätte der Schlieffen-Plan 1914 funktioniert, die Falle wäre zugeschnappt, und der Erbfeind hätte in ihr gesessen.

Krumeich, als Spezialist deutscher wie französischer Militärgeschichte hoch ausgewiesen, ist sich seiner Antwort nicht so sicher wie der hauptstädtische Kollege. Doch hält er jedenfalls nicht für ausgeschlossen, dass angesichts sich ausbreitender Kriegsmüdigkeit in der französischen Armee und Bevölkerung bei freilich etwas mehr Kriegseinsatz in der deutschen Heimat der Sieg noch 1918 hätte errungen werden können. Das müsste sich, meint er ohne Arg, nun doch mal diskutieren lassen.

Auf die Folgen eines solchen Sieges gehen die beiden Gelehrten nicht weiter ein. Doch lässt sich leicht vorstellen, dass wir dann noch unser Kaiserhaus gehabt hätten und an der Staatsspitze nicht Joachim Gauck, sondern ein Hohenzoller stehen würde, vielleicht einer mit dem klangvollen Namen Siegfried der Dritte.

Die Gedanken und Erwägungen der Hochschullehrer haben indessen ein und denselben Haken. Sie sind mit verwickelten Spekulationen verbunden, militär- und kriegsgeschichtlichen und massenpsychologischen. Das überanstrengt viele Studenten, auch andere Bürger können und wollen nicht folgen. Abhilfe bot das sich in knifflige Fragen der Geschichte oft einmischende öffentlich-rechtliche Deutsche Fernsehen. Am Karfreitag, da sich die Gedanken vieler auf den Leidensweg von Gottes Sohn richten, brachte die ARD zur Hauptsendezeit einen Dreistundenfilm über die Leidensgeschichte von etwa vier Dutzend deutschen Männern, deren Kriegsschiff in Klump geschossen worden war und die sich auf einem menschenleeren zu den Kokosinseln gehörenden Eiland im Indischen Ozean gestrandet sahen. Da konnten sie dem Vaterland nicht dienen. So machten sich die Mordspatrioten denn auf den Weg in die Heimat, um dort weiter mitzukämpfen.

Sie erreichten sie durch Meeres- und Wüstenstürme, dürstend und hungernd und schießend, mitunter verzweifelnd und am Ende aller ihrer Kräfte, doch auch wieder markige Lieder singend und sogar Freudentänze aufführend. Aber dann? Der Kaiser, wiewohl er im Hauptquartier nichts zu sagen und zu befehlen hat, nimmt sich nicht einmal die Zeit, den Tapferen das Eiserne Kreuz selbst an die Brust zu heften, sondern schickt ihnen einen klapprigen General, der zur Heldentat nicht mal anständige deutsche Worte findet. Und, schlimmer noch, einer der Helden, statt so dekoriert wieder in die Schlacht zu ziehen und dort selig den Seemannstod zu suchen, macht sich mit seiner Verlobten, der ohnehin kein rechtes vaterländische Blut in den Adern fließt, illegal aus dem Staub via Ostsee nach Schweden, um dort Kinder zu zeugen. So konnte nicht gesiegt werden, sagt der Streifen mit dem Titel „Die Männer der ‚Emden‘“ überzeugend auch den beiden Professoren. Er gab eine echte Volksantwort, einfach, klar und daher leicht zu merken.

junge Welt, Dienstag, 22.04.2014, S. 13.

Verlogene Antwort

Am 28. April 1939 reagierte Hitler auf die naive Botschaft von US-Präsident Franklin D. Roosevelt

Am 15. April 1939 richtete der Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt, Botschaften an Adolf Hitler und Benito Mussolini, die er zudem augenblicklich veröffentlichen ließ. Der Mann an der Spitze des in mehrerlei Hinsicht mächtigsten Staates auf dem Erdball nahm das Wort zu den europäischen Angelegenheiten und ließ keinen Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten an deren Entwicklung ein eigenes Interesse besaßen. Das war kein gewöhnlicher diplomatischer Schritt, denn die Regierung in Washington hatte zu den Veränderungen der politischen Szenerie auf dem „alten Kontinent“, die seit 1933 eingetreten waren, meist geschwiegen. Deren deutlichster Ausdruck waren die Anbahnung eines Bündnisses zwischen den beiden sich hochrüstenden faschistischen Diktaturen Deutschland und Italien und ihr herausforderndes Auftreten. Sie hatten geholfen, ein weiteres Regime dieses Typs, das spanische, zu etablieren. Drei Staaten, Österreich, die Tschechoslowakei und Albanien, wurden von ihnen von der europäischen Landkarte getilgt. Damit waren die Ansprüche dieser beiden Mächte erkennbar nicht befriedigt. In Europa roch es ein Vierteljahrhundert nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges wieder nach Krieg.

Roosevelt, soviel war über seine Überzeugung und Haltung bekannt, war kein Freund dieser „neuen“ Regime. Spezialisten seiner Administration und Botschafter der USA in Europa hatten die Lage und deren Perspektiven wieder und wieder analysiert, und in ihren Berichten fanden sich treffende Einschätzungen des Wesens, namentlich der Berliner Politik, und von deren Zielen. Doch zu irgendwelchen Interventionen hatten die nicht geführt. Im Gegenteil: In den USA wuchs der Einfluss der Strömung der Isolationisten, deren Verfechter und Anhänger glaubten, sie könnten sich jenseits des großen Wassers aus den europäischen Angelegenheiten heraushalten. Ihr Land, das meinten auch Millionen Bürger der USA, sollte sich in sie nicht noch einmal verwickeln lassen wie ein Vierteljahrhundert zuvor in den Endzeiten des Ersten Weltkrieges, als sich schließlich im Sommer 1918 etwa zwei Millionen Männer als Soldaten in Europa befanden und 117.000 von ihnen zu Tode kamen. Bedacht bleiben müsste es aber auf die Instrumente seiner kräftigen militärischen Verteidigung zu Lande, zur See und in der Luft. Roosevelt erhielt, was er und die Generalität an Finanzen für die Rüstung verlangten.

Aufsehenerregende Schritte waren in Washington auf außenpolitischem Feld nicht erfolgt, seit Roosevelt 1933 die Präsidentschaft übernommen hatte. Die USA und die Sowjetunion hatten diplomatische Beziehungen aufgenommen, ohne dass daraus irgendwelche Schritte gemeinsamer Aktion gegen die erkennbar aggressiv hervortretenden Mächte in Europa und in Asien erwachsen wären. Beibehalten und erneuert wurde das Gesetz gegen die Waffenausfuhr an kriegführende Staaten. Es traf das von Italien bekriegte und eroberte Abessinien und die republikanischen Kräfte Spaniens. 1936 hatte die Regierung Roosevelts ihre Nichteinmischung in den Bürgerkrieg auf der Pyrenäenhalbinsel erklärt. Als dessen Ende mit dem Sieg der Faschisten Francos erreicht war, erkannte auch sie dessen Regime an. Diplomatisch abgefunden hatte sie sich vordem schon mit dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938. In den Entscheidungen von München im September desselben Jahres zur Annexion größerer Gebiete der Tschechoslowakischen Republik vermochte Roosevelt sogar einen Gewinn für den Frieden zu sehen. Hier sei dahingestellt, welche Verhaltensweisen aus taktischen Gründen erwuchsen, welche aus Überzeugung.

Nur einmal hatte sich der Präsident unmissverständlich exponiert. Das geschah in einer Ansprache in Chicago am 5. Oktober 1937, die, weil er, ohne Namen von Staaten zu nennen, eine gegen die aggressiven Mächte gerichtete „Quarantäne“ gefordert hatte, auch als „Quarantäne-Rede“ bezeichnet worden ist (siehe jW-Geschichte vom 29.9.2012). Praktische Schritte folgten aber auch auf diese Erklärung nicht. Die Initiativen der UdSSR, ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, fanden in Washington keine Unterstützung.

Warnungen der Achsenmächte

Nun also erhielten am 15. April 1939 die Führer der Achsenmächte in Berlin und Rom Botschaften von Roosevelt. Darin wurde eingangs versichert, er handle als „freundschaftlicher Vermittler“, wenn er Hitler ersuche, in Erklärungen zu versichern, dass er und seine Regierung eine Reihe von Ländern nicht angreifen und in sie nicht eindringen werde. Dies wolle er dann den um ihre Zukunft besorgten Staaten zur Kenntnis bringen. Es handele sich dabei um Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Großbritannien und Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, die Sowjetunion, Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Irak, die arabischen Staaten Syrien, Palästina und Ägypten sowie Persien. Kein europäischer Flächenstaat war ausgelassen, ja, die Liste enthielt auch Staaten des Vorderen und Mittleren Orients und bezog sich auf ein Territorium, das bis an die Grenzen Afghanistans und Indiens reichte. Diese Versicherung solle für die kommenden zehn oder auch 25 Jahre gelten. Erhielten diese Staaten eine solche Versicherung, so Roosevelt, würden sie ihrerseits bereit sein, Deutschland sich in gleicher Weise zu erklären. Ein solcher Notenwechsel, damit schloss die Botschaft, werde „unmittelbar zur Entspannung der Weltlage beitragen“.

Die Brisanz dieses Textes lag nicht so sehr in dem Vorschlag als vielmehr in der ihn begründenden Wertung. Denn konstatiert wurde, dass die Fortsetzung der Politik der drei im Text ungenannt bleibenden Staaten – gemeint waren Deutschland, Italien und Japan, die bislang vier Staaten (zu den drei europäischen auch Abessinien) beseitigt und einen weiteren (China) weiträumig besetzt hatten –, dahin geführt habe, „dass sich die Welt dem Augenblick nähert, wo sich diese Lage in einer Katastrophe entladen muss“. Einfacher hieß das: Ihre Politik, Herr Hitler, treibt zum Krieg. Das war keine neue Erkenntnis, doch erhielt sie durch ihren Absender Gewicht.

Es lässt sich kaum darüber streiten, ob dieser Botschaft ein besonders glücklicher Einfall zugrunde lag, hatte Hitler doch soeben demonstriert, was seine der Tschechoslowakei gegebene Versicherung Wert war. In diesem Text – bedenkt man mögliche und notwendige Schritte, den Aggressor durch geschlossene Abschreckung zu bändigen – drückten sich Hilf- und Entschlusslosigkeit und kein Vorsatz zu entschlossenem Handeln aus. So wurde er wohl vor allem von Hitler auch gelesen. Dennoch machte seine Veröffentlichung unmittelbar Eindruck und zwang den Adressaten, sich zu erklären.

Die Intervention kam von dem Mann, der an der Spitze jener Großmacht stand, die, wie den meisten Deutschen erinnerlich, durch ihren Kriegseintritt 1917 das Kaiserreich definitiv auf die Verliererstraße gebracht hatte. Sein Brief kam Hitler in dem Augenblick besonders ungelegen, da Polen gleichsam an der Reihe und der Katalog von Forderungen an den Nachbarn auf diplomatischem Wege bereits präsentiert war. Wie sich dieses Vorgehen fortsetzen würde, darüber musste nach der Liquidierung der Tschechoslowakei nicht gerätselt werden. Die Wortmeldung Roosevelts erforderte nicht nur mit Rücksicht auf das Ausland rasch eine Entgegnung. Mit Schweigen würde im Inland nur riskiert, dass eine erhebliche Zahl der Volksgenossen sich über deutschsprachige Rundfunksender wie die in der nahen Schweiz informierte.

Shitstorm deutscher Medien

Noch am Abend des 15. April rief der Reichspressechef Otto Dietrich zu einer Sonderpressekonferenz, um den Umgang mit der Botschaft verbindlich anzuweisen. Die Bekanntgabe des Inhalts sei mit „Kommentaren von äußerster Schärfe“ zu versehen, die als eigene der Zeitungen, nicht als amtliche zu erkennen sein müssten. Zu platzieren wären sie zwei-, in Berliner Zeitungen auch vierspaltig auf der ersten Seite. Der Kern der Zurückweisung solle sich gegen die Idee der Verständigung auf einer Konferenz richten. Die Machthaber wollten sich nicht ein zweites Mal auf eine Veranstaltung wie die Monate zuvor in München einlassen, konnten sie doch sicher sein, dass sie diesmal Zugeständnisse nur weit unterhalb ihrer Forderungen an Polen erhalten würden. Zudem hatten sie sich buchstäblich nur wenige Tage vor Eintreffen des Roosevelt-Briefes auf die kriegerische „Lösung des Problems“ festgelegt.

Zum Argument gegen eine Konferenz sollte dienen, dass mit ihr nur der Bolschewismus, die Macht und Kraft der Zerstörung, am „Konferenztisch gleichberechtigter Partner wäre“, was bedeute, ihm „für seine verbrecherischen Pläne Tür und Tor“ zu öffnen. Die Botschaft sei als Produkt eines gegen Deutschland gerichteten Zusammenspiels von Washington, Paris und Moskau darzustellen. Zwei Zeitungen würden „auf ausdrücklichen Wunsch der höchsten Stelle“ ihre Meldung unter die Überschrift stellen „Plumper Ablenkungsschwindel!“ Schließlich wurde mitgeteilt, der Führer habe sich „seine Antwort bis nach seinem Geburtstag aufgehoben“. Der stand in fünf Tagen bevor. Es war der fünfzigste.

Auf dieser Linie durfte selbst der dümmste Journalist der letzten Regional- oder Lokalzeitung nicht nur Roosevelts Politik, sondern auch seine Person mit jenem rassistischen Unflat bewerfen, der in den Redaktionen massenhaft zur Hand war. Damit wurde am 17. April begonnen. Und so las sich das Vokabular, das Blätter wie der *Holsteinsche Courier*, die *Pirmasenser Zeitung* und die *Bodensee Nachrichten* benutzten: „Roosevelts Rüpeleien“, „Roosevelt, der Wolf im Schafspelz“, „Roosevelts Giftpfeil“, „Hysterischer Kreuzritter Roosevelt“ und natürlich „Plumpes Manöver des Judensöldlings Roosevelt“ sowie „Roosevelt der Judenknecht“. Daran gemessen wirkten Überschriften wie „Unerhörte Einmischung Roosevelts“ und „Auch Roosevelt spielt Weltpolizist“ geradezu gemäßigt. Mysteriös erschien der Fettdruck „Roosevelts schändlicher Verrat“. Die Berichterstatter des Sicherheitsdienstes, die sich mit der Wirkung der Nachrichten und Kommentare befassten und vermerkten, es sei das Interesse der Bevölkerung an der Außenpolitik erhöht worden, schrieben von einem „Pressefeldzug [...] gegen den Präsidenten der USA“.

Dann wurde auch der Öffentlichkeit mitgeteilt, der „Führer“ werde seine Antwort vor dem „Großdeutschen Reichstag“ am 28. April geben. Offenkundig sollten die Vorbereitungen auf Hitlers „runden“ Geburtstag nicht beeinträchtigt werden und dann auch nicht die Wirkung des dafür geplanten Spektakels. In dessen Zentrum würde in Berlins Mitte die bis dahin größte Parade der Wehrmacht stehen. Also erging an die Presse die Weisung, zur Roosevelt-Botschaft zunächst wieder zu schweigen. Es sollte die Polemik auch nach den Feierlichkeiten nicht sofort wieder aufgenommen werden. Nun galt die Devise, des Führers Argumenten könne und solle nicht vorgegriffen werden.

Die sogenannten Deutschland-Berichte, die in Paris vom Exilvorstand der Sozialdemokratie aufgrund von Informationen ihrer Mitglieder aus dem Reich herausgegeben wurden, befassten sich in einem eigenen Abschnitt mit der Aufnahme, welche die Roosevelt-Botschaft in der deutschen Bevölkerung gefunden habe. Dabei wurde das unmittelbare Echo von dem nach Hitlers Auftritt unterschieden. Bei aller Einschränkung, die diese Stimmungsbilder verdienen, denn an ihnen schrieben Vorurteile der Verfasser ebenso wie die Begrenztheit ihrer Einblicke mit, lässt sich aus ihnen doch filtern, dass die Tatsache allein, dass der Präsident der USA sich so und unerwartet zu Wort gemeldet hatte, zunächst tiefere Spuren zog und zeitweise Nachdenklichkeit vieler „Volksgenossen“ auch über Deutschlands Rolle erzeugte.

Hitler: Deutschland ist Opfer

Aber es gelang es der Gegenpropaganda des Regimes alsbald, auf mehreren gedanklichen Schienen operierend, diese Rolle abzuschwächen. Das primitivste Argument lautete, dass die USA und Roosevelt die europäischen Angelegenheiten nichts angingen. Ein anderes knüpfte an die seit Jahrzehnten andauernde Anti-Versailles-Hetze an und berief sich auf die Berechtigung deutscher Revisionswünsche bis zur Hergabe der einstigen deutschen Kolonien. Ein drittes verdächtigte Roosevelt der Unaufrichtigkeit, wozu eine Linie von seinen Vorschlägen zu den einstigen, in 14 Punkte gefassten des Präsidenten Woodrow Wilson (siehe jW-Thema vom 14.12.2007) gezogen und in Erinnerung gebracht wurde, dass sie Versprechen enthielten, die sich bald als nichts denn Makulatur erwiesen. Sodann wurde Roosevelts Wortmeldung als Ausdruck eines Komplotts mit den westeuropäischen Staaten und Russland hingestellt, als Instrument der angeblich aus Neid und Missgunst geborenen Einkreisungspolitik, die darauf ziele, Deutschland nicht „hochkommen“ zu lassen.

Diese Versionen stellten sämtlich keine besonderen geistigen Ansprüche an die „Volksgenossen“. Sie lagen in Argumentationslinien, die permanent in die deutsche Gesellschaft gleichsam hineinge-

trommelt wurden und mit denen die ideologische und mentale Gefolgstreue von Millionen gesichert werden konnte, die hinter den Machthabern herliefen. Daran änderte nichts, dass das krause, in verdummten Köpfen hausende Gemisch aktueller politischer Weltvorstellungen meist mit Wünschen nach Frieden und nach weniger politischer Unruhe einherging. Denn obwohl sich schwer verdrängen ließ, dass Hitler mit seinen Forderungen, als berechtigte angesehen oder nicht, ein Quell dieser Unruhe war, galten als letztlich Schuldige doch jene, die nicht bereit waren, ihnen Rechnung zu tragen, Deutschland gewähren zu lassen und ihm zuzugestehen, was ihm angeblich zustand.

Dann kam Hitlers Auftritt in der Berliner Kroll-Oper, wo die seltenen Kundgebungen des Gremiums stattfanden, das sich zwar noch Reichstag nannte, mit dem aus Kaiser- oder Republikzeit aber nichts gemein hatte. Es war eine Versammlung von in Braun, Schwarz und Feldgrau uniformierten Claqueuren, in der sich wenige Zivilisten verloren, allesamt, so eine der Anreden, die „Männer des Großdeutschen Reichstages“ bildend – die Frauen waren an Heim und Herd abbefohlen. Auch Widerrede war in diesem Hause abgeschafft. Die letzte dort hatte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels am 23. März 1933 gehalten (siehe jW-Thema vom 19.3.2008). Seitdem erklangen nach Hitlers Reden Sieg- und Heil-Rufe sowie das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, weshalb von dieser Ansammlung auch spöttisch als von Deutschlands größtem Gesangverein geredet wurde.

Hitlers Antwort auf Roosevelts Botschaft bot ein Gemisch aus unverfrorenen Lügen und demagogischer Raffinesse. Er nahm von Anbeginn jene Pose ein, die ihm eine der liebsten war. Er gab sich und „sein Volk“ als Opfer aus. Wessen? Der Welt, die ihn und Deutschland, vor dem sich doch niemand fürchten müsse, unausgesetzt kriegerischer Absichten verdächtige und verleumde. Das besorge die Presse. Hier hätte er bei anderer Gelegenheit gesagt „die jüdische“. Doch kamen in dem langen Text die Wörter „Jude“ und „jüdisch“ nicht ein einziges Mal vor, wiewohl in ihm Palästina erwähnt wurde. Gleiches galt für „Bolschewismus“ und „bolschewistisch“ und für alle der sonst gebrauchten Wortkombinationen, mit denen die vorgeblichen Erzfeinde des „Nationalsozialismus“ bezeichnet wurden. Es würde die Welt ruhiger leben können, erklärte Hitler, wenn sich die Machthaber entschlössen, in ihren Ländern die verlogene Presse zum Schweigen zu bringen. Diese Charakteristik und diese Lösung bot ein Mann an, dessen Zeitungen und Rundfunk soeben Kübel von Unrat über den US-amerikanischen Präsidenten entleert hatten und sich anschickten, ihn als Folge seiner körperlichen Behinderung auch für geistig nicht mehr recht verlässlich zu erklären.

„Abscheu vor Krieg“

Mit der Abweisung der im Kern naiven Vorschläge Roosevelts, die hin zum Frieden führen sollten, machte sich Hitler nicht viele Umstände. Mehr noch: die Verlesung der Liste der in der Botschaft genannten Staaten geriet zu so etwas wie einer Kabarettnummer. Denn der Forderung, die Unversehrtheit der genannten Staaten zu erklären, begegnete er zunächst mit der Bemerkung, es seien Erkundigungen eingeholt worden, ob sie vor dieser, ihnen geltenden Initiative gefragt worden seien und eine solche Versicherung Deutschlands wünschten. Das habe niemand bejaht, manche hätten den Gedanken auch abgelehnt. Zwei der bezeichneten Adressen für einen solchen Schritt seien zudem nicht erreicht worden, weil es sie nicht gebe, Regierungen in Syrien und in Palästina. Dort herrschten seit Beginn der zwanziger Jahre mit einem Völkerbund-Mandat Frankreich bzw. Großbritannien. Roosevelt war bei der Abfassung dieses Schreibens entweder selbst nicht in Form oder schlecht beraten. Doch lehnte Hitler die Idee der vorgeschlagenen friedfertigen diplomatischen Äußerungen nicht rundweg ab. Er sei dazu gegenüber jedermann bereit, wenn nur Gegenseitigkeit gewahrt werde. Neues würde er damit nicht tun, habe er doch schon mehrfach in alle Richtungen versichert, dass Deutschland und er nichts als Frieden wollten.

Anders seine Reaktion auf den Vorschlag einer internationalen Konferenz. Der Gang der Weltgeschichte sei nie durch Konferenzen bestimmt worden, und in den USA selbst existiere doch zu ihnen ein skeptisches und ablehnendes Verhältnis. Das sei durch das Fernbleiben von der größten permanenten Konferenz bewiesen, die es derzeit gebe, dem Völkerbund. Von der Ergebnislosigkeit seiner Tätigkeit habe auch er, Hitler, sich überzeugt und sei daher dem Beispiel der Vereinigten Staaten gefolgt. Das war eine seiner Lügen im Detail, denn begründet worden war das Verlassen des Völker-

bundes 1933 nicht mit der Fruchtlosigkeit von dessen Bemühungen, sondern mit der Deutschland nicht zugestandenen Gleichbehandlung im Hinblick auf seine Aufrüstung (siehe jW-Thema vom 14.10.2013).

Die längsten Passagen der Rede galten dem Versailler Vertrag, der wiederum als Quelle aller Weltübel bezeichnet wurde. Wenn seine gegen Deutschland gerichteten Bestimmungen beseitigt würden, das lief auf ungenannte Grenzrevisionen in Europa und die unter Verweis auf das deutsche Volk ohne Raum ausdrücklich geforderte Rückgabe der Kolonien hinaus, wäre die Welt weitgehend befriedet. Was er selbst zur Revision der Verträge von 1919 beigetragen habe, damit spielte er auf Österreich und das Sudetenland an und auf die „Blumenfeldzüge“ der Wehrmacht beim jeweiligen Einmarsch, habe dem Willen der vordem vergewaltigten Bewohner entsprochen und sei vollkommen friedlich geschehen. Über die Liquidierung der Tschechoslowakei schwieg sich Hitler hingegen lieber aus, hätte das doch das Bild von dem an keinen Kriegen und Interventionen beteiligten Deutschland verdorben. Gleiches galt für die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg. Ebenso unerwähnt ließ Hitler die Okkupation Albaniens durch den italienischen Verbündeten. Und zu dessen blutigem Eroberungskrieg gegen Abessinien fiel dem „Führer“ nichts anderes ein, als dass die dort verlorene Freiheit nichts Außergewöhnliches sei, denn in Afrika wären auch andere kolonisiert – er nannte „Marokkaner, Berber, Araber, Neger usw.“.

Nachdem Hitler festgestellt hatte, dass „Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges genauso schuldlos war wie irgendein anderes Volk“, fasste er zusammen: „Ich darf noch einmal feststellen, dass ich erstens keinen Krieg geführt habe, dass ich zweitens seit Jahren meinem Abscheu vor einem Krieg und allerdings auch meinem Abscheu vor einer Kriegshetze Ausdruck verleihe, und dass ich drittens nicht wüsste, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte.“

Das erklärte der Mann, der drei Wochen zuvor bestimmt hatte, den Beginn des Krieges auf den Septemberanfang zu legen. Das Lügen ohne jeden Skrupel war seine zweite Natur und viele Militärs und Zivilisten seiner Umgebung wussten das und hielten es offenkundig für ein akzeptables Mittel von Politik. Hitler schloss seine lange Rede mit der Beteuerung, dass ihm und „uns allen am Herzen liegt [...] der Frieden der ganzen menschlichen Gemeinschaft“, einer Gemeinschaft, die es in seiner und der Faschisten Ideologie nicht gab, denn die kannte nur Rassen und da die der Herren- und solche der Untermenschen.

Am Tag nach der Hitler-Rede erläuterte in der Pressekonferenz Hans Fritzsche, einer der engsten Mitarbeiter des Propagandaministers Joseph Goebbels, wie mit ihr umzugehen sei. Es solle keine eigene neue Polemik gegen Roosevelt entwickelt werden, denn der Führer habe „in einer vornehmen Weise die Sache restlos bereinigt“. Natürlich könne geschrieben werden, dass Hitler mit Roosevelt „abgerechnet hat“, doch sollten sich die Attacken nicht unter das Niveau der „Führer“-Rede begeben und keine „Leichenschändung“ betrieben werden.

junge Welt, Montag, 28.04.2014, S. 10.

Kein Beifall für Fragen nach dem Warum

Bedachtes und „Vergessenes“ beim bundesdeutschen Gedenken zum Ersten Weltkrieg: Ein Mammutprogramm und seine Leerstellen

Wie weit muss man in die Geschichte der Bundesrepublik zurückdenken, um auf eine Erinnerungskampagne zu treffen, die mit so viel Aufmerksamkeit und Aufwand vorbereitet wurde, wie die momentan zum Ersten Weltkrieg in Gang gesetzte? Es sind noch knapp drei Monate, bis uns ein Jahrhundert vom Tage trennen wird, an dem das deutsche Kaiserreich dem russischen Zarenreich den Krieg erklärte und damit den drei Tage zuvor, am 28. Juli 1914, erfolgten kriegerischen Überfall der K. u. K.-Monarchie auf das benachbarte Serbien zum europäischen Krieg ausweitete, Denn ernsthaft war nicht daran zu denken, dass damit eine auf Osteuropa begrenzte Schlacht beginnen werde. Frankreich würde an die Seite seines russischen Verbündeten treten, Deutschland mithin einen Zweifrontenkrieg bekommen und das an der Seite des altersschwachen Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn, dessen historische Stunden abgelaufen waren.

Deutsche Heldensage

Die Ursachen und Antriebe der gegenwärtigen Regsamkeit in Sachen Geschichte sind nicht leicht zu ergründen. Ergebnisse von Befragungen, die den Grad tatsächlichen Interesses der Bürger anzeigen würden, liegen nicht vor. Sicher ist, dass schon bisher kein Zeitungsleser, Rundfunkhörer oder Fernsehzuschauer der Begegnung mit dem großen Thema entgangen ist. Und wenn er nur auf den unsäglichen Streifen „Die Männer der ‚Emden‘“ am Karfreitag in der ARD stieß. Da wurde eine deutsche Heldensage so geboten, wie sie schon in der Weimarer Republik und im Faschismus in Jugendbüchern erzählt worden war. Jeder „echte deutsche Junge“ kannte den Namen des Schiffes und den seines Kommandanten.

Ein wenig plümerant war den Filmemachern über ihrer ideologischen Schmutzarbeit am Ende wohl doch geworden. Sie ließen ihr Kunstwerk mit einem vom Helden zum Deserteur gewandelten Offizier enden, der sich via Ostsee nach Schweden auf- und davonmacht, seine weiterkämpfenden und alsbald im Skagerrak absaufenden Kameraden im Stich lassend. Ist der Film eigentlich bundeswehrfrei? Wer sich zu dieser Produktion auf Zeitungsseiten äußern konnte und etwas auf sich hielt, hat sich von diesem den Militaristen gestohlenen Geschichtsbild abgewandt. Und wer sich durch den Streifen an „Das Boot“ aus dem Jahre 1981 erinnert fühlte, konnte ermessen, wohin die „Bewältigung“ der Geschichte hierzulande inzwischen geraten ist.

Wie es von Staats wegen darum steht, erzeugte noch vor Wochen beim Blick auf den nahenden „europäischen Gedenktag“ des Kriegsbeginns auch besorgte Fragen. Blieben die Vorbereitungen darauf in Deutschland und insbesondere die Initiativen seiner Regierung hinter jenen zurück, die sich in Frankreich und Großbritannien seit längerem erkennen ließen? Und so wurde die Bundesregierung von Bundestagsabgeordneten – es war eine Gruppe aus der Linkspartei – mit Anfragen bestürmt, was sie unternehme, um die sich bietende Gelegenheit zur Aufklärung innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen zu nutzen.

Darauf erhielten die Fragesteller eine viele Seiten füllende Antwort. Was mitgeteilt wurde, verdient Durchmusterung und das gilt für Bedachtes, schon Geschehenes, Angekündigtes und Geplantes, wobei – um es vorweg zu sagen – auch manche Leerstelle hervortritt. Die kann ein Produkt des Zufalls sein, der Unwissenheit oder des Zwangs zur Auswahl, aber auch aus einer Haltung heraus entstanden sein.

Titel und Themen

Ausgewiesen werden Ausstellungen, Konferenzen, Tagungen, Vorträge, Schulungen, Buchvorstellungen, Besuche von Gedenkorten, internationale Begegnungen, vorwiegend von Schülern und anderen Jugendlichen, dazu Film- und Theateraufführungen. Deren Träger sind staatliche Einrichtungen wie die Bundeszentrale für politische Bildung, Botschaften, Goethe- und Deutsche Historische Institute, wissenschaftliche Lehranstalten, Bibliotheken und in hohem Maße Museen. Zahlreich beteiligen sich daran deutsch-französische Vereinigungen. Die meisten Veranstaltungsorte finden sich zwar in

den beiden am Rhein benachbarten Staaten, aber es gibt sie auch auf dem Balkan, im russischen Petrosawodsk oder in Kansas City in den USA.

Weit fächern sich Titel und Themen. Ins Blickfeld gerückt werden der Kriegsalltag von Mensch und Pferd, die Zerstörung von Landschaften, das Leben von Bewohnern so unterschiedlicher Städte und Gegenden wie Nancy und Koblenz, Le Havre, von Lorraine und Siebenbürgern. Das bezeugt auch Fortschritte in den lokal- und regionalgeschichtlichen Studien. Es gibt eine Konferenz über das Dasein der Kinder unter Kriegsbedingungen und eine Ausstellung von Büchern, die damals für sie bestimmt wurden. Viele Museen präsentieren aus ihren Sammlungen Erzeugnisse der Kunst, wozu auch Werke zum Kriegsthema aus Psychiatrien rechnen. Eher absonderlich mögen zwei Ausstellungen in Berlin anmuten, die eine heißt „Krieg und Kleider“, die andere nennt als Haupttitel „Kriegsgefühle“.

Kriegsziele

Weder die Bundesregierung noch einer ihrer Partner und auch nicht einer der von ihr geförderten Institutionen kam der Gedanke, sich des großen Themas der Kriegsursachen und des damit unausweichlich in Zusammenhang Stehenden anzunehmen: der Verantwortung und Schuld jener, die zu diesem Krieg trieben und ihn auslösten. Gewiss, die Antwort nach dem Warum, die am Ende jeder tieferreichenden Beschäftigung mit einem Ereignis oder Prozess der Geschichte steht, ist zumeist keine Einmaleins-Aufgabe. Doch lässt sich ihr näher kommen, wenn nach Kriegszielen gefragt wird. Indessen, auch dieser Begriff taucht im Programm nicht auf. Darob sollen die Veranstalter nicht verdächtigt werden, sie hätten diesen Fragenkomplex wegen seines Schwierigkeitsgrades gescheut. Die Dinge liegen einfacher. Das Forschen nach den Ursachen und Verursachern des Ersten Weltkrieges – und nicht nur dieses Krieges – ist hierzulande unbeliebt. Wer sich auf diesen Weg macht, darf auf Beifall nicht hoffen. Und dies namentlich dann nicht, wenn gefragt wird, welchen Anteil das Vaterland der Urgroßväter an jenem Weg in den 1. August 1914 hatte.

Das bekam vor mehr als einem halben Jahrhundert schon der Hamburger Hochschullehrer Fritz Fischer zu spüren, als er sein Buch „Griff nach der Weltmacht“ veröffentlichte und darin die Greifenden in den herrschenden Eliten des Deutschen Kaiserreiches ausmachte. Von dieser Abneigung hat sich mehr als ein Rest erhalten. Denn nun, zwei Generationen danach, wird in deutschen Landen ein Buch begrüßt und auf den ersten Platz der sich am meisten verkaufenden Bücher gejubelt, das ganz generell die Frage stellt, ob es nötig sei, nach Kriegsschuld und -schuldigen zu fahnden: Christopher Clarks „Die Schlafwandler“. Das aber hatten schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur rachelüsterne, sondern Manche weitschauende Zeitgenossen anders gesehen. Die wollten Wilhelm II., dessen Anteil am Weg in den Krieg dokumentiert war, auf einer Anklagebank sehen. Doch rückten die Niederländer, die am Krieg unbeteiligt gewesen waren, den getürmten Kaiser nicht heraus. Und die Nachkriegsprozesse, die in Leipzig vor dem Reichsgericht stattfanden, deren Ankläger das Führungspersonal verschonten und wenige, vergleichsweise niedere Chargen wegen Verbrechen gegen das fixierte internationale Kriegsrecht belangten und glimpflich davonkommen ließen, ähnelten mehr einer Farce denn einem Gerichtsverfahren.

Imperialismus beendet

Doch im und nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die historische Szene. Nun stellten Richter mehrerer Staaten erstmals die Frage nach der Kriegsschuld. Der Anklagepunkt zwei vor dem Nürnberger Tribunal lautete „Verbrechen gegen den Frieden“. Und auch in den Tokioter Prozessen wurden „Führer, Organisatoren, Anstifter oder Komplizen“ angeklagt, welche „an der Planung oder Ausführung eines gemeinsamen Plans oder einer Verschwörung zum Führen von Angriffskriegen“ beteiligt waren. Dass die Art des australisch-britischen Historikers Clark, Kriege zu analysieren, ohne die Frage nach ihrer Herkunft und ihren Ursprüngen zu stellen, einen Rückschritt darstellt, ist schwer zu bezweifeln. Und noch weniger, dass ihm seine Sicht, gewollt oder nicht, den Beifall aller einträgt, die darüber aus Gründen ihrer eigenen momentanen Politik in Asien und Afrika oder auch nur aus Rücksicht auf ihre lange verblichenen Klassengenossen nicht reden möchten.

Indessen: im Auskunftspapier der Bundesregierung werden einige wenige Themen genannt, die doch in die Nähe der Frage nach Kriegsursachen und -schuldigen führen. Sie gehören zu einer Vortragsreihe, die das Bundesministerium des Auswärtigen und das Deutsche Historische Museum gemeinsam veranstalten. In den Räumen des Amtes wurde über „1914 – Versagen der Diplomatie“ vorgetragen und den fernen Vorgängern ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt. Daran knüpfte der Chef des Hauses auch in öffentlicher Erklärung noch die Mahnung, so etwas dürfe den Diplomaten 100 Jahre später nicht noch einmal passieren. Wäre damit ernstgemeint, dass sich Deutschland von Kriegen fernhalten solle, ließe sich dagegen nichts einwenden. Wohl aber ist die Qualifizierung der Diplomaten, die vor einem Jahrhundert agierten, als Versager und damit zumindest partiell als unschuldig Schuldige so etwas wie ein fauler Zauber. Sie erweckt den Eindruck, das einstige diplomatische Personal hätte den Frieden schon gewollt oder mindestens wollen gesollt, aber ihn eben nicht gekonnt.

In Wahrheit befasste sich ein Gutteil dieser Experten in jenen Monaten zuvor und dann während der Julikrise 1914 nicht mit der Vermeidung des Krieges, sondern mit seiner Vorbereitung, u. a. mit der Irreführung der ausgemachten Kriegsgegner, mit der Herstellung einer Konstellation, vor der die Lüge glaubhaft gemacht werden konnte, das Deutsche Reich sei „mitten im Frieden“ von Neidern und Einkreisern überfallen worden. Und auf diesem Felde ihrer Aufgaben und Tätigkeiten lässt sich ihnen Versagen nicht anlasten, und wenn und wie der Außenminister das tut, tut er ihnen Unrecht.

Die Vortragsreihe im Außenamt wird übrigens mit der Erörterung des Themas „Kaiserreiche in ihrem letzten Kampf. Imperiale Spätzeit als Sicherheitsrisiko“ enden. So wird der Imperialismus en passant, wie auch aus in der Bundesrepublik benutzten Schulgeschichtsbüchern zu lernen ist, mit dem Jahre 1914, an anderer Stelle mit 1918 für beendet erklärt. Die Heutigen, blicken sie in das Jahr 1914, treffen nicht nur auf eine ferne, sondern auf eine abgeschlossene Zeit. Da also braucht sich niemand mehr zu beunruhigen. Die „Fehler“ von einst lassen sich unter den veränderten Umständen eigentlich gar nicht wiederholen.

Kreisen um „Versöhnung“

Nicht alle scheinen davon überzeugt. Vorsichtshalber wird folglich erörtert, ob die Erfahrung von 1914 für das gegenwärtige Politikmachen nicht doch etwas hergibt. So gilt ein Abend der Frage „Wiederholt sich die Geschichte?“, wobei erörtert werden soll, ob sich der Julikrise nicht etwas im Hinblick auf die „aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik in Ostasien“ abgewinnen lässt. Von der Deutschen Botschaft in Paris erhalten unsere Nachbarn einen Vortrag „Ist Europa heute vor den Fehlern von 1914 sicher?“ angeboten, eine ausgeklügelte Formulierung, lässt sie doch offen, ob das ganze Europa Opfer „deutscher Fehler“ wurde oder ob jenseits der Reichsgrenzen, womöglich in Paris, seinerzeit auch Fehler gemacht wurden. In Mazedonien wird die deutsche Auslandsvertretung einheimischen Lehrern den Weg zu einer „gemeinsamen Annäherung an die Vergangenheit“ finden helfen. Und in Portugal bietet das Goethe-Institut Jugendlichen eine Antwort auf die Frage: „Wie schreibt man die Geschichte zusammen?“

Keine Frage: Die bundesrepublikanische Auslandspropaganda zielt darauf, soweit die Erinnerung aus der Geschichte in die Politik führt, sie um den Begriff „Versöhnung“ kreisen zu lassen. In keinem Land wird ein Vortrag angeboten, der sich auch nur dem Thema nach mit Deutschlands Rolle in den Vorkriegsjahren und der Vorkriegskrise befasst. Das Bestreben, das Ganze nach der Weise „Wir sind alle kleine Sünderlein“ zu intonieren und selbst so in eine Menge einzutauchen, verdirbt aber doch das erwünschte Ziel. Denn die heutigen Verbündeten machen das nicht mit. Gewiss: Joachim Gauck und François Hollande werden sich am Hartmannswillerkopf in den Vogesen treffen, dort Zehntausenden toten Deutschen und Franzosen gedenken und als ihr Publikum Schüler beider Staaten einladen.

Welchen historisch-politischen Ort dieser Krieg im Denken vieler unserer westlichen Nachbarn noch immer besetzt, wurde deutlich beim Tode des letzten französischen Kriegsteilnehmers. Der wurde in einem Staatsakt beigesetzt und hätte, würde er dem nicht widersprochen haben, seine letzte Ruhestätte im Invalidendom unfern Napoleons gefunden.

Gewiss: Dass der Krieg in Westeuropa vier Jahre lang auf belgischem und vor allem französischen Boden tobte und nicht auf deutschem, dass Städte, Dörfer und Landschaften dort teils bis zur Unkenntlichkeit verwüstet wurden und die Narben bis heute sichtbar sind, dass sich da riesige Friedhofsfelder mit den Gebeinen von Soldaten aller beteiligten Armeen befinden, während in Deutschland auf zivilen Begräbnisstätten wenige Gräber jener Soldaten liegen, die es als Schwerverwundete bis in die heimatlichen Lazarette geschafft hatten, dann aber dort starben – das alles macht Unterschiede. Und es bietet die auch jenseits des Rheins und des Ärmelkanals genutzte Chance, über die imperialistischen Interessen zu schweigen, die auch jene Großmächte verteidigten und verfochten, die sich zu Deutschlands Kriegsgegnern zusammenschlossen. Doch unverrückbar steht fest, dass das Kaiserreich die Kriegserklärungen an Petersburg und Paris richtete, wie vordem die K. u. K.-Monarchie und nicht Serbien den Krieg begann. Daher kann vollends nicht gelingen, das Gedenken auf Versöhnung zu beschränken und Fragen an die Geschichte in einem großen See der Tränen zu ersäufen. Dagegenstehen – Europa hin, Europa her – auch Interessen der nationalpolitischen Erziehung in den Ländern von Nachbarn und Verbündeten. Der Rituale samt Umarmungen wird es dennoch nicht ermangeln.

Kriegsgegner

Es gibt eine zweite, der erwähnten benachbarte Leerstelle. Eine Anzahl von Ausstellungen und Vorträgen erinnert an Menschen und Kräfte, die sich vor, während und dann nach dem Kriege gegen ihn wandten, in Wort und Schrift, mit Zeichenstiften, Pinseln, dem Gerät der Bildhauer und auch mit Kameras und Filmapparaturen. Dazu gehören der österreichische Filmregisseur Georg Pabst, an den und dessen Film „Westfront 1918“ das Goethe-Institut in Nancy erinnert, und Erich Maria Remarque, über dessen Buch „Im Westen nichts Neues“ und dessen Verfilmung am gleichen Institut in Bordeaux konferiert wurde und dem eine Ausstellung in Heidelberg gewidmet ist. Eine internationale Tagung in Paris befasste sich mit der breiteren Themenstellung „Les défenseurs de la paix 1899-1917 – Die Verteidiger des Friedens 1899-1917“. Im Heinrich-Heine-Haus in Paris gab es ein Kolloquium „Le Voix de la paix – Die Stimmen des Friedens“. Im Duisburger Lehmbruck-Museum werden Antikriegsplastiken zu sehen sein.

Jenseits von Personen aus Literatur, Kunst und Film scheint das Interesse aber erloschen. In manchen Fällen lässt sich bedauern, so mit Blick auf Paul von Hindenburg, dessen Namen hierzulande, begrenzt auf die alten Bundesländer, noch immer eine Masse von Straßen trägt. Ein ungeschminktes Bild seiner Rolle im Weltkrieg könnte Anstoß geben, da „bewältigend“ Wandel zu schaffen. Eine Ausnahme macht ein sozialdemokratischer Mordspatriot. Ludwig Franks, eines badischen Politikers, der sich freiwillig meldete und schon im September 1914 umkam, wird an einer Mannheimer Schule, die seinen Namen trägt, an seinem 100. Todestag gedacht. Insgesamt jedoch wurden Politiker, Industrielle und Wissenschaftler in die staatlich betriebenen oder geförderte Erinnerungskultur nicht einbezogen.

In einem Punkte, und auch da lässt sich an Zufall nicht glauben, bildet das freilich einen Skandal, und einen entlarvenden dazu. In dem Programm tauchen diejenigen Deutschen nicht auf, die am Jahrhundertbeginn am klarsten sahen, wohin die europäische Entwicklung mit maßgeblichem Anteil der deutschen Imperialisten treiben werde, wenn ihr nicht Massen Einhalt geböten. Und auch nicht jene, die im Verlauf des Krieges lernten, die Front wechselten und die Partei des Friedens ergriffen. Da wäre, um mit den Frauen zu beginnen, von Bertha von Suttner, Rosa Luxemburg und Käthe Kollwitz zu reden. Von Karl Liebknecht und dem Anarchisten und Dichter Erich Mühsam und auch von Hugo Haase, dem Sozialdemokraten, der von den „Vaterlandsverteidigern“ zu den Friedenssuchern überlief. So bleibt denen, welche die Bewältigung, besser die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte ohne Tabus betreiben, hinreichend zu tun.

junge Welt, Mittwoch, 07.05.2014.

Deutschlands provozierende und aggressive Rolle

Was drei deutsche Geschichtsprofessoren über die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts zu berichten wissen

Der 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges hat eine unglaubliche Büchermasse vorausgeworfen. Kein einschlägiger Verlag wollte zu spät kommen. Im Folgenden sei auf zwei Publikationen hingewiesen, die drei deutsche Geschichtsprofessoren verfasst haben.

Das Buch von Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich, bekannt durch das vor einem Jahrzehnt gemeinsam mit Irina Renz herausgegebene Lexikon zum Ersten Weltkrieg, beschränkt sich auf Deutschland 1914 bis 1918. Allein das bot angesichts der Fülle von Dokumenten und Literatur eine Herausforderung. Die meistern die Autoren souverän. Ihr Vorhaben, eine Darstellung zu liefern, die vom Studenten bis hin zum interessierten Laien jedem etwas bietet, wurde verwirklicht. Gäbe es einen Wettbewerb, in dem sich die neue Literatur zum Thema messen müsste, wäre den Verfassern ein Preis sicher. Ihr Band reiht sich fördernd in die „neue Militärgeschichte“ ein, die nicht in erster Linie Kriegshandlungen nachspürt, sondern sich mit der Sozialgeschichte jener vier Jahre sowie mit den Legenden um das Geschehen befasst.

Die Schwachstelle auch hier ist die bekannte, geradezu ein Erkennungszeichen der bürgerlichen Geschichtsliteratur: Sie betrifft die konkreten Interessen, die in den Krieg führten. Formulierungen wie „Deutschland glaubte ...“, „Deutschland forderte ...“ „Die Deutschen fühlten ...“ umschiffen sozial konkrete Analysen des Denkens, Fühlens und Verhaltens der Klassen und Schichten. Dass es Differenzierungen innerhalb „der Deutschen“ gab, wird angedeutet, wenn das konservative Bürgertum als Massenbasis der national-chauvinistische Propaganda treibenden Flotten- und Wehrvereine ausgemacht und August Bebel zitiert wird.

Verstreut werden Kriegsursachen benannt: die Auseinandersetzungen über die „imperiale Aufteilung der Welt“, der „koloniale Wettlauf“ Deutschlands mit Frankreich und Großbritannien, die „aggressive Weltpolitik“ des Deutschen Reiches, der „neue deutsche Expansions- und Konfrontationskurs“ etc.. Danach jedoch erhalten die Größen der deutschen Politik Absolution mit der These, von einem „zielbewussten Steuern in Richtung auf einen europäischen oder gar einen Weltkrieg kann nicht die Rede sein“. Gewiss nicht, wenn man sich darunter naiv vorstellt, es müsse so etwas wie einen Fahrplan mit Abfahrts- und Ankunftszeiten, Halte- und Zielbahnhöfen gegeben haben, wie ihn die Deutsche Reichsbahn besaß.

Oliver Janz, der in Berlin Neue Geschichte lehrt und als Chief Editor der Internationalen Online-Enzyklopädie zum Ersten Weltkrieg mit der Materie vertraut ist, wählte als Titel seines Buches die Bezeichnung, die für das Ereignis in Großbritannien, Frankreich und Belgien bis heute üblich ist: „Der Große Krieg“. Er hat sich vorgenommen, dem auch in der Geschichtswissenschaft noch dominierenden Blick auf das Geschehen in Deutschland und Westeuropa ein breitwinkligeres entgegenzusetzen. Vorab formuliert er eine Liste von Fragen, die an die dramatischen Ereignisse und deren Folgen zu stellen sind, nahezu eine Leporello-Liste. Er erwähnt, er werde auch auf die „klassischen Probleme“ eingehen. Zu denen zählt er die Frage nach den Ursachen des Krieges und der Verantwortung für seine Auslösung.

Eingangs wird gewarnt, den Krieg als unvermeidliches Ergebnis geschichtlicher Prozesse anzusehen, wenngleich das Politiker und insbesondere Militärs im Kaiserreich und in anderen Staaten geglaubt hätten. Der Autor lässt seine Leser dann aber mit der Frage im Stich, wodurch dieser Glaube genährt wurde. Schließlich stimmt Janz der Auffassung zu, dass der „Große Krieg“ aus einer Kette von Konflikten und Kleinkriegen entstand, die „aus der imperialistischen Expansion der Großmächte resultierten“. Und weiter, dass sich die Bereitschaft zum Kriege auch mit der Absicht von Regierenden verband, „innere Konflikte der Klassengesellschaft“ zu entschärfen.

Was jedoch die handelnden Personen an der Spitze der Staaten betrifft, ist sich Janz sicher: Keiner habe „einen großen Krieg“ gewollt oder angestrebt. Zwischen den Personen in Berlin, Paris, London und Petersburg bemerkt er indes einen erheblichen Unterschied. Denn Frankreich, Großbritannien

und auch Russland wären vor allem an „der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa interessiert“ gewesen, während in Deutschland „der Stand der Dinge in Europa immer mehr als unvereinbar mit den langfristigen Interessen des Reiches angesehen“ wurde. Worauf es wiederum dem Leser anheimgestellt bleibt, sich zu erklären, wessen Interessen das waren.

Das Fazit von Janz: Deutsche Politiker waren bereit, den Krieg zu riskieren, aber sie wollten ihn eigentlich nicht. Schwer, dass mit anderen Urteilen des Autors in Einklang zu bringen. Janz sieht den Krieg in der „Zeit des Hochimperialismus“ entstehen und als Gipfel von Konkurrenzkämpfen, in denen Deutschland eine besonders provozierende und aggressive Rolle spielte. Die weitgreifende Abhandlung endet mit einer Skizze über „Trauer und Erinnerung“. Da wird bemerkt, dass in Deutschland im Unterschied zu Frankreich und Großbritannien kein Konsens entstand, die Erinnerung vielmehr hart umkämpft blieb. Das könnte etwas mit der unterschiedlichen Rolle der Mächte und Menschen bei der Entstehung des Krieges und in dessen Verlauf zu tun haben.

Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. Fischer, Frankfurt. 333 S., geb., 24,99 Euro. Oliver Janz: 14. Der Große Krieg. Campus, Frankfurt. 415 S., geb., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 30. Mai 2014, S. 16.

Im Sumpf

Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns

Unter der Büchermasse, die ihren Druck dem bevorstehenden 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges verdankt, nimmt der Band von Hirschfeld/Krumeich[1] eine besondere Stellung ein. Sein Umfang schreckt nicht und er ist auf den ersten Blick und auch durch seine vielseitige Illustrierung als eine Darstellung erkennbar, die sich nicht nur an Spezialisten wendet, sondern als Leser ein ungleich breiteres Publikum sucht und wohl auch erreichen wird. Die Begrenzung des Umfangs war möglich, weil sich die Verfasser auf den deutschen Geschichtsaspekt konzentrieren. Auf die Darstellung der Vorkriegszeit und der sogenannten Julikrise folgt die Schilderung der Massenstimmung zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns. Dann wird in nur drei Kapiteln die Spur der Ereignisse an den Fronten aufgenommen. Mehr Platz ist dem Leben an der „Heimatfront", der Rolle der Kriegspropaganda, der Bedeutung der industriellen Produktion für die Kriegsdauer und der Politik im Kriege eingeräumt. Auch das belegt den Abschied von jener weithin überwundenen Fixierung der Kriegsgeschichte auf das Militär, auf Schlachten, Gefechte und Scharmützel. Auch das Leben des „gemeinen „Mannes" oder der „Muschkoten" im Kriege wird plastisch geschildert. Kapitel über den Zusammenbruch des militärischen Widerstandes an der Westfront, die Revolution, den Versailler Vertrag und die einsetzenden Nachkriegsentwicklungen beschließen den Band.

Dessen Autoren sind erstrangige Fachkenner. Gerd Krumeich hat bis 2010 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf gelehrt. Er ist durch Publikationen zu verschiedensten Themen, die der Weltkrieg aufgibt, ausgewiesen und dies mit dem besonderen Blick in die deutsche und die französische Geschichte. Auch für Gerhard Hirschfeld, Professor an der Universität Stuttgart und Direktor der Bibliothek für Zeitgeschichte in Baden-Württembergs Hauptstadt, bildet der Erste Weltkrieg seit Jahrzehnten einen großen Gegenstand seiner Forschungsarbeit. Beide sind wiederholt gemeinsam als Autoren und Herausgeber hervorgetreten und haben sich 2003 mit der Enzyklopädie zum Ersten Weltkrieg gleichsam ein literarisches Denkmal gesetzt,[2] das eine Herausforderung darstellt und hoffentlich eines nicht fernen Tages Spezialisten den Anstoß für einen „Nachfolgeband" über den Zweiten Weltkrieg geben wird.

Wider Christopher Clarks Revisionismus

Nun ist dieses Buch zu einem Zeitpunkt auf den Markt gelangt, da sich auf deutschen Bestsellerlisten eine Publikation des in Großbritannien lebenden australischen Forschers Christopher Clark, die im September 2013 deutschsprachig erschien[3], auf dem Wege zu Platz eins befand. Der Reklametext, mit dem sie der Verlag herausbrachte, lautet u. a.: „Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug." Die Sätze verbreiten Dunkelheit und ihr Inhalt ist schlicht falsch: *Erstens* beträgt die „lange Zeit" ein halbes Jahrhundert. *Zweitens* hatte niemand, nach Art einer Verabredung zum nächsten Skatspielertreffen, ausgemacht, wie Geschichte zu betrachten sei. Vielmehr legte ein Forscher, der in Hamburg an der Universität lehrende Fritz Fischer, auf der Basis seiner Archivstudien Anfang der sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts Ergebnisse vor, die seine Schüler weiter fundierten und die in der Zunft der Historiker akzeptiert wurden. Sein Fazit wird auch in Schulgeschichtsbüchern der Bundesrepublik zitiert. Davon sogleich in einem knappen Exkurs einige Worte mehr.

Es waren – dies *drittens* – nicht Großmachtträume der zivilen und militärischen Führer im Reich Wilhelms II., denen die Hauptverantwortung für den Weg in den Weltkrieg zuzuschreiben ist, denn eine Großmacht war das 1871 gegründete Reich ökonomisch wie militärisch binnen drei Jahrzehnten schon

---

1 Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2013.

2 Gerhard Hirschfeld mit Gerd Krumeich und Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003. Aktualisierte und erw. Studienausgabe (UTB), Paderborn 2009. Vgl. die englische Ausgabe 2012: BRILL'S Encyclopedia of the First World War, ed. by Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz, in Cooperation with Markus Pöhlmann. English ed. supervised by James S. Corum, 2 Vol, Leiden, Boston. Mass. 2012.

3 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog, München 2013.

geworden, sondern Weltmachtpläne. Weiter heißt es dann im Text: „In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt [...] Clark zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte.“ *Erstens* gehört die Allerweltsvokabel von der komplexen – zu Deutsch: vielschichtigen oder vielgestaltigen – Welt zu den Lieblingsphrasen auch von Historikern, die eine Situation, ein Ereignis oder einen Prozess genauer nicht beschreiben können oder wollen, denn eine andere als die komplexe Welt gibt es nicht. *Zweitens* waren es nicht nur Irrtümer, Eitelkeiten, Pläne und Bestrebungen, die, wo Menschen agieren, stets anzutreffen sind, waren es nicht nur einzelne Akteure, deren unbeabsichtigtes Handeln oder Unterlassen eine Situation entstehen ließ, die keiner gewünscht oder gewollt hatte, an die jener junge Serbe Gavrilo Princip nur noch die Lunte zu legen und zu entzünden brauchte. *Drittens* ist es nicht wahr, dass die Folgen des Schritts über die Kriegsschwelle für niemanden absehbar gewesen wären. Dem widersprechen ein paar „Ausnahmen“, von denen drei – und zwar nach Herkunft, Denkweise und gesellschaftlicher Stellung sehr unterscheidbare – Zeitzeugen genannt werden sollen: Der Gesellschaftstheoretiker und Historiker Friedrich Engels (1820-1895), der 1887 auf die grundstürzenden politischen Ergebnisse verwies, die auf einen sich abzeichnenden Weltkrieg folgen könnten. Sodann der preußische Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke (1880-1891), der 1890 sich in einer Reichstagsrede gegen die naive Vorstellung von einem kurzen Weltkrieg wandte und seine Ansprache mit einem „Wehe dem“, der die Lunte legt und zündet, schloss. Des Weiteren der Hamburger Lehrer Wilhelm Lamszus (1881-1965), ein Pazifist, der, was da nahte, 1910 als Menschenschlachthaus[4] identifizierte, ein Begriff, der später aus vieler Munde und Feder immer wieder benutzt wurde.

Ein Blick in Schulgeschichtsbücher

Welchen Platz eine bestimmte Sicht auf Personen, Ereignisse und Prozesse der Geschichte einnimmt, lässt sich nicht zuletzt an den Texten von Büchern erkennen, die im Geschichtsunterricht der Schulen benutzt werden. Das trifft auch auf die Sicht Fritz Fischers zu. Das Lehrbuch, das für Schulen Mecklenburg-Vorpommerns[5] bestimmt wurde, zitiert Fritz Fischer mit seiner Kernthese, wonach „die deutsche Reichsführung den entscheidenden Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“ trägt. Darauf lassen die Autoren Thomas Nipperdey (1927-1992) mit dem Satz zu Wort kommen: „Der Krieg kam, weil alle oder einige am Frieden zweifelten, nicht weil alle oder einige zum Krieg unter allen Umständen entschlossen waren.“[6] Also kam er so, obwohl ihn eigentlich niemand wollte. Daran wird der „Arbeitsauftrag“ für die Schüler geschlossen: „Wie beurteilst du die Auffassung, dass der Imperialismus der europäischen Großmächte eine wesentliche Ursache für den Ersten Weltkrieg war? Begründe deine Meinung.“ Die Autoren halten sich zurück und den Schülern wird, wenn ihr Lehrer es nicht versucht, keine Meinung aufgedrängt. Man mag sich vorstellen, wie nach diesem didaktischen Grundsatz Unterrichtsstunden im Fach Physik oder Chemie verlaufen würden.

Ein anspruchsvolleres Schulbuch, zum Gebrauch in der Oberstufe gedacht[7], zu dessen Herausgebern Immanuel Geiss (1931-2012) gehört, der wohl durch seine Arbeiten bekannteste Fischer-Schüler, eröffnet die Zitatenreihe ebenfalls mit der schon angeführten Textstelle aus Fischers Hauptwerk. Darauf folgt Gerhard Ritters (1888-1967) Gegenposition, der zufolge Deutschland seit 1911 „eingekreist“ und in eine Situation gebracht worden sei, in der nur „eine Regierung von Abenteurern“ daran gedacht haben könnte, einen Krieg zu provozieren. Die aber, darf der Schüler hinzudenken, besaß Deutschland nicht. Und gerade den Militärs, fährt Ritter dann fort, wäre in jenem Zeitraum „klar bewusst“ geworden, wie unzulänglich ihre Land- und Seerüstungen waren, so dass auch sie sich auf

---

4 Wilhelm Lamszus, Das Menschenschlachthaus – Bilder vom kommenden Krieg, kommentierter Nachdruck der 1. Auflage von 1912, München 1980.

5 Geschichte plus, Klasse 10, Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern [Verlag Volk und Wissen], Berlin 2003.

6 Ebd., S. 38.

7 Epochen und Strukturen: Grundzüge einer Universalgeschichte für die Oberstufe, hrsg. v. Immanuel Geiss, Band 2: Vom Absolutismus bis zur Gegenwart [Diesterweg-Verlag], Frankfurt/M. 1996.

das Abenteuer eines Zweifrontenkrieges nicht einlassen wollten. Das kann nur als Kriegsverzicht aufgrund des Wissens um die eigene Schwäche gelesen werden. Daran schließen sich Kurztexte von Andreas Hillgruber (1925-1989) und Klaus Hildebrand an, also von Vertretern der ersten Reihe bundesrepublikanischer Fachleute: Nach Hillgruber kann von einer zielbewusst auf den großen Krieg orientierten Reichspolitik, „wie sie Fritz Fischer zu sehen meint ..., keine Rede sein". Hildebrand hingegen schreibt dem Deutschen Reich die initiierende Verantwortung „für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges" zu. Doch hat er zuvor dargelegt, klargestellt, dass es dazu als Folge einer Politik gekommen sei, mit der die Reichsregierung den „Ring", der um Deutschland gelegt worden war, entweder diplomatisch oder auf dem risikovollen Kriegsweg aufsprengen wollte. Also demnach vollzog sich so etwas wie eine Politik in Ab- und Notwehr. Hier lautet der anschließende Arbeitsvorschlag: „Stellen Sie die Argumente der Kontroverse gegenüber", was eigentlich auf den Seiten zuvor die Autoren schon taten, und weiter: „Überlegen Sie, woher der polemische Tonfall herrührt, wenn Sie an die Rolle Deutschlands im 20. Jahrhundert denken!"[8] Dieser rätselhafte Auftrag soll von den Schülern in Gruppenarbeit erledigt werden.

In einem noch unter Mitwirkung von Geschichtspädagogen und Historikern der DDR herausgegebenen Schulgeschichtsbuch für Mittelschulen in Sachsen[9], an dem wiederum auch Immanuel Geiss mitgearbeitet hat, wird zunächst Fischer mit seiner Kernthese zitiert und dahinter die ebenfalls schon vorgestellte Gegenposition Gerhard Ritters gesetzt. Daran schließt sich die Position Fritz Kleins (1924-2011) an, eines der bekanntesten Weltkriegsforschers im ostdeutschen Staat, der zufolge der deutsche Imperialismus „das größte Interesse an einer Neuaufteilung der Welt besaß". Endlich kommt Thomas Nipperdey, jedoch mit einer anderen Textstelle, wieder zu Wort. Er meint: „Und wenn man [...] die Entscheidungsfreiheit der Handelnden bedenkt, so haben Alle Anteil an der Zuspitzung der Krise, wenn auch unterschiedlich". Das ist, dies nebenbei, eine bemerkenswerte Logik, denn unter Berufung auf die gleiche Freiheit ließe sich doch begründen, dass alle ohne Anteil gewesen wären. Daran schließt sich die Forderung an die Schüler: „Entscheide Dich für ein Historiker-Urteil oder für Teilaspekte. Erkläre, warum Du Dich so entschieden hast."[10] Die 14- oder 15jährigen Knaben und Mädchen sollen leisten, was die Buchautoren unterlassen haben. Damit genug von diesem Teil pluralistischer Schulpädagogik, die vor allem belegt, dass Fischers Auffassung den Schülern vorgestellt wurde, jedoch verbunden mit einer mehr oder weniger großen Zahl von Einwänden. Jedenfalls war die Auffassung über Deutschlands „Hauptverantwortung" unter deutschen Schulbuchautoren keineswegs so „ausgemacht", wie vom Verlag im Werbetext zu Clarks Buch behauptet. Damit zurück zu Clark und seiner zentralen These von der im Wesentlichen gleichen Schuld der europäischen Staaten und deren Politiker am Weg in den Weltkrieg.

Das englischsprachige Original war 2012 erschienen und Gerd Krumeich hatte in einer Rezension ihm ein Willkommen geschrieben und gefragt, ob nun nicht die Sicht Fritz Fischers auf die Rolle des Deutschen Kaiserreichs, seiner Zivilisten und Militärs an der Staatsspitze, entwickelt und begründet in dessen Werk „Griff nach der Weltmacht"[11], verabschiedet werden müsse. In ihrem Buch gehen Krumeich/Hirschfeld auf Clarks Version ausdrücklich nicht ein, sein Name fällt nicht und Fischer wird nur en passant als Entdecker jener Denkschrift erwähnt, in der die Reichsregierung 1914 im September ihre Kriegsziele zusammenfasste.

Ohne wissenschaftliche Debatte

Wie die deutschen Historiker, namentlich die an den Universitäten und Hochschulen Lehrenden, die doch für eine Auseinandersetzung mit dem australischen Hochschullehrer in erster Linie zuständig sein sollten, auf die Geschichte des Ersten Weltkrieges blicken, ließ sich an der Zahl der Entgegnungen ablesen, die Clarks Buch herausforderte. Im Ganzen waren es zwei Stimmen, die sich, diese aber bestimmt, dem Revisionsversuch widersetzten. Die eine stammte von dem emeritierten Freiburger

---

8 Ebd., S. 222 f. und 226.

9 Expedition Geschichte 4, Klasse 8 [Diesterweg-Verlag], Frankfurt am Main 2006.

10 Ebd., S. 31 f.

11 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserreichs 1914-1918, Düsseldorf 1961.

Hochschullehrer und vieljährigem Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr Wolfram Wette und wurde in einer politikwissenschaftlichen Zeitschrift gedruckt.[12] Die andere war die des Historikers und Publizisten Volker Ullrich, langjähriger leitender Mitarbeiter der Wochenzeitung *„Die Zeit“*, die seine Wortmeldung auch druckte.[13] Diese beiden Äußerungen sind die einzigen, die sich, unbekümmert um den argumentationslosen Beifall in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, auf Dokumente gestützt und auch in der Wortwahl deutlich von der jüngsten Verzeichnung der Vorgeschichte des Weltkrieges distanzierten.

Mit dem Schweigen der Mehrheit der Zuständigen war dafür gesorgt, dass die Medien in der Bundesrepublik ihre Begrüßungshymnen ungestört singen und senden konnten. Eine die Öffentlichkeit erreichende Debatte der Fachleute fand nicht statt. Wo sich Spezialisten in Sälen mit Clark trafen und sich deutschem Publikum in Talkshows präsentierten, war eine weitgehende Übereinstimmung gesichert. Die eigentlichen Kontrahenten wurden nicht zu Tische gebeten. Eine Abwägung der Auffassung Fischers und ihre genaue Punkt-für-Punkt-Konfrontation mit der Clarks, also eine Debatte, die das Kennzeichen „wissenschaftlich“ verdient hätte, fand nicht statt. Deutschlands Beitrag zum Weg in den Krieg wurde auf allgemeines Niveau herabgesetzt, so etwas wie eine zumindest partielle Rehabilitierung der deutschen Eliten von einst vorgenommen und das Bild der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschönt. Denn Fischer, dessen Geschichtsbild nun als veraltet und überholt markiert wurde, betraf nicht nur die Vorgeschichte von 1914, sondern stellte den Zusammenhang beider Weltkriege her, indem der Nachweis der Kontinuität der Politik des deutschen Imperialismus erbracht wurde.

Im einleitenden Kapitel „Vor dem Krieg“ benennen auch Hirschfeld/Krumeich die Kriegsursachen und charakterisieren insbesondere Deutschlands Rolle. Sie setzen bei den seit der Jahrhundertwende verschärften Auseinandersetzungen über die „imperiale Aufteilung der Welt“ (S. 11) ein, erwähnen den „kolonialen Wettlauf“ Deutschlands mit Frankreich und Großbritannien (S. 12), konstatieren die „aggressive Weltpolitik“ des Deutschen Reiches (S. 15), und einen „neuen deutschen Expansions- und Konfrontationskurs“ (S. 16), verweisen auf das Streben Deutschlands, „den Durchbruch zur ‚Weltmacht‘ zu schaffen“ (S. 22) und „ein mehr oder minder zusammenhängendes Kolonialimperium zu erobern“ (S. 27). Sie zitieren aus der berühmten Rede August Bebels die beiden Sätze: „Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Männerblüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen gegeneinander als Feinde ins Feld rücken.“ (S. 28) Auch das ein Beleg gegen die These, es sei generell nicht voraussehbar gewesen, was für ein Krieg bevorstand, die übrigens ebenso durch den lange vor Kriegsbeginn anzutreffenden Gebrauch des Begriffs „Weltkrieg“ fragwürdig und unhaltbar ist.

Die gemiedene Frage nach den sozialen Ursachen

An der Existenz und dem Wirken „imperialistischer Kreise des Deutschen Reiches“ (S. 18) lassen die Autoren keine Zweifel. Indessen verzichten sie darauf, sie und deren Antriebe näher zu identifizieren, weder durch eine Zuordnung in der Gesellschaft noch in persona. Das erinnert doch an die Wendung in Bertolt Brechts Drama vom Herrn Puntila und seinem Knecht Matti, wonach, solange kein Name gefallen ist, nichts passiert sei. Indessen geht es um etwas mehr: Unter „imperialistisch“ wird nicht mehr als die Kennzeichnung einer Politik verstanden, die bestimmte Macht- oder kolonialpolitische Ziele verficht und die von den einen Politikern verfolgt, von anderen mit Skepsis gesehen, von dritten abgelehnt wird. Aus welchem Boden sie hervorgeht und gespeist wird, denn sie ist doch historisch entstanden und war nicht zu allen Zeiten anzutreffen, wird nicht erfragt und erforscht. Die Vorkriegsgesellschaften mit ihren Widersprüchen und Interessen bleiben uncharakterisiert und werden auf ihre Ursprünge nicht untersucht. Das ist ein bemerkenswertes Verfahren verglichen mit dem jedes Justizgerichts, das, vermutet es hinter einer Explosion eine Untat und einen Verbrecher, nicht nur nach dessen Absicht und Antrieb fragt, sondern auch nach den sozialen und individuellen Entste-

---

12 Wolfram Wette, 1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2014, S. 41-53.

13 Volker Ullrich, Erster Weltkrieg. Zündschnur und Pulverfass, in: Die Zeit, 38/2013, 17. September 2013.

hungsgründen für sein Handeln fahndet und darüber hinaus nach Interessenten oder gar Auftraggebern, die es für das Geschehen womöglich ursächlich verantwortlich zu machen hat.

Das Forschen nach den Kriegsursachen nicht nur des Ersten Weltkrieges stößt, wie viele weitere Publikationen zeigen, auf eine Grenze. Wie akribisch auch immer betrieben, seine Reichweite endet bei den zumeist an der Rampe der historischen Bühne agierenden Personen. Diese werden nach Denken und Tun, Erfahrung und Unbedarftheit, Wissen und Unkenntnis, Rechnungen und Spekulationen, auch nach Eigenschaften ihres Charakters durchmustert, auch nach Einflüssen weiterer Personen und anderem mehr. Die gesellschaftlichen Zustände aber, in die sie gestellt sind, in denen sie ihren Platz und ihre Rolle fanden und besetzten – und das nicht nach dem Prinzip „Sie haben die freie Auswahl" –, erfahren keine Analyse und Charakteristik. Es müsste sonst von der bürgerlichen Gesellschaft gehandelt werden, in der bei allem Wandel, der sich in einem Jahrhundert vollzog, die Europäer noch immer leben – und das wiederum ließe unbeliebte Fragen entstehen.

Zurück zu den Kennzeichnungen der imperialistischen Politik des Kaiserreiches bei Hirschfeld/Krumeich, die sie auch nicht zu der Aufnahme des Begriffs vom „imperialistischen Krieg" führen. Sie spenden den Verfechtern dieser Politik eine Art Absolution, wenn sie behaupten: Von einem „zielbewussten Steuern in Richtung auf einen europäischen oder gar einen Weltkrieg kann nicht die Rede sein". (S. 29) Gewiss nicht, wenn man sich darunter naiv vorstellt, es müsse so etwas wie einen Fahrplan mit Abfahrts- und Ankunftszeiten, Halte- und Zielbahnhöfen gegeben haben, wie ihn die Deutsche Reichsbahn besaß, und dazu eine vollständige Liste, in der alle denk- und wünschbaren Kriegsziele aneinandergereiht wurden. Als hätten die überkommene, unaufgegebene Grundhaltung, dass Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei, und die erfahrungsgesättigte Überzeugung führender ziviler und militärischer Kreise, dass ihre imperialistischen Forderungen sich nur auf dem Wege militärischer Gewalt durchsetzen lassen würden, für ihren Entschluss nicht genügt. Der Anlass, die Schwelle zum Kriege zu überschreiten, würde sich finden, und ob der genutzt würde, war dann einzig von dem zu treffenden Urteil über Gunst oder Ungunst der Stunde abhängig.

Gar so weit sind die Autoren von dieser Sicht nicht entfernt, benutzen sie doch für die Charakteristik der deutschen Politik in der Juli-Krise Bilder wie die vom „deutschen Spiel mit dem Feuer" (S. 42), das kein Spiel war, und vom Hantieren „mit der Lunte" (S. 49). Die Tatsache, dass die politischen und militärischen Größen des Kaiserreiches einen anderen Krieg bekamen, als alle, die sie sich zuvor vorgestellt haben mochten, besagt nichts dagegen, dass sie ihn planvoll und zielbewusst begannen und manche von ihnen mindestens eine Vorahnung des Risikos, die sie zaudern und zögern, dann aber doch Ja sagen und mitmachen ließ.

Man muss den russischen Imperialismus, der nach dem Balkan und dem Bosporus gierte, nicht schönreden, nicht über die ebenfalls imperialistischen Interessen Großbritanniens und Frankreichs hinwegsehen, die ihre Macht strikt zu behaupten und auf die letzten nicht kolonialisierten Territorien auszudehnen suchten, man braucht von Italien nicht abzusehen, das sich soeben durch einen Krieg gegen das osmanische Reich eine Kolonie im Norden Afrikas zugelegt hatte, auch nicht von Deutschlands Bundesgenossen Österreich, der seine slawischen Untertanen zu vermehren gedachte, und kommt doch zu dem Ergebnis, dass niemand mehr und ausdauernder und entschlossener auf einen Krieg hinarbeitete als das Deutsche Kaiserreich. Dieses Urteil steht auf sicherem Faktengrund. Und so braucht es keine Prophetie zur Aussage, dass es der bahnbrechenden Erkenntnis des Christopher Clark nicht anders ergehen wird als jener, die vor etwa zwei Jahrzehnten der US-amerikanische Soziologe Daniel J. Goldhagen mit „Hitlers willige Vollstrecker" vorlegte. Wer erinnert sich des Reklamelärms noch, der um ihn und seine Entdeckung in der Bundesrepublik erzeugt wurde, und wer von jenen, die daran teilnahmen, will daran heute noch erinnert sein?

Interessanter als die Entdeckung Clarks ist die Frage, wie sich deren Aufnahme hierzulande erklären lässt. Das ist mit allen Verästelungen nicht leicht herauszufinden. Doch mit der Bemerkung, dass hinter Publikationen Verlage stehen, die Kasse machen, ist es nicht getan. Auch damit nicht, dass Journalisten aller Medien hinter Nachrichten her sind, denen sich ein sensationeller Anstrich geben und damit Aufmerksamkeit erzielen lässt. Doch: Clark hat „den Deutschen" für 1914 zwar keinen

Freispruch ausgestellt, aber sie doch – genauer: ihre Vorfahren –, von der Anklage einer eigenen größeren Verantwortung für das Völkergemetzel vor einem Jahrhundert schmerzlos entbunden. Er hat sie gleichsam auf das „europäische Niveau“ zurückgeholt. Das war Balsam auf alle deutschen Seelen, die beim Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts schon mit Hitler und den Seinen (und mit denen verbinden sich weitere Generationen ihrer Vorfahren) schon genug zu bewältigen haben. Da liegen die Dinge offen zu Tage und dennoch wird auch deren partielle Verdunkelung versucht. Der bevorstehende 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges wird da alte und neue Akteure auf den Plan rufen.

Die Abwehr gegen die Kriegsschuldfrage

Clarks These über Deutschlands Rolle auf dem Wege in den Ersten Weltkrieg hat für die Leser seines Buches eine Frage weitgehend aus dem Blickfeld gerückt[14], die er im gleichen Zusammenhang und sein Werk abschließend aufwirft. Sie lautet, ob es überhaupt die Geschichtswissenschaft und ihre Vertreter voranbringt, wenn nach der Kriegsschuld geforscht werde. Wörtlich fragt er, und zwar nicht allein im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg, sondern erkennbar mit Bezug auf jegliche Kriege: „Ist es wirklich nötig, dass wir ein Plädoyer gegen einen einzigen schuldigen Staat halten oder eine Rangordnung der Staaten nach ihrem jeweiligen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch aufstellen?“[15] Darauf antwortet der Autor nicht mit einem Ja oder einem Nein. Er listet vielmehr eine Reihe von Gefahren und Irrwegen auf, die sich auftun, würde mit diesem Ziel geforscht und geurteilt. Sein *erster* Einwand besagt, eine Darstellung, die sich „in erster Linie mit der Schuldfrage befasst“ (von solcher Linie war freilich nicht die Rede) und einem „schuldorientierten Untersuchungsmodell“ (was mag das sein?) folgt, gehe „oft mit Vorurteilen einher“. Das ist ein Bluff. Denn es gibt keine Frage und auch keine an die Geschichte zu stellende, die aufgrund von Vorurteilen nicht mit einer falschen Antwort versehen werden, nicht statt zur Wahrheit in den Irrtum führen könnte. Und es gibt keine Zählung und folglich keinen Beweis, dass dies bei der Erforschung der Kriegsschuldfrage oft geschehen würde. Der *zweite* Einwand behauptet, eine solche Darstellung neige zu „der Prämisse“, dass „ein Protagonist letztlich Recht und der andere unrecht haben muss.“ Indessen ist die Frage nach historischem Recht oder Unrecht eine andere als die nach Schuld oder Unschuld an einem Kriege. Dass jemand einen Anspruch rechtens geltend machen kann, gibt ihm nicht das Recht, ihn kriegerisch durchzusetzen, und also kann, wer im Recht sein mag, dennoch die Schuld an einem Kriege tragen. *Drittens* hafte dem „anklägerischen Ansatz der Nachteil“ an, das Blickfeld der Forschenden einzuengen, denn es würde auf einen Staat eingegrenzt statt auf die Summe der Beteiligten und deren Handeln ausgeweitet. Wen mag sich der Autor hier als einen Erforscher vorstellen? Kaiser Wilhelm II., Hindenburg oder einen aus der großen Schar derer, welche die Lügen von deutscher Unschuld und der Vaterlandsverteidigung verbreiteten? Einen Historiker jedenfalls nicht, denn dessen Ansatz bildet die Erhellung der Frage nach Kriegsursachen und Kriegsverursachern und, sofern das nicht eindeutig ist wie im Falle des Zweiten Weltkrieges, die Untersuchung und, soweit möglich, Abwägung der Anteile aller. Erst am Ende lässt sich dann urteilen, wem welche oder welcher Teil der Verantwortung und der historischen Schuld zuzumessen ist. Sodann, Clark weiter, würden die Schuldsucher dazu neigen, die Handlungen der Mächtigen als geplant und absichtsvoll zu konstruieren. Ins Extrem getrieben, bringe dieses Vorgehen „Konspirationsnarrative hervor, in denen ... Einzelpersonen wie die Bösewichte ... die Ereignisse hinter den Kulissen nach einem bösen Plan“ steuern würden. Hier nun lässt Clark seiner Phantasie freien Lauf – nicht völlig, sondern angeregt und gelenkt durch James-Bond-Filme, auf die er verweist, um diese „Neigung“ zu veranschaulichen. Dieser Ansatz, meint der Autor zusammenfassend, könne wohl eine moralische Befriedigung derer bewirken, die ihm folgten. Nebenbei: Alle diese Gefahrenthesen erscheinen dem Autor so am Tage zu liegen, dass er auf jeden Literaturverweis verzichtet, mit der die eine oder andere belegt worden wäre. Der Krieg von 1914, so schließt er, zu seinem Hauptthema zurückkehrend, sei ohne Absicht, Plan und Ziel zustande gekommen[16], schlafwandelnd eben.

---

14 Nicht jedoch für Volker Ullrich, a. a. O.

15 Clark, a. a. O., S. 715.

16 Ebenda, S. 716.

Clarks Zurückweisung der Frage nach der Kriegsschuld, das kann hier nicht unerwähnt bleiben, bezeugt die Haltung eines Historikers, der gesellschaftliche Bedürfnisse ignoriert. Denn Antworten darauf suchten Millionen Menschen, Angehörige vieler Nationen und Völker. Und sie fragten umso mehr und lauter, je mehr die Menschenverluste, die zerstörten Landschaften und Werte aller Art mit den Kriegsjahren ins unermessliche wuchs. Und können, um beim Ersten Weltkrieg zu bleiben, Forscher die Frage abweisen im Wissen, das schon vor Kriegsbeginn von den Herrschenden im Deutschen Kaiserreich dafür gesorgt wurde, dass der Verdacht der Kriegsschuld nicht auf sie falle, im weiteren Wissen, dass der deutsche Kaiser wie der von Österreich-Ungarn in Appellen an ihre Untertanen beteuerten, dass sie diesen Krieg nicht wollten, ja nichts mehr wünschten, als in Frieden zu leben? Sollen sie diese Lügen unwiderlegt stehen lassen? Oder die Frage der Kriegsschuld an Moralphilosophen, Psychologen und Psychiater überweisen und an die Juristen? Und soll ihr Schweigen aus vorgeblich innerwissenschaftlichen Gründen diejenigen bedienen, die heute wünschen, dass nach ihrer Rolle bei der Entstehung von Kriegen nicht gefragt wird? Diese Fragen sind nahezu rhetorisch. Doch gilt das nicht für die eine, wie erklärt werden kann, dass die Kritik hierzulande Clarks Zurückweisung der Kriegsschuldfrage hingenommen hat.

Konnten „wir“ nicht doch siegen?

Lässt sich das Buch des Australiers, ohne dass die vielen Details, die er zum Hergang der politischen und diplomatischen Aktionen erforscht und ausgebreitet hat, geringgeschätzt oder gar ignoriert werden, in seinem Kern als ein zum Scheitern verurteilter Versuch der Geschichtsrevision ablegen, so gilt das für die ebenfalls und von deutschen Wissenschaftlern wiederbelebte Frage, ob das Kaiserreich Wilhelms II. den Ersten Weltkrieg nicht doch hätte gewinnen können, nicht. Diese Frage erscheint als grotesk, zu Deutsch etwa: grillenhaft. Dennoch haben sich zwei ernst zu nehmende Männer die Frage wieder gestellt, die, kaum, dass die Waffen 1918 deutscherseits gestreckt waren, vor allem die Militärs beschäftigte, pensionierte wie in die Reichswehr übernommene. Sie waren die ersten, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten begannen, Lehren für ein anderes Mal zu gewinnen. Das ging nicht ohne reichliche Schuldzuweisungen an jene ab, denen die Verhinderung oder gar die Sabotage des Sieges angelastet wurde. Hitler gab die Schuld der Vorkriegspolitik, die sowohl die rechte Erziehung der Massen verfehlt wie den besten Zeitpunkt für den Kriegsbeginn verpasst habe. Andere apostrophierten Fehler und Versäumnisse der Diplomatie und Bündnispolitik, dritte Mängel des Schlieffen-Plans und seiner Modifikation, wieder andere die zaudernde Politik von Zivilisten an der Reichsspitze und die unentschlossene Unterdrückung der Kriegsgegner sowie die demoralisierenden Friedensangebote im Kriegsverlauf usw.

Nun also hat der von deutschen Medien viel bemühte Herfried Münkler, Professor für Politische Wissenschaften an der Humboldt-Universität, dessen Studien jüngst auch von der Volkswagen- und der Thyssen-Stiftung kräftig gefördert wurden, sich dieses Gegenstands erneut angenommen. Und er hat eine schlichte Antwort wieder gefunden. Er sieht, wie er Lesern ebenso wie Fernsehzuschauern mitteilte, den Sieg bei Beginn des Krieges möglich und dennoch vergeben, weil der deutschen Streitmacht, angetreten zur Verwirklichung des Schlieffen-Plans, dazu unter dem Strich drei Armeekorps gefehlt hätten[17], um auf dem Boden Frankreichs im August und September 1914 zu siegen. Mit ihnen kein „Wunder an der Marne“, mit ihnen kein Rückzug und kein immer tieferes Eingraben in endlose Gräben von der deutsch-schweizerischen Grenze bis an die belgische Nordseeküste, kein elendes Leben hunderttausender Soldaten in Unterständen, die sie mit Läusen und Ratten teilten. Mit ihnen der Sieg im Westen und sodann der Einsatz der geballten Kraft im Osten gegen das Zarenreich und seine Armee und das erfüllte Versprechen, „Weihnachten sind wir wieder zu Hause“.

Wer hat da im preußisch-deutschen Generalstab, fußend auf dem Plan des Alfred von Schlieffen aus dem Jahre 1905, den Triumph sichernden Bedarf nicht richtig errechnen können? Sein Nachfolger auf dem Platze des Generalstabschefs, der Neffe des berühmten Helmuth von Moltke? Der war nach dem Scheitern des Plans, für den kein Ersatz existierte, noch 1914 ab- und in die zweite Reihe getreten, dann aber 1916 einem Schlaganfall erlegen, so dass er das vollständige Ende seiner Unterneh-

---

17 Siehe Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918, Berlin 2013.

mung nicht mehr erlebte. Nein, konstatiert Münkler, es handelte sich überhaupt nicht um einen Fehler, herrührend aus Unkenntnis in niederer Mathematik. Hingegen: Die Vergrößerung des kaiserlichen Heeres vor dem Kriege hätte mehr Offiziere verlangt, und diese mussten, da die Söhne des Adels dann nicht ausgereicht hätten, aus bürgerlichen Schichten gewonnen werden. Das war nicht gewollt. Und für den notwendig zu vergrößernden Bestand an Unteroffizieren wäre auf Männer aus Arbeiterschichten zurückzugreifen gewesen – und das galt wegen der dort in Teilen eingerissenen Frontstellung gegen den Mordspatriotismus ebenso wenig als annehmbare Problemlösung. So sind die letzten Ursachen für Deutschlands Niederlage und deren Folgen in zwei so gegensätzlichen Erscheinungen ausgemacht wie dem Hochmut des Adels, der, womöglich auch aus Konkurrenzangst, nicht Seite an Seite mit Bürgerlichen habe kommandieren und befehlen wollen, und der Sabotage der Sozialdemokratischen Partei, die in der Arbeiterklasse die Liebe zum Vaterland und die Treue zum Kaiserhaus jedenfalls partiell untergraben hatte. Zudem setzte diese Vergrößerung des Heeres finanzielle Mittel voraus, die der Reichstag in diesem Umfang nicht genehmigt hatte, so dass dessen Abgeordnete eine besondere Schuld für den verpassten Sieg trifft.

Nun hätten die unter dem Strich Fehlenden insgesamt etwa 30.000 Soldaten ausgemacht. Das ist, gemessen an der Gesamtzahl der in Westen eingesetzten Streitmacht, eine geringfügige Zahl, die für sich aber nichts besagt. Denn an einem entscheidenden Punkt eingesetzt konnten sie für den Ausgang einer Offensive eine entscheidende Rolle spielen. Doch wer glaubt im Ernst, dass diese Korps nach fünf Wochen Krieg mit Gewaltmärschen und Kämpfen anders verfasst gewesen wären, als die tatsächlich vorhandenen, die aufs äußerste strapaziert mit ihren Spitzen 50 Kilometer vor Paris standen? Wer sagt, dass ihr Nachschub weniger anfällig gewesen wäre, als jener der anderen Korps? Wer, dass der Zustand ihrer Pferde, des hauptsächlichen Zugmittels für Kriegsgerät, Munition und Verpflegung, sich besser befunden hätte als der allgemeine? Ein Zustand, den ein Militär in die Feststellung fasste, die Armee besäße kein Tier mehr, das schneller als Schritt gehen könne? Wer, dass diese Korps mehr französische Gefangene gemacht hätten als ihre Nachbarn, wozu der geordnete Rückzug des Gegners hätte verhindert werden müssen? Mit der Rechnung „unter dem Strich“ ist das Feld der Wissenschaft verlassen und das der Spekulation betreten, und so lässt sich fragen, welcher Reiz auf einen Autor ausging, diesen Schritt vom sicheren Grund in einen Sumpf zu tun.

Mehr Verwunderung noch löst die Tatsache aus, dass die Frage, ob Deutschland aus diesem Kriege schließlich doch und nicht nur, wie verlogen behauptet, als „im Felde unbesiegt“, sondern als wirklicher Sieger hätte hervorgehen können, auch den Historiker Gerd Krumeich beschäftigt hat. Wie Münkler stellt er eine kontrafaktische Überlegung zum Ausgang des Weltkrieges an. Das geschieht in einer kleinen Schrift, einem Vorwort zu einem 2013 erschienenen Buch, dessen Herausgeber zwei französische Fachleute sind und an dem weitere Kenner der Materie mitwirkten. Darin ist in einem Abschnitt unter der Überschrift „Schluss mit dem Gemetzel, wir wollen frei sein!“ von der im Frühjahr 1917 sich geltend machenden Kriegsmüdigkeit französischer Soldaten die Rede, von Verweigerungen, sich in sinnlose Angriffe und den Tod befehlen zu lassen und der brutalen Wiederherstellung der Disziplin durch mörderische Erschießungen. Dies und die Geschichte der letzten deutschen Offensive in Frankreich, unternommen unter dem Namen „Michael“ und rasch gescheitert im Frühjahr 1918, meint Krumeich „kann uns Deutsche auf neue Gedanken bringen bei einer Gesamteinschätzung des Krieges“. Und fährt fort: „Man spürt in dieser Darstellung förmlich etwas, was im deutschen Historikerdiskurs über diese Zeit vollständig verloren gegangen ist, nämlich die Tatsache, dass eventuell noch im Sommer 1918 Deutschland den Krieg hätte siegreich beenden können.“[18] Ob dieses Ende überhaupt – und wenn ja für wen – wünschenswert gewesen wäre, bleibt bei Krumeich so wenig erörtert wie bei Münkler. Vertieft diskutieren möchte er hingegen auch „den damaligen Vorwurf vieler deutscher Soldaten, von der Heimat im Stich gelassen worden zu sein“. Diese Kernthese und Hauptstütze der Legende vom im Felde unbesiegten Heer, schreibt er, ließe sich heute erörtern, ohne Gefahr zu laufen, Nationalisten zu bedienen. Dessen ist sich Krumeich sicher. Wo lebt der Mann?

---

18 Gerd Krumeich, Vorwort zu: Bruno Cabanes, Anne Duménil (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe, Darmstadt 2013, S. 9.

Zunächst: Dieses Bild vom Kräfteverhältnis auf Frankreichs Schlachtfeldern im Frühjahr und Sommer 1918 ist nicht nur abstrus. Es ist auch in der Sache falsch. Und das hat, was ein weiteres Rätsel aufgibt, Krumeich an anderer Stelle selbst überzeugend dargelegt. Davon sogleich. Zunächst aber: Dass Deutschland diesen Krieg gewinnen könne, hatte sich für weitsichtigere Militärs mit dem Scheitern 50 Kilometer vor Paris erledigt. Da schon, im Herbst 1914, wurden Stimmen, wenn auch nicht öffentlich hörbar, dass ein politischer Ausweg aus dem Krieg gesucht werden müsse. Doch selbst diejenigen, die sich im dann einsetzenden Ermattungskrieg einen deutschen Sieg noch auszurechnen vermochten, mussten 1917 mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und dem Eintreffen immer neuer ausgeruhter, gut ernährter, bestens bewaffneter US-amerikanischer Soldaten jeden Gedanken aufgeben, dass Deutschland aus diesem Krieg auch nur glimpflich herauskommen könnte. Gemeinsam haben Hirschfeld/Krumeich die Entwicklung der Kriegslage seit Anfang 1918 in ihrem mehrfach zitierten Buch so geschildert: Es sei von da an an der Westfront nicht mehr um einen Endsieg gegangen, sondern allein noch darum, durch einen „kolossalen Durchbruch ... die Gegner zu einem ebenso ‚ehrenvollen' wie einträglichen Waffenstillstand" zu bewegen. (S. 246) Zu diesem Zweck befahl die Oberste Heeresleitung ein bis dahin nicht da gewesenes Aufgebot von 1,4 Millionen Männern in die Schlacht, die nach Anfangserfolgen, die sich nur vor dem Hintergrund der geringen Geländegewinne der Offensiven in den Jahren zuvor als bedeutend ausnahmen, am 5. April als gescheitert abgebrochen werden musste. Was folgte, war ein zielloses Anrennen deutscher in partielle Offensiven befohlener Soldaten, denen die Sinnlosigkeit ihres Sterbens immer mehr zu Bewusstsein kam und die diese Einsicht mit einem „verdeckten Militärstreik" beantworteten (S. 252). Die schwindenden deutschen Kräfte sahen sich der unausgesetzt wachsenden Maße US-amerikanischer Soldaten, insgesamt schließlich 1,3 Millionen, gegenüber. Da war im Juli 1918 „der Wendepunkt des Krieges" schon erreicht. Die „entmutigten deutschen Soldaten" hätten en masse begonnen, die Front zu verlassen. (S. 253) Eine Massenflucht habe eingesetzt, von den einen angetreten in Richtung Heimat, von anderen in die Gefangenschaft (S. 254/255). Das Fazit der Autoren lautet, dass schließlich die überwiegende Mehrheit der Deutschen, Zivilisten wie Soldaten, „nicht die geringste Neigung verspürte, den seit längerem verlorenen Krieg fortzusetzen". (S. 260) Nach alledem mag sich ein Leser fragen, was einen Autor mit diesen Kenntnissen auf den Gedanken verfallen ließ, „dass eventuell noch im Sommer 1918 Deutschland den Krieg hätte siegreich beenden können." Jedenfalls stellt sich das Bild eines schwankenden Rohres ein, ohne dass zu erklären ist, was solch Schwanken verursacht.

Hunderttausende deutsche Soldaten, die nach dem Großangriff der Gegner am 8. August 1918, dem sogenannten „schwarzen Tag", sich auf den Rückzug begeben hatten, wussten mithin aus eigenem Erleben, dass sie die Geschlagenen waren. Am sichersten konnten das des Kaisers Generale beurteilen, was sie nicht hinderte, später Untersuchungskommissionen der Nationalversammlung und des Reichstages skrupellos die Mär vom „im Felde unbesiegten Heer" aufzubinden, mit der sie ihr Debakel und ihre Verantwortung wegzureden trachteten.

* * *

Die gewiss unvollständige Durchmusterung literarischer Produktionen, die dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges vorausgeschickt wurde, kann jedenfalls vor einem Irrtum schützen und erweisen, dass die viel gerühmte „Bewältigung deutscher Vergangenheit" zu kurz greift, wenn sie auf die Geschichte des deutschen Faschismus – der Ideologie, der Bewegung und des Staates – begrenzt bleibt. Das zu erledigende Pensum ist etwas umfangreicher.

Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2013.

Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 98, Juni 2014 S. 81-93.

Wie der Teufel das Weihwasser

Eine Ausstellung über den Ersten Weltkrieg im Deutschen Historischen Museum Berlin unterschlägt Ursachen und Ziele

Man sollte mindestens zwei, besser jedoch drei Stunden Zeit mitbringen, einige Konzentration und die Fähigkeit, in den absichtlich reduziert beleuchteten Räumen auch die kleiner geschriebenen Texte auf den erklärenden Tafeln zu lesen. Ist das gegeben, verlässt man den Pei-Bau mit in mancher Hinsicht neuen, zumindest aufgefrischten Kenntnissen und einprägsamen Bildern aus dem und vom Ersten Weltkrieg. Wie Menschen an den Fronten, in der Heimat, in Gefangenenlagern, auf Fluchten, in Sonnengluten und Eiswüsten litten, hungerten und verhungerten; wie Soldaten auf die verschiedenste Weise und mit immer weiter perfektionierten Mitteln einander töteten; wie Menschen durch Erschießungskommandos niedergemacht und am Galgen ermordet wurden – diesen Alltag von Millionen, Europäern sowie Soldaten und Zwangsarbeitern, die von anderen Kontinenten herbeigeschafft wurden, stellt die Ausstellung „Der erste Weltkrieg 1914-1918“ einfallsreich vor der Besucher Augen.

Sie wird bis zum 30. November im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen sein und als „deutschlandweit einzige Überblicksausstellung zum Kriegsgeschehen“ beworben. „Im Zentrum stehen Gewalteskalation und Gewalterfahrung, die [...] neue Dimensionen erreichten“, schreiben die Gestalter. Die Gefahr, die mit ihrem Ansatz einhergeht, liegt offen zutage. Der Besucher, konfrontiert mit dem Grauen des Krieges, das ihm so zuvor nicht vor Augen geführt worden sein mag, kehrt in die Helligkeit des Tages mit der „Erkenntnis“ zurück: „Krieg schlecht, Friede gut“. Eintragungen im Besucherbuch zeugen davon. Eine Enttäuschung steht jedoch Besuchern bevor, zu deren Vorbildung gehört, dass Kriege keine Zufallsprodukte sind, sondern in Gesellschafts- und Staatszuständen Ursachen besitzen, dass in ihnen Ziele verfolgt und mit ihnen Interessen gewahrt oder durchgesetzt werden sollen. Gut, die lassen sich schlechter gegenständlich oder anschaulich machen als Waffen, Plakate, Bestecke für Feldchirurgen oder für Kinderhand bestimmtes Kriegsspielzeug. Und sogenannte Flachware, Texttafeln zumal, ohne die es ohnehin nicht geht, ist bei den Museologen weniger beliebt.

Was aber hinderte die Ausstellungsmacher daran, auf einer geographischen Karte die Ziele des deutschen Imperialismus zu markieren, jene Weltgegenden, auf die sich der Eroberungs- und Expansionshunger des Kaiserreichs besonders richtete? Was, die Autoren und führenden Propagandisten deutscher Kriegszielprogramme durch Fotos oder Dokumente vorzustellen? Was, einen Text aus der Feder jener unübersehbar ins Blickfeld zu rücken, die ihren Zeitgenossen gegen die Lügen von der Vaterlandsverteidigung und der Behauptung deutscher Kultur das wahre Interessenspektrum der Regierenden und Herrschenden enthüllten, für das Millionen in die Menschenschlachthäuser befehligt wurden?

Die Leerstellen überraschen nicht. Auf sie stieß vor Jahresfrist schon der Besucher des damals neu gestalteten Teils der Dauerausstellung im benachbarten Zeughaus. Und da bereits bei dessen Präsentation auf „Lücken“ aufmerksam gemacht wurde, ist die Feststellung keine bloße Verdächtigung, dass im Hause Unter den Linden gegenüber mancher Kritik eine partielle Schwerhörigkeit oder auch Leseschwäche herrscht. Schon im 2013 herausgegebenen Begleitheft war der Entschluss zum Kriege, über dessen Urheber nichts gesagt wurde, zum „Sprung ins Dunkle“ deklariert und, die Rede des Staatssekretärs für die Außenpolitik Bernhard von Bülow vor dem Reichstag 1897 zitierend, geschrieben worden, Deutschland hätte den „Platz an der Sonne“ erstrebt, was auf die europäischen Konflikte verschärfend wirken musste. Das war eine milde, der Wahrheit sich behutsam annähende Formulierung.

Gleiches gilt für die Feststellung, das „kaiserliche Deutschland“ habe durch bedingungslose Unterstützung seines Verbündeten Österreich-Ungarn in der sogenannten Julikrise „zur Eskalation der politischen Lage beigetragen“. Die Entschlüsselung des Begriffs „Deutschland“ war den Autoren entweder nicht möglich oder, da er im vorliegenden Falle als Nebelwand taugt, nicht erwünscht. So richtig für den Krieg war eigentlich nur Wilhelm II., der, martialisch dreinblickend, den Besucher der Ausstellung gleichsam empfängt.

Soziale Klassen, Schichten und Gruppen, die sich nach ihrer Stellung in der Gesellschaft voneinander unterscheiden und deren Interessen weit auseinander und gegeneinander liegen, gibt es in diesem Geschichtsbild nicht. Mit einer Ausnahme: Als Konsumenten unterscheiden sich „die Deutschen“ gerade in Kriegszeiten schon, wie in Bildern von der „Heimatfront“ veranschaulicht wird. Sie bezeugen: Während die einen über die Mittel verfügen, sich reichlich zu ernähren, kämpfen die anderen in Massen gegen das Verhungern an und Hunderttausende Deutsche verloren den Kampf.

Zugelassen werden auf der gleichen Ebene noch Unterscheidungen im Lebensalltag, wenn Fotos und Filmstreifen das elende Dasein der Arbeiterfrauen in den Rüstungsfabriken veranschaulichen. Dass sie dort unter dem Druck, ihre Familie versorgen zu müssen, mit Granaten nicht nur Nachschub für die Kriegsverlängerung und damit für den Tod ihrer Männer produzieren, lässt sich diesen Dokumenten hinzudenken. Doch dass sie damit gleichzeitig Kriegsgewinne erschuften, die sich in Bilanzen ausweisen ließen und deren „Empfänger“ unschwer namhaft zu machen wären, gehört nicht mehr zum Museumsprogramm. Klassenbewusstsein hat der Krieg selbst schließlich genug erzeugt. Es ist binnen Jahrzehnten weitgehend verlorengegangen. Da muss nicht eine den Nachfahren geltende Ausstellung in eine Weckfunktion treten.

Die Beachtung weiter Tabuzonen kündigt sich bereits mit dem Flyer an, der den Besuchern mit der Eintrittskarte überreicht wird. Sein Text belegt: Die Verfasser kennen Begriffe wie Kriegsgeschehen und Kriegsfreiwillige, Kriegstechnik und Kriegswirtschaft. Kriegsursachen und Kriegsziele hingegen, um von Kriegsschuld zu schweigen, scheinen ihnen nicht untergekommen. Beide werden gemieden wie vom Teufel das Weihwasser. Sie scheinen ebenso wenig in der Ankündigung des reichhaltigen wissenschaftlichen Begleitprogramms auf. Das bestreiten Fachleute aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Polen und der Ukraine. Es bietet so interessante Themen wie Literatur, Fotografie und Propaganda und führt bis ins ferne Japan oder in die nahe neutrale Schweiz. Und fällt der Begriff Kriegsplan, kommt die Rede auch nicht auf jene, die das Verbrechen des Jahres 1914 vorbereiteten und zu verantworten haben, sondern dann sind strategische (Feldzugs-)Pläne gemeint wie der unter dem Generalstabschef Schlieffen ausgearbeitete, der sechs Wochen nach Kriegsbeginn im September 1914 an der Marne scheiterte und dann Makulatur war.

Kurzum: Die Empfehlung, diese Ausstellung zu besuchen, verbindet sich mit einer Vorwarnung. Das Deutsche Historische Museum nimmt mit ihr nicht die Partei jener, die heute Ursachen von aktuellen Kriegen auf die Spur zu kommen suchen. Denen hätte Beistand werden können, wenn wenigstens in Strichen Ursprung, Herkunft und Ziele des Krieges der Jahre 1914 bis 1918 gezeichnet worden wären. Doch soll das den Museumsmitarbeitern nicht allein angelastet werden. Von diesem Verzicht sind sie auch durch die Mitglieder des internationalen Fachbeirats nicht abgehalten worden, dem ein Dutzend und mehr Professoren der Geschichte angehörten. Und das wiederum sagt etwas darüber, wo die das öffentliche Feld beherrschende Historiographie angekommen ist. Lässt sich von einem Museum verlangen, dass es der Wissenschaft vorausgeht?

junge Welt, Mittwoch, 11.06.2014, S. 12.

Bilder und Zerrbilder

Das Attentat am 28. Juni 1914 von Sarajevo und das ihm geltende wechselnde Gedenken

Kein zweites Ereignis aus der Geschichte des Ersten Weltkrieges kann sich mit dem Bekanntheitsgrad des Attentats messen, das serbische Nationalisten am 28. Juni 1914 gegen Franz Ferdinand von Österreich-Este, den Neffen des österreichischen Kaisers Franz Joseph I.. richteten. Der Nachfolger auf den Thron stattete mit seiner tschechischen, aus altböhmischem Adel stammenden Gattin, Sophie Gräfin Chotek von Chotkawa und Wognin, die 1909 zur Herzogin von Hohenberg erhoben worden war, der bosnischen Hauptstadt Sarajevo einen Staatsbesuch ab. Nur ähnliche Ereignisse wie der missglückte Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 in der Wolfsschanze, seinem Hauptquartier, und der geglückte auf den US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963 in den Straßen von Dallas/Texas haben in Wort und Schrift, auf Leinwänden und Fernsehschirmen so viel Aufmerksamkeit und so weite Verbreitung gefunden. Das mag zu einem erheblichen Teil daran liegen, dass sich Zeitgenossen wie Nachgeborene vis-à-vis solchen Geschehens die Frage aufdrängt: Was wäre, wenn sich die Dinge anders zugetragen oder weiterentwickelt haben würden?

Pulverfass und Lunte?

Mit dem Terrorakt von Sarajevo verbindet sich der Krieg, den die k. u. k. Monarchie einen Monat später gegen Serbien im Wissen begann, dass es bei dieser Konfrontation nicht bleiben werde. Sie führte zu einem beispiellosen Weltkrieg. Das Attentat gilt in vielen Darstellungen und Deutungen als dessen Auslöser, wenn auch nicht als dessen Verursacher. Mit ihm sei von Gavrilo Princip, dem jugendlichen Serben, der die tödlichen Schüsse abfeuerte – so lautet das wohl populärste Bild vom Geschehen –, die Lunte an das Pulverfass Balkan gelegt worden. Es lässt den Krieg als Wirkung oder Folge des Anschlags erscheinen und ihn mithin als eine die Weltgeschichte prägende Tat. Damit ist ein gedanklicher Holzweg gelegt und von der Tatsache abgelenkt, dass zwischen ihm und dem Beginn des Völkermordens Entscheidungen mächtiger, einflussreicher Individuen und Personengruppen an der Spitze von Großmächten lagen. Diese bewegten sich in keineswegs alternativlosen Situationen. Um zu dem irreführenden Bild noch einmal zurückzukehren: Diese Menschen konnten die Lunte löschen und das Pulverfass entsorgen.

Princip und seine Mitverschwörer hatten ohnehin nicht beabsichtigt, einen weltweiten Krieg auszulösen. Sie hofften – ähnlich anderen individuellen Terroristen vor und nach ihnen – mit ihrer Tat ein Signal zum Massenkampf für einen Staat Großserbien zu geben. Es sollte ein Aufruf zur Erhebung der Südslawen ergehen, die zu erheblichen Teilen unter der Knute – jedenfalls rechtlos und damit anders als Österreicher und Ungarn – in der k. u. k. Monarchie lebten. Damit aus diesem Angriff auf die königlichen Hoheiten in Sarajevos Straßen eine Entwicklung zu einem großen Krieg werden konnte, musste es Interessenten geben, die in dem Ereignis eine Chance erblickten, ihre Pläne zu rechtfertigen, mit denen sie bisher nicht zum Zuge gekommen waren. Mit dem Attentat hofften sie, sich Zustimmung und Unterstützung für diese zu verschaffen. Das Projekt, dem es in Wien an Zustimmung nicht fehlte, hieß: gewalttätige, also kriegerische Züchtigung des ungeliebten serbischen Nachbarn. Wobei die einen seine Liquidierung, andere seine Unterwerfung als Zielbild vor sich haben mochten. Das „Exempel“ sollte zugleich Entmutigung und Schwächung der unruhigen slawischen und weiteren Minderheiten im Kaiserreich bewirken. Von diesem Vorgehen versprachen sich Zivilisten und Militärs an der Spitze der Monarchie, wenn schon keine Verjüngung so doch eine Stabilisierung des altersschwachen Vielvölkerstaates.

Gesucht: Auftraggeber und Helfer

Diesem Vorhaben konnte nur dienlich sein, wenn unwiderlegbar nachgewiesen wurde, dass die gefassten Attentäter nicht aus eigenem Entschluss, sondern von den im Königreich Serbien Herrschenden gelenkt, in Aktion getreten waren. Die Mordanstifter auf dem Belgrader Thron mussten also bestraft und entmachtet werden. Damit war den Ermittlungsbeamten der k. u. k. Monarchie, die mit der Aufklärung des Hergangs beauftragt wurden und die Hintermänner der Tat jenseits der Grenzen

namhaft zu machen hatten, von kriegsinteressierter Seite der Weg gewiesen. Dass die Täter von Nationalisten in Serbien selbst unterstützt worden waren, lag nahe, existierten dort doch geheime, aber bekannte Organisationen, die sich für Großserbien einsetzten und auf deren Konto Anschläge auf österreichischem Territorium schon bisher standen. Zudem ließ sich darauf verweisen, dass die von den Akteuren benutzten Revolver und Bomben serbischer Herkunft waren. Dies und auch die Versorgung der Täter mit Giftkapseln, die sich dann freilich als für den gedachten selbstmörderischen Zweck untauglich erwiesen, deutete zumindest auf beziehungsreiche Helfer jenseits der Staatsgrenze hin, die hinter dieser Gruppe nahezu durchweg junger Männer und Burschen standen. Dass die Spur aber in das Königshaus und zur Regierung Serbiens führte, war damit nicht bewiesen. Doch konnten beide, 1903 durch einen Militärputsch und die Ermordung des Königspaars an die Macht gelangt, durchaus der Anwendung solcher Methoden verdächtig gemacht werden. Auch spätere Forschungen über die Personen, welche die Tätergruppe unterstützten, haben keine vollständige Klarheit gebracht.

Die verfolgte Fährte führte jedoch zum serbischen Militärgeheimdienst. An dessen Spitze stand mit Dragutin T. Dimitrijević, genannt Apis, eine führende Figur der 1911 gegründeten Organisation „Vereinigung oder Tod“, bekannter unter dem Namen „Schwarze Hand“. Weiter als bis zur Beschuldigung, er und weitere Offiziere dieses Dienstes hätten das Attentat geplant, kam es nicht. Zumal Dimitrijević bald darauf unter der Anklage, den serbischen Prinzregenten ans Leben zu wollen, gefangen gesetzt, zum Tode verurteilt und 1917 in Thessaloniki hingerichtet wurde.

Dass es Jahrzehnte später, 1953, in der jugoslawischen Volksrepublik zu einem Prozess vor dem Obersten Gerichtshof Serbiens kam, der ihn und seine Mitangeklagten von der erhobenen Beschuldigung freisprach, gehört eher zu den Grotesken der Geschichte. Dimitrijević’ denkbare Rolle bei den Morden von Sarajevo bildete da keinen Gegenstand der Untersuchung. Doch zeigte das Gerichtsverfahren, dass sich Jugoslawien auf dem Wege zu einer Neubewertung der serbischen Politik und der großserbischen Aktivisten am Vorabend des Ersten Weltkrieges befand.

Zurück dahin: Noch bevor handfeste Ergebnisse vorlagen, wurde von der österreichischen Presse den Machthabenden in Belgrad die Urheberschaft zugeschrieben und eine Kampagne begonnen, die in der k. u. k. Monarchie Stimmung für einen Krieg wider die Serben erzeugte. Den begann Wien am 28. Juli 1914. Seine Truppen drangen auf serbisches Territorium vor, gerieten dort aber alsbald auf die Verliererstraße. Dann fand vom 12. bis zum 23. Oktober 1914 der Prozess gegen die Gruppe der Attentäter und weitere Angehörige der Verschwörerorganisation statt, aus der nur einer hatte entkommen können. Insgesamt 25 junge Männer klagte ein Gericht in Sarajevo an. Princip, der Hauptbeschuldigte, der sich wie die anderen zu seiner Haltung und Tat bekannte, wurde, da er zum Zeitpunkt des Terroraktes noch nicht 18 Jahre alt war, nicht zum Tode verurteilt. Fünf seiner Genossen wurden im Februar 1915 gehängt. Er erhielt eine 20jährige Festungshaft zugesprochen. Auch andere seiner Mitangeklagten wurden zu Gefängnisstrafen ebenfalls von 20, andere von 16, 13 oder zehn Jahren verurteilt. Princip kam in die sogenannte Kleine Festung des böhmischen Theresienstadt (heute Terezín) und dort in eine Steinzelle, in der er weder lesen noch schreiben konnte. Seine Haftbedingungen wie die seiner Leidensgenossen kamen einem Todesurteil gleich. Er starb, an Tuberkulose erkrankt, am 28. April 1918. Sein Leichnam wurde an einer unbezeichneten Stelle vergraben, um niemandem einen Gedenk- oder Wallfahrtsort zu bieten. Ganz ließ sich der Platz dennoch nicht geheim halten.

Freiheitsheld oder Terrorist?

Auch ein Jahrhundert nach dem Attentat in Sarajevo bildet es noch immer eine Herausforderung für Parteinahmen. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass derlei Akte individuellen Terrors – anders als das Vierteilen und Rädern – nicht der Vergangenheit angehören. Der in unseren kulturellen Breitengraden in diesem Zusammenhang häufig hergestellte Bezug führt zurück zu Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ (1804) und dessen Anschlag gegen Hermann Gessler, den Reichsvogt in der Schweiz und in Uri. Ihn tötete er mit einem von seiner Armbrust geschossenen Pfeil. Der Begriff, auf den die Tat gebracht wurde, lautete „Tyrannenmord“. Seine Rechtfertigung liest sich bei dem Dichter in den Worten des Stauffachers so:

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel,
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst –
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht –
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben –
Der Güter höchstes dürfen wir verteid'gen
Gegen Gewalt –

Nun sind die Bilder und Rollen des Gessler bei Schiller und das des Erzherzogs Franz Ferdinand nicht deckungsgleich und zur Biographie des Anwärters auf den Wiener Thron, so unsympathisch er auftreten mochte, gehörten jedenfalls keine Willkürakte und Verbrechen. Von ihm wurden im Staatsinneren, wenn er eines Tages an die Stelle des damals 83jährigen Onkels treten würde, Änderungen erwartet, die den nationalen und ethnischen Minderheiten und namentlich denen Südslawiens Rechte einräumen würden, mit denen sich das Staatsgefüge stabilisieren ließ. Nun waren freilich in vielen Fällen schon bis dahin die Vorsätze vor einer Thronbesteigung mit den auf sie folgenden Taten nicht identisch, und auch in Schönbrunn war ein Habsburger nicht Alleinherrscher. Aber, und das prägt viele Urteile über die Tötung Franz Ferdinands, er war der zweithöchste Repräsentant einer machtbewussten Adelskaste und aus der Sicht der Unterdrückten für alles mitverantwortlich, was ihnen an Ungemach zugefügt wurde.

So lässt sich die Tat Gavrilo Princips samt des sich daran anschließenden Leidenswegs als ein, wenn auch gescheiterter, Beitrag zur nationalen Befreiung der Serben und über sie hinaus anderer südslawischer Völker einordnen. Das taten beispielsweise während der Zeit der deutsch-faschistischen Besatzung 1941 bis 1945 und dann zu Regierungszeiten Josip Broz Titos (1953–1980), eines Kroaten an der Staatsspitze Jugoslawiens, viele Landeseinwohner. Davon zeugten auch Blumen, die in Princips Theresienstädter Festungszelle von Besuchern immer wieder niedergelegt wurden.

Wechselndes Gedenken

Und davon wird auch das Denkmal sprechen, das ihm in diesem Gedenkjahr in Belgrad am heutigen Sonnabend auf dem Gelände der einstigen Festung Kalemegdan hoch über der Mündung der Save in die Donau errichtet werden soll. Dann wird auf dem Burgberg der Hauptstadt die Statue des Attentäters in der Nachbarschaft des alles überragenden Denkmals „Pobednik“ (Der Sieger) stehen, das 1928 zum Gedenken an den zehnten Jahrestag des Sieges englischer, französischer und serbischer Truppen an der Balkanfront errichtet wurde. Die damalige Ankündigung ging mit einer Pressekritik einher, dass bisher zwar Straßen Serbiens nach Princip benannt worden seien, ihm aber zu keiner Zeit ein Denkmal gewidmet wurde.

Doch ist des Nationalisten in Jugoslawien auf verschiedene Weise zu allen Zeiten gedacht worden. 1920 wurde sein in Theresienstadt exhumierter Leichnam nach Sarajevo überführt und auf einem dortigen Friedhof begraben. Seit 1930 befand sich an der Stelle, da er geschossen hatte, eine granitene Gedenktafel, deren Text postulierte, hier sei von ihm die Freiheit gebracht worden. Entfernt wurde sie auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers nach der Einnahme der Stadt durch Wehrmachtstruppen im Jahre 1941 und gelangte in das Berliner Zeughaus.

Als Titos Partisanen die Stadt am 6. Mai 1945 befreiten, wurde bereits einen Tag später eine neue Gedenktafel angebracht. Deren Text dankte Gavrilo Princip und seinen kämpfenden Freunden gegen die deutschen Eroberer. Sieben Jahre darauf folgte auf dieses Gedenkzeichen ein anderes, dessen Text besagte, dass „Princip mit seinen Schüssen den Volksprotest gegen die Tyrannei und das Jahrhunderte

währende Streben unserer Völker nach der Freiheit ausgedrückt“ habe. Das wiederum wurde ein Opfer des Bosnien-Krieges.

Nicht von Dauer waren auch andere im Verlauf von Jahrzehnten entstandene Zeichen. Das galt für in Sarajevos Straßen eingelassene Fußspuren, die ebenfalls nahe dem Ort des Geschehens an Princips Tat und Lebensweg erinnern sollten. Und es betraf die über den Fluss Miljazka führende, aus osmanischen Zeiten stammende Lateinerbrücke. Auch sie hatte den Namen des serbischen Nationalisten erhalten, ihn jedoch ebenfalls als Folge des Bürgerkrieges, der von 1993 bis 1995 währte, wieder verloren. Nun also soll Sarajevo ein Duplikat des Belgrader Denkmals bekommen, für das ein Platz im Osten der Stadt bestimmt ist. Doch wird das nicht die einzige Erinnerung an das ein Jahrhundert zurückliegende Ereignis bleiben, das den Namen der Stadt erst weithin bekannt machte und noch immer einen zusätzlichen Magneten für Besucher bildet.

Schon während Princip in der Festung Theresienstadt schmachtete, war an die Opfer seiner Tat in Sarajevo erinnert worden. 1916 erhielt die Stadt in Gestalt zweier griechischer Marmorsäulen ein Erinnerungszeichen an Franz Ferdinand und Sophie. Das stand nicht lange am Orte. Kaum, dass nach dem Kriegsende das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen etabliert war, ließen es dessen Behörden abbauen und in seine Teile zerlegen, von denen manche im Stadtmuseum anlangten. Der Plan, den beiden eine Gedenkkirche zu bauen, war gefasst, wurde aber bis zum Ende der k. u. k. Monarchie nicht in Angriff genommen. Nun wird erwogen, die beiden Säulen mit den Bildnissen des hochadligen Ehepaars wieder zu errichten. So würde erstmals in den Mauern der Stadt beider gedacht, des Täters und der Opfer. Das gibt keinen verfälschten Bezug zur historischen Realität des Junitages 1914. Denn da fehlte es nicht an freudig grüßenden Untertanen, die am Rande der Fahrstrecke das Erzherzogpaar willkommen hießen, in deren Mitte sich die Attentäter bewegten und eigentlich als Fremdlinge verloren. Weder in der Stadt noch in den Tagen zuvor in deren Umgebung war Franz Ferdinand eine feindselige oder auch nur ablehnende Stimmung entgegengeschlagen, und nach dem Anschlag hatte sich der Zorn von Einwohnern gegen die Täter, auf sie einprügelnd, gerichtet.

So merkwürdig dieses Gedenken an die Exponenten eines Staates auch sein mag, der sechs Jahre vor dem Attentat, 1908, Bosnien und Herzegowina annektiert hatte, was eine internationale Krise hervorrief: Auf nackte Geschichtsfälschung oder gar Heuchelei lässt sich die Wiedererrichtung des Denkmals für den Habsburger und seine Frau nicht heruntersetzen, wenn ihr auch, nicht anders als heutzutage vielerorts, ein gehöriger Schuss Touristenreklame beigemischt sein mag.

Ausstehende „Bewältigung“

Auch nach dem 100. Jahrestag des Attentats werden die Bilder und Urteile über das Geschehen gegensätzlich bleiben. Während Princip und seine Mitverschworenen den einen als Freiheitskämpfer und mithin als Vorbild gelten mögen, sind sie anderen die bloß missbrauchten Handlanger großserbischer Interessen, die mit jenen der serbischen Minderheit innerhalb der österreichischen Monarchie nichts gemein gehabt hätten. Bedenklich daran ist, dass die Parteinahmen in vielen Fällen nicht aufgrund von Prüfungen der Tatsachen erfolgen, sondern in Vorurteilen wurzeln, die wiederum in nationalen und ethnischen Schützengräben gepflegt werden. Viele könnten ihrer Konservierung entgegenwirken. Nicht zuletzt die Republik Österreich. Dazu müsste sie den Tag nutzen und an die Nachkommen ihrer einstigen Untertanen gewandt, ein offenes Wort zu der Politik im Vielvölkergefängnis verlauten lassen. Und auch zu den Kriegsverbrechen, begangen auf dem unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Truppen eroberten serbischen Boden. Womit gesagt ist, dass die Deutschen an diesem 28. Juni 2014 eigene in ihrer Geschichte gelegene Gründe besitzen, sich des Tages zu erinnern. Denn die Schritte vom Attentat zur Kriegseröffnung bleiben ohne das Beistandsversprechen der Führung des Deutschen Kaiserreichs nicht denkbar. Die Lunte wurde nicht in Sarajevo, sondern gemeinschaftlich in Wien und Berlin gezündet, und das Pulverfass gaben nicht die Gegensätze auf und um den Balkan ab, dort existierte ein Pulverfässchen. Das große Fass füllten imperialistische Interessen europäischer Großmächte, die sich auf dem Kontinent und weltweit kreuzten.

Mit dem Rückbesinnen ist es freilich eine eigene Sache. Es besitzt Voraussetzungen. Die sind schon vor Zeiten skeptisch beurteilt worden. Im Jahre 1955 drehte Fritz Kortner in Österreich einen Film,

der die letzten zwölf Stunden im Leben des Erzherzogs und seiner Gattin in Bilder setzte. Der konnte, da sich die Filmemacher mit einem jugoslawischen Partner nicht zu einigen vermochten und wohl dem Verdacht ausgesetzt wurden, das Geschehen ohne Objektivität wiederzugeben, nicht an historischen Orten gedreht werden. Er erhielt den Titel „Sarajevo“ und erregte, schauspielerisch hervorragend besetzt, das Interesse westdeutscher Verleiher. Doch kam das Geschäft schwer und auch erst zustande, als eine Einwilligung gegeben war, seinen Titel für die Vorführungen zwischen Rhein und Elbe zu verändern. Er hieß nun „Um Thron und Liebe“, womit die der Opfer zueinander gemeint war. Denn, so begründete der Verleih sein Verlangen, „Sarajevo“ sage dem bundesrepublikanischen Publikum zu wenig. Damals stand die „Bewältigung“ der Vergangenheit als Aufgabe erst noch bevor.

junge Welt, Sonnabend, 28.06.2014, S. 10.

Ein Verdienst und seine Grenzen

Nicht nur in der Bundesrepublik wirft das Weltereignis, von dem uns 2014 ein Jahrhundert trennt, seine Bücher voraus. Das geschieht auch, wen wundert's, in Österreich, dem Nachfolgestaat mehrerer Nachfolgestaaten der K.-u.-k.-Monarchie. Die besaß, als der Weg in den Krieg im Juli 1914 ein Eilmarsch wurde, an der Bestimmung dieses Tempos einen besonderen Anteil. Es sei, ließ sich auch jüngst wieder lesen, am „Pulverfass Balkan" die Lunte entzündet worden, mit den bekannten unmittelbaren und ferneren Folgen. Das Bild führt in die Irre. Denn was sich zwischen Adria und den Karpaten, dem Schwarzen und dem Mittelmeer auch an Konfliktstoffen angehäuft hatte, nationale, ethnische, religiöse und politische, gab, verglichen mit den spannungsgeladenen imperialistischen Widersprüchen zwischen den europäischen Großmächten, also zwischen Deutschland, England, Russland und Frankreich, nur ein Fässchen. Das allein hätte nicht ausgereicht, in den Krieg zu führen.

Hans Magenschabs Buch gehört zu den außergewöhnlich sorgsam gestalteten, dem viele Leser zu wünschen sind. Der journalistisch erfahrene Autor hat ein Lesebuch geschrieben, in dem das Kriegsgeschehen aus vielen Perspektiven dargestellt wird. Das Großformat erlaubt die Kombination von Text und Fotos. Letztere wurden sorgfältig ausgewählt, knapp kommentiert und dürften auch den mit der Materie gut Vertrauten neue Eindrücke vermitteln. Dazu gibt es politisch-geographische Karten. Anregungen vermitteln zudem die längeren in den Text gestellten, von ihm abgehobenen Zitate aus der Feder berühmter Zeitgenossen so von Ivor Andrić, Bertha von Suttner, Joseph Roth, Karl Kraus u. a.

Die in 17 Kapitel gegliederte Abhandlung Magenschabs setzt mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die K.-u.-k.-Monarchie 1908 ein und endet mit den entscheidenden Schlachten in Frankreich 1918 und dem Untergang des Habsburger Reiches. Acht Kapitel sind der Vorkriegszeit gewidmet, die in anderen Publikationen entschieden zu kurz kommt und für manchen Geschichtsschreiber ein ungeliebtes Thema bildet. Doch hat sich der Autor bei dem Gegenstand etwas übernommen. Während er an einer Stelle Österreichs Interesse an einer kriegerischen Disziplinierung und Unterwerfung Serbiens schon vor 1914 feststellt, setzt er an anderer ohne ersichtlichen Grund Interessen in Anführungszeichen und davor, distanzierend, „sogenannte". Schwierigkeiten macht ihm auch die Analyse der Kriegsschuld. So meint Magenschab, dass unter deutschen Historikern des 21. Jahrhunderts unbestritten zu sein scheine, dass „das deutsche Kaiserreich – aber ebenso Österreich-Ungarn – die Hauptschuld für den Ausbruch des Krieges tragen". Das ist erstens nach der neuesten Diskussion fraglich, und zweitens bildet den Streitpunkt nicht so sehr die Auslösung, sondern ungleich mehr die Verursachung des Krieges. Drei Seiten weiter mag der Leser über den Satz staunen, gemünzt auf die beiden Mittelmächte: „Es ist letztlich eine Glaubensfrage, wo Schuld und Sühne zu orten sind."

Auch in anderer Hinsicht ist der Blick über die Grenze getrübt. Dass man sich in Deutschland erst in den 1960er Jahren mit der Frage der Kriegsschuld auseinandergesetzt habe, ist nicht nur falsch, weil das nur für einen Teil des Landes zutrifft. Das Thema Kriegsschuld ist schon ein Vierteljahrhundert vor Kriegsbeginn mit Bezug auf einen herannahenden Weltkrieg von Deutschen erörtert worden, von Friedrich Engels, Helmuth Graf von Moltke, dem ehemaligen Generalstabschef der preußisch-deutschen Armee, und von August Bebel, um nur diese drei zu nennen. Auch an anderer Stelle geht es mitunter journalistisch-freihändig zu, so wenn 185 Angeklagte des Nürnberger Internationalen Militärgerichtshofes erwähnt werden. Deren Mehrheit wurde jedoch nicht mehr von Juristen der vier Mächte angeklagt und verurteilt, sondern von einem Gerichtshof der USA.

Am Schluss spricht sich der Autor in einem Epilog für ein dauerhaft friedliches Europa aus. Dass er es in seiner gegenwärtigen Verfassung einen Garten Eden nennt, mag seine Schulung als einstiger Sprecher des österreichischen Bundespräsidenten belegen, bezeugt aber sicher die Fähigkeit, an ein paar Millionen Bewohnern dieses Kontinents, darunter vielen in Gegenden, die die einst zur Monarchie gehörten, vorbeizudenken.

Hans Magenschab: „Der Große Krieg. Österreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918. Der Weg in den Untergang. Die Katastrophe im Osten. Der Krieg im Gebirge. Das Ende der Monarchie", Tyrolia-Verlag, 255 Seiten, 39,95 Euro.

Ossietzky, 15/2014, 5. Juli 2014.

Vom Umgang mit Jahrestagen

Die Erinnerung muss nicht auf Schmalkost reduziert werden.

Im vergangenen Jahr 2013 wurde in den Medien und auf andere Weise vor allem zweier historischer Ereignisse gedacht: des 200. Jahrestages des Befreiungskrieges und des 80. Jahrestages des Beginns der Errichtung der faschistischen Diktatur. Beide Tage sind miteinander nicht in Konkurrenz geraten. Des antinapoleonischen Krieges gedachten vor allem Sachsen, wegen der Völkerschlacht, und ebenso Brandenburger, wegen der Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz, mit denen den Truppen des Franzosenkaisers das erneute Vordringen nach Berlin verwehrt wurde. Während die Nachfahren der Preußen sich deren Rolle und an Männer wie Stein, Hardenberg, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau erinnern konnten, waren die Sachsen schlechter dran. Hatten doch Truppenkontingente aus Landeskindern bis in die Völkerschlacht in den Armeen Napoleons gekämpft und manche waren dann übergelaufen, als sie erkannten, auf welcher Seite der Sieg sein werde. Obendrein war Sachsens König danach gefangen gesetzt worden, wenn auch in dem schönen Schlösschen, das heute Teil des Berliner Tierparks ist.

Nein, ein staatsweites Gedenken ist aus dem Ereignis nicht geworden, sind doch auch die Bayern, Württemberger und Badener, Mitglieder des von Napoleon gezimmerten Rheinbundes, erst spät auf Seiten des Bündnisses gewechselt, das Russen, Preußen und Österreicher geschlossen hatten. Von einer nationalen Erhebung kann mit Wahrheitsanspruch nicht die Rede sein. Die Geschichtswissenschaft hat sich definitiv von solch verklärenden Bildern verabschiedet, einschließlich des Preußenbildes, wonach der König rief und alle gekommen seien. Kurzum: Von diesem Befreiungskrieg hat man in Karlsruhe, wohin der badische Herzog nur zurückkehren konnte, weil ihm eine Verwandtschaft mit dem Zaren wieder auf den Thron verhalf, nicht sonderlich Notiz genommen.

Zur Bilanz des Gedenkens gehören einige verdienstvolle Ausstellungen, nicht nur in Leipzig und Dresden, sondern auch in kleineren Orten. Dazu die Spektakel des Kriegsspielens, veranstaltet von Männerscharen, die in so genannten historischen Vereinen organisiert sind, und zu deren Freizeitgestaltung die militärischen Übungen gehören. In Leipzig und in Großbeeren präsentierten sie sich in Uniformen und mit den Waffen von einst. Tausende Gaffer beobachteten eine nur vermeintlich lebensnahe Darstellung des Schießens, Verwundetwerdens und Sterbens. Damit da nichts ausgelassen wurde, schafften die Veranstalter in Großbeeren Fleisch und Blut von Schweinen herbei, um ein Feldlazarett in Aktion vorführen zu können. Was sollen die peinlichen Schauspiele eigentlich sagen? Befragte Darsteller antworteten: Wie furchtbar der Krieg, wie schön der Friede ist. Darauf stößt hierzulande jeder nahezu jeden Abend, wenn er die Bildberichte in den Fernsehnachrichten verfolgt.

Es gab eine Möglichkeit, den Bogen von jenen zweihundert Jahre zurückliegenden Ereignissen in unsere Tage zu schlagen. Die Mobilisierung zum Kampf gegen die napoleonischen Besatzer und dann er selbst wurden zur Geburtsstunde des deutschen Nationalbewusstseins. Während das französische das Kind der Revolution war, wurde das deutsche das eines Krieges. Und es steigerte sich augenblicklich zum Nationalismus in Gestalt des Franzosenhasses, dessen literarische Äußerungen bis heute schaudern machen. „Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht“ und „staut den Rhein mit ihren Leichen“ lauten Verszeilen aus jenen Zeiten. Und so hätte sich, ohne den Fakten Gewalt anzutun, fragen lassen, wie sie denn verlaufen ist, die Auseinandersetzung mit einem fremdenfeindlichen Nationalismus und wie weit es namentlich die Bundesdeutschen damit gebracht haben. Dafür bildete sich kein Bedürfnis.

Dass einem achtzigsten Jahrestag besonderes Gedenken gewidmet wird, war eher außergewöhnlich. Doch hatte die Aufmerksamkeit, die dem Tage galt, da Hitler in die Reichskanzlei und das Zimmer einzog, in dem einst Otto von Bismarck regiert hatte, möglicherweise einen Grund darin, dass wir hierzulande und weithin in Europa mit den Faschisten nicht fertig sind, die unter verschiedensten verharmlosenden Namen auftreten und über die mit dem inflationär benutzten Sammelbegriff Rechtsextremisten im Grunde auch nichts gesagt ist.

Das Jahr 1933

Während die Historiker über die Geschehnisse des Jahres 1813 nicht mehr im Streit liegen, gilt das für die des Jahres 1933 nicht. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen die Ursachen und die Verursacher, die die deutsche Geschichte zu jenem verhängnisvollen Tag hintrieben. Auf der einen Seite stehen Verfechter der These, es seien eine kleine Gruppe von Personen und dann Millionen des Volkes gewesen, deren Handeln oder Verhalten in die Diktatur führten. Auf der anderen jene, die nach der Rolle der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Eliten in der Republik seit deren Gründung fragen, also nach jenen, denen dieser Staat anfänglich Zufluchtsort, später aber Hindernis für ihre innen- und außenpolitischen strategischen Pläne war. Annäherung oder gar Versöhnung dieser Positionen steht, weil undenkbar, auch künftig nicht zu erwarten. Verändert hat sich im zurückliegenden nahezu Vierteljahrhundert jedoch das Kräfteverhältnis der Vertreter beider Standpunkte. Das hat die Marginalisierung der historischen Materialisten bewirkt, die nicht die einzige, aber die stärkste Gruppe derer stellten, die nach Interessen fragten, die den faschistischen Bestrebungen zum Sieg verhalfen.

Auf dem von derlei Fragen weitgehend freigemachten Feld ließ sich am Jahrestag nun die Mär von dem halben Dutzend Böser, Ahnungsarmer oder Irrender protestlos verbreiten, die als Schuldige an jenem 30. Januar 1933 gelten sollen: Hindenburg Vater und Sohn, Hugenberg und Papen, dazu die beiden Bankiers Schacht und von Schröder. An deren Biographien ist angesichts der Tatsachen- und Quellenlage nichts zu retten. Wer sich mit dieser Schmalkost nicht zufrieden gibt und sagt oder schreibt, dass die faschistische Diktatur aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorwuchs und nach und neben anderen eine staatliche Herrschaftsform dieser Gesellschaft war, hat gute Aussicht in den Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes zu geraten. In München weiß man schließlich aus geschichtlicher Erfahrung, wie es wirklich gewesen ist und sorgt sich obendrein darum, dass niemand der bürgerlichen Gesellschaft zu nahetritt, denn schließlich leben wir noch in ihr, wenn auch auf einer anderen Entwicklungsstufe. Und: Bewältigung unserer Vergangenheit hin und her: Die ungezählten Straßen mit dem Namen Hindenburg, die sich in deutschen Städten in den alten Bundesländern antreffen lassen, haben auch dieses Gedenken überstanden.

Angesichts der Dichte der Ereignisse, die auf den vorletzten Januartag folgten, gab es wieder und wieder Anlass, sich jener achtzigsten Jahrestage zu erinnern, an denen die Etablierung der Nazidiktatur blutig und unblutig voranschritt. Mancher wurde gedacht wie des Reichstagsbrandes, des Tages von Potsdam, der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Sodann des Boykottages gegen die Juden, der wieder und falsch als die erste antisemitische Aktion bezeichnet wurde, denn die fand in deutschen Universitäten schon im März statt, als Nazistudenten vor Hörsälen aufzogen, ihre Kommilitonen vom Besuch der Vorlesungen jüdischer Professoren abzuhalten. Den Unterschied machen nicht so sehr nur wenige Tage, sondern die braun uniformierten Akteure, da die Söhne des Bürgertums vor Hörsaaltüren und dort vor den mit Davidsternen bemalten Einzelhandelsgeschäften die kleinbürgerlich-plebejische SA-Mannschaft.

Manche Ereignisse sind ganz übergangen oder in Feuilletons kaum erwähnt worden. Das galt für die Zustimmung der Restfraktion der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag zur verlogenen außenpolitischen Rede Hitlers im Mai 1933, für die Auflösung der bürgerlichen Parteien Ende Juni/Anfang Juli und deren Aufrufe, sich hinter die „nationale Regierung“ zu stellen, und für die Erklärung des Endes der „nationalsozialistischen Revolution“ im Juli, was Anlass zur Auseinandersetzung mit der Verwendung des Begriffs Nationalsozialismus hierzulande hätte bieten können.

Der 1. August 1914

Nun also, und schon geraume Zeit bevor die Schwelle in das Jahr 2014 überschritten wurde, richtet sich der Blick auf jenen ersten Augusttag, an dem aus dem Krieg der K. u. K. Monarchie gegen Serbien ein europäischer und alsbald ein Weltkrieg wurde. Das ist ein Rückblick ohne Zeitzeugen. In Belgien, Frankreich, Russland, Serbien, Montenegro, Italien und Rumänien, wo sich die Kämpfe und Schlachten vor allem ereigneten, lebt kein Soldat mehr, der einer der Armeen angehört hatte. Die letzten starben hoch betagt am Beginn des 21. Jahrhunderts. Dennoch ist dieser Krieg den in dritter

oder vierter Generation Nachgeborenen nicht vollends in „graue Vorzeit“ entrückt. Gewiss, nur Großmütter können ihren Enkeln davon erzählen, was sie als Kinder und Heranwachsende von ihren Großmüttern über diesen Krieg hörten, die Geschichten vom großen Hunger und dem so genannten Steck- oder Kohlrübenwinter.

Doch ist es wohl nicht in erster Linie diese eben noch dünne Linie der Überlieferung, die in den Krieg zurückführt, der eine neue Art der Kriegführung brachte, die sich im russisch-japanischen Krieg 1904/05 und dann in den beiden Balkankriegen ankündigt hatte, aber von der Masse der Deutschen, und nicht nur von ihnen, nicht wahrgenommen worden war. Seine gedankliche Nähe beruht zum größeren Teil wohl darauf, dass auf ihn, den Weltkrieg, ein zweiter folgte. Vor allem dies trug dem dann als der Erste bezeichneten Krieg die wieder und wieder benutzte Kennzeichnung als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts ein. Der Begriff findet sich zuerst in einem Buch, dessen Gegenstand die französisch-russischen Beziehungen der Jahre von 1875 bis 1890 bilden. Es stammt aus der Feder George F. Kennans und erschien 1979. Der US-amerikanische Historiker und Diplomat nannte den Krieg darin “the great seminal catastrophe of this century”, also ein grundlegendes oder eben für folgende Katastrophen bahnbrechendes Ereignis.

Nun wird die Berechtigung dieser Charakteristik beim Gedanken an den 1. September 1939, ein Ereignis, dessen 75. Jahrestag in diesem Jahr ebenfalls bevorsteht, niemand bezweifeln. Der Krieg der Jahre 1914 bis 1918 bedeutete für eine nie ermittelte Zahl von Menschen nicht nur in Europa, sondern bis ins ferne Australien eine Katastrophe, für die Toten und viele Schwerstverwundete der Schlachten ohnehin, aber auch für Millionen von Frauen ohne Männer, Alte ohne die stützende Hilfe der Jüngeren, Kinder ohne Väter. Dennoch lohnt es sich bei dem Begriff Katastrophe einen Moment einzuhalten. Denn mit ihm werden zumeist Ereignisse bezeichnet wie Erd- und Seebeben, Erdrutsche, sintflutartige Unwetter mit Überschwemmungen, Dürreperioden oder Einschläge von Himmelskörpern. Sie entstehen ohne menschliches Zutun und wider menschliches Wünschen und Wollen. Die Betroffenen sind ihnen hilflos ausgeliefert. Es ist die Nähe zu dieser Begriffsverwendung, die die bloße Kennzeichnung eines Krieges als Katastrophe fragwürdig macht und, wird der Begriff benutzt, so etwas wie ein Sternchen und eine Anmerkung verlangt. Dieser Krieg wie andere vor und nach ihm waren Menschenwerk und dies auch in anderer Weise wie jene Katastrophen, die ganz oder teilweise dieses Ursprungs sind: Unglücke als Folge fehlerhafter Konstruktionen wie Zusammenstürze von Gebäuden und Brücken, solche im Verkehr zu Lande, in der Luft oder auf See, in Produktionsprozessen durch Einstürze unter Tage oder Explosionen. Katastrophen dieses Typs sind Menschenwerk, aber ungewollte Resultate eines Fehlverhaltens, niemand war an ihnen interessiert. Das aber gilt für Kriege nicht und namentlich nicht für diesen Krieg, der 1914 begann. Er kam zustande, weil in ihm Interessen verwirklicht und Ziele erreicht werden sollten. Das wäre, zur Vermeidung von Irrtümern, der Vorschlag, für den Text einer „Anmerkung“ nach dem Wort „Urkatastrophe“.

Gewiss, das Resultat dieses Krieges und dessen Folgen hatte so, wie sie sich dann zeigten, niemand gewollt. Doch die ihn begannen, besaßen Bilder von den Vorteilen und Gewinnen die ihnen der Krieg und ihr Endsieg eintragen sollten und um deren Willen sie ihn vorbereiteten und auslösten. Es entschuldigt sie nicht, ja verringert nicht einmal ihren Schuldanteil, dass sie von der Katastrophe, die letztlich ihr Werk war, keine Vorstellung besaßen, zumal sie sich, denkt man an die politische und militärische Elite des Kaiserreiches, auch da hätten kundig machen können. Nicht, um nicht zu viel zu verlangen, bei Friedrich Engels und dessen prophetischen Blick auf den kommenden Weltkrieg, niedergeschrieben im Jahre 1887. Aber doch, da wären sie in ihren Kreisen geblieben, bei Helmuth Graf von Moltke, dem preußisch-deutschen Generalstabschef der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71, der neunzigjährig, ein Jahr vor seinem Tode als Abgeordneter des Deutschen Reichstags in einer Rede vor einem Krieg warnte, der nichts gemein haben werde mit jenen, die zwanzig und mehr Jahre hinter ihm lagen.

Nun scheint dem von Kennan geprägten Begriff neuerdings ein anderer durch Publizisten zunehmend verbreiteter Konkurrenz zu machen, der das Jahr 1914 als Beginn des zweiten dreißigjährigen Krieges markiert. Diese Kennzeichnung findet sich bereits in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und da in Rede- und schriftlichen Texten von Charles de Gaulle und Winston Churchill. In die internationale

Geschichtsschreibung ist sie erst später gedrungen. Die Anregung, die es bietet, liegt zutage, stellt es doch eine Verbindung zwischen den beiden Weltkriegen her und verweist auf ihren Zusammenhang, freilich, ohne dass über dessen Wesen etwas gesagt wird.

Ist aber die Bezeichnung der Jahre zwischen 1919 und 1938 als Kriegszeiten gerechtfertigt? Und sind die vielen begrenzten Kriege, die in den zwei Jahrzehnten stattfanden, Folgen und Fortsetzungen dieses einen, der in den Sprachen der Briten, Franzosen und Belgier der Große Krieg genannt wird. Lässt sich das für den polnisch-sowjetrussischen Krieg von 1920 sagen? Oder für die Eroberung Äthiopiens durch Italien 1935? Oder für die Kriege Japans auf dem asiatischen Kontinent?

Das Bild vom dreißigjährigen Krieg, das wäre der Haupteinwand, ordnet, gewollt oder nicht, die deutschen Faschisten als Fortsetzer eines Krieges ein, den „andere“ begonnen hatten und den sie nun weiterführten. In Wahrheit verfolgten sie vom Beginn ihrer Herrschaft an ihren eigenen Plan, einen Krieg um der Ziele willen zu beginnen, die 1914 ff. verfehlt worden waren und die sie zwar geographisch partiell veränderten, aber noch weiter steckten – im Osten bis zum Ural. Zwischen den beiden Kriegen hatte der „alte“ Kontinent, bevor das Jahr 1933 die Situation grundlegend zu verändern begann, jedenfalls Schritte hin zu einer Friedensordnung gemacht, inkonsequent, halbherzig und nicht von nachhaltiger Wirkung. In eine fortdauernde Kriegszeit lassen sich die Jahre nicht subsumieren.

Was immer sich den Begriffen „Urkatastrophe“ und „zweiter dreißigjähriger Krieg“ an Gedankenanstößen abgewinnen lässt, beiden haftet ein schwerwiegender Mangel an. Sie sagen nichts über das Wesen des Weltkrieges, stechen damit also von Kennzeichnungen wie Befreiungs-, Unabhängigkeits-, Bürger- oder Religionskrieg ab. Das tut indessen eine Charakteristik nicht, die keine nachträgliche Schöpfung ist, sondern vor und inmitten der Ereignisse gebräuchlich war. Sie lautete imperialistischer Krieg und war eine entlarvende Entgegensetzung zur Lüge vom Verteidigungskrieg, die dazu diente Millionen Deutsche im Glauben zu den Waffen zu rufen, sie müssten mit ihnen sich, ihre Familien, ihre Heimat, ihr Vaterland vor jenen schützen, die Deutschland nicht „hochkommen“ lassen wollten und es eingekreist hätten.

Imperialistisch nannten diejenigen den Krieg, die seine entschiedensten Gegner waren. Dieser Begriff ist aus der für den Massenkonsum bestimmten Publizistik heute nahezu ganz entschwunden. Er und seine Verwandten können in der wissenschaftlichen Literatur jedoch in Wendungen wie denen von der imperialen Ideologie, imperialen Projekten und Plänen noch angetroffen werden. Und in der Tat: Wie sollen die Zeugnisse sonst benannt werden, die für den Drang stehen, aus der Großmacht Deutschland die Weltmacht Deutschland zu machen? Wie die Haltung des Staatssekretärs des Äußeren, Bernhard von Bülow, der 1897 in einer Reichstagsrede sagte: „wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne“, ein Bild in dem sich die Vorstellung ausdrückte, dass das 1871 gegründete Reich bisher noch im Schatten stehe? Und bezeugte dieses „auch“ nicht den Anspruch auf eine Stellung gleich jener der großen Kolonialmächte England, Frankreich und in anderer Weise auch Russland? Bülow gelangte 1900 auf den Stuhl des Reichskanzlers.

Die diesen imperialistischen Grundkurs des Deutschen Kaiserreiches in Frage stellen wollten, verlangen mit Vorliebe nach einem Dokument, in dem wie auf einem Eisenbahnfahrplan die Stationen künftiger Eroberungen, die Kriegsziele en detail verzeichnet worden wären. Derlei existierte vor dem Ersten Weltkrieg in deutschen Regierungstresoren so wenig wie vor dem Zweiten. Es bedurfte seiner nicht. Doch die Beweise dafür, dass der „Griff nach der Weltmacht“ ideologisch, militärisch und waffentechnisch in einer Weise vorbereitet wurde, die keinen Aufwand scheute und keinen Zweifel an seiner Verwendung ließ, ist massenhaft an Quellen belegt.

Wie erklärt sich dann aber die Weigerung, vom imperialistischen Krieg zu reden, in dem die Mittelmächte Deutschland und Österreich ihre Macht mehren, die Entente die ihre mindestens behaupten und den lästigen Konkurrenten bändigen wollten, was ihnen dann zeitweilig auch gelang? Und wie, dass hierzulande Schulgeschichtsbücher den Imperialismus als eine Zeit einordnen, die in dem einen Band 1914, im anderen 1918 zu Ende gegangen sei? In diesen abstrusen Thesen liegt womöglich die Antwort. Wer gedanklich einmal auf die Spur des deutschen Imperialismus gesetzt ist, fragt womöglich weiter, was denn aus diesen imperialen Bestrebungen geworden ist. Wann und wie haben sie sich

verloren? Wer hat sich daran ein Verdienst erworben? Wie kam es, dass heute Kriege, häufig zu militärischen Einsätzen heruntergespielt, vom eigenen Lande weit entfernt geführt werden, einzig, wie beteuert wird, um Menschenrechte zur Geltung zu bringen und dem Ziel, der schönen ungeteilten demokratischen Welt, Bahn zu brechen?

Der Blick zurück aus dem Abstand eines Jahrhunderts bietet viel Stoff für Diskussionen und für Lernprozesse von aktuellem Nutzen. Es wird aber wohl etwas nachgeholfen werden müssen, damit er auf die Tagesordnung der Erinnerung kommt. Ohne dies werden die Gedenktage wie vordem schon sich in der Erkenntnis erschöpfen: Friede gut, Krieg schlecht.

antifa, 18. Juli 2014.

Nicht nur Schall und Rausch

Die Sprache der Begriffe und Bilder vom Ersten Weltkrieg

Der Begriff „Weltkrieg“ ist keine nachträgliche Kennzeichnung für jenen Krieg, der am 28. Juli 1914 mit dem Angriff der K. u. K-Monarchie gegen das Königreich Serbien begann, sich dann durch den Kriegseintritt der britischen Dominien Australien und Kanada, Japans und des Osmanischen Reiches noch 1914 und der USA 1917 von einem europäischen zu einem erdballweiten Krieg ausweitete.

Das Wort „Weltkrieg“ wurde warnend bereits mehr als ein Vierteljahrhundert vor dessen Beginn und von nach ihrer Gesinnung und ihrer Rolle in der Geschichte so verschiedenen Männern wie Friedrich Engels und Helmuth Graf von Moltke, dem vormaligen Generalstabchef der preußisch-deutschen Armeen, benutzt. Ersterer sah 1887 eine Entwicklung der Staaten in Gang gesetzt, die einem solchen Krieg entgegentrieb und beschrieb eindringlich dessen Folgen. Letzter sprach neunzigjährig, 1890, davon in einer Rede im Deutschen Reichstag, in der er sich gegen die Illusion wandte, es werde ein solcher Waffengang kurz sein und nach wenigen Feldzügen einen Sieger haben. Weder der eine noch der andere hatte den Begriff geprägt. Er lässt sich vordem schon mit Bezug auf ältere Kriege antreffen. Die erste Verwendung weist das Grimm’sche Wörterbuch für das Jahr 1599 aus.

Weltkrieg – der Name setzte sich in der deutschen Sprache fest für einen Krieg, der nach geografischer Ausdehnung, Zahl der teilnehmenden Staaten, Menschen- und Tieropfern, materiellem und finanziellem Aufwand, Verwüstungen von Ort- und Landschaften sowie der Dauer seiner Folgen bis dahin ohne Beispiel war. Bei dieser einen Kennzeichnung ist es nicht geblieben. Bald schon wurden weitere Begriffe und Bilder in Umlauf gebracht. Die einen versuchen eine Bestimmung des historischen Ortes des Krieges im 20. Jahrhundert. Heute häufig gebrauchte lauten „Urkatastrophe“ und „zweiter Dreißigjähriger Krieg“. Beide stellen eine Verbindung vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg her.

Andere wollen den geschichtlichen Einschnitt erfassen, den dieser Große Krieg bezeichnet. Dazu zählen die Kennzeichnungen „Epochenumbruch“, „Ende der Belle Époque“ und „Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters“ sowie Metaphern wie „In Europa gingen die Lichter aus“ oder „Sprung ins Dunkle“. Wieder andere beziehen sich auf die Entstehung des Krieges. Das tun Bilder von Politikern, die schlitternd, taumelnd oder schlafwandelnd aus dem Frieden in den Krieg gerieten. So gewiss wie derlei in der Originalitätssucht ihrer „Erfinder“ wurzelt, so unstrittig ist, dass stetiges Suchen nach neuen Begriffen auch stärkere gedankliche Anregungen vermitteln soll. Was aber ist gewonnen? Ein tieferes Verständnis des Geschehens? Oder verstellen manche Bilder nicht eher die Wirklichkeit? Lenken sie vom Hauptsächlichen auf Nebensächliches ab?

Die Diagnose Somnambulismus führt jedenfalls von der quellenbezeugten Tatsache weg, dass der Krieg als Möglichkeit fest in Köpfen von Politikern existierte, Ziele zu erreichen, an die sie vermeintlich nicht anders kämen. Das war der „deutsche Fall“, beschrieben als ein Verlangen „nach dem Platz an der Sonne“. Der Zweck, die Kriegsschuld des deutschen Kaiserreiches und seiner politischen und militärischen Elite zu leugnen, war hiermit also schon vor den neumodischen Bildern von den in den Krieg Schlitterern oder Taumelnden erfüllt.

Wie aber steht es mit der viel gebrauchten „Urkatastrophe“? Dem Denken und Fühlen von Millionen Angehöriger vieler Nationen hatte sich dieser Krieg, der ihnen den Verlust naher und nächster Menschen, von Habe, Heimat und Zukunftsplänen brachte, als Katastrophe eingeprägt. Katastrophen werden im Alltag Ereignisse genannt wie Erd- und Seebeben, Vulkanausbrüche, Erdrutsche, sintflutartige Unwetter mit Überschwemmungen, Dürreperioden, Einschläge von Himmelskörpern. Sie entstehen ohne menschliches Zutun und wider menschliches Wünschen und Wollen. Die Betroffenen sind ihnen ausgeliefert. Es ist die Nähe zu dieser dominierenden Verwendung, welche die bloße Kennzeichnung eines Krieges als Katastrophe fragwürdig macht.

Dieser Krieg – wie andere vor und nach ihm – war Menschenwerk und dies auf andere Weise als jene Katastrophen im zivilen Leben, an denen auch Personen beteiligt sind, also Unglücke als Folge fehlerhafter Konstruktionen wie Zusammenstürze von Gebäuden und Brücken, Unfälle zu Lande, in der

Luft, auf See oder unter Tage. Auch sie sind Folgen von Menschenwerk, aber ungewollte Resultate. Niemand war an ihnen interessiert. Das gilt hingegen für Kriege nicht und namentlich nicht für den Krieg, der 1914 begann. Ihm gingen Absichten voraus und begleiteten ihn.

Dem Wort Urkatastrophe macht neuerdings verstärkt die Wendung vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ Konkurrenz, die einen zeitlichen Bogen von 1914 bis 1944/45 schlägt. Mit ihr wird eine Verbindung zwischen den beiden Weltkriegen hergestellt, freilich ohne über deren Wesen etwas zu sagen. Ist aber die Bezeichnung der Jahre zwischen 1919 und 1938 als Kriegszeit gerechtfertigt? Sind die begrenzten Kriege, die in den zwei Jahrzehnten stattfanden, als Fortdauer dieses einen anzusehen? Lässt sich das für den polnisch-sowjetrussischen Krieg von 1920 sagen? Für die Eroberung Äthiopiens durch Italien 1935? Für Japans Krieg auf dem asiatischen Kontinent? Und wie steht es mit der Beziehung der Bürgerkriege in Russland und in Spanien zum Ersten Weltkrieg?

Das Bild vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ macht – gewollt oder nicht – die deutschen Faschisten zu Fortsetzern eines Krieges, den „andere“ begannen und den sie nun weiterführten. In Wahrheit verfolgten sie jedoch vom Beginn ihrer Herrschaft an ihren eigenen Plan, einen Krieg um der Ziele willen zu beginnen, die 1914 verfehlt wurden und die sie partiell veränderten, aber noch weiter steckten: im Osten bis zum Ural und Kaukasus. Zwischen den beiden Kriegen hatte der „alte“ Kontinent, bevor das Geschehen 1933 die Situation grundlegend zu verändern begann, Schritte hin zu einer Friedensordnung gemacht, zwar inkonsequent, halbherzig und nicht von nachhaltiger Wirkung. Auch deshalb lassen sich die zwei Jahrzehnte nicht als Fortdauer des Krieges ansehen. Der Begriff ebnet also eine Entwicklung ein, die durch Kontinuität und Diskontinuität gekennzeichnet war.

Zu den Bestimmungen, die dem Ersten Weltkrieg jüngst wiederholt gegeben werden, gehört „Zivilisationsbruch“. Vordem war dieser von Historikern auf die faschistische Diktatur in Deutschland gemünzt. Vor allem gelten Auschwitz und der Massenmord an den europäischen Juden als furchtbarster Ausdruck dieses Bruchs. Indes, die ausgeweitete Verwendung dieses Begriffs entbehrt nicht jeder Berechtigung:

Der Erste Weltkrieg hat in das gewalttätige Gegeneinander von Völkern und Staaten nicht nur auf Schlachtfeldern Neuerungen eingeführt, die auch als moderne Barbarei bezeichnet wurden. Zehn- und sogar Hunderttausend Tote hatte es in Kriegen vordem schon gegeben. An den drei Tagen der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 waren geschätzt 100.000 Männer umgekommen. Und kein Krieg, der nicht auch Grausamkeiten hervorbrachte. Was aber seit 1914 geschah, war von anderer Qualität: Der massenhafte Einsatz von Maschinengewehren, die Verwendung von Artilleriemunition, die entsetzliche Verletzungen hervorrief und Menschen in Massen zu Krüppeln machte, der Einsatz von Giftgasen, die zu Erblindungen und qualvollen Erstickungstoden führte, die Bombenabwürfe aus Zeppelinen und Flugzeugen auf Zivilisten weit hinter den Fronten und fern kriegswichtiger Anlagen, die Deportation von Menschen aus eroberten Gebieten zur Zwangsarbeit, die Praxis der verbrannten Erde bei Rückzügen, das Verhungernlassen von Kriegsgefangenen, die Morde an Zivilisten, die als „Geiseln“ genommen worden waren ...

Selbst die nur einen Teil dessen erlebten, nur Bruchstücke an Wissen vom Ganzen besaßen, waren in das Gefühl gestürzt, dass hier eine Welt, ihre Welt unterging, in der sie im Glauben an deren Dauerhaftigkeit gelebt hatten. Was ihnen als Zivilisation galt, existierte nicht mehr. Ein dahin Zurück gab es nicht. Insofern drückt der Begriff vom „Zivilisationsbruch“ einen Wandel adäquat aus, doch nur, wenn er nicht mit Verallgemeinerungen verbunden wird, mit denen die Vorkriegsgesellschaft zur Belle Époque erklärt und verklärt, verfehlt und verschönt wird. Zudem: Die Verluste trafen die Schichten der Gesellschaft sehr unterschiedlich. Weite Teile der Arbeiterklasse waren vor dem August 1914 erst noch dabei, sich ihren Anteil an der Zivilisation zu erkämpfen – und hatten dies in Deutschland nach dem November 1918 fortzusetzen.

Was immer sich den Begriffen „Urkatastrophe“, „zweiter Dreißigjähriger Krieg“ und „Zivilisationsbruch“ an Gedankenanstößen abgewinnen lässt – ihnen haftet ein schwerwiegender Mangel an. Sie sagen nichts über den Charakter des Weltkrieges und stechen damit von Kennzeichnungen wie Befreiungs-, Unabhängigkeits-, Bürger- oder Religionskrieg ab. Das leistete indessen eine Charakteris-

tik, die auch keine nachträgliche Schöpfung ist, sondern bereits aufkam, als sich das Kommende erst abzeichnete. Diese treffende Bezeichnung lautete und lautet „imperialistischer Krieg“. Sie war und ist unmittelbar eine Entgegensetzung zur Lüge vom „Verteidigungskrieg“, mit der Millionen Deutsche und andere Nationen zu den Waffen gerufen wurden, im Glauben, es gelte ihre Familien, ihre Heimat, ihr Vaterland, ihre Kultur vor den Feinden zu schützen, die das eigene Land nicht „hochkommen“ lassen wollten, es eingekreist hätten oder ihm seine Erfolge neideten. Diese treffende Charakteristik ist weitgehend in Vergessenheit gebracht worden. Und so erfüllen die hier diskutierten Begriffe – unabhängig davon, ob ihre Benutzer das beabsichtigen oder nicht – eine Art Verdrängungsfunktion. Von den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft und deren Ausgeburten soll offenbar auch hundert Jahre danach keine Rede sein.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Juli 2014, S. 25.

Ein deutscher Mythos

Das „Augusterlebnis“, die Rede vom sich erhebenden Volk, das gemeinsam in den Krieg zieht, ist eine Legende. Nicht jubelnd, aber naiv marschierten viele Deutsche in den Ersten Weltkrieg

Kommt die Rede auf den Beginn des Ersten Weltkrieges, fällt früher oder später das Wort vom „Augusterlebnis“. Und von da ist es dann nur ein kurzer Gedankensprung zum „Geist von 1914“ oder den „Ideen von 1914“, von denen niemand so genau sagen kann, was sie eigentlich waren. Mit ihnen verbindet sich ein noch über Jahre nach dem Kriege gepflegtes Propagandabild. Es ist das vom sich gemeinsam und entschlossen erhebenden Volk, von der „Volksgemeinschaft“, die in den Krieg zieht, das Vaterland zu verteidigen. Das lebe in den Millionen fort, die „dabei waren“, wird kolportiert.

Die Verwandtschaft zu älteren Sprachbildern wie dem Theodor Körners von 1813 „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ liegt zutage. Ein Vergleich beider durch ein Jahrhundert getrennter Kriege ergibt Gemeinsames und Unterscheidendes. Die sich gegen Napoleon erhoben, und das war beileibe nicht das ganze deutsche Volk, erstrebten das Ende einer Jahre währenden Fremdherrschaft und Besatzung, die ihnen schwerste Lasten auferlegt hatte. Sie waren in manchen Gegenden bis aufs Hemd ausgeplündert worden und dem Verhungern nahe. Ihr Motiv rührte vielfach von eigener Erfahrung oder der ihnen Nahestehender her. Die 1914 auszogen, wurden hingegen mit einer Lüge motiviert, wonach Russland, Frankreich und Großbritannien Deutschland angegriffen hätten, weil sie alle es um seinen Aufstieg beneideten und nicht „hochkommen“ lassen wollten.

Zu den Unterschieden gehört weiter, dass die Zeitgenossen von 1813 wussten, was Krieg bedeutete, namentlich die Preußen aus ihrer Erfahrung von 1806/07, zum anderen aus Berichten vom Feldzug gegen Russland 1812, an dem Kontingente deutscher Staaten teilgenommen hatten und aus dem weniger die Preußen, jedoch die nach Moskau gezogenen Bayern, Württemberger und Männer aus anderen deutschen Landen nicht zurückkehrten. 1914 hingegen lag der letzte Krieg, den Deutsche erlebt hatten, mehr als 40 Jahre zurück. Er war jenseits der deutschen Grenzen in Frankreich ausgetragen und gewonnen worden. Die Zahl der Kriegstoten wurde amtlich mit nahezu 44.000 angegeben, sie enthält die Zahl der während der Kämpfe Umgekommenen und die jener, die Verwundungen und Krankheiten erlagen.

Vor allem aber: In den Krieg des Jahres 1813 gingen die Preußen an der Seite des zaristischen Russlands, dessen Armee den Eroberer aus dem eigenen Lande schon vertrieben hatte, dazu mit Schweden und dann auch, was zu erwarten war, mit Österreich. Es formierte sich eine antinapoleonische Übermacht. 1914 hingegen machte sich Deutschland zum Verbündeten des altersschwachen Österreich-Ungarns. An Stelle der einen Front gegen den Franzosenkaiser entstanden binnen weniger Tage drei. Die kurze österreichische gegen Serbien, wo die Truppen des slawischen Königreiches gemeinsam mit denen Montenegros standen, die lange gegen das Zarenreich, die von der rumänischen Grenze durch das dreigeteilte Polen bis an die Ostsee reichte, und die immer länger werdende gegen die Französische Republik und das überfallene Belgien, die sich von der schweizerischen Grenze bis zur Nordsee dehnte und etwa 700 Kilometer maß. Ein Blick auf die Landkarte Europas und ein weiterer in die demographischen und wirtschaftlichen Daten der einander bekriegenden Blöcke, hier, die zwei sogenannten Mittelmächte und dort das Dreierbündnis der Entente, hätte die Augusttage für die Deutschen zu einer sich hinziehenden Denkstunde machen können, ja müssen.

Erinnerung an Sedan

Stattdessen? Das wieder und wieder so erzählte „Augusterlebnis“: Das kaisertreue deutsche Volk überschreitet im Gleichschritt die Kriegsschwelle. Viele fühlen sich erhoben, ja befreit. Sie sind siegesgewiss und frohen Mutes und nicht wenige ergriffen von einem Gefühl der Dankbarkeit darüber, dass sie ein eintöniges, langweiliges, allzu sattes und keine höheren Ziele kennendes Dasein hinter sich lassen konnten. Mit dieser Schilderung deutscher Befindlichkeit, die schon inmitten der Ereignisse und nicht erst aus dem Rückblick gegeben wurde, sollte auch bezeugt sein: Ein Volk, das so hochgestimmt auf die Schlachtfelder zieht, kann das nur ohne Arg und reinen Herzens getan haben

und nicht um irgendwelcher schnöder materieller Ziele willen. Hitler behauptete in seiner Propagandaschrift „Mein Kampf“, die Deutschen hätten den Krieg geradezu „begehrt“ und kritisierte die kaiserliche Führung, weil sie ihn nicht früher selbst begann und so angeblich den Zeitpunkt mit den besten Siegesaussichten verpasst habe.

Welche Zeugen und Zeugnisse wurden von jenen präsentiert, die das „Augusterlebnis“ lange nach Kriegsende wieder und wieder so ausmalten und die Nation in einem Zustand beschrieben, den sie sich als wiederkehrenden und dann dauernden wünschten, den der Volks- oder Kriegsgemeinschaft? Dafür werden bis heute vor allem Fotografien vorgewiesen, auf denen drei Szenen dominieren. Auf den einen sind Ansammlungen von Menschen zu sehen, die auf Plätzen oder Straßen den Kriegsbeginn bejubeln. Aus der Menge werden als Zeichen der Begeisterung Arme zum Himmel gereckt, Stöcke hochgeschwungen, Mützen und Hüte in die Luft geworfen. Und es werden andächtig patriotische Lieder gesungen. Schon dem flüchtigen Betrachter mag auffallen, dass die dort Zusammengeströmten meist in ihren Sonntagskleidern erschienen sind, und das sind nicht die der arbeitenden Schichten, wie ein Vergleich mit jenen Bildern erweist, die während Kundgebungen der Sozialisten gemacht wurden, beispielsweise von Friedensdemonstrationen nur wenige Tage zuvor. Der 1. August 1914 war ein Samstag – und da wurde im Deutschen Reich gearbeitet.

Auf anderen Fotografien sind an Straßenrändern Menschen zu sehen, die die in lockeren Kolonnen an die Fronten abrückenden Soldaten verabschieden. Manche begleiten die Uniformierten auch auf dem Weg zu Sammelplätzen in Kasernen oder zu Bahnhöfen. Jungen sind abgebildet, die das Gewehr ihres Vaters tragen dürfen, und Frauen oder Bräute, eingehängt am Arm des Geliebten. Auf wieder anderen drängen sich Einberufene, noch in ihrer Zivilkleidung, an Türen und Fenstern von Eisenbahnwaggons, meist frohen Gesichts den Zurückbleibenden zuwinkend. Würden manche nicht an geöffneten Schiebetüren von Güterwagen stehen, ließe sich glauben, hier begebe sich ein Männerverein auf einen Ausflug. Dem widersprechen aber auch die Aufschriften an den Waggonwänden, die mehr oder – meist – weniger gewandt mit Kreide da hingemalt wurden. Da werden die französische Hauptstadt und ihre Boulevards als Reiseziel angegeben. Ein die bayerische Hauptstadt verlassender Zug trägt die Aufschrift „München über Metz nach Paris“, und das war noch eine der harmloseren. Andere Texte drückten die Überzeugung aus, Weihnachten wieder zu Hause zu sein.

Wie lassen sich diese Bilder, keine gestellten Aufnahmen für Propagandazwecke, sondern Schnappschüsse, und die sich auf ihnen ausdrückende Stimmung erklären? Wie, dass ein Kriegsbeginn zur Feier nach der Art eines Volksfestes wird? Eine Rolle mochte spielen, dass eben, wer sich des letzten Krieges erinnerte, an dem deutsche Truppen beteiligt waren, mehr als vier Jahrzehnte zurückdenken musste. Die als junge Burschen an ihm teilgenommen hatten, standen an der Schwelle zum siebten Lebensjahrzehnt. Das bedeutete auch, dass bei der damaligen Lebenserwartung ein erheblicher Teil der Krieger nicht mehr am Leben war. Dieser deutsch-französische Krieg hatte 1870/71 kaum mehr als ein halbes Jahr gedauert. Dann war am 28. Januar 1871 ein Vorfriede geschlossen worden, die belagerte Hauptstadt Paris kapitulierte. Die Waffen schwiegen. Die Erinnerung daran lebte auch deshalb fort, weil Jahr für Jahr – ohne Teilnahme der Sozialdemokraten – am „Sedantag“ des kriegsentscheidenden Sieges gedacht wurde, der in der Schlacht bei der nordfranzösischen Stadt nahe der belgischen Grenze errungen worden war, in der auch der Kaiser der Franzosen, der dritte Napoleon, in Gefangenschaft geriet.

Wichtiger als dieser zu falschen Schlussfolgerungen führende Blick zurück mochte für die Haltung der den Kriegsbeginn Feiernden sein, dass sie trotz bestehender Warnungen keine Ahnung von dem besaßen, was ihnen und vor allem den Soldaten in den nun auszutragenden Schlachten bevorstand. Außerdem waren auch die Kriege der letzten Jahre, von denen sie aus Zeitungen erfuhren, von kurzer Dauer gewesen und hatten zudem fern von ihren Wohnsitzen stattgefunden. Das galt für die Balkankriege 1912/1913, für den Krieg Italiens gegen das Osmanische Reich im Norden Afrikas um den Besitz Libyens 1911, für den russisch-japanischen von 1904/05, für die Burenkriege an der Jahrhundertwende und für den der USA gegen Spanien 1898. Und wiewohl dabei neu entwickelte und modernisierte Waffen eingesetzt worden waren, hatte dies nur ein Vorspiel dessen dargestellt, was nun folgte: der massenweise Einsatz neuartigen Kriegsgeräts. Zum Beispiel von Gewehren mit größerer

Reichweite, rascherer Schussfolge, höherer Zielgenauigkeit, von Maschinengewehren und Flammenwerfern und weittragenden Artilleriegeschützen mit vervielfachter Sprengkraft, von Flugzeugen, Zeppelinen, Unterseebooten – und Giftgasen. Und obgleich Militärs darauf hingewiesen hatten, dass sich mit der Technisierung und Industrialisierung des Krieges künftige Kriegsverläufe einschneidend ändern würden, hielt sich der Glaube an eine einzige Schlacht, die den Ausgang entscheiden werde, noch immer, so wie die von Leipzig 1813, Waterloo 1815, Königgrätz 1866 und eben Sedan 1870.

So ist es ein Bündel von im Einzelnen zu gewichtenden Tatsachen, das hilft, die Gesichter und Gesten zu enträtseln, die dem Betrachter auf Fotografien aus den ersten Augusttagen 1914 begegnen. Die Aufnahmen sind keine Fälschungen, doch wurden sie dazu gemacht, als sie zu Zeugnissen für die allgemeine Volksstimmung aufgewertet wurden. Dagegen stehen Quellen aus anderen Lebensbereichen, aus Dörfern und Städten ohne Massenaufgebote an kaisertreuem Bürgertum und ohne Horden verbildeter Studenten, die es gar nicht erwarten konnten, das Buch gegen das Gewehr, den Hörsaal gegen das Schlachtfeld zu tauschen.

Ernste, gedrückte Stimmung

Bietigheim ist eine württembergische Kleinstadt zwischen Stuttgart und Heilbronn. Der Ort, in dem sich Eisenbahnlinien kreuzen, besaß um 1914 nahezu 4000 Einwohner. In der Chronik der Stadt, rekonstruiert vor allem aus Meldungen des Lokalblattes, dem Enz- und Metterboten, lässt sich nichts von jener Stimmung auffinden, die aus Zentren deutscher Großstädte bezeugt ist. Der patriotische Aufruf, erlassen vom Stadtschultheiß am 1. August, forderte von den Bewohnern „um des Vaterlandes willen, alle, auch die schwersten Anforderungen, die das militärische Interesse erheischt, willig und freudig zu ertragen“. Zu ertragen – die Sprache ist ein Verräter. Der Autor schien, wenn nicht zu wissen, so doch zu ahnen, dass die Bürger nun Lasten zu schleppen haben würden. Der Gedanke beschlich nicht nur ihn. Als der Krieg ein Jahr dauerte, publizierte das evangelische Gemeindeblatt des Ortes einen Rückblick in die letzten Tage des Friedens und die ersten des Krieges. Von jenem Samstag, an dessen Abend der Mobilmachungsbefehl bekanntgemacht wurde, hieß es: „Eine ernste, gedrückte Stimmung lastete auf den meisten. [...] Nun war es ganz ernst geworden. Was sich an diesem Abend in den Häusern und Herzen abgespielt hat, ist nicht zu beschreiben. Das weiß Gott allein. [...] Zu patriotischen Kundgebungen kam es nicht. Es war ja noch so vieles zu erledigen zur Ordnung der eigenen militärischen und häuslichen Angelegenheiten. Man begegnete sich mit vielsagendem Schweigen, war doch fast jedes Haus vom Krieg betroffen und hatte einen Abschied.“

Zunächst erhielten die Bietigheimer zu den allgemeinen Verhaltensregeln konkrete Ermahnungen. Die erste besagte, dass an zur Armee einrückende Soldaten, die nüchtern an ihren Sammelpunkten eintreffen sollten, kein Alkohol auszuschenken sei. Am 3. August, es war der Tag der deutschen Kriegserklärung an Frankreich, verabschiedete sich in einer Anzeige im Lokalblatt ein Bäckermeister, der zur Armee musste, von seiner Kundschaft. Er kam im Kriege 1915 um. Am 4. August wurde den Bürgern vom Stadtschulzenamt mitgeteilt, dass das „Stehenbleiben von Personen in Gruppen auf den öffentlichen Straßen und Nebenwegen“ von nun an „bis auf weiteres untersagt“ sei und Zuwiderhandlungen bestraft würden.

In den folgenden Tagen bereiteten sich Bürger, da mit der Durchfahrt von Zügen mit Verwundeten gerechnet wurde, auf deren Empfang und Betreuung während ihres Aufenthaltes vor. Dafür wurde um Geldspenden und „Flaschen mit guten Säften“ gebeten. Die Gesamtleitung der Aktion lag in den Händen des Stadtpfarrers, der auch nach anderen Berichten ein Motor dieses tätigen Patriotismus gewesen sein muss. Am 10. August trafen die ersten Soldaten ein, die bei Kämpfen nahe Mülhausen im Elsass verwundet worden waren. Am 12. August wurde die Zahl der Einberufenen, die auch „Ausmarschierte“ hießen, mit 300 bis 400 angegeben und vermerkt, dass aus manchen Familien drei und mehr Söhne zur Armee eingerückt seien. 33 dieser Ausmarschierten hatten sich vorher im Sonntagsstaat, angetan mit Vatermörder und Fliege, auf ein Gruppenbild bannen lassen. Sie stehen und sitzen da eng beieinander wie Mitglieder eines Kegelvereins, zusammengekommen anlässlich von dessen besonderem Jubiläum. Aber auf keinem Gesicht lässt sich auch nur ein Anflug von Freude oder gar Begeisterung ausmachen.

Zwei Tage später passierten erste französische Kriegsgefangene den Bahnhof Bietigheim. Und dann dauerte es nur bis zum 19. Kriegstag, und es gingen die ersten Nachrichten ein, die besagten, dass Bürger der Stadt und nahegelegener Gemeinden „gefallen“ seien. In den Anzeigen, die von deren Angehörigen in der Ortszeitung veröffentlicht wurden, wurden die Formeln „den Heldentod fürs Vaterland gestorben“ oder „im Kampf für das Vaterland gefallen“ gebraucht. Diese Meldungen setzten sich in den folgenden Tagen fort. Sie standen für den Preis der Siege, die bei Metz und Longwy, dort hatte zwischen dem 22. und 25. August eine der sogenannten Grenzschlachten stattgefunden, errungen und durch Glockengeläut und gehisste Fahnen bekanntgemacht wurden. Weiter passierten Züge mit Verwundeten die Stadt. Wer sofort ärztlich behandelt werden musste, wurde ausgeladen und in ein Krankenhaus gebracht, die Masse der Insassen verpflegt. Das hielt ein Fotograf fest. So, und so nüchtern, stellte sich das „Augusterlebnis“ für die Bietigheimer dar. Nicht nur für sie. Ernst Glaeser hat in seinem auf eigenem Erleben gründenden Roman „Jahrgang 1902“ geschildert, wie ein junger Bursche zufällig dazu kam, beim Ausladen eines Verwundeten zu helfen. Als sie im Krankenhaus des Ortes anlangten, brachten sie einen Toten.

Abendmahl vor Kriegsbeginn

Noch weniger verlässliche Zeugnisse existieren von der Aufnahme der Nachricht vom Kriegsbeginn und der Mobilisierung aus Dörfern des Landes. Dorthin verirrten sich weder Zeitungsreporter noch Fotografen. Die Männer, die Haus, Stall und Feld verließen, noch war die Sommerernte nicht beendet und die des Herbstes stand erst bevor, waren tags darauf nicht zu ersetzen, selbst wenn sich die zurückbleibenden Frauen deren Schwerstarbeit aufbürdeten. Es war nur eine Frage kurzer Zeit bis das Absinken der heimischen Produktion in Verbindung mit der bei Kriegsbeginn augenblicklich einsetzenden Seeblockade durch britische Kriegsschiffe sich auf den Tellern der Städter empfindlich bemerkbar machen würde.

Aus einem Dorf nahe Berlin, aus Lütte, sind Ereignisse und Stimmungen jener ersten Augusttage durch Aufzeichnungen von Erlebtem und Gehörtem im Tagebuch eines 15jähigen Mädchens, der Tochter des Ortspfarrers, überliefert. „Abends um halb 9 Uhr – da läuteten die Glocken. Es bedeutete den Krieg ... sie mussten den Krieg verkünden! Alle Leute standen vor ihren Häusern und weinten. Am Sonntag war für diejenigen, die in den Krieg ziehen mussten, Abendmahl angesetzt. Es waren auch 50 Männer da (außer drei dann von der Autorin namentlich genannten, K. P.). Da Vater auch eine sehr wegweisende Predigt hielt, weinten alle. Wir hatten nicht wie sonst sonntags weiße Kleider an, sondern dunkle Röcke und nur helle Schuhe.“ Ein anderes Geschehen ist dem Mädchen entgangen, wurde aber von einem Lehrer der Dorfschule rückblickend in die Schulchronik eingetragen. Demnach hatte der Ausrufer des Dorfes mit der Bekanntgabe des Kriegsbeginns die Männer in die Gaststätte des Ortes beordert. Davon wird mitgeteilt: „Der Herr Pastor leitete die Versammlung mit einem Kaiserhoch ein. Ich verlas die Mobilmachungsurkunden. Unsere Reservisten, Wehrmänner und Landstürmer waren sehr gefasst, wie es die Starken sind, die des Sieges gewiss sind oder doch entschlossen, in Ehren zu sterben für Weib und Kind, für König und Vaterland.“ Die drei Sätze überliefern jedenfalls die Geistes- und Gemütsverfassung des Lehrers bei Kriegsbeginn.

Zurichtung allerorten

Zurück in die Großstädte: Die Fotografierten, aufgenommen an Straßenrändern, waren keine bestellten oder gemieteten Jubelperser. Indessen brach aus ihnen in jenen Tagen auch nicht spontan die patriotische deutsche Seele hervor, wie das in der Geschichtsliteratur bis heute behauptet wird. Sie waren allesamt Produkte einer Erziehung durch Pfarrer und Lehrer, wie der beiden im Dorf Lütte. Andere waren geprägt durch jene Professoren, welche eben die Studenten bürgerlicher und adliger Herkunft mitgeformt hatten, die in Berlin vor dem Hauptgebäude der Friedrich-Wilhelms-Universität den Krieg jubelnd begrüßten. Dieser „Geist von 1914“ war von Millionen erworben in Kasernen und Kriegervereinen, bei Veranstaltungen der Militär und Militarismus anbetenden Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, dem Deutschen Flottenverein und vielen monarchistischen Zusammenschlüssen. Was sie dort an krausen Ideen aufgenommen hatten, was ihnen an verkorksten vaterländischen Gefühlen eingepflanzt worden war, das blühte nun auf in den Willkommensfeiern des Kriegs-

beginns, denen sich ein erheblicher Teil der deutschen wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz hingab, schreibend, redend, dichtend, musizierend, malend und – dies nicht zu vergessen – predigend und betend in Kirchen beider christlichen Religionen und nicht anders in Synagogen. Die Verklärung des Krieges gipfelte in Behauptungen wie der von seiner „reinigenden Wirkung auf das Volksganze“. Ohne den Beitrag der geistigen Führungsschicht des Deutschen Kaiserreiches – nicht anders im Kernland der österreichisch-ungarischen Monarchie – wäre es zu diesen Verirrungen von Geist und Gemüt schwerlich in dieser Zahl gekommen. Und von den Tagen des Kriegsbeginns an wurde an ihrer Konservierung weitergearbeitet. Kaum jemand entkam dieser Zurichtung. Auch nicht die Kinder. Davon zeugen 1914 erschienene Buchtitel wie „Was der Krieg unsere Schulkinder lehrt“, herausgegeben übrigens von einem evangelischen Verlag in Heidelberg, „Was sollen unsere Knaben und Mädchen durch den Krieg lernen – ein Mahnwort an unsere Jugend“, „Das eiserne Jahr 1914 – Ein Büchlein für Kinder“ oder „Deutschland, Deutschland über alles: ein Weihnachtsbüchlein für die deutsche Jugend im Jahre des großen Krieges“.

Die Bilder von den ersten Tagen und Wochen des Krieges sind gerade in den Großstädten unvollständig, wenn nicht von den augenblicklichen sozialen Folgen des Kriegsbeginns auf erhebliche Teile der arbeitenden Klassen die Rede ist. Trotz der Masse der Eingezogenen breitete sich in Hamburg, wo Tausende vom funktionierenden, nun aber blockierten Hafenbetrieb abhängig waren, Arbeitslosigkeit aus. Zudem waren Produktionsbetriebe lahmgelegt, die importierte Rohstoffe oder Halbfertigfabrikate verarbeiteten oder ihrerseits für den Export herstellten und deren Waren über See ausgeführt wurden. Für dort Beschäftigte gehörte zum „Augusterlebnis“ der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

junge Welt, Freitag, 01.08.2014, S. 10.

Gesucht – gefunden

Als sie nach fotografischen Zeugnissen aus dem Ersten Weltkrieg fahndeten, die sie für eine Dokumentarfilmserie verwenden wollten, die inzwischen Fernsehsender in ihre Programme aufgenommen haben, machten Gunnar und Florian Dedio eine Entdeckung: Sie stießen im Kulturhistorischen Museum Rostock auf einen Bestand fotografischer Glasplatten zu ihrem Arbeitsthema. Der sie hinterlassen hatte, war August Fuhrmann (1844-1925) ein ebenso wie sein Werk weithin vergessener Fotograf, ein Pionier auf diesem damals noch jungfräulichen Feld, ein Mann, für den sich Lieblingsarbeit und Geschäft eng miteinander verbanden. Er erreichte zu Lebzeiten mehr als nur einen hohen Bekanntheitsgrad, drang er doch mit seinen Gerätschaften bis zu Wilhelm II. und Papst Leo vor, auch bis in deren Privatgemächer.

Nun haben die Filmemacher ihrem ursprünglichen Vorhaben ein Buch angeschlossen und die Zahl der Bild-Text-Bände, die das 100-Jahr-Gedenken auf den Markt brachte, um einen weiteren vermehrt. Der Band präsentiert eine Auswahl des Gefundenen, ergänzt, weil sie sich nicht auf die deutsche Sicht beschränken wollten, durch Fotografien, die jenseits der Reichsgrenzen entstanden. Ihr Material ordneten die Autoren acht Kapiteln zu, die mit „Die Welt vor dem Krieg“ einsetzen und mit „Das Ende“ schließen. Die Autoren haben die Bilder nicht nur durch knappe Kommentare gleichsam aufgeschlossen, sondern ihnen auch schriftliche Dokumente beigegeben. Die könnten, meinen sie, die emotionale Wirkung des Gesehenen verstärken. Da werden „Namenlose“ ebenso zitiert wie Ernst Toller und Joachim Ringelnatz, Menschen mit Berufen wie denen des Kriegsberichterstatters, Journalisten, Arztes, der Krankenschwester, aber auch ein Generaloberst und ein Reichskanzler. Die Deklarierung der Texte als Tagebuchauszüge trifft für einen Teil nicht zu, so nicht auf des Kaisers Erklärung über seinen Thronverzicht, mit der und dessen Bild der Band merkwürdigerweise schließt.

Mit diesem Angebot laden die Autoren – ähnlich geschwollene Formulierungen kommen ihnen mehrfach aus der Feder – zu einer „Zeitreise in die Herzen und Köpfe unserer Vorfahren“ ein. Da werden die Leiden des Krieges unter- und das Vorstellungsvermögen der Heutigen überschätzt. Gewiss, Kriegsursachen und -ziele ließen sich nicht wie – so zwei Abschnitte – „Kriegsalltag“ und „Kriegsgräuel“ fotografieren. Auf derlei Grenzen fotografischer Zeugnisse hätte sich verweisen, auf ersatzweise Feststellungen wie die, wonach der Krieg „ohne Leidenschaften“ nicht möglich gewesen wäre, verzichten lassen.

Gunnar Dedio/Florian Dedio: „14 – Tagebücher des Ersten Weltkriegs. Farbfotografien und Aufzeichnungen aus einer Welt im Untergang“, Bucher Verlag, 319 S., 36,99 Euro.

Ossietzky, 16/2014, 2. August 2014.

Warnung und Lockung

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges lag noch in der Ferne, als Vorausblickende feststellten, es werde angesichts der vielen Forschungen, die dem Ereignis in den letzten Jahrzehnten galten, schwer sein, in der Sache etwas Neues zu sagen oder zu schreiben. Das wollten zum wenigsten Historiker auf sich sitzen lassen. Aus ihrer Zunft sind Neugierige bisher schon mit der Entdeckung von „Schlafwandlern“ überrascht oder der Behauptung verdutzt worden, die sozialdemokratische Führung hätte 1914 vieles falsch gemacht, aber jedenfalls keinen Verrat begangen.

Schwieriger noch als Historiker sahen sich Museologen durch das herannahende Datum herausgefordert. Was sie in Küche und Kellern aufbewahren und pflegen, hatten sie bei früheren „Jubiläen“ Besuchern schon gezeigt. Unentdecktes war schwer zu erlangen. Kriegsbriefe, geschrieben in Gräben und Unterständen oder an heimischen Tischen, entdeckt von Ur- und Ururenkeln, erhielten sie in letzter Zeit mehrfach. Doch lesen die sich besser in der Ruhe heimischer Wände oder einem Bibliothekssaal. Blieb eine neue Zusammenstellung, also Mischung, von schon Gezeigtem, wodurch sich ungewöhnliche Einblicke und Perspektiven eröffnen lassen.

Von derlei Anstrengungen wird auch aus dem Haus der Geschichte in Stuttgart berichtet. Deren Resultat wird unter dem Titel: „Fastnacht der Hölle – Der Erste Weltkrieg und die Sinne“ angekündigt. Darauf, sich den Bezug auf den Karneval bei Ernst Jünger zu leihen, ist die Leiterin des Museums gekommen. Sie hat, bevor sich die Türen zur Schau öffnen, die *„Stuttgarter Zeitung“*. Ausgabe vom 6. März 2014 über ihr Anliegen so beschieden: „Die Schau zielt auf die Sinneseindrücke ab, sie will den Krieg fühlbar machen, seinen Geschmack und seinen Geruch veranschaulichen.“ Das lässt sich kopfschüttelnd abtun, aber auch als mehrfache Warnung, wenn nicht Abschreckung lesen. Zunächst gerichtet an alle, die sich von ihrer Beschäftigung mit der Vergangenheit Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen versprechen, die fortexistieren oder -dauern. Doch auch wem es an Neugier fehlt, wie Geruch sich veranschaulichen lässt, kann sich den Weg zur Schau sparen. Das sollten auch alle tun, denen sich schon beim bloßen Geruch von Steckrüben der Magen umdreht. Und vollends gilt es für jene, die absehen, dass sie den Gestank nicht vertragen können, der nach den sinnlosen Angriffen, in welche die Soldaten beider Seiten befohlen wurden, von den Leichen ausging, die zwischen den Stellungen unbegraben lagen, weil deren Bergung sich mit Todesgefahr verband. Die Warnung wurde die Lockung übrigens nachgereicht. Vor Monaten schon war in der Presse zu lesen, Besucher könnten an eben jenem Zwieback knabbern, der nach dem Rezept hergestellt sein werde, das für die Soldatenverpflegung mit dem Dauergebäck damals verwendet wurde.

Dann: Auf ihr Schwaben! An die Front! Mit wachen Sinnen und zu den Ratten, die an den Leichen eurer Vorväter „knabberten“.

Ossietzky, 17/2014, 16. August 2014, S. 566-567.

Die letzte Alternative

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag unterzeichnet

Als Berliner Agenturen die Nachricht verbreiteten, Außenminister Joachim von Ribbentrop werde einer Einladung nach Moskau folgen und dort einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag unterzeichnen, hatte Europa eine Sensation und mehr als das. Wer hatte sich bis dahin vorstellen können, dass ein deutscher Regierungspolitiker dieses Staates und dieses Ranges auch nur sowjetischen Boden betreten würde. Allenfalls ein paar optimistische Antikommunisten, die ihn sich in ihren Wunschvorstellungen an der Seite des „Führers“ auf Napoleons Spuren zu denken vermochten, im eroberten Moskau den Kreml und seine Schätze besichtigend. Aber als Gast? Einen Mann, der einer Politikergruppe führend angehörte, die im Bolschewismus, der mal als marxistisch, mal als jüdisch bezeichnet wurde, alle Quellen des Unheils auf dem Erdball erblickte und wieder und wieder zur gemeinsamen Abwehr dieser angeblichen Weltgefahr aufforderte? Einen Abgesandten jenes Führers, der beginnend mit seinem Buch „Mein Kampf“ und von da an ohne Unterlass, vor allem auf den alljährlichen Parteitagen der NSDAP, verleumderische, hasserfüllte Reden an Moskau gerichtet und erklärt hatte, einzig mit diesem Staat wolle er keine Beziehungen herstellen? Perfekt aber machten die Sensation erst der Zeitpunkt der Reise und der politische Hintergrund, vor dem sie angetreten wurde.

Die Europäer lebten in einer Vorkriegskrise, verursacht und unausgesetzt verschärft durch die Machthaber des faschistischen Deutschlands, das das Nachbarland Polen zuerst mit Ultimaten herausforderte und dann offen mit Krieg bedrohte. Im Reich waren die Vorbereitungen für den Überfall in vollem Gange, wenn auf sie auch viele der sogenannten Volksgenossen mit dem Glauben reagierten, Hitler werde die Entwicklung wie im Jahr zuvor am Rande des Krieges entlang und auch dort zu seinen Zielen steuern. Das war ein Köhlerglaube. Der Oberste Feldherr hatte seinen Generalen schon Monate zuvor erklärt, eine Wiederholung der Abläufe gegen die Tschechoslowakei werde es nicht geben, sondern es werde diesmal zum Kriege kommen. Und je früher das geschehe, um so gewisser seien die Erfolge der Wehrmacht. Der Spätsommer 1939 sei der zu bevorzugende Termin für den Beginn des Angriffs. Die Generale wussten aus dem Munde des Führers auch, dass es nicht, wie die Propaganda behauptete, um „Danzig“ und einen unkontrollierten Landzugang nach Ostpreußen gehe, sondern um Eroberungen, die zu Lebensfragen der deutschen Nation erhoben und verfälscht worden waren.

Schon die Nachricht vom bevorstehenden Vertragsabschluss zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR hatte zweierlei klargemacht. Die sich seit Monaten hinziehenden, ergebnislos verlaufenden Verhandlungen zwischen den Militärdelegationen Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion mussten als gescheitert gelten. Die Regierungen der beiden Westmächte hatten trotz des durch Deutschlands Kriegsvorbereitungen ausgeübten Zeitdrucks nichts unternommen, um dem Aggressor auch nur ein abschreckendes Signal entgegenzusetzen. Das hätte nur darin bestehen können, dass Deutschland für den Fall des Angriffs auf Polen die sofortige Auslösung des Kriegszustands durch die drei europäischen Großmächte angekündigt worden wäre.

Und – zweitens – war unbezweifelbar, dass sich die deutsche Führung dazu entschlossen hatte, auf einen Angriff gegen Polen und dessen Unterwerfung nicht die Ausweitung des Krieges gegen die UdSSR folgen zu lassen. Sie hatte die Reihenfolge ihrer Eroberungszüge in Europa erkennbar anders bestimmt, denn es ergab keinen Sinn, zwei oder drei Wochen vor einer militärischen Auseinandersetzung – nach Ablauf dieser Frist würde die Wehrmacht allen Berechnungen zufolge an der sowjetischen Grenze stehen – mit dem zu überfallenden Staat einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Schon dessen Ankündigung machte die Situation überschaubarer, weil einfacher, aber sie bot keinerlei Grund für eine Beruhigung oder gar für Hoffnungen auf eine Verminderung der Kriegsgefahr.

Das Sankt-Florians-Prinzip

Seit in Deutschland die Faschisten an der Staatsmacht waren, mit ihnen die aggressivste Fraktion der Imperialisten und Revanchisten, und in Europa zwei in der Achse Berlin-Rom verbündete, auf kriegerische Eroberungen ausgehende Staaten existierten, hatte sich auf dem Kontinent eine Anzahl von

Entwicklungsmöglichkeiten abgezeichnet. Die für seine Bewohner zuträglichste bestand darin, der Bedrohung eine Abschreckungs- und Abwehrfront entgegenzusetzen, in einem geläufigen Bilde ausgedrückt, dem Fuchs die Trauben so hoch zu hängen, wie sie der Fuchs in Äsops Fabel vorgefunden hatte. Diese Front brauchte ein Gerüst. Das konnten am ehesten die drei nichtaggressiven Staaten Frankreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion abgeben, die auch über die stärksten militärischen Kräfte geboten.

Die zweite Möglichkeit bestand darin, die beiden auf Krieg und Landraub ausgehenden faschistischen Mächte bei ihren Hochrüstungen gewähren zu lassen und darauf zu vertrauen, dass sich ihr Aggressionspotential eines Tages nicht vor der eigenen Tür oder im eigenen Lande, sondern am besten fernab von dessen Grenzen entladen werde. Also, um es noch einmal in einem gebräuchlichen Bild auszudrücken, auf das St.-Florians-Prinzip zu vertrauen, das sich in der Bitte an den Heiligen ausdrückt, das eigene Haus zu verschonen und das anderer anzuzünden. Dieses Verhalten ist stark risikobehaftet, denn der Bittsteller weiß nicht, wie sich Florian und, um in die Geschichte zurückzukehren, wie sich Hitler und Mussolini entscheiden werden. Tatsächlich aber verhielt sich eine ganze Anzahl europäischer Klein- und Mittelstaaten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre genauso. Wenige Jahre später waren sie in Besatzungszonen der deutschen und italienischen Eroberer verwandelt.

Die dritte Möglichkeit lässt sich als eine Abwandlung des St.-Florians-Prinzips bezeichnen. Die sie praktizierten, verlegten sich nicht nur aufs fromme Bitten und Hoffen, sondern suchten das Unheil durch Gaben und Spenden abzuwenden, nicht auf Altären, sondern direkt an jene, von denen es zu fürchten war, um diese so dazu zu bewegen, ein Haus weiter zu ziehen. Das war die Politik, für die sich zuerst, und dann mit Werbeerfolg, herrschende Kreise Großbritanniens entschieden. Ihr erstes Geschenk bestand im Abschluss des sogenannten Flottenvertrages im Juni 1935, der ein weitgehender und einseitiger Widerruf der Bestimmungen von Versailles gegen den Verlierer des Ersten Weltkriegs war und dem Deutschen Reich eine maritime Rüstung zugestand, welche die Leistungsfähigkeit von dessen Werften auf Jahre hinaus überstieg.

Dieses Abkommen war ein prompter Sabotageakt an der im Monat zuvor zustande gekommenen politischen Annäherung Frankreichs, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Sie richtete sich darauf, dass die Tschechoslowakei sich gegenüber jeder Aggression behaupten können solle, bot aber eine ausbaufähige Grundlage für weitergehende, vor allem die militärischen Kräfte eng verbindende defensive Vereinbarungen. Alle sowjetischen Bemühungen zur Fortführung dieser Politik der kollektiven Sicherheit erwiesen sich jedoch als vergeblich, als die französische Regierung im Schlepptau Großbritanniens die Wendung hin zur Politik des Münchner Abkommens vom September 1938 unternahm. Deren Opfer wurde eben jener Staat, den die Maiverträge von 1935 hatten schützen wollen.

Antisowjetische Kalküle

Schon in dieses Konzept der Befriedigung des Aggressors durch Zugeständnisse spielte nicht nur das Kalkül des Zeitgewinns, sondern es spielte auch Spekulationen und Hoffnungen hinein, es werde sich der Expansionsdrang des deutschen Aggressors nach Osteuropa, gegen die Sowjetunion entladen. Die Münchner Politik, und das war keines ihrer bloßen Nebenergebnisse, hatte die UdSSR, die seit 1933 unter dem Außenminister Maxim Litwinow gleichsam nach Europa zurückgekehrt war, nicht nur erneut vom Tische politischer Beratungen und Entscheidungen verwiesen, sondern sie gleichzeitig isoliert.

Diese Erfahrung hielt die Sowjetunion indessen nicht davon ab, nach dem Scheitern der Appeasement-Politiker, augenfällig geworden durch den Einmarsch der Wehrmacht am 15. März 1939 in Prag und die Liquidierung der Tschechoslowakei, augenblicklich noch einmal eine Reanimierung der Politik der kollektiven Sicherheit zu versuchen. Das hatte nicht weiter als bis zu den erwähnten Verhandlungen mit den Militärdelegationen aus Paris und London geführt. Sie boten, je länger sie sich hinzogen, umso weniger Aussicht, den Frieden noch zu behaupten bzw. dem Aggressor mit überlegenen Kräften entschlossen entgegenzutreten und ihn in einem kurzen Krieg zu bezwingen.

Die Bilanz der Sowjetunion las sich im Sommer 1939 so: Ihre Mittel zur Schaffung einer den Frieden sichernden europäischen Koalition hatten sich erschöpft, mit ihrem Projekt war sie in mehreren Anläufen gescheitert, und sie fand sich gleichzeitig isoliert. In diese Lage hatte nicht sie sich gebracht, dahin war sie infolge der Politik kapitalistischer Staaten gebracht worden, woran die Großmächte in Westeuropa den hauptsächlichen, aber nicht den alleinigen Anteil besaßen. Auch Polen hatte daran mehr als eine Aktie.

Das war der Moment, in dem die Führung des Deutschen Reiches, die das Stottern und Stolpern der Militärverhandlungen verfolgt hatte, in Moskau nicht nur ihr Interesse an verbesserten Wirtschaftsbeziehungen bekundete, sondern auch zu erkennen gab, dass sie einen Wechsel der politischen Beziehungen beider Länder erstrebe. Je länger der Kreml auf dieses Ansinnen einer bestimmten politischen Antwort auswich oder sich ihr verweigerte, umso drängender wurden die mündlich und schriftlich vorgetragenen Initiativen der deutschen Diplomatie, in die mit einer Botschaft schließlich auch Hitler eingriff.

Nutzen und Nachteil

Die letzte Alternative der sowjetischen Außenpolitik war im Grunde keine mehr. Denn sie bestand darin, sich aus eigenem Entschluss jeder politisch-diplomatischen Einflussnahme auf die Geschehnisse am Vorabend des Krieges zu verweigern und den Dingen ihren Lauf zu lassen oder auf die deutsche Offerte einzugehen. Tertium non datur. Abzuwägen waren Nutzen und Nachteil der Annahme des deutschen Vorschlags. Die Interessen der faschistischen Machthaber lagen zutage: 1. Sie konnten hoffen, dass dieser Abschluss ihnen den Weg in einen separaten Krieg mit Polen eröffnete, weil er in Großbritannien und Frankreich Kräfte stärken würde, die sich fragten, ob es lohne, „für Polen zu sterben“. 2. Sie konnten sich mit der Stabilisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen einen wirtschaftlichen Vorteil errechnen, zumal, wenn der Krieg sich gegen Frankreich und Großbritannien ausweitete, Handelsverbindungen in erheblicher Zahl unterbrochen werden würden. Dann mussten die mit der UdSSR zusätzlich an Gewicht gewinnen und ebenso die über deren Territorium verlaufenden Transitwege aus fernen asiatischen Staaten. 3. Sie könnten den Vertrag propagandistisch ausbeuten und als Beweis dafür ausgeben, dass sich „der Führer“ nicht, wie 1914 das Kaiserreich, blindlings in einen Zweifrontenkrieg gestürzt habe, sondern ihn zu verhindern wusste. Denn mit einem Widerstand der polnischen Armee wurde allseits nicht über einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen hinaus gerechnet.

Und die eigene Bilanz des Kremls sah so aus: 1. Mit dem Vertrag waren die Aussichten auf eine verlängerte Friedensphase, die das Land am nötigsten brauchte, gewachsen. Wie viele Monate oder Jahre sie umfassen würde, war offen und hing vom Verlauf des Krieges ab, der auf den Schlachtfeldern Westeuropas ausgetragen werden würde. Scheiterten die Faschisten dort, oder wurden sie nachhaltig geschwächt, konnte das bedeuten, dass die Sowjetunion auf längere Zeit von einer kriegerischen Bedrohung befreit wäre. Gewiss war nur, dass kein noch so großer Erfolg der deutschen Eroberer im Westen sie von dem Plan abbringen würde, ein großes Kolonialreich im Osten des Kontinents zu errichten. 2. Der bevorstehende Krieg würde nicht ohne Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der UdSSR bleiben. Dies wiederum musste Folgen auch für ihre Verteidigungsindustrie haben. Daraus erwuchs Moskau ein zusätzliches Interesse am Wirtschaftsaustausch mit dem Deutschen Reich, der nun freilich und unvermeidlich auch dem Partner und dessen Kriegsabsichten diente. 3. Es ließ sich durch den Vertragsabschluss ein regelmäßiger Kontakt nach Berlin herstellen. Angesichts des Interesses der deutschen Machthaber an einer rasch vollzogenen Übereinkunft ergab sich so die Chance, ihnen mit diesem Schritt Zugeständnisse abzuhandeln.

Das Abkommen vom 23. August 1939 war nicht Resultat einer im Kreml ausgeheckten Strategie, sondern geradezu das Gegenteil dessen, was die Außenpolitiker und Diplomaten sich zum Ziel ihrer Politik gesetzt hatten, nämlich die Aggressoren in die Schranken zu verweisen. Diese Arbeit hatte unter Litwinow ganz dem Geist entsprochen, den zu Lenins Zeiten das Dekret über den Frieden atmete. Das hat Antikommunisten verschiedenster Couleur schon beim Vertragsabschluss, dann aber verstärkt seit dem Beginn des Kalten Krieges nicht gehindert, gerade dieses Abkommen, als Hitler-Stalin-Pakt

markiert, zum Komplott zweier Diktatoren zu erklären, von denen der eine den Krieg gewollt und der andere ihm dafür grünes Licht gegeben habe. Verantwortung und Schuld werden so für den Zweiten Weltkrieg auf die „totalitären Regimes“ verteilt, und es wird ein verlogenes Geschichtsbild geliefert, mit dem das ungestillte Bedürfnis nach antikommunistischen Argumenten befriedigt werden kann. Eine der dreistesten Fälschungen dieses Typs verbreitet das Deutsche Historische Museum Berlin im Internet. Die Tatsachen auf den Kopf stellend wird geschrieben: „Mit der Unterzeichnung waren die britisch-französischen Bestrebungen, die Sowjetunion in eine ‚Große Allianz‘ gegen das nationalsozialistische Deutschland einzubinden, gescheitert.“ München, wohin sich die Ministerpräsidenten aus London und Paris in persona begeben hatten und unter absichtsvollem Ausschluss der UdSSR den Pakt mit Hitler und Mussolini schlossen, hatte es demnach nie gegeben. Dann folgt die Erfindung, der Vertrag von Moskau habe Hitler den „Überfall auf Polen ermöglicht“, einen Schritt, den Hitler bei keinem seiner Vorträge vor den Militärs von irgendeiner Haltung der Sowjetunion oder auch der Westmächte abhängig gemacht hatte. Mit Bezug auf den 23. August verfechten die Schreiberlinge des Museums die These vom „nun beschlossenen Krieg“ gegen Polen.

Die Vorkämpfer der antikommunistischen Ausplünderung des Moskauer Vertrages haben vor Jahren schon den Plan gefasst, diesen 23. August zu einem Gedenktag für die Opfer von „Stalinismus und Nationalsozialismus“ zu machen, der europaweit begangen werden sollte. Der spätere Bundespräsident Joachim Gauck zählte 2008 gemeinsam mit dem Tschechen Václav Havel und vielen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu den Hebammen bei dieser Entbindung, die sich jedoch als eine Fehlgeburt erweisen sollte. Nicht immer und überall gehen Spekulationen auf der Grundlage von geschichtlichem Unwissen auf. Denn der Versuch, die Vertragsunterzeichnung, mit der die Sowjetunion in einer unverschuldeten Zwangslage den ihr verbliebenen Weg zur Erhaltung des Friedens für eine unbekannte Zeitdauer, und nur für ihre eigenen Bürger ging, in eine Teufelei zu verfälschen, hat weithin doch nicht verfangen können. Es wird an diesem 23. August 2014 – unterschrieben wurde übrigens erst kurz nach Mitternacht, also am Tag des 24. Augusts – wie an jedem Sommerwochenende hierzulande eine Vielzahl von Veranstaltungen geben, Events, Konzerte und in der Berliner Waldbühne wieder eine Aufführung der „Zauberflöte“. Und die sich zum Besuch entschließen, werden da auch Taminos Klage hören „So ist denn alles Heuchelei!“, eine Wendung, die sich auch auf die aktuellen Interpretationen münzen ließe, die dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag gelten, der vor einem Dreivierteljahrhundert geschlossen wurde.

Das „Zusatzprotokoll“

Als Ribbentrop und seine Begleitung Moskau verließen, in Königsberg, dort schon von der Naziprominenz gefeiert, einen Zwischenstopp einlegten und dann nach Berlin gelangten, führten sie ein zweites diplomatisches Papier im Gepäck mit. Es trug die Überschrift „Zusatzprotokoll“, und mit dieser Bezeichnung wird es bis zum heutigen Tag in der Geschichtsschreibung bedacht. Dabei ist sie mehr irreführend als kennzeichnend. Das Schriftstück enthielt keine zusätzlichen oder konkretisierenden Erklärungen zum Nichtangriffsvertrag, sondern stellte vielmehr eine eigene Abmachung dar, weit über ein übliches Abkommen dieses Typs hinausgehend. Es grenzte die osteuropäischen Interessensphären der Unterzeichner voneinander ab, die sich deren gegenseitiger Respektierung versicherten. Es sah für den bevorstehenden „Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“ – im gemiedenen Klartext also für den „Fall“ – dass das Deutsche Reich Polen überfiel, bekriegte, besiegte und besetzte, vor, dass deutsche Truppen dann nicht dessen gesamtes Territorium okkupierten, sondern dessen Ostteil der Sowjetunion überließen. Das betraf jenes von Polen, Belorussen, Ukrainern und Juden bewohnte, einst zum Zarenreich gehörende Gebiet, das im Wesentlichen jenem glich, auf das der junge Sowjetstaat im Frieden von Riga 1921 aufgrund seiner militärischen Schwäche hatte verzichten müssen. Es verstand sich, dass die Geheimhaltung dieses Papiers vereinbart worden war.

Denn: Über Inhalt und Konsequenzen dieses Vertrages konnte es keine Zweifel geben. Die deutschen Eroberer würden das von ihnen eroberte polnische Gebiet nicht anders behandeln als die böhmischen und mährischen Lande der einstigen Tschechoslowakei, die sie demagogisch zu ihrem Protektorat erklärt hatten, in Wahrheit aber doch als eine Art von Kolonie betrachteten. Die im weiteren Text

gegebene Ankündigung: „Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden“, fällt unter die Kategorie diplomatische Kosmetik. So hatten dem Geiste nach auch die kapitalistischen Kolonialmächte über Millionen Menschen in Afrika und Asien entschieden.

Das „Zusatzprotokoll“ war eine Abmachung über die Teilung Polens, mit der Besonderheit, dass sie nicht nach einem gemeinsam gegen den Staat geführten Krieg erfolgen würde. Der kriegerische Eröffnungszug lag beim Deutschen Reich. Erfolgte der und verlief, wie zu erwarten, trat die Sowjetunion in Aktion. Das erste geschah am 1. September 1939, das zweite folgte am 17. Tage des deutschen Eroberungszuges. Sowjetische Truppen überschritten die Ostgrenze Polens. Dieser Akt bedeutete nicht nur einen klaren Völkerrechtsbruch, er stand nicht nur im Widerspruch zu allen Erwartungen, welche Millionen Menschen weltweit in dieses Land als Gegner der faschistischen Mächte gesetzt hatten – ihm haftete auch ein Geruch von Leichenfledderei an. Wer die Fotografien von den Begegnungen deutscher und sowjetischer Offiziere auf polnischem Boden sah, die sich über Verlauf und Einhaltung der vereinbarten Demarkationslinie verständigten, mochte seinen Augen nicht trauen. Und es war dieser Schritt von keiner der beiden Seiten unter Zwang gegangen worden, etwa deshalb, um damit eine unerlässliche Voraussetzung für den Erhalt des Nichtangriffsvertrages herzustellen. Das beiderseitige Interesse an dem Abkommen war in diesem Moment europäischer Entwicklungen und ungeachtet der im Ganzen entgegengesetzten Politik und Pläne vom Deutschen Reich und UdSSR stark genug, den Abschluss zu bewirken. Jedenfalls hätte der Kreml ihn angesichts des dringenden Interesses der deutschen Machthaber, die sich von ihm einen separaten Krieg gegen Polen versprachen, auch ohne die Entgegennahme dieses ausgehandelten Danaergeschenks erhalten können. Seine Machthaber mögen sich von der Vereinbarung der Interessengrenze den Vorteil versprochen haben, sich den nach wie vor ungeliebten Nachbarn, der ihnen nun bald so nahe rücken würde, dass sie eine gemeinsame Landgrenze besaßen, ein wenig ferner gehalten zu haben. Dass ihnen und der UdSSR daraus ein Gewinn erwuchs, lässt sich bestreiten.

junge Welt, Sonnabend, 23.08.2014, S. 10.

„Alles ist abwartend“

Die Stimmung der deutschen Bevölkerung zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und ihr Verhältnis zu den Machthabern

„Wir stehen schwereren Aufgaben gegenüber als andere Staaten und andere Länder: Zu viele Menschen auf einem zu kleinen Lebensraum, es mangelt an Rohstoffen, mangelt an Anbaufläche, und trotzdem: Ist Deutschland nicht schön? Ist Deutschland nicht trotzdem wunderbar? Lebt unser Volk nicht trotzdem so anständig? Mögen Sie alle mit irgendetwas anderem tauschen?“ Die Fragen hatte Hitler im Oktober 1937 an die Bauernmassen beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln gerichtet und, wie zuvor verabredet, antworteten ihm aus der Menge damals Tausende mit dem Ruf „Niemals!“ Die dort Zusammengebrachten hatten dann auch sowohl ein Friedensbekenntnis als auch eine Drohung gehört: „Wir haben keine Lust, mit irgendjemandem Händel anzufangen. Aber es soll auch jeder wissen: Den Garten, den wir uns bestellt haben, den ernten wir auch allein ab, und niemand soll sich einbilden, jemals in diesen Garten einbrechen zu können! Das können sich die internationalen jüdischen Bolschewistenverbrecher gesagt sein lassen: Wo immer sie auch hingehen – an der deutschen Grenze stoßen sie auf ein eisernes Stopp.“ Nur zwei Jahre später trat an die Stelle der Devise „Deutschland arbeitet“ eine andere: „Deutschland kämpft“.

Am Morgen des 1. September 1939 gab es für all jene ein bitteres Erwachen, die geglaubt hatten, der „Führer“ werde mit seiner Außenpolitik wieder wie im Jahr zuvor am Rande des Krieges entlangsteuern und ein „zweites München“ erreichen. An beruhigenden Erklärungen, mit denen diese Stimmung gestützt wurde, hatte es nicht gefehlt. Eine gab der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, am 10. August 1939 in einer Ansprache vor Rüstungsarbeiten ab, als er ihnen sagte, „dass der Führer niemals das Leben des deutschen Menschen leichtfertig aufs Spiel setzen“ werde.

Nun war Krieg. Angeblich mussten die Deutschen in Polen, wie schon von denen in der Tschechoslowakei 1938 behauptet worden war, vor der Ausrottung gerettet und die Danziger „heim ins Reich“ geholt werden. Zwei Tage später gingen in Berlin die Kriegserklärungen aus London und Paris ein, womit Hoffnungen auf einen kurzen, begrenzten Waffengang eigentlich zerrinnen mussten. Dennoch waren viele Deutsche nicht bereit, sich der Tatsache zu stellen, dass eine militärische Auseinandersetzung begonnen hatte, die in den Zweiten Weltkrieg münden würde und bis zum vollständigen Sieg der einen oder anderen Seite ausgefochten und ertragen werden musste. Und die deutsche Propaganda half bis in die Sprachregelungen hinein, von dieser Perspektive zunächst abzulenken. Der Gebrauch des Wortes „Krieg“ wurde vermieden und stattdessen von einer „Auseinandersetzung“, einem „Kampf“ oder davon gesprochen, dass nun „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt würde. Die Vokabel „Krieg“ tauchte zunächst nur bei Erwähnung der Gegner auf, die ihn angeblich gewollt hatten und bei denen es „Kriegsinteressenten“ und „Kriegshetzer“ gab.

Millionen waren an diesem ersten Septembertag geistig und mental gleichsam überrumpelt, manche bis zur Erstarrung. Freilich: nicht ohne eigenes Verschulden. Vielerorts hatten sich in den Augusttagen die auf den Beginn des Feldzugs gerichteten Mobilisierungen durch Augenschein wahrnehmen lassen. „Reservisten mit Rucksack und Papierkarton drängen sich in den Straßen, auf den Bahnsteigen, in den Wartesälen.“ Und: „Die Truppen rollen gen Osten.“ So lauten Tagebucheintragungen der Schriftstellerin und Journalistin Ruth Andreas-Friedrich, die sich später einer Widerstandsgruppe anschloss.

Selbst ein nur flüchtiger Blick in die im Deutschen Reich erscheinenden Zeitungen hatte schon Wochen vor dem Ausbruch der Vorkriegskrise erkennen lassen, dass die Forderungen an den polnischen Nachbarn ständig erweitert und provokatorischer wurden. Stammtischrunden erörterten, ob die Westmächte die Durchsetzung von Ansprüchen an den östlichen Nachbarn hinnehmen würden oder, geschähe das nicht, ob Deutschland sich dann mit Russland verbünden werde oder ob das die Westmächte tun würden. Das Fazit aller Beobachtungen des als Jude verfolgten Romanisten Victor Klemperer, der mit seiner „arischen“ Frau in Dresden lebte, hatte im Juni 1939 und auch später noch gelautet: „Aber das Volk glaubt wirklich an Frieden. Er (gemeint ist Hitler; K.P.) wird Polen nehmen

(oder aufteilen), die ‚Demokratien' werden nicht einzugreifen wagen." Diese Vorhersage sollte sich als Irrtum erweisen.

Kein Hurrageschrei

In den letzten Augusttagen wuchsen Unsicherheit und Unbehagen in der Bevölkerung erkennbar. Zu den Beobachtungen des US-amerikanischen Schriftstellers und Journalisten William L. Shirer, der seit 1934 in Berlin lebte, gehörte, dass das deutsche Volk „noch nicht wirksam auf einen Krieg vorbereitet worden" sei und sich „unter den Massen keinerlei Kriegsbegeisterung registrieren" lasse. Am 27. August, einem Sonntag, wurde morgens durch Rundfunk und alle Zeitungen die Einführung der Rationierung von Nahrungsmitteln und weiteren Waren des täglichen Bedarfs bekanntgemacht. Zu diesen Lebensmitteln gehörten Milch und Milcherzeugnisse, Öle und Fette, Fleisch und Fleischwaren, sogenannte Nährmittel, Zucker und Marmelade sowie Seife, andere Waschmittel und weitere Gebrauchsartikel. Zudem wurde über die Bezugsscheinpflichtigkeit von Textilien, Schuhen und Leder informiert. Diese Meldungen versah der Landwirtschaftsminister und Reichsbauernführer Richard Walther Darré mit der beruhigenden Erklärung: „Auf ernährungspolitischem Gebiet kann sich die Situation während des Weltkrieges nicht wiederholen." Die Bezugnahme auf den Hunger und das Verhungern im Ersten Weltkrieg, als „Situation" umschrieben, verdeutlichte, dass in der älteren Generation die Erinnerung an die Leiden und das Sterben nicht verlorengegangen war, die erst gut 20 Jahre zurücklagen. Tags darauf notierte Shirer in sein Tagebuch: „Der Durchschnittsdeutsche macht heute einen entmutigten Eindruck." Einen weiteren Tag später bekamen die Stuttgarter einen Vorgeschmack davon, was ihnen als Kriegsdisziplin abgefordert werden würde. Es wurde mitgeteilt, in der Stadt seien zwei Verkäuferinnen in „Schutzhaft" genommen worden, weil sie versucht hatten, rationierte Waren beiseite zu schaffen.

Dann war der Schritt der deutschen Machthaber über die Schwelle des Krieges erfolgt, und der war bei der Bevölkerungsmehrheit unpopulär. Gegründet in den Erfahrungen der Jahre von 1914 bis 1918 saß der Wunsch nach Frieden tief, und von den ersten Stunden des neuen Krieges an wurde der mit dem voraufgegangenen verglichen. Die Ablehnung des Krieges und die verbreitete Furcht, er könne wieder Jahre dauern, waren den Faschisten an der Staatsspitze bewusst. Auch bei einem Blick aus den Fenstern der Reichskanzlei auf den Wilhelmplatz wurde am 3. September die Aversion der Bevölkerung deutlich. Dort hatten sich am 3. September 1939 nur etwa 250 Personen um Lautsprecher versammelt und hörten die Mitteilung von Großbritanniens Kriegserklärung. „Nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in den Weltkrieg geführt hat." So wieder der Augenzeuge William L. Shirer, der diese Beobachtungen mit Berichten vom August 1914 verglich, mit Tagen, in denen in Deutschland nach einem Wort Kurt Tucholskys eine „Gassenbesoffenheit" ausgebrochen war: „Heute: keine Begeisterung, kein Hurrageschrei, keine Hochrufe, kein Blumenstreuen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie. Nicht einmal Hass auf Franzosen und Briten ..." Und auch die Analyse aufgrund der Informationen, die von Sozialdemokraten aus Deutschland stammten, in Paris zu den SOPADE-Berichten zusammengefasst, besagten, dass bei weitem nicht alle „verrückt" wären. „O nein, Begeisterung gibt es überhaupt nirgends." Auch ganz unterschiedlich gesonnene britische Besucher Deutschlands hatten die verbreitete Ablehnung des Krieges festgestellt.

Polizei erstickt kleinste Proteste

In dieser Situation griff die Propaganda zu der 1914 von der kaiserlichen Regierung benutzten Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg". Besonderer Wert wurde auf die Beteuerung gelegt: „Der Führer hat diesen Krieg nicht gewollt". Englands angeblich von Juden gelenkte Regierung wurde, unter Aussparung des französischen Gegners, als der alleinige Kriegsinteressent hingestellt. Angewidert nahm die Minderheit der Deutschen, die sich ein eigenes Urteil bewahrt hatte, die permanenten Unschuldsbeteuerungen der Nazipropaganda zur Kenntnis. Diese Stimmungsmache besaß freilich einen Nachteil. Es war ihr – nolens volens – ein Bedauern über den verlorenen Frieden beigemischt, eine Stimmung, die, jedenfalls wenn sie dauerte, dem Ziel der Machthaber nicht förderlich sein konnte, die Bevölkerung zu äußersten Anstrengungen zu mobilisieren.

Doch es ließ sich darauf vertrauen, dass militärische Siege, zumal wenn sie gegen den hoffnungslos unterlegenen polnischen Gegner ohne große eigene Opfer erreicht waren, die Stimmung wandeln würden und auch eine Gewöhnung an die einschneidenden Veränderungen eintreten werde. Einmal im Krieg, würden die Deutschen, wozu die Erinnerung an die Folgen der Niederlage 1918 beitrug, ihn vor allem nicht verlieren wollen. Bei diesem Wunsch ließen sich die Massen packen und von der Führung gleichsam an den Haken nehmen. Zudem sorgten Sicherheitsdienst und Gestapo, im Oktober 1939 im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unter dem Befehl Reinhard Heydrichs zu einem Instrument der Überwachung und des Terrors zusammengeführt, dafür dass Kriegsgegner mit illegalen Aktionen nicht zum Zuge kamen. Von den ersten Kriegstagen an wurde den Deutschen klargemacht, dass jegliche Verweigerung gegenüber den Kriegsanforderungen streng geahndet werden würde. Die Zeitungen veröffentlichten am 8. September eine Mitteilung Heinrich Himmlers in seiner Eigenschaft als Chef der Deutschen Polizei, dass Hans (Johann) Heinen, ein Kommunist, der bereits Konzentrationslager- und Zuchthaushaft durchlebt hatte, nur weil er die Teilnahme an „Sicherungsschutzaufgaben“ verweigerte, in das KZ Sachsenhausen gebracht und dort erschossen worden sei.

Nazis vorsichtig

Nun mochte im hereinbrechenden Herbst 1939 niemand, gehörte er nicht zur Minderheit der Antifaschisten oder Hitlergegner, an einen zweiten verlorenen Angriffskrieg denken. Erst etwa zwei Jahre später, als der zweite Feldzug im Osten vor Moskau ins Stocken geriet und der dritte Kriegswinter begann, dämmerte es einem geringen Teil der Bevölkerung, dass der Krieg mit einer deutschen Niederlage enden kann. Die Situation des Jahres 1939 aber beschrieb aus einem zeitlichen Abstand der 1940 nach Deutschland entsandte US-amerikanische Journalist Howard K. Smith so: „Im Grunde hängen sie (die Deutschen; K. P.) an den Nazis dran, wie ein Mann, der die überraschende Entdeckung gemacht hat, dass er den Schwanz eines Löwen in den Händen hält, und der sich einfach weiter daran festhält – nicht weil er die Nähe des Löwen so toll findet, sondern weil er unsagbare Angst davor hat, was wohl passiert, wenn er loslässt. [...] Der Hauptgrund, weshalb sich die Deutschen am Schwanz des Löwen festklammern, ist folgende quälende Frage, die ihnen wie ein Alptraum im Nacken sitzt: Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen?“

Und diese Furcht, wie Smith ebenfalls bemerkte, nahm mit jeder Untat und jedem an anderen Völkern begangenen Verbrechen zu. Zur Abwendung einer erneuten Kriegsniederlage mobilisierten Millionen entsprechend den Forderungen der Machthaber ihre Willenskräfte, denen sie, von der faschistischen Propaganda missgeleitet, ohnehin einen übermäßigen Anteil an Erfolgen oder Niederlagen zumaßen. Als die dänische Schriftstellerin Karen Blixen, begleitet und kontrolliert von Beauftragten des Propagandaministeriums, Deutschland im März 1940 besuchte, stieß sie auf diese Erscheinung und beschrieb sie so: „So beherrscht den Fremden in Berlin überall der Eindruck einer ungeheuren Willensanspannung. Die Willenskraft ist die Leistung des Dritten Reiches [...] und je nachdem, ob man an die Macht des Willens glaubt, kann man an dessen Evangelium glauben.“

In den ersten Septembertagen 1939 hatten die Machthaber auf jede Begeisterung demonstrierende Massenkundgebung ihrer Aktivisten in der SA und SS verzichtet, die Goebbels im Berliner Sportpalast nach bewährtem Muster leicht zu Kriegsgeschrei hätten aufpeitschen können. Doch sie wären mit einer derartigen Kundgebung nur Gefahr gelaufen, die Partei von der Masse zu isolieren. Über die ausgebliebene Wortmeldung von Joseph Goebbels wunderte sich auch Victor Klemperer. Er schrieb am zehnten Kriegstag in seine Chronik: „Wo ist Goebbels? Er schweigt seit Kriegsausbruch, nein, schon seit Russenbund (gemeint ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939; K. P., siehe jW-Thema vom 23.8.2014).“

Die Nazipropaganda in jener frühen Kriegszeit war auf Moll gestimmt: Die Deutschen wüssten um die Schwere des Krieges, sie gingen in ihn ernst wie in ein Gebet. Doch befand sich Goebbels gleichsam auf dem Sprung, die Deutschen mit den schrillen Tönen aus Kriegsposaunen anzufallen. Er werde dafür sorgen, warf er sich schon am vierten Kriegstag – allerdings in seinen Tagebuchaufzeichnungen – in die Brust, dass „das Volk halten wird“. Im Grunde erachtete er die Aufgabe nicht als sonderlich groß oder gar kompliziert, denn das Volk sei „ruhig und gefasst“ und „voll einer erbitterten

Entschlossenheit“. Doch dann, der Feldzug gen Osten hatte noch keine zehn Tage gedauert, notierte er, die „Volksgenossen“ würden bis jetzt nicht glauben, „dass es zum großen Krach kommt“. Als die Kriegshandlungen im Osten zunächst beendet waren, befand er zwar, die Stimmung im Lande sei ausgezeichnet, gestand sich aber ein: „Alles ist abwartend“. Und: „Man hofft wohl insgeheim auf einen Frieden mit Frankreich“. So sahen das auch die Informanten des Exilvorstands der Sozialdemokratie. Ein in Paris eingegangener Bericht aus Bayern besagte: „Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung hofft noch immer, dass die Franzosen doch nicht mitmachen werden und die Sache deshalb bald zu Ende gehe.“

Euphorie nach „Polenfeldzug“

In der Geschichtsschreibung wird ein Bild gezeichnet, wonach die Deutschen in einer Mischung von Loyalität, Vertrauen und Liebe ihrem bewunderten Führer, bangend zwar, in den Krieg gefolgt seien und seinen Krieg zu dem ihren gemacht hätten. Diese Interpretation geht an der Tatsache vorbei, dass sie sich einer Wahlmöglichkeit längst begeben hatten. Sie mussten sich in einer Lage, das mochten sie sich nicht eingestehen, in die sie sich doch auch selbst gebracht hatten, mit den Schritten ihrer Führung abfinden. Und das taten sie in ihrer Mehrheit, die erleichtert war, als die deutschen Heere ostwärts nach Warschau stürmten und die eigenen Verluste gering blieben.

Der Kriegsbeginn schuf keine Beziehungskrise zwischen den Massen und den Machthabern, geschweige, dass er Menschen, die bisher zu deren Gefolgschaft gehörten, in nennenswerter Zahl gegen das Regime in Bewegung gesetzt hätte. Solchen Wandel konnten sich Sozialdemokraten, auch aufgrund ihrer Erfahrungen von 1917/1918, nur nach einer gravierenden Veränderung der Kriegssituation vorstellen: „Erst wenn der Hunger noch mehr anklopft (das tat er 1939 noch nicht, und das änderte sich bis an das Kriegsende nicht; K. P.) und die Nerven zermürbt hat und vor allen Dingen, wenn es den Westmächten gelingen würde, im Westen Erfolge zu erzielen und deutschen Boden in größerem Umfange zu besetzen, dürfte die Zeit zu einem Umsturz heranreifen.“

Als ein Teil der Truppen aus Polen wieder in ihre Garnisonen zurückkehrte und sie Einwohner mit Blumen empfingen, modifizierte sich das Bild. Vieler bemächtigte sich ein „Taumel über die Vernichtung Polens“, notierte Klemperer. Die Genugtuung über den raschen Sieg im Osten verband sich zudem mit falschen Hoffnungen. Der Krieg sei vielleicht gerade erst am Anfang, schrieb William L. Shirer am 21. September, „wenn auch die Deutschen nach der Einnahme Polens ihn gern am Ende sähen“. Seinen Eindruck bestätigend, hielt er am 5. Oktober fest: „Die Menschen hier wollen gewiss Frieden.“ Dieser Stimmung trug das Zentralblatt der NSDAP, der Völkische Beobachter, am 30. September Rechnung, als es nach dem Angriff auf das Nachbarland schrieb: „Ganz Europa wartet auf das Wort des Friedens aus London. Wehe denen, die es verweigern. Sie werden eines Tages von ihrem eigenen Volk gesteinigt werden.“

Worüber sich die Deutschen in jenen ersten Kriegswochen am wenigsten Gedanken machten, war das Leid, das ihr Einfall in das Nachbarland über dessen Bewohner brachte. Zum einen wurden ihnen die Polen während des Feldzugs und in den Wochen danach durch fortgesetzte Meldungen über Gräueltaten als Barbaren dargestellt, die eine Unzahl von im Lande lebenden Volksdeutschen viehisch massakriert hätten. Und zum anderen, das übernahm Hitler selbst, wurde behauptet, dass die eigene Kriegsführung das Leben der Zivilisten achte und schone. In Danzig erklärte er: „Ich habe der deutschen Luftwaffe den Auftrag gegeben, dass sie diesen Krieg human, d. h. nur gegen kämpfende Truppen führt.“ Ja, so Hitler weiter, es liege den Deutschen nicht, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen. „Wenn natürlich eine Kolonne über einen Marktplatz marschiert, und sie wird von Fliegern angegriffen, dann kann es passieren, dass dem leider auch ein anderer zum Opfer fällt. Grundsätzlich haben wir das Prinzip der Schonung durchgehalten.“ Hier war Lüge an Lüge gereiht. Denn in Wahrheit waren am frühen Morgen des ersten Kriegstages in der grenznahen polnischen Kleinstadt Wielun unter dem Bombenhagel deutscher Sturzkampfflugzeuge schon 1200 der 16.000 Einwohner gestorben und die Stadt in ein Trümmerfeld verwandelt.

Die als „Feldzug der 18 Tage“ gefeierte Niederwerfung Polens erzeugte in der Bevölkerung keinen Appetit auf mehr. Am 20. September notierte William L. Shirer: „Alle Deutschen, mit denen ich

heute sprach, gehen felsenfest davon aus, dass wir innerhalb eines Monats Frieden haben werden.“ Wie gleichzeitige Informationen des Sicherheitsdienstes besagten, rechneten viele mit einem Abbruch des Krieges und hofften darauf, dass sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit den geschaffenen Tatsachen abfinden würden. Doch in London und Paris hatte sich, wenn auch spät, der Gedanke durchgesetzt, dass sich einer militärischen Auseinandersetzung mit diesem Regime nicht ausweichen ließ.

Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, 8 Bände, Aufbau Verlag Berlin.

William L. Shirer, Berliner Tagebuch, 2 Bände („Aufzeichnungen 1934-1941“ und: „Das Ende: 1944-1945“). Aufbau Verlag Berlin.

junge Welt, Montag, 01.09.2014, S. 10.

Menschenopfer?

Es hätte für diesen Halt in Alberschwende, einer Ortschaft im malerischen Bregenzer Wald, des besonderen Gedenkens nicht bedurft, das in diesen Tagen den beiden Weltkriegen gilt. Wer den Ort nicht durchrast, dessen Blick fällt auf eine Denkmalanlage, die sich nur wenige Meter von der Durchgangsstraße entfernt befindet. Überragt wird sie vom nahezu lebensgroßen Standbild eines österreichischen Soldaten in der Uniform, die von den Rekruten der k. u. k. Armee 1914 getragen wurde. Wie es da so steht, ist seine Verwandtschaft mit ungezählten ähnlichen Skulpturen unübersehbar, die an Stätten aufgerichtet wurden, die dem Andenken der Toten des Ersten Weltkriegs gewidmet sind. Zwei Tafeln an den Sockelseiten nennen ihre Namen und die Orte, da ihre Leben endeten. Die meisten kamen auf den Feldzügen in Russland um, eine ebenfalls erhebliche Zahl an der italienischen Front, weniger während der Eroberung Serbiens.

Die Anlage ist nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert worden durch eine Mauer, in die sieben nebeneinander angebrachte metallene Tafeln eingelassen wurden. Auf sechs von ihnen sind die Namen der Ortseinwohner verzeichnet, die in den Jahren „fielen“ (s. *Ossietzky* 18/14), in denen die Österreicher, anderthalb Jahre nach dem von Massen bejubelten Anschluss, am Welteroberungskrieg des deutschen Imperialismus teilnahmen. Denen ist wie vielerorts ein Kommentar beigegeben. Manchmal, vorwiegend im Inneren von Kirchen, ist das ein Bibeltext, häufiger eine Aussage, wofür die dort Genannten Kriegsopfer wurden, Ältere Inschriften nennen Kaiser und König oder das Reich, jüngere das Vaterland oder die Heimat. andere wieder besagen an die Lesenden gewandt „Für Euch“ oder „Für uns“.

Keine solcher Widmungen hat den Stiftern der Denkmalserweiterung in Alberschwende genügt. Sie haben sich für die Beschriftung der siebenten Tafel einen Text dichten lassen, und der lautet vollständig so: „Fern im Süden und im Norden, weit im Westen, weit im Osten fielen in den Völkermorden aus dem Heimatvolk die Besten. Über ihren Gräbern weht Heimatweh und ihr Gebet: Unser Opfer sei geweiht. Dir, o Gott, in Ewigkeit.“

Diese Perspektive auf das ferne Sterben der Wehrmachtssoldaten, von denen der älteste dem Jahrgang 1900 angehörte, der jüngste 1926 geboren war, lässt sich in mehrfacher Hinsicht kühn nennen. Die da genannt werden, sind nicht befragt worden, ob sie ihr frühes Lebensende als ein solches Opfer ansehen oder es nicht eher sterbend in ganz andere und historische Koordinaten einordneten, falls sie die Fähigkeit und zu ihr auch nur einen Augenblick besaßen, darüber nachzudenken. Was immer sie aber vorher, als sie in fremde Länder mit der Wehrmacht einfielen, über ihre Rolle gedacht haben mochten, sie waren Krieger ohne Beispiel, denn sie dienten der schlechtesten Sache, für die je Deutsche und Österreicher auf Schlachtfelder gezogen waren. Sie waren Teil, um es mit den Worten des Wehrmachtssoldaten und Schriftstellers Franz Fühmann zu sagen, eines verbrecherischen Unternehmens und in ihm endeten ihre Leben ruhm- und ruchlos. Dieser Tatbestand nimmt niemandem das Recht, eines Sohnes, eines Bruders, eines Vaters in Trauer zu gedenken und das auch öffentlich auszudrücken.

Aber woher nehmen Überlebende oder auch Nachgeborene, woher nahmen die Ortsoberen im Rat der Gemeinde das Recht, diese Tode dem Gott der Christen nachträglich als Opfer anzubieten? Und woher ist die Vorstellung bezogen, dieser Gott würde derlei Opfer annehmen? Hat sie der Pfarrer des Ortes bestärkt, der sich doch in der Geschichte der Auseinandersetzung der Christen mit dem Thema Menschenopfer ausgekannt haben muss? Wie weit ist solche Vorstellung eigentlich von Gotteslästerei entfernt? Das mögen Theologen und namentlich Kirchenrechtler entscheiden.

Sicher aber ist: Hinter dem Bild von der für Gott bestimmten Opfergabe verstecken sich diejenigen, die den millionenfachen Tod des Zweiten Weltkrieges zu verantworten und verschuldet haben. Die Widmung an der Mauer zu Alberschwende ist eine Barriere vor den Fragen, die mit Nutzen für Gegenwart und Zukunft an den nahezu ein Menschenalter zurückliegenden Krieg zu richten sind.

Ossietzky, 19/2014, 13. September 2014, S. 650-651.

Kein Wunder an der Marne

Warum und wie der Plan des Alfred Graf von Schlieffen scheiterte.

Zu den Begriffen, mit denen deutschen Schülergenerationen Bilder vom Ersten Weltkrieg eingeprägt wurden, gehörte nächst dem „Augusterlebnis“ das „Wunder an der Marne“, ein gleichsam mysteriöses Ereignis.

Am Tage der Kriegserklärung an Frankreich, am 3. August 1914, fielen deutsche Truppen in das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich Belgien ein, beider Neutralität missachtend. Das völkerrechtswidrige Vorgehen folgte einem Feldzugsplan, der vorsah, das Territorium der beiden Nachbarstaaten rasch zu durchqueren, in breiter Front in Nordfrankreich einzudringen, Paris erst westlich zu umgehen und dann zu erobern. Danach würden die verbleibenden feindlichen Armeen in Frankreichs Mitte in eine Umklammerung geraten und vernichtet werden können. Rascher noch als 1870 sollte die Kapitulation des „Erbfeindes“ erzwungen werden, so dass eigene Armeen zum Transport an die Ostfront frei würden.

Dieses Konzept war unter dem Chef des Generalstabes der kaiserlichen Armee, Alfred Graf von Schlieffen, 1905 ausgearbeitet worden. Der Spross eines pommerschen Adelsgeschlechts, schon als 30-Jähriger mit Generalstabsarbeiten befasst, hatte Kriegserfahrungen auf den Schlachtfeldern von 1866 und 1870/71 gesammelt. Er war, pensioniert, im Jahr vor Weltkriegsbeginn verstorben. So blieb ihm das „Septembererlebnis“ des Scheiterns seines Vorhabens erspart. An das Debakel, das so etwas wie ein Omen für die vier Jahre später eingestandene Kriegsniederlage Deutschlands wurde, knüpften sich noch Jahre nach Kriegsende Kontroversen von Militärs und Historikern. Dabei war schon dem Konzept anzusehen, dass sich in ihm Stärke- und Schwächebewusstsein mischten.

Schlieffens Nachfolger, der einem mecklenburgischen Adelsgeschlecht entstammende Helmuth von Moltke, hatte den Kriegsplan, weil er ihm zu abenteuerlich anmutete, in einem Punkte geändert. Er verstärkte die deutschen Truppen an der Front entlang der deutsch-französischen Grenze, womit ein gegnerischer Vorstoß nach Baden, in das Saarland und die Pfalz verhindert werden sollte. Doch nicht diese Modifikation, sondern allzu kühne Kalkulationen, die schon die Urfassung enthielt, ließen den Schlieffen-Plan binnen weniger Wochen Makulatur werden. Ein Wunder musste sich gar nicht zutragen.

Die Deutschen indes erfuhren in offiziellen Heeresberichten von den Erfolgen ihrer Armeen, lasen die Namen eroberter Städte, hängten Fahnen aus Fenstern, tranken auf die Tapferen an den Fronten, und Pastoren dankten in Sonntagspredigten Gott für die bescherten Siege. Ankündigungen wie „München – Metz – Paris“ und „Weihnachten wieder zu Hause“, die Rekrutierte an Eisenbahnwaggons schrieben, schienen eingelöst zu werden. Deutsche Truppen standen 50 Kilometer vor der französischen Hauptstadt, aus der die Regierung nach Bordeaux floh. Das französische Heer wich zurück, aber es wankte nicht.

Was inzwischen aus dem deutschen Heer geworden war, wussten nur die inmitten der Ereignisse Stehenden wie Moltke: „Wir haben in der Armee kaum mehr ein Pferd, das noch eine andere Gangart als Schritt gehen kann.“ Dahinter stand die Sorge um die Kampffähigkeit der Truppen, die von Nachschub, Verpflegung, Munition und Zugpferden abhing. Zwar waren die sechs Wochen, die im Kriegsplan bis zum entscheidenden Sieg vorgesehen waren, noch nicht vergangen, doch die physischen Kräfte der Eindringlinge, die Tagesmärsche von 40 Kilometern bewältigen mussten, hatten sich weitgehend erschöpft. Am 5./6. September begann die Gegenoffensive französischer Truppen. Sie traf auf eine nicht mehr geschlossene deutsche Front.

Am 13. September 1914 teilte die Oberste Heeresleitung mit: „Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Operationen, über die Einzelheiten heute noch nicht veröffentlicht werden können, zu einer neuen Schlacht geführt, die günstig steht. Die vom Feinde mit allen Mitteln verbreiteten für uns ungünstigen Nachrichten sind falsch.“ Eine dreiste Lüge. Die deutschen Truppen zogen sich von der Marne zur Aisne zurück, was mehr als die Preisgabe eines unbedeutenden Gebietsstreifens war. Es bewahrheitete sich, was Moltke nahezu ein Vierteljahrhundert zuvor im Reichstag gesagt hatte: Ein

kommender Krieg zwischen Großmächten würde nicht in einer Schlacht à la Leipzig 1813, Waterloo 1815, Königgrätz 1866 und Sedan 1870 entschieden, sondern in einem jahrelangen Messen auch der industriellen Kräfte. Warnend hatte er an den Dreißigjährigen und Siebenjährigen Krieg erinnert. Diese Perspektive eröffnete sich, als sich Soldaten beiderseits der deutsch-französischen Front eingruben und der Stellungskrieg begann.

Hierzulande mochte sich vor dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges kaum jemand vorgestellt haben, dass in der Wissenschaft erneut diskutiert werden würde, wie das Desaster an der Marne hätte verhindert werden können. Nicht ein Militärhistoriker, sondern ein Politikwissenschaftler, Professor an der Berliner Humboldt-Universität und Liebling der Medien, kam auf den Trichter: Es wäre der Schlieffen-Plan doch gelungen, meint Herfried Münkler, würden den Deutschen nicht drei Armeekorps gefehlt haben. In Zahlen: etwa 30.000 Muschkoten. Die hätten sich leicht rekrutieren lassen. Das sei aus zwei Gründen unterblieben. Es hätte die Ausweitung des Heeres eine größere Zahl von Offizieren erfordert und die hätte der Adel nicht stellen können. Bürgerliche Bewerber wurden nicht akzeptiert. Zudem: Ein größeres Heer hätte auch ein zahlenstärkeres Unteroffizierskorps benötigt und dies wiederum den Zugriff auf Kandidaten aus der Arbeiterschaft verlangt. Die aber wären wegen der Agitation der Sozialdemokratie als nicht vollends verlässlich angesehen worden. So waren es in dieser Logik zwei Faktoren, die das „Wunder“ an der Marne verursachten: der Hochmut das Adels, der seine Monopolstellung im Heer nicht preisgeben wollte, und die Umtriebe der Sozialdemokratie. Derart lässt sich trefflich an Tatsachen vorbei fantasieren – jenseits der Frage, ob der Sieg des deutschen Imperialismus denn wünschenswert gewesen wäre.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. September 2014, S. 25.

Fragwürdige Übereinkunft

Selbstschutz oder Leichenfledderei?
Am 17. September 1939 begann der Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen

Am 22. September 1939 teilte der Bericht aus dem Oberkommando der Wehrmacht lakonisch mit: „Die Bewegungen der deutschen und russischen Truppen auf die vereinbarte Demarkationslinie vollziehen sich planmäßig und im besten Einvernehmen. Bei Lemberg wurden die dort kämpfenden deutschen Truppen durch russische Verbände abgelöst.“ Die Nachricht besaß Neuwert, war aber im Stil so gehalten, als würde jeder, der sie zur Kenntnis nahm, über ein Vorwissen verfügen, das es ihm erlaubte, sie in einen größeren Zusammenhang einzuordnen: 1. Die Truppen der sowjetischen Armee hatten bereits begonnen, ein Gebiet Ostpolens zu besetzen. 2. Dies geschah aufgrund einer deutsch-sowjetischen Übereinkunft, die eine Demarkationslinie genannte Grenze bestimmt hatte, bis zu der die beiden Armeen jeweils vorrücken würden. 3. Die dazu notwendigen Truppenbewegungen liefen im gegenseitigen Kontakt ab. Die Vermutung lag nahe, dass das Geschehen auf Abmachungen zurückging, die schon vor Kriegsbeginn erfolgt waren, möglicherweise während des Besuchs von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop in Moskau im August 1939.

Tags darauf, am 23. September, wurde der „Zusammenfassende Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht über den Feldzug in Polen“ veröffentlicht. Darin hieß es eingangs: „Nur Bruchteile einzelner (polnischer) Verbände konnten sich durch die Flucht in die Sumpfgebiete Ostpolens der sofortigen Vernichtung entziehen. Sie erliegen dort den sowjetrussischen Truppen.“ Am folgenden Tag begann der Bericht so: „Die Bewegungen der deutschen Truppen auf der Demarkationslinie wurden auf der gesamten Ostfront planmäßig fortgesetzt.“ Einen weiteren Tag später hieß es eingangs: „Im Osten vollzogen sich die Bewegungen der deutschen Truppen auf die Demarkationslinie am 24. September reibungslos und im Einvernehmen mit den russischen Verbänden.“ Die Fortsetzung dieser „planmäßigen Bewegungen“ wurde am 26. September an die Spitze des Berichts gestellt. Und am 27. September wurde mitgeteilt: „Im Osten nähern sich unsere Truppen der mit der Sowjetregierung vereinbarten Demarkationslinie.“ Tags darauf begann der offizielle Text: „Im Osten haben unsere Truppen die Demarkationslinie planmäßig überschritten.“ Weniger einsilbig wurde das Geschehen in der folgenden Verlautbarung dargestellt: „Im Verlauf der planmäßigen Bewegung über die Demarkationslinie wurde am 28. September Przemysl-Süd durch den deutschen Kommandanten in feierlicher Form an die russischen Truppen übergeben.“

Die Berichte der folgenden vier Tage ließen das Thema aus. Dann wurde am 4. Oktober vom Geschehen so berichtet: „Im Osten kam es bei der Säuberung des Gebietes zwischen der bisherigen Demarkationslinie und der neu festgesetzten deutsch-russischen Interessengrenze noch zu Kämpfen mit versprengten Teilen polnischer Truppen.“ In immer wiederkehrenden Formulierungen gab das Oberkommando am 9., 10., 11., 12. und 13. Oktober 1939 deutsche Truppenbewegungen zur nun „Interessengrenze“ geheißenen Linie bekannt, wobei offenblieb, ob die Wehrmachtseinheiten diese von Westen her erreichten oder sich von schon eroberten, weiter östlich gelegenen Gebieten auf sie zurückzogen. Am 14. Oktober verlautete, „die Besetzung der letzten Abschnitte am Bug“ sei abgeschlossen. Zwei Tage später erklärte das Oberkommando, „nachdem die Truppenbewegung zur Besetzung des deutschen Interessengebietes beendet sind“, werde die Berichterstattung „über den Osten“ nun eingestellt. Aus all diesen Informationen ließ sich nur eine ungefähre Vorstellung vom Verlauf der in Teilen noch einmal korrigierten Linie gewinnen, bis zu der die Truppen der beiden Staaten vorgerückt waren.

Interessensphären

Was sich in dem knappen Monat zwischen der September- und der Oktobermitte in Ostpolen ereignet hatte, war – wie vermutet – zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion durch deren Außenminister am 23. August 1939 vereinbart worden. Das darüber verfasste diplomatische Papier hatte, da es gemeinsam mit dem Nichtangriffsvertrag unterzeichnet wurde, die nichtssagende Bezeichnung „Geheimes Zusatzprotokoll“ erhalten. Die so entstandenen Dokumente verschwanden in Tresoren in Berlin und Moskau. Einleitend war darin festgestellt worden, dass die Übereinkunft nach „streng

vertraulicher Aussprache“ zustande gekommen sei. Und als ob dies nicht genügte, wiederholte der letzte, vierte Punkt des Textes: „Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.“ Diese Versicherung war im Grunde überflüssig, denn keine der beiden Seiten konnte jetzt oder später ein Interesse haben, dass sein um jedes Völkerrecht unbekümmerter Inhalt bekannt wurde.

Im Text hatten Hitlerdeutschland und Sowjetunion ihre „beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa“ voneinander abgegrenzt. Das geschah gleichsam über die Köpfe von sechs osteuropäischen Staaten hinweg die von dieser Abmachung auf unterschiedliche Weise betroffen sein würden: Polen, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Finnland und Rumänien. Die „Abgrenzung“ war nicht im Vorausblick auf sich eventuell ergebende künftige Situationen vorgenommen worden. Sie verband sich vielmehr mit zeitlich nahen Absichten und Plänen beider Vertragsseiten. Diese apostrophierten die Autoren so: Ausdrücklich benannten sie den „Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“. Der gemiedene Klartext würde besagt haben: „Wenn Deutschland demnächst Polen mit Krieg überzieht und erobert [...]“, worauf die Fortsetzung gelautet hätte; „dann wird es nicht ganz Polen okkupieren, sondern dessen Gebiet nur bis zu einer Grenzlinie“, die ungefähr entlang der „Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San“ verläuft.

Im Vertragstext hieß es daran anschließend: „Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.“ Zu gegebener Zeit würden beide „Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen“.

Die Machthaber der UdSSR ließen sich mit einem Aggressor, der sich auf dem Sprung befand, auf eine Vereinbarung ein, die keine andere Interpretation erlaubte, als dass in ihr das Todesurteil über den Staat gefällt wurde, dessen Bewohner Opfer der Eroberer werden würden. Denn dass den deutschen Machthabern ein Interesse an der Wiedererrichtung dieses Staates erwachsen werde, war auszuschließen. Und gleiches galt für die Regierenden im Kreml. Sie würden nicht bereit sein, das Territorium zur Neuschaffung eines polnischen Staates herzugeben, auf das sie nach ihrer militärischen Niederlage im Frieden von Riga 1920 hatten verzichten müssen.

Auch wenn eine deutsche Expansion in Richtung Baltikum nicht gleichermaßen bevorstand, verständigten sich beide Seiten auch über dieses Gebiet „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“. Litauen sollte den deutschen, Finnland, Lettland und Estland den sowjetischen Interessen anheimgegeben werden. Schließlich meldete der Kreml sein Interesse am rumänischen Bessarabien an, während das Deutsche Reich auch da sein Desinteresse zu den Akten gab. Dieses Protokoll atmete den giftigen Odem zweier Großmächte, die sich über die Existenz ihrer kleineren Nachbarn nach Art von Imperialisten rigoros hinwegsetzten.

Nun also gar Freundschaft?

Dass die deutschen Politiker, Ribbentrop und sein Stab, von Hitler zu schweigen, mit diesem Text keine Schwierigkeiten hatten, zumal sie ihre darin dem Partner gewährten Zugeständnisse nur als zeitweilige ansahen, kann bis heute nicht überraschen. Anders im Fall der Sowjetunion, die mit diesem Abkommen eine neue Seite ihrer Außenpolitik zunächst insgeheim schrieb und bald darauf öffentlich zu praktizieren begann. Und mit den Papieren des 23. August war erst der einleitende Schritt getan worden. Die Fortsetzung erfolgte am 28. September 1939, als Ribbentrop seinen zweiten Besuch in Moskau machte.

Diesmal geschah es zur Unterzeichnung eines Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags. Sein Text bezeichnete die militärische Zertrümmerung Polens und seine Aufteilung in besetzte Gebiete euphemistisch als „das Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates“. Von einem künftigen polnischen war keine Rede mehr, wohl aber von einer „staatlichen Neuregelung“, die beide Staaten nach eigenen Entscheidungen vornehmen würden, was nichts anderes besagte als die dauerhafte Zementierung der Annexionen. Beide Staaten würden das Leben der in ihre Gewalt gefallenen

Menschen bestimmen, eine Ankündigung, die mit einigen wohltätigen Phrasen verkleidet war. Einig erklärten sich die Unterzeichner auch in der Ablehnung jeder Einmischung dritter Staaten.

Die Interessengrenze, die im August bestimmt worden war, dann aber insofern korrigiert wurde, als Litauen der sowjetischen Einflusssphäre zugeteilt worden war, wurde als endgültig bezeichnet. Abschließend stellten die Unterzeichner fest, die von ihnen getroffenen Regelungen seien „ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern“. Auch dieses Abkommen erhielt ein Zusatzprotokoll, das nach weiteren Verhandlungen erst am 4. Oktober fertiggestellt war und vom deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg und vom sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow unterzeichnet wurde. Auf mehreren Seiten legte es den veränderten Verlauf der nunmehrigen Staatsgrenze bis in die Details fest.

Hohle Friedensbeteuerungen

Weitreichender noch aber war eine Erklärung der deutschen und der sowjetischen Regierung, die gemeinsam mit der Vertragsunterzeichnung vereinbart und veröffentlicht worden war. In ihr beteuerten sie ihr Interesse, den Krieg zu beenden, wobei beide davon ausgingen, dass sich Großbritannien und Frankreich mit der Auslöschung des ihnen verbündeten Polen abfinden, also so etwas wie eine Totalkapitulation vollziehen würden. Berlin wie Moskau, wurde erklärt, würden ihre Bemühungen, womöglich mit weiteren Staaten, fortsetzen, das Ende des „Kriegszustandes“ zu erreichen. Sollte ihnen das nicht gelingen, dann sei „die Tatsache festgestellt [...], dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind“. In diesem Fall würden sich die Regierung Deutschlands und der UdSSR „gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren“. Diese Erklärung besaß den Charakter einer propagandistisch-demagogischen Dienstleistung der Kremlführung für ein Regime, das sie doch über Jahre rechtens als friedensgefährdend, aggressiv und expansionistisch beurteilt und bezeichnet hatte und gegen das die UdSSR, wenn auch vergeblich, versucht hatte, eine abschreckende internationale Staatenfront zu formieren.

In Wahrheit fehle den Führern im Kreml wie denen in der Reichskanzlei jedwedes Interesse an der Beendigung des Krieges, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Hitler und seine Clique, nachdem sie Polen leicht besiegt hatten, suchten ihren Rüstungsvorsprung und ihre neugewonnene Kriegserfahrung in einem siegreichen Feldzug im Westen einzusetzen. Der „Führer“ drängte, ihn noch 1939 zu beginnen. Und Stalin wie sein Politbüro konnten darauf rechnen, wurde der Krieg in Westeuropa fortgesetzt, eine verlängerte Friedensperiode zu gewinnen, vor einem deutschen Angriff relativ sicher zu sein und ihre Neuordnung in Osteuropa ungestört vornehmen zu können. Namentlich Stalin überschätzte diese Sicherheit, was keine zwei Jahre später Millionen seiner Soldaten mit dem Leben bezahlten.

Langes Schweigen in Moskau

Keiner der auf sowjetischer Seite Hauptverantwortlichen für die Verträge, die im September und Oktober 1939 von der Sowjetunion mit dem faschistischen Deutschland geschlossen wurden – das waren Stalin und Molotow in Gemeinschaft mit den anderen Mitgliedern des engsten Führungszirkels –, hat sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg zu seiner Entscheidung geäußert. Niemand verspürte den Drang oder gar die Pflicht, sich den Millionen von Kommunisten in aller Welt zu erklären, die es für gänzlich ausgeschlossen gehalten hatten, dass das Sowjetland, das ihnen auch als ein von humanistischen Prinzipien geleitetes Gemeinwesen galt, sich zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit jenem Deutschland erklärte, das ihnen zu Recht als Staat der Konzentrationslager und der Fallbeile, als Mörder vieler ihrer Genossen galt.

Nach dem Sieg über das faschistische Deutschland und dessen Verbündete wurde in der sowjetischen Geschichtspropaganda das Nichtangriffsabkommen vom 23. August 1939 (von den anderen Abmachungen war kaum die Rede, und die Existenz von Zusatzabkommen wurde abgestritten) als weiser, wenn nicht genialer diplomatischer Schachzug gewertet. Die UdSSR habe mit der Vereinbarung Zeit für weitere Rüstungen und damit für die Vorbereitung auf ihre Gegenwehr 1941 gewonnen. Vorteil

sei ihr auch aus der Vorverlegung ihrer Grenze nach Ostpolen zugewachsen, denn sie habe zusätzliche Räume zur Verteidigung gegen den faschistischen Angriff gewonnen.

Der Verlauf der ersten sechs Monate des deutsch-sowjetischen Krieges stützt diese Behauptungen nicht. Und selbst wenn er das täte, bleiben zwei Fragen: Was zwang die Sowjetunion, sich mit diesem Deutschland auf die Liquidierung des polnischen Staates zu verständigen? War das ein nicht zu verweigernder Preis? Und – zweitens – was zwang die Sowjetunion, Deutschlands Gegnern Frankreich und Großbritannien die Schuld an der Weiterführung des Krieges zuzuschreiben? War das auch ein zu entrichtender Preis für den erstrebten Zeit- und Friedensgewinn? Oder war das nicht eine Überzahlung? Oder eine Rückversicherung? Und wenn ja, wer hat sie geboten oder wer verlangt? Molotow hatte bis zu seinem Tode im Jahr 1986 41 Jahre Zeit, sich zu derlei Fragen zu äußern.

Mehr noch: Jahrzehnte lang wurde von sowjetischer Politik und Geschichtsschreibung die Existenz des „Zusatzprotokolls“ geleugnet oder in den sowjetischen Akten als nicht auffindbar erklärt. Dabei war dessen Existenz indirekt längst dadurch erwiesen, dass das, was nach dem 17. September 1939 nach dem Einmarsch der Roten Armee in Polen geschah, nicht ohne Verständigung zwischen Berlin und Moskau denkbar war. Und seit 1945 war das Geheimnis gelüftet und sein vollständiger Text bekannt. Ein Exemplar des diplomatischen Papiers war in den Beständen des deutschen Auswärtigen Amtes US-amerikanischen Fahndern, die Beweisstücke für die Anklage der deutschen Kriegsverbrecher suchten, als Kriegsbeute in die Hände gefallen. Dass sich die Regierungen in Moskau, wie immer sie wechselten, erst ein halbes Jahrhundert danach zur Wahrheit bekannten, hatte sowjetische Historiker namentlich auf internationalen Konferenzen in groteske Lagen gebracht. Und mit ihnen jene Kollegen in den verbündeten osteuropäischen Staaten, die sich an diese sowjetische Vorgabe hielten.

Profiteure im Kalten Krieg

Es hat diese Verweigerung der einfachen Wahrheit vor allem jenen geholfen, die den August-Vertrag für ihre politischen und die Zwecke eigener Geschichtsfälschung benutzten. Das geschah auf zweierlei Weise. Zum einen wurde mit Verweis auf den Vertrag der UdSSR eine Mitverantwortung für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges angelastet. Mit ihm hätte sie den deutschen Faschisten „grünes Licht“ für deren Kriegseröffnung geliefert. Wie hingegen deutsche Dokumente belegen, war der Entschluss, Polen bald zu überfallen – ohne Rücksicht auf das mögliche Eingreifen der Westmächte – zu einem Zeitpunkt gefallen, als an den deutsch-sowjetischen Vertrag noch nicht zu denken war. Am 23. Mai 1939 hatte „der Führer“ ihn einem ausgesuchten Kreis von Militärs eröffnet. Von der Rolle der Sowjetunion war in diesem Zusammenhang nicht einmal en passant die Rede gewesen.

In diesem Frühjahr 1939 jedoch schien es noch eine Alternative zum Weg in einen europäischen Krieg zu geben. Die knüpfte sich an die von der Sowjetunion in dem Moment ergriffene Initiative, als die deutschen Faschisten die Tschechoslowakei liquidierten und die Münchener Politik ein Scherbenhaufen war. Da unterbreiteten die sowjetischen Diplomatie und ihr damaliger Chef Maxim Litwinow den Vorschlag, es möchten sich die europäischen Großmächte der von dem Deutschen Reich ausgehenden Gefahr gemeinsam mit bedrohten kleineren Staaten entgegenstellen. Der Kreml unternahm den Versuch, die Politik der kollektiven Sicherheit zu reanimieren. Doch kam es nicht zu den nötigen Verhandlungen auf höchstem, also entscheidungsbefugtem politischem Niveau. Die Kontakte wurden einzig auf einer vorfühlenden niederen Ebene zwischen Militärdelegationen hergestellt, die nach Moskau entsandt wurden. Die Verhandlungen schleppten sich ergebnislos hin. Damals hätten die Westmächte jene Frontstellung haben können, die nahezu zwei Jahre später in Gestalt der Antihitlerkoalition entstand. Und das ging dann auf Entscheidungen zurück, die ihren Ursprung in Berlin hatten, das seinen Krieg auf die UdSSR ausweitete.

Kurzum: Die Chance zur Bildung einer den deutschen Aggressor abschreckenden Front war vertan worden. Die Sowjetunion sah sich damit dem Zwang ausgesetzt, ihre Außenpolitik allein auf sich selbst und ihre eigenen Entschlüsse zu stellen. Da sie in einer Staatengemeinschaft, die dafür notwendig gewesen wäre, den Krieg nicht zu verhindern vermocht hatte, lag die Alternative nahe, alles zu tun, aus ihm herauszubleiben. Untätigkeit, Abwarten und Stillhalten bildeten dafür keine geeignete Methode. So begann eine neue Etappe der sowjetischen Außenpolitik, die in den Vertrag vom 23.

August mündete. Sie war nicht aus freien Stücken gewählt. Soweit dem eigenen Lande auf diese Weise Frieden gesichert wurde, wenn auch mit hoher Wahrscheinlichkeit nur für eine kurze Zeit, brauchte und braucht diese Strategie keine Rechtfertigung.

Doch darin erschöpfte sie sich nicht. Sie verband sich mit völkerrechtswidrigen, eigene Expansion vorsehenden Abmachungen. Das machte sie nicht nur kritikwürdig, sondern verwerflich. Indessen begründete sie unter keinem Gesichtspunkt einen sowjetischen Anteil an der Kriegsschuld. Das Bild vom grünen Licht für einen deutschen Kriegszug fällt, in der Sprache des Volksmundes und der Juristen, in die Kategorie der üblen Nachrede, in der von Historikern benutzten in die der Geschichtsfälschung.

Die zweite Methode propagandistischer Ausbeutung besteht in der These vom Bündnis zweier Diktatoren oder Diktaturen, das aufgrund ihrer vorgeblichen Wesensverwandtschaft zustande gekommen wäre. Damit seien die Bösewichte ermittelt, die als Kriegsschuldige zu gelten haben. Den Vertrag schwingen bis auf den heutigen Tag Antikommunisten aller Zungen als gebräuchlichsten ihrer Knüppel, dem sie die Aufschrift „Hitler-Stalin-Pakt“ gegeben haben. Und so lernen Heranwachsende hierzulande aus Schulgeschichtsbüchern, dass Stalin mit dem Vertrag hoffte, Hitler in einen vernichtenden Krieg mit dem Westen zu treiben.

junge Welt, Dienstag, 16.09.2014, S. 10.

Danziger Camouflage

Hitler zeigte sich am 19. September 1939 in der okkupierten Stadt als Friedensfreund

Die faschistische Propaganda feierte den Krieg gegen Polen als Feldzug der 18 Tage. Tatsächlich war die polnische Armee binnen zweieinhalb Wochen geschlagen worden. Als den Deutschen der Beginn des Krieges am 1. des Monats mitgeteilt worden war, hieß es, der „Führer“ habe sich an die Front begeben. Tatsächlich inszenierte sich Hitler nun auch als Feldherr. Fotos und Filmberichte zeigten ihn im eroberten Land, umgeben von Generalen, vorbeimarschierende Truppen inspizierend und begrüßend, auch, wie es sich für einen Strategen geziemt, über geographische Karten gebeugt. Am 19. September begab er sich in das „befreite“ Danzig. Dort hielt er im Artushof seine zweite öffentliche Kriegsrede.

Dabei war Danzig „nicht das Objekt, um das es geht“. Hitlers Absicht ist der Niederschrift entnommen, die der Chefadjutant der Wehrmacht beim „Führer“ nach einer Rede notierte, die Hitler am 23. Mai 1939 vor Generalen und hohen Offizieren der Wehrmacht gehalten hatte. Oberstleutnant Rudolf Schmundts Text hielt weiterhin fest: „Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherung der Ernährung.“ Als Ländereien, auf deren Kosten das geschehen werde, hatte Hitler Polen und die Staaten des Baltikums genannt. Die Sowjetunion war der Niederschrift zufolge nicht erwähnt worden. Die Militärs, die an diesem Maitag die Reichskanzlei verließen, wussten, dass sie ungesäumt einen Krieg gegen Polen vorzubereiten hatten. Hitler plante einen isolierten Krieg, schloss aber, wenn die Westmächte intervenierten, einen gleichzeitigen gegen sie, also einen wenigstens kurzfristig zu führenden Zweifrontenkrieg, nicht aus. Die Nazipropaganda hingegen blieb bei der Lüge, es sei der deutschen Führung einzig um Danzig und einen exterritorialen Zugang in die preußische Provinz Ostpreußen zu tun.

Geleugnete Ziele im Osten

Hitlers Rede begann mit einer nochmaligen Rechtfertigung seines Entschlusses zum Krieg und dessen angeblicher Vorgeschichte. Seit Jahr und Tag hätte er versucht, für alle internationalen Fragen friedliche Lösungen zu finden. Doch sei er immer wieder auf den Widerstand Polens und der Westmächte gestoßen. Darauf folgte das bekannte Propagandabild vom Terror gegen die deutsche Minderheit in diesem Land. Hitler gab den Krieg als humanitäre Rettungsaktion aus, mit der nicht länger gewartet werden konnte. Die Polen beschimpfte er als eine von unstillbarem Deutschenhass beherrschte Bande. Wenn ihr das Handwerk gelegt sei und die deutschen Gebietsforderungen erfüllt wären, hätte Deutschland seine eng begrenzten Kriegsziele erreicht.

Um das glaubhaft zu machen, bezog sich auf den am 23. August geschlossenen Vertrag mit der Sowjetunion. Dass es gelungen sei, ihn mit der Sowjetunion zu schließen, zeige jedermann, dass Deutschland weder die Ukraine haben noch sich bis zum Ural ausdehnen wolle.

Dann kam Hitler auf die wegen der Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs entstandene Konfrontation zu sprechen. Eine solche hätten nicht die Völker, sondern nur Kriegshetzer gesucht. Deutschland erhebe gegen beide Mächte keine Forderungen. Diese seien es selbst, die offenkundig die Deutschland nachgesagten weitreichenden Kriegsziele verfolgten. Sie bekämpften die Führung, die in Deutschland herrsche, und wollten den Deutschen einen zweiten Versailler Vertrag aufzwingen, während er und das Reich diesen Krieg nicht brauchte.

In diesem Zusammenhang kam Hitler auf die fehlenden Bekundungen von Kriegsbegeisterung im Reich zu sprechen. Dem gab er eine mysteriöse Deutung. Das deutsche Volk war demnach „viel begeisterter“ als 1914: „Nur ist diese Begeisterung heute eine Begeisterung, die von innen lodert, die die Menschen hart macht. Es ist nicht der oberflächliche Hurrapatriotismus, sondern es ist eine fanatische Entschlossenheit, es ist die ernste Begeisterung von Menschen, die wissen, was ein Krieg ist.“

Dann folgte die in Widerspruch zu allen Darstellungen in Schulbüchern des Reichs stehende Aussage, der Erste Weltkrieg sei der „sinnloseste Kampf aller Zeiten“ und ein „Völkergemetzel“ gewesen. Bisher hingegen hatte er als Vaterlandsverteidigung gegolten. Doch war diese Charakteristik nur als Fundament gedacht, um darauf die Behauptung zu postieren, er betrachte auch die Fortsetzung dieses Krieges als sinnlos. Würde er aber weitergeführt und beispielsweise drei Jahre dauern, dann werde

an seinem Ende „ebenso wenig das Wort ‚Kapitulation‘ stehen wie am Ende des vierten, fünften, sechsten oder siebenten Jahres“. Denn es existiere wieder das „friderizianische Deutschland“.

„Minderwertige“ Polen

Zu diesem Ausflug in die Geschichte passte, dass Hitler dem deutschen Volk für die zurückliegenden Kriegswochen eine „tapfere Gesinnung“ bescheinigte, die freilich auf keinerlei Probe gestellt worden war. Er wünschte jedoch, dass Gott die Politiker der gegnerischen Mächte erleuchten möge und sie sich zum Frieden bereitfänden.

Soviel Hitler auch vor dieser Rede Kreide gefressen haben mochte, sie hatte nicht hingereicht, dass er sich ganz in die gemischte Rolle von Friedensfreund und Durchhaltekrieger fand. Schließlich brachen nationalistischer Dünkel und Rassenhass aus ihm heraus. Schreiend beschimpfte und beleidigte er das Volk der Polen. Unter dem Beifall seiner Zuhörer nannte er es „minderwertig“. Obwohl tief unter den Deutschen stehend, hätte es sich angeblich angemaßt, über diesen seinen Nachbarn zu herrschen.

Zu den Adressaten der Danziger Rede gehörten auch das feindliche und das neutrale Ausland. Da wie dort sollte sie Zweifel wecken, ob Deutschland eben jenen Krieg begonnen hatte, der sich auf das ein Vierteljahrhundert zuvor verfehlte Ziel richtete, aus der Großmacht eine Weltmacht zu machen. Diese Wirkung suchte Hitler mit einer Erklärung zu verstärken, die er vor dem Reichstag am 6. Oktober abgab. Er sähe keinen Grund für die Weiterführung des Krieges, vorausgesetzt, dass sich die Westmächte mit dem osteuropäischen Ergebnis des Kriegsverlaufs abfänden. Deutschland, wiederholte er, stelle keine Ansprüche an die Westmächte, ausgenommen die Rückgabe der einstigen deutschen Kolonien. Die Rede gipfelte im heuchlerischen Vorschlag, eine Friedenskonferenz einzuberufen.

„… dass die Bereitschaft des Volkes zu kämpfen nicht nachlässt“

Hitlers wichtigster Adressat seiner Rede in Danzig waren die Deutschen. Die hatten vielerorts die vom Polenfeldzug zurückkehrenden Truppen begeistert empfangen. Mit dem raschen Sieg verbanden viele Hoffnungen auf ein baldiges, generelles Kriegsende, zumal sich entlang der deutsch-französischen Landfront keine nennenswerten Kriegshandlungen entwickelt hatten. Das konnte den Eindruck erwecken, dass auch die Gegner kein Interesse besaßen, den großen Krieg zu beginnen. Propagandaminister Joseph Goebbels zeigte sich über derlei Stimmungen in einer „Geheimen Presseweisung“ besorgt und verlangte: „Es muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass die langsam gewonnene Bereitschaft des Volkes zu kämpfen nicht nachlässt.“

Als klar war, dass die Kriegsgegner der Nazis Hitlers „Friedensangebot“ ignorierten, hatten sich die Deutschen mit der Fortdauer des Krieges abzufinden. Die Blicke richteten sich nach Westen und verbanden sich mit der Frage, wann die Wehrmacht zum Angriff übergehen werde. Was im eroberten Polen geschah, interessierte die Massen nicht.

Dort wurde eine Besatzungspolitik in die Tat umgesetzt, die mit dem Wort „Neuordnung“ weniger bezeichnet als vielmehr vernebelt wurde. Der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Reinhard Heydrich, beschrieb sie höchstgestellten Mitarbeitern am 21. September: Aus den einstigen deutschen Gebieten würden Reichsgaue gemacht. Der „Rest“ solle einen „Gau mit fremdsprachlicher Bevölkerung mit der Hauptstadt Krakau“ bilden.

In Grundzügen war auch der Plan für den Umgang mit der in deutsche Hände gefallenen Bevölkerung schon fertig. Sofortiger Beginn der Ghettoisierung der Juden in Städten, sodann ihre Abschiebung in den „Restgau“, das Generalgouvernement. Dorthin sollten auch die Juden aus dem Reich deportiert werden. Das gleiche Schicksal war der polnischen Bevölkerung zugedacht, die in zur Germanisierung vorgesehenen Gebieten lebte. Die Intelligenz, die als der Hauptfeind der Unterwerfungspolitik galt, wollten die Eroberer durch Liquidation oder Verschleppung in Konzentrationslager ausschalten. Das waren die Eckpfeiler des Plans zur Vernichtung und Versklavung des Nachbarvolkes. Der polnische Staat sollte wieder der Vergangenheit angehören. Auch dies für alle Zukunft.

junge Welt, Sonnabend, 20.09.2014, S. 15.

Unterstellungen oder Argumente?

Herfried Münkler und die Entsorgung deutscher Verantwortung

Unter den zahlreichen Autoren mit Publikationen zum Jubiläum des Ersten Weltkriegs finden etwa eine Handvoll in der deutschen medialen Öffentlichkeit besondere Beachtung. Neben Christopher Clark („Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“) betrifft dies vor allem den Politikwissenschaftler Herfried Münkler, dessen Band „Der große Krieg. Die Welt 1914-1918“ mit hoher Auflage erschien und wohlwollende Kritik auf vielen Kanälen fand. Warum eigentlich? Kurt Pätzold analysiert, wie Herfried Münkler Fritz Fischers Bild von Deutschlands Rolle beim Weg in den Ersten Weltkrieg zu entsorgen trachtet.

Noch figuriert Christopher Clarks Legende von den in den Ersten Weltkrieg schlafwandelnd hineintapsenden Politikern auf deutschen Bestsellerlisten. Doch ist fraglich, ob die seit Monaten unternommenen Anstrengungen die Re-Animateure jenes Geschichtsbildes an ihr Ziel führen werden, das Deutschlands Rolle auf dem Weg in diesen Krieg minimiert. Zudem drängt die Zeit. Nach dem Augustanfang wird sich das öffentliche Interesse alsbald anderen Jahrestagen zuwenden. Diesem Zeitdruck scheint ein Artikel Rechnung zu tragen, den der auf dem Feld der Geschichte wildernde Politikwissenschaftler Herfried Münkler unlängst in einer bürgerlichen Zeitung (*Süddeutsche Zeitung*, 20. Juni 2014) unter der lärmenden Überschrift „Neuentdeckung des Ersten Weltkrieges“ veröffentlichte. Seinen Gegenstand bildete der Streit um das Erbe des 1999 verstorbenen Hamburger Historikers Fritz Fischer, einen Vorgang, der in den meisten Äußerungen wissenschaftliche Kontroverse nicht genannt zu werden verdient. Dazu fehlt ihm die Substanz.

Unsaubere Geschichtsschreibung?

Fischers Name, soviel voraus, bezeichnet in der Geschichte der bürgerlichen Historiographie den radikalsten Bruch mit der schon am 1. Kriegstag vertretenen These von Deutschlands Unschuld am Eintritt in das Menschenschlachthaus. Er schrieb dem Kaiserreich nicht nur eine Teil-, sondern die Hauptverantwortung für den Beginn und die jahrelange Fortsetzung des Massenmordens auf den Schlachtfeldern Europas und noch jenseits von dessen Grenzen zu. Das sei, lässt nun der Berliner Hochschullehrer verlauten, nicht das Resultat von Forschungen gewesen, wie Fischer überhaupt als nach wissenschaftlichen Grundsätzen und Methoden arbeitender Historiker nicht angesehen werden könne. Er habe sich die Geschichte so zurechtgemacht, dass sie seinen vorgefassten Bildern entsprach und Interessen dienen konnte, die er verfocht. Mit seiner Kennzeichnung der Rolle, die Deutschland 1914 gespielt habe, hätte er den (West-)Deutschen jene bußfertige Haltung erleichtern oder ermöglichen wollen, die für die Hinnahme einer angeblichen Spätfolge des Ersten Weltkriegs, wenn nicht notwendig, so doch hilfreich gewesen sei; gemeint ist der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete jenseits der Oder. Da inzwischen aber die Bundesrepublik zur Mustertochter friedlichen Daseins geworden und die Revanchisten so viel wie einflusslos geworden seien, wäre jeder Grund entfallen, der Fischerschen politisch intendierten Sicht länger im Geschichtsdenken der Deutschen noch einen Platz einzuräumen.

Auf die Argumente und namentlich auf die Dokumente, auf die Fischer seine Erkenntnisse gründete, lässt Münkler sich nicht ein. Stattdessen schilt er ihn, weil er angeblich nicht vergleichend gearbeitet, die „geopolitischen Lagen“ und den „Zeitdruck“ der Akteure nicht berücksichtigt habe. Von einer Analyse, wie sie Münkler vorschwebt, so sein Verdikt, „sind Fischers Arbeiten meilenweit entfernt“. Sodann hatte Fischer, anders als der Politikwissenschaftler selbst, „von politischen Entscheidungs- und Beratungsprozessen nichts verstanden“. Er habe in die Entscheidungsabläufe an der Spitze des Kaiserreichs eine Kohärenz „hineinerzählt“, also doch erfunden, die es so nicht gegeben habe. „Danach werden die Quellen gebürstet.“ Wer an den Positionen Fischers festhalte, heißt es abschließend, blockiere die Beschäftigung mit offenen Fragen. Für keine dieser Behauptungen wird auch nur ein Beweis erbracht.

Die Beschuldigung, Fischer hätte nicht verglichen, ist lächerlich. Seine These ist das Ergebnis eines Vergleichs und die Feststellung der deutschen Hauptverantwortung für den Weg und den letzten Schritt in den Krieg beruht auf Tatsachen, die sich in Schulgeschichtsbüchern nachlesen lassen: 1. die Spitzen des Kaiserreichs haben den österreichisch-ungarischen Verbündeten auf dem Weg zur

Eröffnung eines Krieges gegen Serbien vorangestoßen. 2. Sie taten das im Bewusstsein der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit der Ausweitung dieses Krieges. 3. Sie versicherten Wien für diesen Fall der deutschen Kriegspartnerschaft. 4. Sie erklärten unter einem Vorwand Russland den Krieg. 5. Sie erklärten Frankreich unter einem weiteren Vorwand den Krieg. 6. Sie waren vor Kriegsbeginn entschlossen, Luxemburg und Belgien, zwei neutrale Staaten, zu überrennen. Es bedufte keiner archivarischen Tiefenforschung, um festzustellen, dass keine andere Großmacht eine vergleichbare Liste von Plänen und Handlungen vorzuweisen hatte. Das wusste Fischer, als er *Griff nach Weltmacht* schrieb, und weder Münkler noch Clark vor ihm haben eine solche vorgewiesen.

Fehlende Fragen

Und was soll der Verweis auf die „geopolitschen Lagen"? Keine wie immer gedachte zwang die Regierenden im Kaiserreich „zum Schwert" zu greifen. Und aufgrund welchen „Zeitdrucks", den Fischer angeblich zu berücksichtigen vergaß, hätten sie handeln müssen, ausgenommen jenen, den sie selbst als Bedingung für den militärischen Sieg sahen und befolgten. Diese „Argumente" reproduzieren nur Entschuldigungen, wie sie schon die Akteure vortrugen: den Verweis auf die angeblich missliche deutsche Mittellage und den Zeitdruck, der ihnen durch die Rüstungen der anderen Mächte entstanden sei. Die Fragen nach Kriegsursachen, Kriegszielen und Kriegsinteressen oder gar nach Kontinuitäten der deutschen Außenpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Fischer stellte, verkneift sich Münkler oder sie gehören nicht zu seinem Frageraster, das von jenem der Historiker nun wirklich meilenweit entfernt ist. Das erweist sich auch an den Vorschlägen, die er für künftige, von der Fischer-Blockade befreite Forschungen sich ausgedacht hat. Geklärt werden solle, warum keine der kriegführenden Mächte im Herbst 1914, als die Kriegspläne gescheitert waren, den Versuch zur Beendigung des Krieges gemacht hat. Darüber lassen sich Seiten füllende Abhandlungen lesen, die freilich davon ausgehen, dass nicht die Kriegspläne schlechthin, sondern die deutschen Anfang September sich mit dem Rückzug von der Marne erledigt hatten. Und weiter solle ergründet werden: Warum die Soldaten so lange weitergekämpft haben, womit jedoch er sich derweil selbst beschäftigt habe und, was unerwähnt bleibt, vor ihm auch einige andere Autoren.

Münklers Vorsatz, Fischers Arbeiten über Deutschlands Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg aus dem Geschichtsbild der Nation zu entsorgen, stehen ein paar, nicht eben viele Historiker entgegen, die ihm widersprechen. Denen geht es nicht besser als dem Hauptfeind. Sie werden außerwissenschaftlicher Interessen bezichtigt und mit dem Anwurf bedacht, es gehe ihnen nicht um Argumente, sondern um die „Diskreditierung" jener, die Fischers Thesen „bezweifeln". Das ist freilich ein schwaches Wort für die Attacken wider den Toten und das aus dem Wortschatz eines Mannes, der sich auch in Fragen der Sprache auszukennen vorgibt. Unerhört sei die gegen ihn, Münkler, und seinesgleichen erhobene Feststellung des „Revisionismus". Zwar gebe es in der Geschichte der Wissenschaft „Revision", „Revisionismus" aber nur in der Politik und der ihr dienenden Geschichtsideologie. Der Lärm ist grundlos. Fischer hatte das bürgerliche Geschichtsbild revidiert, wie nun ein halbes Jahrhundert später das seinige zu revidieren versucht wird. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass die eine Korrektur einen Fortschritt bedeutete, die aktuelle aber einen Rückschritt bezeichnet.

Wissenschaftliche Errungenschaften

Mit diesem Blick hatte Volker Ulrich von „Errungenschaften" Fischers und der sich an seine Publikationen anschließenden Kontroverse geschrieben. Er wird dafür von Münkler belehrt, dass der Begriff „Errungenschaften" in der Wissenschaft nichts zu suchen habe. Wer ihn für die Geschichtswissenschaft benutze, „nagele sie ans Kreuz". Dem Mann sei die Benutzung des Dudens empfohlen. Dort hätte er zur Verdeutlichung der Verwendung des Begriffs beispielsweise lesen können „eine Errungenschaft der Forschung" und in der Reihe der Synonyme wäre er auf „Durchbruch, Durchstoß, Erfolg, Fortschritt, Leistung, Sieg, Triumph, Volltreffer" gestoßen.

Noch mehr erregt hat den Sprachwächter aber, dass Hans-Ulrich Wehler im Zusammenhang von Fischers Hervortreten von „Zivilcourage" geschrieben hatte. Das hatte der Gründe viele. Nur wer von den Anfeindungen, denen sich Fischer ausgesetzt sah und von denen in vielen Darstellungen der *Fischer-Kontroverse* gelesen werden kann, so wenig weiß oder wissen will, wie Münkler, kann an der

Verwendung dieses Begriffs überhaupt Anstoß nehmen. Und dass, wie behauptet, Wehler diese Courage zum Kriterium für den Wahrheitsgehalt von Fischers Geschichtsbild habe machen wollen, ist eine miese Unterstellung.

Auf sie folgt die Entdeckung Münklers, dass genau genommen nicht von der Fischer-, sondern von der *Fischer-Ritter-Debatte* gesprochen werden müsse. Das ist der Versuch, die Konfrontation auf die Ansichten zweier Personen zu fokussieren und vom Ausmaß des Ereignisses, das Wellen bis zum Internationalen Historiker-Kongress 1965 in Wien schlug, und davon wegzulenken, dass damals schon die Truppe der Fischer-Gegner bis in die Niederungen der Politik reichte. In diesem Streit ist Ritter, der namhafteste unter den Kontrahenten aus der Zunft, mit dem Versuch gescheitert, die deutsche Kriegsverantwortung allein einigen führenden Militärs und deren zu großem Einfluss im Staate zuzuordnen, womit – und da lag gleichsam der Knackpunkt – die anderen Elitegruppen in Politik, Wirtschaft und Geistesleben freigesprochen waren.

Fischer, muss Münkler einräumen, sei aus der Kontroverse als Sieger hervorgegangen, jedoch nicht als Forschender, sondern „geschichtspolitisch“. Auch Ulrich und Wehler verfolgten nicht die Verteidigung eines wissenschaftlichen Standpunktes, sondern angeblich das Ziel, ein geistiges „Regime“ und ihre „Deutungsmacht“ aufrecht zu erhalten und zu monopolisieren. Das erweckt den Eindruck, als hätte in der Bundesrepublik fünfzig Jahre hindurch ein solches von Fischer ausgehendes Regiment geherrscht. Schulbücher für höhere Klassenstufen liest Münkler nicht. Anders wäre er auf jene Seiten gestoßen, auf denen Fischers und Ritters und anderer Standpunkte nebeneinandergestellt sind. Den Schülern wird unter „Aufgaben“ dann abverlangt, sich aus den wenigen zitierten Sätzen, die sie überzeugende Ansicht herauszusuchen. Man möge sich, dies nebenbei, ein Physik- oder Geographie-Buch vorstellen, das Schüler anregt, sich zwischen dem Bild der Erde als einer Scheibe oder eines kugelähnlichen Gebildes zu entscheiden. Die Behauptung eines zu beseitigenden „Regimes“, soll Münklers, seine und seiner Kollegen Initiative gleichsam die höhere Weihe eines Befreiungsaktes verleihen. Die von ihm namentlich genannten Mitstreiter sind Christopher Clark, dem wir die Entdeckung der Schlafwandler verdanken, und der nach eigenem Bekenntnis bekehrte Sönke Neitzel, der die Politiker des Jahres 1914 als Zocker aufspürte.

Verbannung der Schuldfrage

Schließlich kommt Münkler zu dem Thema, das ihn am meisten umtreibt. Er möchte die Frage nach der Schuld an einem beliebigen Kriege aus der Geschichtswissenschaft verbannen und allenfalls noch Forschungen zulassen, welche die jeweilige politische Verantwortung betreffen. Doch ließe sich darüber erst reden, „wenn die Schuldthesen erledigt sind“. Was geht in einem Kopfe vor, der weiß, dass nach einem Verkehrsunfall mit einem tödlichen Opfer die Schuldfrage und nicht nur die nach irgendeiner Verantwortung gestellt und nötigenfalls juristisch beantwortet wird, der aber, wenn eine Tat Millionen Tote zur Folge hat, sich dieser Fragestellung verweigert? Die Schuldfrage gehöre, verkündet Münkler, in den Bereich von Moral und Religion, die Juristerei gerät dem Politikwissenschaftler da auch aus dem Blick, aber nicht in den Bezirk der Clio. Selbst das unterschiedliche Maß an Verantwortung lasse „sich nicht einmal auf Grundlage einer quellengestützten Analyse ihrer (der Politiker) Absichten und Ziele bestimmen.“

Das ist das wenig verpackte Plädoyer dafür, dass sich die Historiker von jeglichem Versuch verabschieden, Urteile über die Rolle von Personen zu fällen, die auf geschichtliche Entscheidungen und Prozesse vom Rang Krieg oder Frieden einen maßgeblichen Einfluss besaßen oder besitzen. Und das wird mit der Scheinbegründung gerechtfertigt: Non possumus. Da steht dem Lehrer nun freilich eine Figur im Wege, auf die sich Millionen und Abermillionen, wenn auch in einer Verengung der Sicht, als auf einen Kriegsschuldigen geeinigt haben und das mit unabweisbaren Gründen. Er hieß Adolf Hitler. Doch bringt der Münkler nicht in Verlegenheit: „Hitler ist ein Sonderfall“, postuliert er, und könne daher als „Analysegröße“, was immer das sein mag, nicht benutzt werden. Das lässt sich ernsthaft nicht kommentieren, sondern nur mit den von Lichtenberg entliehenen Worten: „Mit größerer Majestät hat noch nie ein Verstand stillgestanden.“

Man wird in der Geschichte der Berliner Humboldt-Universität lange suchen und weit zurückgehen müssen, eine an Niveau und Stil vergleichbare Attacke eines Hochschullehrers gegen einen Wissenschaftler zu entdecken. Mindestens sieben Jahrzehnte.

Forum Wissenschaft, Bund der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Nr. 3, 29. September 2014, S. 46-48.

Kalter Krieg in Klassenzimmern

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges in Schulgeschichtsbüchern der Bundesrepublik

Wer sich hierzulande verlässlich informieren will, welche Geschichtsbilder den Herrschenden und Regierenden als ihren Zwecken dienlich erscheinen, kann das auf einfachem Wege tun. Er braucht nur in Bücher zu schauen, die von Staats wegen zum Gebrauch in öffentlichen Schulen zugelassen sind. Das geschieht im Folgenden. Ausgewählt wurden acht Schulbücher, von fünf verschiedenen Verlagen herausgegeben. Sie sind für Heranwachsende im Alter von mindestens 14 oder 15 Lebensjahren bestimmt (siehe die bibliographischen Angaben am Ende dieses Artikels). Durchmustert werden Texte, die sich mit der Vorgeschichte und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges befassen, der eben ein dreiviertel Jahrhundert zurückliegt.

Ursachensuche

Zwei Publikationen vermerken ausdrücklich, dass es über die Entstehung und Verursachung des Zweiten Weltkrieges und die Kriegsschuld keinen Streit gebe. Die Autoren nennen den Krieg, der am 1. September 1939 begann, sämtlich Hitlers Krieg. Er habe ihn gewollt, geplant, auf ihn hinarbeiten und ihn schließlich per Befehl eröffnen lassen. Und dieser Krieg sei eine Erscheinung sui generis, er besitze Singularität, die ihm durch seinen „rassenpolitischen Charakter verliehen“ worden sei (Cornelsen, S. 95). Zur Bekräftigung dieser Sicht wird die eines Vorurteils und einer Parteinahme unverdächtige Neue Zürcher Zeitung vom 4. September 1939 mit dem Satz zitiert, dass „die Verantwortung für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der ... mit Name und Vorname bezeichnet werden kann“ (Buchner 2, S. 186).

In Hitlers Außenpolitik seien zwei Phasen zu unterscheiden, die der Revisions- und die folgende der Expansionspolitik (Cornelsen, S. 200). Völlig allein und einsam habe der Diktator sich auf diesem Kurs jedoch nicht befunden. Die sogenannten Nahziele Hitlers seien auch die der konservativen deutschen Eliten und traditionellen Führungsschichten gewesen (Buchner 3, S. 11). Die aber hätten in der zweiten Phase nicht mehr mitgemacht. Beweisen würden dies die Biographien Hjalmar Schachts, der seinen Platz als Reichswirtschaftsminister 1937 und als Reichsbankpräsident 1939 räumte, und des Generals Ludwig Beck, der als Chef des Heeresgeneralstabes 1938 abtrat (Cornelsen, S. 201). In einem Band wird darauf verwiesen, dass Rüstungskapitalisten an den Profiten interessiert gewesen wären, die ihnen aus den Staatsaufträgen zuwuchsen, und Generale am Ruhm, der auf den Kriegspfad lockte. Doch reiht sie diese Erwähnung eher in eine besondere Kategorie von Mittätern oder Mitläufern ein, und nicht in eine Gruppe, die für den Weg in den Krieg besondere Verantwortung auf sich geladen hat.

Eine darüberhinausgehende Einordnung der deutschen Außenpolitik in die voraufgegangene Geschichte erfolgt nicht. Mit einer Ausnahme: Deren Text ist aus Joachim C. Fests Hitler-Biographie entliehen. Zitiert werden Passagen, die von der „Kontinuität des deutschen Weltmachtstrebens“ vom Kaiser- ins Hitlerreich handeln, die sich auch anhand der Rolle „gesellschaftlicher Gruppen“ verfolgen lasse (Buchner 3, S. 28-29).

In den Bänden nimmt bei aller Abstufung pädagogischer Ansprüche und verfügbaren Platzes die Vorgeschichte des Krieges einen herausragenden Platz ein. Ohne dass Fragen zum Thema zugespitzt würden, wie dieser Krieg sich womöglich hätte verhindern lassen, steht dabei jedoch im Zentrum die Appeasement-Politik, die Großbritannien mit dem Flottenvertrag 1935 einleitete. Unter den Motiven, die London dabei antrieben, wird in einer Publikation nahezu nebenher und mit nebelhafter Wortwahl erwähnt: „Der offen zur Schau gestellte Antibolschewismus Hitlers kam den bürgerlichen Politikern Westeuropas gar nicht einmal ungelegen“.

Selbstredend bestreitet niemand, dass die Politik der Beschwichtigung durch Zugeständnisse eine verfehlte Antwort auf den deutschen Kurs darstellte. Doch werden dem erklärende und gleichsam entschuldigende Gründe hinzugefügt. Die einzige scharf kritische Stimme unter zwölf in einem Buch zitierten ist die Winston Churchills. Das Vorgehen der britischen Regierung wird als „Politik des Ausgleichs gegenüber Diktatoren“ bezeichnet, zudem seien die Beteiligten einem Irrtum verfallen, in

ihrem Tun und Lassen hätte sich „geistige Trägheit“ ausgedrückt (Cornelsen, S. 219-222). So informiert sollen Schüler dann folgende Aufgabe angehen: „Schreiben Sie einen Leitartikel zum ‚Münchener Abkommen‘ aus der Sicht eines Befürworters und einen aus der eines Gegners der Appeasement-Politik“ (ebenda, S. 222).

Zur letztlich verhängnisvollen Strategie der Westmächte sei es gekommen, weil diese auf eine Konfrontation mit dem hochrüstenden Deutschland militärisch nicht vorbereitet gewesen seien, sich innenpolitisch noch immer mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise auseinandersetzen mussten und namentlich England Probleme in seinen Kolonien zu bewältigen gehabt hätte, so dass man sich insgesamt Ruhe und Frieden in Europa gewünscht habe. Daher sei es zur Reise des britischen Regierungschefs Neville Chamberlain und seines französischen Amtskollegen Édouard Daladier nach München und dem nach der Stadt benannten Vertrag gekommen. Der Leser erfährt, dass dort ohne die Tschechoslowakei über deren Kopf hinweg verhandelt und das Abkommen geschlossen wurde. Er erfährt aber nicht, dass Frankreich mit der Tschechoslowakei so verfuhr, obwohl beide Staaten seit 1935 durch einen Beistandsvertrag verbündet waren. Und auch nicht, dass das Verfahren von München der Sowjetunion den Stuhl vor die Tür Europas setzte und sie erneut in eben jene Lage brachte, aus der herauszukommen sie sich seit 1933 verstärkt bemühte. Davon gibt es eine Ausnahme: „Bewusst hatten sie (die Westmächte, K. P.) die UdSSR noch von der Münchener Konferenz ausgeschlossen“ (Cornelsen, S. 202).

Kein Sicherheitssystem

Im Buchner Verlag werden die Anstrengungen des Kremls erwähnt, angesichts der sich abzeichnenden Bedrohung Verbündete zu finden und sich deshalb dem Westen anzunähern (Buchner 3, S. 12). Sie habe „den Schulterschluss mit den ehemaligen Alliierten (gemeint sind offenbar die Verbündeten des einstigen Zarenreichs, K. P.)“ gesucht (Buchner 2, S. 182). Auf diesem Kurs, das erwähnen mehrere Autoren, wurde die UdSSR 1934 Mitglied des Völkerbundes. Aber dass sie damit Anschluss an ein System der kollektiven Sicherheit erstrebt habe (Buchner 3, S. 12), ist ein Phantasieprodukt. Es waren vielmehr zuerst der französische Außenminister Louis Barthou, der 1934 bei einem Attentat tödlich verletzt wurde, und dann Maxim Litwinow, sein sowjetischer Amtskollege, die ein derartiges System als erste anstrebten. Dessen Kristallisationskern hätte jener mit den Maiverträgen 1935 zwischen Moskau, Prag und Paris geschaffene Verbund werden können (Die Verträge werden immerhin in einem Buch so erwähnt: „Die UdSSR schloss mit Frankreich und der Tschechoslowakei Beistandspakte für den Fall eines bewaffneten Angriffs von außen“ (Buchner 3, S. 13). Doch London torpedierte das Projekt, und weder die Regierung in Warschau noch die in Bukarest ergriff die Chance, hier eine Front schaffen zu helfen, die den Aggressor hätte abschrecken können.

Keine für die Schülerhand bestimmte Darstellung arbeitet die einzige in der Mitte der dreißiger Jahre noch existierende Alternative europäischer Politik heraus und die hieß – tertium non datur – kollektive Sicherheit oder Appeasement-Politik. Als letztere mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 einen Bankrott erlitt, versuchte Litwinow sofort, diese kollektiven Sicherheitsbestrebungen zu reanimieren. Vergeblich. Davon ist in keinem Buch die Rede.

Aus dieser diplomatischen Initiative Moskaus gingen einzig jene dreiseitigen Verhandlungen hervor, zu denen sich Militärs der französischen und der britischen Streitkräfte in der Stadt an der Moskwa einfanden. Von diesen und den Hemmnissen, die sie scheitern ließen, ist, wo sie erwähnt werden, nur nebenher die Rede. Niemand benennt die unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten über Charakter und Ausmaß der gegenseitigen Verpflichtungen. Ohne Beleg für die Verursachung wird in einem Band geschrieben, die Verhandlungen hätten sich, „von Stalin durchaus nicht ungewollt“ hingezogen (Cornelsen, S. 202). Behauptet wird die Unaufrichtigkeit des Kremls, der Parallelgespräche mit Deutschland führte, die auch als „raffiniertes Doppelspiel“ (Buchner 3, S. 19) bezeichnet werden.

Der Nichtangriffsvertrag

Kein einzelnes Thema aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges nimmt in den Schulgeschichtsbüchern in Wort und Bild so viel Platz ein wie der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, der meist als Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet wird. Es gibt in den untersuchten Bänden in

einem ein Foto, das Hitler am Tisch mit Chamberlain und Daladier abbildet, aber keine Karikatur des einen oder anderen. Hingegen findet sich in jedem entweder ein Foto vom Vertragsabschluss im Kreml, darauf Stalin der deutschen Delegation zuprostend, oder eine Karikatur (V. u. W, S. 137), die ihn und Hitler als Komplizen und fröhliches Gaunerduo darstellen (Buchner 3, S. 9). Manche Autoren liefern beides. Und die des in Mecklenburg-Vorpommern eingeführten Lehrbuches erteilen Schülern den „Arbeitsauftrag“: „Erläutere die Sicht auf den Hitler-Stalin-Pakt, die in der Karikatur zum Ausdruck kommt“ (V. u. W, S. 138).

In den Texten wird der Vertragsabschluss zunächst als „Sensation“, „Überraschungscoup“ und „spektakulärer Erfolg der deutschen Diplomatie“ bezeichnet. Niemand stellt die naheliegende Frage, wer die Sowjetunion in jene Lage manövriert hatte, in der die Idee einer kollektiven Wappnung gegen den deutschen Aggressor nicht mehr war als ein schöner Traum. So standen die Politiker in Moskau vor der Entscheidung, den Dingen ihren Lauf zu lassen oder die Chance zu ergreifen, die ihnen die deutsche Offerte eines Nichtangriffsvertrages bot, die freilich ein Konkurrenzangebot wider das in Berlin gefürchtete Dreierbündnis darstellte. In diesem Moment erst vollzogen die Vertreter der UdSSR jene abrupte Wendung, die ihnen die Aussicht verschaffte, ihren Staat aus dem nahen Krieg auf unbestimmte Zeit herauszuhalten. Aus einem Krieg, dessen vorhersehbares baldiges Ergebnis sein würde, dass die Sowjetunion mit dem faschistischen Reich eine mehrere hundert Kilometer lange Landgrenze erhielt.

Nur war es dahin nicht in einem „Doppelspiel“ gekommen. Die Verhandlungen, die mit Deutschland geführt wurden, betrafen die längste Zeit allein die Zukunft der erstarrten wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder und kamen im August zum Abschluss. In den Sitzungen mit den nicht mit verbindlichen Vollmachten ausgestatteten Offizieren der Westmächte hingegen wurde die Möglichkeit erörtert, zu einem militärischen Dreibund zu gelangen, der ohne die Genehmigungen Polens und Rumäniens für Durchmarschrechte sowjetischer Truppen nicht funktionstüchtig werden konnte. Wo letzteres erwähnt wird, muss angemerkt werden, dass sich Polen dagegen sperrte. Es habe sich davor „nicht weniger als vor einer deutschen Aggression“ gefürchtet (Cornelsen, S. 202). Dass die Verhandlungen unter einem sich verschärfenden Zeitdruck stattfanden, schien in den Hauptstädten an der Themse und der Seine keine ihr Verhalten beschleunigenden Impulse auszulösen. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass London und Paris doch nach ihrer Münchener Politik an der Reihe waren, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen nährten sie mit ihrer Art, die Beratungen zu verschleppen, das auf beiden Seiten ohnehin vorhandene Misstrauen.

An diesen Tatsachen vorbei wird in einem Schulbuch behauptet, dass Großbritannien und Frankreich „trotz intensiver Bemühungen“ ein Bündnis mit der UdSSR nicht erreicht hätten (Buchner 1, S. 99). Auch in einem anderen Band, in dem die Verhandlungen „über ein Bündnis unter möglicher polnischer Beteiligung“ erwähnt werden, wird über ihren Verlauf und die Ursachen ihres Scheiterns geschwiegen (Buchner 2, S. 184). In die Rolle von Buridans Esel, der sich zwischen zwei gleich großen und gleich weit entfernten Heuhaufen nicht entscheiden kann und deswegen verhungert, wollte sich die Sowjetunion nicht begeben. Ihre Führung entschied unter dem Drängen der deutschen Regierung und auch dem von Hitler persönlich, das keinen Zweifel am Ernst des Angebots ließ, auf den deutschen Vorschlag einzugehen, der zudem die Möglichkeit bot, dafür einen Preis auszuhandeln.

Wessen Verantwortung?

Erörtert wird das den Übereinkünften zugrunde liegende Generalinteresse der Vertragspartner. Dasjenige Hitlers bestand darin, einen Zweifrontenkrieg abzuwenden und erst allein Polen und danach die Westmächte anzugreifen. Gleichzeitig erhielten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschem Reich und UdSSR damit einen politischen Rahmen. Über Stalins Motive wird geschrieben: Er „wollte in jedem Falle seine Einflusssphäre in Osteuropa auch im Kriegsfalle gesichert wissen. So konnte er sich bei dem zu erwartenden Angriff Deutschlands aus allen Kampfhandlungen heraushalten“ (Buchner 2, S. 184).

Nur in einem Band lässt sich eine relativ sachliche Darstellung der sowjetischen Antriebe lesen: „Stalin bekam eine Atempause für die innere Festigung seines Staates. Auch schien die Gefahr eines

großen Bündnisses aller Gegner der Sowjetunion, wie in den Jahren 1919/1920, vorerst gebannt“ (Diesterweg, S. 153). Das hinderte die Autoren indessen nicht, die Schüler danach mit Darstellungen von Historikern bekanntzumachen, die Stalin zum Mitschuldigen am Zweiten Weltkrieg erklären. Zitiert wird der Stalin- und Trotzki-Biograph Isaac Deutscher: „Stalin konnte nicht darüber im Zweifel sein, dass er [...] damit (mit dem Vertragsabschluss – K. P.) den zweiten Weltkrieg entfesselte“. Worauf der (west)deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann mit der These folgt: „Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern“. Er hätte sich dazu nur mit den Westmächten verbünden müssen. Zwischen Deutscher und Erdmann kommen zwei DDR-Historiker, das ist ein Unikat, mit dem Verweis zu Wort, Hitler hatte sich auf den Kriegsbeginn gegenüber den Generalen bereits im Frühjahr 1939 festgelegt und erklärt, eine spätere Offensive werde nur die eigenen Siegesaussichten verschlechtern. Am Ende sollen die Schüler die konträren Standpunkte „abwägen“ und sich „eine Meinung bilden“. Die Buchautoren haben keine oder lassen sie jedenfalls nicht erkennen.

Anders jene eines weiteren Lehrbuches, die Schülern die Beantwortung folgender Frage zur Aufgabe machen: „Welchen Sinn hatten die Vereinbarungen für beide Staaten?“ (Buchner 3, S. 27) Ihre Vorgabe lautet, sofern es die UdSSR betrifft: „Stalin konnte sich aus einem europäischen Kriege einstweilen heraushalten“. Darüber hinaus wird postuliert, er habe mit dem Vertrag weltrevolutionäre Ziele fördern wollen: „Der Konflikt der hochindustrialisierten kapitalistischen Mächte Europas untereinander schien ihm hingegen nützlich für die Verbreitung der Revolution des Proletariats.“ Zu seinem Kalkül hätte auch gehört, „zu einem günstigen Zeitpunkt entscheidend ins Geschehen einzugreifen.“ Das angebotene Fazit lautet: „Seine Rechnung ist ... insgesamt aufgegangen“ (Buchner 3, S. 22).

Mehrere Darstellungen zeichnen Stalin als den europäischen Politiker, in dessen Hand die Entscheidung über Krieg und Frieden lag, und der, da sie zugunsten des Krieges fiel, auch der letztlich für ihn verantwortliche ist. Für 1939 wird festgestellt: „Die Schlüsselrolle in Europa gegen Hitler fiel Stalin zu“ (Diesterweg 1, S. 386). Auch Schüler in Mecklenburg lesen: Mit dem Abschluss des Nichtangriffsvertrages „war der Weg frei für Hitler. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg“ (V u. W, S. 137). In einem Band lautet der abschließende Satz zur Vorgeschichte des Krieges: „Stalin hoffte ihn (Hitler, K. P.) in einen vernichtenden Krieg mit den Westmächten zu treiben“ (Westermann, S. 94). Und dass ihm dies gelungen sei, geht aus einem anderen Text hervor: „Noch am selben Tag der Vertragsunterzeichnung legte Hitler den 26. August als Termin für den Angriff auf Polen fest“. Mit diesem Wissen sollen Schüler die Frage beantworten: „Lässt sich aus dem ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ eine Mitverantwortung der Sowjetunion an dem Ausbruch des Krieges ableiten?“ (Buchner 1, S. 99 u. 101) Eine verwandte, milder formulierte Beschreibung der Wirkung des Vertrages besagt, dass Hitler nun „die Bedingungen für einen militärischen Angriff gegen Polen als gegeben“ ansah (Cornelsen, S. 202).

In Wahrheit hatte Hitler, so in einer weiteren Ansprache vor Generalen, die Eröffnung des Angriffs nicht an die Vermeidung eines Zweifrontenkrieges, nicht an das Stillhalten der Westmächte gebunden: „Auch wenn im Westen Krieg ausbricht, bleibt Vernichtung Polens im Vordergrund“ (Eine längere Passage aus der Mitschrift von Hitlers Rede mit diesem Satz zitiert Buchner 1, S. 100). Das hieß, er schloss ein Eingreifen der Westmächte nicht aus und bestimmte, auch in diesem Falle werde der Schwerpunkt der Kriegshandlungen zunächst im Osten liegen. Mit dem in Moskau geschlossenen Vertrag wuchs freilich seine Hoffnung auf einen Separatkrieg im Osten. Doch zu keinem Zeitpunkt war der eine Bedingung für seinen Angriffsbefehl.

In einem Geschichtsbuch wird eine Sicht geboten, die Stalin nicht zum Kriegsmitschuldigen Hitlers macht. Nach der Feststellung, dass Hitler den Krieg „entfesselte“, wird geschrieben, dass Stalins Paktschluss (der an erster Stelle, K. P.), Chamberlains „Appeasement“ und die französische Defensivpolitik das deutsche Vorgehen im Vorfeld erleichterten“ (Diesterweg 1, S. 397). Das bewirkten die hier aufgezählten Tatsachen jedoch in sehr unterschiedlichem Grad.

Bei allen Unterschieden im Einzelnen verbindet die durchmusterten Schulgeschichtsbücher eine im Wesentlichen einheitliche Darstellung der geschilderten Zeitspanne. Unterschiede existieren in

Schärfe oder Milde der Wortwahl bei der Charakterisierung von Ereignissen, Entscheidungen oder Personen, sind also gleichsam von quantitativer Natur. Und es gibt sie auch in der Deutlichkeit, mit der die Verfasser eigene Standpunkte ausdrücken. Insgesamt entsprechen die Lehrbuchtexte den in der Fachwissenschaft vorherrschenden Darstellungen.

Ausgewählte Schulbücher für den Geschichtsunterricht

(Buchner 1): Das waren Zeiten. Das 20. Jahrhundert, C. C. Buchner Verlag, Bamberg 2002.

(Buchner 2): Weimarer Republik und NS-Staat, C. C. Buchner Verlag, Bamberg 2000.

(Buchner 3): Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Ausgabe B, C. C. Buchner Verlag, Bamberg 1995.

(Cornelsen): Geschichtsbuch Oberstufe, Bd. 2: Das 20. Jahrhundert, Cornelsen Verlag Berlin 1996.

(Diesterweg): Epochen und Strukturen. Grundzüge einer Universalgeschichte für die Oberstufe, B. II: Vom Absolutismus bis zur Gegenwart, Verlag Moritz Diesterweg Frankfurt a. M. 1996.

(Diesterweg 2): Expedition Geschichte 4. Mittelschulen Sachsen Klasse 4, Diesterweg u. a. 2006.

(V. u. W): Geschichte plus. Klasse 9. Mecklenburg-Vorpommern, Volk und Wissen Verlag, Berlin 2003.

(Westermann): Anno 4, Bd. IV: Das 20. Jahrhundert, Westermann Braunschweig 1997.

junge Welt, Donnerstag, 09.10.2014, S. 12.

Frühe Begegnung

Eine Erinnerung an Kurt Goldstein anlässlich seines 100. Geburtstages

Im Jahre 1945 verschlug es mich von Schlesien über Zwischenstationen nach Thüringen und in die Stadt Weimar. Noch am Tage meines Eintreffens geleitete mich mein Vater, der da früher schon angekommen war, zum Hause der Frau von Stein und verabschiedete sich von mir mit den Worten, da seien „die Richtigen“ drin. Ich stieß im Innern, dessen Einrichtung deutlich an ein früheres Hitlerjugendheim erinnerte, wie ich erwartet hatte, zwar auf eine Gruppe junger Leute, doch diskutieren die nicht, sondern übte sich im Volkstanz nach dem Liede von den Leinewebern, die eine saubere Zunft gehabt haben sollen. Das war indessen nicht ihre Hauptbeschäftigung, wie die folgenden Zusammenkünfte zeigten.

Im Haus der Jugend in der Stadtmitte, wo sich auch die Büros der sich formierenden Antifaschistischen Jugend befanden, gab es wöchentlich Schulungsabende. Die wurden von Antifaschisten bestritten, von denen viele als letzte Station ihrer Gefangenschaft Buchenwald überlebt hatten. Stefan Heymann, der später u. a. Botschafter der DDR in Polen war, Walter Wolf, zeitweilig Landesdirektor für Volksbildung in Thüringen, später Professor in Jena und Potsdam, und Kurt Goldstein. Wir, ihre Zuhörer, zählten in jenem Frühherbst nicht mehr als allenfalls eineinhalb Dutzend Mädchen und Jungen.

In diesen Umständen also begegnete ich Kurt zum ersten Mal. Er war der für die Jugendarbeit der Kommunistischen Partei zuständige Mann und „residierte“ im Sitz der Landesleitung in der Schwanseestraße unterm Dach in einem kleinen Zimmer mit schrägen Wänden. Dort auch und in seinem Domizil, einem Zimmer im nahe dem Bahnhof gelegenen Hotel, das damals „Germania“ hieß, trafen wir aufeinander. Diese Begegnungen waren stets mit Anregungen und Aufträgen verbunden. Einer lautete, für die „Kinder Berlins“ Äpfel zu sammeln. Also machten wir uns auf – nach Oßmannstedt. Und brachten tatsächlich Früchte mit, die an den Toren von Bauersgehöften leicht nicht zu erbitten waren. Doch hätten wir einfach auch ein schlechtes Gewissen gehabt, vor Leute gleichsam mit leeren Händen zurückzukommen, von denen wir mehr ahnten denn wussten, was hinter ihnen lag.

Denn: Ihr Erleben in Buchenwald? Das bildete kein Thema unserer Gesprächsabende mit jenen Menschen, die am Anfang unseres Weges in den Antifaschismus standen, uns gedanklich Türen öffneten, von denen wir bis dahin nicht gewusst hatten, dass es sie überhaupt gab. Und dieses Beschweigen der eigenen Erinnerung blieb bei Kurt und den Anderen lange so. Und wir? Wir trauten uns nicht nachzufragen, sondern lasen die ersten Broschüren, die über das Lager auf dem Ettersberg auf dem schmalen Literaturmarkt erschienen.

Kurt war der Lenker der antifaschistischen Jugendarbeit in Thüringen, unterwegs zwischen Schleiz und Schmalkalden. Für zwei Episoden ist hier Platz, die etwas über den Stil seiner Arbeit aussagen. In den letzten Tagen 1945, das war seine Idee, fand die erste antifaschistische Jugendkonferenz Thüringens in Gera statt. Der Fest- und Tanzsaal aus Kaisers-Zeiten war gefüllt. Als ein Hauptredner sprach ein evangelischer Pfarrer, der die Rolle seiner Kirche etwas stärker aufhellte, als wir sie in Erinnerung hatten. Es gab Proteste. Am Ende griff auch Kurt ein, nicht versöhnend, aber dämpfend. Dann weihten wir ein Jugendheim ein. Das erhielt den Namen der Geschwister Scholl. Kurt hatte ihn gegen den Vorschlag, es nach Ernst Thälmann zu benennen durchgesetzt. Und das war nicht der einzige Fall, in dem ich ihn als einen Politiker erlebte, der seine Überzeugung verfocht und zugleich nach Zwecken und Wirkungen fragte. Wenig später war ich Schüler einer Internatsschule auf dem Thüringer Wald. Wir, ein halbes Dutzend Schüler, durchweg Kinder von Antifaschisten, hatten im Januar 1946 dort eine der neuen Jugendgruppen gegründet. Die Idee einer Wandzeitung wunde geboren. Wir hatten uns für sie einen besonders revolutionären Titel ausgedacht. Kurt, der auf einer seiner Reisen in Wickersdorf Halt machte, hörte sich unseren Vorschlag an. Dann meinte er, wir sollten doch lieber den Titel „Die Funzel“ wählen und ihn als Programm verstehen, aufzuspüren und aufzuspießen, was im Leben dieser Schulgemeinde kritikwürdig sei. So wurde sie dann auch getauft. Denn Kurt war, wie sage ich es in einem Wort? Ein Überzeugender.

antifa, 13. November 2014, S. 19.

Die verweigerte Tafel

Vor 100 Jahren stimmte Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite.

Gäbe es eine Ehrenliste, auf der die Friedensbekenntnisse deutscher Kriegsgegner verzeichnet wären, sein Name und seine Tat würden den ersten Platz besetzen. Die Rede ist von Karl Liebknecht und seinem „Nein“ zu den von der Regierung verlangten Kriegskrediten, bezeugt am 2. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag. Der Mann gehörte auf Platz 1 wegen des Mutes, den diese Weigerung verlangte. Nicht nur, weil es die Tat eines Einzelnen, eines Alleingelassenen war, sondern auch wegen des Risikos, das sich mit ihr verband. Noch waren Millionen Deutsche, die den Beginn des Ersten Weltkrieges Anfang August gefeiert, ja bejubelt hatten, nicht ausgenüchtert. Noch hatten sie nicht begriffen, in welchen Krieg sie da gestürzt worden waren. Und noch dämmerte ihnen nicht, dass ihn das Deutsche Kaiserreich bereits auf französischem Boden an der Marne verloren hatte. Liebknecht also war an jenem Dezembertag im ersten Kriegsjahr, als die Abgeordneten ihre Zustimmung nicht durch ihre Handzeichen bekundeten, sondern sich feierlich erhoben, sitzen geblieben. Rederecht war ihm nicht gewährt worden. Er legte seine Begründung schriftlich nieder.

Es wurde und wird an diesen Protest weder in noch an dem Gebäude, in dem sich dies zutrug, angemessen erinnert. Nicht in der Weimarer Republik, deren Politikermehrheit kein kritisches Verhältnis zum Weltkrieg und der deutschen Rolle bei dessen Entfesselung und Fortführung besaß. Und natürlich erst recht nicht während der faschistischen Diktatur, in der die ärgsten Kriegstreiber herrschten. Aber auch nicht während jener Jahrzehnte, in denen das Haus als Ruine im westlichen Teil der gespaltenen Stadt stand. Seit 1999 ist es das Domizil des Deutschen Bundestages. Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat vorgeschlagen, das so lange Ungewollte oder jedenfalls Ungetane nachzuholen, dafür den 100. Jahrestag zum Anlass zu nehmen und in dem Gebäude eine Tafel anzubringen, die an das Geschehen erinnert. Der entsprechende Antrag wurde am 3. Juli dieses Jahres in einer auf 45 Minuten begrenzten Abendsitzung verhandelt, in der die Abgeordneten des 100 Jahre zurückliegenden Kriegsbeginns gedachten. Da hatte sich der Plenarsaal schon weitgehend geleert. Die Rede hielt der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser. In ihr waren weder deutsche noch französische Kriegsgegner erwähnt worden, kein Jean Jaurès und kein Karl Liebknecht. Stattdessen der Verweis auf ein in Frankreich erschienenes Buch mit dem Titel „Die Schuld lag nicht bei Deutschland“.

Diese These hätten die Abgeordneten, die an diesem Abend das Wort nahmen und sich mit dem Antrag der Linkspartei befassten, en passant und unter Berufung auf die von Liebknecht vorgenommene Analyse der Kriegsursachen richtigstellen können. Doch weit gefehlt. Ihnen oblag es, als Sprecher ihrer Fraktionen das Ansinnen der LINKEN zurückzuweisen. Die harmloseren Einwände, denen Verbeugungen vor dem Mut und gar der Weitsicht Liebknechts vorausgeschickt wurden, lauteten u. a., er sei in den öffentlichen Räumen der Bundesrepublik durch Straßen- bis zu Sportplatznamen doch hinreichend präsent, wobei Taufen aus DDR-Zeiten aufgezählt wurden, dazu eine in Dortmund. Unerwähnt blieb, dass Schulbücher, die in den neuen Bundesländern eingeführt wurden, Liebknechts Tat nicht erwähnen, beispielsweise ein für Schulen Mecklenburg-Vorpommerns bestimmtes mit dem Titel „Geschichte plus“.

Es könne das Problem Erinnerungskultur nicht durch Tafeln gelöst werden, hieß es. Nun, dem hätte Tucholsky entgegenhalten: Wir brauchen andere Tafeln. Die Scharfmacherin im Streit stellte die sozialdemokratische Fraktion, was verständlich war, würde eine solche Tafel doch an alle erinnern, die seinerzeit den Krieg zur Vaterlandsverteidigung umlogen. Mehr noch: Lesende könnten sich fragen, ob sich im Verlaufe eines Jahrhunderts ein Vorstand dieser Partei überhaupt prinzipiell und kritisch zur Rolle der Vorväter geäußert hat. Der Antrag, so die Rednerin der SPD weiter, verfolge nur parteiegoistische Ziele, und die ihn stellten, würden eine „Show“ veranstalten und eine „Nummer abziehen“. Derlei Ausfälle gehen im Hohen Haus ungerügt durch. Sie gaben indessen nur Ein- und Überleitungen hin zu den eigentlichen Einwänden. Die wurden in Form eines politischen Sündenregisters des Karl Liebknecht unterbreitet. Er sei kein Demokrat gewesen und für die Anwendung von Gewalt eingetreten. Er trage Verantwortung für die Spaltung der Sozialdemokratie, die Radikalisierung der

Kriegsgegner und als Mitbegründer für alles Unheil, das die KPD angerichtet habe, somit auch indirekt für den Untergang der Weimarer Republik.

Kurzum, was den bürgerlichen und sozialdemokratischen Sprechern an der Biografie des Kommunisten missfiel, mochte es wahr, erfunden oder konstruiert sein, wurde gegen die Tat am 2. Dezember 1914 aufgerechnet. Die Abzüge ergaben die erwünschte Endsumme. Dabei lautete der Antrag der Linksfraktion doch einzig auf die Würdigung dieser einen Tat, die des gesamten Lebens dieses Mannes ist den Parlamentariern vernünftigerweise nicht zugemutet worden. Doch auch in dieser Form hatten sich die Antragsgegner die Gelegenheit zu erneuten antikommunistischen Bekenntnissen nicht entgehen lassen. Über das, was in dieser Aussprache an Kenntnissen über den Ersten Weltkrieg preisgegeben wurde, soll hier der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Nur soviel: Die Sprecherin der Sozialdemokaten wandte sich ausdrücklich dagegen, die Eliten des deutschen Kaiserreiches für den Weg in den 1. August 1914 hauptverantwortlich zu machen.

Es wird also ein offizielles, öffentliches Erinnerungszeichen an Liebknechts „Nein“ am 2. Dezember 2014 nicht geben. Sollte jemand darob des Trostes bedürfen, der mag sich des Sprichworts erinnern: Gut Ding will Weile haben.

Neues Deutschland Sonnabend/Sonntag, 29./30. November 2014, S. 25.

Träumerin – Rebellin – Friedenskämpferin

Verspätetes Gedenken: Am 21. Juni vor hundert Jahren verstarb Bertha von Suttner

Das zu Ende gehende Jahr war geprägt vom Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Kaum eine Rolle spielte dabei die Erinnerung daran, dass es schon vor 1914 eine Friedensbewegung gab. Eine der wichtigsten Akteurinnen war Bertha von Suttner, die Friedensnobelpreisträgerin von 1905. Kurt Pätzold erinnert an die leidenschaftliche Kriegsgegnerin, die kurz vor Kriegsbeginn, am 21. Juni 1914, starb.

In den öffentlichen Räumen der Bundesrepublik lässt sich schwerlich der Name einer anderen Frau so oft finden wie jener der Bertha von Suttner. Selbst in früheren Zeiten, da mit Vorliebe an hochadlige Damen erinnert wurde, war den Luisen, Dorotheen und weiteren Königinnen, Prinzessinnen, Großherzoginnen bei Spaziergängen durch deutsche Städte nicht so oft zu begegnen wie der als Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau geborenen, einem böhmischen Adelsgeschlecht entstammenden Frau, einer Bürgerin der K. u. k. Monarchie. Ihr 1889 erschienenes Buch, ein „Roman“, machte sie weltberühmt. Dem Werk gab sie einen Titel, der wie ein Appell klang und es auch sein sollte. Das Buch *Die Waffen nieder!* war die Schrift einer leidenschaftlichen Militär-, Rüstungs- und Kriegsgegnerin, die nicht nur mit der Feder und dem gesprochenen Wort stritt, sondern auch Menschen in eine Front für eine friedliche Welt zu bringen suchte. 1905 erhielt sie als erste Frau den Friedensnobelpreis.

Auf ihren Namen sind in Städten aller deutschen Bundesländer Straßen getauft worden, in großen wie Berlin und Düsseldorf, ebenso in kleineren wie Großzimmern und Bad Vilbel. In Gotha gibt es einen nach ihr benannten Platz, in Rostock einen Ring und in Kaltenkirchen einen Weg. Lang ist auch die Liste der Schulen, die Bertha von Suttners Namen tragen, es gibt sie in Hannover, Köln, Oberhausen, aber auch in Geesthacht und Mechterstedt. In Schwerin, Bad Homburg und Gerbrunn heißen Wohnanlagen für Senioren nach ihr, in Backnang ein Kindergarten, in Nürnberg eine Kinder- und Jugendeinrichtung und in Sömmerda ein Bürgerzentrum. Die Annahme, dass diese Taufen meist nach dem zweiten der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts vorgenommen wurden, dürfte ohne Risiko sein. Gleiches gilt wohl dafür, dass die Zahl der Straßen, die nach zwei anderen, im Kampf gegen den Krieg herausragenden Frauen, nach Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik benannt wurden, größer gewesen sein dürfte als Namensgebungen für Bertha von Suttner. Das ging nicht auf Vorurteile gegen die Frau von Adel zurück, sondern auf die unterschiedliche Nähe zu den Vorschlägen, die diese und jene für den Kampf gegen den Krieg gemacht hatten und denen sie gefolgt waren. Davon später ein Wort.

Erinnerung an eine Unbekannte

An Bertha von Suttner ist in Deutschland und natürlich auch in Österreich zudem auf vielerlei andere Weise erinnert worden. Das taten die Post durch die Herausgabe von Briefmarken und die Staatsbanken durch die Edition von Münzen, wofür 2005 der hundertste Gedenktag an die Verleihung des Nobelpreises besonderen Anlass bot. Die Deutsche Friedensgesellschaft vergibt einen Kunst- und Medienpreis mit ihrem Namen. Und immer wieder waren die Frau, ihr Leben, ihr Verdienst und ihr Erbe das Thema von Veröffentlichungen.

Eine erhebliche Zahl von Biographien ist in Bibliotheken oder im Buchhandel greifbar. Eine jüngere mit dem Untertitel *Kämpferin für den Frieden* stammt von der deutsch-österreichischen Historikerin Brigitte Hamann und ist eine 2013 erschienene überarbeitete Fassung ihres Buches von 1986, damals mit dem Untertitel *Ein Leben für den Frieden*. Andere Lebensbilder künden sich ebenfalls mit charakterisierenden Zusätzen an: *Herz der Welt* (1964), *Frieden ist meine Botschaft* (1964), *Die Vision vom Frieden* (1988). 1996 wählte ein Autor für seinen Buchtitel die Bezeichnung *Die Rebellin*. In Österreich erschien 2005 der Band *Die unbekannte Friedensnobelpreisträgerin*. Mehrfach haben Schriftstellerinnen das Leben der von Suttner zum Gegenstand von Romanen gemacht. In Hamburg kam 1955 eine Biographie auf den Büchermarkt, die mit dem Titel *Das Genie eines liebenden Herzens* Leser warb. 1967 wurde in der DDR ein Suttner-Roman Wagnis einer Frau veröffentlicht. Die Österreicherin Herta Pauli, die 1938 nach dem „Anschluss“ ihr Land verließ, nach Frankreich emi-

grierte und dann auf abenteuerlichem Weg in die USA gelangte, hatte ihren Roman *Nur eine Frau* im Jahr zuvor bei Fischer in Wien und Leipzig publiziert. In New York ließ sie eine Biografie Alfred Nobels folgen, der nach einer kurzen persönlichen Bekanntschaft einen lebenslangen Briefwechsel mit von Suttner pflegte. Ungezählt sind die Sammlungen, die Artikel oder Auszüge aus ihren Büchern enthalten, eine, schon zu Suttners Lebzeiten 1903 herausgegeben, nannte sie im Titel *Die „Schwärmerin" für Güte*.

Nur wenige Bücher deutscher Sprache sind in so viele Fremdsprachen übersetzt worden wie Die Waffen nieder, und nur wenige haben so viele Auflagen erlebt wie dieser „Roman". Manche erhielten lesenswerte Vorworte und ebensolche Einleitungen. Für eine 1977 in Hildesheim erschienene schrieb Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschland und Präsident der Sozialistischen Internationale, ein Geleitwort. Darin heißt es, jeder Leser möge selbst entscheiden, ob er die Autorin für eine pazifistische Politikerin oder für eine „literarisch begabte, liebevolle Träumerin" hält (VI). Auf die nahe liegende Frage, wie sich Gedanken und Vorschläge von Suttners zu den gleichzeitigen der Sozialdemokratie verhielten und wie sich deren Verhältnis zueinander gestaltete, ließ sich Brandt nicht ein. Die gleiche Ausgabe erhielt eine Einführung des österreichischen Kulturhistorikers – der selbst auch ein Romanautor war – Friedrich Heer (1916-1983), der hervorhebt, dass dieses Buch von der Pflicht handele, für die Höherentwicklung der Menschheit zu kämpfen. Der Leser, schreibt er einstimmend und warnend, solle sich an einigen Einzelheiten des formalen Stils nicht „stoßen" (XIX). Das ist eine nachsichtige Bemerkung zu der Tatsache, dass der „Roman" eine sprachliche Verwandtschaft mit trivialliterarischen Texten aufweist, die ihm aber womöglich zusätzliche Leser verschafft haben könnte, anderen hingegen ein Ärgernis sein mag.

Leidenschaftliche Provokation

Die Waffen nieder hat seinen Platz in der Weltliteratur nicht nur als eine der großen leidenschaftlichen Bekenntnisschriften für den Frieden. Er ist auch 125 Jahre nach seinem ersten Erscheinen eine Provokation geblieben. Von Suttner hat Fragen gestellt, denen sich noch jede Generation nach ihr bis auf den heutigen Tag gegenübersieht: Woher kommen die Kriege? Wer macht sie? Aus welchen Interessen heraus? Mit welchen Zielen? Und vor allem: Wie sind Kriege zu verhindern? Ihre Antworten waren schon nicht die ihrer Zeitgenossen, vor allem nicht die der Sozialdemokraten. Und sie sind mit Sicherheit nicht mehr die durchaus uneinheitlichen, die am Beginn des 21. Jahrhunderts gegeben werden. Geblieben ist freilich das von ihr wieder und wieder beklagte und entlarvte Interesse, alle Kriege betreffenden Fragen dicht einzunebeln und unausgesetzt ist die Raffinesse entwickelt worden – da das Fragen nicht verboten werden kann – irreführende Antworten unter die Leute zu bringen.

Als von Suttners Buch erschien, lag der deutsch-französische Krieg nahezu zwei Jahrzehnte zurück und der zwischen dem Zaren- und dem Osmanischen Reich, der im Kaukasus und auf dem Balkan ausgetragen worden war und zur Schaffung eines bulgarischen Staates führte, etwas mehr als ein Jahrzehnt. Europa war in diesem Moment ein Kontinent ohne Kriege und doch wurden viele Menschen angesichts der Hochrüstungen und des Entstehens immer modernerer, menschenmordender Waffen von der Vorahnung oder der Furcht beherrscht, dass ein geschichtlich beispielloser Krieg bevorstehe. Den sagte Friedrich Engels 1887 bei Fortdauer der Rüstungen voraus, davor warnte der preußisch-deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke in einer Reichstagsrede 1890 und auch Bertha von Suttner sah ein Vierteljahrhundert vor seinem Beginn den „über unseren Häuptern schwebenden Riesenkrieg" und ein Europa, das dem Ruin entgegen rüste (292).

Wer oder was aber trieb die Geschicke des alten Kontinents dahin? Dass das Menschen waren, konnte ihr nicht entgehen, wenn sie die nationalchauvinistischen Reden von Politikern hörte oder die gegen Nachbarn aufputschenden Artikel von Journalisten, die verlogenen Beschuldigungen der Gegner, die großsprecherischen Drohungen las, die sie u.a. in den Passagen ihres Romans nannte und zitierte, die von der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges handeln. In jenen Monaten vor und während des Krieges hält sich ihre Romanheldin mit dem Ehemann, den beiden Kindern und einem zahlreichen Stab von Bediensteten, teils den Urlaub verbringend, teils Geschäften nachgehend, in einem Palais wohnend, in der französischen Hauptstadt auf. Dort erreicht sie auch die Kunde, dass in

Deutschland „ein aus Volkskreisen stammendes Manifest veröffentlicht“ worden sei, das auch Wilhelm Liebknecht unterzeichnet hat und in dem der „bloße Gedanke an einen deutsch französischen Krieg“ zu einem Verbrechen erklärt wird. Besorgt und angewidert nimmt sie zur Kenntnis, dass und wie die Franzosen grundlos gegen die deutschen Nachbarn geistig und mental aufgepulvert werden.

Der Geist des Krieges

Woher also kommt dieser kriegerische Geist, was nährt ihn, wie wird aus den Gedanken ein Plan, aus diesem ein Entschluss, zu den Waffen zu greifen und schließlich die Tat? Die Antwort, die sich die Comtesse zurechtlegt, heißt: es ist der aus den frühen und wilden Zeiten der Menschheit mitgebrachte und nicht abgelegte kriegerische Geist, der den Menschen angeboren ist, sie beherrscht, von dem sie sich aber befreien könnten, würden sie sich nur dazu entschließen. Das werden sie auch tun, meinen die Eheleute in einem Gespräch. Ihre Meinungen gehen nur darüber auseinander, wann das geschehen werde. Die Comtesse meint in 500 Jahren, während ihr Ehemann den Wandel schon auf dem Wege zu sehen scheint und meint, „solange werden sie nicht mehr brauchen, um vernünftig zu werden.“ (272)

Zu diesem Bilde gehört, dass es unter den Menschen keine Kriegsschuldigen gibt. Zwar weiß die Comtesse, dass die Erklärungen Wilhelms I. und Napoleons III. zum Kriege verlogen sind, aber „über beiden waltet eine dritte Macht, die Macht des überkommenen alten Kriegsgeistes“. Gegen den sollten alle, und eben auch die beiden gekrönten Häupter sich verbünden (272). Später wird mit Bezug auf die Ermordeten, als die auch die Hungertoten im eingeschlossenen Paris angesehen werden, geschrieben: es gebe keine Schuld „eines Einzelnen“. Der Mörder sei „ein unpersönlich Ding, nämlich der Krieg“ (286). Für keine Untat, die im Zusammenhang mit einem Krieg steht, sei eine Person verantwortlich zu machen, gegen niemanden der Zorn zu richten, an niemandem Rache zu üben. „Der Alleinschuldige ist der Geist des Krieges“ und nur dem könnte das „Verfolgungswerk“ gelten (291).

Dann – zurück in die Chronologie – erlebt die Besucherin angesichts des Kriegsverlaufs und der Niederlage die Ernüchterung der Franzosen und ihre Frontstellung gegen jene Politiker, denen sie daran die Schuld zumessen. Doch in diesen dramatischen Tagen lässt die Autorin ihre Heldin, geschwächt und verwirrt von der Wucht der Ereignisse, in eine längere Nervenkrankheit fallen, die erst überwunden ist, als der Friede geschlossen, und „die Kommune überstanden ist“. Mit dem nationalen ereignet sich ein familiäres Drama. Im Februar 1871, da schließt die Geschichte, wird ihr Ehemann als Spion angeklagt und, inzwischen war Napoleon schon abgesetzt und die Republik ausgerufen, standrechtlich erschossen.

Doch mit diesem düsteren Ausgang entlässt die Verfasserin die Leser nicht. Es wird – ein Sprung über die Zeiten – der verwitweten Comtesse 1889 ein Enkel geboren. Die hat, wiewohl sie die Trauerkleidung nie ablegt, inzwischen wieder schönere Zukunftsbilder zurechtgelegt und sich gar die Frage gestellt, ob der eben auf des früh verstorbenen Vaters Platz gelangte Kaiser Wilhelm II., dieser „begeisterungsglühende“ und „Großes wollende“, sich nicht auch „für das Friedensideal begeistern wird.“ (295) Derweil wird ein Enkelsohn getauft, was in standesgemäßer Gesellschaft gefeiert werden muss. So schließt der Band mit einem Gespräch, das bei dieser Gelegenheit sich über Krieg und Frieden entspinnt und an dem ein Minister, ein Oberst der K. u. k. Armee, ein Arzt und der junge Vater teilnehmen, von dem mitgeteilt wird, dass er die Gesinnung seiner Mutter teile, also wie sie dem Pazifismus huldigt. Ihm fällt auch die Schlussrede zu, mit der die Autorin ihre Leser verabschiedet. Sie gießt Optimismus aus: „Schon lebt vielleicht der Fürst oder Staatsmann ... der die allgemeine Abrüstung durchsetzt,“ sagt der Filius. Und: „Schon dämmert die Erkenntnis, dass die Gerechtigkeit als Grundlage allen sozialen Lebens dienen soll“. Jedoch: ganz untätig muss man nicht bleiben. Dass es dahin komme, dafür wolle und solle sich die Taufgesellschaft auf eine nicht näher beschriebene Weise „stählen“ (301).

Verdammung des Krieges

Das mit einem Appell einsetzende Buch endet mit der Verabreichung von – Beruhigungspillen. Und das lässt fragen, was die Mächtigen dazu bewogen hat, über die Verfasserin dieses Buches derart herzufallen, wie sie das taten. Der Grund lag nahe und kein Angebot schiedlich-friedlichen Hinein-

wachsens in das künftige Friedensreich konnte darüber hinwegtäuschen: Diese Frau sprach ihnen rundheraus und ohne Einschränkungen das Recht ab, Kriege zu führen, die sie doch von Petersburg über Wien und Berlin bis Paris als ein unverzichtbares Mittel der Politik ansahen. Sie nannte den Krieg einen Ausdruck von Wildheit, Barbarei und Unkultur. Sie identifizierte wieder und wieder jene als Kriegstreiber, die in Zeitungen und Büchern für Kriege Propaganda machten und die Massen der Völker in sie hinein hetzten. Sie entlarvte die unausgesetzt vorgetragene These von der Verteidigung des Vaterlandes und vom ehrenvollen Tod auf Schlachtfeldern als Lüge. Als solche enthüllte sie auch die Verklärung des Soldatentodes und setzte dem die elenden Bilder vom Sterben tausender Männer entgegen. Und sie verdammte den Kriegsbeitrag der Kirchen, deren hauptberufliches Personal Gott anrief, damit er die Waffen segne. Dass eine adlige Frau, als Gräfin geboren, nun verheiratete Baronin, auf diese Weise die in ihrer Oberschicht geltenden Normen attackierte, die Tochter eines Generals der K. u. k. Armee obendrein, verursachte Hass und Spott nicht, verschärfte sie aber. Dass sie die Herrschenden nicht namentlich und in persona angriff, sondern unverschuldet als vom Kriegsgeist beherrscht beschrieb, verschaffte ihr keine mildernden Umstände.

Zudem hatte sich Bertha von Suttner, wie ihre berühmte Schrift verrät, nicht durchweg soweit ins Unrealistische entfernt wie das geschah, wenn sie sich auf das Feld von Theorie und Geschichte von Krieg und Frieden begab. Dass Kriege sich nicht nur aus Leidenschaften ergaben, sondern auch aus verfolgten „Sonderinteressen“, erwähnt sie, ohne eine von ihnen zu benennen (301). Ebenso konnte ihrer Romanheldin im Paris des Vorkrieges und Krieges von 1870/1871 nicht entgehen, dass sich da eine ganze Kriegspartei formierte, über die Näheres auch nicht mitgeteilt wird (270). Ja, es habe in diesem Lande sogar innenpolitische Gründe gegeben, die dieses Interesse am Kriege speisten (263). Und einmal verlässt die grübelnde Comtesse den alles verursachenden und verschuldenden Kriegsgeist doch ganz und fragt sich, wozu überhaupt Krieg geführt werde, wenn sein Ausgang nicht für den „einen oder anderen Teil Gebietserweiterung zur Folge haben soll?“ Und da wird sie gar konkret: für die Deutschen Elsass-Lothringen, für den Fall des französischen Sieges die Rheinprovinz.

Begrenzte Erkenntnis

Bertha von Suttner schildert ihre Heldin zwar als eine sich bis zur Selbstquälerei denkende Person, doch lässt sie diese nicht zu Antworten auf die „letzte Ursache“ des deutsch-französischen Krieges gelangen. Wo der Gedankengang bei ihr anlangt, wird abgebrochen (280). Geprüft aber wird: „Habe ich alle Seiten der Frage beleuchtet“, ich, die ihr Leben in „beschränkten Erfahrungs- und Empfindungskreisen“ führte, worauf sie antwortet: „Gewiss nicht! Was weiß ich z. B. – ich reiche, hochgestellte – von den Leiden, die der Krieg über die Massen des Volkes verhängt? ... Und die wissenschaftlichen Grundlagen? Wie komme ich dazu, in ökonomischen Fragen bewandert zu sein, und diese sind es – so viel weiß ich nur – welche schließlich alle Umbildungen bestimmen.“ (296) In knapperen Worten besagt das: Mein Wissen reicht für die „letzten“ Antworten nicht hin.

Das ist nicht nur der Romanfigur in Sinn und Mund gelegt. Diese Passage spiegelt auch die Situation der Verfasserin. Als die Kriege der sechziger Jahre ausgetragen wurden, befand sich die junge Dame an der Seite ihrer Mutter in Baden-Baden, Bad Homburg und Paris, von einem Erbe und einer Witwenpension lebend und eine geeignete Partie suchend. Sie entwickelte weder für das Geschehen an den Düppeler Schanzen noch in Königgrätz größeres Interesse. Und als, da war sie Augenzeugin in Berlin, die preußischen Truppen 1871 nach dem Sieg in Frankreich heimkehrten, hatte sich in ihr, wie sie später schrieb, keine Idee an eine andere und friedliche Welt geregt. Was sie von Kriegen wusste, hatte sie sich später als Schriftstellerin auf dem Wege zum Manuskript *Die Waffen nieder!* angelesen. Da lag ihr 45. Geburtstag hinter ihr.

Das Erscheinen des Buches wurde mit seinen Folgen zu einem Wendepunkt im Leben der Bertha von Suttner, aus der nun in Österreich und mehr noch über dessen Grenzen hinaus eine Friedensaktivistin wurde, Ideengeberin wie Organisatorin und unermüdliche Propagandistin für ein Leben der Menschheit in einer Welt ohne Krieg. Bis in die Monate, ja Wochen vor ihrem Tode sprach sie in Versammlungen. Sie nahm Anteil an den Vorbereitungen des Internationalen Friedenskongresses, der in Wien stattfinden sollte. Sie verstarb wenige Tage, bevor die Schüsse in Sarajewo fielen. Das Erlebnis natio-

nalistischer Trunkenheit von Millionen und des Einschwenkens der Friedensbewegten und Sozialisten auf den Kriegskurs ihrer Regierungen blieb ihr erspart. Vollends überrascht wäre sie davon nicht gewesen. Am 13. Mai 1914 hatte sie noch geschrieben: „Die einzigen – weil sie eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, dass sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten. Die ‚bürgerliche' Friedensbewegung bei uns ist wirklich von einer Schlappheit, die ihresgleichen sucht."

Forum Wissenschaft, Bund der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Nr. 4, Dezember 2014, 31. Jg., S. 56-60.

Kreml hoffte auf kollektive Sicherheit

Ein preiswürdiger Band zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen – Auftakt einer großen Quellenedition

Die Antwort der sowjetischen Außenpolitik auf die Veränderung der europäischen Situation durch die deutschen Ereignisse am 30. Januar 1933 gehört nicht zu den in der bürgerlichen Historiographie und Publizistik bevorzugten Themen. Sie lassen die Deutschlandpolitik des Kremls meist erst im Sommer 1939 beginnen, mit Vorliebe am 23. August 1939 mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Dieser wird gemeinhin Hitler-Stalin-Pakt genannt und als Komplott zweier Schurken präsentiert. Das bietet einen doppelten Vorteil: Es „erspart“ erstens die Konfrontation der sowjetischen Außenpolitik mit jener der kapitalistischen Großmächte Europas und der USA, die den faschistischen Aggressor gewähren ließ oder durch Zugeständnisse zu befriedigen suchte. Zweitens „erspart“ sich die Historiographie derart die Frage, wer denn die Sowjetunion in jene Situation des Sommers 1939 gebracht hatte, in der sie, isoliert, auf eigene Faust einen Weg suchen musste, sich aus dem sich abzeichnenden Krieg herauszuhalten.

Nun jedoch werden Verfechter dieser interessegeleiteten Ignoranz in eine schwierige Situation gebracht – dank einer Quellenedition, die der russische Historiker Sergej Slutsch und seine deutsche Kollegin Carola Tischler verantworten. Würde ein Preis für das herausragendste Buch zu einem Thema der neueren Geschichte, Kategorie: Quelleneditionen, vergeben, so wäre das Vorliegende dafür erster Anwärter.

Die beiden Teilbände, Auftakt für ein Unternehmen, das bis hin zum 22. Juni 1941, bis zum Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion geführt werden soll, bieten 565 Schriftstücke aus den Jahren 1933 und 1934, einer Zeitspanne also, da sich die europäische Situation durch den Machtantritt der Nazis in Deutschland einschneidend zu wandeln begann. Die Regierungen, namentlich ihre Außenpolitiker in London, Paris und Washington, aber nicht minder in Warschau oder den baltischen Staaten hatten zu entscheiden, wie sie auf die neue, mehr oder weniger nahe Nachbarschaft eines faschistischen deutschen Staates reagieren wollten und konnten. Und dies angesichts einer Diplomatie in Berlin, die den neuen braunen Machthabern zunächst die möglichst ungestörte „Abrechnung“ mit ihren innenpolitischen Gegnern sichern sollte. Außenpolitische Konflikte konnten da nur stören. So wurden reichlich Beruhigungspillen exportiert. Wie dabei vorzugehen sei, setzte der Staatssekretär im Außenministerium Bernhard von Bülow dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen in einer Instruktion auseinander, die telegrafisch in Moskau am 31. Januar 1933 Punkt 9.13 Uhr einging: Er sollte dem Kreml versichern, dass sich an Deutschlands Beziehungen zu anderen Staaten nichts ändern werde.

Die sowjetische Führung freilich war nicht so naiv, dies für bare Münze zu nehmen. Die Frage, worauf sie sich angesichts der Tatsache, dass in der Reichskanzlei nunmehr ein hasserfüllter Antikommunist regierte, einzustellen hatte, setzte die Beantwortung der Frage voraus, von welcher Dauer das Regime Hitlers sein würde. In einem Schreiben vom 1. Februar 1933 an den bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Berlin, Lew Chintschuk, warnte der Leiter der zuständigem 2. Westabteilung im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten David Stern weitsichtig: Die Hitler-Regierung sei kein weiteres Experiment wie vordem die Kabinette von Papen und Schleicher.

Der Kreml reagierte auf die sich abzeichnende Gefahr nicht panisch oder auch nur überhastet, wollte Berlin keinesfalls einen Vorwand für antisowjetische Aggressivität bieten. Er beendete die militärischen Beziehungen mit der Reichswehr, ohne eine Geste der Feindseligkeit, mit Abschiedsempfängen und gegenseitigen Danksagungen. Gleichzeitig war man in Moskau bestrebt, die wirtschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, im Interesse des Aufbaus der eigenen Industrie und der Streitkräfte der Roten Armee. Damit traf man auf entsprechendes Interesse deutscher Wirtschaftspolitiker. Die vorläufige Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen hat den Kreml jedoch nicht korrumpiert. Gegen Hitlers antisowjetische Ausfälle in seiner Wahlkampfrede am 3. März 1933 im Berliner Sportpalast protestierte die sowjetische Diplomatie scharf. Auch hat sie Naziattacken auf sowjetische Einrichtungen in

Deutschland, auf Beleidigungen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen u. a. von sowjetischen Pressevertretern öffentlich verurteilt und mit Gegenmaßnahmen beantwortet.

Die wichtigste Antwort der Sowjetregierung auf Hitlers Machtantritt in Deutschland aber waren Anstrengungen, zu verhindern, dass Deutschland zur Führungsmacht einer antisowjetischen Koalition werde. Hauptadressat dieser Politik war Frankreich, das seinerseits ein hohes Sicherheitsinteresse besaß. Auch wenn diese Seite der Politik des Kremls in der angezeigten Publikation nicht im Zentrum steht, so sind hier doch entsprechende Befürchtungen der deutschen Diplomatie über ein sich veränderndes Verhältnis zwischen Moskau und Paris nachzulesen; dazu gehörte auch die deutsche Genugtuung über den Mord an dem französischen Außenminister Louis Barthou, der Barrieren gegen einen neuen Krieg in Europa zu errichten versucht hatte. Der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow hatte den auf eine sowjetisch-französische Annäherung gerichteten Kurs einem deutschen Diplomaten gegenüber offen bekannt; das vom Moskauer Chefdiplomaten verfolgte Konzept der kollektiven Sicherheit sollte sich jedoch, wie die folgenden Bände der Edition zeigen werden, nicht realisieren.

Sergej Slutsch/Carola Tischler (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Unter Mitarbeit von Lothar Kölm. Band 1: 30. Januar 1933-31. Dezember 1934. Oldenbourg Verlag, München 2014. 1536 S., geb., 198 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 5. Dezember 2014, S. 16.

Geehrter Erzmilitarist

„Zwiespältig“ oder „schillernd“? Wie Schwaben sich ein Bild von Hindenburg machen wollen

Ende November 2014 teilte die Stuttgarter Zeitung ihren Lesern mit, dass es im Lande Baden-Württemberg insgesamt 128 Straßen gebe, die auf Paul von Hindenburg (1847-1934) getauft wurden und bis heute so heißen. Anlass der Meldung war die Kunde, dass in Ludwigsburg sich Kräfte geregt hätten, die diesem Zustand in ihrer Gemeinde, wo der so benannte Straßenzug zentral gelegen 1,3 Kilometer misst, ein Ende setzen wollen. Es könnten also, schreibt der Redakteur, bald nur 127 sein. Wie das Land dann verglichen mit anderen Ländern der Bundesrepublik abschneiden könnte, bleibt ungesagt und natürlich auch unerwähnt, dass sich dieses Verhältnis besonders beim Vergleich mit den „neuen“, den ostdeutschen Bundesländern sehr ungünstig darstellen könnte.

Als Fürsprecher einer Umtaufe wurden der Vorsitzende des Fördervereins Synagogenplatz, der Landrat des Kreises Ludwigsburg, die stellvertretende Leiterin der Volkshochschule, die sich in dieser Straße befindet, namentlich genannt. Eine Stadträtin meint, man solle „über Hindenburg nachdenken“. Der Bürgermeister findet die Sache „nicht eindeutig“, und die CDU-Oberen sehen vor Ort „keinen Handlungsbedarf“.

Lügner von Graden

Nicht dass die Redaktion des landeshauptstädtischen Blattes in der Sache Partei ergriffen hätte. Sie lässt nach ihrer Meldung einen Befürworter und einen Gegner der Umbenennung zu Worte kommen. Der geschichtskundige oder -belehrte Leser mag dann entscheiden, wer ihn überzeugt. Nun sind die „Kontrahenten“ beide der Meinung, dass es sich bei Hindenburg um eine „zwiespältige historische Figur [...] mit vielen Facetten“ handelt. Der eine meint, dass die Biographie Hindenburgs jedoch so viele Flecken aufweist, dass er als Namengeber für die Straße doch nicht länger in Frage kommt, während der andere ihn als „eine schillernde Figur“ bezeichnet und davor warnt, nun bei allen, denen man auf Straßenschildern begegnet, nach einem „Fleck auf der vermeintlich weißen Weste zu suchen“.

Wenn ein Mann Feldmarschall und über Jahre Chef der Obersten Heeresleitung, also der höchstgestellte Militär, in einem imperialistischen Krieg war, der das Deutsche Kaiserreich von einer Großmacht in eine Weltmacht verwandeln sollte, dann könnte das allein Grund genug sein, jede öffentliche Ehrung für ihn in einer Republik zu unterlassen, die sich auf ihre Frieden stiftende Politik – rechtens oder eingebildet und täuschend – etwas zugutehält. Von dieser Rolle des Feldmarschalls, vom Charakter des Krieges und den in ihm verfolgten Zielen ist hierzulande freilich die Rede nicht oder nur im Ausnahmefall. Das ließ sich in unseren Tagen studieren. Gerade haben die Medien die Debatte hinter sich gebracht, wie groß oder wie gering der Anteil der deutschen Politik am Weg in den Ersten Weltkrieg war. Schon da wurde die Frage nach Kriegsursachen und -zielen tunlichst gemieden.

Doch damit hat die Sache ihr Bewenden nicht. Hindenburg war einer der Aktivisten, die das deutsche Volk nach Kriegsende um die Lehren betrogen, die es aus diesem Weltkrieg hätte ziehen können. Er habe, sagt der Befürworter des Namenwechsels, dabei „mitgewirkt“, die Dolchstoßlegende in die Welt zu setzen. Das ist eine Beschönigung, er gab sich als der Kronzeuge für die angebliche Vaterlandsverteidigung und war einer der frühen Verfechter dieser die Ursachen der deutschen Kriegsniederlage verfälschenden Legende. Dabei kannten nur wenige wie er die Wahrheit über den Zustand des deutschen Heeres im Sommer 1918. Dieses Wissen war ausschlaggebend dafür gewesen, dass die Militärführer schließlich von den Zivilisten an der Spitze der Reichsregierung verlangt hatten, einen Weg zum Waffenstillstand zu suchen und das möglichst rasch und also bevor die deutschen Truppen auf das Reichsbiet zurückfluteten. Da sind kein Zwielicht und kein Schillern. Und hätte nicht diese Rolle als ein Lügner von Graden und mit lang wirkenden Folgen genügt, längst genügen können, die zu seinen Ehren einst angebrachten Straßenschilder zu demontieren?

Hindenburg war ebenso unbußfertig wie lernunwillig. Er war der Herzensmonarchist und Prototyp des Verweigerers jeder kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Mit Vorliebe hat der Mann selbst als Oberhaupt der Republik demonstriert, dass er zur Vergangenheit ein ungebrochenes Verhältnis besaß. Wie sonst lässt sich sein Auftreten als Präsident im ordensgeschmückten Rock des Kaisers interpretieren.

Und dann sind da der 30. Januar 1933 und eine Unterschrift. Der Autor, der sich laut Stuttgarter Zeitung von dem Straßennamen verabschieden will, kann nicht entscheiden, ob Hindenburg nur nicht vermochte, „Hitler etwas entgegenzusetzen“, oder ob er seinen „Aufstieg befördert“ hat. Nun bleibt aber doch Tatsache, dass Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde und dass er ohne die von Hindenburg unterschriebene Urkunde keine Zehenspitze in das Zimmer hätte setzen können, in dem einst Bismarck regierte. Das bringt andere Stümper jedoch nicht in Verlegenheit. Die Unterschrift, erklärt der Gegner der Umbenennung, als ginge es hier um mildernde Umstände vor Gericht, hätte der alte Herr geleistet, „als seine geistigen Kräfte schon schwanden“. Und außerdem hätte Hindenburg doch „der NSDAP lange Zeit skeptisch und misstrauisch“ gegenübergestanden. Das „Problem“ sei ohnehin nicht dieser Mann gewesen, sondern die Stärke von Hitlers Partei im Reichstag, womit jene Millionen, die sie wählten, etwa ein Drittel der Wahlberechtigten, für Hitlers Einzug in die Wilhelmstraße verantwortlich gemacht werden, was sie zweifellos auch waren, doch nicht sie besaßen den Schlüssel für die Reichskanzlei. Mit dieser Version aber wird der Eindruck erweckt, es hätte der Schwachsinnige unter Volkes Druck entscheiden müssen. Eher ein Opfer also denn ein Täter.

Schließlich, mit diesem Argument schließt der Verteidiger der Hindenburgstraße, sei der Mann doch kein „Massenmörder oder Verbrecher gegen die Menschlichkeit gewesen“. Das ist ein bemerkenswertes Kriterium dafür, wer als Namengeber einer Straße oder eines Platzes nicht in Frage kommt. Doch lässt sich darüber einen Moment nachdenken: Dieser Feldmarschall war ein während des Krieges über die Truppe weit hinauszielender aktiver Propagandist des Aus- und Durchhaltens, auch des Eintreibens von Spenden für die Finanzierung des Krieges, kurzum, er war, was man einen Kriegsverlängerer nennt. Und unter seinem obersten Kommando hatten die deutschen Soldaten im März 1918 zur letzten Großoffensive auf französischem Boden anzutreten. Im Verlauf dieser Frühjahrsoffensive wurden blutige Schlachten ausgetragen, die auf beiden mehrere hunderttausend Tote forderten. Sie wurde befohlen, wiewohl an seiner Aussichtslosigkeit kein Zweifel bestand. Die Kräfte der gegnerischen Koalition und ihre schier unerschöpflichen Reserven waren längst ausgemacht.

So, durch die Sachverständigen der Stuttgarter Zeitung informiert, sollen die Mitglieder des Gemeinderatsausschüsse im Ludwigsburger Stadtrat am Beginn von 2015 das Thema diskutieren und nicht vergessen, dass Namensänderungen auch Aufwendungen der Gemeinden wie mancher Bewohner verlangen, was sich in einem Lande, in dem Millionen für „Stuttgart 21“ unsinnigerweise verbaut werden, auch merkwürdig liest. Die am Ende entscheiden, könnten freilich auch zu mancher Hindenburg-Biographie greifen. Eine unter mehreren hilfreichen, die zur Auswahl stehen, wäre die des allerdings ostdeutschen Historikers Wolfgang Ruge (1917-2006). Sie erschien 1974 mit dem Untertitel „Porträt eines Militaristen“ und erlebte mehrere Auflagen. Ein Exemplar der vierten ist in der Württembergischen Landesbibliothek ausleihbar.

junge Welt, Mittwoch, 31.12.2014, S. 3.

„Und nichts erfordert mehr Charakter ...“

Vor 125 Jahren wurde der antimilitaristische Schriftsteller Kurt Tucholsky geboren

Wie kann ein Angehöriger der vierten Generation der Nachgeborenen, falls ihn sein Deutschlehrer oder sein einschlägiges Lesebuch aus der Schulzeit nicht mit ihm bekannt gemacht haben, auf Kurt Tucholsky stoßen? Wenn er ein Berliner ist und sich in Stadtmitte auskennt, durch ein Straßenschild mit dessen Namen. Die Straße hat ein paar Jahrhunderte auf dem Buckel und hieß vordem zuletzt Artilleriestraße. Die Umbenennung erfolgte im Jahre 1951, also in Frühzeiten der DDR, und der Tausch eines Namens, der eine Waffengattung bezeichnet, gegen den eines Antimilitaristen kann durchaus als programmatisch und als ein Ausweis jener gesehen werden, die da Namensgeber und Taufpaten waren.

In öffentlichen Räumen

Ähnliche Begegnungen sind auch im Berliner Norden denkbar. Dort hatte in dem im bundesrepublikanischen Sprachgebrauch unter der Bezeichnung „Pankoff“ bekannten Stadtteil, gelegen im „Soffjetsektor“, eine Schule den Namen Tucholskys er- und dann auch behalten. Die „Musikalische Grundschule“ in Berlin-Moabit ist ebenfalls nach ihm benannt. Die Internetauftritte beider Einrichtungen lassen nicht erkennen, dass die Namensgebung für das Schulleben irgendeine Bedeutung haben würde. Doch täuscht der Eindruck. Als 2012 die vor dem Schulgebäude in Pankow befindliche Tucholsky-Büste offenkundig von Metallsammlern gestohlen wurde, engagierten sich Schüler dafür, am Orte andere Gedenkzeichen aufzurichten und sie dort zu belassen, bis ein Duplikat des gestohlenen verfügbar sei.

In Pankow gibt es auch eine Bibliothek, die nach Kurt Tucholsky benannt ist, die der Bezirk derzeit jedoch materiell nicht so stellt, dass sie sich hauptamtliches Personal leisten könnte. Sie wird von einem Verein ehrenamtlich betrieben. Was Geld für das Gedenken an Tucholsky anlangt, so war es seit vielen Haushaltsjahren auch in Moabit knapp oder nicht vorhanden. Das seit Jahrzehnten betriebene Vorhaben, in der Lübecker Straße im Geburtshaus des Schriftstellers, auf das dort eine Tafel mit seinen Lebensdaten aufmerksam macht, eine Gedenkstätte einzurichten, ist gescheitert. Nicht jedoch die Anbringung einer Tafel in Berlin-Charlottenburg, die an der Wand eines Gebäudes daran erinnert, dass in dem darin einst befindlichen Büro der Zeitschrift Weltbühne auch Tucholsky arbeitete. Dass es in Berlin für diesen seiner Söhne kein Denkmal gibt, etwa analog jenem, das in Berlin/DDR für Carl von Ossietzky errichtet wurde, lässt sich bedauern. Doch ist es auch irgendwie ehrlich, denn in einem Augenblick, da die Bundeswehr weltweit immer mehr „Verantwortung“ übernimmt, würde es heuchlerisch wirken, einen Antimilitaristen, noch dazu dieses Formats, auf einen Sockel zu stellen – und sei der auch noch so niedrig.

Genug der Durchmusterung der Erinnerungen an Tucholsky in öffentlichen Räumen, wenn noch gesagt ist, dass es Straßen seines Namens auch in Frankfurt am Main, Nürnberg und Hohen Neuendorf gibt. Diese Aufzählung ist unvollständig, doch ist die Summe gewiss erheblich geringer als die der in deutschen Ortschaften anzutreffenden Straßen, die nach Paul von Hindenburg benannt wurden und blieben (siehe jW-Schwerpunkt vom 31.12.2014).

Der Antimilitarist

Zwischen den beiden Männern besteht übrigens eine wenn auch entfernte, so doch eigenartige Beziehung. Der eine war ein paar Jahre der höchste und befehlsgewaltige Vorgesetzte des anderen. Die Rede ist von den Zeiten des Weltkrieges. Der ältere, schon deaktiviert, wurde bald nach dem Beginn des Zweifrontenkrieges wieder ins Kaiserheer gerufen. Der jüngere, 24jährig, war am Ende seines Jurastudiums angelangt, das er an den Universitäten von Berlin, Jena und Genf absolviert hatte. Bis ins Jahr 1915 und zur Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften wurde ihm noch Zeit gelassen, dann rief auch ihn Seine Majestät zu den Waffen. So wurde Hindenburg, damals schon der Held von Tannenberg, als ihn Wilhelm II. zum Chef der Obersten Heeresleitung bestimmte, auch Tucholskys Vorgesetzter. Der wurde darob nicht von Stolz oder Eifer gepackt.

Tucholsky zog, wie er mehr als sieben Jahre nach Kriegsende schrieb – da war sein einstiger Oberbefehlshaber gerade Staatsoberhaupt der Republik geworden –, in den Krieg mit dem festen Vorsatz, weder erschossen zu werden noch selbst zu schießen. Beides gelang ihm. Und dass er bei Kriegsende bis zum Dienstrang eines Vizefeldwebels gelangt war, rührte nicht von einem Karrierewillen her, sondern von der Hoffnung, auf diese Weise manchen Vorteil zu gewinnen. Auch das gelang ihm. Jedenfalls kam er um die vielen tödlichen Situationen herum, den Graben- und Stellungskrieg im Westen, die Großoffensiven in Russland und auf dem Balkan. Tucholsky wurde in den dreieinhalb Jahren seiner Kriegsteilnahme als Armierungssoldat, Kompanieschreiber, Redakteur einer Feldzeitung und schließlich als Feldpolizeikommissar verwendet. Nach diesen Jahren, verbracht in Polen, Lettland und schließlich in Rumänien, kehrte im Herbst 1918 ein Antimilitarist in die Heimat zurück. Sein späteres Fazit lautete: „Ich habe mich dreieinhalb Jahre im Kriege gedrückt, wo ich nur konnte.“ Das wurde zu Zeiten bekannt, da der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ und verschiedene Offiziersbünde der „Helden“ des Weltkrieges gedachten, in Kolonnen, uniformiert, mit Fahnen ausgerüstet und ordengeschmückt durch die Städte marschierten, die Kriegsteilnahme als Verdienst galt und in Ostpreußen das Monstrum des Tannenberg-Denkmals errichtet wurde. Zu alledem lag Tucholsky quer. Dagegen schrieb er an, scharfsinnig, unerschrocken, ausdauernd und, da er schon vor dem Kriege literarische Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen hatte, nicht ohne Einfluss. Und so wurde er einer der meistgehassten Schriftsteller im eigenen Lande.

Von jener Zeit, in der Hunderttausenden deutscher – und nicht nur deutscher – Männer Jahre ihres Lebens gestohlen wurden, die sie bei Weib und Kindern oder alten Eltern, bei sinnvoller Arbeit oder Beschäftigung hätten verbringen können, trennt uns eben ein volles Jahrhundert. In seinem Verlauf ist, nimmt man das aus diesem Anlass Geschriebene und Gesagte zum Maßstab, den Deutschen eine Anzahl von Wörtern und Begriffen verlorengegangen, die Tucholsky geläufig waren und uns in seinen Schriften und Gedichten begegnen. Diesen Verlust nur eine Verarmung der Sprache zu nennen, scheint nicht hinreichend. Wo eigentlich war in diesem Jahr 2014 noch von „Kriegsgewinnern“ die Rede, die Tucholsky in dem 1922 in der Weltbühne veröffentlichten Gedicht „Drei Minuten Gehör“ erwähnte und die er im 1926 in der republikanischen und pazifistischen Zeitung Das andere Deutschland erschienenen Poem „Der Graben“ mit den Namen „Junker“, „Staatswahn“ und „Fabrikantenneid“ belegte? Es gibt keine Lügen, auf die er häufiger zurückgekommen wäre als auf die von der Vaterlandsverteidigung und vom Heldentod. Wiewohl auch ihm das beschönigende Wort Gefallene gelegentlich noch in die Feder kam, gehörte er zu jenen, die dem die Wahrheit vom elenden Sterben auf Schlachtfeldern entlarvend entgegensetzten.

Jene unter dem Titel „Jemand besucht etwas mit seinem Kind“ aufgeschriebene, 1925 ebenfalls in der Weltbühne veröffentlichte Geschichte von jenem französischen Vater, der mit seinem Sohn eine Gegend besucht, in der er einst im Feuer des Krieges sich vis-à-vis der deutschen Linien befand, gehört in jedes deutsche und französische Schullesebuch. Stockend nur erzählt er seinem Jungen die Geschichte vom Tod seines Kameraden und Freundes Blanchard, der zwischen den Frontlinien tagelang nach seiner Mutter und seinen Freunden schrie, die ihm nicht einmal durch eine eigene Kugel das Sterben verkürzen konnten.

Wie der Vater in dieser Erzählung seinem Sohn verdeutlichen will, was das ist: der Krieg, so hat Tucholsky sich in vielen seiner Texte wieder und wieder an die Heranwachsenden gewandt. Sie waren – obgleich er auch Männer, die Krieger von gestern, Frauen, die Witwen von heute ansprach, beispielsweise in „Drei Minuten Gehör“ – seine bevorzugten Adressaten. Das besaß mindestens einen doppelten Grund. Er wusste diese Mädchen und Jungen einer Erziehung durch Lehrer ausgesetzt, von denen sie großenteils nicht auf das Leben, sondern für das Opfern und Sterben vorbereitet wurden. Er wusste in ihren Schultaschen und Händen Bücher, die ihnen alles vorenthielten, was sie zu ihrem Nutzen aus diesem jüngsten Kriege lernen konnten.

In Tucholskys Erzählung „Die Verteidigung des Vaterlandes“ (Weltbühne, 1921) las sich die Jugenderziehung, literarisch „verlegt“ in den erfundenen Katerstaat Angora, so: „Und in den Schulen [...] lehrt man die Lehre von der Herrlichkeit des Krieges. Man lehrt: Du sollst nicht töten! und man lehrt: Du musst töten! – und weil niemand in der Geschichtsstunde an die Religion denkt, so hat

beides in den jugendlichen Gehirnen sehr wohl Platz, umso mehr, als ja das staatliche Töten mit vielen herrlichen, leuchtenden, bunten Farben verbunden ist, mit Musik und Ehren, mit Feiern und Orden und mit sehr viel Kaisern, die man ganz aus der Nähe ansehen darf.“

Dagegen suchte Tucholsky Menschen zu wappnen. Er warnte und ermutigte sie, wie jener französische Vater, der, den Blick auf das einstige Schlachtfeld gerichtet, seinem Sohn sagt: „Nein, Nein! Das ist nur in deinen Lesebüchern so. Du musst nicht glauben, was in deinen Geschichtsbüchern steht – es ist alles nicht wahr. Dies hier – das ist wahr, Junge ...“

Es lohnt sich, einen Moment darüber nachzudenken, warum Tucholsky diesen Ausflug in die Geschichte nicht von einem deutschen Vater und dessen Sohn und also an die andere Seite der Front unternehmen lässt. Gewiss nicht, weil er meinte, der „Erbfeind“ hätte einen besonderen und stärkeren Grund gehabt, über den Krieg nachzudenken. Nein, er war vielmehr der Auffassung, dass auf beiden Seiten der einstigen Front das gleiche Pensum an Lehren zu bewältigen sei und dies am besten geschehe, wenn man sich über den „Graben“ die Bruderhand reichte.

Leicht hat sich Tucholsky diese Aufgabe nicht vorgestellt und eindringlich vor Illusionen über die Mittel gewarnt, die zum Frieden führen und ihn dauerhaft sichern würden. Er besaß eine klare Vorstellung von jenen Kräften und deren Einfluss, die nach wie vor den Krieg für edel hielten und „das Sterben der anderen loben“. Und er wusste, wie schwer es war, Menschen aus dem Zustand der Bequemlichkeit herauszureißen und zur Verfechtung ihrer eigenen Interessen zu bewegen. Es ließe sich bis auf den heutigen Tag und noch auf längere Sicht der Satz an Wände unserer Schulräume schreiben, der aus der Erzählung „Die Verteidigung des Vaterlandes“ herrührt: „Denn nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.“ Das sei nicht nur gefährlich, fährt der Text fort: „Es ist ja so schön, im großen Strom der Masse mitzuschwimmen [...]“ Und dann: „Es ist auch bekömmlicher, sich der Macht zu unterwerfen [...]“

Es müsse etwas geschehen, meinte Tucholsky, was bis dahin nie unternommen worden war, etwas, das vor dem Weltkrieg, der damals noch nicht der Erste genannt wurde, von der Elterngeneration unterlassen wurde. Denn, wie es im Text „Die brennende Lampe“ (Weltbühne, 1931) heißt: „Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen.“ Folglich fehle es auch an Erfahrungen bei der Abwehr der Kriegsgefahr. „Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber Krieg ablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist.“

Er wollte nicht von der Hoffnung lassen, dass eines Tages der Staat seine Bürger nicht länger würde herum- und auf Schlachtfelder kommandieren können. Das werde freilich dauern, „bis die einzelnen, die unter ihm seufzen, sich hochrichten und klar und bestimmt sagen: Wir wollen nicht mehr.“ („Die Verteidigung des Vaterlandes“) Sie, die Jungen, sollten den Einberufungsordern nicht mehr folgen. „Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten! [...] Wenn ihr wollt, seid ihr alle frei! [...] Wenn ihr nur wollt: bei euch steht der Sieg! Nie wieder Krieg!“ („Drei Minuten Gehör“)

Von diesem Tucholsky hat Erich Kästner geschrieben, sein Verdienst rühmend und zugleich sein Scheitern bezeugend, er habe mit einer Schreibmaschine eine Katastrophe aufhalten wollen. Das viel zitierte Bild ist aber falsch. So naiv war Tucholsky nicht. Er hat freilich geglaubt, und wie hätte seine Unermüdlichkeit auf diesem Felde sich sonst nähren und rechtfertigen lassen, Menschen mobilisieren zu können, die dann in ihrer großen Zahl nicht mehr oder weniger bewirken müssten als eine zweite Revolution, nachdem die von 1918 ihre Ziele verfehlt hatte.

Der Antifaschist

Welche Position Tucholsky gegenüber der Partei mit dem Hakenkreuz einnahm, ging allein schon aus seiner Haltung zu Krieg und Frieden hervor. Ein „Führer“, der das Buch „Mein Kampf“ und darin geschrieben hatte, das kaiserliche Führungspersonal sei zu friedfertig gewesen, habe den Krieg zu spät begonnen, während das deutsche Volk ihn geradezu begehrt habe, konnte dem Pazifisten nur ekelhaft sein. Dazu die abgrundtiefe Verlogenheit der Braunhemden. Niemand konnte den Schwindel

spitzer und kürzer abfertigen als er. Ein Beispiel. In der Geschichte „Herr Wendriner steht unter der Diktatur“ (Weltbühne, 1930) trifft der Bürger Wendriner in der Kino-Loge seinesgleichen und sagt, dass er mit diesem Hitler ganz zufrieden sei. Seine Begründung – berlinisch. „Er geht eim nich ann Safe.“ Sechs Worte, aber es ist klargestellt: Sozialismus und Revolution sind Reklame- und Etikettenschwindel, dieser „Revolutionär“ wird die Eigentums- und damit im Wesentlichen auch die Machtverhältnisse unangetastet lassen.

Seine Wirkung erzielte Tucholsky nicht nur durch die Tatsache, dass er die Hitlerleute demaskierte, sondern auch dadurch, wie er das tat. Er machte nicht nur deren politischen, sondern auch deren geistigen Zuschnitt deutlich. Da sprach aus nahezu jedem Satz, ja jeder Nebenbemerkung: Ihr geistiges Lumpenpack seid es im Grunde nicht wert, dass man sich mit euch auch nur einen Augenblick abgibt. Hitler, „der Führer“, in einem „Schulaufsatz“ neben Goethe gestellt (Weltbühne, 1932) – was für ein Einfall! Und dazu einleitend die, wenn auch nicht ausgemalte Vorstellung, wie es denn sein würde, wenn nicht Goethe, sondern Hitler tot wäre. Diesen Umgang konnten sie am wenigsten vertragen, und es konnte als sicher gelten, dass ein einziger dieser Aufsätze genügte, Tucholsky einen Stammplatz in einem Konzentrationslager zu sichern, wenn sie ihn denn hätten ergreifen können.

Auf der gleichen Ebene lag die Geschichte, wie Tucholskys Anton, „Ein älterer, aber leicht besoffener Herr“ (Weltbühne, 1930), von einer feucht-fröhlichen Tour durch die Wahlversammlungslokale zurückkehrt und von einem Besuch bei einer NSDAP-Kundgebung erzählt, dessen Rede ins Schriftliche so übertragen ist: Er war bei den „Nazzenahlsosjalisten“. In diesen Texten fehlte nichts. Nicht der Vergleich von Hitlers Bart mit dem Chaplins und nicht der Spott auf die „Kampflieder“ der Sturmabteilungen. Waren aber die, die da marschierten, nicht zu sehr auf die leichte Schulter genommen worden? Was da auch immer an Hohn und Spott ausgegossen wurde, es ging stets um die Demaskierung der Volksbetrüger, und weder der hasserfüllte Antisemitismus noch der brutal zuschlagende Antikommunismus fehlten, und auch nicht die Ankündigung, dass Goethe nach deren Sieg „abgeschafft“ werden würde, ein Bild dafür, was eines Tages aus Deutschlands Kultur werden könnte.

Tucholsky ist von Schriftstellern, Germanisten, anderen Zeitgenossen und Nachkommenden auf ganz verschiedene Weise politisch eingeordnet worden. Hier eine unvollständige Aufzählung: ein „Vorkämpfer für die Demokratie“, ein „linker Demokrat“, mitunter mit der Heraushebung „standhafter linker Demokrat“, ein „Präzeptor der Linken“, „Anwalt der Volksfront“, auch „politischer Pessimist“, „Linksintellektueller“, „unabhängiger Linker“, „linker Sozialist“ und „Alliierter der kommunistischen Arbeiter“.

Merkwürdig, dass eine Kennzeichnung nicht auftaucht: Nirgendwo ist Tucholsky Antifaschist genannt worden. Indes, so merkwürdig wiederum auch nicht. Denn was haben in der Geschichte eines Staates, in dem es nach offizieller (beispielsweise Schulbuch-) Version keinen Faschismus gab, eigentlich Antifaschisten zu tun gehabt? Haben sie gegen ein Phantom gekämpft? Vermochten sie nicht zu erkennen, wer ihre Gegner waren, an denen sie ihre Kräfte verbrauchten und denen sie schließlich unterlagen? Was Tucholsky anlangt, muss darüber Streit nicht entbrennen. Im Jahr seines Todes, am 15. April 1935, bekannte er aus dem fernen Schweden in einem Brief: „Ich bin Antifaschist.“

In öffentlichen Büchereien

Weniger zwiespältig als der Befund beim Blick in öffentliche Räume fällt die Inspektion von Tucholskys literarischem Erbe, das in Berliner Bibliotheken zu finden ist, aus. Wer den Katalog der Staatsbibliothek nach dem Stichwort „Tucholsky“ fragt, dem werden mehr als 500 Druckerzeugnisse genannt. Im Ganzen aber wird deutlich, dass bald nach Kriegsende 1945 im besetzten, verarmten und ruinierten Deutschland begonnen wurde, Bücher zu drucken, die freilich mehr Heften ähnelten. Zeitig besannen sich Verleger dabei auch auf Schriften Tucholskys. Die Geschichte von den Verliebten in Rheinsberg und von Gripsholm waren, soweit der Papiervorrat reichte, wieder die Renner, neudeutsch: Bestseller jener Nachkriegsjahre. Sie lasen sich nun als Rückblick in friedliche und normale Zeiten, deren Wiederkehr noch in unbestimmter Ferne lag, mit dem man sich aber in sie schon einmal hineinträumen konnte. Während Tucholskys eigene Schriften in deutschen Landen nach Kriegsende vergleichsweise rasch wieder bekannt gemacht wurden, dauerte es rund gerechnet ein Vierteljahrhun-

dert, bis Veröffentlichungen auf den Büchermarkt gelangten, die von seinem Leben und Arbeiten erzählten und auf Forschungen beruhten.

Wieder und wieder hat die Kurt-Tucholsky-Gesellschaft Experten zu Tagungen gerufen, die sich speziellen Fragestellungen zu Leben und Schaffen des Schriftstellers widmeten. So sind Publikationen zu den Themen wie Tucholsky und die Sprache, die Medien, die Justiz, der Staat, das Judentum und weitere entstanden. Der Mann könnte den Deutschen 125 Jahre nach seiner Geburt und 80 Jahre nach seinem Tode noch immer ein Wegbegleiter und Ratgeber sein. Nicht nur mit denjenigen seiner Schriften, auf die hier – einseitig – der Blick gerichtet wurde.

junge Welt, Freitag, 09.01.2015, S. 12.

Unbeachtete „deutsche Helden“?

Auch dieses Datum wirft seine Bücher voraus: der 18. Juni 2015 mit dem dann zu begehenden 200. Jahrestag der Schlacht bei Waterloo. Es wurde die letzte des Franzosenkaisers. Als Napoleon sie verloren hatte und seine Streitmacht zerfiel, entschloss er sich, anders als ein Jahr zuvor, ohne von seinen Marschällen gedrängt zu werden, zur (zweiten) Abdankung. Diesmal kam er nicht glimpflich davon. Die südatlantische Insel St. Helena wurde der ihm bestimmte Verbannungsort.

Das ferne Geschehen ist weit aus dem geschichtlichen Gedächtnis der Heutigen gerückt. Fünfzigjährige und Ältere mögen sich des Namens eben noch erinnern. Der ist ihnen als Heranwachsende im Ohr gewesen, dorthin gelangt durch den von der schwedischen Gruppe Abba gesungenen Text. Dessen Bezug zum Ereignis bestand darin, dass Waterloo als Gleichwort für endgültiges Scheitern galt. Im Song klagt ein Verliebter, dass ihm seine Angebetete auf immer unerreichbar geworden ist. Die gleiche Generation kann sich womöglich noch des von Sergej Bondartschuk gedrehten sowjetisch-italienischen Films „Waterloo“ erinnern.

Nun könnte der Jahrestag beitragen, Geschichtswissen aufzubessern. Dass er in Großbritannien Anlass zu besonderem Gedenken geben wird, kann fest angenommen werden. Auch in Belgien wird das geschehen, in dessen Staatsgebiet liegt Waterloo heute – zum Zeitpunkt des Geschehens gehörte es zum Königreich der Niederlande. Und in der Bundesrepublik? Unter ihren Bewohnern werden sich vermutlich Niedersachsen und unter diesen wieder jene, die sich einst Hannoveraner nannten, der Schlacht besonders erinnern. Denn ihre Vorfahren stellten das Hauptkontingent jener Königlichen Deutschen Legion, die nach der Eroberung des Kurfürstentums durch Napoleon 1803 in England gebildet worden war als Teil der britischen Armee. In ihr bekriegten Hannoveraner, Nassauer, Preußen, auch Bayern Napoleons Truppen an mehreren Fronten, besonders erfolgreich 1811 und 1812 auf der iberischen Halbinsel, und schließlich drangen sie über die Pyrenäen weit in den Süden Frankreichs entlang der Mittelmeerküste vor. Schon dort hatten sie unter dem Oberbefehl von Arthur Wellesley, Herzog von Wellington, gesiegt. Nun also waren sie erneut aufgeboten worden, Napoleon zu schlagen, der binnen weniger Monate eine etwa 70.000 Soldaten starke Armee aufgestellt hatte. Mit ihr, über Frankreichs Grenzen nach Norden vorstoßend, gelangen ihm Schlachtensiege.

Des Iren Brendan Simmss Buch handelt von der Rolle der erwähnten Formation im Heer Wellingtons, genauer von einer kleinen Gruppe, dem zweiten leichten Bataillon. Dessen Soldaten verteidigten ein an der Straße von Brüssel nach Charleroi gelegenes Bauerngehöft „La Haye Sainte“ etwa fünf Stunden gegen die anstürmenden Franzosen. Schließlich mussten die Verteidiger weichen. Jedoch hatten sie an einem Brennpunkt der Schlacht Napoleons überlegene Truppen solange aufgehalten, dass Blüchers Armee Waterloo erreichte und die vereinte Übermacht schließlich triumphierte.

Wiewohl das dramatische Geschehen britische, französische, deutsche, ja selbst US-amerikanische Historiker herausgefordert hat, Dokumentensammlungen zur Schlacht, zur Rolle der Legion und auch zum Kampf um den Gutshof erschienen sind, hat sich Simms des Themas erneut angenommen, angetrieben von dem Urteil, es sei der Anteil eben jenes „deutschen“ Bataillons für den Ausgang der gesamten Schlacht bislang nicht genügend gewürdigt worden. Auf die Masse der vorliegenden Literatur gestützt, unverarbeitete Schriften aus dem Hannoverschen Archiv auswertend, hat er nicht nur den Verlauf des Geschehens lebendig geschildert. Er stellt auch beteiligte Offiziere und Soldaten mit ihren Biographien vor, einschließlich ihres späteren Lebens als Zivilisten oder Angehörige der hannoverischen Armee. Denn die Legion war 1816 aufgelöst worden mit sehr unterschiedlichen sozialen Folgen für Offiziere und Mannschaften.

Zur überlieferten Geschichtsschreibung gehört die kontroverse Diskussion, wer den Hauptbeitrag zum Schlachtensieg beisteuerte. War Waterloo am Ende ein „deutscher Sieg“, den Nationalisten im Kaiserreich beispielsweise am 100. Jahrestag des Ereignisses – also 1915, da befanden sich Deutschland und England im Weltkrieg – beanspruchten? Das will der Ire mit dem Blick auf die personelle nationale Zusammensetzung von Wellingtons Armee nicht ganz ausschließen. Ganz im Stich gelassen hat er die Leser jedoch bei der Frage, wofür da, den Tod verachtend oder von Befehlen und Strafandrohungen getrieben, Männer einander hingemordet haben und mit welchen Folgen. Es gehört

eine Portion von Naivität dazu, Simms in der Feststellung zu folgen, die Armeen der Alliierten hätten für die Wiederherstellung der „deutschen Freiheit“ und des „europäischen Gleichgewichts“ gestritten. Am Ende macht der Autor den Befehlshabern der Bundeswehr einen Vorschlag. Sie möchten überlegen, ob die Soldaten des zweiten Bataillons der Königlich deutschen Legion und ihr Kampf gegen Napoleon nicht eine geeignetere Traditionslinie für ihre Streitmacht liefere als beispielsweise preußische Armeen und deren Schlachten. Da hätten wir nach Christopher Clark einen zweiten in Großbritannien tätigen Hochschullehrer, der sich um das rechte Geschichtsverständnis der Deutschen sorgt.

Brendan Simms: „Der längste Nachmittag. 400 Deutsche, Napoleon und die Entscheidung von Waterloo“, Übersetzung Wiebke Meier, C. H. Beck, 191 S., 18,95 Euro.

Ossietzky 2/2015.

Der Massenmörder aus der zweiten Reihe

Auf der Spur eines NS-Täters: Odilo Globocnik

Sein Name ist mit dem Blut von Millionen Menschen in die Geschichte des beispiellosen Verbrechens eingeschrieben, das die deutschen Faschisten ins Werk setzten. Odilo Globocnik gehört mit mehreren seiner Landsleute hinter Reinhard Heydrich, Ernst Kaltenbrunner und Adolf Eichmann in die nicht so lange zweite Reihe der Judenmörder. Trotz seiner hervorstechenden Rolle vergingen nach seinem Suizid im Juni 1945 mehr als vier Jahrzehnte, bis sich ein Historiker in einer Dissertationsschrift der Person von Globocnik annahm. Nun hat mit Johannes Sachslehner ein weiterer Österreicher Globocnik biografiert.

Während allerdings der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß Aufzeichnungen hinterließ, existiert nichts Vergleichbares von Globocnik. Das macht die Aufgabe für einen Biografen nicht nur schwierig, sondern auch weniger herausfordernd, denn es ist ein psychologisches Profil des Mannes allenfalls aufgrund von knappen Eintragungen in Zeugnissen und Gutachten sowie vereinzelten Bemerkungen von Freunden, Konkurrenten und Gegnern zu gewinnen.

Die elterliche Idee, dass der junge Odilo in die Fußstapfen seines Vaters treten und Offizier werden solle, erledigte sich mit dem Ende der K. u. K.-Monarchie. Globocniks Weg führte ihn stattdessen in die Industrie, in der er es bis zum Bauorganisator für die Errichtung von Kraftwerken brachte. Doch zog es ihn, der nach 1918 unter den Einfluss nationalistischer und antisemitischer Kreise geraten war, mehr und mehr in die Politik und dort zu den Faschisten. 1931 wurde er Mitglied der österreichischen Nazipartei. Globocnik wurde in Kärnten ihr stellvertretender Gauleiter und über dessen Landesgrenzen hinaus Aktivist des Kampfes für den „Anschluss“. Mehrfach inhaftiert und verurteilt, kam er stets nach kurzer Zeit wieder frei. In den Märztagen 1938 gehörte er zu den in Wien agierenden Hochverrätern. Österreichs letzte Tage schildert Sachslehner detailliert, ohne aber auf die Frage einzugehen, warum das Land eine so leichte Beute der Großdeutschen wurde.

Für Globocnik fiel der Posten des Gauleiters der NSDAP von Wien ab. Auf dem versagt er. Nach kaum mehr als einem halben Jahr wurde er abgelöst. Daran schloss sich jedoch nahtlos eine Karriere in der SS an, der er seit 1934 angehörte. Im November 1939 wurde er, ausstaffiert mit den Titeln Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, zum SS- und Polizeiführer im südöstlichen Bezirk des sogenannten Generalgouvernements ernannt. Seine Befehlszentrale befand sich in Lublin. Dem Territorium ist im künftigen Kolonialreich eine besondere Rolle zugedacht. Hier soll ein germanisierter Stützpunkt entstehen, die polnische Bevölkerung dezimiert, die jüdische ausgerottet werden. Die Blutspur, die Globocnik dort zog, wurde mehrfach in polnischen, deutschen und weiteren Abhandlungen dargestellt. Das geschieht bei Sachslehner erneut bis zur letzten von Globocnik geleiteten Aktion, der Liquidierung des Ghettos von Bialystok, das außerhalb seines eigentlichen Zuständigkeitsbereichs lag.

Von der Führungsspitze im Generalgouvernement wegen seines Herrschaftsstils und zuletzt auch wegen seiner Germanisierungspolitik zunehmend angefeindet, weil die nach Stalingrad veränderte Kriegslage den Widerstand der Polen anstachelte, übertrug Himmler ihm eine neue Aufgabe. Er beförderte ihn zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei und befahl ihn nach Triest. Die Stadt war Zentrum der Operationszone Adriatisches Küstenland geworden, einer Schöpfung infolge des Wandels Italiens aus einem verbündeten zu einem besetzten Land. Globocniks Rolle bestand in der Deportation der dort lebenden Juden, der Bekämpfung der Partisanenbewegung durch Geiselerschießungen, der Brandschatzung ganzer Dörfer, der Einrichtung eines Terrorzentrums mit „Gaswagen“ und Krematorium, schließlich in der massenhaften Zwangsrekrutierung zum Bau eines Verteidigungswalls im Voralpenland. Dem gab er sich hin, bis ihn die herannahenden Truppen der Alliierten vertrieben. Am 30. Mai 1945 auf einer Alm entdeckt und identifiziert, zerbiss Globocnik die Giftkapsel.

Dass der Autor am Ende seiner Darstellung auf ein Fazit verzichtet, mag angehen, dass er sie ohne jegliche Anmerkung publizierte, die über die jeweils zitierten Quellen Auskunft geben würde, ist der Hauptmangel des Buches.

Johannes Sachslehner: Zwei Millionen ham'ma erledigt. Odilo Globocnik – Hitlers Manager des Todes. Styria, Wien 2014. 367 S., geb., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 23. Januar 2015, S. 13.

Am Tage danach

Gauck und das Auschwitz-Gedenken

In diesen Winter- und Frühjahrsmonaten des Jahres 2015 vergeht kaum ein Tag, der uns nicht an die Ereignisse von vor 70 Jahren erinnern könnte, an die Schlachten zur endgültigen Zerschlagung der deutschen Militärmacht und an die Befreiung von Millionen Menschen, die in die Hände der Welteroberer gefallen waren, viele soeben noch dem Tode entkommen. Kein Tag birgt eine grausigere Erinnerung, als sie der 27. Januar aufkommen lässt, als die sowjetische Armee Auschwitz erreichte, obwohl sich nahe der westpolnischen Stadt nicht das erste Konzentrations- und Vernichtungslager befand, bis zu dem sie westwärts vorgestoßen war. Schon 1944 eroberte sie Lublin und gelangte in dessen Umgebung auf das Gebiet des Lagers Majdanek. Journalisten vieler Staaten begaben sich darauf an den Ort mit der Gaskammer und dem Verbrennungsofen, den langen Reihen von Baracken, manche gefüllt mit der Habe der Getöteten. Darin auch die „Kinderschuhe aus Lublin“, so der Titel eines Gedichts von Johannes R. Becher, das in jedes deutsche Schullesebuch gehört. Damals wurde weltweit bekannt, was bis dahin nur aus den Berichten einzelner Geflohener und auf geheimdienstlichen Wegen zu erfahren und vielen unglaubwürdig gewesen war.

Die Staatsrede zu diesem 70. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung hat der Bundespräsident gehalten und in ihr eine „Reflexion“ über die Geschichte der Menschheit im Allgemeinen, über das „Menschenmögliche“ und über die Geschichte der Deutschen im Besonderen geboten. Er hat, wie in der Publizistik hierzulande üblich, die Ursachen des Massenmordens ausschließlich in Hass und Wahn erblickt, sie einzig ideologischen und mentalen Ursachen zugeordnet. Es ist ihm eine Kleinigkeit dabei entgangen: Das historisch beispiellose Verbrechen hat in einem Krieg stattgefunden, und es sind der Plan und der Entschluss dazu erst im Verlauf des Krieges gefasst worden und darauf 1941 die Befehle an die Mörderschwadronen ergangen. Diese Entschlussfindung war in den achtziger Jahren übrigens Gegenstand einer erstklassig besetzten internationalen Konferenz in Stuttgart, um deren Zustandekommen sich die Historiker Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer besonders verdient gemacht haben.

Mindestens seitdem muss auch in der Bundesrepublik jeder, der die Voraussetzungen, Bedingungen und Ziele dieses Mordens zu erklären sucht, vom Kriege reden. Von welchem? Einem imperialistischen, begonnen und geführt mit weltweiten Expansionszielen und der Vorstellung, dass die Eroberer entscheiden würden, wem sie in ihrem Herrschaftsbereich das Lebensrecht zubilligen und wem sie es entziehen werden. Die Liste derer, für die letzteres galt, war lang. Sie wäre, würde das Vorhaben geglückt sein, mit Sicherheit länger geworden. Auf ihr standen die Juden oben an, von denen auch kein „Rest“ bleiben sollte, gefolgt von den Sinti und Roma, von Millionen Angehörigen verschiedener slawischer Nationen. Mit dem Auslöschen dieser Gruppen, störend überflüssig unter dem Blickwinkel des Herrschens wie der Ausbeutung, wurde bereits während des Krieges begonnen.

Warum schweigt ein einstiger vieljähriger Bürger der DDR, der über diesen Zusammenhang von Kriegsziel und Massenmord sich in Schulbüchern unterrichten konnte und nicht zu irgendwelcher Untergrundliteratur greifen musste, darüber? Warum vermag er sich der Ergebnisse der Befragungen nicht zu erinnern, die nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik vorgenommen wurden und in denen danach geforscht wurde, wie die einen und die anderen über deutsche Vergangenheit dachten, ja, was sie von ihr überhaupt wussten? Warum sind ihm, angefangen von dem in Potsdam-Babelsberg gedrehten Film „Ehe im Schatten“ und der zur Wiedereröffnung der Theater in mehreren ostdeutschen Städten gezeigten „Nathan“-Aufführung, alle Leistungen der ostdeutschen Kultur im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus entfallen? Warum hat er, wenn er daran schon selbst keine Erinnerung besitzt, seine Mitarbeiter nicht beauftragt, nach jenen einstigen Auschwitz-Häftlingen zu fahnden, die in der DDR sofort nach der Befreiung leitende Funktionen übernahmen und sich Verantwortung aufluden? Er wäre auf den Mannheimer jüdischen Kommunisten Stefan Heymann gestoßen, der eine bescheidene, aber bis heute anregend lesbare Broschüre über Marxismus und Antisemitismus vorlegte, eine der frühesten Veröffentlichungen, mit denen im Osten begann, was im

Westen „Reeducation“ hieß. Oder auf den aus dem Ruhrgebiet stammenden Kurt Goldstein und manche andere.

In DDR-Zeiten gab es während der achtziger Jahre eine zentrale Gedenkveranstaltung an einem „Auschwitz-Tag“ in der Stadthalle in Dresden. An ihr nahm auch ein Abgesandter des Jüdischen Weltkongresses teil und ergriff das Wort. Dem Sinne nach sagte er, es wären Juden in der geringen Zahl, in der sie überlebten, den Mördern nicht entkommen, wenn die Rote Armee bei ihrem Ansturm nicht jenes Tempo erreicht hätte, das sie schließlich auch nach Auschwitz führte. Dafür sind Hunderttausende gestorben. Dieser Tag in Dresden und diese Worte fielen mir wieder ein, als der Bundespräsident von 215 Soldaten sprach, die bei der Befreiung des Lagers umgekommen seien.

junge Welt, Mittwoch, 28.01.2015, S. 8.

Bildende Tat

Staatsakt für den verstorbenen Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker: Alle rühmen seine Rede zum „Tag der Befreiung“ am 8. Mai, doch es ist meist nur Gerede

Abschied von einem der herausragendsten Politiker und Staatsmänner der BRD: Im Berliner Dom werden heute 1400 ausgewählte Gäste zum Staatsakt für den verstorbenen Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker erwartet. Die Bevölkerung ist zu der Gedenkveranstaltung nicht eingeladen. Weizsäcker hat, geht man die Reihe seine Vorgänger in der Geschichte der Bundesrepublik durch und sieht man von Gustav Heinemann ab, das sonst tätig gewordene Personal um Haupteslänge überragt. Für sie alle gilt freilich, dass ihr Platz in deutscher Geschichte, wie viele Fragen an ihr Wirken immer gestellt werden mögen, sich an einer entscheidet: Welche Rolle haben sie in den Zeiten des Kalten Krieges gespielt und was haben sie geleistet zu verhindern, dass aus ihm ein heißer, fraglos mit Atomwaffen geführter wurde? Soweit, diese Frage allen anderen voranzustellen, sind die westdeutsche Politik und Geschichtsschreibung jedoch bisher noch nicht gekommen.

Mit der Nachricht vom Tode Richard von Weizsäckers am 31. Januar wurde wieder und wieder an jene seiner Reden erinnert, die er 1985, am 40. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus, vor dem Deutschen Bundestag hielt, und daraus wird jene Passage zitiert, in der er davon sprach, dass dieser Maitag ein „Tag der Befreiung“ gewesen sei. Das war eine Tat, die zu einer Wende im Rückblick auf deutsche Geschichte aufrief und nicht nur auf die eines einzigen Tages. Bis dahin waren von Politikern, Publizisten, auch von Geschichtswissenschaftlern Begriffe wie Kriegsende, Kapitulation, Niederlage, selbst Katastrophe benutzt worden, um das Ende des faschistischen Reiches und seiner Machthaber zu bezeichnen. Erst vor diesem Hintergrund, der doch die verweigerte Aufklärung darüber einschloss, was diese zwölf Jahre gewesen waren, tritt klar hervor, dass sich der Begriff „Befreiung“ nahezu mit einer Revolutionierung des Geschichtsdenkens verband, ja sie geradezu verlangte. Der Redner wollte das auch erreichen, im Wissen, dass ihm ein nicht zu bestimmender Teil der Bundesbürger dabei nicht folgen werde.

Was Weizsäcker schwerlich gutgeheißen hätte, ist aber, dass dieser sein Auftritt Tage nach seinem Tode merkwürdig aufgeblasen wird. Der Mann war informiert und gebildet genug, um zu wissen, dass der von ihm in einer Staatsrede verwendete Begriff andernorts längst gang und gäbe war und kein Aufsehen erregte. Beispielsweise jenseits der bundesrepublikanischen Ostgrenze im anderen deutschen Staat. Dort stand er in den Schulgeschichtsbüchern, und das seit Jahrzehnten. Die Soldaten in den alliierten Armeen galten als Befreier und, mit den Tatsachen übereinstimmend, wurden jene der Roten Armee als diejenigen bezeichnet, die am Sieg den größten Anteil besaßen und bei der Zerschlagung der deutschen Militärmacht die meisten Opfer hatten bringen müssen. Aller Befreier Tat war in der DDR auch durch Straßentaufen gedacht worden. Straßen der Befreiung gab es in Großstädten wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle und in vielen kleineren Städten und Orten wie Altenberg, Banzkow, Grimmen, Reinsdorf oder Zossen – und nicht überall wurden wie in Berlin und den beiden sächsischen Metropolen nach 1990 in anpassendem Übereifer Um- und Rückbenennungen vorgenommen. Diese Vorgänger und Vorgänge im Gebrauch des Begriffs Befreiung nehmen der Tat Weizsäckers nichts an Gewicht, Bedeutung und Denkwürdigkeit.

Wer sich auf dieses wesentliche Detail deutscher „Geschichtsbewältigung“ ernsthaft einlässt, kommt an zwei bemerkenswerten Tatsachen nicht vorbei. Die eine besteht in den unterschiedlichen Inhalten, die dem Begriff Befreiung bis heute in Deutschland gegeben werden. Häufig, und da ist er noch gut verträglich, wird er als die Befreiung von Machthabern verstanden, die das Volk zu einem Opfer gemacht und es in das größte Elend seiner Geschichte nach dem Dreißigjährigen Krieg geführt hatten. Anders steht es um die Akzeptanz von Befreiung, wenn sie als das Ende einer verbrecherischen Rolle der Deutschen verstanden wird, wie sie keine der vielen Generationen vorher je gespielt hatte, wenn sich damit das Eingeständnis verbindet, dass den Deutschen die Mordwerkzeuge aus den Händen geschlagen und ihnen die Chance eröffnet wurde, sich einen Weg zu Anstand und Wiedergewinn eines Ansehens zu suchen, das, wenn schon nicht sie, so doch ihre Vorfahren besessen hatten. In diesem Sinne wurde die Geschichtswende des Jahres 1945 an DDR-Schulen im Unterricht dargestellt.

Die zweite Tatsache, die 2015 nicht unerwähnt bleiben kann, besteht darin, dass der Sowjetunion und ihrer Armee ein Verdienst um die wie immer gedeutete Befreiung nicht nur im Hinblick auf die Deutschen nicht gelassen wird. Zur Staatsdoktrin der Bundesrepublik wurde das Dogma erhoben, es sei für den Osten Deutschlands 1945 nur eine Diktatur gegen eine gleich furchtbare getauscht worden, die bewaffnet importiert wurde. Es vergeht kein Tag, an dem nicht an dem Horrorgemälde DDR gearbeitet wird. Demnach ist die Befreiung der Ostdeutschen nicht 1945, sondern 1989/1990 und durch sie selbst erfolgt und durch eine Revolution, aber gewaltlos. In den Staatsreden am 27. Januar 2015 anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz ließ sich die Erwähnung der sowjetischen Armee nicht vermeiden, in den Medien in den Tagen zuvor geschah das konsequent.

Und schließlich, die das Verdienst Weizsäckers rühmen, sollten sich doch auch ein wenig über seine Reichweite informieren. Dazu könnten ihnen in der Bundesrepublik gebräuchliche Schulgeschichtsbücher dienen. In einem 1995, also zehn Jahre nach der viel zitierten Rede herausgegebenen Schulbuch, werden die Begriffe „totale Niederlage“, „Ende des Krieges“ und „bedingungslose Kapitulation“ in Überschriften benutzt. In einem weitere zehn Jahre später benutzten heißen sie „Der deutsche Zusammenbuch“ und „Die Kapitulation“, und in der Rubrik des Wichtigen wird die „Bedingungslose Kapitulation“ aufgeführt. In einem dritten 2001 zugelassenen Geschichtsbuch ist der einschlägige Text „Kriegsende und Kapitulation“ überschrieben. Der Begriff Befreiung taucht in dieser Literatur nicht auf. Und das lässt fragen. Wäre es nicht an der Zeit und nun auch eine Pflicht, im Gedenken an den Toten zu sorgen, dass nicht nur die Autoren der Schulgeschichtsbücher und die Politiker, die über deren Zulassung entscheiden, vom rühmenden Gerede zur bildenden Tat schreiten?

Reaktion: Bundesregierung will nicht selbst erinnern

Die Bundesregierung will an den „Tag der Befreiung“ am 8. Mai nicht mit eigenen Veranstaltungen erinnern. Das geht aus den Antworten auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Man wolle die Aufarbeitung von Geschichte sowie entsprechende Gedenkakte „nicht in Eigenregie“ durchführen. Begründung: Man wolle kein „staatlich verordnetes Geschichtsbild“ fördern, „sondern ein wissenschaftlich fundiertes und gesellschaftlich verankertes Erinnerungswesen“.

Die Bundesregierung stellt auf Nachfrage außerdem klar, den 8. Mai nicht zu einem nationalen Gedenktag an die Befreierinnen und Befreier vom deutschen Faschismus zu erklären. „Entsprechende Planungen bestehen nicht.“ Dafür hat sie im vergangenen Sommer beschlossen, zusätzlich zum Weltflüchtlingstag einen nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ einzuführen.

Die Linke-Abgeordnete Sevim Dagdelen kritisiert das offizielle Nichterinnern scharf. In einer am Dienstag verbreiteten Stellungnahme heißt es: „Die Bundesregierung will die Krise mit Russland politisch instrumentalisieren und das Gedenken an die Sieger über den deutschen Zivilisationsbruch entsorgen. Weder im In- noch im Ausland plant die Bundesregierung irgendwelche eigenen Aktivitäten. Das ist ein offener Affront gegen die noch lebenden und für die Freiheit gefallenen Befreier.“

Die Sprecherin für internationale Beziehungen der Linksfraktion erklärt anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf ihre kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 18/3779) weiter: „Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Nazismus führt bei der Bundesregierung ins bundespolitische Nirwana. Sie verweigert damit vor allem den Angehörigen der Rote Armee ein ehrendes und würdiges Gedenken. Denn sie war es, die dem Morden in Auschwitz ein Ende gesetzt und mit enormen Opfern wesentlich zur Niederlage der Nazi-Diktatur beigetragen hat.“

Dagdelen fordert die Bundesregierung auf, „der Befreier, die die Menschheit vom Nazismus gerettet haben, würdig und angemessen zu gedenken. Sie darf diese nicht einer antirussischen Politik opfern.“

junge Welt, Mittwoch, 11.02.2015, S. 3.

Das Unheil begann 1939

Vor siebzig Jahren sank Dresden infolge alliierter Luftangriffe in Schutt und Asche. Verantwortung für den tausendfachen Tod tragen diejenigen, die den Krieg vorbereitet und begonnen hatten

In jenen Abendstunden des 13. Februar 1945, in denen sich die Besatzungen der zu den strategischen britischen Luftstreitkräften gehörenden Flugzeuge für ihren Start mit dem „Angriffsziel Dresden“ fertigmachten, stand ich in einer dichtgedrängten Menschenmasse auf einer Treppe des Görlitzer Bahnhofs, die zu dem Bahnsteig führte, von dem ein Zug mit Flüchtlingen aus dem Osten via Dresden ins Reichsinnere fahren sollte. Ich habe den Bahnsteig nicht erreicht. Der hoffnungslos überfüllte Zug gelangte ohne mich in die Elbestadt und geriet in den Bombenhagel jener Nacht, den ersten von vier Angriffen. Der letzte fand zur Mittagszeit des 15. Februar statt. An ihnen waren auch US-amerikanische Luftverbände beteiligt. Es vergingen nahezu sechs Jahrzehnte, in denen über die ohnehin erschreckende Zahl der Getöteten phantastisch überhöhte Angaben gemacht wurden, bis ein Oberbürgermeister der Stadt für die Berufung einer Historikerkommission sorgte, die sich mit dem Hergang der Angriffe befassen und die Zahl der Opfer möglichst genau ermitteln sollte. Das tat sie in sechsjähriger Arbeit. Ihr Bericht, am 17. März 2010 vorgelegt, nennt als Obergrenze für die Zahl der Umgekommenen 25.000 Menschen, die sich in der Stadt aufhielten, darunter ein nicht genau zu ermittelnder Teil, der auf dem Weg nach Westen bis Dresden gelangt war.

Dresden, in dem die Trümmermasse auf 15 Millionen Kubikmeter geschätzt wurde, war eine der in der Schlussphase des Krieges in Schutt und Asche gelegten deutschen Städte. Deren Liste ist lang: Nürnberg, Saarbrücken und Magdeburg im Januar 1945. Cottbus und Pforzheim im Februar, Zweibrücken, Würzburg, Hanau, Heilbronn und Hildesheim im März, noch im April Nordhausen und Potsdam. Die auf dem Dresdner Altmarkt aus toten Menschenkörpern geschichtete Scheiterhaufen, mit Benzin übergossen und entzündet, gehören zu den ergreifendsten Zeugnissen eines Kriegsgeschehens, das immer wieder mit dem Wort Wahnsinn benannt worden ist.

Keine humanen Anwandlungen

Wer verantwortet dieses Morden? In erster Linie alle, die diesen Krieg vorbereitet und begonnen hatten. Und nach und mit ihnen jene führende deutsche Militärclique um ihren Oberbefehlshaber Adolf Hitler, die sich geweigert hatte, selbst in einem Augenblick, da es an der unabwendbaren deutschen Niederlage keinen Zweifel mehr gab, sich geschlagen zu geben, wenngleich sie nicht einmal daraufsetzen konnte, dass ihr das glimpfliche Kapitulationsbedingungen eintragen würde.

Das unterschied die Feldmarschälle und Generale mit dem Hakenkreuz von denen des Deutschen Kaiserreiches. Die rangen sich, nachdem sie 1918 noch eine aussichtslose deutsche Großoffensive befohlen hatten, dann doch zu dem Schritt durch, den Krieg militärisch verloren zu geben und den zivilen Führern dringend aufzuerlegen, einen Weg zur raschen Beendigung der Kämpfe zu finden und zu beschreiten, sprich um Waffenstillstand zu bitten. Aus späten humanen Anwandlungen, etwa aus Rücksicht auf das Leben der eigenen Soldaten, die in den nahezu vier Jahren, die der Krieg schon dauerte, zu Hunderttausenden elend zugrunde gegangen waren, war das nicht geschehen. Die erkennbare Demoralisierung der eigenen Truppen, deren Rückzüge, Befehlsverweigerungen und Auflösungserscheinungen ließen die Militärs fürchten, dass der Krieg in Bälde nicht mehr auf französischem und belgischem Boden, sondern im Reich stattfinden werde. Das hätte das Desaster des Kaiserheeres für jedermann offensichtlich und jede Propaganda vom „im Felde unbesiegten“ Heer unmöglich, ja lächerlich gemacht.

Hitlers Generale haben sich zu einem solchen verspäteten Schritt, wiewohl sie das „Vorbild“ kannten, nicht entschlossen. Nach dem Scheitern der Revolte des Grafen von Stauffenberg und seiner Mitverschworenen hatten sie sich demonstrativ und geschlossen zum „Führer“ und damit zur Kriegsverlängerung bekannt. Selbst als der im eingeschlossenen Berlin im Bunker unter der Reichskanzlei sie mit seinen Bütteln nicht mehr erreichen konnte und auch als er sich aus dem Leben und der Verantwortung gestohlen hatte, war ihr erster Schritt nicht etwa ein Zeichen der Bereitschaft zur Kapitulation.

Wer von den Toten des Luftkrieges und den Zerstörungen durch sogenannte Bombenteppiche spricht, hat folglich zuerst von den deutschen Durchhaltestrategen, denen mit den höchsten Orden und den roten Biesen, zu reden, die mit wenigen Ausnahmen lebend und gesund in Gefangenschaft gingen. Wie oft ist in den vergangenen sieben Jahrzehnten das aber geschehen und Anklage erhoben worden? Wie oft jedoch darüber geschwiegen worden? Statt von ihrer Rolle wurde vorzugsweise von den militärischen Führern Großbritanniens und der USA und den Männern in den höchsten Stäben von deren Luftflotten gesprochen.

Frage der Schuld

Wir werden auf sie zurückkommen, doch zunächst noch einen Augenblick bei Deutschland und den Deutschen bleiben. Die hatten in ihrer großen Mehrheit den Krieg nicht gewollt und, wenn sie auch Hitler nicht für einen Friedensstifter halten mochten, seinen vielen Beteuerungen, den Frieden zu wollen, geglaubt und daraufgesetzt, dass ihr vermeintlich genialer Anführer seine Ziele ohne Krieg oder jedenfalls an dessen Rande operierend durchsetzen werde. Österreich, die Sudetengebiete, dann das „Protektorat“ Böhmen und Mähren schienen das zu bestätigen. Dann sahen sie sich am 1. September 1939 gleichsam überrumpelt, der „Führer“ ließ jetzt „zurückschießen“, wie ihnen erklärt wurde.

Nichts korrumpiert so sehr wie der Erfolg, sei es ein realer oder ein vermeintlicher. Als Polen besiegt, Dänemark und Norwegen besetzt, die Niederlande und Belgien eingenommen, schließlich Frankreich unterworfen war, sahen Millionen Reichsbürger den Endsieg in greifbarer Nähe. Nun „bleibt nur noch ein Feind – England“, so lautete der letzte Satz im Siegesbericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 25. Juni 1940. Das Inselreich musste womöglich gar nicht erobert werden, es war denkbar, dass es sich allein durch verheerende Luftbombardements zur Aufgabe zwingen ließ. Mit dieser Hoffnung richteten Millionen den Blick auf das Morden, das Ende August mit der deutschen Luftoffensive gegen Großbritannien begann.

Das war kein ferner Krieg. Die deutschen „Volksgenossen“ wurden über seinen Fortgang täglich durch die Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht unterrichtet. Im Juli und August 1940 geschah das mit ausdrücklicher Betonung, dass nur bewaffnete Handelsschiffe, Häfen, Tanklager, Flugplätze, Rüstungswerke und Eisenbahnverbindungen das Ziel der deutschen Attacken seien. Ab dem 8. September wurden sie dann „Vergeltungsangriffe“ genannt, die angebliche Antwort auf die Bombenabwürfe britischer Verbände, die wahllos zivile Ziele angreifen würden. Die waren bis nach Mitteldeutschland vorgedrungen, hatten aber, den OKW-Meldungen zufolge, keine oder nur geringe Sachschäden verursacht. Es seien auch nur wenige Menschen umgekommen. Hannover, Düsseldorf und Offenbach wurden als Städte benannt, denen die Angriffe gegolten hatten.

Zahlreicher waren die Namen englischer Städte, welche die Deutschen nun buchstabieren lernten. Es entstand ein Bild von wuchtigen Schlägen der deutschen und von Nadelstichen der britischen Luftstreitkräfte. Die „Volksgenossen“ hörten aus den Lautsprechern ihrer Radiogeräte Augenzeugenberichte von Kriegsberichterstattern, die in den Bombenflugzeugen saßen und schilderten, was sie sahen, die Abwürfe und die Brände am Boden. Die Deutschen blickten auf Kinoleinwänden in den Wochenschauen in Bombenschächte, aus denen die tödliche Fracht entladen wurde und reihenweise ihr Ziel erreichte. Sie sahen wieder und wieder lodernde Häuser und Wohnviertel. Sie hatten das Brausen der Motoren im Ohr, das abgelöst wurde von der von den Regisseuren dazu gegebenen triumphalen Musik. Sie blickten auch in mitunter lachende Gesichter deutscher Soldaten, die sich befriedigt nach ausgeführtem Befehl auf dem Heimflug befanden.

Manchen hatte das nicht genügt. Sie bildeten das Publikum, das den 1941 uraufgeführten Spielfilm „Stukas“ besuchte. Sie konnten sich in Buchhandlungen und Schreibwarenläden für ein paar Groschen mit jenen Broschüren versorgen, in denen das Leben der Fliegersoldaten und ihre „Feindflüge“ geschildert wurden. Und sie kannten natürlich das wieder und wieder aus den Radioapparaten tönende Lied mit dem Refrain „Ran an den Feind, Bomben auf Engelland“. Aus seinem Text spricht ebenso die Wunschvorstellung, vor dem Sieg zu stehen, wie die Anmaßung der eigenen Weltherrschaft, die jenes Britanniens ablösen sollte, denn es heißt darin: „Wir stellen den britischen Löwen / Zum letzten

entscheidenden Schlag. Wir halten Gericht, Ein Weltreich zerbricht: Das wird unser stolzester Tag!“ Es sagt etwas über den Grad an „Bewältigung“ deutscher Geschichte, wenn es im Internet – in diversen Foren zu finden – mit den Worten kommentiert wird: „Dieses ziemlich brachiale Lied der deutschen Luftwaffe soll nicht Krieg und Gewalt verherrlichen, sondern an den Mut und die Tapferkeit der 18 Millionen deutsche Soldaten erinnern.“

An wie vielen deutschen Abendbrottischen ist 1940/1941 darüber gesprochen worden, wie es zu gleicher Stunde denen in London, in Southampton oder Liverpool erging? An wie vielen ist auch nur ein Gedanke daran aufgekommen, dass die Rollen im weiteren Verlauf des Krieges womöglich getauscht werden könnten? Bis dahin kannten die meisten deutschen Stadtbewohner das Heulen der Sirenen von den Dächern ihrer Häuser nur, wenn die allwöchentlich auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft wurden. Das begann sich zu ändern, doch fehlte den meisten Deutschen die Phantasie, sich die Luftangriffe und deren Folgen auszumalen und die bildete sich selbst dann noch nicht, als sie im Spätsommer 1940 von Bombenabwürfen Royal Air Force inmitten Berlins informiert wurden.

Wie viele Dresdner haben sich inmitten ihrer ruinierten Stadt rund viereinhalb Jahre später an ihre Wahrnehmungen und Gedanken, ihr Tun und Lassen erinnert? Sie und die Bewohner vieler anderer deutscher Städte, die ähnliches erlebten und durchlitten, hatten auf die verschiedenste Weise zu dem beigetragen, was unstreitig zur Vorgeschichte ihres Unglücks gehörte. Wie viele gestanden sich das ein und bekannten es vor ihren Kindern? Pforzheim ist die deutsche Stadt, in der während eines Luftangriffs, der 22 Minuten dauerte, 18.000 Bürger umkamen. Keine andere Stadt im Reich wies einen so hohen Prozentsatz ihrer Bewohner auf, die infolge eines solchen Angriffs an einem einzigen Tag starben. Er entspricht in etwa dem Anteil ihrer Bürger, die 1932 für die Partei Hitlers bei der Reichstagswahl stimmten. Diese sind mit jenen nicht identisch, und das eine kann nicht einfach als Quittung oder Strafe für das andere angesehen werden. Aber die Beziehung der beiden Vorgänge zueinander ist unbestreitbar. Wie oft ist von ihr geredet worden? Wann und wo haben sich jene gemeldet, die beim Blick zurück von sich sagen mussten: Mea culpa, mea maxima culpa, nicht im Sinne der Allein- oder Hauptschuld, aber einer Mitschuld, eines teilweisen Selbstverschuldens. Erst mit diesem Geständnis öffnete sich die Tür für Gedanken, die zu den denkbaren Lehren führten. Davon wird noch zu sprechen sein.

Ersehntes Kriegsende

Fragen zum Angriff auf Dresden und andere deutsche Städte im letzten Kriegsjahr 1945 haben sich nicht nur die Deutschen zu stellen, sondern auch Briten und US-Amerikaner, wenn auch solche von anderem Inhalt und Charakter. War es militärisch notwendig, die Luftangriffe, deren Hauptziel (wie 1940/41 bei denen der Deutschen) in der raschen Beendigung des Krieges bestand, bis in den April und mitunter bis unmittelbar in die Tage fortzusetzen, an denen die zerstörten Städte besetzt wurden? Und: Hatten namentlich Winston Churchill, der britische Premier, und Franklin D. Roosevelt, der Präsident der USA, nicht die Möglichkeit, den Befehlshabern ihrer Luftstreitkräfte zu gebieten, die strategischen Offensiven und die Flächenbombardements gegen die dicht bewohnten Altstädte und Stadtzentren einzustellen? Die besaßen sie mit Sicherheit, ohne den eigenen nahen Sieg zu gefährden. Um welchen Preis aber hätten sie das tun können?

Die Luftangriffe, obwohl sie in der Hauptsache die deutsche Zivilbevölkerung trafen, besaßen nach wie vor ihr Gewicht in der Gesamtkriegführung. Noch wurde in Deutschland von hunderttausenden Männern und Frauen tagaus, tagein diszipliniert für den Krieg und damit für seine Fortsetzung produziert. Erscheinungen wie die Massenstreiks gegen Ende des Ersten Weltkrieges oder andere Anzeichen der Verweigerung hatte es nicht gegeben. Die Folgen eines Verzichts auf die Weiterführung der Bombardements lassen sich nicht in Tage oder Wochen der Verlängerung des Krieges umrechnen, dessen Ende jeder Soldat der alliierten Armeen herbeisehnte und von denen keiner noch sein Leben lassen wollte, da sich die Aussicht bot, die eigene Familie, die Freunde, die Heimat wiederzusehen und zu dem zurückzukehren, was man ein normales menschliches Leben nennt. Der Verzicht auf den Einsatz der Luftwaffe wäre jedenfalls mit einer nicht berechenbaren Zahl an Tagen verbunden gewesen, die sich der Krieg weiter hingezogen haben würde. Und jeder dieser Tage würde weitere – auch eine nicht bestimmbare Zahl – Menschenopfer aus den eigenen Reihen gekostet haben.

Denn die deutsche Gegenwehr, so sinnlos sie eingesetzt wurde, war doch in den ersten Monaten dieses Jahres bei weitem nicht vollständig gebrochen. Anfang 1945 standen die sowjetischen Truppen an der Weichsel und die der Westmächte hatten Teilen des Reichsgebiets westlich des Rheines erobert. Doch da wie dort sahen sich die Alliierten noch geschlossenen Fronten gegenüber. Um Königsberg, dann um Posen und Stettin, um die „Festung“ Breslau wurde lange und hartnäckig gekämpft. Im Westen wurde im März der Rheinübergang, im Osten im April der über die Oder erzwungen. Wie sehr die faschistische Kriegsmaschine auch ins Stottern geriet, sie arbeitete, und das nicht zuletzt, weil sie noch immer durch die schuftende Zivilbevölkerung, die Ausbeutung der Zwangsarbeiter und der Kriegsgefangenen in Gang gehalten wurde. Die Trümmerhaufen der deutschen Städte, selbst wenn darin die ausgesprochen kriegswichtigen Anlagen nicht getroffen wurden, banden einen Teil dieser Arbeitskräfte durch die Aufwendungen für das notdürftige Weiterleben in ihnen. Lässt sich das Ergebnis der Luftattacken auch nicht in insgesamt verlorengegangenen Arbeitsstunden errechnen, so ist die Tatsache der Schwächung der deutschen Widerstandskräfte doch offenkundig.

Ob Staatsmann oder Hausfrau, ob General oder Soldat – die, die den Krieg gegen Deutschland ausfochten, wollten ihn beenden und mussten sich doch täglich fragen, warum diese Germans nicht aufgaben und was noch getan werden müsste, sie endlich dazu zu zwingen. Irgendeine Rücksichtnahme ergab sich aus dieser Frage nicht, sie verwies vielmehr im Gegenteil auf den Einsatz alles Verfügbaren. Denn Befehlende und Befohlene wünschten mit diesem Krieg und mit diesem Gegner endlich einfach „fertig zu werden“, zudem die Alliierten im Westen schon wussten, dass mit dem letzten Schuss in Europa die Kämpfe doch nicht beendet sein würden. Sie hatten, als das britisch-amerikanische Bündnis Ende 1941 entstand, sich auf das Prinzip „Germany First“ festgelegt. Nun blieb da noch der Gegner im Fernen Osten, und es war ungewiss, welche Anstrengungen notwendig sein würden, Japans Führung keinen anderen Weg zu lassen, als ebenfalls die weißen Fahnen zu hissen. Wie sollte nach diesen Erfahrungen und in dieser Lage der Gedanke aufkommen, den Krieg mit weniger grausamen Mitteln zu beenden? Und wie angesichts der Nachrichten, die nach dem 27. Januar 1945 um die Welt gingen, als sowjetische Truppen das Lager Auschwitz erreichten und einen Rest seiner Insassen befreiten? Wie angesichts der Tatsache, dass die Deutschen auf dem Tiefpunkt ihres Ansehens als Volk angelangt und weithin verhasst waren?

Keine Lehren ohne Kenntnisse

Gewiss, die Luftangriffe in der Schlussetappe des Krieges, in dem es eine funktionierende deutsche Luftabwehr nicht mehr gab, sind militärisch kein Ruhmesblatt. Doch die Briten und Amerikaner, die ihn führten, waren nicht auf Orden und Beförderungen aus, wiewohl auch das im Einzelfall nicht auszuschließen ist und Befehlshaber der Luftstreitkräfte schon darauf erpicht gewesen sein mochten, am Tage des Sieges ihren eigenen großen Anteil daran vorweisen zu können. Aber Millionen beherrschte der Gedanke an das Ende, das Überleben und das Heimkommen. Manche von ihnen, die als Besatzungssoldaten nach Deutschland kamen, waren, als sie die deutschen Städte sahen, erschrocken über das, was sie da mit ihren Bomben angerichtet hatten. Das würden sie in ihrem Leben nicht noch einmal tun wollen. Aber sie hatten jedenfalls einen Beitrag dazu geleistet, dem „alten“ Kontinent den Frieden zurückzugeben.

Es wäre Sache der Deutschen, das sind siebzig Jahre nach Kriegsende kaum noch Soldaten der Naziwehrmacht, sondern Generationen von Nachgeborenen, sich an einem Tag wie dem 13. Februar die Rolle ihrer Vorfahren klarzumachen, ohne sie mit Vorwürfen zu überhäufen, aber auch ohne sie allein als Opfer zu sehen. Denn das letzte wurden sie erst, nachdem sie sich zu Instrumenten der Faschisten und des Krieges gemacht hatten oder hatten machen lassen. Und es wäre zudem Sache der Deutschen, sich die Rolle der „Anderen“ ohne Vorurteile und ohne die Absicht von Gegenrechnungen vor das geistige Auge zu führen und zu versuchen, sich in deren Gefühlszustand zu versetzen, der sich in den Jahren des scheinbar nicht endenden Krieges gebildet hatte.

Damit wären wir nun doch bei den Lehren. Sie sind ohne Geschichtskenntnisse nicht zu haben, und der Weg zu ihnen ist schwer gangbar, wenn ihn Legenden und Lügen vernebeln. Vor allem: Das Unheil, das zu jenem Februartag führte, begann mit der Entscheidung der deutschen Führung, am 1.

September 1939 den Krieg auf die erkennbare Möglichkeit hin zu entfachen, Frankreich und Großbritannien als Gegner herauszufordern. Im Grunde war dieser Entschluss nicht überraschend. Da ist aus dem Jahre 1932 die warnende Losung der Kommunisten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt Krieg“. Und es waren nicht die Kommunisten allein, die sahen, was in Gestalt der Partei mit dem Hakenkreuz heraufzog. Obwohl die deutsche Bevölkerung nicht die Schlüssel zur Reichskanzlei besaß – die wurden Hitler von anderen ausgehändigt –, war das zeitweilig reichliche Drittel deutscher Wähler, das für die NSDAP votierte, an diesem Einzug in die Wilhelmstraße doch beteiligt. Wie viele Dresdner waren eigentlich darunter? Das ist ein Thema, über das sich die Stadtverwaltung noch heute in ihren in das Internet gestellten Angaben zur Stadtgeschichte ausschweigt.

junge Welt, Freitag, 13.02.2015, S. 12.

Manfred Weißbecker wird 80

Den im sächsischen Chemnitz Geborenen haben Krieg und Nachkrieg via Dänemark nach Thüringen verschlagen. In Weimar besuchte er die Schule. Dann war es ein kurzer Weg in die benachbarte Universitätsstadt. In Jena wurde er Student, Assistent am Historischen Institut, Dozent und Professor für neuere deutsche Geschichte, über Jahre Dekan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und ein Wissenschaftler, der bildend in die Stadt und das Land wirkte.

Aus seiner Arbeit als Forscher und als Leiter eines hochproduktiven wissenschaftlichen Lebens ragt zweierlei heraus: sein maßgeblicher Anteil an der Entstehung des Handbuches, später vierbändigen Lexikons zur Geschichte der bürgerlichen Parteien (1983-1987), von dem soeben eine digitale Fassung erschienen ist (PapyRossa, 39,00 Euro), und die lange Reihe der insgesamt zwanzig Faschismuskolloquien, zu denen sich in der Saalestadt Experten aus der DDR mit Gästen aus der Bundesrepublik, der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien Jahr für Jahr zusammenfanden. Der Extrakt des dort Vorgetragenen und Diskutierten wurde vor allem in den Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte gedruckt, die ein halbes Hundert Ausgaben erlebte.

Manfred Weißbeckers vieljährige Forschungen, einsetzend mit Studien zur Entwicklung des Faschismus in Thüringen, galten vorwiegend dem Aufkommen und Wachstum der Nazipartei in der Weimarer Republik. Mit den verstorbenen Wolfgang Ruge und Joachim Petzold gehört er zu den herausragenden Fachleuten dieses dramatischen Zeitraums deutscher Geschichte.

Mit der DDR endete die Arbeit des Hochschullehrers an der Salana. Nicht jedoch sein Forscherleben und seine rege Publikationstätigkeit, zu der u. a. biographische Studien zu Hitler und Heß gehören. Manfred Weißbecker hat auch unter widrigen Bedingungen wie viele seiner Kollegen jenen das Konzept verdorben, die meinten, die historisch-materialistische Strömung der Geschichtswissenschaften, die in Ostdeutschland ihre Basis besaß, administrativ strangulieren zu können. Und er ist dem Grundsatz treu geblieben, monographische Studien mit allgemein verständlichen Veröffentlichungen zu verbinden. Der eben auf den Buchmarkt gelangte Abriss zur Geschichte der Weimarer Republik, ebenfalls beim Kölner PapyRossa Verlag erschienen, bezeugt das handgreiflich. Mit dem Dank für eine vieljährige Zusammenarbeit verbindet: Salut ins Jenaer Mühltal.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. Februar 2015, S. 25.

Entsetzliches Schauspiel, monströse Barbarei

Christian Dirks und Hermann Simon studierten Diplomatenberichte zum Novemberpogrom 1938 in Deutschland

Seit der Münchener Historiker Hermann Graml 1955 einen Überblick über die Geschichte des antijüdischen Pogroms vom 9./10. November 1938 in einem kaum mehr als ein halbes Hundert Seiten umfassenden Bändchen gab, ist die Literatur über das Verbrechen enorm angewachsen und wächst weiter an. In Stadtgeschichten wird das Geschehen jener Nacht und des darauffolgenden Tages dokumentiert. Begleitbände von Ausstellungen halten es fest. Verfolgte und Beobachtende erinnern sich.

Nun haben zwei Historiker eine weitere Lücke geschlossen. Christian Dirks und Hermann Simon sind der Frage nachgegangen, was die im „Reich" akkreditierten Diplomaten wahrnahmen, an die jeweiligen Regierungen berichteten und welche Reaktionen sie vorschlugen. Durchmustert wurden hierzu die Archive von 20 Staaten, darunter aller damaligen Großmächte sowie Japan und Italiens, die Verbündeten Deutschlands. Südamerika ist durch Brasilien und Kolumbien vertreten, der Balkan durch Bulgarien, das Baltikum durch Litauen. Den nach den Ländernamen alphabetisch geordneten Berichten sind in stenografischer Kürze Angaben über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen des jeweiligen Landes zu Deutschland bis zum Kriegsende 1945 vorangestellt. Darauf folgen Informationen über die Karrierewege der berichtenden Botschafter, Geschäftsträger und Konsuln.

Die Diplomaten sind – teils aufgrund eigener Beobachtungen in Berlin, Frankfurt am Main, München, Breslau und Innsbruck – durchweg gut unterrichtet über die Zerstörungen von Geschäften und Wohnungen, Plünderungen und Inbrandsetzung der Synagogen sowie Gewalttaten bis hin zu Verhaftungen und Mord. Charakterisiert und identifiziert werden in ihren Berichten die Täter, beschrieben die Rolle der Polizei und das Verhalten der Bevölkerung, das vom Mittun bis zur Hilfe für die Verfolgten reicht, aber – bis heute – nicht verlässlich quantifiziert werden kann. Mehrfach wird auf die Teilnahme von Schulkindern an den Untaten verwiesen. Nahezu einhellig ist die Verurteilung des Pogroms; die Ausnahme macht der Botschafter Irlands, der – seiner Regierung gegenüber – das Pogrom mit faschistischen Phrasen rechtfertigt.

In der Schärfe der Urteile unterscheiden sich die Texte dennoch. Sie reichen von „antisemitischer Vandalismus" (Vatikan), „grausame Judenpogrome" (Lettland)" bis hin zu „entsetzliches Schauspiel" (Kolumbien). Der kolumbianische Botschafter, der das Pogrom nächtens auf dem Kurfürstendamm beobachtet hatte, geriet am nächsten Morgen, beim Fotografieren der Schäden, gar in Konflikt mit der Polizei.

Aus den Berichten des US-Konsulats in Stuttgart entsteht ein eindrucksvolles Bild des Ansturms von schutz- und hilfesuchenden Juden, dem sich dessen Mitarbeiter tagelang ausgesetzt sahen. Die US-Diplomaten erwarteten eine entschiedene politische Antwort Washingtons angesichts des „gnadenlosen Umgangs" mit Menschen; es genüge nicht eine verbale Verurteilung.

Der zitierte Passus aus dem Bericht des sowjetischen Geschäftsträgers enthält Beobachtungen und Erwägungen zu den denkbaren Folgen des Pogroms auf das Verhältnis der USA und Großbritanniens zu Deutschland und widerspiegelt das permanente Interesse Moskaus, dass die kapitalistischen Großmächte – das Münchener Abkommen lag nur wenige Wochen zurück – sich nicht zu einer antisowjetischen Front zusammenfinden.

Der Band ist reich bebildert, bietet vor allem Fotografien der Verwüstungen und Brandschatzungen, reicht aber mit Porträts der Diplomaten und ihrer deutschen Partner darüber hinaus. Manche sollen die Beziehungen zwischen den Staaten und dem Deutschen Reich markieren. Zu ihnen gehört das bekannte Foto von der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages im September 1939. Warum wird nicht ebenso ein Bilddokument von der Münchener Konferenz geboten? Eine gewisse Korrektur erfolgt im – den Band beschließenden informativen – Aufsatz über die internationale Presseberichterstattung über den 9./10. November 1938 in Deutschland (Christoph Kreutzmüller, Bjoern Weigel). Wie andere Zeitungen hätten auch die sowjetischen das Verbrechen mit den

Verbrechen der Hunnen, des Dreißigjährigen Krieges, der Bartholomäusnacht und des türkischen Genozids an den Armeniern verglichen. In sowjetischen Blättern erschienen Karikaturen von Nazis mit Messern im Mund. Dimitri Schostakowitsch prangert in einem Aufsatz die „monströse Barbarei“ an. Es erscheint den Autoren indes als „seltsam, dass außerhalb der Sowjetunion kaum eine Zeitung die vielen Toten der Pogrome – ob ermordet oder in den Selbstmord getrieben – erwähnte“. Seltsam? Beachtenswert!

Christian Dirks/Hermann Simon (Hrsg.) Von innen nach außen. Die Novemberpogrome 1938 in Diplomatenberichten aus Deutschland. Metropol. 223 S., geb., 24 Euro.

Neues Deutschland, 12. bis 15. März 2015, S. 22.

Ehre, wem Ehre gebührt

Im Berliner Abgeordnetenhaus haben sich CDU und SPD dagegen ausgesprochen, Reichspräsident Hindenburg von der Liste der Ehrenbürger zu streichen

Im goldenen Buch der Bundesrepublik mit der Aufschrift „Bewältigung deutscher Vergangenheit“ ist auf einer bereits vielgefüllten Seite weitergeschrieben worden. Sie gehört zum Kapitel „Hindenburg“. Autoren sind die Abgeordneten der christlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, genauer die Mitglieder eines seiner Ausschüsse. Die haben – Ehre wem Ehre gebührt – beschlossen, dem kaiserlichen Feldmarschall und späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft der Bundeshauptstadt zu belassen, gegen das Ansinnen der Opposition, sie ihm zu entziehen. Nicht nur dieser Minderheit ist es mehr als ein bloßes Ärgernis, dass sich der Name auf dem besonderen Papier so lange erhalten hat. Das gelang ihm nicht nur dort. Die Bundesrepublik ist von Straßen, die seinen Namen tragen, geradezu übersät. In Baden-Württemberg hat sie jemand gezählt und kam auf weit über hundert. Auch im deutschen Südwesten sind mancherorts Bestrebungen im Gange, sich von diesem Erbe zu trennen. Sie gehen von Ort zu Ort unterschiedlich aus (siehe jW vom 31. Dezember 2014).

Die darüber am Ende entscheiden, könnten sich eine einfache Frage vorlegen. Wem galten eigentlich diese Jahrzehnte zurückliegenden Taufen? Was war das Verdienst, das mit ihnen auf diese Weise ins Gedächtnis von Stadtbewohnern gebracht und dort gehalten werden sollte? Sie haben den zum Kriegshelden erhobenen „Sieger von Tannenberg“ geehrt, jener 1914 in Ostpreußen ausgetragenen Schlacht, zu der es im Ergebnis einer fehlgeschlagenen Rechnung des deutschen Generalstabes kam. Der hatte sich den Aufmarsch der russischen Truppen – Deutschland erklärte dem Zarenreich am 1. August 1914 den Krieg – so langsam vorgestellt, dass er glaubte, Frankreich schon erledigen und seine Truppenmacht danach nach Osten werfen zu können, bevor die gegnerischen Armeen aktionsfähig sein würden. Als die sich aber an den deutschen Zeitplan nicht hielten und über die Grenze in die nordöstliche Provinz des Reiches eindrangen, sah sich die deutsche Führung vor einem doppelten Dilemma, einem militärischen, aber auch einem propagandistischen, denn es war den dummgläubigen Deutschen doch erklärt worden, sie müssten in den Krieg ziehen, die Gefahr aus dem Osten abzuwehren. Hindenburg, vor Kriegsbeginn schon in Rente geschickt, wurde remobilisiert und als Reparaturschlosser an die Ostfront geschickt. Das Missgeschick ließ sich in Ordnung bringen. Die Eingedrungenen wurden geschlagen, gefangengenommen oder zurück über die Grenze gedrängt. Von daher rührte der Ruhm des Mannes, hinter dem die Anteile anderer wie üblich verblassten. Ist uns, das wäre die erste Frage, die sich die Abgeordneten der Berliner Regierungskoalition hätten stellen können, der Feldherr eines Eroberungskrieges, durch den aus der Großmacht Deutschland eine Weltmacht werden sollte, eine Ehrung noch wert?

Hätte sich die hauptstädtische Volksvertretermehrheit dann auf Hindenburgs weitere Spur in den Kriegsjahren gesetzt, wäre ihr geradezu ins Auge gefallen, dass der Mann, der zum Chef der Obersten Heeresleitung aufstieg, ein Kriegsverlängerer war, der sich mit seinen Entscheidungen die Verantwortung für den Tod von Zehn- und Hunderttausenden Soldaten auflud. Noch 1918, als die Kräfte des Kaiserreiches und seiner Armee erkennbar erschöpft waren, befahl die Heeresführung eine Offensive in Frankreich, nicht um den Krieg noch zu gewinnen, sondern einzig für günstigere Waffenstillstandsbedingungen. Das „Unternehmen Michael“ wurde ein Debakel. Bevor dann der Krieg das deutsche Reichsgebiet erreichte, verlangten Hindenburg und sein Klüngel, dass die Zivilisten an der Reichsspitze einen Weg zum Waffenstillstand und Frieden suchten und beschritten. Dieser Rolle Hindenburgs als Soldaten mordender Kriegsverlängerer hätte die zweite Überlegung der Parlamentarier gelten können.

Die dritte betrifft Hindenburg als den Verbreiter der Mär vom „im Felde unbesiegten Heer“, das vom Dolchstoß in den Rücken getroffen wurde, jener Lüge, die im Zentrum aller Lügen und Legenden über den Ersten Weltkrieg stand. Das suchte Hindenburg zusammen mit der nicht weniger verlogenen These von Deutschlands Kriegsunschuld glaubhaft zu machen – im engeren Kreis den Reichstagsabgeordneten, die beauftragt waren, sich mit der Kriegsgeschichte zu befassen, im Weiteren den Lesern

seiner Memoiren. Mit deren Abfassung ließ er sich keine Zeit. Sie lagen 1920, gedruckt unter dem Titel „Aus meinem Leben“, vor. Sie halfen zusammen mit Dutzenden von Erinnerungen, die kaiserliche Generale und Offiziere zum Verfasser hatten, Millionen Deutsche um Einsichten und Lehren betrügen, die sie aus dem Weltkrieg hätten gewinnen können.

Merkwürdig: Wenn von Hindenburgs Rolle in der deutschen Geschichte geredet oder geschrieben wird, sind die Teilnehmer meist sogleich bei seiner Unterschrift unter die Ernennungsurkunde für Adolf Hitler. Das Davor ist weithin vergessen oder nie wahrgenommen worden. Davon profitieren bis auf den heutigen Tag jene Deutschnationalen mit den verschieden farbigen Parteibüchern, die Hindenburg „behalten“ wollen und zur Stärkung ihrer Position landauf landab sich als jene ausgeben, die differenziert in die deutsche Geschichte und auf deren Hauptakteure blicken, denen sie Gerechtigkeit widerfahren lassen. Scharfschauend haben sie entdeckt, dass der 1925 zum Reichspräsidenten, also zum Staatsoberhaupt der Republik Gewählte um dieses Staatswesen sich einige Jahre hindurch Verdienste erworben habe. Auf deren Aufzählung wird dann freilich wie jüngst auch in dem Berliner beratenden Gremium besser verzichtet. Vor allem seine Rolle als Stütze der Regierungspraxis, die nicht mehr mit den Beschlüssen von Parlamentsmehrheiten arbeitete, sondern mit sogenannten Notverordnungen, die von der Regierung ausgearbeitet wurden und nur noch den Segen des Präsidenten brauchten und erhielten. Hindenburg funktionierte als Stütze für jene Politik, welche die Lasten der großen Krise auf die Massen abwälzte und mit der Verarmung, dem Hunger und dem Wohnungselend eine Bedingung für den Aufstieg der Nazipartei zur wählerstärksten Partei im Reich schuf. Selbst noch für den Verfassungsbruch, der in der Berufung Hitlers zum Reichskanzler lag, werden mildernder Umstände präsentiert: Die Massen hätten den Mann eben gewollt, und dem hätte er Rechnung tragen müssen. Deren angebliche Mehrheit, das lässt sich am Wahlergebnis ablesen, machte in Wahrheit ein Drittel der Wählerschaft aus.

Die Durchmusterung zutage liegender Tatsachen aus Hindenburgs Biographie könnte hinreichen, ihm jedes Gedenken in öffentlichen Räumen und jeden Platz auf einer Ehrenbürgerliste zu entziehen. Dass sich Demokraten dazu nicht verstehen, lässt fragen, wie es in ihren Köpfen aussieht. Denn, um bei den verteidigten Straßen- und Platznamen zu bleiben: Deren Erhaltung bietet nur einen Vorteil. Sie kann bei der geographischen Orientierung helfen. Wer auf sie trifft, weiß sicher, dass er sich auf dem Territorium der Bundesrepublik in ihren ursprünglichen Grenzen befindet und die Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Osten noch nicht überschritten hat.

junge Welt, Dienstag, 17.03.2015, S. 3.

Zwei denkwürdige Verdienste aus einer Masse

Bei Heinrich Fink, dem Jubilar, der die Schwelle zum neunten Lebensjahrzehnt überschreitet, müsste an diesem letzten Märztag der Briefkasten überlaufen, würden sich all jene an sein ihnen zugutegekommenes Verdienst erinnern, ihnen in den sogenannten Zeiten der Wende wenigstens eine gewisse Galgenfrist verschafft zu haben, bevor sie aus der Humboldt-Universität als nicht mehr gebraucht oder gewollt entlassen wurden. Dass sie nicht nur Monate länger bezahlt wurden, sondern auch eine Zeitspanne gewannen, in der sie über das „Wie-Weiter?“ nachdenken konnten, war durch die Klage bewirkt, die der damalige Rektor der Universität gegen das Abwicklung genannte Verfahren bei Gericht eingereicht hatte und mit Erfolg durchkämpfte. Diejenigen, die mit der „Methode nassforsch“ gescheitert und nun auf das langwierigere, sie vielfach auch entlarvende Verfahren „Einzelfallprüfung“ verwiesen waren, haben ihm das nicht vergessen. Da half der heutige Bundespräsident, das damalige Haupt der Behörde für die Verwertung der Akten der Staatssicherheit, als Racheengel weiter. Es wurde die Geschichte vom IM Heiner verbreitet, über die zwei höheren Offiziere des Ministeriums aussagten, dass diese Figur nicht real, sondern von ihnen zusammengeschustert worden war. Beide, vom Landesarbeitsgericht als Zeugen geladen, wurden vom Vorsitzenden des Verfahrens kurzerhand für unglaubwürdig erklärt. Heinrich Fink war über den Gauck-Weg „rechtskräftig“ entlassen. Enttäuschend war, wie wenig Humboldtianer an diesem Tag gekommen waren, ihrem einstigen Rektor ein Zeichen ihrer Solidarität zu geben. Der Briefkasten wird also nahezu ein Vierteljahrhundert später von derlei Post nicht überquellen. Von anderer schon, und Heinrich hat die Gratulantenmasse hochverdient. An diese Episode – eine bedeutsame in seiner Biographie – wird erinnert, nicht allein, weil sich in ihr ein Geist des Widerstandes ausdrückt, sondern auch wegen ihrer fortdauernden Aktualität.

Ja, es gibt andere Geschichten die Menge. Für welche sich entscheiden? Eine davon ist die unseres Miteinander-Bekanntwerdens, aus dem eine Freundschaft wurde. Heinrich Fink war in DDR-Zeit zu einer Gruppe Westdeutscher, vorwiegend Bremer, gestoßen, die der anhaltend feindlichen Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Tschechoslowakei ein Ende machen wollten. Dazu hatten sie eine kleine Gesellschaft gegründet, die Menschen verschiedener Gesinnungen vereinte: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Antifaschisten jeden Typs. Den Kern der Gruppe bildeten Bremer Pastoren, die auch den Vorsitzenden stellten. Das Unternehmen nannte sich Lidice-Initiative. Ihre Mitstreiter trafen sich mit tschechischen Partnern in Bremen und in Kladno bei Lidice, in Prag, Marburg und Bratislava zu Debatten über Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Denen täte ein Historiker gut, meinte Heinrich Fink. Der darauf angesprochene Prorektor lud mich ein. Und so und nicht durch Universitätspflichten trafen wir zueinander. Damit wäre ein Stück Geschichte der DDR erzählt, das auch in Vergessenheit gebracht ist: die Arbeit zur Herstellung eines neuen, gut nachbarlichen, ja freundschaftlichen Verhältnisses zu unseren unmittelbaren Nachbarn, den Tschechen und den Polen. Das Verdienst wird heute ganz Willy Brandt und mehr noch Helmut Kohl zugeschrieben. Früher, länger, ausdauernder haben da einige andere gewirkt. Unter ihnen Heinrich Fink. Gruß dem Theologen, Hochschullehrer und Forscher, dem ideenreichen, leidenschaftlichen Antifaschisten, dem bis vor kurzem noch Vorsitzenden ihrer bundesrepublikanischen Organisation. Sto lat!

Ossietzky, 7/2015, 28. März 2015, S. 242-243.

Komplizen: die Konzerne und die SS

Susanne Willems hat eine beeindruckende Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz verfasst

Die gedruckte Literatur zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz hat seit längerem eine vierstellige Ziffer erreicht. Im Zentrum stehen die in vielen Sprachen verfassten Berichte überlebender Opfer der faschistischen Herrschaft, gefolgt von den mündlichen (vor allem aus Gerichtsprozessen herrührenden) und schriftlichen Zeugnissen der Täter, wie sie gemeinhin bezeichnet werden, jedoch treffender Mörder genannt werden müssten. Das hier anzuzeigende Buch ist mit Blick auf den 70. Jahrestag der Befreiung des Lagerkomplexes Auschwitz durch die Rote Armee entstanden. Es ist zugleich die Frucht einer jahrzehntelangen Beschäftigung seiner Autorin mit der Judenverfolgung in Deutschland und in den von Deutschland eroberten Gebieten Europas. Der Anfang dieser Arbeit fällt noch in deren Studienzeit und begann in Begleitung des westdeutschen Geschichtsprofessors Hans Mommsen.

Susanne Willems wurde in der Bundesrepublik eine der besten Kennerinnen der Materie und dessen, was Archive über ihren Forschungsgegenstand bergen. Sie erregte früh Aufsehen und Anerkennung mit ihren Korrekturen zur Biografie von Albert Speer, die dieser nach 1945 nach Kräften geschönt hatte. Das geschah insbesondere mit ihrer Monografie „Der entsiedelte Jude“, in der sie die Vorschläge von Hitlers Chefarchitekten zur Vertreibung von Juden aus ihren Wohnungen schon für 1938 quellengestützt belegte. Nun kehrt sie zur Rolle des Mannes zurück, der zum Schluss auch noch Hitlers Rüstungsminister geworden ist.

Der opulente Bild-Text-Band schlägt einen zeitlichen Bogen von den frühesten Plänen der SS, in dem Baukomplex in Oświęcim, der aus den Zeiten der K. u. K. Monarchie stammte und als Kaserne gedient hatte, ein Konzentrationslager zu errichten, bis zur Befreiung des Haupt- und der Nebenlager. Susanne Willems fasste ihre Forschungsresultate und die anderer zu einem dichten und dennoch übersichtlichen Gesamtbild zusammen. Der Band endet mit einem Blick auf die heutigen musealen Anlagen.

Was der Publikation auch die Aufmerksamkeit von Spezialisten sichern wird, ist die Unterbreitung und Erläuterung eines Fundes in einem Prager Archiv: Da stieß die Forscherin auf einen Ausbauplan von Auschwitz II (Birkenau), der noch umfassendere Erweiterungsbauten vorsah als jene, die verwirklicht wurden. Die Vereinbarung darüber, zwischen Himmler, Speer und Oswald Pohl, dem Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, getroffen, wird hier teils im Faksimile dokumentiert. Susanne Willems interpretiert die Dokumente als Beweis für die Übereinkunft, das Lager für die Zwecke der Massenvernichtung von Menschen und gleichzeitig als eine Art Drehscheibe für die Versorgung der oberschlesischen Industrie mit Arbeitskräften zu nutzen. In welchem Grad und zu welchen Zwecken das in der chemischen, metallurgischen und Elektroindustrie sowie im Bergbau tatsächlich geschah, darüber würden Leser womöglich gern mehr erfahren als die Zahlenangaben über die von der SS den Unternehmen zur Ausbeutung „verliehenen“ Häftlinge.

Der großformatige Band ist eindrucksvoll illustriert. Dazu wurden Dokumente und zeitgenössische Fotografien verwendet sowie aktuelle Aufnahmen, die Frank und Fritz Schumann vor Ort machten und die sie aus insgesamt 5000 auswählten. Hier wurde von Angehörigen zwei Generationen deren Sicht auf den heutigen Zustand des einstigen Konzentrations- und Vernichtungslagers festgehalten. Ihre Bilder, durch unspektakuläre Linsen gewonnen, zeigen Häuser und Räume, in denen die Häftlinge einst zusammengepfercht hausten, Ruinen, Trümmer, Bunker und ehemalige Erschießungsplätze. Sie vermitteln eine bedrückende Vorstellung von jener Menschenfeindlichkeit, die sich mit dem Namen Auschwitz für immer verbindet. In der anhängenden Zeittafel stößt der Leser unter der Jahreszahl 2012 auf die Erwähnung einer angesichts des damals bevorstehenden Auschwitz-Tages angestellten Untersuchung. Laut dieser konnten 23 Prozent der 18- bis 29-jährigen Deutschen „mit dem Begriff Auschwitz nichts anfangen“ – das sind die Jahrgänge, die Schulen in „Deutschland, einig Vaterland“ besucht haben.

Susanne Willems (Text) und Frank und Fritz Schumann (Fotos): Auschwitz. Die Geschichte des Vernichtungslagers. Edition Ost, Berlin 2015. 255 S., geb., 29,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 10. April 2015, S. 16.

Auf wehrlosem Papier

Ian Burumas krude Sicht auf das Jahr 1945

Der Autor dieses Bandes ist mit Forschungen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges bisher nicht aufgefallen. Welches Fach Ian Buruma am Bard College, einer privaten Hochschule im Bundesstaat New York vertritt, wird nicht mitgeteilt. Geschichte kann es schwerlich sein, denn es fehlen Angaben über die Herkunft von Fakten, Zahlen und Zitaten, ein Geschichtsstudent würde mit einer solchen Arbeit scheitern.

Nach der Schilderung der Befreiungsfeiern in den Hauptstädten der Alliierten sowie in Paris und Amsterdam handelt dieses Buch vom Sexualleben der vom „Befreiungskomplex“ (Buruma) geplagten Frauen 1945 in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Japan. Dargestellt wird die Geschichte der organisierten und „freien“ Prostitution, Fraternisierungen und Vergewaltigungen, einschließlich von aus Konzentrationslagern befreiten Häftlingsfrauen – alles genüsslich ausgebreitet.

Wo Ursachenforschung gefordert wäre, stößt der Leser auf Phrasen. Zwei Beispiele. Der Kommentar zu den unbefriedigenden Nachkriegsprozessen und ungebrochenen Karrieren von Nazis im besetzten (West)Deutschland lautet lakonisch: „Aber vollkommene Gerechtigkeit ist ohnehin eine Utopie.“ Und: „Die Bestrafung der Schuldigen musste gegen andere Interessen abgewogen werden.“ Gegen welche? Und bei Urteilen über das Verhalten der Menschen in der faschistischen Diktatur sei, so Buruma, zu beachten: „Vielleicht ist der Opportunismus des Menschen manchmal seine nützlichste Eigenschaft.“

Beispiel zwei: Am Ende seiner Abhandlung, die sich auf die Vorgeschichte der UNO konzentriert, vermerkt der Autor, dass aus den hochfliegenden Plänen für eine Weltordnung des Friedens nichts geworden sei. Das ginge auf das Konto von Josef Stalin, der die Teilung der Welt betrieben habe. Für die von ihm dafür als Belege aufgezählten Staaten folgen nach Korea, Vietnam, Indien, Pakistan, Israel und Kambodscha Ruanda und Irak. Für letztere kann Stalin wahrlich nicht haftbar gemacht werden. Der Verlag empfiehlt das Buch mit der Ankündigung: „So anschaulich und vielstimmig war noch nie über diese dramatischen Monate zu lesen, während der das Fundament für unsere Gegenwart gelegt wurde.“ Der das schrieb, hat das Buch nicht bis zu Ende gelesen.

Buruma bekennt sich offen zu seinem Antikommunismus. Das „kommunistische Russland“ samt Osteuropa zählt er zu den „dunklen Seiten der Welt“. Von einem Besuch in Berlin-Ost 25 Jahre nach Kriegsende blieb ihm nur der „Bombast der leeren stalinistischen Prachtstraßen“ und von einer Stippvisite ’89 nichts als „eine schäbige Currywurstbude“ im Gedächtnis. Dem einstigen Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend Erich Honecker legt er die Devise in den Mund „Wir müssen ihren (den Jugendlichen; K. P.) Drang nach Lebensfreude bezwingen.“ Quelle wie üblich: Fehlanzeige.

Ian Buruma: ’45. Die Welt am Wendepunkt. Hanser Verlag, München. 412 S., geb., 26,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 17. April 2015, S. 16.

Von mörderischer Wirkung

Vor 100 Jahren setzte Deutschland erstmalig Giftgas ein. Infolge dieser Grenzüberschreitung in der Kriegsführung gab auch der Gegner alle Zurückhaltung auf

Am 22. April 1915 setzte das deutsche Heer an der Westfront eine neuartige Waffe ein: Gas. Das geschah am 266. Tage des Krieges, der später der Erste Weltkrieg genannt wurde. Wer sich an diesem Tage das Geschehen anhand des Frontenverlaufs vergegenwärtigte, dem konnte das Wilhelminische Kaiserreich als die erfolgreiche Kriegspartei erscheinen. Die Armeen bekämpften einander jenseits der deutschen Grenzen. Kein Soldat einer feindlichen Armee, es sei denn als Gefangener, befand sich auf deutschem Boden. Im Westen verlief die Frontlinie, die sich über mehr als 700 Kilometer erstreckte, von der Schweizer Grenze bis an die Nordsee durch französisches und belgisches Territorium. Im Osten waren die in Ostpreußen eingedrungenen zaristischen Armeen vertrieben oder vernichtet worden.

Doch der Schein trog. Der Feldzugsplan, mit dem die deutschen Armeen am 1. August 1914 in den Krieg gegen Frankreich zogen, war bereits nach etwa sechs Wochen komplett gescheitert. Zwar waren die kaiserlichen Truppen durch Belgien und von Norden in Frankreich bis etwa 50 Kilometer an Paris herangekommen. Doch erwiesen sich ihre Kräfte dort als erschöpft. Der Gegenangriff französischer Armeen und von Truppen des Britischen Expeditionskorps hatte sie in der ersten Septemberhälfte zum Rückzug von der Marne bis zur Aisne gezwungen. Wochen später war die deutsche Westfront auf der ganzen Länge erstarrt. Die Soldaten hatten sich einzugraben begonnen. Sie bauten Schützen- und Verbindungsgräben, platzierten ihre Waffen, Maschinengewehre und Artilleriegeschütze so, dass sie anstürmenden Gegnern einen tödlichen Empfang bereiten konnten, gruben sich in Unterständen immer tiefer in die Erde, um wenigstens zeitweilig Schutz und Ruhe zu finden. Es begann, was der Stellungskrieg genannt wurde und ein elendes Dasein in Dreck und Schlamm und Kälte, ein Leben unter ständiger Todesdrohung, ein Vegetieren in Gemeinschaft mit Ratten und Läusen war.

Keine Seite wusste, wie dieser Krieg je wieder in Bewegung und durch den militärischen Sieg einer Seite zu einem Ende kommen konnte. Doch zeichnete sich ab, dass sich mit der Länge des Krieges das Kräfteverhältnis zwischen den Kriegsgegnern zu Ungunsten Deutschlands verändern werde. Die Gegner, namentlich die im Westen, hatten Zeit gewonnen, ihre einheimischen Truppen und auch die aus ihren Kolonien zu formieren, auszubilden und heranzutransportieren und dazu ihre überlegene Wirtschaftskraft zu entfalten. Die deutsche hingegen litt zunehmend unter der wirksamen britischen Seeblockade. Es war eingetreten, was ein Vierteljahrhundert zuvor der inzwischen pensionierte, hochbetagte Generalstabschef der preußisch-deutschen Armee und Sieger von Königgrätz und Sedan, Helmuth Graf von Moltke, kurz vor seinem Tod 1891 prophezeit hatte und was seine Nachfolger fürchten mussten. Die klügsten unter ihnen erkannten im Herbst 1914, dass Deutschland diesen Krieg nicht würde gewinnen können. Doch war die deutsche Militärkamarilla, die keinen Ersatzplan für den gescheiterten besaß, nicht von dem Typ, sich dies einzugestehen und einen Ausweg zum Frieden zu suchen. Bis dahin zu gelangen, brauchten sie nahezu vier Jahre.

So stand es aus der deutschen Perspektive um den Krieg an jenem 22. April 1915. Was und wie wenig sich an den Fronten wirklich noch veränderte, sagten die Heeresberichte dieses Tages. Der deutsche meldete: „Westlicher Kriegsschauplatz: Südlich des La-Bassée-Kanals und nordwestlich von Arras nahmen wir erfolgreich mehrere Sprengungen vor. In den Argonnen und im Gelände zwischen Maas und Mosel fanden heftige Artilleriekämpfe statt. Nach Feuerüberfall griffen die Franzosen heute Nacht im Westteil des Priesterwaldes an, wurden aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am Nordhange des Hartmannsweilerkopfes zerstörten wir gestern einen feindlichen Stützpunkt und wiesen am Abend einen feindlichen Angriff ab. Östlicher Kriegsschauplatz: Die Lage im Osten ist unverändert.“ Und im österreichischen wurde mitgeteilt: „In Russisch-Polen und Westgalizien vereinzelte Geschützkämpfe. An der Karpatenfront wurde ein erneuter Ansturm gegen unsere Stellungen an und beiderseits des Uzsoker Passes blutig abgewiesen. Bei den heftigen Angriffen, die teils im wirkungsvollsten Feuer unserer Artillerie zusammenbrachen, teils durch Gegenangriffe der Infanterie zurückgeschlagen wurden, erlitt der Gegner abermals sehr schwere Verluste. Vor den Stellungen

einer vom Feind wiederholt angegriffenen Kuppe liegen allein über 400 russische Leichen. Das Infanterieregiment Nr. 12, die Brassoer und Maros-Vasaerhelyer Honved-Infanterieregimenter Nr. 24 und 22 sowie die gesamte, an den Kämpfen beteiligt gewesene Artillerie haben sich besonders ausgezeichnet. 1200 Russen wurden gefangen. An den sonstigen Abschnitten der Karpatenfront, dann in Südostgalizien und in der Bukowina nur stellenweise Geschützkämpfe und Geplänkel.“[1] Da war keine Rede von großen Schlachten und raumgreifenden Offensiven.

Ein Mittel des Massenmords

Am Tage aber, da die deutschen Truppen den Gaskrieg begannen, am 22. April also, wurde dies aus dem Großen Hauptquartier geschrieben und von Nachrichtenagenturen verbreitet: „In einer Veröffentlichung vom 21. April beklagte sich die englische Heeresleitung darüber, dass deutscherseits ‚entgegen allen Gesetzen zivilisierter Kriegführung‘ bei der Wiedereinnahme der Höhe 60 südöstlich von Ypern Geschosse, die beim Platzen erstickende Gase entwickeln, verwendet wurden. Wie aus den deutschen amtlichen Bekanntmachungen hervorgeht, gebrauchen unsere Gegner seit vielen Monaten dieses Kriegsmittel. Sie sind also augenscheinlich der Meinung, dass das, was ihnen erlaubt sei, uns nicht zugestanden werden könne. Eine solche Auffassung, die in diesem Kriege ja nicht den Reiz der Neuheit hat, begreifen wir, besonders im Hinblick darauf, dass die Entwicklung der deutschen Chemiewissenschaft uns natürlich gestattet, viel wirksamere Mittel einzusetzen als die Feinde, können sie aber nicht teilen. Im Übrigen trifft die Berufung auf die Gesetze der Kriegführung nicht zu. Die Deutschen Truppen verfeuern keine ‚Geschosse, deren einziger Zweck ist, erstickende oder giftige Gase zu verbreiten‘ (Erklärung im Haag vom 29. Juli 1899), und die beim Platzen der deutschen Geschosse entwickelten Gase sind, obschon sie sehr viel unangenehmer empfunden werden als die Gase der gewöhnlichen französischen, russischen oder englischen Artilleriegeschosse, jedoch nicht so gefährlich wie diese. Auch die im Nahkampf von uns verwendeten Rauchentwickler stehen in keiner Weise mit den Gesetzen der Kriegführung im Widerspruch. Sie bringen nichts weiter als eine Potenzierung der Wirkung, die man durch ein angezündetes Stroh- oder Holzbündel erzielen kann. Da der erzeugte Rauch auch in dunkler Nacht deutlich wahrnehmbar ist, bleibt es jedem überlassen, sich seiner Einwirkung rechtzeitig zu entziehen.“

Dieses Dementi ließ sich in seiner Absicht schwer (schwer oder unschwer ???) entschlüsseln. Seine Autoren erhoben zum einen den Anspruch, dass Deutschland die gleichen Kampfmittel benutzen könne wie seine Gegner. Dabei wurde einzig auf Artilleriemunition Bezug genommen, bei deren Verwendung sich gleichsam als eine Begleiterscheinung Gase entwickeln würden. Vom Einsatz chemischer Waffen war keine Rede. Sodann enthielt der Text die Drohung, dass es dem deutschen Heer möglich sei, nicht näher beschriebene, aus chemischen Forschungen hervorgegangene Waffen mit stärkerer Wirkung zu verwenden als die Gegner. Und schließlich wurde versichert, die deutsche Kriegführung werde in Übereinstimmung mit den internationalen Abmachungen erfolgen.

Als deutsche Zeitungsleser diesen Text, der mit hoher Wahrscheinlichkeit in ablenkender Absicht verfasst worden sein dürfte, zu Gesicht bekamen, waren Tausende Soldaten der gegnerischen Armeen bei Ypern schon vergiftet, erstickt oder aber schwer verwundet. Was tatsächlich geschehen war, verschwieg auch der offizielle deutsche Heeresbericht vom folgenden Tage, dem 23. April, ganz. Er begann so: „In den gestrigen Abendstunden stießen wir auf unserer Front Steenstraate östlich Langemarck gegen die feindlichen Stellungen nördlich und nordöstlich von Ypern vor. In einem Anlauf drangen unsere Truppen in neun Kilometer breite bis auf die Höhe südlich von Pilkelm und östlich davon vor. Gleichzeitig erzwangen sie sich in hartnäckigem Kampfe den Übergang über den Ypern-Kanal bei Steenstraate und Het Sas, wo sie sich auf dem westlichen Ufer festsetzten. Die Orte Langemarck, Steenstraate, Het Sas und Pilkelm wurden genommen. Mindestens 1600 Franzosen und Engländer und 30 Geschütze, darunter 4 schwere englische, fielen in unsere Hände.“

---

[1] Beide Berichte zitiert nach: Amtliche Kriegs-Depeschen nach Berichten des Wolffschen Telegr.-Bureaus Band 2, Berlin 1915.

Anders der gleichen Tags veröffentlichte Bericht des Londoner Reuter'schen Büros: „French (John French, Oberkommandierender des Britischen Expeditionskorps. K. P.) meldete gestern, dass der Feind am 22. April abends die französischen Truppen zur Linken der englischen Truppen nahe bei Bixschoote und Langemarck, nördlich von Ypern, angegriffen hat. Eine heftige Beschießung war vorausgegangen, bei welcher der Feind viele Apparate zur Hervorbringung erstickender Gase benutzte. Aus der Menge der erzeugten Gase geht hervor, dass dies nach einem vorbedachten Plane und im Widerspruch mit der Haager Konvention geschah. Die Franzosen mussten sich infolge der Gase nach dem Kanal bei Bossinghe zurückziehen, und wir waren gezwungen, unsere Linie in Übereinstimmung mit der französischen zu ändern; unsere Front blieb intakt. Außer diesem Angriff auf unserer äußersten Linken fand ein solcher gegen die Laufgräben östlich von Ypern statt, wurde aber abgeschlagen. Der Kampf nördlich von Ypern dauert fort. Heute sind zwei deutsche Flugzeuge heruntergeschossen worden."

Was war an jenem Tage an der Westfront tatsächlich geschehen? Die Oberste Heeresleitung hatte den ersten Großeinsatz von Chlorgas befohlen. Das bedeutete nicht nur die Fortsetzung des Krieges mit einer neuartigen chemischen Waffe, sondern markierte einen Einschnitt in der Geschichte der Kriegführung überhaupt. Dass Gifte in Kämpfen und Kriegen verwendet worden waren, wusste jedes Kind, das Geschichten von den mit Pfeil und Bogen ausgetragenen Stammeskämpfen der Indianer oder auch von vergifteten Brunnen gelesen hatte. Die Verwendung dieses Gases aber geschah mit dem Ziel, Feinde massenhaft außer Gefecht zu setzen und dabei die Tötung von Hunderten und Tausenden billigend in Kauf zu nehmen. Es war der Schritt über die Schwelle zu einer neuen Weise des kriegerischen Massenmordes getan.

Die Versuchsphase

Dass sich die Kriegstechnik der industrialisierten Staaten zu dieser Möglichkeit hin entwickeln werde, war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kein Geheimnis. Internationale Abmachungen, die solchen Einsatz verhindern sollten, wurden unter Teilnahme einer Vielzahl von Staaten, schon bevor es dazu irgendwo gekommen war, im niederländischen Den Haag in Jahren 1899 und 1907 vertraglich getroffen. Vereinbart worden war die sogenannte Haager Landkriegsordnung, in der die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs fixiert waren. Im ersten Abkommen vom 29. Juli 1899 hieß es, nachdem im Artikel 22 festgestellt war „Die Kriegsparteien haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes", weiter, dass namentlich „die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen" untersagt sei.

Ungeachtet dieser Verträge war in mehreren Ländern an der Entwicklung chemischer Waffen gearbeitet worden, ohne dass es schon zu verwendbaren Ergebnissen gekommen wäre. In Frankreich hatten Chemiker und Militärs mit Tränengas, Bromessigsäureethylester, gefüllte Patronen entwickelt. Sie waren zur Ausrüstung der Polizeiformationen bestimmt und ließen sich aus Pistolen und Gewehren verschießen. Jedoch wurden sie schon im August 1914 versuchsweise an der deutsch-französischen Front verwendet. Sie erwiesen sich allerdings nur in Räumen als brauchbar. Im Freien verflüchtigte sich das Gas rasch, ohne irgendwelche Schäden anzurichten. Die deutsche Armee hatte am 31. Januar 1915 an der Ostfront bei Bolimov, einem Ort in Polen an der Bahnlinie von Lodz nach Warschau, im Kampf gegen die Russen 18.000 Granaten verschossen, die mit Xylylbromid, ebenfalls einem Tränengas, gefüllt waren. Größere Wirkung wurde auch mit ihnen nicht erzielt, weil die wechselnde Windrichtung das Gas nicht in die gewünschte Richtung trieb. Mehr noch deshalb, weil winterliche Kälte das Verdampfen der Kristalle blockierte und die gefährliche Substanz nicht in bedeutenden Mengen entstehen ließ.

Indessen wurde in Deutschland an der Entwicklung wirksamerer Gase weitergearbeitet, angetrieben von einem doppelten Interesse. Das generelle richtete sich auf die Verfügbarkeit von Waffen, die denen der Gegner überlegen waren. Das spezielle erwuchs aus der Berechnung, dass die Seeblockade der Briten, je länger sie dauerte, umso mehr Schwierigkeiten für die Produktion von Rüstungsgütern zur Folge haben werde, die von herkömmlicher Artilleriemunition eingeschlossen. Zudem waren

toxische Gase billiger herzustellen, Chlorgas beispielsweise fiel ohnehin in Produktionsprozessen der Chemiewerke an.

Noch im Herbst 1914 berief der Kriegsminister Erich von Falkenhayn, der soeben auch an die Stelle des abgelösten Generalstabschefs Moltke getreten war, eine Kommission von Fachleuten, die einen effektiven chemischen Krieg vorbereiten sollte. Ihr gehörten als leitende Personen der kriegsbegeisterte und, obwohl über das wehrdienstpflichtige Alter bereits hinausgelangte, sich zu Kriegsdiensten drängende Professor für physikalische Chemie an der Berliner Universität Walther Nernst und Carl Duisberg, Chemiker, Miteigentümer und Generaldirektor der Farbenfabriken Friedrich Bayer & Co in Leverkusen an.

Mitglied wurde auch Fritz Haber – berühmt durch seine gemeinsam mit Carl Bosch betriebenen Forschungen zur Ammoniaksynthese, die zum industriellen Erfolg geführt hatten. Das von ihm, einem zum Protestantismus übergetretenen Juden, der nicht nur ein genialer Chemiker, sondern zudem ein Mann war, der alle Kriterien eines preußisch-deutschen Mordspatrioten erfüllte, das von diesem Mann also geleitete Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie wurde ein Zentrum der Gasforschungen für Kriegszwecke. Haber meldete sich bei Kriegsbeginn freiwillig zur Armee, und da die deutschen Militärs wussten, was sie an dem Experten hatten, verliehen sie ihm einen Offiziersrang und statteten ihn mit allen Mitteln und Befugnissen aus, die er für seine Forschungen benötigte.

Auf Veranlassung dieser eben berufenen Kommission wurden schon im Oktober erste Versuche mit gasgefüllten Geschossen unternommen und noch Ende dieses Monats auch an der deutsch-französischen Front bei Neuve-Chapelle eingesetzt, jedoch mit unbefriedigendem Ergebnis. Im Februar 1915 liefen nach Erprobungen die Vorbereitungen für den Fronteinsatz von Chlorgas an. Dazu gehörte, dass eine Spezialtruppe von Soldaten auf das von Haber vorgeschlagene Abblasverfahren geschult wurde, bei dem das Gas aus Stahlflaschen entwich und vom Wind in die gewünschte Richtung geweht werden musste, ein Verfahren, das nicht ohne Tücke war.

Auswurf, Lungenödeme, Herzstillstand

Die Wahl der Obersten Heeresleitung für den ersten Einsatz von Chlorgas an der Westfront fiel auf Flandern und dort auf einen Frontbogen nahe der Stadt Ypern. An ihm war die IV. Armee eingesetzt, die unter dem Befehl Albrecht Herzog von Württembergs stand, der selbst aber ohne Nachdruck und Erfolg gegen den Plan den Einwand erhob, dass der Gegner alsbald mit dem gleichen Mittel antworten und durch den vorherrschenden Westwind obendrein begünstigt sein werde. Der Generalstabschef der Armee, Generalmajor Emil Ilse und der Führer der chemischen Waffen, ein Oberst, trugen die Verantwortung für die Vorbereitungen, die im Abschnitt des XV. Armeekorps erfolgten. Das wurde von dem General der Infanterie Berthold von Deimling kommandiert, einem ehrgeizigen und skrupellosen Heerführer, der seine Soldaten immer wieder in sinnlose Angriffe getrieben und der sich den Namen „der Schlächter von Ypern“ schon erworben hatte. Später schilderte er seine Erwägungen rückblickend so: „Aber durch das Giftgas konnte vielleicht Ypern zu Fall gebracht werden, konnte ein feldentscheidender Sieg errungen werden. Vor solch hohem Ziel mussten alle inneren Bedenken schweigen.“[2]

Im Befehlsbereich dieses Generals also sollte mit dem Gasangriff eine deutsche Offensive eröffnet werden. Die Vorbereitungen waren am 11. April 1915 abgeschlossen, doch musste der Beginn insgesamt siebenmal verschoben werden. Dann, am 22. April 1915 gegen 18 Uhr wurden aus 6000 Behältern 150 Tonnen Giftgas abgeblasen, die der Wind als sechs Kilometer breite und einen Kilometer lange Wolke auf die feindlichen Linien zutrieb. Die Wirkung der Chlorgasschwaden, auf deren Einsatz die französischen und algerischen Soldaten nicht vorbereitet waren und gegen die sie keinerlei

---

2 Vgl. Berthold von Deimling, Aus der alten in die neue Zeit. Berlin 1930, S. 201, in: Hans Günter Brauch, Rolf Dieter Müller (HRSG.): Chemische Kriegsführung – Chemische Abrüstung. Dokumente und Kommentare. Berlin 1985, S. 84. General der Infanterie Bertold von Deimling (1853-1944) wurde später zu einem entschiedenen Gegner des Krieges und Repräsentanten der pazifistischen Bewegung in der Weimarer Republik.

Schutzmittel besaßen, war mörderisch. Das Gas, schwerer als Luft, senkte sich in die Schützengräben und erzeugte denen, die es einatmeten, anfänglich zunehmende Atemnot, dann schaumigen Auswurf, Lungenödeme, Atem- und Herz-Kreislauf-Stillstand. Wer es noch vermochte, dem blieb die Flucht. Die Zahl der durch Gas Getöteten wurde auf 1200, die der Verwundeten, deren Atemwege und Augen betroffen waren, auf 3000 geschätzt.

Wie sich die Giftwolke verzogen hatte, rückten die deutschen Soldaten, auf die getöteten Gegner stoßend, in Richtung Ypern vor. Ihr Geländegewinn beschränkte sich auf wenige Kilometer, und dabei blieb es, bis die sich anschließenden hartnäckigen, wechselvollen und weiterhin Tausende Soldaten hinraffenden Kämpfe am 25. Mai zum Erliegen kamen. Die Frontlinie war um ein geringes verkürzt, aber nicht einmal die Eroberung der Stadt gelungen. Diese entwickelte sich zur einen Monat andauernden Zweiten Flandernschlacht. Zu deren Beginn hatte sich auch Fritz Haber vor Ort eingefunden und das Abblasverfahren, dessen Verlauf und Ergebnis zu überwachen. Er betrachtete das Erreichte als einen bedeutenden Erfolg. Sein Verdienst wurde alsbald mit der Beförderung zum Hauptmann belohnt.

Dieser Gasangriff in Flandern trug alle Kennzeichen einer überstürzten Aktion, unternommen, damit sich die deutsche Führung unverzüglich von den Einsatzmöglichkeiten und der Wirksamkeit des neuen Kampfmittels ein Bild machen konnte. Dafür sprach zum einen, dass die deutschen Soldaten selbst mit keinerlei verlässlichen Schutzmitteln gegen Vergiftungen, sondern nur mit einem behelfsmäßigen Atemschutz, bestehend aus einem Mullkissen getränkt mit Natriumthiosulfat- und Sodalösung ausgerüstet worden waren. Zum anderen war mit dem Angriff kein Konzept für die Eröffnung einer umfassenden Offensive erkennbar, die ein strategisches Ziel besessen hätte. Dafür waren deutscherseits keinerlei Reserven bereitgestellt. Was die deutsche Operation nächst der Begrenztheit der eigenen Kräfte jedoch auch deutlich gemacht hatte, war die Schwäche der gegnerischen Aufklärung, die von den Vorbereitungen zwar Informationen erhalten hatte, sie aber offenkundig nicht auszuwerten verstand.

Die deutschen Heeresberichte veröffentlichten auch in den Tagen nach dem 22. April nicht die geringste Andeutung, wie die Offensive in Flandern eröffnet worden und es gelungen war, die en détail beschriebenen Gebiete und Ortschaften zu erobern. Der Gaseinsatz blieb ein Tabu. An den aufgebauschten Erfolgsmeldungen ließ sich ablesen, wie sehr die Fortdauer des Stellungskrieges inzwischen die deutsche Kriegsstimmung eintrübte. Daher sollte der Eindruck erweckt werden, die Ereignisse bezeugten, dass das deutsche Heer im Westen zu neuen Kräften gekommen war und sich an sie neue Hoffnungen knüpfen konnten.

Produktionswettlauf

Das Beschweigen des Giftgaseinsatzes in Flandern bedeutete faktisch ein Geständnis, dass jene, die ihn befohlen hatten, sich vollständig bewusst waren, dass sie die zuletzt 1907 in der Zweiten Haager Konferenz bekräftigten, vom Deutschen Reich akzeptierten Vereinbarungen grob verletzten. Dort war das acht Jahre zuvor Ausgehandelte im Artikel 23a kurz und knapp wiederholt und geschrieben worden, dass „die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen“ untersagt sei, wonach 23e gleiches für den „Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen“ bestimmte, „die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen“.[3] Was immer man über diese Texte und deren Formulierung, die doch auch Heuchelei atmeten, denken mag, der Chlorgasangriff fiel sicher unter die hier gemeinten Verbote.

Und mehr noch: Wie turmhoch überlegen die chemischen Wissenschaften im Deutschen Reich dessen obersten Kriegern auch gelten mochten, es ließ sich absehen, dass der Vorsprung nicht dauern werde. Und war die Grenze einmal überschritten, würden alsbald und überall alle Hemmungen fallen, die womöglich noch gegen den Einsatz von Giftgasen existierten. Und so kam es auch – noch vor Ende desselben Jahres.

---

[3] Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs [Haager Landkriegsordnung], 18. Oktober 1907, RGBl. 1910, S. 107-151.

Der erste Gasangriff der Alliierten erfolgte durch britische Truppen am 25. September 1915 bei Loos, der erste französische am 15. Februar 1916 bei Reims. Im Oktober 1916 setzten auch die Russen Gas ein, und die k. u. k. Armee verwandte es an der italienischen Front. Zwischen den sich bekriegenden Großmächten begann ein Wettlauf um die Produktion der Giftgase, wozu in Frankreich und Italien eigens Werke errichtet wurden, und desgleichen um die giftigsten Mischungen. Da inzwischen in den Armeen Schutzmasken eingeführt worden waren, richteten sich die Forschungen auch darauf, diese zu vervollkommnen oder darauf solche Gase einzusetzen, gegen die der Gegner geeignete Filter nicht oder noch nicht besaß. Dieser Gaskrieg, bei dem sowohl Blasangriffe erfolgten als auch gasgefüllte Artilleriegeschosse verwendet wurden, dauerte bis in das letzte Kriegsjahr und erreichte dort seinen Höhepunkt.

Und das war die Bilanz dieses Teils des Krieges, die auf Schätzungen beruht: Die Zahlenangaben über die Getöteten bewegen sich um 90.000, die der Verwundeten, teils lebenslang Geschädigten zwischen einer und 1,2 Millionen. Gemessen an der Gesamtzahl der toten und verwundeten Soldaten des Weltkriegs bilden diese Opfer nur einen kleinen Teil. Dennoch gehörte das Giftgas zu den von den Kriegsteilnehmern am meisten gefürchteten, als heimtückisch geltenden Waffen, wozu beitrug, dass gegen sie kaum ein völlig sicherer Schutz existierte. Die Zahl der deutschen Kriegsblinden, deren Leiden nicht in allen Fällen durch Gas verursacht war, wurde nach Kriegsende auf 3500 geschätzt. 37 von ihnen, Patienten von Berliner Lazaretten, hatten am 5. März 1916 den Bund erblindeter Krieger gegründet, eine Organisation, die sich vor allem für die Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzte.

junge Welt, Mittwoch, 22.04.2015, S. 12.

In Memoriam Stefan Heymann

Ein Nachtrag zur Wiederverfilmung von „Nackt unter Wölfen“: Es gibt Episoden, die lebenslang im Gedächtnis haften. Dazu gehört für mich diese: Unseren niedrigen Klassenraum betritt ein hochgewachsener Mann, uns angekündigt als der neue Mathematiklehrer. Wir quälen uns aus den für unsere Masse zu klein geratenen Bänken, ihn zu begrüßen. Mit einer schwungvollen Bewegung wirft er seinen Umhang ab, sich dann an einen Schüler wendend und in reinem Österreichisch sagend: „Tretens aus der Bank heraus.“ Der so Angeredete sagt leise, aber hörbar: „Das kenne ich schon von Buchenwald.“ Stille. Wir setzen uns, die Beschäftigung mit den Zahlen und Zeichen beginnt.

Das war das erste und einzige Mal, dass ich aus Daniels Munde das Wort Buchenwald hörte, womit die letzte seiner Leidensstationen benannt war. Dass er sie erreicht und überlebt hatte, war Folge einer Kette von Entscheidungen und Zufällen, in einem Leben, in das die deutschenEroberer mit ihren Militärstiefeln gestampft waren. Sie hatten Grodno besetzt. Dort wie in ungezählten anderen Städten und Ortschaften begann das Zusammentreiben der Juden, von denendie einen vorerst zur Ausbeutung, die anderen sogleich zur Überweisung an die Mörder bestimmt waren. Daniel gelangte mit seinem Vater in mehreren Etappen bis nach Auschwitz-Monowitz. Dort war er am Ende seiner Kräfte. Bei einer der nächsten Selektionen würde er für die Gaskammer bestimmt sein. Da nahm sich in der Krankenstation ein Mann, der dort als Schreiber arbeiten musste, seiner an. Er versteckte ihn, wenn die Inspektoren eintrafen, die über Leben und Tod entschieden. Der Mann hieß Stefan Heymann. Er war ein in Mannheim geborener deutscher Jude, der wie viele Seinesgleichen 1914 freiwillig im Glauben in den Krieg zogen, für ihr Vaterland zu streiten. Er wurde Offizier und erwarb das Eiserne Kreuz. Dann jedoch war er als ein Pazifist aus der Mörderei zurückgekehrt. Sein Weg führte ihn in die Kommunistische Partei. Er wurde ein Redakteur ihrer Zeitungen in Baden und in Schlesien. Dann siegten die Faschisten. Nur wenige seiner Genossen haben seit 1933 so viele Haftjahre er- und überlebt wie er. Denn Stefan und Daniel überstanden auch den Transport ins Reichsinnere und in das Lager auf dem Ettersberg. Dort erleben sie ihre Befreiung.

Nach unserer ersten Begegnung in der antifaschistischen Jugend in Weimar führten Daniels Wege und die meinen uns in jener Schule auf dem Thüringer Wald bald wieder und enger nochzusammen. Stefan Heymann, inzwischen ein Kulturpolitiker in Thüringen, hatte gegen Ende 1945 zuerst mich und dann ihn an die einst berühmte, von den Faschisten umgestülpte Internatsschule Wickersdorf gewiesen. Dort teilten wir uns – zu viert – im ersten Nachkriegswintereinen Aufenthalts- und einen ungeheizten Schlafraum. Noch heute frage ich mich, was wir uns dabei gedacht haben, Daniel mit uns nachts in diesen Kühlschrank unterzubringen. Er stellte keine Ansprüche und über Buchenwald und Auschwitz wurde miteinander nie geredet. Wir fragten nicht und Daniel schwieg.

Unser Zusammensein währte nicht lange. Daniels Knochen-Tbc-Erkrankung verlangte eine längere ärztliche Behandlung in einem Sanatorium. Danach setzte er seine Ausbildung an dem Gymnasium fort, das für Kinder des Personals der Besatzungsmacht in Weimar eingerichtet worden war. Eines Tages ging es für ihn zurück in die Heimat, die nun Teil der Sowjetunion war. Das Studium schloss sich an. Wir sahen einander nur noch in großen Zeitabständen. Doch wurde Daniel Mitglied des Internationalen Auschwitz-Komitees. Von dessen Tagungen, zu denen er von Kuibyschew an der Wolga, das heute wieder Samara heißt, anreiste, machte der Professor für Physik einen Abstecher zu uns, die es nach Berlin verschlagen hatte. Bei solcher Gelegenheit zog es ihn auch wieder an die Schule in Thüringen.

Das letzte Mal begegneten wir einander im Kreis Gotha. Dort sollte eine Schule einen Namen erhalten und nach Stefan Heymann benannt werden. Dafür gab es Gründe genug, hatte er doch, bis er nach Berlin berufen und später Botschafter der DDR in Budapest und in Warschau wurde, im Kulturleben des Landes während der ersten Nachkriegsjahre eine Spur gezogen, die dem eben-noch-NS-Mustergau neues Ansehen und alten Glanz wieder zu geben begann. Daniel war als Redner geladen. Er sprach über die Begegnung beider in Auschwitz-Monowitz und sagte, er habe zwei Väter, seinen leiblichen, der wie er überlebt hatte, und diesen Stefan Heymann, ohne dessen Eingreifen er lebend der Hölle nicht entkommen wäre.

Daniel reiste an die Wolga zurück. Von dort schickte er einen Band mit seinen Lebenserinnerungen. Er trägt den Titel „Der Weg von Grodno“ und ist zuerst in russischer Sprache, dann auch in englischer Übersetzung erschienen. Dort erst las ich die Geschichte, in der er erzählt, wie er von seiner Mutter und seinen jüngeren Geschwistern getrennt wurde. Er stand in der Reihe der nach den faschistischen Maßstäben unbrauchbaren. Doch seine Mutter schob ihn in die der anderen mit den Worten, er solle sich an den Vater halten. Das war ihr Abschied – auf immer.

Dann kam die Nachricht von Daniels Tode. Er hat die Kunde, dass die Schule im Thüringischenim Zeichen der Wende schleunigst den Namen Stefan Heymann abgelegt hat, wohl nicht mehr erhalten. Nahezu ein Vierteljahrhundert danach lässt sich fragen, ob sich im Erfurter Ministerium für das Schulwesen, also in der Regierung Bodo Ramelows, in der Schulbehörde zu Gothaund vor Ort nicht Menschen finden, die sich bemühen würden, die Schandtat, die nicht ungeschehen gemacht werden kann, einer Zeit zuzuordnen, in der sich auch Dummheit, Panik und Unanständigkeit ausleben konnten, ob da niemand wäre, ein öffentliches Zeichen der womöglich gewonnenen Distanz zu setzen. Und dann ließe sich womöglich ein Drehbuchautor finden, der die Geschichte für einen Filmregisseur erzählt. Es wäre die eines deutschen und eines von Geburt polnischen Juden, eines Mannes, der nach dem Kriegserleben Kommunist wurde, und eines Jungen, den eine lebensrettende Begegnung mit dem Humanisten an dessen Seite führte. Vielleicht ließen sich ja die die Obrigkeiten im Lande Thüringen und im Kreis Gotha durch einWort zur Korrektur bewegen, das dem Talmud entstammt: Wer ein Menschenleben rettet, der hat die Menschheit gerettet.

Ossietzky, 9/2015, 25. April 2015, S. 331-333.

Kriegs-Erklärung

Wie in der Bundesrepublik über das Ende des Zweiten Weltkriegs gedacht wird: „Zusammenbruch“, „Niederlage“, – ganz selten „Befreiung vom Faschismus“

Sind nach einem geschichtlichen Ereignis sieben Jahrzehnte vergangen, gehen der Gesellschaft die Zeitzeugen aus. Wer 1945 mit 18 Jahren eben noch zur Wehrmacht musste, an die Front und von da in eine womöglich jahrelange Kriegsgefangenschaft geriet, geht heute dem Ende seines neunten Lebensjahrzehnts entgegen. Menschen mit solchen Erlebnissen werden immer weniger.

Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik sind der 8. und 9. Mai 1945 Daten, mit denen sie zuerst im Geschichtsunterricht bekannt gemacht wurden. Weiterhin wurden sie mehrfach daran erinnert, wenn dazu Staatsakte stattfanden, deren Bilder die Medien verbreiteten. Wiewohl das keine Befragung sicher ermittelt hat, dürfte gelten, dass beide Maitage lange diejenigen geschichtlichen Daten waren, welche die meisten Deutschen im Kopfe hatten. Jetzt ist deren Platz wahrscheinlich durch den Tag des „Mauerfalls“ im Jahr 1989 besetzt.

Damit wären wir unversehens bei Begriffen angekommen, die geschichtliche Ereignisse oder Prozesse erhalten. Sie werden ihnen nicht von Historikern gegeben, sondern meist schon im Augenblick des Geschehens geprägt, denn die Menschen brauchen sie zu ihrer Verständigung. „Kriegsende“ ist ein unumstrittenes Wort zur Kennzeichnung jener Maitage. Mit ihm verband sich das Schweigen der Waffen, das Ende der Bombardements, die Hoffnung auf ein Weiterleben, auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Zusammenführung der zerrissenen Familien, auf die Wendung hin zu einem normalen Leben mit einem Dach über dem Kopf und ausreichend zu essen, schließlich die Hoffnung auf eine dauerhafte Bleibe, bei vielen auch auf die Rückkehr in die verlassene Heimat im Landesosten. Millionen waren von einem mehr oder weniger großen Teil ihrer Sorgen befreit, neue kamen hinzu. In diesem Sinn, bezogen auf das individuelle Dasein, traf auch das Wort „Befreiung“ zu, das jedoch in jenen Tagen kaum benutzt wurde.

In der Alltagssprache hieß das Geschehen zumeist „Zusammenbruch“. Mit dem Wort verbanden sich verschiedenste eigene Erfahrungen und Eindrücke, ja ein Lebensgefühl vieler Deutscher. Ihre in den letzten Kriegswochen immer mehr zusammengeschmolzenen Hoffnungen waren nun endgültig zusammengebrochen. Sie standen ratlos in sich rasch verändernden Verhältnissen. In den Städten fielen die Ruinen des Bombenkrieges zusammen oder wurden, um Gefährdungen zu beseitigen, niedergerissen oder gesprengt. Die Sorgen des heutigen und morgigen Tages beherrschten die Menschen. Was hinter ihnen lag und gemeinhin Geschichte genannt wird, beschäftigte eine Minderheit. Sie hießen in der DDR später die „Aktivisten der ersten Stunde“. In kalten Räumen, in meist abgetragene Winterkleidung verpackt, trafen sich Ende des Jahres 1945 Kommunisten und Sozialdemokraten und begannen zu bereden, was und warum es geschehen war und wie man aus der Katastrophe, dem Elend, dem Schlamassel herausgelangen könne. Was war das für ein Krieg, der hinter ihnen lag? Wer hatte ihn gewollt? Warum konnten sich die Kriegstreiber in der Gesellschaft durchsetzen?

Interpretationen

Diese und damit sich verbindende Fragen sind den Deutschen über die Jahrzehnte geblieben und zu keinem Zeitpunkt einheitlich beantwortet worden. Denn mit den Antworten verbanden sich Interessen, darunter solche, die mit den Zeitgenossen nicht aussterben, sondern sich auf sozialen Ebenen „vererben“. Wie sich die in Ost und West immer schärfer zu unterscheiden begannen, so unterscheiden sich auch die Bilder von der gemeinsam erlebten Vergangenheit immer stärker. In den Schulen der DDR war die Rede vom „(zweiten) imperialistischen Krieg“, den Deutschland begonnen und verbrecherisch geführt hatte. Damit waren viele Fragen aufgeworfen: Wer waren die Imperialisten? Wer hatte für deren Interessen und Ziele gekämpft? Taten sie es freiwillig, oder waren diese Millionen dazu gedrängt bzw. gezwungen worden? Welche Möglichkeiten der Gegenwehr und Verweigerung existierten? In den Schulen der Bundesrepublik wie in der Öffentlichkeit des Weststaates wurde das Dogma von Hitlers Krieg und Hitlers Zielen verbreitet und gepflegt. Das ergab einen Schutzschild, hinter dem sich viele versteckten. Er wurde bunt bemalt: die Ideologie des Wahnsinnigen, eine kleine

Verbrecherclique, die ihn umgab, das verirrte und verführte Volk, das schuldlose Opfer. Aber die Historiker, die „nachwuchsen“, wollten nicht zu dem geistig dürftigen Schema zurück, wonach große Männer die Geschichte nach eigenem Gutdünken machen.

Heute konkurriert in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Bezeichnungen für den Krieg, die meist benutzte und wenig besagende lautet „Zweiter Weltkrieg“. Ansonsten: „Hitlers Krieg“, „Hitlers Vernichtungskrieg“, „Aggressionskrieg“, „Eroberungskrieg“, „Krieg um Lebensraum“, „Krieg gegen den Bolschewismus“, „Krieg der Deutschen“, „Weltanschauungskrieg“, „ideologischer Weltanschauungskrieg“, „Hitlers rassenideologischer und rassebiologischer Vernichtungskrieg“. Die Durchmusterung ergibt: „Vernichtungskrieg“ ist ein Pleonasmus, denn es gibt keinen Krieg in der Weltgeschichte, in dem nicht vernichtet wurde. Die Kriege unterschieden sich, und je näher sie unserer Zeit sind, umso mehr, durch den Grad, in dem das geschieht. Mit „Eroberungskrieg“ steht es nicht anders. Die kriegsauslösende Seite wollte etwas rauben oder erobern, meist Ländereien: Friedrich II. Schlesien, die Japaner die Mandschurei, Mussolini Abessinien. Gehobene bildungsbürgerliche Ansprüche befriedigt der Begriff „Weltanschauungskrieg“. Er unterscheidet diesen Krieg von allen vorausgegangenen, von denen keiner mit einer gleichen oder ähnlichen Bezeichnung charakterisiert wurde. Er führt – das ist der erste Vorzug für die Vertreter dieser Auffassung – zu Hitler, denn es war „seine“ Weltanschauung, die da zur Triebkraft erklärt wird. Und, dies der zweite Vorzug, es ist mit ihm klargestellt, dass der Krieg aus einer geistigen Verirrung hervorging, aus einem Gemisch von extremem Nationalismus, von Rassismus und Antibolschewismus. Materielle Interessen und Kalküle sollen nicht im Spiel gewesen sein.

Der Begriff „Imperialistischer Krieg“ ist wie das Wort „Imperialismus“ hierzulande aus Geschichtsbetrachtungen und auch aus Analysen gegenwärtiger Vorgänge weitgehend eliminiert worden. Wo er verwendet wird, wie etwa in Schulgeschichtsbüchern, geschieht das zur Charakterisierung der Politik der Großmächte bei der Kolonisierung weiter Teile des Erdballs und bei der Erläuterung des Weges in den Krieg, der 1914 begann. Dann hat sich diese „Erscheinung“ auf irgendeine geheimnisvolle Weise aus der Weltgeschichte verflüchtigt. Stimmten Historiker, wie Anfang der 1960er Jahre der Hamburger Universitätslehrer und Historiker Fritz Fischer, diesem Bild nicht zu, sondern bestanden auf der Kontinuität von Antrieben, Interessen und Zielen derer, die aus der Großmacht Deutschland eine Weltmacht machen wollten, machten die Verfechter der Legende mobil, die Hitler und die Seinen als eine „deutschem Wesen“ fremde weltherrschaftslüsterne Gang ansahen, die in die deutsche Geschichte eingebrochen war.

Krieg gegen Juden – SED-Diktatur

Was für ein Machtgebilde war aber dann im Mai 1945 besiegt und vernichtet worden? Der „nationalsozialistische“ oder „NS-Staat“ oder die „NS-Diktatur“? Durch diese Bezeichnungen unterscheidet sich das vorherrschende deutsche Sprach- und Begriffsbild von dem der Siegermächte. Dort wird das Geschehen als die Zerschlagung der Koalition der faschistischen Staaten charakterisiert, deren Haupt- und Führungsmacht das Deutsche Reich war. Die imperialistische Eroberungslust, die Androhung, das britische Weltreich zu zerschlagen, und das Unternehmen, aus dem ein deutsches Kolonialreich bis zum Ural hervorgehen sollte, sind nicht vergessen. Vom letzteren sind Millionen Europäer befreit worden. Aber wovon die Deutschen? Indem ihnen die Waffen aus den Händen geschlagen wurden, endete für sie die schändlichste Rolle, die je Generationen in ihrer Geschichte gespielt hatten. Sie waren über die Grenzen Europas hinaus zum verachtetsten und verhasstesten Volk geworden. 1945 lag es an ihnen, sich auf den Weg zu machen, auf dem sich das ändern konnte.

Das Bild vom Ende des Deutschen Reichs, eines imperialistischen Staates faschistischer Prägung, das heute Nachgeborenen vermittelt wird, sieht in mehrfacher Hinsicht anders aus. Erstens gilt als das Hauptcharakteristikum des besiegten und liquidierten Staates der Antisemitismus und als sein Hauptziel der Mord an auch dem letzten in seinen Machtbereich geratenen Juden. Ein beispielloses Verbrechen, das auch als Krieg gegen die Juden bezeichnet wird. Eroberungskrieg und Judenmord werden als Konkurrenzunternehmen dargestellt, bei dem im Konfliktfall das Morden den Vorrang erhalten haben soll. Zweitens sei 1945 keineswegs ganz Deutschland und seien nicht alle Deutschen befreit

worden. Ein Teil von ihnen sei von der NS-Diktatur in die kommunistische geraten und von ihr erst 1990 erlöst worden.

Die Entstehung beider Dogmen liegt weit zurück, heute aber werden sie in den Rang einer gesellschaftlichen Lehrmeinung erhoben. Ihrer Verbreitung steht weniger eine kritische Geschichtswissenschaft im Wege, als vielmehr – für einige Jahrzehnte noch – Bundesbürger, die einmal DDR-Bürger waren und nicht so senil sind, dass ihr „Vorleben“ eingenebelt wäre.

Zu den beliebtesten Selbstbildnissen hiesiger Obrigkeiten wie auch großer Teile der Bevölkerung gehört, dass die Deutschen, genauer die Altbundesbürger, denen gegenüber die Neubürger einen erheblichen Nachholbedarf haben, die Zeitspanne von 1933 bis 1945 „bewältigt“, was heißen soll: sie kritisch verarbeitet haben. Insbesondere die Deutschen, die sich daran kein Verdienst erwarben, ja, das Erreichte mitunter nicht einmal zur Kenntnis nahmen, verlangen, dass endlich unter dieses „Kapitel“ ein Schlussstrich gezogen werde.

BRD im Vergleich

Nun ist ganz unbestreitbar, dass solche Auseinandersetzung mit der Geschichte, meist fokussiert und eingeengt auf die Zeitspanne von 1933 bis 1945, stattgefunden hat. Eine nähere Betrachtung des widerspruchsvollen Verlaufs dieser Arbeit führt zu Antworten auf die Frage, wer sie leistete und wer gegen sie Barrikaden errichtete. Darüber gibt insbesondere das Geschehen rund um die zwischen 2001 und 2004 durch Deutschland tourende aufklärerische Wehrmachtsausstellung Auskunft sowie die Debatten, die dazu in deutschen Parlamenten stattfanden. Trotz zahlreicher Behinderungen der Exposition, die Bundesrepublik hat etwas vorzuweisen, was sich vor allem in Vergleichen gut ausnimmt. Für diese eignet sich besonders der Umgang Japans mit der eigenen Geschichte – und neuerdings auch der einer Reihe osteuropäischer Staaten. Da lassen sich als Kontrast zur Aufarbeitung in der BRD die jährlich marschierenden lettischen SS-Leute vorführen, deren Kampf an der Seite der deutschen Faschisten gegen die Sowjetunion in ihrem Land als Verdienst gewürdigt wird. Dagegen erinnert sich kaum noch jemand an den Spruch des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2005, der das Zeigen von Transparenten mit der Aufschrift „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ auf Straßen und Plätzen als nicht strafbar einstufte.

Jedenfalls: Den deutschen Repräsentanten, die an Gedenktagen die üblichen Rituale in Frankreich, Polen oder Israel absolvieren, Kranzschleifen geraderücken und bußfertig um Vergebung bitten, kann niemand kommen und darauf verweisen, dass sie von den Vorfahren begangene Verbrechen und Untaten noch leugnen oder gar rechtfertigen würden. Bestritten werden kann von diesen Repräsentanten freilich nicht, dass es zwischen Saar und Oder „ein paar Unbelehrbare“ gibt. Um sie kümmere sich der Verfassungsschutz und, wenn nötig, die Polizei. Eine solche Beschreibung der rechten Szene platziert die heutigen Nazis ausschließlich an den sozialen Rand der Gesellschaft. Das ist falsch.

Geschichtsfälscherwerkstatt

Es ist kein kriminalistischer Spürsinn erforderlich, um auf einen hierzulande als Reklameblatt verbreiteten Text zu stoßen, dessen Aufmachung fragt „Wollte Hitler den Krieg?“. Um es vorwegzusagen, dessen Herstellung und Vertrieb hätte vor 70 Jahren jede Besatzungsmacht verboten. Und dies nicht nur, weil sie in dem Machwerk verleumdet wird, sondern weil er schlicht nichts als eine Aneinanderreihung von Geschichtslügen bietet. Geworben wird mit ihm für den Kauf einer CD, die drei Vorträge konserviert. Das Geld kann sich ein Interessent sparen. Die Referate lassen sich auch im Internet anhören und dort mit dem Blick auf die Redner, das Präsidium und in den Saal eines vermutlich honorigen Hotels, gefüllt mit Bürgern, die sich in ihrer Kleidung deutlich von jenen unterscheiden, die auf Straßen und Plätzen ihre nazistische Gesinnung mit Fahnen, Transparenten und Losungen demonstrieren.

Die Thesen, die in dieser Veranstaltung verkündet wurden, lauten: Hitler wollte keinen Krieg gegen Polen, sondern Danzig in Verhandlungen für das Reich zurückgewinnen. Er wollte demnach die humanitäre Katastrophe abwenden, die den Volksdeutschen im Nachbarstaat drohte. So habe der „Führer“ sich schon selbst und seine bescheidenen Wünsche beschrieben, zu denen auch der exterritoriale

Verbindungsweg nach Ostpreußen gehöre. Und 1941 wollte er die Ausweitung des Krieges wieder nicht, jedoch stand eine Millionenarmee der Sowjetunion zum Angriff auf Deutschland bereit. Die Gefahr habe Hitler weise erkannt und sich zum Präventivkrieg gezwungen gesehen. Im zweiten Referat wird Hitler als der europäische Politiker präsentiert, der den von ihm ungewollten Krieg 1940 beenden und Frieden durch einen Kompromiss herbeiführen wollte, aber an Churchill scheiterte, der die Kämpfe auf den Balkan ausweitete. Der dritte Redner attestierte auch dem fernen Verbündeten Japan aufrichtige Verhandlungs- und Friedensbereitschaft. Der Krieg mit den USA sei zu vermeiden gewesen, wenn die die Expansion des Inselreichs in China und nach Indochina hingenommen und Lieferungen an das rohstoffarme Land geleistet hätten, statt es durch Wirtschaftsblockaden zu behindern und seine Existenz zu gefährden. Franklin D. Roosevelt wird als Kriegstreiber gebrandmarkt. Er habe schon Polen, dem er sein Wissen über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorenthalten haben soll, ins deutsche Messer laufen lassen und nun Japan zum Krieg gegen die USA provoziert, um vor allem von dessen Verbündetem Deutschland die Kriegserklärung an sein Land zu erhalten. Fazit: Hätten die anderen Großmächte Deutschland und Japan zugestanden, was sie verlangten, und sie gewähren lassen, also die Appeasementpolitik fortgesetzt, wäre es zu keinen Kriegen gekommen.

In dieser Geschichtsfälscherwerkstatt arbeitet der Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhondorf, der seinen Dienst aus Unzufriedenheit mit der Militärpolitik der Bundesregierung quittiert und sich in eine besondere Art von Geschichtsstudien begeben hat, sowie zwei promovierte Historiker: Stefan Scheil und Walter Post. Über die drei Personen und ihren Umgang mit Quellen ist ernsthaft nicht zu reden, wohl aber über die Gesellschaft und den Staat, in denen derlei Existenzen Propaganda treiben können. Den General finanziert der Staat, also dessen Steuerzahler. Die beiden Freischaffenden leben von den Honoraren von Verlagen für Artikel und Bücher, von Vereinen, die sie zu Vorträgen einladen, und von Stiftungen, die ihnen Preise verleihen.

Schulbücher

Die Geschichtspropagandisten fehlen gewöhnlich in den Bilanzen der geistig-politischen Zustände der Bundesrepublik „70 Jahre später“. Das sollten sie aber nicht. Unter anderem, weil sie ein zusätzliches Argument für die Beibehaltung eines systematischen, chronologisch angelegten Geschichtsunterrichts in den Schulen bieten. An dessen Stelle soll aber mittels sogenannter Themenfelder Geschichte in Längsschnitten unterrichtet werden. Allen Ernstes haben Vertreter der Bildungsverwaltung erklärt, dass chronologisches Vorgehen „pädagogisch überholt sei“.

Welcher Blick jungen Leuten von Staats wegen derzeit in das Jahr 1945 eröffnet wird, lässt sich verlässlich an ihren Schulgeschichtsbüchern feststellen. In den Blick genommen seien dazu Bände mehrerer Verlage herangezogen, die ein oder zwei Jahrzehnte nach der im Zusammenhang mit seinem Ableben wieder vielzitierten Rede Richard von Weizsäckers aus dem Jahre 1985 gedruckt und eingeführt wurden. So war genügend Zeit für Didaktiker und Schulbehörden, sich den vom damaligen Bundespräsidenten bezogenen Standpunkt, insbesondere seine Verwendung und Begründung des Begriffs „Befreiung“, zu eigen zu machen. Das Ergebnis war nicht überraschend. Im vom Westermann Verlag edierten Geschichtsbuch „Anno 4“, dessen Gegenstand das 20. Jahrhundert ist, verbindet sich der Tag der Befreiung mit der „bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht“. Den Begriff „Befreiung“ gibt es weder im Minilexikon noch im Register. Im Band „Das waren Zeiten“, von C. C. Buchner angeboten, heißt es im Text, dass Großadmiral Karl Dönitz die „bedingungslose Kapitulation“ annehmen musste, die auch „deutsche Gesamtkapitulation“ genannt wird. Befreiung taucht weder in der Rubrik „Wichtige Begriffe“ noch im Stichwortverzeichnis auf. (Hingegen die Stichwörter „Mauer“, „Mauerbau“ und „Maueropfer“ mit 13 Seitenverweisen.)

Das Geschichtsbuch von Cornelsen, das ebenfalls das 20. Jahrhundert zum Gegenstand hat und für die Oberstufe bestimmt ist, erwähnt in einer knappen Chronik die „bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht“. Den Begriff „Befreiung“ gibt es darin weder in der Rubrik „Grundinformationen“ noch im kombinierten Sach- und Personenregister. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht ein für die Mittelschulen Sachsens bei Diesterweg herausgegebener Band „Expedition Geschichte“. In ihm stoßen Schüler unter der Überschrift „Geschichte kontrovers“ auf die ihnen gestellte Frage

„Der 8. Mai 1945: Befreiung oder Niederlage?“ und dazu auf zwei Texte: den erwähnten Weizsäckers und einen des Antifaschisten und ehemaligen Buchenwaldhäftlings Max Oppenheimer. Nachdem sie diese gelesen haben, sollen sie Argumente zusammenstellen und ein Streitgespräch führen. Zu den beiden Herausgebern und der Autorengruppe gehörte, das war wohl einmalig, ein Geschichtsdidaktiker, der in der DDR eine Professur für dieses Fach innehatte.

junge Welt, Sonnabend, 02.05.2015, S. 12.

Zweierlei Kriegsende?

1945 und 1990:
Warum und wie die Geschichte des 20. Jahrhunderts umgeschrieben wird

Seit geraumer Zeit wird daran gearbeitet, die Geschichte des 8./9. Mai 1945 unter der Überschrift „Zweierlei Kriegsende“ umzuschreiben. Das soll besagen: Nur ein Teil Europas wurde damals befreit, der andere tauschte eine totalitäre Herrschaft gegen eine andere, der faschistischen folgte die kommunistische Diktatur. Dieser Teil habe das Tor zur Freiheit nach 1990 doch noch durchschritten.

Die Erzählung diszipliniert und formiert Millionen hinter politischen Führern. Ihr haftet freilich der Nachteil der Unwahrheit an. Doch erfordert es einige geistige Anstrengung, dem auf die Spur zu kommen. Zu diesem Zweck müssen zwei Fragen gestellt werden, die weithin als erledigt gelten: Was geschah 1933, was 1945? Darauf lauten die richtigen Antworten: der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Zerschlagung der faschistischen Macht, die den furchtbarsten Krieg ausgelöst und geführt hatte, den die Weltgeschichte bis dahin kannte.

Unerwünschte UdSSR

Doch ist damit der Platz des Jahres 1933 keineswegs vollständig beschrieben. In einer weiteren Perspektive erscheint die Errichtung des von Hitler geführten Regimes als das Ereignis, durch das die bis dahin existierende Hauptfront durcheinandergebracht wurde. An ihr standen sich die größere kapitalistische Welt und der aus einer Revolution geborene Staat, die Sowjetunion, gegenüber. Dessen sozialistisch-kommunistisches Programm stellte allein schon eine Herausforderung für alle dar, die bis dahin glauben konnten, ihnen und niemandem sonst gehöre der Erdball. Sie ließen keine Zeit verstreichen und vereinten sich sofort nach 1917 mit gegenrevolutionären Kräften im Inneren Sowjetrusslands, um das Neugeborene in der Wiege zu erwürgen. Der Interventionskrieg scheiterte aber.

Die Gefahr galt nicht als akut. Denn das von Welt- und Bürgerkrieg geschwächte einstige Zarenreich, Hoffnungsträger für Kommunisten rund um den Erdball, würde Jahre bis zu einer weltgeschichtlichen Stellung brauchen. Seine politische Isolierung und ökonomische Ausgrenzung sollten das verlängern. Aber ein Jahrzehnt nach dem Ende des Bürgerkriegs hatte sich das Riesenreich immerhin soweit wirtschaftlich erholt, dass in den Titeln zweier vom US-Journalisten Hubert R. Knickerbocker verfasster Bücher gesagt werden konnte: „Der rote Handel droht“ und „Der rote Handel lockt“. Zur gleichen Zeit jedoch litten weite Gebiete der Sowjetunion unter einer Hungerkatastrophe, deren Opferzahl nur geschätzt wurde, aber jedenfalls siebenstellig war.

Wie die kapitalistischen Großmächte mit der unerwünschten UdSSR fertigwerden würden, war zu Anfang der 30er Jahre mitten in der bis dahin tiefsten Wirtschaftskrise unbeantwortet. In diesem Moment kamen in Deutschland die Faschisten an die Staatsmacht und damit eine Politikergruppe, mit der die herrschenden Kreise in Paris, London und Washington keine Erfahrungen hatten. Was sich von der Hakenkreuzfahne ablesen ließ, war zum einen die Frontstellung gegen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, zum anderen der Plan für ein Kolonialreich in Osteuropa. Die Reihenfolge des Vorgehens war nicht aufklärbar. Ließ sich aber hoffen, dass das faschistische Reich erledigte, was in Gegenrevolution und Bürgerkrieg nicht geschafft worden war? Frankreich und Großbritannien, von deren Reaktion der Weg Europas vor allem abhing, besaßen eine Alternative. Sie konnten sich mit Deutschland auf ein Wettrüsten einlassen, so dass Hitler und seine Militärs nicht einen Krieg mit dem „Westen“ riskieren würden. Dadurch ließ sich das Regime womöglich nach Osten abdrängen. Aber war das wünschenswert? Was würde auf die imperialistische Ausdehnung folgen?

Kollektive Sicherheit

Das sicherste Mittel, die Expansionslust der deutschen Faschisten zu bändigen, bestand im Zusammenschluss aller Bedrohten zu einer Abwehrfront. Für Paris und London bedeutete das: Eingehen auf die sowjetische Politik der kollektiven Sicherheit und Aufwertung des Staates, dem man keine Dauer gewünscht hatte.

In Frankreich fanden sich Politiker, die den Faden nach Moskau zu knüpfen begannen, die britischen Konservativen entschlossen sich zu einem anderen Kurs. Der erste alarmierende Schritt war 1935 ein Abkommen, das Deutschland von einschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrages über Seerüstung weitgehend befreite, also Hitlers Aufrüstung zum Teil sanktionierte. In der Außenpolitik schienen Frankreich und Großbritannien auseinanderzudriften, aber letztlich folgte Paris London. Den im Mai 1935 geschlossenen Verträgen zwischen Paris, Prag und Moskau folgte kein militärisches Abkommen, das die deutschen Faschisten hätten fürchten müssen. München 1938 erledigte dies endgültig, und Deutschland gab ein halbes Jahr später mit der vollständigen Vernichtung der Tschechoslowakei zu erkennen, dass die Politik des Appeasements gescheitert war. Den Westmächten ging es zu weit, dass nun Polen Objekt und Opfer werden sollte. Sie bezogen zögernd jene Frontlinie gegen das Deutsche Reich, die sie 1935 unter Einschluss der Sowjetunion hätten haben können. Ihre Politik des Ausschlusses Moskaus aus den europäischen Angelegenheiten war die schlechteste Voraussetzung, die Politik der kollektiven Sicherheit zu reanimieren. Für den dafür notwendigen Prozess vertrauensbildender Maßnahmen ließ Hitler keine Zeit.

Das Weitere ist gut bekannt. Es kam dennoch zur Antihitlerkoalition. Jedoch nicht durch politische Entschlüsse in Paris, London und Moskau, sondern durch den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, ohne dass es den „Endsieg“ über Großbritannien erreicht hatte. Den Feldzug konnten die herrschenden Kreise in London nur als Geschenk werten. Er musste zu einem Abzug militärischer Kräfte nach Osten und damit zur Entlastung Englands führen. Winston Churchill verkündete noch am Abend des 22. Juni 1941 seine Bereitschaft zur Kooperation mit der UdSSR. Auf deren Territorium entstand nun die Hauptfront, und Großbritannien besaß ein vitales Interesse am Standhalten der sowjetischen Verteidiger. Das vor dem Krieg verweigerte Bündnis wurde geschlossen und hielt bis über die Tage des Sieges in Europa hinaus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte aus der Sicht der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Großmächten zwei Hauptresultate: Das faschistische Deutschland, der Aggressor und Rivale, der ihnen ihre Vormachtstellung auf dem Erdball streitig machen wollte, war militärisch geschlagen und liquidiert. Und: Im Verlauf des Krieges war jener ältere, 1917 erstandene Rivale, die Sowjetunion, trotz des Verlustes von Millionen Bürgern, trotz aller Zerstörungen im Westen des Landes und trotz der ungeheuren, die Ökonomie des Landes deformierenden Kriegsaufwendungen wirtschaftlich und militärisch erstarkt. Wie die „Westmächte“ große Teile des Westens Europas im Verlauf von Kriegshandlungen besetzt hatten, so die UdSSR ausgedehnte Gebiete im Osten. Und unverzüglich zeichneten sich verschiedene politische Wege ab. Im Westen und Süden des Kontinents wurden die alten Staatsapparate rekonstruiert, selbst Monarchien wiedererrichtet. Im Osten hingegen traten bürgerliche Politiker, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, die vielfach als Vorkämpfer der nationalen Befreiung ihrer Länder eine herausragende Rolle gespielt hatten, an die Spitze. Welcher soziale und politische Wandel sich durchsetzen würde, war nicht entschieden.

Antisowjetisches Bündnis

Gegenüber diesen Entwicklungen wurde die neue Hauptkampflinie bestimmt. Niemand rief dazu früher auf als Churchill. In seiner Rede in Fulton (Missouri) 1946 bezichtigte er die UdSSR der Spaltung der Welt, der Errichtung eines „eisernen Vorhangs“ durch Europa, erklärte sie zum „Hauptfeind des Westens“, sie und die kommunistischen Organisationen in aller Welt zur Bedrohung der „christlichen Welt“. Seine Schlussfolgerung lautete: Dem müsse mit einer militärisch deutlich überlegenen Streitmacht begegnet werden, die Führung habe ein „Bruderbund Englisch sprechender Völker“ zu übernehmen. Und so wurde verfahren in einem Prozess, der in der Gründung des antisowjetischen Militärbündnisses NATO gipfelte.

So gesehen bilden die Entstehung der faschistischen Staatsmacht in Deutschland und deren Rolle so etwas wie ein Intermezzo in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Denn die meisten seiner Jahrzehnte wurden durch den Versuch geprägt, in Russland eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen, ein Unternehmen, das sich nach 1945 in Europa, Asien und bis vor die Küste der USA ausweitete. Es zum Scheitern zu bringen war und blieb Generalkurs der kapitalistischen Großmächte, mit der

Unterbrechung im Zweiten Weltkrieg. Das 20. Jahrhundert bleibt das eines denkwürdigen Aufbruchs – ungeachtet seines kümmerlichen Endes – in eine neue Welt. Die These vom „zweierlei Kriegsende“ gehört zum Blendwerk, das diese Tatsache verdecken soll.

junge Welt, Freitag, 08.05.2015.

Ein merkwürdiges Volk

Den Deutschen ist nicht zu trauen: Der wiederveröffentlichte Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland nach dem Sieg

Zu den Fragen, die man zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Europa wieder einmal stellen konnte, gehörte auch diese: In welcher mentalen und geistigen Verfassung befanden sich die Millionen deutscher Zivilisten, auf die jene Millionen von Angehörigen der alliierten Armeen trafen, als sie in das Innere Deutschlands vordrangen und das Land schließlich vollständig besetzten?

Was die Sieger auf deutschem Boden erwartete, auf welche Begegnungen mit der Einwohnerschaft sie sich einzustellen hatten, das beschäftigte Spezialisten in den Siegermächten schon, bevor der erste ihrer Soldaten die deutsche Grenze überschritt. Davon zeugen die „Instructions for British Servicemen in Germany 1944“, der vergangenes Jahr mit deutscher Übersetzung in einer zweisprachigen Ausgabe erschienen ist. Entstanden war dieser „Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944“ als kleine Schrift schon 1943 im britischen Außenministerium, gedacht zur Orientierung, es ließe sich auch sagen: zur Einstimmung der Soldaten, die dabei waren, der deutschen Wehrmacht gleichsam den Rest zu geben und das „Reich“ zu besetzen. Sie würden, darauf müssten sie gefasst sein, auf ein „merkwürdiges Volk“ stoßen.

Mit einer Vielzahl von Informationen, die von geographischen Informationen bis zu den Ernährungs- und Trinkgewohnheiten der Deutschen reichten, waren Verhaltensratschläge und -regeln verbunden, die den Soldaten für ihre neue Rolle gegeben wurden. Zentral waren natürlich Einschätzungen der mentalen Verfassung der Deutschen.

Als der Text verfasst wurde, war noch unentschieden, wie lange der Krieg auf deutschem Boden nach dem Passieren der Grenze noch dauern werde und mit wieviel Gegenwehr und Feindschaft nicht nur von militärischen deutschen Einheiten zu rechnen sein würde. Folglich lauteten die Ratschläge und Forderungen, sich nicht täuschen zu lassen, wachsam, und misstrauisch zu bleiben, keine Risiken einzugehen, da diese auch tödlich bestraft werden könnten.

Die meisten Instruktionen galten aber für die Friedenszeit. Auf kurze Formeln gebracht, lauteten die Verhaltensgrundsätze gegenüber den Besiegten dann: „Nicht brutal, aber auch nicht sentimental“ und „Streng, fair und anständig“. Was immer die Soldaten der Royal British Army an Elend und Trümmer sehen würden, Gründe zu falschem oder ausgeprägtem Mitleid gegenüber den gegnerischen Kriegsopfern gäbe es nicht. Denn im Gegensatz zu den Beteuerungen, die sie hören würden, sei die Masse der Deutschen an dem Unheil und den Verbrechen beteiligt gewesen.

Es habe sich, meinten die Autoren der Schrift, in den Jahren faschistischer Herrschaft ein deutscher Nationalcharakter weiter ausgeprägt, der sich schon lange vor 1933 gebildet habe. Dazu gehöre, dass diese Deutschen alles Militärische anbeten würden, an das Befehligtwerden gewöhnt seien, ja es sogar wünschten. Zudem gäbe es nicht näher beschriebene deutsche „Komplexe“, zu denen der Judenhass und der Hang zur Unterdrückung anderer zähle. Die Deutschen gerieten leicht in Wut, sie beherrschten ihre Gefühle nicht und ihnen fehle ein „ausgewogenes Selbstbewusstsein“. Dabei unterschieden die Instrukteure und erwähnten ausdrücklich die ehrenwerte Haltung deutscher Hitlergegner und Widerstandskämpfer. Die offensichtlich bürgerlichen Autoren rangen sich jedoch nicht bis zur Erwähnung von Kommunisten und Sozialdemokraten durch, erwähnten aber, dass die Unbeirrbaren und Mutigen aus Arbeiterkreisen stammten.

Mehr Schwierigkeiten machte den Autoren die knappe Passage über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, bei der sie um die Erwähnung von Großbritanniens Rolle doch nicht völlig herumkamen. Nach dem Ersten Weltkrieg hätten sich die Briten von den Deutschen überlisten lassen. In Wahrheit wären in Deutschland aber nur die Kulissen gewechselt worden. Hinter diesen „blieb die eigentliche Macht in den Händen der Generale, der Großindustriellen und Großgrundbesitzer und des Berufsbeamtentums. Diese warteten ab und lauerten auf die Gelegenheit, sich wieder ins Spiel zu bringen.“ Derlei Wahrheiten möchte man in deutschen Schulbüchern lesen. Doch bei den gelungenen deutschen Tricks sei es nicht geblieben, leider wären bei den Verhandlungen 1938 in München

Großbritannien und Frankreich nicht auf den Krieg vorbereitet gewesen, und da wird es milde in der Rückschau, so dass deren Regierungschefs „widerstrebend der Annexion wichtiger Grenzgebiete der Tschechoslowakei“ zustimmten.

Bemerkenswert sind dagegen auch noch 70 Jahre später die Warnungen vor den deutschen Klischees von den „Bolschewisten“, die ihnen über Jahre eingeprägt wurden. Auf derlei Lügen sollten die britischen Soldaten nicht hereinfallen, denn sie würden mit der Absicht verbreitet, die Alliierten zu spalten. Die Anti-Hitler-Koalition war da noch intakt und der Kalte Krieg, wenn auch nicht zeitlich, so doch gedanklich fern.

Der Text schließt mit einem Abschnitt „Words and Phrases“, der den Briten helfen soll, sich mit Deutschen zu verständigen. Da finden sich Wendungen wie „Kann ich in Ihrer Scheune schlafen?“ oder „Wann beginnt die Vorstellung?“

Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944. Aus dem Englischen von Klaus Modick. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2014, 160 S., 8,00 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 09.05.2015, S. 10.

Nur noch ein grausiges Nachspiel

Die Weichen für Europas Geschichte waren vor Waterloo gestellt.

Die Schlacht vor 200 Jahren, deren Heere einerseits Wellington und Blücher, andererseits Napoleon befehligten, ist oft beschrieben worden. Zum Jubiläum sind wieder mehrere neue Bücher erschienen, darunter ein Bändchen von Marian Füssel, Geschichtsprofessor in Göttingen, das es in sich hat.

Geboten werden hier nicht nur minutiöse Schilderungen der Schlacht und der ihr vorausgegangenen Gefechte. Da ist nichts vergessen: die Stärke und Gliederungen der Armeen, ihre Anordnungen und Bewegungen, die Bewaffnung und der sehr unterschiedliche Schulungsgrad der Schlachtteilnehmer, unter denen sich Veteranen vorausgegangener Feldzüge ebenso befanden wie rasch und schlecht ausgebildete Soldaten. Geurteilt wird über die Erfahrungen und Moral und natürlich die Fähigkeiten der so genannten Schlachtenlenker. Dazu gehört die sorgsame Beschreibung des jeweiligen Terrains und der Witterungsbedingungen. Von Stunde zu Stunde lässt sich der Fortgang der Schlacht verfolgen – bis zu Flucht, Zerfall und Rückzug der Franzosen. Bewundernswert, wie eindrücklich Füssel all das auf wenig Raum zusammengedrängt schildert, nicht nur in eigenen Worten, sondern vielfach auch mit Zitaten aus den Erinnerungen Teilnehmender, deren Verfasser zumeist Offiziere waren. Eine gewisse Liebe zum Detail muss der Leser mitbringen, aber er lernt dabei viel. Nicht weniger faktenreich ist Füssels Blick auf das Nachleben der Schlacht. Er erwähnt, beschreibt und wertet die bald darauf erscheinenden Darstellungen, Gedichte, Romane und Dramen, Gemälde und Denkmäler, Dia-Rahmen und Panoramen. Er verweist auf die Benennung von Straßen, Brücken und Stationen nach dem Schlachtort oder den Heerführern und lässt den früh einsetzenden Schlachtfeldtourismus nicht aus.

Im Epilog bemerkt Füssel, dass „Waterloo heute vielleicht die berühmteste Schlacht der Weltgeschichte ist“, eine Wiederholung des ersten Satzes des Buches, der die Schlacht „wahrscheinlich die berühmteste der Weltgeschichte“ nennt. Darüber lässt sich streiten, denn da wäre auch über Stalingrad zu reden. Die eigentliche Differenz betrifft jedoch den historischen Ort von Waterloo. Napoleons Kaiserreich ist in Borodino und Leipzig 1813 sowie den Schlachten des Frühjahr 1814 auf französischem Boden untergegangen. Des Imperators Rückkehr war nur eine Fußnote. Sie verband sich, ungeachtet seiner vielerorts enthusiastischen Begrüßung, keinen Moment mit der Chance der Errichtung eines zweiten napoleonischen Kaiserreichs. Das ließ die Allianz nicht zu. Die Weichen für Europas Geschichte waren vor Waterloo gestellt worden. Die Schlacht am 18. Juni 1815 war ein grausiges Nachspiel.

Marian Füssel: Waterloo 1815. C. H. Beck, München. 127 S., br., 8,95 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. Juni 2015, S. 25.

Warnung Waterloo

Bis heute wird der vermeintlichen Helden und der 50.000 Toten der Schlacht vom 18. Juni 1815 im Kampf gegen Napoleon I. gedacht. Die Kriege gegeneinander sind seitdem jedoch immer blutiger geworden

Zu anderen Zeiten hätte es einen patriotischen Jubel gegeben. Nun aber, am 18. Juni 1915, waren aus einstigen Verbündeten Kriegsgegner geworden. An dem Tag wäre das von Staats- wegen inszenierte Gedenken an die Schlacht von Waterloo fällig gewesen, die 100 Jahre zurücklag. Die Gelegenheit, einen Sieg und mit ihm sich selbst zu feiern, hätten sich die preußisch-deutschen Militaristen und ihr Anführer Kaiser Wilhelm II. kaum entgehen lassen. Wenn der Staatsakt auch nicht die Ausmaße der Feierlichkeiten angenommen haben würde, die 1913 der „Völkerschlacht bei Leipzig“ vor ebenfalls 100 Jahren gegolten hatten, wo russische, preußische, österreichische und schwedische Armeen Napoleons Heer besiegt hatten.

1915 lagen sich jedoch die Truppen der einstigen Verbündeten, die des deutschen Heeres und die des britischen Expeditionskorps, in Stellungen auf französischem und belgischem Boden gegenüber. Großbritannien avancierte zum gefürchtetsten, weil stärksten militärischen Kontrahenten des Wilhelminischen Reiches. Nicht nur weil das Menschenreservoir des United Kingdom unerschöpflich war und es eine der deutschen ebenbürtige Rüstungsindustrie besaß. Seine überlegene Seeflotte blockierte die Zufuhr dringend benötigter Waren in die deutschen Nordseehäfen. Da war einstige Waffenbrüderschaft vergessen.

Kam die Rede dennoch darauf, dann im Stil des Titels eines 1915 erschienenen Buches: „Englands große Waterloo-Lüge“. Die Publikation ordnete sich in einen schon langewährenden Streit ein. Er betraf den jeweiligen Anteil am Sieg über Frankreichs Herrscher Napoleon. Der eine gehörte Arthur Wellesley, 1. Duke of Wellington und später von den Niederlanden zum Fürsten von Waterloo ernannt, und den unter seinem Kommando stehenden Truppen, die nach Schätzungen 67.000 bis 68.000 Soldaten umfassten. Der andere Anteil am Sieg war vom preußischen Feldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher und seinen Soldaten verdient, die etwa 48.000 Mann gezählt haben sollen.

Natürlich erwartete 1915 niemand, dass es inmitten dieses großen Krieges zu einer Wiederholung jener Jubelfeiern kommen werde, die es vorher, besonders aber 1865, zum 50. Jahrestag, gegeben hatte. Die Deutschen beschäftigte anderes: Der rasche Marsch nach Paris war unweit der französischen Hauptstadt zum Stehen gebracht worden. Ein Graben- und Stellungskrieg hatte begonnen, und niemand wusste zu sagen, wie der Krieg zu einem Ende gebracht werden könnte.

Frühe Schlachtenmalerei

Waterloo, die Ortschaft 15 Kilometer südlich von Brüssel, heute in der belgischen Provinz Brabant gelegen, gab der am 18. Juni 1815 in ihrem Umfeld ausgetragenen Schlacht gegen die Truppen Napoleons ihren Namen. Auch in Deutschland, wiewohl er hier lange mit der Bezeichnung „Belle Alliance“ konkurrierte, den Blücher in seinem Schlachtbericht benutzt hatte. So hieß ein Gasthof, gelegen an der Straße von Brüssel nach Paris, bei dem er und Wellington nach dem Sieg aufeinandergetroffen sein sollen und der vordem Napoleon als Hauptquartier gedient hatte. Der Name hat sich in der Bezeichnung von Straßen in deutschen Städten u. a. in Hamburg-Eimsbüttel, Wuppertal-Elberfeld und Dortmund erhalten. 1864 wurde in Berlin eine Straße „Belle Alliance“ getauft. Eine dritte Schlachtbezeichnung gibt es in Frankreich, hier ist sie dem Namen eines Gehöfts entliehen, das Mont St. Jean hieß. Dieser Namensgeber soll Napoleon gewesen sein. Der Bezeichnung bedient sich auch Victor Hugo in seinem Roman „Les Miserables“, „Die Elenden“. Sie diente ihm als Überschrift eines Kapitels, in dem er eine Attacke der französischen Kavallerie auf britische Truppen schildert.

Waterloo wie die vorausgegangenen sogenannten Befreiungskriege hatten zu Kaisers Zeiten nicht nur in deutschen Geschichtsbüchern einen festen Platz. Blücher, Gneisenau, Scharnhorst, Arndt und Fichte waren Namen, die breiten Volksschichten geläufig waren. Deren Kenntnis und Wissen rührte auch von einer Vielzahl von Gemälden, Zeichnungen und Stichen her, die Schlachten oder eine ihrer Episoden bebildern. Zahlreiche davon entstanden in England. Robert Alexander Hillingford (1828-

1904) schuf ein Gemälde, dem er den Titel „The Turning Point at Waterloo“ gab. Vor Napoleon, der auf einem Schimmel sitzt, wird von Angehörigen seiner alten Garde ein Gefangener geführt, offenbar ein Preuße und somit ein lebender Zeuge dafür, dass die Armee Blüchers auf dem Schlachtfeld eingetroffen ist. Von den heroisierenden Gemälden und jenen, die bedeutende Momente und Personen abbilden, unterscheidet sich das Werk eines anderen Briten, Walter Dendy Sadler (1854-1923), das drei ältere Herren in einer offenbar leidenschaftlichen Debatte am Tische eines Restaurants zeigt und den Titel „Waterloo Port – the battle refought“ trägt.

Nicht anders in Deutschland in der Hochzeit der Historienmalerei. Georg Bleibtreu (1828-1892) schuf mehrere Gemälde, die Blücher und auch Napoleon in der Schlacht darstellten. Der Übergang über den Rhein in der Neujahrsnacht 1814 bildet das Sujet von Arbeiten Wilhelm Camphausens (1818-1885). Emil Hünten (1827-1902) malte Blücher auf einem sich aufbäumenden Schimmel, nach hinten gewandt, als wolle er seine Soldaten in die Schlacht rufen. Diese Werke sind zumeist in den 1860er Jahren entstanden, auf Bismarcks Weg zur deutschen Einheit.

Viele Künstler wählten als Sujet ihrer Arbeit das Treffen der beiden Feldherren Blücher und Wellington nach dem Sieg. Sie ließen bei dessen Darstellung ihrer Phantasie freien Lauf. Mal hoch zu Ross, dann hingegen zu Fuß aufeinander zuschreitend, an dritter Stelle einander umarmend, waren beide da abgebildet. Eines der bedeutenden Werke ist eine Schöpfung Adolph Friedrich Erdmann von Menzels (1815-1905), der in dem Jahr geboren worden war, in dem die Schlacht stattfand. Er malte 1858 das heute in der Münchner Pinakothek zu sehende Historiengemälde „Blüchers Begegnung mit Wellington nach der Schlacht von Belle Alliance“. Es war ein Auftragswerk, zum Geschenk bestimmt für eine preußisch-englische Verbindung, die Heirat des Hohenzollernprinzen Friedrich Wilhelm, des späteren preußischen Kronprinzen und deutschen Kaisers Friedrich III., mit Victoria, Prinzessin von Großbritannien und Irland. Von Pferd zu Pferd reichen sich die Feldherren die Hand, einander zum Sieg gratulierend. Vielfach gedruckt, wurde es auch in Schulgeschichtsbücher aufgenommen. Dann aber bezeugte es ein Verhältnis, das seit dem 3. August 1914 Vergangenheit war. In der deutschen Propaganda hieß Großbritannien das „schnöde Albion“ und die Deutschen in der englischen „the Huns“, „die Hunnen“.

Wissenschaftliches Kräftemessen

Nun sind wir ein weiteres Jahrhundert vorangekommen, und die Bundesrepublik und das Königreich jenseits des Kanals sind Verbündete, diesmal in einer noch größeren, von den USA geführten Militärkoalition, zu der auch Frankreich gehört. Sie nehmen an Kriegen teil, die derzeit im mittleren und Vorderen Orient geführt werden, in jenem Teil der Welt, in dem sich britische und die deutsche Kolonialinteressen einst kreuzten. Nicht Schulter an Schulter, aber doch von einem Konzept geleitet, das freilich separate Wünsche nicht ausschließt, wirken ihre Militärstäbe heute zusammen. Die Schwierigkeiten gemeinsamen Gedenkens in gleichem Sinne sind dadurch nicht behoben. Sie ergeben sich, weil sich mit ihm bis auf den Tag nationale Sonderinteressen verbinden. Die einen glauben, sich ihrer Helden erinnern zu sollen, die anderen, die sich ihrer nicht rühmen können, konzentrieren sich auf das trauernde Gedenken an die Toten. Die unterschiedlichen Rollen lassen sich, wie sich schon 2014 in der Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges zeigte, unter der Losung „Versöhnung“ nicht begraben.

Vergessen ist aber nach zwei Jahrhunderten der Streit darüber, wem die Palme des Sieges von Waterloo zustehe. Und verblasst ist auch das Für und Wider, das sich zwischen Militärhistorikern an alle Schlachten anschließt, die zeitweise keinen Sieger zu haben schienen und in deren Verlauf es fragwürdig war, wer am Ende triumphieren werde. Das traf für Waterloo zu. Es fehlte nicht an Stoff für Erörterungen wie: Was wäre geschehen, wenn Napoleon die Schlacht schon am Morgen eröffnet hätte? Was, wenn Blücher nicht auf dem Kampfplatz erschienen wäre? Was, wenn Marschall Emmanuel de Grouchy mit seinen französischen Truppen Blücher auf den Fersen gefolgt wäre und dessen Armee im Rücken angegriffen hätte? Und so weiter. Darüber ließ sich, wenn auch nicht trefflich, lange streiten. Gewiss ist nur: Hätte der französische Kaiser diese Schlacht gewonnen, dann wäre er in einer der folgenden mit Sicherheit geschlagen worden. Die Übermacht seiner Gegner war bis

Waterloo noch nicht in voller Gänze aufmarschiert. Seine eigenen Kräfte mussten mit jedem weiteren Aufeinandertreffen unersetzbar zusammenschmelzen.

Von Kontinuität und Wandel der interessierenden Themen und Perspektiven rund um bzw. auf die letzte Schlacht Napoleons zeugt ein im Oktober 2014 auf den Markt gekommenes Buch, das den Professor der Fakultät für Politik und internationale Beziehungen der Universität Oxford, Brendan Simms, zum Verfasser hat. In London erschienen, wurde es sofort ins Deutsche übersetzt. Sein Titel lautet „Der längste Nachmittag. 400 Deutsche, Napoleon und die Entscheidung von Waterloo“. Der Titel erinnert an die Verteidigung der heute noch existierenden Meierei oder Farm La Haye Sainte, nahe Waterloo gelegen an der Straße von Charleroi nach Brüssel. Dort kämpften Soldaten der King's German Legion, einer, wie der Name sagt, Formation von Deutschen in britischen Diensten. Diese blutige Schlacht habe, so ihre Bewertung, die Franzosen, obwohl die Deutschen ihnen am Ende weichen mussten, so geschwächt und aufgehalten, dass Blücher mit seiner Armee den Kampfplatz rechtzeitig erreichte.

Brendan Simms ist nicht der erste Geschichtsschreiber, der sich der Episode zuwandte. 1913 erschien aus deutscher Feder „Waterloo. Die Verteidigung von La Haye Sainte durch deutsche Soldaten. Nach Berichten, Tagebüchern und Aufzeichnungen von Mitkämpfern“. Freilich hatten da die Erinnerungen, Feiern und Publikationen über die Schlacht bei Sedan 1870 und die Gefangennahme Napoleons III. die Darstellung der letzten, die gegen Napoleon I. ausgetragen wurde, an Zahl und öffentlicher Aufmerksamkeit schon übertroffen. Doch änderte sich das im Laufe der Jahrzehnte wieder. Seit dem Eintritt in das 21. Jahrhundert erschienen von deutschen, britischen, französischen und auch belgischen Autoren mehr als ein Dutzend weitere Schilderungen der Schlacht von Waterloo. Hingegen hat sich kein Historiker oder Publizist – sieht man von Sammelbänden zum Deutsch-Französischen Krieg ab – an eine erneute Darstellung der Schlacht bei Sedan gemacht.

Denkmäler für Blücher und Wellington

Erhalten hat sich, wenn auch nicht überall, die Erinnerung an Waterloo in öffentlichen Räumen. Natürlich vor allem am Ort des Geschehens, der heute zu Belgien gehört. Dort erhebt sich aus der Ebene ein weithin wahrnehmbarer, in den Jahren 1824 bis 1828 aufgeschütteten Hügel, den ein auf einem Sockel montierter mächtiger bronzener Löwe krönt, der der Stätte auch zu dem Namen „Leeuwenheuvel“ und „Butte du Lion“ verhalf. In dessen Nähe gibt es seit 1912 ein Panorama und ein Museum mit Wachsfiguren. Am Ausgang des Dorfes Plancenoit, wo Preußen und Franzosen gegeneinander kämpften, wurde ein Denkmal des preußischen Architekten Karl Friedrich Schinkel (1781-1841) errichtet, das später zerstört, dann aber wieder hergestellt wurde. An anderer Stelle des einstigen Schlachtfelds befindet sich ein französisches Monument für die Getöteten mit dem Titel „L'Aigle blessé“. Der verwundete Adler hält in einer seiner Krallen eine Fahne. Am Fuße dieses Denkmals erinnert seit 1990 eine Tafel an die umgekommenen Polen, die auf Seiten Napoleons kämpften.

Von besonderer Art ist die Ehrung Wellingtons schon vor dem Sieg in Waterloo. 1813 hatte er die britisch-spanisch-portugiesischen Truppen befehligt, die am 21. Juni in der Schlacht von Vitoria im Baskenland die Franzosen unter dem Bruder Napoleon Joseph Bonapartes und dem tatsächlichen Befehl des Marschalls Jean-Baptiste Jourdan vernichtend schlugen. Es war die Nachricht von diesem Ereignis – noch siegte Napoleon in Sachsen – durch die sich Ludwig van Beethoven zur Komposition des sinfonischen Gemäldes mit dem Titel „Wellingtons Sieg oder Die Schlacht bei Vittoria“ anregen ließ, das im Dezember des Jahres in Wien uraufgeführt wurde, großes Aufsehen erregte und viel Beifall bekam. Da waren die Österreicher schon der antinapoleonischen Koalition beigetreten. Die französischen Truppen befanden sich jenseits des Rheins und sahen sich zunehmend in die Zange genommen. Wellingtons Soldaten waren über die Pyrenäen nach Frankreich eingedrungen und eroberten nach einer weiteren blutigen Schlacht Toulouse.

In Waterloo gibt es ein Wellington-Museum. Es wurde in dem Gebäude eingerichtet, in dem der Herzog sein Hauptquartier hatte. Lang ist die Liste der ihm gewidmeten Monumente in den Städten des Inselreichs. Mit ihr kann die der Blücher-Denkmäler nicht konkurrieren, obwohl auch sie beträchtlich ist. Standbilder des Feldmarschalls wurden zuerst in seiner Geburtsstadt Rostock (1819),

dort unter Mitwirkung Johann Gottfried Schadows (1764-1850), dann in Berlin (1826) und in Breslau (1827) – beide von Christian Daniel Rauch (1777-1857) – eingeweiht. Bei Kaub, wo die Armee Blüchers in der Neujahrsnacht 1813 den Rhein überquert hatte, wurde 1894 ein weiteres errichtet. Der Ort erhielt 1913 auch ein Blücher-Museum in jenem ehemaligen Gasthof, in dem der Feldmarschall sein Hauptquartier bezogen hatte.

Im preußischen Berlin wurde 1815 ein Platz auf den Namen „Belle Alliance“ getauft (der heutige Mehringplatz) und in dessen Mitte 1843 eine Friedenssäule aufgestellt, von deren Spitze Viktoria winkt. Den Entwurf schuf Rauch. Hannover besitzt einen Waterloo-Platz und bis zum heutigen Tag einen Waterloo-Biergarten – und das aufgrund seiner besonders engen Beziehungen zum Schlachtort. Denn die königlich-deutsche Legion, die 1804 gebildet worden war und bis 1816 unter britischem Oberbefehl existierte, wurde vor allem von Hannoveranern gestellt – eine Folge der Tatsache, dass das Kurfürstentum in Personalunion mit Großbritannien regiert worden war. Straßen mit den Namen Waterloos gibt es in Hamburg, Duisburg, Bremen und weiteren deutschen Städten. Belle-Alliance-Straßen besitzen Berlin, Hamburg, Wuppertal, Dortmund und andere Gemeinden.

1851 erschien ein im Druck viele Seiten füllendes Gedicht „Waterloo“, dessen Verfasser Christian Friedrich Scherenberg (1798-1881) war. Ein Dichter, der zwischen Abukir, wo sich vor der ägyptischen Hafenstadt 1798 Franzosen und Briten auf See bekämpften, und dem schlesischen Leuthen, wo sich 1757 Preußen und Österreich gegenüberstanden, keine Schlacht ausließ. Allen widmete er ein Versepos. Zur Jubelfeier 1865 gab es auch ein Festspiel. In Hannover wurde als ehrendes Geschenk für die noch lebenden Kriegsteilnehmer eine Medaille geprägt und auch ein Waterloo-Taler.

Später ließen sich Filmemacher das Thema „Waterloo“ so wenig wie andere Schlachten entgehen. Den künstlerisch gelungensten Streifen drehte der sowjetische Regisseur und Schauspieler Sergej Bondartschuk, er kam 1970 in die Kinos. Seine Eröffnungsszenen zeigen Frankreichs Marschälle auf dem Weg zu ihrem Kaiser und Oberbefehlshaber, um von ihm die Unterschrift unter seine Abdankungsurkunde zu verlangen. Er unterschrieb sie am 12. April 1814 widerstrebend. Die Filmerzählung endet mit der Flucht der französischen Truppen vom Schlachtfeld. Sie hält sich an die Tatsachen und verzichtet auf ausschmückende Zusätze. Das Geschehen selbst musste ohnehin nicht zusätzlich dramatisiert werden.

Warnendes Signal

Lange hat sich der Name „Waterloo“ im Geschichtsdenken deutscher Generationen zusammen mit dem von Leipzig erhalten. Und also die Erinnerung an jene Schlacht in Belgien, während der binnen weniger Stunden durch Schüsse aus Gewehren und Artilleriegeschützen und unter den Säbeln der Kavalleristen und den Hufen der Pferde nahezu 50.000 Männer zu Tode kamen oder verwundet wurden. Leipzig und Waterloo kündigten an, wohin sich Kriege zwischen Massenheeren entwickeln könnten. Waterloo wurde zudem ein Gleichwort für vollkommene Katastrophen, für totales Scheitern und für die warnende Vorhersage „Auch du wirst dein Waterloo erleben“. Die Wendung soll eine Übernahme aus dem Französischen gewesen sein. Sie wandelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Munde von Deutschen. An die Stelle von Waterloo wurde Stalingrad gesetzt. Die Schlachten dort – und vorher schon die im Ersten Weltkrieg in Flandern und von Verdun, die insgesamt zwölf am Fluss Isonzo an der österreichisch-italienischen Front und die im galizischen Gródek, wo gegen die Russen Krieg geführt wurde – haben mit den sechsstelligen Zahlen der Getöteten das zeitlich ferne Waterloo aus dem Gedenken verdrängt.

Anders als im Jahr zuvor hatte Napoleon 1815 keine Schwierigkeit, seine Lage zu begreifen. Er begab sich von Waterloo nach Paris und vollzog seine zweite Abdankung. Die im Jahr zuvor aus den Tuilerien geflohenen Bourbonen kehrten zurück. Louis XVIII. besetzte den Thron. Die Royalisten übernahmen die Macht, manche richteten einen tödlichen Terror gegen die Bonapartisten. Auch Napoleon kam diesmal nicht so glimpflich davon wie 1814. Die Engländer brachten ihn nach St. Helena, einer Insel im Südatlantik. Da war er von den europäischen Ereignissen, selbst vom afrikanischen Kontinent weit genug entfernt, so dass auch aus räumlichen Gründen seine erneute Rückkehr nicht zu

fürchten war. Er starb 1821 an seinem Verbannungsort, 52 Jahre alt. 1840 wurde sein Sarg exhumiert und im Pariser Invalidendom beigesetzt.

junge Welt, Donnerstag, 18.06.2015, S. 12.

Waffenstillstand im Waggon

Nach dem Blitzkrieg gegen Frankreich inszenierte Hitler am 22. Juni 1940 die Kapitulation des Nachbarlandes

Das deutsche Heer stand am 17. Juni 1940 an der Küste des Ärmelkanals. Wir zählen die sechste Woche des deutschen Feldzugs in Westeuropa. Wehrmachtseinheiten hatten Paris drei Tage zuvor kampflos besetzt. Das französische Heer war zur Verteidigung einer geschlossenen Front unfähig. Im Hauptquartier Hitlers nahe Brûly-de-Pesche in der belgischen Region Wallonien ging die Nachricht ein, dass der Gegner zu Kapitulationsverhandlungen bereit sei. Sie kam aus Bordeaux, wohin die Regierung des Landes geflohen war. Eben war Marschall Philippe Pétain, ein Militär, dessen Ruf und Ruhm auf die ihm zugeschriebene Rolle während des Ersten Weltkrieges gegründet ist, an ihre Spitze getreten.

Als der Sieg sich abzeichnete, hatte der „Führer“ bereits Anweisungen getroffen. Die Verhandlungen sollten an einem historischen Ort stattfinden, im Wald nahe der Stadt Compiègne in der Picardi. Dort hatte nahezu 22 Jahre zuvor Staatssekretär Matthias Erzberger, ein deutscher Zentrumspolitiker, vor dem französischen Marschall Ferdinand Foch, dem Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte, die Kapitulationsurkunde unterzeichnet, die dem besiegten Deutschland ausgestellt worden war. Begleitet hatte Erzberger keiner der hochgestellten kaiserlichen Militärs, sondern Beamte und Militärs der dritten Reihe: Generalmajor Detlof von Winterfeldt, vor dem Krieg Militärattaché in Brüssel und Paris, dazu der zuvor im Admiralstab beschäftigt gewesene Kapitän Ernst Vanselow und Alfred von Oberndorff vom Auswärtigen Amt, der zum Personal mehrerer deutscher Botschaften in Europa gehört hatte. Die Szene hatte sich im Salonwagen des Marschalls zugetragen, der dadurch Berühmtheit erlangte. Der Waggon war zuerst für einige Jahre nach Paris in den Ehrenhof des Armeemuseums gebracht, dann jedoch in einem eigens errichteten Museum in Compiègne ausgestellt worden.

Hitler ließ ihn an jenen Platz zurückbringen, an dem er sich 1918 befunden hatte und wo die Franzosen zudem eine Gedenkanlage errichtet hatten. So wurde eine ihm geeignet erscheinende Kulisse für den „zweiten Waffenstillstand“ geschaffen, der diesmal mit vertauschten Rollen stattfinden würde. Er selbst sah sich als Hauptdarsteller der Aufführung, die den propagandistischen Titel „Restlose Beseitigung der Schmach von Versailles“ erhielt. Historischen Orten auf diese Art eine neue und konträre Bedeutung beizulegen, das war freilich keine Erfindung Hitlers. Zuvor war das 1914 mit dem masurischen Dorf Grunwald in Ostpreußen geschehen. Man hatte den Schlachtort großzügig dahin verlegt, wo der deutsche Ritterorden 1410 eine vernichtende Niederlage erlitt. Da schon war mit dem Sieg über die Zarenarmeen eine „Schmach“ getilgt worden.

„Schmach“ von 1918

Am 21. Juli traf Hitler mit Gefolge auf jener Lichtung von Rethondes ein, die übrigens erst nach dem Ersten Weltkrieg in dem vorher dichten und vor Fliegersicht schützenden Wald entstanden war. Ihn begleiteten neben dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile des Heeres, der Luftwaffe und der Marine: Werner von Brauchitsch, Hermann Göring und Erich Raeder. Auch Außenminister Joachim von Ribbentrop war dabei sowie Hitlers „Stellvertreter“ für Angelegenheiten der NSDAP, Rudolf Heß, und sein Dolmetscher Paul Otto Schmidt. Zudem war für die Anwesenheit einer genügenden Zahl in- und ausländischer Journalisten gesorgt, die das Ereignis in Wort und Bild festhalten und weltweit von ihm Zeugnis ablegen sollten.

Auf dem Weg zum Eisenbahnwagen passierte Hitler eine angetretene Ehrenkompanie der Wehrmacht, die Statue des Marschall Foch, der 1929 verstorben war, sowie einen Gedenkstein, der an das Geschehen von 1918 erinnerte und einen von einem Schwert getroffenen deutschen Adler zeigte. Der darauf lesbare Text feierte das Ereignis in jener Diktion, die auch die deutschen Faschisten beherrschten: „Am 11. November 1918 unterlag hier der verbrecherische Stolz des deutschen Kaiserreiches den freien Völkern, die er zu versklaven suchte.“ Das musste natürlich geschliffen werden. Auch der Waggon sollte in der Lichtung nicht belassen werden. Er wurde nach Berlin gebracht und in dessen

Zentrum als Trophäe vor dem evangelischen Dom ausgestellt, dann aber offenbar zu keinem weiteren Propagandazweck verwertet. Der weitere Kriegsverlauf ließ den Sieg des Jahres 1940 ohnehin mehr und mehr verblassen. Gegen Kriegsende gelangte der Waggon nach Thüringen. Die Umstände seiner dort im Jonastal erfolgten Zerstörung sind nicht genau bekannt.

Als die Deutschen an jenem Nachmittag ihre Plätze eingenommen hatten, wurde die französische Delegation hereingeführt. Zu ihrem Leiter war Charles Huntziger, einer der geschlagenen Generale, bestimmt worden. Er erhielt bald darauf in der französischen Regierung das Amt des Kriegsministers, dann das des Oberbefehlshabers der in den nordwestafrikanischen Kolonien Tunis, Algerien und Marokko stationierten französischen Truppen; 1941 kam er bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Das Treffen begann mit der Verlesung der Präambel des zu verhandelnden Textes durch Generaloberst Keitel. Das Dokument war ganz auf seine propagandistische Funktion hin formuliert worden und atmete die Diktion Hitlers. Es sollte die weltgeschichtliche Bedeutung des Sieges bekunden. Einleitend bot es alle Dogmen, mit denen die Geschichte des Ersten Weltkrieges durch deutsche Politiker und Historiker verfälscht worden war: Die Regierung habe den Krieg 1914 nicht gewollt, das Heer sei in dessen Verlauf nicht „entscheidend“ geschlagen worden, das Reich sei betrogen, das von US-Präsident Woodrow Wilson gegebene Versprechen gebrochen und für die Deutschen eine Leidenszeit eröffnet worden. Daran schloss sich die These, Großbritannien und Frankreich hätten Deutschland im September 1939 grundlos den Krieg erklärt. Schließlich wurde dem noch eine Begründung für die Wahl dieses Ortes angefügt: Sie sei erfolgt, um „durch einen Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit – einmal für immer – eine Erinnerung zu löschen, die für Frankreich kein Ruhmesblatt seiner Geschichte war, von dem deutschen Volke aber als tiefste Schande aller Zeiten empfunden wurde“. Am Schluss folgte eine Verbeugung vor dem heldenhaften Kampf, den die französische Armee soeben geleistet habe. Das Dokument blies das tatsächliche Geschehen auf, um die Leistung der Wehrmacht zu vergrößern.

Mit diesem Vortrag war der erste Akt der Aufführung beendet. Hitler verließ mit seiner Entourage den Waggon. Er hatte während der Zeremonie kein Wort gesagt. Den zweiten Akt, in dem die Bestimmungen des Waffenstillstands zu vereinbaren waren, bestritten Wilhelm Keitel sowie neben anderen Alfred Jodl, der Chef des Wehrmachtsführungsstabs. Das zog sich bis zum folgenden Tag hin, da Huntziger darauf bestand, das Dokument nicht ohne mehrfache Verständigung mit seiner Regierung in Bordeaux zu unterzeichnen. Das tat er am 22. Juni 1940.

Taktisches Friedensabkommen

Oft wurden die Texte der Kapitulationsurkunden von 1918 und 1940 miteinander verglichen. Es wurde behauptet, das deutsche Diktat sei milder ausgefallen als das französische. Unterschiede ergaben sich aber vor allem aus den ungleichen Situationen: Im ersten Fall wurde das Abkommen nach einem definitiv beendeten Krieg geschlossen. Deutschland war militärisch geschlagen, und seine Verbündeten hatten vordem schon die Waffen gestreckt. Österreich-Ungarn hatte am 3. November nahe dem italienischen Padua einen Waffenstillstand geschlossen. So auch das Osmanische Reich, das diesen Schritt bereits am 20. Oktober 1918 im Hafen von Moudros auf der griechischen Insel Limnos ging. Früher noch war von Bulgarien am 29. September eine Waffenruhe vereinbart worden.

Anders 1940. In Compiègne kapitulierte nur ein Gegner Deutschlands, während Großbritannien und seine Verbündeten in Übersee ihre Entschlossenheit bekundeten, den Krieg fortzusetzen. Das hatten die Diktierenden in Rechnung zu stellen, und das tat namentlich auch Hitler, der sich über die Weiterführung des Krieges noch nicht sicher war und einen baldigen Friedensschluss mit dem Inselreich vorgezogen haben würde. Dies umso mehr, als der Kampf um das deutsche Kolonialreich in Osteuropa erst noch bevorstand. Wollte er diese Konstellation erreichen, dann durften er und sein Verbündeter Italien nicht als hemmungslose Räuber erscheinen. Zudem waren einige lockende Früchte des Sieges über den „Erbfeind“ in diesem Moment schlicht unerreichbar. Dessen Kriegs- und auch die Handelsflotte befanden sich in britischen Häfen, in denen des französischen Kolonialreichs und anderswo in der Welt. Überhaupt war für die Deutschen kein Herankommen an die Kolonien Frankreichs und deren Reichtümer.

So lauteten die hauptsächlichen Bestimmungen des Abkommens, dass Nordfrankreich und seine gesamte Küste vom Nordwesten bis zur spanischen Grenze deutsches Besatzungsgebiet wurde, also insgesamt 60 Prozent des Landes. Der Rest wurde ein Staat von deutschen Gnaden. Alsace und Lorraine jedoch kamen de facto und im Vorgriff auf einen Friedensvertrag (als Elsass und Lothringen) zum „großdeutschen Reich“. Der besetzte Landesteil, an dessen Spitze ein Befehlshaber der Wehrmacht gestellt wurde, hatte die enormen Okkupationskosten zu tragen. Ausdrücklich wurde Frankreich weiter auferlegt, die Deutschen auszuliefern, die in seinen Grenzen Schutz gesucht hatten. Das betraf Antifaschisten und Hitlergegner ebenso wie die vor den Judenverfolgungen Geflohenen.

Drei Stunden in Paris

Mit Frankreichs Kapitulation war Hitlers Aufgabe als „Feldherr“ erfüllt, aber er verließ nicht sofort das eroberte Land, das er später nie wieder betreten sollte. Vor seiner Rückkehr nach Berlin absolvierte er ein touristisches Kurzprogramm. Man schrieb den 28. Juni als der „Führer“ – in Begleitung von Generalfeldmarschall Keitel, vom Adjutanten Hitlers in Parteiangelegenheiten Albert Bormann, von den Architekten Hermann Giesler und Albert Speer sowie vom Bildhauer Arno Breker – am frühen Morgen in Le Bourget sein Flugzeug verließ. Er begab sich an der Spitze einer Autokolonne durch menschenleere Straßen in das Zentrum der Stadt.

In den Vorkriegsjahren war Hitler nicht weiter über die deutschen Grenzen hinausgelangt als bis in das verbündete Italien, wohin ihn der „Duce“ eingeladen hatte. 1939 erschien er nicht als Gast, sondern als Sieger und Eroberer in Warschau, wo er eine Militärparade abnahm. Nun war er in Paris. Auch hierhin hatte er seinen Leibfotografen Heinrich Hoffmann mitgenommen, so dass eine Anzahl von Aufnahmen ihn am Ort zeigen. Zeugnisse des Triumphs, die von der faschistischen Presse und alsbald auch in einem Bildband veröffentlicht wurden. Hitler mit kleinem Gefolge, den Blick auf den Eiffelturm gerichtet, zeigt das auch später häufig gedruckte Foto. Das war nach dem Besuch des Opernhauses der zweite Halt seiner Fahrt. Der dritte wurde am Invalidendom mit der Krypta und dem Sarkophag Napoleons I. eingelegt. Hier hatte der Kaiser der Franzosen seine letzte Ruhestätte gefunden, nachdem er zunächst auf der Atlantikinsel St. Helena 1821 beerdigt worden war.

Zweimal schon hatten preußisch-deutsche Heere Frankreich besiegt und waren bis vor Paris gelangt. Doch weder Preußens König Friedrich Wilhelm III. hatte es 1815 in die Hauptstadt des Kriegsgegners gezogen noch 1871 Wilhelm I., der sich jedoch im benachbarten Versailles zum Kaiser ausrufen ließ. Nun also kam Hitler in die besetzte Metropole, die einen deutschen Kommandanten erhalten hatte. Doch geschah das alles nahezu lautlos. Sein Aufenthalt war kurz. Es gab weder ein politisches noch ein militärisches Zeremoniell. Hitler absolvierte den Besuch wie ein musisch interessierter Tourist, ein Eindruck, den seine Begleitung verstärkte. Hitler gab an jenem Morgen – und das nicht zum ersten Mal – den verhinderten Künstler, der sich dem Ruf in die Politik nicht habe entziehen können.

Nach der Zeremonie in Compiègne wurde eine weitere Demütigung des geschlagenen Gegners vermieden. Dazu mochte beigetragen haben, dass der Besucher in jenen Tagen bereits mehr und mehr von der Frage beherrscht war, wie der eben errungene Sieg auszubeuten und der Krieg gegen Großbritannien und seine Verbündeten weiterzuführen sei. Hitler hielt sich nicht länger als drei Stunden in Paris auf und verließ die erwachte Stadt nach einem Blick vom Montmartre.

Jubel über schnellen Sieg

Was Hitler in der eindrucksvollen Begräbnisstätte des großen Franzosenkaisers in der riesigen Kuppelhalle des Invalidendoms durch den Kopf ging, ist nicht überliefert. Wohl nicht die Einsicht, dass Napoleon, der geniale militärische Führer, dessen Armeen in Europa Eroberungen in Serie gemacht hatten, keinen Weg und keine Mittel gefunden hatte, England zu besiegen. Vielmehr war es ein Engländer, der Herzog von Wellington, gewesen, gegen den und dessen Verbündete der Kaiser bei Waterloo 1815 in seine letzte Schlacht gezogen war, in der er vernichtend geschlagen wurde (siehe jW-Thema vom 18.6.2015). Und dann wäre da als Denkstoff noch der drei Jahre zuvor, 1812, unternommene Kriegszug des Korsen nach Moskau gewesen, mit dem Untergang der Großen Armee und der auf russischem Boden eingeleiteten Wende der europäischen Geschichte. Sicher ist nur, dass Hitler

in jenen Tagen ganz Triumph war. Zunächst reiste er zurück in sein Hauptquartier. Die Spur, die er in Paris hinterließ, entstand durch seine Anweisung, den Sohn Napoleons mit Marie-Louise von Österreich, einen gewissen Napoleon Franz Buonaparte, Herzog von Reichsstatt (1811-1832), im Invalidendom an der Seite seines Vaters beizusetzen. Das geschah. Feierlich wurde der Leichnam des Mannes, der nicht Napoleon II. geworden war und zu dem die Franzosen keine Beziehung besaßen, aus der Wiener Kapuzinergruft in die Krypta des Invalidendoms überführt. Das geschah in Anwesenheit des Marschalls Pétain, des nunmehrigen, in Vichy residierenden Präsidenten des französischen Reststaates.

Bevor Hitler Frankreich verließ, machte er sich noch auf eine weitere Reise. Er besuchte die Gegend, in der er im Ersten Weltkrieg als Soldat gewesen war. Dann kehrte er am 6. Juli nach Berlin zurück, wo ihn Massen empfingen. Deren Jubel war umso lauter, als niemand – und vor allem die Angehörigen der älteren Generation, die sich an den Ersten Weltkrieg zu erinnern vermochten – vor nicht langer Zeit geglaubt hatte, dass dieser Gegner binnen weniger Wochen besiegt werden könnte. Was ein Vierteljahrhundert zuvor binnen vier Jahren nicht gelungen war, hatte sich nun in geradezu atemberaubendem Tempo ereignet. Diesen Jubel verstärkten noch die Vorstellungen vom Gewicht des Gegners, die ebenfalls aus der Vergangenheit bezogen wurden, nicht aber aus Kenntnissen über dessen tatsächliche Kriegsvorbereitungen stammten. Von der Wehrmacht wurde das Bild einer Wunder- und Blitzkriegswaffe gezeichnet, Hitler zum genialen Feldherrn, seine Generale – die zu Dutzenden befördert, eine ganze Reihe zu Feldmarschällen ernannt – zu begnadeten Heerführern gemacht. Wer wollte dieser und diesen noch widerstehen? Die Briten? Von deren Flucht vom Kontinent und der Hinterlassenschaft ihrer Waffen und Ausrüstungen waren in den Kinos eindrucksvolle Aufnahmen zu sehen.

„Meldungen aus dem Reich“ vom 27. Juni 1940

Zu den Aufgaben des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS gehörte es auch, die Bevölkerung auszuhorchen. Der Apparat verfasste dazu „Meldungen aus dem Reich“.

An den Waffenstillstandsbedingungen wird grundsätzlich keine Kritik geübt, da man sie zur sehr als Werk des Führers empfindet und achtet, dem man in grenzenlosem Vertrauen das fernere Geschick Deutschlands in die Hände legt. Wenn Stellung zu den Bedingungen genommen wird, so nur, um den vielleicht etwas zu großen Edelmut hervorzuheben. „Die Franzosen“, so wird geäußert, „hätten schon eine größere Strafe verdient“. Teilweise wird auch der Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, dass sie nichts über Gebietsabtretungen und über die Kolonialfrage enthielten. Dazu wird gemeldet, dass diese Einstellung wesentlich darauf zurückzuführen sei, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht genügend Klarheit darüber herrsche, dass diese Waffenstillstandsbedingungen noch kein Friedensvertrag seien. Soweit die Aufnahme mit vollem Verständnis erfolgte, werden die Bedingungen als „hart, aber gerecht und ehrenvoll“, „keineswegs rachsüchtig“, „so wie sie nur ein anständiger Gegner stellen kann“, „geeignet zur dauernden Verständigung mit Frankreich beizutragen“, gut aufgenommen und begrüßt. Ein Beweis für die mangelnde Klarheit der Bevölkerung über den wahren Charakter der Waffenstillstandsbestimmungen ist auch die Tatsache, dass über den Punkt, der die französische Flotte betrifft, eifrig debattiert wird. Man wundert sich, dass die Flotte nicht ausgeliefert zu werden braucht und tröstet sich lediglich damit, dass „wir wohl die Flotte nicht benötigen“.

junge Welt, Montag, 22.06.2015, S. 12.

Was hingegen ist die Hölle?

Shigeni Ideguchi, ein Überlebender des 6. August 1945, berichtet und klagt an

Was sind die grausig fantasievollen Schilderungen, die sich in der Weltliteratur über die Hölle finden, gegen diesen Bericht eines Überlebenden des Atombombenangriffs auf Hiroshima? Shigemi Ideguchi, geboren 1919, war Offizier und Kompanieführer in der japanischen Armee, stationiert in einer Kaserne der Stadt, die seit jenem sechsten Augusttag im letzten Jahr des Zweiten Weltkrieges für alle Zeiten einen Platz in der Weltgeschichte besetzt. Ein Jahr nach dem unvorstellbaren Erleben hat er, in die Form eines Tagebuches gefasst, seine Erinnerungen an zwanzig Tage zwischen dem 6. August und dem 6. September rekapituliert.

Seine Aufzeichnungen ließ Ideguchi Jahrzehnte liegen. Erst 1989 entschloss er sich, sie zu veröffentlichen. Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Nun hat seine Enkelin, von Helfern unterstützt, die deutsche Übersetzung besorgt. Aus Anlass des 70. Jahrestages des Bombenabwurfs kam das Buch auf den Markt.

Was den Lesern auf den Seiten des schmalen Bandes erwartet, übertrifft selbst Vorahnungen von Kennern der „Materie“. Da begegnen sie einem jungen Mann, der nur mit einer Hose bekleidet, mit freiem Oberkörper und barfüßig bei glühender Hitze durch Berge von Leichen und menschlichen Körperteilen taumelt, in einer Trümmerwüste entsetzlich entstellten Menschen begegnet, die wie er ziellos umherirren. Wohin? Wozu? Das wissen sie nicht. Und keiner der Überlebenden weiß, wie viele Stunden er noch am Leben sein wird.

Kaum wieder bei Sinnen kehrt Ideguchi in den Kasernenkomplex zurück, um nach seinen Kameraden zu sehen. Auch hier findet er nur noch Leichen und Knochen. Er wird in ein Krankenhaus außerhalb der Stadt verfrachtet. Nach kaum mehr als zwei Wochen meldet er sich wieder bei seiner Einheit. Da ist der Krieg zu Ende.

Der Bericht hat einen Anhang. In ihm stellt sich Ideguchi Fragen, die so oder ähnlich vor und nach ihm ungezählte Menschen in vielen Ländern sich stellten. Warum haben die US-Amerikaner die Bombe geworfen, da Japan doch militärisch zu Boden geworfen war und sich nicht mehr zur Wehr setzen konnte? Ideguchi vermutet: Nicht um den Krieg zu beenden, sondern um die neue Waffe auszuprobieren, nicht allein auf einem Versuchsfeld, sondern an „lebenden Objekten“. Und um Überlegenheit zu demonstrieren. Es sei dies ein Kriegsverbrechen gewesen, urteilt er, das von und vor der Weltöffentlichkeit als solches endlich anerkannt und verurteilt werden müsse.

Die Opfer wollen im eigenen Lande und von der eigenen Regierung als eine speziell zu umsorgende Gruppe anerkannt werden. Der Autor selbst hat sich maßgeblich an deren Organisationen beteiligt, um zu erreichen, dass der japanische Staat ihnen angemessene materielle und andere Lebenshilfen zuteilwerden lässt. Sein Bericht darüber, wie er beim Premier und dem Unterhauspräsidenten mit abgefertigt wurde, gibt Einblick ins Nachkriegsjapan. Warum geschah ihm das? Weil die USA über die Folge des Abwurfs nicht reden wollten, und Japan demütig folgte.

Eine vom Autor geschilderte Szene fordert einen Vergleich zwischen Deutschen und Japanern zu Kriegsende heraus: Das Zimmer des Militärkrankenhauses, in dem sich Ideguchi mit seinen Kameraden befindet, betritt am 15. August ein Militärarzt, verzweifelt und weinend. Er teilt seinen Patienten mit, Japan habe kapituliert. „Getroffen von dieser Nachricht weinten alle, auch ich“, gesteht der Autor. Und: „Ich verlor meinen letzten Halt.“ Erst später beschleicht ihn der Gedanke, ob er sich durch dieses Kriegsende nicht auch befreit fühlen könne und müsse, und kommt sich darob sogleich vor wie ein Verräter an der Heimat.

Shigeni Ideguchi: Singvögel und Raben waren auch nicht mehr da. Bericht aus dem Zentrum der Atombombenexplosion. A. d. Japan. v. Rima Ideguchi u. Fabian Liedtke. Hentrich & Hentrich, Berlin 2015. 120 S., geb., 14,90 Euro.

Neues Deutschland, 07.08.2015, S. 16.

Kapitulation auf der „Missouri“

Als der Zweite Weltkrieg wirklich Geschichte war.

Für die Europäer verbindet sich das Wort Kriegsende zumeist mit dem Blick zurück in die ersten Maitage des Jahres 1945. Und das gilt insbesondere für die Deutschen, in deren Land die letzten Schlachten geschlagen wurden. Damit ging der Krieg in Europa zu Ende. Warum hört oder liest man bis zum heutigen Tag so selten diesen Zusatz? Das Interesse für die Ereignisse des Krieges im Fernen Osten, ausgetragen auf dem asiatischen Kontinent sowie im Pazifik, auf dessen Inseln und bis an die Grenze Australiens hatte schon zu Kriegszeiten selbst bei den Deutschen besonderes Interesse nicht hervorgerufen. Sie blickten höchstens bis nach Nordafrika und seit 1941 vor allem an die „Ostfront“ – mit der zunehmenden Ahnung, dass dort über Sieg und Niederlage entschieden werde.

Als dann im Frühjahr 1945 die Waffen auf dem europäischen Kontinent schwiegen, beschäftigten die Deutschen wieder andere Fragen und Sorgen, so dass sie kaum wahrnahmen, geschweige denn auf geografischen Karten verfolgt hätten, wie der Krieg im fernen Asien zu Ende ging. Erst als Meldungen über den Abwurf von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki verbreitet wurden, richteten sich Blicke auf das Land des eben noch Verbündeten, jedoch ohne das Ausmaß des Ereignisses zu begreifen, das in den inneren Seiten der dünnen, gerade eben von den Alliierten lizenzierten Zeitungen in wenigen Sätzen gemeldet wurde. Das hat sich in der Folge nicht geändert.

Die dramatische Geschichte des Kriegsendes in Asien ist im Bewusstsein der meisten Deutschen ein weißer Fleck geblieben. Mit wohl einer Ausnahme: dem Einsatz der Kamikaze-Flieger, die sich mit ihren Kleinflugzeugen in selbstmörderischen Angriffen vornehmlich auf gegnerische Schiffe stürzten, um sie zu vernichten. Pläne, es dem japanischen Vorbild gleichzutun, hatte es in der deutschen von Hermann Göring kommandierten Luftwaffe gegeben. Dass sie nicht zur Ausführung gelangten, lag am schließlichen Mangel von Flugbenzin. Dahingegen missbrauchten die deutsche Kriegsmarine noch zu Kriegsende nach Nippons Vorbild junge Leute für den längst verlorenen „Endsieg“. Der Einsatz der so genannten Einmanntorpedos vor Frankreichs Küsten gegen angloamerikanische Landungsschiffe machte Hunderte Soldaten, auch wenn die ihnen erteilten Befehle nicht von Selbstmordkommandos sprachen, zu sicheren Todeskandidaten.

Als in Tokio die Nachricht von der Kapitulation der deutschen Wehrmacht eintraf, die keine Überraschung war, tobten noch die Kämpfe zwischen japanischen Truppen und denen der USA, Großbritanniens und Australiens auf der Insel Okinawa, die am 1. April begonnen hatten. Schon die voraus gegangene Eroberung der Insel Iwo Jima, eines kleinen Terrains, hatte Wochen gedauert und trotz des geballten Einsatzes von Luft- und Seestreitkräften den Landungstruppen Tausende Tote und Verwundete abgefordert. Die Kämpfe um die beiden Inseln, durch deren Gewinn die Luftwaffe-Basen erst 1000, dann nur noch 500 Kilometer vor den japanischen Hauptinseln gewann, gab den Alliierten eine ungefähre Vorstellung davon, was Landkämpfe in Japan selbst bedeuten und wie viele ihrer Soldaten sie nicht überleben würden, Das zu vermeiden, wurden die überlegenen US-Luft- und Seestreitkräfte eingesetzt, denen die Japaner immer weniger entgegenzusetzen hatten.

Die Städte des Landes wurden durch Angriffe zerstört, wie sie die Deutschen in Lübeck, Hamburg, Dresden, Pforzheim und anderen Orten kannten. Was zur Verfügung stand, wurde eingesetzt, um Japan kapitulationsreif zu schießen und zu bomben. Indes, die Regierung des Tenno lehnte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ab, die ihr von den „Großen Drei“ aus Potsdam zuging, verbunden mit der Drohung, dass sich im Falle der Weigerung die vernichtenden Angriffe noch steigern würden.

Wie sich bei der Kapitulation der Wehrmacht noch deutsche Formationen in Norwegen und Dänemark befanden, so gegen Ende des Krieges in Asien japanische Einheiten in der Mandschurei und in China, Indochina, auf der Malayischen Halbinsel sowie auf den Inseln von Niederländisch-Indien. Überall wurden sie von den erstarkenden Befreiungsbewegungen und Partisanen angegriffen. Die Entscheidung aber fiel im Kampf um das „Mutterland“. An die Rückführung der japanischen Streitkräfte vom Kontinent auf die Inseln war angesichts der hoffnungslos überlegenen gegnerischen Seestreitkräfte nicht mehr zu denken.

Am 8. August erklärte die Sowjetunion – wie auf der Konferenz der Alliierten von Jalta vereinbart – Japan den Krieg. Zwei Tage zuvor hatten die USA die erste Atombombe auf Hiroshima geworfen, einen Tag danach die zweite über Nagasaki, einen weiteren Tag später erging das Kapitulationsangebot der japanischen Regierung. Die Kriegshandlungen dauerten jedoch fort, ebenso die Bombenangriffe auf die Städte des Landes. Der Vormarsch sowjetischer Truppen vertrieb die Japaner aus der Mandschurei.

Erst am 15. August trat der Waffenstillstand in Kraft. Am 2. September wurde die Kapitulationsurkunde unterzeichnet, für die USA von General Douglas McArthur und Admiral Chester W. Nimitz, für Japan im Auftrage des Tenno von dessen Außenminister. Zu den weiteren Unterzeichnern gehörten Vertreter des antijapanischen Bündnisses, von Großbritannien, der Sowjetunion, von Frankreich, Australien, Kanada, der Niederlande, China und Neuseeland. Das Prozedere erfolgte auf dem in der Bucht von Tokio ankernden US-amerikanischen Schlachtschiff „Missouri“, einem 1944 in Dienst gestellten Neubau. In den 1990er Jahren von der US-Navy ausgemustert, hat es seinen letzten Liegeplatz im Hafen von Pearl Habour gefunden, wo es heute Museum und Besuchermagnet ist. Ähnlich dem Haus in Berlin-Karlshorst, in dem die deutsche Kapitulationsurkunde unterzeichnet worden ist.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. August 2015, S. 25.

Abgelegt in Washington

Das Schicksal eines warnenden Schriftstückes: Der Franck-Report

Am 11. Juni 1945 wurde in Washington dem Kriegsminister der USA ein umfänglicher Bericht übergeben. Als Autor und Absender zeichnete ein Komitee mit dem wenig besagenden Namen „für politische und soziale Probleme“. Dahinter verbarg sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, die am Manhattan Projekt beteiligt war, den Forschungen und dem schließlichen Bau einer funktionstüchtigen Atom-(Uran)bombe. Ihre Beteiligung am Projekt schien ihnen durch die Annahme gerechtfertigt, dass in Deutschland, dem Land, in dem die Möglichkeit der Kernspaltung entdeckt worden war, an einer Waffe dieses Typs gearbeitet würde. Diese Befürchtung hatte sich mit dem Sieg der Alliierten und der Besetzung des Reichsgebiets erledigt. Dass das noch immer nicht kapitulationswillige Japan sich atomar bewaffnen könnte, war nicht anzunehmen. So riet der Report, die USA möchten von der Anwendung der ungeheuren Waffe absehen.

Vorsitzender der den Bericht verfassenden Gruppe war James Franck (1882-1964), ein in Hamburg in einer jüdischen Familie geborener Physiker. Er hatte sein Geburtsland verlassen, als dort die Faschisten an die Macht gelangt waren und die Judenverfolgungen einsetzten. Er ging nicht schweigend, sondern protestierte öffentlich gegen die Diffamierung der Juden. Sein Protest erschien in einer Göttinger Zeitung.

Im Ersten Weltkrieg, zu dem er sich freiwillig gemeldet hatte, gehörte er einer Sondereinheit an, in der unter der Leitung von Fritz Haber deutsche Chemiker und Physiker an der Vorbereitung des Gaskrieges arbeiteten und diesen an der West- und Ostfront kontrollierten. Franck war so nahe am Geschehen, dass er 1917 bei einem Gasangriff selbst zu Schaden kam, was ihm das Eiserne Kreuz I. Klasse einbrachte. Nach dem Krieg war er am Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Physik tätig und wurde Professor in Göttingen. 1926 erhielt er mit Gustav Hertz den Nobelpreis – in Anerkennung ihrer beider Forschungen, mit denen das Atommodell von Nils Bohr bestätigt wurde. 1933 bekam Franck eine Professur in Baltimore, später in Chicago. 1942 rief man ihn nach Los Alamos.

Der Bericht, den er mit seinen Kollegen verfasst hatte, warnte die US-Militärs, allein über den Umgang mit der Bombe zu entscheiden. Wie mit ihr umgegangen werde, würde auf Jahre hinaus weltweit Folgen zeitigen. Dann gingen die Autoren auf das Argument ein, der Einsatz der Atombombe würde das Ende des Krieges in Asien beschleunigen. Das wäre sehr fraglich, zudem sei der Umfang der Zerstörungen japanischer Städte durch US-Bomberkommandos schon groß genug. Die Wissenschaftler mahnten vor dem Schock und dem Imageverlust der USA bei Verbündeten und Neutralen infolge der Massentötung von Zivilpersonen mit der Atombombe; wahrscheinlich würde auch die Bevölkerung der USA sich darüber spalten. Man solle sich auch nicht dem Trugschluss hingeben, über lange Zeit im alleinigen Besitz dieser Waffe zu bleiben. Die Wissenschaftler beschworen die Militärs, es beim Drohpotenzial zu belassen. Bekanntlich kam es anders. Franck starb 1964 bei einem Besuch in Göttingen. Er wurde auf einem Friedhof in seiner Geburtsstadt begraben. Dort, wie auch in Berlin, München-Garching, Ulm, Lemgö und anderswo erinnern Straßen an ihn.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. August 2015, S. 25.

Von Fortschritten und Rückschlägen

Werner Röhr unterzieht die Faschismusforschung einer Kritik und spart dabei nicht mit Lob und Tadel

Der Titel provoziert Fragen: Von wessen Kritik und Spiegel ist hier die Rede? Und von wessen Faschismusforschung? Die erste Frage ist rasch beantwortet: Es handelt sich um die Kritik und den Spiegel des Buchautors. Werner Röhr fasste Rezensionen zusammen, die er im Lauf eines Vierteljahrhunderts in Periodika veröffentlichte, die eine begrenzten Leserkreis erreichten und sich zumeist auf dem Zeitschriftenmarkt nicht behauptet haben. Sein Blick in die Geschichte der Faschismusforschung reicht aber zeitlich noch weiter zurück. Die früheste besprochene Publikation „1939 – Deutschland von innen betrachtet“ stammt von Sebastian Haffner und wurde 1940 in London gedruckt, gedacht als Beitrag zur psychologischen Kriegsführung gegen das verhasste Naziregime. Die erste deutschsprachige Ausgabe erschien erst 1996. Fünf Jahre nach jenem Haffner-Buch schrieben Buchenwald-Häftlinge in US-amerikanischem Auftrag ihren Report, dessen deutsche Erstveröffentlichung ebenfalls erst 1996 vorlag.

Die zweite Frage ist nicht so knapp zu beantworten, denn die besprochenen Werke stammen von Faschismusforschern, die verschiedensten Strömungen und Schulen zugehören, darunter von Kurt Gossweiler. Wie dieser Name schon anzeigt, ist die marxistische Forschung hier nicht ausgelassen; sie wird mit viel Lob bedacht, aber von Kritik auch nicht verschont. Und so viele Einwände Röhr gegen theoretische und methodologische Grundlagen bürgerlicher Geschichtsforschung vorbringt, etwa das Außerachtlassen von ökonomischen und sozialen Befunden, so ist sein Blick nicht getrübt für deren Verdienste zur Mehrung aufklärenden Wissens. Wer sich davon überzeugen will beginne die Lektüre mit der Besprechung des Dreibänders „Das Dritte Reich“ von Richard J. Evans, Hochschullehrer in Cambridge. Allergisch ist Röhr nur gegen politisch intendierte Apologetik. So wenn in einer Geschichte der Ostfront 1943/1944 deutschen Rückzugsgeneralen Professionalität bescheinigt und deren Niederlagen auf das Reinreden Hitlers und die Übermacht des Gegners reduziert wird.

Der Band beginnt mit Arbeiten zur „Anatomie des Faschismus“, mit der schweren Kost der „angloamerikanischen Phalanx“ von Stanley Payne, Robert O. Paxton, Robert Griffin u. a. Darauf folgen Studien zu Rüstungswirtschaft und Ideologie, Terror, Judenverfolgung und Widerstand. Darunter sind bedeutende Editionen wie „Die Orte des Terrors“, herausgegeben von Wolfgang Benz und Barbara Distel. Der zweite Teil des Bandes durchmustert Bücher zur deutschen Okkupation, ein Forschungsfeld, auf das sich deutsche Historiker erst spät begaben. Da finden sich zwei Dokumentensammlungen, die Pionierarbeit leisteten: über das Protektorat Böhmen und Mähren, die Miroslav Kárný zu danken ist, und von Konrad Kwiet und Jürgen Matthäus über den Okkupationsterror im Baltikum und in Belorussland.

Am Ende erinnert Röhr an das zehnbändige Unternehmen, das ein Prunkstück der Forschungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr war: „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“. Diesem war in der DDR eine sechsbändige Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ vorangegangen, erarbeitet im Akademieinstitut für deutsche Geschichte unter Leitung von Wolfgang Schumann. Die bundesdeutsche Edition unter der Ägide des renommierten Militärhistorikers Manfred Messerschmidt begann die herkömmliche preußisch-deutsche Kriegsgeschichtsschreibung zu durchbrechen, die nur von Fronten, Offensiven, Schlachten, Gefechten und Scharmützeln berichtet und lediglich als Lehrbuch für jene taugte, die den nächsten Krieg vorbereiteten. Der Krieg sollte nun nicht nur als „Hauen und Stechen“, sondern als gesellschaftliche Erscheinung verstanden und dargestellt werden. Da kamen auch Fragen nach Ursachen, Triebkräften und Zielen auf. Röhr musste jedoch schließlich den „Niedergang eines Großprojekts“ anmerken. Aus einer Gesamtdarstellung, die Ursachen und Kontexte aufzuzeigen suchte, sei eine Sammlung von kaum auf einander Bezug nehmender Beiträge geworden, die für sich genommen nicht ohne Wert waren, aber in dieser Edition zufällig und beliebig wirkten. Der letzte Band enthielt eine Studie über die sowjetische Besatzungspolitik, aber keine zu den westlichen Alliierten. Das ist bedauerlich. Skandalös ist es, wenn der Herausgeber solchen Wandel als Fortschritt wertet und ihm das Etikett „Neue Kulturgeschichte“ aufklebt.

Beim Lesen der Kritiken und Anregungen Röhrs fragt man sich: Wohin bewegt sich die Faschismusforschung? Ein entsprechendes Nachwort hätte man sich gewünscht. Wie auch immer, Werner Röhr ist jedenfalls verdächtig, dass er eine Geschichte der Faschismusforschung schreiben könnte.

Werner Röhr: Faschismusforschung im Spiegel der Kritik. Aurora Verlag, Berlin. 432 S., br., 24,99 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 11. September 2015, S. 14.

Formelhafte Verdichtung

Der „Dimitroff'schen" Bestimmung dessen, was Faschismus sei, wird seit je Unzulänglichkeit vorgehalten. Dabei vermag sie immer noch mehr zu sagen als die Verkürzungen bürgerlicher Provenienz

Der bekannte marxistische Historiker Kurt Pätzold hat in einer dieser Tage erscheinenden Quellenedition 62 Texte versammelt, deren Autoren die Nazidiktatur als das benannten, was sie war: Eine spezielle Ausformung bürgerlicher Herrschaft. Die Auswahl enthält Reden und Aufsätze aus den Jahren 1922 bis 1945 unter anderem von Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Otto Bauer, Ernst Fraenkel, Daniel Guérin, Hermann Heller, Max Horkheimer, Georg Lukács, Wilhelm Reich, August Thalheimer, Palmiro Togliatti und Leo Trotzki. Der Herausgeber schreibt dazu: „Absicht und Prinzip des Auswählens richteten sich darauf, den historischen Prozess der Analyse der neuartigen Erscheinung zu verdeutlichen, woraus sich eine chronologische Reihung ergab. Erkennbar gemacht werden soll das immer tiefere Vordringen zur Bestimmung von Wesen, Ursprüngen, Charakter, Zielen und Methoden des Faschismus." jW veröffentlicht leicht redaktionell bearbeitet einen Abschnitt aus der umfangreichen Einleitung. (jW)

Wenn heute Marxisten oder Menschen, die an einem tiefen, scharfen Blick in die deutsche Geschichte interessiert sind, über den Faschismus reden, taucht nahezu unvermeidlich die Frage auf, was von der „Dimitroff'schen" Definition des Faschismus zu halten sei und ob ihr noch irgendein Wert zugeschrieben werden könne. Sie lautet: Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Zunächst: Der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff ist mit Sicherheit nicht der Schöpfer dieser Kennzeichnung. Sie wurde erstmals im Dezember 1933 auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau vorgetragen. Da findet sie sich in einem Referat, das der Finne Otto Kuusinen hielt – seit 1921 arbeitete dieser als einer der Sekretäre des Exekutivkomitees der Komintern. Und auch in einer von den Delegierten angenommenen Resolution. Zu diesem Zeitpunkt war der deutsche Faschismus etwa zehn Monate an der Macht, und Dimitroff befand sich im Gefängnistrakt des Leipziger Reichsgerichtshofes, der ihn und zwei seiner Genossen der Reichstagsbrandstiftung beschuldigte. Dass die Begriffsbestimmung dennoch ihm zugeschrieben wurde, geht wohl auf die Tatsache zurück, dass Dimitroff, inzwischen freigekämpft, nach Moskau zurückgekehrt und Vorsitzender des Exekutivkomitees geworden, in seinem Bericht vor dem VII. Weltkongress der Komintern diese Definition im Sommer 1935 wiederholte und sie dadurch unter Kommunisten, später auch über sie hinaus, populärer machte, als sie nach ihrer ersten Erwähnung geworden war.

Die Autoren der Bestimmung sind namentlich unbekannt, dürften jedoch zum Apparat der Weltorganisation gehört haben. Im Grunde hatten sie Kenntnisse und Erkenntnisse verdichtet, die in den Kämpfen während der Jahre zuvor gewonnen worden waren. Ihre Definition bildete und blieb eine Herausforderung derer, die sich vom Faschismus verzerrte Bilder machten, Illusionen über ihn pflegten. Und mehr noch war sie es für jene, die ein Interesse besaßen, den Charakter des Faschismus zu vernebeln. Mit dieser Charakteristik wurden Interpretationen wie die derjenigen, die ihn als die Macht einer Clique politischer Abenteurer auf eigene Rechnung ausgaben, in ihm die Herrschaft des Kleinbürgertums zu erkennen glaubten oder ihn als Ausdruck und Sieg des Volkswillens missverstanden, abgewiesen. Der Kern der Aussage lautete, dass der Faschismus an der Macht die Herrschaft einer bestimmten Gruppe des Finanzkapitals sei.

Unausgesprochen war damit auch festgestellt, dass dieser Staatstyp eine weitere politische Ausprägung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft darstellte, also nichts weniger war als das Produkt einer Revolution. Das genügte, um alle Apologeten des Kapitals zu mobilisieren. Ließen sich auch Thesen, wonach diese Macht so etwas wie ein Bankert oder eine Missgeburt sei, nicht durchsetzen, so wird doch nach wie vor versucht, sie als Produkt eines Zufalls, als Sonderfall oder, wie durch einen Berliner Politikwissenschaftler geschehen, als Ausnahmefall auszugeben.

Offen terroristisch

Wer die Begriffsbestimmung des Jahres 1933 heute diskutiert, muss mitdenken: Erstens sind Definitionen immer eine Abstraktion und, wenn sie im gelungenen Falle auch die wesentlichen Kennzeichen einer Sache hervortreten lassen, sind sie stets ärmer als die Theorie, deren Konzentrat sie ja

abgeben, und diese wieder ist ärmer als die Wirklichkeit. Wer versucht, eine komplizierte Erscheinung, die der Faschismus ist, treffend, knapp und einprägsam zu charakterisieren, muss gewärtig sein, dass ihm „nachgewiesen“ wird, dass er diese oder jene Seite nicht oder nicht gebührend beachtet und bewertet habe. Doch übersteigt eine allseitige Kennzeichnung die Möglichkeiten des Vorhabens. Zweitens war die dem Faschismus gegebene Definition nicht nur dazu bestimmt, eine Erkenntnis konzentriert zu vermitteln, sondern Massen eine Orientierung für ihre politischen Kämpfe zu liefern. Dazu musste sie denen sprachlich verständlich sein. Drittens hatte sie, das wurde schon erwähnt, dem Anspruch zu genügen, die eigene gedankliche Position klar von anderen, von ihr abweichenden oder ihr entgegengesetzten, abzugrenzen. Endlich, viertens, kann sie nicht gerecht beurteilt werden, wenn nicht bedacht wird, dass der Faschismus in den folgenden zwölf Jahren seiner Existenz als Staats- und Kriegsmacht Züge annahm, die schwärzeste Pessimisten nicht vorauszuahnen, auch scharfsinnigste Wissenschaftler nicht vorherzusehen vermochten.

Dies bedenkend, soll die umstrittene Definition kritisch diskutiert werden Die Aussage, dass der Faschismus an der Macht eine Diktatur ist, zieht niemand, der ernst genommen werden will, in Zweifel. Gleiches gilt für die Feststellung, dass der Terror das Hauptinstrument ist, dessen sich diese Macht bediente, und dies während der gesamten Dauer ihrer Existenz. Anders steht es mit der Feststellung, dass es sich dabei um eine offene terroristische Diktatur handelte – eine Präzisierung, die nur Sinn macht, wenn sie von nicht offenen Formen der Anwendung von Terror abgehoben werden soll.

Doch haben beispielsweise die deutschen Faschisten den Terror immer offen und abschreckend zur Schau gestellt? 1933 taten sie das, und sehr wahrscheinlich ist die Formulierung gerade unter diesen Eindrücken der Massenverhaftung von Antifaschisten, der Errichtung der Konzentrationslager, der Todesurteile durch Gerichte zustande gekommen. Doch im weiteren Verlauf ihrer Herrschaft versuchte die Hitlerführung, ohne auf die drohend wirkende Bekanntmachung ihrer bis zu Justizmorden reichenden Unterdrückungsmethoden zu verzichten, sich dennoch einen gesitteten Anschein zu geben. Vorbereitung und Verlauf der Olympischen Spiele 1936 zeugen davon. Das änderte sich jedoch wieder in der Phase der Expansion, die mit dem „Anschluss“ Österreichs erreicht war, und der unmittelbaren Kriegsvorbereitung, und dann noch einmal, als die faschistische Macht – im Wissen um ihr nahes Ende – das eigene Volk gnadenlos zu weiterem Widerstand antrieb.

Interessenten und Nutznießer

Die weitere Bestimmung der Diktatur als jene von „Elementen des Finanzkapitals“ ist uneindeutig. Für jeden bürgerlichen Staat, sei er konstitutionelle Monarchie, Militärdiktatur, Republik, trifft zu, dass die Eigner und Manager des Kapitals die Hebel der Staatsmacht nicht selbst betätigen. Würden sie das tun, enthüllten sie das bestgehütete Geheimnis, das um jeden dieser Staatstypen dicht gewoben ist und gepflegt wird. Es herrscht Arbeitsteilung vor, die jedoch nicht verabsolutiert wird und nicht ausschließt, dass Bourgeois gelegentlich Ministerämter übernehmen, Wirtschaftsführer zu staatlichen Beraterstäben formiert oder in sie einbezogen werden und Konzerngewaltige in Personalunion Staatsfunktionen übernehmen.

Der Faschismus an der Macht hat in der Vorkriegszeit und mehr noch unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft diese Praxis im Interesse vor allem der Steigerung der Rüstungsproduktion verstärkt ausgeübt. Doch am Prinzip der Arbeitsteilung änderte das nichts. Und also wäre die Formulierung, „Der Faschismus an der Macht ist eine terroristische Diktatur, deren Hauptinteressenten und Hauptnutznießer Gruppen des Finanzkapitals sind“ gegen Missverständnisse besser geschützt gewesen als die 1933 gewählte.

Damit ist das Wesentliche gesagt und nicht bestritten, dass es darüber hinaus politische und ökonomische Profiteure dieser Macht aus anderen Kreisen des Kapitals und weiteren Schichten, beispielsweise der Beamtenschaft und den Militärbefehlshabern, gibt. Unbestritten ist auch – das Jahrzehnt der faschistischen Regimes hat das grausam bestätigt –, dass es Kreise des Finanzkapitals waren, die am meisten reaktionär, chauvinistisch und imperialistisch waren, die den Faschismus einst favorisierten, ihn auf dem Wege an die Macht unterstützten und dann mit dieser Macht beständig und eng kooperierten. Dieser Tatbestand wurde nach 1945 gerichtsnotorisch und zwar durch Gerichtshöfe der

USA. Die stellten in den Nürnberger Nachfolgeprozessen fest, dass exponierte Angehörige kapitalistischer Großunternehmen im Krieg Verbrechen begangen hatten und verurteilten sie auch zu Haftstrafen.

Blindstelle Massenanhang

Jeder, der die Geschichte der Faschismusforschung vorurteilsfrei verfolgt, wird, und dies namentlich, wenn er deren verschiedene Wege und Strömungen vergleicht, den kommunistischen Beitrag als verdienstvoll anerkennen. Wo aber lagen dessen Schwächen? Die Autoren konnten sich nicht entschließen auszudrücken, dass die Faschisten an der Macht sich – anders als Politiker an der Spitze bürgerlich-demokratischer Staaten und auch Militärdiktaturen – auf eine nach Millionen zählende Gefolgschaft stützen konnten, die sie aktivierten und ohne die sie nicht annähend jene Stabilität und Aktionsfähigkeit erlangt hätten, die ihr Regime kennzeichneten.

Dieser „Verzicht“ hatte eine lange Vorgeschichte. Niemandem fiel es wohl schwerer als den Kommunisten sich einzugestehen, dass sich Millionen von Werktätigen zu verlässlichen Gefolgsleuten der Faschisten gemacht hatten oder sich zu deren Instrumenten machen ließen. Wo die zutage liegende Tatsache erwähnt wurde, schrieben Antifaschisten sie den Lügen der faschistischen Demagogen zu, den raffinierten Erzeugern von Irrungen und Verwirrungen im Massenbewusstsein und Massenverhalten. Noch 1935 war in den Reihen der Kommunisten, aber auch anderer Nazigegner der Glaube nicht aufgegeben, dass Erfahrungen mit der Diktatur die Wende dieser Entwicklung bringen werden. Den schien zu stützen, dass gerade im dritten Jahr der Existenz des faschistischen Regimes in Deutschland akute wirtschaftliche Mangelerscheinungen – eine Folge der Devisenkonzentration auf rüstungswichtige Importe – in der Bevölkerung Unmut auslösten.

Wesentlich war die Blindstelle oder das „Loch“ in der Definition des Faschismus aber dadurch verursacht, dass die Massenbasis der Diktatur einzig als Produkt aus Terror und Demagogie angesehen wurde, nicht aber als das von Korruption (Erfolgsbestechung), vor allem erzeugt durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Komplex gehört auch die Wirkung der politischen Maßnahmen, die als Erfolge und Schritte zur Wiederherstellung von Deutschlands Größe ausgegeben wurden – die „Heimkehr“ des Saargebiets, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, der Aufbau einer modern ausgerüsteten Armee, der „Anschluss“ Österreichs und die Einverleibung des Sudetenlandes.

Alleinstellungsmerkmale

Der Haupteinwand, der gegen die Definition des Jahres 1933 bzw. 1935 erhoben wird, bezieht sich aber darauf, dass in ihr der faschistische Antisemitismus und seine Rolle im Regime unerwähnt blieb. Das wird als Beweis dafür ausgegeben – um nur die Minimalvariante der Vorwürfe zu benennen –, dass kommunistische Kritik den Blick nicht auf dieses Feld faschistischer Ideologie und Politik gerichtet habe. Keinem Kritiker scheint aufzufallen, keiner bemängelt, dass die Definition auch vom Antikommunismus kein Wort sagt und der hat in Wort und Praxis der Faschisten auf dem Wege zur Macht und bei deren Befestigung unstreitig eine noch größere Rolle gespielt als der hasstriefende Antisemitismus und die Anfänge der gewalttätigen Judenverfolgungen. Dennoch nimmt sich die Kritik angesichts der „Erfahrung Auschwitz“ glaubwürdig und überzeugend aus.

Doch: War auch die Ideologie der Faschisten judenmörderisch, es existierte 1933/35 nicht einmal in den Köpfen derer, die ihn später verwirklichten, ein Plan der Massenvernichtung der Juden. Das verfolgte strategische Ziel war ihre Vertreibung aus Deutschland, bei dessen Durchsetzung viele Etappen zurückzulegen waren. Im Sommer des dritten Jahres der faschistischen Diktatur lebten im Reichsgebiet noch viele sogenannte geschützte Juden, die als anerkannte Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges eingestuft waren. Doch bald lösten die Faschisten die anfänglichen Bremsen ihrer judenfeindlichen Politik, und deren Eskalation beschleunigte sich fortan. Mit der Erfahrungsmasse des Jahres 1935 gehörten Antikommunismus, Antisemitismus, dazu Antidemokratismus und Antiliberalismus in eine Definition der faschistischen Ideologie, die etwas anderes verlangte und darstellte als die des Faschismus an der Macht. Mit dem Beginn des Massenmordens, das 1941 auf sowjetischem Territorium einsetzte, gehört der eliminatorische Antisemitismus auch in jede Faschismusdefinition, die ohne die

Begriffe barbarisch und bestialisch – auch mit dem Blick auf das Sterben der Kriegsgefangenen und den Terror in den eroberten Gebieten – nicht geschrieben werden kann.

Doch geht es in der Diskussion über den Faschismus, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in Permanenz gefühlt wird, aber immer wieder einmal entbrannt ist, schon nicht mehr darum. Der gemeinhin als Holocaust bezeichnete Massenmord an den europäischen Juden, der bis zur Tötung des letzten Juden fortgeführt worden wäre, wären die Armeen der Alliierten den Verbrechern nicht noch in den Arm gefallen, gilt inzwischen als das Hauptkennzeichen des deutschen Faschismus. Und da die anderen faschistischen Regime dieses Programm nicht auch besaßen, wie sehr sie bei seiner Verwirklichung den Deutschen auch geholfen haben mochten, wird die geschichtlich beispiellose Untat im neudeutschen, Kenntnisse vortäuschenden Sprachgebrauch zum Alleinstellungsmerkmal aufgeblasen.

Daraus folgt dann die Unmöglichkeit, dieses deutsche Regime mit dem Begriff „Faschismus“ zu bezeichnen. Das ergäbe eine ungerechtfertigte Gleichsetzung mit weniger barbarischen Systemen wie dem italienischen und also eine Beschönigung des deutschen Regimes. Damit wird jener Etikettenschwindel gerechtfertigt, von dem eingangs schon geschrieben wurde, aber ungleich mehr erreicht. Mit der These vom Judenmorden als dem Hauptcharakteristikum des deutschen Regimes ist nicht nur dessen Einzigartigkeit behauptet, sind nicht nur Hitler, Himmler und Heydrich samt ihrer judenfeindlichen Rassetheoretiker als alleinige Architekten dieses Staatstyps und seiner Politik markiert, sondern das imperialistische Wesen und Programm aus dem Zentrum aller Betrachtungen gerückt. Und mit ihnen die Fragen nach der Kontinuität deutscher Politik in einer Zeitspanne, die vom Kaiserreich bis nahezu in die Mitte des 20. Jahrhunderts reicht. Einzig der Wahn einer Politikergruppe wird zum Ursprung dessen erklärt, was die Welt seit 1933 und vor allem seit 1939 erlebte.

Räuberischer Imperialismus

Nun sind Tatsachen ein hartes Ding, und zu ihnen gehören die Feldzüge der faschistischen deutschen Wehrmacht an Weichsel und Bug, zum Nordkap, an den Rand der Pyrenäen, zum Mittelmeer, nach Nordafrika und in Richtung Suezkanal, schließlich bis in das Vorfeld Moskaus, nach Stalingrad und zu den Höhen des Kaukasus. In keiner Phase dieser Eroberungen sind Judenverfolgung und Judenmorde vor den Plan der Schaffung des großgermanischen Weltreiches gerückt. In diesem Reich sollte kein Jude leben. Beides war im Denken wie in der Politik der deutschen Imperialisten, die Hitler anführte, fest verankert.

Doch wenn diese Momente kollidierten, erhielten die Kriegshandlungen und Eroberungsziele den Vorzug, etwa vor dem Transport von deutschen und ausländischen Juden in das für „judenfrei“ erklärte Reich, als dort die Arbeitskräfte rar geworden waren, der Nachschub aus den zuvor besetzten Gebieten Europas nicht mehr herbeigeschafft werden konnte und Industrieanlagen unter die Erde verlegt werden sollten, um sie Luftangriffen zu entziehen. Von den ersten bis in die letzten Tage der Existenz des faschistischen deutschen Regimes wurde gewacht, dass die judenfeindlichen und judenmörderischen Maßnahmen der Gesamtbewegung und dem Hauptziel des Systems eingeordnet blieben.

Dennoch besitzt die formelhafte Verkürzung des faschistischen Deutschen Reiches auf den Begriff „judenmörderisches System“ alle Aussicht auf Dauer. Denn erstens wird der Blick auf Auschwitz noch auf Generationen hinaus die Nachgeborenen – menschlichen Anstand und eine Phantasie vorausgesetzt, die sich Leiden vorzustellen vermag – an die abscheulichsten Verbrechen erinnern, die im Buch deutscher Geschichte stehen. Zweitens lässt sich diese Formel leicht merken und mit Bildern und Vorstellungen stützen, und dies ungleich leichter als die Definition der Komintern samt ihrer notwendigen Ergänzungen und Korrekturen. Deren Aneignung verlangt die Beschäftigung mit einem komplexen Gegenstand und also geistige Anstrengung. Drittens lässt sich diese Formel als nationales Schuldbekenntnis vorweisen, als Zeugnis für „bewältigte deutsche Vergangenheit“.

Dafür ist die Definition des Jahres 1933 absolut ungeeignet. Wenn sich aus ihr Schuldige herauslesen lassen, dann sind es Kleingruppen von Politikern und Mächtigen der kapitalistischen Wirtschaft. Anderes ergäbe sich erst, wenn, wie erwähnt, die Massenbasis des Regimes markiert würde.

junge Welt, Freitag, 09.10.2015, S. 12.

„Nicht nach Ostlocarno“

Vor 90 Jahren: Das Deutsche Reich trifft in der Schweiz Vereinbarungen über seine Grenzen. Allerdings nur für die im Westen

Am 5. Oktober 1925 trafen sich im schweizerischen Locarno, der Kleinstadt am Nordufer des Lago Maggiore, Vertreter von sieben europäischen Staaten – Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, der Tschechoslowakei und Polen – zu einer Konferenz, von der sie im Schlussprotokoll erklärten, sie habe dazu gedient, „gemeinsam Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen“. Da lag das Ende des Ersten Weltkrieges gerade sieben Jahre zurück, in dem sich Deutschland mit vier der Staaten bekriegt hatte. Nun saß der deutsche Außenminister Gustav Stresemann mit deren Diplomaten am Verhandlungstisch. Am Ende ihres Treffens am 16. Oktober behaupteten sie, die erwähnten Mittel der Friedenssicherung auch gefunden zu haben.

Deutschland war zu dieser Zeit als Folge von Krieg und Niederlage kein gleichberechtigter Staat. Teile seines Staatsgebiets waren von ausländischen Truppen besetzt. Seine Waffenproduktion war beschränkt, sein Außenhandel reglementiert. Es hatte Reparationen zu entrichten. Von der Mitgliedschaft im Völkerbund war es ausgeschlossen. Diese Benachteiligungen und Behinderungen seiner Politik gedachte es zu verringern. Da andere Mittel nicht zur Verfügung standen, konnte dies nur durch einen Handel, durch Geben und Nehmen erreicht werden. Dieser Absicht kam entgegen, dass die Westmächte die aus Kriegszeiten herrührenden Spannungen mit Deutschland zu reduzieren wünschten, um es fest an ihre eigene Politik zu binden. Das bedeutete, dass die vom Reich in Rapallo 1922 mit der Sowjetunion eingegangenen Beziehungen zur Großmacht im Osten gelockert werden sollten. Selbstverständlich zählte die Regierung in Moskau nicht zu den nach Locarno Geladenen.

Grenzen zweiter Klasse

Der Preis, den das Deutsche Reich zu entrichten hatte, um die ihm 1919 in Versailles auferlegten Härten los und als gleichberechtigte Macht angesehen zu werden, war, wie sich in den langwierigen Vorverhandlungen herausgestellt hatte, so hoch nicht, wenn er auch den deutschen Nationalisten als unannehmbar erschien. Deutschland verpflichtete sich im zentralen Dokument der Locarno-Verträge, dem sogenannten „West“- oder „Rheinpakt“ einen Zustand zu akzeptieren, an dem es ohnehin auf einige Sicht nichts würde ändern können. Die Grenzziehung gegenüber Frankreich und Belgien, wie sie ihm im Friedensvertrag 1919 diktiert worden war, wurde ausdrücklich bestätigt und auf jede Revision verzichtet. Das bedeutete ein nun ohne Druck ausgesprochenes Ja zur Rückkehr von Elsass und Lothringen zu Frankreich und von Eupen-Malmedy zu Belgien. Zudem versicherte Deutschland, die Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages dauernd zu respektieren, die ihm verboten, militärische Anlagen vor den Grenzen der beiden Nachbarn anzulegen und zu unterhalten.

Ähnliches wurde für die Reichsgrenzen im Osten, denen zur Tschechoslowakischen Republik und zu Polen nicht bestimmt. Mit den beiden Staaten schloss Deutschland jeweils sogenannte Schiedsverträge, in denen vereinbart wurde, dass sie sich im Falle von Streitigkeiten dem Urteil von internationalen Kommissionen beugen würden. Faktisch bedeutete das, und die Beteiligten konnten darüber nicht in Zweifel sein, dass Deutschland von nun an Auslandsgrenzen zweier Kategorien besaß. Solche, die es ausdrücklich anerkannte, und andere, für die das nicht galt. Die Ostgrenzen waren zu Grenzen zweiter Klasse herabgestuft. Und das wurde von deutschen Revisionisten nicht bestritten. Deren Parole lautete „Nach Ostlocarno gehen wird nicht“: Namentlich mit Polen war aus dieser Sicht eine Rechnung noch zu begleichen, was, wie versichert wurde, nicht mit kriegerischen Mitteln geschehen sollte, über die das Reich ohnehin nicht hinreichend verfügte.

So lässt sich fragen, warum die Regierung in Warschau der deutschen überhaupt die Chance bot, sich in dieser Weise als friedfertig auszugeben, wiewohl deren Vertreter und namentlich Außenminister Stresemann nicht verheimlichten, dass sie Gebiete beanspruchten, die infolge der Teilungen Polens am Ausgang des 18. Jahrhunderts zu Preußen und mit diesem später ins Reich gelangt waren. Diese

Politik fand ihre Fortsetzung im Jahre 1934. Da schloss die polnische Regierung mit dem nun faschistischen deutschen Staat einen Nichtangriffsvertrag. Das geschah zu einem Zeitpunkt, da das Nazireich international noch weitgehend isoliert war. Hitler und die Nazipropaganda erhielten mit dem diplomatischen Papier die Möglichkeit, sich als friedfertig ausgerechnet gegenüber jenem Nachbarn auszugeben, der allen Grund hatte, diesem Regime, seinem Führer und seiner Ostpolitik mit besonderem und gerechtfertigtem Misstrauen zu begegnen. Wieder blieb die Frage der Grenzen unberücksichtigt, bis Hitler sie 1938 den Polen vorlegte und im April 1939 den fünf Jahre vorher geschlossenen Vertrag aufkündigte.

Hindernis Antibolschewismus

Da war auch der Rheinpakt schon eine inhaltsleere Hülse geworden. Er war 1926 in Kraft getreten, gleichzeitig mit Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Das Deutsche Reich erhielt einen Sitz im Rat des Völkerbundes, was eine Gleichstellung mit den Großmächten Großbritannien und Frankreich bedeutete, die dieses Gremium und den Bund insgesamt dominierten. Und ihm wurden Sonderbedingungen für den Fall zugestanden, dass der Bund gegenüber einem Aggressor zu militärischen Maßnahmen griff. Die hatten die deutschen Unterhändler mit dem Verweis auf Deutschlands Abrüstung erreicht, mit dem Hintergedanken, dass sich so eine Tür zur Auflockerung oder Liquidierung der dem Reich auferlegten Rüstungsbeschränkungen öffnen ließ.

Die Hitler-Regierung, so wenig sie auf Dauer bereit war, sich den Bedingungen von Locarno zu unterwerfen, brauchte zunächst für ihre Kriegsvorbereitungen ein ruhiges Umfeld, das die Hochrüstung nicht störte. So erklärte der „Führer“ namentlich an Frankreichs Adresse wiederholt, dass er diesem Nachbarn gegenüber keinerlei Ansprüche besitze, geschweige denn, sie in einem Krieg durchsetzen wolle. Doch 1936 wurde de facto jene Klausel des Vertrages aufgekündigt, welche die Militarisierung des linksrheinischen deutschen Gebiets untersagte. Im März marschierten deutsche Truppen über die Rheinbrücken in die wieder errichteten Garnisonen. Das geschah, ohne dass darauf eine Reaktion erfolgte. Nationalistisch aufgepulverte Rheinländer begrüßten die Wehrmachtssoldaten mit Blumen.

Das Konzept jener westeuropäischen Politiker, die glaubten, das 1918 besiegte Deutschland in einen Staatenverbund zu integrieren und auf diese Weise dessen Revisions- und Racheplänen entgegenwirken oder sie kanalisieren zu können, erwies sich als ein Fehlschlag. Und sie waren unfähig, der veränderten Situation des Jahres 1933 Rechnung zu tragen und ein Projekt der Friedenssicherung auf den Weg zu bringen. Daran hinderte sie, das galt insbesondere für die herrschenden Schichten des britischen Weltreiches, ihr Antibolschewismus.

junge Welt, Sonnabend, 10.10.2015, S. 15.

Faschismus – ein hierzulande entsorgter Begriff

Vor einigen Jahren war Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin aufgegeben worden, zum nächsten Seminartermin einen Text von Carl von Ossietzky zu lesen. Nach der Aufforderung der Seminarleiterin, sich zu ihren Leseeindrücken zu äußern, fragte eine Studentin: „War Ossietzky ein Kommunist?“, und auf die Gegenfrage „Wie kommen sie darauf“, lautete die Antwort: „Er schreibt ‚Faschismus‘.“ Der Begriff scheint hierzulande zu einem Erkennungszeichen von Kommunisten geworden zu sein wie weiland ihr Parteiabzeichen mit Hammer und Sichel. Und in der Tat ist der Begriff, wenn es um die Partei Hitlers und das Regime der Jahre 1933 bis 1945 geht, in Wort wie in Schrift aus dem Sprachverkehr gezogen. Gründlich, ein Blick in Schulgeschichtsbücher bezeugt das. Der Etikettenschwindel der deutschen Faschisten, denn darauf zielte der Gebrauch des Begriffs, irritiert nicht. Hierzulande ist von Nationalsozialismus, nationalsozialistischer Diktatur oder Herrschaft und so weiter die Rede, mitunter und ein wenig verschämt in der Abkürzung NS-Regime. Niemand scheint zu irritieren, dass diese sprachliche Verzeichnung das Deutsche vom Französischen oder Englischen trennt, denn in unserem Nachbarland wie auf der Insel benutzt niemand, ausgenommen im Zitat, andere Begriffe für die deutschen Zustände jener Jahre als den des Faschismus oder und häufig den pejorativen Nazi in Wortverbindungen wie Nazi Germany und so weiter.

Hier geht es um mehr als um Begriffs- und Wortwahl oder gar -klauberei. Mit dem Begriff Nationalsozialismus wird der deutschen Partei und dem deutschen Regime – übrigens ganz wie es dessen ursprüngliche Benutzer wünschten –, eine Einzigartigkeit bescheinigt, ein – neudeutsch – Alleinstellungsmerkmal zuerkannt. Einander verwandte faschistische Regime mag es in Italien, Ungarn, Österreich, Rumänien gegeben haben, der deutsche „Fall“ ist denen nicht zuzuordnen. Mit dieser These ist eine gedankliche Tür geöffnet, ein Fluchtweg der von der Frage wegführt, warum sich in mehreren europäischen Staaten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und als Antwort auf die revolutionären Bewegungen politische Kräfte erhoben, die sich überall als die schärfsten Verfechter der Konterrevolution erwiesen, aber nirgendwo so gewalttätig und brutal zum Ziele gelangten wie im Deutschen Reich.

Desinteresse an theoretischer Durchleuchtung

Nun lässt sich fragen, warum der Verweis des Begriffs Faschismus aus dem wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch im Deutschen, dessen Ursprung weit in der Geschichte der alten Bundesrepublik liegt, so ganz ohne Debatten der Fachleute abgegangen ist. Die, wenn befragt, rechtfertigten ihn mit dem Verweis auf den „Holocaust“, der – zum Hauptkennzeichen des Regimes erklärt – dessen spezifische Kennzeichnung und Abgrenzung erfordere. Die Antwort liegt aber wohl eine Schicht tiefer im weitgehenden Desinteresse an der theoretischen Durchleuchtung des Faschismus selbst in Kreisen von Historikern. Das hat sich verstärkt, seit vor nunmehr einem Vierteljahrhundert die Herausforderung der historischen Materialisten weitgehend zum Schweigen gebracht worden ist, die seitdem jedenfalls in der Öffentlichkeit so gut wie unhörbar wurde. Das bedeutet jedoch nicht, dass auch das Interesse an der Erforschung der Geschichte der NSDAP und des faschistischen Regimes nachgelassen und ein Rückgang an wissenschaftlicher Literatur festzustellen sei. Sie wird nunmehr von der dritten und vierten Historikergeneration vorgelegt und das mit immer neuen Ergebnissen, die auch Spezialisten längst nicht mehr sämtlich zur Kenntnis nehmen können. Wer etwa im Katalog der Staatsbibliothek Berlin unter dem Stichwort „Nationalsozialismus“ in diesen Tagen (hier das Ergebnis vom 11. September 2015) nach Literatur fragt, erhält 11.519 Angaben. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres hat sich die Zahl der eingestellten Bände um 29 vergrößert, die in Deutschland, Italien, den USA, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden erschienen sind.

Welche Forschungsfelder und -themen werden von den Forschenden bevorzugt? Deutlich ist nach wie vor die Konzentration auf die Geschichte des Terrors, der Konzentrationslager bis zu den Todesmärschen bei ihrer Räumung, der Judenverfolgungen und des Judenmordens, der „Euthanasie“ und der Okkupationspolitik. Die Widerstandsforschung ist noch immer auf Stauffenberg und die Verschwörung des 20. Juli 1944 und auf weitere dem zugeordnete oder verwandte Ereignisse und Militärpersonen fokussiert. Arbeiten zum antifaschistischen Kampf der Arbeiter und der Reste ihrer Organisationen

bilden Ausnahmen. Eine erhebliche Zahl von Veröffentlichungen befasst sich mit der Geschichte von Orten und gesellschaftlichen Einrichtungen, deren Spektrum von Bibliotheken bis zu Sportclubs, von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bis zur Handelskammer Hamburg reicht. Die Durchmusterung der Literaturtitel bezeugt die Vereinzelung der Forschungen und den weitgehenden Verzicht auf übergreifende Themen etwa der Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Konzentration auf Hitler und „Deutschlands dunkle Jahre"

Nun sind die meisten Bürger dieser wie jeder anderen Republik keine Leser der in Staatsbibliotheken verwahrten Schriften. Wenn sie sich denn mit der Geschichte jener, neuerdings vorzugsweise als „Deutschlands dunkle Jahre" bezeichneten Zeit befassen, folgen sie dem Angebot von Zeitschriften und Zeitungen und – sind sie anspruchsvoller – den Empfehlungen, die ihnen dort für ihre Lektüre gegeben werden. Und die richten sich vorzugsweise nicht auf das System, sondern auf einen Mann; Hitler. Einen zusätzlichen Anstoß erhält diese Ausrichtung in diesen Tagen durch die bevorstehende kommentierte Veröffentlichung seines Buches „Mein Kampf", das womöglich auch unerläutert in den Buchhandel gelangen wird, nachdem die Sperrfrist seiner Veröffentlichung, über die bisher die Bayerische Landesregierung gebot, abgelaufen ist. Befördert wird diese Ausrichtung der Faschismusbeschäftigung auf Hitler und „Mein Kampf" zusätzlich durch eine sich um dessen Schrift rankende Theateraufführung. Das inzwischen am Nationaltheater in Weimar gezeigte Stück wird Aufführungen in Graz, München, Zürich, Mann und Berlin erleben. Im wohlwollenden Zeitungsbericht eines Besuchers heißt es: „Der zweistündige Abend hat eine mitunter geradezu gemächliche Unterhaltsamkeit" und „Rechnet man die Grundstimmung des Abends hoch, so ist sie heiter – und souverän unentschieden, wie man mit Ungeheuerlichkeiten umgehen soll." (*neues deutschland*, 7.9.2015) Da erinnert man sich an Friedrich Wolfs „Professor Mamlock" (1933/34), Charlie Chaplins „Der große Diktatur" (1940), Bert Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches" (1943/45 USA) und mag sich fragen, ob sich derlei belang- oder hirnlose Sätze auch zu diesen und ähnlichen Kunstwerken hätten schreiben lassen. Da sprachen Künstler Warnungen aus, scheuten weder Bekenntnisse noch Botschaften. Einen Vorgeschmack des Unsinns der sich über deutsche Leser in diesem Zusammenhang noch ergießen wird, vermittelt die *Stuttgarter Zeitung* (2.9.2015), ebenfalls angeregt durch die Weimarer Aufführung. Hier nun wird behauptet, dass „Mein Kampf" noch immer die Deutschen beschäftige und sie „das Buch nicht los[werden]". Charakterisiert wird es als „Sammelsurium aus Vorurteilen, Verschwörungstheorien, Allmachtsphantasien und purem Hass". Ja, „Lebensraum" habe er schon erobern wollen, aber eigentlich sei er ein Rassekämpfer gewesen, der die Juden als „Hauptfeind der germanischen Rasse ansah".

Die Geschichtsschreibung ist an derlei Interpretationen nicht unbeteiligt. Jedoch eine Geschichtsschreibung, deren Autoren nicht durchweg Historiker sind. Sie liefern den Publizisten in Redaktionen und Verlagen das Material. Hier die Titel von drei Publikationen der Kategorie Hitlerbiografien: 2014 erschien in Stuttgart von Christoph Raichle „Hitler als Symbolpolitiker", die Arbeit war im Jahr zuvor an der Universität Stuttgart als geschichtswissenschaftliche Dissertation Ebenfalls 2014 veröffentlichte Rainer Fuchs, Psychologe und Emeritierter Ordinarius für Pädagogik und Pädagogische Soziologie der Technischen Universität München, sein Spätwerk, dessen Erscheinen er 98jährig eben noch erlebte. Es wurde in Bamberg gedruckt und erhielt den Titel „Adolf Hitler. Vom Schulversager zum Diktator. Seine Persönlichkeit aus entwicklungspsychologischer, motivationstheoretischer und psychiatrischer Sicht". Ein Marcel Dobberstein veröffentlichte 2012 „Adolf Hitler. Die Anatomie einer destruktiven Seele". Das Buch, dessen Verfasser Musikwissenschaftler ist, empfahl der agenda Verlag Münster so: „Der Blick in diese Seele lässt verstehen, was nach 1933 Geschichte wurde und warum sie apokalyptisch enden musste. Einmal mehr führen Hybris und verdeckte Ohnmacht zum radikalen Utopismus. Der Führer und seine Deutschen kämpfen gegen den Verlust eines falschen, narzisstischen Selbst. In diesem Kampf sind Politik und Krieg nur Mittel zum Zweck."

An die Psychologie und Medizin verwiesen

Die Tendenz, die nicht völlig neu ist, sich aber deutlich verstärkt hat, verweist Fragen, die mit den theoretischen und methodischen Instrumentarien der Historiker zu beantworten sind, an die Psycholo-

gie. Das geschieht nicht, weil die Historiker ratlos wären, sondern weil ihre Antworten unwillkommen sind. Denn selbst historisch-idealistische Forschungen handeln von Gesellschaften, Staaten, Wirtschaftssystemen, Parteien und Menschengruppen, die Geschichte machen – bestimmt oder getrieben von ihren Interessen und Zielen. Mit der Verengung auf die Psyche von Individuen, Klein- oder Großgruppen ist man das Geflecht von Fragen an die Vergangenheit los und macht sich auf den Weg ins Innere Hitlers, seiner Komplizen und seiner Millionengefolgschaft.

Zu dieser Tendenz gehört als ein Zweig auch die Überweisung der Fragen der Historiker an die Medizin. Das jüngste Produkt dieser Sicht auf die Geschichte des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges ist soeben, im September 2015, vorgelegt worden. Das Erscheinen des Buches „Der totale Rausch. Drogen im Dritten Reich", ist von Rundfunk- und in Zeitschriftenredaktionen noch vor seiner Auslieferung an den Buchmarkt begrüßt und auch gefeiert worden. Der Verfasser Norman Ohler ist kein Mediziner oder Biochemiker, der sich auf Drogenkonsum spezialisiert hätte. Er hat eine Journalistenschule absolviert und ist als Autor von Romanen und Drehbüchern hervorgetreten, auch als Regisseur. Der Verlag Kiepenheuer & Witsch offeriert das Werk unter anderem so: „Norman Ohler geht den Tätern von damals buchstäblich unter die Haut und schaut direkt in ihre Blutbahnen hinein ... Als Deutschland 1940 Frankreich überfiel, standen die Soldaten der Wehrmacht unter 35 Millionen Dosierungen Pervitin. Das Präparat ... machte den Blitzkrieg erst möglich und wurde zur Volksdroge im NS-Staat." Das freilich ist eine gänzlich neue Erklärung von Frankreichs und Großbritanniens Niederlage im Mai und Juni 1940. Konzentriert aber ist die Untersuchung auf Hitler. Wäre der nicht von seinem Leibarzt, der darüber Buch führte, 1944 permanent unter Drogen gesetzt worden, hätte der „Führer" nicht bis 1945 durchgehalten. Damit ist auch die Frage nach der Dauer des Krieges beantwortet. Für die ist letztlich Dr. Morell verantwortlich. Hätte er statt zu Arzneien und Giften zu Placebos gegriffen, stünde als Datum des Endes des Weltkrieges jedenfalls in Europa ein anderer und früherer Tag als der 8. Mai 1945. Für die Verbreitung derlei Literatur werden von Verlagen möglichst namhafte Reklameschreiber aus der Historikerzunft gesucht, und sie finden sich. In diesem Falle der emeritierte Hans Mommsen, dessen möglicherweise auch unter dem Einfluss von Drogen verfasstes Fazit lautet: „Dieses Buch ändert das Gesamtbild", und es werde gezeigt „wie Weltgeschichte durch medizinische Trivialitäten gesteuert werden kann". (zitiert in *Der Spiegel* 37/2015)

Faschismus aus deutscher Geschichte herausseziert

Das Hauptkennzeichen und das -ergebnis dieser Geschichtsdeutungen besteht darin, dass der Faschismus als Ideologie, Partei, Bewegung und Regime aus der Geschichte des deutschen Imperialismus gleichsam herausseziert wird. Er ist, wie ein Berliner Politikwissenschaftler in den Debatten erklärte, ein Sonderfall und auf irgendeine rätselhafte Weise in den Gang deutscher Geschichte gelangt. Diese Version, mit der sich bürgerliche Ideologen um die Durcharbeitung deutscher Geschichte seit dem Übergang vom 19. in das 20. Jahrhundert herumdrücken wollten, wurde alsbald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbreitet. Lange glaubte man sie als erledigt. Doch 2014, angestiftet durch den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, wurden die Deutschen darüber belehrt, dass es einen besonderen und extrem aggressiven deutschen Imperialismus gar nicht gegeben habe. Also konnte der Faschismus auch nicht dessen Fortsetzung und äußerste Aufgipfelung, musste er etwas Anderes und Besonderes sein. Die Vorlage für diese Legende hatte der britische Historiker Christopher Clark gegeben. Der Mann befriedigte ein Bedürfnis: Wenn schon die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik, wird sie auch nicht mit Panzern und Bombenflugzeugen durchgesetzt, in Europa Erinnerungen an die Deutschen mit dem Hakenkreuz weckt, dann sollen Historiker nicht auch noch über den deutschen Imperialismus gleich ob kaiserlicher, faschistischer oder anderer Prägung, über Kontinuität und Diskontinuität deutscher Geschichte meditieren. Das ist nicht nur eine Herabsetzung deutschen Ansehens, sondern bezeugt auch Ablehnung, wenn nicht Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, meint der bayerische Verfassungsschutz.

Der Text basiert auf Professor Pätzolds Redemanuskript anlässlich der Ossietzky-Matinee am 3. Oktober 2015 zum Thema „Schloss-Initiative: Wie gedenkt Deutschland heute und künftig in der Hauptstadt Berlin seiner faschistischen Vergangenheit?"

Ossietzky 21/2015, 24. Oktober 2015.

In Memoriam Reinhard Kühnl 1936-2014

Würdigung eingangs der Veranstaltung „Faschismustheorie. Historische Forschungen und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten“ in Marburg am 10. Juli 2015

Dass ich hier in die Rolle gelangt bin, unsere Veranstaltung zur ehrenden Erinnerung an Reinhard Kühnl zu eröffnen, der am 10. Februar 2014 verstarb, hat eine längere Vorgeschichte. Sie führt in das Hessen benachbarte Thüringen, zwei heutige Länder, die damals durch eine Staatsgrenze getrennt waren. Nach Jena hatte in den siebziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts Manfred Weißbecker schon mehrfach die Faschismus-Spezialisten der Deutschen Demokratischen Republik zu einem wissenschaftlichen Colloquium eingeladen. Dort trafen sich mit anderen die inzwischen verstorbenen Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann und Joachim Petzold, die in oder nahe Berlin lebenden Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz. Alle hatten sich, zumeist beginnend mit ihren Dissertationsschriften, als Historiker ausgewiesen, die die Geschichte des Faschismus, namentlich des deutschen, zu ihrem speziellen Forschungsgebiet gemacht hatten. Was in Jena vorgetragen und diskutiert wurde, ist u. a. in den Jenaer Heften zur Parteiengeschichte nachlesbar. Das gesamte Unternehmen harrt noch seines Historiographen. Zu den Eingeladenen des Jahres 1971 gehörte Reinhard Kühnl. Würde er der Gast aus dem Westen genannt, wäre unser Verhältnis nicht richtig beschrieben. Wir hatten einander durch Publikationen wahrgenommen und das als Weggenossen. Es sind aus diesen Begegnungen enge Beziehungen und in manchen Fällen darf man wohl sagen, gepflegte Freundschaften entstanden.

In den Diskussionen jener Jahre, die wir damals schöpferisch genannt haben, die jedenfalls produktiv und schlicht anregend waren, hat Reinhard auf unverwechselbare Weise vorwärts führend gewirkt. Da lag sein Buch *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, bei Rowohlt in Hamburg gedruckt, schon vor und war wieder und wieder aufgelegt worden. Das führt mich zu dem vielleicht wichtigsten Verdienst des Forschers. Es war das Nachdenken über den Faschismus, ein Thema, zu dem Reinhard immer wieder zurückgekehrt ist. Der Faschismus als Ideologie, Organisation, Partei und Staat wurde begriffen als ein Produkt, als Hervorbringungen, als, so ließe es sich im Bilde sagen, legitimes Kind der bürgerlichen Gesellschaft und nicht als ein ihr untergeschobenes.

Mit diesem Blick auf den Nationalsozialismus, auf Hitler und ins „Dritte Reich“, um das hierzulande geläufige Vokabular aufzurufen, konnte und kann man in der Bundesrepublik Deutschland keine Preise gewinnen, wohl aber eine Anwartschaft auf die Aufnahme in einen Bericht des bayrischen Verfassungsschutzes. Diese materialistische Art, den Faschismus zu analysieren, galt und gilt hierzulande als so etwas wie Nestbeschmutzung. Der Nationalsozialismus ist, wie unlängst ein Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin verkündete, so etwas wie ein Sonderfall. Wie der in die deutsche Geschichte geriet, bleibt rätselhaft. Das hatten die Deutschen schon bei Kriegsende 1945, also vor siebzig Jahren, so beigebracht bekommen, in einer Hochzeit des Wir-wissen-es-nicht. Erst wenn an die geistige Atmosphäre jener Jahre erinnert wird, sind Platz und Wirkung des Buches über „Liberalismus und Faschismus“ bestimmt. Der darin bezogene Standpunkt bedeutete Parteinahme und war Herausforderung und Warnung.

Wenn auch Fortschritte innerhalb der bürgerlich-idealistischen Historiographie unstrittig sind und die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, Überbau und Basis, sich nicht einfach ignorieren lassen, so ist in der Publizistik der Nebel vor jedem wissenschaftlich orientierten Faschismusbild doch dicht. Für ihn wird auf vielerlei Weise gesorgt, im vergangenen Jahr auch durch die Aufhübschung der Rolle des Deutschen Reiches auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg. Dadurch ist, gleichsam en passant der Faschismus auf dem Kriegspfad auch zu einem Sonderfall deutscher Geschichte erklärt worden. Dabei möchte man manchen, die den Dunst verbreiten das „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“ zubilligen. Denn wenn in endlosen Wiederholungen über den deutschen Faschismus gesagt und geschrieben wird er sei verbrecherisch, rassistisch, antisemitisch im Extrem, mörderisch ohne Beispiel gewesen, dann ist das alles richtig. Doch gilt: Wenn nur das über ihn gesagt wird, dann werden Charakteristika beschrieben, und das Wesen bleibt verschwiegen. Am Ende ist – nolens volens – jenen gedient, welche die Beziehungen von Großkapital und Naziführerschaft tabuisiert haben und tabuisiert lassen wollen.

Diese Beziehungen aber waren Reinhard Kühnls Thema. Er hat die Interessen herausgearbeitet, die den Faschismus hervorbrachten und groß werden ließen, die daran beteiligten Personen und Personengruppen benannt, die Dokumente zusammengetragen und publiziert, die die Geschichte der Annäherung, der Kooperation und des Verhältnisses von Kapital- und politischer Macht bezeugen. Er hat den Faschismus als Vollendung der Gegenrevolution aufgefasst, die in Deutschland 1919 abgebrochen, werden musste, damit sich das Kapital vorerst in die Republik retten konnte.

Zu unseren Jenaer Begegnungen gehörten auch Kontroversen. Als die denkwürdigste erscheint mir die über den von Reinhard zur Charakteristik der Beziehungen zwischen den großen Kapitalisten und der faschistischen Führerclique benutzten Begriff des Bündnisses. Mit ihm wurde eine Entgegensetzung zur Georgi Dimitroff zugeschriebenen Definition des Faschismus formuliert, dessen Urheber unbekannt sind, die wahrscheinlich aber zum Apparat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gehörten. Mit dieser 1933 erstmalig gegebenen Definition werde die Kooperation von staatlichen und ökonomischen Machtapparaten nicht erfasst, die den Faschismus als Herrschaftsform kennzeichnet. Das schien uns auf eine Gleichwertigkeit oder Gleichgewichtigkeit der beiden Partner hinauszulaufen. Und wenn unter den Marxisten-Leninisten, als die wir uns verstanden, die Etikettierungen der Faschisten als Agenten, Büttel, Instrumente und bloße Werkzeuge des Kapitals auch aufgegeben waren, so würde, meinten wir, das Bild vom Bündnis die Rolle Hitlers und seiner Konsorten im faschistischen Regime ungerechtfertigt erhöhen. Der Kern der Frage richtete sich also auf das Problem der relativen Selbstständigkeit des Staatsapparates, die im Falle der faschistischen Diktatur eine besondere Note besitzt. Heute würde ich die seinerzeitige Kritik nicht wiederholen, aber sagen, dass, so sehr es Aufgabe des Historikers ist, Ereignisse und Entwicklungen auf den Begriff zu bringen, das Resultat darauf gerichteter Anstrengungen nicht jedes Mal in ein Wort gegossen werden kann. Die Beziehungen zwischen großem Kapital und „großen“ Führern waren durch Übereinstimmungen geprägt, aber auch von Gegensätzen gekennzeichnet und also widerspruchsvoll und sie waren 1933 nicht die gleichen wie 1936 oder dann gar 1944.

Auf Widerspruch, und das scheint mir rechtens, ist Reinhard in Jena auch mit seiner These von der Dysfunktionalität des Antisemitismus im faschistischen Regime getroffen. Ich vermag nicht zu sagen, ob und wann er sich von ihr getrennt hat. Das aber wird hier einzig erwähnt, um der üblen Nachrede zu entgegnen, die historischen Materialisten hätten sich mit Antisemitismus und Judenmord nicht forschend beschäftigt. Sie haben vielfach tiefer gegraben als ihre Kollegen.

Gibt es aus dem Rückblick aber nicht doch Forschungsfelder, die vernachlässigt wurden? Das Weiteste ist wohl das der Rolle der Volksmassen. Für die DDR bin ich mir da sicher. Es gab das Dogma von der fortschrittlichen Rolle der Volksmassen in der Geschichte, das für eingehende Untersuchungen der Massengefolgschaft der Faschisten keinen gedanklichen Platz ließ. Dass es diese Millionen unter und hinter dem Hakenkreuz gegeben hatte, konnte unter den Historikern des Faschismus keinen strittigen Punkt bilden. Reinhard Kühnl hat, auch das gehörte zu den von ihm vermittelten Anstößen, darauf bestanden, die Tatsache der Massengefolgschaft als typisch für faschistische Regime anzusehen und sie folglich auch in die Definition dieser Herrschaft aufzunehmen, auch zur schärferen Unterscheidung von Militär- und anderen Diktaturen. Und er hat in der Formierung dieser Gefolgschaft nicht nur das Resultat von Lug und Trug erblickt, sondern auf die gleichsam spontan vor sich gehenden Prozesse der Ideologiebildung verwiesen. In seinen Quellenveröffentlichungen finden sich zudem viele Dokumente, die die Frage klären helfen, wie die Massenbasis und wie sie in so kurzer Zeit, nämlich schon im Verlauf des Jahres 1933, formiert werden konnte. Die dort wieder gedruckten letzten Kundgebungen der bürgerlichen Parteien und mehr noch die permanenten der katholischen und der evangelischen Kirchen haben eine nicht exakt zu bestimmende Millionenzahl von Deutschen den Faschisten buchstäblich zugetrieben. Anfangs waren es nach der verrauschten Sieges- und Aufbruchsstimmung keineswegs schon vorweisbare Erfolge der Machthaber, die ihr System stabilisierten. Später, ab 1935 änderte sich das, denn es wandelte sich auch – verglichen mit dem Krisenelend – das Leben der Menschen und in diesen sich wandelnden Zuständen keimte die Hoffnung, es werde weiter aufwärts gehen. Das, die Erfolgsbestechung, gehörte zu Kühnls Bild von der faschistischen Herrschaft und ihrer Geschichte, ein Thema, bei dem sich im Detail noch viele Meriten verdienen lassen.

Über Reinhard Kühnls Verdienste um die Geschichtswissenschaft lässt sich nicht sprechen, ohne über seinen außergewöhnlichen Anteil an der Verbreitung von Geschichtswissen und Geschichtserkenntnissen zu reden, erworben in Schrift und in allen Gegenden und Himmelsrichtungen der Bundesrepublik auch durch das Wort. Dieser Beitrag wuchs aus der Überzeugung, dass die Wissenschaft den Menschen zu dienen, die Geschichtswissenschaft ihnen in den politischen und geistigen Kämpfen ihrer Zeit Ratgeber und womöglich Wegweiser zu sein habe. Die Zahl seiner Auftritte in der Öffentlichkeit, namentlich in Veranstaltungen der Gewerkschaften und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und die seiner Zuhörer ist nachträglich nicht bestimmbar. Er war so etwas wie ein Pädagoge von Natur. Seine Vorträge boten von den ersten Sätzen an Einladungen zum Mitdenken, denen sich Zuhörende schwer entziehen konnten. Denn auf sie vermochte er sich einzustellen. Die Gedankengebäude, die er ihnen vorstellte, entstanden gleichsam nach der Methode, die auf dem Bau praktiziert wird, ein Fundament und dann ein Stein – ein Kalk.

Reinhard Kühnl hat einen Biographen verdient. Wer immer sich und wann der Aufgabe unterziehen wird, er wird sich ein Verdienst insbesondere an der Richtung der Historiographie erwerben, deren Zugehörige meinen, dass der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte nicht haben muss.

Nachricht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.12.2015.

Es geht voran

2015 war das 25. Jahr nach dem DDR-Anschluss: Es gab Fortschritte auf dem Weg des Antisozialismus

Die Proteste werden schwächer und seltener, die sich gegen Darstellungen der Geschichte des ostdeutschen Staates richten, die aus mit unstillbarem Hass gefüllten Federn stammen. Auch da wirkt der Faktor Gewöhnung wie nahezu überall. Aussicht auf Wandel ist ohnehin nicht. Es wird nach der Devise „Je dunkler die Nacht, umso klarer die Sterne“ an jenem Weltgeschichtsbild gearbeitet, das besagt: Wir sind in der zwar ständig verbesserungsbedürftigen, aber doch besten aller freiheitlich-demokratischen Menschenordnungen angekommen. „Rechts“ und „links“ davon lauern der Totalitarismus, also die Verbrecher Hitler oder Stalin.

Man möchte es nicht glauben, dass es in dieser Bundesrepublik einst auch anders zuging. Dafür steht ein westdeutsches Schulbuch, das am Beginn der siebziger Jahre in Gebrauch war. also von Schülern benutzt wurde, die heute Großväter und Großmütter geworden sein können. Den Autoren des Textes soll nicht die subversive Absicht unterstellt werden, die damals junge Mannschaft anders als zur Parteinahme für die Bundesrepublik erziehen zu wollen. Sie stellten der aber die Aufgabe, die beiden deutschen Staaten und ihre gesellschaftlichen Zustände zu vergleichen. Gestützt auf eine Gegenüberstellung Sebastian Haffners, die der *Stern* am 19. September 1970 veröffentlichte, werden zunächst die Freiheiten aufgezählt, die Bürger der Bundesrepublik genießen. Genannt werden: die des Gewerbes, der öffentlichen Kritik, der Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Parteien, des Reisens und Auswanderns, das Freiheit von Versorgungsschwierigkeiten und aufdringlicher Propaganda. Dann folgt die Reihung der DDR-Freiheiten, als die angesehen werden: die Freiheit von Furcht um den Arbeitsplatz, vor Mietwucher, vor Dauerinflation, vor beruflicher Benachteiligung von Frauen, die Freiheit von „Arbeitersöhnen“ (unerfindlich, warum hier die Töchter fehlen), studieren zu können und schließlich die Freiheit von aufdringlicher Reklame. Danach werden die Schüler gefragt: „Welche Freiheit ist mehr wert: die Freiheit der öffentlichen Kritik oder die Freiheit von Mietwucher?“

Anschließend zitieren die Autoren Ernst Bloch aus einem Interview, das er der Wochenzeitung Die Zeit am 10. Oktober 1969 gegeben hatte. Den Nachdruck versahen sie mit der Dachzeile: „Die beiden Staaten könnten manches voneinander lernen“. Auch der marxistische Philosoph, als der Bloch vorgestellt wird, zählt für die Bundesrepublik auf: offene Atmosphäre, keine Angst vor Apparatschiks, keine Mauer, keine Schüsse dort, Diskutierbarkeit von Problemen, das Vorhandensein einer unruhigen Jugend mit ihrem Kampf gegen Unmündigkeit, dem Streben nach aufrechtem Gang, die Möglichkeit des Wechsels in der Regierung. Zu den Positiva der DDR zählte Bloch: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, kostenlose ärztliche Betreuung, kostenloser Erhalt von Medikamenten, sehr geringe Kriminalität. Abschließend werden die Schüler aufgefordert: „Sammelt Ausschnitte, die über das Leben in der DDR berichten. Erst eine Vielzahl von Informationen kann ein sachgerechtes Urteil über das Leben in der DDR ermöglichen.“

Bei diesen Texten mag man ins Grübeln und Fragen kommen und doch zu dem Resultat gelangen, es sei schwer oder undenkbar, dass sich 2016 in einem Schullehrbuch eine ähnlich formulierte Aufgabe findet. Woran liegt das? Wir sind in den vergangenen 25 Jahren auf den Wegen des Antisozialismus eben doch weiter noch vorangeschritten.

junge Welt, Donnerstag, 31.12.2015, S. 1.

Ein Zeitzeugnis aus Schweden

„Heute hat der Krieg begonnen. Niemand wollte das glauben.“ Mit diesen Sätzen beginnt die Eintragung des 1. September 1939 und das Tagebuch einer damals 31-jährigen Mutter dreier Kinder. Ihr Blick fällt auf das Geschehen aus einem der europäischen Staaten, die während der folgenden mehr als fünf Jahre neutral blieben: Schweden. Als Astrid Lindgren in Stockholm Blatt für Blatt mit Schilderungen von Erlebtem, Gelesenem und Gehörtem, mit Überlegungen und Erwägungen, Hoffnungen und Enttäuschtem füllt, ist die Chronistin weit von jenem Weltruhm entfernt, den sie später als wohl erfolgreichste Kinderbuchautorin des 20. Jahrhunderts erlangte.

Nun, 13 Jahre nach ihrem Tod, hat ein schwedischer Verlag diese Hinterlassenschaft herausgegeben. Die deutsche Übersetzung folgte unmittelbar, angereichert mit einem knappen, eigens für diese Ausgabe geschriebenen Vorwort ihrer Tochter. Lindgrens Tagebuch ist ein Bericht über ihr Leben und das ihrer Freunde und Kollegen in einem Land, das mehr als ein Jahrhundert lang glücklich war, dass auf seinem Territorium kein Krieg tobte, und dessen Bewohner auch von dem ärgsten verschont blieben, der auf dem Kontinent ausgetragen wurde. Nicht, dass die Schweden mit ihm gar nichts zu schaffen gehabt hätten. Menschen aus Nachbarländern flohen nach Schweden, über die Verkehrswege des Landes bewegten sich deutsche Soldaten an die Fronten, aus seinen Erzlagerstätten wurden an Deutschland Rohstoffe, aus seinen Werken weitere kriegsnotwendige Waren geliefert. Die Autorin selbst geht während dieser Jahre einer Beschäftigung nach, die es überhaupt erst durch den Krieg gab: Sie kontrolliert den Inhalt der nach Schweden gelangenden oder es verlassenden Post im Auftrag eines Geheimdienstes, verrichtet mithin eine nicht gerade rühmenswerte Tätigkeit, die sie auch vor ihren Kindern beschweigt. Vom ersten Tag an ist es der Familienalltag, jener der beiden viel beschäftigen Eltern und der nicht durchweg von Wissensbegierde befeuerten Schulkinder, der da notiert wird. Diese Passagen mögen nicht durchweg das Interesse aller Leser wachhalten.

Anders die Auswahl von Kriegsereignissen, die Lindgren schildert und kommentiert und denen sie reichlich Ausschnitte aus der Tagespresse beigibt – freilich nur erwähnt – oder auch ihre Zusammenfassungen von Rundfunknachrichten. Schon auf den ersten Seiten, noch ist es nur die Koalition von Polen, Frankreich und Großbritannien, die sich den Eroberern entgegenstellt, ergreift sie gegen das faschistische Deutschland Partei. Gibt es denn niemanden, fragt sie, der diesen Hitler erschießt? In der Sowjetunion erblickt sie mit Verweis auf die Liquidierung der baltischen Staaten und den Krieg gegen Finnland 1939/40 einen Nutznießer des Krieges. Dieses Russland wünscht sie weit von Schwedens Grenzen. Als es von der Wehrmacht überfallen wird, notiert sie ihre Vorliebe für den Sieg des Deutschen Reiches. Am Ende soll dann jedoch auf irgendeine Weise Großbritannien triumphieren. Eine Eintragung bei Kriegsende, das sie mit ihren Landsleuten ausgiebig feiert, lautet denn auch, dass es womöglich doch der ihr sympathische Winston Churchill sei, der den Krieg gewonnen hat.

Gut: Auf eine Begegnung mit einer Expertin der Analyse jener Widersprüche, welche die erste Hälfte des 20. Jahrhundert bewegten und in den Krieg mündeten, muss sich der Leser des Buches nicht gefasst machen. Doch er trifft auf eine politisch interessierte Zeitzeugin aus dem sogenannten gut situierten Kleinbürgertum, die weiß, wie gut sie und die Ihren in jenen Jahren im Vergleich zu allen Nachbarn leben, und sich fragt, ob man in ihrem Lande eigentlich moralisch lebt.

Astrid Lindgren: „Die Menschheit hat den Verstand verloren. Tagebücher 1939-1945“, übersetzt von Angelika Kutsch und Gabriele Haefs, Ullstein, 573 S., 24,00 Euro.

Ossietzky, 1/2016, 2. Januar 2016.

Es ist wieder da

Und alle reden drüber: Zum bevorstehenden Erscheinen der wissenschaftlichen Edition von Adolf Hitlers „Mein Kampf“

Seit Wochen schon wird es als das Buchereignis zu Jahresbeginn 2016 angekündigt: das Erscheinen einer wissenschaftlich kommentierten Ausgabe der von Adolf Hitler verfassten Hetzschrift „Mein Kampf“. Sie ist im Münchener Institut für Zeitgeschichte erarbeitet worden und wird dort am morgigen 8. Januar vorgestellt werden. Mit Jahresbeginn hat sich die juristische Situation geändert. Am 31. Dezember 2015, 70 Jahre nach Hitlers Todesjahr, waren die Urheberrechte an seinem Buch erloschen. Bis zuletzt war der bayerische Staat der Rechteinhaber. Dessen Finanzministerium hatte sich beständig geweigert, Lizenzen zu erteilen und war gegen Raubdrucke ausländischer Verlage auch gerichtlich vorgegangen. Diese Praxis blieb nicht ohne Widerreden, zu denen der Verweis gehörte, dass damit der Verbreitung ohnehin nicht Einhalt geboten werden könne, denn der vollständige Text sei doch im Internet für jedermann zugänglich. Nun ist eine neue Rechtssituation entstanden, Nachdrucken stehen juristische Hürden nicht mehr im Wege. Es sei denn, es wären neue geschaffen worden. Dafür hatte sich die Konferenz der deutschen Justizminister eingesetzt. Eine unkommentierte Verbreitung der Schrift sollte auch nach Ablauf der urheberrechtlichen Schutzschrift verhindert werden. Ob einschlägige Gerichte dem folgen werden, ist unentschieden. Allerdings bietet der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, der Volksverhetzung verbietet und mit Strafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren bedroht, eine Grundlage für das Ansinnen der Justizminister. So oder so, Besucher von Buchhandlungen werden 2016 einer Ausgabe von „Mein Kampf“ begegnen, einer zweibändigen, die nicht nur den Text sondern dazu erhellende Erläuterungen und Kommentare aus der Feder von Historikern bietet. Damit wird so etwas wie ein neues Kapitel seiner Geschichte eröffnet.

Ungenießbarer Wälzer

In den Orten, welche die alliierten Armeen im Reichsgebiet 1945 erreichten, verschwand das Druckwerk nicht nur aus den Buchhandlungen, sondern auch aus öffentlichen Bibliotheken und ebenso aus den privaten Bücherschränken einer ungezählten Masse von „Volksgenossen“ mitsamt ihren Mitgliedsausweisen, Abzeichen und Orden der verschiedensten nazistischen Organisationen und deren Uniformstücken, den Bildern des „Führers“, den Hakenkreuzfahnen und allerlei anderen Devotionalien des verbrecherischen Regimes. Die Behausungen der Mehrheit der Deutschen wurden entbräunt.

Unter den entsorgten „Mein Kampf“-Büchern waren solche, die der Eigentümer käuflich erworben hatte und andere, die ihm – beispielsweise anlässlich seiner Verheiratung oder einer Ehrung – zum Geschenk gemacht worden waren. Unter ihnen befanden sich gelesene und ungelesene und mit Sicherheit auch einige, die einzig angeschafft waren, unwillkommene Besucher zu überzeugen, dass hier ein wirklicher „Nationalsozialist“ lebte. Natürlich musste jeder sogenannte NS-Führer, vulgo Bonze, in seinem Bücherschrank oder auf seinem Bord eine Ausgabe von „Mein Kampf“ stehen haben. Sie gehörte gleichsam zur Wohnungseinrichtung. Wie viele das Buch wirklich lasen, wie viele sich nur mit mehr oder weniger langen Auszügen bekannt gemacht hatten, ist nicht festzustellen und bis heute Stoff für weit auseinandergehende Urteile geblieben. Die jährlich ansteigenden Auflageziffern, die der Münchener Eher-Verlag, der Zentralverlag der NSDAP, ermittelte, geben darüber keine verlässliche Auskunft. Spätere und aktuelle Schätzungen von Forschern lassen meist außer Acht, dass das Lesen umfänglicher Druckerzeugnisse nicht zu den Gewohnheiten und zur Routine breiter bäuerlicher und proletarischer Schichten in Deutschland gehörte. Und „Mein Kampf“ war so etwas wie ein Wälzer. Eine 1942 gedruckte ungekürzte Ausgabe, vom Jenaer Oberbürgermeister einem Paar mit den besten Wünschen „für eine glückliche und gesegnete Ehe“ überreicht, zählt 781 Seiten Text plus 28 Seiten Personen- und Sachregister. Im Anhang bot der Verlag das „Buch der Deutschen“ in einer kartonierten, einer Volks-, einer Dünndruck- und in zwei Geschenkeditionen an, die billigste für 5,70, die teuerste für 24 Reichsmark.

Bei Schätzungen der Leserzahl muss wohl auch berücksichtigt werden, dass „Mein Kampf“ nicht so sehr wegen seines geistigen Anspruchs, aber doch wegen seiner Themen und seines Stils schwerer zu lesen war als beispielsweise die drei Winnetou-Bände des Karl May oder die Romane der Hedwig

Courths-Mahler. Vom Vergnüglichen zu schweigen. Und die Antwort auf die Frage wird dadurch weiter verkomplifiziert, dass viele Deutsche auf den verschiedensten Wegen mit Inhalten des Buches konfrontiert wurden. Die jüngsten durch Auszüge in ihren Lesebüchern für den Deutschunterricht. Andere durch die Tagespresse, dritte während Schulungen, an denen sie freiwillig oder genötigt teilnahmen.

Beschäftigung mit der Hetzschrift

Weder die alliierten Militärregierungen in den vier deutschen Besatzungszonen noch, später, Organe in den beiden deutschen Staaten (Parlamente, Regierungen, Gerichte) haben den Besitz, den Verleih und den Verkauf von „Mein Kampf“ verboten und unter Strafe gestellt. Auf dem Markt der gebrauchten Bücher war das Werk zu erhalten, und da die Nachfrage überschaubar blieb und andererseits doch eine beträchtliche Zahl von Exemplaren dem Feuer und den Mülltonnen entgangen war, hielt sich – bis heute – der Preis für einen Band aus zweiter oder dritter Hand in Grenzen, sofern es sich nicht um Prachtausgaben oder gar ein Buch mit der Widmung des Autors handelte. In den Bibliotheken wissenschaftlicher Einrichtungen war „Mein Kampf“ zwar aussortiert, doch wer beispielsweise Student an der Berliner Humboldt-Universität war, konnte, so er sein Interesse auswies, den Band im Hause der benachbarten Staatsbibliothek ausleihen.

Es vergingen dann einige Jahre, bis wissbegierige Deutsche sich mit „Mein Kampf“ bekannt machen konnten, ohne sich deshalb durch das Original quälen zu müssen. Forschende Historiker und Journalisten vom Fach machten sich über den Text her, referierten in eigenen Publikationen mehr oder weniger kompakt und kritisch dessen Inhalt und schilderten die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Buches. Schon 1966 erschien in München von Werner Maser (1922-2007), einem einstigen Wehrmachtsoffizier und Verfechter von Hitlers Präventivkriegsthese gegen die Sowjetunion, das Buch „Hitlers Mein Kampf. Entstehung, Aufbau, Stil, Änderungen, Quellen, Quellenwert, kommentierte Auszüge“, das seitdem Auflage um Auflage, zuletzt 2015, erlebte. Gleiches gilt für Christian Zentners (geb. 1938) zuerst 1974 in München veröffentlichten Band „Adolf Hitlers Mein Kampf. Eine kommentierte Auswahl“. Für beide Historiker, Publizisten und Journalisten gilt, dass sie Außenseiter in der westdeutschen Historikerzunft waren und blieben. Zwischen ihren Publikationen erschien 1968 das weniger beachtete Buch von Karl Lange (1893-1983), einem außerplanmäßigen Professor der Technischen Hochschule Braunschweig, „Hitlers unbeachtete Maximen. Mein Kampf und die Öffentlichkeit“. 2000 wurde in München „Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation“ von Barbara Zehnpfennig (geb. 1956), einer Politikwissenschaftlerin, die nach pädagogischer Tätigkeit an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg nun eine Professur in Passau bekleidet, veröffentlicht. 2009 erschien zuerst in Paris, dann in deutscher Übersetzung „Mein Kampf. Histoire d’un livre“ des Journalisten. Dokumentarfilmemachers und Schriftstellers Antoine Vitkine (geb. 1977). 2010 kam Swantje Krämers „Hitlers Weltanschauung in ‚Mein Kampf‘. Von der Genese zur Manifestation“ in den Buchhandel. Diese Form der Information und Auseinandersetzung erhielt sich. Sven Felix Kellerhoff (geb. 1971), Redakteur der Zeitung Die Welt, gab 2015 „‚Mein Kampf‘. Die Karriere eines deutschen Buches“ heraus.

Einen anderen Zugang boten selbstredend die Hitler-Biographien, bei deren Abfassung kein Autor um „Mein Kampf“ herumkam. Das gilt schon für die erste umfassende des damals in Oxford Lehrenden Alan Bullock (1914-2004), die 1952 in Großbritannien erschien und ein Jahr drauf übersetzt in Düsseldorf. Die wurde erst zwei Jahrzehnte später, 1973, durch die Veröffentlichung von Joachim Fests (1926-2006) profundem Band „Adolf Hitler. Eine Biographie“ vom ersten Platz verdrängt, der mit einer nach Hunderttausenden Exemplaren zählenden Gesamtauflage das Bild vom „Führer“ jedenfalls in einer breiten Bildungsschicht der Bundesrepublik geprägt haben dürfte. In welcher Weise, das beschrieb Fest selbst, indem er als sein Anliegen die Bewertung der von Bullock nach seiner Ansicht ungenügend gewichteten Rolle der Ideologie angab. Konkurrenz erwuchs dem voluminösen Band erst durch den Briten Ian Kershaw (geb. 1943), einen Historiker, der bis zu seiner Emeritierung an der Universität Sheffield lehrte. Dessen Hitler-Biographie kam in zwei Bänden 1998 und 2000 in London und in deutscher Sprache in Stuttgart heraus.

Auch konservative Historiker meldeten sich zu Wort; mit „Adolf Hitler. Eine politische Biographie“ etwa Rainer Zitelmann (geb. 1957), ein Sympathisant der Neuen Rechten, der aus dem sozialen Demagogen einen sozialen Revolutionär machen wollte. 1991 hat die in Genf lehrende, inzwischen emeritierte Marlis Steinert in Frankreich eine Hitler-Biographie publiziert, die 1994 in deutscher Übersetzung erschien. 2002 legte Ralf Georg Reuth (geb. 1952), Korrespondent der *Welt am Sonntag* und ein Biographieschreiber von Rommel bis Merkel, eine weitere „politische Biographie“ Hitlers vor. 2013 gab der Zeit-Redakteur Volker Ullrich (geb. 1943), der schon mit literarischen Lebensbildern Bismarcks und Napoleons hervorgetreten war, den ersten Band einer auf zwei Bände berechneten Biographie „Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939“ heraus.

Bis auf den heutigen Tag ist die Kette der Lebensbeschreibungen des „Führers“ nicht abgerissen. Thomas Sandkühler (geb. 1962), Professor für Geschichtsdidaktik an der Berliner Humboldt-Universität, hat 2015 „Adolf H. – Lebensweg eines Diktators“ vorgelegt. Ebenfalls im eben zu Ende gegangenen Jahr erschien von Peter Longerich (geb. 1955), Professor an der Universität London, der nahezu 1.300 Seiten umfassende Band „Hitler. Biographie“, die einen Rezensenten zu der Frage animierte, ob die faschistische Herrschaft eine One-Man-Show gewesen sei, außerdem zu der Bemerkung, der Autor habe den „Führer“ zu einem „allgegenwärtigen Kontrollfreak“ gemacht. Etwa 250.000 Bundesbürger konnten sich nach 1990 aber auch auf ganz andere Weise mit „Mein Kampf“ bekanntmachen. Serdar Somuncu (geb. 1968), ein deutscher Schriftsteller, Schauspieler und Kabarettist türkischer Herkunft zog ab 1996 mit einer szenischen Lesung aus Hitlers Buch, die den Titel „Nachlass eines Massenmörders“ trug, durch deutsche Lande und bestritt 1428 Auftritte, nicht ohne auch auf Provokationen von Neonazis zu stoßen.

Grenzenloser Judenhass

Kurzum, die Tatsache, dass „Mein Kampf“ nicht neu gedruckt werden durfte, hat das Wissen über seine wesentlichen Inhalte und die Herstellung eines kritisch-ablehnenden Verhältnisses zur Naziideologie hierzulande nicht aufgehalten. Die These, das Buch sei tabuisiert worden, erscheint angesichts der Beschäftigung vieler Historiker mit seinem Inhalt und den daraus hervorgegangenen, sich durchaus an ein breiteres Lesepublikum wendenden Publikationen und von deren mitunter vielen Auflagen, gelinde gesagt, kühn. Dabei war in den Jahrzehnten deutscher Zweistaatlichkeit die auf den Autor und das Buch gelenkte Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik erheblich größer als in der Deutschen Demokratischen Republik. Das besaß seine letzte Ursache darin, dass die Rolle von Personen und Ideologien im marxistischen Geschichtsverständnis erheblich anders und geringer bemessen wird als in den Strömungen der bürgerlichen Historiographie.

Eine umfassende Untersuchung der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie, dem Inhalt und der Geschichte von Hitlers Buch bis in die Gegenwart der Bundesrepublik haben Historiker und Geschichtsdidaktiker in dem von Christian Kuchler, Professor für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften in Aachen, herausgegebenen Band „NS-Propaganda im 21. Jahrhundert. Verbot und öffentliche Auseinandersetzung“ 2014 vorgelegt.

Wer sich auf diese Weise über Hitlers Schrift informierte, wusste in aller Regel dies: 1. Der Autor sah seinen Weg in die Politik von einer nicht näher gekennzeichneten Vorsehung bestimmt und seine Schritte als ein schweres Opfer für die deutsche Nation. Bis in seine Kriegsreden hinein hat er diese Version wiederholt und seinen schweren Verzicht auf ein ihm eigentlich bestimmtes Künstlerdasein beschrieben. 2. Dieses Buch hatte ein von grenzenlosem Judenhass Getriebener geschrieben, der keine Bedenken kannte, sich zu dieser Haltung zu bekennen und dadurch auch deren denkbare Konsequenzen zu umreißen. 3. Der Gegenpart des Juden war der Arier, eine angebliche Rasse, der aufgrund ihrer unvergleichlichen Eigenschaften erlaubt sei, auf dem Erdball jeden Anspruch zu erheben und durchzusetzen, bis hin zur Zuteilung von Lebensrechten an die Nichtarier. 4. Die wiederum höchststehende Gruppe unter den Ariern waren die von den Germanen herkommenden Deutschen, die Hitler während des Krieges dann zu den Beschützern aller Welt vor der Versklavung durch Bolschewiken und Juden erklärte. 5. Diese Höchststehenden unter den Hochstehenden hatten sich zu vermehren, verfügten jedoch jetzt schon über zu wenig „Lebensraum“. Den müssten sie auf dem

Wege von Kriegen erweitern, wofür ihnen wiederum das Schicksal vor allen anderen die Ostrichtung gewiesen habe.

Wer das begriffen hatte, wusste auch, dass sich ein Deutschland unter diesem Führer vom Rest der Welt isolieren und gegen andere Staaten in den Krieg ziehen würde. Viele zeitgenössische Kritiker meinten, dass das ihre Landsleute doch erkennen müssten und keine Lust verspüren würden, sich auf diesen Mann und sein Programm einzulassen. Diese Haltung bemaß jedoch den Zustrom an Gefolgsleuten zu sehr an über weite Passagen einen Antihumanisten entlarvenden Inhalt von „Mein Kampf". Doch an der Wende zu den dreißiger Jahren war der Text nicht das Lockmittel, mit dem Hitler und seine politischen Komplizen Millionen Menschen einzufangen verstanden.

Edition erklärt Diktatur nicht

Nun also wird von dem in Sachen Faschismusforschung seit Jahrzehnten hochaktiven Münchener Institut für Zeitgeschichte eine nach allen Regeln wissenschaftlicher Edition gestaltete Ausgabe von „Mein Kampf" erscheinen. Das hat das finanziell und personell aufwendige Unternehmen vor Jahren schon gestartet und mit ihm zeitweilig fünf Wissenschaftler befasst. Als Herausgeber zeichnen Christian Hartmann (geb. 1959), seit 1993 Mitarbeiter des Instituts und während dieser Zeit als Hauptmann der Reserve u. a. pädagogisch tätig gewesen an der Münchener Hochschule der Bundeswehr und der Hamburger Führungsakademie der gleichen Armee, des weiteren Thomas Vordermayer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, dessen Inhaber der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching (geb. 1959) ist, der ein eigenes Verdienst um die Publikation hat, Othmar Plöckinger (geb. 1965), ein österreichischer Historiker und Salzburger Gymnasiallehrer, der auf die Mitarbeit u. a. durch seine Publikation „Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' 1922-1945", München 2006, besonders vorbereitet war, und Roman Töppel, freier Historiker.

Dass das Unternehmen nun an dieses Ende gebracht ist, verdient umso mehr Anerkennung, als es nicht an Schwierigkeiten und auch an Widersachern fehlte. Das zwang dazu, es immer wieder auch zu begründen und zu rechtfertigen. Und in der Tat ist die Frage nach der Legitimität nicht von der Hand zu weisen: War ein derartiger Aufwand für dieses Ziel gerechtfertigt? Dass die Fachleute im engeren Sinne, die Faschismusforscher, sie bejahen ist nicht verwunderlich. Sie, eine Kleingruppe, erhalten eine kritische Bilanz bisheriger Forschungen geliefert und mit ihr ein willkommenes Angebot an Erklärungen, Erläuterungen und Entschlüsselungen von Hunderten Details. Sie ersparen sich künftig weitläufige eigene Recherchen. Doch die Öffentlichkeit? Für sie bestehe der Gewinn, wird erklärt, darin, dass dem Mythos, der um Hitlers Buch gewoben sei, der Boden weitgehend entzogen werde. Hier wird unterstellt, dass das Buch Hitlers heute von falschen Vorstellungen gleichsam eingenebelt und dadurch interessant gemacht sei. Deren Beseitigung stelle einen Gewinn dar. Die Mythos-These wird aber nirgendwo beschrieben, und es bleibt ungesagt, worauf sie sich stützt. Befragungen könnten sie leicht bestätigen oder auch widerlegen, wenn beispielsweise Abiturjahrgänge oder Studentenkohorten gefragt würden, ob ihnen bekannt ist, dass Hitler ein Buch geschrieben hat und was sie von diesem Buch wissen. Solange da kein fester Boden gewonnen ist, bleibt der aufklärerische Anspruch Phantom und dazu Rechtfertigung für den finanziellen Beitrag, den das bayerische Finanzministerium zeitweise für den Fortgang der Arbeiten ausgeworfen hatte.

Die abenteuerlichste These, mit der die Herausgabe aber begründet wird, behauptet, das kritische Studium des Buches ergäbe so etwas wie einen Schlüssel zum Verständnis des „Nationalsozialismus" und der Zeit der faschistischen Diktatur. Mit ihr lässt sich der erneute Rückzug auf eine Person, auf Hitler, den Diktator, den Verbrecher usw. begründen. Das bedient alle jene ideologischen Kräfte hierzulande, die sich hartnäckig weigern, die faschistische Partei, die Bewegung und das Regime als Ausgeburten, als eine Möglichkeit der staatlichen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, sondern sie als in sie eingedrungene Fremdkörper ausgeben. Neue Einsichten in die Geschichte des Aufkommens, der „Machtergreifung" und der Herrschaft des Faschismus sind von dieser Edition nicht zu erwarten. Dies sei nicht gegen das Unternehmen, aber gegen den Mythos gesagt, der um sie schon vor ihrem Erscheinen gesponnen wurde.

Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin von Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger, Roman Töppel unter Mitarbeit von Edith Raim, Pascal Trees, Angelika Reizle, Martina Seewald-Mooser; zirka 2000 Seiten mit farbigen Abbildungen (2 Bände), München 2016, 59,00 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 07.01.2016, S. 12.

Warum blieb der Protest aus?

Werner Röhr begab sich auf die Spuren einer deutschen Legende und der Revision eines kritischen Geschichtsbildes

„Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“, teilte der deutsche Kaiser Wilhelm II. am Tage des Beginns des Ersten Weltkrieges seinen Untertannen mit. Und sein Berufskollege Franz Joseph, nunmehriger Kriegsgenosse, versicherte seinen Österreichern, sein größter, jetzt jedoch zerstörter Wunsch sei gewesen, sein Leben in Frieden zu beenden. Mit diesen Lügen aus hochadligem Munde war die Geschichte der verfälschenden Darstellung des Weges in den Krieg eröffnet. Weder an der Spree noch an der Donau hatte es demnach hochgestellte und einflussreiche Zivil- oder Militärpersonen gegeben, die einen Krieg wollten oder gar machtpolitische und räuberische Kriegsziele verfolgten. Für ihre Art und Weise, in den Krieg gelangt zu sein, wurde das Bild „hineinschlittern“ erfunden. Ein Jahrhundert später hieß es, sie seien in das mörderische Unternehmen schlafwandelnd geraten. Das verstärkt die Grundaussage, denn Somnambulisten, wie der Fachausdruck für nächtliche Spaziergänger lautet, sind nach medizinischem Urteil in der Regel nicht aggressiv. Entdecker der neuen These ist ein Brite, Christopher Clark; deutschen Medien schien mit ihm ein neuer Geschichtsstern aufgegangen.

Wer konnte und kann an einem solchem Persilschein interessiert sein? Die wenigen leiblichen Nachkommen der einstigen Akteure? Oder die Politiker, die heute wieder deutsche Soldaten in Kriegsgebiete entsenden? Warum sind die Deutschen nicht bei ihrer – mühsam errungenen – kritischen Sicht in ihre Vergangenheit geblieben? Antwort auf diese Fragen gibt die Monografie von Werner Röhr. Schritt für Schritt begab sich der Berliner Weltkriegsforscher auf die Spur einer deutschen Legende, ein unfröhliches Unternehmen.

Die Historiker, die den Krieg von Anbeginn gefeierten hatten, waren auch diejenigen, die in der Weimarer Republik sich und die deutsche Politik zu rechtfertigen und Deutschlands Kriegsunschuld nachzuweisen trachteten – wofür der Staat erhebliche Summen auswarf. Gegen diese Phalanx und ihre Mittel hatten Aufklärer wie Kurt Eisner, Karl Kautsky, Arthur Rosenberg und auch die in der Tradition von Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stehenden wenig Chancen.

In den zwölf Nazijahren brauchte sich Röhr nicht lange aufzuhalten. Hitler hatte in „Mein Kampf“ postuliert, dass Deutschland Opfer einer Weltkoalition geworden sei, während seine Regierung angeblich auf die Erhaltung des Weltfriedens mit allen Mitteln gesetzt hätte. Dann, als der „Führer“ passé war, setzten konservative Historiker in Westdeutschland die Pflege der Fälschung von Deutschlands Kriegsunschuld fort. In Ostdeutschland kamen jene zu Wort, die an die Tradition der kritischen Minderheit aus Weimarer Jahren anknüpften und sie um eigene Forschungen anreicherten. Zum Bruch kam es in der Bundesrepublik 1961 – vollzogen von einem, dessen Schild in Nazijahren nicht unbefleckt war, der sich aber zu einem neuen Verhältnis zu Deutschlands Vergangenheit durchgerungen hatte. Diese Trennung trug Fritz Fischer die erbitterte Anfeindung der Kollegen ein. Das wird von Röhr exakt rekonstruiert, zugleich der Fortschritt in der Kriegsgeschichte gewürdigt, die sich nun der Gesellschaft im Kriege zuwandte und sich nicht länger an Schlachten ergötzte. Röhr erinnert hier auch an Jürgen Kuczynskis Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges und die dogmatische Kritik, die jener sich damals einhandelte.

Nach Durchmusterung der Konjunktur in der Weltkriegsforschung ab 1990 kommt der Autor zum Gedenkboom im 100. Jahr des Weltkriegsbeginns. Der Polemik wider die Revisionisten, aus denen Clarks Sancho Pansa, der Berliner Soziologieprofessor Herfried Münkler, herausragt, folgt die Frage, warum ein Proteststurm der Geschichtswissenschaftler ausblieb.

Werner Röhr: Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte. VSA-Verlag, Hamburg. 295 S., br., 24,80 Euro.

Neues Deutschland, 15.01.2016, S, 14.

Aus dem Nachlass

Weiter Weg von der Ostküste des Schwarzen Meeres an die Oder: Briefe und Notate des Rotarmisten Konrad Wolf

Den 2013 herausgegebenen Briefen von Markus Wolf lässt der Verlag nun diese Sammlung aus dem Nachlass von dessen Bruder Konrad Wolf folgen. Sie umfasst die Briefe des Rotarmisten, der 1943 im Alter von 17 Jahren zur sowjetischen Armee beordert, dort aber zunächst noch nicht als „Vollmitglied“ anerkannt und entsprechend eingekleidet wird. Von da an hat er Tagebuchnotizen – mit Unterbrechungen – auf seinem weiten Weg von der Ostküste des Schwarzen Meeres an die Oder angefertigt, ein Weg, der ihn erst nordwärts nach Kursk, dann in Richtung Westen und Kiew, nach Polen und via Warschau auf deutsches Gebiet in Pommern führte. Eine geographische Karte verdeutlicht diese Stationen.

Im April 1945 brechen die Aufzeichnungen ab. Da erreicht die Armee, der er angehört, die Oder, die Frühjahrsoffensive gegen die Nazis beginnt. Das Fehlen von Aufzeichnungen über die letzten Kriegswochen hat Wolf später durch eine Ergänzung zu beheben gesucht, die aus anderer Perspektive geschrieben ist, der des Erinnerns. Daran schließen sich Briefe an die Eltern, den Bruder und zwei Freundinnen an.

Die Tagebuchblätter berichten vom Kriegsalltag eines Soldaten, der nicht zur vordersten Reihe der Kämpfenden gehört und doch nur durch Zufälle lebend davonkommt, unter anderem dem Bombenhagel von Luftangriffen entgeht. Als Angehöriger der politischen Abteilung der Armee hat er Flugblätter zu entwerfen, die an die Kriegsgegner adressiert sind, und Texte für an die gleichen Empfänger gerichtete Botschaften, die mit Lautsprechern über die Front übertragen werden und von denen gehofft wird, dass sie zersetzend auf die Moral von Wehrmachtsangehörigen wirken. Dem Band ist der Text eines Flugblatts beigegeben, der möglicherweise aus der Produktion von Wolfs 7. Abteilung stammt. Dazu hat er Gefangene zu vernehmen und sogenannte Zungen, Wehrmachtssoldaten, die von Spezialkommandos ergriffen wurden, um insbesondere vor Beginn des eigenen Angriffs authentisch über den Verlauf der gegnerischen Verteidigungsstellungen unterrichtet zu sein. Fünf Notizen mit Fragen und Antworten aus solchen „Gesprächen“ werden gedruckt, Angaben über das Vorhandensein oder Fehlen weiterer nicht gemacht.

In einem Anhang finden sich Namen von Personen und Orten, Sachbegriffe und historische Ereignisse erklärt und entschlüsselt. Dem Band hätte die Mitarbeit eines versierten Historikers gutgetan, der der Frage nachgegangen wäre, wo sich die Akten der Armee befinden und, so sie überliefert sind, was sie hergeben. Zu den Beigaben der verdienstvollen, die zeitgenössische Literatur über den Zweiten Weltkrieg bereichernden Publikation gehört eine DVD mit dem Film „Ich war neunzehn“. Der Vergleich dieser stark autobiographisch geprägten Filmerzählung mit den Texten des Bandes ermöglicht einen aufschlussreichen Blick darauf, was ein blutjunger Soldat und bei Kriegsende Oberleutnant vom Krieg verstanden hatte und was der reife Filmregisseur mehr als zwei Jahrzehnte später, wobei Wolf seine Sicht gegen Einwände von Kritikern, die den Streifen vor seiner Uraufführung inspizierten, mit Erfolg verteidigte, so dass er in der von ihm intendierten Form in die Kinos kam und erhalten ist.

Konrad Wolf, Aber ich sah ja selbst, das war der Krieg. Kriegstagebuch und Briefe 1943-1945. Edition Die Möwe: Berlin 2015, 359 S. (mit DVD), 19,80 Euro.

junge Welt, Montag, 25.01.2016, S. 15.

Unternehmen Größenwahn

Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 war zentraler Bestandteil abenteuerlicher und verbrecherischer Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus

In Deutschland gab es eine Kleingruppe, die das Ausmaß der Verlogenheit ermessen konnte, mit der Hitler den Deutschen den Überfall auf die Sowjetunion begründet hatte. Die war gebildet durch die personelle Spitze der Wehrmacht, insbesondere die Generalität des Heeres. Am 21. Juli 1940, der Krieg in Westeuropa war gerade beendet, fand beim „Führer“ eine Besprechung über die weiteren Schritte der deutschen Kriegführung statt. Darüber existiert eine sogenannte Tagebucheintragung des Chefs des Generalstabes des Heeres, Franz Halder. Das Bild Hitlers über Russlands künftige Haltung wurde darin so zusammengefasst: Die Sowjetunion habe Interesse an der Fortdauer des Krieges. So bliebe eine internationale Konstellation erhalten, die ihrer Außenpolitik dienlich war und ist. Stalin habe Interesse, „dass Deutschland nicht zu stark wird. Aber es liegen keine Anzeichen für russische Aktivitäten uns gegenüber vor“, so Generalstabschef Halder. Dennoch solle „das russische Problem“ in Angriff genommen werden. Das hatten die Generalstäbler bereits getan. Ihre Vorstellungen lauteten: Der Aufmarsch werde vier bis sechs Wochen in Anspruch nehmen, und man brauche 80 bis 100 Divisionen, um an Zahl den sowjetischen überlegen zu sein. Das Hauptziel bilde die Zerschlagung des „russischen Heeres“. Mindestens aber müssten so weite Gebiete des Gegners besetzt werden, dass das eigene Land vor Luftangriffen geschützt sei und das gegnerische durch die eigene Luftwaffe weithin zerschlagen werden könne.

Natürlich wussten die Strategen, dass dieser Krieg Großbritannien entlasten würde und das Vereinigte Königreich wie die Sowjetunion auf wirtschaftliche Hilfe der USA würden rechnen können. Auch das politische Ziel des Krieges, dessen Beginn Hitler ursprünglich noch im Herbst 1940 für denkbar hielt, war lange vorher fixiert: die Bildung eines ukrainischen Reiches, eines Baltischen Staatenbundes und eines selbständigen Weißrusslands, von staatlichen Gebilden also, unter denen man sich Satelliten des Reiches vorzustellen hatte.

An jenem 21. Juli 1940 wurden keine endgültigen Entscheidungen gefällt, wohl aber wurde grünes Licht für weitere Planungen des Feldzuges gegen die Sowjetunion gegeben, ohne dass diese irgendeinen Grund dafür geliefert hätte. Und der „Führer“ hatte auch in den folgenden Monaten keine Veranlassung, seine Ansicht über das Verhalten Moskaus zu ändern, wie aus einer Notiz über das Gespräch hervorgeht, das er am 4. Oktober 1940 mit Mussolini auf dem Brenner führte. Hitler erklärte dem Duce, es sei „nicht wahrscheinlich, dass sich Russland in Gegensatz zu uns setzt“. „In Russland regieren Männer mit Vernunft“, sagte Hitler.

Selbst in der als Schlüsseldokument auf dem Weg in den Krieg gegen die UdSSR anzusehenden Weisung Nr. 21 („Fall Barbarossa“) vom 18. Dezember 1940 war von keiner abzuwendenden Bedrohung des Reiches die Rede, sondern irreführend vom denkbaren Fall einer Veränderung der russischen Haltung gegenüber dem Deutschen Reich. Sie begann: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.“ Und endete: „Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Russland an der allgemeinen Linie Wolga-Archangelsk. Alle Vorbereitungen sind bis zum 15. Mai 1941 abzuschließen.“

Ausdrücklich wurde die strikteste Tarnung aller dieser Vorbereitungen gefordert. Zu der Tarnungs- und Verschleierungsstrategie gehörte auch die Einladung des sowjetischen Außenministers nach Berlin. Dessen Besuch fand im November 1940 statt. In den beiden mehrstündigen Gesprächen mit Hitler versuchte Molotow vor allem, den totalen Verzicht Deutschlands auf jeden Einfluss in Finnland durchzusetzen, das er zur sowjetischen Interessensphäre rechnete, dazu die deutsche Zustimmung zur erfolgten Annexion des nördlichen Teils der Bukowina am 28. Juni 1940. Hitler hatte zwar – angesichts seiner Pläne – weder die Absicht, es sich mit Helsinki noch mit Bukarest zu verderben. Doch handelte es sich dabei um nebensächliche Fragen. Man verabschiedete sich von einander nicht in offenem Streit oder gar in erklärter Feindseligkeit. Die Gesprächspartner versicherten einander mehr-

fach ihr übereinstimmendes Grundinteresse am Frieden und an der Entwicklung ihrer jeweiligen gegensätzlichen Gesellschaften.

„Ostraum wirtschaftlich ausnutzen“

Anfang 1941 erreichten die Angriffsvorbereitungen vor der deutsch-russischen Grenze ein Ausmaß, dass Mitte Februar spezielle Richtlinien des Oberkommandos der Wehrmacht für die Feindtäuschung, namentlich die Irreführung des künftigen sowjetischen Gegners, notwendig wurden. Dann erforderte der Krieg gegen Jugoslawien und Griechenland die Verschiebung des Angriffs „bis zu vier Wochen“. Noch bevor der Balkanfeldzug begann, hielt Hitler am 30. März der Generalität eine zweieinhalbstündige Ansprache, in deren Mittelpunkt nicht der bevorstehende Feldzug, sondern der Krieg gegen die UdSSR stand. Auch dabei fiel kein Wort über die Abwehr eines bevorstehenden sowjetischen Angriffs, gesagt wurde lediglich, es bestehe „die Notwendigkeit, die russische Lage zu bereinigen“. Denn: „Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfragen endgültig und gründlich lösen.“ Das konnten die Anwesenden als Vorsatz verstehen, mit den Eroberungen in Osteuropa einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu weltweiter Herrschaft zu machen. Der deutsche Plan – nicht etwa einer von Stalin – lieferte die Begründung für den Überfall. Als Kriegsziele wurden genannt: „Nordrussland gehört zu Finnland, Protektorate Ostseeländer, Ukraine, Weißrussland“. Die Ausfälle Hitlers gegen „Bolschewismus“ und „Kommunismus“ und deren Qualifikation als „Zukunftsgefahren“ bildeten in dieser Ansprache eher den ideologischen Anhang.

Wer an diesem Treffen teilnahm, hatte gehört, dass er an einem Eroberungskrieg teilnehmen sollte. Keiner meldete sich davon mit einem Krankenschein ab. Diese Generalität ging, geprägt durch die leicht errungenen Feldzugssiege, die hinter ihr lagen, beispiellos überheblich in den zweiten Krieg im Osten. Sie hatte ihre Siege nicht etwa der Schwäche ihrer Gegner, sondern ihrer eigenen Genialität und dem einzigartigen deutschen Soldaten zugeschrieben. Und sie hatte vergessen, was sie auf Militärakademien über Napoleons Feldzug und dessen Scheitern gelernt hatte.

Elf Tage vor dem Beginn des Überfalls schrieb der Generalstabschef des Heeres schon einen Weisungsentwurf für die Zeit „nach der Zerschlagung der sowjetischen Wehrmacht“. „Nach der siegreichen Beendigung des Ostfeldzuges“, hieß es darin, müsse der Ostraum unter voller Mitwirkung der Wehrmacht „gesichtet, organisiert und wirtschaftlich ausgenutzt werden“. Die deutschen Soldaten sollten sich also auf das Verbleiben im eroberten Land einrichten, nicht anders als Briten und Franzosen, Niederländer, Belgier und Portugiesen in ihren einst „erworbenen“ afrikanischen und asiatischen Kolonien.

Bekenntnis zum Landraub

Dass Hitler Millionen junger Deutscher in den Krieg gegen die UdSSR befahl, dürfte am wenigsten Leser seines 1925 erschienenen Buches „Mein Kampf“ verwundert haben, wenn sie auch der Zeitpunkt überrascht haben mag, an dem das geschah. Darin hatte sich der Autor Hitler unverblümt zum Landraub auf Kosten anderer Völker bekannt, wenn er dafür auch Wortwendungen wie „gesunde Bodenpolitik“ oder „Erwerbung von neuem Lande in Europa“ benutzte. Eine darauf gerichtete Politik präferierte er vor aller überseeischen Kolonialpolitik. Land auf dem „Heimatkontinent“ sei jedoch nur auf dem Wege eines „Waffengangs“ zu gewinnen. Eindeutig bestimmte Hitler auch die Expansionsrichtung: „Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte das im Großen und Ganzen nur auf Kosten Russlands geschehen.“ Dafür sei 1904 die Chance verpasst worden, die in einer Nachahmung der Rolle Japans bestanden habe, das im Februar jenes Jahres in Asien den Krieg gegen das zaristische Russland begonnen und gewonnen hatte. Wäre da vom deutschen Kaiserreich ebenso gehandelt worden, „welche Stellung würde Deutschland heute in der Welt einnehmen“, trauerte Hitler der ausgelassenen Chance nach. Man sei dem „nötigen Kampf“ ausgewichen, der angeblich um die Zukunft der deutschen Nation hätte geführt werden müssen. Am Ende seiner Schrift kam Hitler auf das Thema passagenweise nahezu wortgleich zurück: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Da das Riesenreich im Osten in die Hände der Bolschewisten und Juden gefallen sei, wäre es ohnehin

„reif zum Zusammenbruch“. Das Schicksal selbst, schrieb Hitler, scheint den Deutschen so „einen Fingerzeig geben zu wollen“, ihnen gleichsam die Rolle des Vollenders und Abrissarbeiters zuzuweisen. Das Schwert habe der „Arbeit des deutschen Pfluges“ den Boden zu geben.

Hitler suchte in „Mein Kampf“ den Eindruck zu erwecken, als sei er Vorkämpfer einer generellen Neuausrichtung der deutschen Außen- und Expansionspolitik. In Wahrheit stand er fest in der imperialistischen Tradition des Kaiserreiches, das eine vorherrschende Rolle in Europa als Voraussetzung dafür ansah, außerhalb des „alten Kontinents“ Eroberungen durchzusetzen und zu behaupten. In dem sogenannten Septemberprogramm deutscher Kriegsziele von 1914, verfasst von Reichskanzler Theodor von Bethmann Hollweg, hieß es: Russland solle „von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“. Das meinte das ukrainische Volk und die baltischen und kaukasischen Völker, mithin die Amputation des Zarenreiches. Und weiter im Detail: „Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittel-afrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Russland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft.“

Da wurde indessen bis 1918 nichts geprüft und verändert. Im Vertrag von Brest-Litowsk war eine Grenze Sowjetrusslands festgelegt, die so verlief, dass vor ihr westwärts davon die baltischen Ländereien und die Ukraine sowie Weißrussland lagen. In ihnen gedachten das Reich und Österreich-Ungarn, die Siegermächte, ihre Vorherrschaft einzurichten und hielten sie zunächst weithin militärisch besetzt. Russland verlor durch diese Abtrennungen 34 Prozent seiner Bevölkerung, 54 Prozent seiner Industrie und 89 Prozent seiner Kohlevorkommen. Nur die Kurzlebigkeit dieses Diktats hat es später als ein Produkt unverschämt räuberischer Gesinnung in Vergessenheit gebracht. Seine Urheber verwirkten wenig später auch jedes politische und moralische Recht, den Versailler Vertrag als Unrechtsakt zu bekämpfen.

Hitler scherte das nicht. Er berichtete in „Mein Kampf“ stolz von seinen frühen Reden gegen den Deutschland diktierten Versailler Vertrag und phantasierte, wie stets auf Unbildung seiner Zuhörer vertrauend, dass der Vertrag von Brest-Litowsk „in Wirklichkeit von einer geradezu grenzenlosen Humanität“ geprägt gewesen sei. Kurzum: Es konnte keine Rede davon sein, dass Hitler den deutschen Imperialisten neue Ziele gesetzt hätte. Er modifizierte die alten und ergänzte sie.

Krieg für den „Endsieg“

Für den „Führer“ und die Militärs an der Regimespitze verband sich der Krieg gegen die UdSSR von Anbeginn mit einem weiteren, über den Gewinn und die dauernde Inbesitznahme eines Kolonialimperiums im direkten Anschluss an das Reich hinausreichenden Ziel. Entlang der Linie Archangelsk bis zur Wolgamündung sollten ein deutscher Wall entstehen und 60 Divisionen genügen, das eroberte Land zu beherrschen. Der Sieg im Osten galt als unabdingbare Voraussetzung für den dann folgenden im Westen, den „Endsieg“.

Invasion der britischen Inseln oder Krieg gegen die Sowjetunion: Bei dieser Frage hatte sich der „Führer“ für den Krieg im Osten entschieden, und die Generäle waren dem gefolgt. Das verband sich mit einer doppelten Spekulation: das Riesenreich im Osten werde rasch besiegt und damit Großbritannien seiner letzten Hoffnung beraubt. London werde sich in dieser Situation geschlagen geben. Täte es das nicht, ließe sich der Krieg – gestützt auf die im Osten gewonnenen unerschöpflichen materiellen Ressourcen – weiterführen. Wenn notwendig, werde man über die Türkei und den Kaukasus in den vorderen und mittleren Orient vorstoßen, sich auf den Weg nach Indien machen und nebenbei den britischen Suezkanal und das britische Gibraltar in Besitz nehmen.

In dieser Vorstellung vom Weg zur Weltmacht Nummer 1 standen die USA außerhalb der Rechnung oder waren darin zumindest marginalisiert. Deren Parteinahme für Großbritannien und die Unterstützung von dessen Standhaftigkeit waren bereits vor dem Überfall auf die UdSSR unbezweifelbar, auch wenn sie noch nicht in eine gemeinsame militärische Front geführt hatten. Die herrschenden Kreise der USA waren entschlossen, nicht zuzulassen, dass sie mit einer europäischen Supermacht konfrontiert und – nächst Großbritannien – von ihr herausgefordert würden. Der US-Präsident Roosevelt

hatte in einer Rundfunkrede am 27. Mai 1941, nach der Eroberung Griechenlands und Jugoslawiens unmissverständlich gesagt, dass sein Land nicht zulassen werde, dass ein Politiker wie Hitler mit seinen antihumanen Grundsätzen Herr der Welt werden würde. Seine Ansprache war ein leidenschaftlicher Appell an seine Landsleute, die auch ihnen drohende Gefahr zu erkennen und keine Anstrengungen zu unterlassen, sie abzuwenden.

Nüchternes Abwägen hätte an der Spitze des deutschen Regimes folglich zu dem Ergebnis führen müssen, dass selbst ein Triumph der deutschen Wehrmacht im Osten an dieser Grundsituation nichts ändern würde. Indessen hofften die faschistischen Strategen, „nach Barbarossa“ und der Umstellung ihrer Rüstungen mit einer Übermacht an Luftstreitkräften und Unterseebooten über den „letzten Gegner“ herfallen zu können. Damit aber waren sie schon in der zweiten Jahreshälfte 1940 nicht erfolgreich gewesen. Und das Vereinigte Königreich würde nach einer Atempause nicht schwächer sein.

„Neues Ziel vor Augen“

Von einer Gruppe ungezählter Personen im Umfeld des obersten zivilen und militärischen Führungszirkels lässt sich nicht sagen, dass die Ausweitung des Krieges mit der Eröffnung einer neuen kontinentalen Landfront sie überrascht habe. In diesen Kreisen hatte sich sein Beginn bis auf den Tag genau herumgesprochen. Ulrich von Hassell beispielsweise notierte am 16. Juni 1941: „Entscheidung Russland gegenüber nähert sich. Nach Ansicht aller Knowing men ist der Beginn des Angriffs etwa am 22. höchstwahrscheinlich.“

Ernst von Weizsäcker, der allerdings zu den auf dem Dienstwege Eingeweihten gehörte, schrieb nach der Rückkehr von einer Ungarnreise am 18. Juni: „In Budapest wurde ich natürlich vor allem nach unseren Absichten gegen Russland gefragt. Ich musste noch immer den bestehenden Plan verschleiern.“ Und weiter: Der „russische Krieg“ sei beschlossen und solle „in drei Tagen beginnen“.

Doch auch unterrichtete Personen im Umfeld der Führungsspitze, die gegenüber der Außenpolitik und dem Kriegskurs gegen Russland Vorbehalte hatten – zu ihnen gehörte etwa Ernst von Weizsäcker – fanden sich mit dem Vorhaben ab, ja, gewannen ihm gar positive Seiten ab. Der Opportunismus des Diplomaten zeigt sich in dem Satz: „Zu jeder Lage muss man eben seine Haltung finden.“ Das beschrieb von Weizsäcker am 21. Juni 1941 so: „Wenn dieses (Schreiben) an Dich gelangt, ist der Marsch nach dem Osten angetreten und die Nemesis an der Arbeit, um 25jährige Schuld des kommunistischen Wütens zu sühnen. Mir scheint, dass wir nicht die Absicht haben, diesen Racheakt zu hindern, wenn etwa in Stadt und Dorf die Bevölkerung sich gegen ihre bisherige bolschewistische Herrschaft mit Gewalt erhebt. [...] Ich stelle aber meine eigene Meinung ab heute zurück und besinne mich, ob nicht etwa im September eine Geneigtheit zum Frieden im Westen dämmern könnte, nachdem das deutsche Gesicht dem Osten zugewandt ist. [...] Man muss doch ein neues Ziel vor Augen haben.“

Das ähnelte im Kern jedenfalls demjenigen Hitlers, wenn der sein Versklavungsprojekt auch nicht durch eine nur propagandistische Vortäuschung einer Befreiermission verderben lassen wollte. Und mit den militärischen Erfolgen keimten auch bei von Weizsäcker schöne Hoffnungen auf: „Man mag dann Stalin in Asien am Leben lassen, vielleicht auch ihn gegen Mesopotamien einsetzen, d. h. also ihn umdrehen gegen England. [...] Kommt der russische Kollaps [...], so wird in England die Depression einsetzen. Churchill muss dann Hoare[1] weichen, und dann machen wir Frieden. Vielleicht schon bald.“

Als die Hauptmacht des deutschen Heeres und der Luftwaffe am 22. Juni 1941 losschlug, hatte sie zuvor in einem Krieg von 20 Monaten Dauer acht europäische Staaten erobert oder besetzt. Doch in der zweiten Jahreshälfte 1941 begann sich mit jedem Tag, den sich der Krieg gegen die UdSSR hinzog, ein wachsender Teil des deutschen Volkes zu fragen, wie und wann der „Endsieg“ errungen werden solle. Nicht anders die Führungsgruppe des Regimes, in der Goebbels beispielsweise prophezeit hatte, das „Sowjetreich“ werde wie Zunder auseinanderbrechen. Mit dem Unterschied, dass die im und um das Führerhauptquartier aufkommenden Zweifel tief verborgen wurden. Den Wehrmachtsberichten zufolge schien vorerst alles „planmäßig“ zu verlaufen.

junge Welt, Freitag, 06.05.2016, S. 12.

---

1 Samuel Hoare, konservativer britischer Politiker, bis 1940 wiederholt Mitglied im britischen Kabinett.

Krieg ohne Beispiel

Wer trieb zum „Ritt nach Ostland“?

Vor 75 Jahren überzog das Deutsche Reich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, mit der es kaum zwei Jahre zuvor einen Nichtangriffs- und einen Freundschaftsvertrag geschlossen hatte, mit Krieg. Auf diese Wendung hätten die Deutschen gefasst sein können, zumindest jene, die einen Blick in Hitlers Schrift „Mein Kampf“ geworfen und dort gelesen hatten, wo sich ihr „Führer“ das deutsche Kolonialreich – nicht nur, aber vor allem – vorstellte.

Die Morgenmeldung des Großdeutschen Rundfunks traf die Masse der Deutschen an jenem 22. Juni 1941 jedoch vollkommen unvorbereitet. Sie hatten während des Frühjahrs zwar gerätselt, wie der „Führer“ den Krieg weiter und zum Endsieg treiben werde. Doch rechneten sie eher damit, dass nun die 1940 „nur aufgeschobene“ Invasion der britischen Inseln erfolgen werde, nicht aber, dass er eine neue und andere Ostfront als die schon im September 1939 aufgerissene eröffnen werde. Dabei waren vermehrt beunruhigende Nachrichten zu ihnen gelangt, aus den Gebieten vor der Grenze zur Sowjetunion, aus Ostpreußen und dem sogenannten Generalgouvernement: Dort würden sich Truppen der Wehrmacht in großer Zahl sammeln.

Die einzige Gewissheit, die den Deutschen an jenem Junimorgen gewahr wurde, war die Verlängerung des Krieges, dessen Ende die Mehrheit herbeisehnte. Was ihnen nun für ein Krieg bevorstand, ahnten die meisten „Volksgenossen“ nicht, die seit Jahren die faschistischen Propagandabilder vom „Bolschewismus“ und „bolschewistischen Judentum“ eingesogen hatten und die – nach dem sogenannten „Hitler-Stalin-Pakt“ 1939 verschwunden – nun aus den Archiven wieder hervorgeholt wurden. Die Deutschen gerieten in einen Krieg ohne geschichtliches Beispiel.

Von denen, für die dieser 22. Juni 1941 zur eigenen Erinnerung gehört, die vordem ahnungslos in der Hitlerjugend und in Schulen die Lieder „Nach Ostland geht unser Ritt“ und „In den Ostwind hebt die Fahnen“ gelernt und gesungen hatten, leben heute nur noch wenige. Wer 1941 als Soldat dem Befehl „Angriffsziel Moskau“ folgte, hat ein Alter erreicht, das früher biblisch genannt wurde. Er ist in sein zehntes Lebensjahrzehnt gelangt. Folglich steht der Tag bevor, an dem die Gruppe dieser Zeitzeugen ganz Geschichte sein wird. Die Nachgeborenen werden auf schriftliche Hinterlassenschaften, Tonaufnahmen, Fotografien und Filme und die Darstellungen von Historikern angewiesen sein.

Und die stummen Zeugen? Die Ruinen des von den Deutschen verursachten Krieges sind hierzulande nahezu vollständig beseitigt, so auch die berühmteste, die der Frauenkirche zu Dresden. Wer wissen will, wie seine Stadt 1945 aussah, muss deren lokales Museum besuchen oder in Bildbänden Fotografien und Zeichnungen betrachten. In öffentlichen Räumen gibt es da und dort noch steinerne Hinterlassenschaften. Die ältesten haben sich im Westen der Republik, in Resten des viel gerühmten Westwalls, erhalten. In manchen Städten überdauerten Luftschutz- und in Bremen ein U-Boot-Bunker. Und dann sind da noch die Tafeln, Denkmäler und Gedenkstätten, die an Folterstätten und Lager erinnern, in denen Menschen litten, die den Krieg bekämpften, ob als Soldaten der alliierten Armeen oder als deutsche Widerständler. Gräber und Friedhöfe bergen die Leichen der in den Schlachten getöteten sowjetischen und deutschen Soldaten, die bekanntesten liegen in und um Berlin, in Seelow und bei Halbe.

Der Vorgang – das Dahinschmelzen der Erinnerung, die „Alleinherrschaft“ der Nachgeborenen – ist nicht neu. Er gehört zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft seit eh und je. Und immer wieder wurde gefragt: Bedeutet dies Gewinn oder Verlust oder mischt sich in ihm beides? Wer vorschlägt oder verlangt, dass Menschen sich mit Erkenntnisinteresse und nicht nur aus dem Bedürfnis nach bloßer Unterhaltung mit ihrer Geschichte befassen, muss das rechtfertigen. Mit welchem Nutzen also lässt sich die Geschichte des Krieges, der 1941 begann, studieren? Ein Krieg, in den sich das deutsche Volk in vollständiger Verkennung seiner eigenen Interessen führen ließ. In dem es nur verlieren konnte: das eigene Leben, Verwandte und Freunde, Hab und Gut und das Ansehen, das seine Vorfahren als Nation sich einst erwarben. Diese Geschichte gibt ein unvergleichliches Anschauungs- und Studienmaterial für den Erfolg einer Eigenschaft der Herrschenden, die heute meist Manipulation genannt wird und Volksbetrug war.

Der Deutsche Bundestag nahm sich aus Anlass des 70. Jahrestages des Überfalls auf die UdSSR 45 Minuten Zeit für eine Debatte. Die Rede war da von unendlichem Leid, schwer begreifbaren Verbrechen, schrecklichen Ereignissen, einer beispiellosen Serie von Gewalt, von Unrecht, Schrecken, Leid, Vernichtung und Opfern. Es wurde vorgeschlagen, sich endlich der wenigen noch überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen anzunehmen, die in Deutschland ausgebeutet und geschunden worden waren, und die Initiativen zu vermehren, die an den Orten des Massenmordens an die getöteten Juden erinnern sollen. Als Ziele dieses Krieges waren mit Nazivokabeln die Eroberung von „Lebensraum“ und die Vernichtung des „Bolschewismus“, genannt worden. Der Krieg sei ein „ideologischer Weltanschauungskrieg“ und „ein rassebiologischer Vernichtungskrieg“ gewesen, der die „Ziele Hitlers“ verfolgt habe. Von Erdöl und Weizen war keine Rede und auch nicht von den deutschen Firmen, die sich rasch im besetzten Territorium etablierten. Kein Redner nahm eine Einordnung des Krieges gegen die UdSSR in das Gesamtgeschehen des Zweiten Weltkrieges und die in ihm verfolgten Ziele der deutschen Machthaber vor. Keiner stellte eine Verbindung von diesem Krieg zum Ersten Weltkrieg und dem Raubfrieden von Brest-Litowsk her. Der Begriff „Imperialismus“ schien tabuisiert. Gemieden war auch jede Erwähnung des Verhältnisses der Mehrheit des deutschen Volkes zum „Unternehmen Barbarossa“.

Die missbräuchliche Mobilisierung von Völkern gegen ihre eigenen Interessen gehört nicht der Vergangenheit an. Geändert und ungeheuer vermehrt hat sich aber das Instrumentarium, das dafür eingesetzt wird.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. Mai 2016, S. 25.

Holocaust und „Russenmord“

75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Der Vernichtungskrieg als maßgebender Bestandteil des Massenmords an den Juden

Nur die ältesten Bürger der Bundesrepublik, so sie es noch vermögen, erinnern sich in diesen Tagen des 22. Juni 1941. Damals waren sie gerade Schulkinder, heute sind sie im neunten Lebensjahrzehnt angekommen. Gespräche ergeben, dass sie sich weniger des Beginns des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion erinnern und an das Lied „Von Finnland bis zum Schwarzen Meer“. Am stärksten in Erinnerung sind die Hakenkreuzfahnen mit dem Trauerflor geblieben, die nach der verlorenen Stalingrad Schlacht in Schulen aufgezogen wurden, die Trauerappelle und die aus dem eigenen Fenster der eigenen Wohnung gehängte Fahne.

27 Millionen Opfer

Nun, 75 Jahre später, liegt dem Bundestag seit dem 11. Mai ein Antrag mit dem Vorschlag vor, die Millionen toten Sowjetbürger zu Opfern des Faschismus zu erklären – das kommt spät, und wie hierzulande üblich, wird der deutsche Faschismus, von dem die Rede sein müsste, zum „Nationalsozialismus“ erklärt, aber jedenfalls ist es in der Sache und im Anliegen richtig, denn nur eine geschätzte Minderheit dieser 27 Millionen wurde Opfer von Kriegshandlungen an oder hinter den Fronten. Sie fielen vielmehr Kriegs- und anderen Verbrechen zum Opfer, die vorsätzlich und planmäßig und im Wissen um die Missachtung internationaler Verträge begangen wurden und dokumentiert sind. Von den 5,7 Millionen in deutsche Hände gefallenen Sowjetsoldaten sind 3,3 Millionen in Gefangenschaft umgekommen, sie wurden erschossen, von Seuchen dahingerafft, verhungerten, erfroren, blieben medizinisch unversorgt oder wurden Opfer der Zwangsarbeit. Das waren 57,5 Prozent, was sich gewichten lässt, hält man dem die Zahl von 3,5 Prozent anglo-amerikanischer Gefangener gegenüber, die zu Tode kamen.

Dieses Massentöten hat in den Darstellungen und im Gedenken an die Geschichte des Zweiten Weltkrieges bisher weit geringere Aufmerksamkeit auf sich gezogen als der Holocaust. Wenngleich es nicht wenige, sondern im besetzten sowjetischen Territorium und unter den sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten mehr Opfer forderte als unter den sowjetischen Juden, die in die Hände der Faschisten fielen. Die Schuld daran trifft jene zu Stalins Lebzeiten entwickelte Sicht, die diese Kriegsgefangenen und Sowjetbürger in den von Deutschen eroberten Gebieten zu Kollaborateuren stempelte und mit Verachtung strafte.

Die internationale Forschung hat sich indessen mehr und mehr dem Holocaust zugewandt, zumal er seine Geschichte in jedem der faschistisch besetzten Länder besitzt und überall auch Fragen der Kollaboration aufwirft. Ein Vergleich zwischen dem Judenmorden und den Massentötungen von Nichtjuden drängt sich jedoch für die Sowjetunion und in Abstufung für Polen auf. Ohne Erörterung dieser Zusammenhänge bleibt auch die Debatte über die deutschen Ziele dieses Kriegs lückenhaft.

Was unterscheidet beide voneinander, und was verbindet sie?

1. In beiden Fällen handelt es sich um beispiellose Verbrechen. Was immer Juden in den Jahrhunderten vorher in der Diaspora geschehen war, nie waren sie auf Gegner getroffen, die das Ziel verfolgten, sie völlig auszurotten. Und wie viele Männer auch immer während der vielen Kriege in die Hände ihrer Gegner gerieten und umgebracht wurden, nie geschah, dass sie nach einem vorgegebenen Plan getötet wurden.

2. Eine vergleichbare Beratung wie die am Wannsee über Fortgang und Organisation des Judenmords hat es im Hinblick auf die sowjetischen Kriegsgefangenen im Führungsbereich des Oberbefehlshabers des Heeres nicht gegeben. Die Militärführung brauchte zur Verwirklichung ihres Vorhabens keine Helfer. Was geschah, wurde nach Besprechungen beim Generalquartiermeister und dem für die Kriegsgefangenen zuständigen General befohlen. Festgelegt wurden die Verpflegungsrationen, richtig: Hungerrationen, für die Gefangenen (Hirse, schlechtes Brot, Kartoffeln), die Todesurteilen gleichkamen.

3. Während gegen Ende 1941, als den Nazi- und Militärführern bewusst zu werden begann, dass der Krieg nicht nach ihren Plänen verlief, obwohl sie nach wie vor das Gegenteil behaupteten, eine Verän-

derung in der Haltung gegenüber den Kriegsgefangenen einsetzte und die Frage ihrer Verwendung als Arbeitskräfte auch von Hitler erörtert wurde, intensivierten sich die Vernichtungsaktionen gegen die Juden.

4. Ungleich waren Antriebe und Ziele der beiden Vernichtungsaktionen. Die Juden galten als die gefährlichsten Konkurrenten „von Bluts wegen“. Sie sollten vollkommen und restlos ausgeschaltet, als Störenfriede namentlich der Neuordnung Europas ausgerottet werden. Die Slawen, Russen, Weißrussen, Ukrainer, die in die Hände der Deutschen gefallen waren, waren zu viele Menschen, gemessen an den Plänen, ihre Länder in riesige deutsche Kolonialreiche und Satelliten zu verwandeln. Durch ihr Reduzierung würden „unnütze Esser“ beseitigt, und die dauernde Beute, die aus diesen Ländern erzielt werden konnte, würde sich erhöhen. Das setzte voraus, dass ein genügend großer Sklavenmarkt an arbeitsfähiger Bevölkerung erhalten blieb. Von einer generellen Beseitigung der vorgefundenen Einheimischen konnte nicht die Rede sein.

5. Beide Vernichtungsaktionen setzten Täter voraus. Die Juden wurden durch speziell auf diese Aufgabe vorbereitete Formationen des Sicherheitsdienstes und der Polizei unter Heranziehung von Kollaborateuren entweder in der Nähe ihrer Wohnorte erschossen oder in speziell eingerichteten Lagern getötet. Den „Russenmord“ erledigten die Begleitmannschaften der Elendszüge, die sich von der Front westwärts bewegten, sowie die Mannschaften, die die Gefangenenlager organisierten und überwachten.

6. Wenn auch Informationen über den Vollzug des Judenmordens (Ort, Zahlen, Methoden) von den Tätern strikt geheim gehalten wurden, wurde in der deutschen Presse und auf anderen Wegen doch das Ziel, ein judenfreies Europa als ersten Schritt zu einer „Welt ohne Juden“ zu schaffen, permanent propagiert. Die Deportation der Juden zu den Mördern erfolgte am hellen Tage und war in allen besetzten Staaten Europas bekannt. Anders das Ende der Kriegsgefangenen in den Lagern im Osten. Feldpostbriefe und Augenzeugenberichte ließen jedoch auch davon Nachrichten ins Reich gelangen. Und wie elend die nach Deutschland verbrachten „Russen“ lebten, offenbarten unschwer Vergleiche mit dem Dasein der französischen, britischen und anderen westeuropäischen Gefangenen. Ihr Siechtum in Lagern wie Stukenbrock in Westfalen war kein Geheimnis. Allein im dortigen Gefangenenlager kamen geschätzt 65.000 sowjetische Kriegsgefangene um.

7. Unterschiedlich gingen die Bundesdeutschen vor allem mit dem Gedenken an diese Opfergruppe des Faschismus um. Kam schon das an die deutschen, politischen und anderen Gegner des Regimes und die Juden schleppend, gegen Widerstände aus Lügen, gespeist von apologetischem Interesse der Mörder und ihrer Gehilfen, in Gang, so stand vor der Erinnerung an die sowjetischen Kriegsgefangenen das antikommunistische Geschichtsbild. Ehrende Veranstaltungen organisierten an Jahrestagen, die Anlass des Erinnerns boten, westdeutsche Antifaschisten, überwacht vom sogenannten Verfassungsschutz.

Doktrin der Gleichsetzung

Erst 70 Jahre nach Kriegsende stattete ein Präsident der Bundesrepublik einem sowjetischen Kriegerfriedhof in seinem Staatsgebiet einen Besuch ab und absolvierte das übliche Ritual der Kranzniederlegung an einer Gedenkstele. Das tat 2015 Joachim Gauck. Dass er für diese Demonstration Stukenbrock wählte, war richtig und enthob ihn jeder Stellungnahme zu Inhalt und Form der Ehrungen, die im ostdeutschen Staat als eine selbstverständliche moralische Anstandspflicht angesehen worden waren. Wäre die Wahl auf die Seelower Höhen gefallen, hätte von allen Toten der letzten schweren Kämpfe an der Oder und auf dem Weg nach Berlin die Rede sein können.

Gauck selbst gehört zu den vernarrten Anhängern der Totalitarismusdoktrin. Er weiß, was er an ihr hat. In der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik profilierte sich eine Minderheit als deren Gegner und distanziert sich von der Gleichsetzung von faschistischer Diktatur und politischer Herrschaft der DDR. Das hat Konsequenzen für den Blick auf Tage wie den 22. Juni 1941 und den 8. Mai 1945 und Folgen für den Versuch, das 20. Jahrhundert zum „Jahrhundert des Sieges über den Totalitarismus“ einzunebeln, woran permanent gearbeitet wird.

junge Welt, Mittwoch, 22.06.2016, S. 3.

Da zieren wir uns noch immer

Wie hierzulande des Überfalls auf die Sowjetunion vor 75 Jahren gedacht wurde

Das Erfreuliche vorweg: Am vergangenen Mittwoch haben sich viele Bundesbürger einen Moment lang an ein historisches Ereignis erinnert, von dem uns nunmehr 75 Jahre trennen. Sie gedachten, angeregt durch Nachrichten und Debatte in den Medien, des Überfalls ihrer Vorfahren auf die Sowjetunion. Von jenen sind nur noch wenige übrig. Wer als 18jähriger damals mit den drei Millionen Wehrmachtssoldaten, die für das Vorhaben aufgeboten wurden, in das Land einfiel und überlebt hat, ist „alt wie Methusalem“ geworden. Lebendiger ist die Erinnerung an Groß- und Urgroßväter, die einst von diesem Krieg berichteten – über Geschehenes, Erlittenes, weniger über Getanes.

Bemerkenswert an der Erinnerung im Jahr 2016 war die Tatsache, dass sie den wirklichen Geschehnissen erheblich näher war als in früheren Jahren. Die Legende vom deutschen Präventivkrieg, von den Machthabern bei Kriegseröffnung verbreitet, ist auf der Müllhalde der Geschichte angekommen. In allen ernstzunehmenden Kreisen ist unumstritten, dass Deutschland einen Staat überfiel, dessen Bevölkerung und Regierung nicht an dem Krieg teilnehmen wollten, dass ihnen von den Deutschen der Frieden geraubt und ihr Land weithin in eine Trümmerwüste verwandelt wurde.

Dieser Krieg setzte, so die allgemeine Meinung, nicht einfach die vorangegangenen Feldzüge der deutschen Eroberer fort. Er unterschied sich vom ersten Tage an durch die erbarmungslose Härte, mit der er gegen die Soldaten des Gegners, aber auch gegen die Zivilbevölkerung geführt wurde. In Wissenschaft und Publizistik hat sich, sie kennzeichnend, für ihn der Begriff „Vernichtungskrieg“ festgesetzt, der für die Kriegszüge der Wehrmacht in West- und Nordeuropa nicht benutzt wird, jedoch im Hinblick auf den gegen Polen (ab September 1939) und den gegen Jugoslawien und Griechenland (ab April 1941) durchaus eine gewisse Berechtigung hätte. Jedoch ist der Begriff nicht frei vom Geruch eines „weißen Schimmels“. Welcher Krieg in den Jahrhunderten der Menschheitsgeschichte wäre je ohne Vernichtung von Menschen, Gütern, Landschaften geschehen? Dieser freilich hat sie in einem Ausmaß verursacht, das vordem unbekannt war. Doch kommt man auch mit dieser Feststellung ins Stolpern, denkt man an die Schlachten um Verdun und in Flandern während des Ersten Weltkrieges.

Zudem ersetzt der Begriff „Vernichtungskrieg“ einen, der aus dem politischen und gesellschaftswissenschaftlichen Gebrauch in der Bundesrepublik eliminiert ist, in der DDR aber jedem Geschichtsinteressierten geläufig war. Marxisten ist er es noch. Die Rede ist vom „imperialistischen Krieg“, der mit dem von 1914 bis 1918 in eine Reihe oder Folge gestellt wurde, häufig mit dem Bemerken, es müsse ein dritter Weltkrieg verhindert werden. Stattdessen lässt sich hierzulande seit Jahren in Schulgeschichtsbüchern lesen, der Imperialismus habe bis 1914 gedauert. Mitunter werden vier Jahre dazugegeben, spätestens 1918 ist er dann aber auf irgendeine unerklärte Weise aus der Geschichte gelangt.

Nun geht es bei der Begriffswahl um erheblich mehr als um Geschmacksfragen oder Kleinigkeiten. Ist vom Vernichtungskrieg die Rede, geht es um seine Mittel, Methoden und Folgen. Imperialistisch hingegen meint die Wurzeln des Krieges in einer gesellschaftlichen Struktur, in unserem Falle der bürgerlich-kapitalistischen, seine sozialen Ursachen und politischen Antriebe. Und da zieren wir uns noch immer. Der aktuelle Bundesaußenminister hat für den Ersten Weltkrieg verkündet, die Politiker jener Jahre seien mangels Erfahrungen in der Krisenbewältigung dabei gescheitert, ihn zu verhindern. Das war ein weiterer Versuch, Kriegsursachen ins Subjektive zu setzen, Kriege Personen anzulasten und die gesellschaftlichen Zustände beiseite zu lassen oder zu marginalisieren. Da wären wir bei der unausrottbaren Formel von „Hitlers Krieg“, meist mit dem Zusatz „weltanschaulicher“ oder „rassenbiologischer Vernichtungskrieg“ versehen. Formulierungen wie „Nun hatte Hitler den Krieg, den er seit 20 Jahren herbeigesehnt hatte“ sind nicht aus der Mode gekommen. Wer noch, wird nicht gefragt.

Doch Tatsachen und Quellen sind ein hartnäckig Ding. Selbst die Verfechter dieses Bildes, wie die Bundeszentrale für politische Bildung, kommen nicht umhin, von den materiellen Interessen und Antrieben zu sprechen, die in den Krieg führten, zu denen sich die Verantwortlichen in der Zeit ihrer

Erfolge auch bekannten. Es sei um den Gewinn von „Lebensraum“ gegangen, heißt es, das bleibt in der Formulierung noch ganz in der Nazisprache der Zeit, aber doch auch um die wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen und Gebieten, die Herbeischaffung von Zwangsarbeitern. Vom Gesundstoßen wird mitunter geredet und geschrieben, von Erdöl und Weizen. Im Ganzen aber treten Kriegsabsichten und -ziele in den Erörterungen der bundesrepublikanischen Publizistik weit zurück. Beklagt wird, was der Krieg doch mit den Menschen anrichtet, wie sehr und wie rasch. Das ist unbestritten und lässt sich tausendfach bis ins Einzelne belegen. Nur gleitet diese Sicht häufig ins Individualpsychologische ab und ist allen willkommen, die sich mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Prozesses der Barbarisierung nicht befassen wollen.

Nach geschichtlichen Jahrestagen fragen sich nicht nur Historiker, ob ihr Rückblick, von aktuellen Fragen häufig modifiziert und erweitert, Neues zutage gefördert hat, und Interessenten, ob sie in ihren Geschichtsbildern etwas zu korrigieren oder zu ergänzen haben. Für die Grundaussagen gilt das nicht. Vor Moskau erlitt die Wehrmacht ihre erste Niederlage. Der Nimbus ihrer Unbesiegbarkeit war nach der Schlacht verloren. Sie hatte ein erobertes Gebiet aufgeben müssen und war bis zu 250 Kilometer westwärts zurückgewichen. Dieses Ergebnis hat sie nicht wieder zu korrigieren vermocht. Neu diskutiert wurde aber in den vergangenen Jahren das Gewicht dieses Erfolges für den Fortgang des Krieges 1942. Den riesigen Verlusten der Sowjetarmee an Toten und Gefangenen standen etwa 200.000 tote und mehr als 600.000 verwundete Deutsche gegenüber. Vor Moskau hatten sich aus sowjetischer Sicht Katastrophen zugetragen, zugleich war am Ende der Schlacht die Kriegswende eingeleitet worden. Die Deutschen besaßen kein Konzept, das an die Stelle ihres gescheiterten hätte treten können. Das Geschehen vom November/Dezember 1941 und das von 1942 vor Stalingrad werden in ihren Beziehungen enger zusammengedacht.

Doch sind es nicht Fälschungen der Geschichte des Jahres 1941, welche die Beschäftigung mit dem Überfall hierzulande im Jahr 2016 charakterisierten. Grob gefälscht wird der Umgang mit dem Ereignis während der Zeit der Existenz zweier deutscher Staaten und zweier Geschichtswissenschaften. Demnach ist es beiden, so die mildere Ausgabe, zunächst gleich schwergefallen, sich mit diesem Kapitel deutscher Geschichte kritisch zu befassen, aber dann sei es doch gelungen. Das ist an Dreistigkeit schwer zu überbieten. Man mag über Auslassungen in der Darstellung der Geschichte des 22. Juni 1941 bei ostdeutschen Historikern, schielend nach dem offiziellen Geschichtsbild der UdSSR, sagen und schreiben was man will – was das Verbrecherische des Krieges und seiner Führung anlangt, besaßen sie eine blütenweiße Wäsche.

junge Welt, Montag, 27.06.2016, S. 10.

Zweierlei Blindheit

Unterschiede der geschichtswissenschaftlichen Debatte über das Verhalten der deutschen Bevölkerung zwischen 1933 und 1945. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (Teil 1)

„Die schwere Geburt – zunächst zur Kritik. Gruß Kurt.“ So hatte der Historiker Kurt Pätzold seine Mail vom 1. Juli überschrieben, an die er das „Kind“ gehängt hatte. Der Text war in mehrfacher Hinsicht eine „schwere Geburt“ gewesen. Seit Jahren schon beschäftigte ihn das Thema, er wollte die Rolle der Volksmassen in der Geschichte und ihr Verhältnis zu ihren Führungen untersuchen. Dabei hatte er das ganze 20. Jahrhundert vor Augen und war als Marxist zu Fragen gekommen, die bestimmte Positionen in Zweifel ziehen. Seine Überlegungen lehnen sich an Goethe und den eigenen Vater an. Der Dichterfürst hatte 1788 in seinem Trauerspiel „Egmont“ befunden: „Glaube nur, ein Volk wird nicht alt, nicht klug; ein Volk bleibt immer kindisch.“ Und Max, ein gestandener Sozialdemokrat und einfacher Arbeiter, befand am 15. März 1946 in einem Brief an seinen Sohn: „Die Masse ist urteilslos, man und jeder kann sie auf das Gleis schieben, wo er sie gerade hinhaben will.“

Kurt Pätzold tat sich erkennbar schwer mit dieser Forschung. Dann kam noch die Krebsdiagnose hinzu, die ihn im Februar 2016 erst ins Hospital und dann, weil Heilung unmöglich schien, in ein Stift führte. Da kamen ihm nicht nur die private Bibliothek, sondern auch die öffentlichen Bibliotheken abhanden. Nur das Internet und sein Kopf blieben ihm als Arbeitsgrundlage. So war der erste Text, den er „Zwanzig Kapitel einer Gefolgschaft“ nannte, unter Mühen entstanden. Pätzold untersucht darin die deutschen Jahre zwischen 1933 und 1945, die zeitlebens sein wichtigster Forschungsgegenstand waren. Er schloss den 350 Buchseiten umfassenden Text mit der rhetorischen Frage: Ist die Wahrheit den Menschen zumutbar? „Das läuft letztlich auf eine moralische Frage hinaus. Für den Historiker stellt sie sich anders. Gibt es jemanden, der sich in ihren Besitz gesetzt hat, und wenn, verfügt er auch über die Macht, sie gegen Irrtümer, Fälschungen, Lügen unter die Leute zu bringen?“ Damit zielte er auf die jüngere Vergangenheit und auf die Fortsetzung des Themas bis in die Gegenwart.

Diese Untersuchung müssen nun andere vornehmen. Kurt Pätzold ist am 18. August 2016 in Berlin-Köpenick im Alter von 86 Jahren verstorben.

Nachfolgend Auszüge aus seiner letzten Arbeit. Das Buch erscheint demnächst in der Edition Ost.

Frank Schumann, Verleger

In der Historiographie sind die Ursachen und Motive der Massengefolgschaft strittig. Noch immer werden sie am häufigsten und hauptsächlich auf die Wirkung der demagogischen Kraft der Führer, namentlich Hitlers, und den alltäglichen Druck der von Goebbels dirigierten Propaganda zurückgeführt, mitunter auch reduziert. Die Millionen Deutschen erscheinen als Opfer von Manipulation, als Irrende, Verirrte und Verführte. Doch lässt sich, wie Forschungen gezeigt haben, ein Bündel von Gründen anführen, warum sie denen mit dem Hakenkreuz folgten. [...]

Die sozialistische Geschichtsschreibung

In einem Standardwerk der sowjetischen Geschichtsphilosophie aus dem Jahr 1954 (F. W. Konstantinow: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte, Berlin) wurde Hitlers Scheitern als Beweis für die Kraft der Massen herangezogen. Über die Quellen seiner zeitweiligen Popularität, seiner Erfolge und darüber, was unter seiner Führung in der Weltgeschichte nicht ohne die Mitwirkung ebensolcher Massen angerichtet worden war, schwiegen sich die Autoren konsequent aus. Weiter hieß es: Die Volksmassen, Angehörige der Völker der Sowjetunion, die Hitler an den Fronten des Krieges besiegt hatten, werden ihren geschichtlichen Triumph nun fortsetzen, indem sie ihr kriegsverwüstetes Land in kurzer Frist wieder aufbauen.

Das war eine sehr selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Während Millionen Rotarmisten in der Sowjetarmee ihre geschichtsmächtige Rolle erfüllt hatten, schien es in der Wehrmacht, der insgesamt etwa 18 Millionen Deutsche angehörten, „Volksmassen“ nicht gegeben zu haben. Zitiert wurde allenfalls Lenins Bild, wonach es in der Geschichte Zeiten gab, in denen „die Massen der Arbeiter und Bauern einen tiefen Schlaf schliefen“. Revolutionen und nationale Befreiungskämpfe dienten als Belege für deren Erwachen und sollten die Behauptung stützen, dass die Massen durchgängig eine fortschrittliche Rolle spielten – wenn sie eben nicht schliefen.

Nach diesem Schema hatten auch Leipziger Historiker einen Anfang der 60er Jahre herausgegebenen populärwissenschaftlichen Band angelegt (Traum und Tat. Kämpfe der Volksmassen in der Ge-

schichte). Nicht anders ein 1976 erschienenes Buch (Lothar Berthold: Wer macht Geschichte?), in dem die Naziherrschaft unter der Überschrift „Nacht über Deutschland“ ausschließlich als Zeit des Widerstandskampfes und der Opfer der Antifaschisten behandelt wurde. Und in einer Festschrift für den einstigen Offizier der Sowjetarmee, der bei Stalingrad kämpfte, für den Historiker Leo Stern (Hans-Joachim Bartmuß [Hrsg.]: Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte, Berlin 1962), wurde die Rolle der Deutschen in den Kriegen von 1914/18 und 1939/45 in keinem Beitrag thematisiert.

Bei dem erwähnten sowjetischen Philosophen Konstantinow findet sich immerhin der Verweis, dass die Bourgeoisie das Ziel verfolgt, das Volk in ihre „Reserve“ zu verwandeln. Doch die naheliegende Erörterung, dass dies in Deutschland gelungen war, und zwar mit höchstem Mobilisierungsgrad, fand nicht statt.

In einer Arbeit, die in einer Reihe namens „ABC des Marxismus-Leninismus“ erschien, wurde auf ein anderes Bild Lenins Bezug genommen, demzufolge es in der Weltgeschichte auch Riesensprünge nach rückwärts gäbe. Daran anknüpfend wurde gefragt, ob für einen solchen Sprung nach rückwärts, den die Herrschaft des Faschismus doch darstelle, auch die Volksmassen als „Haupttriebkraft der Geschichte“ verantwortlich zu machen wären (Gerhard Lozek: Wer macht Geschichte, Berlin 1965). Solche Sprünge, lautete die Antwort, entstünden aus dem Kräfteverhältnis der einander Bekämpfenden und daraus, dass die Mächtigen „die Volksmassen“ desorientierten und terrorisierten und diese selbst uneinheitlich und gespalten auftreten würden. [...]

In vielen dieser frühen Veröffentlichungen lesen sich manche Passagen – weit entfernt von jedem konkreten Bezug auf die jüngste Geschichte – nicht wie eine tatsachengestützte wissenschaftlich Analyse, sondern wie die Verteidigung eines Glaubens.

Und in der Tat: Wider die Herabsetzung oder gar Ignoranz gegenüber der behaupteten Rolle der Massen wurde der „Glaube an die Massen“ als kommunistische, auf Erkenntnis beruhende Tugend gesetzt. Thesen wie „Das Volk – die Haupttriebkraft der politischen Geschichte“ (Götz Redlow) und „Die Volksmassen sind auch stets der primäre Faktor in der Politik“ (Manfred Hertwig) wurden niedergeschrieben, als wären sie Axiome und bedürften folglich keiner Begründungen oder Tatsachenbeweise.

Von solcher in die blanke Phrase abgleitenden Betrachtung unterschied sich partiell ein 1948 veröffentlichter Aufsatz Rudolf Herrnstadts, ebenfalls ein Rückkehrer aus der Emigration in der UdSSR. Der kommunistische Journalist und Zeitungsherausgeber vermerkte, dass von den werktätigen Massen in Deutschland die Herausforderung der Nazimachthaber nicht angenommen worden sei, wiewohl diese jahrelang „einen mörderischen Klassenkampf gegen das werktätige deutsche Volk (geführt), es arm gemacht und dezimiert“ hätten („Über ‚die Russen‘ und über uns“, Neues Deutschland, 19.11.1948). Aber auch diese Version widerspiegelt noch die Weigerung anzuerkennen, dass Millionen Deutsche Geschichte nach dem Willen und den Befehlen der Herrschenden „gemacht“ hatten, werden sie hier doch als Opfer ihres eigenen Unterlassens bezeichnet.

Eine davon abweichende Betrachtung enthält ein militärwissenschaftlicher Vortrag, der 1957 gehalten wurde (Werner Hübner: Über die Rolle der Volksmassen und der Heerführer im Kriege, Berlin). Nach der grundsätzlichen Erklärung, dass der Einfluss der Volksmassen auf die geschichtlichen Prozesse auch „zeitweilig reaktionär sein“ könne, woran deren vergiftetes Bewusstsein und eine dadurch erzeugte Blindheit gegenüber eigenen Interessen Schuld trage, kam der Referent zu seinem Thema, der Rolle der Volksmassen und der Heerführer im Kriege. Seit 1939 hätten Massen deutscher Soldaten für den Imperialismus gekämpft und zunächst Siege erfochten. Dies wäre unter Zwang und Drill und dem Einfluss des Offizierskorps geschehen. Dazu hätten des Weiteren die Täuschung über Ursachen und Ziele des Krieges beigetragen sowie Illusionen über den Staat, in dem man lebte. Die wiederum rührten aus dem Vorkrieg her, und da vor allem aus der Erfahrung der gesunkenen Arbeitslosigkeit.

Konstatiert wurden eine „relative Festigkeit“ des deutschen Hinterlandes und eine „gewisse Verbundenheit zwischen Volk und Armee“. Dann, als hätte den Autor Hübner die Courage verlassen, wird

für die Zeit der Niederlagen nicht nur festgestellt, dass diese Verbundenheit mehr und mehr geschwächt worden sei, sondern es habe sich auch das Bewusstsein vom ungerechten Charakter des Krieges entwickelt. Diese Tatsache sei zu einem Faktor der Zersetzung geworden und habe in die Niederlage geführt. Das Hinterland, in dem Frauen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene schufteten, sei unsicher geworden und eine „wachsende Bereitschaft des deutschen Volkes zum Widerstand“ entstanden. Daran schließt sich einschränkend die Bemerkung an, eine „gewisse Festigkeit des Hinterlandes“ sei erhalten geblieben. Diese Abhandlung bietet eine merkwürdige Mischung von Annäherung an bittere Wahrheiten und purer Legende.

Insgesamt konzentrierten sich die Historiker in der DDR auf die Erforschung der Kräfte des Widerstands und ließen darüber viele Fragen beiseite, die sich mit der Mehrheit der Deutschen und ihrem Verhalten in den Jahren 1933 bis 1945 verbanden. Noch 1983 wurde auf einer Veranstaltung von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR von dem referierenden Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski und den mit ihm Diskutierenden, deren Meinungsverschiedenheiten um die Bewertung der „schöpferischen“ Rolle des Volkes kreisten, laut Sitzungsbericht das Thema Hitler und die „braunen“ Massen nicht erörtert.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung

Nicht weniger lang war der Weg der bürgerlichen Geschichtsschreibung zum Kern der Frage. Die betrifft nicht, was Massen wussten, dachten, verdrängten, hinnahmen, erlebten und erlitten, also „durchmachten“, sondern ihre Rolle als Handelnde.

George L. Mosse, aus Deutschland vertriebener Jude, dessen Forschungen vor allem den geistigen Wurzeln des deutschen Faschismus galten, stellte in das Zentrum seiner 1966 in den USA erschienenen Untersuchung "Nazi Culture. Intellectual, cultural and social life in the Third Reich", die auf die Vorkriegszeit eingegrenzten Fragen: „Wie lebte man unter Hitler?“ und „Wie wirkte sich der Nationalsozialismus auf das Bewusstsein derer aus, die unter ihm lebten?“ Noch wurde nicht danach geforscht, was die Masse der Deutschen denn tat und was sie antrieb.

Das gilt auch für die erste umfassende, für mehrere Jahre maßgebende Monographie aus der Feder Karl Dietrich Brachers (Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969). Von den Massen war dort vor allem im Zusammenhang mit Ansprüchen und Forderungen die Rede, denen sie sich durch die Machthaber ausgesetzt sahen. Verlangt worden sei „die bedingungslose Kooperation mit dem politischen Regime“, formiert wurde eine „vielschichtige neue Anhängerschaft“. Die Deutschen seien ein Volk von Gehorchenden geworden, von denen „viele aber wenigstens an irgendeiner Stelle auch befehlen“ durften. Die Behandlung des Themas erschöpft sich in der Beschreibung von Manipulationszielen der Herrschenden und innenpolitischen Zuständen.

Fragen mit Tiefgang, die es vereinzelt im unmittelbaren Nachkrieg gab, wurden nicht wieder gestellt. Der weiteste Rückschritt war damit aber noch nicht erfolgt. Im Hauptstrom der Geschichtsinterpretationen entstand in der Bundesrepublik eine „Hitler-Welle“, deren Schaumkrone die Publizistik bildete. Alle an die Diktatur zu stellenden Fragen wurden wieder mit einem Namen beantwortet. Joachim C. Fest schrieb in seiner 1973 veröffentlichten Hitler-Biographie: „Es gibt für den Zweiten Weltkrieg keine Schuldfrage.“ Der Krieg war nach seiner Deutung – im Unterschied zu dem 1914 begonnenen Ersten Weltkrieg – von einer einzigen Person gemacht worden. Basta.

Diese Ansicht wurde in den 70er Jahren von der Geschichtswissenschaft zumeist nicht geteilt, deren Vertreter lobten Fests Biographie nichtsdestotrotz. Kam die Rede auf die Volksmassen, wurde, ohne dass dem quellengestützte Untersuchungen zugrunde gelegt worden wären, zumeist zweierlei behauptet:

1. Die Massen hätten Hitler an die Macht gebracht. Die Version, sie hätten diesen Führer sich gewählt, offerierte auch Walter Scheel als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik in einer Rede am 6. Mai 1975 in der Schlosskirche zu Bonn. Das stellt, selbst wenn die Wahlergebnisse des 5. März 1933 herangezogen worden wären, eine leicht zu widerlegende Fälschung dar.

2. Und diese Massen hätten Hitlers Politik gebilligt. Der Kölner Universitätsprofessor und Spezialist für die Weltkriegsgeschichte Andreas Hillgruber behauptete 1967, dass sich die Kriegsziele der Machthaber „mit Wunschvorstellungen eines großen Teiles des deutschen Volkes“ deckten (Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967).

In Wahrheit, worauf ich anhand von Quellen zurückkommen werde, richteten sich die Wünsche der übergroßen Mehrheit der Deutschen – mochten sie auch von der Lebensraum-Ideologie angekränkelt gewesen sein und sich für die „Rückgabe“ der Kolonien, erworben und erobert im Kaiserreich, ausgesprochen haben – auf ein Leben in Frieden. Es gehörte zu den Enttäuschungen des Machtzirkels um Hitler, dass es 1939 nicht gelang, die Masse ihrer „Volksgenossen“ in eine aggressive Vorkriegsstimmung zu versetzen. Gegen die These Hillgrubers spricht auch, dass die Propaganda der Machthaber den Deutschen die Kriegsziele erst nach und nach enthüllte und sie lange mit verlogenen Angaben über ihre angeblich sehr begrenzten Absichten täuschte.

Während den Volksmassen eine allgemeine Schuld an Aufkommen, Sieg und Herrschaft des Naziregimes zugeschrieben wurde, blieb deren Rolle in Vorkrieg und Krieg weiterhin unterbelichtet. Beispielhaft dafür ist Hans-Ulrich Thamers Gesamtdarstellung der Nazijahre, die 1986 erschien und – wie die ganze Reihe „Die Deutschen und ihre Nation“ – nach Umfang, Inhalt und Ausstattung für „die gebildeten Stände“ bestimmt war. Darin wird vom Volk im Kontext von Zustimmung, Massenbewegung, Massenbasis und Regimestabilität geschrieben. Die „Zeitgenossen“ heißen „Gefolgsleute“ Hitlers, und für die Agonie des Regimes ist auch eine partielle Komplizenschaft festgestellt (Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945; Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 5, Berlin 1986). Beschrieben werden zudem Maßnahmen, die Millionen im Griff der Machthaber hielten. Doch eine Vorstellung von ihrem Tatbeitrag zum verbrecherischen Geschehen lässt sich auf den Hunderten von Buchseiten nicht gewinnen. Schilderungen der Methoden und Ziele der Manipulation dominieren auch diese Darstellung.

So erscheinen die Deutschen bereits im Regime als dessen Opfer, während sie doch vor allem dessen Instrumente waren. Erst als sie diese Opferrolle ausgespielt hatten, fanden sie sich in ihrer Masse in einer Opfergruppe wieder, die sich von den vielen anderen Opfern in Europa allerdings dadurch grundsätzlich unterscheidet, dass sie dies durch eigenes Zutun geworden waren.

Diese Differenz wird neuerdings auch dadurch „beseitigt“, dass in öffentlichen Räumen unterschiedslos an die Opfer „von Krieg und Gewalt“ erinnert wird – eine Praxis, die namentlich bei der 1993 vorgenommenen Umgestaltung der einstigen Neuen Wache in Berlin Unter den Linden nicht ohne Widerspruch geblieben ist.

Nur in einem Aspekt ist von dem hier formulierten Befund eine Ausnahme zu machen. Sie betrifft das Verhältnis der (nichtjüdischen) Deutschen zu den Judenverfolgungen, die im Massenmord mündeten. Diese Deutschen, ihre Teilnahme am sogenannten Judenboykott im April 1933 und ihre Reaktionen darauf, ihre Haltung zu den Forderungen der Nazis, die Juden zu meiden, zu den Nürnberger Gesetzen, während und nach dem Pogrom von 1938 und den 1941 einsetzenden Deportationen „nach dem Osten“, sowie ihre Aufnahme der Nachrichten von dem Massenmorden haben inzwischen drei Generationen von Forschern beschäftigt und eine dichte Literatur hervorgebracht, die von US-amerikanischen, britischen, deutschen, israelischen und Historikern weiterer Länder verfasst wurde. Demgegenüber fällt die Zahl der Studien zum Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur NSDAP, zu einzelnen auch gravierenden Gesetzen und Maßnahmen der Regierung, zur Verfolgung weiterer Personengruppen, zur Geschichte der materiellen, geistigen und mentalen Kriegsvorbereitung steil ab.

Hat in der Geschichtsschreibung in der DDR die Konzentration auf den antifaschistischen Widerstand Vernachlässigung der Forschungen über das Massenverhalten bewirkt, so zeigt sich in der bundesrepublikanischen Forschung – mit einer Fortsetzung bis heute – die Fixierung auf Antisemitismus, Judenverfolgung und „Holocaust“. Sie erscheinen in dem so entstandenen, in der Gesellschaft dominierenden Geschichtsbild der BRD als Hauptkennzeichen des faschistischen deutschen Regimes.

junge Welt, Sonnabend, 20.08.2016, S. 12.

Mitläufer und Täter

Nach 1933 entschloss sich nur eine Minderheit der Deutschen zum Widerstand, der Großteil der Bevölkerung fügte sich in die neuen Verhältnisse ein. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (Teil 2 und Schluss)

Am zweiten Tag seiner Kanzlerschaft verkündete Adolf Hitler in einer Rundfunkansprache das „Programm“ der Regierung. In seiner Rede malte er ein Horrorbild von der deutschen Geschichte seit der Novemberrevolution. Seine Schlagwörter lauteten: Zersetzung, Zwietracht, Zerrissenheit, Misshandlung, Hunger, Elend, Leid, Ruin, Verfall, Katastrophe, Chaos. Die Darstellung der Weimarer Republik als einer einzigen Schreckenszeit gehörte zum Grundbestand aller 1933 folgenden Reden Hitlers und diente auch später noch dem Zweck, die „Größe“ des eigenen Verdienstes hervorzuheben, sich selbst als Retter, ja Erlöser erscheinen zu lassen.

Dabei wechselte die Akzentuierung der Schuldzuschreibungen. Verantwortlich wäre das Volk selbst – und zwar durch sein Verhalten im November 1918, wodurch, was folgte, als Strafe über die Deutschen gekommen sei, hätte ihnen der Herrgott doch darauf seinen Segen entzogen. Die Schuldigen genauer markierend, nannte Hitler „die Parteien des Marxismus“, die angeblich in den seitdem verflossenen nahezu anderthalb Jahrzehnten geherrscht hätten. Während die Sozialdemokratie, die 1919/1920 und von 1928 bis 1930 den Reichskanzler an der Spitze von Regierungen großer Koalitionen gestellt hatte, namentlich unerwähnt blieb, richtete sich die geballte Anklage gegen die Kommunisten, ungeachtet dessen, dass die KPD in allen Republikjahren an keiner Reichsregierung beteiligt gewesen war.

Bald verlängerte Hitler die Liste der Schuldigen um die „anderen“, die Deutschland „14 Jahre lang verkommen ließen“. Und zugleich wurden die Siegermächte des Ersten Weltkrieges und die Autoren des Versailler Vertrages für den in tiefschwarzen Bildern beschriebenen Zustand des Reiches verantwortlich gemacht. Weil dieser Vertrag ihnen „alle Lebensaussichten und Lebensmöglichkeiten“ zerstörte, hätten sich „jährlich in Deutschland 20.000 Menschen das Leben genommen“ (Rede im Sportpalast am 24. Oktober 1933). Bemerkenswert war, dass in dieser Tirade ein Wort nicht fiel, das doch zum festen Repertoire der Hetz- und Hassreden der Nazis gehörte, das Wort: Jude. (...)

Massenhaftes Überläufertum

In den ersten beiden Jahren der Nazidiktatur schwoll die Mitgliederzahl der NSDAP auf nahezu 2,5 Millionen an, wobei der Zustrom der Männer den der Frauen weit überwog. Gemessen an den 66 Millionen Staatsbürgern war am 1. Januar 1935 im Durchschnitt jeder 26. ein „Parteigenosse“. (...)

Das Überläufertum – für das Jahrzehnte später bei einem anderen geschichtlichen Bruch der Begriff „Wendehälse“ geprägt wurde – besaß Antriebe, die sich in vielen ähnlichen Situationen der Geschichte beobachten lassen. Dazu gehörten der Sog des Erfolgs ebenso wie Ängste um die soziale Stellung und Reputation. Und wie in normalen Zeiten, in solchem Wechsel aber vermehrt, trat bei den einen die Neigung zum Konjunkturrittertum, bei anderen der Hang zum Mitläufer hervor. Überzeugungen, je weniger gefestigt, wurden gewechselt wie Hemden. Selbst wenn beim ersten Schritt – der Mitgliedschaft in eine Organisation der NSDAP – noch der Selbstbetrug im Spiel war, innerlich ja „der alte zu bleiben“, entgingen nur wenige der ideologischen Gleichschaltung und Unterwerfung. „Diese Leute, die allein schon dadurch einen Beweis für ihre Charakterschwäche geliefert haben, dass sie die Aufnahme in die Partei beantragten, tendieren, sobald sie ihr angehören, ohne Zweifel dazu, rasch ihre bisherigen Meinungen aufzugeben und das nazistische Gedankengut zu übernehmen“, schrieb Sebastian Haffner (Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet, London 1940). Das galt, wenn auch in unterschiedlichem Grad, für frühere Anhänger verschiedener politischer Richtungen.

Die massenhafte Bereitschaft zum Wechsel der Mitgliedsbücher, Fahnen und Überzeugungen verstärkten die faschistischen Machthaber mit Aufwand und Geschick. Sie schufen eine Atmosphäre von Unaufhaltsamkeit und Sieghaftigkeit und verstanden durch rasch aufeinanderfolgende Kampagnen und Inszenierungen eine freudige, ja feierliche Hochstimmung bis hin zum Taumel zu erzeugen. Auf

den „Tag der nationalen Erhebung“ (30. Januar), folgte der Wahltag (5. März), auf diesen der „Tag von Potsdam“ (21. März), sodann der „Tag der nationalen Arbeit“ (1. Mai).

Noch gab es wenig Brot, aber schon Spiele. Aus dem Alltag herausragende Feste zählten fortan, jedenfalls in den Vorkriegsjahren, zur Methodik der Machtbefestigung – und das von Berlin bis in das letzte Dorf. Victor Klemperer notierte 1938 in seinem Tagebuch: „Es ist auffallend wie immer und überall (...) immer und immer wieder und nicht nur sonntags: Feste und Fahnen. Jahrmarkt, Schützen, Regimentstreffen, Sportfest einer SA-Gruppe, 600-, 625-, 650- usw. usw. Stadtjubiläum, Bergbaujubiläum (neulich in Freiberg mit Trachten) etc. etc. Immer Feste, Volksgemeinschaft, drittes Reich, Fahnen, Fahnen, Fahnen.“

Und die anderen, die sich von all diesen politischen Inszenierungen, von Feiern, Aufmärschen, Kundgebungen, von Versprechen und Verheißungen nicht anziehen, nicht mitreißen ließen? Zu ihnen gehörte nicht nur jene Minderheit, die sich zum Widerstand entschloss und Wege und Mittel suchte, der Machtstabilisierung entgegenzuwirken. Dazu zählten auch Menschen, die sich ein eigenes kritisches Urteil bewahrt hatten, sich mitunter früher schon von jedem politischen Aktivismus ferngehalten hatten und das auch und jetzt erst recht taten. Aus dieser Gruppe beruhigten sich viele selbst. Es werde, meinten sie, dieses „Theater“ oder dieser „Schwindel“ nicht lange dauern. Das müsse sich „totlaufen“ und an inneren Widersprüchen scheitern. Andere Hoffnungen richteten sich auf die Haltung des Auslands. Bis dahin müssten die verachtenswerten Verhältnisse ertragen werden. Wie diese Hoffnungen und Erwartungen sich jedoch als trügerisch erwiesen, wurden sie in bürgerlichen antinazistischen Kreisen durch den Versuch völligen Abtauchens ins Private ersetzt und durch eine Haltung, die sich – „Politisch Lied, garstig Lied“ – um nichts mehr scherte und kümmerte.

Zunächst genügte das den neuen Herren, denn durch derlei Rückzug konnten sie ungestört agieren. Alsbald aber wurde solche Nischenexistenz von den Nazis aufgestöbert und als „Spießertum“ attackiert. Sie fiel dem Druck der „nationalen Mobilisierung“ zum Opfer, dem an Arbeits- und Wohnplätzen immer weniger zu entgehen war. Aus Gewährenlassen wurde stufenweise ein Mittun, wie Sebastian Haffner meinte.

Dass sich die Diktatur nach 1933 konsolidierte, war nur zum geringeren Teil durch Verbesserungen auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet bestimmt, die sich die Machthaber als ihre Erfolge hätten zuschreiben können. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Jahresverlauf zwar reduziert, doch Millionen waren nach wie vor ohne Arbeit, und ihre Zahl stieg am Jahresende saisonal bedingt an. Sie lebten in den elenden, zermürbenden und zerstörenden Verhältnissen weiter, in die sie die Krise, zusätzlich verschärft durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen der letzten Regierungen der Republik gestürzt hatte. Auch arbeitslose SA-Mitglieder warteten nach wie vor auf die Früchte der „Revolution“, obwohl versucht wurde, so in Sachsen, ihnen bei Unternehmern bevorzugt einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Zu ihrer Enttäuschung war die „nationalsozialistische Revolution“ inzwischen, das geschah im Juli 1933, für beendet erklärt worden. Sie hatte in der Inbesitznahme der Kommandohöhen des Staatsapparates durch die Faschistenführer und der Liquidierung oder Illegalisierung der politischen Konkurrenten und Gegner bestanden. Das Fundament der kapitalistischen Gesellschaft war unangetastet geblieben. (...)

Insgesamt vollzog sich die Etablierung und Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland, verglichen mit der vorausgegangenen in Italien, in rasantem Tempo. Wozu Mussolini Jahre gebraucht hatte, das geschah unter Hitler binnen Monaten. Die überrumpelten Kräfte des Widerstands, ins Ausland getrieben oder in die Illegalität, hatten keine annähernde Vorstellung davon besessen, wie grundstürzend und wie rasch sich das Kräfteverhältnis gegen sie wenden könnte. Vorerst war kein Moment absehbar, an dem sich eine Chance erkennen ließ, den Prozess der Machtbefestigung auch nur zu verlangsamen. (...)

Zum äußeren Druck kam hinzu, dass in Schichten der Arbeiter – und da besonders unter den besserverdienenden – ein Prozess der Entpolitisierung um sich griff, basierend ebenso auf der Zufriedenheit mit den neuen Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten, wie auf der Überzeugung, dass sich an den Verhältnissen auf unbestimmte Zeit ohnehin nichts ändern lasse. Dieser Teil der Arbeiter wich

politischen Gesprächen aus und suchte sich das Leben, so gut es mit den verfügbaren Mitteln eben ging, nach eigenen Entschlüssen einzurichten. Aus diesem Kreis wird in einem Bericht eine Stimme wie folgt zitiert: „Wir geben auch zu, dass heute sehr vieles faul ist. Aber materiell ist es uns noch nie so gut gegangen wie jetzt, und das ist auch was wert.“ (Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934-1940, Reprint, Frankfurt 1989) (...)

Verfolgung der Juden

Aus dieser von der Nazireklame als einträchtig geschilderten deutschen Volksgemeinschaft war eine Gruppe Deutscher ausgesondert, die Juden, gleichgültig, ob ihre Vorfahren seit Jahrhunderten in Deutschland gelebt oder in jüngerer Vergangenheit eingewandert waren, egal, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, sich um sie beworben hatten oder nicht. Die deutsch-faschistischen Ideologen bezeichneten sie als unwandelbar Nichtdeutsche, als Träger angeblich jüdischen Blutes, das gemessen am „germanischen“ oder „arischen“ minderwertig sei. Sie wären ausnahmslos Schmarotzer, die den Deutschen nur Schaden zugefügt und sie ausgebeutet hätten, ja gar beabsichtigten, sie sich zu unterwerfen.

Diese Dogmen, groteske Lügen, mussten Menschen mit durchschnittlichen Verstandeskräften eigentlich genügen, die Faschisten zu meiden, die sich schon in der Republik als die rabiatesten Judenfeinde hervorgetan hatten und es mit ihrer antijüdischen Hetze verstanden, weitere und vielfach fanatische Anhänger zu gewinnen. Und das umso leichter, als sie auch auf diesem Felde nicht die Ersten waren. Sie konnten an Vorarbeiten und -leistungen anknüpfen, nicht zum wenigsten an die des Antijudaismus der Christen. Der ließ, anders als die Blutlehre der Nazis, den Juden zwar die Chance zur Konversion, diffamierte sie aber seit Luthers Zeiten auf eigene Weise.

Am 30. Januar 1933 hatte das Reich zum ersten Mal einen Reichskanzler erhalten, der bekennender und aggressiver Antisemit war, die Juden schlechthin zu Feinden nicht nur der Deutschen, sondern aller Europäer und der Menschheit erklärte. Das bedeutete, dass sie von allen anderen Erdenbewohnern abgetrennt, jedenfalls aber aus Deutschland ausgewiesen werden müssten. Und tatsächlich wurden solche Programme entwickelt, wenn auch zunächst nicht propagiert. (...)

Einerseits besaß dieser Antisemitismus in deutscher Vergangenheit Vorarbeiter und Vorläufer, was Hinnahme und Billigung bewirkte. Andererseits stellte er als Staatspolitik einen Bruch dar. Seit der Reichsgründung, und in manchen deutschen Staaten schon vor 1871, waren alle antijüdischen Gesetze aufgehoben worden, was mehr oder weniger vollständige Chancengleichheit auf allen Feldern der Gesellschaft bedeutet hatte. Nun jedoch wurden die Deutschen jüdischer Herkunft – sie waren in ihrer Mehrheit auch jüdischen Glaubens – jene Stufen zur Gleichberechtigung, die demokratische und sozialistische Bewegungen gelegt und die sie zuvor hinaufgestiegen waren, wieder hinabgestoßen.

Das konnte nicht geschehen ohne geistigen und mentalen Wandel der Mehrheit der nichtjüdischen Deutschen. Dafür gab es Voraussetzungen. Der Antisemitismus war im Kaiserreich wie in der Republik eine in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten verbreitete Gesinnung und reichte bis in geistig rückständige Arbeiterschichten, die von jeglicher Aufklärung unerreicht geblieben waren.

Die antijüdischen Aktionen begannen 1933 nicht von Staats wegen, sondern wenige Wochen nach der Etablierung der Hitler-Regierung an deutschen Universitäten. SA-Mitglieder unter den Studenten zogen vor die Türen von Hörsälen und Seminarräumen, um Kommilitonen an der Teilnahme an Lehrveranstaltungen jüdischer Hochschullehrer zu hindern, eine Aktion des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, die Auskunft über die geistige und politische Verfassung eines Teils derer gab, die beanspruchten, „deutsche Elite“ zu sein oder zu werden. Ähnliches geschah vor Gerichtsgebäuden, wo Juden gehindert wurden, an Verhandlungen teilzunehmen – sie hätten „Deutsche“ weder anzuklagen noch zu verteidigen oder gar zu verurteilen.

Darauf vergingen nur Tage, und die Regierung – die Faschisten in Gemeinschaft mit ihren konservativen deutschnationalen Partnern – begann den Antisemitismus per Gesetz zu fixieren. Am 7. April 1933 wurde in einem Beamtengesetz bestimmt, Juden hätten ihre staatlichen Arbeitsstellen von den

Ministerien bis in die Kommunen und deren Unternehmen, ob Gasanstalten oder Wasserwerke, Theater oder Krankenhäuser, zu verlassen, sie dürften dort nicht länger beschäftigt werden. Das war der Auftakt einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen. Sie liefen alle darauf hinaus, jüdischen Deutschen den Arbeits- und Lebensraum mehr und mehr einzuengen und ihnen schließlich keine Chance des Weiterlebens im Reich mehr zu lassen.

An dieser Politik von ihrer Planung bis zu ihrer Durchführung war eine Minderheit von Deutschen beteiligt. Eine Minderheit wurde auch deren Nutznießer. Kapitalisten gelangten billig zum Eigentum ihrer Konkurrenten, zu industriellen Betrieben, Banken, Versicherungen, Großhandlungen, Warenhäusern, Aktien, Gesellschafteranteilen. Kleinbürger zogen aus der Beseitigung des jüdischen Geschäftsinhabers an der nächsten Straßenecke Vorteil. Ein von seinem Platz vertriebener Jude eröffnete einem „Arier“ Arbeits-, Verdienst- oder Aufstiegschance, sei es als Hochschullehrer, Schauspieler, Arzt oder Jurist, Prokurist oder was auch immer. Diese Minderheit der Akteure und Nutznießer, die identisch sein konnten, aber nicht mussten, wuchs mit der Dauer der Nazidiktatur und der Ausweitung der Judenverfolgungen. (...)

Die Masse der Deutschen, die keinen Brand gelegt, keinen Stein geworfen, keinen Hammer geschwungen hatten, mochten sich auf ihr Unbeteiligtsein etwas zugutehalten. Das änderte nichts daran, dass sie Hilfsbedürftigen ihren Beistand verweigert hatten. Nicht nur das sollte sich in den Jahren, die folgten, wiederholen. Denn Rohheit und Rücksichtslosigkeit, mindestens aber Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben ihnen bezeichneter Feinde waren Erziehungsziele des „Nationalsozialismus“ und nicht bloßes Nebenprodukt.

Spätere Zeugnisse sprechen von einzelnen, für die der 9. November 1938 der Tag des Bruches mit dem Regime wurde, dem sie sich angenähert oder mit dem sie sich ausgesöhnt hatten. Keine Belege gibt es für eine Erschütterung einer erheblichen Zahl von „Reichsbürgern“, von einem Aufbäumen des Anstands. Antisemitismus und Judenfeindschaft waren Schritt für Schritt als Staatspolitik akzeptiert worden. (...)

Ohne jede Schuld

Noch bevor im Krieg der letzte Schuss fiel, wurde die Frage nach Schuld und Verantwortung aufgeworfen, nicht für den Weg in den Krieg, sondern für den in die Niederlage. Es hielt sich weithin die Vorstellung von der Schuld der nunmehr als unfähig angesehenen Führer auf unterer und mittlerer Ebene. Ihre Großspurigkeit und Arroganz, ihr Wohlleben, ihre Unfähigkeit und – am Ende – auch ihre Feigheit gehörten zu den Erfahrungswerten vieler.

Gegen diese Gruppe richtete sich der Hass vieler Deutscher, verlangten diese Nazis doch bis ins Frühjahr 1945 den sinnlosen Widerstand, organisierten und befehligten ihn und verfolgten alle, welche die weiße Fahne hissen wollten. Nächst ihnen betrafen Kritik und Schuldzuweisung angesichts der Erlebnisse und Folgen des Bombenkrieges wieder und wieder die Luftwaffe und ihren Oberbefehlshabers Hermann Göring. Hartnäckig hielt sich die Legende vom Verrat, begangen von hohen und höchsten Militärs, der in die Niederlage geführt habe.

Und der „Führer“? Dem Selbstmörder kam zugute, dass jede ihm geltende Kritik die Flugbahn eines Bumerangs nahm. Denn die sie jetzt äußern mochten, hatten auf ihn, seine Größe, sein Allwissen, sein Feldherrngenie, seine Unfehlbarkeit gesetzt, sie hatten lange seine begeisterte Gefolgschaft gebildet. Nichts vergaßen sie jedoch schneller als das.

Als das Naziregime 1945 militärisch geschlagen war und sich seine obersten Führer vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu verantworten hatten, bestand kein Zweifel, dass sie nicht allein bewirkten, was seit 1933 in Deutschland geschehen und in Europa und weit über dessen Grenzen hinaus angerichtet worden war. Doch die Massen selbst? Es sei eine „allgemeine Erscheinung“, hieß es in einer Analyse der „Reichsregierung Dönitz“ vom März 1945, „dass die breiten Schichten des Volkes sich schon von jeder Schuld für die Kriegsentwicklung freisprechen. Sie beziehen sich darauf, dass nicht sie die Verantwortung für Kriegführung und Politik gehabt haben. Vielmehr sei von ihnen alles getan worden, was die Führung seit Beginn dieses Krieges verlangt hat.“ Viele began-

nen, sich als vollkommen unschuldige Opfer zu sehen. Sie hätten es nicht „verdient“, „in eine solche Katastrophe geführt“ worden zu sein.

Dieser Gefühlslage trugen in den westlichen Besatzungszonen nur Monate später jene Nachkriegspolitiker Rechnung, die auf der Suche nach Wählern für die anberaumten Landtagswahlen waren. Sie bestätigten den Umworbenen ihren Opferstatus und vermieden es wider besseres Wissen von deren Rolle als Gefolgsleute der verbrecherischsten Politiker zu sprechen, die in deutscher Geschichte je an der Spitze eines Staatswesens gestanden hatten.

Der Weg zu Erkenntnis und Eingeständnis des eigenen Anteils am Geschehen verlängerte sich für die in den Westzonen lebenden Deutschen auf diese Weise zusätzlich. Millionen, als „Mitläufer“ eingestuft, gelangten nie bis an dessen Ende. Nicht wenige Zeitgenossen von Faschismus und Krieg weigerten sich, den Weg der Selbsterkenntnis überhaupt zu betreten.

junge Welt, Montag, 22.08.2016, S. 12.

Eine unabweisbare Frage

Die Geschichte des faschistischen Massenmords an den -europäischen Jüdinnen und Juden ist breit erforscht. Die Motivation aber beschäftigt die Historiker nur am Rande. Über die Frage nach dem „Warum?“ (Teil 1)

Nach einem anfänglich in die engere Wahl gezogenen, dann aber nicht berücksichtigten Entwurf, der für das Holocaust-Denkmal in der Mitte Berlins eingereicht worden war, hätten sich Besucher beim Betreten des Ortes einem einzigen Wort gegenübergesehen: Der Frage „Warum?“, geschrieben in sämtlichen, den insgesamt 39 Sprachen, in denen sich die Ermordeten verständigt hatten. Die Wörter sollten auf einer Eisenplatte zu lesen sein und dem Nachdenken eine Richtung weisen.

Gedacht war zudem an einen Entstehungsprozess des Denk-Mals. An seiner Vollendung sollten seine ersten Betrachter beteiligt werden. Sie hätten ihre Antworten zu formulieren. Die wiederum würden – so war das Projekt weiter beschrieben – später in eine das Areal vollständig bedeckende Metallplatte graviert werden. Die Idee war originell. Anders als aus vielen konkurrierenden Entwürfen und auch dem ausgeführten von Peter Eisenman, sprachen aus ihr nicht nur Gedenken und Trauer. Sie forderte zum Nachdenken heraus.

Ihr gleichsam zweiter Teil hingegen konnte nur waghalsig und auch abwegig genannt werden. Er lief auf die Sammlung von mehr oder weniger zufälligen Antworten hinaus. Zustandekommen konnte im besten Fall eine Häufung von Zitaten aus Geschichtswerken. Zudem würde da auszusondern gewesen sein. Denn es hätte, wie die Dinge hierzulande liegen, dieses erste steinerne oder metallene Besucherbuch doch vor Eintragungen geschützt werden müssen, die noch einmal die Mörder zu Worte kommen lassen wollten.[1]

Dem Urheber des Entwurfs mit dem Vorschlag der Besucherbeteiligung mag man zugutehalten, dass er keine rechte Vorstellung davon besaß, welche Schwierigkeit Fragen nach dem „Warum?“ in der Geschichte innewohnen kann. Auf den Massenmord an den europäischen Juden trifft dies in besonderem Maße zu.

Das Verbrechen gehört in seinen Zusammenhängen zu den schwierigsten Fragen aus der Hinterlassenschaft des 20. Jahrhunderts. Wer zu einer wissenschaftsfesten Antwort gelangen will, hat weite Gedankenwege zurückzulegen.

Manche Forscher halten sie für unbegehbar. Sie vertreten die Meinung, die Wege führten zu keinem Ziele, sondern ins Leere. Andere wieder sind überzeugt, eine bündige Antwort schon gefunden zu haben. Dritte, und ihnen zähle ich mich zu, haben sich auf Wege gemacht, ohne den Zweifel an dem Gefundenen ganz losgeworden zu sein.

Das politische Großverbrechen, das die einen Holocaust, die anderen Schoah nennen und das von Historikern begrifflich unverkleidet als der Massenmord an den europäischen Juden bezeichnet wird, hat schon Zeitgenossen unabweisbare Fragen aufgegeben. Den Nachgeborenen haben sie sich mit den weitläufigen Forschungen über den Hergang und mit den Eindrücken von Gerichtsprozessen gegen Täter noch vermehrt. Seit Jahrzehnten sind die Untaten Gegenstand einer nicht mehr übersehbaren internationalen Publizistik. Welchen Umfang hat allein die Literatur angenommen, in der Überlebende in Biographien und Interviews berichten? An den Forschungen waren und sind Historiker, Sozial- und Religionswissenschaftler vieler Fachrichtungen beteiligt. Immer wieder äußern sich auch Politiker, Schriftsteller und Journalisten. Dokumentar- und Spielfilme entstanden in vielen Ländern und werden noch immer durch weitere vermehrt.

---

[1] Der Entwurf stammte von Jochen Gert, der auch das Denkmal in Harburg gestaltete. Der Entwurf ist beschrieben in: Ute Heimrod (Hrsg.): Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Eine Dokumentation, Berlin 1999, S. 883. Siehe dazu auch den Kommentar: Rayk Wieland: Dialog mit den Kunden. Zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit, Hamburg 2000, S. 94.

Der Holocaust besetzt nach dem Maß der ihm öffentlich zugewandten Aufmerksamkeit und der auf seine Erforschung verwendeten Kräfte und Mittel bei weitem den ersten Platz in der Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Faschismus („Nationalsozialismus“). Die Öffnung von bis 1990 in Osteuropa weitgehend oder ganz verschlossenen Archiven oder Archivbeständen hat dieser Forschung, die derzeit von der dritten Forschergeneration vorangetrieben wird, einen mächtigen Impuls gegeben. Hergang und Topographie des Massenmordens werden immer genauer rekonstruiert. Untersucht wurden das „Wer?“ (also die Frage nach den Tätern, Mittätern und den Opfern), das „Wo?“ (die Feststellung der Orte der Verbrechen), das „Wann?“ (die Fixierung oder Eingrenzung der Daten), das „Wie?“ (die Instrumentarien und Methoden, deren sich die Verbrecher bedienten) und weitere Fragen, die etwa den lokalen und regionalen Umständen und den allgemeinen und spezifischen Rechtfertigungen des Mordens gelten. Bei keiner dieser Fragen ist die Historiographie an ein Ende gelangt.

Grenzen der Aufklärung

Genauigkeitsgrad und Überzeugungskraft der Antworten unterscheiden sich erheblich. Erörtert wird auch – Stichwort: Holocaust-Pädagogik –, wie an das letztlich doch unvorstellbare Geschehen zu erinnern, wie zu gedenken und wie mit dem Wissen zu leben sei. Am meisten umstritten ist die Frage geblieben, die am Ende der Kette steht. Es ist die nach den Ursachen des Geschehenen, nach den Interessen, die es auslösten, und den Zwecken, denen es diente. Sie lautet: Warum?

Die Frage ist jedem Historiker spätestens seit seinen Studententagen bekannt, und die Geschichtswissenschaft richtet sie ständig an unterschiedliche Ereignisse und Entscheidungen von Personen oder Personengruppen. Und häufig gehen die Antworten weit auseinander, beispielsweise wenn die Frage an Revolutionen und Kriege und ähnliche, tief in das nationale Leben oder internationale Entwicklungen einschneidende Ereignisse gerichtet wird. Warum kam es zum Ersten Weltkrieg? Es genügt, diese Frage zu stellen, um eine Masse von Erklärungen und Geschichtsbildern aufzurufen und um an erbitterte politische Fehden und wissenschaftliche Kontroversen und anderes mehr zu erinnern.

Die Frage „Warum?“, und darin liegt ihre Brisanz, führt – anders als Fragen, die sich auf die Rekonstruktion von Tatsachen, Abläufen und Ereignisfolgen richten – auch an Grenzen geschichtlicher Aufklärungsmöglichkeiten. Das liegt in der Zahl und Qualität der beteiligten Faktoren, der Eigenart ihres Aufeinanderwirkens und der Unmöglichkeit ihrer exakten Gewichtung begründet. Zudem treffen die gegebenen Antworten, wie immer sie lauten, auf gesellschaftliche oder individuelle Interessen, die im einen Fall Recherchen vorantreiben, sie in einem anderen hemmen oder völlig blockieren können.

Antworten auf die Frage „Warum?“, namentlich wenn sie auf eine noch immer aktuelle geschichtliche Wirklichkeit zielt, verlangen Parteinahme und drücken sie aus. Ob ein Forscher den Ersten Weltkrieg aus einer Kette von Irrtümern von Politikern und Diplomaten hervorgegangen und ihn letztlich als Ergebnis einer Anhäufung von Zufällen sieht, die sich hätten vermeiden lassen, oder ob er ihn als Ergebnis politischer, wirtschaftlicher und geistiger Kämpfe betrachtet, die selbst wieder notwendiges Produkt von Macht- und Expansionsbestrebungen kapitalistischer Mächte waren, drückt Unterschiede nicht nur auf dem weiten Feld der Geschichtsmethodologie aus.

Das eine wie das andere berührt Interessen von Personen, Gruppen, sozialen Schichten oder Klassen sowie deren Nachkommen. Die Frage nach dem „Warum?“ führt von der Oberfläche und den Untiefen geschichtlicher Entwicklungen auf deren Grund, zu Gesetzen und Regeln, nach denen sich Gesellschaften bewegen. Und wenn und solange diese nicht untergegangen sind, haftet Antworten ein Bezug zur Gegenwart an. Und der ist von einem anderen Gewicht als Aussagen über ohnehin Offensichtliches, auch wenn sie zu „Erkenntnissen“ oder „Eingeständnissen“ aufgeblasen werden – wie etwa die „Anerkennung“ von seit langem gerichtsnotorisch Gemachtem vom Typ „Deutsche haben den Holocaust begangen“. Derlei kann nur vor einem Hintergrund aus Desinteresse, Gleichgültigkeit, Verdrängung, Abwendung und Leugnung als aufrichtig und bekenntnishaft erscheinen.

Die banale Aussage „Deutsche haben den Holocaust begangen“ bedient aber auch einen anderen Zweck. Sie ebnet den höchst unterschiedlichen Grad von Beteiligung und Verantwortung ein.

Das tun ebenso Formulierungen wie die von „einer Gesellschaft, die in ihrer Gesamtheit in den Mord an den Juden verwickelt“ gewesen sei oder in der jeder zumindest indirekt von „Arisierungen“ profitiert habe.[2]

Bedenkt man den Rang, den die Frage nach der Verursachung von Ereignissen und Entwicklungen für den Gewinn eines tiefenscharfen Geschichtsbildes besitzt, dann verwundert, dass im Hinblick auf den Holocaust darüber vergleichsweise wenig geforscht, publiziert und gestritten wird. Seit Jahrzehnten finden zur Geschichte des Massenmordes an den europäischen Juden Konferenzen, Symposien, Kolloquien mit interdisziplinärer Anlage und internationaler Beteiligung statt.

In der Bundesrepublik besitzt eine 1984 in Stuttgart abgehaltene Konferenz besonderen Erinnerungswert. Sie befasste sich mit der damals noch heiß umstrittenen Frage nach der „Entschlussbildung“, also dem Weg zu der Entscheidung, die das Verbrechen in Gang setzte. Die Teilnehmer diskutierten, wann der definitive Entschluss gefallen sei, die Juden „auszurotten“, und wer an der Entschlussfindung und -fassung beteiligt gewesen sei. Über eine vergleichbare Veranstaltung, die sich mit der Frage „Warum?“ befasst hätte, ist nichts bekannt. Dabei hätte diese sicher zum „deutschen Programm“ zu gehören.

Die Historiker hierzulande sind dafür zuständig, denn die Antworten liegen jedenfalls in der Geschichte des Reiches und nicht in der eines anderen europäischen Staates. Das wird angemerkt, weil es in der Tat Versuche gibt, die Frage zu exportieren, ein in der Geschichtswissenschaft nicht so ungewöhnliches Verfahren. In diesem Falle jedoch hat sich die Mehrheit der Forscher darauf nicht eingelassen.[3]

Die Frage nach dem „Warum?“ des Massenmordens, dessen Opfer vor allem europäische Juden, aber auch Angehörige osteuropäischer Völker sowie Sinti und Roma und auch Behinderte wurden, besitzt zwei Aspekte. Der eine lautet: Warum sollten die Juden Europas und andere Menschengruppen ermordet werden?

Kollektivschuldthese

Eine solche Frage zielt mithin auf die Motive und Antriebe derer, die das Verbrechen ersannen, planten, befahlen und es in Gang hielten. Zu ergründen ist, ob sie Ziele verfolgten, die über bloße Vernichtung hinausreichten – und welche, wenn es sie denn gab, das waren.

Und eine weitere Frage könnte, sollte, müsste lauten: Warum konnte der Vorsatz, die Juden Europas zu vernichten, so weitgehend verwirklicht werden?

Diese Frage richtet sich auf die Ermittlung der Täter- und Mittäterscharen und die Voraussetzungen und Bedingungen für deren Formierung und Einsatz. Sie schließt auch die nicht direkt Beteiligten ein, war deren Stillhalten doch eine Bedingung für die Aktionsfreiheit der Mordenden.

Damit wird nach Gründen für Tun und Unterlassen gefragt, aber auf anderer Ebene, denn die Motive, Antriebe und Ziele der Planenden und Befehlenden an der Regimespitze konnten, aber sie mussten mit denen der Ausführenden nicht identisch sein. Denn unter den Mordenden vor Ort befanden sich stumpfe und dumpfe Befehlsempfänger, die heute den und morgen jenen „Feind“ niederschossen.

Während der erste Aspekt zu einer Minderheit von Personen führt, richtet sich der zweite auf die Haltung von Hunderttausenden und Millionen. Nicht wenige Publizisten subsumieren sie – wie erwähnt – vorzugsweise unter den Begriff „Deutsche“.

Täter, Mittäter und untätige Zeitgenossen, die allesamt Deutsche waren und sich durch nichtdeutsche Kollaborateure verstärkten, als „die Deutschen“ zu bezeichnen, kann auch in der Absicht geschehen,

---

2 Mariam Lau: Der Holocaust als Erbsünde, Die Welt, 28.10.2003

3 Die Methode des Exports ist denkbar einfach. Es wird behauptet, die Steigerung des Antisemitismus bis zu jenem Judenhass, der in den Massenmord mündete, sei Resultat einer Aufgipfelung von Antibolschewismus (Antikommunismus) und Antisemitismus. Ohne die Revolution in Russland 1917 wäre es nie zu einem so mörderischen Hass gegen das seitdem als „bolschewistisch“ zusätzlich verteufelte Judentum gekommen. Die so konstruierte Ursachenkette endet, wo sie enden soll: bei Lenin und seiner Partei der Revolutionäre.

das Fragen aus dem Dickicht des Allgemein-Menschlichen „Warum können Menschen so etwas tun?“ und sich daran anschließenden Erörterungen über „das Gute und das Böse im Menschen“ herauszuführen. Es kann die Täterfrage in einem ersten Schritt konkretisiert, gleichsam „nationalisiert“ werden.

Folgen dem weitere in die deutsche Geschichte – wird in ihr nach Voraussetzungen für das Geschehen in den Jahren 1941 bis 1945 geforscht – so besitzt das Vorgehen unstreitig Berechtigung. Verliert es sich jedoch in Spekulationen über den „deutschen Nationalcharakter“, ist der nächste Holzweg erreicht.

Fragwürdig ist bei der Gegenüberstellung von Opfern und Tätern schon die Konfrontation von Juden und Deutschen.

Unter den Hingemordeten befanden sich Hunderttausende jüdische Menschen, von denen ein Vorkämpfer der Assimilation der Juden in den deutschen Staaten schon im Vormärz gesagt hatte: „Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein anderes.“ Diesen jüdischen Deutschen, religiös an den Glauben der Väter gebunden oder nicht, sollte nicht – nach den deutschen Faschisten ein zweites Mal – ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation abgesprochen werden. Auch jenen nicht, denen sie unter der Last der unerwarteten Verfolgungen zweifelhaft geworden war.

Und es sollte nicht außer Betracht und Bewertung bleiben, dass zum Holocaust auch die Ermordung Deutscher durch Deutsche gehörte, jüdischer Deutscher durch getaufte Deutsche. Und – zweitens – gab es Deutsche, eine Minderheit nur, Antifaschisten und Hitlergegner unterschiedlicher politischer Richtungen, aber auch Leute, die sich nicht um den menschlichen Anstand hatten bringen lassen, die das Regime bekämpften, das Morden verurteilten, Solidarität mit den Verfolgten übten. Was ist mit deren Nationalcharakter und Zuordnung? Waren sie, wie die Nazis behaupteten, dieses Charakters durch „Juden“, namentlich durch „jüdische Bolschewisten“, beraubt und folglich „verjudet“? Sie verdienen nicht, in Geschichtsbildern der Deutschen „vergessen“ zu werden.

Täterbiographien

Schon ein flüchtiger Blick in Bibliographien der Holocaust-Literatur lässt erkennen, dass der zweite der beiden genannten Aspekte (Warum konnte das Verbrechen verübt werden?) seit mehr als einem Jahrzehnt ein bevorzugtes Thema wissenschaftlicher Untersuchungen bildet. Wer waren die Angehörigen der SS-, der Polizei- und Wehrmachteinheiten, wer die lettischen, ukrainischen und anderen Kollaborateure? Wer die Naziautoritäten vor Ort, die das Ausrottungs-“Programm“ verwirklichten? Was trieb sie an?

Demgegenüber trat das Interesse für die „Programmatiker“ und Lenker des Mordens an der Regimespitze in den Hintergrund. Über Hitler, Himmler, Rosenberg, Heydrich, Eichmann, Franz Novak, Dieter Wisliceny, Rudolf Höß liegen Biographien vor. Die sie betreffenden Fragen schienen abgearbeitet. Was ist mit der minutiösen Rekonstruktion der Wege und Taten der Mörderschwadronen erreicht worden? Ungemein bereichert wurde das Wissen darüber, in welchem Umfange die Initiativen von Judenmördern in den eroberten Städten, Regionen oder ganzen Staaten den Ablauf der Verbrechen und den „Erfolg“ der Täter und Mittäter beeinflussten. Nachgewiesen ist, dass lokale und regionale Interessen, auch der bloße Ehrgeiz von Personen das Ausmaß des Tötens vorantreiben konnten, während anders gerichtete Interessen es zeitweilig abzubremsen vermochten. Wir wissen, dass die Vorantreibenden gegenüber Vorgesetzten und Untergebenen nicht verlegen waren, ihr eigenmächtiges Vorgehen zu begründen.

Kurzum: Das Geschichtsbild, das uns die grausige Vorstellung von den Verbrechen, der Rolle der Täter und dem Ende der Opfer gibt, hat an Realitätsnähe gewonnen. Das ältere, das den Ablauf auf bloßes Erteilen und Befolgen von Befehlen aus der Reichshauptstadt und dem Führerhauptquartier deutete und in seinen frühen Fassungen noch stark von den apologetischen Bemühungen der Täter („Befehl ist Befehl“) geprägt war, liegt bei den Akten.

Doch – auch das ist im Gang wissenschaftlicher Forschungen nicht ungewöhnlich – das Neugefundene wurde mitunter überinterpretiert. Der Holocaust erschien nun als ein aus einer Masseninitiative und aus spezifischen Situationen spontan hervorgegangenes Verbrechen. Das Pendel war – wiederum – nach der entgegengesetzten Seite ausgeschlagen.

Dazu trug bei, dass anfängliche Erwartungen sich nicht erfüllten, in Archiven Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und baltischer Staaten würden sich Dokumente finden, die Rückschlüsse auf zentrale Entscheidungen zuließen. Zudem hatte sich die Entschlussbildung an der Regimespitze – 1984 Gegenstand des erwähnten Kongresses – auch auf anderen Wegen nicht lückenlos rekonstruieren lassen. Gleiches gilt für die Befehlslinien aus der Zentrale „nach unten“.

Doch wie viele Tatsachen auch bekannt wurden und noch zutage kommen werden, die beweisen, dass lokale und regionale Massaker auf Entscheidungen von Machthabenden vor Ort zurückgingen – sie alle handelten in einem ihnen vorgezeichneten Rahmen. Diese Faschisten waren sich bewusst, dass sie, was sie taten und verbrachen, nicht nur mit ausdrücklicher Billigung, keineswegs nur in der Gewissheit der schweigenden Zustimmung der höchsten Führung, verrichteten, sondern in allerhöchstem Auftrag. Diese Gewissheit beruhte auf Erfahrungen aus den Vorkriegsjahren. Schon damals waren die Akteure – ob sie nun in Amsterdam oder Paris, in Kiew oder Athen befahlen – darauf trainiert worden, sich strikt an die Weisungen der Führungsgruppe des Regimes zu halten. Die hatte 1933 Judenverfolgung und -vertreibung und 1941 den Judenmord in Gang gesetzt und deren jeweiligen Platz im Rahmen der Gesamtpolitik bestimmt. Da ließ sich namentlich Hitler von niemandem hineinreden. Diese Politik und das mörderische Projekt, in dem sie gipfelte, entglitten niemals der Kontrolle der Machthabenden. Zu keinem Zeitpunkt gerieten sie in die Rolle jener Figur, welche die Geister gerufen hatte und ihrer dann nicht mehr Herr wurde.

Welchen Platz aber besetzten die Judenverfolgung und dann das Judenmorden in den politischen Tages- wie in den Zielkoordinaten der Machthaber? Welchen in der von den Faschisten „Kampfzeit“ genannten, welchen in den Jahren 1933 bis 1938 und welchen danach? Für die Zeit der Vertreibung, die im Jahr der Machtübergabe einsetzte und bis in die ersten Kriegsjahre hinein dauerte, als aus dem Strom der Flüchtenden ein Rinnsal wurde, ist das nicht rätselhaft. Deutschland sollte erklärtermaßen „judenfrei“ werden, wobei durch die Ausplünderung der Vertriebenen ein Reibach gemacht wurde, der die Rüstungskasse auffüllte. Die Regierenden prüften und erprobten Vor- und Nachteile ihrer „Judenpolitik“, verschärften oder verlangsamten ihr Vorgehen nach Zweckmäßigkeitserwägungen.

Nutznießer

Sie verfolgten dabei unbeirrt das Ziel, auch den letzten Juden aus dem Reich zu treiben, wohl wissend, dass ihnen ein Rest vor allem alter Menschen bleiben würde, und also erörternd, wie und wovon die bis zu ihrem Tode alsdann unter „Ariern“ lebenden Juden ihren Unterhalt bestreiten würden. Die Nutznießer dieser Etappe sind ermittelt. Sie reichen von kleinen Lebensmittelhändlern, die ihre Konkurrenz loswurden, bis zu den Großverdienern der „Arisierung“ von Betrieben, Banken, Warenhäusern, Immobilien aller Art, von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern und Lehrern, für die Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten freigemacht wurden, bis hin zu Käufern von Villen und komfortablen Wohnungen, deren bisherige Bewohner in sogenannten Judenhäusern zusammengepfercht wurden. Die Aufzählung ist unvollständig.

Und selbstredend sammelten die Machthaber auf diesem Pfad unter Judenfeinden verschiedener Couleur Sympathisanten. Diese mehrfache Nutznießung entstand nicht nur als willkommenes Neben- oder Abfallprodukt exekutierter Ideologie. Sie war kalkuliert und besaß in den Judenverfolgungen vergangener Jahrhunderte ihre Vorläufer. Sie waren als Herrschaftsinstrumente wie als Quelle der Bereicherung erprobt und brauchten den veränderten Zeiten nur ein- und angepasst zu werden.

Ideologische, politische und materielle Antriebe bildeten in der 1933 einsetzenden Etappe der Vertreibung ein Geflecht. Ihr jeweiliger Anteil am Geschehen ist nicht zu quantifizieren. Doch dass sich die Antisemiten an der Staatsspitze mit ihrer judenfeindlichen Politik einzig und allein ideologisch befriedigt gesehen hätten, ist Legende. Görings Rede am 12. November 1938, mit der er die letzte

unverhüllt räuberische Etappe der „Arisierungspolitik“ einleitete und verlangte, das letzte Schmuckstück aus jüdischem Eigentum herbeizuschaffen, zeigt, welche Erbschaft die faschistischen Machthaber auch hier angetreten hatten.

Doch so wenig einzig die judenfeindliche Ideologie den Treibstoff der Verfolgungen abgab, so wenig sind Diffamierung, Drangsalierung, Demütigung, Beraubung und Vertreibung denkbar ohne Rolle der Ideologie, ohne Vorurteile, ohne abstrus-groteske Bilder von der Rolle der Juden, ohne Arierwahn und tiefe Hassgefühle, ohne die Kampfstellung gegen die humanitären Ideen der Aufklärung. Die Judenfeindschaft der Faschisten war nicht nur vorgetäuscht, nicht nur Instrument zur Rechtfertigung ihrer Politik, sie wurzelte in ganz unterschiedlich zustande gekommenen widerwissenschaftlichen Überzeugungen.

Diejenigen, die die Judenverfolgung in Gang setzten und vorantrieben, mögen als einzelne höchst unterschiedlich motiviert gewesen sein, der Mischungsgrad von Irrationalismus und Rationalismus, von Wahn und Kalkül mag sich von Judenfeind zu Judenfeind unterschieden haben. Aufs gesellschaftliche, also faschistische Ganze gesehen, wirkte indessen beides ineinander, konnte der Wahn das Kalkül und dieses jenen verstärken.

junge Welt, Sonnabend, 21.01.2017, S. 12.

Irrationale Beweggründe?

Vorabdruck. Die Geschichte des faschistischen deutschen Massenmords an den europäischen Jüdinnen und Juden ist breit erforscht. Die Motivation aber beschäftigt die Historiker nur am Rande. Über die Frage nach dem „Warum?“ (Teil 2 und Schluss)

Für die Phase der Vertreibung sind die Geschichtsbilder der Holocaustforscher nicht so weit voneinander entfernt. Niemand kann angesichts der Quellen bestreiten, dass die judenfeindliche Politik mit nüchternen politischen und ökonomischen Rechnungen einherging.

Scharf unterscheiden sich die Bilder aber, wenn vom Übergang in die zweite Etappe – die des Mordens – und ihrer Bewertung gehandelt wird. Als die erreicht war, so eine verbreitete Behauptung, triumphierte die Ideologie, hinter der angeblich jede rationale Erwägung zurückzutreten hatte. Von da an hätte der reine Widersinn die Herrschaft angetreten, und ein Verbrechen ohne Sinn und Nutzen hätte seinen grausigen Anfang und Fortgang genommen.

Wo diese Interpretation regiert, wird durchaus zugestanden, dass Nutzenkalküle an Orten, an denen Juden in die Gewalt der Eroberer gerieten, noch angestellt wurden. Durch sie konnte Beschleunigung oder Verlangsamung des Mordens bewirkt werden. Letztere vermochte in seltenen Fällen den zum Tode Bestimmten das Leben zu erhalten. Doch sind ebenso genügend andere Tatsachen bekannt, die gerade vom Gegenteil zeugen. Gruppen von Juden wurden niedergemacht, obwohl Personen und Institutionen der Besatzer sie zunächst für ihre Zwecke verwenden und daher noch leben lassen wollten. Solche Beispiele stehen dafür, dass das Endziel über Teil- und Zwischenziele obsiegte.

Hieraus wurde von Historikern geschlussfolgert, im Ganzen gelte, dass der Massenmord an den europäischen Juden ohne rationale Erwägungen und gegen sie geschah. Zum Beweis dessen werden mehrere Argumente vorgetragen. Eines lautet, es seien massenhaft Arbeitskräfte umgebracht worden, was in Zeiten ihres Mangels rational nicht erklärt werden könne.

Diese These verknüpft sich übrigens mit der sich daran anschließenden, wonach der Judenmord geradezu der Beweis sei, dass das Naziregime über den Kapitalismus hinausgelangt wäre, welcher Arbeitskräfte brauche, nutze, ausbeute, aber nicht vernichte.

Damit, dies ein weiterer Schluss, sei auch das marxistische Verständnis des Faschismus insgesamt blamiert. Das Starargument, das den Widersinn geradezu sinnfällig machen soll und weiteste Verbreitung fand, besagt, der Judenmord habe selbst vor den Kriegs- und Wehrmachtsinteressen Vorrang besessen, und das würde bewiesen durch den Aufwand an Transportkapazität für den Herantransport der Opfer zu den Mördern. In äußerster Zuspitzung ist behauptet worden, das Regime hätte schließlich, da es den Kriegssieg nicht zu erreichen vermochte, wenigstens den „Krieg gegen die Juden“ total gewinnen wollen.

Nicht belegbare Thesen

Beide Thesen stehen auf tönernen Füßen. Das erste Argument unterstellt ein prinzipielles Interesse kapitalistischer Gesellschaften an Menschen, die sich als Arbeitskräfte verwenden lassen. Das ist aber, wie etwa ein Blick in die Geschichte des Kolonialismus zeigt, nicht der Fall. Dieses Interesse war stets eingeschränkt auf die kurz- und mittelfristig verwertbaren Kräfte, nie auf alle Menschen, welche die Eroberer in ihre Hand brachten.

Das zweite lässt sich im direkten Nachweis widerlegen. Dass der Entzug von Lokomotiven, Waggons und Schienenwegen zu Ungunsten der Kriegszwecke erfolgt sei, gehört schlicht in das Reich der Legenden.

Verfechter der These von der Sinn- und Nutzlosigkeit des Judenmordes räumen mitunter ein, dass der Antisemitismus, selbst in seiner mörderischen deutsch-faschistischen Ausprägung, für sich allein genommen das Verbrechen nicht zu erklären vermag. Was aber dann? Was muss – zumindest noch – bedacht, in die Analyse aufgenommen werden? Die Antwort lautet: das gesamte Weltbild der Machthaber, ihre Vorstellungen vom Erdball oder großen Teilen davon nach ihrem Kriegssieg.

Die nächste Frage ist dann, wie dieses Weltbild – manche sprechen von einer Utopie, andere von einer Vision – beschaffen war, wie es zu beschreiben ist und welche Bodenberührung es besaß? Anders ausgedrückt mündet diese Fragereihe, wenn sie nicht, was freilich vielfach geschieht, abgebrochen, sondern konsequent verfolgt wird, doch wieder darein, ob es sich bei diesen Zielvorstellungen der deutschen Machthaber um Hitler nicht um ein Produkt, eine Mischung handelte, die aus Irrationalem und Rationalem hervorging – und worin rationale Elemente und Faktoren bestanden.

Letztere lassen sich aus den Quellen entnehmen. Je mehr im Verlaufe des Krieges an Menschen und Ländereien und Reichtümern erobert und zusammengeraubt wurde, desto schärfer stellte sich das Problem der Bedingungen ihrer Beherrschung und „Verwertung“ (Ausbeutung). Hitler sprach – oft zitiert – davon, dass man den Kuchen handlich zerteilen müsse. Erörtert wurde – was angesichts des zunehmenden Partisanenkampfes nahelag –, wie Aufstände militärisch niederzuschlagen waren. Und in diesem Zusammenhang wurde, wie bekannt, bereits vor dem Eroberungszug zur Zerschlagung der Sowjetunion die Frage gestellt, wie viele „überflüssige“ Menschen (Esser!) sich im deutschen Einflussgebiet befinden würden, und was mit ihnen geschehen solle?

Als solch „unnütze Esser“ wurden die Juden im Reich bereits angesehen, bevor es zu Ausarbeitungen wie der Grünen Mappe und dem Generalplan Ost kam. (Die sogenannte Grüne Mappe wurde auf Weisung von Hermann Göring im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion vom Wirtschaftsführungsstab Ost im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan ausgearbeitet.)

In den Zielvorstellungen vom germanischen Weltreich flossen reale Macht- und Ausbeutungsinteressen (Kohle, Erze, Erdöl, Lebensmittel) zusammen mit der Ideologie vom „Herren“- und „Untermenschen“, die dieses expansive imperialistische Projekt der Weltvorherrschaft nicht aus dem Nichts neu schuf, sondern seine älteren Bilder „nationalsozialistisch“ umprägte.

Um es noch einmal zu sagen: Ohne ideologische Voraussetzungen und Dispositionen konnte der Massenmord an den europäischen Juden nicht beschlossen und in Gang gesetzt werden. Diese Voraussetzungen erschöpfen sich geistig nicht im Antisemitismus. Zu ihnen gehört eine weithin menschenfeindliche Ideologie, deren Verfechter und Anhänger die Ideen der Aufklärung strikt ablehnten. Es bewahrheitete sich, dass eine Ideologie, wenn sie von Massen Besitz ergreift, zur materiellen – in diesem Falle zur mörderischen – Gewalt werden kann.

Bürgerlicher Boden

Wahn und Kalkül gingen im Massenmorden eine Verbindung ein, und beide waren auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsen. Den Holocaust als einen „Rückfall in die Barbarei“ vergangener Jahrhunderte anzusehen, verortet das Geschehen falsch. So stark die Geschichte der nazistischen Judenverfolgungen an Vorgänge früherer gesellschaftlicher Systeme erinnern mochte – sie entsprang ursächlich den gegenwärtigen Zuständen und orientierte sich auch an ihrem Endpunkt auf Zukunftsvisionen, nicht an Vergangenheitsbildern aus voraufklärerischen Zeiten. Das „Großgermanische Weltreich“ – ein Staat ohne Juden und nicht nur ohne sie, sondern auch ohne andere als unbrauchbar und überflüssig geltende Menschengruppen – war nach allen Planungen und, was Hitler angeht, auch Versprechungen an die Führer der deutschen Industrie, kein mittelalterliches, sondern ein kapitalistisches Gebilde. In ihm sollten die deutschen Arbeiter unter allen Ausgebeuteten weitaus am besten leben, belohnt für ihre Rolle als unentbehrliche Helfer bei der Auspowerung der „Fremdstämmigen“, worauf ein Teil von ihnen schon während der Kriegsjahre eingeübt worden war.

Der Zusammenhang von Judenmord und Kapitalexistenz mit den daraus hervorwachsenden Tendenzen und Interessen ist nur aus der Analyse der tatsächlichen Bewegung und Zielorientierung des Regimes als Ganzes zu erschließen. Nur die blutigen Spuren einzelner industrieller oder Bankunternehmen zu verfolgen vermag die Frage nach dem „Warum?“ nicht zu klären.

Die Geschichte von Vorteilsnahmen, Gewinnen und Profiten der „arischen“ Kapitaleigner ist lang. Sie setzt 1933 unblutig ein, und da auch noch den juristisch fixierten Spielregeln folgend: Mitglieder von Aufsichtsräten und Vorständen werden, wenn sie als Juden gelten, aus den Gremien entfernt und

abgefunden und haben ihre Plätze für Nichtjuden freizumachen. Alsbald folgten die nicht ausgelassenen Bereicherungsmöglichkeiten, die sich ergaben, weil Juden ihr Eigentum unter dem wachsenden Verfolgungsdruck losschlugen. Die letzte Stufe dieses Prozesses wird bezeichnet durch die buchstäbliche Aussaugung der Lebenskräfte der in KZ und Vernichtungslager deportierten Juden durch ihre Ausbeutung als billigste Arbeitskräfte. Diese Geschichte belegt für Kapitaleigner und Manager, was für das Regime insgesamt gilt, deren rasch fortschreitende Verrohung bis zur Barbarisierung.

Der Zusammenhang zwischen Kriegszielpolitik, „Endsieg"-Vorstellungen und der sozialökonomischen Basis, aus der sie hervorgingen, ist mit dem Verweis auf die skrupellos erzielten Profite jedoch nicht enthüllt. Der Judenmord, das am weitesten vorangetriebene Verbrechen, das auf der Schwelle zum „Endsieg", welche die Machthaber schon überschritten glaubten, begonnen wurde, verwies in die „Nach-Endsieg-Zeit". Das Verbrechen war – und das nimmt ihm von seiner Ungeheuerlichkeit und Einzigartigkeit nichts – gemessen an den Planungen der deutsch-faschistischen Imperialisten ein Vorspiel.

Diese nüchterne Sicht setzt sich dem Verdacht aus, das Andenken der Opfer zu schmälern, zu beschädigen. Mitunter war zu hören: Für die Opfer sei es schließlich ganz und gar gleichgültig, warum sie umgebracht wurden. Sie seien tot und zu betrauern, und sezierende Analysen beschädigten nur die Fähigkeit des Gedenkens und des Trauerns. Nach meiner Überzeugung gibt es keinen anderen Weg, diesem Andenken an die Opfer gerecht zu werden, als eben den Versuch, dem Geschehenen auf den Grund zu gehen und stabile Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es nicht wieder geschieht – das ist die einzige mögliche Form der Wiedergutmachung.

Die Forderung, den „Hitler in uns" zu suchen, mag gut gemeint sein und auf das gleiche Ziel sich richten. Sie erweist sich aber als geeignet, von den gesellschaftlichen Zuständen und den aus ihnen erwachsenen Verursachungen wegzulenken. Und sie führt in das individual- psychologische Dickicht. Das ist nicht die Aufgabe des Historikers.

Als die frühesten Kunden vom Massenmord an den europäischen Juden in Staaten der Antihitlerkoalition gelangten, war die erste Frage nicht die nach dem Warum. Sie lautete einfach und mit jeder neuen Nachricht bedrängender: Was geschieht da eigentlich?

Fehlendes Gesamtbild

Diejenigen, die sie sich stellten, waren Mitarbeiter hochgeheim tätiger militärischer Stellen, beschäftigt mit dem Knacken verschlüsselter Funksprüche. Der Erfolg dieser Fachleute brachte die ersten Informationen über Massaker, die von den Eroberern unter Juden in besetzten Gebieten der Sowjetunion verübt worden waren. So wurden Orte, Zeiten und Opfer des Tötens bekannt. Damit entstanden vor der Phantasie der Empfänger und derjenigen, denen die entschlüsselten Texte zu Gesicht gebracht wurden, grausige Bilder – andere, als sie der Krieg bis dahin schon massenhaft geboten hatte. Doch fügten sie sich – nicht nur, weil nicht alle aufgefangenen Nachrichten in Klartexte übersetzt werden konnten – zu keinem Gesamtbild.

Zum einen war das Verbrechen eben erst in Gang gebracht worden. Zum anderen: Wer wollte selbst aufgrund sich summierender Meldungen, die im Kern gleichen Inhalts waren, glauben, dass die Deutschen begonnen hatten, den Vorsatz zu verwirklichen, in ihrem Machtbereich die Juden auszurotten? Männer und Frauen, Greise und Kinder, Gesunde und Kranke, Intelligente und Schwachsinnige – ausnahmslos alle. Wer die Nachrichten so interpretiert hätte, wäre womöglich selbst krankhaft-grausamer Phantasie geziehen worden. Und dennoch: Eben das geschah.

Zunächst erhob sich also die Frage nach dem Ausmaß des Geschehens und seiner Tendenz. Schon sie ließ sich zunächst nicht sicher beantworten. Dann aber verdichteten sich die Informationen. Sie gelangten auf unterschiedlichen Wegen aus dem faschistischen Machtbereich heraus. Die Forschung hat sie heute nahezu vollständig rekonstruiert. So wissen wir, was, durch wen, über welche Stationen und wann zu Personen und an Stellen gelangte, die fähig waren, zivile und militärische Machtzentren der Staaten der Antihitlerkoalition zu informieren und das auch taten.

In der Sowjetunion, wo die Wege von den Mordstätten im besetzten Gebiet bis nach Moskau vergleichsweise kurz waren, die Nachrichten aber eine Frontlinie zu überwinden hatten, an der ein verbissener Kampf tobte, sorgten vor allem Partisanen dafür, dass die Massaker zur Kenntnis der staatlichen Zentralen gelangten, welche die Verteidigung planten und leiteten. Darüber wissen wir noch am wenigsten.

Gleiches gilt für die Informationen, die jene mitbrachten, die den Mördern entkommen waren. Sie bezeugten das tagtägliche Morden der Faschisten, deren Opfer Juden ebenso wie Nichtjuden waren. Doch mit der Verdichtung der Nachrichten, die auf ein systematisches Morden hindeuteten, das dann aufgrund der Kenntnis von der Existenz des Vernichtungslagers Auschwitz zur Gewissheit wurde, ergaben sich weitere Fragen. Unabweisbare. Was sollte mit dem gewonnenen Wissen geschehen? Sollte es amtlich bekanntgemacht werden? Und wenn ja, welche Worte müssten dann verwendet werden, wenn von den Verbrechen berichtet würde? Welche Reaktionen würde die Nachricht hervorrufen, beispielsweise unter kämpfenden Soldaten und Offizieren, nicht nur den jüdischen?

Wichtiger aber noch war die zweite sich anschließende Fragengruppe: Ließ sich dieses Morden auf andere Weise beenden als durch die rasche militärische Niederwerfung der Staaten der faschistischen Koalition und deren Kernmacht Deutschland? War es vorher möglich, einem Teil der Bedrohten Fluchtwege zu öffnen? Würde eine öffentliche Warnung, gerichtet an die deutschen Mörder – etwa die Androhung ihrer späteren Bestrafung – diese zum Einhalten bewegen, oder würde sie das nur noch entschlossener vorantreiben? Gab es andere Druckmittel, die Entscheidungen der deutschen Führungsclique zu beeinflussen, etwa indem man die Zerstörung einzelner deutscher Städte zum Revancheakt erklärte – eine Kriegshandlung, die freilich ohnehin geschah? Ließen sich Einrichtungen durch den Einsatz der Luftwaffe zerstören, welche die Mörder geschaffen hatten, um die Untat mit höchsten Erfolgsquoten zu verrichten?

Alle diese Fragen sind später von der Forschung und der historisch-politischen Kritik aufgenommen und wieder gestellt worden – dann im Wissen um das Ausmaß des Verbrechens und also drängender noch als zum Zeitpunkt, als sie zum ersten Mal aufgeworfen werden mussten. Erörtert wurde, ob die gewonnenen Informationen überhaupt konsequent ausgewertet und zu einem Bilde zusammengeführt wurden, das zur Grundlage angemessener Entschlüsse hätte werden können. Das betraf die generellere Frage, welchen Platz das damals Gewusste besetzte, als die Entscheidungen über die Strategie und Taktik der Alliierten fielen.

Umstritten waren rückblickend schon die Reaktionsmöglichkeiten. Gefragt wurde nach den Verantwortlichen für Tun und für wirkliches oder vermeintliches Unterlassen. Es steht auch heute nicht zu erwarten, dass die unterschiedlichen Antworten und Positionen sich einander auch nur näherten. Dazu sind nicht nur – nach wie vor – zu viele Emotionen beteiligt. Es existiert vor allem die Schwierigkeit, sich in eine Situation zurückzudenken, als etwas geschah, was selbst die Mörder in den Planungs- und Schaltstellen des Judenmords noch wenige Jahre zuvor nicht für möglich, d. h. selbst nicht für machbar gehalten hatten.

Vom eigenen Denk- und Wissenshorizont auf den Horizont früherer Generationen zurückzugehen und sich davon auch nur eine annähernd richtige Vorstellung zu machen, ist immer schwierig. Da lauern Vorwürfe, die nicht einer allgemein moralischen Berechtigung entbehren mögen, wohl aber sich historisch nicht legitimieren können. Dies zu sagen, bedeutet nicht, alles für angemessen zu halten, was entschieden oder getan wurde.

Minutiöse Rekonstruktion

Heute wissen wir nicht nur, was geschehen ist. Der Ablauf der grausigen Ereignisse wird von der zweiten und dritten Generation von Forschern, die sich mit dem „Holocaust“ befassen, minutiös rekonstruiert. Die Gesamtzahl der Opfer ist mit akribischen Methoden eingegrenzt worden. Die Namen der Getöteten werden in dem Wissen erfasst, dass sich deren schier endlose Listen auch nicht annähernd vervollständigen lassen werden. Jedoch haben viele Tote durch Erinnerungen, Dokumente, Biographien, Fotografien auch für die Nachwelt Namen und Gesicht erhalten. Die Liste der Orte, an

denen die Untaten geschahen, wird insbesondere durch Forschungen in Osteuropa unausgesetzt vervollständigt. Die Erfassung der Täter und Tätergruppen, der Deutschen wie ihrer Kollaborateure, ist weit vorangeschritten.

Das Wissen vom Beginn und der Ausweitung der Vernichtung, das die nichtjüdischen Deutschen besaßen – ein in der Bundesrepublik Deutschland unter den Zeitgenossen, aber auch unter Nachgeborenen besonders umstrittenes Thema –, wurde dokumentiert, wenngleich die dafür nutzbaren Quellen besonders dürftig sind, denn dieses Wissen hat naturgemäß nur wenig schriftlichen Niederschlag gefunden.

Die insgesamt viel zu wenigen Helfer – ihre Zahlen unterscheiden sich von Land zu Land erheblich –, die den bedrohten Menschen beistanden und zu deren Lebensrettern wurden, haben ihren Platz in der Literatur ebenso gefunden wie die anderen, die den Faschisten durch zufällige Denunziationen oder systematische Spitzeldienste zur Mörderhand gingen. Das „Was“, das „Wie“, das „Wo“, das „Wer“ sind in die verschiedenen Fragerichtungen hin weitgehend, wenn auch nicht lückenlos, beantwortet. Immer stärker aber trat in das Zentrum des Forschens die Frage „Warum“, deren Entstehen schon auf die Zeit zurückgeht, da ein annäherndes Gesamtbild des Geschehenen, jedenfalls was dessen Resultat betraf, gewonnen war. Das Fragen knüpfte sich an die unvorstellbare Zahl: sechs Millionen. Von ihr war bereits während der Verhandlungen des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses gesprochen worden. Die Formulierungen lauteten: Wie konnte es geschehen? Wie war es möglich?

Das meinte und meint zweierlei: Wie konnte aus einer abstrakten Möglichkeit eine reale Möglichkeit werden? Und: Wie wurde aus dieser Möglichkeit die Wirklichkeit des Barbarentums?

Auch diese Fragen lassen sich aufteilen. Eine besetzt gegenwärtig den Mittelpunkt des Forschens: Was waren das für Menschen, die eines solchen Verbrechens fähig waren, es ersannen, planten, organisierten, ausführten, seine Ergebnisse registrierten, es vor ausgesuchtem Kreis bekanntgaben, rechtfertigten, ja sich seiner gar rühmten und es zugleich vor der Masse der eigenen Landsleute und vor dem Ausland zu verheimlichen und zu vertuschen suchten? Was beherrschte ihr Denken? Was prägte ihre Gefühlswelt – ein Begriff, der zu ihrem Handeln genaugenommen nicht passt. Was ließ sie zu Massenmördern und also das vordem unvorstellbar Gewesene möglich und wirklich werden?

Dazu äußern sich Historiker, Philosophen, Psychologen und weitere Experten immer wieder. Das Spektrum ihrer Antworten ist weit, wie etwa die leidenschaftlich geführte Debatte um die These verdeutlichte, die den Deutschen eine historisch vorgeprägte nationale Hinneigung zu einem Antisemitismus nachsagte, der „eliminatorisch“ genannt wurde.

Die Frage „Wie konnte es geschehen?“ steht der Frage nach dem Warum am nächsten. Hat sich jene auf die kollektive Geschichte der Tatbeteiligten und Tatzeugen im weitesten Sinne konzentriert und damit in gewisser Weise auch verengt, so zielt diese auf die Zwecke und Ziele, die denen vor Augen standen, welche das Morden beschlossen, planten und ins Werk setzen ließen. Da individuelle Mord- und Rachegelüste als hinreichende Erklärungsgründe ausscheiden, muss sich das Forschen auf die gesellschaftlichen Ursprünge und Interessen richten. Dagegen ist die Behauptung gesetzt worden, es wäre dieser „Holocaust“ vollkommen sinn- und ziellos geschehen. Er stelle ein einzigartiges Geschehen dar, das sich jedem derartigen Fragen verschließe.

Notwendige Historisierung

Wer das akzeptiert, nimmt das Verbrechen im Grunde aus der Geschichte heraus und fordert von der Wissenschaft, die sich mit dem Herkommen und der Entwicklung des Menschengeschlechts bis auf unsere Tage befasst, dass sie abtritt, ihr Unvermögen bekennt, ihren Bankrott erklärt – jedenfalls in diesem einzigen Falle. Was diesen anlangt, mögen sich die Historiker auf das Niveau ihrer fernen Anfänge zurückbegeben, sich als Chronisten genügen und damit zufriedengeben, zu beschreiben und zu beklagen, was geschah.

Darauf konnte sich die Historiographie aber doch nicht insgesamt einlassen. Schon allein nicht aufgrund ihres Selbstverständnisses und des Ranges, den sie im Gefüge der Wissenschaften beansprucht.

Denn es handelt sich ja nicht um das Eingeständnis eines „Wir wissen es noch nicht“, sondern um das „Wir können und werden es nicht wissen“.

Historiker haben die Frage nach dem „Warum?“ angenommen. Wie und inwieweit sie das taten, davon wird auch künftig noch zu reden und zu schreiben sein. Denn diese Frage besitzt stärker als alle anderen eine Art Brückenfunktion. Die Morde an den Juden, den Sinti und Roma, den Behinderten, den sowjetischen Kriegsgefangenen, den aus politischen Gründen Verfolgten besitzen alle ihre eigene Geschichte. Sie geschahen an verschiedenen Orten, auf unterschiedliche Weise und wurden von verschiedenen Mördergruppen verübt. Sie weisen also ihre jeweiligen Besonderheiten auf.

Das „Warum?“ jedoch ist geeignet, das Denken vom Einzelnen und vom Besonderen wieder auf das Ganze zu richten, Ergebnisse des Forschens zusammenzuführen und zu vergleichen und sich zu fragen, was dem Geschehenen an Gemeinsamem innewohnt. Das führt schließlich zu der Aufgabe, den Platz zu bestimmen, den dieses Verbrechen in der Geschichte, vor allem in der deutschen, jedoch auch in der europäischen und der Weltgeschichte, einnimmt. Und das ist ein anderer Platz als derjenige, den er im Denken und in den Zielen der Mörder besetzte.

Für die Opfer ist es ganz und gar gleichgültig, warum sie umgebracht wurden. Sie sind tot und zu betrauern, und sezierende Analysen beschädigen, so vielerorts angenommen, nur die Fähigkeit des Trauerns. Doch wer sich damit begnügt, die Geschichte nur als eine Quelle der Tränen zu betrachten, begibt sich der Möglichkeit, die Gegenwart und die ihr innewohnenden Gefahren klaren Blickes wahrzunehmen.

junge Welt, 23.01.2017, S. 12.

Das Volk folgt

Der deutsche Faschismus und die Massen

In der von Manfred Weißbecker redigierten Schrift befasst sich der Historiker mit der „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz“. Die Redak-tion dokumentiert im Folgenden zwei leicht gekürzte Kapitel des Buches. Wir danken Barbara Pätzold und dem Verlag für die freundliche Genehmigung zum Vorabruck. (jW)

„... Das ist Deutschlands Glück!“ Diese vier Worte entstammen einer Rede Hitlers, die er auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 13. September 1936 vor zum Appell angetretenen Getreuen hielt: „Das ist das Wunder unserer Zeit, dass ihr mich gefunden habt, dass ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen! Und dass ich euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück!“ Schwer denkbar, dass ein Oberhaupt eines anderen Staates so geredet haben würde. Doch die, an die sich diese Ansprache richtete, waren darauf vorbereitet, solchen Wunderglauben zu verinnerlichen. Immer wieder war ihnen der Aufstieg der NSDAP seit ihren Anfängen nach dem Ersten Weltkrieg als Wunder dargestellt worden, ermöglicht durch den unwandelbaren Glauben eines Mannes an sich selbst und an sein Volk, dessen, der da von der Höhe einer Tribüne zu ihnen herab sprach.

Nun war die Ersetzung nüchterner Geschichtsanalyse und -betrachtung durch verklärend irrationale Schilderungen auch keine Erfindung Hitlers. Millionen glaubten an Wunder verschiedenster Art, solche, die ihnen aus der christlichen Mythologie vertraut waren, andere, die ihnen im Alltag vermeintlich begegneten, wie die heilsame Wendung einer Krankengeschichte, und eben an jene, die sich in der Geschichte zugetragen haben sollen und ihnen als Eingriff einer Schicksalsmacht erscheinen mochten. Dieser Glaube ließ sich ausbeuten, wie die Erfahrung vieler Generationen von Kirchenoberen zeigte, und da wieder namentlich der Glaube an das Jüngste Gericht. Mit dessen Drohung ließen sich Menschen disziplinieren und in einen Zustand der Hoffnung auch dann noch versetzen, wenn es nichts mehr zu hoffen gab. Hitler und die faschistischen Demagogen haben sich das zunutze gemacht und davon bis in die Stunde der Agonie des Regimes profitiert. Die schwedische Filmdiva Zarah Leander, die während des Krieges die Deutschen lange bei Laune halten half, sang ihnen passend zum Jahre 1942 vor „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen, und dann werden alle Wünsche wahr“. Das ließ sich auf vieles beziehen, nährte aber, als der Krieg bereits verloren war, den Glauben an dessen Wendung durch den Einsatz von Wunderwaffen oder den Zerfall des gegnerischen Bündnisses.

Dass sich Hitler „Deutschlands Glück“ nannte, war wohl nicht nur ein Propagandacoup. Der Mann glaubte selbst, er sei eine außergewöhnliche, ja einmalige historische Gestalt. Er sah sich mit Friedrich II. und Bismarck, die als die größten „Deutschen“ galten, die je Geschichte „machten“, auf einer Stufe und meinte, dass er, sie überragend, ihr Werk vollendete und krönte. Er hatte keine Hemmung, sein Leben auch in aller Zukunft als unübertreffliche Chance für Deutschland auszugeben. 1939 erklärte er höchstgestellten Militärs, dass der Krieg für „Deutschlands Zukunft“ noch zu seinen Lebzeiten, ja unverzüglich geführt werden müsse, solange er wie jetzt im Vollbesitz seiner überragenden geistigen und physischen Kräfte sei.

Größenwahn beherrschte Hitler schon, als er am 30. Januar 1933 in die Reichskanzlei einzog. Bis dahin war er in der NSDAP deren unumstrittener Führer geworden. Auf diese Rolle hatte er sich bis zum Frühjahr 1932 beschränkt. Dazu gehörte, dass er ein Abgeordnetenmandat des Reichstages mied, sich dessen bewusst, dass die dann unvermeidliche Redeschlacht im Parlament ihm nicht jene Auftritte bot, die er suchen sollte. Seine Bühne war das von SA umstellte und bewachte Rednerpult in einem Riesensaal oder unter freiem Himmel. Dort erschien er in der SA-Uniform, im „schlichten Braunhemd“, Reithose, Stiefel, sich so in seinem Äußeren in die Gefolgschaft einreihend. Nun als Reichskanzler wechselte sein Aufzug bei Staatsakten und auf diplomatischem Feld, ohne die Erscheinung zu vernachlässigen, an die seine Parteigenossen und SA-Leute gewöhnt waren und in der er sich von ihnen kaum unterschied.

Mehr noch: Militärisch gekleidet stach er von allen seinen Vorgängern ab. Die waren, einschließlich des letzten, des einstigen kaiserlichen Generals Kurt von Schleicher, nicht anders wie ein Fabrik- oder Bankdirektor im bürgerlichen Geschäftslook dahergekommen. Er, der „nationalsozialistische

Revolutionär“ und „Erneuerer Deutschlands“, der sie alle doch verachtete und als Versager verunglimpfte, wollte mit ihnen nicht in eine Reihe gestellt werden können. Auf den Reichstagswahlplakaten der NSDAP des 5. März 1933 schauten die Passanten in die Gesichter des Preußenkönigs, des Eisernen Kanzlers und des Österreichers Hitler, zudem auf den Weltkriegsgefreiten von einst neben dem in Feldmarschallsuniform abgebildeten Paul von Hindenburg. Als der 1934 starb, erklärte sich Hitler, ohne den aus Republikzeit stammenden Titel des Reichspräsidenten zu übernehmen, zwar zu dessen Nachfolger, wozu er ein Placet des faschistischen Reichstages einholen ließ, bevorzugte aber den Titel „Führer und Reichskanzler“, was seine Stellung und sein Ansehen weiter heraushob.

Kult um Hitler

Das bildete erst den Auftakt des Hitler-Kultes, mit dem Deutschland 1933 augenblicklich überzogen wurde. Er besaß seine Vorgeschichte in ähnlichen Erscheinungen vor allem aus dem sogenannten zweiten deutschen Kaiserreich. Da richtete sich die von allem geschichtlichen Boden abhebende Verehrung jedoch jeweils nach ihrem Tode – auf Kaiser Wilhelm, dem mächtige Denkmalsanlagen errichtet, und auf Bismarck, dem Türme erbaut wurden. Doch wurde schon im ersten Jahre von Hitlers Kanzlerschaft auf diesem Feld alles in den Schatten gestellt, was bis dahin in Deutschland geschehen war. Es begann im ganzen Lande die Taufe von Straßen und Plätzen, von Sportstadien und „Kampfbahnen“ auf seinen Namen, wofür jeweils die repräsentativsten oder größten ausgewählt wurden. Ausgenommen davon blieben Schiffsriesen und Großflugzeuge, eingedenk von Untergängen, Abstürzen und anderen Katastrophen, wie spektakulär im Mai 1937 das Ende des Luftschiffes „Hindenburg“ demonstrierte. Die „Hitler“ untergegangen oder abgestürzt, derlei Meldung sollte ausgeschlossen werden.

Ungezählt die Städte und Gemeinden, deren Gemeinderäte, 1933 einsetzend, Hitler zu ihrem Ehrenbürger erklärten. Jeder dieser Schritte erforderte seine Genehmigung, und die wurde erteilt. Ebenso für die Benutzung seines Namens zum Taufpaten verschiedenster Initiativen und Unternehmen. 1933 riefen führende deutsche Großkapitalisten ein System regelmäßiger Zahlungen zugunsten der NSDAP ins Leben, das sie „Adolf-Hitler-Spende“ nannten und über deren Millionenbeträge der Namensgeber entschied. Als für „notleidende Parteigenossen“ ein Fonds gebildet wurde, gab man ihm den Namen „Adolf- Hitler-Dank“. Die für die Bewachung der Reichskanzlei und anderer Sitze Hitlers formierte SS-Formation hieß „Leibstandarte Adolf Hitler“. Die Jugendorganisation der NSDAP, für die ein Reichsgesetz 1939 die Pflichtmitgliedschaft für alle Kinder und Jugendlichen beiderlei Geschlechts zwischen dem 10. und 18. Lebensjahr bestimmte, war die „Hitler-Jugend“ (HJ).

Hitler-Bilder, Fotografien, allüberall. Selbstverständlich in den Dienststellen von Organisationen der NSDAP und des Staates, aber auch jeder stramme Nazi hatte sein Bild im Wohn- oder Arbeitszimmer. Bei verschiedensten Anlässen schaute sein Konterfei von Plakaten an Litfaßsäulen. Der „Führer“ als Büste in Bronze oder Porzellan in Formaten für Schreibtisch oder Vitrine, als Spielfigur für Kinder, selbstverständlich auf allen Dauerbriefmarken und Postkarten. An seinen Geburtstagen zierte sein Bild die Schaufenster von Kleinhandelsgeschäften, umrahmt, je nach Geschmack, von Blumen, Pflanzen, Girlanden, Sprüchen und anderem Schmuck. Das mochte vielfach auf sanften Druck von Nazifunktionären zurückgehen, entsprang aber ebenso der Initiative Zehntausender kleiner Parteigenossen, der Inhaber von Lebensmittelgeschäften, Gaststätten, Kneipen und Handwerksbetrieben. Manche standen vielleicht vor der Frage, wie diese Ausstellung sich neben ihrem Angebot an Käse und Blutwurst ausnahm.

Ganz zu schweigen von der Schwemme ihn verherrlichender Literatur. In Schulbüchern dominierten rührselige Geschichten aus seiner Kindheit und Jugend als Lesestoffe, Nachdrucke aus „Mein Kampf“. Das Geschäft mit Hitler blühte in so bedenkenlosem Übermaß, dass Goebbels schon 1933 gegen den schlimmsten Kitsch einschreiten ließ. Doch konnte man sich noch immer den „Führer“ aus Sperrholz nach einer käuflichen Schablone zurechtsägen und das Produkt an die Wand hängen, neben den auf gleiche Weise herzustellenden „Eisernen Kanzler“ und dem großen König.

Dass Hitler der alle Mitführer überragende Mann war, machten sie im öffentlichen Umgang mit ihm deutlich. Auch für sie war er, so die gebräuchliche Anrede, „Mein Führer“ geworden und wohl vor-

dem schon nie „der Adolf“ gewesen. Selten die Bilder, die ihn mit Hermann Göring, Heinrich Himmler und anderen in vertrautem Gespräch zeigen. Massenhaft die anderen, die einfangen, wie vor ihm strammgestanden, ihm „gemeldet“, ihm bei Besichtigungen und Paraden nur in gehörigem Abstand gefolgt wurde. Ließ es sich arrangieren, standen selbst engste Weggefährten mit ihm nicht auf einem Podest, marschierten mit ihm nicht in einer Reihe, ausgenommen beim traditionellen Marsch zur Feldherrnhalle in München, wenn es darum ging, die Kameraderie von 1923 herauszustellen.

Neben und mit dieser Reklame in Wort, Bild und Gesten blühte eine andere. Was sich in Deutschland zum Besseren wandelte oder als solches ausgegeben werden konnte, ließ die Propaganda seinen Ursprung in Hitlers genialem Kopf nehmen und war durch seine Willenskräfte auf den Weg gebracht worden. Das begann 1933 mit den Reichsautobahnen, die zu „Straßen des Führers“ erklärt wurden. Gebeugt über Zeichnungen und Modelle von Architekten, sinnend vor Entwürfen von Denkmälern, andächtig und kritisch in Gemäldeausstellungen, fachmännisch urteilend vor Autos und anderen Maschinen. So wurde Hitler auf Fotos und in Filmen den Massen vorgeführt. Er war nicht nur ein Politiker, ein Kunstmensch, sondern auch ein Naturliebhaber und Tierfreund dazu. „Hitler in seinen Bergen“ hieß eines der Fotoalben, das Bilder des Leibfotografen Heinrich Hoffmann versammelte. Aus allen Menschen herausragend und doch mit seinen Vorlieben und Bedürfnissen einer von ihnen. Einerseits dem Volke entrückt, andererseits ihm doch ganz nahe, das war die Mischung, die Verehrung und Liebe hervorrief.

Liebesbriefe an den „Führer“

Dieser Führer wollte und sollte bewundert, aber auch geliebt werden, und die Zeugnisse, die es davon gibt, dass ihm dieses Gefühl entgegengebracht wurde, waren nicht gestellt. Dafür stehen Liebesbriefe, die ihm Frauen schrieben, die wollenen Strümpfe und ähnliche Geschenke, die ihm an Geburtstagen per Post zugingen. Derlei Verehrerinnen und um sein Wohl Besorgte mögen in die Kategorie des Absonderlichen gehören. Aber die ihm zujubelnden Massen an Straßenrändern bei seiner Einfahrt in Städte, die nach ihm rufenden Berlin-Besucher auf dem Wilhelmplatz vor der Reichskanzlei, die verzückten Wanderer zum Obersalzberg bei Berchtesgaden, die an Hitlers Nobelsitz vorbeiziehen durften und sich glücklich fühlten, wenn der Hausherr sie an dessen Rande grüßte, die Massen von Bauern, die zum Reichserntedankfest auf den Bückeberg bei Hameln fuhren, waren nicht für Fotografen und Filmoperateure herbeibeordert, wiewohl die stets zur Stelle sein mussten.

Zudem gab es zahlreiche befohlene Jubelperser. Dazu gehörten die Zehntausenden, die Jahr für Jahr nach Nürnberg befohlen wurden, Aktivisten der NSDAP, SA, SS und anderer Formationen des Faschismus. Sie füllten auch Versammlungshallen wie den Berliner Sportpalast, wenn Hitler redete, jedoch auch wenn Goebbels, Göring oder ein anderer seiner Mitführer sprach. Doch des „Führers“ Auftritte, ja sein Erscheinen übertraf alles. Und Hitler rühmte sich seiner Popularität: „Wo ist der Staatsmann, wo ist das Staatsoberhaupt, das so durch sein Volk gehen kann, wie ich durch euch hindurchgehe?“ Betrat er Hallen und Plätze, ertönte der Badenweiler Marsch, der für ihn reserviert war. Ihm geltende Heilrufe waren am Ende jeder seiner Reden obligatorisch. Propagandaminister Goebbels, Regisseur der Großereignisse und ein abgöttischer Verehrer Hitlers, setzte seinen Ehrgeiz darein, ihn überall als Lichtgestalt vorzuführen. (...)

Kratzer am braunen Lack

Dann jedoch, etwa in den letzten 100 Tagen des Regimes, zerrann das Bild des Wundertäters. Dazu trugen vor allem die ins Reichsinnere vordringenden Alliierten bei. Zudem war es seit langem nicht mehr unbeschädigt. Erste Kratzer waren auf ihm im hereinbrechenden Winter 1941 zu bemerken gewesen, als die Hoffnung auf einen zweiten „Blitzkrieg“ im Osten zerrann. Die waren jedoch noch nicht tief. Als Reparaturlack reichte damals die Schuldzuschreibung an einige Generale. Erst als an der Jahreswende 1942/43 das Debakel von Stalingrad ruchbar und Gewissheit wurde, dass Hitler den Rückzug der 6. Armee verboten hatte, sodann, als er sich in öffentlicher Rede immer weniger hören ließ, weil er frohe Botschaften nicht zu verkünden hatte, setzte in der Bevölkerung allmählich eine lautarme innere Verabschiedung vom Hitler-Kult ein. Der Sicherheitsdienst hatte diesen Prozess ins-

besondere in von Luftangriffen betroffenen Städten registriert, in denen kaum noch jemand den Hitlergruß erwiderte.

In der Bevölkerung kursierten, wiewohl darauf strenge Strafen standen, unter der Hand Witze über den „Führer“. So wurde gesagt, dass die Sonne im Westen, der Führer aber im Osten untergehen werde. Oder es wurde vom Verlust eines U-Bootes berichtet, auf dem sich Hitler und Goebbels befunden hätten, jedoch nicht diese beiden gerettet worden wären, sondern das deutsche Volk. Mehrere Witze handelten davon, dass das Volk dabei sei, seine Führerbilder zu entsorgen. Tatsächlich geschah das meist erst kurz vor dem Eintreffen der Alliierten. Auf dieses Ende hatte schon eine Umdichtung gezielt, die den zeitweilig viel gesungenen Durchhalteschlager „Es geht alles vorüber“ parodierte, den ein Operettenkomponist vertont und die Lili-Marleen-Sängerin Lale Andersen 1942 populär gemacht hatte. Nun nahm die Zeile, wonach alles vorübergehe im Volksmund die Wendung: „... erst geht der Führer und dann die Partei“.[1] Kurzzeitig wurde der Verfall der Autorität des Führers und des Glaubens an seine übermenschlichen Kräfte dadurch aufgehalten, dass sich vergleichbare Hoffnungen an keine Ersatzperson heften konnten. Görings Ansehen hatte der Luftkrieg ruiniert. Nach dem Attentat 1944 war in Gerüchten nicht von ihm, sondern von Himmler und Goebbels als Nachfolger die Rede gewesen. Doch wurde keinem das Format Hitlers zugemessen. Noch immer galt er als der einzige, mit dem sich vage, in Wahrheit absurde Vorstellungen eines glimpflichen oder, wie es seit der Kriegswende immer häufiger hieß, eines „guten“ Kriegsausgangs verbinden ließen.

Nur einmal noch meldete sich der „Führer“ bei seinem Volk. Das geschah am Jahrestag der Parteigründung, dem 24. Februar 1945. Doch angesichts der feindlichen Armeen an Rhein und Oder wurden seine Versprechungen als leer erkannt und als „die alte Platte“ abgetan.[2] Nun häuften sich Meldungen, wonach die Bevölkerung offen darüber spreche, dass der Krieg beendet werden müsse. Seine Fortsetzung sei „eine unnötige Verlängerung des Blutvergießens“. In einem am 10. April 1945 geschriebenen Bericht hieß es über die Stimmung in Berlin: „Alles in allem hat man die Hoffnung auf einen irgendwie noch guten Ausgang des Krieges verloren. Und so hört man auch immer öfter, dass Schluss gemacht werden solle“.[3]

Jedoch nur in der Anonymität dunkler Kinosäle wurde erkennbar, wie verbreitet diese Stimmung war. Als in einer „Wochenschau“ Bilder und Ausschnitte aus einer Rede zu sehen und zu hören waren, die Goebbels nach der Rückeroberung der niederschlesischen Stadt Lauban am 11. März in Görlitz gehalten hatte und in der er von der „kommenden Offensive“ sprach, brach in Berliner Filmtheatern „stets ein großes Hohngelächter aus“.[4]

Die obersten Führer riefen schließlich das Volk zum heldischen Untergang à la Nibelungen. Goebbels malte am 28. Februar 1945 in einer Rundfunkansprache das Bild, „dass auch von uns einst die Sage berichten kann, die Toten hätten nach den Tagen der heißen Schlacht in den dunklen drohenden Nächten in den Lüften weitergekämpft“.[5] Schwer denkbar, dass sich für dieses Ende Menschen begeistern konnten, sofern sie sich nicht vor der Wahl sahen, den Tod durch eine Kugel oder eine Granate zu suchen oder nach dem Gericht der Sieger am Galgen zu enden. Während Hitler in seinem in den Bunker der Berliner Reichskanzlei verlegten Hauptquartier nach wie vor von bunt uniformierten und zivil gekleideten Hofschranzen umgeben war, spürten untere und mittlere Funktionäre der NSDAP bereits deutlich, dass ihre Umgebung zu ihnen Distanz nahm. Und „von oben“ wurden sie ohne verwertbare Instruktionen gelassen.

---

1 Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, 17 Bde., Herrsching 1984, hier: Bd. 13, 5. April 1943, S. 5.064.

2 Meldungen aus dem Reich, a. a. O., Bd. 17, S. 6.733 f.

3 Wolfram Wette/Ricarda Bremer/Detlef Vogel (Hrsg.): Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtpropaganda, Essen 2001, S. 334 u. 337.

4 Ebd., S. 355.

5 Joseph Goebbels: Rundfunkansprache am 28. Februar 1945. Zit. n. Jürgen Schröder: Deutschland als Gedicht. Über berühmte und berüchtigte Deutschland-Gedichte in 15 Lektionen, Freiburg i. Br. 2000, S. 310.

Dann kam am 12. April 1945 die Nachricht vom Tode Franklin D. Roosevelts. Die Propaganda nutzte sie, um an ein Mirakel des Hauses Brandenburg im Dritten Schlesischen Krieg 1763 zu erinnern, als das Russland des Zaren Peter, der auf Katharina gefolgt war, aus der antifriderizianischen Koalition scherte. Das sollte die Hoffnung auf einen Teilfrieden im Westen nähren. Doch war dieser Krieg nicht eine Auseinandersetzung feudaler Mächte, in der ein Kabinett über die Teilnahme auf Seiten dieses oder jenes Kriegsverbündeten entschied, sondern auf Seiten von Deutschlands Gegnern zu einem Volkskrieg geworden. So war die Hoffnung haltlos, das Bündnis der Alliierten werde beim Zusammentreffen ihrer Armeen inmitten Deutschlands auseinanderfallen und sich den Geschlagenen eine Art Schlupfloch der Geschichte öffnen. Danach, er nannte es ein „Hintertürchen", hatte Goebbels immer häufiger geschielt und im Feindlager außerordentlich stark gewordene Gegensätze entdecken wollen, die „uns zu weiteren Hoffnungen Anlass geben".[6] Doch weder beim Tod des Präsidenten der USA, noch bei der Begegnung der Truppen der Verbündeten an der Elbe am 26. April erfüllten sich die Phantasien. Da lebten Millionen Deutsche bereits in Gebieten unter alliierte Kontrolle. Die letzten Verlautbarungen der Nazipropaganda und aus dem nach Norddeutschland geflohenen Oberkommando der Wehrmacht mochten ihnen dort wie Nachrichten aus einem fernen Lande vorkommen. Die gingen sie nichts mehr an, sofern sie nicht in diesem Tag um Tag schrumpfenden, im Chaos versinkenden Restreich Verwandte und Freunde wussten und um deren Überleben bangten.

Zerfallende Gefolgschaft

Seit die Truppen der Alliierten sich nach Deutschland hineinkämpften, zerfiel die Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz rasch. Die „Volksgemeinschaft", durch die Kriegsereignisse durcheinandergewirbelt, zuletzt in Resten nur noch durch Furcht, Druck, Drohung und Terror zusammengezwungen, löste sich auf. Die Deutschen begannen ihre Wohnungen zu „entnazifizieren". Spätestens kurz bevor die gegnerischen Truppen in ihrer Stadt oder ihrem Dorf erschienen, wurden belastende Urkunden, Papiere und Gegenstände wie Hitler-Bilder, NS-Uniformstücke, Hakenkreuzfahnen, verschiedenste Zeichen und Devotionalien des in Trümmer gegangenen Regimes entsorgt. Ab- und Ehrenzeichen von Organisationen, Dolche, Embleme, Plaketten und Anhänger des Winterhilfswerkes sowie Naziliteratur wanderten in den Müll. Allüberall wurden Kulissen für die Aufführung des Stückes „Ich bin's nicht, der Adolf ist es gewesen" hergerichtet.

So vollzog sich der ebenso berechnende wie verschämte Abschied von Millionen aus einer zu Ende gegangenen Zeit klammheimlich, individuell, familienintern und allenfalls begleitet von einem leisen Fluch. Dennoch drückte sich darin eine sicher begrenzte, nicht aus Überzeugung erwachsene Lossage von der Nazidiktatur aus. Die Parole „Sieg oder Untergang" war von der übergroßen Mehrheit der Deutschen nicht akzeptiert worden. Sie dachte und glaubte an ein Leben nach Hitler. Ihr Überlebenswille hatte – spät genug – sich gegen die Einladung zum Helden-sterben durchgesetzt.

Millionen seiner Parteigänger und Verehrer sagten sich von ihrem Idol los – der Erfahrung und nun vor allem „der Umstände halber". Auch die übergroße Mehrheit der Hoheitsträger der NSDAP ließ die noch im April 1945 ausgegebene Parole „Siegen oder fallen" unbefolgt. Die Zahl der in Kämpfen umgekommenen Kreis- und Ortsgruppenleiter war gering und ebenso die der NSDAP-Führer der mittleren und unteren Ebene, die in den Selbstmord flohen. Die bekannteren Funktionäre, und dazu gehörten die Kreisleiter, stellten sich zumeist den Siegern selbst, andere suchten auf plattem Lande fern ihrer Wohnsitze und ausgerüstet mit falschen Personalpapieren unterzutauchen.

Bevor noch der letzte Schuss fiel, wurde die Frage nach Schuld und Verantwortung aufgeworfen, nicht für den Weg in den Krieg, sondern für den in die Niederlage. Noch hielt sich weithin die Vorstellung von der Schuld der nun als unfähig angesehenen Führer auf unterer und mittlerer Ebene. Ihre Großspurigkeit und Arroganz, ihr Wohlleben, ihre Unfähigkeit und – am Ende – auch ihre Feigheit gehörten zu den Erfahrungswerten etlicher. Gegen diese Gruppe richtete sich der Hass vieler, hatte sie doch bis ins Frühjahr 1945 den sinnlosen Widerstand verlangt, organisiert und befehligt und alle

---

6 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Einführung Rolf Hochhuth. Hamburg 1977, S. 504 (8.4.1945) u. 233 (14.3.1945)

verfolgt, welche weiße Fahnen hissen wollten. Nächst ihnen betrafen Kritik und Schuldzuweisung angesichts der Erlebnisse und Folgen des Bombenkrieges wieder und wieder die Luftwaffe und ihren Oberbefehlshaber Göring.

Hartnäckig hielt sich die Legende vom Verrat, begangen von hohen und höchsten Militärs, der in die Niederlage geführt habe. Und der „Führer“? Dem Selbstmörder kam zugute, dass jede ihm geltende Kritik die Flugbahn eines Bumerangs nahm. Denn die sie jetzt äußern mochten, hatten auf ihn, seine Größe, sein Allwissen, sein Feldherrngenie, seine Unfehlbarkeit gesetzt, sie hatten lange seine begeisterte Gefolgschaft gebildet. Nichts vergaßen sie jedoch schneller als das ...

Kurt Pätzold: Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz. 20 Kapitel zu zwölf Jahren deutscher Geschichte. Bearbeitet von Manfred Weißbecker. Berlin, Verlag am Park 2017, 360 Seiten, 19,99 Euro.

junge Welt, 14.08.2017, S. 12.

Erwin Eckert

Jahrhundertgestalt der Arbeiterbewegung und Randfigur des deutschen Linksprotestantismus

Entlassung Erwin Eckert aus dem Badischen Kirchendienst am 11. Dezember 1931. Interview von Kurt Pätzold mit Friedrich-Martin Balzer zum Lebenswerk und Vermächtnis von Erwin Eckert

Wie und wann bist Du auf Erwin Eckert aufmerksam geworden?

Die Annäherung erfolgte in drei Schritten.

1. 1961 lud ich als Student im 2. Semester den österreichischen Schriftsteller und Vizepräsidenten des Internationalen PEN-Clubs Robert Neumann, der nach seinem Exil in Großbritannien in der Schweiz wohnte, im Jahr des Eichmann-Prozesses zu einem Vortrag zum Thema „Was geht uns Eichmann an?“ nach Marburg ins Audi Max ein.

2. Mehr als ein Dutzend angesprochener Professoren lehnten Teilnahme und Diskussionsleitung zur Veranstaltung mit Neumann ab. Professor Wolfgang Abendroth und seine Frau Lisa, die ich beide bisher nicht kannte, beteiligten sich zu meiner großen Überraschung lebhaft und nachhaltig an der Diskussion. So entstand eine politische und persönliche Nähe, die dazu führte, dass ich nach fünf Semestern das Studienfach Germanistik durch das Studienfach „Wissenschaftliche Politik“ ersetzte und bei Abendroth studierte. Als Sohn eines Pfarrers der Bekennenden Kirche wählte ich im Rahmen eines Hauptseminars über den antifaschistischen Widerstand 1964 ein Thema, das sich mit den Kirchenkampflegenden der evangelischen Kirche auseinandersetzte, so als sei die BK antifaschistisch gewesen.

3. Professor Abendroth machte mich auf den religiös-sozialistischen Pfarrer Erwin Eckert, der 1931 aus der Kirche wegen seines Widerstandes gegen den heraufziehenden Faschismus entfernt wurde, aufmerksam. Abendroth kannte Eckert aus der Weimarer Zeit, in der er sich mehrfach in der „*Frankfurter Zeitung“* zum „Fall Eckert“ äußerte und aus dem illegalen antifaschistischen Widerstand in Frankfurt/Main. Die Anschrift erhielt ich von Johann Fladung. Im Juni 1966 nahm ich erstmals Kontakt zu Erwin Eckert auf, der in Großsachsen bei Weinheim in einem bescheidenen Gartenhaus wohnte, das ihm seine benachbarte ehemalige Konfirmandin zur Verfügung gestellt hatte, und besuchte ihn danach mehrfach für viele Wochen bis zu seinem Tod am 20. Dezember 1972.

Am 1. Dezember 1967 beendete ich das Studium in wissenschaftlicher Politik und Anglistik. Thema der Staatsexamensarbeit war: „Die Auseinandersetzungen um den Pfarrer Erwin Eckert. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Am 1. Februar 1968 trat ich den Schuldienst in Marburg an. Am 14. April 1972 promovierte ich als einer der letzten Schüler von Wolfgang Abendroth über das Thema der Examensarbeit, das als Buch mit einem Geleitwort von Wolfgang Abendroth unter dem Titel „Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten“ 1973 im Pahl-Rugenstein Verlag erschien. Bis heute sind von mir zahlreiche Buchveröffentlichungen von und über Erwin Eckert veröffentlicht worden. U.a. die Darstellung des badischen Kirchenkonflikts „Der Fall Erwin Eckert“, die Sammelschrift zu seinem 100. Geburtstag am 16. Juni 1993 „Ärgernis und Zeichen“ sowie die Herausgabe der Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs von 1930 bis 1933 unter dem Titel „Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen“, die Sammelschrift „Justizunrecht“ zum Düsseldorfer Prozess gegen die westdeutsche Friedensbewegung 1959/60 und 2011 ein umfangreiches Quellenwerk zum „Fall Eckert“ unter dem Titel „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933“.

Was hat Dich bewogen, Dich ausführlich mit Erwin Eckert zu beschäftigen?

Die Motive meiner intensiven Beschäftigung mit Erwin Eckert in den mehr als 50 Jahren waren sachlicher und persönlicher Natur. Zunächst: Es waren nicht christliche Motive, die ich bereits im Konfirmationsalter abgelegt habe. Mein historisches und politisches Interesse galt vornehmlich der Absicht, eine einzigartige Jahrhundertgestalt dem Vergessen zu entreißen, die als Christ, Sozialdemokrat, Kommunist und Antifaschist eine herausragend geradlinige und konsequente Rolle gespielt hat und geblieben ist. Anspornend war darüber hinaus die persönliche Ausstrahlung von Eckert, die ich

von 1966 bis zu seinem Tod in allernächster Nähe erleben durfte. Dass Christen und Kommunisten gemeinsam für die beste Sache der Welt, für Frieden, Demokratie und Sozialismus zusammenarbeiten müssen, ist bis heute meine feste Überzeugung geblieben. Meine Aufarbeitung der Mitverantwortung des deutschen Mehrheitsprotestantismus für Faschismus, Krieg und Holocaust ist ohne den Beitrag von Eckert nicht denkbar.

Warst Du Zeuge einer oder mehrerer öffentlicher Auftritte von Eckert?

Anlässlich des 75. Geburtstages von Erwin Eckert im Jahre 1968 war ich als 27jähriger Zeuge seiner Geburtstagsfeier im historischen Mannheimer Rosengarten, bei der ich vor allem die große Beliebtheit von Eckert unter den Angehörigen des arbeitenden Volkes und seiner Parteigenossen erleben durfte. Ähnliche Eindrücke erhielt ich auch bei Spaziergängen mit Eckert in Mannheim, bei denen unbekannte einfache Menschen ihn auf der Straße anhielten und den „Pfarrer“ und Kommunisten Erwin Eckert herzlichst begrüßten. Im Übrigen belegen Zeitungs- und mündliche und schriftliche Zeitzeugenberichte die enorme Ausstrahlungskraft auf breite Teile der Bevölkerung, nicht nur der Arbeiterklasse. Unvergessen ist ein Gespräch mit Willi Grimm (DKP) in Mannheim am späten Abend von Eckerts 75. Geburtstag 1968.

Wo hat Eckert gewohnt, bevor er nach Großsachsen ziehen konnte?

Nach seiner Entlassung aus der „Schutz- und Strafhaft“ im Düsseldorfer Gefängnis vom 1. März bis 17. Oktober 1933 lebte Eckert mit seiner Frau in Frankfurt/Main und betrieb dort unter dem Namen seiner Frau eine Leihbücherei im Bahnhofsvierteil, die bis zu seiner erneuten Verhaftung 1936 Treffpunkt für die illegale Arbeit, u.a. mit Lore Wolf, war. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg im Jahre 1940 lebte Eckert im Bodenseegebiet, wo er gegen den Willen der NSDAP als Prokurist für die Firma *Preveg* und nach der Zerstörung des Betriebes in Oberwihl/Schwarzwald tätig war. Dort kümmerte er sich zusammen mit seinem Sohn Wolfgang intensiv um das Wohl der Zwangsarbeiter und hörte mit ausgesuchten Häftlingen „Feindsender“ ab. Nach 1946 lebte er in Freiburg als Staatskommissar in der von der französischen Besatzungsmacht eingesetzten Allparteienregierung und als Abgeordneter der KPD-Fraktion. Ab 1952 wohnte er nach der Zusammenschließung der Länder Südbaden, Nordbaden und Württemberg bis 1956 in Stuttgart. Nach dem Verbot des westdeutschen Friedenskomitees 1959 und der Verurteilung als „Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Organisation“, gemeint war das „Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland“, deren geschäftsführender Vorsitzender Eckert in Düsseldorf zeitweilig war, verlegte er seinen Wohnsitz von Düsseldorf erneut nach Stuttgart, von wo er 1963 nach Großsachsen bei Weinheim zog und dort unter sehr bescheidenen Verhältnissen im Gartenhaus einer ehemaligen Konfirmandin wohnte.

Weißt Du etwas über Eckerts Zeit in Meersburg?

Zweimal im Leben von Erwin Eckert war das Bodenseegebiet seine politische Wirkungsstätte. Von 1922 bis zu seiner Wahl als Pfarrer an der Trinitatiskirche in Mannheim 1927 war Eckert Pfarrer der Diasporagemeinde in Meersburg. Am 1. August 1924 fand auf Initiative von Eckert der 1. Kongress der religiösen Sozialisten Deutschlands in Meersburg statt. 1925 wandte sich Pfarrer Eckert von Meersburg aus gegen die Unterstützung der Kandidatur des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg durch Kirchengemeinderatsbeschlüsse und Erlasse der Kirchenbehörde. Ein Jahr später wurde in Meersburg der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands aus der Taufe gehoben. In zahlreichen überfüllten Versammlungen setzte sich Pfarrer Eckert für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein und widerstand allen disziplinarischen Versuchen der Kirchenleitung, ihn daran zu hindern, als evangelischer Christ zu erklären: „Der Kaiser hätte hören können, was Gott ihm und seinen Fürsten 1918 deutlich genug gesagt hat: Deine Zeit ist vorbei, Eure Zeit ist vorbei, gebt dem Volke, was dem Volke ist. Du sollst nicht stehlen.“ Sein letzter großer Auftritt in Sachen Fürstenenteignung war die gemeinsame Massenkundgebung mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid in Stuttgart.

Die Beliebtheit Eckerts in seiner Meersburger Gemeinde spiegelt sich im Ergebnis der Synodalwahlen von 1926 wider, als die Liste des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten in Meersburg

63% der Stimmen erhielt. Als Vermächtnis seiner Meersburger Zeit ist die Predigt „Friede auf Erden“ anzusehen, die Eckert 1926 in Meersburg hielt und aus der er voller Genugtuung zitierte, als er 1959 vom Düsseldorfer Landgericht wegen seines Engagements gegen die Militarisierung Westdeutschlands angeklagt und verurteilt wurde. Sitzend, aber ungebrochen, verlas der 66jährige Angeklagte u. a. folgende Sätze aus seiner Meersburger Predigt: „Die Opfer des Krieges, der hinter uns liegt, wurden von der Maschine des modernen Militarismus erzwungen, die [...] Werkzeug war, durch das die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Völker noch mehr Macht, noch mehr Reichtum, noch mehr Einfluss, noch mehr Herrschaft sich sichern zu können glaubten, als sie vorher schon hatten. Nicht für das Vaterland hieß es zu sterben, sondern für die Interessen derer, die das Land und ihre Bewohner ihren Interessen und Wünschen dienstbar gemacht hatten.“

Nach der Befreiung vom Faschismus wirkte Eckert erneut im Bodenseegebiet. Anfang Oktober 1945 hatte bereits eine Zusammenkunft der Anti-Nazi-Komitees und Antifaschistischen Ausschüsse aus zahlreichen Kreisen stattgefunden. Dem gewählten Präsidium gehörten Eckert als geschäftsführender Vorsitzender, der christlich-soziale Oberbürgermeister von Freiburg Dr. Wolfgang Hoffmann (CDU) und der sozialistische Staatsrat Carlo Schmid (SPD) an. Die erste große Versammlung der antifaschistischen Bewegung „Das neue Deutschland“ fand am 1. Dezember 1945 in Singen statt. Mit der Zulassung der politischen Parteien in der Französischen Zone Baden verlor das antifaschistische Bündnis zunehmend an Bedeutung, auch wenn die erste Regierung Südbadens noch eine Allparteienregierung war, der der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Badens, Erwin Eckert angehörte. Als Nachwirkung der antifaschistischen Bewegung im Bodenseegebiet ist jedoch vor allem die in Südbaden singulär weit vorangeschrittene, von Eckert als Vorsitzendem der KP Badens betriebene Bewegung für eine einheitliche Sozialistischen Partei von Kommunisten und Sozialdemokraten anzusehen, die letztlich am Einspruch der Französischen Besatzungsmacht und am Widerstand der Kurt-Schumacher-Zentrale in Hannover scheiterte, dessen Antikommunismus prägend für die Sozialdemokratie wurde.

Hat Eckert über seine Zeit in der Gefängnishaft erzählt?

Zeit seines Lebens stand Eckert in engstem Kontakt mit seiner Frau Elisabeth, die solidarisch, treu und fürsorglich stets an seiner Seite stand. Bekannt sind die zu seinem 100. Geburtstag veröffentlichten Briefe aus dem Düsseldorfer Gefängnis in der Festschrift „Ärgernis und Zeichen“ im Jahre 1993 und die Briefe aus seiner Haft in Frankfurt, Freiendiez, und Ludwigsburg in der 2005 erschienenen Festschrift „Europa vor dem Abgrund“ für Manfred Weißbecker, mit dem mich zahlreiche gemeinsame Arbeiten über Eckert verbinden, u.a. die gemeinsame Herausgabe der Wochenberichte von Eckert und Emil Fuchs, die im „Religiösen Sozialisten“, dem Organ des Bundes der religiösen Sozialisten von 1930-1933 erschienen waren. Besonders erschütternd ist sein Bericht über den in Ketten gefesselten 13tägigen Häftlingstransport von Freiendiez nach Ludwigsburg. Am schlimmsten dürfte seine dreimonatige Untersuchungshaft im berüchtigten Gestapo-Gefängnis Klapperfeld in Frankfurt sein, wo die Häftlinge in Drahtkäfigen eingepfercht wurden.

Kannst Du etwas über Eckerts Nachkriegszeit als Badischer bzw. Baden-Württembergischen Abgeordneter berichten?

Als Abgeordneter zunächst ab 1947 des Badischen, ab 1952 des Baden-Württembergischen Landtags hielt Eckert an den völkerrechtlich verbindlichen Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, insbesondere an den drei großen D unbeirrbar fest: Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung.

Demilitarisierung: In seinen temperamentvollen Reden widersetzte sich Eckert von Anfang an allen Versuchen und Maßnahmen zum Zwecke der Remilitarisierung Westdeutschlands. So wandte er sich gegen Radar- und Beobachtungsstationen der Französischen Besatzungsmacht, kämpfte gegen den durch den Koreakrieg entfachten Antikommunismus, gegen die von Arbeitsämtern vorgenommenen Rekrutierungsmaßnahmen, gegen den von der NATO nach militärstrategischen Gesichtspunkten geplanten Autobahnausbau, gegen den Bau von Luftschutzbunkern, gegen den Einbau von Sprengkammern in Straßen, Wegen und Brücken, gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, gegen den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, gegen den Bund-Länder-Finanzausgleich zugunsten der von Bonn betriebenen Aufrüstungspolitik, die zu Lasten der Selbstverwaltung von Ländern und Kom-

munen führte. Stattdessen verlangte Eckert Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, setzte sich hartnäckig u. a. für Lehr- und Lernmittelfreiheit und einen Umbau der klassengebundenen Schule und Hochschule und für Umweltschutzmaßnahmen ein.

Denazifizierung: Als oberstes Gebot der Denazifizierung forderte Eckert die Säuberung des Staatsapparates und der Wirtschaft von führenden Nazis und die Wiedergutmachung an den Opfern des Faschismus. Konsequent lehnte er Entschädigungsgesetze ab, die an das Wohlverhalten, sprich: keine Mitgliedschaft in der KPD, FDJ, keine Betätigung für Volksbefragung gegen Wiederaufrüstung geknüpft waren und protestierte gegen das Unrecht der Verweigerung der Wiedergutmachung für die Verfolgten des Naziregimes wie gegen die Durchsetzung des Justizapparates mit führenden Nationalsozialisten und Mitgliedern der Gestapo.

Demokratisierung: Innenpoltisch verteidigte Eckert das Grundrecht der freien, geheimen und direkten Wahl des Volkes gegen diverse Wahlrechtsmanipulationen einschließlich der Einführung der 5%-Klausel. Er verteidigte das in der Landesverfassung normierte Recht auf Volksabstimmung und die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Er protestierte gegen die Entlassung von Kommunisten und Angehörigen der ihr nahestehenden Organisationen wie z.B. der FDJ, des westdeutschen Friedenskomitees und der VVN durch den sog. Adenauer-Erlass von 1950.

Ganz im Sinne der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens widersetzte er sich der Durchdringung des Apparates in Staat und Wirtschaftlich mit ehemaligen Nazigrößen und Angehörigen der Gestapo. Er lehnte den Verfassungsschutz ab und trat gleichzeitig für die Verurteilung von Kriegsverbrechern ein. Er bekämpfte Steuergesetze, die die Reichen und Superreichen entlasteten und die Masse der Bevölkerung belasteten. Er widersetzte sich der Steuerhinterziehung durch die Wohlhabenden. Er prostierte gegen den Verfassungsbruch bei Einsätzen der Polizei gegen friedliche Demonstranten u. a. gegen die Erschießung von Philipp Müller. Er verteidigte die Meinungs- und Pressefreiheit gegen die Verbote von kommunistischen Zeitungen und gegen die Inhaftierung ihrer Redakteure. Er kämpfte für eine paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben. Er unterstütze die von den Gewerkschaften organisierten Streikbewegungen. Er trat für die Trennung von Staat und Kirche ein. Er forderte ungehinderte Einfuhr und Ausfuhr von Waren auch mit der DDR. Er wehrte sich gegen die Indienststellung der Justiz für politische Zwecke im Sinne der Adenauer-Regierung. Er widersetzte sich den Versuchen der Staatsorgane, politische Gegner einzuschüchtern, zu diffamieren und zu unterdrücken. Aufmerksam bekämpfte er alle Versuche, die KPD zu verbieten.

Voilà: Eckert ein Musterdemokrat christlichen Glaubens, ein kommunistischer Christ, ein Revolutionär in nichtrevolutionären Zeiten, ein Volkstribun, der nach den Worten des antifaschistischen Widerstandskämpfers und Kommunisten Rudi Goguel auch unter seinen Genossen seinesgleichen suchte.

Während Eckert bis 1947 bei seinen Landtagsreden mit „Bravorufen und Klatschen links“, so das Protokoll, rechnen konnte, waren es später nur Bravorufe der KPD. Während die Redezeit Eckerts abweichend von der Geschäftsordnung zu Beginn noch um eine Stunde verlängert wurde, stellte der Kampf um die vom Ältestenausschuss beschlossene Redezeit, z. B. 90 Sekunden pro Abgeordnete, einen ständigen Streit- und Konfliktpunkt dar. Der anfängliche Respekt, den auch ein Teil seiner Gegner für ihn hegte, ging mit dem wachsenden Antikommunismus zunehmend verloren. Die bürgerlichen Parteien waren für Eckert zunehmend vom „Bazillus Antisowjeticus“ befallen. In der SPD nehme der antikommunistische Komplex geradezu „pathologische Formen“ an. Die Politik der SPD-Führer stehe im schärfsten Gegensatz zu den Interessen der Arbeitermassen, die sie angeblich vertreten. Die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit wolle die Wiederherstellung des bürgerlich-kapitalistischen Staates.

Eckerts Reden lösten immer wieder Heiterkeit aus und wurden wiederholt durch Tumulte im Landtag unterbrochen. Wiederholt verließen Abgeordnete aller Fraktion den Sitzungssaal, wenn Eckert sprach. Begrüßt wurde er mit Rufen wie „Heil Moskau“, „Hammer und Sichel“ „Jetzt kommt die EVG!“

Eckerts Reden im Parlament gehörte zu den besten, die dort zu hören waren. In der SPD-Presse hieß es 1951 über Eckert „Die geschliffenste Rede. Ausgezeichnet in Dialektik und Stil. Nur schade eben, dass jedes Wort der bolschewistischen Propaganda diente, und vor einem westdeutschen Plenum misstönend klang."

Hast Du Deine Meinung über Eckert im Laufe Deiner 50 Jahre währenden Beschäftigung mit Eckert verändert?

Ja. In meiner Dissertation, die 1973 als Buch erschien, konnte noch der Eindruck entstehen, als sei Eckert den Weg von der Religion zum Sozialismus unter allmählicher Verblassung seines christlichen Glaubens gegangen. In meinem zweiten Buch 1987 über den „Fall Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik", wurde der persönliche Widerspruch zwischen seinem christlichen Glauben und der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus wiederhergestellt.

Kannst Du die Haltung der evangelischen Kirche zu Eckert im Verlauf der Jahre schildern?

Der badische Bischof Hans Heidland besuchte Eckert in Großsachsen und sorgte anschließend für eine finanzielle Unterstützung, vor allem durch einen monatlichen Zuschuss an die Witwe Eckerts nach Eckerts Tod im Jahre 1972. Meine 1973 als Buch erschienene Dissertation über Eckert, die nachfolgenden Besprechungen von der FAZ bis zur UZ, auch in zahlreihen kirchlichen Organen, weitere Veröffentlichungen und schließlich die von dem Historiker Reinhard Mielitz angeregte Petition für eine Wiedergutmachung des an Eckert begangenen Unrechts, unterschrieben auch von zahlreichen Pfarrern der Badischen Landeskirche, verfehlten ihre Wirkung nicht. Bischof Klaus Engelhardt, zu dieser Zeit Ratsvorsitzender der EKD, hielt anlässlich des 100. Geburtstages von Eckert 1993 eine Predigt in der Karlsruher Stadtkirche. In der Evangelischen Akademie fand eine Tagung mit dem Titel „Roter Himmel auf Erden?" statt. Im April 1999 bedauerte eine gemeinsame Erklärung der Präsidentin der Badischen Landessynode Margit Fleckenstein, und des Badischen Landesbischof Ulrich Fischer, dass die Kirchenleitung den „Bruder Eckert" „unehrenhaft" aus dem Pfarrdienst entlassen habe, „parteiisch gehandelt" und eine „prophetische Stimme unterdrückt" habe. Eine kirchenrechtliche Neubewertung im Lichte der Barmer Erklärung steht aus.

Wie hat Eckert den Widerspruch zwischen religiösem und kommunistischem Selbstverständnis betrachtet?

Eine frühe Antwort auf diese Frage gab Eckert 1930 noch vor seinem Eintritt in die KPD im Gespräch mit Heinz Hoffmann, dem späteren Spanienkämpfer und Verteidigungsminister der DDR. Er zitierte aus Lenins Schriften über „Sozialismus und Religion": „Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel." Mit anderen Worten: Ob Revolution oder Konterrevolution siegen, hängt nicht von der Vorstellung über den Himmel ab, die beide Parteien haben, sondern von ihrem Kampf auf Erden. Lenin schrieb sogar über die Möglichkeit, dass unter bestimmten Bedingungen auch ein Pfarrer Mitglied der revolutionären Arbeiterpartei werden kann. Für Eckert war das Evangelium kein Widerspruch zum „Kommunistischen Manifest". Im Landtag bekannte sich Eckert offen als Christ und Kommunist. Er war davon überzeugt, dass, wenn die sozialistische Neuordnung kommen wird, für die er sein ganzes Leben lang gekämpft hat, die Widersprüche zwischen Evangelium und menschlicher Gesellschaft nicht mehr so bestehen, wie das heute der Fall ist.

Ob Eckert ein „Marxist" war, wie er 1930 in der Zeitschrift für *Religion und Sozialismus* für sich in Anspruch genommen hatte, wird von marxistischer Seite in Frage gestellt. Nach Robert Steigerwald, der aufs Engste mit Eckert freundschaftlich und politisch verbunden war, unterscheiden sich Christen, die analoge oder gleiche politische und ökonomische Forderungen vertreten wie die marxistischen Kommunisten auf diesen Feldern nicht vom Marxismus und werden vom Faschismus auf genau die gleiche Weise verfolgt. Es gibt aber einen Unterschied, den man nicht aus gleichen politischen und ökonomischen Aufgabenstellungen ableiten kann: Marxisten müssen aus der inneren Logik ihrer

Theorie heraus Kommunisten, Sozialisten sein, Christen können es sein – motiviert von ihrer religiösen, ethischen und anthropologischen Position –, müssen es aber nicht sein, wie schon die weitaus größere Zahl jener Christen zeigt, die sich nicht zum Sozialismus oder Kommunismus durchringen, ihn ablehnen, teils verteufeln. Eine Reduzierung des Marxismus auf eine Methode zur Analyse der Gesellschaft ist unzulässig. Es ist keiner von beiden Seiten dienlich, materialistische und idealistische Positionen zu durchmischen, herauskämen weder Marxismus noch Religion. Hans Heinz Holz sprach in der Festschrift zum 100. Geburtstag Eckerts von einer Aporie, d.h. von der Unmöglichkeit, eine philosophische Frage zu lösen. Eckert verdiene für das Aushalten dieses Widerspruchs jenseits der Pragmatik der politischen Bündnispolitik Sympathie und Respekt. Eckert sei wohl ein guter Kommunist, aber im Grunde mehr noch ein besserer Christ gewesen.

junge Welt, Freitag, 31.12.2021, S. 1.

Endstation Feldherrenhalle

Faschistische Generalprobe

[Mitautor Manfred Weißbecker]

Gepäppelt mit Geldern der Industrie unternahm die NSDAP vor 100 Jahren in München einen Staatsstreich. Zum Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923

Als Ende 1922 in Deutschland überall rechtsextreme Kräfte ihre Aktivitäten verstärkten und größere Anhängerscharen gewannen, flossen auch für die NSDAP reichlicher finanzielle Mittel aus den Kassen großbürgerlicher Kreise und mittelständischer Unternehmer. Sie erlaubten, den *Völkischen Beobachter* seit Dezember 1922 als Tageszeitung erscheinen zu lassen. Die Spendenbeträge wurden größer, der gesellschaftliche Rang der Spender immer gewichtiger. Zu ihnen gehörte u. a. Ernst von Borsig, der spätere Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Leiter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Die von ihm bereitgestellten Mittel gelangten über Valentin Litz, den Direktor der Borsig-Werke in Tegel, an Ernst Pöhner, den aktiven Nationalsozialisten ohne Mitgliedsbuch im Münchener Polizeipräsidium. Zu den Großindustriellen, die früh als Finanziers der Partei in Erscheinung traten, zählte auch Hugo Stinnes, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, Emil Kirdorf, Gründer des deutschen Kohlensyndikats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, und Fritz Thyssen, der nach dem Tode seines Vaters 1926 an die Spitze der Vereinigten Stahlwerke AG rückte und einer der mächtigsten Männer des Ruhrgebietes war. Sie interessierten sich ebenfalls bereits seit 1922 für die NSDAP, wobei letzterer im Herbst 1923 mehrere Versammlungen der NSDAP besuchte sowie an Erich Ludendorff und Adolf Hitler 100.000 Goldmark überwies.

Während der Inflationszeit erhielt die NSDAP Zuwendungen in Goldmark, was von erheblichem Vorteil war, da sie ihre Schulden in wertlosem Inflationsgeld zurückzahlen konnte. Auch einige SA-Führer bekamen ihren Sold teilweise in Devisen ausgezahlt. Eine Reihe adliger Damen und Herren spendeten für die Partei, darunter Prinz Arenberg, Gertrud von Seydlitz und der Herzog von Coburg. Auslandsdeutsche Gönner rührten sich in Amerika, in der Tschechoslowakei, in Schweden, Finnland und anderen Ländern. Noch nach dem Putsch vom 8./9. November 1923 besaß die NSDAP ein beachtliches Vermögen von rund 170.000 Goldmark.

Nach italienischem Vorbild

Im Januar 1923 – als sich die Auseinandersetzung im Reich um die Erfüllungs- bzw. die Katastrophenpolitik aufs äußerste zuspitzte und die französische Regierung Sanktionen ankündigte – führte die NSDAP ihren ersten „Reichsparteitag“ durch, ein Spektakel mit zwölf Massenkundgebungen, einer „Fahnenweihe“ und einer Parade der zum Teil schon völlig uniformierten SA auf dem Münchener Marsfeld. Angesichts der allgemeinen Empörung in Deutschland gegen die am 11. Januar 1923 erfolgte militärische Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen wagte sie sogar eine Machtprobe mit der bayerischen Regierung, in deren Konzept Propaganda für einen aktiven Widerstand an Rhein und Ruhr und für den sofortigen Sturz der Reichsregierung nicht passte. Ministerpräsident Eugen von Knilling unterstützte die Taktik des „passiven Widerstandes“, mit der die Reichsregierung auf die Ruhrbesetzung reagierte.

Hitler versprach, nichts gegen die bayerische Regierung zu unternehmen, und das genügte, um ihn und seine Anhänger doch gewähren zu lassen. Prompt wurden die Bestimmungen des Ausnahmezustandes – obwohl die Reichsregierung den NSDAP-Parteitag zum formellen Anlass für seine Verhängung genommen hatte – nicht gegen diese Partei angewandt. Alle auf ihm beruhenden Maßnahmen richteten sich lediglich gegen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung. Gerade dieses regierungsoffizielle Entgegenkommen steigerte den Zustrom neuer Mitglieder und ermunterte die NSDAP nun zur unmittelbaren Vorbereitung einer größeren Aktion.

Alles, was die Nationalsozialisten während des Jahres 1923 unternahmen, stand im Zeichen ihrer Vorbereitung auf einen Putsch, auf eine erneute Aktion à la Kapp. Nach italienischem Vorbild streb-

ten sie einen „Marsch auf Berlin“ und die Einsetzung einer neuen Reichsregierung an. Pläne und Einsatzbefehle nahmen eine immer konkretere Gestalt an. Die seit März 1923 von Hermann Göring geführte SA gebärdete sich offen als Wehrverband und veranstaltete in Bayern eine militärische Übung nach der anderen. Im Frühjahr 1923 wurde – wie immer, wenn sich rechtsradikale Verbände formierten und zum Losschlagen bereithielten – das Gerücht ausgestreut, ein „Linksputsch“ stünde bevor. Den Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern drohte Hitler, ihre für den 1. Mai vorgesehenen Demonstrationen würden nur stattfinden, wenn sie über seine „Leiche marschieren“ könnten. In den frühen Morgenstunden des 1. Mai rotteten sich in München 1.300 SA-Leute und etwa 4.000 Mitglieder der vaterländischen Verbände – des „Bundes Oberland“, der „Reichsflagge“, des Blücher-Bundes, der Zellergruppe u. a. m. – aus ganz Bayern zusammen. Das militärische Kommando führte Hermann Kriebel, ein Vertreter der vaterländischen Verbände. Die politische Führung lag in den Händen Hitlers. Ernst Röhm sorgte dafür, dass sie zusätzlich zu ihren Gewehren, Handgranaten und Pistolen aus den Beständen der Reichswehr Maschinengewehre und ein Geschütz erhielten.

Die Trupps der NSDAP standen Gewehr bei Fuß. Sie warteten jedoch vergebens auf das Zeichen ihrer Führer, die friedliche Demonstration der Münchener Arbeiter zu überfallen. Die bayerische Reichswehrführung unterband jede größere Aktion und verlangte die Rückgabe ihrer Waffen, was wiederum von Röhm organisiert wurde. Nach den Gesetzen der Republik und Bayerns hätte Hitler bereits in dieser Situation wegen staatsgefährdender Betätigung und der Aktion vom 1. Mai 1923 zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden können. Doch Justitias rechtes Auge erwies sich wieder einmal als blind. Selbst die Verabschiedung Röhms aus der Truppe, die der Reichswehrminister Otto Geßler persönlich verfügt hatte, scheiterte am Einspruch des Generals Otto Hermann von Lossow, der die Reichswehr in Bayern kommandierte. Gegen die NSDAP gerichtete Untersuchungen eines Münchener Staatsanwalts wurden rasch abgeschlossen, als Hitler drohte, mit „landesverräterischen Enthüllungen“ aufzuwarten.

Ungeachtet des am 11. Mai verhängten Ausnahmezustandes traten die paramilitärischen Wehrverbände weiter auf; sie hielten Übung auf Übung ab und formierten sich zu einer „Kampfgemeinschaft nationaler Verbände“ unter Ludendorffs und Hitlers Führung. Ohne Einschränkungen konnten die Nationalsozialisten ihren „Helden“ Albert Leo Schlageter feiern, der am 26. Mai 1923 von den französischen Besatzungsorganen im Ruhrgebiet wegen Sabotageaktionen hingerichtet worden war. Zu einem einwöchigen Verbot des *Völkischen Beobachters* kam es im Juli 1923 nur, weil in seiner Ausgabe vom 14. Juli allzu selbstbewusst erklärt worden war, im Falle von Behinderungen durch die Polizei werde sich die NSDAP der bayerischen Regierung nicht mehr als „Notpolizei“ zur Verfügung stellen.

Varianten der Diktatur

Als im August 1923 Reichskanzler Wilhelm Cuno durch einen von der KPD initiierten Generalstreik aus dem Amt gezwungen und einen Monat später die Taktik des „passiven Widerstands“ gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben wurde, verkündete der neue Reichskanzler und DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann: „Die beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern.“ Die Beilegung des Ruhrkonflikts und der Kurs auf die Stabilisierung der Währung wurden von einer erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes flankiert. Im Grunde handelte es sich dabei um einen Bruch der Weimarer Verfassung, in der kein Wort über ihn stand. Sollte er verfassungsmäßig gedeckt sein, wäre ein im Artikel 48 angekündigtes Gesetz erforderlich gewesen. Ein solches Gesetz war noch nicht ergangen. Auch auf diese Weise organisierte die neue Regierung selbst einen Rechtsruck, der die politische Macht in Deutschland mit militärischen Mitteln absichern sollte und auf einen rechtsgewendeten Parlamentarismus hinauslief.

Darüber entbrannten in den Reihen derer, die konkrete Diktaturpläne verfolgten, neue Auseinandersetzungen. Während die Reichsregierung und die Parteien der sogenannten Mitte das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive verschieben wollten, ohne erstere zu beseitigen, traten nahezu alle konservativ-nationalen Kräfte mehr oder weniger offen für eine Mili-

tärdiktatur ein. Das von Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des Alldeutschen Verbandes und vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch jene der NSDAP und der bayerischen Wehrverbände, stimmten weitgehend überein. Als Ziel galt: Unterdrückung ihrer Gegner mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Frage, ob sich das angestrebte Regime vorrangig auf die Reichswehr oder auf rechtsextreme Bürgerkriegsorganisationen stützen solle. Der Einsatz der Reichswehr erschien vielen als aussichtsreicher, war diese doch zweifellos viel disziplinierter und militärisch schlagkräftiger als die Wehrverbände. Letztlich stellte ihr Einsatz auch das kleinere Risiko dar; eine Generalsherrschaft ließ sich in gewisser Hinsicht immer noch mit der Fassade „legaler“ Mittel drapieren. Die Diktaturkandidaten der Wehrverbände vertrauten hingegen auf ihre Resonanz unter breiten Teilen der deutschen Bevölkerung, insbesondere unter den Mittelschichten.

In Bayern gingen die monarchistisch-partikularistischen Gruppen unter dem Triumvirat von Gustav von Kahr, Otto von Lossow und Oberst Hans Ritter von Seißer, dem Chef des Landespolizeiamtes, und die NSDAP lange Zeit Hand in Hand bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Putsches gegen die Reichsregierung und den parlamentarisch-demokratischen Staat von Weimar. Für einen solchen Zweck wurde die Partei der Faschisten weiter gepäppelt, obwohl sie mehr und mehr mit eigenen Forderungen hervortrat und aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen begann. Sie organisierte am 2. September einen „Deutschen Tag“ in Nürnberg. An dieser provokatorischen Machtdemonstration nahmen rund 100.000 Menschen teil. Unter den „Ehrengästen“ befanden sich Erich Ludendorff, der sich offen zum Nationalsozialismus bekannte, Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer und zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. Am gleichen Tag entstand unter aktiver Mitwirkung der NSDAP der „Deutsche Kampfbund“, der die organisatorische Grundlage für die weiteren Putschvorbereitungen bot. Die Nürnberger Generalprobe für den geplanten Umsturz verlief verheißungsvoll, zumal sich SPD und KPD nicht auf eine gemeinsame Gegenwehr zu einigen vermochten. Drei Wochen später gelang es Röhm, die Wahl Hitlers zum politischen Leiter des „Kampfbundes“ durchzusetzen.

Streit in der Fronde

Die NSDAP, die während des Jahres 1923 in ihren Mitgliederlisten mehr als 35.000 Neuaufnahmen verzeichnen konnte, profitierte vor allem von den gegen Berlin gerichteten Maßnahmen der bayerischen Regierung. Diese ernannte am 26. September Kahr zum Generalstaatskommissar, stattete ihn mit diktatorischen Vollmachten aus und kam Forderungen der Reichsregierung nach einem Verbot des *Völkischen Beobachters* nicht bzw. nur mit erheblicher Verzögerung nach. Kahr stellte nicht nur die Ausnahmegesetze des Landes über die des Reiches, er ließ sogar die Reichswehrtruppen des Münchener Wehrkreises auf die bayerische Landesregierung vereidigen. Lossow traf sich im Herbst mehrere Male mit dem Führer der NSDAP und versicherte, er sei mit Hitlers Auffassungen „in neun von zehn Punkten völlig einig“.

Trotz ihrer Gemeinsamkeiten entflammte im Herbst 1923 zwischen dem rechtskonservativen „weiß-blauen“ und dem nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfronde dennoch offene Rivalität. Der gemeinsam propagierte und intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin“, für den Lossow am 24. Oktober vor Vertretern der Reichswehr, der Landespolizei, der vaterländischen Verbände und des „Kampfbundes“ die Parole „Sonnenaufgang“ ausgab, entsprach nicht in allem den Plänen der „Weiß-Blauen“. Deren hauptsächliches Ziel bestand in einem weitgehend eigenständigen, von revolutionären Einflüssen aus den übrigen Teilen Deutschlands abgeschirmten Bayern. Dafür wurden zwar alle Aktivitäten der NSDAP als nützlich einkalkuliert, die Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf Realisierung ihrer Ziele aber als überflüssig und ihrer eigenen Sache abträglich betrachtet, gingen sie doch weit über die von Kahr und Lossow hinaus. So erklärte Hitler am 30. Oktober im Zirkus Krone, für ihn sei „die deutsche Frage erst gelöst, wenn die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloss“ wehe. Keineswegs wollte er sich mit einer starken „nationalen“ Regierung oder einer Mili-

tärdiktatur zufriedengeben, sondern erreichen, dass eine nationalsozialistische Herrschaft in den Sattel gehoben werde.

Für Kahr und die von ihm repräsentierten Kreise war diese Alternative zu ihren eigenen Plänen jedoch erledigt, als sich im Reich die Verhältnisse zu stabilisieren begannen. Am 13. Oktober beschloß der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz, das erlaubte, von den verfassungsmäßig garantierten demokratischen Grundrechten abzugehen. Ende Oktober marschierte die Reichswehr auf Veranlassung des Reichspräsidenten und der Regierung in Sachsen und Thüringen ein, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen abgesetzt wurden. Ein Aufstandsversuch der KPD, der in Hamburg begann, wurde niedergeschlagen. Die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans von Seeckt zeichnete sich ab.

Für Kahr schien sich nunmehr die Aufgabe der bayerischen „Ordnungszelle“ erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Nicht zuletzt bröckelte die sogenannte nationale Opposition gegen den Kurs der Machthaber in Berlin, weil sich die Zeichen einer Wende der inneren Verhältnisse Deutschlands mehrten. Sie waren mit der beginnenden Stabilisierung der Mark und stützenden finanzpolitischen Maßnahmen der USA verbunden. Mit Gespür für die veränderte Situation begriff ein Teil der bayerischen Rechten, dass unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die eine parlamentarische Staatsform für unentbehrlich und vorläufig lediglich graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielt. Kahr, Lossow und Seißer eröffneten am 6. November den Führern der vaterländischen Verbände, dass einzig und allein sie das Kommandorecht beanspruchen und jede Eigenmächtigkeit brechen würden. Dies kam einer Distanzierung vom nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfront gleich.

Terroristische Generalprobe

Die Führung der NSDAP versuchte dennoch am 8. November 1923 vollendete Tatsachen zu schaffen. Angesichts der für sie ungünstigen Entwicklung wollte sie wenigstens retten, was zu retten war. Sie befürchtete auch, ihre aufgeputschten Anhänger nicht mehr bei der Fahne halten zu können, und sorgte sich um den drohenden Zerfall der so mühsam unter ihrem Kommando formierten „Kampfbund“-Einheiten. Hitler drang an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo Kahr gerade eine programmatische Rede halten wollte. Mit ausgesprochenem Sinn für theatralische Effekte verkündete der NSDAP-Führer nach einer kurzen Beratung im Nebenzimmer (und einer Versammlungspause, in der Göring die erregten Teilnehmer unter anderem mit dem Argument beruhigte, die Bayern würden auch künftig ihr Bier bekommen!) den Beginn einer „nationalen Revolution“ und die Bildung einer neuen Reichsregierung. Dieser würden außer ihm auch Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Feder angehören. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 – wüst als „Novemberverbrecher“ beschimpft – sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. „Tumultuarisches begeistertes Geschrei“ und das Deutschlandlied gellten danach durch den Saal. Nach anfänglicher und erzwungener Zustimmung zogen sich Kahr, Lossow und Seißer jedoch in der Nacht von diesem Unternehmen zurück und wandten sich gegen den Putsch. Die Verbrüderungsszene mit den Nationalsozialisten und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers vergaßen sie rasch. Kahr wechselte die Front und erklärte die NSDAP und den „Kampfbund“ für aufgelöst; zugleich verbot er – ohne jede Begründung – ebenfalls die KPD. Aus anderen bayerischen Garnisonen wurden Reichswehreinheiten nach München beordert.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gaben die Putschisten eine Probe ihres propagandistischen und terroristischen „Könnens“. Aus der Kasse einer Buchdruckerei „besorgten“ sie sich Sold für die SA-Leute. Der „Stoßtrupp Hitler“ stürmte und verwüstete auf Görings Befehl das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen *Münchener Post*. Unter Leitung Röhms besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando. Rudolf Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Wahllos wurden vor allem jüdische Bürger verhaftet. In blinder Hoffnung glaubte Hitler – darin von Ludendorff nachhaltig unterstützt – noch immer, durch den ohne Erfolgsaussicht begonnenen Putsch eine Wende erzwingen zu können. Er

befahl seine Anhänger für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationsmarsch“ durch die Münchener Innenstadt. Eine Polizeisperre konnte den Zug zunächst nicht aufhalten; beim ersten Schuss, so drohte Göring, werde man die inhaftierten Geiseln erschießen. Als die SA-Leute und Mitglieder des „Bundes Oberland“ das Regierungsviertel erreichten, fiel ein Schuss, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle – einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude – stoppten einige Salven der hier aufmarschierten Landespolizei die vordringenden Putschisten endgültig. 16 Mitglieder der NSDAP und drei Polizisten lagen tot oder sterbend auf der Straße. Ludendorff, Drexler, Frick und einige wenige ließen sich an Ort und Stelle verhaften. Eilig zerstreuten sich die etwa 3.000 Faschisten, die sich am Marsch beteiligt hatten. Mancher stob in wilder Flucht davon. Auch hierin sollte sich der um seine eigene Rettung bemühte Hitler als „Führer“ erweisen. Zunächst konnte er sich in einem Landhaus der befreundeten Familie Hanfstaengl verbergen, bevor er am 11. November verhaftet wurde. Göring, Esser, Feder, Berchthold und andere flüchteten ins Ausland.

Die Parteigeschichtsschreibung, die dem fehlgeschlagenen Staatsstreich stets einen zentralen Platz in ihrer heroisierenden Selbstdarstellung einräumte, konstruierte so manche Legende und fälschte viele Details des Geschehens, um Abenteuerlichkeit und Dilettantismus vergessen zu machen. Das braune Regime feierte später die Toten als „Blutopfer“ und „Helden der Bewegung“. Ihrer wurde regelmäßig und in düsterem Pomp gedacht. Ausgezogen, nach Berlin zu marschieren und die Macht zu erobern, kamen die Putschisten am 5. Jahrestag der Novemberrevolution nicht weit. Die Endstation hieß: Feldherrnhalle. Vorläufig.

Der obenstehende Text ist ein Nachdruck aus Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1929 bis 1945, Köln: Papyrossa Verlag 2009, 3., verb. u. erg. Aufl., S. 79-86.

junge Welt, Donnerstag, 09.11.2023, S. 12.

Wertvolle Hinterlassenschaft: Kurt Pätzold zur Erinnerung

Von Manfred Weißbecker

Am 18. August 2016 verstarb Kurt Pätzold, zweifellos einer der produktivsten und bedeutendsten Historiker der DDR. Die von materialistisch-dialektischem Denken geleitete Schar der Geschichtsschreiber erlitt herben Verlust. Sie verlor einen beharrlichen Weggenossen im Bestreben, möglichst Nutzbringendes und Ersprießliches zu leisten. Anerkennenswertes zu schaffen, nach Verhältnissen zu streben, in denen Gerechtigkeit und friedliches Miteinander dominieren können. Sein Tod riss eine große Lücke auch in die heutige deutsche Geschichtswissenschaft, selbst wenn er seit 1990 nicht mehr der offiziell an Universitäten und Instituten organisierten Zunft angehören durfte. Jedoch: Ihn zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen der führenden Köpfe in der „zweiten Wissenschaftskultur" Deutschlands (Walter Schmidt) zu akzeptieren, daran führt kein Weg vorbei. Nachrufe bezeugen dies eindrucksvoll.[1]

Seit seinem Geschichtsstudium an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität befasste Kurt Pätzold sich mit dem verhängnisvollen Wirken jener Kräfte, die sich im 20. Jahrhundert dem historischen Fortschritt in den Weg stellten, indem sie die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu revidieren trachteten, den parlamentarisch-demokratisch verfassten Weimarer Staat zerstörten und eine massenmörderische Diktatur errichteten. Sein Blick galt dem Weg, den die deutschen Faschisten – sich selbst als „Nationalsozialisten" tarnend – im Bunde mit großbürgerlichen und militärischen Eliten in den Zweiten Weltkrieg gegangen sind. Seine Sicht auf die Wurzeln der braunen Barbarei erwuchs stets aus einer komplexen Kenntnis von Strukturen und Entwicklungssträngen der kapitalistischen Gesellschaft. So konnten ihn jene Vorwürfe einer „ökonomistischen" Deutung des Faschismus nicht treffen, die seit eh und je gesellschaftskritischen, erst recht marxistischen Historikern gemacht worden sind, wider besseres Wissen auch immer noch erhoben werden. Jeder unvoreingenommene Blick in seine biographischen Arbeiten über Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher, Hans Frank, Alfred Jodl oder Arthur Seyß-Inquart genügt, ebenso die Kenntnis des von ihm gemeinsam mit anderen herausgegebenen Bands „Biographien zur deutschen Geschichte" oder auch die gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages verfassten Publikationen zur Geschichte der NSDAP.

Unter den Faschismusforschern der DDR gehörte Kurt Pätzold zu den wenigen, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere mit der rassistisch-antisemitischen Judenverfolgung befassten. Mehrere Publikationen bezeugen das Geschick, tief in das Geschehene einzudringen, es in nahezu literarischem Stil darzustellen und die Vielgestaltigkeit von Ursachen-Bündeln zu verdeutlichen. Zum Thema Antisemitismus veröffentlichte er 1975 erste Ergebnisse seiner Forschungen in dem auch heute noch lesenswerten Band „Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935)". Dem folgte 1988 ein gemeinsam mit Irene Runge erarbeitetes Buch über die Pogromnacht im November 1938. Danach publizierte er in den 90er Jahren – teils gemeinsam mit Erika Schwarz erarbeitet – die Bände „Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942", „Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942" und „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns".

Wie viele andere Wissenschaftler der DDR verlor auch Kurt Pätzold nach der „Wende" von 1989/90 seine Anstellung an einer deutschen Universität. Eine abenteuerliche, in sich widersprüchliche und wohl doch bewusst gewählte Begründung sollte ihn und mehr noch sein Geschichtsverständnis, seine Sicht auf den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte treffen. Das mag sein hartes, aber doch eindeutiges und treffendes Urteil erklären: Was von manchen als Prozess einer „Erneuerung" ostdeutscher Hochschulen betrieben und beschrieben wurde, sei auch eine „Geschichte von Ignoranz, Fälschung und Heuchelei." Es misslang indessen, was versucht worden war: Er verstummte nicht. Im

---

[1] Walter Schmidt für Die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.; Mario Keßler für die Zeitschrift „Sozialismus", H. 10/2016, mit einer ausführlichen Obersicht zu Pätzolds Publikationen; Ulrich Schneider für die VVN-BdA. Die drei folgenden Absätze beruhen auf meinem Nachruf: Gegen den Zeitgeist. Zum Tode des marxistischen Historikers und Faschismusforschers Kurt Pätzold. In: Neues Deutschland", 22.08.2016, S. 15.

Gegenteil. Noch deutlicher als zuvor, noch intensiver und umfangreicher trat er in Erscheinung, das Instrumentarium kritisch-dialektischer Analyse glänzend beherrschend. Ihm ging es dabei immer auch um eine kritisch kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, mit seiner eigenen Biografie, dabei turmhoch über allerlei Rechtfertigungsprodukten oder Verdammungsschriften stehend, was vor allem sein Buch „Die Geschichte kennt kein Pardon“ (2008) belegt. Den guten Traditionen deutscher Historiker folgend bewegte er sich nun erst recht in seiner Zeit, diese nicht allein kontemplativ betrachtend, sondern zugleich mit dem Ziel verknüpfend, sie bewegen, sie verändern zu wollen. Eine andere Welt als die kapitalistisch geprägte anstreben, eine menschlichere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens gewinnen wollen – dies könnte als innere Triebkraft seines Strebens und Wirkens verstanden werden.

Mit den Mitteln des Historikers, eines parteilichen wohl, nicht eines parteiischen, bezog Kurt Pätzold vor allem Position gegen einen im neuen Zeitgeschehen dominierenden Geist, der hauptsächlich von einem „koste-es-was-es-wolle“-Denken und unerbittlichem Willen zu Profitmaximierung geprägt er scheint, demzufolge auch von nur notdürftig verbrämter sozialer Kälte, von zunehmendem Demokratie-Abbau, von eiferndem Überwachungswahn und sogar – besonders abscheulich – von teils geduldetem, teils gefordertem rechtsextremen Ungeist und schamloser Rechtfertigung neuerlichen Kriegstreibens.

Kalkül und Wahn

Kurt Pätzold konnte noch kurz vor seinem Tod das gedruckte Ergebnis seiner Beschäftigung mit den Ursachen und Plänen, die zum 22. Juni 1941 geführt hatten, in den Händen halten. Erst jetzt erschienen die beiden Bände, die sich mit der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 befassen. In allen Texten spiegeln sich seine in den letzten Jahren intensiv betriebene Bemühung um eine erneuerte marxistische Faschismustheorie[2], in der vor allem Zusammen hänge von wirtschaftspolitischem Kalkül und ideologischem Wahn der „nationalsozialistischen“ Führung sowie die Frage nach dem Denken und Verhalten der Volksmassen einen zentralen Platz einnehmen. Dafür Quellen und Dokumente – bekannte ebenso wie bislang ungenutzte oder gering beachtete – zu erschließen, betrachtete er als eine wesentliche Voraussetzung für eine materialistisch-dialektische Analyse und Wertung jenes Geschehens, das in den geschichtspolitischen Kämpfen unserer Zeit nach wie vor zu den bevorzugten Themen gehört. Ohne eine solche Grundlage ließen sich, so sein Credo, keine dem historischen Fortschritt dienende Schlussfolgerungen ziehen.

Keinen Zweifel lässt Pätzold aufkommen an der Tatsache, dass das, was am 22. Juni 1941 begann, ein imperialistischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg gewesen ist, in dem es um Land und Öl, um Bodenschätze und Arbeitssklaven sowie um die Ausrottung des ‚jüdischen Bolschewismus“ ging, von den Nazis verklärt als ein präventiv notwendiger „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“. In einer Zeit, in der das deutsch-russische Verhältnis erneut einen Tiefpunkt erreicht hat und vor allem in den großen Medien russophobe Tendenzen breiten Raum einnehmen[3], leistet Kurt Pätzold mit dem Buch zum faschistischen Überfall auf die UdSSR einen wichtigen Beitrag zu historischer Aufklärung. Der mag als Warnung gelesen werden, schreibt er am Ende seines Vorwortes: „Denn die missbräuchliche Mobilisierung von Völkern gegen ihre eigenen Interessen gehört nicht der Vergangenheit an. Geändert und ungeheuer vermehrt hat sich aber das Instrumentarium, das dafür eingesetzt wird. Joseph Goebbels lebt in vielerlei Gestalt weiter, wenn auch nicht in Braun und mit einer Hakenkreuzbinde am Arm.“ (13)[4]

---

2 Kurt Pätzold: Faschismus-Diagnosen, verlag am park in der edition ost, Berlin 2015.

3 Siehe dazu u.a. Stefan Bollinger: Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen - „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, Berlin 2016; Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung. Wien 2016, 303 S.; Manfred Weißbecker: Der Feind im Osten. Der wiedererwachte Hass auf den „Iwan“ hat in Deutschland eine lange Tradition. Besonders menschenverachtend war das Russlandbild zur Zeit des Faschismus. In: junge Welt, 20.04.2015, S. 12. f.; ders., Russophobie als ideologische Waffe. Gedanken anlässlich des deutschen Überfalls auf die UdSSR vor 75 Jahren. In: Junge Welt, 08.07.2016, S. 12 f.

4 Kurt Pätzold; Der Überfall. Der 22. Juni 1941: Ursachen, Pläne und Folgen, edition ost im Verlag Das neue Berlin 2016,254 S., 14,99 Euro.

Den Vf. interessiert jedoch nicht allein das manipulierende Handeln, das Tun und Lassen der Herrschenden, ihn bewegt darüber hinaus, weshalb der „Betrug“ an den Volksmassen so vollkommen gelang und wie sich das jubelnde oder schweigende Volk in einen Krieg führen ließ, in dem es „nur verlieren konnte: das eigene Leben, Verwandte und Freunde, Hab und Gut und gemein sam das Ansehen, das seine Vorfahren als Nation sich einst erwarb.“ (12 f.) Seine Antwort auf die Frage nach der Selbstverschuldung der Massen lautet eindeutig: Es trafen des „Führers“ Versprechen und Prophezeiungen mit den Wünschen der Mehrheit der Deutschen zusammen. Dies habe diese wehrlos und unfähig gemacht, „zu dem Gehörten oder Gelesenen eine kritische Dis tanz herzustellen. Sie wollten den Krieg nicht verlieren und glaubten Anfang 1942 noch, wenn ihnen der Gedanke an solches Ende überhaupt schon kam, dass sich das vermeiden lasse.“ (101 f.)

Das „Überfall“-Buch enthält auf rund 100 Seiten viel Material, das u. a. auch die erheblichen Probleme der sowjetischen Führung in ihrer Einschätzung der deutschen Politik beleuchtet und über Stalins Verhalten in dieser Zeit ein vernichtendes Urteil fällt. Insgesamt gilt die Aufmerksamkeit des Vf. weniger den militärhistorischen Aspekten von Kriegsvorbereitung und -führung als vielmehr den unterschiedlichen und durchaus nicht einhellig-zustimmenden Reaktionen der deutschen Bevölkerung, soweit diese Eingang in die umfangreichen Berichten des Sicherheitsdienstes der SS fanden und aus anderen Quellen erschließbar sind. Der Vf. ist sich der Begrenztheit aller Aussagen der Stimmungs-Beobachter bewusst, hüteten sich doch vor allem die anders Denkenden vor den Ohren der Spitzel. Zudem spielte das Eigeninteresse der Be richtenden eine der Wahrheit mitunter nicht dienende Rolle. Anhand der SD-Berichte vermag der Autor dennoch so manchen Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit, Versprechen und Illusionen, Vorgegebenem und Ge wünschten aufzuhellen. Deutlich wird, wie viele Deutsche auf ein rasches Kriegsende hofften und wie angesichts des Scheiterns der Wehrmacht vor Moskau sich die Fragen nach Fehlern in der Einschätzung des „Koloss auf tönernen Füßen“ häuften. In den 63 Dokumenten finden sich auch aufschlussreiche Auszüge aus Tagebüchern, Feldpostbriefen und Memoiren. Lesenswert ist insbesondere jenes anrührende Kapitel, das sich mit den Briefen des an der Ostfront kämpfenden Gefreiten T. an seine Liebste befasst. (103-118)

Auch in den beiden Basiswissen-Bänden 1933/39 und 1939/45[5] dominiert die Sicht auf das Denken und Verhalten einer Mehrheit der Deutschen; ersterer enthält dazu sogar ein eigenes Kapitel: „Das Regime und die Massen“. Diesem Thema hatte sich Pätzold seit langer Zeit zugewandt und erste Überlegungen dazu bereits 1980 auf einer Tagung in Jena vorgestellt. Er benannte als entscheidende Faktoren für das Zustandekommen des Masseneinflusses der NSDAP die direkten und indirekten Auswirkungen des Furchterregenden faschistischen Terrors, die Rolle der in Deutschland weit verbreiteten nationalistisch-rassistischen Ideologie sowie die spürbare Wirksamkeit innen- und außen politischer Erfolge des Regimes. In der Diskussion erweiterte sich der Blick hin zur Rolle der NSDAP und ihres umfassenden Organisationsgefüges.[6] Da war, wie Richard Dehmel zu den ersten Veröffentlichungen des jungen Dichters Johannes R. Becher bemerkt hatte, zwar viel Rauch, jedoch noch kein Feuer.[7] Doch – um im Bilde zu bleiben – an den jüngst erschienenen Publikationen Pätzolds lassen sich Ausweitung und Vertiefung seines Wissens und seiner Erkenntnisse zu dem brennend aktuellen „Forschungsproblem“ erkennen.

Pätzold wählt einen völlig anderen Ansatz als jene Autoren, die – sich von der so genannten Täterforschung[8] abwendend – im Begriff der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ den Kern aller

---

5 Kurt Pätzold: Deutschland 1933-39. Vorkrieg, (Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie) PapyRossa Verlag, Köln 2016, 153 S., 9,90 Euro; ders.: Deutschland 1939-45. Krieg, (Basis wissen Politik, Geschichte, Ökonomie) PapyRossa Verlag, Köln 2016, 142 S., 9,90 Euro.

6 Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 45/1981, S. 22-50. Siehe auch Manfred Weißbecker: Das Jenaer Faschismus-Kolloquium. Eine Dokumentation (1971-1990). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/2007, S. 77-102.

7 Siehe Jens-Fietje Dwars: Johannes R. Becher. Triumph und Verfall. Eine Biographie, Berlin 2003.

8 Zu dieser siehe u.a. die Publikationen von Christopher Browning: Ganz normale Männer Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996; Ulrich Herbert: Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, Bonn 1996; Michael Wildt: Generation des Unbe-

Probleme entdecken wollen. Ihm missfiel, dass damit wiederum – wie mit dem Wort „Nationalsozialismus“ – sehr schlicht eine Selbstbezeichnung übernommen wird. Statt von einer Volksgemeinschaft zu reden, spricht er von der „Gefolgschaft“ und verwendet damit einen in sein Konzept passenden und zugleich präziseren Begriff. Deutlich ist sein Unbehagen zu erkennen, wenn lediglich Hitlers Zustimmungsgemeinschaft gemeint ist und letztlich vom Fortbestehen der Klassengesellschaft in Hitler-Deutschland geschwiegen werden soll.[9] Ihn bewegten viele Fragen zu Entstehung, Entwicklung und Wirksamkeit der Hitlerschen Anhängerscharen, die er als wichtigen Bestandteil seiner Sicht auf die Geschichte des deutschen Faschismus, des so genannten Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges betrachtete.[10]

Pätzold wusste um die Kompliziertheit des Themas, um die schwierige und eigentlich unzureichende Quellenlage sowie um die vielfältig vorhandenen Pauschalurteile. So wählte er entsprechende Stilmittel, mitunter eine Art von Frage- und Antwortspiel. Aus Fakten und Behauptungen suchte er, gleichsam den Leser in der Logik seiner Gedankengänge mitnehmend, nach möglichst sinnvollen Aussagen und der Realität nahekommenden Schlussfolgerungen. Stets hinterfragt er die Interessen der Herrschenden und deren Orientierungsziele, aber er sucht auch nach den Ursachen und Folgen des Denkens der Be herrschten. Dass manche seiner Urteile sehr hart ausfallen, liegt an der Realität, nicht – wie vermutet werden könnte – am Enttäuschtsein eines konsequenten Antifaschisten. Zugleich verrät seine argumentative Darstellungsweise die Erfahrungen eines Hochschullehrers und begabten Redners. Geschickt sieht sich das Chronologische den eher systematisch gegliederten Teilen seiner Texte zu- bzw. auch untergeordnet. Vor allem die acht Kapitel des Bandes über die 30er Jahre tragen Züge eigenständiger, mitunter auch essayistisch anmutender Abhandlungen.[11]

Friedensjahre oder Vorkriegszeit?

Als Untertitel des ersten Bandes wählt Pätzold das Wort: „Vorkrieg“. Dies soll als Programm verstanden werden und richtet sich gegen jene, die da meinen, es seien hauptsächlich schöne Friedensjahre, sichere Zeiten usw. gewesen. Nach Pätzolds Verständnis sind sie jedoch die Jahre, „in denen die Masse des deutschen Volkes tatsächlich, wenn auch nicht schuldlos und nicht ohne eigenes Zutun, betrogen wurde und sich für Ziele einnehmen ließ, von denen sie sich besser und zum eigenen Nutzen abgewendet hätte. Es sind Jahre, in denen sie für Handlungen konditioniert und trainiert wurde, die bis zu den dann massenhaft verübten Verbrechen an anderen Völkern reichten.“ (9) Selbst die unerhörte Mordaktion vom 30. Juni 1934 habe keine Welle des Absehens zur Folge gehabt. Stillhalten sei durch Einschüchterung und Terror bewirkt worden, ebenso durch eine alle Zweifel erstickende, dreiste und verlogene Propaganda. In der Stabilisierungsphase der faschistischen Diktatur sei alles zugleich ein Ausdruck des großen Vertrauens gewesen, das die Massen den großen und kleinen Unternehmern, den bürgerlichen Parteien, den Kirchen und den Militärs entgegengebracht hätten, ohne deren erhebliche Dienstbarkeit für das Regime zu erkennen. Zum Verhalten der Bevölkerungsmehrheit in Deutschland heißt es drastisch: „Mit der Anpassung unter Druck oder aus eigenem Entschluss vollzog sich in weiten Teilen des Volkes [...] ein moralischer Verfall. Resignation, Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit verbreiteten sich, wenn nötig mit dem Argument gerechtfertigt, man könne gegen dieses Regime und seine Macht ohnehin nichts ausrichten.“ (50 f.)

---

dingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; Michael Mallmann und Gerhard Paul (Hrsg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004: Harald Welzer: Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2007.

9 Zur Kritik des Volksgemeinschafts-Begriffs siehe u.a. Peter Schyga: Über die Volksgemeinschaft der Deutschen. Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden. Baden-Baden 2015.

10 Siehe Kurt Pätzold: Zweierlei Blindheit. Unterschiede der geschichtswissenschaftlichen Debatte über das Verhalten der deutschen Bevölkerung zwischen 1933 und 1945. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (junge Welt 20.08.2016, S. 12 f.); ders. Mitläufer und Täter. Nach 1933 entschloss sich nur eine Minderheit der Deutschen zum Widerstand, der Großteil der Bevölkerung fügte sich in die neuen Verhältnisse ein. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (junge Welt 22.08.2016, S. 12 f.).

11 Das Inhaltsverzeichnis weist aus: 1. „Siegheil“, 2. Der faschistische Staat wird errichtet, 3. Das Regime und die Massen, 4. „Volk ans Gewehr“, 5. „Die Juden sind unser Unglück“, 6. Zum Gipfel von Macht und Ansehen, 7. Zwei Stufen zum Kriege, 8. „Danzig ist nicht das Objekt“.

Zugleich macht Pätzold deutlich, dass der 1. September 1939 keine unabwendbare Folge des 30. Januar 1933 gewesen ist. Erwähnt werden konzeptionelle Bemühungen von Widerständlern sowie die auf internationaler Ebene vorhandenen Möglichkeiten, Kriege durch eine Politik der kollektiven Sicherheit zu vermeiden. Sein Blick richtet sich auf die Interessen der beteiligten Mächte und das internationale Kräfteverhältnis, kurz: auf jene Hintergründe, die zum Zweiten Weltkrieg führten. Er nimmt diese ebenso als Beispiel für alle Verhältnisse, die generell kriegerische Lösungen von Machtkämpfen und Krisen ermöglichen. Dem diente auch der bereits 2015 im PapyRossa Verlag erschienene Band zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.[12]

Der hier vorzustellende Band „Deutschland 1939-45“ schließt direkt an den über die 30er Jahre an, hält sich Jedoch stärker an den Verlauf des Geschehens.[13] In seiner guten alltagsgeschichtlichen Darstellung verliert Pätzold auch hier all jene Fragen nicht aus dem Auge, die das Denken und Verhalten der Massen betreffen. Dem Leser wird gezeigt, wie sich unterschiedliche, ja auch gegensätzlich wirkende Faktoren des gesellschaftlichen Lebens miteinander verwoben. Er erfährt, welch große Rolle wirtschaftliche und soziale Probleme für die Stimmungen großer Teile der Deutschen spielten. Ihm werden ebenso die schlimmen Auswirkungen jener Propaganda vor Augen geführt, in der ständig vom Friedenswillen des „Führers“ gefaselt, Schreckbilder einer Bedrohung durch andere Völker gemalt, deren Schuld am Kriege beteuert, von notwendiger „Vergeltung“ und „Wunder“ verheißenden Waffen geredet sowie von einem zu erwartenden Sieg der grundsätzlich überlegenen germanischen Rasse geschwätzt wurde. Hinsichtlich der den Deutschen verheimlichten Massenmorde an den europäischen Juden urteilt Pätzold: „Wie viel oder wie wenig die Deutschen von den Verbrechen immer hörten oder lasen, sie wussten oder ahnten doch so viel, dass sie alle wünschten, nicht zu teilen, was den Juden geschah.“ (68)

Pätzold untersucht zudem jene Wandlungen, die sich in den Stimmungen der Massen vollzogen, als die militärischen Erfolge ausblieben und sich in ihrer materiellen Versorgung erhebliche Verschlechterungen einstellten. Als von der Verbreitung einer unbedingten Siegeszuversicht zur Forderung „Durchhalten“ übergegangen wurde, schwanden im Verlauf des Krieges die Hoffnungen und nahmen Zweifel zu. Am Beispiel Görings wird gezeigt, wie das Ansehen des Regimes mehr und mehr verloren ging. Pätzold vertritt auch die These, dass sich bereits vor dem 8. Mai 1945 das Hitler-Bild vieler „Volksgenossen“ in das eines Mannes zu verwandeln begonnen“ habe, der für die Zustände Verantwortung trug, in die sie geraten waren. (106)

Für die Zeit des Kriegsbeginns stellt der Vf. fest, sie sei in besonderem Grad eine Herausforderung für alle Nazigegner gewesen. Für ihn handelte es sich bei einer ganzen Reihe damals verfasster politischer Erklärungen um Dokumente, die Wünschbares, aber nicht Reales enthielten. In ihnen sieht er einen „Tiefpunkt sozialpolitischer Diagnose“. (19) Im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944, über dessen Wirkung auf die Deutschen sich kein gesichertes Urteil gewinnen lasse, wird von den unüberwindlich scheinenden Gegensätzen aller Hitler-Gegner gesprochen. Dies habe den Nazis erleichtert, die Verschwörer schlicht als Landesverräter zu bezeichnen und auch über 1945 hinaus jahrzehntelange Debatten ausgelöst, wie das Attentat zu bewerten sei. Gern hätte man mehr aus Pätzolds Feder zu Einschätzungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Gegnern der NSDAP über „die Deutschen“ gelesen, auch über die Veränderungen, die es im Laufe der Zeit in den größeren Widerstandsgruppen oder auch im Nationalkomitee Freies Deutschland gab. Allerdings verweist er im Kapitel „Besiegt und befreit“ auf die Schwierigkeit, der sich die Minderheit von Antifaschisten und Hitlergegnern ausgesetzt sah, als sie nach dem Mai 1945 vor der Frage stand, „in welchen Dosen sie der Masse die Wahrheiten [über deren Dienstbarkeit für Faschismus und Krieg, M. W.] nahebringen sollte und konnte, ohne sich von ihr noch stärker zu isolieren, als sie es anfänglich ohnehin war.“ (113)

---

12 Kurt Pätzold: Zweiter Weitkrieg (= Basiswissen. Politik, Geschichte, Ökonomie), Köln 2015.

13 Das Inhaltsverzeichnis weist aus: 1. Polen - die leichte Beute, 2. Der komische Krieg, 3. „Frankreich im Sturm überrannt“, 4. „Es bleibt nur noch ein Feind“, 5. Wie zum Endsieg? 6. In Napoleons Spur, 7. Raub, Ausbeutung und Mord, 8. Stalingrad, 9. Alltag im totalen Krieg, 10. Der D-Day, 11. „... bis alles in Scherben fällt“, 12. Besiegt und befreit.

Beide Bände enden mit ausführlichen Nachworten, die sich knapp mit dem bislang erreichten Forschungsstand, ausführlich indessen mit den vorhandenen Quellen sowie mit der in beiden deutschen Staaten veröffentlichten Literatur befassen. Sein Anliegen u. a.: Dem heutigen Zeitgeist entgegenzuwirken, der von den Ergebnissen ostdeutscher und marxistischer Historiker kaum Notiz nimmt, und jene in der DDR erbrachte Leistungen, seien sie dokumentarischer oder wissenschaftlicher Art, wieder in Erinnerung zu rufen.

Man mag bedauern, dass Kurt Pätzold es nicht vergönnt gewesen ist, eine große Gesamtdarstellung zur Geschichte des deutschen Faschismus und vor allem zu der Rolle der Deutschen in den Zeiten des braunen Regimes und des Zweiten Weltkrieges zu verfassen. Den Ausgangspunkt boten zwei umfassende Bände, der eine zur Geschichte der NSDAP und der andere über Adolf Hitler.[14] Sie galt es zu vervollständigen und weiterzuführen, zumeist im Zusammenhang mit unterschiedlichen Anlässen wie Jahrestagen oder aktuellen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Unter anderen Verhältnissen, etwa bei einer normalen Integration in den alltäglichen Wissenschaftsbetrieb und in die materiell gesicherte Wissenschaftsorganisation, auch bei normaler und nicht ausschließlich politisch motivierter Kritik in der Historikerzunft, wäre noch viel und sicher auch Großartiges zu erwarten gewesen. Dennoch: Mit Kurt Pätzolds Hinterlassenschaft liegt Wertvolles und die deutsche Geschichtswissenschaft Bereicherndes vor.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 108, Dezember 2016, S. 186-193.

[14] Beide gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages verfasst; „Hitler. Eine politische Biographie“, Leipzig 1995, und „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“, Berlin 1981, fortgesetzt als „Geschichte der NSDAP 1920-1945“, Köln 1999.

Personenregister

A

Abendroth, Lisa 675
Abendroth, Wolfgang 458, 675
Abs, Hermann 197
Abusch, Alexander 226, 285
Adam, Wilhelm 329
Adenauer, Konrad 65, 150, 153, 161, 372, 678
Alejchem, Scholem 29
Alexander I. 187, 343, 345
Alexis, Willibald 187
Alighieri, Dante 129
Allertz, Robert 38
Aly, Götz 213, 287, 372, 440
Amado, Jorge 300
Amendola, Giovanni 190
Andersen, Lale 672
Andreas-Friedrich, Ruth 208, 209
Andrić, Ivor 209, 499
Angenfort, Jupp 149
Angrick, Andrej 221
Apitz, Bruno 30
Arenberg, Franz von 681
Arendt, Hannah 215
Arndt, Ernst Moritz 322, 430, 602
Äsop 516
Attlee, Clement 43
Auchinleck, Claude 311

B

Bade, Wilfrid 406
Badoglio, Pietro 312, 313
Badstübner, Rolf 223
Bahro, Rudolf 360
Balzer, Friedrich-Martin 301, 309, 675
Barthou, Louis 45, 46, 540, 553
Bartmuß, Hans-Joachim 649
Bauer, Fritz 153
Bauer, Yehuda 420, 421
Baum, Herbert 226
Baumann, Hans 407
Bayer, Friedrich 586
Bayerlein, Fritz 310, 311
Bayern, Ludwig Ferdinand von 682, 683
Bebel, August 94, 125, 486, 499
Becher, Johannes R. 230, 328, 565, 688
Beck, Ludwig 539
Beer, Max 205
Beethoven. Ludwig van 604
Beimler, Hans 191, 290
Belmondo, Jean-Paul 345
Benario, Olga 226
Beneš, Edvard 45, 466, 467
Benn, Gottfried 459
Benser, Günter 223
Benz, Wolfgang 60, 61, 212, 615
Beran, Rudolf 467
Berchthold, Joseph 685
Bernadotte, Jean-Baptiste Jules (d. i. Karl XIV. Johann) 394
Bernhard, Georg 229
Bernstein, Eduard 94, 181
Berthold, Lothar 649
Bertram, Adolf 209, 358, 359
Bestic, Alan 212
Bethmann Hollweg, Theodor von 640
Bieber, Siegfried 197, 200
Birnbaum, Christoph 312
Birthler, Marianne 37, 204
Bismarck, Otto von 67, 86, 87, 92, 103, 135, 244, 369, 383, 500, 555, 603, 633, 669, 670
Bismarck-Schönhausen, Stephanie Gräfin von 135
Blanchard (Freund von Kurt Tucholsky) 557
Bleibtreu, Georg 603
Bleichröder, Gerson von 197
Bleyer, Alexandra 354, 355
Blixen, Karen 522
Bloch, Ernst 161, 225, 629
Bloch, Pierre 365
Blomberg, Werner von 142
Blücher, Gebhard Leberecht von 253, 321, 343, 345, 393, 413, 414, 500, 561, 601, 602, 603, 604, 605
Bobrowskis, Johannes 29
Bock, Helmut 253
Boelcke, Oswald 132, 422
Böhler, Jochen 221
Bohr, Nils 614
Bollinger, Stefan 223
Bonaparte, Joseph 604
Bondartschuk, Sergej Fjodorowitsch 561, 605
Borgolte, Michael 278
Bormann, Albert 609
Bormann, Martin 251
Born, Max 87
Borsig, Ernst von 681
Bosch, Carl 586
Boschkarowa, Maria 438
Bracher, Karl Dietrich 326, 650
Bradfisch, Otto 222
Brandt, Willy 105, 230, 579
Brauchitsch, Walther von 243, 520
Brauchitsch, Werner von 607
Brecht, Bert 58, 103, 142, 144, 148, 193, 280, 316, 363, 451, 459, 486, 624
Bredel, Willi 230
Breitscheid, Rudolf 676
Breker, Arno 609
Bremm, Klaus-Jürgen 460
Briand, Aristide 227
Brod, Max 229
Browning, Christopher R. 105, 170
Brüning, Heinrich 53, 349, 357, 358
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 83
Bude, Heinz 33
Budzislawski, Hermann 230
Bühler, Otto 250
Bullock, Alan 175, 632

Bülow, Bernhard von 446, 492, 503
Bülow, Friedrich Wilhelm 395, 396
Burgess, Alan 280
Burton, Richard 311
Buruma, Ian 582
Busch, Ernst 290
Byron, George Gordon 195

C

Caballier, Jerôme 433
Cabanes, Bruno 438
Calic, Edouard 280
Cameron, David 63
Camphausen, Wilhelm 253, 603
Canaris, Wilhelm 282
Canjé, Hans 24
Čapek, Karel 229
Carell, Paul (d. i. Paul Schmidt) 311
Carlos, John 188
Caspari, Dora 62
Cavell, Edith 438
Cesarani, David 161
Chamberlain, Neville 42, 43, 296, 468, 469, 540, 541
Chamisso, Albert 459
Chaplin, Charlie 342, 559, 624
Chintschuk, Lew Michailowitsch 552
Chotjewitz, Peter 365
Chotkawa und Wognin, Sophie Gräfin Chotek von 494, 497
Churchill, Winston 43, 71, 139, 140, 198, 199, 238, 400, 469, 502, 539, 571, 594, 597, 630, 641
Ciano, Galeazzo 220
Clark, Christopher 416, 417, 434, 435, 436, 437, 438, 444, 445, 446, 449, 450, 461, 462, 478, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 535, 536, 537, 562, 625, 636
Claudius, Matthias 435, 443, 450
Clausewitz, Carl von 64, 65
Coburg, Carl Eduard 681, 683
Columbus, Christoph 315
Conze, Eckart 105
Corbusier, Le 345
Courths-Mahler, Hedwig 407, 632
Cremer, Fritz 103, 148
Cuno, Wilhelm 682

D

Dagdelen, Sevim 568
Dahn, Daniela 360
Daladier, Édouard 42, 43, 77, 468, 540, 541
Dalai Lama 227
Darré, Walther 521
Davies, Norman 38, 39
Dederichs, Mario R. 280
Dedio, Florian 513
Dedio, Gunnar 513
Dehmel, Richard 451, 452, 688
Deimling, Berthold von 586
Demps, Laurenz 285
Dengel, Philipp 84
Deppe, Frank 458
Deschner, Günther 280
Deterding, Henri 166
Deutscher, Isaac 542
Diem, Carl 186
Dietrich, Björn 312
Dietrich, Hermann 349
Dietrich, Marlene 114, 345
Dietrich, Otto 184, 473
Diewerge, Wolfgang 365
Dimitrijević, Dragutin T. 495
Dimitroff, Georgi 54, 55, 56, 80, 81, 230, 617, 627
Dirks, Christian 575
Distel, Barbara 615
Dlubek, Rolf 246
Dobberstein, Marcel 624
Dodd, William E. 100, 111, 363
Dönitz, Karl 594, 655
Döscher, Jürgen 105
Douglas-Home, Charles 311
Drake, Heinrich 103
Drexler, Anton 685
Drobisch, Klaus 285
Duisberg, Carl 586
Dumenil, Anne 438

E

Earl, Hilary 222
Eastwood, Clinton (Clint) 345
Ebert, Friedrich 119, 270
Ebert, Sabine 434
Eckert, Elisabeth 676, 679
Eckert, Erwin 301, 309, 675, 676, 677, 678, 679, 680
Eckert, Wolfgang 676
Edel, Peter 30
Eher, Franz 631
Eichholtz, Dietrich 163, 246, 626
Eichmann, Adolf 15, 150, 151, 152, 153, 154, 157, 160, 161, 162, 170, 212, 214, 215, 216, 249, 251, 281, 282, 563, 660, 675
Eigruber, August 147
Einstein, Albert 58, 87, 173, 229
Eisenman, Peter 657
Eisler, Hanns 116, 280
Eisner, Kurt 636
Elisabeth II. 312
Elser, Georg 254, 365
Engel, Evamaria 397
Engel, Gerhard 397
Engelhardt, Klaus 679
Engels, Friedrich 64, 71, 84, 125, 129, 180, 181, 246, 258, 266, 322, 333, 343, 360, 443, 484, 499, 502, 505, 548
Ensikat, Peter 116
Epp, Franz von 194
Erdmann, Karl Dietrich 542
Erzberger, Matthias 607
Eschwege, Helmut 29, 285
Esser, Hermann 685
Evans, Richard J. 158, 615
Ewert, Arthur 84

F

Falkenhayn, Erich von 586
Fallada, Hans 451
Faulhaber, Michael von 356, 358
Feder, Gottfried 684, 685
Fesser, Gerd 253, 434
Fest, Joachim C. 175, 176, 187, 215, 256, 539, 632, 650
Feuchtwanger, Lion 87, 225, 226, 366, 451
Fichte, Johann Gottlieb 602
Fink, Heinrich 360, 361, 579
Fischer, Fritz 47, 121, 163, 371, 416, 434, 435, 444, 445, 448, 462, 478, 483, 484, 485, 486, 535, 536, 537, 592, 636
Fischer, Joseph (Joschka) 105, 106
Fischer, Ulrich 679
Fladung, Johann 675
Fleckenstein, Margit 679
Flick, Friedrich 317
Florin, Wilhelm 182
Foch, Ferdinand 607
Foertsch, Friedrich 329
Fontane, Theodor 259
Forner, Claudia 434
Förster, Jürgen 312
Franck, James 614
Franco, Francisco 41, 56, 219, 302, 472
François-Poncet, André 326
Frank, Bruno 225
Frank, Hans 15, 207, 410
Frank, Karl Hermann 208
Frank, Ludwig 480
Frankfurter, David 365
Franz Joseph I. 305, 443, 448, 494, 636
Fraser, David 311
Frei, Bruno 226
Frei, Norbert 105
Freisler, Roland 250
French, John 585
Freud, Sigmund 326
Frick, Wilhelm 208, 386, 390, 685
Friedrich August I. (d. i. Friedrich August III.) 305, 322, 394, 413
Friedrich August III. (d. i. Friedrich August I.) 305
Friedrich II. 67, 244, 245, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 267, 291, 315, 321, 343, 344, 431, 592, 669
Friedrich III. 188, 603
Friedrich Wilhelm III. 253, 305, 321, 331, 343, 344, 345, 354, 393, 397, 401, 412, 431, 609
Friedrich Wilhelms III. 393
Fritzsche, Claus 419
Fröhlich, Roman 403
Fromm, Bella 363
Fuchs, Emil 675, 677
Fuchs, Gerhard 278
Fuchs, Rainer 624
Fühmann, Franz 525
Fuhrer, Armin 365
Fuhrmann, August 513
Fülberth, Georg 458
Funk, Walther 410
Füssel, Marian 601

G

Gabčik, Josef 279
Gabriel, Sigmar 126, 128, 204
Galilei, Galileo 142
Garscha, Winfried R. 31
Gass, Karl 253
Gauck, Joachim 295, 471, 479, 518, 565, 579, 645
Gaulle, Charles de 502
Gautschi, Peter 241
Gehlen, Reinhard 150, 153
Geibel, Emanuel 369
Geiss, Immanuel 484, 485
Gemkow, Heinrich 246
Gerhart, Eugene C. 114
Géricault, Théodore 306
Gerlach, Christian 221
Gerlach, Hellmut von 228
Gerwarth, Robert 280
Gessler, Hermann 241
Geßler, Otto 682
Gide, André 229
Giesler, Hermann 609
Glaeser, Ernst 441, 451, 452, 455
Globke, Hans Maria 88, 153, 161, 162
Globocnik, Odilo 563
Gneisenau, August Neidhardt von 343, 393, 500, 602
Goebbels, Joseph 10, 22, 60, 61, 140, 184, 190, 199, 207, 210, 235, 243, 245, 313, 326, 331, 332, 364, 365, 373, 389, 404, 407, 414, 426, 476, 522, 534, 641, 648, 670, 671, 672, 673, 687
Goethe, Johann Wolfgang von 43, 73, 103, 168, 407, 414, 418, 477, 479, 480, 559
Goguel, Rudi 28, 285, 678
Goldhagen, Daniel Jonah 218, 372, 487
Goldstein, Kurt 16, 192, 195, 544, 566
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 51
Göring, Hermann 22, 59, 114, 194, 207, 230, 248, 250, 326, 328, 352, 373, 407, 410, 607, 612, 655, 661, 664, 671, 674, 682, 684, 685, 690
Gossweiler, Kurt 615, 626
Grab, Walter 458
Graf, Oskar Maria 205
Graml, Hermann 575
Gramsci, Antonio 190
Granach, Alexander 87
Griewank, Karl 205
Griffin, Robert 615
Grimm, Friedrich 365
Grimm, Jacob 414, 505
Grimm, Wilhelm 414, 505
Grimm, Willi 676
Gröber, Conrad 356
Groehler, Olaf 253
Großbritannien und Irland, Victoria von 603
Grosser, Alfred 545
Grossman, Wassili Semjonowitsch 34, 328
Grossmann, Kurt R. 227, 229
Grundig, Hans 294
Grundig, Lea 294
Grynszpan, Herschel 365
Guderian, Heinz 311
Gustloff, Wilhelm 191, 275

Gutsche, Willibald 163, 417, 437, 449
Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr von und zu 131, 135, 137, 259
Gysi, Gregor 152, 223, 224

H

Haas, Leo 294
Haase, Hugo 480
Haber, Fritz 586, 587, 614
Hácha, Emil 467
Hacks, Peter 234, 465
Haffner, Sebastian 326, 615, 629, 652, 653
Halder, Franz 638
Hallstein, Walter 34
Hamann, Brigitte 547
Hamsun, Knut 230
Hanfstaengl, Ernst 685
Hardenberg, Karl August von 500
Hardtwig, Wolfgang 181
Hari, Mata 438
Harlan, Veit 245, 255
Harris, Arthur (Bomber-Harris) 276
Hart, Basil Henry Liddell 310
Hartmann, Christian 634
Hassell, Ulrich von 363, 641
Hausner, Gideon 161
Hautmann, Hans 31
Havel, Václav 295, 518
Hayes, Peter 105
Heartfield, John 118
Heckert, Fritz 290
Heer, Friedrich 548
Heer, Hannes 418
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 294
Hegemann, Werner 230
Heidemann, Gerd 362, 363
Heiden, Konrad 229
Heidland, Hans 679
Heine, Heinrich 93, 136, 471, 480, 483
Heinemann, Gustav 567
Heinen, Hans (Johann) 522
Heinkel, Ernst 403
Heise, Wolfgang 285
Heisenberg, Werner 173
Herder, Johann Gottfried 103
Hermann, Lothar 153
Herodes 429
Herrnstadt, Rudolf 649
Hertwig, Manfred 649
Hertz, Gustav 614
Herzog, Roman 418
Heß, Rudolf 20, 155, 156, 194, 574, 607, 684
Hesse, Hermann 300
Heuss, Theodor 346, 349, 386
Heydrich, Reinhard 17, 169, 172, 178, 207, 221, 249, 250, 251, 279, 280, 281, 282, 283, 467, 522, 534, 563, 620, 660
Heym, Stefan 285
Heymann, Stefan 15, 16, 192, 544, 565, 589, 590
Hildebrand, Klaus 485
Hilferding, Rudolf 119
Hillgruber, Andreas 363, 485, 651
Hillingford, Robert Alexander 602
Himmler, Heinrich 70, 147, 150, 169, 194, 200, 208, 279, 280, 281, 282, 522, 563, 580, 620, 660, 671, 672
Hindenburg, Oskar von 501
Hindenburg, Paul von 27, 58, 121, 227, 244, 270, 271, 291, 326, 332, 339, 340, 410, 440, 451, 454, 480, 488, 501, 554, 555, 556, 573, 577, 578, 670, 676
Hinkel, Hans 410
Hippler, Fritz 61
Hirsch, Rudolf 285
Hirschfeld, Gerhard 481, 483, 485, 486, 487, 491
Hirschfeld, Magnus 360
Hitler, Adolf 10, 12, 17, 18, 20, 21, 22, 27, 41, 42, 43, 45, 47, 50, 52, 53, 56, 58, 59, 61, 66, 67, 69, 70, 78, 80, 81, 82, 92, 106, 117, 121, 122, 128, 129, 132, 141, 142, 145, 149, 155, 157, 158, 159, 164, 165, 166, 167, 169, 171, 173, 174, 175, 176, 177, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 190, 191, 192, 193, 198, 199, 209, 217, 218, 219, 220, 224, 226, 227, 228, 229, 230, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 242, 243, 244, 250, 254, 260, 264, 269, 270, 271, 276, 279, 280, 281, 282, 285, 287, 288, 289, 291, 292, 293, 296, 298, 303, 310, 313, 314, 315, 316, 326, 327, 330, 331, 332, 333, 334, 336, 337, 338, 339, 340, 342, 346, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 357, 358, 362, 363, 365, 369, 371, 373, 374, 375, 376, 377, 379, 384, 385, 386, 388, 389, 390, 391, 392, 398, 399, 400, 401, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 424, 425, 426, 427, 428, 435, 440, 444, 445, 446, 448, 457, 458, 466, 467, 468, 469, 472, 473, 474, 475, 476, 487, 488, 489, 494, 496, 500, 501, 509, 515, 516, 517, 518, 520, 521, 522, 523, 529, 530, 532, 533, 534, 537, 539, 540, 541, 542, 544, 552, 553, 555, 559, 569, 570, 571, 573, 574, 578, 580, 591, 592, 593, 594, 596, 597, 599, 600, 607, 608, 609, 610, 615, 618, 620, 622, 623, 624, 625, 627, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 636, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 645, 646, 648, 650, 651, 652, 653, 654, 660, 661, 664, 665, 669, 670, 671, 672, 673, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 689, 690, 691
Hoare, Samuel 67, 100
Hobsbawm, Eric 224
Hochhuth, Rolf 172, 285, 359
Hoegner, Wilhelm 376
Hoepner, Erich 182
Hoffmann, Heinrich 609, 671
Hoffmann, Heinz 679
Hoffmann, Wolfgang 677
Hofmann, Nico 347
Hofmann, Otto 250
Hollande, François 479
Holz, Hans Heinz 680
Honecker, Erich 582
Höß, Rudolf 214, 660
Hübner, Werner 649
Hugenberg, Alfred 331, 349, 386, 410, 501
Hugo, Victor 602
Hull, Cordell 302
Hundt, Martin 246
Hünecke, Hedwig 228
Hünten, Emil 603
Huntziger, Charles 608

Hürter, Johannes 38
Hutten, Ulrich von 195

I

Ideguchi, Shigemi 611
Ihering, Herbert 118
Ilse, Emil 586
Immelmann, Max 132, 422
Innitzer, Theodor 209, 210
Innozenz III. 207
Irving, David 310
Ivanov, Miroslav 280

J

Jäckel, Eberhard 247, 565
Jackson, Robert H. 71, 111, 112, 113, 114, 115, 248
Jäger, Karl 221, 222
Jahn, Roland 308
Janz, Oliver 481, 482
Jaurès, Jean 545
Jesse, Eckhard 265
Jodl, Alfred 608
Joliot-Curie, Frédéric 366
Joseph, Detlef 24, 25, 28, 34, 35
Jourdan, Jean-Baptiste 604
Jünger, Ernst 514
Juvenal, Decimus Iunius 70

K

Kaas, Ludwig 352, 353
Kahane, Max 162
Kahr, Gustav von 683, 684
Kaltenbrunner, Ernst 15, 563
Kaltenegger, Ernest 31
Kant, Immanuel 191
Kaplan, Anatoli Lwowitsch 29
Kapp, Wolfgang 681
Karl XIV. Johann (d. i. Jean-Baptiste Jules Bernadotte) 394, 413
Karmen, Roman 260
Kárný, Miroslav 615
Kästner, Erich 326, 558
Katharina II. 673
Katte, Hans Hermann von 256
Katz, Leo 226
Katzer, Nikolaus 419
Kaul, Friedrich Karl 162, 285, 365
Kautsky, Karl 82, 94, 181, 636
Keitel, Wilhelm 607, 608, 609
Kellerhoff, Sven Felix 284, 632
Kempner, Robert M. W. 248, 250, 251, 252
Kennan, George F. 502
Kennedy, John F. 494
Kerr, Judith 291
Kershaw, Ian 175, 232, 233, 326, 632
Kesselring, Albert 311
Keßler, Mario 223
Kinsky von Chinic und Tettau, Bertha Gräfin (d. i. Bertha von Suttner) 547
Kirchner, Renate 25, 28, 35, 284
Kirdorf, Emil 292, 340, 681
Kisch, Egon Erwin 225, 229, 451, 452
Klabund (d. i. Alfred Georg Hermann (Fredi) Henschke) 451
Klahr, Alfred 31
Klein, Fritz 89, 163, 246, 278, 417, 437, 449, 485
Klein, Peter 221
Kleist, Ewald Georg von 258
Kleist, Heinrich von 322, 414, 430
Klement (Clemens), Ricardo (Alias von Adolf Eichmann) 150, 151, 153
Klemperer, Victor 141, 155, 156, 208, 209, 210, 318, 319, 326, 335, 363, 398, 399, 520, 522, 523, 653
Klenner, Hermann 360
Klopfer, Gerhard 251
Klowski, Daniel 15, 16, 589, 590
Knellessen, Dagi 212
Knickerbocker, Hubert Renfro 596
Knilling, Eugen von 681
Knobloch, Heinz 29
Knopp, Guido 312
Koch, Lutz 311
Kohl, Helmut 174, 579
Köhler, Horst 65, 418
Kollwitz, Käthe 480
Koltschak, Alexander Wassiljewitsch 438
Konstantinow, Fjodor Wassiljewitsch 648, 649
Körner, Theodor 430, 508
Kortner, Fritz 497
Kosing, Alfred 278
Kossok, Manfred 247
Kramer, Stanley 114
Krämer, Swantje 632
Kranz, Tomasz 260
Krausnick, Helmut 221
Krauß, August 142
Kreutzmüller, Christoph 575
Kriebel, Hermann 682
Kritzinger, Friedrich Wilhelm 251
Krumeich, Gerd 416, 434, 438, 444, 462, 471, 481, 483, 485, 486, 487, 490, 491
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 417
Kube, Wilhelm 283, 410
Kubiš, Jan 279
Kuchler, Christian 633
Kuczynski, Jürgen 89, 636
Kuczynski, Thomas 247
Kühnl, Elke 456
Kühnl, Reinhard 456, 457, 458, 459, 626, 627, 628
Kujau, Konrad 362, 363
Kuretsidis-Haider, Claudia 260
Kutusow, Michail Illarionowitsch 305, 306, 343
Kuusinen, Otto 617
Kwiet, Konrad 615

L

Lammers, Hans Heinrich 208
Lamszus, Wilhelm 484
Lancaster, Burt 114
Landahl, Heinrich 349
Lang, Fritz 280
Lange, Karl 632
Lange, Rudolf Erwin 250

Laschitza, Annelies 246
Laval, Pierre 40, 44, 100
Leander, Zarah 669
Lehmann, Rudolf 229
Lehmann-Rußbüldt, Otto 229
Lehmbruck, Wilhelm 480
Lehne, Olaf 149
Leibbrandt, Georg 251
Lemay, Benoît 312
Lemmer, Ernst 349
Lenin, Wladimir Iljitsch 64, 84, 217, 371, 636, 679
Leo XIII. 513
Leo, Gerhard 162
Lessing, Gotthold Ephraim 88
Lewald, Theodor 185, 186
Lewy, Guenter 359
Lex, Hans Ritter von 352, 353
Liebknecht, Karl 94, 117, 125, 224, 371, 409, 480, 545, 546, 636
Liebknecht, Wilhelm 125, 549
Liliencron, Detlev von 407
Lindenau, Karl Friedrich 278
Lindgren, Astrid 630
Lipstadt, Deborah E. 161
Litwinow, Maxim Maximowitsch 41, 43, 44, 46, 146, 176, 218, 297, 469, 516, 517, 531, 540, 553
Litz, Valentin 681
Loest, Erich 411
Long, Luz (d. i. Karl Ludwig) 188
Longerich, Peter 633
Lossow, Otto Hermann von 682, 683, 684
Losurdo, Domenico 143, 145
Lötzsch, Gesine 125, 126, 128, 264
Louis XVIII. 605
Louis, Spyridon 187
Lozek, Gerhard 649
Luck und Witten, Hans-Ulrich Freiherr von 311
Luden, Heinrich 414
Ludendorff, Erich 276, 316, 384, 681, 683, 684, 685
Ludwig XVI. 197
Ludwig, Emil 229, 365
Ludwig, Karl (d. i. Luz Long) 188
Lukács, Georg 25, 34
Luther King, Martin 71
Luther, Martin (Reformator) 143, 654
Luther, Martin (Unterstaatssekretär) 250
Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm Freiherr von 133, 306, 401, 415
Luxemburg, Rosa 94, 125, 128, 223, 224, 246, 371, 409, 451, 480, 636

M

MacDonald, Callum A. 280
Mackensen, August von 142
Macksey, Kenneth 311
Magenschab, Hans 499
Mahlmann, Michael 221
Mann, Heinrich 225, 226, 228, 229, 230
Mann, Thomas 211, 225, 226, 229, 242, 243, 281, 297, 329, 363
Manstein, Erich von 329
Marchwitza, Hans 225
Markov, Walter 247
Marlborough, John Spencer-Churchill, 7. Duke of 139
Marx, Karl 64, 84, 125, 126, 129, 181, 204, 205, 206, 246, 257, 266, 321, 326, 366
Marx, Wilhelm 270
Masaryk, Tomáš 229
Maser, Werner 632
Mason, James 311
Matteotti, Giacomo 190
Matthäus, Jürgen 221, 615
Matthias, Erich 387
May, Karl 631
Mayer, Gustav 180, 181
Mayer, Helene 188
Mayer, Reinhold 349
McArthur, Douglas 613
McCarthy, Joseph 252
McKinley, William 111
Mecklenburg-Strelitz, Luise von 253, 345, 431
Mehring, Franz 180, 181
Meier, Christian 247
Meier, Kurt 285
Meier, Max 418, 419
Meissner, Otto 292, 410
Mende, Erich 346
Mendelssohn, Moses 30
Menzel, Adolph 267, 603
Merkel, Angela 326, 633
Merker, Paul 225, 226
Merseburger, Peter 349
Mewis, Karl 89
Meyer, Alfred 250, 251
Mielitz, Reinhard 679
Milch, Erhard 114
Mitcham, Samuel M. 311
Mittenzwei, Ingrid 253
Mittenzwei, Werner 278
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 530, 531, 638
Moltke, Helmuth Johannes Ludwig von (der Jüngere) 586
Moltke, Helmuth von (der Ältere) 436, 443, 484, 489, 499, 502, 505, 526, 548, 583
Moltke, Helmuth von (der Jüngere) 443
Mommsen, Hans 121, 122, 580, 625
Mommsen, Wolfgang 247
Moore, Charles 204
Morell, Theo 625
Morgan, John Pierpont 197
Morsch, Günter 159
Morsey, Rudolph 387
Mortier, Édouard Adolphe 305
Mosse, George L. 650
Mowrer, Edgar 230
Moyland, Gustav Adolf Steengracht von 105, 250, 252
Mugrauer, Manfred 31
Mühldorfer, Friedbert 290
Mühlhäuser, Regina 418
Mühsam, Erich 480
Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 279, 282
Müller, Hermann 119, 384
Müller, Norbert 221
Müller, Philipp 678
Müller, Rolf-Dieter 164, 165, 176, 251

Müller-Mertens, Eckhard 278
Münkler, Herfried 471, 489, 490, 535, 536, 537, 636
Müntefering, Franz 125, 128
Mussolini, Benito 42, 56, 71, 76, 77, 80, 100, 194, 198, 219, 220, 234, 302, 312, 369, 375, 409, 472, 516, 518, 592, 638, 653

N

Nachama, Andreas 326
Naftali, Timothy 151
Napoleon I. 64, 65, 187, 245, 300, 305, 306, 307, 321, 322, 332, 336, 343, 344, 345, 347, 355, 393, 394, 395, 396, 398, 411, 412, 413, 414, 430, 432, 479, 508, 515, 561, 562, 601, 602, 603, 604, 605, 609, 633
Napoleon III. 422, 509, 549, 604
Necker, Jacques 197
Neipperg, Joseph Hubert von 341
Neitzel, Sönke 179, 434, 537
Nekrassow, Victor 328
Nernst, Walther 586
Netanjahu, Benjamin 19
Neuhäusler, Johann 356, 359
Neumann, Erich 251
Neumann, Robert 675
Neurath, Konstantin Freiherr von 337, 467
Newton, Robert 311
Nidl, Franz Eugen Helmuth Manfred 137
Nietzsche, Friedrich 135, 326
Nimitz, Chester W. 613
Nipperdey, Thomas 484, 485
Nobel, Alfred 227, 229
Noelle-Neumann, Elisabeth 326
Nolte, Ernst 157, 240, 372
Noske, Gustav 119
Novak, Franz 660, 686
Nowojski, Walter 318, 319
Nurmi, Paavo 188

O

Obama, Barack 227
Oberndorff, Alfred von 607
Ogorreck, Ralf 221
Ohler, Norman 625
Olden, Rudolf 229
Oppenheimer, Joseph Süß 197
Oppenheimer, Max 595
Oprecht, Hans 229
Ossietzky, Carl von 123, 190, 227, 228, 229, 230, 231, 240, 366, 367, 441, 454, 525, 556, 623
Österreich, Marie-Louise von 305, 610
Österreich-Este, Franz Ferdinand von 494, 496, 497
Oudinot, Charles Nicolas 394, 395
Owens, Jesse 188

P

Pabst, Georg 480
Pabst, Waldemar 409, 410
Palme, Olof 89
Papen, Franz von 53, 121, 292, 326, 337, 358, 379, 384, 387, 401, 410, 501, 552
Parteder, Franz Stephan 31
Pätzold, Barbara 669
Paul, Jean 354
Pauli, Herta 547
Paulus, Friedrich 164, 329
Paxton, Robert O. 615
Payne, Stanley 615
Perels, Joachim 161
Peres, Schimon 19, 21
Pétain, Philippe 607, 610
Peter III. 673
Peters, Jan 89, 90, 278
Petzold, Joachim 89, 163, 278, 417, 437, 449, 574, 626
Pfeiffer, Moritz 272
Pieck, Wilhelm 80, 81
Piefke, Gottfried 187
Piłsudski, Józef 59, 218
Pimbusch, Claire 123
Pimlott, John 312
Piscator, Erwin 230, 359
Planck, Max 90
Plivier, Theodor 66, 328, 347, 373
Plöckinger, Othmar 634
Pohl, Dieter 221
Pohl, Oswald 580
Pöhner, Ernst 681
Post, Walter 594
Pot, Pol 130, 192, 204, 205, 264
Potemkin, Wladimir Petrowitsch 44
Preußen Wilhelm von (Kronprinz) 410
Preußen, Sophie Dorothea von 191
Preußler, Otfried 429
Princip, Gavrilo 467, 484, 494, 495, 496, 497
Prokop, Siegfried 223
Puschkin, Alexander Sergejewitsch 431
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 345, 446, 447

Q

Quidde, Ludwig 227
Quinn, Freddy 137

R

Raeder, Erich 281, 607
Raichle, Christoph 624
Ramelow, Bodo 590
Rathenau, Walther 262
Rau, Johannes 418
Rauch, Christian Daniel 396, 605
Rauff, Walther 214
Redlow, Götz 649
Reich-Ranicki, Marcel 123
Reichsstatt, Napoleon Franz Buonaparte, Herzog von 610
Reinhardt, Fritz 410
Reinhardt, Max 87
Reisner, Konrad 228
Reiter, Markus 48
Remarque, Erich Maria 347, 373, 441, 451, 454, 455, 480
Remmele, Hermann 84

Remy, Maurice Philip 312
Renn, Ludwig (d. i. Arnold Friedrich Vieth von Golßenau) 451, 455
Renz, Werner 212, 481
Reuth, Ralf Georg 311, 633
Ribbentrop, Joachim von 67, 105, 194, 220, 238, 248, 311, 515, 518, 528, 529, 607
Richard, Lionel 325
Richter, Hans Peter 291
Richthofen, Manfred von 115, 132, 422
Richthofen, Wolfram von 303
Riefenstahl, Leni 158, 187
Rilke, Rainer Maria 459
Ringelnatz, Joachim 513
Rinser, Luise 157
Ritter, Gerhard 484, 485, 537
Röchling, Carl 379, 395
Röchling, Hermann 379, 403
Rodin, August 345
Röhm, Ernst 69, 194, 281, 391, 682, 683, 684
Röhr, Werner 22, 23, 246, 247, 298, 615, 616, 636
Rohwer, Jürgen 565
Rolland, Romain 229
Rommel, Erwin 191, 238, 310, 311, 312, 313, 314, 341, 633
Rommel, Manfred 311
Roosevelt, Franklin D. 111, 112, 114, 139, 188, 198, 199, 238, 245, 302, 303, 375, 472, 473, 474, 475, 476, 571, 594, 640
Rosemeyer, Bernd 405
Rosenberg, Alfred 61, 250, 660
Rosenberg, Arthur 636
Rosenberg, Walter (d. i. Rudolf Vrba) 212
Rosenfeld, Kurt 229
Rösler, Jörg 223
Rubljow, Nikita 418, 419
Ruge, Wolfgang 459, 555, 574, 626

S

Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard von 409
Sachslehner, Johannes 563
Sadler, Walter Dendy 603
Saloniki, Kyrill von 283
Saloniki, Method von 283
Sandberger, Martin 214
Sandkühler, Thomas 633
Sarrazin, Thilo 91, 92, 93, 95, 194
Sauckel, Fritz 20, 407
Sauer, Bernhard 440
Sauerbruch, Ferdinand 192
Schacht, Hjalmar 114, 121, 197, 292, 340, 410, 501, 539
Schadow, Johann Gottfried 605
Schäfer, Peter 278
Schäffer, Fritz 150
Scharnhorst, Gerhard von 343, 396, 500, 602
Scheel, Walter 650
Scheer, Maximilian 229, 325
Scheffler, Wolfgang 221
Scheil, Stefan 594
Schell, Maximilian 114
Scherenberg, Friedrich 605
Schiller, Dieter 285
Schiller, Friedrich 103, 241, 495, 496
Schinkel, Karl Friedrich 345, 393, 395, 604
Schirach, Baldur von 70, 210
Schlageter, Albert Leo 682
Schleicher, Kurt von 669
Schlenstedt, Silvia 285
Schlieffen, Alfred von 446, 471, 489, 526, 527
Schlieper, Katharina 325
Schlosser, Friedrich Christian 257, 258
Schmid, Carlo 677
Schmidt, Heinz Werner 311
Schmidt, Paul (d. i. Paul Carell) 311
Schmidt, Paul Otto 607
Schmidt, Walter 686
Schmundt, Rudolf 533
Schneider, Thomas F. 451
Schober, Rita 335
Schoenberner, Gerhard 172
Schoenberner, Mira 172
Scholl, Hans 544
Scholl, Sophie 544
Schölzel, Arnold 443
Schöngarth, Eberhard 250
Schönherr, Karl 143
Schostakowitsch, Dmitri Dmitrijewitsch 576
Schröder, Gerhard (SPD) 125, 128
Schröder, Kristina 265
Schröder, Kurt Freiherr von 191, 292, 410, 501
Schuder, Rosemarie 285
Schulenburg, Friedrich-Werner Graf von der 530
Schultze-Rhondorf, Gerd 594
Schulz, Jo 168
Schumacher, Kurt 203, 273, 677
Schumann, Frank 580
Schumann, Wolfgang 615, 626
Schütrumpf, Jörn 223
Schwarz, Erika 28, 95, 197, 200, 201, 252, 284, 322, 475, 686
Seeckt, Hans von 684
Seehofer, Horst 137
Seelenbinder, Werner 188
Seeliger, Dieter 278
Seghers, Anna 225, 451
Seißer, Hans Ritter von 683, 684
Selassie, Haile 77, 100, 345
Seydlitz, Gertrud von 681
Seyß-Inquart, Arthur 686
Shakespeare, William 326
Shawcross, Hartley 114
Sheehan, James J. 232
Shirer, William L. 141, 364, 521, 523
Shukow, Georgi Konstantinowitsch 177
Simms, Brendan 561, 562, 604
Simon, Hermann 575
Simon, John 45, 67
Simone, André (d. i. Otto Katz) 226
Simonow, Konstantin Michailowitsch 25, 34, 260, 328, 329
Slutsch, Sergej 552
Smith, Howard K. 522
Smith, Tommie 188
Snyder, Timothy 217, 218

Somuncu, Serdar 633
Sönnichsen, Niels 278
Speer, Albert 114, 580, 609
Stahlecker, Walter 169
Stahlmann, Richard 89
Stalin, Josef 34, 41, 43, 46, 78, 79, 83, 84, 125, 128, 129, 130, 139, 167, 173, 175, 176, 177, 192, 204, 205, 217, 218, 264, 295, 296, 297, 400, 469, 530, 532, 540, 541, 542, 552, 629, 638, 639, 641, 642, 644, 688
Stampfer, Friedrich 373
Stangneth, Bettina 215, 216
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 191, 254, 313, 569, 623
Stauß, Emil Georg von 340
Steed, Wickham 230
Steigerwald, Robert 679
Stein, Charlotte von 544
Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und zum 343, 500
Steinbach, Erika 287
Steinbach, Peter 326
Steinert, Marlis 633
Steiniger, Peter A. 285
Steinmeier, Frank-Walter 105, 431
Stern, David 552
Stern, Leo 143, 649
Stinnes, Hugo 681, 683
Storfer, Berthold 420
Stramm, August 451
Strasser, Gregor 194
Strasser, Otto 389, 457
Strauß, Franz Josef 372
Streicher, Julius 16, 61, 186, 194
Stresemann, Gustav 227, 621, 682
Stroheim, Erich von 314
Stuckart, Wilhelm 88, 251
Stülpnagel, Otto von 410
Stürmer, Michael 174
Suhr, Otto 159
Šulc, Jiří 280
Suttner, Bertha von (d. i. Bertha Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau) 227, 366, 480, 499, 547, 548, 550
Sverdrup-Lunden, Mini 230

T

Taylor, Telford 248, 252
Tell, Wilhelm 241
Tenorth, Heinz-Elmar 464
Thälmann, Ernst 80, 84, 227, 271, 367, 544
Thamer, Hans-Ulrich 651
Theile, Hans 127
Thompson, Dorothy 142
Thyssen, August 292
Thyssen, Fritz 340, 410, 681
Tischler, Carola 552
Tito, Josip Broz 345, 496
Todt, Fritz 405, 406
Togliatti, Palmiro 41, 54, 71, 72, 76, 77, 80, 81, 82, 83, 400
Toller, Ernst 229, 451, 513
Töppel, Roman 634
Tracy, Spencer 114
Trakl, Georg 451
Trotzki, Leo Dawidowitsch 542
Truman, Harry S. 112, 140
Tschammer und Osten, Hans von 186
Tuchman, Barbara 372
Tucholsky, Kurt 11, 21, 22, 108, 116, 117, 118, 119, 120, 123, 124, 130, 136, 166, 230, 326, 347, 367, 451, 456, 521, 545, 556, 557, 558, 559, 560

U

Ulbricht, Walter 162
Ullrich, Volker 444, 449, 486, 633

V

Vanselow, Ernst 607
Verner, Paul 89
Viertel, Berthold 225
Vitkine, Antoine 632
Vittorio Emanuele III. 100, 369
Vogel, Hans 373
Vordermayer, Thomas 634
Vrba, Rudolf (d. i. Walter Rosenberg) 212

W

Wagenknecht, Sahra 21, 86
Wagner, Adolf 386
Walter, Hilde 228
Warnke, Herbert 89
Wartenburg, Johann David Ludwig Graf Yorck von 187, 305, 393, 412
Washington, George 257
Weber, Gabriele 151
Weddigen, Otto 422
Wehler, Hans-Ulrich 391, 392, 536, 537
Wehner, Herbert 89
Weigel, Bjoern 575
Weil, Else 123
Weinert, Erich 230
Weinheber, Josef 406
Weinke, Annette 161
Weiskopf, Franz Carl 225, 229
Weiss, Peter 285
Weißbecker, Manfred 20, 574, 626, 669, 677, 681, 685, 686
Weizsäcker, Ernst von 105, 238, 250, 251, 363, 641
Weizsäcker, Richard von 49, 50, 252, 275, 567, 568, 594, 595
Wellington, Arthur Wellesley, 1. Duke of 561, 601, 602, 603, 604, 609
Wels, Otto 119, 292, 326, 351, 352, 353, 373, 475
Wessel, Horst 187, 475
Westerwelle, Guido 137
Westheim, Paul 226
Wette, Wolfram 221, 272
Wetzler, Alfred 212
Wichmann, Manfred 410
Wieland, Christoph Martin 103
Wieland, Günther 285
Wilder, Billy 314
Wilhelm I. 103, 273, 346, 369, 393, 549, 586, 609

Wilhelm II. 66, 116, 271, 273, 292, 346, 369, 416, 417, 434, 437, 443, 448, 460, 478, 483, 488, 489, 492, 513, 549, 556, 583, 602, 624, 636
Wilhelm, Hans-Heinrich 221
Willems, Susanne 580
Wilson, Harold 312
Wilson, Woodrow 198, 199, 276, 474, 608
Winkler, Heinrich August 247
Winterfeldt, Detlof von 607
Wippermann, Wolfgang 103, 409
Wirsching, Andreas 634
Wirth, Günther 285
Wirth, Joseph 262, 384
Wisliceny, Dieter 660
Wolf, Friedrich 230, 285, 451, 624
Wolf, Konrad 285, 637
Wolf, Lore 676
Wolf, Markus 637
Wolf, Walter 544
Wolff, Jeanette 34
Wolff, Karla (geb. Grabowski) 277
Wolff, Theodor 326
Wolffsohn, Michael 284
Wowereit, Klaus 326
Wulf, Joseph 172
Wulff, Christian 418
Württemberg, Albrecht Herzog von 586
Wykraft und Isny, Eugen Graf von Quadt zu 385

Y

Yablonka, Hanna 161
Young, Desmond 311

Z

Zech, Paul 225
Zehnpfennig, Barbara 632
Zentner, Christian 632
Zetkin, Clara 84, 86, 94, 190, 191
Ziereis, Franz 147
Zille, Heinrich 103
Zimmermann, Moshe 105
Zirker, Milly 228
Zitelmann, Rainer 633
Zweig, Arnold 87, 347, 373, 441, 451, 455